Mitteilungen

der Gemeinsamen Kommission
für die Erforschung der jüngeren Geschichte
der deutsch-russischen Beziehungen



Oldenbourg

Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission
für die Erforschung der jüngeren Geschichte der
deutsch-russischen Beziehungen

Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Herausgegeben im Auftrag

der Gemeinsamen Kommission

von Horst Möller und Aleksandr Čubar'jan

R. Oldenbourg Verlag München 2008

Das Projekt wurde unterstützt durch die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen und gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern.

Für die inhaltlichen Aussagen der namentlich gezeichneten Beiträge tragen die jeweiligen Autoren die Verantwortung.

Redaktion
in Deutschland: Jürgen Zarusky, Verena Brunel, Yuliya von Saal
in Kooperation mit dem deutschen Sekretariat der Gemeinsamen Kommission
(Eberhard Kuhrt, Gudrun Schneider-Farschid)
in Russland: Viktor Iščenko, Sergej Slutsch

Band I der „Mitteilungen" ist nicht über den Buchhandel, sondern nur über das Deutsche Sekretariat der Gemeinsamen Kommission (siehe Kontakte) zu beziehen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die elektronische Ausgabe dieser Publikation erscheint seit August 2023 open access.

ISBN: 978-3-486-58146-1
e-ISBN (PDF) 978-3-11-133575-9
DOI https://doi.org/10.1515/9783111335759



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Satz: Kraus PrePrint, Landsberg am Lech
Druck und Bindung: Humbach & Nemazal, Pfaffenhofen/Ilm

Inhalt

Horst Möller, Aleksandr Čubar'jan
Vorwort IX

I. Die Sowjetunion und Deutschlands Vereinigung
Beiträge des internationalen Kolloquiums der Kommission, Moskau 2003

Anatolij S. Černjaev
Michail Gorbačev und die deutsche Frage 2

Aleksej M. Filitov
Die deutsche Vereinigung und die sowjetische Politik 18

Horst Möller
Die Vereinigten Staaten und die deutsche Wiedervereinigung 38

Igor' F. Maksimyčev
Der Zusammenbruch der DDR – Blick aus dem Fenster der sowjetischen Botschaft Unter den Linden 50

Nikolaj S. Portugalov
Zwei Pläne für die deutsche Einheit 74

Ivan N. Kuz'min
Kurzer Abriss der innenpolitischen Entwicklung in der DDR von 1955 bis zur deutschen Vereinigung 82

Bernd Faulenbach
Zur Verschränkung von politisch-gesellschaftlichen Prozessen und internationaler Politik 1989/90 102

Boris V. Petelin
Die CDU/CSU und die Vereinigung Deutschlands – Zur Rolle der Deutschlandpolitik in den Jahren 1989/90 109

Klaus Hildebrand
Deutsche Einheit 1989/90: Wiedervereinigung und Staatenwelt – Betrachtungen über Stand, Probleme und Perspektiven der Forschung 125

Aleksandr I. Boroznjak
Die Vereinigung Deutschlands im Schrifttum der russischen Historiographie . . 142

II. Resistenz, Opposition, Widerstand im Diktaturenvergleich
Beiträge des internationalen Kolloquiums der Kommission, München 2004

Gilbert Merlio
Widerstand, Opposition und Resistenz im Nationalsozialismus und in der DDR – Überlegungen zur Begrifflichkeit in vergleichender Absicht 150

Hartmut Mehringer
Deutscher Widerstand und Exil – Das Verhältnis von Widerstand und deutscher Emigration, insbesondere in die Sowjetunion 159

Hermann Graml
Anfänge und Entwicklung der Militäropposition gegen Hitler 169

Hans Mommsen
Gesellschaftsbild und Verfassungspläne im deutschen Widerstand gegen Hitler . 178

Aleksandr I. Boroznjak
Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Spiegel der sowjetischen und russischen Geschichtswissenschaft 187

Jürgen Zarusky
Russische und deutsche Sozialdemokraten in Widerstand und Exil – Wege des Antitotalitarismus 198

Aleksandr Šubin
Der Kampf gegen den Totalitarismus in Russland: Etappen und Probleme 206

Marlen Korallov
Der letzte Brief – und ein P. S. nach 33 Jahren 225

Denis Fomin-Nilov
Intellektuelle gegen den Totalitarismus in der UdSSR der 30er Jahre 252

Hermann Weber
Opposition des „dritten Weges" 261

Ehrhart Neubert
Ein Vergleich zwischen dem Widerstand in den fünfziger Jahren und der Opposition in den achtziger Jahren 266

Marianne Birthler
Oppositionelle Gruppen in der DDR der 80er Jahre und ihre Rolle in der friedlichen Revolution 274

Torsten Diedrich
Für Demokratie und Menschenrechte: Der Volksaufstand 1953 in der DDR ... 282

Bernd Faulenbach
Opposition und Widerstand im dreifachen Diktaturenvergleich – Anmerkungen zu den Möglichkeiten und Grenzen komparatistischer Ansätze 289

III. Von der Kommission geförderte Projekte
Forschung und Quellenedition

Werner Link
Die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen Moskauer Vertrag (1970) und Wiedervereinigung 298

Helmut Altrichter, Lilia Antipow
Schlüsseldokumente zur russischen und zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts im Internet 343

IV. Grundlagen der Kommissionsarbeit

Schreiben des Innenministers der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Wolfgang Schäuble, an den deutschen Co-Vorsitzenden der Kommission 386

Die Mitglieder der Kommission in der zweiten Arbeitsperiode 387

Die Autoren dieses Bandes 389

Kontakte 390

Vorwort

Ein weiterer – mittlerweile der dritte – Band der Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der neueren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen liegt nun dem Leser vor. Seine Besonderheit liegt darin, dass er – neben den Informationen über die Arbeit der Kommission – Material zweier von ihr organisierter wissenschaftlicher Kolloquien enthält. Es handelt sich dabei zum einen um das im Jahr 2003 in Moskau durchgeführte Kolloquium zum Thema Die Sowjetunion und Deutschlands Vereinigung", zum anderen um das Kolloquium „Resistenz, Opposition, Widerstand im Diktaturenvergleich", das 2004 in München stattgefunden hat.

Es hat sich gezeigt, dass die Tätigkeit der Kommission dann besonders viel Beachtung findet, wenn sie sich bei ihren Tagungen Themen zuwendet, die nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht aktuell erscheinen bzw. wenig erforschte Aspekte der Geschichte beleuchten, sondern auch auf das Interesse der breiten Öffentlichkeit und der Massenmedien stoßen. Die in den Jahren 2003 und 2004 durchgeführten Kolloquien bilden dafür eine Bestätigung. Die Tagung zum Thema „Die Sowjetunion und Deutschlands Vereinigung" sorgte für einen vollen Sitzungssaal am Tagungsort, der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der Russischen Föderation, und stieß äußerst interessante Diskussionen an. Besondere Bedeutung erlangte die Veranstaltung aufgrund der Tatsache, dass hier nicht nur Wissenschaftler einen Vorgang der – nach historischen Maßstäben – jüngeren Vergangenheit analysierten, der zu den wichtigsten Ereignissen der europäischen Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehört, sondern auch einige der unmittelbar an den Vorgängen Beteiligten referierten, die damals Gelegenheit hatten, auf die eine oder andere Weise die politischen Entscheidungen zu beeinflussen.

Von nicht geringerer gesellschaftlicher Relevanz war der Gegenstand des im Jahre 2004 in München abgehaltenen Kolloquiums. Er betrifft unmittelbar eine bedeutsame gesellschaftliche Problematik, die für Länder, die im Lauf ihrer Geschichte autoritäre und totalitäre Regime durchleben mussten, nach wie vor äußerst aktuell ist. Hier gerät die Frage der Bildung und der Entwicklung von Zivilgesellschaften in den Blick. Sowohl in Deutschland als auch in Russland bleibt trotz unterschiedlicher Verfassungs- und Gesellschaftsmodelle das Thema der Zivilgesellschaft aktuell.

Werfen wir einen Blick in die Vergangenheit, so besteht keinerlei Zweifel daran, dass die Erscheinungsformen von Opposition und Widerstand gegen Autoritarismus und Diktatur in der Geschichte unserer beiden Länder im 20. Jahrhundert zu den bedeutsamsten Indikatoren dafür gehören, dass auch unter den Bedingungen eines ständig von Repressionsorganen wie Gestapo oder NKWD kontrollierten Lebens sowohl bei den Deutschen als auch bei den Russen Elemente eines zivilgesellschaftlichen Selbstverständnisses und bürgerlichen Verantwortungsgefühls vorhanden waren, ohne die die spätere Wende hin zu Zivilgesellschaft und Demokratie nicht möglich gewesen wäre.

Darüber hinaus ermöglichte es die konkrete Betrachtung der Geschichte von Opposition und Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime in Deutschland, gegen den Stalin'schen Totalitarismus und den sowjetischen kommandobürokratischen Autoritarismus, den Teilnehmern des Kolloquiums, wichtige methodologische Fragen hinsichtlich

des Wesens von Totalitarismus und Autoritarismus in ihrer Gesamtheit aufzugreifen und ihre aktuellen Interpretationen zu analysieren.

Aus verschiedenen Gründen stieß bisher das zeitnahe Erscheinen der Mitteilungen der Kommission auf Schwierigkeiten, die aber nun beseitigt sind, da die Verlagsfrage endgültig geklärt ist und die Kommission ein festes Redaktionsteam der „Mitteilungen" gebildet hat, dem deutsche und russische Vertreter angehören.

Die Gemeinsame Kommission dankt den verschiedenen Regierungsorganisationen beider Länder sowie der Leitung der Russländischen Akademie der Wissenschaften für die Unterstützung ihrer Arbeit – insbesondere dem Präsidenten der Russländischen Föderation Vladimir Putin und der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland Angela Merkel, die ihre hohe Schirmherrschaft über die Tätigkeit der Kommission bekräftigt haben.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller
(Deutscher Co-Vorsitzender)

Prof. Dr. Aleksandr O. Čubar'jan
(Akademiemitglied, Russischer Co-Vorsitzender)

I. Die Sowjetunion und Deutschlands Vereinigung

Beiträge des internationalen Kolloquiums der Kommission

Moskau, 26. September 2003

Anatolij S. Černjaev

Michail Gorbačev und die deutsche Frage

Dass Deutschland irgendwann wieder Deutschland werden würde, ist von kaum jemandem bezweifelt worden. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges wurde jedoch von den politischen Kräften – sowohl im Westen als auch im Osten – alles unternommen, damit es nicht dazu kam. Mit Ausnahme vielleicht der deutschen Sozialdemokraten.

Die Tatsache, dass die Vereinigung gerade zum damaligen Zeitpunkt und gerade auf diese Art und Weise zustande kam, hängt mit dem Erscheinen Michail Gorbačevs in der UdSSR und auf dem internationalen Parkett zusammen. Diese Feststellung erscheint recht banal. Es gibt allerdings bis zum heutigen Tag Menschen, die der Ansicht sind, dass Gorbačev für dieses Ereignis nicht unbedingt notwendig war. Was waren die Gründe, warum gerade er hier eine Schlüsselrolle spielte, und worin bestanden seine persönlichen Motive? Davon erzählt er in seinem neuen Buch.[1] Ich sehe meine Aufgabe darin, die Motive Gorbačevs zu erläutern und ihn dabei nahe der Macht, aber etwas entfernt zu betrachten.

Eine der Voraussetzungen für die Deutschland-Politik Gorbačevs bildete eine rein persönliche Eigenschaft: Soweit ich ihn kenne, betrachtete er die Trennung einer großen Nation auf immer und ewig als unnatürlich, als eine Art Bestrafung dafür, was Hitler und der Nationalsozialismus angerichtet hatten.

Eine weitere Voraussetzung ist in den staatlichen und nationalen Interessen des eigenen Landes zu suchen. Als Gorbačev 1985 die Führung der UdSSR übernahm, war das Land bereits langsam in eine Krise mit schwersten Folgen hineingeraten: Dies wurde ihm und seinen Kollegen klar, sobald sie über die Sachlage voll informiert waren. Um einen rettenden Umschwung in der Entwicklung des Landes herbeizuführen, verordnete Gorbačev die Perestroika. Für eine grundlegende Neuordnung, einen Umbau, wurden Ressourcen benötigt. Diese konnten in den 80er Jahren aus keinem anderen Bereich als aus dem militärisch-industriellen Komplex entnommen werden. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, das Wettrüsten einzustellen und neue, nicht auf Konfrontation ausgerichtete Beziehungen mit der Außenwelt aufzubauen, anders ausgedrückt – den Kalten Krieg zu beenden.

Dies erforderte vor allem eine grundlegende Umgestaltung der Beziehungen mit Amerika, die ohne Europa nicht möglich war. Im Zentrum Europas jedoch – sowohl geografisch, als auch wirtschaftlich und politisch gesehen – befand sich Deutschland, genauer gesagt die BRD und die DDR. Und gerade dort, zwischen diesen Ländern, verlief die Hauptfront des „Kalten Krieges". Darüber hinaus war das eine Deutschland der wich-

[1] *Michail Gorbatschow* [*Gorbačev*], Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung, München 2000.

tigste Wirtschaftspartner der UdSSR in der kapitalistischen Welt, das andere in der „sozialistischen“ Welt. *Daher war die „deutsche Frage“ der Schlüssel zur Schaffung der für die Perestroika erforderlichen äußeren Bedingungen.*

So sah die objektive Logik aus, mit der sich Gorbačev konfrontiert sah und nach der er seine Politik auszurichten hatte. In der Realität war alles natürlich viel konkreter, komplizierter, verwickelter. Und es hat sich bei Weitem nicht alles so klar dargestellt, wie ich es jetzt geschildert habe. Als er Generalsekretär des ZK der KPdSU wurde, nahm Gorbačev, wie er sich gerne ausdrückte, „auch die deutsche Frage in Angriff“. Zunächst lief dies hauptsächlich auf die Beziehungen zur DDR hinaus und bewegte sich in der Regel in den Bahnen der Suche nach einer neuen Rolle der UdSSR in der „sozialistischen Staatengemeinschaft“, im Warschauer Pakt und im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Gorbačev schickte sich allerdings nicht an, die „Perestroika“ im gesamten „sozialistischen Lager“ anzuführen. Nach meinen Beobachtungen kam bei ihm zunächst unterschwellig, dann auch bewusst sehr bald das Gefühl der Bürde auf, hier die „führende und richtungweisende Kraft“ zu sein. Dies stand ihm bei der Entfaltung der Politik des „neuen Denkens“ im Hinblick auf das notwendige Vertrauen im Wege.

Worauf er natürlich setzte, waren die „Freunde“ (so wurden die regierenden kommunistischen Parteien bezeichnet), „die ihn verstehen werden“ und bei sich zu Hause den Versuch unternehmen würden, etwas zu verändern. Gleich beim ersten Treffen mit den führenden Repräsentanten der Länder des Warschauer Pakts während der Trauerfeierlichkeiten für Konstantin Černenko erklärte er ihnen: „Jetzt sind alle gleich“, niemand würde den anderen wie im Kindergarten an der Hand führen, jeder sei seinem eigenen Volk und seiner eigenen Partei verantwortlich. Ab jetzt würde er keinerlei Einmischung mehr zulassen. Damit gab er zu verstehen, dass ein Schlussstrich unter die „Brežnev-Doktrin“ gezogen worden sei. Dies wurde zustimmend aufgenommen. Sehr bald jedoch traten Schwierigkeiten auf, zunächst in den Wirtschaftsbeziehungen, da sich die Frage der „Gleichheit“ auch beim Verkauf des sowjetischen Erdöls und anderer Rohstoffe stellte. Später – in dem Maße, in dem Gorbačev die Art und Weise der Umsetzung der „Sowjetmacht“ in der UdSSR zu verändern begann – entstanden ideologische Verdachtsmomente: Bedrohen diese Neuerungen die „Grundpfeiler des Sozialismus“ nicht überall, wird er nicht den sowjetischen Deckmantel für die Herrschaft der „Freunde“ bei ihnen zu Hause entfernen?

Bezeichnend sind die Beobachtungen des Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei, Herbert Mies, die er mit Gorbačev während des 27. Parteitages der KPdSU (im Februar 1986) erörterte:

> „Ich habe hier [in Moskau] mit Honecker gesprochen. Er hört sich mit großem Interesse alles an, was auf eurem Parteitag gesagt wird. Aber ich spüre bei ihm eine gewisse geheime Furcht. Denn alle DDR-Bürger werden dein Referat lesen, dann werden sie Honeckers Referat auf dem Parteitag der SED hören. Sie werden vergleichen. Und Honecker spürt anscheinend, dass ein solcher Vergleich eine gewisse Gefahr in sich birgt.
> Nach dem April-Plenum des ZK eurer Partei war ich in der DDR. Damals erhielt das ZK der SED viele Briefe mit Fragen: Sollten nicht auch wir an die Probleme so herangehen wie die KPdSU? Die Führung antwortete auf nicht öffentlichen Aktivtagungen: Nein, im Großen und Ganzen nicht, obwohl ein neues Herangehen an einzelne Fragen gefunden werden muss.“[2]

[2] Ebd., S. 60–61.

Während meiner Arbeit bei Gorbačev kam ich mit dem „deutschen Problem“ erstmals anlässlich eines Gesprächs mit ihm über ein Telegramm unseres Botschafters in Berlin (31. März 1986) in Berührung. Dieser gab eine Empfehlung ab, wie man in Bezug auf Honecker am besten vorgehen solle. Ich hatte dazu folgende Meinung: Der Botschafter stiftet Argwohn und zählt die Gefahren der „deutsch-deutschen“ Beziehungen auf, wobei er übertreibt. Im Telegramm fand sich jedoch nicht eine einzige Idee dahingehend, wie sich der Botschafter die weitere Entwicklung unserer Beziehungen mit den Deutschen *auf lange Sicht* vorstellte und wie wir unsere Politik hinsichtlich dieser Perspektive gestalten sollten. Gorbačev schaute mich aufmerksam an: „Was meinst du damit?“ – „Na ... die Perspektive ...“ – „Na ja, wir werden sehen.“

Gorbačev befasste sich mit dem deutschen Problem im Kontext *seiner gesamten europäischen und internationalen Politik.* Wie bereits erwähnt, richtete er sein Hauptaugenmerk in der ersten Zeit auf Amerika. Er ging davon aus, dass man einen für die UdSSR günstigen Umschwung in der internationalen Situation erzielen könne, wenn man seine Anstrengungen auf einen Punkt konzentrierte – nämlich auf die Beendigung des Wettrüstens sowie auf atomare Abrüstung. Aus diesem Grund waren die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA von zentraler Bedeutung.

Nach dem Treffen mit Präsident Ronald Reagan in Reykjavik im Oktober 1986 hatte er jedoch erkannt, dass sogar allein diese Aufgabe ohne Europa nicht zu lösen war. Den Impuls für grundsätzliche Überlegungen zu diesem Thema gab sein außergewöhnliches Treffen mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher im April 1987, dessen Ergebnisse im Politbüro ausführlich erörtert wurden. Damals sagte Gorbačev:

„Unsere Europa-Arbeit muss umfassend geplant werden. Wir sollten eine Umgruppierung der wissenschaftlichen Kräfte vornehmen, vielleicht ein Zentrum für europäische Forschungen einrichten. Und denkt daran: Westeuropa ist unser wichtigster Partner. Ohne Europa werden wir die Sache nirgends richtig voranbringen.

Die für uns wesentliche Schlussfolgerung besteht darin, dass Thatcher in den internationalen Beziehungen Vertrauen an erste Stelle setzt. Sie hat sehr vehement aufgezeigt, dass die UdSSR das in sie gesetzte Vertrauen unterminiert hat: ‚Wir glauben Ihnen nicht‘, wiederholte sie die ganze Zeit. ‚Sie machen sich ihre Entscheidungen sehr leicht – einmal zu Ungarn, dann zur Tschechoslowakei, dann zu Afghanistan. Es kam uns nicht einmal in den Sinn, dass Sie 1968 in die Tschechoslowakei einmarschieren könnten. Sie sind aber einmarschiert. Sie haben Truppen nach Afghanistan entsandt. Wir haben Angst vor Ihnen. Wir haben Sie gewarnt, welche Wendung es für Europa, für das Vertrauen Europas Ihnen gegenüber nehmen würde, wenn Sie die ‚SS-20‘ aufstellen. Und Sie haben die Raketen aufgestellt.‘

Das heißt, Genossen, dieses Gefühl sitzt im Westen tief. Und im Wettrüsten operiert, was ihn betrifft, nicht nur der Faktor des ständig auf neue finanzielle Mittel angewiesenen militärisch-industriellen Komplexes, sondern auch noch etwas anderes – die Furcht vor der Sowjetunion.“

Diese Angst zu nehmen, das „Feindbild“ in den Vorstellungen über die Sowjetunion zu zerschlagen – an diese Aufgabe erinnerte Gorbačev ständig sowohl die Propagandachefs als auch die Diplomaten und alle, die mit internationalen Angelegenheiten befasst waren. Wir waren doch tatsächlich der Meinung, dass die „gesamte progressive Menschheit“ (so einen bequemen Terminus gab es!) für uns war, dass die Mehrheit der einfachen Menschen uns als friedliebendes Land, als Friedensfaktor empfand. Als wir jedoch die Situation analysierten, stellte sich heraus, dass es keineswegs so war!

Die Marschrichtung zur Beendigung der Konfrontation wurde im Zuge eines beispiellos offenen, persönlichen Dialogs mit dem Westen und wachsenden gegenseitigen Vertrauens – der beiden neuen Qualitäten und neuen Faktoren in der Weltpolitik – Schritt für Schritt ausgearbeitet. Auf dieser Grundlage stellte man auch die Philosophie des „neuen Denkens" auf den Prüfstand. In mehr oder weniger konzentrierter Form wurde sie von Gorbačev in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung im Dezember 1988 formuliert. Es war, als würde er hier vor der gesamten Welt sein Credo ablegen, das sich von der ideologischen Plattform seiner Vorgänger grundlegend unterschied. Dieser Umstand darf bei der Betrachtung der Vereinigung Deutschlands keinesfalls unberücksichtigt bleiben.

Das Auftreten und die Ideen des führenden Repräsentanten einer der Supermächte beeinflussten die Geisteshaltungen nicht nur im Westen, sondern – in noch stärkerem Maße – auch in den osteuropäischen Ländern. Besonders in der DDR – umso mehr, als dort der Widerhall der sowjetischen Perestroika auf scharfe Ablehnung seitens der Regierenden stieß. In den einander gegenüberstehenden Lagern der internationalen Gemeinschaft entstand ein gegenläufiger Strom. Dies gestattete Gorbačev, auch in Richtung Deutschland entschiedener zu handeln.

Ich werde nicht alle wichtigen Momente nennen, in denen sich Gorbačev mit der „deutschen Frage" vertraut machte. Man kann sie in gewisser Weise an seinen Kontakten zu Politikern aus beiden deutschen Staaten im Laufe der Jahre 1986 bis 1988 festmachen: Hans-Dietrich Genscher, Franz-Josef Strauß, Richard von Weizsäcker, Erich Honecker, Herbert Mies, Willy Brandt, Johannes Rau, Hans-Jochen Vogel, Theo Waigel, Egon Bahr, Helmut Kohl usw. Mit den Deutschen traf er sich häufiger als mit irgendjemand anderem. Einige Angaben zur Veranschaulichung der für das Thema dieses Artikels wichtigsten Gespräche mit den Deutschen seien hier angeführt.

Als der Bundespräsident der BRD, Richard von Weizsäcker, im Gespräch mit Gorbačev (Juni 1987, Moskau) von allgemeinen philosophischen Betrachtungen zur deutschen Frage überging, reagierte Gorbačev wie folgt:

„Aufgabe eines jeden Staates, besonders in Europa, ist es, einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Sicherheit zu leisten. Das gilt auch für die beiden deutschen Staaten. Was mit ihnen in hundert Jahren sein wird, *wird die Geschichte entscheiden* [Hervorhebung A. Č.]. Keine andere Haltung ist akzeptabel. [...] Darüber muss absolute Klarheit herrschen.
Heute sind die beiden deutschen Staaten eine Realität, und davon müsen wir ausgehen. Realität sind auch der Moskauer Vertrag [vom 12. August 1970, A. Č.], Ihre Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei, mit der DDR sowie mit anderen Staaten. Auf dieser Grundlage ist eine effektive Entwicklung politischer, wirtschaftlicher, kultureller und menschlicher Kontakte möglich. [...] Die Sowjetunion achtet die Nachkriegsrealitäten, achtet das deutsche Volk in der Bundesrepublik und die Deutschen in der DDR. Wir beabsichtigen, auf der Basis dieser Realitäten auch in Zukunft unsere Beziehungen zu gestalten. *Die Geschichte wird zu gegebener Zeit ihr Urteil sprechen* [Hervorhebung A. Č.]."[3]

Die Geschichte, das wissen wir jetzt, hat ihr Urteil bedeutend früher gesprochen als nach hundert Jahren. *Wichtig ist aber etwas anderes: Gorbačev hat die Wiedervereinigung Deutschlands nicht ausgeschlossen.* Und das Signal wurde aufgenommen. Da ich ihn kenne, kann ich behaupten, dass er bereits damals in seinem Innersten davon überzeugt war, dass es ohne die Lösung der deutschen Frage und ohne die Wiederherstellung der historisch

[3] Ebd., S. 64.

bedingten normalen Beziehungen zwischen den beiden großen Völkern – den Russen und den Deutschen – weder in Europa, noch in der Welt zu einer Genesung kommen würde.

Bezeichnend ist auch, dass Gorbačev es unterließ, die Einheit der deutschen Nation zu widerlegen und mit Weizsäcker nicht einmal darüber zu diskutieren begann, obwohl der Bundespräsident der BRD mehrere Male versucht hatte, ihn in eine Debatte zu verwickeln. Gorbačev ließ sich nicht auf das Problem ein. Er zeigte keinerlei „Solidarität" mit Honecker in Bezug auf zwei deutsche Staaten, unterließ es aber auch, ihm „ein Bein zu stellen". Zur Illustration der damaligen Stimmung in der sowjetischen Führungsspitze hinsichtlich des Deutschland-Problems ist die folgende Episode des Weizsäcker-Besuches interessant.

Als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR gab Andrej Gromyko für den Bundespräsidenten der BRD ein offizielles Mittagessen, in dessen Verlauf Tischreden gehalten wurden. Die Rede Weizsäckers – schließlich ist er ein Deutscher! – erwies sich als doppelt so lang wie die Gromykos. Dieser wies Julij Kvicinskij (den Botschafter in der BRD) an, die Rede auf „gleiche Länge" zu kürzen, natürlich auf Kosten der Passagen, die, laut Gromyko, „den Sowjetmenschen nicht gefallen werden": zu Kant in Königsberg, zum einheitlichen deutschen Bewusstsein, dass unter Freiheit auch die Besuchsfreiheit zu verstehen sei (eine Anspielung auf die Berliner Mauer) usw. – alles das, was für Weizsäcker wahrscheinlich am wichtigsten war, der – als Aristokrat und Intellektueller – darum bemüht war, diese Gedanken mit größtmöglicher Loyalität und höchstem Feingefühl vorzutragen.

In der Tageszeitung „Izvestija" wurde die Rede mit diesen Kürzungen abgedruckt, worauf die Deutschen begannen, auf allen Kanälen ihrer Verwunderung und Gekränktheit Ausdruck zu verleihen: Ihr habt doch die Glasnost', Thatcher und Chirac wurden ohne Kürzungen gedruckt! Nach einem reichlich albernen Geplänkel wurde in unserer Führungsspitze ein Kompromiss erzielt: Der volle Text der Weizsäcker-Rede wurde in der „Nedelja" und in den „Moskovskije Novosti" veröffentlicht, d. h. in nicht amtlichen Presseorganen.

Danach traf Gorbačev zweimal mit Genscher und mehreren anderen der oben genannten deutschen Persönlichkeiten zusammen. Auch gab er dem „Spiegel" ein Interview. Im Prinzip jedoch verharrte das „deutsche Problem" weitere eineinhalb Jahre im gleichen Zustand: Zwei deutsche Staaten sind unabänderliche Realität, also lasst uns die Beziehungen nach allen Richtungen hin entwickeln. Das ist sehr wichtig – sowohl für die beiden Länder als auch für Europa und den Helsinki-Prozess – und bezüglich der Vereinigung wird die „Geschichte ihr Urteil sprechen".

Die Beziehungen zu Deutschland begannen merklich hinter den Beziehungen zu anderen großen und einflussreichen Staaten zurückzubleiben, obwohl Gorbačev mehrfach im Politbüro und generell in seinem Kreis zum Ausdruck brachte, dass es ohne Deutschland keine echte europäische Politik bei uns geben werde. Bremsend wirkte ein beleidigender Vergleich Gorbačevs mit Goebbels (hinsichtlich seiner propagandistischen Fähigkeiten), den sich der Kanzler bereits 1986 in einer öffentlichen Erklärung erlaubt hatte. Und Gorbačev, der die Beziehungen zu England, Italien und den USA forcierte, wollte zugleich „den Deutschen eine Lektion erteilen" (seine Worte).

Die Zeit forderte jedoch das Ihre. Politik und Wirtschaft der Perestroika verlangten eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland. Kohl seinerseits startete Versuchsballons, die Gorbačev mit einem Schreiben beantwortete. Man einigte sich auf einen Besuch Kohls in Moskau im Oktober 1988. Am Vorabend des Treffens kam es zu einem Gedankenaustausch zwischen Gorbačev und mir. Wir erörterten die Unterlagen für die Verhandlungen und die Persönlichkeit des Kanzlers.

Ich sagte: Die Situation ist meines Erachtens so, dass das Land (die BRD) bereit ist, mit uns weit zu gehen, der Kanzler ist dazu aber nicht bereit. Gorbačev antwortete: Und bei uns ist es genau umgekehrt – die Führung ist dazu bereit, das Land aber nicht. Gut, dass wir uns beide geirrt haben.

Am 28. Oktober 1988 fand im Katharinensaal des Kreml das Gespräch zwischen Gorbačev und Kohl statt, das den Durchbruch brachte. Mit anwesend waren nur Horst Teltschik und ich. Wir, die beiden Berater, saßen da und wechselten Blicke miteinander. Wie ich mich bald überzeugten konnte, handelte es sich bei ihm um einen Mann von Format mit scharfem, praktischem Verstand. In jener Zeit spielte er in der deutschen Politik – und insbesondere für die deutsch-sowjetische Annäherung – eine große Rolle. Unsere Presse und die Leute aus dem sowjetischen Außenministerium zeichneten ein recht „unangenehmes" Bild von ihm. Tatsächlich stellte sich heraus – wie auch in vielen anderen Fällen –, dass das alles nicht stimmte.

Was haben Teltschik und ich also gesehen? Zwei hochrangige Staatsmänner sprachen miteinander einfach von Mensch zu Mensch. Ein Deutscher und ein Russe – hinter jedem von ihnen stand die dramatische, bedeutende und miteinander verwobene Geschichte zweier großer Völker. Und es gab keinerlei „Klassenstandpunkte", kein ideologisches „Geplänkel", überhaupt keine gegensätzlichen Ansichten, keine Spur von Feindseligkeit oder dem Bestreben, den Gesprächspartner „übers Ohr zu hauen", ihn bezüglich der eigenen Absichten in die Irre zu führen.

Ein weiteres Mal hatte ich Gelegenheit, der Kühnheit und Weitsicht Gorbačevs und seinem bereits beginnenden Bruch mit der offiziellen Ideologie zugunsten des normalen, gesunden Menschenverstandes meine Anerkennung zu zollen. Das Ergebnis dieses Treffens fassten sie mit folgenden, für ein Vieraugengespräch sogar ein wenig pathetischen Worten zusammen:

„M. Gorbačev: [...] Womit beenden wir das Gespräch? Wir haben meiner Meinung nach einen guten persönlichen Kontakt hergestellt und ein ehrliches, offenes Gespräch geführt. Dies ist die Chance für einen Neubeginn.
H. Kohl: Ich habe einen sehr guten Eindruck. Dies war ein ehrliches, offenes Gespräch. Und dies ist für mich die Hauptsache. Es hat sich wirklich die Chance für einen Neubeginn ergeben. [...]
M. Gorbačev: Ich möchte das Gespräch folgendermaßen abschließen. Ich habe den Eindruck, dass wir vorankommen und in allen Bereichen unserer Beziehungen ein neues Niveau erreichen können."[4]

In seiner Rede beim anschließenden offiziellen Mittagessen sprach Kohl sowohl das „geeinte Deutschland" als auch das Berlin-Problem an. Am Morgen beriet sich Gorbačev mit mir und Valentin Falin (dem damaligen Leiter der Internationalen Abteilung des ZK und späteren Sekretär des ZK der KPdSU, einem bekannten Germanisten und Bot-

4 Ebd., S. 74.

schafter in der BRD in den 60er und 70er Jahren), ob man Kohl beim zweiten Gespräch mit ihm deswegen nicht „die Leviten lesen“ sollte? Er beauftragte Falin sogar, etwas aufzuschreiben, „um es nicht zu vergessen…“ Allerdings hat er nichts von dem, was Falin niedergeschrieben hatte, ausgesprochen. Und später „erklärte“ er uns: „Das musste Kohl doch sagen, um sich seiner Verbündeten und der Unbeherrschten bei sich zu Hause zu erwehren!“ Im Politbüro zog Gorbačev folgendes Resümee des Kohl-Besuchs:

„Noch ist keine Wende eingetreten. Aber es wurde ein starker Impuls für Fortschritte auf diesen wichtigen Gebieten der europäischen Politik und der Weltpolitik gegeben.“[5]

Nach dieser Begegnung zwischen Gorbačev und Kohl begann das gegenseitige Vertrauen schnell zu wachsen und ging bald in eine richtiggehende Freundschaft über, wobei man sich gegenseitig „duzte“. Diese Freundschaft spielte eine ausnehmend wichtige Rolle dabei, dass die Vereinigung Deutschlands ohne „Blut und Eisen“ vonstatten ging.

Häufig werden ich und Gorbačev selbst gefragt: Wann genau (gerade, dass sie nicht nach dem genauen Datum fragen) hat er der Vereinigung Deutschlands zugestimmt? Ein solches Datum gibt es nicht. Es gab eine sich über einen langen Zeitraum erstreckende Annäherung an das Problem im Zuge des „neuen Denkens“. Wesentliche Bedeutung hatte sein BRD-Besuch vom Sommer 1989. Gorbačev überzeugte sich endgültig davon, dass die Westdeutschen überhaupt nicht so waren, wie sie über Jahrzehnte hinweg von der sowjetischen Propaganda, als deren Gefangene sich sogar auch unsere führenden Persönlichkeiten – von Chruščev bis Andropov – erwiesen, dargestellt worden waren.

Selbstverständlich wurden wichtige Verhandlungen mit dem Kanzler, dem Bundespräsidenten der BRD sowie dem Vizekanzler und Außenminister Genscher geführt, der übrigens aktiver als alle anderen westdeutschen Staatsmänner für eine Annäherung an die UdSSR eintrat. Man unterzeichnete ein Dutzend außergewöhnlicher und weitreichender Dokumente, darunter welche zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen. In der abschließenden Gemeinsamen Erklärung wurde erstmals vom Recht der Völker auf Selbstbestimmung gesprochen. Damit bestätigte Gorbačev in der Praxis, dass das Prinzip des „neuen Denkens“ – die Wahlfreiheit – für ihn weder Diplomatie noch Demagogie, sondern untrennbarer Bestandteil realer Politik war. Und trotzdem, ich wiederhole es: Die wichtigste Rolle bei der Annäherung Gorbačevs an die „Zustimmung zur Vereinigung“ spielte die Art und Weise, wie ihn die Deutschen aufnahmen – Menschenmassen, die sich aus ganz unterschiedlichen Deutschen zusammensetzten –, und wie er selbst sie überall wahrnahm.

Ein anderer und wohl entscheidender Aspekt war der Zusammenbruch des Honecker-Regimes, von dem sich Gorbačev persönlich überzeugte, als er Anfang Oktober 1989 zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung nach Berlin kam. Die Demonstrationen, Kundgebungen und Aufmärsche in Dutzenden von Städten der DDR mit vielen Tausenden, später auch mit Millionen von Teilnehmern, die Forderungen nach Reformen und Freizügigkeit, das Durchbrechen der „Mauer“, die Vertreibung Honeckers und die Selbstauflösung der SED führten zur endgültigen Überzeugung, dass der Drang der Deutschen nach Wiedervereinigung unbezwingbar war.

[5] Ebd., S. 77.

Von immenser Bedeutung waren der weltweite und europäische Kontext der deutschen Ereignisse. Als Symbol für die grundlegende Veränderung des gesamten internationalen Klimas kann das Treffen der obersten Repräsentanten beider Supermächte, Michail Gorbačev und George Bush, an der maltesischen Küste am 2. Dezember 1989 angesehen werden. Hier gaben sie faktisch die Beendigung des „Kalten Krieges" bekannt: Sie reichten einander über den Tisch hinweg die Hände und erklärten, dass sie ihre Länder nicht mehr als Gegner betrachteten. Somit war die Stunde „X" angebrochen, der „Prozess hatte begonnen", die Geschichte, an die Gorbačev in den Gesprächen mit Genscher, Weizsäcker und Kohl appelliert hatte (die Geschichte, die 1945 ihr Urteil gesprochen habe, hatte er gesagt, möge neu urteilen, wenn die Zeit reif dafür sei), begann rasend schnell voranzuschreiten.

Was das Tempo des Prozesses betrifft, so wurde dieses vom deutschen Volk selbst bestimmt. Bei der Entfaltung seiner nationalen Energie spielte (wie übrigens auch in den „samtenen Revolutionen" in den anderen Ländern des Warschauer Pakts) die Einsicht – sowohl von Seiten der Politiker, als auch der Bevölkerung – eine nicht geringe Rolle, dass eine sowjetische bewaffnete Einmischung, wie sie in den Jahren 1953, 1956 und 1968 stattgefunden hatte, ausgeschlossen war. Während die Politiker noch nachdachten und über mögliche Formen einer Vereinigung verhandelten, eine Annäherung der beiden deutschen Staaten prognostizierten, die Möglichkeit der anfänglichen Gründung einer Konföderation erwogen und sich mit ihren Verbündeten berieten – von denen bei weitem nicht alle Deutschland geeint sehen wollten –, kurz gesagt, während also die Politiker ihre Arbeit machten, ging das Volk auf die Straße, riss die Berliner Mauer nieder und demonstrierte machtvoll und zielstrebig seinen Willen zur Einheit. Die Deutschen nahmen das Schicksal der Nation in ihre eigenen Hände. Und vielleicht irgendjemand, aber schon nicht mehr Gorbačev, hätte sie daran hindern können.

Vor einigen Jahren sprach Gorbačev, der den Kreml schon lange verlassen hatte, auf einem Platz in Leipzig vor einer großen deutschen Menschenmenge. Man fragte ihn: „Wer, glauben Sie, ist der Hauptheld der Vereinigung – Sie, Kohl, Bush oder jemand anderer?" Im gleichen Atemzug antwortete er: „Der Hauptheld ist das deutsche Volk und (nach einer Pause) ... das russische Volk."

Das zuletzt über das russische Volk Gesagte ist äußerst wichtig. Die russischen Menschen, die sowjetischen Menschen nahmen allmählich „Abstand" vom antideutschen Syndrom, die Wunden des Krieges verheilten, die Erinnerung an die Gefallenen wurde schwächer. Es zeigte sich der versöhnliche Charakter der Russen und ein Gefühl für Gerechtigkeit: Wie lange noch soll man die einfachen Deutschen für die Verbrechen Hitlers bestrafen? Hilfreich war die Annäherung – nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch auf der Ebene von Tausenden und Abertausenden von Menschen – an die Ostdeutschen, an die Menschen der DDR. Man lernte sich gegenseitig kennen, knüpfte Freundschaften und berufliche Kontakte zwischen Betriebsangehörigen. In das Alltagsbewusstsein schlich sich allmählich die Empfindung, wie absurd es war, dass es so etwas wie „unsere" und „nicht unsere" Deutschen gab. Wem gehören denn Goethe, Schiller, Bach, Beethoven, Schumann, Thomas Mann, Remarque, Humboldt, Planck und andere herausragende Deutsche, mit denen die russische Kultur so vertraut geworden war?! Mit einem Wort, das russische Volk stand einer möglichen Vereinigung Deutschlands ruhig und verständnisvoll gegenüber. Ohne dieses sein – wenn auch stillschweigendes – Einverständnis wäre

auch die Zustimmung Gorbačevs sowie der damaligen sowjetischen Führung wohl kaum möglich gewesen.

Anlässlich des zehnten Jahrestages des Falls der Berliner Mauer stellte die amerikanische Zeitschrift „Newsweek“ Gorbačev einige Fragen, die auf eines hinausliefen: weshalb er nichts unternommen habe, um den Zerfall des Regimes in der DDR zu verhindern und warum er sich der Vereinigung Deutschlands nicht widersetzt habe. Hier seine Antwort (bei uns wurde dieses Interview nicht abgedruckt):

„Sich dem Willen eines Volkes zu widersetzen, um das zum Scheitern verurteilte Regime von Erich Honecker zu retten, wäre hoffnungslos gewesen. Die Anwendung von Gewalt hätte möglicherweise in einem riesigen Blutbad geendet – schließlich hatte der Wunsch nach Vereinigung im Herbst 1989 Millionen von Deutschen erfasst – und zu einer militärischen Konfrontation der Supermächte führen können. Selbst wenn es uns gelungen wäre, dies zu vermeiden, hätte eine Intervention die Umkehrung der Grundprinzipien meiner politischen Philosophie bedeutet. Eine Militäraktion hätte das sich gegenüber dem Westen und den Vereinigten Staaten entwickelnde Vertrauen zerstört und die lebenswichtige wirtschaftliche und politische Unterstützung für die Perestroika aus dem Ausland abgeschnitten. Und sie hätte bedeutet, auf normale Menschen zu schießen, was gegen meine moralischen Prinzipien verstoßen hätte. Der Kalte Krieg wäre wieder aufgenommen und meine politische Position insgesamt diskreditiert worden.“[6]

Dies also waren die Motive des Gorbačev’schen Handelns, die Prinzipien, von denen er sich leiten ließ. Indessen, als führender Repräsentant einer der Supermächte, als Vertreter einer der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die für die deutsche Nachkriegsordnung verantwortlich waren, nahm er ganz unmittelbaren Anteil an der Lösung der internationalen Probleme, die mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit verbunden waren.

Anfangs hatte niemand einen Plan. Das Wichtigste war, in der DDR, die sich nach dem Fall der Berliner Mauer als Staat schnell aufzulösen begann, ein Chaos zu verhindern. Im Zuge des häufigen, böswilligen Geredes und der zahlreichen Streitgespräche hinsichtlich der Aktivitäten Gorbačevs in der Zeit der deutschen Vereinigung, wird ihm Inkonsequenz vorgeworfen und dass er sich selbst widersprochen habe. Den einen habe er dieses gesagt, den anderen – nicht genau das Gleiche. Ich allerdings befürchte, dass, wäre Gorbačev durchgehend konsequent gewesen – so, wie ihn seine Opponenten und Gegner gerne gesehen hätten – und hätte stur an seinen einmal irgendjemandem gegenüber geäußerten Worten festgehalten, ohne sich um den Gang der Ereignisse zu kümmern, über Europa ein großes Unglück hereingebrochen wäre.

Im Oktober/November 1989 ging Gorbačev davon aus, dass die DDR imstande sein werde, sich nach einer Radikalreform über einen mehr oder weniger langen Zeitraum hinweg zu halten, indem sie sich der BRD annäherte. Eine Zeit lang waren sowohl Kohl, als auch Genscher seiner Meinung. *Übrigens hat Kohl, als er Gorbačev einen Tag nach dem Fall der Mauer anrief, ihm „zum Beginn der Reformen in der DDR“ gratuliert, die sehr spät gekommen seien. Und nicht mehr!*

Von diesem Standpunkt aus verhandelte Gorbačev mit Egon Krenz und Hans Modrow, die Erich Honecker ablösten, und sicherte ihnen seine Unterstützung und Solidarität zu. Am 2. Dezember 1989 spricht er in Malta mit Bush jedoch bereits darüber, ob ein vereinigtes (!) Deutschland in der NATO verbleiben würde, und bringt erstmals

[6] *Mikhail Gorbachev*, Doomed to Disappear, in: Newsweek, 8. November 1999.

die Idee einer „Neutralisierung“ ins Spiel. Dies freilich mit dem Vorbehalt, dass es noch zu früh sei, diese Frage offiziell zu erörtern. Und drei Tage später in Moskau kommt es zwischen ihm und Genscher buchstäblich zu einem Eklat wegen der „Zehn Punkte“, die der Kanzler – für ihn unerwartet – im Bundestag vorgetragen hatte. Der Hauptvorwurf lautet: Anschlag auf die Souveränität der DDR, Einmischung in deren innere Angelegenheiten, Kurs auf eine Konföderation. Anfang Dezember 1989 erklärt Gorbačev nach einer Begegnung mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand in Kiew seinem Gesprächspartner:

„Mehr als die Hälfte der Einwohner der DDR wollen ihr Land in seiner derzeitigen Form erhalten, indem sie seine politische Struktur verändern, die Demokratie ausbauen usw. Sie stellen sich die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD als Beziehungen zwischen zwei souveränen Staaten vor.“

Ende Januar 1990 gehen bei einer Beratung im engsten Kreis im Arbeitszimmer Gorbačevs im ZK der KPdSU alle Gesprächsteilnehmer davon aus, dass das Schicksal der DDR besiegelt sei, dass sich der Staat dort bereits aufgelöst habe.[7] Man erteilt der Idee der „Sechsergruppe“ (4+2; 2+4)[8] seine Zustimmung, die dazu aufgerufen ist, die Beziehungen der Siegermächte zu einem bereits im Wesentlichen geeinten und völlig souveränen Deutschland festzulegen. Und hier erteilt Gorbačev Marschall Sergej Achromeev auch die Weisung, den Abzug der Truppen aus Ostdeutschland vorzubereiten.

Nur eine Woche später allerdings, am 30. Januar 1990, setzt Gorbačev bei einem Treffen mit Modrow in Moskau die sachliche Erörterung von Fragen der Lebensfähigkeit der DDR und ihrer Zusammenarbeit mit der UdSSR fort. Und das, obwohl Modrow selbst zugibt, dass sich „die überwiegende Mehrheit der gesellschaftlichen Kräfte – von kleinen linken Sekten abgesehen“[9] auf die eine oder andere Weise mit der Idee der Vereinigung identifiziere. Modrow bittet darum, den Vereinigungsprozess zu bremsen, rät Gorbačev, an die Rechte der UdSSR in Deutschland zu erinnern und gemeinsam mit den anderen Mächten Zurückhaltung zu vereinbaren. Das heißt, er drängt Gorbačev faktisch dazu, das Verlangen der Deutschen nach Vereinigung mit seinen Händen von außen zu unterdrücken. Er lädt Gorbačev zu einem Besuch in die DDR ein. Dieser lehnt ab und beruft sich dabei darauf, dass er erst kürzlich dort gewesen sei und weist mit einer Kopfbewegung auf Nikolaj Ryžkov (den damaligen Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR) – vielleicht wird der fahren.

[7] Menschenmassen demolieren staatliche Einrichtungen. Offiziere der Nationalen Volksarmee ersuchen um Aufnahme in die Bundeswehr. Es haben 100 Gerichtsprozesse gegen ehemalige Führungskräfte und Funktionäre der SED sowie Regierungsbeamte begonnen. Die gesamte SED-Führung ist gestürzt worden. Einige befinden sich in Haft, darunter auch Honecker. Die regierende Partei hat sich in alle Windrichtungen zerstreut, obwohl Versuche unternommen werden, sie in neuer Eigenschaft und unter neuem Namen zu reanimieren. Die Massenflucht von Ostdeutschen in den Westen – manchmal 3000 Personen pro Tag – dauert an.

[8] Mit dieser Formel wurden die UdSSR, die USA, Frankreich und Großbritannien sowie die BRD und die DDR bezeichnet. Die Reihenfolge der Ziffern war später Gegenstand von Diskussionen. Der Vorrang wurde der zweiten Variante eingeräumt, wodurch betont wurde, dass die Deutschen ihre inneren Angelegenheiten selbst lösen und die vier Mächte die äußeren Aspekte der Vereinigung sicherstellen sollten.

[9] *Gorbatschow*, Wie es war, S. 99.

Gorbačev rät Modrow, konsequent „durchzuhalten“, „nicht den Kopf zu verlieren“, sich auf den Abschluss eines Vertrages mit der BRD über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft mit Bestandteilen einer Konföderation einzustellen und danach „zu konföderativen Strukturen und auf sehr lange Sicht zu einem Zusammenwachsen beider Staaten in einen geeinten Staat überzugehen. [...] Das Wichtigste in diesem Moment“, erklärt er, „ist der Erhalt der staatlichen Souveränität der DDR.“ Übrigens, wie wir gesehen haben, hatte Gorbačev erst kurz zuvor dem Kanzler gezürnt, weil sich dieser in den „Zehn Punkten“ erlaubt hatte, auf eine Konföderation auch nur anzuspielen.

Bei einem Treffen mit dem Kanzler in Moskau am 10. Februar 1990 schien es, als würde Gorbačev – in völligem Widerspruch zu dem, was er zehn Tage zuvor zu Modrow gesagt hatte – mit Kohl Fragen erörtern, die faktisch die Probleme eines geeinten Deutschland betrafen (Zugehörigkeit zur NATO oder Neutralisierung, Grenzen, Beziehungen zu Polen, zur Tschechoslowakei, Kontinuität hinsichtlich der von der DDR geschlossenen Verträge usw.). Hier spricht er die berühmten und entscheidenden Worte: „[...] die Deutschen müssen ihre Wahl selbst treffen. Und sie sollen diesen unseren Standpunkt kennen.“ Kohl, deutlich aufgeregt, hat nachgefragt: „Sie sagen, die Einheit ist Sache der Deutschen?“ – „Ja, im Kontext der Realitäten.“[10] Allerdings wirft er dem Kanzler hier auch vor, dass dieser den Bundestagswahlkampf benutze, um die Vereinigung zu forcieren. Obwohl klar ist, dass der Wahlkampf eine rein deutsche Angelegenheit ist und die Tatsache, wer sich dort wie verhält, Außenstehende nichts angeht.

Was die Form der Vereinigung betrifft, so ist es angebracht, daran zu erinnern, dass die Konzeption einer schrittweisen Annäherung der beiden souveränen deutschen Staaten – über Bestandteile einer Konföderation zu einer vollwertigen Konföderation, danach Umwandlung in eine Föderation und schließlich in einen geeinten Staat – dem Druck von unten abermals nicht standgehalten hat (was durch die Aktivitäten Kohls, der bestrebt war, sämtliche Lorbeeren des „Einigers“ – eines modernen Bismarck – in Empfang zu nehmen, klarerweise beträchtlich befördert wurde).

Gorbačev wird vorgeworfen, er habe sich faktisch damit abgefunden, dass die Vereinigung auf der Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes erfolgte, die (natürlich auf lange Sicht) einen *Beitritt* „der ostdeutschen Länder“ vorsah. Aber diese Frage wurde doch von den Deutschen selbst entschieden. Bei den Parlamentswahlen in der DDR vom 18. März 1990 siegte die Christlich-Demokratische Union. Und sie siegte mit der Losung: „Vereinigung nach Artikel 23!“ Bei einem Treffen mit Gorbačev am 22. April 1990 beschrieb der neue und letzte Premierminister der DDR, Lothar de Maizière, dies detailliert, mit entsprechendem Zahlenmaterial in der Hand, als den Willen der überwältigenden Mehrheit der DDR-Bürger.

Als „Inkonsequenz“ wird Gorbačev auch sein Verhalten hinsichtlich der Frage des Beitritts eines vereinigten Deutschland zur NATO ausgelegt. Einen Tag bevor Kohl am 10. Februar 1990 ein weiteres Mal in Moskau eintrifft, verteidigt Gorbačev in einem Gespräch mit US-Außenminister James Baker rigoros seine Ablehnung der Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland zur NATO. Dies erfolgt allerdings im Kontext einer detaillierten Erörterung des Arbeitsprogramms des „2+4“-Mechanismus, der, wie bereits von mir erwähnt, geschaffen wurde, um die äußeren Aspekte der Vereinigung und die

[10] *Gorbatschow*, Wie es war, S. 108.

Abschaffung jener Verpflichtungen und Einschränkungen zu regeln, die aus der Unterlegenheit Deutschlands in der NATO herrührten.

Das Politbüro instruiert den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Eduard Ševardnadze, auf der „Zwei-plus-Vier"-Tagung in Bonn, dem Beitritt Deutschlands zur NATO auf keinen Fall zuzustimmen. Dort gelang es nicht, diese Position zu verteidigen – sie war ja auch aussichtslos und widersprach der objektiven Logik des Prozesses: Ist Deutschland erst einmal ein absolut souveräner Staat im völkerrechtlichen Sinn, steht es ihm frei, einem beliebigen Block beizutreten oder nicht.

Von großer Bedeutung war das Argument, dem insbesondere Außenminister Baker Nachdruck verlieh: Der neutrale Status Deutschlands könne zur Wiederholung dessen führen, was sich nach dem Ersten Weltkrieg als Konsequenz des Versailler Vertrages ereignet habe. Ein – wie damals – isoliertes Deutschland könne die Gewährleistung seiner Sicherheit mit Hilfe eigener Atomwaffen anstreben.

Ein wichtiger Faktor im Annäherungsprozess Gorbačevs an die Lösung der Hauptprobleme der Vereinigung war ein weiteres Treffen mit Baker, das am 18. Mai 1990 in Moskau stattfand. Besprochen wurden die wichtigsten Voraussetzungen für eine Befreiung Deutschlands von den ihm im Jahr 1945 in Potsdam auferlegten Verpflichtungen. Deutschland solle seine Streitkräfte – die Bundeswehr – deutlich reduzieren. Die sowjetischen Truppen sollten über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren auf dem Hoheitsgebiet der DDR verbleiben, wobei die Beibehaltung ihrer Finanzierung durch die Deutschen vorgesehen war, was diese übrigens in Bezug auf die westlichen Streitkräfte auf dem Hoheitsgebiet der BRD und in Westberlin nicht taten. Die Kompetenz der NATO sollte während des Übergangszeitraums nicht auf das Hoheitsgebiet Ostdeutschlands ausgedehnt werden. Deutschland sollte für immer darauf verzichten, eigene Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen zu besitzen. Die NATO wird beginnen, sich von einer vorwiegend militärischen in eine vorwiegend politische Organisation umzuwandeln. Die NATO wird vorschlagen, einen Nichtangriffsvertrag mit dem Warschauer Pakt zu schließen, der übrigens ein Jahr später zu existieren aufhört.[11]

Trotzdem hegte Gorbačev noch die schwache Hoffnung, dass es gelingen würde, irgendeine andere Formel des militärischen Status eines vereinigten Deutschland durchzusetzen, die keine reine NATO-Formel darstellte. Er schlug insbesondere den Beitritt Deutschlands zu beiden Blöcken vor. Bei seinem Treffen mit Mitterrand am 25. Mai 1990 musste Gorbačev sich allerdings davon überzeugen, dass der französische Präsident ihn nicht unterstützen würde und seinen Versuch, auf seinen Positionen zu beharren, als aussichtslos einstufte. Er argumentierte ungefähr so (ich fasse zusammen, verbürge mich aber für die genau Wiedergabe des Sinns seiner Äußerungen): Die NATO kann etwas

[11] Ich halte es für notwendig, an die früheren Zusicherungen Bakers – während seines Moskauer Treffens mit Gorbačev am 9. Februar 1990 – zu erinnern. Ich zitiere aus der stenographischen Mitschrift des Dolmetschers und meiner eigenen: „Wir verstehen, dass nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für die anderen europäischen Länder Garantien wichtig sind, dass, falls die Vereinigten Staaten im Rahmen der NATO ihre Deutschland-Präsenz aufrechterhalten, die Jurisdiktion bzw. die militärische Präsenz der NATO *keinen einzigen Zoll in östlicher Richtung ausgedehnt wird.* Wir sind der Ansicht, dass die Vereinigung Deutschlands nicht zur Ausdehnung der militärischen Organisation der NATO in Richtung Osten führen wird." – Archiv der Gorbačev-Stiftung.

sehr Einfaches tun – sie kann beschließen, das geeinte und souveräne Deutschland auf sein Ersuchen hin in die atlantische Allianz aufzunehmen. Er, Mitterrand, würde sich mit seinen Bündnispartnern deshalb auf keinen Konflikt einlassen. Thatcher, obwohl es ihr lieber wäre, wenn es überhaupt kein geeintes Deutschland gäbe, würde sich genauso verhalten. Der französische Präsident fragte:

„Was werden Sie in diesem Fall tun? Mündlich Protest einlegen? Das wäre demütigend und nutzlos. Ihre Truppen in Deutschland belassen? Dann wären Sie Besatzer. Denn ausländische Truppen können sich auf dem Hoheitsgebiet eines souveränen Staates nur auf dessen Bitte hin oder auf Grundlage einer internationalen Vereinbarung aufhalten. Kurz gesagt, was Sie bekommen, ist eine Wiederaufnahme der Konfrontation mit den USA und mit ganz Westeuropa.“

Nach diesem berühmten Gespräch mit Mitterrand musste Gorbačev sich selbst eingestehen, dass es für ihn, realistisch gesehen, keine Alternative zum Einverständnis mit einer deutschen Mitgliedschaft in der NATO gab.

Am 31. Mai 1990 fährt er zu einem turnusmäßigen sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen nach Washington. Und dort, nach langen Auseinandersetzungen, einigt er sich mit Bush auf die bekannte Formel. Sie findet sich in den Memoiren Gorbačevs und in seinem Buch „Kak eto bylo“ [Wie es war]. Ich gebe das Wichtigste laut Stenogramm wieder:

„M. Gorbačev: So werden wir das formulieren: Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion sind dafür, dass das vereinigte Deutschland nach einer endgültigen Regelung, welche die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges berücksichtigt, selbst entscheidet, welchem Bündnis es angehören wird.
G. Bush: Ich würde eine etwas andere Fassung vorschlagen: Die USA sind eindeutig für die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland, doch wenn es sich anders entscheidet, werden wir keine Einwände erheben, sondern seine Wahl akzeptieren.
M. Gorbačev: Einverstanden. Ich akzeptiere Ihre Formulierung.“[12]

Ich wiederhole: Liest man heute die Stenogramme der Gespräche Gorbačevs mit verschiedenen führenden Persönlichkeiten zur deutschen Frage, die eigenen Aufzeichnungen seiner Wortmeldungen im Politbüro und bei anderen Beratungen, der Gespräche mit ihm unter vier Augen oder im Beisein einer weiteren Person, stößt man auf nicht wenige Diskrepanzen zwischen seinen Worten und seinem Vorgehen.

Dahinter steht jedoch eine *Taktik*, die verhindern sollte, dass die Vereinigung Deutschlands all das zunichte macht, was innerhalb von vier Jahren für die Beseitigung des „Kalten Krieges“ und die Einstellung des Wettrüstens, für die Schaffung einer Atmosphäre der politischen Zusammenarbeit mit dem Westen und der für das Land lebensnotwendig gewordenen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ihm, getan wurde.

Ich möchte nochmals unterstreichen: Sobald Gorbačev zur endgültigen Überzeugung gelangt war, dass *der Drang der Deutschen nach Wiedervereinigung unüberwindlich war, dass es sich dabei tatsächlich um eine auf demokratischen Grundsätzen beruhende Volksbewegung handelte und nicht um ein politisches Spiel oder Gefühlswallungen eines unter dem Einfluss westlicher Propaganda stehenden Teils der Jugend*, hat er für sich selbst eine unverrückbare Entscheidung getroffen: die Geschichte, auf die er sich berufen hat, hat ihr

[12] *Gorbatschow*, Wie es war, S. 138.

Wort gesprochen, und es bleibt nur, ihr dabei zu helfen, dieses Wort in die Tat umzusetzen – *auf friedlichem Weg.*

Man kann Kanzler Kohl vorwerfen, dass er sich zuweilen verstellt hat, zu dick auftrug, die Ereignisse vorantrieb und sie für den Wahlkampf instrumentalisierte. Aber vom historischen (und sogar moralischen) Standpunkt aus gesehen, ist dies ebenso irrelevant wie die äußerlichen Widersprüche in den Aussagen Gorbačevs. Denn das, was sie taten, spiegelte den Willen des deutschen Volkes wider – entsprach den Interessen der Völker der UdSSR, Europas und der Welt. Gorbačev und Kohl beseitigten den wichtigsten Herd des „Kalten Krieges". Sie schufen einen Präzedenzfall für einen neuen Ansatz zur Lösung weltpolitischer Probleme nach den Kriterien des kommenden Zeitalters.

Nach dem Washingtoner Treffen zwischen Gorbačev und Bush wurde die Frage, ob es ein geeintes Deutschland geben würde oder nicht, von der Tagesordnung der Geschichte genommen. Es blieb nur noch die politische und juristische Ausgestaltung, die binnen drei Monaten in Moskau, Archyz (im Nordkaukasus, der Heimat Gorbačevs) und Bonn vorgenommen wurde. Hier fanden natürlich auch die Probleme der Regulierung der äußeren Aspekte der Vereinigung Deutschlands – über den Mechanismus „2+4" – Eingang.[13] Es ist bezeichnend, dass der Kanzler bereits im Juli 1990 den Entwurf eines „Großen Vertrages" zwischen der UdSSR und dem geeinten Deutschland nach Moskau mitbrachte. Und Gorbačev betrachtete dies als eine völlig normale und dem Zeitpunkt angemessene Geste (ich erinnere mich an diesen Moment in der Villa des Außenministeriums in der Spiridonovka-Straße, wo nur die Berater – Teltschik und ich – mit anwesend waren).

* * *

In dem in Russland herrschenden geistigen Wirrwarr kursieren viele Einschätzungen der Politik Gorbačevs hinsichtlich der deutschen Vereinigung. Die einen sind der Ansicht, man hätte entschiedenen Widerstand leisten sollen. Die Mittel dazu waren vorhanden: In der DDR war ein fast eine halbe Million Soldaten zählendes sowjetisches Heer stationiert, das bestens ausgerüstet war. Die Tatsache, dass alles eben „kampflos" ablief, wird als Verrat an den Interessen des eigenen Landes und an den Freunden aus der DDR interpretiert. Andere denken, man hätte der Vereinigung zwar zustimmen können, aber für dieses Einverständnis mehr verlangen sollen. Wie es ein ehemaliger Agent im Fernsehen ausdrückte: „ihnen das Fell über die Ohren ziehen". Dritte meinen, dass man Deutsch-

[13] – Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken;
– Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland;
– Vereinbarte Protokollnotiz zum Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990;
– Vertrag über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken;
– Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland;
– Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über einige überleitende Maßnahmen.

land auf keinen Fall in die NATO hätte lassen dürfen – man hätte sowohl die Deutschen, als auch die Amerikaner erpressen müssen. Damit wäre auf Zeit gespielt und der Prozess vielleicht zum Scheitern gebracht worden. Was ist dazu zu sagen?

Weder das eine, noch das andere, noch das dritte, ... noch das fünfte (es gibt Varianten und Nuancen dieser Standpunkte) hätte Gorbačev tun können. Sonst wäre er nicht Gorbačev gewesen. Seine Haltung und seine Politik in der Frage der deutschen Vereinigung sind mit seiner im Jahr 1985 begonnenen, überragenden historischen Leistung untrennbar verbunden und waren für den großen Staatsmann, zu dem Gorbačev im Laufe der Perestroika heranreifte, nachgerade logisch. Es ist völlig unvorstellbar, dass Gorbačev das Schicksal der großen Nation im Zentrum Europas als Faustpfand im diplomatischen Spiel benutzt hätte.

Eine richtige „Schulung" in diesem Spiel erfuhr Gorbačev bereits in den Jahren 1987 bis 1988 anlässlich der scharfen Polemik mit US-Außenminister George Shultz zu einer Kardinalfrage der internationalen Politik – der atomaren Abrüstung. Nachdem sie die Nutzlosigkeit der Methode, den Partner auszutricksen zu wollen, erkannt hatten, wurden sie Freunde. In einer Frage wie der Vereinigung Deutschlands konnte Gorbačev natürlich kein Spiel spielen und hatte dies auch nicht vor, ganz zu schweigen von einer Erpressung.

Gorbačev hob die internationale Politik auf eine neue Ebene, bei der Moral eine Rolle spielte. Das mag nicht ganz gelungen sein, aber – mochten die zynischen Traditionalisten aus den Reihen der Diplomatie auch noch so sticheln – die Anstrengungen waren nicht umsonst. Die Logik der Geschichte verlangte die Beseitigung der Gefahr eines Atomkrieges und eine substanzielle Änderung der internationalen Politik. Im Zuge dieser Logik war Gorbačev derjenige, der recht hatte. Unter den gegebenen Bedingungen tat er für die Erreichung dieses Zieles das maximal Mögliche, auch durch seine Rolle bei der Vereinigung Deutschlands. Im Rahmen der „diplomatischen" Logik, die das „nationale Interesse" zum höchsten Gut erhob und das Allerwichtigste darin sah, den Partner oder Gegner zu bezwingen, ihm möglichst viel zu entreißen und möglichst wenig zu überlassen, wäre es einfach unmöglich gewesen, dieses Ziel zu erreichen.

Was Deutschland im Ergebnis der Vereinigung erhielt, bedarf keiner Erklärung. Von uns wollte es eines: Wir sollten mit all dem Schluss machen, was über das Postulat „Sieger – Besiegter" definiert wurde. Das war nicht allzu viel, wenn man bedenkt, wie viele Jahrzehnte seit dem Krieg vergangen waren. Wir haben so viel bekommen, wie uns Deutschland – selbst bereits Großmacht und wichtigster Verbündeter der USA, einer atomaren Supermacht – nicht hätte geben müssen: die Unterhaltskosten unserer Truppen, die über einen langen Zeitraum hinweg in Deutschland verblieben, die Errichtung von Wohnungen für Offiziere, Kredite, Hilfe, inklusive humanitärer Hilfe, aktive Unterstützung in internationalen Angelegenheiten, vor allem im Rahmen der „G7". In Geld ausgedrückt machte dies Hunderte Milliarden von Mark aus.

Eine andere Sache ist, wie wir darüber verfügt haben. Kohl hat ehrlich und loyal, mit der Unterstützung einer großen Mehrheit der Deutschen, all das erfüllt, was er durch sein Wort bekräftigt und mit seiner Unterschrift besiegelt hatte. Diese seine Herangehensweise hat er auf Russland übertragen, wobei er, nebenbei gesagt, seine Anständigkeit Gorbačev gegenüber immer beibehalten hat. Er hat sich nicht durch diplomatischen „Gedächtnisverlust" entehrt.

In einer Situation, die sich grundlegend verändert hatte, „gab“ der Kanzler, „was er konnte“. Das war aber um einiges weniger – sowohl in geopolitischer, als auch materieller Hinsicht –, als er geben hätte können, wenn die „Achse Moskau – Berlin“ mit einem solch „kräftigen Motor“, wie ihn die Sowjetunion und das wiedervereinigte Deutschland in freundschaftlicher Verbundenheit dargestellt hätten, zum Funktionieren gebracht worden wäre, das heißt, dann, wenn die UdSSR nicht zerfallen wäre, sondern sich in einen erneuerten, tiefgreifend reformierten, demokratischen und auf freiwilliger Basis föderalen Staat verwandelt hätte.

Die Geschichte verzeiht ungenutzte Chancen nicht. Die Vereinigung Deutschlands hätte eine bedeutende und unersetzliche Rolle bei der Umgestaltung unseres Landes spielen und ihm die Übergangsperiode deutlich erleichtern und verkürzen können, die sich als so dramatisch und widerwärtig erwies.

Aleksej M. Filitov

Die deutsche Vereinigung und die sowjetische Politik

Die Erstellung eines angemessenen „Geschichtsbildes“ zu den Ereignissen der Jahre 1989/1990 in Deutschland und den Peripetien des damaligen internationalen Dialogs zur Lösung der deutschen Frage ist eine große und bei Weitem noch nicht gelöste Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Denkt man an die russische Geschichtsschreibung, so kann man hier eher von „Geschichtsbildern“ als von einem „Bild“ sprechen. Dies ist im Prinzip auch gar nicht so schlecht, insbesondere wenn man sich die düsteren Prognosen der Zeitgenossen jener schicksalsträchtigen Ereignisse in Erinnerung ruft.

Der deutsche politische Publizist Josef Joffe prophezeite seinerzeit, „die Russen werden die nächsten 20 Jahre damit verbringen, eine Antwort auf die Frage ‚wer hat Deutschland verloren?‘ zu finden“.[1] Eine solche Fragestellung und die entsprechenden Antworten (Thesen über Schwäche, Inkompetenz oder gar direkten „Verrat“ der damaligen sowjetischen Führung – eine Art Analogie zur „Dolchstoßlegende“, mit der die Gründe für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg erklärt werden sollten) waren und sind in der Tat festzustellen, doch sind sie nur für einen Teil der einheimischen Memoirenschreiber und Historiker charakteristisch (und hier eher für Erstere als für Letztere).

Gleiches gilt auch für die diametral entgegengesetzte Konzeption, nach der die Vereinigung Deutschlands in dem völkerrechtlichen Rahmen, in dem sie erzielt wurde, der Erfolg eines durch Michail Gorbačevs Mannschaft sorgsam durchdachten und entwickelten Plans zum Eintritt in „besondere Beziehungen“ mit dem vereinten Deutschland, zum Aufbau einer „Achse Moskau – Berlin“ („Stavrapallo“!) gewesen sei. Eines Plans, der durch den von Gorbačevs Konkurrenten provozierten Zerfall der UdSSR vereitelt wurde, der keineswegs das Ergebnis seiner Politik, jedenfalls nicht seiner Deutschlandpolitik, gewesen sei. Die erste Reaktion des ehemaligen amerikanischen Außenministers Henry Kissinger auf „Stavrapallo“ verbreitete übrigens geradezu Alarmstimmung: Er sprach sogar vom „Ende der NATO“.[2] Philip Zelikow, Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats der USA, den ich bei einer Begegnung am Rande einer internationalen Konferenz bat, diese Äußerung zu kommentieren, antwortete ganz einfach: „Henry hat sich geirrt.“ Das war allerdings bereits im Jahr 1995. Im Sommer 1990 war man sich in der Bewertung wohl noch nicht so sicher.

Ich persönlich zum Beispiel verstand die Vereinbarungen von Archyz über den militärischen Status des vereinten Deutschland ebenfalls in Kissingers Sinn – als Zeichen für

[1] *Josef Joffe*, What Just Happened. A Lite History, in: The New Republic vom 13. August 1990, S. 20.

[2] *Henry Kissinger*, The End of NATO?, in: The Washington Post vom 24. Juli 1990, S. 23.

die bekannte Erosion von Kernpostulaten der NATO-Strategie, insbesondere derjenigen, die davon ausgingen, dass atomwaffenfreie Zonen in Europa und ein Sonderstatus der BRD innerhalb des Bündnisses inakzeptabel seien. Ich stellte damals Dennis Ross, einem hochrangigen Mitarbeiter des State Department folgende Frage: „Die beiden Begriffe ‚denuclearization' und ‚delinking' waren für Sie immer Schreckgespenster, und nun haben Sie sie faktisch als Teil des ‚deutschen Pakets' akzeptiert, wenn auch zeitlich und räumlich begrenzt, aber das bedeutet doch, dass sie nicht grundsätzlich Furcht erregend sind; gibt es also auch keine Schreckgespenster mehr?" Die Antwort lief darauf hinaus, dass „wir auf viele Schreckgespenster der Vergangenheit verzichten müssen". Natürlich wich der Diplomat einer direkten und konkreten Antwort aus, doch zumindest bestritt er meine Deutung nicht. Im Übrigen waren wir damals wohl alle viel zu optimistisch.

Neben den beiden „extremen" Konzeptionen (wir wollen sie einmal die „pessimistische" und die „optimistische" nennen) gibt es noch eine mittlere, die man als die „realistische" bezeichnen kann. Am deutlichsten findet sie ihren Ausdruck in den Erinnerungen Michail Gorbačevs. Nach meinem Verständnis sah sie ungefähr folgendermaßen aus: Die sowjetische Führung hatte zwei Programme zur Lösung der deutschen Frage – ein „Maximalprogramm" und ein „Minimalprogramm"; man unternahm alles, um das erste durchzusetzen. Nachdem man jedoch begriffen hatte, dass dies nicht möglich sein würde, orientierte man sich rechtzeitig auf die Realisierung des zweiten um, womit man auch durchaus Erfolg hatte. In kurzen Worten: kein vollständiger Sieg, aber auch keineswegs eine Niederlage, es wurde das maximal Mögliche erreicht, und da Politik die „Kunst des Möglichen" ist, bedeutet dies, dass sie in diesem Fall unbestreitbar und offensichtlich richtig und effektiv war.

Hier findet sich ein gewisser Anflug von Selbstrechtfertigung, aber unabhängig von subjektiven Motiven erscheint genau diese Konzeption als Ausgangspunkt für die historische Analyse besser geeignet als die beiden oben erwähnten. Der Versuch einer solchen Analyse soll in diesem Beitrag unternommen werden. Zunächst ein Vorbehalt: Dem Verfasser stand eine recht begrenzte Zahl neuer Primärquellen zur Verfügung; im Wesentlichen sind dies Informationsvermerke, einige konzeptionelle Ausarbeitungen sowie Behördenkorrespondenz aus der Abteilung BRD des Außenpolitischen Archivs der Russischen Föderation. In Verbindung mit der bereits bekannten Memoirenliteratur und den Presseveröffentlichungen scheinen sie jedoch die Möglichkeit zu eröffnen, die damalige sowjetische Politik und Diplomatie teilweise neu zu betrachten, die vorhandenen „Geschichtsbilder" stellenweise zu korrigieren, unser historisches Denken sowohl von nihilistischen als auch von apologetischen Ablagerungen zu säubern, unser Wissen über die Faktoren, die die eine oder andere Festlegung und Aktion der sowjetischen Führung bestimmten, zu erweitern und auf diese Weise zu erklären, warum die Geschichte sich so und nicht anders entwickelte.

I.

Wie sahen die programmatischen Festlegungen der sowjetischen Führung zur Lösung der deutschen Frage aus? Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass man nicht von zwei („Maximal-" und „Minimalprogramm"), sondern eher von *drei Programmen* sprechen

sollte, die einander abwechselten und zeitweise sogar überlagerten. Am Anfang stand das Modell der Beibehaltung der beiden deutschen Staaten in Verbindung mit einer gewissen Liberalisierung des Regimes in der DDR und einer Reduzierung (allerdings nicht vollständigen Beseitigung) der Konfrontation der Blöcke in Europa. Dann wurde die Idee der Vereinigung Deutschlands bei gleichzeitiger Neutralisierung vorgebracht. Die dritte und letzte Variante sah die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschland zur NATO vor, jedoch ohne deren Jurisdiktion auf das Gebiet der ehemaligen DDR auszudehnen.

Wenn man von den öffentlichen Äußerungen der sowjetischen Führung ausgeht, so wird der Übergang von der ersten zur zweiten Konzeption am 11. Februar 1990 sichtbar, als die Mitteilung über die Begegnung zwischen dem Präsidenten der UdSSR und dem Kanzler der BRD in Moskau veröffentlicht wurde. In der sowjetischen Presse sah diese Mitteilung wie folgt aus:

„M. S. Gorbačev stellte fest – und der Kanzler stimmte ihm zu –, dass es zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR heute keine Meinungsverschiedenheiten darüber gibt, dass die Frage der Einheit der deutschen Nation von den Deutschen selbst entschieden werden muss, und dass sie selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchem Zeitraum, in welchem Tempo und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit verwirklichen werden.“[3]

Es ist etwas zweifelhaft, wie adäquat diese Formulierung den Standpunkt der damaligen DDR-Regierung wiedergibt (beide Verhandlungspartner hatten sich offensichtlich nicht mit ihr beraten), aber auf jeden Fall spiegelte sie die Position der BRD und der UdSSR (für letztere eine neue) korrekt wider. Übrigens konnten aufmerksame Leser der „Pravda“ dieses Neue bereits aus der vorherigen Ausgabe erahnen, in der über ein Gespräch zwischen Gorbačev und dem amerikanischen Außenminister James Baker berichtet worden war: Darin war die Rede vom deutschen „Staat“ gewesen – genau so, im Singular.[4] Was nun den Übergang vom zweiten zum dritten Programm betrifft, so erfuhr die Weltöffentlichkeit von dieser Änderung der sowjetischen Position am 16. Juli desselben Jahres – nach dem Treffen von Kohl und Gorbačev in Archyz.

Wesentlich schwieriger ist die Frage, wann und in welcher zeitlichen Abfolge in der sowjetischen Führung die Entscheidungen zur Änderung der programmatischen Vorgaben zur deutschen Frage, die dann öffentlich wurden, heranreiften und getroffen wurden.

Die Abkehr von der Formel der „zwei deutsche Staaten“ beim Treffen Gorbačev–Kohl war durch die Erörterung der deutschen Angelegenheiten auf der Sitzung des ZK der KPdSU vom 26. Januar vorbereitet und vorherbestimmt worden, auf der ein Konsens hinsichtlich der Feststellung, dass die staatlichen Strukturen der DDR zerrüttet waren, festgehalten worden war. Zu betonen ist, dass es nicht um die persönliche Meinung und nicht um eine persönliche Entscheidung Gorbačevs ging, sondern um eine abgestimmte Position der Partei- und Staatsführung der UdSSR. Meinungsverschiedenheiten gab es lediglich in dem Punkt, „an wem man sich am besten orientieren“ solle – an der Regierungskoalition oder an der SPD (eigentlich ist auch nicht ganz klar, was unter dem Begriff „Orientierung“ verstanden wurde).

Es gibt allerdings Gründe zu der Annahme, dass in gewissen Kreisen des sowjetischen außenpolitischen Apparats die Einsicht, dass man vergeblich damit rechnete, „eine de-

[3] Pravda vom 11. Februar 1990.
[4] Pravda vom 10. Februar 1990.

mokratisierte DDR in einem pluralistischen Warschauer Pakt erhalten zu können“[5], viel früher aufkam. Mehr noch: Diese Einsicht blieb nicht auf Meinungsaustausch oder interne Vermerke beschränkt, sondern äußerte sich in konkreten Handlungen. Genau vor diesem Hintergrund ist der Besuch des Mitarbeiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Nikolaj S. Portugalov, beim Vertrauten des Kanzlers der BRD, Horst Teltschik, am 21. November 1989 zu sehen. Die verschiedenen Beschreibungen dieser Episode durch den Letztgenannten weichen etwas voneinander ab. In seinem bekannten Buch, das unmittelbar nach den Ereignissen erschien, spricht er von einem aus zwei Teilen bestehenden „handgeschriebenen“ Papier, dessen erster Teil mit Falin und Černjaev (der als Initiator genannt wird) abgestimmt gewesen sei, der zweite jedoch nur mit Falin. In dem genannten zweiten Teil sei es um „Fragen der Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten“ gegangen, wobei die Meinung des Gesprächspartners zu „Fragen der Wiedervereinigung, zum Beitritt der DDR zur EG, über die Allianzzugehörigkeit und über die Möglichkeit eines Friedensvertrages“ eingeholt werden sollte. Allem Anschein nach war Teltschik vor allem von den mündlichen Äußerungen des Mitarbeiters der Internationalen Abteilung des ZK beeindruckt, die er wie folgt wiedergibt: „Wie Sie sehen, denken wir in der deutschen Frage alternativ über alles Mögliche, sogar quasi Undenkbares nach.“ Konkret sei übrigens lediglich die Möglichkeit, „mittelfristig einer wie immer gearteten deutschen Konföderation grünes Licht“ zu geben, erwähnt worden. In einer späteren Interpretation erscheint Teltschiks Partner bereits als „Journalist“, der über den mitgebrachten Text „erzählte, dass er es mit Anatolij Tschernjajew [Černjaev] abgestimmt hätte und andere in der Umgebung Gorbatschows an diesen Überlegungen beteiligt gewesen seien.“ Es wurde offenbar als politisch nicht ganz korrekt angesehen, angesichts des Zerfalls der UdSSR und der KPdSU direkt zu sagen, dass der Berater des Bundeskanzlers Kontakt mit Parteifunktionären und deren Wirken gehabt hatte. Wesentlich lakonischer wurde auch die Beschreibung der durch den sowjetischen Vertreter vorgeschlagenen Tagesordnung: Es heißt nur, dass „Fragen in Richtung Friedensvertrag für Deutschland, deutsche Einigung, Wiedervereinigung“ gestellt worden seien.[6]

In der Geschichtsschreibung findet man unterschiedliche Einschätzungen dieser Episode. Nach einer davon sei es um einen sowjetischen Versuch gegangen, den „Geist von Rapallo“ wiederzubeleben, die BRD hinter dem Rücken der anderen Großmächte in ein Separatgeschäft hineinzuziehen (mit dem Versprechen eines „günstigeren Friedensvertrages als diejenigen, die von anderen angeboten würden, insbesondere von London und Paris“[7]), nach einer anderen um eine Demarche „im Auftrag Falins“ und „ohne Gorbatschows Wissen“, die das Ziel verfolgte, „eine Preisgabe der DDR nach Möglichkeit zu verhindern“, was man im Bundeskanzleramt „nicht mitbekam“.[8]

5 *Wilfried Loth*, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, S. 262.

6 *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 44; *ders.*, Die Deutschlandpolitik Gorbatschows, in: *Boris Meissner/Alfred Eisfeld* (Hrsg.), 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, Berlin 1999, S. 185.

7 *William R. Smyser*, From Yalta to Berlin. The Cold War Struggle over Germany, New York 1999, S. 355.

8 *Loth*, Helsinki, S. 262.

Auf jeden Fall waren die nachfolgenden öffentlichen Äußerungen Gorbačevs im Geiste einer Leugnung der Aktualität einer Vereinigung Deutschlands gehalten. Es reicht aus, sich seine Reaktion auf die „Zehn Punkte" Kohls im Gespräch mit dem Außenminister der BRD, Hans-Dietrich Genscher, am 5. Dezember 1989 und seine Erklärung auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand am darauffolgenden Tag in Erinnerung zu rufen. Zugleich bleibt festzuhalten, dass Genscher gerade anhand der Ergebnisse des Dezemberbesuchs in Moskau den Schluss zog: „Das Tor zur deutschen Einheit war bereits geöffnet, [...] die sowjetische Führung hatte sich auf die Unausweichlichkeit der deutschen Vereinigung eingestellt."[9] Was nun die Kiewer Begegnung zwischen Gorbačev und Mitterrand betrifft, so beschreibt einer der gut informierten Autoren ihre Hintergründe wie folgt:

„[Der französische Präsident] lud Gorbačev ein, sich mit ihm in der DDR zu treffen, wo ein gemeinsamer Auftritt der beiden Männer ihre starke Unterstützung des deutschen Status quo signalisiert hätte. Mitterrand ersuchte Gorbačev auch, sich ihm bei der Blockierung der deutschen Einheit anzuschließen. Beide Einladungen wurden von Gorbačev ausgeschlagen."[10]

Offenbar war der sowjetische Spitzenpolitiker trotz seines verbalen Bekenntnisses zur Konzeption der „zwei deutschen Staaten" wesentlich früher von dieser abgewichen, als es sich aus den offiziellen Erklärungen ergibt.

Dasselbe kann auch über die Konzeption eines vereinten neutralen Deutschland gesagt werden, die, wie bereits erwähnt, die offizielle sowjetische Position von Februar bis Juli 1990 bestimmte. Gorbačev selbst datiert seine Zustimmung zum Prinzip der „freien Wahl" des militärpolitischen Status eines vereinten Deutschland (was im Grunde genommen auch mit der Bereitschaft gleichzusetzen war, die Ausdehnung der NATO auf ganz Deutschland zu akzeptieren) auf den 31. Mai 1990 und führt dafür einen Ausschnitt aus der Mitschrift seines Gesprächs mit dem US-Präsidenten George Bush im Weißen Haus an.[11] Eine wesentliche Rolle spielte bei dieser Entscheidung, wie sich aus seinen Erinnerungen ergibt, die Position Mitterrands, der ihm während seines Moskaubesuchs am 25. Mai anschaulich und überzeugend vor Augen führte, dass es zur Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO keine Alternative gab.[12]

War die Entscheidung Gorbačevs bei dem Gespräch mit Bush improvisiert, eine einsame Überraschungsaktion auf eigenes Risiko, gegen die Meinung der Kollegen und Experten? Die Ansicht, genau so sei es gewesen, ist sehr verbreitet. Sehen wir uns zum Beispiel einen Auszug aus dem Buch des bereits zitierten amerikanischen Verfassers an:

„Zoellick [ein Mitarbeiter des State Department, Berater von Außenminister Baker, A. F.] beschrieb die nächste Szene als ‚eine der außergewöhnlichsten', die er je erlebt hätte. Viele von Gorbačevs Beratern, hauptsächlich Karrierebeamte des Außen- und des Verteidigungsministeriums, zeigten durch ihr Mienenspiel und ihre Körpersprache, dass sie sich von Gorbačevs Äußerungen zu distanzieren wünschten. Achromeev gestikulierte wütend, während er mit Falin sprach, der ebenso aufgeregt erschien. Bush erinnerte sich später, dass sich die sowjetische Delegation geradezu in ‚offener Rebellion' gegen Gorbačev zu befinden schien.

[9] *Hans-Dietrich Genscher*, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 687.
[10] *Smyser* From Yalta to Berlin, S. 368–369.
[11] *Michail Gorbatschow*, Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung, Berlin 1999, S. 137f.
[12] Ebd., S. 134–137.

Einige dieser Differenzen traten auch in der Besprechung zutage. Falin versuchte, sich gegen eine von Gorbačev soeben abgegebene Erklärung auszusprechen. Sogar Ševardnadze weigerte sich anfangs, an Gesprächen auf Außenministerebene teilzunehmen, die von den Amerikanern zur Implementierung der Vereinbarung vorgeschlagen wurden. Offensichtlich wollte er keine Verantwortung dafür übernehmen. Gorbačev, obgleich durch die Reaktionen seiner Kollegen beunruhigt, zog seine Zustimmung zu Bushs Interpretation des KSZE-Vertrags aber nicht zurück [der US-Präsident hatte die Wahlfreiheit bezüglich der deutschen Bündniszugehörigkeit mit einem Hinweis auf die Schlussakte von Helsinki begründet, A. F.].

Später führte Gorbačevs Delegation eine lebhafte Diskussion auf dem Südrasen des Weißen Hauses. Mehrere Beamte des Außen- und des Verteidigungsministeriums beschuldigten Černjaev, Gorbačev dazu überredet zu haben, eine deutsche NATO-Mitgliedschaft zu akzeptieren. Er erwiderte, dass Gorbačev dieser spontan zugestimmt hätte. Aber alle waren überrascht gewesen, denn Gorhačev hatte Mitterrand noch am 15. Mai [richtig ist der 25. Mai, A. F.] mitgeteilt, dass er ein vereintes Deutschland in der NATO niemals akzeptieren würde.“[13]

Ein ganz ähnliches Bild der Konfrontation zwischen Gorbačev einerseits und Außenministerium, Verteidigungsministerium und Internationaler Abteilung des ZK der KPdSU andererseits, zeichnet auch ein anderer, ebenfalls sehr kompetenter Forscher.[14] Dieser zählt insbesondere auch den ganzen Apparat der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums, die „sich bei ihren Papieren für Außenminister und Präsidenten an den Vorstellungen des stellvertretenden Außenministers Kwizinskij [Kvicinskij] orientierte“, zu den auf eine harte Linie eingestellten Orthodoxen. Letzterer wird solchermaßen auch als Vertreter der „Anti-Gorbačev-Front“ ausgewiesen.

Es ist schwer zu sagen, welche „Papiere“ in diesem Fall konkret gemeint waren. Diejenigen, die der Verfasser dieser Zeilen einsehen konnte, zeigen etwas ganz anderes. Wir wollen (möglichst vollständig) den Text eines Vermerks vom 14. Mai 1990 an Eduard A. Ševardnadze zitieren, der die Unterschrift eines verantwortlichen Mitarbeiters im Außenministerium, I. Jakovlev, trägt (offenbar handelt es sich um den Leiter der Völkerrechtsabteilung, Igor N. Jakovlev). Dieser Text stellt eine Zusammenfassung des Meinungsaustauschs mit den Leitern der Rechtsabteilungen der Außenministerien der BRD, Frankreichs und der DDR, Jürgen Oesterhelt, Jean-Pierre Puissochet und Herbert Süß, im Rahmen des „2+4“-Prozesses einschließlich Schlussfolgerungen dar. Im Verlauf der Diskussion, so der Verfasser des Vermerks, zeigte sich die Möglichkeit, „die militärpolitischen Aspekte der deutschen Vereinigung“ in Form eines „einheitlichen Pakets endgültig zu regeln“ (so die Formulierung des Vertreters der BRD). Dessen Inhalt und die Position des Verfassers selbst zeigen sich im Folgenden:

„2. Im Prinzip könnte das Paket aus zwei Hauptteilen bestehen, deren Ausgleich zu einer optimalen realistischen Regelung aus Sicht aller Beteiligten führen könnte. Der eine Teil sollte die Grenzfragen beinhalten sowie ein allgemeines Kapitel über die Achtung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts und der bestehenden Verträge, den Verzicht auf die Beendigung der Rechte und Pflichten der vier Mächte [offensichtlicher Druckfehler: Es hätte heißen müssen: „Verzicht auf die Rechte und Pflichten“ oder „Beendigung der Rechte und Pflichten“, A. F.], die Souveränität Deutschlands über sein Gebiet, den Luftraum und Berlin, Bestimmungen über die Grundfreiheiten und Menschenrechte, die Rechtsnachfolge und die friedliche Streitbeilegung.

13 *Smyser*, From Yalta to Berlin, S. 377.

14 *Fred Oldenburg*, Die sowjetische Deutschlandpolitik im Vereinigungsprozess, in: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Bd. VIII/1, Baden-Baden 1999, S. 255.

Der Meinungsaustausch mit Oesterhelt und den anderen zeigte reale Möglichkeiten, wie juristische Formeln für allseitig akzeptable Vereinbarungen zu diesen Fragen bei gleichzeitiger Beibehaltung und Entwicklung der Handels- und Wirtschaftskooperation der UdSSR mit einem geeinten Deutschland gefunden werden könnten.

3. Der zweite, besonders komplizierte und widersprüchliche Teil des Pakets sollte die Bestimmungen über den militärpolitischen Status eines geeinten Deutschlands und den Aufenthalt ausländischer Truppen auf seinem Hoheitsgebiet enthalten. Unsere derzeitige Linie ermöglicht keinen für alle Seiten akzeptablen Ausweg und kann eine endgültige Regelung blockieren. Ein flexiblerer Ansatz in der Frage des außenpolitischen Status könnte unseren langfristigen Interessen entsprechen und eine für die UdSSR günstigere Regelung zum ersten Teil des Pakets befördern. Im Ergebnis würde ein Gesamtgleichgewicht innerhalb des Pakets schwerer wiegen als eventuelle Zugeständnisse beim militärpolitischen Status.
   Eine Kompromisslösung für die militärpolitische Regelung könnte sich an der zum Zeitpunkt der Bildung eines geeinten Deutschlands real entstehenden Situation ausrichten. Es ist klar, dass wir die NATO-Mitgliedschaft der BRD und später auch eines geeinten Deutschlands nicht verhindern können. Eventuelle politische ‚Verbrämungen' würden an diesem Kern der Sache nichts ändern. Anstrengungen in Richtung auf eine Zusammenarbeit zwischen NATO und BWV [Bündnis des Warschauer Vertrages, d. Red.] würden das rasch zerfallende System des Warschauer Pakts kaum wiederbeleben können. Eine Modifizierung der politischen Seite des Genscher-Plans, die unseren Interessen entgegenkäme, könnte insofern das Element einer politischen Zusammenarbeit, einer Assoziation, einer Kooperation zwischen UdSSR und NATO beinhalten. Wir könnten vereinbaren, dass diese Zusammenarbeit sich auch auf alle anderen Mitglieder des Warschauer Pakts erstrecken soll. Zusätzlich könnte man auch die Einrichtung eines Beratenden Organs (Kommission) für einen Meinungsaustausch zwischen NATO und Warschauer Pakt prüfen.
   Im Hinblick auf die Regelung im militärischen Bereich wäre es wohl nicht realistisch, langfristig mit dem Aufenthalt unserer Truppen auf dem Hoheitsgebiet eines geeinten Deutschland zu rechnen. Angesichts der Lage und der Stimmung in der Bevölkerung sowie des wirtschaftlichen Aspekts werden unsere Truppen Deutschland früher oder später verlassen müssen. Es wäre wichtig, im Rahmen der Gesamtregelung sowie in einem gesonderten Abkommen zwischen uns und Deutschland oder in einem Rahmenabkommen der vier Mächte mit dem geeinten Deutschland Vereinbarungen über den Status und die Aufenthaltsbedingungen für unsere Truppen, ihre schrittweise Reduzierung und die Beteiligung Deutschlands an den Kosten zu treffen. Unsere Flexibilität beim zweiten Teil des Pakets könnte die Bedingungen für eine optimale Lösung der Kostenfrage hinsichtlich Aufenthalt, Abzug und Unterbringung unserer Truppen schaffen.
   Oesterhelt und Puissochet sagten zu, die Möglichkeit des Aufbaus eines Systems der Kooperation zwischen den in Deutschland stationierten ausländischen Truppenkontingenten und der deutschen Armee als Keimzelle eines neuen Systems der kollektiven Sicherheit in dieser Region und in ganz Europa zu prüfen.

4. Wesentlich und höchst kompliziert bleibt die Frage eines Stationierungsverbots für atomare Waffen der NATO auf dem Hoheitsgebiet Deutschlands. Man hat das Gefühl, dass die Amerikaner hier zu wenig mit den Deutschen rechnen. Wenn kein komplettes Stationierungsverbot durchzusetzen ist, könnte man Bestimmungen über eine schrittweise Reduzierung vorsehen.
   Interessant ist die Äußerung Oesterhelts im persönlichen Gespräch, dass die Amerikaner, sollten die sowjetischen Truppen aus Deutschland abgezogen werden, nicht mit einem langfristigen Aufenthalt ihrer Truppen auf dem Hoheitsgebiet Deutschlands würden rechnen können. Es ist auch wichtig, den freundschaftlichen Charakter der Gespräche mit Oesterhelt zu betonen, besonders seine Äußerung, dass eine für alle Seiten akzeptable Regelung auf der Grundlage des Völkerrechts gefunden werden könnte."[15]

Das Papier blieb nicht unbemerkt: Im Auftrag des Ministers wurde es umgehend den vier Mitarbeitern des Außenministeriums zur Kenntnis gebracht, die am meisten mit

[15] Archiv vnešnej politiki RF (nachf.: AVP RF), f. 757, op. 35, d. 9, p. 196, ll. 65–68.

der deutschen Problematik zu tun hatten: Anatolij G. Kovalev, Julij A. Kvicinskij, Aleksandr P. Bondarenko und Sergej P. Tarasenko. Offenbar wurden die Überlegungen des Verfassers des Vermerks als recht interessant betrachtet, und er bekam den Auftrag sie weiterzuentwickeln. Im Ergebnis gab es einen weiteren Vermerk mit Datum 21. Mai, diesmal bereits an Kvicinskij; die Überschrift lautete: „Über das völkerrechtliche Paket zur deutschen Frage". Leider ist es aus Platzgründen nicht möglich, den Text dieses zweiten Vermerks vollständig wiederzugeben und ihn mehr oder weniger eingehend zu kommentieren. Es soll lediglich erwähnt werden, dass darin der Gedanke eines „Austauschs" von Zugeständnissen zum militärpolitischen Status Deutschlands gegen die deutsche Verpflichtung, die Wirtschaftsabkommen zwischen der UdSSR, der DDR und der BRD (es wird auch deren konkrete Zahl genannt – „über 370") nicht außer Kraft zu setzen, noch deutlicher betont wird.

Welche Schlussfolgerungen legt dies nahe? Offenbar war die von Gorbačev bei seinem Gespräch mit Bush am 31. Mai vertretene Position weder improvisiert noch eigenmächtig entwickelt. Sie gab die Meinung der verantwortlichen Experten des Außenministeriums wieder (und anscheinend auch die der Hausleitung, und zwar nicht nur des Ministers allein). Es ist unschwer zu erkennen, dass die Konzeption des Vermerks (genauer gesagt, der Vermerke) Jakovlevs in dem „Paket" von Vereinbarungen, die die deutsche Frage schließlich „beantworteten", umgesetzt wurde. Ein weiterer wesentlicher Aspekt sei noch hinzugefügt – diese Konzeption war im Rahmen der Zusammenarbeit von Diplomaten der UdSSR, der beiden deutschen Staaten und Frankreichs entstanden – ohne erkennbare Beteiligung der USA und Großbritanniens.

II.

Es wäre falsch, die häufig gestellten Fragen nach Alternativen und „verpassten Möglichkeiten" außer Acht zu lassen. Gab es realistische Perspektiven für eine Umsetzung des „ersten" und des „zweiten" sowjetischen Programms? Ist das „dritte", endgültige Programm vollständig verwirklicht worden? Entsprach das Endergebnis vollständig den Staatsinteressen der Sowjetunion und ihres Rechtsnachfolgers – des heutigen Russland? Wenn es irgendwelche Spesen gab, worin liegen die Gründe dafür?

Wir wollen versuchen, diese Fragen zu untersuchen und zumindest annäherungsweise Antworten zu geben.

Am eindeutigsten sieht es wohl bei der Frage aus, wie lebensfähig und realistisch die Konzeption eines Erhalts der beiden deutschen Staaten war. Spätestens seit dem Fall der Berliner Mauer war die DDR als Staat dem Untergang geweiht. Eine Alternative zur Vereinigung hätte nur eine Politik der „Abgrenzung" von Seiten der BRD sein können. Es gab dort auch bestimmte Tendenzen in diese Richtung, und zwar nicht nur innerhalb der Opposition, aber sie fanden keine breite Unterstützung und hatten bald keine Bedeutung mehr. Anscheinend erzeugten die anfänglichen Vorbehalte der Westmächte, insbesondere Frankreichs und Großbritanniens, gegen die deutsche Vereinigungsbewegung in bestimmten sowjetischen Kreisen die Illusion, die Situation in Deutschland könne sich zu einem Konflikt zwischen der BRD und ihren NATO-Partnern entwickeln und sogar zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Polen führen, ohne dass dies eine besondere

Bedrohung für die UdSSR und die existierende militärpolitische Struktur Europas darstellen würde, sodass es für die UdSSR keinen Grund gebe, sich Sorgen zu machen und sich in irgendeiner Weise zu engagieren. Jedenfalls könnte man dies aus einigen Informationen schließen, die sowjetische Vertreter in der BRD an die Zentrale übermittelten. So heißt es in der von einem Attaché der sowjetischen Botschaft in der BRD, Aleksandr N. Bykov, verfassten Auswertung „Über die Diskussion zur Frage der Vereinigung Deutschlands in der BRD" vom 22. Januar 1990 insbesondere:

„Die Ereignisse in der DDR [...] haben die nationalistischen Gefühle der Deutschen aufgewühlt und ihnen die Hoffnung gegeben, die ‚nationale Aufgabe der Deutschen' könne bereits in nächster Zukunft gelöst werden. [...] Sowohl die Regierungskoalition als auch die Sozialdemokraten halten es für möglich, dass eine Zeit lang konföderative Strukturen unter gleichzeitiger Beibehaltung der Mitgliedschaft der BRD in der NATO und der DDR im Warschauer Pakt existieren können."

Nach Ansicht des Verfassers des Vermerks waren die SPD-Vertreter „weniger zurückhaltend" in ihrer Einschätzung der Vereinigungsperspektiven als die Regierungskreise: Während der Kanzler „die Festlegung eines konkreten Zeitrahmens für das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten vermeidet", „erklärte zum Beispiel der nordrhein-westfälische Ministerpräsident [Johannes] Rau, dass im Jahr 1994 seiner Ansicht nach kein Präsident der BRD, sondern der Präsident einer deutschen Konföderation gewählt werde." In jener Zeit galt eine solche Äußerung offenbar als extrem mutig.

Der Verfasser des Papiers zeichnet folgendes Bild der politischen Tendenzen in der BRD: Während die Oppositionspolitiker „die Aufgabe sehen, die ‚minderwertige' Situation der BRD im Rahmen der militärpolitischen Integration des Westens zu ändern, die von den USA, England und Frankreich vorgenommenen Einschränkungen der Souveränität der BRD aus der Welt zu schaffen" (Bykov nennt eine Reihe von Forderungen folgender Art: Einräumung „des gleichen Status für die BRD in der NATO, wie ihn Frankreich und Italien haben", Überprüfung der „Verträge der BRD mit den Westmächten aus dem Jahre 1952"), seien in der Regierungskoalition Stimmungen zu verzeichnen, die man zu einer anderen Zeit durchaus als revanchistisch hätte bezeichnen können. Der Verfasser des Vermerks vermeidet zwar dieses Epitheton, aber die von ihm angeführten Beispiele legen diesen Schluss gewissermaßen nah: „Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Lintner, erklärte in einem SAT1-Interview am 11. Januar 1990, er schließe Änderungen an der künftigen Westgrenze Polens nicht aus. Der Generalsekretär des ‚Bundes der Vertriebenen', Hartmut Koschyk, erklärte am 8. Januar d. J., dass man von den Grenzen von 1937 ausgehen müsse, dass jedoch ein Kompromiss möglich sei, der zum Beispiel eine gemeinsame deutsch-polnische Verwaltung einiger Gebiete vorsehe." Zwar werden in dem Vermerk „gewisse Korrekturen" an dieser Linie festgestellt (Rede von Kanzler Kohl in Paris am 17. Januar 1990). Dennoch weist der Verfasser darauf hin, dass „der Kanzler den Süssmuth-Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung des Bundestages der BRD und der am 6. Mai d. J. zu wählenden Volkskammer der DDR über den endgültigen Charakter der Oder-Neiße-Linie nicht unterstützte".[16]

Allem Anschein nach ließ man sich jedoch im sowjetischen außenpolitischen Establishment durch diese Information, die im Grunde genommen auf ein passives Warten auf eine Verschärfung des Konflikts im westlichen Lager einstimmte, nicht beruhigen. Ein

[16] AVP RF, f. 757, op. 35, d. 9, p. 196, ll. 1–3.

Beispiel für einen Versuch, die sowjetische Politik in Sachen Vereinigung zu aktivieren, war die oben genannte Portugalov-Initiative. Paradoxerweise führte diese jedoch nur zu einer Aktivierung der Politik der Regierung der BRD, was wiederum eine negative Reaktion der obersten sowjetischen Führung (zumindest in der Öffentlichkeit) und eine verstärkte Immobilismusstimmung (zumindest zeitweilig) zur Folge hatte. Es gab eine Zeit, da die Äußerungen sowjetischer Spitzenpolitiker, der Status quo in Deutschland müsse erhalten bleiben, wobei auch die Sorge um die Souveränität der DDR zum Ausdruck kam, die Rhetorik der DDR-Spitze selbst sogar übertrafen (Modrow lehnte Kohls „Zehn Punkte" keineswegs rundweg ab!). Dies war eine ausgesprochen unrealistische, kontraproduktive Vorgabe, zumal sie offenbar die tatsächliche Stimmungslage in der sowjetischen Führung nicht widerspiegelte. Es genügt, sich die kühle Reaktion Gorbačevs auf die Vorschläge Mitterrands vom Dezember in Erinnerung zu rufen. Diese Reaktion war übrigens durchaus korrekt; der französische Präsident hatte keineswegs die Absicht, die DDR ernsthaft „zu stützen" und die Vereinigung Deutschlands „zu blockieren": Er handelte mit Kohl um die Bedingungen für die Vereinigung und wollte die „sowjetische Karte" für diesen Handel nutzen; nachdem er sich durchgesetzt (also die Zustimmung der BRD zur Einführung des Euro erhalten) hatte, änderte er seine Haltung abrupt.

Dass die Konzeption eines vereinten Deutschland außerhalb der NATO von Anfang an untauglich war, ist keineswegs genauso offensichtlich. In unserer Literatur findet sich die Auffassung, dass „die sowjetische Argumentation für ein neutrales Deutschland ausgesprochen wenig überzeugend klang".[17] Dies ist ein allzu kategorisches und daher kaum zutreffendes Urteil. Man kann auch nicht behaupten, die westlichen Spitzenpolitiker hätten überzeugende Argumente für eine NATO-Zugehörigkeit des vereinten Deutschland gefunden. Argumente wie: ein wirtschaftlich starkes Land könne überhaupt nicht neutral sein oder: zwischen den Grenzen eines neutralisierten Deutschland und den sowjetischen Truppen würden lediglich 800 km liegen, in die USA seien es jedoch 8 000 oder: „eine Neutralisierung Deutschlands hätte schon sehr bald eine Erosion und dann das Ende von NATO und EG" bedeutet (Helmut Kohl[18]), oder aber: „in diesem Fall könnten die Deutschen ein eigenes nukleares Potential schaffen" (James Baker[19]) – all das kann schwerlich ernst genommen werden.

Die sowjetische Seite wies zu Recht auf die Widersprüche in der Position der Westmächte hin: Einerseits wurde erklärt, man müsse den Deutschen als durchaus reifen Demokraten vertrauen, andererseits jedoch darauf hingewiesen, eine der wichtigsten Aufgaben der NATO sei es, die Kontrolle über Deutschland sicherzustellen.[20] Der einzige gewichtige Aspekt der westlichen Position hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland war wohl der Hinweis, dies sei der Wunsch der Nachbarn Deutschlands, vor allem sämtlicher Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts (außer natürlich der UdSSR). Dieses Argument ist übrigens später aktiv bei der Diskussion über das Problem der NATO-Osterweiterung eingesetzt worden, und man muss sagen, dass die russische Diplomatie einfach keine passende Antwort darauf finden konnte. Es würde

[17] *N. V. Pavlov*, Germanija na puti v tret'e tysjačeletie, Moskva 2001, S. 117.
[18] *Kai Diekmann/Ralf Georg Reuth* (Hrsg.), Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit", Berlin 1996, S. 254.
[19] Zitiert nach *Gorbatschow*, Wie es war, S. 102.
[20] Ebd., S. 128.

zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle die Gründe und Motive für diese Position der mittel- und südosteuropäischen Staaten (so nennt man wohl heute diese Region) untersuchen. Jedenfalls kann festgehalten werden, dass hier ein weiteres Beispiel für die Inkonsequenz der Westmächte vorliegt: Während sie dazu aufriefen, die Wünsche der mittel- und südosteuropäischen Länder zu respektieren, lehnten sie doch zugleich entschieden den Wunsch ausnahmslos aller europäischen Länder (einschließlich der eigenen NATO-Partner) ab, sich an der Diskussion über die Lösung der deutschen Frage zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund darf bezweifelt werden, ob es richtig war, dass die sowjetische Seite die Konzeption eines Friedensvertrags mit Deutschland und einer Friedenskonferenz als natürliche Methode, diesen auszuarbeiten, übereilt aufgegeben hatte.

Der sowjetischen Diplomatie wurde häufig ihr „propagandistischer Charakter" vorgehalten. In der Situation der Jahre 1989/90 scheint sie ins andere Extrem verfallen zu sein. Die intensiven vertraulichen Kontakte und der Dialog mit den westlichen Partnern wurden nicht von einer breit angelegten und gezielten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet und noch weniger von Maßnahmen zur Beeinflussung der deutschen und internationalen öffentlichen Meinung. In den öffentlichen Äußerungen der sowjetischen Spitzenpolitiker wurde dasselbe Problem – „Vereintes Deutschland/NATO" – entweder ziemlich inkonsequent und widersprüchlich behandelt (Interview Ševardnadze für die „Izvestija" am 19. Februar 1990) oder überhaupt nicht angesprochen (Interview Gorbačev für die „Pravda" am 20. Februar) oder man beschränkte sich auf reine Negativrhetorik (Gorbačev beim Gespräch mit Modrow am 6. März 1990). Dazu ist zu sagen, dass all dies im Westen aufmerksam verfolgt und dahingehend interpretiert wurde, dass die sowjetische Position entweder noch nicht gefunden oder nicht gefestigt sei.

Nach Einschätzung von Augenzeugen war indes die Stimmung in der Öffentlichkeit so, dass gewisse Möglichkeiten für die Verwirklichung der Konzeption „Deutschland außerhalb der NATO" vorhanden waren. Der bekannte sowjetische Diplomat Igor F. Maksimyčev führt dazu die durchaus charakteristische Meinung von Philip Zelikow (von diesem war bereits zuvor die Rede) an:

> „Die damalige sowjetische Politik erleichterte es den USA ungemein, das vereinte Deutschland in die NATO einzubinden, denn sie versuchte kein einziges Mal, den Ereignissen zuvorzukommen. Wenn die UdSSR [...] Ende 1989 zu bestimmten Bedingungen (zum Beispiel insbesondere keine Mitgliedschaft in der NATO) die deutsche Einheit angeboten hätte, wären Bonn und Washington in eine höchst unangenehme Lage geraten."[21]

Nach Ansicht von Kanzler Kohl war das „Fenster des Möglichen" sogar noch größer: In der Schilderung der Situation Ende Januar – Anfang Februar 1990 schreibt er in seinen Erinnerungen:

> „Hätte Michail Gorbatschow jetzt das Angebot einer raschen Wiedervereinigung gegen NATO-Austritt und Neutralität unterbreitet, so hätte dies in der Öffentlichkeit beider deutscher Staaten auf breite Zustimmung stoßen können. Der daraus resultierende Druck auf die Politik hätte fatale Folgen haben können."[22]

[21] *I. F. Maksimyčev*, Padenie berlinskoj steny. Zapiski očevidca, in: Novaja i novejšaja istorija, 2000, Nr. 4, S. 128–135, hier S. 135.

[22] *Diekmann/Reuth*, Helmut Kohl, S. 254.

Vielleicht sind diese Einschätzungen etwas übertrieben (bei Kohl ist eine gewisse Dramatisierung der Situation durchaus verständlich: so konnte er seine eigenen Verdienste um einen „Durchbruch“ in der deutschen Frage in ein besseres Licht rücken). Die öffentliche Meinung ist ein recht komplexes Phänomen, und ihre Messung durch Meinungsumfragen ergibt nicht immer ein adäquates Bild. Insbesondere war die Beziehung der Bevölkerung der BRD zur NATO nie eine einfache, sie passte nicht einfach in die Kategorie „ja/nein“. So wurde die Frage, ob man eine Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Austritts der BRD aus der NATO, der DDR aus dem Warschauer Pakt und der Neutralisierung des vereinten Deutschland befürworte, bei Umfragen Anfang der achtziger Jahre von über 50 % (53–54 %) der Befragten mit ja beantwortet. Als jedoch die Frage anders formuliert wurde: Was ist wichtiger – die Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Neutralisierung, aber ohne Sicherheitsgarantien der Westmächte, oder aber Sicherheitsgarantien, da sprachen sich nur 23 % für die erste Variante, 54 % dagegen für die zweite aus! Auf die Frage nach der Anwesenheit amerikanischer Truppen in der BRD antworteten im Jahr 1984 73 % der Befragten, sie hielten diese für „unerlässlich oder wichtig“ (die meisten positiven Antworten gab es im Jahr 1978 mit 83 %).[23]

Selbst wenn man es in diesem Kontext als unbestrittene Tatsache akzeptiert, dass 84 % der Bürger der BRD für die „Denuklearisierung“ Deutschlands waren,[24] so bedeutete dies nicht automatisch eine genauso breite Unterstützung für das Programm der Neutralisierung eines vereinten Deutschland. Vielleicht stellt die Ansicht, dass das Programm, wie „es Bush und auch Kohl befürchteten, [...] bei den Deutschen nicht mehrheitsfähig gewesen“ wäre,[25] das andere Extrem dar. Unserer Meinung nach ist eine andere Aussage desselben Verfassers, die das Moment der „verpassten Chance“ betont, zutreffender:

> „Nur zögernd und in allgemeiner Form brachte Gorbatschow den Gedanken vor, die Vereinigung Deutschlands mit der Schaffung eines neuen Sicherheitssystems zu verknüpfen, in dem die bisherigen Bündnisse aufgehen sollten. Statt einen plausiblen Vorschlag zur Handlungsfähigkeit eines solchen Sicherheitssystems zu entwickeln, betonten die sowjetischen Vertreter in den nächsten Wochen [gemeint ist die Zeit nach dem Februar-Treffen zwischen Gorbačev und Kohl, A. F.] nur immer wieder, daß eine NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands nicht hingenommen werden könne. Die Sympathie der Deutschen für eine Ablösung der Militärorganisationen ließ sich auf diese Weise nicht gegen Bush und Kohl mobilisieren. Genscher mußte in der Frage der NATO-Ausdehnung nachgeben und sprach vom April an auch nicht mehr von einem Aufgehen der Bündnisse in der europäischen Sicherheitsstruktur.“[26]

Allerdings kann auch dieses Urteil nicht vorbehaltlos akzeptiert werden. Erstens angesichts der persönlichen Positionen einzelner deutscher Politiker in den für Deutschland schicksalhaften Monaten und Tagen der Jahre 1989/90. Naturgemäß sind die diesbezüglichen Zeugnisse in Memoiren von persönlichen Voreingenommenheiten geprägt, was gewisse Probleme verursacht. Man hat den Eindruck, dass Teltschik in seiner bekannten Arbeit die besondere Linie Genschers in Sachen Beziehungen zwischen BRD und NATO wohl allzu stark betont, während Genscher sie etwas herunterspielt. Es verwundert etwas,

[23] *Gebhard Schweigler*, Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1985, S. 126–127, 135.
[24] *V. M. Falin*, Bez skidok na obstojatel’stva, Moskva 1999, S. 449.
[25] *Loth*, Helsinki, S. 265.
[26] Ebd., S. 265–266.

dass Kohl in seinen Erinnerungen, die bereits nach den Büchern von Teltschik und Genscher erschienen, seine Einstellung zu dieser Kontroverse überhaupt nicht darstellt. Auch die Erwähnung seines, Kohls, Interviews für die „Washington Post“ vom 18. Januar 1990 in Genschers Buch kommentiert er nicht: Dort erklärte der Kanzler, er stimme nicht mit der Position Bushs überein, „dass die deutsche Vereinigung im Kontext der fortbestehenden deutschen Verpflichtungen in der NATO herbeigeführt werden müsse“.[27] Die in der bekannten Publikation aus dem Bundeskanzleramt angeführten Quellen sprechen dafür, dass Kohl zumindest anfangs eher dem Standpunkt Genschers und seines „Plans“ (um den es, wie wir gesehen haben, in den internen Dokumenten des sowjetischen Außenministeriums ging) zugeneigt war. Jedenfalls unterstützte der Kanzler in dem Konflikt zwischen Verteidigungsminister Stoltenberg und dem Außenminister Letzteren.[28]

Ein konsequent starrer Kurs der Ausrichtung auf die USA (man kann dies primitiven Atlantizismus nennen) wurde anscheinend von Teltschik verfolgt. Es entbehrt nicht der Ironie, dass trotzdem gerade er es war, an dem sich die Vertreter der sowjetischen Diplomatie in ihren vertraulichen Kontakten orientierten. Offenbar handelte die sowjetische Führung nach den Erfahrungen, die sie bei den der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages von 1970 vorausgehenden Verhandlungen gemacht hatte, als die entscheidende Rolle auf deutscher Seite nicht vom Auswärtigen Amt, sondern von Kanzlerberater Egon Bahr gespielt worden war, mit dem die sowjetischen Verhandlungsführer enge und vertrauensvolle Beziehungen aufbauten und von dem man – zu Recht oder zu Unrecht – mehr Verständnis für die sowjetische Position erwartete als zum Beispiel vom damaligen Außenminister der BRD Scheel oder gar von Botschafter Allardt. Aber Teltschik war in vielerlei Hinsicht das genaue Gegenteil von Bahr, sodass man sich hier auf sowjetischer Seite klar in der Adresse geirrt hatte.

Zweitens scheint der Vorwurf, die sowjetische Seite habe es nicht verstanden, einen „Entwurf“ des neuen Sicherheitssystems für Europa zu entwickeln, einigermaßen ungerecht. Es wäre kaum möglich gewesen, dies in dem kurzen Zeitraum zwischen Februar und Juni 1990 zu bewerkstelligen. In dem oben zitierten Vermerk von Jakovlev sind erste Ansätze eines solchen Entwurfs zu entdecken, mehr jedoch nicht.

In den sowjetischen diplomatischen Kreisen entstand in dieser Situation eine andere Idee: Der bestehende Pro-NATO-Konsens könnte durch Initiativen geschwächt werden, die keine langwierigen Vorarbeiten und Verhandlungen voraussetzten, wie zum Beispiel durch Erklärungen, sei es über die Auflösung des Warschauer Pakts und seiner militärischen Organisation oder über einen einseitigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland. Derartige Empfehlungen finden sich in einem der im Bestand der Abteilung BRD des sowjetischen Außenministeriums gelandeten Dokumente, dem Vermerk „Einige Überlegungen zur militärpolitischen Situation in Europa im Lichte der deutschen Vereinigung“ vom 1. Juni 1990 (unterzeichnet durch „den diensthabenden Referenten der Botschaft der UdSSR in der BRD“, Nikolaj Platoškin). Nach der Feststellung, dass „nach gesamtdeutschen Wahlen und der Aufnahme der DDR in die BRD nach Artikel

[27] *Genscher*, Erinnerungen, S. 713.

[28] *Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann* (Hrsg.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 112.

23 Grundgesetz (diese Variante ist am wahrscheinlichsten[29]) das Gebiet der DDR automatisch zur NATO gehören wird", schlägt der Verfasser zwei Möglichkeiten vor, „diesem Automatismus zuvorzukommen". Die erste sieht ein „Einfrieren der Mitgliedschaft der BRD in der NATO" vor („ruhende Mitgliedschaft"), die zweite, die er selbst für realistischer hält, beinhaltet folgende Maßnahmen:

„Deutschland scheidet aus den militärischen Strukturen der NATO (den Militärausschüssen und Regionalkommandos) aus, beteiligt sich aber weiterhin in vollem Umfang uneingeschränkt an der politischen Struktur des Bündnisses (NATO-Rat, Generalsekretariat, Eurogruppe). Die UdSSR könnte in diesem Fall die Auflösung der militärischen Organisation des Warschauer Pakts vorschlagen oder einseitig aus dieser ausscheiden. Gleichzeitig würden NATO und Warschauer Pakt (oder NATO und UdSSR) einen Vertrag über Gewaltverzicht und Verzicht auf den atomaren Erstschlag abschließen."[30]

Das Dokument enthält noch eine Reihe weiterer Vorschläge, darunter auch recht mutige (allerdings unter den damaligen Bedingungen kaum realistische) – zum Beispiel, „gemischt-nationale Truppenteile" zu schaffen, die auf „dem Gebiet einiger europäischer Staaten" stationiert und einem „gesamteuropäischen Kommando" unterstellt sein sollten (als konkretes Beispiel wird eine „deutsch-sowjetisch-amerikanische" Einheit genannt). An Frankreich ist ein recht kategorischer Rat gerichtet: Um eine Kluft zwischen der nördlichen und der südlichen Flanke der NATO infolge des Ausscheidens von Deutschland zu vermeiden, sollte Frankreich „seine Beteiligung am Block wieder beleben" (aus irgendeinem Grund lediglich für zwei Jahre) oder Deutschland eine atomare Garantie geben (die UdSSR sollte in diesem Fall Polen ebenfalls eine solche Garantie geben). All diese Konstruktionen sind natürlich höchst spekulativ und verleihen dem Vermerk eine etwas impressionistische Gestalt. Überdies entbehrt er nicht gewisser Widersprüche: Wenn der Verfasser anerkennt, dass „die einzige vollwertige Sicherheitsstruktur in Europa heute die NATO ist"[31], so fragt man sich doch, warum das vereinte Deutschland sie verlassen sollte?

Dieses Dokument zeigt den „Geisteszustand" der sowjetischen diplomatischen Gemeinschaft zu einer Zeit, da sie vor der Aufgabe stand, Argumente für die Haltung „Deutschland außerhalb der NATO" zu entwickeln. Die Aufgabe war extrem schwierig und zu dem Zeitpunkt, als Platoškin sich den Kopf darüber zerbrach, offensichtlich bereits unlösbar und nicht mehr aktuell (wir erinnern daran, dass der Präsident der UdSSR bereits am Vortag des Tages, an dem Platoškin seine Unterschrift unter das Papier setzte, den Standpunkt Bushs – „Deutschland in der NATO" – übernommen hatte, was ein einfacher Diplomat natürlich weder wissen noch erahnen konnte).

Man sollte die „Wende" in der sowjetischen Politik, die sich am 31. Mai ereignete, bestimmt nicht dramatisieren. Im Grunde war die Entscheidung Gorbačevs die logische Fortführung seiner Position bei den Gesprächen mit Baker vom Februar, als er erklärt hatte, „die UdSSR fordere im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands nicht den Abzug der amerikanischen Streitkräfte".[32] In Verbindung mit der damaligen Ablehnung eines Blockstatus für Deutschland bedeutete dies faktisch, dass die deutsche

[29] Später wurde beschlossen, die Wahlen nach der Ausführung von Artikel 23 durchzuführen.
[30] AVP RF, f. 757, op. 35, d. 9, p. 196, l. 80.
[31] Ebd., l. 79.
[32] *Gorbatschow*, Wie es war, S. 102.

„Neutralität" einer Rückkehr zum Besatzungsregime gleichkam (wie hätte man sonst die Präsenz ausländischer Truppen auf deutschem Boden rechtfertigen können?). Ein solches Verständnis von „Neutralisierung" konnte natürlich für die Deutschen überhaupt nicht attraktiv sein und ist vielleicht aus eben diesem Grund nie offen von der sowjetischen Seite vorgebracht worden. Wieso wurde es den Amerikanern zur Kenntnis gebracht? Anscheinend rechnete der sowjetische Präsident mit Gegenseitigkeit – mit einer entsprechenden Erklärung der USA, dass diese den Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland nicht fordern würden. Allerdings wurde diese Geste im Gegenzug nicht gemacht, sie hätte wohl auch kaum gemacht werden können. Die amerikanische Seite konnte keinen anderen Schluss ziehen als den, dass die UdSSR kein Programm hatte, das den Deutschen imponieren konnte, und hinsichtlich der eigenen Militärpräsenz in Deutschland und in Europa überhaupt gab es keinen Grund zur Sorge – im Unterschied zu der Situation, die für die UdSSR entstanden war. In dem erwähnten Vermerk vom 1. Juni wurde diese recht passend beschrieben:

> „Es ist nicht ausgeschlossen, dass alle unsere Verbündeten nach dem Beispiel der Tschechoslowakei und Ungarns bestrebt sein werden, die sowjetischen Truppen einseitig loszuwerden. Einen ähnlichen Druck gibt es für die USA in Europa nicht."[33]

Hätte man einen solchen „Druck" mit entschlossenen einseitigen sowjetischen Aktionen zur Demontage des Warschauer Pakts und zum Abzug der Westgruppe der Streitkräfte herstellen können? Es ist sehr schwierig, diese Frage eindeutig zu beantworten. Bei dieser Variante wäre es wohl wesentlich schwerer gewesen, eine materielle Entschädigung durch die BRD sicherzustellen. Vielleicht gab es für die UdSSR in der damaligen Situation keine andere Wahl als die, die getroffen wurde. Das Problem ist wohl ein anderes: Wenn die sowjetische Führung faktisch bereits im Februar 1990 für sich entschieden hatte, dass es keine Alternative zur Einbeziehung der BRD in die NATO geben würde, und diese Entscheidung sogar den Amerikanern zur Kenntnis brachte, warum wurden dann enorme Anstrengungen sowjetischer Diplomaten mobilisiert, um gerade nach solchen Alternativen zu suchen und sie zu vertreten?! Denn der sowjetische Entwurf eines „Sechservertrags", der der Leitung des Außenministeriums am 6. August 1990 durch den stellvertretenden Minister Julij A. Kvicinskij und den Leiter der 3. europäischen Abteilung, Aleksandr P. Bondarenko, vorgelegt wurde und der nach deren Worten „unter Berücksichtigung der Vereinbarungen von Archyz" vorbereitet worden war, beinhaltete immer noch eine Bestimmung „über den vorübergehenden Aufenthalt, die Konzentration und den Abzug der Truppen der Westmächte aus Deutschland".[34] Sie wurde erst („angesichts ihrer Undurchsetzbarkeit") am 13. August 1990 gestrichen, nachdem Gespräche zwischen Kvicinskij und dem Leiter der Politischen Abteilung 2 des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik, Dieter Kastrup, stattgefunden hatten.[35] Als ob diese „Undurchsetzbarkeit" nicht schon vorher klar gewesen wäre!

Die Formel „Deutschland in der NATO" hatte zunächst eine gewisse einschränkende Ergänzung: „abzüglich des Hoheitsgebiets der DDR". Der Vorzug dieser Lösung lag darin, dass sie anscheinend allen passte und für die Positionen der unterschiedlichsten

[33] AVP RF, f. 757, op. 35, d. 9, p. 196, l. 76.
[34] Ebd., l. 151, 157.
[35] Ebd., d. 8, p. 196, l. 94.

Personen und politischen Kräfte zum gemeinsamen Nenner wurde: Auf sie einigten sich der Außenminister der USA, Baker (im Gespräch mit Gorbačev am 9. Februar 1990)[36], die Sozialdemokraten auf beiden Seiten der noch existierenden deutsch-deutschen Grenze (unabhängig vom sowjetisch-amerikanischen Dialog wurde die These von der „Irrealität" sowohl der Einbeziehung Gesamtdeutschlands in die NATO als auch von dessen Neutralisierung im Namen der Kommission der beiden Parteien durch den Vertreter der DDR-SPD Stefan Hilsberg vorgetragen[37]) und sie wurde seit langem von Außenminister Genscher befürwortet – mit dem stillschweigenden Einverständnis des Kanzlers. Allerdings trat relativ bald eine „Verhärtung des westlichen Standpunkts" ein (Wilfried Loth), und dies bereits vor den Wahlen in der DDR im März, mit denen gewöhnlich die scharfe Wendung im Vereinigungsprozess in Verbindung gebracht wird. Während Baker zunächst die Formel von einer „Beschränkung der NATO-Jurisdiktion" auf das Gebiet der „alten" BRD gebrauchte, änderte Bush diese ab: Es ging nur um einen „besonderen militärischen Status" für die künftigen „neuen Länder". Nach dem Treffen Bushs mit Kohl am 24./25. Februar 1990 wurde eben diese neue Formel zu einem Element in der Position der westdeutschen Regierung. Anfang April lehnte der Kanzler das Prinzip einer Entmilitarisierung des DDR-Gebiets bereits kategorisch ab.[38]

Es ist durchaus wahrscheinlich, dass eine schnelle, transparente und positive Reaktion auf die ursprünglichen Vorschläge Bakers vom Februar diese negativen Tendenzen in der westlichen Politik hätte blockieren können; in Wirklichkeit war die Zeit jedoch verspielt worden. Die sowjetische Politik wiederholte wohl denselben Fehler, der bei den Verhandlungen mit Bahr 1970 begangen worden war, als man lange überlegt hatte, ob man den Entwurf eines „Briefs zur deutschen Einheit" zu sehr günstigen Bedingungen akzeptieren sollte oder nicht, und eine Regelung akzeptiert hatte, die diese „Zugabe" beinhaltete, als die Position der BRD sich bereits verhärtet hatte.

Es bleibt festzuhalten: In der konkreten Situation des Jahres 1990 ging diese Verhärtung der Standpunkte, gingen die Initiativen zur Verstärkung des Drucks auf die UdSSR in der Regel nicht von der BRD aus, sondern von ihren Verbündeten in der NATO. Vielmehr spielte die Diplomatie der BRD ihre Rolle bei der Abweisung besonders grober Versuche dieser Art. Hier ist insbesondere der Zwischenfall am Vorabend der Unterzeichnung des „Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" gemeint, als die Westmächte ultimativ forderten, die Streitkräfte der Westmächte müssten das Recht erhalten, auf dem Gebiet, aus dem die sowjetischen Truppen abgezogen werden sollten, Manöver abzuhalten, wofür Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags entsprechend abgeändert werden sollte (dort war vorgesehen, dass ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger nicht in diesem Teil Deutschlands stationiert oder dorthin verlegt werden durften). Ševardnadze schreibt in diesem Zusammenhang: „Ich bat darum, den Kollegen mitzuteilen, dass, wenn diese Bestimmung von ihnen akzeptiert werde, die morgige Sitzung nicht stattfinden werde" und „es keinen Vertrag geben werde". „Morgens teilte man mir dann mit, der Vorschlag sei zurückgezogen worden", so der Memoirenschreiber.[39]

[36] *Gorbatschow*, Wie es war, S. 101.
[37] Izvestija vom 20. Februar 1990.
[38] *Loth*, Helsinki, S. 265.
[39] *Ėduard A. Ševardnadze*, Moj vybor, Moskva 1991, S. 244.

Das ist alles richtig, aber es ist durchaus wahrscheinlich, dass dieses Ergebnis auch hätte ausbleiben können, wenn nicht der Außenminister der BRD so aktiv gewesen wäre. Nach Einschätzung Kvicinskijs war es nämlich

„Genscher, der die Situation rettete. Es ging um die Zukunft seines Volkes, und er erfüllte seine Pflicht als deutscher Patriot. [...] Das Problem war mit Hilfe eines interpretierenden Schreibens der BRD zur Auslegung des Begriffs ‚Verlegung', das dem Dokument über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland beigefügt wurde, rasch gelöst."[40]

Vielleicht liegt hier eine allzu forsch-emotionale Einschätzung vor. Das ist für einen Zeitzeugen und Memoirenschreiber ganz verständlich und unvermeidbar, doch der Historiker muss „strengere" Maßstäbe anlegen. In diesem Fall gibt es Grund, sich Gedanken darüber zu machen, ob die von Genscher vorgeschlagene Formel tatsächlich so tadellos ist – nicht nur aus Sicht der Staatsinteressen der UdSSR und ihres Rechtsnachfolgers Russland, sondern auch aus Sicht der europäischen Friedensordnung. Soweit es ein Laie in Sachen Völkerrecht beurteilen kann, sah sie Folgendes vor: Die Entscheidung darüber, was eine „Verlegung" ist und was nicht, was als Vertragsverletzung zu betrachten ist und was nicht, wird allein der Regierung der BRD obliegen. Das Recht, die Verhaltensregeln eines Militärbündnisses festzulegen, wird also einem einzigen Bündnismitglied zugestanden – ein etwas seltsames Monopol. Ich kann mir die Argumente schon vorstellen: Das ist eine innere Angelegenheit der NATO, die BRD hat dieses Vertrauen verdient, dieses System ist dem des „doppelten Schlüssels" ähnlich und stellt eine weitere Garantie gegen jeden Missbrauch militärischer Gewalt dar. Das stimmt alles, doch das Völkerrecht gründet sich zu einem bedeutenden Teil auf Präzedenzfälle, und da stellt sich folgende Frage: Was ist, wenn ein, sagen wir einmal, neues NATO-Mitglied an der Grenze zu Russland sich auf diesen Präzedenzfall beruft und erklärt, es wolle sein Gebiet für NATO-Manöver mit Einsatz von Kernwaffen oder den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur oder einfach für „den vorübergehenden Aufenthalt" ausländischer Truppen zur Verfügung stellen, ohne dies als „Stationierung" oder „Verlegung" zu bezeichnen? Natürlich hat sich die BRD verpflichtet, ihr Recht „vernünftig und verantwortungsvoll, unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten" auszuüben, aber wo sind die Kriterien für diese Begriffe? Wenn man davon ausgeht, dass die BRD, wie jedes andere Land auch, diese für sich selbst festlegt, warum musste dann zum Beispiel eine Begrenzung der Stärke der Bundeswehr im Vertrag vereinbart werden? Die deutsche Regierung hätte sie doch durchaus „vernünftig und verantwortungsvoll" selbst festlegen können. Kurzum, einige logische Brüche scheint es hier zu geben, und das sollte nicht verschwiegen werden. Der Verfasser der analytischen Einführung in der erwähnten Dokumentation des Bundeskanzleramts, Hanns J. Küsters, spricht übrigens vom „völkerrechtlich ungewöhnlichen" Charakter dieses Kompromisses, den er darin sieht, dass „einer Vertragspartei allein das Interpretationsrecht zusteht".[41] Wir wollen noch auf ein nicht unwichtiges Detail hinweisen: Die „Genscherformel" wurde dem Vertrag nicht nur „beigefügt" und ist kein „interpretierendes Schreiben der BRD" (dies hätte lediglich für Deutschland selbst entsprechende Rechtsfolgen nach sich gezogen), sondern trägt den Titel „Abgestimmte

[40] *J. A. Kvicinskij*, Vremja i slučaj, Moskva 1999, S. 68.
[41] *Küsters/Hofmann*, Deutsche Einheit, S. 224.

Protokollnotiz"[42] und ist somit ein Teil dieses Dokuments, der die gleiche Rechtskraft besitzt wie der Vertrag selbst. In diesem Zusammenhang ist es höchst verwunderlich, dass in dem Vertragstext vom 12. September 1990, der in der Anlage der Erinnerungen Gorbačevs veröffentlicht wurde, diese Ergänzung zu Artikel 5 völlig fehlt – als gäbe es sie nicht und hätte sie nie gegeben! Vielleicht kommt auf diese indirekte Weise die negative Meinung dazu zum Ausdruck, aber Verschweigen ist nicht die beste Art, auf die Realität zu reagieren.

Die Maximalzugeständnisse beim militärpolitischen Teil des „deutschen Pakets", so erinnern wir uns, waren in dem Dokument des Außenministeriums vom 14. Mai 1990 als Preis und Mittel empfohlen worden, um entsprechende, für die UdSSR günstige Bedingungen beim anderen Teil zu erreichen, der die Grenzen betraf sowie die Achtung der Grundsätze des Völkerrechts, die Sicherung der Bürgerrechte und -freiheiten, die Rechtsnachfolge, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und schließlich die materielle Absicherung des Abzugs der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte. Von diesem ganzen Katalog wurden mehr oder weniger „maximal" die Fragen der Grenzen und des Truppenabzugs gelöst. Ansonsten machte die sowjetische Seite ebenfalls wesentliche Zugeständnisse.

In Artikel 9 des erwähnten sowjetischen Entwurfs einer „Abschließenden völkerrechtlichen Regelung mit Deutschland" vom 6. August 1990 findet sich eine klar formulierte Liste der Verpflichtungen, die das vereinte Deutschland eingehen sollte. Es handelt sich um die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Maßnahmen der Besatzungsmächte „in den Bereichen Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung" (es heißt insbesondere, dass „die Rechtmäßigkeit dieser Entscheidungen, unter anderem in Fragen von Vermögen und Grundbesitz, nicht von deutschen Gerichten oder anderen deutschen Staatsorganen überprüft wird"), die Unterstützung dafür, „dass Personen, die im Zweiten Weltkrieg in Deutschland zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, eine gerechte Entschädigung zuteil wird", die Ergreifung von Maßnahmen zur Verhinderung „des Wiederauflebens der nazistischen politischen Ideologie sowie der nationalsozialistischen Parteien und Bewegungen", die Gewährleistung der Unversehrtheit der Denkmäler und Grabstätten „von Bürgern aus den Ländern der Anti-Hitler-Koalition", die Bestätigung der Gültigkeit der durch die BRD und die DDR in der Vergangenheit abgeschlossenen internationalen Verträge und Abkommen.[43]

Von diesen fünf Punkten gelangte derjenige, der die Entschädigung für „Ostarbeiter" betraf, überhaupt nicht in das Abschlussdokument der „Gruppe der Sechs"[44], die anderen gingen nicht in den eigentlichen Vertragstext ein, sondern in den „Brief an die

[42] Vgl. Izvestija vom 13. September 1990.

[43] AVP RF, f. 757, op. 35, d. 9, p. 196, l. 159–160.

[44] Er gelangte auch nicht in den sowjetisch-deutschen „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit", der am Tag nach der Unterzeichnung des „Sechservertrags" paraphiert wurde, obwohl sich in dem durch das Außenministerium der UdSSR erarbeiteten Entwurf eine entsprechende Bestimmung (Artikel 15) fand (s. AVP RF, f. 757, op. 35, d. 8, p. 196, l. 79). Das Fehlen einer Regelung zu diesem Thema rief eine besorgte Reaktion des weißrussischen Außenministeriums hervor, das am 15. November 1990 eine Anfrage an das sowjetische Außenministerium schickte. Die Antwort des Unionsministeriums kann nur schwer als zufriedenstellend bezeichnet werden (s. AVP RF, f. 757, op. 35, d. 8, p. 196, ll. 157–163).

Außenminister der vier Mächte im Namen der Regierungen der DDR und der BRD“, und zwar in einer wesentlich weniger klaren und verbindlichen Form. Von Parteien und Bewegungen, die sich gegen „die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung“ wenden, heißt es, sie „können verboten werden“ (im sowjetischen Entwurf hatte gestanden: „werden verboten“), wobei hinzugefügt wird: „Dies gilt auch für Parteien und Organisationen mit nationalsozialistischer Ausrichtung.“ Es bleibt ein Rätsel, welche Parteien wohl in erster Linie gemeint sind, wenn nicht neonazistische? Auch die Formulierung, dass „das vereinte Deutschland [...] seine Haltung zum Übergang völkerrechtlicher Verträge der DDR nach Konsultationen mit den jeweiligen Vertragspartnern und den europäischen Gemeinschaften“ festlegen wird, konnte die sowjetische Seite kaum zufriedenstellen. Über die Gründe und Motive für diese Nachgiebigkeit (und den faktischen Rückzug von dem „Paket“ von Archyz, das im Prinzip die Gedanken der Dokumente des Außenministeriums vom 14. und 21. Mai enthielt und eben keinen solchen „Rückzug“ darstellte!), über das Verhältnis objektiver und subjektiver Faktoren ließe sich lange streiten. Doch es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, wollte man diesen Streit führen.

Zum Abschluss möchte ich noch ein Quäntchen Optimismus einbringen. Bei internationalen Akten sind manchmal nicht so sehr die juristischen Formeln das Wichtigste als vielmehr ihr Geist und ihre Zielsetzung. Insofern haben die Dokumente der deutschen Einheit die in sie gesetzten Hoffnungen und Erwartungen durchaus erfüllt. Die Deutschen kommen den übernommenen Verpflichtungen loyal nach, obwohl sie, wie wir gesehen haben, nicht immer klar genug formuliert worden sind. Die deutschen Gerichte haben zwar in einer Reihe von Fällen Verfahren zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Enteignungsfällen aus den Jahren 1945–1949 zugelassen, was sie entsprechend der sowjetischen Rechtsposition nicht gedurft hätten. Allerdings haben die Urteile dieser Gerichte im Grunde genommen das bestätigt, wofür die Sowjetunion eingetreten war. Es kann einem nur um die Zeit der Richter und die Gelder der Steuerzahler, die für diese Prozesse aufgewendet wurden, leidtun, aber das sind letzten Endes interne Probleme der Deutschen selbst. Übrigens konnten sich deutsche Juristen, gestützt auf eben den Geist und die Buchstaben des Vertrags von 1990, der Ansprüche ehemaliger Nazis erwehren – erinnern wir uns an die skandalöse Klage des ehemaligen Chemnitzer Gestapo-Chefs, der die Rückgabe von Bildern aus dem städtischen Museum, die früher angeblich zu seiner Privatsammlung gehört hatten, forderte. Hätte es den Vertrag nicht gegeben, oder wäre die Beschlagnahme nach 1949 erfolgt, hätte der Nazi sich vermutlich durchsetzen können! In diesem Sinne sind die von den Deutschen eingegangenen Verpflichtungen ein wichtiger Faktor bei der Ausübung der Rechte der Gesellschaft gegenüber einzelnen unverbesserlichen Missgeburten. Anders als Versailles ist die Regelung von 1990 nicht zu einer Fessel, sondern zu einer Hilfe für die deutsche Nation geworden.

Andererseits haben die Deutschen freiwillig dort Verpflichtungen übernommen, wo dies von ihrer Führung anno 1990 abgelehnt worden war – im Bereich der Entschädigung der Opfer der Naziherrschaft. Dieser humane Akt spiegelt ohne Zweifel die neue Rolle Deutschlands in Europa wieder.

Man kann auch auf folgenden, etwas paradoxen Umstand hinweisen: Was 1990 als Mangel erschien – eine zu weit gefasste, gefährlich unbestimmte Definition der antidemokratischen Organisationen, die verboten werden können – mag sich heute als Vorteil

erweisen. Der klassische Nationalsozialismus stellt heute keine aktuelle Bedrohung mehr dar, und wenn man sich allzu einseitig an ihm orientiert hätte, gäbe es wahrscheinlich nicht die Möglichkeit, die durch die deutsche Regelung stimulierten Normen und Instrumente der völkerrechtlichen Ordnung gegen, zum Beispiel, religiösen Extremismus einzusetzen. Aber dafür bedarf es neben dem Recht natürlich auch noch des politischen Willens.

Wenn man schließlich von der deutschen auf die internationale Ebene übergeht, so kann man feststellen, dass die Unzulänglichkeiten und „Klippen", die trotz allem in der während der Vereinigung Deutschlands ausgehobenen Fahrrinne noch verblieben sind, bisher erfolgreich umschifft werden konnten und den internationalen Schiffsverkehr nicht allzu sehr behindern. Die mit der NATO-Erweiterung verbundenen Wogen haben sich insgesamt wieder gelegt. Unser Land hat einen großen Schritt unternommen, um die Beziehungen „der politischen Kooperation, Assoziation und Zusammenarbeit" mit dem Atlantischen Bündnis herzustellen, von denen in einem der interessantesten Papiere unserer Diplomatie zu jener Zeit die Rede war. Wir wollen hoffen, dass sich dieser Prozess auch weiterhin fortsetzt – in jenem Geiste der Verständigung, Zusammenarbeit und Suche nach allseits akzeptablen Kompromissen, der die deutsche Vereinigung möglich gemacht hat – aber ohne den Zickzackkurs und ohne die Abschottung von der Öffentlichkeit (trotz aller „Glasnost'"!), die damals zu verzeichnen waren.

Horst Möller

Die Vereinigten Staaten und die deutsche Wiedervereinigung

I.

Wäre es ohne die USA 1989/1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands gekommen? Die Frage ist spekulativ, zeigt aber das Problem: Vom Frühjahr 1989 bis zum Sommer 1990 gab es zahlreiche wichtige Akteure im diplomatischen Prozess, der die Wiedervereinigung herbeiführte. Drei Staatsmänner aber spielten eine zentrale Rolle: der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbačev und der amerikanische Präsident George Bush sen. Zwar standen sie in diesem weltpolitischen Schachspiel nicht allein, auch andere Staatsmänner sowie ihre politischen und diplomatischen Berater nahmen wichtige Aufgaben war, beispielsweise die Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Ėduard Ševardnadze und James Baker, doch ohne die drei erstgenannten führenden Politiker wären die Verhandlungen anders verlaufen: Die politische Mitwirkung der amerikanischen und der europäischen Regierungen war unterschiedlich, Zustimmung und Ablehnung waren ebenso wie der jeweilige Zeitpunkt für ihr Engagement verschieden; bei fast allen Akteuren veränderte sich während weniger Monate ihre Haltung.

Die einleitende Frage bleibt hypothetisch, nicht aber die folgende Feststellung: Präsident Bush hat früher als andere Staatsmänner den weltpolitischen Wandel infolge der Auflösung der kommunistischen Diktaturen erkannt und in diesem Prozess früher als alle anderen eine Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands gesehen. Er ist jedoch noch weiter gegangen, er hat diese Möglichkeit begrüßt. Und während der dritte entscheidende Akteur, die sowjetische Führung, nur widerwillig und zögerlich diese Richtung einschlug, war Bush neben Kohl derjenige, der die Wiedervereinigungspolitik mit Energie vorangetrieben hat. Allerdings gab es auch in der amerikanischen Administration unterschiedliche Positionen, außerdem banden die USA ihre Unterstützung an Bedingungen, ohne deren Erfüllung sie der Wiedervereinigung nicht zugestimmt hätten.

Bereits am 12. Mai 1989 schrieb Präsident Bush vertraulich an Bundeskanzler Kohl, „dass sich uns eine historische Chance bietet“, die Ost-West-Beziehungen zu verändern.[1] Welche Konsequenzen daraus für Deutschland zu ziehen waren, blieb zu diesem Zeitpunkt allerdings offen. Noch im Herbst 1989 zeichneten sich zwei Denkschulen in der amerikanischen Administration ab: Sie stimmen aber in der grundlegenden Diagnose

[1] *Hanns Jürgen Küsters / Daniel Hofmann* (Hrsg.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 35.

überein, dass der weltpolitische Wandel eine nachhaltige Veränderung der innerdeutschen Beziehungen herbeiführen werde. Die Differenz lag im Ausmaß dieser Konsequenz. Außenminister James Baker sprach in einer Rede am 16. Oktober 1989 in New York vor der Foreign Policy Association noch von „reconciliation", Bush hingegen in einem Interview mit der New York Times am 24. Oktober, das unmittelbar nach einem Telefongespräch mit Kohl stattfand, von „reunification". Der amerikanische Präsident erklärte unter anderem: Er teile nicht die Sorgen einiger europäischer Länder hinsichtlich einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands, er befürchte keinen deutschen Neutralismus. Es sei Aufgabe der deutschen, britischen und französischen NATO-Partner, sich über dieses Thema zu verständigen.

Der Führer der demokratischen Mehrheit des amerikanischen Senats, George Mitchell, bezeichnete die Wiedervereinigung sogar schon im Oktober 1989 als „unvermeidlich". Die Mauer werde in relativ kurzer Zeit abgerissen werden, es werde zu einem „gewissen Grad an größerem Föderalismus zwischen Ost- und Westdeutschland" kommen.[2]

II.

Warum erwiesen sich die USA so aufgeschlossen gegenüber der konstruktiven Lösung der deutschen Frage?

Eine Reihe langfristiger Gründe standen neben kurzfristigen. Die langfristigen nenne ich nur summarisch, die unmittelbare Vorgeschichte behandle ich etwas ausführlicher.

1. Schon während der Besatzungsjahre steuerten die Amerikaner früher und intensiver als die anderen Besatzungsmächte auf den Wiederaufbau einer deutschen Demokratie zu. Sie betrachteten die Teilung als Ergebnis des Kalten Krieges und setzten auf eine schnelle politische, ökonomische und verteidigungspolitisch-strategische Integration der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. Im Laufe der Jahrzehnte war die Bundesrepublik auch ökonomisch zu einem der wichtigsten Partner der USA geworden. Da die Amerikaner selbst in großräumigen Kategorien dachten, lag für sie die Integration Europas auch im amerikanischen Interesse. Die Zweiteilung Europas betrachteten die USA nicht als endgültig. Stärker als andere Staaten des Westens verbanden sie die militärische Sicherung mit einer politischen Mission zugunsten der weltpolitischen Ausdehnung der demokratischen Staaten. Aufgrund dieser Ausgangsbasis standen für die amerikanische Politik militärische Sicherung des Westens, Antikommunismus und Demokratisierung Osteuropas, die Ostdeutschland einbezog, in engem Zusammenhang. Die damals naiv erscheinende Berliner Rede, die Präsident Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor an die Adresse des sowjetischen Generalsekretärs richtete: „Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor, reißen Sie diese Mauer nieder!", zielte zwar – wie alle vergleichbaren Reden – auf den öffentlichkeitswirksamen rhetorischen Effekt, besaß aber zugleich eine ideelle, auf Demokratisierung und Freiheit ausgerichtete Komponente.

[2] Zusammenfassung dieser Äußerungen in einem Bericht *Teltschiks* für Bundeskanzler Kohl am 24. Oktober 1989, in: ebd., S. 465–467.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen waren für die Bundesrepublik Deutschland „existentiell“: Dies betonte der Bundeskanzler am 30. Mai 1989 beim ersten Deutschlandbesuch, den Bush in seiner Eigenschaft als amerikanischer Präsident durchführte, nicht allein in öffentlichen Äußerungen, sondern auch im kleinen Kreis. Bush und Kohl stimmten überein, dass die Beziehungen nie besser gewesen waren als im Frühjahr 1989.[3] Wie die anderen beiden Westalliierten, Großbritannien und Frankreich, besaßen die USA gemäß dem Generalvertrag von 1952 bzw. 1954 weiterhin Rechte und Pflichten in Bezug auf Deutschland als Ganzes, alle drei hatten Teil an der Vier-Mächte-Verantwortung in Berlin. Jede grundlegende Veränderung des Ost-West-Verhältnisses in Europa betraf also wesentlich auch die USA.

2. Die kurzfristigen Gründe für die Sensibilität der amerikanischen Führung in Bezug auf die deutsche Frage lagen in der Sicherheitspolitik. Die neue amerikanische Regierung Bush bereitete seit 1987 eine außen- und sicherheitspolitische Bestandsaufnahme vor. Sie behandelte auch Perestroika und Glasnost' in der Sowjetunion und sollte Grundlage des außenpolitischen Konzepts der Bush-Administration werden. Aus Präsident Bushs erster diesbezüglicher Weisung an den Politischen Koordinierungsausschuss ging die Analyse unter dem Titel „Nationale Sicherheitsüberprüfung – Westeuropa 12“ (*NSR 12*) hervor. In ihr findet sich eine zusammenhängende Darstellung der Beziehungen der USA und Westeuropas zur Sowjetunion unter dem Aspekt der Verteidigungspolitik und der Rüstungskontrolle.

Weitere Analysen folgten, doch waren es, wie Philip Zelikow – damals außenpolitischer Berater in der Bush-Administration – und Condoleezza Rice feststellten, nicht die Analysen, sondern die Ereignisse, die eine Wendung herbeiführten. Bush wollte vermeiden, dass sich die Niederschlagung von Reformbewegungen durch sowjetische Truppen wie in Ungarn 1956 und Prag 1968 wiederholte. Er wartete deshalb, bis das Solidarność-Verbot in Polen aufgehoben wurde, bevor er am 17. April 1989 ein offizielles Signal gab: Hilfe aus dem Westen könne gleichzeitig mit einer Liberalisierung in den osteuropäischen Staaten erfolgen:

> „Der Westen kann jetzt eine kühne Vision der Zukunft Europas mutig vorschlagen: Wir träumen von dem Tag, an dem es keine Schranken für die Bewegungsfreiheit von Menschen, Waren und Ideen mehr gibt.“[4]

Präsident Bush verfolgte von Beginn seiner Amtszeit an viel weitergehende Ziele als die führenden Beamten des Außenministeriums, er wünschte eine Revision der gesamten Europapolitik, die den Auflösungserscheinungen innerhalb der kommunistischen Diktaturen Rechnung trug. In Bezug auf die Deutschlandpolitik wurden die beiden unterschiedlichen Positionen schon im März 1989 deutlich: So betrachtete die Leiterin des Koordinierungsausschusses für Europapolitik, die frühere amerikanische Botschafterin in der DDR Rozanne Ridgway den Status quo als Basis des Friedens, sie hielt es – in Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung im amerikanischen Außenministerium – nicht allein für voreilig, sondern auch für unklug, die deutsche Frage von amerikanischer Seite

3 Ebd., S. 271ff.

4 *Philip Zelikow/Condoleezza Rice*, Sternstunden der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas. 2. Aufl., Berlin 1997, S. 54.

aufzugreifen. Demgegenüber vertraten andere Mitglieder des Ausschusses, Philip Zelikow und Robert Blackwill, in der Debatte über einen unter dem Kürzel NSR 5 vorgelegten Bericht die Ansicht, die USA müssten ihrerseits in der deutschen Frage in die Offensive gehen, wenn der Kalte Krieg sich dem Ende nähere.[5] Auch innerhalb der CIA sowie bei den Vereinigten Stabschefs bestanden analog die beiden Positionen. Außenminister James Baker und seine engsten Berater repräsentierten eher die Status-quo-Politik.

Damit sind die beiden hauptsächlichen Denkschulen bezeichnet, es hing nun zum einen von der politischen Entwicklung selbst ab, zum anderen von der Zielsetzung des amerikanischen Präsidenten. Dabei kam es entscheidend auf die Reaktion an, denn das Tempo der Entwicklung bestimmten nicht die Politiker des Westens. Dies haben nicht nur Diplomaten verkannt, sondern auch Staatsmänner wie François Mitterrand. Doch anders als Margaret Thatcher, die aufgrund ihrer Starrheit und ihres Denkens in Klischees zu einer realistischen außenpolitischen Diagnose unfähig war, erwies sich der französische Staatspräsident nach anfänglich eher hinhaltendem Widerstand als flexibel. Seit dem Zusammentreffen mit Bundeskanzler Kohl in Latché am 4. Januar 1990 modifizierte er seine Haltung, dadurch gewann er im Zusammenwirken mit Kohl Einfluss, zwar nicht auf den Prozess der Wiedervereinigung im engeren Sinn, aber auf ihre europapolitische Einbindung.

Je stärker sich in den USA im Laufe der Monate die Waage zu einer offensiven Europa- und Deutschlandpolitik neigte, desto mehr geriet die britische Politik in die Isolation, zumal sie zunächst ähnlich wie Mitterrand auf Gorbačevs Weigerung vertraute, die sowjetische Deutschlandpolitik zu verändern; einmal mehr erwies sich, dass amerikanisch-britische Kooperation nicht so selbstverständlich ist, wie es heute erscheint.

III.

Der Dualismus in der amerikanischen Deutschlandpolitik war also bereits im Frühjahr 1989 erkennbar und dauerte bis zum Herbst an. Doch schon im Frühjahr belebte sich nicht allein die Diskussion über einen Strategiewechsel der USA in der Europapolitik. Vielmehr verdichteten sich die Anzeichen, dass Bush eher den Beratern vertraute, die seiner Veränderungsdynamik Rechnung trugen. Im Mai 1989 erklärte er in einem Interview mit der Washington Times, dass ihn eine Wiedervereinigung Deutschlands erfreuen würde:

> „Jeder, der zurückschaut, dann die Gegenwart betrachtet und ein durch Teilung entzweites Land und durch die Teilung getrennte Menschen sieht, sollte die Wiedervereinigung auf einer angemessenen Grundlage befürworten.“[6]

Was aber war eine „angemessene Grundlage“? Darüber war zu gegebener Zeit zu verhandeln, sie hing jedenfalls mindestens so sehr von der Sowjetunion ab wie von den Deutschen. Ich werde darauf noch eingehen.

Von Gorbačev kamen zwar keine konkreten Vorschläge zur deutschen Frage, doch machte der Generalsekretär mit ständig neuen Formulierungen, beispielsweise vom „ge-

[5] Ebd., S. 55.
[6] Ebd., S. 58f.

meinsamen Haus Europa" von sich reden, die – außensowjetische – Öffentlichkeit reagierte jeweils elektrisiert, in der amerikanischen Administration wuchs die Befürchtung, Gorbačev könne sogar einen deutschlandpolitischen Vorschlag machen, der den Amerikanern das Heft aus der Hand nähme – doch in dieser Hinsicht zeichneten sich 1989 tatsächlich keine sowjetischen Initiativen ab, die Wiedervereinigung lag noch außerhalb des Vorstellungsvermögens der sowjetischen Politik dieser Monate, die amerikanische Befürchtung vor einem solchen Schachzug Moskaus war also übertrieben.

Aus Anlass der Europareisen des amerikanischen Präsidenten mit dem 40-jährigen NATO-Jubiläum als Höhepunkt stand im Übrigen eine neue sicherheitspolitische Initiative auf der Tagesordnung. Innerhalb der NATO und in der Bundesrepublik gab es Streit über eine Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen (Lacos), innerhalb der amerikanischen Administration vertraten der Sicherheitsberater von Präsident Bush, Brent Scowcroft, und sein Stab die Auffassung, die USA hätten das konventionelle Gleichgewicht in Europa zu lange vernachlässigt, eine sicherheitspolitische Initiative sei an der Zeit. Ergebnis war der Vorschlag, sehr zügig zu einer dramatischen Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa zu gelangen und so das konventionelle Gleichgewicht herzustellen.

Tatsächlich bot der Brüsseler NATO-Gipfel am 29. und 30. Mai 1989, der durch die amerikanische Diplomatie mit geheim gehaltenen Informationsreisen zu den wichtigsten Partnern vorbereitet wurde, die beste Gelegenheit. Der stellvertretende Außenminister Lawrence Eagleburger und Robert Gates, Stellvertreter Scowcrofts, wurden zu Margaret Thatcher, François Mitterrand und Helmut Kohl gesandt. Nicht nur der NATO-Gipfel wurde ein großer Erfolg für die amerikanische Politik, die hier nicht allein ihre machtpolitische, sondern ihre konzeptionelle Führungsrolle bewies. Auch die anschließenden Pressekonferenzen und die Reise Bushs durch die Bundesrepublik boten Gelegenheit, die neue Vision vom Ende des Kalten Krieges, dem Ende der weltpolitischen Teilung und der Teilung Europas zu verkünden sowie schließlich in diesem Kontext eine Lösung der deutschen Frage anzudeuten.

Blieben auch manche Formulierungen noch vage, so hatte die Deutschlandpolitik doch eine Aktualität zurückgewonnen, die sie seit Jahrzehnten nicht mehr besessen hatte. Auf diese Weise gewann die strategische Debatte im Kontext der Reformpolitik Gorbačevs, der sich mit den Parlamentswahlen in Polen abzeichnenden Demokratisierung und der wachsenden Protest- und Fluchtbewegung in der DDR zunehmend an politischer Signifikanz, die über die bis dahin üblichen Lippenbekenntnisse zur Wiedervereinigung Deutschlands hinauswies.

Nach der Verstärkung der Fluchtbewegung aus der DDR zeigte sich: Auch die kommunistischen Nachbarstaaten der DDR waren eher an einer Verbesserung des Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland interessiert als an der DDR. Außerdem begannen sich nach Polen, wo die erste demokratisch gewählte Regierung ins Amt gelangt war, auch andere Staaten des kommunistischen Systems zu reformieren und dem Westen zu öffnen, allen voran Ungarn, aber auch die Tschechoslowakei. Die DDR geriet durch ihre Ablehnung der Gorbačev'schen Reformpolitik zunehmend in die Isolierung und war katastrophal verschuldet. Sie stand sogar, was der Bundesregierung aus internen Informationen bekannt war, unmittelbar vor dem Staatsbankrott. Die sowjetische Führung ihrerseits stand vor einer Fülle eigener gravierender Probleme, sie war nicht mehr bereit und in

der Lage, die maroden kommunistischen Systeme zu stützen, sie war nicht mehr willens, Reformbewegungen niederzuschlagen oder in anderen Staaten militärisch einzugreifen wie zu Zeiten Chruščevs oder Brežnevs 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei, 1980 in Afghanistan. Die Brežnev-Doktrin war, wie man gespottet hat, durch die Sinatra-Doktrin abgelöst worden, die den eigenen Weg zum Kommunismus zuließ: „My way!"

Bundeskanzler Kohl steuerte nach der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989, die ungeplant und chaotisch, vermutlich durch ein Missverständnis innerhalb der verschreckten DDR-Führung erfolgte, immer klarer auf die Wiedervereinigung zu. Der mit niemandem, auch nicht mit François Mitterrand oder der eigenen Regierung abgesprochene Zehn-Punkte-Plan, den der Kanzler am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag vortrug, versuchte den Prozess der Wiedervereinigung in geordnete Bahnen zu lenken und zeitlich zu planen. Doch dieser Versuch der Rationalisierung misslang, die Ereignisse überstürzten sich, Kohl reagierte äußerst sensibel und betrieb mit seinem Außenminister und seinen Beratern eine pausenlose Gipfeldiplomatie, mit der der Prozess der Wiedervereinigung welt- und vor allem europapolitisch eingebettet werden sollte.

IV.

Wie reagierten die USA auf diese dramatischen Veränderungen? Die prinzipielle Bereitschaft zur konstruktiven Lösung der deutschen Frage war seit Monaten erkennbar, Präsident Bush musste sich durch die Entwicklung bestätigt fühlen, die Frage war, zu welchen Bedingungen die USA die Wiedervereinigung selbst aktiv betreiben wollten, nicht aber mehr, ob sie sie prinzipiell wollten. In der amerikanischen Außenpolitik gewann diejenige Denkschule an Boden, die für Präsident Bushs konstruktive Deutschlandpolitik eintrat. Präsident Bush hatte in seiner Rede am 31. Mai 1989 in Mainz konkret an Reagans Berliner Appell angeknüpft:

> „Wie in Ungarn müssen überall in Osteuropa die Grenzen fallen. Nirgends wird die Trennung zwischen Ost und West deutlicher als in Berlin. Dort trennt die brutale Mauer Nachbar von Nachbar, Bruder von Bruder. Diese Mauer ist ein Monument des Versagens des Kommunismus. Sie muss fallen."[7]

Der Unterschied zur Rede Reagans lag in der Situation. Zum einen sprach Bush vom „Versagen des Kommunismus" zu einem Zeitpunkt, als das System an vielen Stellen zu bröckeln begann, zum anderen verwies er auf Ungarn, wo die Auflösung schon weit fortgeschritten war. Ungarn sollte wenige Monate später eine noch entscheidendere Rolle spielen, als Ministerpräsident Miklós Németh und Außenminister Gyula Horn nach Verhandlungen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher die Grenze nach Österreich öffneten und damit der Fluchtweg aus der DDR über Ungarn offen war. Nachdem auch für die 6000 DDR-Flüchtlinge in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag Ende September eine Lösung durch Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung gefunden worden war, hatte die Mauer Löcher bekommen, bevor sie tatsächlich am 9. November geöffnet wurde.

7 *James Addison Baker*, Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen, Berlin 1996, S. 150f.

Auf der anderen Seite war nicht klar, wie die Sowjetunion reagieren würde, die auf dem vergleichsweise kleinen Territorium der DDR (110 000 km^2) nahezu 400 000 Angehörige der Roten Armee stationiert hatte. Auch Kurzschlusshandlungen der sowjetischen Armee oder der DDR-Führung, die immerhin über die Nationale Volksarmee und paramilitärische Einheiten der Volkspolizei verfügte, waren in dieser dramatischen Situation nicht ausgeschlossen. Die Zahl und die Teilnehmer der Demonstrationen gegen das DDR-Regime wuchsen ständig, die Situation wurde beinahe täglich kritischer. Die Destabilisierung des Warschauer Paktes und der kommunistischen Regime barg also durchaus Gefahren. Aber noch am 9. November sagte Baker in einem Telefongespräch zu Genscher:

„Die Vereinigten Staaten begrüßen die dramatischen Ereignisse, aber es ist noch ein langer Weg von der Reisefreiheit bis zur Vereinigung. Vielleicht ist es voreilig, die Vereinigung jetzt anzusprechen."

Andererseits hatte der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, Vernon Walters – ohne von Baker dazu autorisiert zu sein – im Herbst 1989 mehrfach öffentlich die Wiedervereinigung prophezeit. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass öffentliche Erklärungen der Beteiligten damals den Zweck hatten, den Boden jeweils für die eigenen Vorstellungen zu bereiten.

Im November lautete die Frage nicht mehr, ob die USA die Wiedervereinigung im Prinzip wollten, sondern zu welchen Bedingungen sie die Wiedervereinigung selbst aktiv betreiben würden. In der amerikanischen Außenpolitik hatte sich diejenige Denkschule durchgesetzt, die für die Wiedervereinigung, und damit Präsident Bushs Politik eintrat. Außenminister James Baker hat in seinen Erinnerungen „The Politics of Diplomacy" (1995), diesen Prozess beschrieben. So mussten beispielsweise noch im September Redeentwürfe mehrmals überarbeitet werden, damit die Presse nicht die unterschiedlichen Positionen innerhalb der amerikanischen Außenpolitik heraushören konnte. In diesem Fall hätte die sowjetische Politik vermutlich versucht, mit der ihr genehmeren Richtung eine restriktive Politik in der Wiedervereinigungsfrage durchzusetzen. Zu Recht konstatierte Baker:

„In gewisser Weise ist die internationale Politik ein ständiger Verhandlungsprozess. 1989, als der Niedergang der Großmacht Sowjetunion sich abzeichnete, gab es keine kritischeren Verhandlungen als jene, die die Art und Weise dieses Niedergangs regeln sollten. Imperien entschwinden nicht einfach still in die Nacht; Macht wird selten einfach abgegeben; friedliche Transitionen sind die Ausnahme. Zwar war bis Jahresmitte ziemlich sicher, dass die Sowjets ihre Positionen rund um den Globus abbauen würden, doch die entscheidende Frage lautete: Wie weit wird der Kreml tatsächlich gehen?"[8]

So war Gorbačev sehr verärgert, als Präsident Bush nach dem NATO-Gipfel im Juli 1989 nach Polen und Ungarn reiste und dort begeistert begrüßt wurde. Bushs Triumph wurde zu Recht als Niederlage der Sowjetunion in ihrer eigenen machtpolitischen Einflusszone, also innerhalb des Warschauer Pakts, angesehen. Auch die deutsche Frage war eingebettet in die gesamte transatlantische Politik der USA.

Als die Zielrichtung klar war, kristallisierten sich Ende November 1989 vier Bedingungen der amerikanischen Politik heraus. Anlass war der 10-Punkte-Plan, den der Bundeskanzler am 28. November im Deutschen Bundestag ohne Absprache mit irgendeiner

[8] Ebd., S. 122f.

Regierung oder auch nur seinen Ministern vorgetragen hatte. Washington erkannte, dass Kohl damit das Gesetz des Handelns an sich gerissen hatte und wollte ihn bremsen bzw. das Verfahren bestimmen. Die vier amerikanischen Bedingungen lauteten:

1. Ohne verschiedene Varianten der Wiedervereinigung auszuschließen, musste das Prinzip der Selbstbestimmung der Deutschen, in dieser Situation also der DDR-Bevölkerung, gelten.
2. Die deutsche Vereinigung müsse im Kontext der dauerhaften Verankerung des vereinigten Deutschland in der NATO und der sich weiter integrierenden Europäischen Gemeinschaft erfolgen. Dabei mussten die alliierten Rechte in Deutschland berücksichtigt werden.
3. Die Vereinigung musste schrittweise und friedlich erfolgen.
4. Die Unverletzlichkeit der Grenzen, wie sie in der Schlussakte der KSZE in Helsinki gefordert wurde, musste auch für ein vereinigtes Deutschland gelten. Konkret bedeutete dies die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnischer Grenze durch das vereinigte Deutschland.[9]

Für die USA galt im Übrigen die gleiche Verpflichtung wie für Frankreich und Großbritannien. Sie alle hatten sich im Deutschlandvertrag in der Fassung vom 23. Oktober 1954 in Artikel 7 verpflichtet, sich für die Wiedervereinigung einzusetzen, trotzdem stellte sich für die amerikanische Regierung die Frage, wie es gelingen konnte, den Einklang zwischen Washington, Paris, London und Bonn herzustellen. Am 2./3. Dezember aber wartete auf den amerikanischen Präsidenten nicht allein die Frage der westalliierten Abstimmung, sondern das erste persönliche Treffen mit Gorbačev, der zu diesem Zeitpunkt nicht allein den amerikanischen Bedingungen, sondern der Wiedervereinigung überhaupt ablehnend gegenüberstand.

Die Präsidentenberater Robert D. Blackwill, Condoleezza Rice, Philip Zelikow und Dennis Ross rieten dem Präsidenten für das Treffen auf dem Kreuzer „Maxim Gorki" vor Malta, weiterhin am Ziel der Wiedervereinigung festzuhalten, aber den Vorschlag einer Vier-Mächte-Konferenz zurückzuweisen. Bushs Eindruck von dem Treffen war fälschlicherweise, dass Gorbačev die Wiedervereinigung nicht grundsätzlich ablehne, aber Vorsicht beim Verfahren verlange. Deshalb legte der amerikanische Präsident anschließend den Bundeskanzler darauf fest, vernünftig und nicht zu schnell zu agieren, um Gorbačev nicht in Bedrängnis zu bringen. Der Zehn-Punkte-Plan dürfe nicht als Zeitplan verstanden werden. NATO-Mitgliedschaft und zunehmende europäische Integration mit dem vereinigten Deutschland als Mitglied seien unverzichtbare Voraussetzungen. Kohl stimmte Letzterem zu, wollte aber möglichst schnell freie Wahlen in der DDR und eine anschließende Konföderation beider deutscher Staaten als nächsten Schritt zur Wiedervereinigung.

Tatsächlich stellte sich aber schon bald heraus, dass Gorbačev keineswegs so weit gehen wollte. Er habe nichts gegen eine Demokratisierung der DDR, gehe aber von ihrer Fortexistenz und ihrem Verbleib im Warschauer Pakt aus, die Einheit könne als Endziel betrachtet werden. Während der nächsten Wochen verschärfte sich die Situation, während gleichzeitig innerdeutsche Verhandlungen über westliche Wirtschaftshilfe, freie Wahlen, Zeitplan und mögliche Formen der Vereinigung stattfanden. Beim Besuch Kohls in Dres-

[9] Ebd., S. 160; *Zelikow/Rice*, Sternstunden, S. 115; *Küsters/Hofmann*, Deutsche Einheit, S. 65.

den am 19. Dezember kam er nicht allein mit Ministerpräsident Modrow zusammen, um diese Fragen zu besprechen, sondern sprach auch zu Hunderttausenden. Der Ruf während der Demonstrationen, „Wir sind das Volk!“ wurde zu „Wir sind ein Volk!“. Die Dynamik der Bürgerrechtsbewegung in der DDR gewann zunehmend Einfluss auf die internationale Diplomatie und bestärkte Kohl in dem Ziel, die Weichen für die Wiedervereinigung unwiderruflich zu stellen. Dabei blieben die zögerlichen Reaktionen aus dem Westen, die prinzipielle Unterstützung Washingtons und die Ablehnung durch Moskau auszutarieren. Die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik, die für diese selbst, aber auch für Washington eine unverzichtbare Bedingung der Wiedervereinigung blieb, stellte bis zum Sommer 1990 das größte Hindernis dar. Es bedurfte langwieriger Verhandlungen von Seiten Washingtons und Bonns mit Moskau, um diese Bedingung durchzusetzen.

Im Januar 1990 versuchte Moskau erneut, Washington für eine Außenministerkonferenz der vier Mächte zu gewinnen und damit der Bundesregierung das Heft aus der Hand zu nehmen, die DDR implizit dadurch gleichzustellen und die Volksbewegung in der DDR zu neutralisieren. Kohl reagierte darauf ausgesprochen verärgert: „Wir brauchen keine vier Hebammen.“[10] Der Bundeskanzler wollte weder eine Vier-Mächte-Konferenz noch eine deutsch-deutsche Konferenz und schon gar keine große Konferenz zur Vorbereitung eines Friedensvertrages.

Tatsächlich hatte es nach 1945 keinen völkerrechtlich formalisierten Friedensvertrag mit dem besiegten nationalsozialistischen Deutschland gegeben, sondern nur eine Reihe einzelner Verträge wie das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Man hat auch mit Blick darauf vom Friedensschluss als „verlorener Kunst“ (Hans von Hentig) gesprochen. Eine solche Konferenz wäre für Deutschland in jeder Hinsicht unkalkulierbar gewesen, zumal sie mit Beteiligung von 56 Staaten hätte erfolgen müssen, mit denen das nationalsozialistische Deutschland bis 1945 Krieg geführt hatte. Insofern kam es für die Bundesregierung darauf an, die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, einen anderen Weg zu gehen. Dies waren die sogenannten „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ der beiden deutschen Staaten sowie der vier Mächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich.

Das Problem verschärfte sich durch ein Interview der britischen Premierministerin Margaret Thatcher im „Wallstreet-Journal“ am 26. Januar 1990, in dem diese heftige Kritik an Helmut Kohl äußerte. Sie rief zur Rücksicht auf Gorbačevs innenpolitische Schwierigkeiten auf, die den sowjetischen Generalsekretär der Gefahr aussetzen, gestürzt zu werden, wenn die deutsche Einheit zu schnell komme.

Doch war es nicht die völlig überzogene Politik Margaret Thatchers, die Einfluss gewann, sondern die Übereinkünfte zwischen Washington, Moskau und Bonn. Diese drei Regierungen legten in der zweiten Hälfte des Monats Januar 1990 den Fahrplan und die Verfahrensweise fest. Washington sah sich vor drei zentrale Herausforderungen gestellt:

1. Wie schnell sollte die Wiedervereinigung realisiert werden?
2. Wie sollten die außenpolitischen bzw. internationalen Aspekte der Wiedervereinigung geregelt werden?
3. Welche Bedingungen könnten die NATO-Partner akzeptieren?

Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen konnten doppelt begründet werden, zum einen durch das den Deutschen selbstverständlich zugestandene Selbstbestimmungsrecht so-

[10] *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 105.

wie die gemäß Deutschlandvertrag bzw. Potsdamer Konferenz von 1945 fortbestehende Verantwortung der Mächte für Deutschland als Ganzes bzw. Berlin. Damit waren die Verhandlungen weder auf die Deutschen noch auf die vier Mächte beschränkt. Die KSZE-Staaten mussten gemäß dieser Begründung ebenso wenig einbezogen werden wie alle kriegführenden Staaten des Zweiten Weltkriegs. Der KSZE, in der 35 Staaten zusammengeschlossen waren, wurde allerdings insofern Rechnung getragen, als zu den selbstverständlichen Bedingungen der Wiedervereinigung die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa gehörte. Davon waren konkret die Sowjetunion, vor allem aber Polen betroffen. Die Durchsetzung dieser Forderung war eine innenpolitische Angelegenheit des Bundeskanzlers, der dabei durchaus Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Er musste deshalb dieses Problem möglichst weit hinausschieben. Zum einen musste er bis zum Schluss gegenüber Polen diesen Trumpf ausspielen können, zum anderen konnte er mit einer greifbar nahen Wiedervereinigung, die nur noch durch die Grenzfrage behindert wurde, die innerdeutsche Opposition zum Einlenken bewegen. Zugleich aber musste Kohl die Verhandlungspartner überzeugen, dass die Anerkennung der bestehenden Grenzen in keiner Weise zweifelhaft sei.

Für Washington bestand vor allem das Problem, seine in völliger Übereinstimmung mit der Bundesregierung und den NATO-Partnern formulierte Bedingung der dauernden NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland nicht zum Bumerang werden zu lassen. Die Sowjetunion hätte andernfalls den Spieß umdrehen können. Sie hätte behaupten können, nicht sie, sondern die USA hätten die Wiedervereinigung durch die für die Sowjetunion unakzeptable Bedingung der NATO-Mitgliedschaft verhindert.[11]

Über das Prozedere, nicht das Ziel, bestanden noch Differenzen zwischen dem State Department und dem Stab des Präsidenten. Sie betrafen die Frage, welche Bedeutung der Sowjetunion im Prozess der Wiedervereinigung zukommen solle und welcher Zeitplan vorzusehen war. Die Präsidentenberater im Weißen Haus plädierten aus Rücksicht auf die Deutschen für eine schnelle Wiedervereinigung, sofern es um die inneren Probleme gehe, aber für eine gewisse Verzögerung der außenpolitischen Verhandlungen, um Zeit für die Verhandlungen mit der Sowjetunion zu gewinnen. Das State Department wollte der Sowjetunion demgegenüber eine stärkere Rolle einräumen, Ross und Zoellick fürchteten gar, andernfalls könne die Bundesrepublik den Versuch machen, ihrerseits allein mit der Sowjetunion zu verhandeln, wodurch die USA ihre Einwirkungsmöglichkeiten verlören. Dies war eine abwegige Befürchtung, hatten doch Kohl und Genscher – mit der einen Ausnahme des Zehn-Punkte-Plans – immer auf eine sehr enge Abstimmung nicht allein mit den USA, sondern seit Anfang Januar 1990 erneut auch mit Frankreich und anderen Verbündeten Wert gelegt. Andererseits konnte die Bundesregierung nicht davon absehen, dass die Ausreisewelle und die Fluchtbewegung aus der DDR enorm anschwoll und sich noch immer verstärkte. Allein im Jahre 1989 hatten fast 350 000 Personen die DDR verlassen – bei 16 Millionen Einwohnern eine beträchtliche Zahl.

Die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 brachten einen Sieg der durch die CDU geführten „Allianz für Deutschland“. Sie bildete eine große Koalition unter Führung des CDU-Politikers Lothar de Maizière, in der auch die SPD vertreten war. Nachdem sich die Mächte auf das Verfahren geeinigt hatten, begannen im

[11] Vgl. *Zelikow/Rice*, Sternstunden, S. 165ff.; *Küsters/Hofmann*, Deutsche Einheit, S. 84ff.

Mai 1990 die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen der Außenminister, die bis Juli 1990 abgeschlossen wurden. Die Vereinbarungen dienten als Ersatz für einen Friedensvertrag und sahen die endgültige Anerkennung der bestehenden Grenzen durch Beschlüsse des Deutschen Bundestages und der nun demokratisch gewählten Volkskammer der DDR vor.

Der entscheidende Durchbruch in der Frage der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland gelang in zwei Schritten, beim Besuch Michail Gorbačevs in Washington vom 30. Mai bis 3. Juni 1990 sowie beim Besuch Helmut Kohls in Moskau bzw. dem Ferienort Gorbačevs am 15. und 17. Juli 1990. Die Stärke der Bundeswehr wurde auf 370 000 Mann festgelegt.

Auch bei der Vorbereitung der beiden wichtigsten Treffen haben sich Bush und Kohl jeweils in Telefongesprächen eng abgestimmt. So sagte der Bundeskanzler dem amerikanischen Präsidenten am 30. Mai, beide Staaten müssten gegenüber Gorbačev in Bezug auf eine bedingungslose NATO-Mitgliedschaft Deutschlands unbedingt hart bleiben.[12] Am 3. Juni erklärte der Präsident in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Gorbačev, der beiderseitige Verhandlungen über die Formulierung vorausgegangen waren: Ein „vereinigtes Deutschland solle Vollmitglied der NATO sein". Auch wenn Gorbačev diese Ansicht nicht teile, seien beide „in voller Übereinstimmung, dass die Frage der Bündniszugehörigkeit gemäß der Schlussakte von Helsinki eine Angelegenheit ist, die von den Deutschen entschieden werden müsse".[13]

Die Frage, ob das Treffen vom 4. Juni in Camp David bereits die Akzeptanz Gorbačevs für die NATO-Mitgliedschaft gebracht hat, ist in der Forschung umstritten. Eindeutig ist indessen die Formulierung von George Bush im Fernschreiben an Helmut Kohl am 4. Juni 1990:

> „In dem Maße, wie wir den sowjetischen Sicherheitsinteressen außerhalb der 2 + 4 -Gespräche Rechnung tragen können, werden unsere Chancen steigen, dass wir Gorbačev dazu bewegen können, ein vereinigtes Deutschland als volles Mitglied der NATO zu akzeptieren."[14]

Die Hinweise von Bush bezogen sich auf den NATO-Gipfel und die bilateralen Beziehungen mit der Sowjetunion. Tatsache ist also, dass Gorbačevs Zustimmung zu Bushs Formulierung auf der erwähnten Pressekonferenz ein wesentlicher Fortschritt, noch nicht aber der endgültige Durchbruch war. Dieser kam erst am letzten Tag von Helmut Kohls Besuch bei Gorbačev, der genau an dem Punkt anknüpfte, den Bush bezeichnet hatte. In seinem Gespräch mit Gorbačev am 15. Juli erklärte Kohl, man müsse Einigung in drei Punkten erzielen:

1. Die Abwicklung des Truppenabzugs der sowjetischen Armee aus dem Territorium der DDR,
2. die Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland in der NATO,
3. die künftige Obergrenze der Bundeswehr, also die Zahl der Soldaten.[15]

12 *Küsters/Hofmann*, Deutsche Einheit, S. 1161.

13 Ebd., S. 1178; Public Papers of the Presidents of the United States, *George H. W. Bush*, 1989, Book 1, January 20 to June 30, Washington 1989, S. 756; *Baker*, Drei Jahre, S. 226; *Michail Gorbatschow*, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 723.

14 *Küsters/Hofmann*, Deutsche Einheit, S. 1178f.

15 Vgl. ebd., S. 1343.

Gorbačev versuchte nach einigem Hin und Her schließlich das Ziel zu erreichen, das damalige Territorium der DDR von der NATO-Präsenz auszunehmen. Kohl konterte mit der Frage, ob das vereinigte Deutschland nicht die volle Souveränität erhalten solle. Auch am folgenden Tag spielte dieses Thema eine zentrale Rolle, bis es zur Feststellung Gorbačevs kam, „Deutschland erhalte die volle Souveränität. Der vereinigte deutsche Souverän müsse über die Bündniszugehörigkeit entscheiden."[16] Bei der Mitteilung an Bush erklärte der Bundeskanzler am 17. Juli in einem Telefongespräch, er habe mit der von Gorbačev schließlich akzeptierten Formulierung an die Formel von Camp David angeknüpft.[17] Eine Stationierung von NATO-Truppen auf dem damaligen Territorium der DDR solle aber erst drei bis vier Jahre nach dem Abzug der sowjetischen Truppen erfolgen. Das Gesprächsergebnis fasste der Bundeskanzler am gleichen Tag in einem Schreiben an Staatspräsident Mitterrand zusammen.[18] Die britische Premierministerin sandte ebenfalls am 17. Juli 1990 ein Schreiben:

„Dear Helmut, I send you my warmest congratulations on the success of your visit to the Soviet Union, Securing President Gorbachev's agreement to a united Germany in NATO is a mighty step forward in the interests of Europe and the West as a whole... Warm regards yours ever Margaret."[19]

Tatsächlich war es Kohl auch gelungen – unter anderem durch finanzielle Hilfen – den Abzug der sowjetischen Truppen zu erreichen, die zu diesem Zeitpunkt mit Zivilpersonal und Angehörigen noch etwa 400 000 Personen zählten (darunter 300 000 Soldaten). Die Wiedervereinigung erfolgte rechtlich durch den Beitritt der wiedergegründeten fünf Länder der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 GG. Mit der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Bundestag wurde der Wiedervereinigungsprozess am 3. Oktober 1990 formell abgeschlossen, der Kalte Krieg beendet und eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen eröffnet.

[16] Vgl. ebd., S. 1366.
[17] Vgl. ebd., S. 1372.
[18] Vgl. ebd., S. 1374ff.
[19] Vgl. ebd., S. 1377.

Igor' F. Maksimyčev

Der Zusammenbruch der DDR

Blick aus dem Fenster der sowjetischen Botschaft Unter den Linden

Von 9. Mai 1987 bis 3. Oktober 1990, als mit der DDR auch die diplomatischen Vertretungen in der DDR verschwanden, war ich als Gesandter im Range eines Botschaftsrates (Stellvertreter des Botschafters) an der Botschaft der UdSSR in der DDR tätig. Als zweiter Mann in der Botschaft hatte ich an zahlreichen internen Besprechungen und Diskussionen teilzunehmen, an Verhandlungen und Gesprächen mit führenden Vertretern der DDR und Westberlins (die Zuständigkeit für die Beziehungen mit Westberlin lag bei mir) sowie mit den Chefdiplomaten zahlreicher Länder, einschließlich der drei Mächte, die gemeinsam mit der UdSSR die Verantwortung für Berlin und Deutschland insgesamt trugen. Aus dieser Zeit sind eine Vielzahl von Tagebuchnotizen erhalten, die die wesentlichen Etappen der Entwicklung der Situation und die Windungen der offiziellen Politik der UdSSR im Verhältnis zu unserem Verbündeten DDR sowie die aus verschiedenen Quellen bei uns eingehenden Informationen, die aus Moskau kommenden Weisungen, die Meinungen zahlreicher Gesprächspartner usw. widerspiegeln.

I. „Meines Herzens tiefstes Leid…“[1]

Die Aufzeichnungen, die ich bei der Ausübung meiner Dienstpflichten auch in den dramatischsten Monaten der Vorbereitung der Eingliederung der DDR in die BRD machte, folgten keinem bestimmten Schema. Es hing viel davon ab, ob es jeweils möglich war, während einer Veranstaltung Notizen zu machen oder ob ich direkt nach einem Gespräch fünf bis zehn freie Minuten hatte, um das Gehörte oder Gesehene in meinem Notizbuch festzuhalten. Ich machte mir dabei keine Minute lang Gedanken darüber, dass diese Aufzeichnungen irgendwann einmal von historischem Interesse und dabei behilflich sein könnten, das wahre Bild der Ereignisse zu zeichnen – vor allem, was den Kurs Moskaus betrifft in der Krise, die sich in der DDR abspielte und den Gang der Weltgeschichte jäh veränderte. Die Aufzeichnungen machte ich in der Regel in aller Eile und in Schnellschrift, mitunter sind deutliche Schreibfehler festzustellen; das Ziel war lediglich, die genauen Formulierungen eines Gesprächspartners oder Redners nicht zu vergessen; denn später wollte man sich ja darauf stützen, wenn man die Informationen für Moskau vorbereitete oder andere wichtige Dokumente erstellte.

[1] *Aleksandr S. Puškin*, „Eugen Onegin“.

Von Interesse sind im Wesentlichen die Notizen in dem Tagebuch, das ich bei den sogenannten Besprechungen des diplomatischen Personals beim Botschafter führte, die täglich um 9.00 Uhr morgens stattfanden; die Anwesenheit der Leiter der Handelsvertretung und einiger anderer sowjetischer Vertretungen in der DDR war dabei obligatorisch. Es gab auch geschlossene Besprechungen des ranghöheren diplomatischen Personals im kleinen Kreis; auf einigen davon sowie auf den Parteiversammlungen des diplomatischen Personals machte ich mir ebenfalls Notizen. Botschafter Vjačeslav Kočemasov sah den Hauptzweck der täglichen, mitunter mehrstündigen „Spinnstunden" darin, allen Mitarbeitern für Gespräche mit Ausländern obligatorische Vorgaben zu machen (die Besprechungen begannen mit einem kurzen Vortrag über den Inhalt der wichtigsten eben erschienenen Zeitungen der DDR und Westberlins, aber dies war eher eine Formalität, denn eine Diskussion der Vorträge fand nicht statt). Diesem Ansatz wohnte eine eigene Logik inne – die Atmosphäre der Perestroika führte dazu, dass die Einschätzungen und Meinungen, die Vertreter unserer zentralen Organisationen öffentlich kundtaten, divergierten. Einige dieser Aussagen berührten vitale Interessen der DDR und lösten mitunter bei den Offiziellen der Republik heftige Reaktionen aus. Eine Reihe von Berliner Führungspersönlichkeiten verhehlte nicht, dass sie die Perestroika als ein höchst gefährliches Experiment betrachteten, dessen destabilisierende Wirkung auch auf Ostdeutschland überzugreifen drohte. In dieser angespannten Situation hätte jedes „unpassende" Wort absolut unerwünschte Folgen haben können.

Dank seiner Verbindungen nach ganz oben (Kočemasov war schon unter Stalin Sekretär des ZK des sowjetischen Komsomol-Verbandes und danach fast zwei Jahrzehnte lang stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der RSFSR gewesen) und der direkten Telefonleitung nach Moskau waren dem Botschafter die Stimmungen Michail Gorbačevs und anderer Führungspersönlichkeiten aus dem ZK der KPdSU, von Eduard Ševardnadze und den Spitzenbeamten des Außenministeriums sowie deren Ansichten zu allen wesentlichen Aspekten der internen und externen Situation bekannt. Wichtig ist auch, dass Kočemasov Erich Honecker bereits aus der Komsomol-Zeit gut kannte. Als Botschafter stand er in ständigem Kontakt mit dem Generalsekretär der SED, traf ihn praktisch jede Woche zu ausführlichen Gesprächen und telefonierte (mit Hilfe eines Dolmetschers) fast jeden Tag mit ihm. Diese Umstände sind es, die mir die Möglichkeit geben, mit hinreichender Glaubwürdigkeit zu rekonstruieren, wie sich die Situation in den Machtzentren der UdSSR und der DDR entwickelte, wie sich die Meinungen ganz oben von Tag zu Tag bildeten und welche Entscheidungen dort vorbereitet wurden.

Wie die Kontakte zur SED-Spitze, so waren auch die Verbindungen von der Botschaft zur Generalität der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) oder, wie sie ab Juli 1989 genannt wurde, der Westgruppe der Truppen, WGT (Auslöser für die Umbenennung war der dringende Wunsch Honeckers, den Begriff „Deutschland" aus der Bezeichnung der Gruppe zu entfernen: Deutschland, so erklärte man uns, existiere längst nicht mehr, und es werde nie wieder existieren), stets der geschützte Bereich von Kočemasov in seiner Eigenschaft als Mitglied des ZK der KPdSU. Mit dem Oberbefehlshaber der WGT, General Boris Snetkov (ZK-Kandidat), flog der Botschafter in dessen persönlichem Flugzeug zu den Plenartagungen des ZK der KPdSU, die zur Zeit Gorbačevs recht häufig stattfanden, nach Moskau. Und außerhalb der Plenartagungen sahen sie sich regelmäßig sowohl in Berlin als auch im Stab der Westgruppe in Wünsdorf bei Berlin. Da

nach dem internen Protokoll der Botschafter durch das ranghöhere Botschaftspersonal verabschiedet und begrüßt werden musste, kannten wir den Weg zum zentralen Flugplatz der Westgruppe in Sperenberg außerordentlich gut, studierten die Abläufe in der dortigen VIP-Lounge und lernten nach und nach die gesamte Spitze der WGT kennen. Natürlich wussten die leitenden Mitarbeiter der Botschaft über die Kontakte des Botschafters zu Snetkov Bescheid. Enge Beziehungen gab es zur Berliner Brigade, die in der Hauptstadt der DDR stationiert war: Ihre Angehörigen bewachten das Botschaftsgebäude inoffiziell. (Der Haupteingang der Botschaft Unter den Linden wurde von Soldaten des Wachregiments „Feliks Dzierzynski" des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gesichert, die übrigens gewöhnliche Polizeiuniformen trugen, der Diensteingang in der Behrenstraße wurde von unseren Soldaten kontrolliert.) Die Stimmung in der WGT bereitete uns keine besonderen Sorgen, was man von den DDR-Offiziellen nicht behaupten kann: Die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Offiziere warben nach Meinung der DDR-Leute mitunter „mit übertriebenem Eifer" für die sowjetische Perestroika. Daher gingen bei uns in der Botschaft ziemlich oft Klagen über die „leidenschaftlichen" Auftritte von WGT-Offizieren ein. Wir bemühten uns, aufkommende Irritationen zu entschärfen, aber manchmal leiteten wir die Klagen der DDR auch „zuständigkeitshalber" an die politische Verwaltung der Gruppe weiter.

II. Vorboten des Sturms

Die Situation in der DDR machte uns Sorgen. Davon, wie misslich die Lage dort war, konnte ich mich auf höchst anschauliche Weise weniger als einen Monat nach meiner Ankunft in Berlin überzeugen. An Pfingsten, das 1987 auf den 6., 7. und 8. Juni fiel, fand vor dem Reichstag, der sich 500 Meter von der Botschaft entfernt auf Westberliner Gebiet befand, ein dreitägiges (genauer gesagt „dreiabendliches") Open-Air-Konzert führender Rockgruppen aus Westeuropa und den USA statt. Die Organisatoren des Konzerts, geleitet von Mitgefühl für die Ostberliner Bevölkerung, wie sie später versicherten, bauten einen sehr beträchtlichen und leistungsfähigen Teil der Verstärker direkt vor dem Brandenburger Tor auf und richteten sie nach Osten aus. Der Erfolg war derart überwältigend, dass wir uns in der Botschaft aufgrund der dröhnenden Musik, die in allen Räumen zu hören war, nur verständigen konnten, indem wir aus Leibeskräften brüllten oder einander Zettel zuschoben.

Unter den Ostberlinern verbreitete sich die Nachricht, dass man ein Rockkonzert der Spitzenklasse sozusagen unmittelbar „live" miterleben könne, ziemlich langsam, obwohl der Westberliner Rundfunk sich beeilt hatte, rechtzeitig darüber zu berichten. Am ersten Abend – einem Freitagabend – versammelten sich an den Absperrungen vor dem Brandenburger Tor (der gesamte Bereich des Tors war Grenzgebiet und durfte von niemandem betreten werden) nur kleine Grüppchen von Jugendlichen, die leicht von den Grenzposten überredet werden konnten, sich von der Grenze zu entfernen. Und auch am folgenden Abend gab es keine besonders großen Ansammlungen von Jugendlichen. Doch die Volkspolizei begann bereits, die Leute auseinanderzutreiben. Die Aktionen der Polizei verursachten keine große Aufregung und verliefen reibungslos. Wesentliche Unannehmlichkeiten gab es erst am dritten Abend.

Am Sonntag, dem 8. Juni, war offenbar die Entscheidung getroffen worden, überhaupt keine Konzertbegeisterten bis zum Brandenburger Tor vorzulassen. Gegen Abend sperrte die Polizei die Straße Unter den Linden und die Parallelstraßen genau auf der Höhe der Botschaft, fast unter den Fenstern meines Büros, ab. Hinter der Absperrung versammelte sich eine unüberschaubare Menschenmenge. So gegen 21.00 Uhr begannen Rangeleien, Polizeiknüppel kamen zum Einsatz, Menschen wurden in schlecht beleuchtete Seitensträßchen abgeführt oder, genauer gesagt, weggeschleppt. Die Menge, die die Straße Unter den Linden bis zum Überlaufen füllte, skandierte ununterbrochen „Mauer muss weg!" und „Gorbi, Gorbi!" (so wurde Gorbačev damals von den Deutschen salopp genannt). Der Eindruck war überwältigend. Das war ein schlagendes Beispiel dafür, wie im Unverstand eingesetzte Gewalt einen beliebigen, auch noch so geringfügigen Anlass zum Zünder für politischen Protest machen kann. Menschen, die gekommen waren, um ein kostenloses Konzert zu hören, mit Knüppeln auseinanderzutreiben, war der Gipfel der Unvernunft. Die Ereignisse einer westlichen „Provokation" anzulasten, war völlig unmöglich: In der Menge waren keine westlichen Journalisten zu bemerken, und der Zwischenfall ereignete sich praktisch, ohne dass die Westberliner Presse darauf aufmerksam geworden wäre. Die Staatsgewalt brachte das Fass ohne jede Not zum Überlaufen. Nach dem Pfingstfest 1987 konnte ich beim besten Willen die Realität in der DDR nicht mehr als normal begreifen.

Die Forderungen der Menschen Unter den Linden, die die tief verwurzelte Stimmung in der Gesellschaft widerspiegelten, waren ziemlich radikal, aber noch nicht revolutionär. Ohne jeden Zweifel war eine sofortige und durchgreifende Liberalisierung des deutsch-deutschen Grenzverkehrs notwendig – in Zeiten der Entspannung konnte man kaum ernsthaft damit rechnen, Abläufe, die vom Kalten Krieg diktiert worden waren, auf lange Sicht beibehalten zu können. Die aufdringliche Bevormundung durch den SED-Apparat in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens musste demonstrativ abgeschwächt werden, das heißt, die Partei musste wenigstens nach sozialistischem Verständnis demokratisiert werden – dafür wäre es ausreichend gewesen, das in der DDR formal weiter bestehende Mehrparteiensystem wiederzubeleben. Es drängte sich förmlich auf, die unermesslichen Kompetenzen des Sicherheitsdienstes zu beschränken, die in der DDR alle vernünftigen Grenzen überstiegen. Es wäre vorteilhafter gewesen, einen Teil aufzugeben, als zu warten, bis das ganze Gebäude zusammenbrechen würde. Gleichzeitig war es völlig klar, dass ein erster Schritt in Richtung Modernisierung des gesellschaftlichen Lebens der Republik unweigerlich die nationale Frage der Deutschen, von der die SED selbstherrlich erklärt hatte, sie sei ein für alle Mal im Sinne der Koexistenz zweier deutscher Staaten gelöst, wieder in das politische Blickfeld rücken würde.

III. Das nationale Selbstbewusstsein der Deutschen

In dem vor Kurzem veröffentlichten, außerordentlich bezeichnenden Gespräch der sowjetischen Spitze mit der SED-Führung vom 31. Januar 1947 findet sich die von Stalin geäußerte Ansicht, dass, wenn Deutschland zerstückelt werde (er nannte die Zerstückelung „Föderalismus"), dies „später zu Revanche und Krieg führen, und die Losung von der Einheit Deutschlands aus unseren Händen in die Hände der Bourgeoisie übergehen" werde.

„Das ist nicht gut für uns“, fuhr er fort, „diese Losung dürfen wir uns nicht aus der Hand nehmen lassen.“[2] In der gesamten Nachkriegszeit ging die sowjetische Deutschlandpolitik davon aus, dass die Losung von der deutschen Einheit im sowjetischen Arsenal verbleiben müsse. Daher auch das ständige Beharren Moskaus auf der Notwendigkeit, ein einheitliches Deutschland wiederherzustellen. Der Standpunkt Stalins änderte sich auch nicht, als 1949 die BRD und danach die DDR auf der politischen Karte Europas auftauchten, was die bekannte sowjetische Note an die drei Westmächte vom 10. März 1952 deutlich zeigt, in der erneut die Einheit Deutschlands unter der Bedingung, dass es sich keinem Militärbündnis anschlösse, angeboten wurde. Die UdSSR ließ sich sogar auf die westliche Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland ein. Nach Stalins Tod und besonders nach den Ereignissen des 17. Juni 1953, die die Verletzlichkeit des DDR-Regimes deutlich gemacht hatten, beschloss die SED mit der vollen Unterstützung der KPdSU, es sei besser, die gesamte Macht in einem Teil Deutschlands zu erhalten, als einen Machtverlust in einem geeinten Deutschland zu riskieren. Es wurde sogar der Text der Nationalhymne abgeschafft, in dem von „Deutschland, einig Vaterland“ die Rede war.

Die Kurzsichtigkeit dieser Position war mit bloßem Auge erkennbar. Eine Nation lässt sich nicht per Beschluss des Politbüros oder eines Parteitags auflösen. Natürlich waren das Thema der Nation und die damit zusammenhängenden Probleme in Deutschland außerordentlich stark durch die Verbrechen des Nationalsozialismus belastet und versanken auf lange Zeit sozusagen in einem lethargischen Schlaf. Aber dieser Schlaf konnte nicht ewig dauern – seit dem Ende des Krieges war fast ein halbes Jahrhundert vergangen. Bei all meiner Disziplin erachtete ich es doch als meine Pflicht, die der Macht nahestehenden DDR-Leute wenigstens andeutungsweise vor der Gefahr einer Unterschätzung der nationalen Problematik zu warnen. Das Thema kam ständig in meinen inoffiziellen Diskussionen mit Mitarbeitern der Auslandsabteilung des ZK der SED zur Sprache, wobei meine Gesprächspartner immer wieder auf den Präzedenzfall der Note von 1952 als Beweis dafür hinwiesen, dass Moskau die DDR und die Menschen, die ihr Schicksal mit ihr verbunden hatten, eines schönen Augenblicks im Stich lassen könnte. Die Unsicherheit der Partei- und Staatsfunktionäre der DDR in Bezug auf die Zuverlässigkeit der sowjetischen Unterstützung war übrigens einer der Faktoren, die die notwendige Modernisierung des Regimes bremsten.

Während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands am 24. Mai 1988 versuchte ich, deren Vorsitzenden Professor Heinrich Homann in einem persönlichen, privaten Gespräch darauf hinzuweisen, wie wichtig es für die DDR wäre, sich rechtzeitig im Lichte der Interessen der Republik mit dem nationalen Thema zu beschäftigen. Mit der Überwindung der Konfrontation in Europa, so sagte ich ihm, stelle sich die Frage nach der Notwendigkeit der Existenz der DDR neu, denn die frühere Begründung der deutschen Zweistaatlichkeit – die sozialistische DDR, Bollwerk des Friedens, als Gegengewicht zur BRD innerhalb der NATO, einem Quell der Kriegsgefahr – verliere ihre Gültigkeit. Für eine Partei, die das Wort „national“ in ihrem Namen trage, sei es doch durchaus angebracht, sich diesem Problem zuzuwenden. Homann tat, als verstehe er nicht, was ich meinte – so fern lag ihm der

[2] SSSR i germanskij vopros 1941–1949, Bd. 3: 6 oktjabrja 1946 g. – 15 ijunja 1948 g., Moskva 2003, S. 260.

Gedanke, jemand oder etwas könnte die Unerschütterlichkeit der DDR in Frage stellen. Die DDR-Spitzen hatten den Kontakt zur Realität offensichtlich verloren.

Jedenfalls wurden die Pfingstereignisse von 1987 nicht zum Anlass für den sofortigen Beginn einer Perestroika nach DDR-Manier genommen. Es war keinerlei Bewegung in die richtige Richtung festzustellen. Nach der alten Armeeregel „Pfeif drauf und vergiss es" versuchten die DDR-Behörden und Moskau, das Unter den Linden geschehene Malheur möglichst schnell vergessen zu machen. Und das gelang ihnen hervorragend. Die Leipziger Montagsdemonstrationen zwei Jahre später wurden als etwas völlig Neues wahrgenommen. Tatsächlich aber hatte die Warnglocke bereits 1987 geläutet, noch dazu in der Hauptstadt, unter den Augen der Behörden; man hatte es einfach geschickt verstanden, sie zu ignorieren.

Die besonderen Gefahren der Situation in der DDR haben nie im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Menschen in Moskau gestanden, die die Verantwortung für die zweitstärkste Supermacht der Gegenwart trugen. Dort ist die Tatsache, dass die Fortexistenz der Republik auf dem Spiel stand, nie wirklich erkannt worden. Während eine eventuelle Abmilderung des Regimes oder gar ein Wechsel der Gesellschaftsordnung Polen oder Rumänien nicht in ihrer Existenz als Staaten bedrohten, betrachtete man in der DDR bis zum letzten Moment die Konfrontation zwischen dem Kapitalismus in Westdeutschland und dem Sozialismus in Ostdeutschland als Grundlage für die Existenz der Republik. Ein derartiger Ansatz machte sie außerordentlich verwundbar, sowohl hinsichtlich der Stimmung der Massen als auch in der Frage der Stabilität der politischen Elite, die miterlebte, wie Moskau und das gesamte sozialistische Lager sich von der Konfrontation als Existenzform der Nachkriegswelt und Methode zur Lösung ihrer Konflikte verabschiedeten.

Die Weigerung der Führer der sowjetischen Perestroika, der Realität in der DDR ins Gesicht zu sehen, wurde von realen Bedrohungen für die sowjetischen Interessen in Europa und in der Welt begleitet. Ohne Übertreibung kann man sagen, dass die DDR der Eckstein des Bündnissystems auf dem europäischen Kontinent war, das die UdSSR mit einem ungeheuren Aufwand an Material und Menschen aufgebaut hatte. Die Anwesenheit von fast einer halben Million Angehörigen der Stoßtruppe WGT auf dem Hoheitsgebiet der Republik rechtfertigte die Stationierung unserer Soldaten in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, wo sie die Kommunikationslinien zwischen der WGT und dem Hoheitsgebiet der UdSSR sichern sollten. Ein Herausfallen der DDR aus dem sowjetischen Verteidigungssystem Richtung Westen hätte offensichtlich die Auflösung des gesamten Systems bedeutet, denn der zentrale Abschnitt der Trennlinie zwischen dem Osten und dem Westen des Kontinents wäre in diesem Fall entblößt worden. Niemandem in der UdSSR kam es in den Sinn, dass ein sowjetischer „Verzicht" auf die DDR ohne Krieg und militärische Niederlage der Sowjetunion möglich sein könnte.

Selbst wenn man annimmt, dass bereits 1989 die Bedingungen für die Auflösung der Militärblöcke in Europa und die Verschmelzung aller europäischen Nationen zu einer einzigen glücklichen kontinentalen Familie, in der es keine Furcht um die eigene Sicherheit gibt und jeder nur darüber nachdenkt, wie man sich gegenseitig helfen kann, gegeben waren, bestand doch das vitale Interesse der UdSSR darin, bei dem beginnenden Aufbau dessen, was bereits Leonid Brežnev das „gemeinsame europäische Haus" genannt hatte, die Gegenseitigkeit sicherzustellen. Das heißt, insbesondere sicherzustellen, dass der schrittweisen Abrüstung des Ostens eine entsprechende Abrüstung des Westens ge-

genüberstand, dass die Schwächung des einen Blocks nicht zur Stärkung des gegnerischen Blocks führte, dass die „Öffnung" des Ostens nicht von einer „Schließung" des Westens begleitet wurde usw. Dafür brauchte die sowjetische Politik einen gewissen Vorrat an Stabilität, zuverlässige Verbündete, Manövriermöglichkeiten, Ersatzpositionen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe hatte die DDR eine strategische Bedeutung für die UdSSR. Um so mehr, als die Solidarität der Republik auf internationaler Ebene nicht zu beanstanden war. Unsere Kollegen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR unterstützten die Initiativen Moskaus, die sie als eine gemeinsame Sache des gesamten sozialistischen Lagers betrachteten, diszipliniert und engagiert. Eine Ausnahme stellte der Kurs Ševardnadzes dar, der dem Westen im Rahmen des „dritten Korbs" der KSZE einseitige Zugeständnisse machen wollte. Die DDR stimmte nicht dagegen, um die Moskauer Politik nicht zu konterkarieren, kündigte jedoch „vertraulich" an, die Beschlüsse würden lediglich „im Rahmen des Vernünftigen" ausgeführt werden. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Handlungsweise der inneren Stabilität der Republik förderlich war, aber das ist schon eine andere Frage.

Daneben erfüllte die kleine DDR die Funktion des wichtigsten Wirtschaftspartners der Sowjetunion. Auf sie entfielen 10–15 % des sowjetischen Außenhandels, wobei wir aus der DDR häufig diejenigen Hightech-Produkte erhielten, deren Lieferung uns der Westen verweigerte.

IV. Es ging nicht nur um das Schicksal der DDR

Es sieht allerdings so aus, als habe trotzdem niemand in der obersten sowjetischen Führung den Gedanken von der Schlüsselstellung der DDR für die Positionen der UdSSR in Europa und in der Welt zu Ende denken wollen. Von der völligen Gleichgültigkeit Moskaus gegenüber den unterirdischen Erschütterungen in der DDR zur Verzweiflung gebracht, versuchte ich, bei passender Gelegenheit meinen westeuropäischen Kollegen die Augen für den Ernst der Lage zu öffnen, denn nicht nur die UdSSR war an der Stabilität in der Mitte des Kontinents interessiert. Bereits am 10. September 1987 machte ich, als Botschaftsrat Philippe Bossière von der französischen Botschaft in der DDR in einem Gespräch über die Ergebnisse des kurz zuvor zu Ende gegangenen Besuchs von Honecker in Bonn begann, Befürchtungen zu äußern, ob der Chef der DDR nicht allzu große Zugeständnisse gegenüber der BRD gemacht und so die Souveränität der Republik gefährdet habe, diesen darauf aufmerksam, dass die Selbstständigkeit des ostdeutschen Staats nicht allein von Moskau, sondern auch von der Intensität der Unterstützung Frankreichs und der anderen westeuropäischen Länder für den Staat abhänge. Um der völligen Klarheit willen sagte ich direkt: „Die DDR muss gerettet werden" *(„Il faut sauver la RDA"* – das Gespräch fand auf Französisch statt). Ich wurde nicht müde, dasselbe auch gegenüber den Gesandten der drei Mächte in Westberlin zu wiederholen, mit denen ich engen dienstlichen Kontakt hatte. Leider hatte Westeuropa kein Gespür für die Situation – oder verließ sich zu sehr auf die UdSSR. Der erste Staatsbesuch eines französischen Präsidenten in der DDR, der von symbolischer Bedeutung hätte sein können, fand erst im Dezember 1989 statt. Im selben Monat kam es zu einem Treffen zwischen dem US-Außenminister James Baker und Hans Modrow in Potsdam. Aber da war es bereits zu spät.

Im Honecker-Clan galt ich wegen meines eindeutigen Bekenntnisses zu den Gedanken der sowjetischen Perestroika und meiner Überzeugung, dass ein Wandel in der DDR notwendig sei, eher als jemand, der der DDR nicht wohlgesonnen war. Schon beim ersten Kennenlernen (das 1987 bei einem Empfang anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution in der Botschaft stattfand – die Politbüromitglieder kamen traditionsgemäß mit ihren Ehefrauen zu diesen Empfängen) stellte mir Margot Honecker, die im innenpolitischen Kampf des Landes eine wichtige Rolle spielte, ganz direkt die für mich damals verblüffende Frage, ob ich ein Freund der DDR sei. Anscheinend hieß für sie, „ein Freund der DDR" zu sein lediglich, „ein Freund der Familie Honecker" zu sein. Unterdessen verhehlte ich nicht meine persönliche Einschätzung, dass die DDR für die UdSSR von existentieller Bedeutung sei. Sie war jedenfalls beim Austausch von Reden während eines Freundschaftsessens mit den Delegierten der Berichtskonferenz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft des Bezirks Leipzig am 9. April 1988 klar erkennbar. Als Jochen Pommert, Sekretär der SED-Bezirksleitung, durchaus traditionskonform in seiner Ansprache erklärte: „Die DDR könnte nicht ohne die UdSSR existieren", betonte ich in aller Aufrichtigkeit in meiner Antwortrede: „Das trifft auch umgekehrt zu – die UdSSR könnte nicht ohne die DDR existieren." Vielleicht betrachteten die Teilnehmer des Essens meine Erklärung als Tribut an die Höflichkeit, aber es lag ihr die eiserne Logik des Kräfteverhältnisses in Europa zugrunde, die einige Jahre später durch die reale historische Entwicklung bestätigt wurde.

Ich war entschieden anderer Meinung als diejenigen unter unseren Politikern und Politologen der Perestroika-Zeit, die die Öffentlichkeit mit schlecht überlegten Erklärungen schockierten, um einer echten Entspannung auf dem Kontinent und des Baus des „gemeinsamen europäischen Hauses" willen müsse und solle auf die DDR „verzichtet" werden. Das in Berlin ankommende Echo dieser Diskussionen machte die führenden Schichten der DDR furchtbar nervös und stärkte so ihr Misstrauen gegenüber der Perestroika und der sich im Umbau befindlichen UdSSR noch mehr, als diese es verdienten. Gorbačev scheint sich nur einen kurzen Augenblick lang bewusst gemacht zu haben, welchen Schaden ein Zusammenbruch der DDR der UdSSR zufügen würde. Als der Generalsekretär des ZK der KPdSU am 7. Oktober 1989 aus Berlin abreiste, wo er an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR teilgenommen hatte, sagte er zu Kočemasov, der ihn verabschiedete: „Das sowjetische Volk wird es uns nicht verzeihen, wenn wir die DDR verlieren." Allerdings löste er bereits im Februar des folgenden Jahres eigenhändig einen Prozess aus, dessen Ergebnis nur der schnellstmögliche Beitritt der DDR zur Bundesrepublik sein konnte. Wobei dieser Prozess zu einem Zeitpunkt ausgelöst wurde, als die politischen Kräfte in der DDR, die buchstäblich in das gesellschaftliche Leben der Republik eingebrochen waren, für sich selbst die Frage, ob und in welchem zeitlichen Rahmen der zweite deutsche Staat weiterbestehen sollte, noch nicht beantwortet hatten.

Zwischen einer Rettung der DDR um jeden Preis (einer Aufgabe, die nach dem Fall der Berliner Mauer und der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze im November 1989 der Quadratur des Kreises zu ähneln begann) und der Überreichung der DDR an die BRD in einer Geschenkverpackung (genau das tat Gorbačev ja letzten Endes) lag eine Unmenge von Varianten, von denen die meisten als mehr oder weniger den nationalen Interessen der UdSSR entsprechend gelten konnten, die nicht an jähen und vor allem hastigen

Veränderungen der in Europa entstandenen Situation interessiert war. Bereits vor Beginn der akuten Phase der Krise in der DDR hatte Moskau aus Berlin Signale in diesem Sinne erhalten. In einem Gespräch mit dem Leiter der Presseabteilung des Außenministeriums der UdSSR, Gennadij Gerasimov, am 12. August 1988, bat Herbert Krolikowski, der Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, diesen ganz direkt darum, in der sowjetischen Führung zu klären, ob die Sowjetunion die DDR noch brauche. Unter Hinweis auf Veröffentlichungen in der sowjetischen Presse mit Appellen, das „deutsche Problem“ auf Kosten der DDR zu lösen, erklärte er:

„Wir bitten nur um eines – uns klar zu sagen, wie Ihre Absichten im Hinblick auf uns aussehen. Heute gibt es ein sozialistisches Deutschland. Die Frage ist, soll es erhalten werden, wie zum Beispiel Österreich, oder soll auf den Zeitpunkt gewartet werden, an dem man sich die DDR vom Halse schaffen kann. Es ist unser Staat, wir haben ihn aufgebaut, und wir lieben ihn. Unser westlicher Partner ist nicht der dümmste und nicht der schwächste. Man darf es ihm nicht leichter machen, sein Ziel, das nicht in einer Stärkung der DDR besteht, zu erreichen. Aber wenn Sie uns sagen, dass Sie uns nicht mehr brauchen, dass Sie den Frieden in Europa auch ohne uns sichern können, werden wir uns bemühen, einen Ausweg aus der neuen Situation zu finden. Wir werden die frühere Konzeption einer Konföderation in Deutschland wiederbeleben, mit Bonn entsprechende Verhandlungen aufnehmen und uns um möglichst gute Bedingungen für die hier lebenden Menschen bemühen. Sagen Sie uns offen, wie Ihr Ziel aussieht, und wir werden dementsprechend agieren. Wir dramatisieren nichts, wir haben nicht die Absicht, ein großes Klagegeheul anzustimmen. Aber es müssen Maßnahmen ergriffen werden, man muss an die nächste und die darauffolgenden Etappen denken.“[3]

Die Anfrage Krolikowskis wurde nach Moskau weitergeleitet. Es erfolgte keinerlei Reaktion. Das Problem war, dass selbst die Urheber der Perestroika keine Klarheit über ihre Ziele hatten. Und dazu, eine ebensolche Perestroika in der DDR zu beginnen, ohne zu wissen, wohin sie führen sollte, und ohne die Gewissheit zu haben, dass der Hauptverbündete einen bis zum Ende unterstützt, dazu konnte sich die DDR-Führung nicht entschließen.

Die Wirtschaftsfachleute aus der DDR und bei uns behaupteten, es gebe eine ziemlich einfache Möglichkeit, die Situation in der DDR zu stabilisieren, indem man die finanzielle Abhängigkeit von der BRD überwinde (die DDR hatte eine Menge Schulden gemacht, die sie nicht in der Lage war, zurückzuzahlen) und für die Zukunft eine auskömmliche Existenz für die Republik sicherstelle. Allerdings bedeutete dies eine zusätzliche bedeutende Belastung für den Haushalt der UdSSR, der auch so schon in allen Fugen knirschte. Das Rezept bestand darin, die Lieferungen sowjetischen Rohöls an die DDR auszuweiten. Die DDR bezog das Erdöl aus der UdSSR zu den Schleuderpreisen innerhalb des RGW und verarbeitete es dann zu Benzin mit hoher Oktanzahl, das sie zum Teil zu den hohen westeuropäischen Preisen an die BRD verkaufte. Die beachtliche Differenz landete im Staatssäckel der Republik. Die Erhöhung des Anteils des an die BRD verkauften Benzins hätte die Republik von ihren wirtschaftlichen Sorgen befreien können, ohne dass die andernfalls erforderliche Revision ihrer Sozialpolitik, die wahrscheinlich der wichtigste Vorzug der DDR im Wettstreit mit der BRD war, nötig wurde (offenbar war Honecker, der zu Recht als Wegbereiter dieser Politik galt, nicht umsonst so stolz auf sie, denn gerade die in der DDR verwirklichte soziale Gerechtigkeit ist es, woran

[3] Vgl. *I. F. Maksimyčev*, „Narod nam ne prostit…“ Poslednie mesjacy GDR. Dnevnik sovetnika-poslannika posol'stva SSSR v Berline, Moskva 2002, S. 13.

sich deren frühere Bürger heute mit Wehmut erinnern). Die Erdölraffinerie in Schwedt, die die DDR speziell für diese Zwecke errichtet hatte, hätte wesentlich größere Mengen sowjetischen Erdöls verarbeiten können als in den achtziger Jahren geliefert wurden, die UdSSR lehnte dies jedoch ab.

Neben den rein objektiven Gründen, die die miserable Lage der sowjetischen Wirtschaft widerspiegelten, gab es für diese Ablehnung auch psychologische Gründe – der Lebensstandard der DDR-Bürger war um ein Vielfaches höher als der in den anderen sozialistischen Ländern, ganz zu schweigen von der UdSSR. Diesen Abstand noch zu vergrößern, selbst im Namen recht verstandener strategischer Ziele, wäre sogar für die an alles gewöhnte Bevölkerung der UdSSR zuviel gewesen. Man sollte sich übrigens neben den nützlichen Überlegungen zu den Besonderheiten des „Sowjetreichs", das es fertig brachte, in den Bündnisstaaten und selbst in den nationalen Randgebieten des eigenen Landes auf Kosten der Verarmung der zentralen, ursprünglichen Gebiete des „Reichs" einen höheren Lebensstandard zu sichern, auch Gedanken darüber machen, warum die Bevölkerung der DDR sich erst über die Vorzüge des Schutzes ihrer sozialen Rechte klar wurde, als diese infolge des Beitritts zur BRD geschmälert wurden.

Ich muss zugeben, dass ich sogar nach dem Ausbruch der Krise noch Illusionen im Hinblick auf die Stabilität der Republik hegte. Ich war sicher, dass das enorme konstruktive Potential, das bei der Gründung der DDR durch die Vertreter der positiven Tradition der deutschen Geschichte eingebracht worden war, bei Weitem noch nicht erschöpft war. Wenn der Sozialismus – der echte Sozialismus, nicht seine „realsozialistische" Erscheinungsform – wirklich aufgebaut werden kann, so dachte ich (und nicht nur ich), so geschieht dies vor allem in der DDR mit ihrer mustergültig disziplinierten, in allem und jedem gewissenhaften Bevölkerung, mit ihrem überschaubaren und dadurch leichter kontrollierbaren Hoheitsgebiet, mit wesentlich stärkeren demokratischen Traditionen, als wir sie hatten, mit unserer Unterstützung und zugleich mit der beachtlichen Hilfe der BRD. Wenngleich ich wusste, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung der Republik davon träumte, in die reiche BRD überzusiedeln (andernfalls hätte es keiner Berliner Mauer und keiner Schüsse an der deutsch-deutschen Grenze bedurft), vertraute ich doch den Einschätzungen der Führung der Republik, nach denen wesentlich mehr als die Hälfte ihrer Bürger die eigenständige Existenz der DDR unterstützte und DDR-patriotische Gefühle empfand.

Allerdings war es dabei völlig klar, dass die Zukunft der DDR in entscheidendem Maße davon abhing, ob und wie schnell sie sich an die sich rasch verändernde Welt um sie herum würde anpassen können. In der Situation, in der sich die DDR befand, konnte sie sich nicht den Luxus leisten, die Notwendigkeit einer sofortigen Modernisierung ihrer inneren Ordnung sowie die Unausweichlichkeit einer eiligen Anpassung an die zwischenstaatlichen Beziehungen neuen Typs, wie sie sich in Europa nach Helsinki entwickelten, zu ignorieren. Mit anderen Worten, die DDR konnte sich keine Differenzen mit Moskau und Bonn zugleich leisten. Ich zählte darauf, dass es in der DDR, in der SED Kräfte gab, die eine Antwort auf die Herausforderungen der Zeit finden würden, die den Interessen der Bevölkerung der Republik sowie der UdSSR als deren Schutzherrin und Beschützerin gerecht würde und zugleich dem Bedürfnis der Völker des gesamten europäischen Kontinents nach Frieden und Stabilität nicht widerspräche. Diese Antwort würde sich

auf die eine oder andere Weise in den Rahmen der Lösung des nationalen Problems der Deutschen einfügen müssen.

V. Wenn das Fest von Dilettanten ausgerichtet wird

Entgegen der verbreiteten Meinung konnten die Informationen aus der Botschaft (und aus Berlin überhaupt) nichts an der Deutschlandpolitik der sowjetischen Führung ändern. Jeder besorgte Unterton in den Meldungen nach Moskau verursachte dort bestenfalls ein skeptisches Lächeln oder einfach nur Verärgerung und Vorwürfe, es werde „Panik gemacht". An der Spitze der Macht, im ZK der KPdSU (und dort wurde ja alles entschieden, nicht im Außenministerium, das Ševardnadze in einen unablässigen Reigen des Stühlerückens und großteils unnötiger innerer Reformen verwickelt hatte), wusste man ohnehin besser als alle anderen, was wichtig war und was zweitrangig. Die wichtigste Anforderung an die Informationen über die Situation in der DDR lautete: „Nichts dramatisieren!" Die Versuche, dem Zentrum den Ernst der Lage in der DDR vor Augen zu führen, die die Mitarbeiter der Botschaft von Zeit zu Zeit unternahmen, kamen nicht einmal über die erste Barriere in Gestalt des Botschafters hinaus, der hierzu präzise Weisungen aus dem ZK der KPdSU erhielt. Wir hörten ständig aus dem Munde Kočemasovs: „Keine Panikmache! Michail Sergeevič hat auch so schon Sorgen genug." Wenn man ihn dann sehr bedrängte, rief er Gorbačevs persönliche Referenten und Berater an und fragte, ob man die eine oder andere Information als Telegramm schicken solle (ganz oben werden nur die Telegramme aus den Botschaften zur Kenntnis genommen, und auch die nicht einmal alle). Das war entscheidend, denn Vermerke, Notizen, Ausarbeitungen, Berichte und politische Schreiben der Auslandsvertretungen lagerten sich in den Abteilungen des Außenministeriums der UdSSR ab, nicht nur, ohne beim Minister zu landen, sondern auch, ohne den Weg zu den stellvertretenden Ministern, häufig nicht einmal zu den Abteilungsleitern zu finden. Formal gab es einen kräftigen Informationsfluss aus Berlin, der Mitteilungen zu allen kritischen Momenten, die später zum Kollaps der Republik führten, enthielt. Nur änderten diese Informationen nichts und konnten auch nichts ändern.

Als ich im Juni 1989 wieder einmal in Moskau auf Urlaub war, wurde ich zur Belehrung ausführlich über eine kürzliche Rede Ševardnadzes vor dem Kollegium des Ministeriums informiert, in der er die Arbeit der Botschaften in den sozialistischen Ländern und der Unterabteilungen des Zentralapparats, die für diese zuständig waren, kritisiert hatte. Wie mir berichtet wurde, hatte sich der Minister äußerst resolut gezeigt. Seine Einschätzung war, die Situation in den sozialistischen Ländern sei noch nie so kompliziert gewesen wie aktuell. Unsere Arbeit mit diesen Ländern werde weiterhin auf primitivem Niveau durchgeführt – wenig neue Ideen, wenig Vorschläge hinsichtlich unserer weiteren Schritte in diesem Bereich. In Weiterentwicklung der Thesen des Ministers sprach sein für die sozialistischen Länder zuständiger Stellvertreter Ivan Aboimov von der Sorge, die die Situation in der sozialistischen Staatengemeinschaft, vor allem in Polen und Ungarn, bei der Führung hervorrufe. Er betonte besonders, dass in einer solchen Situation die Initiativlosigkeit der Botschaften nicht weiter geduldet werden könne, die nicht an langfristigen Entwicklungskonzepten für die Beziehungen mit den jeweiligen Ländern arbei-

teten und keine großen Dokumente vorbereiteten, die die Grundlage für Aktionen auf Regierungsebene bilden könnten.

Bei mir (und nicht nur bei mir) verfestigte sich der Eindruck, dass die oberste Führung im entscheidenden Augenblick, da die Perestroika endlich begann, zu Ergebnissen im Sinne einer grundlegenden Erneuerung der Realitäten innerhalb und außerhalb des Landes zu führen, die Orientierung völlig verloren hatte und in eine Sackgasse geraten war. Im Angesicht der extrem komplizierten Situation, die in dem für die UdSSR lebenswichtigen westlichen Vorfeld entstanden war, verlangte die Führung von den Botschaften, das heißt von den ausführenden Stellen, Tipps, was in dieser Situation, die sich infolge der von dieser Führung selbst ohne jede vorherige Beratung mit den Botschaften unternommenen Aktionen verschärfte, getan werden konnte und sollte. Die offizielle These von der Vorrangigkeit der Beziehungen der UdSSR zu den sozialistischen Ländern hing einfach in der Luft, ohne dass sie durch Aktionen oder auch nur durch betonte Aufmerksamkeit von Seiten der Führer der Perestroika untermauert worden wäre.

Jegliche nicht durch die innerparteilichen Ränke in Anspruch genommene Zeit widmeten Gorbačev oder Ševardnadze den Beziehungen zu den USA, und zwar nach einem in Washington erstellten Programm. Die sowjetischen Führer rechtfertigten sich ständig wegen früherer antiamerikanischer Fehltritte der UdSSR und machten einseitige Zugeständnisse, um ihre Umerziehung und Friedensliebe unter Beweis zu stellen. Aber immerhin gab es in diesem Bereich Fortschritte. Im Hinblick auf die sozialistische Staatengemeinschaft beschränkte sich alles auf Wehklagen auf höchster Ebene in dem Sinne, wie schön es wäre, wenn sich alle gegenseitig lieben würden, wenn in den sozialistischen Ländern nicht die Grundlagen der Staatsordnung erschüttert würden, wenn deren Bevölkerung nicht nach Westen schielen würde, wenn nicht die monolithische Einheit des sozialistischen Lagers von Tag zu Tag immer mehr ausgehöhlt würde... In den Wirren der Perestroika entband niemand die politische Führung des Landes von ihren Pflichten, neue politische Horizonte aufzuzeigen, die realen Prioritäten zu beschreiben und die obersten nationalen Interessen, entsprechend den geänderten Bedingungen in einer Situation der sich auf unsere eigene Initiative hin vollziehenden Umwälzung des gesamten Systems der internationalen Beziehungen, neu zu definieren. Auch die Aufgaben des Exekutivapparats waren unverändert: Er war verpflichtet, die Anweisungen der obersten Führung so effektiv wie möglich umzusetzen, rechtzeitig die auftauchenden Probleme zu signalisieren und Empfehlungen zu deren Lösung zu erarbeiten. Wenn allerdings die Absichten der politischen Führung unklar, die Prioritäten die falschen und die Signale ungehört blieben, so war nichts Gutes zu erwarten. Die Führer der Perestroika, die Anspruch auf den Titel „Geschichtsmacher“ erhoben, entpuppten sich als Zauberlehrlinge, die einen Sturm entfesselt hatten, dessen sie dann aber nicht mehr Herr zu werden vermochten.

Eines der zahlreichen Paradoxa der Situation im Juli 1989 bestand darin, dass man der Ansicht war, die Lage in der DDR sei günstiger als in vielen anderen sozialistischen Ländern. Der Exodus der Bevölkerung aus der Republik hatte freilich bereits begonnen: Am 2. Mai hatten die ungarischen Grenzschützer mit dem Abbau der Absperrungen an der Grenze zu Österreich begonnen, wodurch die Bedingungen für den illegalen Grenzübertritt von DDR-Bürgern, die in Ungarn, für das sie kein Visum benötigten, Urlaub machten, geschaffen wurden. Am 20. Juni hatten die ersten Flüchtlinge aus der DDR in der Botschaft der BRD in Budapest politisches Asyl erhalten. Allerdings hatte das Phäno-

men noch nicht das katastrophale, massenhafte Ausmaß erreicht, wie es nach der völligen Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze im September der Fall war. Die Botschaft unterrichtete die Zentrale natürlich über die neuen, besorgniserregenden Entwicklungen, war allerdings bemüht, dies nach dem bewährten Rezept „Nichts dramatisieren!“ zu tun. Zu diesem Zeitpunkt hatte übrigens weder in der DDR noch außerhalb irgendjemand erkannt, dass die Krise, die die Republik verschlingen sollte, bereits ins Rollen gekommen war.

Mein Urlaubstrost bestand darin, dass es keinen direkten Tadel für die Botschaft in Berlin gegeben hatte. Schließlich hatten wir ja „Initiativvorschläge“ gemacht – insbesondere war angeregt worden, es sei an der Zeit, auf die für Beziehungen zwischen befreundeten Staaten inakzeptablen Aktionen der Behörden der DDR zu reagieren, die zum Beispiel als Strafe für einen Artikel über die Stalin'schen Säuberungen, der in dem in der Republik beliebten deutschsprachigen Digest der sowjetischen Presse „Sputnik“ erschienen war, dessen Auslieferung an die Abonnenten untersagt hatten (was auf persönliche Anweisung Honeckers geschah) oder einen Großteil der Exemplare der Zeitschrift „Novoe Vremja“ wegen der darin enthaltenen, perestrojka-typischen Enthüllungsartikel beschlagnahmt hatten. Eine Antwort auf unsere Vorschläge gab es nicht. Mündlich wurde uns mitgeteilt, dass die Verwirklichung dieser Vorschläge nur zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR führen würde, was dem Wunsch der Führung der UdSSR, die Interna der sozialistischen Länder nicht anzurühren, im Grundsatz widerspräche. Wahrscheinlich war es nicht einmal schlecht, dass die von der Botschaft vorgeschlagenen Demarchen nicht unternommen wurden, denn irgendwelche Proteste unsererseits, selbst inoffizielle, hätten die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, die ohnehin in einer Reihe von Punkten weit vom Ideal entfernt waren, noch weiter aufgeheizt. Allerdings rief das Schweigen der sowjetischen offiziellen Stellen angesichts der allseits bekannten Aktionen, die von weiten Teilen der Bevölkerung der DDR als provokativ illoyal gegenüber der UdSSR betrachtet wurden, den Eindruck hervor, als sei Moskau alles, was in der DDR vorging, gleichgültig und als sei es mit jedem Ausgang des politischen Kampfes, der in der Republik offen entbrannt war, sich einstweilen aber mehr unter der Oberfläche abspielte, einverstanden.

Vor dem Hintergrund der in der BRD andauernden Diskussionen darüber, inwieweit die DDR souverän war, sei besonders darauf hingewiesen, dass die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, zumindest in der Zeit der sowjetischen Perestroika, so souverän waren, wie dies in unserer interdependenten Welt überhaupt möglich ist. In der UdSSR hatte sich die informelle, aber höchst effektive „Doktrin der Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staatengemeinschaft entwickelt. Gemeint war der Verzicht nicht nur auf Einflussnahme oder Druckausübung auf die Verbündeten, sondern sogar darauf, seine Meinung zum einen oder anderen Thema zu äußern, selbst wenn das Thema die Interessen aller anderen oder zumindest eines Teils der anderen Mitglieder der Gemeinschaft betraf, was ganz klar bedeutete, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Diese Doktrin wurde folgendermaßen begründet: (1) Jede regierende Schwesterpartei trägt die volle Verantwortung für die Geschicke ihres Landes, und niemand darf ihr seine Ratschläge aufdrängen, sonst fangen die anderen am Ende noch an, auch die die Perestroika durchführende UdSSR „zu beraten“, was nicht wünschenswert ist; (2) jede Empfehlung der UdSSR (KPdSU) würde dazu führen, dass wir

die Verantwortung für das Ergebnis der Umsetzung dieser Empfehlung übernehmen, wobei es aber im Falle eines Scheiterns keine Möglichkeit der sowjetischen Hilfeleistung mehr gibt; (3) der Erfolg der Perestroika in der UdSSR verlangt vor allem Ruhe in der sozialistischen Staatengemeinschaft, und solange die aktuellen Führer dieses oder jenes Bruderlandes die Stabilität bei sich gewährleisten, sollte man sie nicht mit Einflüsterungen wie „Das Bessere ist des Guten Feind" stören. All das klang scheinbar sogar logisch, führte aber im entscheidenden Zeitraum des Heranreifens der Krise, als man noch etwas hätte unternehmen können, um sie abzuwenden oder zumindest abzumildern, zur Tatenlosigkeit. Der Verzicht auf jede Art der Kritik am Polizeiregime des Nicolae Ceauşescu oder der Betonkopfkohorte des Erich Honecker verlängerte die ihnen von der Geschichte bewilligte Frist nicht um eine Minute, brachte aber die Reformer, die sich darum bemühten, die Spannungen rechtzeitig zu entschärfen und die Dinge nicht bis zum Äußersten zu treiben, um Unterstützung. Auch trug er nicht gerade zu einem Sympathiezuwachs uns gegenüber bei der Bevölkerung der realsozialistischen Länder bei.

VI. Es gab noch Chancen

Die einzigartige Möglichkeit, sich anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Republik direkt an die Bürger der DDR zu wenden, nutzte Gorbačev nicht optimal. In seiner Rede am 6. Oktober 1989 in Berlin zitierte er völlig unpassend das im Hinblick auf die politische Situation fragwürdige Gedicht Fedor Tjutčevs:

> „Zur Einheit – wie der Große prophezeite – wird man mit Eisen nur und Blut getrieben. [...] Doch wir versuchen es mit Liebe – Wer Recht hat, wird die Zukunft dann entscheiden."

Der Verweis auf die bekannte Formel Otto von Bismarcks, der Deutschland 1871 eben mit „Eisen und Blut" vereint hatte, hinterließ einen seltsamen Eindruck. Als fordere Gorbačev die Deutschen zu einer Wiederholung der Vereinigung ihrer Staaten auf, wenn auch dieses Mal ohne den Einsatz militärischer Mittel. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts standen allerdings die wirtschaftlichen und politischen Methoden der Einflussnahme den Zusammenstößen zwischen den Armeen früherer Zeiten in ihrer Effizienz in nichts nach. Wenn man der Abschlussbemerkung Gorbačevs, das sowjetische Volk würde seiner Führung den Verlust der DDR nicht verzeihen, Glauben schenkt, konnte auch ihm nicht an dieser Aussicht gelegen sein. War das Tjutčev-Zitat nur einer der üblichen Fauxpas in den Reden des obersten Anführers der Perestroika? Wer weiß? Das einzige, woran sich alle im Zusammenhang mit dem letzten Besuch Gorbačevs in der DDR erinnern, ist sein Ausspruch anlässlich eines außerplanmäßigen Gesprächs mit einer Journalistengruppe im Verlauf des 7. Oktober: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben." Diese wohl unstrittige Sentenz, die man als nicht sehr gelungene Paraphrase des treffenden volkstümlichen Diktums „Wer nicht kommt zur rechten Zeit, der muss seh'n, was übrig bleibt" betrachten kann, wurde in der BRD als Richtlinie, als Anweisung zu blitzartigem Handeln begriffen. Und Bonn machte sich in der Tat daran, das Eisen zu schmieden, solange es heiß war. Da alles einen guten Verlauf nahm, erinnern sich die Deutschen auch heute noch voller Begeisterung an diesen Gorbačev'schen Ausspruch.

Die gegen die Regierung gerichteten Demonstrationen in Berlin am Abend des 7. Oktober 1989, deren Anblick Gorbačev glücklich vermied, zeigten, dass die Krise begann, auf die Straße überzugreifen. Zur Ehre der Berliner Botschaft sei gesagt, dass ihre Mitarbeiter im Vorfeld einmütig vorhergesagt hatten, dass bei den Demonstranten bald nationale Losungen auftauchen würden, obwohl auf den Straßen immer noch der allgemeine demokratische Ruf „Wir sind das Volk!" vorherrschte. Die Teilnehmer an der Sitzung in der Botschaft am 16. Oktober (noch vor dem Rücktritt Honeckers, der zwei Tage später erfolgte) bezeichneten die Aufgabe, „die DDR als eigenständigen Staat zu erhalten", ganz offen als das Ziel, das die gegenwärtige Politik zu verfolgen habe. Sie betonten, dass die Wiedervereinigung durch die Abwanderung der Bevölkerung aus der DDR in die BRD bereits in vollem Gange sei, und dass man sich Gedanken darüber machen müsse, was das Ziel der UdSSR sei – ein neutrales geeintes Deutschland oder zwei neutrale deutsche Staaten. Ich denke, der Botschafter informierte die Berater Gorbačevs nach seiner Gewohnheit telefonisch. Andere Folgen hatte die praktisch einhellige Einschätzung der Situation durch die Experten der Botschaft nicht. In Moskau war man entschieden gegen jeden „Anschlag" auf den unabhängigen Status der DDR.

Die Leute, die Honecker und seine Kampfgenossen ablösten, konnten nicht umhin, das ungestüme Anwachsen der Vereinigungseuphorie bei den Massen zu bemerken. Es war ihnen klar, dass die Situation um jeden Preis unter Kontrolle gebracht werden musste. Man stand vor der Alternative: Entweder würde die DDR eine gemeinsame Sprache mit der nationalen Bewegung finden können oder die nationale Bewegung würde mit der DDR Schluss machen. Der Fall der Mauer und die Liberalisierung des Grenzregimes zwischen DDR und BRD am 9. November 1989 öffneten die Schleusen für die ungezügeltsten gesamtdeutschen Phantasien. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren enthielt die Regierungserklärung Hans Modrows vom 17. November ein mutiges Entwicklungsprogramm für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Im Hinblick auf eine „qualifiziert gute Nachbarschaft" und „kooperative Koexistenz" wurde die Aufgabe gestellt, die existierende „Verantwortungsgemeinschaft" von DDR und BRD zu einer „Vertragsgemeinschaft" zu erweitern, die weit über die bisher geschlossenen deutsch-deutschen Abkommen hinausgehen sollte. Die „Vertragsgemeinschaft" tauchte in der Erklärung Modrows im Grunde nur auf, weil man Moskau nicht mit dem Begriff der „Konföderation" reizen wollte – auch so schon gab das ZK der KPdSU sofort klar zu verstehen, dass man mit der „Eigenmächtigkeit" Modrows bezüglich der Beziehungen DDR–BRD sehr unzufrieden sei.

Den restlichen November, den ganzen Dezember 1989 und fast den ganzen Januar 1990 verwandte Modrow darauf, die sowjetische Führung davon zu überzeugen, dass entweder die neue Führung der DDR es verstehen müsse, sich an die Spitze der nationalen Bewegung in der Republik zu setzen und sie in einen gewissen Rahmen zu bringen, oder die nationale Bewegung alles hinwegfegen würde, was sich ihr in den Weg stellte. Die Botschaft teilte die Ansicht Modrows. Aber da Gorbačev hartnäckig „nein" sagte, verstrich wertvolle Zeit, und die nationale Bewegung der DDR füllte immer sichtbarer die in Bonn gegossenen Formen aus, zumal der Gedanke eines Beitritts zur BRD von Anfang an viele durch seine scheinbare Einfachheit bestochen hatte. Erst am 26. Januar 1990 änderte Gorbačev seine Haltung und nahm eine diametral entgegengesetzte Position ein. (Übrigens fand die schicksalsträchtige Sitzung bei Gorbačev, auf der diese Entscheidung

getroffen wurde, ohne Beteiligung der Deutschlandspezialisten aus dem Außenministerium der UdSSR und sogar ohne Hinzuziehung des Botschafters in Berlin statt.)

In den Memoiren Anatolij Černjaevs, des Beraters und wichtigsten außenpolitischen Ratgebers Gorbačevs, heißt es, er, Černjaev, habe auf der besagten Sitzung darauf bestanden, sich in der Deutschlandpolitik „deutlich auf die BRD hin zu orientieren", und zwar nicht auf die Sozialdemokraten, sondern auf Kohl, denn Kohl wolle seiner Meinung nach die Vereinigung Deutschlands „im Rahmen des europäischen Prozesses" realisieren, sei Gorbačev persönlich verbunden und „ein Mann von Wort". Von Ševardnadze unterstützt, verlangte Černjaev, die bereits vereinbarte Einladung für Modrow nach Moskau zurückzuziehen und das Gespräch Gorbačevs mit Gregor Gysi, dem neuen Vorsitzenden der SED-PDS, abzusagen. Diesem „Frontwechsel" widersprachen nur Valentin Falin und sein Stellvertreter Rafael' Fedorov, die eben erst die DDR besucht hatten und die Situation nicht nur vom Hörensagen kannten. Gorbačevs Entscheidung war vorläufiger Natur, ging aber deutlich in Richtung der Auffassung von Černjaev. Die wichtigsten Punkte der Entscheidung waren folgende: (1) Moskau war mit der Bildung der „Sechsergruppe", das heißt eines Gremiums aus Vertretern der vier Mächte und der beiden deutschen Staaten, zur „Regelung des deutschen Problems" einverstanden (die Ziele wurden nicht präzisiert; offenbar war von Anfang an die Gestaltung des Beitritts der DDR zur BRD und nicht eine gleichberechtigte Vereinigung der beiden Staaten ins Auge gefasst); (2) die UdSSR beabsichtigte, sich auf Kohl hin zu orientieren, ohne dabei die SPD zu ignorieren (in der Übersetzung in die Sprache der Praxis bedeutete dies den Verzicht auf die Verteidigung der Interessen der DDR, die infolge eines merkwürdigen Zusammentreffens von Umständen größtenteils mit denen der Sowjetunion zusammenfielen); (3) Modrow und Gysi wurden trotzdem in Moskau empfangen (offenbar zur Wahrung des Anstands, denn alle wesentlichen Fragen sollten mit Kohl geklärt werden); (4) man wollte „sich näher an London und Paris halten" (aus dem gleichen Grunde blieb völlig unklar, mit welchem Ziel); (5) es wurde beschlossen, den Abzug der Truppen aus der DDR vorzubereiten (dies war nach Gorbačevs Einschätzung „eher ein inneres als ein äußeres Problem: 300 000 Mann, davon 100 000 Offiziere mit ihren Familien, müssen irgendwo hingetan werden").[4]

Jetzt, da man weiß, was am 26. Januar beschlossen wurde, ist es schwierig, sich vorzustellen, wie das Gespräch Gorbačevs mit Modrow vier Tage später verlief. Jedenfalls wurde der Chef der DDR nicht davon in Kenntnis gesetzt, dass eine Wende in der Politik der UdSSR bevorstand, infolge derer die DDR ihrem Schicksal, genauer gesagt, dem Gutdünken des Kanzlers der BRD, überlassen würde. (Die Botschaft wurde übrigens auch nicht darüber informiert.) Modrow kehrte nach Berlin zurück, beflügelt durch die Unterstützung Gorbačevs für sein Konzept von der Gründung einer deutschen Konföderation als erstem Schritt zu einer Vereinigung, die der Zukunft überlassen bleiben sollte. Auf der Pressekonferenz vom 1. Februar veröffentlichte er seinen Plan zur Überwindung der Spaltung Deutschlands unter dem Titel „Deutschland, einig Vaterland" (eine Zeile aus dem nicht mehr gesungenen Text der Nationalhymne der DDR). Die Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrats der Republik begann folgendermaßen:

„Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten rückt auf die Tagesordnung. Das deutsche Volk wird seinen Platz beim Aufbau der neuen Friedensordnung finden, in deren Ergebnis sowohl die

4 *A. S. Černjaev*, Šest' let s Gorbačevym. Po dnevnikovym zapisjam, Moskva 1993, S. 346–347.

Teilung Europas in feindliche Lager als auch die Spaltung der deutschen Nation überwunden werden.“[5]

Modrows Plan sah vier Schritte vor: (1) Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft im Rahmen einer Vertragsgemeinschaft; (2) Bildung einer Konföderation mit gemeinsamen Organen; (3) Übertragung von Souveränitätsrechten beider Staaten an Organe der Konföderation; (4) Bildung einer einheitlichen Deutschen Föderation oder eines Deutschen Bundes durch allgemeine Wahlen in beiden Staaten. Als Voraussetzungen für die Realisierung des Plans nannte Modrow die Wahrung der Interessen und Rechte der vier Mächte sowie aller Staaten Europas und die militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation. Modrow schloss mit folgenden Worten:

„Diese Konzeption bekennt sich zu den demokratischen, patriotischen, fortschrittlichen Ideen und Bewegungen für die Einheit der deutschen Nation aus gemeinsamer Geschichte und jüngster Vergangenheit. Sie bekennt sich zu den humanistischen und antifaschistischen Traditionen des deutschen Volkes. Diese Konzeption wendet sich an die Bürger der DDR und der BRD, an alle europäischen Völker und Staaten, an die Weltöffentlichkeit mit der Bitte um Unterstützung.“[6]

Für die Interessen der UdSSR war Modrows Plan vor allem dadurch nützlich, dass er die Bedingungen für eine Synchronisierung des deutschen und des europäischen Einigungsprozesses garantierte. Die gesamte Macht der Bewegung zur deutschen Einheit wurde in den Dienst des Aufbaus eines Großeuropas unter Einbeziehung der UdSSR gestellt, damit nicht anstelle der aufgehobenen Trennlinie an der deutsch-deutschen Grenze neue Bruchstellen entlang der Grenzen der Sowjetunion entstünden. Obwohl die Aktion mit deutlicher Verspätung erfolgte, war das persönliche Ansehen Modrows als Reformer und Vertreter all des Guten, worauf die DDR stolz sein konnte, eindrucksvoll genug, um – sofern die Sowjetunion ihre Unterstützung gewährte – auf einen Erfolg des Plans zu hoffen, zumal er sowohl in der DDR als auch in der BRD insgesamt positiv durch die Öffentlichkeit aufgenommen wurde. In Westdeutschland gab es lediglich Einwände gegen die Punkte zur militärischen Neutralität, und in Ostdeutschland war nur die PDS gegen den Plan, da sie der Ansicht war, dass er „den Rahmen linker Politik überschreite“. Das Wichtigste war jedoch, dass die immer mehr an Gewicht gewinnenden Oppositionsbewegungen der DDR eine mechanische Einbeziehung der Republik in die BRD einhellig ablehnten und die Gründung eines neuen Staats, zu dem sowohl die BRD als auch die DDR ihren Beitrag leisten sollten, vorzogen. So wurde die von Modrow vorgeschlagene Übergangszeit, in deren Verlauf man sich an den Aufbau europäischer Strukturen machen konnte, die die rhetorischen Übungen zum Thema „gemeinsames europäisches Haus“ in politische Realitäten eines einheitlichen europäischen Kontinents verwandeln würden, zu einer durchaus realen Möglichkeit.

[5] Zitiert nach Neues Deutschland vom 2. Februar 1990, in: *Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen* (Hrsg.), Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III, Bd. 8a, Bonn 1990, S. 49–51, hier S. 49.

[6] Ebd., S. 51.

VII. Schlagdamespiel[7]

Gorbačev räumte seinem Verbündeten – der Warschauer Pakt existierte noch, und die DDR war nach wie vor Vollmitglied – ganze zehn Tage für die Umsetzung des mit ihm abgestimmten Modrow-Plans ein. Am 10. Februar 1990 unterzeichnete der Generalsekretär des ZK der KPdSU das Todesurteil der DDR. Über die Einzelheiten dessen, was sich bei dem Gespräch zwischen Gorbačev und Kohl an diesem Tag im Kreml abspielte, hat der Berater des Kanzlers der BRD, Horst Teltschik, ausführlich berichtet, der, wie er später bekannte, innerlich jubelte, als er die Erklärungen des sowjetischen Chefs hörte, die nicht mehr und nicht weniger als einen „Triumph für Helmut Kohl, der als Kanzler der deutschen Einheit in die Geschichte eingehen wird", bedeuteten. Der wichtigste Satz Gorbačevs lautete:

„Zwischen der Sowjetunion, der Bundesrepublik und der DDR [gibt es] keine Meinungsverschiedenheiten über die (deutsche) Einheit und über das Recht der Menschen, sie anzustreben. Sie müssen selbst wissen, welchen Weg sie gehen wollen."

Damit die Westdeutschen auch ja begriffen, was für ein Geschenk ihnen da gemacht wurde, wiederholte Gorbačev diese Formulierung noch zwei Mal. In der TASS-Meldung vom nächsten Tag über das Gespräch der Chefs der beiden Länder wurde dieser Satz zum vierten Mal – offenbar, damit alles seine Richtigkeit hatte – reproduziert, und das schon in der Version „für den Einfaltspinsel". So hieß es in der offiziellen sowjetischen Verlautbarung:

„Michail Gorbatschow konstatierte – und der Kanzler stimmte ihm zu –, dass es derzeit zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten dahingehend gibt, dass die Deutschen die Frage der Einheit der deutschen Nation selbst entscheiden müssen und sie auch selbst ihre Wahl bestimmen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchen Zeiträumen, wie schnell und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden."[8]

Indem Gorbačev der BRD, deren politische und wirtschaftliche Überlegenheit über die DDR bekanntermaßen erdrückend war, „freie Hand" für die deutsche Einheit gewährte, überreichte er Bonn zwei weitere Präsente. Erstens erkannte er an, dass ein neutraler Status des vereinten Deutschland für Kohl genauso inakzeptabel war „wie auch für die meisten anderen", und dass man andere Lösungen suchen musste. Zweitens unterstrich er, dass bei der Erörterung der internationalen Aspekte der deutschen Einheit Kohls Stimme die ausschlaggebende sein musste („Nichts darf ohne den Kanzler entschieden werden!"). In der Praxis wurde dies dadurch sichergestellt, dass der Durchführung der internationalen Erörterung der deutschen Angelegenheiten nach der Formel „2+4", das heißt der Verleihung des Status von Hauptverhandlungsführern an die BRD und die DDR, die fortan nur noch der BRD nach dem Mund reden konnte, zugestimmt wurde, statt die traditionelle Formel „4+2" zu wählen, für die England und Frankreich verbissen kämpften und die im Prinzip den sowjetischen Interessen entsprach. So sah also der „enge Schulterschluss" Moskaus mit London und Paris aus! Wenn die Deutschen zu diesen oder jenen Zugeständnissen bewegt werden sollten, operierten England und Frank-

7 Anm. der Red.: Spielvariante, bei der gewinnt, wer seine Steine zuerst verliert.
8 Zitiert nach *ADN* vom 10. Februar 1990, in: *Bundesminister*, Texte zur Deutschlandpolitik, S. 86–88, hier S. 87.

reich als Verbündete der BRD gewöhnlich mit dem Hinweis, die Russen würden diesem oder jenem niemals zustimmen. Von nun an war ihnen die Möglichkeit, so zu taktieren, komplett genommen – die Russen waren mit allem einverstanden. Besorgt zeigte sich Gorbačev lediglich hinsichtlich der Fortsetzung der existierenden Kooperation zwischen sowjetischen Betrieben und Betrieben in der DDR, worum Kohl sich zu kümmern versprach. Sämtliche sowjetischen Zugeständnisse waren für die Delegation der BRD völlig überraschend und ergaben sich keineswegs aus dem Verhandlungskontext.[9]

Die „Süddeutsche Zeitung" resümierte die Verhandlungen in Moskau mit der Feststellung: „Der Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage ist Helmut Kohl überreicht worden."[10] Die Folge davon war, dass nicht nur die diplomatischen Anstrengungen zur Verteidigung der europäischen Interessen der UdSSR durch die Ausgestaltung der Garantien für ihre künftige Beachtung in wenigstens teilweise materieller und nicht nur verbaler Art, aussichtslos wurden. Verhandlungsmöglichkeiten setzen voraus, dass zumindest Ersatzpositionen vorhanden sind, um sich um Zugeständnisse der Gegenseite zu bemühen. Wenn aber alle Positionen bereits vor Beginn der Verhandlungen aufgegeben werden, bleiben nicht einmal für einen Teilerfolg nennenswerte Hoffnungen. In dieser Situation haben die sowjetischen Verhandlungsführer (vor allem waren dies Vertreter der Dritten Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR und unserer Botschaft in Bonn – die Berliner Botschaft war, wie auch die DDR selbst, von Moskau unverzüglich abgeschrieben worden) ein besonderes Kompliment verdient, die sich für ein direktes Abkommen mit der BRD einsetzten, das wenigstens eine teilweise Entschädigung für den Verlust des wichtigen Verbündeten DDR darstellen sollte. Sie erreichten praktisch das Unmögliche, als sie in dem grundlegenden Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der BRD vom 9. November 1990, der nach dem Verschwinden der UdSSR weiterhin für die russisch-deutschen Beziehungen Gültigkeit besitzt, insgesamt für uns günstige Formulierungen durchsetzten. Theoretisch verlieh dieser Vertrag unseren Beziehungen zu Deutschland fast denselben exklusiven Charakter, wie er seit den Zeiten Adenauers und de Gaulles die französisch-deutschen Beziehungen auszeichnet. Allerdings fehlten natürlich Garantien für die Einhaltung des Vertrages. Als die Luftwaffe während des NATO-Angriffs auf Jugoslawien im Jahr 1999 Belgrad bombardierte, erinnerte sich niemand mehr an den Vertrag von 1990, obwohl dies eine klare Missachtung seiner Bestimmungen darstellte. Andererseits schafft dieser Vertrag eine solide Rechtsgrundlage für die französisch-deutsch-russische „Troika", die während des Krieges der USA im Irak im Jahr 2003 und danach zu einem erkennbaren Faktor der internationalen Entwicklung geworden ist.

Unmittelbare Ergebnisse zeitigte Kohls Moskau-Besuch auch im Bereich der deutsch-deutschen Beziehungen. Für den 13. Februar wurde ein Besuch Modrows mit einer Delegation aus 17 Fachministern der DDR in Bonn geplant, bei dem über die von der BRD zugesagte wirtschaftliche Soforthilfe, die bereits als „Solidaritätsbeitrag" angepriesen wurde, verhandelt werden sollte. Ursprünglich hatten die Westdeutschen tatsächlich die Absicht, irgendwelche praktischen Maßnahmen zur Unterstützung des sich rasch zersetzenden Wirtschaftsmechanismus der DDR zu ergreifen. Sie erklärten uns offen,

[9] *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 140–143.
[10] Süddeutsche Zeitung vom 11. Februar 1990.

sie hätten dies vor, da sie fürchteten, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine politische Instabilität in der DDR provozieren würden, die die Sowjetunion zwingen würde, zu reagieren (als alle Organe zur Wahrung der öffentlichen Ordnung in der Republik funktionsunfähig waren – die Staatssicherheit aufgelöst, die Armee zusammengebrochen, die Polizei so sehr eingeschüchtert, dass sie sich nicht mehr auf die Straße wagte – war die einzige Kraft, die eine Anarchie noch verhindern hätte können, die Westgruppe der Truppen). Aber die Versicherungen Gorbačevs, die UdSSR sei bereit, den Beitritt der DDR zur BRD zu unterstützen, zerstreuten die Befürchtungen der Westdeutschen. Teltschik notierte nach der Rückkehr aus Moskau in seinem Tagebuch: „Der Kanzler ist nicht mehr daran interessiert, mit einem hilflosen Modrow noch entscheidende Verabredungen zu treffen."[11] Aus diesem Grunde führten die deutsch-deutschen Wirtschaftsgespräche nicht zu Ergebnissen. Fortan reduzierte sich die Politik der BRD gegenüber der DDR nur noch auf die Formel: „Je schlechter, desto besser."

Der Druck der BRD ließ auch nach den Wahlen in der DDR am 18. März 1990, aus denen eine Regierung unter Leitung des Vorsitzenden der DDR-CDU Lothar de Maizière hervorging, nicht nach. Wirtschaftliche Unterstützung aus dem Westen gab es nach wie vor nicht – der DDR sollte der unverzügliche Beitritt zur BRD als einziger Ausweg bleiben. Bereits am 24. April wurde die Vereinbarung über die Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten am 1. Juli getroffen. Am 18. Mai wurde in Bonn ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet. Diese Union war eben genau das, was Kohl so dringend brauchte: der sofortige Beitritt der DDR zum wirtschaftlichen und also auch zum politischen System der BRD, obwohl die staatliche Einheit Deutschlands formal erst drei Monate später, am 3. Oktober 1990, Realität wurde. Die Währungsunion, die bedeutete, dass in der DDR die Währung der BRD (Deutsche Mark) als einzige Verrechnungseinheit eingeführt wurde, hatte auch zur Folge, dass die Finanzierung der Westgruppe der Truppen in der Luft hing. Seit der Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen mit der DDR im Jahre 1955 hatte die UdSSR die Kosten für den Unterhalt ihrer in der Republik stationierten Truppen selbst getragen. Ein Teil dieser Mittel, der in Mark der DDR ausgezahlt wurde (Solde, Beförderungskosten, Beschaffung von Lebensmitteln und Inventar auf dem lokalen Markt usw.), wurde aus dem ständig positiven Saldo des Handels mit der DDR gedeckt (aus diesem Grund gibt es übrigens viele Ungereimtheiten und Zweifel im Zusammenhang mit den sowjetischen Schulden bei der DDR, die nach dem Verschwinden der Republik an den Tag kamen). Aber derartige Reserven in Mark der BRD oder in einer anderen frei konvertierbaren Währung besaß die UdSSR nicht. So war also kein Geld da, um die WGT nach dem 1. Juli 1990 zu finanzieren. Es drohte der Bankrott. Deutsche Mark konnten nur von der BRD kommen, die schon aus diesem Grunde den Gang und das Ergebnis der Ereignisse diktieren konnte.

Aber auch diese Situation war noch nicht vollkommen aussichtslos. Jedenfalls gab es unter den hochrangigen sowjetischen Politikern Menschen, die der Ansicht waren, dass die UdSSR, wenn sie ihre Interessen energisch verträte, die für sie katastrophale Entwicklung in eine andere Richtung lenken könnte. Am 18. Mai sprach der Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses

[11] *Teltschik*, 329 Tage, S. 145.

des Obersten Sowjets der UdSSR, Valentin Falin, der für die Vereinigte Parteiorganisation der sowjetischen Auslandseinrichtungen in der DDR für ein Delegiertenmandat auf dem 28. Parteitag der KPdSU kandidierte, vor den Mitarbeitern der Botschaft. Der kämpferische Ton seiner Aussagen, die keinesfalls einer Kapitulation ähnelten, wie sie deutlich in den Taten (genauer gesagt – in der Tatenlosigkeit) der Führungsspitze zu erkennen war, hinterließ bei uns einen starken Eindruck. Falin erklärte:

„Von einer Einbeziehung des vereinigten Deutschland in die NATO kann keine Rede sein – wir brauchen ein europäisches System der kollektiven Sicherheit. Wenn wir das und den Zeitrahmen für den Aufbau eines solchen Systems vereinbart haben, dann kann man auch Vereinbarungen über Zwischenschritte treffen. Solange in Westdeutschland amerikanische Truppen stationiert sind, werden unsere Truppen sich in Ostdeutschland aufhalten; ihre Bewaffnung wird der amerikanischen entsprechen."

Er bestand auf dem Abschluss eines umfassenden Friedensvertrags mit Deutschland, wobei er darauf hinwies, dass die Weigerung des Westens, einen solchen Vertrag abzuschließen, „auf die Beseitigung der Rechte der UdSSR (während der Westen seine Rechte durch den Bonner Vertrag, die Römischen Verträge, den NATO-Vertrag, den Vertrag über die Westeuropäische Union usw. wahrt) sowie die Weigerung, gemeinsam mit der UdSSR den militärpolitischen Status Deutschlands zu bestimmen, abzielt". Falin schloss aus, dass Moskau mit der Anwendung von Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD einverstanden sein könnte, der einen einfachen Beitritt der DDR ermöglichte: „Dies würde nicht nur dem Ansehen der UdSSR, sondern auch der Sache schaden." (Er meinte damit die Verteidigungsaspekte.) Falin erklärte:

„Der Versuch, die DDR der BRD einzuverleiben, ist im Grunde genommen eine Aggression eines NATO-Landes gegen ein Land des Warschauer Pakts. Werden unsere Truppen in der DDR auch der BRD einverleibt?"

Als ich im Gespräch nach seinem Vortrag die Befürchtung äußerte, im Falle einer Verschärfung der Situation (Falin hatte erklärt, gegebenenfalls könne die Stärke der sowjetischen Truppen in der DDR verdoppelt werden) werde die gesamte Bevölkerung der Republik in die BRD abwandern, sagte er fröhlich: „Das wäre doch gut – dann müssten wir sie nicht ernähren!"

Ehrlich gesagt gab uns Falins Rede eine gewisse Hoffnung, dass noch nicht alles verloren sei. Wir wussten, dass seine Position auch im Außenministerium der UdSSR auf Expertenebene unterstützt wurde. Eine Woche vor dem „Zwei-plus-Vier"-Gespräch am 22. Juni in Berlin legte die sowjetische Delegation den USA ein Memorandum vor, das einige Punkte enthielt, die Falins Erklärungen entsprachen – zum Beispiel die Forderung nach einem Sonderstatus für das Hoheitsgebiet der DDR, das nicht dem NATO-Bereich angehören sollte, die Forderung nach dem weiteren Verbleib sowjetischer Truppen auf diesem Gebiet bei deren stufenweiser Reduzierung sowie die Forderung nach einer parallelen Reduzierung aller ausländischen Truppen auf dem Hoheitsgebiet Deutschlands. Bei dem eigentlichen Gespräch am 22. Juni legte die UdSSR den Teilnehmern einen Vertragsentwurf über das vereinigte Deutschland vor, der eine Übergangszeit, in der die Rechte der vier Siegermächte gegenüber Deutschland erhalten bleiben sollten, sowie den Abzug aller auf deutschem Hoheitsgebiet stationierten ausländischen Truppen spätestens fünf Jahre nach der Vereinigung Deutschlands vorsah, wobei die Truppen aus Berlin be-

reits nach einem halben Jahr abgezogen sein sollten. Allerdings gab Ševardnadze, der die Verhandlungen führte, seinen Gesprächspartnern eindeutig zu verstehen, dass es sich dabei keineswegs um kategorische Forderungen handle, sondern nur um eine Art „Aufforderung zum Nachdenken", dessen Ergebnisse völlig anders aussehen könnten, als man es sich ursprünglich vorgestellt hatte. Besonders machte es stutzig, dass Moskau bei den Kontakten auf allen Ebenen dem drängendsten Problem auswich – wie die Angehörigen der WGT ab 1. Juli bezahlt werden sollten. Später verstärkte sich der Eindruck, dass die demonstrativen Gesten zum Schutz der sowjetischen Interessen hauptsächlich das Ziel verfolgten, die durchaus verdiente Kritik an der Außenpolitik Gorbačevs auf dem bevorstehenden Parteitag der KPdSU abzuwenden. Sobald dieser vorbei war (mit einem für Gorbačev befriedigenden Ausgang), hatte es auch mit den Gesten ein Ende.

Am 15./16. Juli fanden in Moskau und im Nordkaukasus (Archyz) Gespräche zwischen Gorbačev und Kohl statt, bei denen die Kapitulation der UdSSR zur Realität wurde und die Gestalt von Vereinbarungen auf höchster Ebene annahm. Auf einer Pressekonferenz berichtete Kohl der Welt nach seiner Rückkehr nach Bonn von seinem Sieg auf der ganzen Linie. Die ihm von Gorbačev zugesagten Garantien sahen wie folgt aus: (1) Das vereinigte Deutschland besteht aus der BRD, der DDR und Westberlin; (2) mit der Vereinigung werden die Rechte der Alliierten im Hinblick auf Deutschland und Berlin insgesamt außer Kraft gesetzt; (3) das souveräne Deutschland entscheidet frei über die Frage seiner Zugehörigkeit zu einem Militärbündnis (einfach gesagt, es bleibt in der NATO); (4) in einem gesonderten Vertrag zwischen der UdSSR und Deutschland werden die Bedingungen für den Abzug der sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR bis spätestens 1994 geregelt; (5) in diesem Zeitraum werden die NATO-Strukturen nicht auf das Hoheitsgebiet der ehemaligen DDR ausgedehnt; (6) dort können solange Einheiten der Bundeswehr stationiert werden, die nicht in die NATO integriert sind; (7) die Truppen der Westalliierten verbleiben für den gesamten Zeitraum der Stationierung sowjetischer Truppen in der ehemaligen DDR in Berlin; (8) nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR können Bundeswehrtruppen, die in die NATO integriert sind, stationiert werden, allerdings keine ausländischen Truppen und keine Atomwaffen; (9) die gesamtdeutschen Streitkräfte werden auf 370 000 Mann reduziert; (10) das vereinigte Deutschland verzichtet auf den Besitz und die Produktion atomarer, bakteriologischer und chemischer Waffen und bleibt Vertragspartner im Vertrag über die Nichtverbreitung dieser Waffen. Nur ein Umstand wurde nicht von Kohl öffentlich gemacht – die BRD stellte der UdSSR einen D-Mark-Sofortkredit für den Bedarf der WGT zur Verfügung und sagte zu, einen Teil der Kosten für den Transport von Menschen und Material beim Abzug der WGT aus dem Hoheitsgebiet Deutschlands zu übernehmen. Im Übrigen war die Demütigung für die Siegermacht des Zweiten Weltkriegs auch ohne diesen Punkt schon maßlos.

Die Vereinbarungen von Archyz setzten einen Schlusspunkt unter den hastigen Rückzug der UdSSR von den Positionen einer der führenden europäischen Mächte. Diese Retirade wurde zwangsläufig von einem Ansehensverlust und der Einbuße internationaler Achtung begleitet. Unverzeihlich war vor allem, dass die Westgruppe der Truppen, der nahezu kampfstärkste Teil unserer gesamten Armee, der als Schild für alle Überraschungen dienen sollte, die aus dem Westen auf uns zukommen konnten, in eine unmögliche Lage gebracht wurde. Das Ansehen der UdSSR in der Welt gründete sich vor allem auf ihre

militärische Stärke, auf die Fähigkeit, jedem beliebigen Gegner in jeder beliebigen Richtung nicht wieder gutzumachenden Schaden zuzufügen. Der Schlag gegen die Armee konnte nur das eigene Gewicht in der Welt untergraben. Ein halbes Jahrhundert lang war die Infrastruktur der WGT, die jetzt in weniger als vier Jahren demontiert, größtenteils aber einfach vernichtet werden sollte, Steinchen für Steinchen aufgebaut worden. Völlig legitim ist die Frage, die Jurij Poljakov in diesem Zusammenhang stellte:

„Kann man einen Staat achten, der, nachdem er beschlossen hatte, sein Volk aus der Stagnation herauszuführen, es in die psychische und physische Erschöpfung gestürzt hat? Einen Staat, der nahezu splitternackt von seinen geopolitischen Grenzen davongelaufen ist, wie ein vom gestrengen Ehemann ertappter Liebhaber? Hätte man doch wenigstens seine Sachen mitgenommen. Dabei waren wir doch in eben diesem Europa buchstäblich über die Knochen von Millionen unserer eigenen Bürger angekommen, was immer man dort auch sagen mag.“[12]

Die Folgen dieser Handlungsweise bekam Russland in den letzten 13 Jahren ganz deutlich zu spüren. Jetzt ist klar, wie viel Kraft und Mittel nötig sind, um die Situation, die durch die Politik Gorbačevs und El'cins, in deren Ergebnis die Starken dieser Welt weder uns noch unsere Interessen berücksichtigt haben, entstanden ist, wenigstens teilweise zu verbessern.

Der Gerechtigkeit halber sei anerkannt, dass die katastrophalen Ergebnisse der ohne Gegenleistung erfolgten Aufgabe der durch das Blut und den Schweiß des Volkes, die Entbehrungen von Generationen und die mühsamen Anstrengungen der Diplomaten errungenen Positionen durch Moskau sich nicht sofort gezeigt haben und erkannt worden sind. Zunächst herrschte Euphorie vor – hurra, die Wende ist ohne Blutvergießen erreicht worden, das Zeitalter der allgemeinen Vereinigung ist angebrochen, der Russe und der Deutsche (aber auch der Amerikaner, der Engländer und andere) sind Brüder auf ewig, aller Zwist und Zank liegt hinter uns und vor uns das wolkenlose Reich des allgemeinen Glücks und Wohlergehens. Erst später und schrittweise begann man uns klarzumachen, dass wir auf dem westlichen Fest des Lebens überflüssig sind, dass die Philippiken in Richtung „sowjetischer Imperialismus“ weniger die UdSSR als vielmehr das ewige Russland im Blick hatten, dass der Westen auch nach dem Zerfall der Sowjetunion immer noch keinen starken und einflussreichen russischen Staat sehen will. Und auf den Abzug der WGT vom Hoheitsgebiet Deutschlands vor Ablauf der vereinbarten Frist folgten nicht Worte, sondern Taten – die Osterweiterung der NATO, der NATO-Krieg auf dem Balkan, die Erklärung von Teilen der GUS zu „nationalen Interessensphären“ der USA usw. Bei alldem hielt sich Deutschland scheinbar abseits: Wir wären ja bereit, euch entgegenzukommen, so erklärten uns die deutschen Offiziellen, aber unsere Mitgliedschaft in der NATO, in der Europäischen Union, erlegt uns Verpflichtungen auf, denen wir uns nicht entziehen können – also sprecht euch mit denen ab! Es ist schwer zu sagen, was in solchen Ausreden überwog – die Heuchelei oder der offene Hohn. Das Gewicht Deutschlands in der NATO oder der EU ist hinlänglich bekannt, und Entscheidungen sind dort nicht gegen ein deutsches Votum möglich. Erst nach dem Beginn des Kriegs der USA im Irak, der selbst Westeuropa anschaulich die Spesen einer Friedensordnung, in der die Handlungen Washingtons von niemandem kontrolliert werden, vor Augen führte, begann sich die Situation in dem bekannten Maß zu ändern.

[12] *Jurij A. Poljakov*, Sočinenija v trech tomach. Bd. 3, Moskva 1997, S. 422.

VIII. Fazit

Formal gesehen war die Auflösung der DDR nicht unser Problem – die DDR hatte ihre eigenen Herrscher, die eine Menge Dummheiten und Fehler begingen, sie hatte ihre eigene Bevölkerung, die sich auf völlig demokratischem Weg eine Regierung wählte, die die DDR an die BRD anschloss, sie hatte ihre eigenen Parteien, die eben nichts Vernünftigeres zustande gebracht hatten, als das Land in den Ruin und seine Bürger zu dem Wunsch zu führen, der Selbstständigkeit möglichst schnell ein Ende zu bereiten. Aber wir hatten Freunde in der DDR – nicht so viele, wie die Offiziellen der Republik behaupteten, aber auch nicht so wenige, wie man uns von der anderen Seite glauben machen wollte. Es war eine Tragödie nicht nur für die DDR, sondern auch für uns, dass sehr viele Freunde unseres Landes in der DDR die Politik Gorbačevs gegenüber der Republik als Dolchstoß verstanden. Bis Januar 1990 empfand man diese Politik als Dolchstoß gegen die Reformer, die eine Reform ihres DDR-Sozialismus vorbereitet hatten, nach dem Januar 1990 als Dolchstoß gegen all diejenigen, die die UdSSR als ihre Stütze und historischen Verbündeten betrachtet hatten. Es ist nicht verwunderlich, dass die Einstellung der Masse der Ostdeutschen zu Russland sich grundlegend änderte, und nicht zu unseren Gunsten. Es ist paradox, aber eine Tatsache: In der „alten" BRD gibt es mehr Sympathien für die Russen, obwohl diese Sympathien seit 1990 mit Gefühlen wie Mitleid und Herablassung gemischt sind.

Aber nun stellt sich heraus, dass trotz kräftigster Negativwerbung, trotz der Enthüllungen und Anstrengungen der Anti-DDR-Propaganda, die Erinnerungen an die DDR bei deren ehemaligen Bürgern bis heute noch lebendig sind. Natürlich erinnern sie sich vor allem an das Gute, das es in der Republik gab – den sozialen Schutz, die kostenlose Bildung auf europäischem Niveau, die vorbildlichen Krippen und Kindergärten, die kollegialen Beziehungen im Betrieb, die guten Filme und humanistischen Theateraufführungen. Parallel leben auch die schönen Erinnerungen an die alten Freunde aus Russland wieder auf, die viel sympathischer waren als die „neuen Russen", von denen man in den Restaurants und Boutiquen Berlins schon gehörig die Nase voll hat. Die Bedeutung Deutschlands für die Europapolitik Russlands wird nicht geringer, sondern immer größer. Deswegen kann es uns nicht gleichgültig sein, wie die Einstellung der einfachen Deutschen zu den einfachen Russen aussieht. Vielleicht hilft die Kenntnis der inneren Zusammenhänge bei der Ausarbeitung der offiziellen Linie der UdSSR in den deutschen Angelegenheiten in den entscheidenden Monaten der Jahre 1989 und 1990 den Deutschen, die Gefühle der Solidarität objektiver einzuschätzen, die die Russen für ihren untadeligen Bundesgenossen und zuverlässigen Partner empfanden, der geschlossene Verträge selbst dann noch gewissenhaft erfüllte, als rundherum alles zusammenzubrechen schien. Auch für uns sollte diese Kenntnis hilfreich sein, und wenn auch nur dahingehend, dass die Politik nie wieder Dilettanten anvertraut wird.

Nikolaj S. Portugalov

Zwei Pläne für die deutsche Einheit

Im Verlaufe unserer Diskussion sind mehrere Ansichten über die Position (oder die Positionen) der sowjetischen Führung zur deutschen Frage in den Jahren 1989/90 vertreten worden. Was waren das für Ansichten? Nach einer von ihnen (sie wurde hier vom Hauptreferenten, Aleksej Filitov, vorgetragen) gab es mehrere Pläne oder Konzeptionen, die einander folgerichtig und verhältnismäßig logisch ablösten. Nach einer anderen (hier von Anatolij Černjaev – wenn ich ihn richtig verstanden habe – geäußerten) Ansicht gab es derartige Pläne überhaupt nicht, jedoch herrschte allgemein die Einsicht, dass die Vereinigung Deutschlands unvermeidlich sei und dass man sie grundsätzlich begrüßen und stimulieren müsse (diese Einsicht sei nach Meinung des erwähnten Diskussionsteilnehmers im Ergebnis des Besuchs von Michail Gorbačev in der BRD im Sommer 1989 entstanden). Und schließlich bietet sich aus dem schriftlich vorgelegten Vortrag von Igor Maksimyčev die Schlussfolgerung an, dass die sowjetische Seite ursprünglich gar keine konkreten Pläne gehabt habe, ja nicht einmal über eine einigermaßen klare Richtlinie in den deutschen Angelegenheiten verfügt hätte und es in der Konsequenz nur noch zu hektischer Betriebsamkeit gekommen sei, um den Akt des „Verrats" gegenüber der DDR zu verschleiern.

Selbstverständlich hat jede dieser Ansichten eine Existenzberechtigung und mehr noch: Jede von ihnen enthält einen rationalen Kern. Andererseits gibt es auch für diese Rationalität naturgemäße Einschränkungen. Zum Hauptreferenten muss gesagt werden, dass er sich in seinen Ausführungen nahezu ausschließlich auf Archivunterlagen des Außenministeriums stützt, aber gerade das Außenministerium spielte bei der Ausarbeitung der sowjetischen Position (oder der Positionen) zur deutschen Frage in den Jahren 1989/90 – zurückhaltend formuliert – nicht die allerwichtigste Rolle. Man kann darüber streiten, ob dies gut oder schlecht war, aber es war eben so, und das bedeutet, dass die Materialien des Außenministeriums (vor allem Materialien des von Filitov verwendeten Typs – Niederschriften, Entwürfe usw.) nicht – wiederum zurückhaltend formuliert – das ganze Bild der historischen Realität wiederspiegeln. Im Vortrag von Maksimyčev wurde gut erläutert, wie die operativen Kanäle zwischen den Botschaften und dem Zentrum funktionierten. Die „von unten" übermittelten Niederschriften, Berichte und Gesprächsnotizen waren bei Weitem nicht von prioritärer Bedeutung für die Erstellung der den politischen Kurs prägenden Direktiven. Und dies ist wiederum eine sehr zurückhaltende Formulierung. Die Niederschriften der über die direkte Telefonleitung geführten Gespräche und ähnliche Materialen könnten weitaus mehr aussagen, jedoch dürfte sich diese Art von Quellen aufgrund ihrer Spezifik in naher Zukunft nur schwerlich den Historikern erschließen. Wenn sie überhaupt jemals zugänglich sein werden. Es ist denkbar, dass manche dieser

Materialen nicht mehr existieren, andere Gespräche gar nicht niedergeschrieben und nicht archiviert worden sind.

Zu einem Sachverhalt, der so nah an die Gegenwart angrenzt, können die Erinnerungen von Zeitzeugen wohl mehr als Dokumente aussagen. Hierbei tritt jedoch eine andere Gefahr auf – die des Subjektivismus. Ein charakteristisches Beispiel: In dem bekannten Film[1] über die Ereignisse um den Fall der Berliner Mauer überlagert die Gestalt eben jenes Maksimyčev, die von dem hervorragenden britischen Schauspieler Peter Ustinov talentiert in Szene gesetzt wird, alle anderen Figuren. Das haben sich die Drehbuchautoren und Regisseure dieses Films so ausgedacht, der schon anhand dessen für sich kaum noch in Anspruch nehmen dürfte, eine dokumentarische Wiedergabe der Geschichte zu sein (selbst wenn er formal nicht als Spielfilm, sondern als Dokumentarfilm gilt). Klar ist, dass der von allen geachtete sowjetische Diplomat keinerlei Verantwortung für eine solche Darstellung seiner Rolle trägt. Sie war natürlich weitaus bescheidener und ich denke, dass dieser ehemalige Diplomat, der jetzt Wissenschaftler geworden ist, es nicht übel nehmen wird, wenn wir feststellen, dass selbst ihm als Gesandtem im Range eines Botschaftsrates an der Botschaft der UdSSR in der DDR bei Weitem nicht alles, was in Moskau vor sich ging, wie man sich dort die Gegenwart und die Zukunft Deutschlands vorstellte, bekannt war. Übrigens hat er selbst geschrieben, dass alle wichtigen Entscheidungen zu Deutschland ohne Berücksichtigung der Meinung der Botschaft getroffen und den Botschaftsmitarbeitern erst im Nachhinein, wenn überhaupt, mitgeteilt worden seien. Darüber schreibt er mit verständlicher Gekränktheit.

Diese ist berechtigt, jedoch nur bis zu einem gewissen Grad. In der Geschichte geschieht es – allgemein gesagt – nicht selten, dass Diplomaten als Letzte von der einen oder anderen Entscheidung ihrer Regierung bezüglich des Landes, in dem sie akkreditiert sind, erfahren, und es ist hingegen äußerst selten der Fall, dass eine solche Entscheidung der Regierung von der einen oder anderen Botschaft „vorgesagt" wird. Wir haben alle mit Interesse das Buch der deutschen Forscherin Ingeborg Fleischhauer über die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts von 1939 gelesen, in dem sie der Initiative und den Aktivitäten des deutschen Botschafters in Moskau, von Schulenburg, eine entscheidende Rolle bei der Vorbereitung und Unterzeichnung des Paktes zuschreibt, jedoch klingt ihre Konzeption – offen gesagt – nicht sehr überzeugend.[2] Dies jedoch nur nebenbei.

Aus der Sicht des Verlaufs der Ereignisse in jener Zeit und unter dem Aspekt, dem unsere Konferenz gewidmet ist, haben eine weitaus wichtigere Rolle als die Karrierediplomaten die Leute aus dem „inneren Zirkel" um den damaligen ersten Mann im sowjetischen Staat und in der Partei, Michail Gorbačev, gespielt. Aus dieser Sicht kann man die Organisatoren dieser Konferenz nur zur Auswahl eines solchen Korreferenten, wie Anatolij Černjaev gratulieren. Leider sind die faszinierendsten Fragen in seinem Beitrag etwas ausgeblendet worden. So ist etwa weiterhin unklar, womit sich der hartnäckige Widerstand der Berater Gorbačevs (und diesem selbst) gegen die Idee der Vereinigung Deutschlands bis hin zu der bekannten Sitzung des ZK der KPdSU am 26. Januar 1990

1 „Deutschlandspiel", Regie: Hans-Christoph Blumenberg, Deutschland 2000.
2 *Ingeborg Fleischhauer*, Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939, Berlin 1990.

erklären lässt und was der Grund für die darauffolgende, unerwartete Wende hin zu einer nahezu bedingungslosen Übernahme des amerikanischen Vereinigungsplanes gewesen sein mag. Diese beiden Tatsachen lassen sich in vollem Umfang in die These einbetten, die sowjetische Führung hätte keine eigenen Pläne in der deutschen Frage gehabt, widersprechen aber ganz offensichtlich der Idee, Gorbačev sei schon seit Mitte 1989 ein Adept der deutschen Einheit gewesen.

In diesem Zusammenhang möchte ich eigene Erinnerungen über diese schicksalsschwere Zeit einfließen lassen. Während meiner Zeit in der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU war ich unter der Leitung von Valentin Falin tätig und gehörte zur Gruppe der sogenannten Germanisten unter den sowjetischen Experten für internationale Beziehungen. In eben dieser Gruppe wurden ziemlich früh Pläne erarbeitet, die der sowjetischen Seite die Initiative in der deutschen Frage, die nach dem Fall der Berliner Mauer eine unerwartete Aktualität und Dynamik erlangte, sichern sollten. In diesem Zusammenhang entstand auch die Idee einer direkten Kontaktaufnahme zum Berater des Bundeskanzlers, Horst Teltschik, um auf der Basis von Vorschlägen die Möglichkeiten und Alternativen in der Entwicklung der deutschen Angelegenheiten gemeinsam zu durchdenken und zu erörtern. Hierzu kam es dann auch während meines Besuchs im Bundeskanzleramt am 21. November 1989.

Teltschik selbst schilderte die Umstände dieses Besuchs in zwei Varianten – zunächst in seinem bekannten Buch „329 Tage“, das unmittelbar nach den Ereignissen der Vereinigung Deutschlands herausgegeben wurde, und später, wie ich aus dem Vortrag von Aleksej Filitov erfahren habe, in einem Vortrag auf einer deutsch-russischen Konferenz im Mai 1995, deren Beiträge drei Jahre später veröffentlicht worden sind.[3] Demselben Vortrag habe ich interessante, wenngleich auch vielfach widersprüchliche Kommentare entnommen, mit denen Historiker diese Episode versehen haben. Was kann ich nun dazu sagen?

Zunächst einmal möchte ich vor allem hervorheben, dass der ehemalige Kanzlerberater in der ersten Version seiner Erinnerungen klar zum Ausdruck bringt, dass das Neue in der sowjetischen Position, die er von seinem Gesprächspartner, d. h. also von mir, gehört habe, die Ansichten Falins, jedoch keineswegs Černjaevs oder noch weniger Gorbačevs seien. In der zweiten Version schreibt er mir – schwer zu sagen aus welchen Motiven – den Gedanken zu, dass es sich um ein Dokument handle, das „mit Anatolij Černjaev abgestimmt gewesen sei“ und die Meinung gewisser, nicht genannter Personen „aus der Umgebung Gorbačevs“ zum Ausdruck bringe. Mir wird lediglich die Rolle eines einfachen Boten zugeschrieben. Entsprechend wurde in der ersten Variante richtig mein damaliger offizieller Status eines Mitarbeiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPSU erwähnt, während ich in der zweiten Variante lediglich als „Journalist“ betitelt werde. Die Sache, so scheint mir, ist nicht ganz so einfach wie dies Aleksej Filitov meint, wonach es der Kanzlerberater zu Zeiten des Verschwindens der KPdSU für gut befand, sich nicht dem Verdacht auszusetzen, er habe sich mit „Parteifunktionären“ abgegeben.

3 *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 44; *ders.*, Die Deutschlandpolitik Gorbatschows, in: *Boris Meissner/Alfred Eisfeld* (Hrsg.), 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, Berlin 1999, S. 185.

Der Versuch scheint mir offensichtlich zu sein, die Figur Gorbačevs und dessen „Umgebung“ im Rückblick ein weiteres Mal als die „Initiatoren“ und konsequentesten Anwälte der Deutschen Einheit zu überhöhen. Meiner Meinung nach entbehrt eine derartige Bewertung (oder besser gesagt, Umbewertung, denn die ursprüngliche Darstellung Teltschiks lag näher an der Wahrheit) jeglicher Grundlage.

Vor allen Dingen muss betont werden, dass die Initiative, an den Kanzlerberater heranzutreten und mit diesem konkrete Maßnahmen zur Vereinigung Deutschlands zu erörtern, ohne Wissen des Beraterstabes von Gorbačev und ohne dessen eigenes Wissen vorbereitet und ergriffen worden ist. Und mehr noch – in völliger Geheimhaltung vor diesem. Die Gründe sind offensichtlich: Dieser verfolgte zu jener Zeit die strikte Linie einer Beibehaltung der Existenz zweier Staaten auf deutschem Territorium und hätte wahrscheinlich die Erörterung oder Verabschiedung eines jeglichen Dokuments, das von dieser Linie abgewichen wäre, blockiert, von der Weiterleitung eines solchen Dokuments an die westdeutsche Seite ganz zu schweigen.

Ich erinnere mich freilich, dass ich selbst die Idee vorgetragen habe, die Konzeption für ein solches Dokument und die Form seiner Erörterung mit der westdeutschen Seite, mit den Beratern Gorbačevs, konkret mit Černjaev, zu diskutieren. Mein damaliger Chef – und ich wiederhole, dies war Valentin Falin – lehnte dies, ausgehend von eben der Einsicht, dass niemand in der UdSSR außerhalb des Kreises der „Germanisten“ zu einem solchen Dialog über diese Frage bereit wäre, entschieden ab. Und genau deshalb wurde beschlossen, unsere Gedanken nicht in die Form eines offiziellen Dokuments zu kleiden, sondern sie mündlich vorzutragen. Während meines Aufenthaltes in einem Bonner Hotel skizzierte ich einige Thesen auf einem Blatt Papier mit dem Logo und der Anschrift des Hotels, und dies war genau jenes „Dokument“, über das Teltschik schreibt.

Natürlich war nicht die Rede von einem wie auch immer gearteten Projekt eines „neuen Rapallo“. In diesem Sinne scheint mir die ruhige und ausgewogene Bewertung unserer Initiative durch den Historiker Wilfried Loth näher an der Wahrheit zu liegen. Er bemerkt übrigens richtig, dass sie „ohne Wissen Gorbatschows“[4] ergriffen worden war, jedoch scheint mir seine Auslegung unserer Zielrichtung etwas ungenau zu sein. Es ging nicht um die „Rettung der DDR“ im Sinne einer Bewahrung der deutschen Zweistaatlichkeit, sondern eher um eine Rettung all des Positiven, das es in der DDR gab und das nutzbringend im Rahmen eines vereinten gesamtdeutschen Staates hätte verwendet werden können. Eine Rettung oder genauer gesagt eine Bewahrung all des Positiven, was im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses und im Rahmen der Wechselwirkung und der Zusammenarbeit der beiden Teile Deutschlands, dem Osten und dem Westen, entstanden war.

Dabei stand die höchstmögliche Gewährleistung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheit unseres Landes, ja sogar ganz Europas, im Mittelpunkt. Ich werde unsere damaligen Überlegungen nicht im Einzelnen kommentieren. Das von mir an Teltschik übergebene Dokument ist in einer offiziellen deutschen Fassung veröffentlicht worden.[5] Es wäre übrigens nicht schlecht, wenn es in der Anlage zu dem Sammel-

4 *Wilfried Loth*, Helsinki, 1. August1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, S. 262.

5 *Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann* (Hrsg.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 616–618. Anm. der Redaktion: Das Do-

band unserer heutigen Konferenz mit einer Rückübersetzung aus dem Deutschen ins Russische veröffentlicht werden könnte, sofern natürlich ein solcher Sammelband ins Auge gefasst wird und in diesem ein Anhang mit Dokumenten vorgesehen sein sollte. Ich für meinen Teil würde jedenfalls sowohl das eine als auch das andere begrüßen.

Ich möchte mich auf zwei Aspekte beschränken. Erstens: Wir hatten damals nicht die Forderung nach dem unbedingten Austritt des vereinigten Deutschland aus der NATO erhoben. Wir sprachen nur von der Unannehmbarkeit einer „ausländischen atomaren Präsenz" auf deutschem Boden. Dies war ein Kompromiss, jedoch nicht jener kapitulatorische Kompromiss, auf den Gorbačev und Ševardnadze eingegangen sind. Wäre dieser Kompromiss angenommen worden, hätte dies bedeuten können, dass schon vor 15 Jahren der Weg zu einem Europa ohne Kernwaffen eröffnet worden wäre. Und zweitens: Wir hatten vorgeschlagen, jenen Artikel aus dem Vertrag von Rom in vollem Umfang in Anspruch zu nehmen, der dessen Revision im Falle der Vereinigung Deutschlands vorsah. Dabei hatten wir im Auge, die Schaffung neuer Zoll- und anderer Barrieren nicht zuzulassen, wie sie nun aufgetaucht sind und Europa aufs Neue, jedoch im Prinzip genauso streng wie zu Zeiten des „eisernen Vorhangs" teilen.

Um zur Konzeption von Wilfried Loth zurückzukehren, möchte ich auf einen prinzipiellen Unterschied zwischen seiner und meiner Position hinweisen. Ich glaube nicht, dass man auf westdeutscher Seite unsere Initiative „nicht verstanden" habe[6] – ich meine die Notiz vom 21. November 1989. Dort hat man sehr wohl verstanden, worum es ging, aber man zog es vor, nicht mit uns in vertrauliche Gespräche einzutreten, sondern die USA zu informieren und die eigenen Handlungen vollständig mit ihnen abzustimmen, de facto dem Hegemon des Blockes die Initiative zur Lösung des deutschen Problems zu überlassen. So wurde dem Prozess der Lösung der deutschen Frage der Plan einer „Vereinigung auf amerikanisch" auf dem Weg eines faktischen Anschlusses der DDR bei Beibehaltung der Hegemonie der USA in Westeuropa und mit deren Ausdehnung auf Osteuropa zugrunde gelegt.

Es ist paradox, dass dieselben Personen in der sowjetischen Führung, die bis Ende Januar 1990 kategorisch sogar die hypothetische Möglichkeit einer Vereinigung Deutschlands zurückgewiesen hatten – und später ebenso beharrlich die grundsätzliche Möglichkeit einer Ausdehnung der NATO-Jurisdiktion auf das Gebiet des vereinigten Deutschland ablehnten – sich danach auf eine vollständige Revision ihrer Positionen und de facto auf eine bedingungslose Kapitulation eingelassen haben. Zu den Ursachen für dieses Paradoxon hätte ich einige Vermutungen, aber eine Antwort, die sich auf eine klare Beweislage stützen könnte, habe ich nicht.

Hierzu hat auch der sehr interessante Beitrag von Anatolij Černjaev keine Klarheit gebracht. Die übrigen Referenten hatten nicht einmal die Möglichkeit, diese Frage zu stellen und schon gar nicht, sie zu klären. Wir haben mit Interesse die Information von Aleksandr Galkin über Pläne der Gorbačev-Stiftung zur Kenntnis genommen, einen Dokumentenband zu Genesis und Umsetzung der Politik Gorbačevs im internationalen Bereich, speziell auch zur Frage der Vereinigung Deutschlands, zu publizieren. Es wäre je-

kument wird, einer Anregung des Autors folgend, mit freundlicher Genehmigung von Verlag und Herausgeber als Anhang zu diesem Beitrag wiedergegeben.

[6] *Loth*, Helsinki, S. 262.

doch wünschenswert, wenn die Vorbereitung einer solchen Publikation nicht im finsteren Kämmerlein erfolgte und sowohl bei der Auswahl der Dokumente als auch an den Kommentaren zu diesen nicht nur Personen aus der Umgebung Gorbačevs und Mitarbeiter seiner Stiftung beteiligt würden. Nur auf der Grundlage des Meinungspluralismus kann in der Forschung Objektivität erreicht werden.

Anlage: Sowjetische „amtliche" und „nichtamtliche" Überlegungen zur deutschen Frage

Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl Bonn, 6. Dezember 1989

BK, 21 – 35400 (28) De 26 Bd. 1, Bl. 1/0. – Eine Ausfertigung. Az. AL 2 – 30130 S 25 – De 2/14/89. Geheim. Vorlage über Chef BK. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik R[ücksprache]".

Betr.: Die Sowjetunion und die „deutsche Frage"
Beigefügte „amtliche" wie „nichtamtliche" Überlegungen sind mir auf dem zwischen Ihnen und Generalsekretär Gorbatschow verabredeten vertraulichen Wege übermittelt worden. Der Überbringer hat mir ausdrücklich gesagt, daß die „amtliche Position" Überlegungen von „höchster Stelle" (Generalsekretär Gorbatschow) enthalte; die „nichtamtlichen" Ausführungen seien Gedanken, die in der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees diskutiert würden (Politbüromitglied Jakowlew). Ziffer 1 bis 7 beweisen, daß Ihr 10-Punkte-Plan zur Deutschlandpolitik auf wesentliche Überlegungen der sowjetischen Führung zurückgreift. Der nichtamtliche Teil (II) dokumentiert, daß die sowjetische Führung die Frage der Wiedervereinigung in allen Variationen konkret diskutiert. Ihr 10-Punkte-Plan verhindert, daß die Weltöffentlichkeit mit sowjetischen Vorschlägen zur deutschen Frage konfrontiert wird, ohne daß die Position der Bundesregierung bekannt gewesen wäre.

Votum:
Die im Teil II angesprochenen Punkte sollten in dem von Bundesminister Seiters einzuladenden Deutschlandkreis sobald wie möglich diskutiert werden. Auf vertraulichem Wege sollte Generalsekretär Gorbatschow ein Gespräch mit Ihnen angeboten werden. Bei diesem Gespräch sollten Sie in der Lage sein, die angesprochenen Themen mit der sowjetischen Seite zu diskutieren.

Teltschik

SU und „deutsche Frage"

BK, 21 – 35400 (28) De 26 Bd. 1, Bl. 2-5. – Entwurf und eine Ausfertigung. Az. AL 2 – 30130 S 25 – De 2/13/89. Geheim

I. *„Amtliche" Position*

1. Grundsätzlich positive Einstellung der sowjetischen Führung zur Entwicklung in DDR.

2. Keine Einmischung in die Angelegenheiten der DDR, aber Entwicklung wäre ohne SU und erst [recht] gegen sie undenkbar gewesen. SU war sich von Beginn ihrer eigenen Reformpolitik an bewußt, welche Folgen dies für die DDR haben werde.
3. Strukturelle Umgestaltung in der SU in allen Bereichen (politisch, wirtschaftlich, „im nationalen Bereich") noch immer im Anfangsstadium. Dies gelte erst recht für die DDR – Ablauf, Qualität und Tempo der Umgestaltung in der DDR hingen jedoch – im Gegensatz zur SU – entscheidend von der Politik der Bundesregierung ab.
4. Politische Parolen, wie der Vorrang der gesamteuropäischen Friedensordnung vor der Lösung der deutschen Frage oder die Lösung der deutschen Frage ausschließlich unter einem europäischen Dach, klängen vernünftig; sie könnten sich jedoch als Leerformeln erweisen oder – was noch schlimmer wäre – in Widerspruch zur tatsächlichen Politik geraten. *SU sei besorgt, daß die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen gerade in dieser entscheidenden Phase der Zäsur in eine für sie unerwünschte und gefährliche Richtung gehen könnte – aus welchen Gründen auch immer.*
5. Die Entwicklung in der DDR müsse mit Geist und Buchstaben der gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung vom 12.6.1989 in Einklang bleiben. Das betreffe vor allen Dingen die Anerkennung der bestehenden europäischen Nachkriegsstrukturen *auf absehbare Zeit* als Grundlage für neue Entwicklung. Für die SU heiße das, daß der Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung Priorität haben müsse vor der Lösung der deutschen Frage, d. h. vor der Beantwortung der Frage nach den künftigen Formen der nationalen und staatlichen Existenz der Deutschen. Die gesamteuropäische Friedensordnung müsse als unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage aufgefaßt werden.
6. Die strikte, uneingeschränkte und vorbehaltlose Einhaltung der Ostverträge, einschließlich des Grundlagenvertrages mit der DDR, müsse so lange eine Selbstverständlichkeit sein, bis die neue gesamteuropäische Friedensordnung und Stabilität hergestellt und gesichert sei.
7. Heute sei eine neue Lage in der DDR entstanden. Jetzt gilt es, auf der Grundlage des Grundlagenvertrages mit der DDR einen neuen Modus vivendi zu finden. Der Vorschlag von Ministerpräsident Modrow einer „Vertragsgemeinschaft" sollte es ermöglichen, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland restriktiv und pragmatisch zu handhaben. Andernfalls werde die DDR objektiv in ihrer Existenz bedroht.

II. *„Nichtamtliche" Überlegungen*

Jetzt sei die Stunde gekommen, das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR von allen Relikten aus der Vergangenheit zu befreien.

1. Die DDR sei auf wirtschaftliche Zusammenarbeit angewiesen. Vorbedingungen dürfen nicht zur Selbstverleugnung und zur Destabilisierung der DDR führen. Die Bundesregierung sollte sich großzügig verhalten und einen langen Atem haben.
2. Im Bereich der Abrüstung tun sich für beide Staaten der deutschen Nation zusätzliche großartige Möglichkeiten auf. Es hänge jetzt in ganz entscheidender Weise von der Bundesregierung ab, wie schnell und umfassend Fortschritte im Interesse beider deutscher Staaten bei den Abrüstungsfragen erreicht werden könnten.

3. Es sei der Wunsch bzw. die Bitte der SU, die langfristige Lösung der deutschen Frage nicht zum Gegenstand der Tagespolitik oder des Wahlkampfes zu machen.
4. Rein theoretisch gefragt: Wenn die Bundesregierung beabsichtigen würde, die Frage der Wiedervereinigung bzw. Neuvereinigung in die praktische Politik einzuführen, dann wäre es vernünftig, öffentlich über die Vorstellungen der zukünftigen Allianzzugehörigkeit beider deutscher Staaten und über die Austrittsklausel der Pariser Verträge und des Römischen Vertrages im Wiedervereinigungsfall nachzudenken.
5. Sollte es – theoretisch gesehen – ebenso gelingen, die DDR recht bald in die EG zu integrieren, soll dann die SU am „Katzentisch" sitzen und ihren DDR-Handel via Brüssel betreiben, Eurozölle bezahlen und auf die heutige Meistbegünstigung mit der DDR verzichten? Auch darüber sollte die Bundesregierung nachdenken.
6. Die SU denke im Zusammenhang mit der deutschen Frage bereits über alle möglichen Alternativen nach, sogar über gewissermaßen „Undenkbares". Sie habe von Anfang an gewußt, worauf sie sich bei einer Umgestaltung auch in der DDR einlasse. In diesem Zusammenhang wäre die SU an der Haltung der Bundesregierung zu einem möglichen Friedensvertrag interessiert. Die Bundesrepublik Deutschland könne sich dabei nicht auf ihre Alliierten verlassen, die nicht auf ihr Besatzungsstatut verzichten wollten.
7. Die SU verfolge mit einem lachenden und mit einem tränenden Auge, daß „mancher gescheite Kopf in Bonn" den Ausweg darin sieht, eine künftige deutsche Konföderation in die EG zu integrieren, wobei dies als gesamteuropäische Integration verbrämt werde. Diese Richtung passe der SU nicht. Die Bundesregierung solle dabei daran denken, daß die SU die Westalliierten, vor allem Paris, mit der Idee von zwei Friedensverträgen jeweils mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR verführen könnte. Dabei sei sicher, daß in einem solchen Fall die Westalliierten mehr Rechte in der Bundesrepublik als die SU in der DDR beanspruchen würden.
8. Es könne durchaus davon ausgegangen werden, daß sich auf dem Wege der Annäherung der beiden deutschen Staaten schon sehr bald die Frage eines Friedensvertrages stellen werde. Es wäre deshalb vernünftig, gemeinsam vertraulich darüber nachzudenken, evtl. auch gemeinsam mit der DDR.
9. Es sei vorstellbar, daß die SU in absehbarer Zeit, d. h. mittelfristig, einer wie immer gearteten deutschen Konföderation grünes Licht geben könnte. Dies würde jedoch voraussetzen, daß es auf deutschem Boden keine fremde nukleare Präsenz mehr geben dürfte. Dies wäre vielleicht die einzige Conditio sine qua non, die die SU für ihr Wohlverhalten gegenüber künftigen deutschen Regelungen aufrechterhalten könnte.

Ivan N. Kuz'min

Kurzer Abriss der innenpolitischen Entwicklung in der DDR von 1955 bis zur deutschen Vereinigung

Der Darlegung dieses Materials möchte ich folgende prinzipielle Feststellung vorausschicken: Gerade innere Prozesse in der DDR führten zu jener sozialen Explosion im Herbst 1989, die eine Bedingung für die darauffolgende lawinenartige Entwicklung war. Im Vergleich dazu waren äußere Faktoren, wie der Einfluss der Gorbačev'schen Politik der Perestroika, die wachsende Einflussnahme durch die BRD, der beginnende Zerfall der Organisation des Warschauer Pakts und die Niederlage der UdSSR im diplomatischen Wettstreit mit dem Westen, zweitrangig.

Ende Dezember 1984 kam ich in die Hauptstadt der DDR. Dies war seit 1948 meine fünfte Verwendung in Berlin, bei der ich nunmehr zum dritten Mal den Informations- und Analysedienst des Apparates der sowjetischen Auslandsaufklärung in der DDR leitete – eine Funktion, die ich bis zum Sommer 1991 innehatte. In den fünf Jahren, in denen ich in Moskau gewesen war, hatte sich in der DDR – auf den ersten Blick – nichts geändert. Die Ostdeutschen lebten auch weiterhin ein bedächtiges und geordnetes Leben, und das, gemessen an unseren sowjetischen Maßstäben, ohne Mangel und in Wohlstand. Es schien, als würden sie durch ihr Sein die Sentenz von Bertold Brecht bestätigen: „Wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm." Oder wie unsere Spötter meinten: „Nicht einmal der Sozialismus hindert die Deutschen daran, gut zu leben."

Allerdings befand sich diese Idylle im Widerspruch zu dem spezifischen Provinzialismus, der ein Wesensmerkmal des ostdeutschen Daseins war. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leisteten tagtäglich die Medien der DDR, deren Materialauswahl bemerkenswert langweilig und einseitig war. Interesse weckte vor allem Weggelassenes und Verschwiegenes in den Zeitungen, das man durch den Vergleich mit sowjetischen Veröffentlichungen entdecken konnte. Kurzum, wir verschafften uns, wie Millionen Ostdeutscher auch, unsere Informationen überwiegend über den Äther aus Westberlin oder der BRD.

In den DDR-Geschäften war es während dieser Zeit offensichtlich zu Verschlechterungen gekommen. Das Sortiment war noch langweiliger geworden, während die Preise für viele Produkte gestiegen waren. Gleichzeitig hatte man den Verkauf gefälligerer oder modischer Waren in die „Exquisit"- oder „Delikat"-Läden verlagert, in denen diese dann zu außerordentlich hohen Preisen verkauft wurden. Trotzdem hatten die DDR-Bewohner begonnen, sich gepflegter und eleganter zu kleiden und verzichteten keineswegs auf die teuren Lebensmittel.

Das Jahr 1984 war ein Jubiläumsjahr. Die Feierlichkeiten anlässlich des 35. Jahrestages der DDR-Gründung waren groß angelegt und von einer Vielzahl von Veranstaltungen

geprägt, die gar nicht im Rahmen eines Jahres untergebracht werden konnten. Ein Teil der anlässlich des 35. Jahrestages einzelner Einrichtungen veranstalteten Maßnahmen, darunter auch des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), musste ins nächste Jahr verschoben werden. Die Atmosphäre der sich in die Länge ziehenden Feierlichkeiten erschwerte die Bewertung der Realität, in der ungeachtet des äußeren Wohlstandes Züge einer sich entwickelnden Krise zu erkennen waren.

Am Vorabend des MfS-Jubiläums hielt Minister Erich Mielke vor den Mitarbeitern der sowjetischen Auslandsaufklärung in Berlin am 16. Januar einen vierstündigen Vortrag über die Lage in der Republik. Der Vortrag war ungeachtet der traditionellen Weitschweifigkeit vor allem deshalb interessant, weil er die Sichtweise der obersten Führung des Landes widerspiegelte. Er nahm eine umfängliche Analyse der Situation in den verschiedenen Bereichen vor und zeichnete dabei ein recht vollständiges und offenes Bild der Lage.

Die Schlussfolgerungen des Vortrages liefen dabei auf Folgendes hinaus: Die Situation im Lande rufe aus der Sicht der Staatssicherheit keine Befürchtungen hervor. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstütze die Politik der SED und der DDR-Regierung. Im Lande gäbe es keine politischen Kräfte, die eine Gefahr für die Gesellschaftsordnung darstellen könnten. Regierungsfeindliche Proteste seien Einzelerscheinungen. Aktivitäten gegnerischer Geheimdienste würden erfolgreich unterbunden.

Die Dissidentenbewegung in der DDR sei amorph und werde von zahlenmäßig kleinen, kirchennahen Gruppen repräsentiert. Diese fänden in der Bevölkerung fast keine Resonanz, eine gewisse Reklame für sie erfolge jedoch durch westliche Massenmedien. Alle diese Gruppen und deren Kontakte zum Westen würden von der Staatssicherheit zuverlässig kontrolliert. In der DDR gäbe es keinen politischen Untergrund. Diese Schlussfolgerung wiederholte der Minister mehrfach.

Große Besorgnis rief jedoch, wie dem Vortrag zu entnehmen war, die Situation innerhalb der Jugend hervor. Die FDJ-Organisationen würden offensichtlich ihren Aufgaben nicht gerecht. Während alle Grundschüler echte Lenin-Pioniere seien, würden sich unter den älteren Schülern Skepsis und fehlender Glaube an die Ideale des Sozialismus breitmachen. Große Gruppen von Jugendlichen würden sich gänzlich der Kontrolle durch die Gesellschaft entziehen. Hunderte, wenn nicht gar Tausende junger Männer und Frauen zögen ohne eine geregelte Beschäftigung durch die Republik, um plötzlich bei Massenveranstaltungen aufzutauchen. Unter ihnen gäbe es eine Vielzahl von Alkohol- und Drogenabhängigen. Zudem seien in den letzten Monaten unter den Jugendlichen einige Gruppen von Neonazis festgestellt worden.

Als eines der Hauptprobleme für die DDR-Staatssicherheit wurde das ständige Anwachsen der gegenseitigen Besuche zwischen Ost- und Westdeutschen ausgemacht. Die Gesamtzahl dieser Besuche innerhalb eines Jahres läge bei neun Millionen – bei einer Einwohnerzahl der DDR von 16,5 Millionen. Es sei verständlich, dass ein derartiges Ausmaß an Kommunikation jegliche realen Möglichkeiten zur Aufdeckung von operativ bedeutsamen Kontakten oder zur Gewährleistung der Kontrolle über diese überstiegen.

Die Entwicklung gegenseitiger Kontakte zwischen den Bewohnern beider Teile Deutschlands stimuliere zweifellos den Weggang von DDR-Bürgen in den Westen. Jedoch erschienen die Handlungen des Staates in diesem Bereich nach den Worten des Ministers inkonsequent. Einerseits würde diesbezüglich eine harte, repressive Politik ver-

folgt, während andererseits die Praxis der westdeutschen Seite, Gefangene aus DDR-Gefängnissen, insbesondere wegen Fluchtversuchs in den Westen Verurteilte, freizukaufen, gefördert werde, was eindeutig zu einem Ansteigen der Zahl der Rechtsverletzungen und Straftaten in der Republik beitrage. Unter diesen komplizierten Bedingungen ergreife das MfS ausreichend wirksame Maßnahmen zur Normalisierung der Situation.

Die wirtschaftliche Lage im Land sei völlig normal, auch wenn Versorgungsengpässe (wie etwa der Mangel an Südfrüchten vor den Weihnachtsfeiertagen oder nicht in ausreichender Menge in den Geschäften vorhandene Filets oder andere hochwertige Fleischerzeugnisse) die Stimmung der Bevölkerung negativ beeinflussten. Der Minister ließ sich die Möglichkeit nicht entgehen, darauf hinzuweisen, dass die Wiederaufnahme der Lieferungen sowjetischen Erdöls im früheren Umfang – ab 1982 waren sie um zwei Millionen Tonnen verringert worden – der DDR gestatten würde, eine Vielzahl von Problemen zu lösen.

Kurz gesagt, fünf Jahre vor der sozialen Explosion in der DDR bewertete die Führung des Landes die Situation und deren Entwicklungsperspektiven optimistisch. Derartige Prognosen herrschten sowohl im Osten als auch im Westen vor. Und dies, obwohl wir schon seit mehreren Jahren eine baldige Krise in der DDR vorhergesagt hatten. Die Situation blieb jedoch stabil und die Informationen aus Berlin wurden bei uns zu Hause heruntergespielt. Ähnlich ging es wohl auch den Mitteilungen des amerikanischen Botschafters Vernon Walters, der nach seiner Ankunft 1988 in Bonn mit noch frischem Blick feststellte, dass der Zusammenbruch der DDR unmittelbar bevorstünde.

Die deutschen Historiker Armin Mitter und Stefan Wolle schrieben, dass es selbst noch in der ersten Hälfte des Jahres 1989 „dem kühnsten Propheten [...] nicht im Traum eingefallen [wäre], dass am Ende des Jahres Hunderttausende auf die Straße gehen würden, um Freiheit und Demokratie einzufordern“.[1]

Gleichwohl wäre es falsch, anzunehmen, dass die soziale Explosion in der DDR gewissermaßen bei Null angefangen hätte. Sie war Ergebnis einer sich über einen langen Zeitraum erstreckenden und widersprüchlichen Entwicklung innerer und äußerer Prozesse, die in komplizierter Weise voneinander abhängig waren.

An dieser Stelle muss vor allem auf die sich aus der objektiven Notwendigkeit der Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation ergebenden Prozesse verwiesen werden. Diese erfuhren nach dem Treffen zwischen Erich Honecker und Helmut Kohl am 14. März 1985 in Moskau eine spürbare Beschleunigung, wobei dies in erster Linie für die Kontakte und Beziehungen zwischen den Deutschen aus beiden Teilen Deutschlands galt.

Die Zahl der gegenseitigen Besuche erhöhte sich von neun Millionen im Jahre 1985 auf 12,3 Millionen im Jahre 1988. Die Anzahl der Übersiedler in den Westen nahm deutlich zu. Auch andere Formen der Kommunikation weiteten sich aus. So stieg die Anzahl der Telefongespräche zwischen der DDR und der BRD einschließlich Westberlins (umgerechnet auf die Dauer von fünf Minuten pro Gespräch) auf die Größenordnung von ca. 40 Millionen Verbindungen pro Jahr, der Umfang der Brief- und Postkartensendungen auf 300 Millionen und der Paket- und Päckchensendungen auf 50 Millionen.

[1] Vgl. *Armin Mitter/Stefan Wolle* (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS, Januar–November 1989, Berlin 1990, S. 8.

Vor allem nach dem Besuch Erich Honeckers 1987 in Bonn erfuhren neben den zwischenmenschlichen Kontakten in den deutsch-deutschen Beziehungen auch die Beziehungen zwischen Institutionen, Unternehmen, Bildungseinrichtungen und verwandten Berufsgruppen eine deutliche Entwicklung. Auch im wirtschaftlichen Bereich begannen sich unkonventionelle Formen der Zusammenarbeit herauszubilden. Und eine neue Art des Kontakts weitete sich aus – Städtepartnerschaften zwischen Städten der DDR und der BRD, die neue Strukturen mit weitgefächerten Möglichkeiten für die darauffolgende Annäherung beider Seiten schufen.

Ein weiterer Bereich, in dem sich die deutsch-deutschen Beziehungen in Richtung Wiederherstellung der Einheit des Landes entwickelten, war die die BRD, die DDR und Westberlin verbindende Infrastruktur. Das ihr zugrunde liegende System von Verbindungswegen und Anlagen, das sich noch aus den Zeiten Hitler-Deutschlands erhalten hatte, wurde speziell nach Abschluss des Grundlagenvertrages systematisch verbessert. Für diese Zwecke (d. h. für den Bau und die Instandsetzung von Autobahnen, die Sanierung von Schleusen des Mittellandkanals, die Verlegung eines Lichtleiterkabels zwischen der BRD und Westberlin, die Verbesserung der Telefonnetze und die Einführung von Selbstwählverbindungen, die Elektrifizierung bestimmter Eisenbahnstrecken und anderes) wurden durch die westdeutsche Seite Aufwendungen in Milliardenhöhe erbracht.

Die finanzielle Abhängigkeit der DDR von Westdeutschland wuchs kontinuierlich. Und dies betraf nicht nur die Devisen-Verschuldung gegenüber dem Westen, die Ende 1989 20,6 Milliarden US-Dollar betrug und mit den Schulden der Sowjetunion vergleichbar war. Die Verflechtung der finanziellen Interessen und die gegenseitige finanzielle Abhängigkeit von DDR und BRD beschränkten sich nicht auf den Kreditsektor. Sie fanden ihren Niederschlag in verschiedensten festen und flexiblen Zahlungen Westdeutschlands an die DDR (für die Benutzung der Autobahnen auf dem Transitweg nach Westberlin, für Postdienstleistungen, für kirchliche Bauleistungen usw.). Das Gesamtvolumen dieser Zahlungen betrug fünf bis sechs Milliarden Mark pro Jahr. Etwa eine weitere Milliarde Mark floss für Handelsvergünstigungen.

Eine wichtige Einnahmequelle für Devisen waren die Geschäfte der Intershop-Kette, in denen Waren westlicher Firmen gegen D-Mark und US-Dollar verkauft wurden. Der Umlauf einer zweiten Währung in der DDR, die häufig auch im Zahlungsverkehr auf dem Binnenmarkt verwendet wurde, entwickelte sich zu einem spürbaren sozialen Faktor im Land und trug zur Spaltung der Gesellschaft bei. Im August 1988 wurde ein Abkommen unterzeichnet, das die postalische Überweisung von D-Mark an DDR-Bürger erlaubte.

Schließlich muss auch auf die Abschwächung der deutsch-deutschen ideologischen Konfrontation hingewiesen werden. Die SED zeigte eine immer größere Passivität in der ideologischen Auseinandersetzung, indem sie die These von der Abgrenzung zwischen den beiden deutschen Nationen zurückzog und sich im Wesentlichen auf Polemik zur Sicherung des Friedens beschränkte.

Somit gelangte die allgemeine Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen im Jahr 1989 in ein qualitativ neues Stadium, in dem die wachsende gegenseitige Abhängigkeit der beiden deutschen Staaten in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen die Wiederherstellung der Einheit des Landes wahrscheinlicher werden ließ.

Der deutsch-deutsche Annäherungsprozess trat jedoch in Widerspruch zum Kurs der DDR-Führung, die inneren Reformen eine Absage erteilte. Dieser Widerspruch prägte in bedeutendem Maße den weiteren Fortgang der Ereignisse. Die auf eine Abgrenzung von der Gorbačev'schen Politik der Perestroika gerichtete Linie Erich Honeckers übte einen wesentlichen Einfluss auf das Anwachsen oppositioneller Einstellungen aus und führte zu einer Polarisierung der Kräfte innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft.

Die Forderungen des Januar-Plenums des ZK der KPdSU von 1987 nach einer grundlegenden Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens in der UdSSR wurden von Erich Honecker als Abweichung vom Leninismus aufgefasst. Eine negative Reaktion darauf erfolgte bereits im Februar 1987. Auf einer erweiterten Sitzung des Sekretariats des ZK der SED, an der die Ersten Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen teilnahmen, wurde de facto beschlossen, eine Zensur für Materialien aus der Sowjetunion einzuführen. Außerdem wurde empfohlen, die durch die Perestroika hervorgerufene Verschlechterung der Lage in unserem Land anschaulich darzustellen. Gleichzeitig wurde angeordnet, die eigenen Erfolge der Republik nach Kräften zu propagieren. Die Umsetzung dieser Weisung führte zu einem noch größeren Auseinanderklaffen der ostdeutschen Wirklichkeit und ihrer Widerspiegelung in den DDR-Medien. Dies trug zu einer Zunahme kritischer Einstellungen bei und ließ eine innere Unzufriedenheit im Lande heranreifen. Beleg für die Veränderung der Stimmung innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft war die negative Reaktion auf das „Stern"-Interview von Kurt Hager vom April 1987, in dem die SED-Führung sich erstmals öffentlich vom Reformkurs in der UdSSR distanzierte.[2] Dieses Interview, das in großer Auflage von den DDR-Medien verbreitet wurde,[3] rief im Land auf allen Ebenen Unmut hervor – von den einfachen Bürgern bis hin zu den Repräsentanten der SED-Spitze.

Anfang 1988 erhielt die negative Stimmung in der ostdeutschen Gesellschaft einen beträchtlichen Impuls. Lokale Dissidenten provozierten Repressivmaßnahmen der Behörden, die wiederum eine scharfe, negative Reaktion in der BRD auslösten und dank einer Kampagne in den dortigen Medien auch auf die öffentliche Meinung in der DDR einwirkten. Am 17. Januar, während einer Demonstration zum Gedächtnis an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin, versuchten Dissidentengruppen, mit der Forderung nach Redefreiheit aufzutreten. Dieser Versuch wurde unterbunden und 120 Demonstranten festgenommen. Unmittelbar darauf erfolgte die Verhaftung einer großen Gruppe führender Dissidenten. Protestaktionen in Westdeutschland und in der DDR selbst erzwangen eine Einstellung des Gerichtsverfahrens gegen die Inhaftierten. Auf höchster Ebene wurde entschieden, sie in die BRD auszuweisen.

Das Politbüro des ZK der SED diskutierte am 16. Februar speziell „über vom Gegner gesteuerte konterrevolutionäre Aktionen gegen die DDR" und beschloss, die Aktivitäten der Kirche zur Unterstützung der Dissidenten zu unterbinden. Es wurden Maßnahmen zur Abschreckung von Bürgern eingeleitet, die in den Westen ausreisen wollten. So wurde etwa empfohlen, Gespräche mit denjenigen zu führen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten und ihnen zu „erläutern", ob ihr Antrag begründet sei. Auf der Grundlage solcher

2 Vgl. Stern vom 9. April 1987.
3 Vgl. Neues Deutschland vom 10. April 1987.

Gespräche wurden innerhalb eines Monats 180 DDR-Bürger verhaftet, was den Erläuterungen ein hohes Maß an Überzeugungskraft garantierte.

Wir verzeichneten vereinzelte Fälle, die als Einschränkung des Umgangs mit Sowjetbürgern ausgelegt werden konnten. Die Repressalien gegen die sowjetische Presse wurden fortgeführt. Konkret wurde beschlossen, drei Ausgaben der Zeitschrift „Novoe Vremja" zu beschlagnahmen (ein Großteil der Auflage dieser Zeitschrift erschien in deutscher Sprache), und im November wurde auf Weisung Honeckers der Vertrieb des „Sputnik", eines Digests der sowjetischen Presse, verboten. Diese Entscheidung rief in allen Schichten der DDR-Bevölkerung Unmut hervor. Bis Ende des Jahres gingen beim ZK der SED 800 Protestschreiben gegen das Verbot der Zeitschrift ein.

Unzweifelhaft stand die Verschärfung der innenpolitischen Linie der SED-Führung in dieser Zeit in direktem Zusammenhang mit deren negativer Einschätzung der Perestroika-Politik Gorbačevs. In einem offenen Gespräch mit Botschafter Vjačeslav Kočemasov erklärte Honecker, dass die SED-Führung nach sorgfältiger Analyse entschieden habe, den Begriff „Perestroika" in offiziellen Dokumenten nicht zu verwenden.

„Die Sache ist die, dass wir mit einigen Prinzipien nicht einverstanden sein können, die hinter diesem Wort stehen. Aber mit der Zeit haben wir festgestellt, dass die Führung der KPdSU zur direkten Revision Leninscher Prinzipien übergegangen ist. [...] Wir sind gegen die Praxis der reinsten Verleumdung der Geschichte der KPdSU, des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR. Erstaunen erregen sehr zweifelhafte Experimente in der Wirtschaft, ganz zu schweigen von der Informationssphäre."[4]

Nach Aussage von Kočemasov sagte Honecker in einem Gespräch im engeren Kreis: „Wenn Gorbatschow so weitermacht, zerstört er in zwei Jahren die Partei und das Land."[5] Wie man sieht, haben sich diese Worte Honeckers als prophetisch erwiesen.

Das beginnende Jahr 1989 stand von den ersten Monaten an ganz im Zeichen der Veranstaltungen anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung. Einige von ihnen hatten nicht nur Massencharakter, sondern zeichneten sich auch durch den Enthusiasmus ihrer Teilnehmer aus. Dies lässt sich mit voller Berechtigung sowohl über die Maidemonstrationen, als auch über das Berliner Pfingsttreffen der Jugend sagen, an dem 750 000 Jugendliche teilnahmen.

Die Vorfreude auf das Jubiläum ging jedoch mit einem Gefühl der inneren Anspannung einher. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten standen in scharfem Kontrast zu den Verlautbarungen über die Siege im sozialistischen Wettbewerb. Der Konfrontationskurs der DDR-Spitze gegenüber der sowjetischen Führung löste Besorgnis aus. Im Jubiläumsjahr fehlte in den Losungen zum 1. Mai erstmals seit Gründung der DDR die Grußadresse an die KPdSU und die Sowjetunion.

Zusätzlich verkompliziert wurde die Situation im Sommer 1989 durch eine Erkrankung Erich Honeckers, die ihn für zweieinhalb Monate vom Staatsruder fernhielt. In dieser Zeit war das ZK der SED nur eingeschränkt handlungsfähig und durchlebte nach Aussage von Günter Schabowski eine „Periode der Intransparenz".[6] Als auf einer der ZK-Sitzungen Anfang September eine Diskussion über die Lage im Land aufkam, wurde mit

4 *Wjatscheslaw Kotschemassow*, Meine letzte Mission. Fakten, Erinnerungen, Überlegungen, Berlin 1994, S. 72.

5 Ebd., S. 73.

6 *Günter Schabowski*, Der Absturz, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 227.

Stimmenmehrheit beschlossen, keine grundsätzlichen Fragen in Abwesenheit des Generalsekretärs des ZK der SED zu erörtern.[7]

Zum Katalysator der allgemeinen Krise wurde in jenen Tagen der Ausreisedrang der ostdeutschen Bevölkerung, der den Charakter einer Massenpsychose annahm. Unaufhaltsam wuchs der Strom der Gesuche um Übersiedlung in den Westen. Monatlich gingen etwa 30 000 Neuanträge bei der Polizei ein.

Äußerst gefährlich entwickelte sich die Lage im August und September, als das Streben großer Massen von Ostdeutschen nach illegaler Ausreise aus der DDR zu einer Dauererscheinung wurde. Hierzu wurden vor allem Reisen nach Ungarn genutzt, mit dem visafreier Reiseverkehr bestand und wo das Regime an der Grenze zu Österreich liberal gehandhabt wurde. Trotz gewisser Widerstände seitens der ungarischen Grenzschützer gingen täglich etwa 100 DDR-Bürger nach Österreich und von dort aus in die BRD. Im September „erholten" sich in Ungarn 110 000 DDR-Bürger in Erwartung einer Möglichkeit, in den Westen ausreisen zu können.

Gleichzeitig gelangten immer wieder Ostdeutsche auf das Territorium der westdeutschen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau und erhoben die Forderung nach Ausreise in die BRD.

Zu einem schwarzen Tag für die DDR wurde der 10. September, als die ungarische Regierung die Öffnung der Grenze zu Österreich zur freien Ausreise der Ostdeutschen verkündete. Allein innerhalb der drei darauffolgenden Tage reisten 11 000 DDR-Bewohner über Österreich in die BRD, bis zum Ende des Monats waren es bereits 31 000.

In der ostdeutschen Gesellschaft herrschte Konfusion. Alle Schichten der DDR-Bevölkerung wurden von großer Besorgnis und einem Gefühl der Ausweglosigkeit erfasst. Das Thema der Massenemigration dominierte die Gespräche zuhause und am Arbeitsplatz. Angesichts dieser Entwicklungen bot die DDR-Führung ein Bild der Verwirrung und Hilflosigkeit.

Vor dem Hintergrund dieser hochdramatischen Ereignisse erschienen die Informationen über Aktionen von Friedensgruppen und anderen kirchennahen Organisationen alltäglich und unbedeutend. Allerdings gewannen diese Aktionen immer größere Ausmaße und politische Schärfe. Neben den in der DDR bekannten Dissidenten begannen auch kritische Rechtsanwälte, Schriftsteller und andere Vertreter der Intelligenz sich aktiv daran zu beteiligen. Nicht selten wurden nach Seminaren oder Gottesdiensten Kundgebungen veranstaltet, die zu Massendemonstrationen anwuchsen. Dabei war die führende und richtungsweisende Rolle der evangelischen Kirche klar zu erkennen.

Anfang September begannen sich aus kleinen Dissidentengruppen politische Massenorganisationen zu entwickeln: Die Sozialdemokratische Partei der DDR, das „Neue Forum", der „Demokratische Aufbruch", „Demokratie Jetzt" und die „Initiative Frieden und Menschenrechte" traten offen gegen die SED und deren Politik auf. Es konnte festgestellt werden, dass diese Handlungen zeitlich koordiniert erfolgten und grundsätzlich nach demselben Schema abliefen. Die Aufrufe der neuen politischen Bewegungen an die Öffentlichkeit, in denen sie ihre Aufgaben und Ziele darlegten, enthielten einen nahezu identischen Forderungskatalog. Sie alle kritisierten massiv Politik und Praxis des alltäglichen Sozialismus in der DDR, traten für eine möglichst weitgehende Demokratisierung

[7] Ebd., S. 230.

der Gesellschaft und gegen die „Deformation des Sozialismus" auf. Dies garantierte ihnen die Sympathie breiter Bevölkerungsschichten, darunter auch vieler SED-Mitglieder. So konnte zum Beispiel das „Neue Forum" bis zum Tag seiner offiziellen Zulassung am 8. November bereits 200 000 Unterstützungsunterschriften sammeln.

Die SED-Führung war nicht in der Lage, Wege zu einer Normalisierung der Situation im Lande auch nur in groben Zügen zu umreißen. Die einzige Variante, die sie hätte vorschlagen können – eine gewaltsame Lösung – war im Herbst 1989 ganz offensichtlich unannehmbar.

Die Bildung der Sozialdemokratischen Partei der DDR und der sogenannten Protestbewegungen erfolgte mit aktiver propagandistischer Unterstützung durch den Westen. Die Mitteilung über die Bildung einer Initiativgruppe zur Gründung der SDP, die am 31. August in der BRD veröffentlicht wurde, wurde zum Beginn einer propagandistischen Kampagne in den westdeutschen Medien mit der Losung: „In der DDR entwickelt sich eine innere Opposition!" Es versteht sich, dass die DDR-Behörden das Auftauchen der Protestbewegungen und der SDP äußerst negativ aufnahmen und deren Anträge auf Zulassung als politische Vereinigungen unverzüglich ablehnten. Jedoch verloren diese Verbote angesichts der beginnenden Paralyse der Macht immer mehr an Bedeutung und konnten die Ausweitung der oppositionellen Aktivitäten nicht mehr verhindern.

So sah die Lage in der DDR aus, als Erich Honecker am 25. September, kurz vor Beginn der Jubiläumsfeierlichkeiten, zu denen hochrangige Gäste aus 72 Ländern erwartet wurden, seine Amtspflichten wieder aufnahm. Unter diesen Bedingungen wurde zur Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Situation in der Republik ein außerordentlicher Krisenstab unter der Leitung von Egon Krenz gebildet. Dieser Stab arbeitete rund um die Uhr, an einigen seiner Sitzungen nahm auch Erich Honecker teil. Von großer Bedeutung waren dabei die unterschiedlichen Haltungen von Erich Honecker und Egon Krenz: Letzterer zeigte mehr Ruhe und Besonnenheit.

Unterdessen wurde die Lage aufgrund der massenhaften Versuche, in BRD-Botschaften zu gelangen, zusehends schwieriger. Anfang Oktober überstieg die Zahl der DDR-Flüchtlinge, die auf das Territorium der Botschaften in Prag und Warschau vorgedrungen waren, 6 000 Personen. Um einen internationalen Skandal zu vermeiden, stimmte die DDR-Führung einer Ausreise aller ihrer Bürger aus Prag und Warschau in die BRD über DDR-Gebiet zu. Gleichzeitig wurde der visafreie Reiseverkehr mit der ČSSR aufgehoben.

In der Nacht auf den 5. Oktober, als sich zum Empfang der Züge aus Prag Tausende Menschen in Dresden versammelt hatten, kam es in der Gegend um den Hauptbahnhof zu Massenunruhen. Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei gab es Verletzte. Am 5., 6. und 7. Oktober setzten sich die Proteste und Zusammenstöße mit der Polizei in Dresden fort und es kam zu Festnahmen.

Vor diesem Hintergrund fanden in Berlin die Jubiläumsfeierlichkeiten statt, bei denen der Besuch von Michail Gorbačev die größte Aufmerksamkeit auf sich zog. Dieser Besuch wird mit wachsender Distanz zur Herbstrevolution in der DDR immer mehr mythologisiert und der Gorbačev zugeschriebene Ausspruch: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" zu einem Aufruf an die Ostdeutschen hochstilisiert, mit der Revolution zu beginnen. Tatsächlich war es Gorbačev, der wieder einmal zu spät kam. Zu spät kam auch seine Empfehlung an die DDR-Führung, Reformen von oben durchzuführen,

solange das Banner der Veränderungen noch nicht von den dem Sozialismus feindlich gesinnten Kräften ergriffen worden sei. Das „Banner der Veränderungen" befand sich bereits vor dem Eintreffen Gorbačevs in Berlin in den Händen der Honecker-Gegner. Es ist angebracht, darauf hinzuweisen, dass am Tag des Gorbačev-Gesprächs mit der DDR-Führung in vielen Städten, wie etwa Berlin, Leipzig, Dresden, Plauen, Jena, Potsdam, Ilmenau, Magdeburg, Arnstadt und Karl-Marx-Stadt Massendemonstrationen gegen die Regierung stattfanden. Die revolutionäre Erhebung der breiten Massen ließ sich nicht mehr rückgängig machen.

Die SED-Führung hatte keinerlei Vorstellungen über Auswege aus der Krise. Es wurde offensichtlich, dass Honecker nicht mehr Herr der Situation war und vernünftige Entscheidungen behinderte. Die obersten Machthaber waren von Panik erfasst worden. Dies zwang Politbüromitglieder, die sich in bislang heimlicher Opposition zu Honecker befunden hatten, aktiv zu werden. Dank ihres Einsatzes wurde auf der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 17. Oktober der Rücktritt Erich Honeckers einstimmig beschlossen, Egon Krenz zum Generalsekretär des ZK der SED gewählt und dies am nächsten Tag auf einem ZK-Plenum bestätigt.

Dieses Ereignis ist in den Erinnerungen der daran Beteiligten ausführlich beschrieben worden. Trotzdem scheinen hier einige Klarstellungen angebracht. Die Veröffentlichungen von Günter Schabowski erzeugen den Eindruck, dass dieser eine Schlüsselrolle bei der Absetzung Honeckers gespielt und diese Aktion einen nahezu spontanen Charakter gehabt hätte.[8] Tatsächlich war jedoch der Auftritt Willi Stophs auf der entscheidenden Politbürositzung keineswegs das Ergebnis einer Absprache mit Schabowski. Es war dies vielmehr das Finale eines jahrelangen Kampfes um die Absetzung Honeckers, der von Stoph, gestützt auf einen Teil der Politbüromitglieder, wie Werner Krolikowski, Alfred Neumann, Erich Mielke und Egon Krenz, im Verborgenen geführt worden war.

Der Höhepunkt der Aktivitäten dieser Gruppe lag im Jahr 1986. Damals hatten die Parteigänger von Willi Stoph über die KGB-Vertretung in Berlin ein Paket mit Informationsmaterial zur persönlichen Kenntnisnahme an Gorbačev weitergeleitet, das einige Zeit später noch ein weiteres Mal über Botschafter Kočemasov übergeben wurde und den baldigen, unvermeidlichen finanziellen Bankrott der DDR und die politische Krise in der ostdeutschen Gesellschaft aufdeckte. Willi Stoph behauptete, dass Honecker die Fähigkeit zur realistischen Lagebeurteilung verloren habe und daher sein unverzüglicher Rücktritt notwendig sei. Und er bat Gorbačev um Unterstützung. Diese Schreiben blieben jedoch ohne Antwort.

Es sei darauf verwiesen, dass diese Intervention Stophs gegenüber Gorbačev nicht die einzige ihrer Art war. Dasselbe Thema hatte Mielke in einer Unterredung mit Gorbačev nach der Auszeichnung als „Held der Sowjetunion" und später – über Ligačev – auch Werner Krolikowski angesprochen.

Die nachfolgende Entwicklung in der DDR bestätigte die Richtigkeit der Prognosen der Honecker-Opponenten. Die Verweigerung der Unterstützung für die Gruppe um Stoph durch Gorbačev erwies sich als gravierender politischer Fehler. Dies wird auch von einem engen Berater Gorbačevs, Vadim Medvedev, in seinem Buch „Raspad" einge-

[8] Ebd., S. 262–271.

räumt.[9] Natürlich war unter den Bedingungen des Zusammenbruchs des sozialistischen Systems in den europäischen Ländern die Existenz der DDR als souveräner Staat undenkbar. Gleichwohl war eine Gelegenheit vertan worden, die soziale Explosion in der DDR abzuwenden bzw. zumindest deren Wucht zu vermindern und die Vereinigung Deutschlands zu für die DDR-Bewohner günstigeren Bedingungen zu gewährleisten.

Die Wahl von Egon Krenz in die höchsten DDR-Funktionen führte nicht zu einer Normalisierung der Lage, die Krise vertiefte sich weiter und die Situation glitt zeitweise bis an den Rand eines allgemeinen Chaos ab. Eine Welle von Kundgebungen und Demonstrationen wurde zu einer alltäglichen, das Innenleben der Republik bestimmenden Erscheinung. Nach Polizeiberichten waren in unterschiedlichen Städten der DDR täglich fünf bis sechs Demonstrationen gegen die Regierung zu verzeichnen, an denen über 20 000 Menschen teilnahmen. Die größte dieser Veranstaltungen mit ca. einer Million Teilnehmern, die einem Aufruf von Vertretern der „schöpferischen Intelligenz" gefolgt waren, fand am 4. November auf dem Alexanderplatz in Berlin statt. Die Redner kritisierten die Politik der SED in scharfer, emotionaler Form und riefen die Bürger auf, die DDR nicht zu verlassen, sondern bei deren Umgestaltung mitzuhelfen. Diese Demonstration übte einen außerordentlich starken Einfluss auf die Stimmung innerhalb der Bevölkerung aus.

Eine Art Barometer für das Ausmaß der Protestaktionen waren die Leipziger Montagsdemonstrationen. Am 2. Oktober versammelten sich dort 15 000 Demonstranten, am 6. November waren es bereits etwa eine halbe Million Menschen.

Die SED-Führung versuchte die Situation zu wenden, indem sie alle Kapazitäten für eine Demonstration am 23. Oktober in Schwerin mobilisierte, die gleichzeitig mit einer Kundgebung des „Neuen Forums" stattfinden sollte. Die Kundgebung der SED-Sympathisanten sollte gewissermaßen ein Signal für eine „politische Offensive" im ganzen Land darstellen. Sie wurde jedoch zum Misserfolg – die Mehrzahl der Demonstranten unterstützte die Oppositionellen. Von diesem Moment an waren die Protestbewegungen die unangefochtenen Herren der Straße.

Die Lage war extrem destabilisiert. Täglich verließen etwa Tausend Ostdeutsche über Ungarn die DDR. Anfang November öffnete sich für sie auch die tschechoslowakisch-westdeutsche Grenze, über die allein bis zum 7. November 50 000 DDR-Bewohner in die BRD ausreisten. Die Zahl der Flüchtlinge und Übersiedler erreichte im November astronomische Dimensionen – 110 000 Personen.

Bei dem Versuch, die Lage unter Kontrolle zu bringen, beschloss die DDR-Führung im Eilverfahren eine Verordnung, die die Grenzen nach dem Westen praktisch für alle DDR-Bürger öffnete. Die Begleitumstände der Bekanntmachung dieser Verordnung verliehen der Öffnung der Grenze zu Westberlin besondere Dramatik und führten in der Nacht vom 9. auf den 10. November zum „Fall der Berliner Mauer". Diese Umstände sind in allen Einzelheiten insbesondere in den Beiträgen von Igor Maksimyčev und Hans-Hermann Hertle in der Zeitschrift „Deutschland-Archiv" beschrieben.[10]

[9] *V. A. Medvedev*, Raspad. Kak on nazreval v „mirovoj sisteme socializma", Moskva 1994, S. 156–196.

[10] *Igor W. Maximytschew* [*I. F. Maksimyčev*] / *Hans-Hermann Hertle*, Die Maueröffnung, in: Deutschland-Archiv 27 (1994), H. 11, S. 1137–1158 (Teil I und II), und 28 (1995), H. 3, S. 286–290 (Teil III).

Die Öffnung der Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland ohne eine entsprechende Kompensation durch den Westen machte die weitere Existenz der DDR als Staat unmöglich. Dieses Ereignis demoralisierte das ostdeutsche Führungspersonal vollends.

„Doch die jahrelange Entfremdung von den Gefühlen der Menschen hatte bei der Führung den Instinkt dafür verkümmern lassen, wie sie die Chance dieses historischen Augenblicks nutzen konnte. In den nächsten Tagen zeigte sich nicht ein einziger Vertreter der DDR-Führung an der Mauer, während auf der anderen Seite sämtliche Spitzenpolitiker der Bundesrepublik aufmarschierten."[11]

Dieser Feststellung von Philip Zelikow und Condoleezza Rice kann man nur zustimmen.

In dieser Situation wählte die Volkskammer der DDR ganze vier Tagen nach dem Mauerfall einstimmig Hans Modrow zum neuen Vorsitzenden des Ministerrates. Es muss darauf hingewiesen werden, dass die herausragende Rolle, die dieser Politiker bei der Entwicklung der Ereignisse in der DDR bis hin zu den Wahlen vom 18. März 1990 spielte, in der Historiographie bisher keine entsprechende Würdigung gefunden hat. Er wurde von Persönlichkeiten wie Kohl und Gorbačev, die als „Gestalter der Geschichte" gelten, überlagert. Noch heute macht sich kaum jemand einen Begriff von der tatsächlichen Bedeutung des Wirkens von Hans Modrow als ostdeutscher Regierungschef in den fünf Monaten von Ende 1989 bis Anfang 1990, als nahezu jeder Tag die Gefahr des Aufflammens eines Bürgerkriegs im Lande mit unvorhersehbaren internationalen Folgen in sich barg.

Eine wichtige Komponente für die politische Entwicklung in jener Zeit waren die Veränderungen in der Parteienlandschaft der DDR, die beginnende Transformation der Blockparteien sowie deren Aktivierung, die vor allem in der Tätigkeit der Volkskammer ihren Niederschlag fand. Die Parteien des Demokratischen Blocks: CDU (140 000 Mitglieder), Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) (115 000 Mitglieder), Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) (110 000 Mitglieder) und Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) (104 000 Mitglieder), die de facto von der SED-Führung ausgehalten worden waren und diese bedingungslos unterstützt hatten, begannen zunächst schüchtern, später jedoch immer entschiedener, gegen ihre früheren Herren aufzubegehren.

Von großer Bedeutung war das Erscheinen der Sozialdemokratischen Partei auf der politischen Bühne. Diese neue, nicht durch die Zusammenarbeit mit den früheren Machtstrukturen kompromittierte Partei vermochte es schnell, eine beträchtliche Autorität zu erlangen und zählte bereits nach kurzer Zeit etwa 70 000 Mitglieder.

Diese Veränderungen übten einen äußerst starken Einfluss auf den Charakter der Volkskammer-Sitzungen aus, die nahezu vollständig im Fernsehen übertragen wurden und die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zogen. Ein denkwürdiges Ereignis war die Sitzung vom 13. November, auf der – wie oben erwähnt – Hans Modrow als neuer Ministerpräsident der DDR bestätigt wurde. Gleichzeitig fand die Wahl eines neuen Volkskammerpräsidenten statt und es erfolgte die Berichterstattung der Mitglieder des früheren DDR-Ministerrats. Die Volkskammer setzte einen vorläufigen Ausschuss zur Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption innerhalb der obersten Führungsebene ein.

[11] *Philip Zelikow/Condoleezza Rice*, Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997, S. 153.

Der Bericht der Minister der Regierung Willi Stoph, die am 7. November zurückgetreten war, führte zu einer noch größeren Kompromittierung der herrschenden Partei und deren Führung. Einen peinlichen Eindruck hinterließ der Auftritt von Erich Mielke. In seiner Ansprache an die Abgeordneten nannte er sie „Genossen", was einen Sturm der Entrüstung hervorrief und den Minister völlig aus der Fassung brachte. In seiner Verwirrung rief er als Reaktion auf die protestierenden Zwischenrufe der Abgeordneten aus: „Aber ich liebe euch doch alle!", was im gesamten Saal lautes Gelächter auslöste.

Einer der wichtigsten inneren Gründe für die sich schnell ausbreitende Krise in der DDR und deren Implosion war der fortschreitende Zerfallsprozess der regierenden Partei. Die oberste Führungsebene der SED und die Parteistrukturen vor Ort erwiesen sich als praktisch handlungsunfähig. Entscheidungen auf höchster Ebene wurden übereilt und teilweise unter chaotischen Bedingungen getroffen. Symptomatisch dafür war das 10. Plenum des ZK der SED vom 8. bis 10. November, das in einem vollständigen Durcheinander ablief.

Die in jenen Tagen in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Informationen über das große Ausmaß an Korruption, von der die Führung des Partei- und Staatsapparates befallen war, zerstörten das Vertrauen der Bevölkerung in die SED vollständig. Die weitgehende Kompromittierung von Parteikadern führte zur Absetzung einer großen Zahl führender Parteifunktionäre und staatlicher Entscheidungsträger unterschiedlicher Ebenen. Die seit Anfang November buchstäblich täglich verlautbarten Meldungen über Rücktritte von Spitzenfunktionären und deren Parteiausschluss führten zu Konfusion unter den Parteimitgliedern. An der Parteibasis gärte es, es kam zu Massenaustritten aus der SED und zum Zerfall ganzer Parteiorganisationen. Innerhalb von zwei Monaten verringerte sich die Zahl der Parteimitglieder um eine halbe Million.

Die Diskreditierung der SED förderte die Entstehung und unaufhaltsame Ausbreitung der Machtkrise in der DDR. Die Behörden aller Ebenen verloren beträchtlich an Handlungsfähigkeit. Die Aktivitäten des MfS waren vollständig paralysiert. In anderen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden wurden die Führungskräfte abgelöst und es folgten Massenentlassungen der Mitarbeiter. Parallel dazu kam es auch zum Zerfall der politisch-gesellschaftlichen Strukturen, auf die sich das SED-Regime gestützt hatte; wie etwa des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Freien Deutschen Jugend, des Schriftstellerverbandes der DDR und anderer Verbände. Manche von ihnen, wie etwa die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse" (mit einer Stärke von 400 000 Mann), deren Auflösung im Dezember beschlossen wurde, stellten ihre Aktivitäten gänzlich ein, während andere, etwa die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, der einmal über fünf Millionen Mitglieder angehört hatten, sich in nur wenige Mitglieder zählende Vereine und Zirkel umwandelten. All diese politisch-gesellschaftlichen Gebilde spielten in Ostdeutschland keine spürbare Rolle mehr.

Unter den Bedingungen des Zerfalls der Partei- und Staatsstrukturen, der Paralysierung der Macht vor Ort und der auf der Straße herrschenden Anarchie erlangten die Aktivitäten der DDR-Regierung unter Hans Modrow außerordentlich große Bedeutung. Es gelang ihm, einen gewissen Ausgleich der widerstreitenden Kräfte herzustellen und ein Umschlagen der Straßendemonstrationen in Massenunruhen zu verhindern. Dank der Bemühungen der Regierung wurde der Niedergang der Wirtschaft gestoppt, die Funktionsfähigkeit der Staatsmacht gewahrt, ein Dialog mit der BRD-Regierung aufgenom-

men und die Durchführung freier Wahlen zur Volkskammer sichergestellt. In einem Gespräch mit Michail Gorbačev führte Lothar de Maizière Ende April 1990 aus:

„Ich gehörte dem Kabinett von Hans Modrow an, und wir verfolgten damals drei Hauptziele: alles in unserer Macht Stehende zu tun, damit das Volk in den angebrochenen Wintermonaten weder fror noch hungerte und das Land nicht ausblutete. Die gesamte Tätigkeit der Regierung war lediglich eine Reaktion auf diese realen Gefahren jener Zeit. Es gelang uns, sie abzuwenden."[12]

Die von Modrow gebildete Regierung wurde am 18. November 1989 von der Volkskammer bestätigt. Im Unterschied zu anderen SED-Oberen hatte Modrow gut verstanden, dass die Partei unter den gegebenen Umständen nicht mehr weiter die führende Rolle in der Gesellschaft für sich beanspruchen konnte. Ausgehend davon war die Modrow-Regierung dem ZK der SED nicht rechenschaftspflichtig und er selbst hatte die Möglichkeit, eine eigenständige Linie zu verfolgen. Natürlich stützte sich Modrow auf die Parlamentsfraktion der SED, die in der Volkskammer die zahlenmäßig stärkste war, er war jedoch der Ansicht, dass eine Stabilisierung in der DDR nur durch die Schaffung einer breiten Koalition der wichtigsten politischen Kräfte des Landes möglich war. Dieses Prinzip fand seinen Niederschlag auch bei der Bildung des neuen Kabinetts und in der Regierungserklärung.

Die Regierungserklärung von Hans Modrow, die er auf der Volkskammersitzung am 17. November vortrug, enthielt ein breit angelegtes Programm grundlegender Veränderungen in vielen Bereichen der DDR, das darauf abzielte, das Land aus der wirtschaftlichen und politischen Krise herauszuführen. Sie spiegelte den zwischen den Koalitionsparteien erreichten Konsens wieder und zeugte von dem Bemühen, die von den Bürgerbewegungen proklamierten Ziele zu berücksichtigen. Die Erklärung der neuen Regierung stand in spürbarem Kontrast zu den Erklärungen von Egon Krenz, denen jegliche konzeptionelle Grundlage fehlte. Modrow benannte die Bereiche, in denen die Durchführung von Reformen vordringlich war.

In der Regierungserklärung wurde die Gleichberechtigung der Koalitionspartner hervorgehoben und die Opposition zur Zusammenarbeit mit dem neu gebildeten Ministerrat aufgefordert. Diese Erklärung wurde von der Volkskammer einmütig gebilligt. In bestimmtem Rahmen ließen auch die führenden Köpfe einiger Bürgerbewegungen ihre Zustimmung zum Programm von Hans Modrow erkennen, was gerade in der ersten Zeit der Tätigkeit der neuen Regierung von besonderer Wichtigkeit war.

Die Modrow-Regierung musste fast während ihrer gesamten Amtszeit unter erheblichem Zeitdruck und unter maximaler Anspannung aller Kräfte arbeiten. Nicht nur die politische Lage im Lande war extrem, auch in der Wirtschaft war eine Ausnahmesituation entstanden, weshalb auch hier eine ganze Reihe von Sofortmaßnahmen ergriffen werden mussten. Im Zusammenhang mit der andauernden Abwanderung großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung in den Westen spitzte sich die Arbeitskräftesituation in einigen Wirtschaftsbereichen zu. Gleichzeitig tauchten erstmals Zehntausende Arbeitslose auf. Im letzten Quartal 1989 kam es zu einem spürbaren Produktionsrückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (um vier bis fünf Prozent).

[12] *Michail Gorbatschow* [*Gorbačev*], Erinnerungen, Berlin 1995, S. 720.

Vor dem Hintergrund der riesigen Außenverschuldung gegenüber dem Westen wurde das Verrechnungssystem im Zusammenhang mit den gegenseitigen Besuchsreisen der Deutschen aus beiden Teilen des Landes schnellstmöglich geändert.

Schließlich bleibt noch ein weiteres Problem zu nennen: Die Liberalisierung der Reisevorschriften für polnische Staatsangehörige führte dazu, dass allein im Oktober 1989 700 000 Polen die DDR-Grenze überschritten, von denen die Hälfte nach Westberlin weiterfuhr. Ein Großteil von ihnen waren Zwischenhändler, die in den Geschäften der DDR in großem Stil staatlich subventionierte Waren aufkauften und diese dann in Westberlin oder Polen weiterverkauften. All dies verschlechterte die Versorgungslage und rief großen Unmut in der ostdeutschen Bevölkerung hervor. Ende November ergriff die DDR-Regierung Maßnahmen zum Schutz des Binnenmarktes und schränkte den Verkauf von Waren an Ausländer ein.

Die durch diese Vorgänge hervorgerufenen Belastungen der ostdeutschen Wirtschaft erreichten extreme Ausmaße. Es ist verständlich, dass die DDR-Führung auf der Suche nach einem Ausweg bemüht war, sich den Beistand Berlins zu sichern. In diesem Zusammenhang wurde bei den Verhandlungen, die Hans Modrow am 20. November und am 5. Dezember mit dem Chef des Bundeskanzleramts, Rudolf Seiters, führte, die Frage möglicher Kompensationen für Ostberlin durch die BRD in Gestalt eines „Solidarbeitrages" sowie das Thema der Einrichtung eines speziellen Devisenfonds für deutsch-deutsche Reisen angesprochen. Von diesen Projekten wurde nur der Reisedevisenfonds realisiert.

In den ersten zehn Dezembertagen spitzte sich die Lage in der DDR weiter zu. Höchste Brisanz erreichte die Krise in der SED. Der im Fernsehen verlesene Bericht des Volkskammerausschusses zur Untersuchung von Korruption und Amtsmissbrauch leitender DDR-Funktionäre rief in den Reihen der Partei Zorn und Fassungslosigkeit hervor. Betriebsdelegationen belagerten ununterbrochen das ZK der SED und die Volkskammer und forderten eine Bestrafung der Schuldigen. Am 2. Dezember versammelten sich erneut Tausende Demonstranten beim „Großen Haus". Die Teilnehmer der Kundgebung forderten den Rücktritt des Politbüros, das die Korruption decke. Egon Krenz, der zu den Demonstranten hinausgegangen war, wurde ausgepfiffen und kam nicht zu Wort.

Aus Furcht, verhaftete zu werden, floh am gleichen Tag der prominente DDR-Funktionär Alexander Schalck-Golodkowski, der Mitglied des ZK der SED gewesen war und als Kandidat für einen Sekretärsposten im ZK oder gar für die Position des Ministerratsvorsitzenden galt, in den Westen. Seine Flucht versetzte dem Prestige der Parteiführung einen weiteren schweren Schlag. Das 11. Plenum des ZK der SED musste am 3. Dezember feststellen, dass das Politbüro die Beschlüsse der vorangegangenen Plenartagungen nicht umgesetzt hatte, in denen gefordert worden war, alle von ehemaligen Mitgliedern der höchsten Führungsebene von Partei und Staat begangenen Verfehlungen lückenlos aufzudecken und entsprechende Konsequenzen zu ziehen. In der Folge wurde der Rücktritt des Politbüros und des gesamten Zentralkomitees der SED beschlossen.

Am 1. Dezember fasste die Volkskammer den Beschluss zur Aufhebung von Artikel 1 der DDR-Verfassung, in dem die führende Rolle der SED verankert war. Am 6. Dezember wurde der Rücktritt von Egon Krenz als Vorsitzender des Staatsrates der DDR angenommen.

Parallel zu diesen dramatischen Ereignissen entfachten die DDR-Medien, die nunmehr völlig offen berichten konnten, eine massive Kampagne gegen die „Stasi". Das Ziel, gegen das die Aktionen der durch Korruption, wirtschaftliche Schwierigkeiten und Polizeiwillkür aufgebrachten Menschen gerichtet werden sollte, wurde ganz klar definiert. Am 4., 5. und 6. Dezember kam es überall in der DDR zu Demonstrationen gegen das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS), das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit, an denen Hunderttausende Menschen teilnahmen. In 20 Städten gelang es den Demonstranten, in Objekte der Behörde einzudringen. In Dresden nahm eine tausendköpfige Menge das Gebäude der AfNS-Verwaltung ein und veranstaltete dort eine Orgie der Verwüstung.

In ostdeutschen Gefängnissen begannen Unruhen. Im Dzierzynski-Wachregiment des MfS flammte eine Meuterei auf. Es gab Versuche von „Demonstranten", in sowjetische Einrichtungen einzudringen. So führten Provokateure während der Ausschreitungen in Dresden eine aufgebrachte Menge zur örtlichen KGB-Vertretung. Vladimir Putin, der zu jener Zeit in dieser Einrichtung tätig war, ging zu den „Demonstranten" hinaus und bewegte sie dazu, sich von dem sowjetischen Militärobjekt zu entfernen.[13]

Vor allem im Dezember entwickelte sich in der DDR die reale Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen und des Entstehens eines Bürgerkriegs. Die noch verbliebenen staatlichen Strukturen waren machtlos und nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Obwohl es zur Modrow-Regierung in jener Zeit keine Alternative gab, verfügte diese nicht über den erforderlichen Rückhalt bei den Massen. Aus diesem Grund wurde die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bürgerbewegungen zur Aufrechterhaltung einer minimalen Kontrolle über die Lage zur Notwendigkeit. Zum Gremium, das diese Zusammenarbeit gewährleistete, wurde der Runde Tisch, eine Art ständig tagender Konferenz von Bevollmächtigten von Regierungs-, Oppositionsparteien und Organisationen.

Die konstituierende Sitzung des Runden Tisches fand am 7. Dezember 1989 statt. In den darauffolgenden Monaten spielte diese Einrichtung im politisch-gesellschaftlichen Leben der DDR eine zunehmend wichtige Rolle. Ende Dezember übernahm der Runde Tisch de facto die Kontrolle über die Aktivitäten der DDR-Regierung. Kennzeichnend für die Arbeit dieses Gremiums war eine ständige Schwächung des Einflusses der SED. Ein Gegenstand laufender Auseinandersetzungen war die Frage der weiteren Existenz der Staatssicherheitsbehörden.

Trotzdem gelang es dem Runden Tisch, auch abgestimmte Entscheidungen zu treffen, deren bedeutsamste den friedlichen Verlauf von Protesten und Demonstrationen sicherstellten. Interessant ist auch die Tatsache, dass sich am Vorabend der Verhandlungen zwischen Hans Modrow und Helmut Kohl am 19. und 20. Dezember in Dresden buchstäblich alle Teilnehmer des Runden Tisches für eine Zusammenarbeit mit der BRD unter der Voraussetzung der weiteren Existenz zweier souveräner deutscher Staaten ausgesprochen hatten.

Diese Verhandlungen schufen einen falschen Eindruck hinsichtlich der Perspektiven der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, denn es wurde erklärt, dass bereits im Frühjahr 1990 ein Vertrag über die Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen

[13] *Wladimir Putin/Natalija Geworkjan*, Aus erster Hand. Gespräche mit Wladimir Putin, München 2000, S. 93f.

beiden Staaten abgeschlossen werden solle. Helmut Kohl brachte die Bereitschaft zum Ausdruck, der Bitte der DDR zu entsprechen und dieser im Jahre 1990 eine Finanzhilfe in Höhe von 15 Milliarden Mark zu gewähren.

Gleichzeitig war während des Aufenthalts von Helmut Kohl in Dresden in der ostdeutschen Gesellschaft ein deutlicher Stimmungsumschwung zugunsten eines schnellen Beitritts der DDR zu Westdeutschland zu verspüren – die Losung „Wir sind das Volk!" wurde durch die Losung „Wir sind ein Volk!" ersetzt. Der wichtigste Grund für diesen Umschwung war der verlorengegangene Glaube an die Möglichkeit, die schwierige Situation aus eigener Kraft bewältigen zu können. Ausgehend davon setzte die Regierung Kohl endgültig auf die völlige Destabilisierung der DDR, um den überstürzten Anschluss an Westdeutschland als den optimalen Ausweg aussehen zu lassen.

Im Reigen der dramatischen Ereignisse des Dezembers nahm der XII. SED-Parteitag, der sich am Rande der Selbstauflösung der Partei abspielte und von entscheidender Bedeutung für deren weiteres Schicksal war, einen wichtigen Platz ein. Es handelte sich um einen außerordentlichen Parteitag, der in zwei Teilen durchgeführt wurde – am 8./9. und am 16./17. Dezember. Die einwöchige Pause zwischen beiden Sitzungen war für die Erörterung der beabsichtigten Beschlüsse in den Parteiorganisationen vor ihrer endgültigen Verabschiedung bestimmt. Per Parteitagsbeschluss wurde die Struktur der zentralen Parteiorgane verändert und die Parteiführung komplett ausgewechselt. Auch der Name der Partei wurde geändert: SED – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED/PDS), eine Bezeichnung, die sich allerdings nicht lange hielt. Mit Beschluss des Parteivorstands vom 4. Februar 1990 wurde der erste Teil des Namens gestrichen und die Partei nannte sich fortan PDS.

Auf dem Parteitag kamen schärfste Widersprüche zum Vorschein. Einige Parteiorganisationen beantragten die Selbstauflösung der Partei, was jedoch von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt wurde. Der Abgrenzungsprozess innerhalb der SED/PDS wurde von der Bildung einer Vielzahl von Splittergruppierungen kommunistischer Ausrichtung mit vorwiegend orthodoxem Einschlag begleitet. Es entstanden die Marxistische Partei „Die Nelken", die Kommunistische Partei Deutschlands, die Marxistisch-Leninistische Arbeiterpartei u. a.

Auch im neuen Jahr kam die DDR nicht zur Ruhe. Die sozialen Spannungen ließen nicht nach, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößerten sich. Die massenweise Ausreise von Bürgern in den Westen setzte sich fort und es kam zu einer merklichen Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung. Außerdem war eine weitere Schwächung der öffentlichen Ordnung zu beobachten. Häufig verliefen Massenveranstaltungen chaotisch und endeten in Auseinandersetzungen mit der Polizei oder anderen Exzessen.

Am 15. Januar wurde auf Aufruf führender Vertreter des „Neuen Forums" eine Demonstration „gegen die sich hinziehende Auflösung des MfS/AfNS" durchgeführt, über die die Organisatoren schnell die Kontrolle verloren. Rund um das Hauptobjekt des MfS/AfNS hatte sich eine aggressiv gestimmte Menge von ca. 50 000 Personen versammelt. Unter deren Andrang öffneten Polizisten das Eingangstor. Die Teilnehmer der Aktion verwüsteten die Gebäude des Ministeriums. Die Wut der randalierenden Menge nahm außerordentlich gefährliche Formen an.

Heute ist es offensichtlich, dass der Sturm auf die MfS-Gebäude eine abgestimmte Aktion der Führung des „Neuen Forums" und des westdeutschen Auslandsnachrichten-

dienstes BND gewesen ist. Davon zeugt etwa das Buch des CIA-Mitarbeiters John O. Kohler, „Geheimnisse der Stasi".[14] Gleichwohl wurde in der BRD dank der Bemühungen großer Zeitschriften und solcher Autoren wie Anne Worst die Version von der federführenden Rolle der „Stasi" bei der Organisation der Verwüstungsaktion bestätigt.[15] Um es mit der russischen Klassik zu sagen: Hier lässt sich eine direkte Analogie zur Unteroffizierswitwe aufzeigen, die sich selbst ausgepeitscht hat.[16]

Es muss festgestellt werden, dass am 15. Januar 1990, ähnlich wie am 9. und am 10. November 1989, die reale Gefahr eines Blutvergießens und der Involvierung der sowjetischen Streitkräfte bestand. In den unmittelbar darauffolgenden Tagen blieb die Lage in der DDR außerordentlich gespannt. Die Leidenschaften wurden zu einem nicht unwesentlichen Teil von den westlichen Medien weiter geschürt, deren Beiträge oft in einem aggressiven Stil gehalten waren, Tatsachen direkt entstellten und von einem provokativhetzerischen Tonfall geprägt waren.

Hans Modrow und seine Mitstreiter befanden sich in einer äußerst schwierigen Lage. Vor dem Hintergrund der sich zunehmend radikalisierenden Massenkundgebungen drohte die Opposition mit der Organisation von Streiks, forderte für sich ein Vetorecht für Regierungsentscheidungen und stellte damit die Legitimität sowohl der Modrow-Regierung als auch der Volkskammer in Frage. Gleichzeitig verhielten sich die der Regierungskoalition angehörenden ehemaligen Blockparteien, insbesondere die CDU, destruktiv, forderten Modrow auf, seine Mitgliedschaft in der SED/PDS zu beenden und drohten mit ihrem Auszug aus der Regierung. Hinzu kam eine weitere Vertiefung der Krise innerhalb der SED/PDS, in der viele Parteiorganisationen eine Auflösung der Partei zu fordern begannen.

Unter diesen schwieriger gewordenen Bedingungen musste Hans Modrow zu radikalen Entscheidungen greifen, die die Entwicklung der Lage in der Republik bis zu den Parlamentswahlen maßgeblich beeinflussten. Am 28. Januar beriet sich Modrow mehrere Stunden lang mit dem Runden Tisch, wobei auf Antrag der SDP und mit Unterstützung der SED/PDS beschlossen wurde, die Wahlen zur Volkskammer der DDR auf einen früheren Termin, den 18. März 1990, vorzuziehen. Ebenso wurde beschlossen, Vertreter aller Oppositionsgruppierungen und -parteien des Runden Tisches in den DDR-Ministerrat aufzunehmen und somit eine „Regierung der Nationalen Verantwortung" zu bilden.

Diese Entscheidungen führten sofort zu einer spürbaren Beruhigung der Situation im Lande. Die Demonstrationen und Protestaktionen hörten schnell auf und die Bevölkerung verlagerte ihre Aktivitäten allmählich auf den Wahlkampf. Unter Vorbehalt kann gesagt werden, dass Ende Januar 1990 der Endpunkt der revolutionären Etappe im Dasein der Deutschen Demokratischen Republik erreicht worden war.

In der bis zu den Wahlen verbleibenden Zeit erarbeiteten und beschlossen die Modrow-Regierung, die Volkskammer und der Runde Tisch unter Berücksichtigung der un-

[14] *John O. Kohler*, The Untold Story of the East German Secret Police, Boulder 1999.

[15] Vgl. *Anne Worst*, Das Ende eines Geheimdienstes oder wie lebendig ist die Stasi?, Berlin 1991.

[16] Anm. d. Red.: Kuz'min spielt auf eine Figur aus der Komödie „Der Revisor" von Nikolaj Gogol' an, den Stadthauptmann Skvoznik-Dmuchanovskij, der sich gegen den Vorwurf, er habe eine Unteroffizierswitwe auspeitschen lassen, mit der Behauptung wehrt, sie habe sich selbst ausgepeitscht, Gogol', Der Revisor, IV. Akt, Szene 15.

vermeidlich bevorstehenden Vereinigung mit der BRD eine ganze Reihe von Gesetzen, die dem Schutz der Interessen der DDR-Bürger und der Wahrung bestimmter sozialer Garantien für sie in einem vereinten Deutschland dienen sollten. Die wichtigste dieser Entscheidungen betraf ein Gesetz, in dem die Rechtmäßigkeit der von der Sowjetischen Militäradministration in der sowjetischen Okkupationszone Deutschlands von 1945 bis 1949 vorgenommenen Enteignungen bestätigt wurde. Vor allem wurde darin die Rechtmäßigkeit der Enteignung des Großgrundbesitzes und der darauf basierenden Durchführung der Bodenreform in Ostdeutschland festgeschrieben. Am 27. März wurden diese Bestimmungen vom Ministerrat der UdSSR bestätigt.

Im Dezember 1989 und im ersten Vierteljahr 1990 vollzogen sich in der ostdeutschen Parteienlandschaft gewaltige Veränderungen. Die auf der ersten Sitzung des Runden Tisches Anfang Dezember getroffene Entscheidung, am 6. Mai 1990 Volkskammerwahlen durchzuführen, stellte einen gewaltigen Impuls für die Aktivitäten der im Lande existierenden Parteien dar und führte zur Entstehung neuer Parteien und Vereinigungen.

Unter den neuen Parteien verzeichnete die sozialdemokratische Partei, die in kurzer Zeit in allen Regionen der DDR ihre Organisationsstrukturen aufbaute, den greifbarsten Erfolg. Hierzu trugen nicht nur die in Ostdeutschland bewahrten sozialdemokratischen Traditionen bei, sondern auch die tiefe Sympathie, die einige SPD-Politiker, vor allem Willy Brandt, bei der DDR-Bevölkerung genossen.

Neben der SDP erreichte nur die Deutsche Soziale Union (DSU) als neu entstandene Partei einen gewissen Einfluss. Alle anderen neuen Parteien blieben politische Splittergruppen und spielten weder vor noch nach den Wahlen vom 18. März eine merkliche Rolle.

Die DSU wurde am 20. Januar 1990 auf einem Kongress in Leipzig gegründet. Es handelt sich dabei um eine konservativ-nationalistische Partei, die in ihren programmatischen Aussagen der bayerischen Christlich-Sozialen Union nahesteht. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal der DSU bestand darin, dass ihre Leitfiguren in aggressivem Tonfall die unverzügliche Vereinigung Deutschlands forderten. Im März 1990 zählte die DSU 35 000 Mitglieder.

Von den ehemaligen Blockparteien stabilisierte die CDU ihre Position am schnellsten. In Bonn hatten die Verantwortlichen bald erkannt, dass die DDR-CDU ihr natürlicher und stärkster Bündnispartner war, da sie sich auf eine bedeutende Zahl von Mitgliedern stützen konnte und über eine belastbare Organisationsstruktur sowie eine ernst zu nehmende materielle Basis verfügte. Deshalb ging der Bundesvorstand der CDU zur vollständigen Unterstützung der ostdeutschen Christdemokraten über, schaltete sich ausgesprochen aktiv in deren Aktionen ein und begann die Handlungen der Führung der DDR-CDU inhaltlich und im Detail zu steuern.

Außerordentlich schwierig gestaltete sich die Entwicklung innerhalb und um die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, die trotz komplizierter, gegen ihre Führung gerichteter Intrigen seitens der Bonner Parteispitze der Freien Demokraten, ihre Organisationen aufrechterhalten konnte. Zur Volkskammerwahl trat die LDPD gemeinsam mit anderen Parteien auf einer gemeinsamen Liste als Bund Freier Demokraten an.

Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands vermochten es nicht, Partner in der BRD zu finden oder Koalitionsvereinbarungen mit anderen DDR-Parteien zu schließen. Ihre neuen programmatischen Aussa-

gen erwiesen sich als verschwommen, und die Parteiführung war nicht in der Lage, einen entsprechend umfassenden Wahlkampf zu organisieren, um den anderen Parteien Paroli bieten zu können.

Der neuen Führung der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) gelang es, den vollständigen Zerfall ihrer Organisationsstrukturen abzuwenden und eine gewisse Konsolidierung in den Reihen der Partei herbeizuführen. Eine positive Rolle spielte hierbei der PDS-Parteitag vom 24./25. Februar, auf dem die Wahlplattform der Partei festgelegt wurde. Am Vorabend des Parteitages wurde mitgeteilt, dass die PDS auf 700 000 Mitglieder geschrumpft war.

In dieser Zeit kam es zu einer grundlegenden Änderung der Situation innerhalb der Bürgerbewegungen, die die Katalysatoren der Wende in der DDR gewesen waren und die Massenproteste der Ostdeutschen angeführt hatten. Sie waren nicht in der Lage, das Vakuum zu füllen, das durch die Zerstörung des von der SED kontrollierten Machtapparates herbeigeführt worden war. Das wichtigste Motiv, das die verschiedenartigen oppositionellen Strömungen vereint hatte – der Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die SED – war nicht mehr vorhanden. In diesem Umfeld begannen sich deutliche Selbstständigkeits- und Absonderungstendenzen bemerkbar zu machen.

Dies alles führte zu einer Differenzierung der Bürgerbewegungen. Das „Neue Forum", „Demokratie Jetzt", die „Initiative Frieden und Menschenrechte" und einige andere Gruppen lehnten weiterhin die Idee eines vereinten Deutschland ab oder machten grundlegende Veränderungen in beiden Teilen des Landes zur Bedingung für die deutsche Vereinigung. Die führenden Vertreter dieser Strömungen waren weiterhin gegen die Schaffung von festen Organisationsstrukturen und die Umwandlung ihrer Bewegungen in politische Parteien.

Im Gegensatz dazu hielten der „Demokratische Aufbruch" und die „Deutsche Forumpartei" (eine Abspaltung des „Neuen Forums") Ende Januar Gründungsveranstaltungen ab, wandelten sich in politische Parteien um und änderten dabei ihre Ausrichtung. Sie vollzogen eine Wende zur Zusammenarbeit mit der westdeutschen CDU und der FDP und übernahmen deren Positionen zur Frage der deutschen Vereinigung.

Diese Entwicklungstendenzen der politischen Parteien und Bürgerbewegungen hatten einen wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis der DDR-Volkskammerwahlen vom 18. März 1990.

Der Stimmungsumschwung der DDR-Bevölkerung vom Dezember hatte den weiteren Gang der Ereignisse vorherbestimmt. Innerhalb von zwei bis drei Monaten erfolgte eine soziale Umorientierung eines bedeutenden Teils der Gesellschaft. Die Idee der Vervollkommnung des Sozialismus in der DDR hatte ihre frühere Anziehungskraft verloren. Der in der Republik in Gang kommende Wahlkampf für die Volkskammerwahl wurde von Politikern aus der BRD dominiert und verlief nach westlichen Standards. Sein Ergebnis war eine vernichtende Niederlage für die Anhänger des Sozialismus bei der Wahl am 18. März. Es entstand eine Regierung der „Großen Koalition", in die bei klarem Übergewicht der Christdemokraten auch Sozialdemokraten und Freie Demokraten eintraten.

Die „Große Koalition" stützte sich in der Volkskammer auf eine qualifizierte Mehrheit, wodurch sie die Möglichkeit hatte, Gesetze zur Änderung der bisherigen DDR-Verfassung zu beschließen. Unter massiver Einflussnahme seitens der wichtigsten politischen

Kräfte der BRD wurde die Liquidierung des eigenen Staates und der schnellstmögliche Beitritt der DDR zu Westdeutschland vorangetrieben.

Ende August 1990 wurde der Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands unterzeichnet, auf dessen Grundlage die Deutsche Demokratische Republik mit dem 3. Oktober 1990 zu existieren aufhörte und zu einem Teil der BRD wurde.

Bernd Faulenbach

Zur Verschränkung von politisch-gesellschaftlichen Prozessen und internationaler Politik 1989/90

Die deutsche Vereinigung wird nicht selten verengt als politischer, gleichsam diplomatiegeschichtlicher Prozess gesehen. Dabei werden tiefere politisch-gesellschaftliche Zusammenhänge, nicht zuletzt Wandlungsprozesse im sozialistischen Lager, die die deutsche Vereinigung nicht lediglich ermöglicht, sondern teilweise verursacht haben, ausgeblendet. Dazu einige Anmerkungen und Thesen, die zur Gesamtbeurteilung 1989/90 beitragen sollen.

I.

Bis weit in das Jahr 1989 hinein galt für die meisten Regierungen und die Öffentlichkeiten der europäischen Länder die Nachkriegsordnung als selbstverständlich. Vor allem die Sowjetunion trat als Macht auf, die die Nachkriegsordnung garantierte. Ihre Außenpolitik war in erheblichem Maße darauf ausgerichtet, den Status quo in Europa zu befestigen. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang daran, dass die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) ursprünglich ein sowjetisches Projekt war, das vor allem der Festschreibung der Nachkriegsgrenzen dienen sollte. Doch auch westliche Länder und ihre Regierungen, wie die Großbritanniens, Frankreichs oder Italiens, schienen an der Erhaltung der deutschen Zweistaatlichkeit – aus Gründen der Staatsräson bzw. vor dem Hintergrund ihrer historischen Erfahrungen – interessiert. Und auch die Deutschen hatten sich an die Zweistaatlichkeit gewöhnt. Bekanntlich zielte die „neue Ostpolitik" nach 1969 darauf, die Grenzen durchlässig zu machen, nicht aber die Grenzen aufzuheben. Man strebte ein geregeltes Nebeneinander mit Möglichkeiten zu einem Miteinander an, glaubte aber, allenfalls langfristig durch Überwindung der europäischen Spaltung in einer europäischen Friedensordnung die deutsche Einheit wiederherstellen zu können, wobei deren Formen meist nur sehr vage gekennzeichnet wurden.

Wenn gleichwohl binnen eines guten Jahres 1989/90 die Nachkriegsordnung an ihr Ende kam, die beiden deutschen Staaten sich vereinigten und die Konturen eines neuen Europa entstanden, so war dies auf tiefgreifende politisch-gesellschaftliche Prozesse zurückzuführen, die sich zunächst gleichsam hinter dem Rücken der Zeitgenossen vollzogen hatten.

II.

Der Umwälzung 1989–1991 (ich beziehe hier die Sowjetunion mit ein) war eine politisch-ökonomische Erosion der sozialistischen Länder vorausgegangen. In der Sprache von Karl Marx formuliert, gerieten in den Ländern des „realen Sozialismus" die Produktivkräfte in einen ausgesprochenen Gegensatz zu den Produktionsverhältnissen. Hatten die Sowjetunion und die sozialistischen Länder – vereinfacht formuliert – in den 50er Jahren, d. h. in einer Zeit, als Montanindustrien, Schiffbau usw. noch eine große Rolle spielten, es vor allem um Tonnenproduktion ging, noch hohe ökonomische Wachstumsraten aufgewiesen (die denen des Westens mindestens ebenbürtig waren), so machte sich danach schon bald – was die ganze Breite der ökonomischen Produktion, nicht zuletzt der Konsumgüter angeht – ein deutliches Zurückbleiben des sozialistischen Lagers hinter der Entwicklung der westlichen Industrienationen bemerkbar. Vollends gerieten die Sowjetunion und das sozialistische Lager – trotz eindrucksvoller Spitzentechnologien in bestimmten Bereichen – bei der Entwicklung und Einführung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien seit den 70er Jahren ins Hintertreffen. Aufs Ganze gesehen waren für die Sowjetunion und auch für die anderen osteuropäischen Länder zunehmend stagnierende Volkswirtschaften charakteristisch, was auch den Partei- und Staatsführungen nicht verborgen bleiben konnte, auch wenn sie diesen Tatbestand teilweise verdrängten.

Dies war umso relevanter, als das sozialistische Lager sich von der Weltwirtschaft nicht abschotten konnte; bei der Bewältigung der daraus resultierenden Probleme seit den frühen 70er Jahren hatte es sogar größere Probleme als die westlichen Industrieländer. Vor diesem Hintergrund suchten die meisten sozialistischen Länder, nicht zuletzt die Sowjetunion und die DDR, die Zusammenarbeit mit westlichen Partnern. Dabei entwickelte sich teilweise eine ausgesprochene Asymmetrie in den Beziehungen von Ost und West, partiell entstand sogar eine Abhängigkeit des Ostens, insbesondere der DDR, vom Westen.

Dies alles führte zu den – sehr späten – Reformbemühungen der sowjetischen Führung unter Jurij Andropov und vor allem unter Michail Gorbačev, der das hoffnungslose Zurückbleiben der sowjetischen Entwicklung überwinden wollte – ob mit geeigneten Mitteln, darüber ist zu diskutieren. Allerdings spricht manches dafür, dass das System letztlich nicht reformfähig war.

III.

Mit der ökonomisch-politischen Stagnation ging in Osteuropa eine ideologisch-politische Erosion einher. Unverkennbar verlor der Marxismus-Leninismus an Anhängerschaft und waren die kommunistischen Parteien zunehmend weniger in der Lage, ihre ideologisch-politischen Ansprüche in den Gesellschaften, in denen unterschiedliche Kräfte nach mehr Autonomie strebten, noch durchzusetzen. Man kann von Zerfallsprozessen der kommunistischen Systeme sprechen, die 1989 in den verschiedenen Ländern unterschiedlich weit vorangeschritten waren. Hatte es schon früh Versuche gegeben, das kommunistische System abzulösen (DDR 1953 und Ungarn 1956) oder das System zu reformieren (Prag

1968), so wurde seit den 70er Jahren insbesondere Polen Vorreiter für Entwicklungen von mehr gesellschaftlicher Autonomie, was angesichts des Anspruchs der kommunistischen Systeme im Grunde von diesen nicht hingenommen werden konnte. Zwar wurde die Gewerkschaft Solidarność durch Verhängung des Kriegsrechtes verboten, doch ließ sich das durch die katholische Kirche gestützte Streben nach gesellschaftlicher Selbstbestimmung nicht mehr dauerhaft unterbinden; der aus Polen stammende Papst Johannes Paul II. förderte diesen Prozess. So vollzog sich in Polen ein längerer evolutionärer Übergang in die nachkommunistische Zeit. Vergleichbares, doch ohne Zuspitzungen wie in Polen, vollzog sich in Ungarn, wo Reformkommunisten bzw. aus der kommunistischen Partei stammende Persönlichkeiten, sicherlich von wichtigen gesellschaftlichen Kräften mitgetragen, den Weg in eine nachkommunistische Zeit bahnten. Aufs Ganze gesehen ließ sich Osteuropa angesichts der Bedeutung moderner Kommunikationstechnologien nicht mehr von der übrigen Welt abschotten.

Eine besondere Rolle spielte Gorbačevs Perestrojka-Politik. Sie war Reaktion auf Veränderungen und Katalysator der Veränderungen zugleich. Sie lässt sich als – in der russischen Geschichte nicht eben seltene – Reform von oben betrachten. Zugleich war sie jedoch der Versuch, auf die Probleme der Sowjetunion und der kommunistischen Welt eine den veränderten Bedingungen und Herausforderungen angemessene Lösung zu finden. Gorbačevs Politik verstärkte oder initiierte vielerorts in Osteuropa den Wunsch nach Veränderungen. Dies gilt auch für die DDR, deren formelle Referenzgesellschaft zwar die Sowjetunion, deren informelle Referenzgesellschaft jedoch die Bundesrepublik war.

Die SED-Führung erwies sich als besonders reformfeindlich; reformorientierte Kräfte kamen gegen die überalterte Führung bis zum Herbst 1989 nicht zum Zuge. Dabei spielte allerdings auch der besondere Charakter der DDR als kleinerer deutscher Teilstaat, der im Schatten der größeren und erfolgreicheren Bundesrepublik stand, eine wesentliche Rolle. Otto Reinhold, Direktor des SED-eigenen Institutes für Gesellschaftswissenschaften und Mitglied des ZK, hob im August 1989 die spezifische Identität der DDR hervor, die diese von den anderen sozialistischen Ländern unterscheide:

> „Sie [die anderen sozialistischen Länder] haben bereits vor ihrer sozialistischen Umgestaltung als Staaten mit kapitalistischer oder halbfeudaler Ordnung bestanden. Ihre Staatlichkeit war daher nicht in erster Linie von der gesellschaftlichen Ordnung abhängig. Anders die DDR. Sie ist nur als antifaschistische, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar. Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen BRD haben? Natürlich keine.“[1]

In der Tat wurde die DDR nach dem Zusammenbruch der bisherigen politischen Struktur von den Bürgerinnen und Bürgern aufgegeben.

Voraussetzung der Auflösung des Staates DDR waren mithin tiefgreifende politisch-gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Osteuropa, die keineswegs alleine oder auch nur hauptsächlich auf Gorbačevs Politik zurückzuführen waren. Allerdings fühlten sich Reformkräfte innerhalb und außerhalb der kommunistischen Parteien durch diese Politik ermutigt. Schwer abzuschätzen ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Aufgabe der Brežnev-Doktrin, die zur Reformpolitik Gorbačevs nicht passte und von der auch

[1] Die „sozialistische Identität“ der DDR. Überlegungen von Otto Reinhold in einem Beitrag für Radio DDR am 19. August 1989 (Auszug), in: Blätter für deutsche und internationale Politik 34 (1989), S. 1175.

fraglich war, inwieweit ihre Anwendung tatsächlich noch dauerhaft „Erfolge“ im Sinne der Sowjetunion erreichen könnte. Andererseits aber blieb eben doch einige Unsicherheit in Osteuropa wie im Westen: Inwieweit repräsentierte Gorbačev die Sowjetunion? Wie stark war die Position traditioneller bzw. rückwärtsgewandter Kräfte? Konnte er nicht gestürzt werden oder sich dem Zwang reaktionärer Kräfte beugen? Wie man diese Fragen auch beantwortet: Seit Mitte der 80er Jahre wuchsen, gefördert durch die politische Entwicklung in der Sowjetunion – wenn auch in ganz unterschiedlichem Maße –, die Spielräume für Reformkräfte in den sozialistischen Ländern.

IV.

Bis weit in den Herbst 1989 ging man fast allerorten, im Westen wie im Osten, von der Stabilität der DDR und ihres politisch-gesellschaftlichen Systems aus. Es gab in der Bundesrepublik und auch in der DDR kaum nennenswerte politische Kräfte, die auf eine generelle Destabilisierung der DDR hinarbeiteten. Allerdings war unübersehbar, dass das SED-System seit Jahren stagnierte, die überalterte Führung keine Reformen wollte und die Abhängigkeit von der Bundesrepublik wuchs.

Vor dem Hintergrund dieser Stagnation waren es vor allem zwei Bewegungen, die die Politik des SED-Systems und dieses dann selbst in Frage stellten: die Ausreisebewegung und die Bürgerbewegung. Beide, insbesondere die Bürgerbewegung, wurden zu Massenbewegungen.

Die Ausreisebewegung resultierte aus einem alten strukturellen Problem der DDR – der Anziehungskraft des Westens für die Menschen im östlichen Teil Deutschlands. Diese speiste sich aus vielfältigen Quellen, zu denen negative Erfahrungen in der DDR, doch auch der ungleich höhere Lebensstandard wie auch die freiheitlichen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Westen gehörten. Die Attraktivität des Westens erhöhte sich – ungeachtet ökonomisch-gesellschaftlicher Probleme in der Bundesrepublik – in den 80er Jahren mit dem offensichtlichen Stillstand der Entwicklung in der DDR. Über die Medien, vor allem das Fernsehen, nahm die Bevölkerung der DDR am Geschehen in der Bundesrepublik teil, ohne wirklich dabei zu sein. Der Westen setzte für die meisten Menschen in der DDR zumindest teilweise die Maßstäbe, die in starker Spannung zur konkreten Realität in der DDR und ihrer ideologischen Überhöhung durch die SED standen, die viele nur scheinbar akzeptierten. Eine wachsende Zahl von Menschen stellte Ausreiseanträge; durch die Besetzung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin und die Besetzung bundesdeutscher Botschaften versuchten schließlich Tausende ihre Ausreise zu erzwingen.

Das SED-Regime versuchte Anfang November 1989 angesichts des politisch-gesellschaftlichen Drucks, durch neue Reisebestimmungen ein Ventil zu schaffen. Folgen waren die Öffnung der seit 1961 existierenden Mauer und massenhafte Besuche von Ostdeutschen in Westberlin und in der Bundesrepublik. Dies hatte erhebliche sozialpsychologische Konsequenzen: Auch eine reformierte DDR war für die meisten DDR-Bürger bald nicht mehr anzustreben, sondern nur ein Beitritt zur Bundesrepublik.

Nicht unterschätzt werden darf die Rolle der Bürgerbewegung im Herbst 1989. Die aus der Sicht der Staatssicherheit noch im Juli 1989 nur ca. 2 500 Menschen umfassende

Opposition, die sich teilweise unter dem Dach der Evangelischen Kirche hatte entwickeln können, fand – wie die Leipziger Montagsdemonstrationen zeigten – bald beträchtliche Resonanz in breiten Bevölkerungsschichten. Montagsdemonstrationen fanden schließlich in zahlreichen Städten der DDR statt. Die SED-Führung löste zwar Honecker ab und installierte eine reformorientierte Regierung unter Hans Modrow, doch kam dieser Machtwechsel zu spät. Der SED gelang es nicht mehr, die Volksbewegung zu kanalisieren, zumal sich die Bürgerbewegung Organisationen schuf, lockere wie das Neue Forum, doch auch schon ausgesprochen politische wie die Sozialdemokratische Partei in der DDR. Auch begannen sich die alten Blockparteien teilweise gegenüber der SED zu verselbstständigen. Das bereits in erheblichem Maße erodierte, von der sowjetischen Führung nicht mehr mit allen Mitteln (inklusive des Einsatzes von militärischen Mitteln) garantierte SED-System brach unter dem Druck der politisch-gesellschaftlichen Bewegungen zusammen. Die SED versuchte sich umzugründen, d. h. ein Stück weit als SED/PDS zu demokratisieren, gleichwohl aber die Kontinuität der bisherigen Partei zu wahren, womit sie als Partei der bisherigen Systemanhänger überlebte, allerdings keineswegs mehrheitsfähig war.

Festzuhalten ist, dass der Wiedervereinigung der sukzessive Untergang des SED-Systems vorausgegangen ist, für den tiefere politisch-gesellschaftliche Ursachen verantwortlich sind, zu denen die Stagnation der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung, die Erosion des Herrschaftssystems und seiner Ideologie, die Herausbildung oppositioneller Gruppen und einer Gegenöffentlichkeit, die wachsende Unzufriedenheit breitester gesellschaftlicher Schichten und die Ausstrahlung der Bundesrepublik und ihrer Gesellschaft gleichermaßen zu rechnen sind.

V.

Die mangelnde Reformbereitschaft der SED-Führung stieß Ende der 80er Jahre auf wachsendes Unverständnis in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Der SPD-Politiker Erhard Eppler, der sich in diesen Jahren in besonderer Weise im Dialog mit der SED engagiert hatte, konstatierte in seiner Rede zum 17. Juni vor dem Deutschen Bundestag, man könne die alten Herren in Ostberlin nicht daran hindern, „sich selbst zu Grunde zu richten".

Die bundesdeutsche Politik gab ihre Zurückhaltung erst nach der Maueröffnung auf, die zu massenhaften deutsch-deutschen Begegnungen führte und eine „Wende" in der „Wende" zur Konsequenz hatte – aus dem Ruf „Wir sind das Volk" wurde bei den Demonstrationen der Ruf „Wir sind ein Volk". Helmut Kohls Zehn-Punkte-Programm manifestierte einen deutlichen Kurswechsel der bundesdeutschen Politik. Ökonomische und finanzpolitische Hilfen wurden an Konditionen – die Durchführung von Reformen – gebunden. Auch enthielt das Programm des Bundeskanzlers eine Perspektive auf konföderative Strukturen oder gar die Wiederherstellung der deutschen Einheit, eine Perspektive, die bewusst noch vage gezeichnet war.

Der sozialdemokratische Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hatte in der Haushaltsdebatte, in der Helmut Kohl seinen Zehn-Punkte-Plan darlegte, vor dem Kanzler ähnliche Positionen vertreten. Dementsprechend stimmten Sprecher der Opposition den

zehn Punkten zu, machten in den folgenden Tagen jedoch deutlich, dass das Konzept die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einschloss. Überhaupt hatte die SPD in diesen Wochen Mühe, eine einheitliche Position zu beziehen. Namentlich Oskar Lafontaine, der bereits als möglicher Kanzlerkandidat galt, plädierte zwar ebenfalls für mehr Freiheit in der DDR, stand aber offensichtlich einer Politik, die die Zweistaatlichkeit in der bisherigen Form in Frage stellte, skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Widerspruch fanden die zehn Punkte bei den Partnern der Bundesrepublik in der EG wie auch in der sowjetischen Führung. Dabei legte sich Helmut Kohl zunächst in seiner Deutschlandpolitik konkret noch nicht fest. Offenbar erst unter dem Eindruck seines Besuches in Dresden im Dezember 1989 entschloss er sich, die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu einem Nahziel der bundesdeutschen Politik zu machen.

Resümierend ist zu konstatieren: Erst die tiefgreifende Krise in der DDR, die im Kontext der Stagnation des „realen Sozialismus" zu sehen ist, initiierte in der Bundesrepublik eine neue Politik.

VI.

Die sowjetische Führung verhielt sich im Herbst 1989 zunächst so, wie man es von ihr gewohnt war. Als der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher das Zehn-Punkte-Programm in Moskau zu erläutern versuchte, wurde dieses Programm von der sowjetischen Führung rigoros abgelehnt. Gorbačev sprach sich wie Außenminister Eduard A. Ševardnadze öffentlich unmissverständlich gegen die Wiedervereinigung aus. Deutsche Beobachter von Egon Bahr, der vor allem mit Ex-Botschafter Valentin Falin kommunizierte, bis zu Michael Stürmer, der die Stiftung Wissenschaft und Politik leitete, hielten es für unmöglich, dass die sowjetische Führung – wie Stürmer es im November 1989 formulierte – ihre „Restsouveränität über die DDR" aufgäbe. Hinzu kam in der bundesdeutschen Diskussion das Argument, man dürfe Gorbačev nicht schwächen und die Gegner der Reformen stärken. Wenn die sowjetische Führung unter Gorbačev Anfang 1990 ihre Positionen in der Deutschlandpolitik revidierte, indem sie den Weg zur Wiedervereinigung zunächst nicht mehr ausschloss und dann auch konkret in den Formen, die der Zwei-plus-Vier-Prozess erarbeitete, ermöglichte, so ist dies unter Berücksichtigung verschiedener politisch-gesellschaftlicher Wandlungsprozesse zu erklären. Dabei sind zu nennen:

a) Die wirtschaftlich-sozialen Probleme in der Sowjetunion, die der Reformprozess freigelegt, teilweise sogar verschärft hatte, spitzten sich zu. Langfristig gute Beziehungen zu Deutschland schienen ebenso sinnvoll zu sein wie kurzfristige Hilfen nützlich waren, um die Probleme zu lösen.
b) Die DDR als Staat begann zu zerbröseln. Gespräche mit Hans Modrow, Gregor Gysi und auch Helmut Kohl haben Anfang 1990 in der sowjetischen Führung die Einsicht gefördert, dass die DDR in den bisherigen Strukturen nicht mehr zu (er)halten war.
c) Die bisherige sowjetische Herrschaft über Osteuropa hatte sich in vielerlei Hinsicht überlebt, sie war politisch, ökonomisch und kulturell nicht mehr zeitgemäß.
d) Erleichtert wurde die Neuorientierung sowjetischer Politik, so scheint es, durch die Entmachtung des Politbüros und die Verlagerung des Einflusses auf die Deutschland-

politik von einer orthodoxen zu einer realistischen Denkschule, die schon vorher begonnen hatte, das Undenkbare zu denken.

Sicherlich war die sowjetische Politik durch die Gleichzeitigkeit verschiedener Probleme überfordert. Neben den ökonomisch-sozialen Problemen sind etwa die Abspaltung der baltischen Republiken und die Nationalitätengegensätze zu nennen. Dass auch das Interesse an der Fortführung der Entspannungspolitik mit den USA für eine Flexibilisierung der sowjetischen Deutschlandpolitik sprach, sei wenigstens kurz erwähnt.

Zweifellos hatten die Veränderungen in der DDR zusammen mit der Überwindung der kommunistischen Systeme in allen osteuropäischen Ländern Rückwirkungen auf die Sowjetunion: Hier haben sie tendenziell die zentrifugalen Kräfte gefördert. Doch hat man bei der Gesamtbeurteilung der Vorgänge 1989–1991 die politisch-gesellschaftliche Krise der realsozialistischen Länder seit den 70er Jahren mitzusehen. Gorbačev versuchte sie durch Reformen zu überwinden. Doch offensichtlich ließen sich diese Systeme zu diesem Zeitpunkt ohne ihre Preisgabe nicht mehr reformieren. Ob dies zu einem früheren Zeitpunkt möglich gewesen wäre, ist eine theoretische Frage, die sich nur spekulativ beantworten lässt. Gorbačev formulierte im Oktober 1989 den Satz: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben." Dies kann man womöglich auch im Hinblick auf seine Reformpolitik sagen.

Zumindest ein Ziel der Deutschlandpolitik Gorbačevs wurde durch die Ermöglichung der Wiedervereinigung Deutschlands erreicht: die Entwicklung stabiler guter deutsch-russischer Beziehungen.

Boris V. Petelin

Die CDU/CSU und die Vereinigung Deutschlands

Zur Rolle der Deutschlandpolitik in den Jahren 1989/90

Der deutsche Historiker und Politologe Alexander von Plato schreibt in seinem Buch, dass die Erringung der nationalen Einheit der Bundesrepublik, Berlins und der DDR zur wichtigsten Errungenschaft in der Deutschlandpolitik Helmut Kohls geworden sei. Das Verdienst des Kanzlers bestehe darin, dass er unter Ausnutzung der entstandenen Möglichkeiten den Prozess der Wiedervereinigung maximal mit der europäischen Integration, der europäischen Sicherheit sowie den Interessen der USA, der UdSSR und der osteuropäischen Staaten verknüpft habe.[1] In der Tat, der Kanzler verfügte dafür über ein hochprofessionelles Team, aus dem, so nochmals Plato, Horst Teltschik herausragte, an dessen Seite sich der sehr erfahrene Außenminister Hans-Dietrich Genscher befand. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass Helmut Kohl nicht nur Bundeskanzler, sondern auch schon seit 1973 gewählter CDU-Vorsitzender war. Natürlich wurde die tatsächliche Politik in den Jahren 1982–1990 von der Regierung gemacht, der auch FDP-Minister angehörten, aber die Partei war, wie Gerd Langguth treffend formuliert, seine „Machtbasis“. Namentlich die CDU hatte – beginnend mit Konrad Adenauer – eine Linie in der Deutschlandpolitik verfolgt, deren Wiederaufleben Kohl zu Beginn der 80er Jahre verkündet hatte.

Kohl verfügte – im Unterschied zu Adenauer – über einen „deutschlandpolitischen Apparat“. Im weiteren Sinne können hierzu gezählt werden: die CDU, die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Regierungsbehörden, vor allem das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und das Bundeskanzleramt. Grundsatzfragen oblagen dem Bundeskanzleramt, das eine institutionalisierte Behörde der Exekutive ist. Zur Hausleitung gehörte neben dem Bundeskanzler der Chef des Bundeskanzleramtes, der die allgemeine Leitung aller übrigen Bereiche wahrnahm. Von 1982 bis 1984 stand Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, den Kohl noch aus Schulzeiten kannte, an der Spitze der Behörde. Ab November 1984 leitete Wolfgang Schäuble, einer der engsten Mitarbeiter und Berater von Kohl, das Bundeskanzleramt (am 21. April 1989 übernahm Rudolf Seiters die Leitung der Behörde). Weil Schäuble Staatsminister wurde, erweiterte sich dessen Aufgabenbereich erheblich und seine Stellung festigte sich. Der neue Status gestattete ihm, gleichberechtigt gegenüber den anderen Ministern aufzutreten, sich nach seiner Kooptierung in das Präsidium des CDU-Vorstands an der Arbeit der CDU/CSU-Fraktion

[1] *Alexander von Plato*, Die Deutsche Einheit – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Berlin 2002, S. 411.

im Bundestag zu beteiligen und eine koordinierende Rolle zwischen der zentralen Parteiführung und deren Landesverbänden zu übernehmen.

Die wichtigste Abteilung war die Abteilung 2, die für „auswärtige und innerdeutsche Beziehungen; Entwicklungspolitik und äußere Sicherheit“ zuständig war. Diese Abteilung bestand aus fünf „Referaten“, zwei speziellen „Gruppen“ („Gruppe 21“ und „Gruppe 22“) und dem „Arbeitsstab Deutschlandpolitik“, der ebenfalls über „Referate“ und eine „Gruppe 22“ verfügte, die sich ausschließlich mit den innerdeutschen Beziehungen und der Berlin-Frage befasste (Leiter: Ernst G. Stern). Früher wurde die Abteilung 2 von einem Beamten des Auswärtigen Amtes (AA) geleitet. Unter Kohl leitete diese Abteilung Horst Teltschik, der zu einer Schlüsselfigur bei der Umsetzung der Deutschlandpolitik wurde. Den „Arbeitsstab Deutschlandpolitik“ leiteten Hermann von Richthofen, der über große Erfahrungen und Kenntnisse aus dem Bereich der Außenpolitik verfügte und von 1986 bis 1990 Claus-Jürgen Duisberg. In der Abteilung 5 (Abteilungsleiter Eduard Ackermann) gab es Unterabteilungen, die Bestandteil des „deutschlandpolitischen Apparates“ waren. Die Umsetzung dieser Politik erfolgte auch über die „Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR“, den „Bevollmächtigen der Bundesregierung in Berlin“ und den „Persönlichen Bevollmächtigten des Kanzlers“. Inhalte, Verfahren und Art der Aktivitäten des „deutschlandpolitischen Apparates“ werden in den Memoiren von Helmut Kohl, Horst Teltschik, Wolfgang Schäuble, Rudolf Seiters, Michael Mertes sowie in den Untersuchungen von Karl-Rudolf Korte, Gerd Langguth und anderen Verfassern dargestellt.

Der deutsche Historiker und Politologe Wolfgang Jäger meint im dritten Band der „Geschichte der deutschen Einheit“, ab Spätsommer 1989 habe die „Wiedervereinigung“ als Hauptziel der CDU/CSU allmählich „Eingang in die operative (Außen-)Politik gefunden“.[2] Dazu hätten die lawinenartigen Veränderungen in Osteuropa, die die von den Siegern im Zweiten Weltkrieg errichtete europäische Ordnung veränderten, den Anstoß gegeben. Interessant sei die Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger am 1. September 1989 während der Debatte zum Thema „Friedensordnung in Europa“ gewesen.[3] Nachdem er Willy Brandt für den zuvor gehaltenen Beitrag gedankt hatte, brachte Dregger seine Ablehnung der SPD-Position zum Ausdruck und kam zu dem Schluss, dass „die Grenzfrage“ während der Debatten „eine etwas übermäßige Rolle gespielt“ habe. Dregger fuhr fort:

> „Wir müssen von der Tatsache ausgehen, daß Deutschland geteilt ist. Die Bundesrepublik Deutschland, der westliche Teilstaat Deutschlands, hat keine gemeinsame Grenze mit der *Volksrepublik Polen* und kann daher keinen Grenzregelungsvertrag mit Polen schließen. Der westdeutsche Teilstaat ist auch nicht befugt, über ostdeutsches Gebiet zu verfügen. Was würden wir sagen, wenn ein ostdeutscher Teilstaat über westdeutsches Gebiet verfügen würde?“

Auf diese Frage hatte Dregger nur eine Antwort: „eine *Grenzregelung zwischen Deutschland und Polen* kann nur ein wiedervereinigtes Deutschland treffen“, wenn Polen zu seinem Nachbarn wird.

2 *Wolfgang Jäger*, Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998, S. 16–17.

3 *Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen* (Hrsg.), Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989/91 (1991), Bonn, S. 175.

„Was die Bundesrepublik Deutschland in dieser Situation tun konnte, ist geschehen durch den *Warschauer Vertrag* unter Ihrer Kanzlerschaft, Herr Kollege Brandt, dessen Kernsatz lautet: ‚Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen haben gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche und werden solche auch in Zukunft nicht erheben.'"[4]

Als erfahrenem Politiker war Dregger keineswegs an einer Zuspitzung des Verhältnisses mit Polen gelegen. Für ihn war in diesem Moment nicht die Grenzfrage vorrangig, sondern die Substanz der inneren Reformen in der DDR und in der Volksrepublik Polen. Man müsse die Entstehung von Freiheit und Demokratie in Ost- und Mitteleuropa unterstützen. Als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßte Dregger die Herstellung und Ausweitung von Kontakten und Beziehungen zwischen Politikern unterschiedlicher Ebenen der BRD und Polens sowie den bevorstehenden Kanzler-Besuch in der Volksrepublik Polen. In seiner Rede unterließ er auch nicht einen Exkurs in die europäische Geschichte, in der unzählige Kriege die Konfiguration der Staaten geändert hätten. Die territoriale Teilung Europas nach dem zweiten Weltkrieg könne nicht als endgültig gelten. Im Jahre 1989 sei eine neue Periode territorialer Veränderungen angebrochen, womit Dregger recht behielt.

Dabei beabsichtigten die CDU/CSU-Politiker bei Weitem keine Destabilisierung, da ihnen klar war, was das nach sich ziehen könnte. Trotzdem hatte Kohl es nicht leicht, die Situation unter Kontrolle zu halten. Am 5. September 1989 mahnte der Kanzler im Bundestag:

„Das Verhältnis der beiden deutschen Staaten in Deutschland zueinander ist ein wesentliches Element der Stabilität in Europa. Angesichts mancher Stimmen kann ich nur warnend sagen: Wer diese Stabilität gefährdet, muss wissen, welche Folgen dies für alle Beteiligten hätte."[5]

Gleichwohl zeigt eine Durchsicht der den Zeitraum vor dem Fall der Berliner Mauer betreffenden Unterlagen aus dem Bundeskanzleramt, dass die in den Händen des Kanzlers und seines Apparats konzentrierte Deutschlandpolitik offensiven Charakter annahm. Die bundesrepublikanische Führung wurde in ihrem Bemühen, keine „unvorsichtigen" Handlungen hinsichtlich der DDR zuzulassen, de facto zum Schiedsrichter bei der Lösung deren innerer Probleme.

Ausdruck der operativen Deutschlandpolitik wurden Reisen von CDU/CSU-Politikern und Bundestagsabgeordneten nach Ost-Berlin und deren Begegnungen mit Vertretern der Opposition in der DDR. So weilte Anfang Oktober 1989 Minister Norbert Blüm in Ost-Berlin und traf dort einen der Oppositionsführer, Pastor Rainer Eppelmann. Zuvor war eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU unter Leitung von Eduard Lintner, einem führenden CSU-Experten zur deutschen Frage, in der DDR gewesen. Beleg für eine Intensivierung der Deutschlandpolitik war auch die wachsende Aktivität der BRD-Vertretung in Berlin, die operativ Informationen über die Entwicklung der Ereignisse in der DDR lieferte.

Eine wichtige Strömung in der Deutschlandpolitik der CDU/CSU-Führung wurde die Beteiligung am politischen Prozess in der DDR, der sich schnell in Richtung Entstehung

[4] Ebd., S. 176.
[5] *Jäger*, Die Überwindung, S. 17.

gegen die SED opponierender Parteien, Verbände und Bewegungen entwickelte.[6] Im „Arbeitsstab Deutschlandpolitik“ wurden Informationen über die neuen Bewegungen, wie etwa „Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“ und andere, gesammelt. Zur Opposition gegen das Regime wird auch die evangelische Kirche der DDR gerechnet, deren politische Rolle zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht überbewertet werden sollte. Wissenschaftler sollten die Tatsache nicht außer Acht lassen, dass sich Vertreter der CDU ab 1989 um Kontaktaufnahme zur ostdeutschen CDU bemühten. Wir verweisen auf Bernhard Worms, den CDU-Vorsitzenden in Nordrhein-Westfalen, der während seiner Reise durch verschiedene Städte der DDR den Wunsch äußerte, Kontakte zur CDU in Leipzig zu unterhalten. Deren Vertreter weigerten sich zu diesem Zeitpunkt jedoch, selbstständig zu handeln.[7]

Von Interesse ist das vom Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der DDR, Franz Bertele, vorbereitete und am 20. September 1989 an die Gruppe 22 des Bundeskanzleramtes nach Bonn übermittelte Fernschreiben „Bildung von Oppositionsgruppen in der DDR“. Darin wurde mitgeteilt, dass am 19. September 1989 in der Gethsemane-Kirche die Gründungsversammlung der Gruppe „Neues Forum“ stattgefunden habe (der Gründungsaufruf der Bewegung „Neues Forum“ war zuerst in der BRD-Presse veröffentlicht worden, was von den Organisatoren nicht geleugnet wurde). Es seien ca. 200 Personen anwesend gewesen, obwohl – wie Bärbel Bohley, eines der 30 Gründungsmitglieder berichtete – bereits 2000 Personen den Gründungsaufruf unterzeichnet hätten. Das „Neue Forum“ strebe eine offizielle Zulassung seiner politisch-gesellschaftlichen Tätigkeit bei den Behörden an. Gegen Ende der Veranstaltung habe sich kurz die Gruppe „Demokratie Jetzt“ vorgestellt. Im Unterschied zum „Neuen Forum“ verfüge diese Organisation bereits über eine konkrete Mitgliederliste mit Anschriften und Telefonnummern. Auch sei das Hauptziel von „Demokratie Jetzt“ benannt worden: die Aufstellung eigener Kandidaten für die nächste Volkskammerwahl.

Bertele nahm eine Bewertung dieser Organisationen vor. Nach seiner Meinung sei es ein Irrtum, diese als eine „effektive Opposition“ zur SED anzusehen. Im „Neuen Forum“ befänden sich mit Ausnahme einiger bekannter Intellektueller keine Politiker. Der Auftritt von Bohley sei „amateurhaft“ und unprofessionell gewesen. Selbst einfachste Organisationsformen seien nicht bedacht worden. So sei der Gründungsaufruf vielen Besuchern nicht bekannt gewesen, da nur eine begrenzte Zahl von Exemplaren vorhanden gewesen sei. Es sei kein Termin für ein neues Treffen festgelegt worden. Es sei nicht verwunderlich, dass „die meisten Besucher der Veranstaltung […] die Kirche ebenso vereinzelt und hilflos (verließen), wie sie gekommen waren.“[8]

Etwas besser sah es bei den Organisatoren von „Demokratie Jetzt“ aus. Dazu zählten Wolfgang Uhlmann, Ludwig Mehlhorn und Konrad Weiß, die verkündeten, dass sie nicht beabsichtigten, den Weg des „Neuen Forums“ zu gehen, sondern eine feste,

[6] Siehe ausführlicher *Boris V. Petelin*, ChDS/ChSS i stanovlenie novoj partijno-političeskoj sistemy v Vostočnoj Germanii 1989–1990 gg., in: *Ju. V. Galaktionov/B. Bonveč* (Hrsg.), Germanija i Rossija v XX veke. Dve totalitarnye diktatury, dva puti k demokratii, Kemerovo 2001, S. 427–436.

[7] Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (nachf.: ACDP), Pressedokumentation 1/20/6–1, 24. Mai 1989.

[8] *Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann* (Hrsg.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 410.

klar strukturierte Organisation schaffen wollten, jedoch vorläufig noch nicht in der Lage seien, konkret über ihre weiteren Aktivitäten Auskunft zu geben. Aufgrund dieser und weiterer Informationen erfolgte im Bundeskanzleramt die Suche und Auswahl zukünftiger politischer Verbündeter und Partner der CDU/CSU. Die DDR-Bürger ihrerseits erhielten Informationen über die Entstehung neuer politischer Organisationen überwiegend aus den westdeutschen Massenmedien. Das konnte übrigens auch nicht anders sein, denn die Führung und die Behörden der DDR betrachteten diese Organisationen und Bewegungen als dem sozialistischen Staat gegenüber„feindlich eingestellt".[9]

Als eine weitere Form operativer Deutschlandpolitik müssen die am 24. Oktober in Bonn aufgenommenen Gespräche von Rudolf Seiters und Wolfgang Schäuble (die Treffen erfolgten getrennt) mit dem dorthin gereisten SED-Vertreter Alexander Schalck-Golodkowski angesehen werden. Verhandlungsgegenstand war die Gewährung neuer Kredite an die DDR, die diese dringend benötigte. Am 7. November 1989 informierte Seiters Schalck-Golodkowski über die Entscheidung Kohls, die Gewährung finanzieller Hilfe mit der Garantie der Zulassung oppositioneller Kräfte zu freien Wahlen, also de facto mit dem Verzicht der SED auf das Machtmonopol, zu verknüpfen. Die revolutionären Ereignisse in der DDR haben dieser Verhandlungslinie in den deutsch-deutschen Beziehungen ein Ende gesetzt.

Am 8. November 1989 erstattete Helmut Kohl vor dem Bundestag den turnusmäßigen und, wie sich später herausstellte, letzten „Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland".[10] Die einstündige, substanzielle Rede des Kanzlers wurde durch ihre Aktualität zu einer Weiterentwicklung der Deutschlandpolitik der CDU/CSU unter den ungewissen und chaotischen Bedingungen im Osten Deutschlands. Der Bericht besteht aus sieben Abschnitten, die eines verbindet – die deutsche Frage. Der Kanzler ging auf die beispiellose Flucht von Menschen in der Mitte Europas und die hunderttausenden Demonstranten in Berlin, Leipzig, Dresden und anderen DDR-Städten ein und versicherte den Demonstranten und den Mitgliedern des Bundestages, dass deren Rufe „Wir sind das Volk!" gehört würden. „Diese Ereignisse", so erklärte Kohl, „haben der ganzen Welt vor Augen geführt, dass die Teilung unseres Landes widernatürlich ist, dass Mauer und Stacheldraht auf Dauer keinen Bestand haben können."[11] Diese

[9] Im Oktober 1989, stellt Dieter Grosser fest, wirkten in der DDR sieben politische Gruppen und Parteien, die dem SED-Regime gegenüberstanden. Es handelte sich um „Initiative für Frieden und Menschenrechte", „Neues Forum", „Demokratie Jetzt", „Demokratischer Aufbruch", „Sozialdemokratische Partei", „Grüne Partei", „Vereinigte Linke". Deren Aktivitäten waren nach dem Fall der Berliner Mauer auf die Vorbereitung der Sitzungen des „Runden Tisches" unter Beteiligung von SED-Vertretern gerichtet. Vgl. *Dieter Grosser*, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998, S. 103.

[10] Dieser „Bericht" Kohls ist angesichts seiner großen historischen Bedeutung in viele Dokumentensammlungen aufgenommen worden. Vgl. z. B. *Reinhard Bettzuege* (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Dokumente von 1949 bis 1994, Köln 1995, S. 605–616; *Kulturstiftung* (Hrsg.), Materialien zu Deutschlandfragen (Auszüge). In der vorliegenden Publikation verwendet der Autor den Text des „Berichts der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland", der im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung veröffentlicht worden ist: Bulletin Nr. 123 vom 9. November 1989, S. 1053–1060.

[11] Ebd., S. 1053.

Bilder, fuhr der Kanzler fort, hätten deutlich gemacht, dass sich die deutsche Frage nicht erledigt habe, weil sich die Menschen in Deutschland mit dem bestehenden Zustand nicht abfinden würden.

Die Verfasser des „Berichts" stellten in diesem Fall unter Bewahrung der traditionellen Gepflogenheiten bei der Erstellung von Dokumenten dieser Art auf die Aktualität der vor der Bundesrepublik stehenden Probleme ab. Vor allem seien dies die Veränderungen in Europa: im Westen der sich abzeichnende europäische Binnenmarkt, der zum 31. Dezember 1992 vollendet werde sollte, und im Osten Europas der Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems. Die von Gorbačev eingeleitete Politik der Umgestaltung gebe Hoffnung auf eine Überwindung des Ost-West-Konflikts. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, hieß es in dem „Bericht", eröffneten sich Perspektiven für die Verwirklichung des Rechts der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung. Der Kanzler brachte seine Sympathie und Unterstützung für die Reformen in Ungarn und Polen zum Ausdruck, wohin er am nächsten Tag fuhr. Natürlich bemühten sich die Verfasser, die Möglichkeit eines „Durchbruchs" in den deutsch-polnischen Beziehungen hervorzuheben. Die Zeit sei reif für eine Aussöhnung zwischen beiden Völkern und die Chancen hierzu, so Kohl, seien heute infolge der großen politischen Veränderungen in Polen besser als jemals zuvor in den letzten Jahrzehnten.

Kohl sah voraus, dass man sich in Warschau vor allem für die „Gebietsansprüche" interessieren würde. Der Kanzler wusste, welche Meinungen diesbezüglich innerhalb seiner Partei kursierten,[12] konnte jedoch in diesem Moment keine Doppeldeutigkeiten und unausgesprochenen Vorbehalte zulassen. Deshalb zitierte er die entsprechenden Bestimmungen des Warschauer Vertrages und der Gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972: „Mit der Forderung auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts erhebt die Bundesrepublik Deutschland keinen Gebiets- oder Grenzänderungsanspruch." In den Gebieten jenseits der polnischen Grenze lebten heute polnische Familien, denen diese Landschaften zur Heimat geworden seien. Der Kanzler versprach, dass die BRD dies achten und nicht in Frage stellen werde.[13] Gleichzeitig erinnerte Kohl daran, dass die in Polen lebenden Deutschen in ihren Rechten beeinträchtigt würden, sprachliche und kulturelle Diskriminierung zu beobachten seien, mit denen man sich nicht abfinden könne. Das Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit müsse allen Deutschen gewährt werden und dies sei „unser nationales Anliegen". Wie der Kanzler feststellte, sei das Recht auf Selbstbestimmung Teil der Veränderungen im Osten.

Alle weiteren Abschnitte des „Berichts" waren den deutsch-deutschen Beziehungen gewidmet. Die Fluchtbewegung aus der DDR, aber auch der Zustrom von Personen

[12] Zur Position einzelner CDU/CSU-Politiker siehe auch *Heinz Kiefer* (Hrsg.), Die Deutsche Frage als Strategischer Schlüssel, München 1988.

[13] Die Mitglieder des Bundestages nahmen nach der Diskussion zur Rede des Kanzlers eine Entschließung an, in der die Bedeutung des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970 als des „festen Fundaments für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen" hervorgehoben wurde. Das polnische Volk habe, so hieß es in der Entschließung, als erstes Opfer Hitler-Deutschlands das Recht, in sicheren Grenzen zu leben, und für die Deutschen dürfe sich weder jetzt noch in Zukunft die Frage nach Gebietsansprüchen wegen der an Polen gekommenen Gebiete stellen. Vgl. Entschließung des Deutschen Bundestages zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland vom 8. November 1989, in: *Bettzuege*, Außenpolitik der Bundesrepublik, S. 617.

deutscher Nationalität aus den Ländern Osteuropas und der UdSSR würden zu einer zusätzlichen Belastung für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme in der BRD. Gleichwohl, so stellte Kohl fest, würden sie alle als „Deutsche“ aufgenommen und die Situation sei heute besser als nach dem Krieg und zu Beginn der 50er Jahre. Den Deutschen fehle lediglich, fuhr der Kanzler fort, der Optimismus und die Übereinstimmung zwischen den Generationen – zwischen denjenigen, die die Republik geschaffen hätten, und denjenigen, die heute deren Wohlstand in Anspruch nähmen. Kohl erwähnte keinerlei Einreisebeschränkungen, sondern forderte im Gegenteil die DDR-Führung auf, alle Hindernisse auf diesem Weg zu beseitigen.[14] Ein unbestreitbarer Verdienst der Regierung und eine Errungenschaft der Deutschlandpolitik seien die Fortschritte in den Beziehungen zur DDR gewesen. Hierzu wurden konkrete Ergebnisse aufgezeigt: von gemeinsamen Projekten zum Umweltschutz bis hin zum Austausch im kulturellen und sportlichen Bereich. Es wurde festgestellt, dass die Aufhebung der bestehenden Hindernisse eine Ausdehnung des bilateralen Handels ermöglichten, das Niveau der Zusammenarbeit erhöhten und die Bildung von Joint Ventures förderten. Dabei müsse die DDR jedoch selbst die Voraussetzungen für derartige Veränderungen schaffen.[15]

Den Verfassern des „Berichts“ war bekannt, in welch schwieriger Lage sich die DDR befand. Es gab auch keine Illusionen hinsichtlich der neuen SED-Führung – dass diese die Probleme bewältigen könnte. Kohl hatte nicht vor, auf politischen Zugewinn zu verzichten. Nachdem er die Abgeordneten an das Hauptziel der Deutschlandpolitik erinnert hatte – die Wiedervereinigung des Landes durch Gewährung des Rechtes auf Selbstbestimmung zu erreichen – formulierte der Kanzler eine Reihe von Forderungen an die DDR-Führung. Im politischen Bereich:

– müsse die SED auf ihr Machtmonopol verzichten,
– müssten unabhängige Parteien zugelassen und
– die Durchführung freier Wahlen verbindlich zugesichert werden.

Im wirtschaftlichen Bereich forderte er:

– Durchführung von Reformen des Wirtschaftssystems,
– Abbau der bürokratischen Planwirtschaft,
– Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Nur in diesem Falle würde sich die BRD auf eine umfassende Wirtschaftshilfe einlassen. Es seien tiefgreifende Veränderungen erforderlich, so Kohl: „kosmetische Korrekturen genügen nicht“.[16]

War dies ein „Ultimatum“? Wohl kaum. Der Kanzler sprach von der Notwendigkeit jener Reformen, die bereits in Polen und Ungarn vonstatten gingen und bei anderen osteuropäischen Staaten an die Tür pochten. Diese „Forderungen“ waren die Antwort an Schalck-Golodkowski bei dessen Gesprächen mit Seiters und Schäuble, worüber Egon

[14] Unter den westdeutschen Bürgern reifte die Unzufriedenheit mit dieser Situation. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kursierte im November 1989 eine Äußerung von Horst Günther, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, über die neue Situation in der DDR. Er warnte vor dem übermäßigen Zustrom von Ostdeutschen, der sich als eine schwere Last auf die sozialen Sicherungssysteme der BRD legen würde.

[15] Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, Bulletin Nr. 123 vom 9. November 1989, S. 1058.

[16] Verhandlungen des Deutschen Bundestages (09.11.1989), 11. Wahlperiode, S. 13016 f.

Krenz bereits informiert war. Die Bundesregierung wollte keine Wiederholung der Situation aus den Jahren 1983/84, als unter Vermittlung von Franz-Josef Strauß die Kreditgewährung an die DDR begann, die inneren Reformen jedoch eingefroren wurden.

Die Rede von Kanzler Kohl richtete sich nicht nur an die Mitglieder des Bundestages und die Bürger der BRD. Zu ihren aufmerksamsten Zuhörern und Lesern wurden die ostdeutschen Bürger. Eigentlich war diese Botschaft für sie bestimmt. Deshalb wurden die Kanzler-Worte nicht nur als „Fürsorge", sondern auch als „Hoffnung" auf eine neue Zukunft aufgenommen, die aus den Worten „Fortschritt bei der Lösung der deutschen Frage im Interesse der Menschen" erkennbar wurde.

Die durch den Fall der Berliner Mauer hervorgerufene Wende in den deutsch-deutschen Beziehungen musste in den politischen Parteien gedanklich verarbeitet werden. Als erste meldete sich die CSU. Am 17. und 18. November 1989 fand in München der 53. Parteitag der CSU statt. Seitens der CDU nahmen Helmut Kohl und Volker Rühe teil. Die Vorbereitung auf den Parteitag erfolgte rechtzeitig und unter Berücksichtigung der sich abspielenden Veränderungen. Besonderes Augenmerk galt, wie aus den Parteiunterlagen hervorgeht, der Deutschlandpolitik, deren Aufgaben im „Arbeitskreis I: Die deutsche Nation – lebendige Wirklichkeit" erörtert wurden.[17] Den Arbeitskreis leitete Ludwig Graf Stauffenberg, Mitglied des Europäischen Parlamentes und Vorsitzender des Ausschusses für Deutschland- und Außenpolitik der CSU. Hauptredner waren Hans Klein, Eduard Lintner, der Schriftsteller Ulrich Schacht und der Publizist Martin Schulze.

Lintner, der das wachsende Streben der Deutschen nach Erlangung der Einheit feststellte, unterstrich, dass die einzige Partei, die sich immer auf diese Kraft im deutschen Volk gestützt habe, die CSU sei, die ohne jegliche „wenn" und „aber" aufgetreten sei. Er bestand auf der Durchführung freier Wahlen in der DDR und sagte, dass die DDR-Bevölkerung unter der Herrschaft der SED schon genug durchgemacht habe. Aber der Kommunismus habe eine Niederlage erfahren, und der Sozialismus sei als System zusammengebrochen. Erneut werde die alte Losung der CSU aktuell: „Freiheit statt Sozialismus". In einer ähnlichen Tonart waren auch die übrigen Äußerungen gehalten. Klein warnte vor einer Begeisterung an den Diskussionen über die Wiedervereinigung, damit man die Westdeutschen nicht wieder dazu aufrufe, den Sozialismus zu retten, wie er sagte, wobei er auf die Ostpolitik der 70er Jahre anspielte. Kurz: Kritiker der Sozialdemokratie gab es auf diesem Parteitag viele. In der CDU befürchtete man, dass die SPD mit ihrer Losung „Frieden ist wichtiger als Freiheit" nach einer Beibehaltung der Zweistaatlichkeit strebe.[18]

In den vom Parteitag gebilligten CSU-Thesen zur Deutschlandpolitik fehlten konkrete „Wünsche" an die Führung in Bonn. Es wurden die bereits obligatorischen Aufrufe zur Wahrung der Einheit des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft, zur Unterstützung bei der Errichtung einer Friedensordnung in Europa usw. verkündet. Die deutsche Frage, die weiterhin offen bleibe, müsse auf der Grundlage des Völkerrechts und durch die Einräumung des Rechts auf Selbstbestimmung für alle Deutschen gelöst werden. Die Frage der endgültigen Grenzen Deutschlands solle allein im Rahmen eines

[17] Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung (nachf.: ACSP), LGF-PT. 17./18. November 1989.

[18] Ebd.

Friedensvertrages mit dem geeinten Deutschland entschieden werden. Hier wirkte sich offensichtlich ein Informationsdefizit über die Pläne der Regierung – und des Kanzlers persönlich – aus, der die gesamte Deutschlandpolitik an sich gezogen hatte. Gleichwohl hatte die CSU die Instabilität und Unentschiedenheit der Situation erkannt (der Fall der Berliner Mauer lag gerade eine Woche zurück) und sprach von allmählichen Veränderungen und einem langen Weg auf der Suche nach Antworten auf die deutsche Frage, die es gelte, nicht im Alleingang zu suchen, sondern gemeinsam mit den Partnern in Europa und den Nachbarn im Osten. Um nicht unnötige Emotionen zu schüren, wurde in einem der Parteitagsbeschlüsse festgeschrieben, dass ausschließlich die offiziellen BRD-Karten verwendet werden sollten.[19]

Über das „Zehn-Punkte-Programm", mit dem Kohl am 28. November 1989 vor dem Bundestag auftrat, ist schon viel gesagt worden. In der Deutschlandpolitik der CDU/CSU nimmt es nach unserer Auffassung eine wichtige Stellung ein. Man kann der Aussage beipflichten, dass nach seiner Veröffentlichung die „Bonner Politik interventionistischen Charakter annahm". Das heißt, es ging um den Übergang zu massiver Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR.[20] Aber ohne eine derartige „Einmischung" wäre der Vereinigungsprozess undenkbar gewesen. Das „Programm" war kein „propagandistischer Deckmantel" der Kohl'schen Politik, sondern zielte auf ein gemeinsames Handeln der BRD- und der DDR-Führung ab, wobei Letztgenannte davon erst noch überzeugt werden musste.

Bevor wir uns dem Inhalt des „Zehn-Punkte-Programms" widmen, wollen wir auf dessen Entstehungsgeschichte eingehen. Die wertvollsten Zeugnisse stammen von den unmittelbar an der Erstellung des „Programms" beteiligten Horst Teltschik und Michael Mertes, dessen Buch über das politische Leben des modernen Deutschland 2001 in Russland erschienen ist.[21] Michael Mertes leitete im Bundeskanzleramt die Gruppe der Redenschreiber (Gruppe 521). Er schreibt, dass die Idee eines Auftritts des Kanzlers mit einer programmatischen Rede vor dem Bundestag auf Horst Teltschik zurückgegangen sei, wodurch einmal mehr die bedeutende Rolle dieses engen Kohl-Beraters im Zuge der deutschen Einheit bestätigt wird. Die Euphorie über den Fall der Berliner Mauer sei im Kanzleramt abgeklungen gewesen. Es seien nun konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Deutschlandpolitik notwendig gewesen, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sowohl in der BRD als auch in der DDR erregen würden.

Bei der Konkretisierung dieser „Idee" „half" paradoxerweise Hans Modrow. In seiner ersten Regierungserklärung am 17. November vor der Volkskammer sprach dieser von einer „Vertragsgemeinschaft" zwischen der DDR und der BRD, die weit über den Rahmen des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der BRD und über alle anderen, früher geschlossenen Verträge und Abkommen zwischen beiden Staaten hinausgehen solle. Mertes bemerkt hierzu, dass hinter diesen Modrow-Worten nichts Konkretes gestanden habe, die Idee selbst jedoch attraktiv gewesen sei.[22]

19 ACSP, PT-23, Nr. 56.
20 *Oskar Ferenbach*, Krach i vozroždenie Germanii. Vzgljad na evropejskuju istoriju XX veka, Moskva 2001, S. 239–240.
21 *Michael Mertes*, Nemeckie voprosy – evropejskie otvety, Moskva 2001.
22 Ebd., S. 105.

Die Partei- und Staatsführung der DDR verharrte immer noch in einem Zustand inneren Zerfalls, weshalb außer Modrow niemand mehr übrig blieb, um diese „Idee“ zu propagieren. Dieser musste sich jedoch mit den laufenden, vor allem wirtschaftlichen Problemen auseinandersetzen und es war für ihn schwierig, sich mit außenpolitischen Aktivitäten zu befassen. Darüber hinaus besuchte, wie Modrow selbst schreibt, in jenen Tagen der Berater von Michail Gorbačev und Deutschlandexperte Nikolaj Portugalov die Bundesrepublik und führte ein offenes Gespräch mit Teltschik. Tatsächlich traf sich Portugalov am 21. November 1989 mit Teltschik, wobei es zwischen ihnen – wie Dokumente belegen – zu einem freimütigen Gespräch kam. (Portugalov trug Teltschik die Idee vor, dass Moskau beabsichtige, „in der deutschen Frage [...] vieles neu zu bedenken“ und merkte indirekt an, dass die sowjetische Seite eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht weiter verteufeln würde.[23]) Im Verlauf des Gesprächs wurde Teltschik ein Dokument mit dem Titel „SU und ‚deutsche Frage‘“ überreicht, worüber der Kanzler informiert wurde. Die für den Kanzler bestimmten Teltschik-Kommentare vom 6. Dezember und das Dokument selbst sind veröffentlicht worden. Sie sind von unbestreitbarem Interesse.[24]

Horst Teltschik schreibt, dass bei der Überbringung des aus zwei Teilen bestehenden Dokuments gesagt worden sei, dass die „amtliche Position“ Überlegungen „von höchster Stelle“ (Generalsekretär Gorbačev) und die „nichtamtlichen Überlegungen“ den Inhalt von Diskussionen in der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees (Politbüromitglied Aleksandr Jakovlev) enthalten. An Kohl gewandt bemerkt Teltschik, dass dessen „Zehn-Punkte-Plan zur Deutschlandpolitik [...] auf wesentliche Überlegungen der sowjetischen Führung zurückgreift“. Der Inhalt des zweiten Teils des Dokuments (9 Punkte) zeige, „dass die sowjetische Führung die Frage der Wiedervereinigung in allen Varianten konkret diskutiert.“ (Im Dokument selbst heißt es: „Die SU denke im Zusammenhang mit der deutschen Frage bereits über alle möglichen Alternativen nach, sogar über gewissermaßen ‚Undenkbares‘.“[25])

Somit – schlussfolgert Teltschik – verhindere Kohls Zehn-Punkte-Plan, „dass die Weltöffentlichkeit mit sowjetischen Vorschlägen zur deutschen Frage konfrontiert wird, ohne dass die Position der Bundesregierung bekannt gewesen wäre.“ Teltschik regte an, dass Generalsekretär Gorbačev auf vertraulichem Wege mit Kohl den Inhalt der übergebenen „Überlegungen“ erörtern solle. Deshalb rate er dem Kanzler diese aufmerksam zu prüfen, um auf eine Diskussion mit der sowjetischen Seite vorbereitet zu sein.[26]

Die CDU-Führung äußerte sich mit einer Situationseinschätzung zur deutschen Frage auf dem Kleinen CDU-Parteitag vom 11. Dezember 1989. Eine Initiativgruppe um Volker Rühe, Norbert Blüm, Ernst Albrecht, Eberhard Diepgen, Wolfgang Schäuble, Walter Wallmann und Klaus Töpfer bereitete eine „Deutschland-Erklärung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“ vor, die im Gleichklang mit dem „10-Punkte-Programm“ stand. Es wurden folgende Aufgaben hervorgehoben: Europäische Einigung,

23 *Hans Modrow*, Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, S. 348.

24 *Küsters/Hofmann*, Deutsche Einheit, S. 616–618. Siehe auch den Anhang zu Nikolaj Portugalovs Beitrag in diesem Band.

25 Ebd., S. 618.

26 Ebd., S. 616.

Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit für alle Deutschen, Beibehaltung vertrauensvoller Beziehungen.[27]

Die Parteiführung unterstrich, dass die in der DDR vonstatten gehende friedliche Revolution eine Fortsetzung jenes Kampfes für Freiheit und Demokratie sei, den die CDU seit 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone unter der Führung von Andreas Hermes, Walter Schreiber, Jacob Kaiser, Ernst Lemmer und anderer Christdemokraten geführt habe. Ferner wurde der Beitrag der CDU zur Herausbildung und Bewahrung des Bewusstseins für die Einheit der Nation und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen hervorgehoben, welches die Voraussetzungen für die Wiedererlangung der deutschen Einheit seien. Die CDU sei überzeugt, dass ihre aktive Deutschlandpolitik es ermöglichen werde, die Teilung Deutschlands zu überwinden. In dieser Zeit war die wirtschaftliche und politische Präsenz der BRD in der DDR bereits um ein Vielfaches gewachsen. Es waren gemeinsame Kommissionen und Einrichtungen zu städtebaulichen und städteplanerischen Fragen, zum Umweltschutz sowie zur Entwicklung des Verkehrs und der Kultur gebildet worden. Trotz der Verringerung der Produktionsvolumina in der DDR war der Warenaustausch mit der BRD spürbar gestiegen und erreichte in 1989 15,5 Mrd. DM. Rasch entwickelten sich Beziehungen zwischen den Bundesländern der BRD und DDR-Bezirken sowie zwischen einzelnen Städten. De facto hatte bereits ein Vereinigungsprozess „von unten“ begonnen, der nach politischer Ausgestaltung verlangte. Dabei ließen sich die CDU wie auch die CSU die Möglichkeit nicht entgehen, ihren Hauptopponenten in der Deutschland-Frage, die SPD, zu kritisieren, die nach den Worten des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU, Matthias Wissmann, nach einem sogenannten „dritten Weg“ für die DDR suche.[28]

Die Revolution in der DDR entwickelte sich auf demselben Weg wie auch in anderen osteuropäischen Ländern, in denen es vor einer Reformierung der sozialistischen Wirtschaft zu einer Veränderung des politischen Systems kam. Hier hatten sich, wie auch in Polen und Ungarn, nichtkommunistische Parteien und Bewegungen zu einem sogenannten „Runden Tisch“ zusammengeschlossen. Die Initiative war von der evangelischen Kirche ausgegangen. Die SED unterstützte die Bildung des „Runden Tisches“, obwohl sie ihn als eine Form der „Aufweichung der Macht des sozialistischen Staates“ betrachtete.

[27] ACDP, 1/20/6-1, 11. Dezember 1989.

[28] Auf dem Programm-Parteitag der SPD vom 18.–20. Dezember 1989 wurde erklärt, dass die Partei nicht danach trachte, zurück in ein Jahrhundert der Nationalstaaten zu gehen, als nationale Interessen zu Ursachen für Bruderkriege geworden seien. Das Schicksal Europas, das heißt auch der Deutschen, liege in der Europäischen Einheit, in den Vereinigten Staaten von Europa, wie dies schon im Programm von 1925 festgehalten worden sei. Deshalb warne die SPD, wer von der Wiederherstellung des Reiches in den Grenzen von 1937 spreche, wer für einen besonderen Weg stimme, der blockiere die Einheit Europas und die Einheit Deutschlands. Europäische und deutsche Interessen erforderten die bedingungslose Anerkennung der polnischen Westgrenze. Die SPD sprach sich für die Idee der „Vertragsgemeinschaft“ als ersten Schritt zu einer Konföderation aus, war jedoch gegen übereiltes Handeln. Auf diesem Parteitag sagte Willy Brandt hierzu: „Eine Wiedervereinigung von Teilen, die so noch nie zusammen waren, wird es nicht geben.“ Hierin habe er „das Grundgesetz auf meiner Seite: denn es spricht nicht vom ‚Wieder‘, sondern von Selbstbestimmung, von Einheit in Freiheit, von Europa“. Vgl. *Willy Brandt*, Rede auf dem Programmparteitag in Berlin am 18. Dezember 1989. Programmparteitag in Berlin. 18.–20. Dezember 1989, Bonn 1989.

Seine erste Sitzung fand am 7./8. Dezember 1989 in Berlin unter Beteiligung von Vertretern von fünf Regierungsparteien und sieben neu gebildeten Parteien und Bewegungen statt.

Im Bundeskanzleramt wurde die Schaffung des „Runden Tisches“ als eine weitere Schwächung der Macht der SED angesehen, obwohl deren Vertreter (Gregor Gysi, Wolfgang Berghofer, Lothar Bisky) ihm ebenfalls angehörten. Dass der „Runde Tisch“ von einer Beibehaltung der Zweistaatlichkeit ausging, wird zumindest daraus ersichtlich, wie sich dessen Teilnehmer hinsichtlich des Kohl-Besuchs in der DDR am 19./20. Dezember 1989 positionierten.[29] Natürlich begrüßte der „Runde Tisch“ diesen offiziellen Arbeitsbesuch des Kanzlers. Danach folgten bereits zum Standardrepertoire zählende Wünsche nach der notwendigen Entwicklung von Zusammenarbeit und Kooperation in verschiedenen Bereichen zwischen beiden deutschen Staaten. Das Wichtigste lag wohl in Folgendem: Die Souveränität und staatliche Identität beider deutscher Staaten könne von keiner der Seiten in Frage gestellt werden. Andernfalls drohe eine Destabilisierung der europäischen Sicherheit.[30]

Ausgehend von den in den vorangegangenen „Phasen“ der Deutschlandpolitik entstandenen Plänen zur Vereinigung Deutschlands mussten freie und demokratische Wahlen zum ersten und entscheidenden Schritt werden. Durch diese Wahlen sollten die ostdeutschen Bürger die Möglichkeit erhalten, ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrzunehmen. Deshalb wurde die bevorstehende Wahl zur Volkskammer von allen politischen Kräften als schicksalhaft für die DDR angesehen.

Durch einen am 28. Januar 1990 veröffentlichten Beschluss der Volkskammer wurde die Wahl vom 6. Mai auf den 18. März 1990 vorverlegt. Diese Frage war vorab bei einer Sitzung des „Runden Tisches“ unter Teilnahme von Ministerpräsident Hans Modrow erörtert worden. Der SED/PDS-Vertreter Gregor Gysi unterstützte die Verlegung des Wahltermins, obwohl dies mehr den Interessen der politischen Opposition entsprach.

Wie Horst Teltschik in seinen Tagebuchaufzeichnungen schreibt, sei die Idee zur Vorverlegung des Wahldatums im Bundeskanzleramt entstanden, um den Zeitpunkt der Wiedervereinigung Deutschlands schneller heranrücken zu lassen. Kohl habe entschieden, diesen Prozess maximal zu forcieren, wobei er es nicht für notwendig hielt, die Modrow-Regierung weiter zu unterstützen. Dabei sei auch die Tatsache berücksichtigt worden, dass sich die Koalitionsregierung von Modrow de facto aufgelöst hatte (am 28. Januar hatte der „Runde Tisch“ beschlossen, eine DDR-Regierung „der nationalen Verantwortung“ zu bilden) und sich die Situation in der DDR als immer weniger steuerbar erwies.

Offensichtlich hatte das Treffen von Seiters und Modrow am 25. Januar 1990 eine Rolle dabei gespielt, dass der Kanzler seine Position änderte. Von Bedeutung war auch, dass Kohl und seine Umgebung sich zu diesem Zeitpunkt endgültig festgelegt hatten, auf welche politischen Partner in der DDR sie bei den bevorstehenden Wahlen setzen wollten. Darauf verweist etwa Wolfgang Schäuble, der nach Meinung vieler deutscher

[29] Dies geschah auf der zweiten Sitzung des „Runden Tisches“ am 18. Dezember 1989, auf der dessen Teilnehmerkreis erweitert worden war. Vgl. *Helmut Herles* (Hrsg.), Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, S. 28–29.

[30] Ebd., S. 28.

Politologen eine bedeutende Rolle bei der Vorbereitung der Deutschen Einheit gespielt hat, in seinen Memoiren.[31]

Der Bundeskanzler konnte nicht zulassen, dass seine Pläne aufgrund eines ungünstigen Wahlausgangs in der DDR zerschlagen würden. Die CDU der Bundesrepublik brauchte keine Filiale der eigenen Partei neu zu errichten, wie dies die SPD tat (Gründungsparteitag der SDP der DDR am 9. Oktober 1989[32]). Eine solche Partei war die ostdeutsche CDU, die bis zum Herbst 1989 gemeinsam mit anderen Parteien dem Einheitsblock mit der SED angehörte. Natürlich hatte sich die ostdeutsche CDU in den Jahren der Teilung und des sozialistischen Aufbaus in eine andere Partei verwandelt, die sich weit von den programmatischen und ideologischen Festlegungen der CDU der Jahre 1945–1949 entfernt hatte. Gleichwohl wurde im Bundeskanzleramt entschieden, gewissermaßen die Augen vor der vierzigjährigen Geschichte der CDU der DDR zu verschließen. Dafür gibt es eine Erklärung. Die CDU der BRD und die CDU der DDR hatten eine, wenn auch nicht sehr lange währende, gemeinsame Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte. Zum Zweiten existierte die ganze Zeit über in der BRD die „Exil-CDU", d. h. nominell wurde eine „einheitliche christlich-demokratische Partei" beibehalten.[33]

Wir beziehen uns auf die „Berliner Erklärung", die vom Vorstand der Exil-CDU am 27. Oktober 1989 beschlossen worden war und größtenteils für die Organisationen der ostdeutschen CDU bestimmt war. In ihr sind 14 Punkte enthalten. Ihr Inhalt deckte sich mit der Deutschlandpolitik Kohls. Die „Exil-CDU" unterstütze die positiven Veränderungen, die durch die Perestroika in der UdSSR hervorgerufen worden seien und hoffe auf einen Übergang der DDR zur Demokratie. De facto übernahm die „Exil-CDU" in diesem Moment eine Mittlerrolle zwischen der CDU der BRD und der CDU der DDR.[34]

Ein weiterer Aspekt, der berücksichtigt werden muss, bestand darin, dass die CDU unter den fünf Regierungsparteien der DDR nach der SED die größte und einflussreichste Organisation war, die auch über eigene materielle und infrastrukturelle Ressourcen verfügte. Von wesentlicher Bedeutung war auch der Umstand, dass sich die Führung der DDR-CDU und deren Parteimitglieder im Unterschied zur SDP der DDR und der SPD empfänglich für die Idee der nationalen Einheit zeigten.

Das Problem war für Kohl und dessen Berater weniger die Auswahl einer Partei als die Rekrutierung von Politikern, denen man vertrauen konnte und die im Wahlkampf und vor allem nach den Wahlen keinen Anspruch auf übermäßige Selbstständigkeit erheben würden. Die „Sichtung" der ostdeutschen Opposition fand auf dem Kleinen Parteitag der

31 Vgl. den Abschnitt in Schäubles Memoiren zu den „Freien Wahlen" in der DDR: *Wolfgang Schäuble*, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, München 1993, S. 37–57.

32 Willy Brandt sagte in einem Spiegel-Interview vom Oktober 1989, dass die Gründer der SDP der DDR diese nicht als ein „Anhängsel" der SPD ansähen und auch keine „wiederbelebte" SPD seien, die 1946 in der SED aufgegangen sei, sondern dies sei die Bildung einer „neuen Partei". Vgl. Der Spiegel 43 (1989), Heft 43 vom 23. Oktober, S. 24–27. Gleichwohl wirkten die Gründer der SDP, Markus Meckel, Ibrahim Böhme und Martin Gutzeit, mit direkter Unterstützung durch die SPD.

33 Vom 14.–16. April 1989 fand der 20. Parteitag der Exil-CDU statt. Als Parteivorsitzender wurde Siegfried Dübel gewählt, zweiter Vorsitzender wurde Henning Lemmer. Vgl. *Siegfried Dübel/ Henning Lemmer* (Hrsg.), Begleittexte auf dem Weg zur Einheit, Berlin 1990, S. 15.

34 Die Berliner Erklärung der Exil-CDU zur Deutschlandpolitik vom 27. Oktober 1989, in: ebd., S. 37–41.

CDU am 11. Dezember 1989 statt. Vertreter des „Demokratischen Aufbruchs" (DA), der „Vereinigung katholischer Christen" und der ostdeutschen CDU erhielten die Möglichkeit für einen Auftritt.[35] Das Leitmotiv der Reden war die schnellstmögliche Vereinigung Deutschlands. Brigitta Kögler vom „DA" erklärte, dass für diesen eine Konföderation nicht das Endziel sei. Die bessere Zukunft läge in einer Föderation. Die Teilnehmer stellten auch die Frage nach einem möglichen Beitritt der fünf ostdeutschen Länder zur BRD.

Der „Deutschlandpolitische Apparat" beschränkte sich während der Kanzlerschaft Kohls nicht nur auf dessen Bundeskanzleramt. Einen wichtigen Platz bei der Erarbeitung von Richtlinien nahm die CDU/CSU-Parlamentsfraktion ein. Die Fraktionsführung stellte nicht nur die Unterstützung für die Pläne der Regierung sicher, sondern trat auch oft mit eigenen Initiativen zur Förderung der Deutschen Einheit hervor. Nehmen wir die Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 9. März 1990 zur Deutschland- und Ostpolitik aus dem Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung.[36]

Am Vorabend der Wahlen zur DDR-Volkskammer legte die CDU/CSU eigene „Leitlinien" für den beginnenden Vereinigungsprozess vor. Vor allem wurde die Möglichkeit der Verwirklichung der Einheit auf dem Weg des Artikels 23 GG begründet. Dieser Weg, so heißt es in der Erklärung, entspreche nicht nur den Interessen aller Deutschen, sondern auch den Prinzipien der KSZE-Schlussakte. Die Fraktionsführung appellierte an die Bevölkerung der DDR, in ihrer Heimat zu bleiben, um sich an deren Neuaufbau zu beteiligen. Einen wichtigen Platz in der Erklärung nahm die Darlegung der Deutschlandpolitik Kanzler Kohls ein, die von der Fraktionsführung geteilt und unterstützt werde. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag bestätigte ihre Position zur Frage der polnischen Grenze, die durch Unterzeichnung eines Vertrages zwischen einer gesamtdeutschen Regierung und der polnischen Regierung geregelt werden solle.[37]

Der Abschnitt „D" war der voraussichtlichen Situation in der DDR nach den Wahlen vom 18. März 1990 gewidmet. Die Fraktionsführung versuchte nicht, mögliche Varianten einer Entwicklung der DDR zu analysieren. Sie wandte sich direkt an die Bundesregierung mit der Forderung, die Bildung der Währungsunion voranzutreiben, da die Übernahme der Deutschen Mark als einziges Zahlungsmittel in der DDR unter der Kontrolle der Deutschen Bundesbank im Interesse aller Beteiligten liege. Die Bundesregierung solle auch weiterhin die Herausbildung marktwirtschaftlicher Strukturen in Ostdeutschland fördern und sich nicht mit der Bewahrung von Überbleibseln der sozialistischen Wirtschaft befassen. Der Sozialismus habe in der DDR Ruinen hinterlassen. Aber das Beispiel Westdeutschlands, das sich 1949 in einer ähnlichen Situation befunden habe und wo es dann zum „Wirtschaftswunder" gekommen sei, solle die Ostdeutschen optimistisch für ihre bessere Zukunft stimmen.[38]

Der Wahlkampf in der DDR verlief in hohem Tempo. Während die Wähler anfangs die Sozialdemokraten bevorzugten, änderte sich die Situation im weiteren Verlauf. Zu

[35] ACDP, Union in Deutschland. CDU-Dokumentation, 43 (1989), H. 40, S. 1–8.

[36] ACDP, 1/20/6–1, Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 9. März 1990 in Dresden zur Deutschland- und Ostpolitik (A-B-D-E).

[37] Ebd., S. 6.

[38] ACDP, 1/20/6-1. Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 9. März 1990 in Dresden zur Deutschland- und Ostpolitik, S. 9.

diesem Umschwung hatte Kanzler Kohl selbst nicht unwesentlich beigetragen. Er war auf Massenveranstaltungen in Erfurt, Karl-Marx-Stadt, Rostock, Cottbus, Magdeburg und Leipzig aufgetreten. Insgesamt nahmen an diesen Veranstaltungen über eine Million Menschen teil, d.h. 10 % der gesamten Wählerschaft in der DDR.[39] Vergleichbar aktiv waren auch andere Politiker der CDU/CSU.

Das Wahlergebnis zeigte, dass die Wählerschaft in der DDR in zwei Lager gespalten war: Drei Viertel der Wähler gaben ihre Stimme den Parteien, die für die staatliche Einheit der BRD und der DDR eintraten. Unterschiede in diesem Lager schien es nur hinsichtlich des Tempos der Vereinigung zu geben. Zum anderen Lager zählten jene, die nicht an die Vereinigung Deutschlands glaubten oder diesbezüglich Befürchtungen hegten und für die der Verlust der DDR viel bedeutete. Aber selbst sie begriffen, dass die wirtschaftliche und finanzielle Situation in der DDR so war, dass man sich mit der Unvermeidlichkeit der Vereinigung abfinden musste.

Unserer Meinung nach wurde der Wahlausgang von zwei wesentlichen Momenten beeinflusst. Der Erste war der Wunsch der Mehrheit, so schnell wie möglich vom kommunistischen SED-Regime wegzukommen. (Etwas Ähnliches konnte auch in anderen osteuropäischen Ländern beobachtet werden.) Das Zweite war der bevorstehende Übergang zur neuen Währung, der D-Mark. Ohne Zweifel, stellt Dieter Grosser fest, sei dies der Wunsch der Mehrheit der DDR-Bürger gewesen: Die D-Mark sei zu einem Symbol des Wohlstandes und zur Hoffnung auf eine schnelle Verbesserung des Lebensstandards geworden (als Garant für Veränderung trat Helmut Kohl auf, der 1990 mit Versprechungen nicht geizte).[40]

Die CDU-Führung hob bei ihrem Fazit des Wahlergebnisses folgende Faktoren hervor, die den Erfolg der „Allianz für Deutschland“ sichergestellt hätten: Die Allianz-Parteien seien für die deutsche Einheit ausgehend von Artikel 23 GG eingetreten. Die Allianz-Parteien hätten die DDR-Bürger überzeugt, dass es nur der Übergang zur sozialen Marktwirtschaft ermögliche, die unaufschiebbaren Aufgaben in Angriff zu nehmen. Deshalb seien sie für eine schnelle Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion eingetreten. Die Allianz-Parteien hätten die Debatte über den Sozialismus unter der Losung „Nie wieder Sozialismus – Ja zu Freiheit und Wohlstand!“ offensiv geführt. Die Allianz-Parteien hätten sich in der DDR als verlässliche Partner des Bundeskanzlers, die konsequent dessen Politik vertreten würden, empfohlen.

Als wichtigste „Koordinatoren des Sieges“ wurden der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, CDU-Generalsekretär Volke Rühe und Bundesgeschäftsführer Peter Radunski genannt. In allen DDR-Bezirken hatte die CDU Wahlkampfbüros eingerichtet, stellte technische Ausstattung und Fahrzeuge zur Verfügung. Am Vorabend der Wahlen wurde eine 16-seitige Zeitung mit Werbung der „Allianz für Deutschland“ in einer Auflage von 5 Millionen Stück herausgegeben.[41]

39 ACDP, Pressedokumentation 1/20/6-1, 22. März 1990.

40 Oskar Lafontaine, der Kanzlerkandidat der SPD bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen 1990, sagte, dass die Menschen den Eindruck gewonnen hätten, dass, wenn sie Kohl wählen würden, das Geld flösse. Vgl. seine in: *Bettzuege*, Außenpolitik der Bundesrepublik, S. 267, abgedruckte Aussage.

41 ACDP, Pressedokumentation 1/20/6–1. So hat die CDU ihren Partnern im Wahlkampf geholfen, 22. März 1990.

Eine Rolle spielte auch der Persönlichkeitsfaktor. Kohl hatte keine Konkurrenten und gerade mit ihm, und nicht mit der CDU, der DSU oder dem „Demokratischen Aufbruch" identifizierte die Mehrheit der DDR-Wähler ihre Wahlentscheidung. Welche Bedeutung die Personifizierung der Wahlen hatte, zeigt das schwache Wahlergebnis der Liberalen. Die FDP unterstützte wie auch die CDU die Idee einer schnellstmöglichen Vereinigung, aber Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff hinterließen bei den Wählern keinen solch magischen Eindruck wie Kohl. Tröstlich mochte sein, dass die ostdeutschen Liberalen in Genschers Heimat, in Halle, 14 Prozent der Stimmen erhielten. Das Wahlergebnis bestimmte den weiteren Verlauf der Vereinigung.

Wir meinen, dass man den Darlegungen des englischen Historikers Eric Hobsbawm, wonach die Deutschlandpolitik der CDU/CSU aus lauter ständig wiederholten Phrasen bestanden habe und die Vereinigung ein Nebenprodukt von völlig unerwarteten Ereignissen außerhalb Deutschlands gewesen sei, nur schwerlich zustimmen kann. In der Tat: Phrasen, Worte und Reden über die Einheit Deutschlands sind seit 1949 in großer Zahl ertönt. In den 80er Jahren kam jedoch die Zeit für deren Umsetzung. Die wichtigste konzeptionelle These in der Deutschlandpolitik der CDU/CSU lautete, dass dem gesamten deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung eingeräumt werden müsse, d. h. die Umsetzung eines der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts. Gleichzeitig enthielten die programmatischen Dokumente der CDU/CSU keine genaue Festlegung, wer der Träger des Rechts auf Selbstbestimmung sei und mit welchem konkreten Status das geeinte Deutschland auftreten sollte – als Nationalstaat oder als Konföderation. Es muss hervorgehoben werden, dass die führenden christlichen Politiker der „Freiheit" Priorität einräumten, auf die sie bei der Lösung der deutschen Frage nicht hätten verzichten können. Zu ihrem Verständnis von „Freiheit" gehörte auch die Anerkennung des Rechts der Ostdeutschen auf Staatlichkeit, sofern sie tatsächlich frei und ungehindert die Frage ihrer Selbstbestimmung in Bezug auf einen eigenen Staat entscheiden könnten.

Zu einem neuen konzeptionellen Ansatz in der deutschen Frage wurde die von Kanzler Kohl betriebene Politik der „kleinen Schritte" und der „Zugeständnisse Zug um Zug", die durch eine Erweiterung der Kontakte und Verbindungen die Folgen der Teilung für die Bürger beider Staaten beseitigen oder verringern sollte. Sie fand bei Weitem nicht sofort Unterstützung in den christlichen Parteien, in denen es Verfechter eines Festhaltens an den früheren „harten Methoden" der Einflussnahme auf die DDR gab. Gleichzeitig trat die CDU/CSU nicht als „Garant" für eine Bewahrung der DDR auf, sondern entwickelte und erweiterte die Möglichkeiten des demokratischen Wandlungsprozesses. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen in der DDR wollte 1990 die Deutsche Einheit. Dies wurde und wird von allen politischen Parteien anerkannt, inklusive der PDS. Das „Zehn-Punkte-Programm" von Helmut Kohl, das auf eine allmähliche Herausbildung von „konföderativen Strukturen" ausgerichtet war, wurde nicht vom Kanzler, sondern von den Ostdeutschen verworfen, die sich entschieden für eine unverzügliche Vereinigung aussprachen. Ohne diesen „Wunsch" hätte die gesamte Deutschlandpolitik der CDU/CSU keinen Erfolg gehabt und hätte auch nicht weiter verfolgt werden brauchen.

Klaus Hildebrand

Deutsche Einheit 1989/90: Wiedervereinigung und Staatenwelt

Betrachtungen über Stand, Probleme und Perspektiven der Forschung

I.

„Die Tragödie der Einzelnen endet mit dem Tode“, schreibt der Romanist Ernst Robert Curtius in einer am 9. Oktober 1925 in der „Luxemburger Zeitung“ veröffentlichten Rezension über die Biographie Kaiser Wilhelms II. aus der Feder von Emil Ludwig, „die Tragödie der Nationen kennt Auferstehungen.“[1] Diese „zweite Chance“[2] ist den Deutschen am Ende des zurückliegenden Jahrhunderts zuteil geworden. Kein Wunder, dass die säkularen Begebenheiten der Jahre 1989/90 umgehend die bevorzugte Aufmerksamkeit der Geschichts- und Politikwissenschaft gefunden haben. Im Verlauf eines „Annus Mirabilis“[3], in jenen „329 Tage[n]“[4] zwischen dem 9. November 1989, als die Berliner Mauer geöffnet wurde, und dem 3. Oktober 1990, als die Deutschen ihre Wiedervereinigung feiern konnten, trug sich in der Tat mehr zu „als üblicherweise in zehn Jahren“.[5] Mit Recht ist daher festgestellt worden, dass „wohl kaum ein Thema [...] in den neunziger Jahren so ausführlich Gegenstand von Dokumentationen, Memoiren und Monographien gewesen [ist] wie die Frage der Überwindung der Spaltung Europas und der deutschen Einheit“.[6] Ebenso zutreffend ist freilich auch die Feststellung, wonach „viele Schlüsselfiguren und Zeugen [...] ihre Version der Vorgänge noch nicht abgeliefert“ haben und „die meisten Dokumente [...] unzugänglich“[7] sind.

Dass die Erforschung der beinahe noch zur Gegenwart gehörenden Vergangenheit, die nur auf eine arg begrenzte Benutzung staatlicher Archivalien zu zählen vermag, un-

1 *Ernst Robert Curtius*, Goethe, Thomas Mann und Italien. Beiträge in der „Luxemburger Zeitung“ (1922–1925), Bonn 1988, S. 133.
2 *Fritz Stern*, Die zweite Chance. Die Wege der Deutschen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Juli 1990.
3 *Elizabeth Pond*, Beyond the Wall. Germany's Road to Unification, New York 1993, S. 85.
4 *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.
5 *Timothy Garton Ash*, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993, S. 502.
6 *Stefan Fröhlich*, „Auf den Kanzler kommt es an“. Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Paderborn 2001, S. 262.
7 *Ash*, Im Namen Europas, S. 502f.

mittelbar einsetzt, während die umfassende Auswertung dieser Quellen, die dann auch im internationalen Kontext heranzuziehen sind, erst Jahrzehnte später beginnen kann, ist für den Historiker allerdings nichts Außergewöhnliches. Als beispielsweise Heinrich von Sybel im Jahr 1889 den ersten Band seiner siebenbändigen, bis 1894 vollendeten Darstellung „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsacten" vorlegte, da informierte er, nicht ohne spürbare Genugtuung, den geneigten Leser darüber, dass ihm Fürst Bismarck unter dem Datum des 19. März 1881 „die Erlaubniß" erteilt habe, „die Bestände der Staatsarchive, sowie die Registratur des Auswärtigen Amtes zu benutzen".[8] Mehr noch: Der preußische Historiker des vorletzten Jahrhunderts wusste sich zudem, wie es in der Zeitgeschichtsschreibung seit den Tagen des Thukydides üblich ist, der Möglichkeiten von Zeugeneinlassungen zu bedienen. Was uns heute als „oral history" vertraut ist, wurde damals als Auswertung „mündliche[r] Mittheilungen der an den Ereignissen mitwirkenden oder ihnen nahestehenden Personen"[9] vorgestellt. Und für Heinrich von Sybel ebenso selbstverständlich wie für uns heißt es sodann im Hinblick auf das vorläufige Veto der amtlichen Sperrfristen ganz lapidar weiter: „Um die Benutzung anderer Archive habe ich mich aus dem einfachen Grunde nicht bemüht, dass für die Gewährung eines solchen Gesuchs nicht die mindeste Aussicht vorhanden war."[10] Das ist in unseren Tagen, mit gewissen Ausnahmen im Einzelnen, auch noch so, ohne Rücksicht übrigens auf den elementaren Unterschied der historischen Vorgänge, wonach sich „im Gegensatz zu Bismarcks Vereinigung von 1871 [...] die Entwicklung der Jahre 1989 und 1990 ohne ‚Blut und Eisen'"[11] vollziehen konnte.

Im Hinblick auf das eine ebenso wie im Hinblick auf das andere Großereignis der neueren Geschichte, die so eng miteinander verwandt und gleichwohl durch Welten voneinander getrennt sind, schreitet die Geschichtswissenschaft also nach der Methode voran, die seit eh und je gültig ist. Mit anderen Worten: Ungeachtet der erst allmählich verfügbaren Archivalien geht es darum, sich umgehend an die Sammlung der einschlägigen Quellen, an die Rekonstruktion der historischen Tatsachen und an die Deutung der geschichtlichen Zusammenhänge zu begeben.

Dabei pflegen sich die sattsam bekannten Argumente über die Erforderlichkeit von Nähe oder Distanz des Historikers zu seinem Untersuchungsobjekt gleichfalls ein um das andere Mal zu wiederholen: Die einen nämlich behaupten, über den Gegenstand könne nur urteilen, wer dabei gewesen sei, während die anderen dagegenhalten, zu urteilen sei überhaupt erst möglich, wenn eine genügend lange Zeit verstrichen sei. Das eine ist wohl so richtig und so falsch wie das andere. Zutreffend, weil seit langem bewährt, ist vielmehr dies: Das späte Urteil, das in zuweilen überlegener Manier bis dato unbekannte Fragen sowie unvermutete Perspektiven zu berücksichtigen imstande ist, setzt die frühe Forschung einfach als notwendig voraus, die im gegenwartsbezogenen Rahmen so viel wie eben möglich und sinnvoll an verfügbarem Material zu sichern bemüht war.

[8] *Heinrich von Sybel*, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsacten. Bd. 1, München 1889, S. XI.

[9] Ebd., S. XII.

[10] Ebd.

[11] *Karl Kaiser*, Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Mit den wichtigen Dokumenten. Bearbeitet von *Klaus Becher,* Bergisch Gladbach 1991, S. 30.

Für diese Art der geschichtswissenschaftlichen Grundlagenforschung sind im Übrigen die augenfälligen Parallelen ebenso wie die wesentlichen Unterschiede der beiden Nationalstaatsgründungen, der von 1870/71 und der von 1989/90, erst einmal gar nicht weiter maßgeblich, so aufschlussreich sie ansonsten für die historiographische Deutung auch sein mögen:[12] Im 19. Jahrhundert wurde die deutsche Reichsgründung bereits lange erwartet und kam schließlich doch mit unvermuteter Plötzlichkeit daher; im 20. Jahrhundert galt die deutsche Wiedervereinigung im Grunde längst als unwahrscheinlich und vollzog sich dann doch wie ein unaufhaltsames Naturereignis gleichsam von heute auf morgen. Beide Male setzte sogleich eine Debatte darüber ein, wie man das Ergebnis dieser säkularen Entwicklung bzw. den damit verbundenen Vorgang nun eigentlich benennen solle. Im 19. Jahrhundert wurde der Begriff vom Reich vor allem von konservativer Seite aus argwöhnisch betrachtet; gut 100 Jahre später traf der Begriff der Wiedervereinigung dagegen eher auf Vorbehalte von Seiten „fortschrittlicher" Zeitgenossen. Einwände gegen die erste Nationalstaatsgründung wurzelten eher im Umfeld der Tradition, Einwände gegen die zweite Nationalstaatsgründung gab es dagegen stärker im Lager der Linken.

Und das Volk, das bei der „unbeabsichtigten Selbstauflösung"[13] der DDR ebenso wie im Zusammenhang mit der forcierten Einheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und der Staatenwelt eine bewegende Rolle gespielt hat, ist als geschichtsmächtiger Faktor auch schon für den Verlauf der deutschen Reichsgründung im 19. Jahrhundert auf spezifische Art und Weise hervorgetreten: Seit den denkwürdigen Begebenheiten der Luxemburger Krise vom Jahr 1867, als Bismarck unter dem Druck des Norddeutschen Reichstags und der nationalen Öffentlichkeit das preußische Element seiner äußeren Politik hinter das deutsche zurücktreten ließ und die zukunftweisende Koalition mit der nationalen Bewegung einging, war der populäre Einfluss auf das staatliche Handeln gar nicht mehr zu verkennen, geschweige denn zu unterschätzen.[14]

Gleichwohl blieben, im 19. ebenso wie im 20. Jahrhundert, die Aktionen und Reaktionen der großen Mächte für den Gang der Dinge letztlich ausschlaggebend. Das waren – neben Preußen bzw. Preußen-Deutschland selbst, das damals zum Areopag der Staatenwelt gehörte – zum einen die Franzosen, die sich der Reichsgründung schließlich sogar mit kriegerischen Mitteln entgegenstellten und die sich zur Wiedervereinigung nur ein bedingtes Einverständnis abringen ließen. Das waren zum anderen die Briten, die 1870/71, voll Vertrauen in die eigene Stärke und in ihre zivilisatorische Überlegenheit, dem deutschen Einigungsvorgang schöpferisch begegneten, während sie in unseren Tagen, unverkennbar viel schwächer und durch leidvolle Erfahrungen mit den Deutschen argwöhnisch geworden, die fundamentale Veränderung in der Mitte Europas ablehnten. Das waren zum dritten die Russen, die den preußischen Nachbarn damals aus dem Empfinden selbstgewisser Überlegenheit heraus erst einmal ruhig gewähren ließen und denen am Ende des darauffolgenden Jahrhunderts angesichts voranschreitender Unterle-

[12] Vgl. dazu auch *Horst Möller*, Die Überwindung der Teilung Deutschlands: Zukunftschancen in historischer Perspektive, in: *Angela Merkel* (Hrsg.), Europa und die deutsche Einheit, Freiburg/Br. 2000, bes. S. 67–71.

[13] *Hans-Hermann Hertle*, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates. 2. durchgesehene Aufl.,Opladen 1999.

[14] Vgl. dazu *Winfried Baumgart*, Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830–1878, Paderborn 1999, S. 391.

genheit, wollten sie es im Inneren und nach außen nicht zum Äußersten kommen lassen, nichts anderes als Zustimmung zu bekunden übrig blieb. Und das waren schließlich die Amerikaner, die seinerzeit aus desinteressierter Nichtbetroffenheit heraus den Vollzug der nationalen Einheit in Deutschland verfolgten und die im Saeculum darauf mit nicht zu überbietendem Interesse und durch den klugen Einsatz ihrer singulären Macht den Prozess der Wiedervereinigung entscheidend gestaltet haben. Dagegen ist von der fünften Großmacht der Pentarchie des späten 19. Jahrhunderts, von Österreich-Ungarn, die 1870/71 aus inneren und internationalen Gründen gar keine andere Chance hatte, als sich mit dem abzufinden, was sich bei dem übermächtigen Nachbarn im Norden tat, nur noch ein in vielfach gewandelter Form existierender Kleinstaat übrig geblieben, der, auf seine Unabhängigkeit und Neutralität bedacht, mit gespannter Aufmerksamkeit, aber auch mit verständlichem Misstrauen das beobachtet hat, was sich im Zentrum des alten Kontinents so abrupt vollzog.

Doch wie gesagt: Jenseits dieser Unterschiede und Gemeinsamkeiten zweier Nationalstaatsgründungen in Deutschland, welche „Die Historiker und die deutsche Frage“[15] so zentral beschäftigen, geht die Grundlagenforschung in Bezug auf das eine ebenso wie in Bezug auf das andere Gründungsereignis ihren normalen Weg, der freilich im Hinblick auf „1870/71“ und „1989/90“ charakteristische Unterschiede aufweist: In weit fortgeschrittener und zunehmend differenzierter Form untersucht die Geschichtswissenschaft inzwischen Otto von Bismarcks Reichsgründung, wenn man sich beispielsweise vor Augen führt, dass der wissenschaftliche Fortschritt es mittlerweile erforderlich gemacht hat, die klassische „Friedrichsruher Ausgabe“ der Schriften des Reichskanzlers neu zu edieren.[16] In gerade erst einsetzender und bevorzugt sammelnder sowie rekonstruierender Form nähert sich die Historiographie dagegen der Geschichte der Wiedervereinigung, deren vorläufige Resultate es nunmehr näher zu betrachten gilt.

II.

Der Ertrag dieser seit einer Dekade aufgenommenen Arbeit der Geschichts- und Politikwissenschaft ist, lediglich auswahlweise und beileibe nicht vollständig erwähnt, durchaus stattlich. An erster Stelle zu nennen ist ohne Zweifel die von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann „Aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90“ publizierte Sonderedition „Deutsche Einheit“.[17] Nicht zuletzt die von Hanns Jürgen Küsters verfasste „Einführung“: „Entscheidung für die deutsche Einheit“, die monographischen Charakter besitzt, ist für die Entwicklung der einschlägigen Forschung wegweisend. Dass diese Aktenedition aus den amtlichen Beständen der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich

[15] *Wilfried Loth*, Die Historiker und die Deutsche Frage. Ein Rückblick nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Historisches Jahrbuch 112 (1992), Zweiter Halbband, S. 366.

[16] Die „Neue Friedrichsruher Ausgabe“ (NFA) wird von der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh, vorbereitet.

[17] *Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann* (Hrsg.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998. – Da Quellen und Literatur im Folgenden nur beispielhaft erwähnt werden, sei auf die entsprechenden Berichte und Belege vor allem in der unter den Anmerkungen 17, 42, 45, 48, 49, 50, 53, 68 und 78 benannten Literatur verwiesen.

mit entsprechenden Veröffentlichungen anderer Staaten, die am Vorgang der Wiedervereinigung beteiligt waren, bis dato keine Parallele aufweist, unterstreicht ihren vorläufig ausnahmehaften Wert.

Von den reichhaltigen, in sich ganz unterschiedlichen Materialien veröffentlichter Herkunft einmal abgesehen[18], stehen inzwischen zahlreiche Selbstzeugnisse und Zeugnisse der 1989/90 für die Weltpolitik Verantwortlichen zur Verfügung – das gilt für George Bush[19] und Michail Gorbačev[20], für François Mitterrand[21], Margaret Thatcher[22] und Helmut Kohl[23]; für die Außenminister James Baker[24], Eduard Ševardnadze[25] und Hans-Dietrich Genscher[26]; für einflussreiche Mitarbeiter und Berater, die nur ganz beispielhaft aufgeführt werden, wie Robert L. Hutchings[27] und Vernon Walters[28] auf amerikanischer, Anatolij Černjaev[29] und Valentin Falin[30] auf sowjetischer, Jacques Attali[31] und Hubert Védrine[32] auf französischer, George Urban[33] auf britischer und Horst Teltschik[34] auf deutscher Seite – ohne auf die diversen Äußerungen aus der Feder jener Statthalter der Sowjetunion in deren deutscher Satrapie im Einzelnen einzugehen, die mit jeweils ganz unterschiedlichen Empfindungen auf den „Absturz“[35] dieses staatlichen Kunstgebildes der zweiten Nachkriegszeit des 20. Jahrhunderts zurückgeblickt haben.

Nicht zu vergessen sind schließlich auch die Darstellungen von Seiten jener Staatsmänner und Politiker, die zwar nicht unmittelbar am großen Geschehen beteiligt waren und

18 Vgl. dazu beispielsweise *Ines Lehmann*, Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. 3 Bände, Frankfurt/M. 1996–2001.

19 *George Bush/Brent Scowcroft*, A World Transformed, New York 1998; *George Bush*, All the Best, George Bush. My Life in Letters and Other Writings, New York 1999.

20 *Michail Gorbatschow* [*Gorbačev*], Erinnerungen, Berlin 1995; *ders.*, Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung, München 2000.

21 *François Mitterrand*, Über Deutschland, Frankfurt/M. 1996.

22 *Margaret Thatcher*, Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, Düsseldorf 1993. Vgl. in diesem Zusammenhang auch *Gordon A. Craig*, Die Chequers-Affäre von 1990. Beobachtungen zum Thema Presse und internationale Beziehungen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), S. 611–623.

23 *Helmut Kohl*, Ich wollte Deutschlands Einheit. Dargestellt von *Kai Diekmann* und *Ralf Georg Reuth*, Berlin 1996.

24 *James A. Baker*, Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen, Berlin 1996.

25 *Eduard Schewardnadse* [*Ševardnadze*], Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991.

26 *Hans-Dietrich Genscher*, Erinnerungen, Berlin 1995.

27 *Robert L. Hutchings*, Als der kalte Krieg zu Ende war. Ein Bericht aus dem Innern der Macht, Berlin 1999.

28 *Vernon A. Walters*, Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters, Berlin 1994.

29 *Anatoli Tschernajew* [*Černjaev*], Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen, Stuttgart 1993.

30 *Valentin Falin*, Politische Erinnerungen, München 1993; *ders.*, Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der Deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion, München 1997.

31 *Jacques Attali*, Verbatim. Tome 3. Chronique des années 1988–1991, Paris 1995.

32 *Hubert Védrine*, Les mondes de François Mitterrand. À l'Élysée 1981–1995, Paris 1996.

33 *George R. Urban*, Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher. An Insider's View, London 1996.

34 *Teltschik*, 329 Tage.

35 *Günter Schabowski*, Der Absturz, Berlin 1991.

dieses gleichwohl so maßgeblich durch ihr teilweise beherztes Handeln mit beeinflusst haben – allen anderen voran erwähnt seien in diesem Zusammenhang die „Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete", also die Memoiren von Gyula Horn.[36] Gleichfalls zu beachten sind, im Rahmen einer Betrachtung über die deutsche Frage vor dem Hintergrund, ja im Banne der internationalen Politik allerdings nur in nachgeordneter Art und Weise, diejenigen Beiträge von Verantwortlichen, die über den inneren Vorgang der Einheit, über jene „Tage, die Deutschland und die Welt veränderten"[37], Auskunft geben: Sie berichten beispielsweise davon, wie „Der Vertrag"[38] über die Vereinigung zwischen den beiden deutschen Staaten zustande gekommen und durch welche Verhandlungen „die Deutsche Einheit" im Einzelnen ermöglicht worden ist.

Unverzichtbar für das Verständnis des Gesamten sind schließlich die Überlieferungen von Beteiligten, die zum „Zwei-plus-vier"-Prozess vorgelegt worden sind und „Die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit"[39] dokumentieren: Sie sind, was die operationalen Probleme angeht, geeignet, die Verwirklichung der strategischen Grundentscheidungen zu illustrieren, also jene Meisterleistung der Diplomatie anschaulich zu machen, die Karl Kaiser in seiner früh veröffentlichten Abhandlung „Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte"[40] so eindrucksvoll erklärt hat und die tatsächlich als ein „Glücksfall von Staatskunst"[41] gelten darf.

Überhaupt können wir binnen erstaunlich kurzer Frist bereits auf Darstellungen zählen, die den Stand unserer Kenntnis verlässlich, wenn auch nicht im Entfernten definitiv reflektieren. Das gilt vor allem für Philip Zelikows und Condoleezza Rices Klassiker „Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas"[42], aber auch für Elizabeth Ponds Werk „Beyond the Wall. Germany's Road to Unification"[43], die beide der amerikanischen Haltung zum deutschen Problem intensive Beachtung schenken. Dazu gehören ebenso Hannes Adomeits eingehende Untersuchung „Imperial Overstretch. Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev"[44] und Rafael Biermanns wegweisende Studie „Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang"[45], welche die Entwicklung der deutschen Frage aus der sowjetischen Perspektive betrachten. Dazu zählt auch, nicht zuletzt weil ihm ansonsten

[36] *Gyula Horn*, Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete, Hamburg 1991.

[37] *Theo Waigel/Manfred Schell*, Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion, München 1994.

[38] *Wolfgang Schäuble*, Der Vertrag. Wie ich über die Deutsche Einheit verhandelte. Aktualisierte Taschenbuchausgabe, München 1993.

[39] *Auswärtiges Amt* (Hrsg.), „2+4". Die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit. Eine Dokumentation, Köln 1991.

[40] *Kaiser*, Deutschlands Vereinigung.

[41] *Richard Kiessler/Frank Elbe*, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit, Baden-Baden 1993, S. 14.

[42] *Philip Zelikow/Condoleezza Rice*, Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997.

[43] *Pond*, Beyond the Wall.

[44] *Hannes Adomeit*, Imperial Overstretch. Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews, Baden-Baden 1998.

[45] *Rafael Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn 1997.

verschlossene Akten aus dem „Serail der Macht" des französischen Staatspräsidenten zur Verfügung standen, Tilo Schaberts Monographie „Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit"[46]: Sie interpretiert François Mitterrands zwischen der Ablehnung einer deutschen Wiedervereinigung und ihrer Befürwortung heftig schwankende Politik, einige Grade zu stark, im Sinne eines langfristig entworfenen Plans, wonach die „Sphinx" im Élysée-Palast schon vergleichsweise früh mit dem sich wie natürlich vollziehenden Vorgang der deutschen Einheit einverstanden gewesen sei. Bleibt schließlich noch der Hinweis auf Norbert Himmlers Dissertation „Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges"[47], die dem erbitterten Abwehrkampf der englischen Premierministerin Margaret Thatcher gegen das am Ende dennoch Unvermeidliche ihre zentrale Aufmerksamkeit schenkt.

Wie aus revolutionären Unberechenbarkeiten politische Evolution wurde, wie die kriegerischen Gefahren, die besonders dann drohen, wenn Imperien zerbrechen, gezähmt und gestaltet, ja für die Lösung der deutschen Frage schöpferisch genutzt wurden, hat vor allem die deutsche Geschichts- und Politikwissenschaft beschäftigt: Die Veröffentlichungen zählen inzwischen Legion. Wegen ihres privilegierten Zugangs zu den Materialien des Bundeskanzleramtes hervorzuheben ist zum einen die „Geschichte der Deutschen Einheit", die in vier qualitativ sehr unterschiedlichen Bänden vorliegt: Was die Frage der Wiedervereinigung im Kontext der Staatenwelt angeht, so hat Karl-Rudolf Korte in dieser Serie die „Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft"[48] und Werner Weidenfeld die „Außenpolitik für die deutsche Einheit"[49] dargestellt. Hinzuweisen ist aber auch auf die einschlägigen Teile der gedankenreichen Monographie von Hanns Jürgen Küsters „Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990"[50], welche die spezifische Lösung der deutschen Frage jenseits der herkömmlichen Konzepte eines Friedensvertrages umfassend untersucht. Zu beachten sind ferner, weil sie den einschlägigen Stand unserer Kenntnis perspektivenreich und deutungsstark abhandeln, die entsprechenden Passagen in den Werken von Heinrich August Winkler „Der lange Weg nach Westen"[51], von Peter Graf Kielmansegg „Nach

[46] *Tilo Schabert*, Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2002.

[47] *Norbert Himmler*, Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges. Akteure, Interessen und Entscheidungsprozesse der britischen Regierung 1989/90, Berlin 2001.

[48] *Karl-Rudolf Korte*, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart 1998 (Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden: Bd. 1); Bd. 2: *Dieter Grosser*, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Stuttgart 1998; Bd. 3: *Wolfgang Jäger*, Die Überwindung der Teilung: Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998.

[49] *Werner Weidenfeld/Peter M. Wagner/Elke Bruck*, Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998 (Geschichte der deutschen Einheit in vier Bänden: Bd. 4).

[50] *Hanns Jürgen Küsters*, Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990, München 2000, S. 801–898.

[51] *Heinrich August Winkler*, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 481–639.

der Katastrophe“[52] und, last but by no means least, von Andreas Rödder „Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990“[53]: Dass sich die geschichtswissenschaftliche Aufgabe zu sammeln, zu rekonstruieren und zu interpretieren beileibe nicht nur nacheinander und getrennt voneinander vollziehen muss, sondern vielmehr gleichzeitig und *uno actu* voranschreiten kann, wird in dieser letztgenannten Darstellung überzeugend demonstriert – zumal sie ungeachtet ihrer luziden Interpretation immer wieder zu erkennen gibt, was die österreichische Historikerin Grete Klingenstein unlängst so umschrieben hat: „Der Diskurs der Wissenschaft lebt im Wesentlichen vom Rekurs auf die Quellen.“[54]

III.

Welche zentralen Probleme der Geschichte der deutschen Einheit, deren Verlauf inzwischen so weit wie möglich nachgezeichnet worden ist, stehen im Zentrum der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte?

1. Hin und her geht die Auseinandersetzung um die Begrifflichkeit dessen, was sich 1989/90 in Deutschland vollzog. Um die Distanz zur schwierigen, ja belasteten Vergangenheit des Bismarck-Reiches zu betonen, wird anstelle von Wiedervereinigung zuweilen ganz bewusst von „Neu-Vereinigung“ oder einfach nur von „Vereinigung“ und auch, neutral sowie unbestreitbar, von „deutscher Einheit“[55] gesprochen. Obwohl die Motive für eine solche Wortwahl verständlich sind, erfassen diese Begriffe doch kaum den „konstitutiven Rückbezug“ des nationalstaatlichen Einigungsvorgangs, nämlich „die wenn auch partielle Wiederherstellung eines früheren territorialen Zustands“[56]: Er hat ungeachtet der sich seit 1871 stetig wandelnden und inzwischen gründlich veränderten inneren Verfasstheit Deutschlands nichts zu tun mit einem „neuartigen Zusammenschluss“[57]. Im Gegenteil: Die Wiederherstellung des gespaltenen Nationalstaats hat dem deutschen Einigungsvorgang „seine innere wie äußere Legitimität“[58] verliehen und findet im Begriff der Wiedervereinigung angemessenen Ausdruck – zumal nach der endgültigen Anerkennung der deutschen Ostgrenze und dem definitiven Verzicht auf die Polen und der Sowjetunion bzw. Russland im Gefolge des Zweiten Weltkriegs zuerkannten Ostgebiete des „Vergangenen Reiches“ (Klaus Hildebrand) der Begriff auch in politischer Hinsicht inzwischen als korrekt gelten kann.[59]
2. Ob sich die deutsche Wiedervereinigung gegen den Strom der Zeit, gegen Globalisierung, Europäisierung und Westernisierung vollzogen habe, hat Andreas Rödder als

[52] *Peter Graf Kielmansegg*, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 661–674.
[53] *Andreas Rödder*, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2003, S. 95–105, 148–156.
[54] *Grete Klingenstein/Fritz Fellner/Hans Peter Hye* (Hrsg.), Umgang mit Quellen heute. Zur Problematik neuzeitlicher Quelleneditionen vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Wien 2003, S. 11.
[55] Vgl. dazu *Rödder*, Die Bundesrepublik Deutschland, S. 152.
[56] Ebd.
[57] Ebd.
[58] Ebd.
[59] Vgl. dazu *Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzleramt, S. 17.

eine weit in zukünftige Erörterungen der Wissenschaft reichende Frage frühzeitig aufgeworfen[60]: Hat sich die Geschichtsmacht des Nationalen gleichsam quer zu den Strömungen der Moderne noch einmal behauptet? War die Wiedervereinigung vielleicht nur ein politisches Ziel und somit auch eine historische Zäsur für die sogenannte „classe politique“ in der Bundesrepublik Deutschland, aber kaum für deren Bevölkerung, die längst jenseits der Enge des alten Nationalstaats im breiten Strom der Postmoderne mitschwimmt?

Mit diesen Fragen wird ohne Zweifel ein zentrales Problem benannt. Gerade in seinem Kontext sind freilich drei maßgebliche Tatbestände nicht zu übersehen: Zum einen hat die Mehrheit der Bevölkerung der inzwischen untergegangenen DDR über ihre Forderungen nach den Segnungen der westlichen Zivilisation hinaus die nationale Einheit geradezu stürmisch verlangt. Zum anderen ist die Wiedervereinigung auch vor dem Entscheidungsjahr 1989/90 in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland „ein latentes Thema geblieben: aktualisierbar“[61] also. Und zum dritten steht für die alten Nationalstaaten Europas ebenso wie für die neue Weltmacht der Vereinigten Staaten von Amerika die Vereinbarkeit von Nation und Moderne ganz außer Frage. Mehr noch: Es ist gerade jene Identität von Macht und Kultur, von Herrschaft und Idee, von Ausdehnungstrieb und Missionsauftrag, die seit den Tagen der spanischen Universalmonarchie über die hegemonialen Anläufe der Franzosen, über das britische Empire bis hin zur Pax Americana den in der Welt führenden Rang einer großen Macht konstituiert.

3. Was aber die Vereinigten Staaten von Amerika angeht, so gab es für ihre politischen Führer im Zeichen der imperialen Präsidentschaft von George Bush keinen Zweifel mehr daran, „das Spiel gewinnen“[62] zu wollen, also das „Great Game“ der globalen Kontrahenten in die „Great Transition“[63] der Welt zu überführen, Europas Spaltung auf friedlichem Weg zu überwinden und das geteilte Deutschland wieder zu vereinigen – ohne Wenn und Aber und zu amerikanischen Bedingungen, also innerhalb des um nichts, es sei denn um den unwahrscheinlichen Fall des Krieges, aufzugebenden Rahmens der NATO, auf gar keinen Fall aber als einen neutralen Faktor der Staatenwelt.

4. Und die Deutschen mit Bundeskanzler Helmut Kohl an ihrer Spitze zeigten sich, anders als oftmals zuvor im Verlauf ihrer windungsreichen und problematischen Geschichte, in der Entscheidungslage des Jahres 1989/90 einmal nicht zögernd, zaudernd und unentschlossen. Vielmehr handelte der verantwortliche Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland, der seit seinem unbeirrten Festhalten am sogenannten NATO-Doppelbeschluss zu Beginn seiner Regierungszeit die Grundlagen für das Kommende gelegt

[60] *Andreas Rödder*, „Durchbruch im Kaukasus“? Die deutsche Wiedervereinigung und die Zeitgeschichtsschreibung, in: Jahrbuch des Historischen Kollegs 2002, S. 137–140.

[61] *Tilman Mayer*, Warum es zur Wiedervereinigungschance kam, in: *Karl Eckart/Jens Hacker/Siegfried Mampel* (Hrsg.), Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Berlin 1998, S. 234.

[62] *Zelikow/Rice*, Sternstunde der Diplomatie, S. 302f.

[63] *Raymond L. Garthoff*, The Great Transition. American-Soviet Relations and the End of the Cold War, Washington 1994.

hatte,[64] nach tastenden Anfängen und in engem Einvernehmen mit den Amerikanern, auf die fast alles ankam, ebenso überlegt wie entschlossen und zielgerichtet.

Durch keine „Nebenaußenpolitik“ oppositioneller Kräfte von seinem Weg abzubringen,[65] wurde die anfänglich unklare Idee der „konföderative[n] Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland [...] mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen“[66], von der noch im berühmten „Zehn-Punkte-Programm“ vom 28. November 1989 die Rede war, binnen erstaunlich kurzer Zeit mehr und mehr aufgegeben zugunsten des erklärten Ziels der nationalen Wiedervereinigung. „Aus dem Taktiker der Macht“, urteilt der Helmut Kohl alles andere als unkritisch begegnende Historiker Heinrich August Winkler, „war ein Staatsmann geworden: Im entscheidenden Augenblick handelte er derart zielbewußt, instinktsicher und souverän, dass die Erinnerung an seine zahlreichen Ungeschicklichkeiten, Fehler und Schwächen dahinzuschwinden begann.“[67]

Geraume Zeit noch bestehende Zweifel über den zukünftigen Status der untergehenden DDR im Rahmen eines wiedervereinigten Deutschland – integrierte oder differenzierte NATO-Mitgliedschaft – wurden durch die resolute Entscheidung der Amerikaner, die Helmut Kohls prinzipieller Disposition in dieser zentralen Frage so vorteilhaft entgegenkam, für eine volle, uneingeschränkte Zugehörigkeit der Deutschen zur NATO definitiv ausgeräumt: Die Westbindung hatte zur Wiedervereinigung geführt, Helmut Kohl war zu vollenden vergönnt, was unter Konrad Adenauer eingeleitet worden war, nämlich „Einheit in Freiheit“ zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der deutschen Rolle im internationalen Vorgang der nationalen Wiedervereinigung werden immer wieder zwei Deutungen des Gesamten erörtert, die inzwischen als problematisch, weil nur in bedingtem, aber nicht im wesentlichen Maße zutreffend, entlarvt worden sind: Das ist zum einen, wie Andreas Rödder abgekürzt formuliert hat[68], die „Bürgerbewegungs-Legende“, und das ist zum anderen die „Kaukasus-Legende“. Der ersten zufolge trat, wie es beispielsweise Heinrich Potthoff erscheint, „für eine kurze Zeit [...] das Volk aus seiner passiven Rolle heraus, bestimmte weitgehend das Gesetz des Handelns und riss wie ein reißender Strom Politik

[64] Vgl. dazu *Hanns Jürgen Küsters*, Mit Naturnotwendigkeit eintretende Veränderungen – Oder: Was die Regierung Kohl zum Mauerfall beitrug, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 9 (2002), S. 141–160.

[65] Vgl. dazu *Rödder*, Die Bundesrepublik Deutschland, S. 151.

[66] Vgl. dazu *Kohl,* „Ich wollte Deutschlands Einheit“, S. 159, sowie „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, vorgelegt von Bundeskanzler *Helmut Kohl* in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 28. November 1989 (gekürzt), in: Europa-Archiv 44 (1989), S. D 732.

[67] *Winkler*, Der lange Weg, S. 526.

[68] *Rödder*, Die Bundesrepublik Deutschland, S. 153; vgl. dazu auch *ders.*, Staatskunst statt Kriegshandwerk. Probleme der deutschen Vereinigung von 1990 in internationaler Perspektive, in: Historisches Jahrbuch 118 (1998), S. 223–260; *ders.*, Zeitgeschichte als Herausforderung. Der Weg zur deutschen Einheit, in: Historische Zeitschrift 270 (2000), S. 669–687; und *ders.*, „Breakthrough in the Caucasus“? German Reunification as a Challenge to Contemporary Historiography, in: German Historical Institute London. Bulletin. XXIV (2002), S. 7–35. Vgl. zudem Anmerkung 60.

und Politiker mit".[69] Der anderen zufolge sei „der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands" bei dem Treffen zwischen Gorbačev und Kohl am 15./16. Juli 1990 im kaukasischen Archyz getan worden. In diesem Sinne hat der seinerzeit eng am Geschehen beteiligte Bundesminister für besondere Aufgaben und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Hans Klein, sein Urteil in die titelwirksamen Worte gefasst: „Es begann im Kaukasus."[70]
Beide Interpretationen sind von Andreas Rödder überzeugend in Frage gestellt und differenziert widerlegt worden[71]: als das zum einen verständliche Verlangen nach „der endlich geglückten demokratischen Revolution von unten" und als der zum anderen plausible Wunsch nach der schließlich auch einmal „geglückten ‚großen Politik' in Deutschland".[72] Ohne die partielle Bedeutung beider Elemente für den Verlauf der Geschichte auch nur im Entfernten zu unterschätzen, ist doch gar nicht zu übersehen, dass jenseits einer auf Deutschland fixierten Betrachtung der Dinge, wie eh und je für die Entwicklung der deutschen Frage, die Bewegungen der Staatenwelt für den Prozess der nationalen Wiedervereinigung ausschlaggebend gewesen sind: In diesem Sinne hat die amerikanisch-sowjetische Einigung über Deutschlands Zukunft als geeinter Nationalstaat und als integriertes Mitglied der NATO, die nicht zuletzt beim Gipfelgespräch in Washington am 31. Mai 1990 erzielt worden ist, entscheidend gewirkt.

5. Aus welchen Gründen die DDR zusammengebrochen ist und warum sich ihre verunsicherte Führung nicht mehr zu einer „chinesischen Lösung" des gewaltsamen Vorgehens gegen die sich erhebende Bevölkerung ihres Staates entschließen konnte[73], verweist umgehend auf
6. die Frage nach den Gründen für die entsprechenden Entscheidungen der zusammenbrechenden Sowjetunion, für ihr allmählich artikuliertes Einverständnis mit der deutschen Wiedervereinigung und für ihre schließlich bekundete Nachgiebigkeit gegenüber einer Zugehörigkeit des gesamten Deutschland zur NATO. Amerikanischer Druck im neu entfachten Kalten Krieg; das demokratische bzw. nationale Aufbegehren in den ostmitteleuropäischen Staaten und bald darauf bei den unter sowjetische bzw. russische Herrschaft gezwungenen Völkern des kolonialen Reiches; das wirtschaftliche Versagen; die technologische Unterlegenheit, nicht zuletzt im Bereich der Waffentechnik; die freiheitliche Einflüsse unaufhaltsam transportierenden Kommunikationsmittel; kurzum: die unwiderstehliche Mischung aus Macht und Ideen, die zermürbende Abfolge von Entspannung und Attacke, mit der die Vereinigten Staaten von Amerika ihren globalen Konkurrenten überzogen, zwangen die Sowjetunion in die Knie. Diese historische Tatsache und Michail Gorbačevs damit zusammenhängende, gleichwohl autonome Entscheidung, auf Gewalt zur Behauptung der äußeren Grenzen des sowjetischen Imperiums zu verzichten, erklären im Übrigen, jedenfalls weitgehend, warum

[69] *Heinrich Potthoff*, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999, S. 343.
[70] *Hans Klein*, Es begann im Kaukasus. Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands, Berlin 1991.
[71] Vgl. dazu Anmerkung 68.
[72] *Rödder*, Die Bundesrepublik Deutschland, S. 153.
[73] Vgl. dazu *Joachim Scholtyseck*, Die Außenpolitik der DDR, München 2003, S. 46–48, 127–129.

es in der wankenden DDR nicht zu einem Massaker wie dem vom Pekinger Tiananmen-Platz gekommen ist.[74]

Dass ein großer Plan im Sinne intentionalen Handelns die sowjetische Führung und Michail Gorbačev allen voran geleitet habe, nämlich die zur Last gewordenen Satrapien des längst überbürdeten Reiches bewusst aufzugeben und den Deutschen die Wiedervereinigung zu gewähren, um auf diesem Weg, ganz kalkuliert also, entlastenden Vorteil zu nehmen, ist, jedenfalls nach dem gegenwärtigen Stand unserer Kenntnis, eher unwahrscheinlich. Wahrscheinlich ist vielmehr, dass die in sich alles andere als einige Führung der Sowjetunion von den sich überstürzenden Ereignissen, vom Unkontrollierbaren der Entwicklung getrieben worden ist und in hastiger Improvisation versucht hat, von Rückschlag zu Rückschlag sozusagen, das jeweils Beste aus den sich überschlagenden Situationen zu machen.

Das festzustellen darf freilich nicht einer neuen Legende den Boden bereiten: Die deutsche Wiedervereinigung, die mit der Transferierung von viel Geld, von knapp 60 Mrd. DM, einherging, ist gleichwohl alles andere als ein gigantischer Kaufakt der Weltgeschichte gewesen. Denn mit Geld lässt sich Macht, solange sie mit dem entschiedenen Willen zu ihrem Einsatz verbunden ist, niemals zum Verschwinden bringen. Mit anderen Worten: Der Sowjetunion war der politische Wille, ihre im Gefolge des Zweiten Weltkriegs gemachte Beute, ihre deutsche ebenso wie ihre europäische, zu behaupten, längst abhanden gekommen, so dass der bereits vollzogene Verzicht schließlich und endlich nur noch vergoldet wurde.[75] Das heißt aber auch: Die Debatte um Michail Gorbačevs Rolle und „Charakterbild" in der Geschichte des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts wird andauern. Die einen verurteilen ihn als denjenigen, der ein Weltreich verspielt, und die anderen würdigen ihn als denjenigen, der den Weltfrieden gerettet habe. Dass das eine, die Opferung des Imperiums, mit dem anderen, der Abwendung eines möglichen Krieges, ohne Zweifel zu tun gehabt hat, liegt dabei auf der Hand.

7. Frankreichs Haltung gegenüber der in den achtziger Jahren erneut in Bewegung geratenen deutschen Frage, konkret: François Mitterrands uneindeutiger Kurs im Banne der auf die Wiedervereinigung zueilenden Weltgeschichte wird die Forschung mit Sicherheit noch lange und intensiv beschäftigen. Das Erbe der großen Revolution von 1789, Freiheit und Selbstbestimmung der Völker als verpflichtend anzuerkennen sowie Demokratie und Nation als unteilbar zu begreifen, veranlasste den französischen Staatspräsidenten zu einer grundsätzlichen Befürwortung der deutschen Einheit; machtpolitisches Interesse und historische Erfahrung seines Landes aber sprachen dagegen. So lange die Sowjets bei ihrem unumstößlichen „Njet" zur deutschen Wiedervereinigung blieben, konnte Frankreich, vergleichsweise problemlos, scheinbar dafür sein. Als die

[74] Vgl. zu einer anderen Deutung für den Verzicht der DDR-Führung auf eine „chinesische Lösung" *Hermann Wentker*, Die Staatsräson der DDR, in: *Günther Heydemann/Eckart Klein* (Hrsg.), Staatsräson in Deutschland, Berlin 2003, S. 157, wo es heißt: „Ihre ökonomische Abhängigkeit vom Westen trug zweifellos dazu bei, dass die DDR-Führung aufgrund der unkalkulierbaren finanziellen Folgen im Herbst 1989 nicht zu einer ‚chinesischen Lösung' griff."

[75] Vgl. dazu auch *Ulrich Albrecht*, Die internationale Regelung der Wiedervereinigung. Von einer „No-win" Situation zum raschen Erfolg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 40/96 vom 27. September 1996, S. 10f.

Russen davon abrückten und schwach wurden, fühlten die Franzosen sich ihrerseits nicht stark genug, um – zumal gegen den Willen der Amerikaner – allein mit den Briten gegen Deutschland Front zu machen. Aus Furcht davor, am Ende isoliert dazustehen und mit den nach wie vor gefürchteten Deutschen allein gelassen zu werden, willigte François Mitterrand in das Unvermeidliche ein. Und mit dieser historischen Entscheidung gelang es ihm immerhin, Idee und Macht, Deutschlands Selbstbestimmung und Frankreichs Sicherheit vorteilhaft miteinander auszugleichen, indem er das wiedervereinigte Deutschland über die auch für ihn elementare NATO-Bindung hinaus im französischen Interesse, nicht zuletzt im währungspolitischen Zusammenhang, fest an die Europäische Union gebunden hat.

8. Ganz anders verhielt sich das einer Wiedervereinigung gegenüber unversöhnliche England unter Führung seiner Premierministerin Margaret Thatcher. Ohne Wenn und Aber kämpfte die „Eiserne Lady", anders als ihr sich viel früher ins Übermächtige der Entwicklung schickender Außenminister Douglas Hurd, beinahe bis zur letzten Stunde gegen den Vollzug der deutschen Einheit. Vergeblich spekulierte die britische Regierungschefin darauf, es könne ihr gelingen, Demokratie und Nation, das siamesische Zwillingspaar der westlichen Moderne, voneinander zu trennen, also der DDR die erforderliche Freiheit zu schenken, den Deutschen aber die nationale Einheit vorzuenthalten. Allein, die Wirkungskraft der doppelten Idee war unteilbar; die Macht Englands dagegen, ohne ein sich der deutschen Wiedervereinigung widersetzendes Russland, ohne die von London angestrebte Achse mit den Franzosen und ohne amerikanisches Einverständnis mit der britischen Position, reichte längst nicht mehr aus, um dem Rad der Entwicklung in die Speichen zu greifen. Daher gab sich Margaret Thatcher mit der gelungenen NATO-Integration des wiedervereinigten Deutschland, ohne es im Grunde so recht sein zu können und zu wollen, am Ende insofern zufrieden, als die westliche Allianz den Briten vor den möglichen, ja von der Premierministerin als sicher erwarteten Herausforderungen des neuen Deutschland, in dessen Existenz sie bevorzugt die verdächtige Tradition des alten Bismarck-Reiches erblickte, Schutz zu bieten versprach.

Dass schließlich auch die Europäische Union mit ihrem französischen Präsidenten Jacques Delors an der Spitze ebenso wie andere Staaten im alten Europa, jene der deutschen Wiedervereinigung so freundlich entgegenkommenden Spanier etwa, die allerdings weit weg waren vom Geschehen im Zentrum des Kontinents, oder die sperrig reagierenden Polen, die lange um ihre Westgrenze fürchteten, ihre historische Rolle im säkularen Zusammenhang gespielt haben, sei der Vollständigkeit halber erwähnt: Das zu tun verweist gleichzeitig auf Desiderate und Perspektiven, die abschließend benannt seien, wenn es darum geht, Stand und Erträge der Forschung zur Geschichte der deutschen Wiedervereinigung kursorisch zu resümieren.

IV.

1. Die internationale Entwicklung während der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts, vor allem im Epochenjahr 1989/90, kann vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, der

amerikanisch-sowjetischen Konkurrenz im 20. Jahrhundert und der Auseinandersetzung um Hegemonie und Gleichgewicht in der europäischen und atlantischen Neuzeit als ein Lehrstück für das gelten, was Geschichte konstituiert, nämlich das Unvorhersehbare und schwer Verfügbare durch Entscheidungen und Handeln allmählich zu gestalten, also Zufall und Absicht, Notwendigkeit und Freiheit, Struktur und Individualität miteinander auszugleichen.

2. Macht und Idee, das zeigt diese historische Parabel aus jüngster Zeit, sind wie eh und je diejenigen Elemente, welche die Geschichte bewegen: Macht ohne Idee ist blind, Idee ohne Macht bleibt wirkungslos. Der Sowjetunion kam zuerst ihre Idee abhanden, dann folgte die Macht; zurück blieben Ohnmacht und Ideenarmut; gefüllt aber wurde dieses geschichtliche Vakuum durch eine Besinnung auf die Nation und Tradition Russlands.

Die Vereinigten Staaten von Amerika dagegen haben es verstanden, die Idee der unteilbaren Freiheit mit ihrer Macht zur friedlichen Expansion zu verbinden, so dass sie im säkularen Ringen der historischen Potenzen obsiegten, vorläufig jedenfalls. Denn auf Dauer ruft jede große, geschweige denn universale Macht gleichsam selbsttätig Gegenmacht auf den Plan; taucht regelmäßig die Versuchung auf, der eigenen Hybris zu erliegen, weil das Überdauern einer sich ins Imperiale erweiternden Hegemonie zunehmend schwierig wird:

„Wer [...] einer Gesamtheit Größe, Macht, Glanz verschafft“, hat bereits Jacob Burckhardt warnend festgestellt, „dem wird das Verbrechen nachgesehen, namentlich der Bruch abgerungener politischer Verträge, [...] nur muss man dann fortfahren, groß zu sein, und wissen, dass man auch den Nachfolgern das fatale Legat hinterlässt, Genie haben zu müssen, um das gewaltsam Gewonnene so lange zu behaupten, bis alle Welt daran als ein Recht gewohnt ist.“[76]

Vor diesem so gründlich veränderten Hintergrund der Weltpolitik aber muss der Nationalstaat des wiedervereinigten Deutschland, souverän und integriert in einem, mit den Notwendigkeiten der Staatenwelt und der Moderne zum Ausgleich finden; muss sich, wenn es darauf ankommt, unzweideutig entscheiden und die außenpolitische Option der Neutralität um beinahe jeden Preis vermeiden. Nur so, im integrierten Zusammenhang der westlichen Welt, lässt sich, auf absehbar lange Zeit jedenfalls, die den Erfordernissen der modernen Zeit angepasste, gezähmte und eingehegte Souveränität als das kostbare Ergebnis der wiedervereinigten Nation auch zukünftig bewahren.

3. Auch im Zeichen der sogenannten Globalisierung ist und bleibt die Nation, ja der Nationalstaat – das ist die Lehre, die sich vor dem Hintergrund des „Pluriversums“[77] der Staatenwelt aus den historischen Begebenheiten der deutschen Wiedervereinigung ableiten lässt – verbindlicher und letzter Maßstab staatlichen und internationalen Handelns. Die Auseinandersetzung der überkommenen, traditionellen Werte des Nationalen mit den mannigfachen, verwirrenden Tendenzen der Moderne repräsentiert dabei den zentralen Gegenstand politischer Aktion und historischer Betrachtung.

[76] *Jacob Burckhardt*, Die Historische Größe. Mit einem Nachwort von *Rudolf Stadelmann*, Krefeld 1947, S. 50.

[77] *Carl Schmitt*, Der Begriff des Politischen, Berlin 1954 (Text von 1932), S. 54: „Die politische Welt ist ein Pluriversum, kein Universum.“ Vgl. dazu *Josef Isensee*, Die vielen Staaten in der einen Welt – eine Apologie, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 1 (2003), S. 7–31.

4. Obwohl Deutschland und das deutsche Problem 1989/90 wieder einmal im Zentrum der Weltpolitik gestanden haben, sind die Deutschen doch, alles in allem jedenfalls, diesmal eher Objekte als Subjekte der Weltgeschichte gewesen. Diese Feststellung gilt allerdings nur der vorwaltenden Tendenz nach und bedarf der einschränkenden Ergänzung: Zu mehr als nur zu abgeleiteter, sondern vielmehr zu eigenständiger, mithin autonomer Bedeutung, zu einem Subjekt im weltgeschichtlichen Prozess der Wiedervereinigung stieg Bundeskanzler Helmut Kohl ohne Zweifel dadurch auf, dass er sich dafür entschied, die von der historischen Entwicklung, durch das Handeln, Gewährenlassen und Unterlassen der großen Mächte, durch ihre Aktionen und Reaktionen so überraschend gebotene Chance tatsächlich zu nutzen, dass er also die geschichtlich einmalige Gelegenheit, beherzt und entschlossen, ergriffen hat. In diesem Zusammenhang avancierte er zu einer unverwechselbaren, gewiss auch unersetzbaren Potenz *sui generis* – und das nicht zuletzt deshalb, weil ein anderer an seiner Stelle auf diese unerwartete Herausforderung der Weltgeschichte möglicherweise anders, vielleicht sogar ganz anders reagiert hätte: Angesichts der innenpolitischen Lage in der alten Bundesrepublik wäre die deutsche Reaktion auf die historische Chance, welche die Staatenwelt für einen geschichtlichen Augenblick so unvermutet bereitgestellt hat, wahrscheinlich so ausgefallen, dass die nationalstaatliche Wiedervereinigung eher unterblieben und die Singularität der außergewöhnlichen Konstellation ungenutzt verstrichen wäre.
   Allein, von dieser maßgeblichen, bis in das Wesentliche der Vorgänge reichenden Rolle des verantwortlichen Staatsmannes in Deutschland einmal abgesehen, wurden die Bedingungen für die Lösung der deutschen Frage jedoch weitgehend von außen präformiert, also durch die Entscheidungen anderer im Rahmen der Staatenwelt. Gewiss, es waltete keine blinde Zwangsläufigkeit einer internationalen Mechanik, wohl aber eine spürbare Abhängigkeit von deren Entwicklungen, die den Repräsentanten in Deutschland, allen voran Bundeskanzler Helmut Kohl, jedoch nicht nur frei zu entscheiden erlaubten, sondern ihnen dazu gerade die Möglichkeit einräumten, die diese genutzt und nicht vertan haben.
5. Wie nach seiner Begründung im Jahr 1871 sieht sich der deutsche Nationalstaat auch nach seiner Wiedervereinigung im Jahr 1990 einem Grundproblem der allgemeinen Geschichte gegenüber, das im Verlauf der deutschen Entwicklung auf ihrem Weg von Bismarck zu Hitler in spezifischer Form, nämlich nicht selten verhängnisvoll, zutage getreten ist: Dabei geht es um das zentrale Verhältnis von gesellschaftlichen Bedingungen und politischen Entscheidungen.
   Beim Übergang vom Bismarck-Reich zum Wilhelminischen Deutschland beispielsweise machten sich unverkennbar mächtige Tendenzen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Provenienz bemerkbar, die den bis dahin respektierten Rahmen innen- und außenpolitischer Verfasstheit sprengten, ja die im Rahmen der Staatenwelt eine fatale Neigung zum Expansiven, zum Revolutionären, zum Kriegerischen entwickelten. Gleichwohl führte diese prima vista so übermächtige Struktur alles andere als zwangsläufig zu jener unruhigen Kraftmeierei der äußeren Politik des Kaiserreichs, die vielmehr, natürlich im Rahmen der zeittypischen Verhältnisse, letztlich doch auf den Entscheidungen Verantwortlicher beruhte.

Heute lassen sich, was die Vereinbarkeit von Innen- und Außenpolitik, von innerer und internationaler Disposition angeht, vorteilhafte Aussichten beobachten, die eine Kongruenz von Nation, Gesellschaft und Demokratie, von Freiheit, Einheit und Frieden begünstigen können. Allein: auch eine solche Struktur des Gesamten garantiert keineswegs automatisch das künftige Heil, das ebenso wie das jederzeit mögliche Unheil, zu maßgeblichen Teilen jedenfalls, politischen Entscheidungen unterliegt.
Für die längst vergangene Zeit ist also ebenso wie für unsere Gegenwart dies nach wie vor gültig: Nicht die Existenz überpersönlicher Bedingungen ist in einem gleichsam selbsttätigen, sozusagen blinden Verfahren für die Entwicklung äußerer Politik verantwortlich; vielmehr wird darüber, wie stets zuvor in der Geschichte und überall anders auf der Welt, durch Entscheidungen bestimmt – nicht unabhängig von den allgemeinen Verhältnissen, aber auch nicht durch diese determiniert, sondern in dem einmal großzügiger und einmal sparsamer zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum zwischen Notwendigkeit und Freiheit. Mit der Klugheit und Richtigkeit solcher Entscheidungen aber hat es maßgeblich zu tun, ob sich Wünsche, die in Erfüllung gegangen sind, nach geraumer Zeit als eine Vollendung des Erhofften oder als das Gegenteil davon zu erkennen geben.

6. Um – nicht zuletzt auch im vergleichenden Blick auf die Geschichte der Reichsgründung von 1870/71 – einen entsprechenden Kenntnisstand über die Geschichte der Wiedervereinigung von 1989/90 zu erlangen, ist noch sehr viel Forschungsarbeit erforderlich: in Bezug auf die Veröffentlichung und Bearbeitung der einschlägigen Archivalien; in Bezug auf die Sichtung und Auswertung der bereits publizierten Materialien; und schließlich in Bezug auf die kaum abschätzbare Vielzahl noch ausstehender Monographien über die diversen bilateralen und multilateralen Staatenbeziehungen sowie über die Absichten und Aktionen der *dramatis personae*.

7. Aus den Herausforderungen des Entscheidungsjahres 1989/90 ergeben sich für die Orientierung der Geschichtswissenschaft wesentliche Konsequenzen, auf die schon sehr früh Gerhard A. Ritter hingewiesen hat. So gibt der Münchener Hostoriker zum einen zu bedenken:

> „Die Offenheit, die Unberechenbarkeit der Geschichte ist in einer Weise deutlich geworden, die die Historiker zu mehr Demut bei der Darstellung und der Analyse von Geschichtsabläufen veranlassen sollte. Allzu oft neigen wir dazu, das, was geschah, als das einzig Mögliche anzusehen und die Geschichte in diesem Lichte zu deuten. Die Ereignisse von 1989/91 zeigen dagegen, dass in der Geschichte Zufälle eine große Rolle spielen und dass krasse Richtungsänderungen, die man vorher für undenkbar hielt, durchaus möglich sind. Geschichte geht nicht auf; sie lässt sich auch nicht hochrechnen. Die Wirklichkeit ist widersprüchlich, sie ist durch Überlagerungen und Verschränkungen, durch Vereinbarung des scheinbar nicht zu Vereinbarenden gekennzeichnet, und sie ist voller Überraschungen.“[78]

Und zum anderen stellt der weitblickende Autor fest, dass „die Rolle der politischen Geschichte und der Ereignisgeschichte, aber auch die der Biographie [...] durch den Umbruch 1989/91 eine Aufwertung erfahren“[79] haben, der die künftige Akzentuie-

[78] *Gerhard A. Ritter*, Der Umbruch von 1989/91 und die Geschichtswissenschaft, München 1995 (Bayerische Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-Historische Klasse. Sitzungsberichte. Jahrgang 1995, Heft 5), S. 23.

[79] Ebd.

rung der Forschung dringend Rechnung tragen muss – so lange jedenfalls, bis die wesentlichen Probleme und Zusammenhänge geklärt sind und bevor eine „kulturalistische“ Geschichtsschreibung sodann dazu übergehen kann, auf ihre selbstverständlich „innovative“ Art und Weise zu zeigen, wie es eigentlich nicht gewesen ist.

Aleksandr I. Boroznjak

Die Vereinigung Deutschlands im Schrifttum der russischen Historiographie

Es ist mit der Geschichte wie mit der Natur,
wie mit allem Profunden,
es sei vergangen, gegenwärtig oder zukünftig:
je tiefer man ernstlich eindringt,
desto schwierigere Probleme tun sich hervor.

Johann Wolfgang Goethe
Maximen und Reflexionen

Der Weg, der seit der Schaffung der „neuen Bundesrepublik“ bis heute beschritten wurde, ist aus welthistorischer Sicht eher kurz, dennoch ist die Zahl der in russischer Sprache publizierten und dem deutschen Vereinigungsprozess gewidmeten Bücher und Artikel beträchtlich. Die Verfasser sind ohne Ausnahme direkte Beteiligte der Ereignisse oder deren interessierte Beobachter, die ihren Texten Züge der Memoirenliteratur, der historischen Chronik, ja gelegentlich auch pamphletartigen Charakter verliehen haben.

Der Leser hat es mit Schriften zu tun, die weniger die innerdeutschen Faktoren der Vereinigung des Landes, als vielmehr die Faktoren betreffen, die überwiegend mit der außenpolitischen Orientierung und den außenpolitischen Aktivitäten der Sowjetunion im Zusammenhang stehen.[1] In den hier zu untersuchenden Publikationen spiegeln sich die Widersprüche der russischen Gesellschaft und des in Aufruhr versetzten gesellschaftlichen Bewusstseins wider; sie sind voll innerer Anspannung und Besorgnis über den nicht zur Ruhe kommenden Lavastrom der Geschichte. Die Bewertungen sind keineswegs einmütig, ebenso fehlt in der Regel auch Apologetik – ein Kennzeichen der normalen historischen Wissenschaft.

In der Diskussion über die deutsche Einheit klaffen die Bewertungen weit auseinander. Charakteristisch ist eine Feststellung von Anatolij Černjaev: „Das Verhältnis zur Einheit hat sich bisher weder bei uns noch in Deutschland selbst eingependelt.“[2] Uneinheitlich ist bei uns vor allem das Bild Deutschlands, das sowohl als das 1945 besiegte Land, das 1990 zum Sieger geworden ist, aber auch als die verlorene DDR und die undankbare BRD gesehen wird. In der Publizistik erklingen bisweilen auch solche Motive wie: „Der Sieg wurde uns gestohlen“; „Gorbačev überließ kampflos das, was um den Preis von Millionen

[1] Die wohl einzige Ausnahme ist die Publikation von *B. V. Petelin*, der Materialien einiger deutscher Archive heranzog. Siehe *B. V. Petelin*, ChDC/ChSS i ob”edinenie Germanii, Vologda 2002.

[2] *A. S. Černjaev*, Ob”edinenie Germanii. Političeskie mechanismy i psichologičeskie stereotipy, in: Svobodnaja mysl’ 1987, Nr. 8, S. 25.

Menschenleben erkämpft worden war."[3] Oder sogar: „Der deutsche Dämon ist nirgendwohin verschwunden. Geändert hat sich lediglich sein Verhalten und er wird seine bösen Taten erneut gegen Russland richten."[4]

Aber nicht diese Extrempositionen prägen die Diskussion. Es wird weder (und dies auch nicht in den Arbeiten, die eine deutliche Kritik an der Linie von Michail Gorbačev zum Ausdruck bringen) die Bedeutung der Schaffung eines geeinten deutschen Staates, noch die Richtigkeit des im Wesentlichen auf eine ausschließlich friedliche Lösung des Problems ausgerichteten Kurses der UdSSR angezweifelt. Nikolaj Pavlov, der Gorbačev und dessen Mitarbeiter ironisch die „neue Generation der Träumer im Kreml" nennt, zweifelt gleichwohl nicht daran, dass die Lösung der deutschen Frage eine „objektive Unvermeidlichkeit" gewesen sei.[5]

Unter den Bedingungen des „Kalten Krieges" passte die Spaltung Deutschlands den Konfliktparteien gut ins Konzept. Aber gerade die Logik der historischen Entwicklung in unserem Land und die grundlegenden Veränderungen im Leben dieses Landes machten es möglich, die künstliche staatliche Teilung der deutschen Nation zu überwinden.

In den Memoiren von Michail Gorbačev ist ein bedeutendes Potential an Erkenntnissen zur Lösung der deutschen Frage enthalten, auch wenn seine Einschätzungen hinsichtlich einer ganzen Reihe von Fragen keineswegs unumstritten sind. Hier eine seiner Ansichten, die von der überwältigenden Mehrheit der Wissenschaftler geteilt wird:

> „Ich hielt es vom moralischen Standpunkt aus für unzulässig, die Deutschen ewig zur Spaltung der Nation zu verurteilen und immer neuen Generationen die Schuld für die Vergangenheit aufzubürden. [...] Das Streben der Deutschen nach der Einheit konnte nur vereitelt werden, wenn die in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte eingesetzt würden. Das aber hätte das völlige Scheitern aller Bemühungen zur Beendigung des Kalten Krieges und des nuklearen Wettrüstens bedeutet. Auch der ganzen Politik der Perestroika in meinem Land wäre ein nicht wieder gutzumachender Schlag versetzt worden, sie wäre in den Augen der ganzen Welt völlig diskreditiert worden. [...] Aber den Weg der Gewaltanwendung einzuschlagen, wäre ein Verbrechen sowohl gegen die Deutschen als auch gegen das sowjetische Volk und gegen die ganze Welt gewesen. [...] Die Geschichte beschleunigte ihr Tempo, und ihre imperativen Forderungen mussten – *auf friedliche Weise* – in die Tat umgesetzt werden."[6]

Offensichtlich gab es in einer Situation, in der der Kalte Krieg schon bald der Vergangenheit angehören würde, keine Alternative zur Schaffung eines geeinten deutschen Staates. Hier stellt sich jedoch die schwerwiegende Frage, ob die sowjetische Partei- und Staatsführung und die sowjetischen Wissenschaftler für eine solche Wende der Ereignisse bereit gewesen sind.

Im Frühjahr 1987, als das Wort „Glasnost'" in aller Munde war, als ein bedeutender Teil der Intelligenz trunken war vor Verlangen nach einer neuen Sichtweise auf die Vergangenheit und die Gegenwart, war ich einer der Zuhörer eines Vortrags des bedeutenden Experten für deutsche Geschichte, Professor Daniil Mel'nikov. Die Veranstaltung fand

[3] Nezavisimaja gazeta vom 16. Januar 1997; vom 10. April 1997.

[4] *V. V. Aleksandrov/E. N. Esin*, Ob"edinenie Germanii i proval germanskoj politiki sovetskogo rukovodstva, Moskva 1995, S. 156.

[5] *N. V. Pavlov*, Ob"edinenie ili Rasskaz o reshenii germanskogo voprosa s kommentarijami i otstuplenijami, Moskva 1992, S. 7.

[6] *Michail Gorbatschow* [*Gorbačev*], Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung, Berlin 1999, S. 84, 171.

im Institut für wissenschaftliche Information auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der UdSSR statt. Der Vortrag trug den Titel „Aktuelle Lösungsansätze zur deutschen Frage". In diesem Vortrag hieß es – im Lichte des von Gorbačev verkündeten „Neuen Denkens" und der politischen Veränderungen in den Ländern des sozialistischen Lagers –, dass sich in längerfristiger Perspektive (bis zum Jahr 2000) Möglichkeiten zur Bildung einer Konföderation zwischen der BRD und der DDR im Rahmen eines europäischen Integrationsprozesses und der Entspannung auf dem Kontinent ergeben könnten. Die Schlussfolgerungen des Redners wurden in der Diskussion von Il'ja Kremer und Boris Orlov weiterentwickelt und ergänzt.[7]

Ein halbes Jahr später, im November 1987, schlug Vjačeslav Dašičev auf einer geschlossenen Sitzung in einer der Unterabteilungen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR vor, einen „Gegenplan" zur Lösung der deutschen Frage auszuarbeiten. Dabei begründete er die Notwendigkeit, die Teilung Deutschlands stufenweise zu überwinden. Dies sei im Interesse der Sowjetunion, des deutschen Volkes und ganz Europas.[8] Jedoch fand die Initiative des Wissenschaftlers weder im Außenministerium noch im ZK der KPdSU Unterstützung.

Die Behauptung des ehemaligen Außenministers der UdSSR, Eduard Ševardnadze, er habe bereits 1986 „einen Vorschlag zur baldigen Entstehung von Voraussetzungen für die deutsche Vereinigung unterbreitet"[9] kann wohl kaum ernst genommen werden. Selbstredend hat Vjačeslav Dašičev recht, der zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer schrieb:

„Weder Gorbačev noch die herrschende politische Elite noch die sowjetische Gesellschaft waren zu einer solchen Wende der Dinge bereit, weder psychologisch noch konzeptionell."[10]

Der sogenannte „Krisenstab" zur deutschen Frage trat lediglich zweimal zusammen und brachte keinerlei konkrete Vorschläge hervor.[11] Hierzu verweise ich auf das Zeugnis aus den Memoiren von Julij Kvicinskij, der Botschafter der UdSSR in Bonn gewesen ist und im Mai 1990 zum Vizeminister ernannt wurde. Ihm wurde aufgetragen, sich so schnell wie möglich mit der Ausarbeitung eines Konzepts zur Lösung der deutschen Frage zu befassen, die im Außenministerium einfach nicht vorlag.[12]

Die zu Fragen der Geschichte der sowjetisch-deutschen Beziehungen forschende Wissenschaftlerin Faina Novik stellt fest:

„Im Grunde genommen war die Politik der sowjetischen Führung während der deutschen Vereinigung inkonsequent. Sie wurde von einem kleinen Kreis von Personen unter Führung von M. S.

[7] Protokoll des Vortrags von *D. E. Mel'nikov*, „Sovremennyj podchod k germanskoj probleme", gehalten am 16. April 1987 am Institut für Gesellschaftswissenschaften (INION), Archiv des Verfassers.

[8] *V. I. Dašičev*, Ot totalitarnoj k demokratičeskoj politike v germanskom voprose, in: *D. M. Proėktor*, Rossija i Germanija v gody vojny i mira (1941–1995), Moskva 1995, S. 501. Die „Denkschrift" von *Dašičev*, in der seine Vorschläge enthalten waren, wurde 1990 in Deutschland veröffentlicht (Der Spiegel, 44 (1990), H. 6 vom 22. Januar, S. 142–158).

[9] *Ėduard Ševardnadze*, Moj vybor – v zaščitu demokratii i svobody, Moskva 1991, S. 223.

[10] *V. I. Dašičev*, Edinaja Germania v edinoj Evrope, in: Svobodnaja mysl' 1999, H. 7, S. 119.

[11] *F. I. Novik*, Ob"edinenie Germanii i rossijsko-germanskie otnošenija, in: *Rossijskaja Akademija Nauk*, Rossija i Germanija, 1. Ausgabe, Moskva 1998, S. 355.

[12] *Ju. A. Kvicinskij*, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 11.

Gorbačev ohne erforderliche Expertise und Konsultierung der kompetenten Fachleute und Institutionen geprägt und hielt dem stürmischen, von der BRD vorgegebenen Tempo der Vereinigung eindeutig nicht stand.“[13]

Während der Verhandlungen mit der BRD und der „2+4“-Verhandlungen unterbreiteten die sowjetischen Diplomaten zeitweise wenig fundierte oder kaum realistische Vorschläge, die in der Regel Antworten auf die nächstfolgenden Schritte der westdeutschen Seite darstellten. Zu diesen Vorschlägen zählten die Neutralität des vereinten Deutschland, der Austritt der BRD aus der NATO, die Beteiligung des vereinten Deutschland an der politischen, jedoch nicht an der militärischen Organisation des atlantischen Bündnisses oder gar die gleichzeitige Mitgliedschaft in der NATO und im Warschauer Pakt sowie eine Konföderation der beiden deutschen Staaten (die sogenannte „Vertragsgemeinschaft“). Aber Projekten dieser Art wurde angesichts der unabwendbaren politischen Evolution in der DDR die Grundlage entzogen.

In der russischen öffentlichen Meinung kursiert die bequeme Version, der Zusammenbruch der Deutschen Demokratischen Republik und auch die folgende Vereinigung auf dem Wege des Beitritts der DDR zur BRD seien das Ergebnis gut geplanter, subversiver Maßnahmen westlicher Geheimdienste. Hierzu jedoch die kompetente Meinung von Ivan Kuz’min, der etliche Jahre lang die sowjetische Auslandsaufklärung in der DDR vertrat:

„Die Rolle des Westens war insgesamt sekundär. Primär war der Zorn in weiten Teilen des Volkes, das gegen das korrupte Regime aufbegehrte. Primär waren ebenfalls der Zerfall der staatlichen und der Parteistrukturen des Regimes aufgrund der Unfähigkeit der korrupt gewordenen Führung zur realistischen Beurteilung der Lage und zu adäquaten Handlungen.“[14]

Aus der Sicht von Abdulcham Achtamzjan war die Eile der BRD-Führung verständlich.

„Was jedoch die Hast der sowjetischen Führung angeht, so bleibt dies ein Rätsel der Geschichte, dessen Lösung wohl noch lange in den Archiven lagern wird.“[15]

Einen Versuch, den Schleier dieses Geheimnisses ein wenig zu lüften, unternahm Valentin Falin, der bedeutende Experte für deutsche Angelegenheiten, der bei der Vorbereitung des Moskauer Vertrages von 1970 eine Schlüsselrolle gespielt hatte und ehemals Botschafter der UdSSR in der BRD, Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU und später auch ZK-Sekretär gewesen war. Falins Erinnerungen erschienen zunächst in Deutsch (1993 in der BRD, wo sie zum Bestseller wurden)[16] und erst später (1999) in Russisch[17].

Falin schildert ausführlich den Inhalt des Memorandums, das er vor dem UdSSR-Besuch von Helmut Kohl im Juli 1990 erstellt hatte. Der Verfasser des Dokuments hatte vorgeschlagen, auf keinen Fall eine Verschmelzung der DDR mit der BRD zuzulassen und auf der Nichtmitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO zu bestehen.

[13] *Novik*, Ob”edinenie Germanii, S. 355.
[14] *I. N. Kuz’min*, Krušenie GDR. Istorija. Posledstvija, Moskva 1996, S. 39.
[15] *Abdulcham A. Achtamzjan*, Federativnaja Respublika Germanija v konce XX veka, in: Novaja i novejšaja istorija 1999, Nr. 4, S. 42.
[16] *V. M. Falin*, Politische Erinnerungen, München 1993.
[17] *V. M. Falin*, Bez skidok na obstojatel’stva, Moskva 1999.

Gorbačev entzog sich jedoch (mit den Worten: „Ich befürchte, dass der Zug schon abgefahren ist.“) de facto einer Erörterung des Memorandums.[18]

Wahrscheinlich war im Juli 1990, nach der Einführung der D-Mark in der DDR, der Zug tatsächlich schon abgefahren. Diese Feststellung entbindet jedoch in keiner Weise von der Notwendigkeit einer sorgfältigen Prüfung der von Gorbačev vorher ergriffenen oder nicht ergriffenen Maßnahmen, einschließlich seiner Personalentscheidungen (wozu auch der Ausschluss Falins aus der Diskussion und Lösung der wohl wichtigsten außenpolitischen Frage zählt).

Sowohl Wissenschaftler als auch Politiker sind sich in ihren Bewertungen einig. Michail Gorbačev: „Aber die Geschichte, die in Bewegung geraten war, riss uns mit sich fort.“[19] Nikolaj Pavlov: Es kam zu einer „explosionsartigen Entwicklung des Szenariums, das die Geschichte selbst geschrieben hatte.“[20] Zu einer analogen Schlussfolgerung kam auch Daniil Proėktor:

> „Das war bereits eine Revolution und es ging darum, diese in einem friedlichen Rahmen zu halten. Denn, wenn auf den Straßen der ostdeutschen Städte Panzer aufgetaucht wären, wie 1953 in Berlin oder 1956 in Ungarn oder 1968 in der Tschechoslowakei, dann hätte dies ein schreckliches Gemetzel und eine europäische, ja weltweite Katastrophe bedeutet. [...] Das Volk nahm sein Schicksal in die eigenen Hände: Diese Situation und frühere Erfahrungen halfen Moskau die einzig richtige Entscheidung zu treffen, obwohl die innere Situation hierfür erheblichen Mut erforderlich machte.“[21]

Nach dem Erscheinen der deutschen Ausgabe des Buchs von Valentin Falin äußerten sich hierzu Anatolij Černjaev und Aleksandr Galkin, die meinten, dass „die Kränkung“ dem Verfasser der Memoiren „die Feder geführt“ habe. Dieses Urteil kann wohl kaum hundertprozentig stimmen, zumal selbst die Kritiker Falins nicht sonderlich auf dieser These beharrten. Ihr wichtigstes Argument besteht in Folgendem: Die Wende in der DDR war 1990 bereits unumkehrbar geworden, „der Prozess trug objektiven Charakter. Es war unmöglich, ihm Einhalt zu gebieten [...], sofern man natürlich nicht den Weg einer friedlichen Regelung der sich daraus ergebenden Probleme verlassen wollte.“ Hätten die sowjetischen Diplomaten auf ihren Forderungen beharrt, „wäre die Vereinigung Deutschlands dennoch geschehen – ohne uns und gegen uns“.[22]

Man kann den Urteilen der verehrten Autoren zustimmen oder nicht, die Diskussion spiegelt nicht so sehr die persönlichen Anschauungen der Diskussionsteilnehmer wider, als vielmehr (und dies ist erheblich wichtiger) die realen Widersprüche bei der Lösung der deutschen Frage. Die Qualität und die erzielten Ergebnisse der diplomatischen Aktivitäten der UdSSR in der Zeit der deutschen Vereinigung, als dieser Prozess eine Eigendynamik entwickelte, verhielten sich direkt proportional zum Tempo des Bedeutungsverlustes unseres Staates in der Weltpolitik. Die Initiative war in die Hände der BRD-Politiker gelangt, die diese glänzend zu nutzen wussten. Aber es steht niemandem

[18] Ebd., S. 448–449.
[19] *Gorbatschow*, Wie es war, S. 88.
[20] *Pavlov*, Ob”edinenie, S. 13.
[21] *D. M. Proėktor*, Razmyšlenija o cholodnoj vojne, in: *ders.* (Hrsg.), Rossija i Germanija v gody vojny i mira (1941–1995), Moskva 1995, S. 443.
[22] *A. A. Galkin/A. S. Černjaev*, Pravdu, i tol’ko pravdu, in: Svobodnaja mysl’ 1994, Nr. 2–3, S. 25, 28.

zu, das Wesentlichste zu negieren: Die Sowjetunion hat der Versuchung widerstanden, das frühere Kräfteverhältnis durch den Einsatz militärischer Gewalt wiederherzustellen.

Der von den Veteranen der sowjetischen politischen Elite, Sergej Achromeev und Georgij Kornienko, aufgeworfenen, außerordentlich schwierigen (und für unser Land beschämenden) Frage: „In welchem Maße sind die rechtmäßigen Interessen der Sowjetunion berücksichtigt worden?“, kann man jedoch nicht ausweichen. Ebenso wenig kann man sich der von diesen Autoren getroffenen Schlussfolgerung entziehen, wir „hätten entschlossener und vernünftiger handeln sollen“.[23] Die sowjetische Führung, stellt Faina Novik bitter fest, „hat nicht alle Möglichkeiten für die Verteidigung der Interessen des eigenen Landes genutzt“.[24] Dies bezieht sich sowohl auf Vermögens- und Finanzfragen als auch auf Konditionen und Fristen für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Territorium der ehemaligen DDR.

Hat denn die UdSSR durch ihr Eintreten für die Vereinigung Deutschlands und mit dem Abzug ihrer Streitkräfte aus Deutschland gewonnen? Ja, denn es wurde ein Spannungsherd in Europa beseitigt und der Verzicht der BRD auf Massenvernichtungswaffen festgeschrieben. Die Entstehung der „neuen Bundesrepublik“ erfolgte ohne Gewaltanwendung und mit Zustimmung der Nachbarn im Westen wie im Osten. Nach Einschätzung von Faina Novik wurden „neue globale geostrategische Rahmenbedingungen für die gegenseitigen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland geschaffen“.[25]

Nikolaj Pavlov unterstreicht, „die Vereinigung geschah nicht durch ‚Blut und Eisen‘, sondern auf friedlichem Weg, nicht im Kampf um die Umverteilung der Welt, sondern als Ergebnis des guten Willens und des Einverständnisses aller Beteiligten.“[26] Von prinzipieller Bedeutung ist die von Igor Maksimyčev formulierte These: „Für das gewaltfreie Herangehen an die postkonfrontative Ära müssen Europa und die Welt in erster Linie Russland dankbar sein.“[27] Dies haben auch deutsche Politiker anerkannt, wie etwa Egon Bahr, der feststellte, dass die Initiative (am Anfang) bei Weitem nicht bei der BRD lag: „Die Einheit verdankt das Volk Gorbatschow und den Ostdeutschen.“[28]

Gewaltiges Bedauern weckt bei russischen Wissenschaftlern die Tatsache, dass unser Land Möglichkeiten verschenkt hat, die sich ihm bereits nach der Vereinigung Deutschlands in Europa und der Welt eröffneten. Bemerkenswert hierzu die Bewertung von Vjačeslav Dašičev:

„Von der Sowjetunion fiel die schreckliche wirtschaftliche und moralische Last der Konfrontation mit dem gesamten Westen ab. Für sie eröffneten sich außerordentlich günstige Perspektiven für eine friedliche, konstruktive Entwicklung. Kolossale materielle und ideelle Ressourcen, die für den sinnlosen Kampf mit den westlichen Demokratien verausgabt worden waren, konnten nunmehr für die Anhebung des Lebensstandards, für Fortschritte in Wissenschaft und Kultur und für die

[23] *S. F. Achromeev/G. M. Kornienko*, Glazami marshala i diplomata. Kritičeskij vzgljad na vnešnjuju politiku SSSR do i posle 1985 goda, Moskva 1992, S. 258.
[24] *Novik*, Ob”edinenie, S. 358.
[25] Ebd., S. 360.
[26] *N. V. Pavlov*, Germanija na puti v tret’e tysjačeletie, Moskva 2001, S. 130.
[27] *I. F. Maksimyčev*, Rossijsko-germanskie otnošenija. Formirovanie, sostojanie, perspektivy, Moskva 1997, S. 31.
[28] *Egon Bahr*, Sicherheit für und vor Deutschland. Vom Wandel durch Annäherung zur Europäischen Sicherheitsgemeinschaft, München 1991, S. 165.

Schaffung einer demokratischen Gesellschaft verwendet werden. Wie diese bis dahin unvorstellbaren, günstigen Möglichkeiten genutzt worden sind, ist eine andere Frage.“[29]

Anatolij Černjaev stellt fest:

„Die Geschichte verzeiht ungenutzte Chancen nicht. Die Vereinigung Deutschlands hätte eine bedeutende und unersetzliche Rolle bei der Umgestaltung unseres Landes spielen und ihm die Übergangsperiode deutlich erleichtern und verkürzen können, die sich als so dramatisch und widerwärtig erwies.“[30]

Wie sehen also mehr als ein Jahrzehnt nach der Vereinigung Deutschlands die Perspektiven der russisch-deutschen Beziehungen aus? Ich stimme der ausgewogenen Bewertung von Faina Novik in vollem Umfang zu:

„Meiner Meinung nach hat das politische und militärpolitische Interesse Deutschlands an Russland gegenwärtig seine Grenzen erreicht und wird sich in naher Zukunft offenbar allmählich abschwächen, was sich nicht mit völliger Sicherheit über seine längerfristige Perspektive sagen lässt. Das beiderseitige wirtschaftliche Interesse wird wohl beibehalten werden und eher noch weiter wachsen, obwohl Russland und Deutschland diesbezüglich von anderen Erwartungen ausgehen.“[31]

Diese nicht sonderlich optimistische Prognose hat sich in bedeutendem Maße bewahrheitet. Die neuen Zeiten brachten auch neue Schwierigkeiten und neue Gefahren mit sich. Auf ein elementares Problem der zukünftigen Entwicklung unserer Länder verweist Igor Maksimyčev:

„Insgesamt gesehen, hat heute die ‚russische Frage‘ den Platz der ‚deutschen Frage‘, die fast ein halbes Jahrhundert im Mittelpunkt der europäischen Politik gestanden hat, eingenommen. Bringt Deutschland die Weisheit und Kraft auf, bei der Lösung dieser Frage eine ähnlich konstruktive Rolle wie die UdSSR (Russland) bei der Lösung der deutschen Frage zu spielen? Davon wird in nicht geringem Maße das Schicksal ganz Europas abhängen.“[32]

Russische Wissenschaftler haben lediglich die ersten Schritte zur Erforschung der Entstehung eines geeinten deutschen Staates – eines der wichtigsten Ereignisse am Ende des 20. Jahrhunderts – unternommen. Wie einer der Historiker sagte, „können“ aktuelle Publikationen zu diesem Thema „nur der Anfang zu einer tiefgreifenden wissenschaftlichen Analyse sein, die eine Aufgabe für zukünftige Forscher werden wird“.[33] Nach einer gewissen Zeit werden neue Generationen von Historikern hervortreten und Archivmaterialien zu den inneren und äußeren Aspekten des Vereinigungsprozesses veröffentlicht werden. Der Übergang zu einer neuen Forschungsperspektive wird unvermeidlich.

Aber dafür ist bereits heute eine gemeinsame, unvoreingenommene und konjunkturunabhängige Diskussion der Voraussetzungen, der Geschichte und der Folgen der Vereinigung Deutschlands unerlässlich. Unser im Rahmen der Aktivitäten der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen durchgeführtes Kolloquium könnte ein Anstoß zu einer solchen Diskussion sein.

[29] *Dašičev*, Ot totalitarnoj, S. 502.
[30] *A. S. Černjaev*, M. S. Gorbačev i germanskij vopros, in: Novaja i novejšaja istorija 2000, Nr. 2, S. 117.
[31] *Novik*, Ob”edinenie, S. 361.
[32] *I. F. Maksimyčev*, Rossijsko-germanskie otnošenija i evropejksaja bezopasnost’, Moskva 2000, S. 89.
[33] *I. F. Maksimyčev*, Krušenie. Rekviem po GDR, in: *V. S. Rykin/I. F. Maksimyčev/Hans Modrow* (Hrsg.), Poslednij god GDR, Moskva 1993, S. 9.

II. Resistenz, Opposition, Widerstand im Diktaturenvergleich

Beiträge des internationalen Kolloquiums der Kommission

München, 9. Juli 2004

Gilbert Merlio

Widerstand, Opposition und Resistenz im Nationalsozialismus und in der DDR

Überlegungen zur Begrifflichkeit in vergleichender Absicht[1]

„Dissidenz, Resistenz und Widerstand im Nationalsozialismus/in der DDR" oder „Resistenz, Opposition, Widerstand im Nationalsozialismus/in der DDR" oder „Widerstand, Opposition und Verweigerung im Nationalsozialismus/in der DDR" und dergleichen mehr: Die Titel der Aufsätze oder Referate, die sich mit widerständigem Verhalten in den beiden deutschen Diktaturen beschäftigen, sind meist durch größte Beliebigkeit in Wahl und Reihenfolge der verwendeten Begriffe gekennzeichnet. Eine Steigerung wird zwar angedeutet, jedoch ohne dass die verschiedenen Stufen genau umrissen werden.

I. Weder Inflation noch Konfusion

Der Vergleich gehört zum Beruf des Historikers. Jeder Vergleich hinkt und soll es auch. Das Spezifisch-Unvergleichbare aufzuweisen ist das Ziel des Vergleichs. Die vergleichende Untersuchung von Widerstand und Opposition in der braunen und in der roten Diktatur kann uns also über die spezifische Natur des jeweiligen Totalitarismus aufklären. Ohne ein aus einer begrenzten Anzahl von Kategorien bestehendes Raster kommt der Vergleich nicht aus. Die Vereinfachung der Bezeichnungen birgt die Gefahr, in bloßem Nominalismus zu münden. Die deutsche Widerstandsforschung ist ihr verschiedentlich erlegen. Um die Formen des Widerstandes gegen Hitler besser zu kennzeichnen, hat sie eine Vielfalt von Termini erfunden: Widerstand, Resistenz, Widerständigkeit, Verweigerung, Non-Konformität, ziviler Ungehorsam, Dissens und dergleichen mehr. Für die DDR hat Hubertus Knabe seinerseits eine zehnstufige Typenskala entwickelt: Resistenz, partielle Kritik, sozialer Protest, passiver Widerstand, neue soziale Bewegungen, politischer Protest, Dissidenz, politische Opposition, aktiver Widerstand und Aufstand.[2] Bei solcher Anhäufung weicht der Begriff Benennungen, die sich eher zur Beschreibung als zur Klassifizierung und zum Vergleich eignen.

[1] Wegen einer Erkrankung konnte der Verfasser seine Überlegungen bei der Kommissionstagung nicht vortragen; er hat jedoch freundlicherweise seinen Text zur Verfügung gestellt, dessen deutsche Variante zuerst in der Zeitschrift „Totalitarismus und Demokratie", 2005, Heft 1, S. 61–70 erschienen ist.

[2] *Hubertus Knabe*, Was war die „DDR-Opposition"? Zur Typologisierung des politischen Widerspruchs in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 184–198.

Deshalb ist anzuraten, dieser überwuchernden Begrifflichkeit Einhalt zu gebieten und sich in Anlehnung an Ian Kershaw[3] auf eine Dreiteilung zu beschränken. Man könnte in der Tat drei konzentrische Kreise unterscheiden. Im äußersten Kreis müsste man alle Phänomene der mehr oder weniger passiven oder reaktiven Verweigerung bzw. Resistenz gruppieren. In dem mittleren Kreis würde man eine Opposition ansiedeln, die das Regime aufgrund eines ideologisch-politischen Dissenses teilweise, in der Hoffnung auf seine Reform, ablehnt. Schließlich stünde im Zentrum der eigentliche Widerstand, also der aktive, politisch bewusste, den Sturz des Regimes anstrebende Widerstand. Diese vereinfachte Typologie bleibt idealtypischer Natur. Die Grenzen zwischen den verschiedenen Stufen sind nicht präzis zu bestimmen, die geschichtlichen Formen meist Mischformen, in denen man ständig Übergänge (auch im sich wandelnden Verhalten der Akteure) registriert. Von einer Stufe zur anderen stellt man eine Steigerung der politischen Bewusstheit, der Radikalität bzw. „Illegalität" der Ziele und der Mittel, und überhaupt der Energie, das heißt der Risikobereitschaft fest. In seinem Buch über die Opposition in der DDR stellt Ehrhart Neubert eine ähnliche, wenn auch etwas anders gewichtete dreistufige Typologie auf: Widerspruch, Opposition, Widerstand.[4] Auf dieser vereinfachten Grundlage könnte ein sinnvoller Vergleich versucht werden.

Die für die DDR-Opposition wohl bekannteste Einteilung ist die von Ilko-Sascha Kowalczuk: 1. gesellschaftliche Weigerung, 2. sozialer Protest, 3. politische Dissidenz, 4. Massenprotest.[5] Sie leidet meines Erachtens an der Vermischung von Motivation und Artikulation. Es scheint mir in der Tat wichtig, die Widerstands- bzw. Oppositionsformen nach ihrem Verhältnis zum totalitären Regime zu charakterisieren und zu klassifizieren. Mittel oder Ausdrucksformen (Aufstand, Massenprotest, Verteilung von Flugblättern usw.) sind Sekundärkriterien. In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Unterscheidung aufmerksam machen, die häufig implizit bleibt. Karl Wilhelm Fricke, der Bahnbrecher in der Erforschung des Widerstandes und der Opposition in der DDR, unterscheidet wohl zwischen Opposition und Widerstand. Er schreibt – ganz im Sinne der obigen Darlegung –, Opposition sei als politische Art der Gegnerschaft zu umschreiben, die sich relativ offen, relativ legal zu entfalten versucht, gleichwohl nicht ohne permanent dem Risiko ihrer Kriminalisierung ausgesetzt zu sein, „während Widerstand von vornherein auf ‚jede Möglichkeit zu offener und legaler Entfaltung' verzichtete und insoweit im Sinne des Regimes prinzipiell als ‚illegal' galt und sich auch selbst so verstand".[6] Er selbst gebraucht aber dann wie die meisten Autoren beide Termini gemeinsam, das heißt praktisch als Synonyme oder als Hinweis auf die Vielgestaltigkeit der Gegnerschaft im Totalitarismus.

3 *Ian Kershaw*, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbeck bei Hamburg 1994, S. 301.

4 *Ehrhart Neubert*, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997.

5 *Ilko-Sascha Kowalczuk*, Gegenkräfte: Opposition und Widerstand in der DDR. Begriffliche und methodische Probleme, in: *Eberhard Kuhrt* (Hrsg.), Am Ende des realen Sozialismus. Bd. 3: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 47–80, hier S. 53.

6 *Karl Wilhelm Fricke*, Dimensionen von Opposition und Widerstand in der DDR, in: *Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel* (Hrsg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 21–43, hier S. 24. Erinnert sei an sein bahnbrechendes Buch: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984.

II. Widerstand oder Opposition im Totalitarismus

Manchmal dient Widerstand, manchmal Opposition als Oberbegriff. Häufig ist nicht zu entscheiden, welches Wort diese Funktion übernimmt. Spontan spricht man eher von Widerstand, wenn vom Dritten Reich, und von Opposition, wenn von der DDR die Rede ist. Was sind die Gründe dafür? Sie liegen in der Natur des jeweiligen Totalitarismus und der Reaktion auf ihn. Meines Erachtens war die DDR bis zum Ende ein totalitäres Regime. Zumindest dem Anspruch nach. Für den Kommunismus wie für den Nationalsozialismus galt es, den Menschen total zu erfassen und zu mobilisieren, aus ihm einen Neuen Menschen (eine sozialistische *versus* nationalsozialistische Persönlichkeit) und aus der Gesellschaft eine ganz neue, mit der liberal-bürgerlichen Vergangenheit radikal brechende, das Paradies auf Erden verheißende Sozialordnung zu machen.[7] Bis zum Ende haben die Herrschenden in der DDR nicht darauf verzichtet, dieses Ziel durch Erziehungs- und Unterdrückungsmaßnahmen zu erreichen. Im SED-Staat ebenso wie im NS-Staat war eine Opposition im liberal-demokratischen Sinne eine widersinnige Erscheinung, die es im Namen und Interesse des Kollektivs und der historischen Gesetzmäßigkeit im Keime zu ersticken galt. Nie aber ist ein Totalitarismus total. Denn er provoziert gleichsam immer neue Widerspruchsformen, es gelingt ihm nie, alles zu kontrollieren und in seinen Dienst zu stellen. Während die Demokratie eine symmetrische Herrschaftsform ist (wie uns das Peter Hüttenberger gelehrt hat[8]), in der eine Opposition als die vielleicht künftige Mehrheit mit der zurzeit regierenden auf gleicher Augenhöhe verhandeln kann, ist die totalitäre Herrschaft asymmetrisch. Aber es gelingt ihr trotzdem nie, alles und alle gleichzuschalten. Sie stößt auf gesellschaftlich politische Kräfte, mit denen sie wider Willen Kompromisse schließen muss. Nur in diesem Maße dürfte man den zum liberalen System gehörigen Begriff Opposition auch auf ein totalitäres Regime anwenden. Der Grad (und die Grenzen) des real existierenden Totalitarismus ist an der Kraft und an der Artikulationsfähigkeit dieser Opposition zu messen. Widerstand auf der einen Seite und Resistenz auf der anderen sind der Stärke der Opposition umgekehrt proportional.

Den Totalitarismus kann man von zweierlei Standpunkten aus messen. Vom Anspruch her oder auch vom realen Grad der Unterdrückung, der er die Bevölkerung unterzieht. In dieser letzten Hinsicht ist die DDR der Honecker-Ära nur noch ein „sanfter“[9] oder „subtiler“[10] Totalitarismus gewesen. Die „Liberalisierung“, die unter Honecker erfolgte, wurde ihm aufgrund der internationalen Lage und seiner eigenen widersprüchlichen Interessen (internationale Anerkennung, wirtschaftliche Kooperation bei gleichzeitiger

[7] Siehe *Jürgen Gebhardt*, Was heißt totalitär? In: Totalitarismus und Demokratie 1 (2004) 2, S. 167–182. Gebhardt kritisiert den herrschaftstheoretischen Ansatz von Carl J. Friedrich und betont den utopisch-messianischen religiösen Charakter des Totalitarismus.

[8] *Peter Hüttenberger*, Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff, in: *Jürgen Kocka* (Hrsg.), Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion, Göttingen 1977, S. 117–134.

[9] *Clemens Vollnhals*, Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, in: *Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr* (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 498–518, hier S. 514.

[10] *Sandra Pingel-Schliemann*, Zersetzen. Strategie einer Diktatur, 2. verb. Aufl., Berlin 2003.

ideologischer Abgrenzung, KSZE usw.) abgerungen. Sie war eine in jedem Augenblick aufhaltsame, widerrufliche „Liberalisierung", die dem Regime gegen den Strich ging. Nie wandelte sich die DDR zu einem „nur" autoritären Regime, weil sie den Anspruch der totalitären Erfassung der Gesellschaft nie preisgab. Freilich kann man sich fragen, ob am Ende die vielen Konzessionen der Führung nicht bloß der Machterhaltung (unter partieller Aufgabe des totalitären Anspruchs) dienten. Man könnte hier von einer lebenswichtigen, abgezwungenen Tolerierung reden, die eine gewisse Opposition als Sicherheitsventil zulässt. Dieses Stadium, wo die Führung selbst nicht mehr wirklich an ihre Ideologie glaubt und sie nur noch zur Machtbewahrung instrumentalisiert, wird manchmal als Posttotalitarismus bezeichnet.[11] Die Selbstzerstörung der Ideologie öffnet dann der Opposition neue Artikulationsmöglichkeiten, worauf der Staat mit einer enormen Verstärkung des Überwachungssystems reagiert, dem es dennoch nicht mehr gelingt, die Entwicklung zu stoppen.[12]

In einem völlig asymmetrischen Herrschaftsverhältnis kann es nur Widerstand oder Resistenz, nicht aber Opposition geben. Die widerstrebenden Kräfte werden zur konspirativen Illegalität (im Verhältnis zur Pseudolegalität der Diktatur) und oft auch zur Gewalttätigkeit gezwungen, da sie sich als Opposition nicht mehr artikulieren können. Deshalb spricht man eben eher von Widerstand als von Opposition gegen Hitler. Paradigmatisch ist hier der gleich einsetzende Widerstand der Arbeiterbewegung zu Beginn des Dritten Reiches. Auf der gleichen Ebene müssen selbstverständlich andere Widerstandstätigkeiten wie die Verschwörung des 20. Juli erwähnt werden. Aber das Dritte Reich hat auch Oppositionsformen gehabt. Der „Widerstand" der Kirchen wäre zum Beispiel eher als Opposition zu bezeichnen. Hier musste Hitler Kompromisse schließen, es gelang ihm nie, die Kirchen, die einzigen Massenorganisationen, die noch neben der NSDAP bestanden und sich bescheidene Freiräume bewahrten, völlig gleichzuschalten; angesichts des Protestes der Kirchen musste er, nicht nur im Falle der Euthanasie, einige Male zurückweichen oder die Anwendung schon beschlossener Maßnahmen aufschieben (die Enzyklika „Mit brennender Sorge" ließ ihn so sein Projekt, die Kirchengüter ins Staatseigentum überzuführen, aufschieben). Die Opposition der Kirchen stellte zwar die Macht des Regimes nicht ernstlich in Frage, ja man kann zu Recht behaupten, in mehr als einer Hinsicht haben die von ihrem Antikommunismus geblendeten Kirchen (die katholische wie die evangelische) besonders zu Beginn durch ihre ambivalente Haltung zur Akzeptanz des nationalsozialistischen Regimes beigetragen. Aber die Fortdauer der kirchlichen Institutionen und die geistige Opposition, wenn nicht der aktive Widerstand eines Teils der Geistlichen (man denke an Teile des Jesuitenordens oder der Bekennenden

[11] Siehe *Gebhardt*, Was heißt totalitär?, S. 179.

[12] Eckhard Jesse notiert richtig: „Die Zunahme der hauptamtlichen und Inoffiziellen Mitarbeiter ist nicht unbedingt ein Indikator für mehr Repression, sondern wohl eher ein Indiz größerer (nicht großer) Freiheit." *Eckhard Jesse*, Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Bd. VII, 1: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Baden-Baden 1995, S. 987–1030, hier S. 1026.

Kirche) und des Christenvolkes hinderte es an der Verwirklichung seines totalitären Anspruchs. Die affirmative Distanz der traditionellen Eliten zum Regime am Anfang des Dritten Reichs konnte auch als Opposition gelten. In dieser Zeit der spannungsvollen Kooperation galt es für sie, das Regime in ihrem Sinne zu beeinflussen oder zu reformieren. Der eigentliche Widerstand eines Teils dieser traditionellen militärischen und zivilen Eliten begann erst, als sie ab 1938 den Sturz der Hitler-Regierung mit illegalen, konspirativen Mitteln anstrebten.

Häufig stößt man an die Grenzen der Typologie. Eine so definierte Opposition mag sehr ambivalent sein, denn sie paart sich eben mit Anpassung, wenn nicht mit Kooperation. Dass die traditionellen Eliten weiter kooperierten, war aber für sie – das darf nicht vergessen werden – die Bedingung eines wirksamen Widerstandes. Jemand wie Johannes Popitz, 1933 bis 1944 preußischer Finanzminister, war Mitglied der Verschwörung vom 20. Juli, versuchte aber bis zum Ende durch die Vermittlung von Göring bzw. Himmler das Regime zum Einlenken zu bringen. Er war gleichzeitig Mitläufer, Oppositioneller und Widerständler. Die gleiche Mehrdeutigkeit findet man in der Rolle der Kirchen in der DDR (Kirche im Sozialismus / Dach für die Protestbewegungen). In der komplexen Haltung mancher Konservativer oder der Kirchen lassen sich die drei oben genannten Grade erkennen: Resistenz, wenn es nur um die Erhaltung der Institution geht; Opposition, wenn damit ein mehr oder weniger öffentlicher Protest gegen Theorie oder Praxis des Regimes verbunden ist (ich denke hier an die Denkschriften, Hirtenbriefe und Predigten der Bischöfe); Widerstand, wenn die Grenze der „Legalität" überschritten wird, wenn also Geistliche an konspirativen Tätigkeiten teilgenommen haben.

III. Die Machtfrage als entscheidendes Kriterium

Konspiration und Gewalttätigkeit sind häufige Merkmale des Widerstandes. Das könnte einen gemeinsamen Nenner zwischen innertotalitärem und nationalem Widerstand der besetzten Länder abgeben. Im totalitären Staat aber, der durch Terror und Propaganda (politische Religion) die Gesellschaft gleichgeschaltet und folgsam gemacht hat, kann ein solcher bewaffneter Widerstand nur vom engsten Kreis der Macht herrühren. Jeder Massenaufstand, jeder Widerstand von der Basis her ist ausgeschlossen bzw. zum Scheitern verurteilt. Der Widerstand muss also meist andere Wege einschlagen. Deshalb darf man Widerstand nicht durch die benutzten Mittel definieren. Entscheidend ist die Machtfrage. Der Widerstand stellt sie, die Opposition stellt sie nicht, oder nur sehr indirekt. Das erklärt, warum es unüblich ist, von der Opposition der Weißen Rose zu reden, welche doch nichts anderes getan hat als das, was die Oppositionellen in der DDR auch gemacht haben: Texte abfassen und verteilen. Ähnlich verhält es sich mit dem Widerstand des Kreisauer Kreises, der, wie Moltke zur Zeit seines Prozesses an seine Frau schrieb, „nur gedacht" und geheimgehaltene Programme verfasst hat. Dass man hingegen im Hinblick auf die DDR eher von Opposition spricht, liegt daran, dass hier die Oppositionellen die Machtfrage, das heißt die Frage nach einem radikalen Regimewechsel, nicht explizit gestellt haben. Oder erst am Ende: Die friedliche Revolution ist ungeachtet ihres Namens und also ihrer Ausdrucksformen eine Art des Widerstandes, genau so wie der Aufstand des 17. Juni, der sich vom Arbeiteraufstand zum Volksaufstand wandelte, den

nur sowjetische Panzer niederschlagen konnten. Zum Widerstand würde ich auch die Verhaltensweisen und Handlungen all derjenigen zählen, seien sie Individuen, Parteiungen oder Bevölkerungsschichten (Studenten, Bauern), die in den fünfziger Jahren gegen die Sowjetisierung bzw. Stalinisierung der DDR angekämpft haben. Das war die Zeit, als der Totalitarismus in der DDR stark asymmetrisch war und das Regime selbst jede Opposition als Widerstand kriminalisierte. Die Machtfrage soll selbstverständlich im Namen antitotalitärer Werte, im Namen einer gewissen Idee des Menschen und der Menschenwürde gestellt werden. Der Machtkampf innerhalb der totalitären Partei oder des Einparteienstaates, bloß um der Systemeffizienz willen, bedeutet keinen Widerstand, nicht einmal richtige Opposition. Hier könnte man die Frage nach der Natur des kommunistischen Widerstandes gegen Hitler stellen. Sie hat vor ein paar Jahren im Hinblick auf die Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eine Debatte ausgelöst. Man kann mit Recht annehmen, dass die Führer des kommunistischen Widerstandes in Moskau im Dienst eines anderen Totalitarismus standen; aber die kommunistischen Basisgruppen in Deutschland kämpften im Namen der vom Nationalsozialismus verhöhnten Freiheit und Würde des Menschen. Deshalb verdienen sie einen Platz im Pantheon des deutschen Widerstandes gegen Hitler.

IV. Opposition als Maske des Widerstandes?

Der Widerstand gegen Hitler konnte nur systemtranszendent sein, das heißt sich auf Werte berufen, die denen des Nationalsozialismus entgegengesetzt waren. Viele Widerstandsforscher bis hin zu Klemens von Klemperer[13] und Peter Steinbach[14] haben auf die Bedeutung des Rechts, ja auf die Wiederentdeckung der Menschenrechte und des Rechtsstaates bei bisher real- und machtpolitisch orientierten Konservativen aufmerksam gemacht. Großen Wert legten auch diese Widerständler auf die Wiederherstellung einer „anständigen" beziehungsweise „wahrhaftigen" Gesellschaft, weit von gegenseitigem Misstrauen und Denunziantentum. Alle diese Werte finden sich in der Opposition der DDR wieder. Nur dass diese sich hier auf die offizielle Doktrin des Regimes beziehen konnte. Die Oppositionsgruppen der DDR konnten sich in ihrem Kampf gegen den „real existierenden" Sozialismus auf die sozialistische Utopie berufen. Diese Opposition ist hier „systemimmanent", sie protestiert gegen das Regime, weil es seine Verheißungen nicht erfüllt, gegen seine eigenen Werte verstößt, weil Parolen (oder Unterschrift, siehe KSZE) und Wirklichkeit zu weit auseinanderklaffen. Das gilt sowohl für Reformkommunisten wie Havemann und Biermann als auch für die Friedens- und Bürgerrechtsbewegung der achtziger Jahre.

Vergleicht man beide deutsche Diktaturen, so stellt man eine umgekehrte Entwicklung fest. Während das Dritte Reich anfangs noch – gegen den Willen seiner Machtha-

[13] *Klemens von Klemperer*, Naturrecht und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: *Peter Steinbach/Johannes Tuchel* (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 43–53.

[14] *Peter Steinbach*, Wiederherstellung des Rechtsstaates als zentrale Zielsetzung des Widerstands, in: *Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach* (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. 2. Aufl., München 1986, S. 617–636.

ber – Züge einer offenen Gesellschaft aufwies und Formen der Opposition gewähren ließ, konnte sich in der DDR die Opposition erst richtig ab den siebziger Jahren entfalten. Hier sind der historische Hintergrund und die Generationenfolge zu berücksichtigen. In der Ära Ulbricht kam der Widerstand von einer Generation, die noch vor dem Krieg oder im Krieg sozialisiert worden war und deren Mitglieder nicht selten vorher am Widerstand gegen Hitler teilgenommen hatten. Die meisten, die den Sozialismus in seiner stalinistischen Form damals nicht akzeptierten, konnten noch in den Westen gehen: Sie stimmten (sie widerstanden?) mit den Füßen ab. Nach 1961 musste man sich resigniert an ein stabilisiertes Regime anpassen, das sich durch den Ausbau des dogmatischen Zentralismus autoritär zu modernisieren trachtete. Proteste kamen weiterhin von ein paar kommunistischen Intellektuellen (Heym, Havemann, Biermann), die angesichts der sich verzögernden Entstalinisierung mehr Freiheit forderten.

Die Beteiligung der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings (1968) löste aber schon die Proteste der Nachkriegsgeneration aus, die dann in den siebziger und achtziger Jahren das Gros der Oppositionellen stellte. Dies waren Leute, bei denen die sozialistische Erziehung samt ihrer Utopie und ihrer Rechtfertigungsideologie des Antifaschismus irgendwie gegriffen hatte. Nur selten wurde von ihnen der Sozialismus als Idee und Prinzip in Frage gestellt (Sozialistischer Grundkonsens). Dazu kam noch die zeitbedingte berechtigte Sorge um den Frieden und um die Umwelt. Obwohl sie mehr Demokratie und mehr Achtung der Menschenrechte verlangten, wollten sie doch keine liberal-kapitalistische Demokratie westlichen Musters und schlugen allgemein einen politisch unklaren „dritten Weg“ vor, dessen politische Züge erst der „Runde Tisch“ zu präzisieren versuchte. Überhaupt scheint der Opposition in der DDR ein fast metapolitischer, ethischer Charakter zu eigen. Sie schien lange unfähig eine wirkliche politische Alternative vorzuschlagen. Erst am Ende stellte sie die Machtfrage und wurde so zum eigentlichen Widerstand.

Doch muss die Frage gestellt werden, ob diese Opposition sich nicht aus Vorsicht so verhalten hat. Sie stellt sich auch für alle Dissidentenbewegungen der östlichen Länder: Inwiefern ist ihre Opposition eine Maske oder eine List ihres Widerstandes gewesen? Stoßen wir wiederum an eine Grenze der Typologie oder erleben wir eine in der Logik unserer Argumentation unerwartete Umkehrung? In der Unfähigkeit, gegen das Regime frontal anzukämpfen, hat nämlich eine solche Opposition mit „sanften“ Mitteln, in manchmal vorpolitisch-religiös chiffrierten Artikulationsformen („Bewahrung der Schöpfung!“) dessen eigene Widersprüche auszunutzen versucht, um allmählich seine Verwandlung in einen demokratischen (wenn auch sozialistischen) Rechtsstaat zu erzielen. Hier heiligen die Mittel das Ziel, ja versuchen es Schritt für Schritt zu realisieren. Das Ausbleiben der Machtfrage trägt zu ihrer Lösung zugunsten der Oppositionellen bei. Die Nutzung der geringsten legalen Spielräume zielt darauf, die Pseudolegalität des totalitären Staates zu unterhöhlen. Der Opposition in der DDR ist es gelungen, durch die Schaffung von Subkulturen, kritischer Kunst und Protesthaltungen bzw. -aktionen die Gesellschaft wieder auf die politische Bühne zu bringen, eine Gegenöffentlichkeit aufzubauen und somit den totalitären Staat zu unterwandern.[15]

[15] Ich folge hier *Ehrhart Neubert*, Typen politischer Gegnerschaft, in: *Hans-Joachim Veen u. a.*, Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin/München 2000, S. 17.

V. Resistenz und Exil

Vom äußersten Kreis, von der Resistenz, habe ich bisher wenig gesprochen. Sie könnte als Grundlage der anderen Verhaltensweisen angesehen werden. Denn an ihr zeigen sich schon zwei Elemente, die der Opposition und dem Widerstand zugrunde liegen: die Betroffenheit und die Fähigkeit, nein zu sagen, die von dem Totalitarismus geforderte Konformität oder seine Eingriffe in die jeweilige Lebens- und Vorstellungswelt des Individuums abzulehnen. Resistenz, Opposition und Widerstand sind Reaktionen auf die totalitären, inhumanen, unrechtmäßigen oder moralisch inakzeptablen Forderungen des Regimes. Die Resistenz an sich ist noch kein politischer Akt, sie besitzt eine politische Dimension, insofern sie den politischen Zielen des totalitären Regimes widerspricht (und von diesem deshalb auch kriminalisiert wird). In noch stärkerem Maße als die Opposition kann sie partiell und mit einer allgemeinen Akzeptanz des Regimes vereinbar sein. Sie grenzt aber an Opposition oder gar Widerstand, wenn sie aufhört, rein individuell und passiv zu sein. Die bloße Erhaltung des Milieus, z. B. des sozialdemokratischen im Dritten Reich, oder der von Christoph Klessmann beschriebenen Thomas-Schule in Leipzig während des Nationalsozialismus und der DDR,[16] ist kaum als Opposition oder gar Widerstand zu bezeichnen. Der zivile Ungehorsam oder der humanitäre Widerstand (Hilfe für die Opfer des Regimes), die das Tabu der Illegalität brechen, sind schon Übergangsformen zum Widerstand. Sie sind es umso mehr, als sie in kollektive, organisierte Verhaltens- oder Handlungsweisen münden (Netzwerke, um Verfolgten zu helfen, im Dritten Reich, Ausreisebewegung in der DDR). Individuell oder kollektiv ist die Resistenz oft der erste Schritt zur Opposition oder zum Widerstand gewesen. Auf das Betroffensein folgt häufig das – politische – Bewusstsein. Die unbesungenen Helden – weil sie nicht konform bleiben wollten, gingen sie ein Risiko ein – verfolgten aber keine ausdrücklich politischen Ziele. Ihr Protest (ich denke hier an die Frauen der Rosenstraße) oder ihre illegalen Handlungen blieben auf der Ebene einer Gesellschaft, die aufzusaugen dem totalen Staat nicht vollends gelang. Die Machtfrage stellten sie nur sehr indirekt, indem ihr Protest oder ihre Weigerung dem Anspruch des Staates auf allgemeine Zustimmung und Gefolgschaft nicht gerecht wurden. Wir können sie aber schwer als Widerständler betrachten. Da bin ich eher der Meinung von Walther Hofer oder von Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul, die für die Aufrechterhaltung eines qualitativen Unterschieds plädieren,[17] als der von Martin Broszat, der meinte, die oft passive und verborgene „Widerständigkeit" von Anonymen sei höher einzuschätzen als die Taten mancher häufig „dubiosen" Verschwörer. Aber selbstverständlich sind diese „unbesungenen Helden" ebenso wie die echten Widerständler unserer Erinnerung wert.

Das Exil weist auf Grenzen des Totalitarismus: Es ist ihm nicht gelungen, alle Angehörigen der Nation zu integrieren. Die Emigration kann als Flucht betrachtet werden.

[16] *Christoph Klessmann*, Opposition und Resistenz in zwei Diktaturen in Deutschland, in: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 453–459. Klessmann gebraucht Widerstand und Opposition synonym. Er glaubt, dass sie inhaltlich kaum sinnvoll zu trennen sind. Warum verwendet er dann zwei verschiedene Begriffe?

[17] *Klaus-Michael Mallmann / Gerhard Paul*, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: ZfG 41 (1993), S. 99–116.

Mit diesem Vorwurf wurden nach dem Krieg manche Remigranten konfrontiert.[18] In der Regel aber ist das Exil keine Flucht. Es ist mit Leiden gepaart und setzt Mut voraus. Es ist mehr als Opposition, denn es bricht radikal mit dem totalitären Regime. Es ist eine Form des Widerstandes, insofern es, ob gewollt oder aufgezwungen, die Legitimität des neuen Staates offen in Frage stellt. Es ist noch mehr eine Form des Widerstandes, wenn das Exil die Voraussetzung für die Fortführung des antitotalitären Kampfes ist (in diesem Sinn vergleichbar mit der Kooperation auf konservativer Seite), wenn also die Emigranten „mit dem Gesicht nach Deutschland“ (eine Parole des ab 1933 emigrierten Sozialdemokraten Otto Wels) handeln, um die Diktatur „drüben“ zu schwächen und zu stürzen, indem sie das Ausland über ihre wahre Natur informieren, als „anderes Deutschland“ die ausländischen Regierungen zu beeinflussen versuchen oder dem inneren Widerstand (oder der inneren Opposition) mit unterschiedlichen Mitteln zu Hilfe kommen.

In diesem Punkt führt eine vergleichende Perspektive auf beide deutschen Diktaturen zu so komplexen Interpretationen, dass es ratsam ist, das Exil als eine Kategorie *sui generis* zu betrachten, für die noch geeignete Vergleichskriterien erarbeitet werden müssten. Schon Max Weber hat gewusst: Idealtypen stilisieren die Geschichte so, dass sie sie in gewisser Weise verraten oder leugnen. Die Historiker werden in ihrer berechtigten Absicht, die historische Realität genauer zu erfassen und zu beschreiben, neue Bezeichnungen finden und verwenden. Mein Ziel war lediglich, auf einige begriffliche und terminologische Ungenauigkeiten aufmerksam zu machen, die man vermeiden sollte.

[18] Es sei hier an die Kontroverse von Thomas Mann, Walter von Molo und Frank Thiess erinnert, die die „innere Emigration“ als die verdienstvollere Widerstandsform hinstellten.

Hartmut Mehringer

Deutscher Widerstand und Exil

Das Verhältnis von Widerstand und deutscher Emigration, insbesondere in die Sowjetunion

I.

Die Forschung ist längst übereingekommen, dass Widerstand und politisches Exil, insbesondere Widerstand und politische Emigration der Arbeiterbewegung, als Einheit bzw. als zwei Seiten derselben Medaille zu betrachten seien. Die politische Emigration stellt demnach nichts anderes dar als den Versuch, in möglichst engem Verbund mit der innerdeutschen Opposition vom Ausland her Widerstand gegen Hitler zu leisten.

Beginnen wir mit einer kleinen quantitativen Bilanz. Die Zahl der Emigranten, deren Fluchtmotiv in den Jahren 1933–1939 wesentlich in ihrer aktiven Regimegegnerschaft begründet lag, wird auf rund 30 000 geschätzt, wobei viele auch aufgrund ihrer Abstammung Verfolgung zu gewärtigen hatten. Neben den Vertretern der Arbeiterbewegung gehörten zur politischen Emigration auch Liberale, Christlich-Soziale, Nationalkonservative, Monarchisten und andere – zum Teil höchst prominente – Vertreter bürgerlicher Politik sowie Bündische, linke Nationalisten und Nationalrevolutionäre bis hin zu oppositionellen NSDAP-Mitgliedern, ebenso eine kleine Zahl von Würdenträgern der christlichen Kirchen. Weit über 90 Prozent der politischen Flüchtlinge rekrutierten sich allerdings aus der Arbeiterbewegung, also aus KPD, SPD und den „linken Zwischengruppen“.[1]

Die Parteien und Gruppen der Arbeiterbewegung hatten sich angesichts der wachsenden Einengung ihrer politischen und publizistischen Arbeit im Reich bereits im Frühjahr 1933 genötigt gesehen, ihren Aktionsspielraum durch Stützpunkte im benachbarten Ausland zu erweitern. Vom Sommer 1933 an nahmen diese Auslandsstützpunkte durch die Massenflucht von Parteimitgliedern und -funktionären, von Politikern und Publizisten, die sich vor 1933 als NS-Gegner exponiert hatten, sowie durch die Ausreise gefährdeter Spitzenfunktionäre rasch den Charakter von Parteivorständen im Exil an. Diese „Parteiemigration“ erhielt in den folgenden Jahren ständig Zuwachs durch geflüchtete

1 Grundlegend nach wie vor *Werner Röder/Herbert A. Strauss* (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Biographical Dictionnary of Central European Emigrés 1933–1945. Bd. I–III, München u. a. 1980–1983; ferner *Claus-Dieter Crohn/Patrik von zur Mühlen/Gerhard Paul/Lutz Winkler* (Hrsg.), Das Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998.

Mitglieder der Widerstandsgruppen im Reich, deren organisatorische und publizistische Unterstützung die Auslandsgruppen als ihre primäre Aufgabe ansahen.

Geographische Schwerpunkte der politischen Emigration waren in den ersten Jahren des NS-Regimes die Tschechoslowakei, ab 1938 Frankreich und während des Zweiten Weltkriegs vor allem Großbritannien. In der Tschechoslowakei besaß das Exil der Arbeiterbewegung noch ein gewisses politisches Eigengewicht, zurückzuführen vor allem auf die vorbehaltlose Unterstützung durch die sudetendeutsche Arbeiterbewegung und die aktive Tolerierung durch die ČSR, die in der deutschen Politemigration einen möglichen Verbündeten gegen die befürchtete deutsche Aggression sah.

In der zweiten Phase 1938/39 – geographischer Schwerpunkt Frankreich – konnte die deutsche Politemigration ein vergleichbares politisches Gewicht nicht mehr gewinnen. Die Volksfront-Regierung in Paris war im Frühjahr 1938 zerbrochen, eine der ersten Maßnahmen der neuen bürgerlichen Regierung Daladier bestand in einer wesentlichen Verschärfung des Asylrechts. Die französischen Sozialisten und Kommunisten waren weder willens noch in der Lage, die deutschen Emigranten ähnlich massiv zu unterstützen, wie dies die sudetendeutsche Arbeiterbewegung getan hatte, zumal sich der starke pazifistische Flügel mit seiner Losung *Tout vaut mieux que la guerre* (Alles ist besser als der Krieg) im Einklang mit einer breiten Grundströmung der französischen Bevölkerung wusste. Deutsche politische Emigranten, die aufgrund ihrer Lagebeurteilung mit einem Krieg rechneten oder sogar auf ihn als Mittel setzten, um den Sturz Hitlers herbeizuführen, wurden in dieser Situation rasch zu unbequemen Störenfrieden.

In der Phase des Krieges schließlich, in Großbritannien, tendierte das politische Außengewicht der deutschen politischen Emigration rasch gegen Null. Die anfängliche Unterstützung durch die Labour Party schwand in dem Maß, in dem der Krieg von einem Krieg gegen Hitler zu einem Krieg gegen die Deutschen wurde, und es jedem Einsichtigen klar war, dass die politische Emigration nach dem kriegsbedingten Abbrechen aller Verbindungen nach Deutschland wenig mehr repräsentieren konnte denn sich selbst.

II.

Die Sowjetunion spielte in diesem vielschichtigen und von raschen inhaltlichen Gewichtsverlagerungen gekennzeichneten Verhältnis von Widerstand aus dem Exil und innerdeutschem Widerstand während der gesamten Zeit der NS-Herrschaft eine Sonderrolle. Das hatte drei wesentliche Gründe.

Zum einen besaß die deutsche und österreichische Emigration in der Sowjetunion quantitativ – relativ betrachtet – einen vergleichsweise geringen Umfang und war politisch weitgehend homogen, d. h. kommunistisch dominiert. Zwar versprach die Verfassung der UdSSR allen Ausländern, die als Angehörige der revolutionären „Befreiungsbewegung“ verfolgt wurden, Asyl zu gewähren. Dennoch fanden in der Sowjetunion nach 1933 nahezu ausschließlich nur Vertreter des Funktionärskörpers der kommunistischen Parteien Deutschlands und Österreichs in engerem Sinne Zuflucht.[2] Ausnahmen bildeten ledig-

[2] Siehe dazu vor allem *Carola Tischler*, Die UdSSR und die Politemigration. Das deutsche Exil in der Sowjetunion zwischen KPD, Komintern und sowjetischer Staatsmacht 1933 bis 1945, Münster 1996; allgemein dazu auch *Klaus Jarmatz* (Hrsg.), Exil in der UdSSR (Bd. 1 der Reihe:

lich einige hundert Aktivisten des österreichischen Republikanischen Schutzbunds nach dem „Februaraufstand" in Österreich 1934 sowie etwa 200 kommunistische Familien aus der Tschechoslowakei nach dem „Anschluss" des Sudetengebiets; ihnen gewährte die UdSSR demonstrativ Asyl. Die österreichischen Schutzbündler gerieten überdies ebenso wie zahlreiche deutsche und österreichische Kommunisten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre in großer Zahl in das Räderwerk der Stalinschen Säuberungen – und viele, die davongekommen waren, wurden vor allem in der Phase zwischen dem Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts (August 1939) und dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion (Juni 1941) offiziell von der UdSSR an Nazi-Deutschland ausgeliefert (der bekannteste Fall ist Margarete Buber-Neumann, Ehefrau des 1937 in sowjetischer Haft umgekommenen KPD-Spitzenfunktionärs Heinz Neumann[3]).

Zum anderen bestand die Gruppe deutscher und österreichischer Anti-Nazi-Aktivisten in der Sowjetunion, die es in unserem Zusammenhang zu betrachten gilt, nicht allein aus Flüchtlingen vor Hitler ab 1933. Einen weiteren, zahlenmäßig freilich wenig bedeutenden Strang bildeten jene, die sich als Abkömmlinge alteingesessener deutscher Kolonisten oder als deutsche Kriegsgefangene am Ende des Ersten Weltkriegs in Russland der revolutionären Bewegung angeschlossen hatten. Aus ihren Reihen rekrutierte sich eine Reihe späterer hochrangiger Kominternfunktionäre (so z. B. der Österreicher Manfred Stern, bekannt als Général Kléber im Spanischen Bürgerkrieg[4]).

Dazu kamen einige Tausend deutscher und österreichischer Facharbeiter, die aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit zuhause und scheinbar günstiger Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten ab Ende der 20er Jahre in die Sowjetunion gekommen waren – aber auch aus Idealismus, um einen Beitrag zum „Aufbau des Sozialismus" zu leisten. Viele von ihnen kehrten desillusioniert schon vor oder in den Jahren nach 1933 in ihre Heimatländer zurück[5], diejenigen, die blieben, gerieten ab Mitte der 30er Jahre ebenfalls in hoher Zahl in das Räderwerk der Stalinschen Säuberungen.[6]

Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945), Frankfurt/M. 1979. Ursprünglich in Berlin (Ost) erschienen, wurde dieser von Autoren aus der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR erstellte umfängliche Band durch die Veröffentlichung im Röderberg-Verlag gewissermaßen „eingewestlicht" und zu scheinbar „seriöser wissenschaftlicher Literatur" umgewidmet: Auf rund 650 Seiten wird mit keinem Wort auf die Stalinschen Säuberungen und ihre Opfer gerade auch unter den deutschen Emigranten in der Sowjetunion eingegangen.

3 Vgl. dazu die mehrfach neu aufgelegten Erinnerungen von *Margarete Buber-Neumann*, Als Gefangene bei Stalin und Hitler (Erstausgabe München 1949).

4 *Valerij Brun-Cechovoj*, Manfred Stern – General Kleber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs (1896–1954), Berlin 2000.

5 Vgl. dazu *Kurt Krupinski* (Hrsg.), Rückkehrer berichten über die Sowjetunion, Berlin 1942; trotz der ideologisch propagandistisch eindeutigen Zielrichtung dieses Bandes sind die hier versammelten Fallbeispiele von hohem Aussagewert.

6 Allgemein dazu *Hermann Weber/Wolfgang Staritz* (Hrsg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993; *Hermann Weber*, „Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Berlin 1990; *Hans Schafranek*, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland, Frankfurt/M. 1990; *Hans Schafranek*, Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion, Wien 1991; *Barry*

Eine weitere Teilgruppe schließlich, die uns in unserem Zusammenhang interessiert, bestand nicht aus Emigranten im eigentlichen Sinne, sondern aus deutschen Kriegsgefangenen, die sich vor allem nach Stalingrad in hoher Zahl in sowjetischer Haft befanden.[7]

Drittens verstanden die politischen Exilorganisationen der Arbeiterbewegung sich selbst im Allgemeinen als politischer Auslandsarm einer im Lande real existierenden Widerstandsbewegung, bei der – zumindest potentiell – die Leitung des illegalen Kampfes zu liegen habe. Anders die KPD, selbst wenn auch sie 1933 die Führung der Partei formell zunächst an die „Inlandsleitung" in Berlin delegierte. Praktisch und bald auch vom eigenen Anspruch her übernahm jedoch die „Auslandsleitung" in Paris bzw. in Prag die Leitung, und seit Mitte der 30er Jahre lag sie de facto, ab 1939 auch de jure bei den in Moskau befindlichen Mitgliedern des Zentralkomitees und des Politbüros der KPD unter dem neuen Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck. Diese „Anleitung" des kommunistischen Widerstands erwies sich von Anfang an als illusionär bzw. da, wo sie denn gelang, als völlig realitätsfern.[8]

Die Politik der KPD war im Frühjahr 1933 vor allem von dem Bestreben gekennzeichnet, die Partei nach dem Abebben der ersten Terror- und Verfolgungswelle als konspirative Massenorganisation fortzuführen. So kam es zu unentwegten Versuchen, die Inlandsleitung sowie die Bezirksleitungen immer wieder neu aufzubauen, vielfach durch Emissäre aus dem Ausland. Diese Leitungen wurden von der Gestapo allerdings ebenso prompt immer wieder zerschlagen. Die illegale KPD der Jahre 1933 bis 1935 konnte als hierarchisch aufgebaute Organisation mit mehrfach verschränkten Verbindungen und parallelen Leitungssystemen bis zum Zeitpunkt der nahezu vollständigen personellen Erosion verhaftete Funktionäre durch den Rückgriff auf parallele Kanäle rasch ersetzen und zerrissene Verbindungen wiederherstellen. Diese Struktur bot andererseits den Verfolgern günstige Bedingungen, über Denunziation, Spitzel, gezielten V-Mann-Einsatz und systematische Beobachtung in solche Organisationsnetze einzubrechen und sie nach unten wie nach oben aufzurollen. Bis Mitte der 30er Jahre waren die personellen Ressourcen der KPD zusehends erschöpft.

Wilhelm Pieck selbst musste im Oktober 1935 auf der sogenannten „Brüsseler" Konferenz, die in Wahrheit in der Nähe von Moskau stattfand, die katastrophalen Ergebnisse der bisherigen Inlandspolitik eingestehen: Von 422 durch die Parteiführung registrierten leitenden Funktionären (Mitgliedern des ZK, der Bezirksleitungen und Leitungen der Massenorganisationen) waren bis zu diesem Zeitpunkt 219 verhaftet, 14 ermordet, 125 emigriert und etwa zehn Prozent aus der KPD ausgeschieden; nur etwa ein Drittel befand sich noch in Freiheit – meist im Ausland. Nicht erfasst hatte Pieck hierbei die kommunistischen Funktionäre auf den unteren Organisationsebenen (Verhaftete und Ermordete), deren Zahl in die Tausende ging.[9]

McLoughlin/Hans Schafranek/Walter Szevera, Ausbruch – Hoffnung – Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945, Wien 1997.

7 Allgemein dazu *Hartmut Mehringer*, Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1997, S. 253–258.

8 Dazu und zum Folgenden vgl. allgemein ebd., passim.

9 *Klaus Mammach* (Hrsg.), Die Brüsseler Konferenz der KPD (Nachdruck), Frankfurt/M. 1975, S. 131.

Grundmotiv dieser selbstmörderischen Politik war die bei Funktionären und Mitgliedern nach wie vor vorherrschende Überzeugung, man befinde sich bereits in der letzten Phase vor der unausweichlichen proletarischen Revolution, und die Illegalisierung der KPD sei nur ein taktisches Zurückweichen vor dem endgültigen Sieg. Der Glaube an die unmittelbar bevorstehende revolutionäre Krise führte bei den KPD-Aktivisten in den Großstädten und Industrierevieren zu einer konspiratorischen Betriebsamkeit, in deren Hektik und Selbstvergessenheit das Verständnis für das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis unterging.

Allein 1936 und 1937 wurden rund 20 000 Kommunisten verhaftet. Ab Anfang 1936 melden die Gestapo-Lageberichte übereinstimmend den starken Rückgang der kommunistischen Flugblattpropaganda, wenngleich die Gestapo – schon zur Rechtfertigung der eigenen Arbeit – nur selten versäumte, auf die weiterhin bestehende Gefahr hinzuweisen. Auch die Zahlen der verhafteten Kommunisten gingen kontinuierlich zurück – von rund 8 000 im Jahr 1937 auf knapp 4 000 im Jahr 1938.

Die Gründe dafür liegen freilich nicht allein in der Ausdünnung des kommunistischen Milieus in den Großstädten und Industrieregionen oder gar in erhöhter Vorsicht. Entscheidend war vor allem, dass sich das Regime ab Mitte des Jahrzehnts mit Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Erreichen der Vollbeschäftigung sowie mit seinen manifesten außenpolitischen Erfolgen bis hin zu den Blitzkriegseroberungen des ersten Kriegsjahres auf dem Höhepunkt seiner Popularität befand. Hitler konnte sich in diesen Jahren der emphatischen Zustimmung einer übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung sicher sein. Das schloss einen nicht kleinen Teil der ehemaligen Arbeiterbewegung mit ein.

Auch der Kriegsausbruch am 1. September 1939 änderte nichts am Bild des scheinbar „trockengelegten Sumpfes“ des kommunistischen Untergrunds, zumal der eine Woche zuvor abgeschlossene Hitler-Stalin-Pakt mit seiner Verkehrung aller bisherigen Frontstellungen auch für die verbliebenen KPD-Militanten einen Schock bedeutete. In den folgenden Monaten setzte sich allerdings die Hinnahme des Pakts auf der Basis der Affirmation stalinistischer „Realpolitik“ unter den kommunistischen Kadern weitgehend durch, verstärkt noch durch freilich grundlose Spekulationen über einen größeren legalen Spielraum der Partei und eine Amnestie kommunistischer Gefangener durch den NS-Staat.

In den ersten zwei Kriegsjahren sank die Widerstandstätigkeit der KPD auf ihren Tiefpunkt. Mitte Dezember 1939 wurde beschlossen, mit Karl Mewis, Heinrich Wiatrek und Herbert Wehner in Stockholm eine neue Inlandsleitung für Deutschland aufzubauen, die sich illegal ins Reich begeben sollte. Kriegsereignisse und bürokratische Hindernisse in Moskau verzögerten die Bildung dieses Arbeitsgremiums. Während Mewis, von der illegalen Arbeit in Stockholm sichtlich überfordert, Instrukteure nach Deutschland entsandte, die fast ausnahmslos nach kurzer Zeit der Gestapo in die Hände fielen, wurde Wiatrek im Mai 1941 im deutsch besetzten Kopenhagen verhaftet, „umgedreht“ und kollaborierte anschließend eng mit der Gestapo. Wehner konnte ab Anfang 1941 in Stockholm rund ein Jahr unentdeckt arbeiten. Er wurde im Februar 1942 von der schwedischen Polizei verhaftet, wenig später ebenso Karl Mewis. Dies war auch ganz praktisch das endgültige Ende aller Möglichkeiten der KPD-Führung in Moskau, unmittelbaren Einfluss auf den innerdeutschen Widerstand zu nehmen.

Hitlers Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wirkte auf den kommunistischen Widerstand wie ein belebender Stromstoß. Freund und Feind waren nunmehr wieder klar erkennbar. Da es um das Überleben der Sowjetunion ging, waren viele kommunistische Kader, die sich aus der illegalen Arbeit zurückgezogen hatten, erneut bereit, dem von Stalin nach den raschen deutschen Anfangserfolgen beklagten Fehlen einer „zweiten Front" in Europa durch den Versuch der Errichtung einer „Inlandsfront" zu entsprechen. Neben traditionellen Kadern aus der Weimarer KPD findet sich in dieser neuen Gemengelage eine Reihe von aus unterschiedlichen Gründen mit der Sowjetunion sympathisierenden Kräften. Hier ist vor allem auf die Harnack/Schulze-Boysen-Organisation zu verweisen, in der Literatur im Allgemeinen bekannt als die „Rote Kapelle"[10]. In den Jahren 1942–1944 bildeten sich darüber hinaus in Berlin, Hamburg, im Rheinland, in Thüringen, Sachsen und dem heutigen Sachsen-Anhalt überlokale kommunistische Organisationszusammenhänge, die von der Gestapo allerdings meist nach relativ kurzer Zeit zerschlagen wurden. Die in der DDR-Literatur immer wieder konstruierte angebliche Anleitung dieser Gruppen durch das ZK in Moskau gehört allerdings schlichtweg ins Reich der retrospektiven Fiktion. In Berührung mit innerdeutschen Verhältnissen kam die Moskauer KPD-Führung erst wieder 1945 bei ihrer Rückkehr im Gefolge der Roten Armee.[11]

III.

Die sogenannten „Fallschirmspringer" bilden einen Sonderfall im Rahmen des deutschen Widerstands aus der Sowjetunion. Über sie war bis vor wenigen Jahren kaum etwas bekannt.[12] Es handelt sich um mehrere Dutzend Männer und Frauen, die teils direkt von sowjetischen Flugzeugen, z. T. aber auch auf dem Umweg über Großbritannien in Form von „Amtshilfe" von der Royal Air Force per Fallschirm in Deutschland bzw. im deutsch besetzten Europa abgesetzt wurden. Sie handelten im Auftrag der KPD-Führung bzw. im Auftrag sowjetischer Nachrichtendienste, was häufig kaum säuberlich voneinander zu scheiden ist, um Verbindungen zum innerdeutschen kommunistischen Widerstand aufzunehmen und/oder Kundschafter- und Sabotageaufgaben durchzuführen. Sie rekrutierten sich auf der einen Seite aus in die UdSSR emigrierten kommunistischen Parteikadern,

10 Der Name „Rote Kapelle" ist ein Sammelbegriff der deutschen militärischen Abwehr für verschiedene Gruppen in Frankreich, Belgien, Holland und der Schweiz, die als Teil des militärischen Nachrichtendienstes der UdSSR mit Moskau in illegaler Funkverbindung standen („Kapelle" bezeichnete dabei im Sprachschatz der Abwehr eine solche regelmäßige Funkverbindung, die zur Unterscheidung mit verschiedenen Farben gekennzeichnet wurde). Die Gruppierung um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen, die nach 1945 unter der Bezeichnung „Rote Kapelle" bekannt wurde, hatte mit diesen Gruppen nur ganz am Rande zu tun, geriet jedoch mit ins Räderwerk der Verfolgung. Vgl. dazu allgemein *Hans Coppi / Jürgen Danyel / Johannes Tuchel* (Hrsg.), Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994.

11 Vgl. dazu *Peter Erler / Horst Laude / Manfred Wilke* (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

12 Vgl. dazu allgemein *Hans Schafranek*, Im Hinterland des Feindes: Sowjetische Fallschirmagenten im Deutschen Reich 1942–1944, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Jahrbuch 1996, Wien 1996, S. 10–40.

auf der anderen aus ehemaligen Angehörigen des österreichischen Republikanischen Schutzbundes, aus ehemaligen Spanienkämpfern, aus deutschen und österreichischen Absolventen der Moskauer „Lenin-Schule" und anderer „Spez-Schulen" in der Sowjetunion sowie zuletzt auch aus kriegsgefangenen Wehrmachtssoldaten.

Die Durchführung ihrer Aufträge erwies sich nach Absetzung im deutschen Machtbereich freilich zumeist als hoffnungsloses Unterfangen. Dies lag nicht zuletzt daran, dass ihnen nach mehreren Jahren Abwesenheit die durch NS-Herrschaft und Krieg deutlich gewandelte Mentalität der deutschen Gesellschaft ganz allgemein fremd war und sie zudem häufig bereits an ganz praktischen Schwierigkeiten wie den richtigen Lebensmittelmarken u. Ä. scheiterten.

> „Vor unserem Einsatz in Deutschland wurden wir [...] in Moskau von deutschen Vertretern der Komintern [Wilhelm] Pieck, [Anton] Ackermann, [Wilhelm] Florin und [Walter] Ulbricht über die politische Lage in Deutschland informiert. Wie sich aber später herausgestellt hat, ist die Lage in Deutschland ganz anders, als wie von diesen Leuten geschildert. Nach ihren Äußerungen hätte es für uns ein leichtes sein müssen, in Deutschland Verbindung zu politisch Gleichgesinnten zu bekommen."[13]

Diese Aussage einer Fallschirm-Agentin am Ende einer waghalsigen Odyssee zwischen Ostpreußen, Berlin und Hamburg mag schlaglichtartig beleuchten, welch elementaren – nicht nur technischen, sondern sozialpsychologischen – Problemen sich das Gros der Fallschirmagenten nach ihrer Ankunft in Deutschland gegenübersah: Selbst wenn die Grundvoraussetzungen wie einwandfreie Papiere u. Ä. erfüllt waren, mussten sie in einer immer stärker „sich selbst überwachenden Gesellschaft"[14] agieren, deren Lebens- und Verkehrsformen ihnen fremd geworden waren. Dazu kam, dass ihre Kräfte von der puren Überlebenssicherung absorbiert waren, sodass an eine Erfüllung der in Moskau erteilten politischen oder nachrichtendienstlichen Aufträge mangels einer auch nur einigermaßen funktionierenden illegalen Infrastruktur überhaupt nicht zu denken war. Die meisten Agenten scheiterten bereits an der Quartierfrage – ein deprimierender Befund, der in der DDR-Literatur allerdings von Mythen über die „antifaschistische Solidarität" vernebelt wird.[15]

Das Reichssicherheitshauptamt nutzte die gefassten Fallschirmagenten, die „umgedreht" wurden oder unter Druck bereit waren zu kooperieren, zu geheimdienstlichen

[13] Gestapo-Vernehmungsniederschrift der Fallschirmagentin Erna Eifler vom 18.11.1942, zitiert nach *Schafranek*, Im Hinterland, S. 29.

[14] „An der Jagd auf die [...] sowjetischen Fallschirmagenten beteiligten sich neben Gestapo [...], SD und Kriminalpolizei auch die militärische Abwehr, fallweise auch die Landwacht, Parteiorganisationen und sogar die Schuljugend." (*Schafranek*, Im Hinterland, S. 31f.)

[15] Vgl. dazu etwa *Alexander S. Blank/Julius Mader*, Rote Kapelle gegen Hitler. Dokumentarbericht, Berlin (DDR) 1979, S. 263, wo der Berlin-Aufenthalt zweier Fallschirmagenten folgendermaßen beschrieben wird: „In Berlin erwarteten die Genossen sie und ihre Funkgeräte bereits und hatten schon illegale Quartiere vorbereitet und Reise-Lebensmittelmarken beschafft. Bald verließen sie die Stadt in Richtung Hamburg." Schafranek kommentiert zu Recht, an dieser schönfärberischen Darstellung stimme nur der letzte Satz: In Wirklichkeit hätten die beiden Agenten Berlin verlassen müssen, weil ihnen eine Welle von Misstrauen entgegengeschlagen sei bzw. die vorgesehenen Quartiergeber nicht erreichbar gewesen seien und jeder weitere Tag Aufenthalt in Berlin unabsehbare Risiken geborgen habe.

Funkspielen mit der Gegenseite. Auf diese Weise gelang es, zahlreiche neu eingesetzte Fallschirmspringer unmittelbar nach ihrer Ankunft zu fassen.

IV.

Zu den umstrittensten Gruppierungen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus gehört neben der „Roten Kapelle“ das „Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘“ (NKFD). Mit dem Odium des Landesverrats behaftet, blieb das NKFD in der Historiographie der Bundesrepublik weithin verfemt, während es in der DDR zu einem Teil der „weltumspannenden Anti-Hitlerkoalition“ stilisiert wurde und als Manifestation „antifaschistischer Bündnispolitik“ vor allem ideologisch in den Jahren und Jahrzehnten nach 1945 besonderen Stellenwert gewann.

Die sowjetische Führung und die deutschen exilierten Kommunisten hatten nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion geglaubt, mit einfachen Klassenkampfparolen die deutschen Soldaten und Rüstungsarbeiter zu Sabotage, Desertion und Widerstand bewegen zu können. Diese Annahme erwies sich rasch als Illusion. Man argwöhnte bereits, es sei Hitler gelungen, das „Klassenbewusstsein der [deutschen] Arbeiter völlig auszulöschen“[16]. Die Situation änderte sich 1943 in zweifacher Hinsicht[17]: Zum einen befanden sich nach der Niederlage von Stalingrad Ende Januar/Anfang Februar 1943 zum ersten Mal Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand, zum anderen scheint Stalin zu diesem Zeitpunkt angesichts des Ausbleibens der ständig geforderten „zweiten Front“ wieder auf die Karte eines möglichen Sonderfriedens mit Deutschland gesetzt zu haben. Die KPD-Führung im Moskauer Exil, seit langem in der Betreuung und propagandistischen Bearbeitung von Kriegsgefangenen aktiv, nutzte die gebotene Chance. Im Juli 1943 kam es auf unmittelbare Initiative Stalins[18] zur Gründung des NKFD aus 25 kriegsgefangenen Offizieren und Soldaten sowie 13 kommunistischen deutschen Emigranten, zu denen u. a. Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Wilhelm Florin gehörten. Das auf der Gründungsversammlung verabschiedete Manifest[19] war von den deutschen Kommunisten Rudolf Herrnstadt und Alfred Kurella entworfen worden.

16 *Alexander Fischer*, Die Bewegung „Freies Deutschland“ in der Sowjetunion: Widerstand hinter Stacheldraht?, in: *Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach* (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München/Zürich 1986, S. 954–973, hier – Zitat eines sowjetischen Chronologen – S. 956.

17 Bereits im Lauf des Jahres 1942 gab es allerdings auf sowjetischer Seite erste Versuche, gewissermaßen im Vorgriff auf die Karte „NKFD“ nationalpatriotische Motive im deutschen Widerstand gegen Hitler aufzugreifen und propagandistisch zu befördern; hierzu zählen sowohl der Aufruf von 158 kriegsgefangenen deutschen Soldaten, der auf unmittelbare Initiative des Komintern-Generalsekretärs Georgi Dimitroff zustandekam, wie Ernst Hadermanns „Manneswort eines deutschen Hauptmanns“, die beide vom Moskauer Rundfunk ausgestrahlt und als Flugschriften zur Frontpropaganda verwendet wurden; vgl. dazu allgemein *Alexander Fischer*, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975, S. 22ff., 46ff. u. passim, sowie *Gerd R. Ueberschär*, Das NKFD und der BDO im Kampf gegen Hitler 1943–1945, in: *Gerd R. Ueberschär* (Hrsg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt/M. 1995, S. 31–51.

18 *Ueberschär*, NKFD und BDO, S. 32.

19 Abgedruckt u. a. in: *Ueberschär*, Nationalkomitee, S. 265ff.

Es bekannte sich mit deutschnational und patriotisch ausgerichteten Parolen zu demokratischer Staatsmacht, zu Freiheit und Menschenwürde und rief alle Deutschen zum Kampf gegen Hitler auf, um weiteres sinnloses Sterben hunderttausender deutscher Soldaten zu beenden. Zum Präsidenten des NKFD wurde der kommunistische Schriftsteller Erich Weinert gewählt. Zwei Monate später wurde der „Bund Deutscher Offiziere“ (BDO) aus rund 100 kriegsgefangenen Offizieren unter der Führung mehrerer Generale gegründet – der prominenteste und zugkräftigste war zweifelsohne der frühere Kommandierende General des II. Armeekorps in Stalingrad, Walther von Seydlitz. Seydlitz vertraute bei seiner Entscheidung den Versicherungen von NKWD-Offizieren, der Kampf gegen Hitler werde ohne Zersetzungspraktiken an der Front erfolgen und Deutschland werde in den Grenzen von 1937 als Machtfaktor in Europa respektiert. Bald nach der Gründung wurden BDO und NKFD organisatorisch und personell verschmolzen.

Obwohl in der Minderheit, übten die kommunistischen Emigranten doch auf die Formulierung der politischen Positionen und die Präsentation des NKFD nach außen entscheidenden Einfluss aus. Nur sie besaßen politischen Zugang zu der sowjetischen Parteiführung und bestimmten über die Wirkungsmöglichkeiten des NKFD nach außen, gegenüber Front und Öffentlichkeit. Der regelmäßig arbeitende Sender „Freies Deutschland“ stand unter der Leitung der kommunistischen Emigranten Anton Ackermann und Hans Mahle, Chefredakteur bzw. stellvertretender Chefredakteur der alsbald wöchentlich erscheinenden Zeitung „Freies Deutschland“ waren Rudolf Herrnstadt und Alfred Kurella[20], die praktische Arbeit wurde von dem sogenannten Komintern-„Institut 99“ unter Walter Ulbricht gesteuert.

Die sowjetische Führung fuhr mit ihrer Initiative wie häufig zweigleisig: Zum einen konnten NKFD und BDO als Druckmittel gegenüber den westlichen Alliierten benutzt werden, die sich nach sowjetischer Auffassung bei der Eröffnung der „zweiten Front“ allzu zögerlich verhielten. Im Fall eines geglückten Staatsstreichs hätte die UdSSR sich zum anderen einer aus dem militärischen Widerstand hervorgegangenen deutschen Regierung über den BDO als Gesprächs- und Verhandlungspartner anbieten können und wäre damit den Westmächten um einen Schritt voraus gewesen. Die Rolle der Kommunisten im NKFD mochte auch einer besonderen Stellung der KPD in einem künftigen Deutschland zugute kommen.

Reale Wirkungsmöglichkeiten des NKFD blieben freilich begrenzt – es bot sich nur der Weg von außen: mit Hilfe der sowjetischen Propagandamittel wie Rundfunk und Flugblättern an der Front die Wehrmacht zum Sturz Hitlers und zum Rückzug auf die deutschen Reichsgrenzen aufzurufen, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Anfang Januar 1944 gaben die führenden Militärs innerhalb von NKFD/BDO dem Drängen auf direkte Frontpropaganda nach: „Frontbevollmächtigte“ des NKFD wurden nun in großer Zahl an der Front eingesetzt, insbesondere bei eingeschlossenen Truppenteilen, um Offiziere zur Kapitulation und Soldaten zur Desertion aufzurufen.

In der ersten Hälfte 1944 verlor Stalin angesichts der Aussicht, den Krieg militärisch siegreich beenden zu können, offensichtlich das unmittelbare Interesse an NKFD/BDO.

[20] Das Mitteilungsblatt „Freies Deutschland“ war mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot gezeichnet, was auf Seiten der Wehrmachtführung besondere Erbitterung auslöste (*Ueberschär*, NKFD und BDO, S. 38).

Vorschläge, unter anderem zur Bildung eines deutschen Freiwilligenverbandes auf Seiten der Roten Armee, wurden von sowjetischer Seite abgelehnt. Dass sich immer mehr gefangene Generäle dem NKFD bzw. BDO anschlossen, änderte daran nichts mehr. Die übergroße Mehrheit der deutschen Kriegsgefangenen blieb dem NKFD ohnehin fern.

Am 2. November 1945 mussten sich NKFD und BDO selbst auflösen. Die „Koalition auf Zeit“ zwischen kriegsgefangenen Wehrmachtoffizieren und kommunistischen Emigranten erwies sich jedoch schon vor Kriegsende als das, was sie tatsächlich war: nur eines von vielen Instrumenten sowjetischer Interessenpolitik.

Abschließend – und das gilt auch für den kommunistischen Widerstand und sein Verhältnis zum politischen Exil – ist Lewis J. Edinger, dem frühen Historiographen des SPD-Parteivorstands im Exil, zuzustimmen, wenn er feststellt:

> „Rückschauend ist es mehr als zweifelhaft, ob die wiederholten Anstrengungen, vom Ausland her eine antinationalsozialistische Revolution zu organisieren, die Opfer aufwogen, die sie mit sich brachten.“[21]

[21] *Lewis J. Edinger*, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933–1945, Hannover/Frankfurt/M. 1960, S. 204.

Hermann Graml

Anfänge und Entwicklung der Militäropposition gegen Hitler

In einem bestimmten Sinne hat die Militäropposition gegen Hitler am 30. Juni 1934 begonnen – trotz der nicht zum letzten Mal von der Armee gewährten logistischen Unterstützung einer nationalsozialistischen Schandtat,[1] trotz der passiven Hinnahme der Ermordung zweier Generäle und trotz der Befriedigung über die Liquidierung einer nicht ungefährlichen Konkurrenz, wie sie Röhm und seine Freunde ja in mehrfacher Hinsicht dargestellt hatten.[2] Nahezu alle Offiziere, ob Leutnant, ob General, hatten bis zum sogenannten Röhm-Putsch dem seit Ende Januar 1933 von Hitler und der NS-Bewegung geprägten deutschen Staat die gleiche eingeschränkte Legitimität und Legalität – eingeschränkt im Vergleich zum monarchischen Deutschland – zuerkannt, wie zuvor, wenn auch widerwillig, der Weimarer Republik. Wird aber Legitimität als gegeben angesehen, haben Soldaten weder die psychische Möglichkeit noch die politische Berechtigung, sich gegen ihre Regierung aufzulehnen.[3] Bis zu einer sehr weit zu ziehenden Grenze muss daran auch festgehalten werden, da im Prinzip weder gerecht noch richtig sein kann, dass Gespräche in Offizierscasinos höheren politischen Rang erhalten als Parlamentsbeschlüsse und Entscheidungen der Regierung; wenn in halbwegs normalen Verhältnissen ein Soldat glaubt, nicht mehr gehorchen zu können, bleibt ihm allein der Rückzug in eine weniger verantwortungsvolle Stellung oder ins Privatleben. In der ersten Phase der NS-Herrschaft spielte freilich auch eine Rolle, dass das Offizierskorps der Reichswehr von Hitler und den Nationalsozialisten die Erfüllung zentraler politischer Wünsche erwartete: die politische Ausschaltung der sozialdemokratischen und sozialistischen Linken, die Ablösung des Parteienstaats durch ein hierarchisch gegliedertes politisches System, die Korrektur des Vertrags von Versailles in doppelter Hinsicht, nämlich durch den Aufbau einer gut ausgerüsteten schlagkräftigen Armee und durch eine auf diese Armee gestützte Politik der territorialen Revision; viele Offiziere erhofften sich von Hitler sogar die Restauration der Monarchie, eine nach den Ereignissen von 1918/19 ohnehin wirklichkeitsfremde und

[1] Neben der späteren Involvierung in brutale Besatzungspolitik ist hier natürlich an die Ermöglichung und partielle Beteiligung an dem Versuch, die in Europa lebenden Juden auszurotten, gedacht. Dazu schon 1981 *Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm*, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942. Stuttgart 1981, vor allem S. 107ff.

[2] Hierzu *Norbert Frei*, Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 2001[6], S. 17–36.

[3] Zur Armee in Kaiserreich und Weimarer Republik *Gerhard Ritter*, Staatskunst und Kriegshandwerk. Zum Problem des „Militarismus" in Deutschland. Bde. II–IV, München 1960–1968.

aussichtslose – jedoch nicht moralisch verwerfliche – Vorstellung, die überdies Hitlers Absichten gründlich verkannte.[4]

Mit der Aktion gegen die SA-Führung, mit der Erschießung ehemaliger oder potentieller Gegner und mit der Ermordung etlicher einfach Missliebiger, alles das ohne eine wenigstens schäbige juristische Verbrämung im Stile von Al Capones St. Valentins-Massaker exekutiert, mit diesem Verbrechen verlor das Regime in den Augen mancher Offiziere die Legitimität; die einige Wochen später, nach dem Tod des Reichspräsidenten von Hindenburg, erfolgte Vereidigung auf Hitler persönlich änderte für solche Offiziere gar nichts, auch wenn die Vereidigung nicht von Hitler erzwungen, sondern vom Reichswehrminister freiwillig angeordnet worden war.[5] Wenn aber den herrschenden Gewalten die Legitimität abgesprochen werden kann, wird es denkbar, fachliche Kritik oder moralische Empörung zu dem Vorhaben zu steigern, der verwerflich handelnden politischen Führung in den Arm zu fallen oder sogar die Macht ganz aus der Hand zu nehmen. Staatsstreich und Attentat werden jetzt zu operativen und taktischen Problemen des Wie und Wann, des Erfolgskalküls. Am Anfang des Weges von Offizieren in den Widerstand hatte auch und gerade im Dritten Reich die gedanklich und emotional begründete Überzeugung zu stehen, es mit einem System ohne Legitimität zu tun zu haben. Wäre der Verlust der Legitimität nicht gesehen und empfunden worden, hätte das Regime weder bei außenpolitischen Fehlern oder organisatorischen Konflikten in Friedenszeiten noch bei Niederlagen im Kriege – auch nicht bei Niederlagen, die den Staat existentiell gefährdeten – gewaltsame Opposition von Militärs zu befürchten gehabt.[6]

Im NS-Regime besaßen freilich die operativen und taktischen Probleme von Anfang an ein Gewicht, das stärker lastete als grundsätzliche Fragen, darunter auch die Frage nach der vom Staatsstreich zu begründenden politischen Ordnung, obwohl letztere nicht unterschätzt werden darf, da nahezu alle Offiziere der Reichswehr die Weimarer Republik spätestens seit 1930 als Scheitern des parlamentarischen Systems – ganz unabhängig vom Problem Versailles – verstanden hatten und sich daher eine simple Rückkehr zu Weimarer Verhältnissen nicht als Alternative zur nationalsozialistischen Herrschaft vorzustellen vermochten; dass die Reichswehr durch ihre kühle Distanz zum Staat von Weimar und die Reichswehrführung durch ihr republikfeindliches Eingreifen in die praktische Politik, seit 1929/30, nicht wenig zur Auflösung des parlamentarischen Systems beigetragen hatten, war den meisten Offizieren, die in den Garnisonen von Königsberg bis Bonn dienten, gar nicht bewusst. Das hohe Gewicht der operativen und taktischen Probleme hatte indes schon vor Überlegungen zur politischen Zukunft Deutschlands einen einfachen Grund. Es ging ja nicht um eine Palastrevolution, die eine politisch noch schlafende Bevölkerung hätte ignorieren dürfen. Das NS-Regime hatte nicht nur Instrumente der Repression, sondern eine formidable Massenbasis. Jene Offiziere, denen der 30. Juni 1934 die Augen

4 Doch hat Hitler diese Vorstellung gelegentlich kräftig genährt.

5 Dazu *Helmut Krausnick*, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Die Vollmacht des Gewissens, hrsg. v. d. *Europäischen Publikation e.V.*, München 1956, S. 175–380, hier S. 234.

6 In diesem Sinne ist die These einzuschränken, die etwa den Konflikt des Generalstabschefs Beck mit der Politik Hitlers während der Sudetenkrise als Kompetenzstreit deutet. *Klaus-Jürgen Müller*, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940. Stuttgart 1969; *ders.*, Staat und Politik im Denken Ludwig Becks, in: HZ 215 (1972), S. 607–631.

geöffnet hatte, fanden auch anschließend, etwa in der Perfektionierung des Polizeistaats oder im antichristlichen Wesen des Nationalsozialismus, genügend Anlass zu Ablehnung und Verdammung, doch konnten sie sich nicht einen Augenblick lang als Anwälte einer apathischen oder geknebelten Bevölkerung fühlen, die auf ihre Befreiung durch einen Aufstand gegen Hitler hoffte. Sie sahen sich vielmehr in einer Nation isoliert, die mehrheitlich Hitler zujubelte und den „Führer" als Heilsbringer begriff.[7] Wann und wie war den Deutschen plausibel zu machen, dass wirtschafts- und außenpolitisch zunächst erfolgreiche Machthaber gestürzt und jedenfalls vorerst von Generälen abgelöst werden mussten, die weder von Wirtschafts- noch von Außenpolitik etwas verstanden? In den ersten Jahren nach dem sogenannten Röhm-Putsch, als die Massen der Jubler ständig größer wurden, lag jedenfalls der Gedanke an eine Aktion gegen das Regime so weit außerhalb aller realen Möglichkeiten, dass er nicht einmal mit einigem Ernst diskutiert werden konnte.

Nicht dass es keine Unzufriedenheit gegeben hätte. Aber die Kritik galt – von einem harten sozialdemokratischen und sozialistischen Kern abgesehen – stets nur einzelnen Aspekten des Dritten Reiches, und angesichts von wirtschaftspolitischen Erfolgen des Regimes wie der stetigen Reduzierung der Arbeitslosigkeit und angesichts von Aktionen, die dem Nationalgefühl wohltaten, wie der – übrigens vom Versailler Vertrag bescherten – Rückkehr des Saargebiets in den Reichsverband oder der Remilitarisierung des Rheinlands, blieb die Kritik nicht nur punktuell, sondern sozusagen, unter dem Gesichtspunkt eines eventuellen Widerstands, unpolitisch. Selbst die machtvollste nicht nationalsozialistische Bewegung jener Jahre, die protestantische Bekennende Kirche, die in den Augen der NS-Führung durchaus politische Relevanz hatte, wollte lediglich kirchlichen Interessen dienen und keineswegs nach der Änderung oder gar dem Sturz des herrschenden politischen Systems trachten.[8] Als der Reichskriegsminister, Werner von Blomberg, den Abschied nehmen musste, weil er eine ehemalige Prostituierte geheiratet hatte, benützten Hitler, Göring und Sicherheitspolizei den Fehltritt Blombergs dazu, um Ende 1937 und Anfang 1938 mit einer gemeinen Intrige gleich auch noch den allzu eigenständigen Chef der Heeresleitung, Werner Freiherr von Fritsch, abzuhalftern. Das böse Spiel versetzte einige informierte Offiziere, fast alle schon durch den 30. Juni 1934 bekehrt, in beträchtliche Erregung; es mangelte nicht an regimefeindlichen Äußerungen.[9] Doch abgesehen davon, dass nahezu alle Offiziere und erst recht nahezu alle Bürger des Reichs keine Vorstellung von den Hintergründen und dem tückischen Management der ja auf Berlin beschränkten sogenannten Fritsch-Krise hatten, konnte Hitler am 15. März 1938 auf dem Wiener Heldenplatz vor 250 000 begeisterten Österreichern „vor der Geschichte" die Vereinigung ihres Landes mit dem Deutschen Reich melden; selbstverständlich musste ein nicht genauer durchschaubares Revirement an der Spitze der Wehrmacht von der Erfüllung einer der großen Sehnsüchte des deutschen Nationalismus überstrahlt werden.

7 *Bernd Jürgen Wendt*, Deutschland 1933–1945, Hannover 1995, bes. S. 137ff.
8 Vgl. *Klaus Scholder*, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 2, Berlin o.D., vor allem S. 269ff.
9 Vgl. *Hermann Graml*, Hans Oster, in: *Hans Jürgen Schultz*, Der 20. Juli. Alternative zu Hitler?, Stuttgart 1974, S. 130–138, hier S. 135f.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1938 wurde dann aber die Unangreifbarkeit Hitlers und seines Regimes doch – erstmals – in Frage gestellt. Mit seiner Absicht, die Tschechoslowakei in einem kurzen Feldzug niederzuwerfen und dann zu annektieren, beschwor Hitler die Gefahr eines europäischen Krieges herauf.[10] General Ludwig Beck, der Chef des Generalstabs,[11] und einige andere Offiziere sahen ihre fachliche Kompetenz in einer – unter der Voraussetzung des seit dem Röhm-Putsch gegebenen Legitimitätsverlusts der NS-Regierung – nicht mehr erträglichen Weise herausgefordert, da sie glaubten, Deutschland müsse einen europäischen Krieg unweigerlich verlieren und habe dann mit einem viel härteren Frieden zu rechnen als 1919. Nur zwanzig Jahre nach dem letzten großen Krieg stellte sich außerdem Horror vor einer Wiederholung der damaligen Leiden und Opfer ein. Beck, der bereits die im sogenannten Hoßbach-Protokoll festgehaltenen Kriegspläne, am 5. November 1937 den Spitzen der Wehrmacht dargelegt, herber Kritik unterzogen hatte,[12] ließ dem „Führer" jetzt Denkschriften zukommen, in denen ein europäischer Krieg sogar als Anachronismus erschien; die Entfernung zur NS-Ideologie, die ja vor allem ein Kriegs- und Eroberungsprogramm war, hätte nicht größer sein können.[13] So ehrenwert und ausreichend aber allein schon das Motiv der Kriegsverhinderung gewesen wäre, zeigen Äußerungen Becks oder des Generals Erwin von Witzleben, damals Befehlshaber im Gruppenkommando 2, doch deutlich, dass die von Hitler geschaffene Kriegsgefahr zugleich als Chance verstanden wurde, als willkommene Gelegenheit, das politische System zu ändern und dabei das Verständnis einer kriegsunwilligen Bevölkerung zu finden. Dies zweite Motiv gewann noch an Kraft, als eine Verbindung zu zivilen Regimegegnern um den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler und den Anfang 1938 aus dem Dienst geschiedenen Botschafter Ulrich von Hassell zustande kam. Dabei sind sich weder die Soldaten noch ihre zivilen Freunde über ihre Nahziele im Klaren gewesen. Hielten es die einen für unumgänglich, zu Beginn der Systemveränderung Hitler zu töten, so glaubten andere, es sei dem inneren Zustand Deutschlands angemessener, zwar den SS- und Polizeiapparat zu zerschlagen, aber Hitler an der Spitze des Staates zu belassen und einen lediglich entmachteten „Führer" zu einer friedfertigen Politik zu zwingen.[14]

Von den Staatsstreichplänen, die 1938 geschmiedet wurden, ist indes keiner Wirklichkeit geworden. Sie scheiterten allerdings nicht an Neville Chamberlains Appeasement-Politik und an der Abneigung des britischen Premiers gegen eine Kooperation mit deutschen Oppositionellen.[15] Sie scheiterten vielmehr an eigenen Schwächen, die im Übrigen zeigen, dass Chamberlain in der Tat ein über alle Maßen verantwortungsloser Politiker

[10] Zur Sudetenkrise *Telford Taylor*, Munich. The Price of Peace, London 1979.

[11] *Klaus Jürgen Müller*, General Ludwig Beck, Boppart 1980.

[12] Ebd., S. 259.

[13] Schon in den frühesten Arbeiten zum Verhältnis Heer – Hitler ist dieser qualitative Unterschied mit Recht hervorgehoben worden, so bei *Krausnick*, Vorgeschichte und Beginn, S. 307ff.

[14] Hierzu *Peter Hoffmann*, Widerstand. Staatsstreich. Attentat, München 1979[3], S. 69ff.

[15] Diese Abneigung war allerdings gegeben und ist von den in Berlin stationierten britischen Diplomaten durch Berichte genährt worden, es dürfe keineswegs mit einem Umsturz in Deutschland gerechnet werden. So schrieb der Stellvertreter des Botschafters am 11. September: „Die Stimmung geht entschieden gegen den Krieg, aber die Nation befindet sich hilflos im Griff des Nazi-Regimes. [...] Die Menschen sind wie Schafe, die zur Schlachtbank geführt werden." Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 3rd series, vol. II, doc. 830, S. 289.

gewesen wäre, hätte er auf die Vorschläge positiv reagiert, die ihm im Sommer 1938 deutsche Emissäre wie Ewald von Kleist-Schmenzin über britische Diplomaten und Politiker zukommen ließen. Als erste Schwäche ist die erwähnte und bis zu Chamberlains Reisen nach Deutschland nie beseitigte Konfusion über die strategische Zielsetzung und das davon abhängige taktische Vorgehen zu nennen, eine Konfusion, die man auch als Schwanken zwischen den Alternativen Systemliquidierung und Systemkorrektur sehen kann. Die zweite Schwäche bestand darin, dass eine organisatorische Vorbereitung – von der Formierung eines kleinen Stoßtrupps in der Abwehr abgesehen[16] – nicht einmal in Ansätzen ins Werk gesetzt werden konnte. Der Gedanke, sich aktiv und gewaltsam gegen die amtierende Regierung zu wenden, war ein revolutionärer Gedanke, so revolutionär, dass – auch auf Grund der mangelnden Vertrautheit preußischer und deutscher Offiziere mit Revolutionen – die wenigen Monate vom Frühjahr bis zum Herbst nicht ausreichen konnten, ihm ein Fundament zu geben, das zum Handeln befähigt hätte. Zudem war nicht zu verkennen, dass sich sowohl die regimefeindlichen Offiziere wie ihre zivilen Gesinnungsgenossen nach wie vor in schier hoffnungsloser Isolierung befanden, trotz der fehlenden Neigung der Nation zum Krieg.

Für die Offiziere hatte die Isolierung mittlerweile sogar einen neuen Aspekt bekommen. Die Armee war 1938 nicht mehr, wie früher die Reichswehr, ein politisch zuverlässiges Instrument in der Hand ihrer Führer und folglich nicht mehr ein eigenständiger politischer Faktor. Sie war eine Armee der allgemeinen Wehrpflicht geworden, ein Spiegelbild der gesamten Bevölkerung – und das in einem kaum glaublichen Tempo.[17] Nationalsozialistischer oder doch regimefreundlicher Geist und verehrungsvolle Anerkennung Hitlers als „Führer" strömten in die Armee nicht auf Grund von Erlassen der hitlerhörigen obersten Leitung der Wehrmacht ein, sondern mit jedem Rekrutenjahrgang und mit den erstmals für den Einmarsch in Österreich einberufenen Reservisten. Speziell das Offizierskorps hatte sich völlig gewandelt. Die 1933 und 1934 noch eine in Gesinnung und Haltung relativ geschlossene Gruppe gebildet hatten, waren 1938 auf zahllose Neuaufstellungen zerstreut und überdies von der ebenso rasch wachsenden Luftwaffe abgezogen. In jeder Einheit und in jedem Stab sahen sich die ehemaligen Reichswehrangehörigen von Reaktivierten umgeben, die aus allen möglichen Berufen kamen, nicht zuletzt aus der Polizei.[18] Wenn der General von Witzleben oder der Kommandeur der 23. Infanteriedivision, Graf Brockdorff-Ahlefeldt, eine Aktion gegen das Regime ins Auge fassten, wussten sie nicht einmal, ob ihnen wenigstens die Offiziere ihrer engeren Umgebung folgen würden. Daher wussten sie andererseits sehr wohl, dass es sich um bloße Gedankenspiele handelte, wenn sie in ihren Gesprächen etwa der 1. leichten Division, 1938 zeitweilig noch von General Hoepner befehligt, eine Schlüsselrolle beim Umsturz zudachten; wie die Division oder deren Kommandeur, die beide ahnungslos waren, im Ernstfall reagieren würden, vermochte niemand zu sagen.

So waren Sommer und Herbst 1938 zwar reich an regimefeindlichen Gesprächen und auch an Anstrengungen, einen Staatsstreich vorzubereiten; zu den rührigsten Aktivisten

[16] *Hoffmann*, Widerstand, S. 122ff.
[17] *Militärgeschichtliches Forschungsamt* (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 1: *Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann/Wolfram Wette* (Bearb.), Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, München 1979.
[18] Ebd.

gehörte Oberstleutnant Hans Oster, der in der Abwehr, also im militärischen Nachrichtendienst, die Zentralabteilung leitete und zur rechten Hand von Admiral Wilhelm Canaris geworden war, der seit Januar 1935 als Chef der Abwehr fungierte. Eine Aktion aber blieb notwendigerweise aus.[19] Hitler konnte unbehindert von inneren Gegnern den Triumph von München – nur von ihm selbst nicht als solcher, sondern als höchst unbefriedigender bloßer Etappensieg empfunden[20] – und ein halbes Jahr später dann doch den Einmarsch in Prag feiern. Beide Erfolge des „Führers" trugen natürlich dazu bei, dass sich die potentiellen Putschisten in der Gesellschaft und eben besonders auch in der Armee noch mehr isoliert fühlen mussten, und es musste ihnen, die ihr Urteil über das Regime keineswegs änderten, noch schwerer als bisher fallen, die Isolierung zu durchbrechen, nachdem ihre Kriegsprophezeiungen dem Anschein nach so schlagend widerlegt worden waren. So kam es, dass zwischen der Konferenz von München und dem Angriff auf Polen, der am 1. September 1939 begann, nahezu keine Diskussionen über einen Staatsstreich zu registrieren sind. Jene Offiziere, die 1938 eine Aktion für geboten gehalten hatten, versicherten zwar einander und auch ausländischen, vor allem britischen Gesprächspartnern häufig genug, dass sie an ihrer grundsätzlichen Ablehnung Hitlers und seines Systems nicht irre geworden seien, doch jeden Schritt zum Handeln lähmte die Gewissheit, dass keine Aussicht auf Erfolg bestand, nicht zuletzt eben weil die Akzeptanz in der Nation fehlte.[21] Allerdings muss gesagt werden, dass der Krieg gegen Polen – anders als zuvor ein Krieg gegen die Tschechoslowakei – bei einem erheblichen Teil des Offizierkorps, namentlich bei den Offizieren nord- und ostdeutscher Herkunft, eine gewisse Popularität besaß; die Abtretung von oberschlesischen Bezirken und von Westpreußen war als Raub angesehen worden, mit dem man sich nie innerlich abgefunden hatte, auch nicht nach Hitlers Nichtangriffspakt mit Polen (26.1.1934). So mancher Angehörige einer militärischen oder zivilen Oppositionsgruppe fühlte nicht anders.[22]

München hinterließ mithin den Regimegegnern in der Armee zwei Lehren: dass, erstens, ein Staatsstreich längerer und gründlicherer Vorbereitung bedurfte, dass, zweitens, auch die bestmögliche Vorbereitung keine solide Basis für eine Aktion lieferte, wenn nicht Hitler und sein System zuvor einen erheblichen Ansehensverlust erlitten. In den Monaten nach dem Feldzug in Polen glaubten die zentralen Gestalten der militärischen Oppositionsgruppen für beides neue Möglichkeiten sehen zu dürfen. Zur Aktivität drängte sie abermals jener Komplex von Motiven, der sich unentwirrbar aus der Verbindung fachlicher Kritik mit moralischer Empörung und prinzipieller Regimefeindschaft ergab. Dass Hitler noch im Herbst 1939 Holland, Belgien und Frankreich – wo auch britische Truppen standen – angreifen wollte, obwohl der Krieg in Polen zahlreiche Schwächen des deutschen Heeres aufgedeckt hatte, verletzte erneut ihr fachliches Ge-

19 Dies im Gegensatz zu *Hoffmann*, Widerstand, S. 129.

20 Dazu *Hermann Graml*, Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939, München 1990, S. 108.

21 *Hoffmann*, Widerstand, S. 103ff.

22 Carl Goerdeler träumte noch 1943 und 1944 von der Wiederherstellung der deutschen Ostgrenze von 1914, siehe *Hermann Graml*, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: *ders.* (Hrsg.), Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt/M. 1994, S. 128f., 134.

wissen.[23] Dass in Polen Spezialeinheiten von SS und Polizei auf Befehl Hitlers tausende Angehörige der sogenannten polnischen Intelligenz und ohne Befehl bereits auch viele Juden ermordeten, ließ die Beendigung solcher Schandtaten als zwingendes moralisches Gebot erscheinen.[24] Dass die Gräuel in Polen, die ja im Jahre 1939, als sie noch nicht von größeren Verbrechen in den Schatten gestellt worden waren, gigantisch wirkten, bei den in Polen stationierten Heereseinheiten Abscheu weckten, und zwar vom Schützen bis zu General Blaskowitz, dem Befehlshaber der deutschen Besatzungstruppen, dieses Faktum gab aber auch der Hoffnung Nahrung, endlich doch einen relevanten Teil der Generalität gewinnen und gegebenenfalls größere Verbände gegen die Organisationen des Regimes führen zu können.

Solche Hoffnungen zerstoben freilich im Laufe weniger Monate. Die Krise zwischen Heer und SS ging doch nicht so tief, dass sie einen Aufstand – einen Bürgerkrieg im Kriege – hätte auslösen und tragen können, und die schlagkräftigen Divisionen blieben nicht in Polen, sondern marschierten im Westen auf, wo sie großen militärischen Aufgaben entgegensahen und in eine entsprechend harte Ausbildungsfron genommen wurden. Major Groscurth, der im Auftrage von Becks Nachfolger, General Halder, den Putsch systematisch organisieren sollte, suchte vergeblich mit Berichten über die Polengräuel die Spitzen der Armee aufzurütteln.[25] Das Regime erwies sich als bereits zu fest eingewurzelt. Da die moralische Argumentation nichts fruchtete, zog der bitter enttäuschte Oster den Schluss, dass also wenigstens die Schlappe Hitlers, die dann vielleicht doch eine Aktion mit größerem Anhang in Armee und Bevölkerung erlauben würde, unbedingt gesichert, das hieß selbst herbeigeführt werden müsse. So informierte er den holländischen Militärattaché in Berlin, Oberst Sas, bis zum 10. Mai 1940 über die jeweiligen Termine der Angriffe auf Norwegen und die westeuropäischen Staaten.[26]

Wie bekannt, sind Osters Bemühungen folgenlos geblieben, weil die westlichen Regierungen seinen – notwendigerweise oft wiederholten – Warnungen keinen Glauben schenkten. So konnte die deutsche Armee – statt Hitler zu stürzen – im Mai und Juni 1940 die Streitkräfte der westeuropäischen Staaten in wenigen Wochen schlagen, Frankreich zur Kapitulation und das britische Expeditionskorps aus dem Kessel von Dünkirchen zum Rückzug nach England zwingen. Dieser Triumph, von der überwältigenden Majorität der Nation als Tilgung der Schmach von Versailles empfunden, fesselte Bevölkerung, Armee und Offizierskorps mehrheitlich so fest an Hitler, dass die Bindung nun auch, wie sich zeigen sollte, schwerste militärische Rückschläge und Verbrechen des Regimes von bis dahin unvorstellbaren Ausmaßen zu überstehen vermochte. Mit anderen Worten: die bis zum Krieg gegebene Konstellation ist auch durch die Winterkrise von 1941/42, durch Stalingrad und durch den Holocaust nicht grundlegend verändert worden. Zwar haben die Verbrechen des Regimes den militärischen Oppositionszellen Kon-

23 Die Oberbefehlshaber der drei im Westen aufmarschierten Heeresgruppen, nicht zur Opposition zu rechnen, protestierten fast energischer als der jetzt temporär zu einer Widerstandsaktion neigende Halder; vgl. *Christian Hartmann*, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn u. a. 1991, S. 157ff.

24 *Helmuth Groscurth*, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Hrsg. von *Helmut Krausnick/ Harold Deutsch*, Stuttgart 1970, S. 49ff.

25 Ebd.

26 *Graml*, Oster, S. 137.

vertiten gewonnen. Auch ist nicht zu übersehen, dass die Niederlage, die sich spätestens seit Stalingrad abzeichnete, dem Widerstand einige Konjunkturritter zutrieb.[27] Aber die moralisch Erschütterten waren nicht gerade zahlreich, und die eigentlichen Karrieristen, wie etwa die Feldmarschälle Schörner und Model oder die Generäle Hube und Tolksdorf, wählten den persönlichen Aufstieg innerhalb der herrschenden Ordnung.

Die potentiellen Putschisten in der Armee reagierten auf diese Stabilität des Regimes mit wachsender Verzweiflung. Oberst Henning von Tresckow, Chef der Operationsabteilung im Stab der Heeresgruppe Mitte, sammelte in seinem Stab zielbewusst Gesinnungsfreunde, und selbstverständlich tat er das für den Tag X.[28] Aber Tresckow war klar, dass ein hoher Stab keine kampfkräftige Einheit ist, und das Kavallerieregiment Mitte (später Brigade), in dem er Freunde hatte, war nur ein kleiner Verband und überdies trotz der Freunde ein unsicherer Faktor. Zugleich aber nahm der Drang, endlich zu handeln, ständig zu. So ist deutlich zu sehen, dass etwa beim Stab der Heeresgruppe Mitte die Erkenntnis, das Regime habe mit der systematischen Ausrottung der Juden begonnen, den Putschwillen außerordentlich verstärkte.[29] Die Entwicklung der militärischen Lage spielte zu diesem Zeitpunkt, September/Oktober 1941, für die Bereitschaft zur Aktion noch keine Rolle.[30] Später dann, als militärische Rückschläge eintraten, gewann freilich das ja durchaus ehrenhafte Motiv an Kraft und Bedeutung, dem deutschen Reich die totale Niederlage ersparen und Deutschland die politische wie kulturelle Eigenständigkeit retten zu müssen.

[27] Dazu ist wohl auch Eduard Wagner zu rechnen, Generalquartiermeister, der vor Beginn des „Unternehmen Barbarossa" noch mit Heydrich das Abkommen über die Beziehungen des Heeres zu den Einsatzgruppen schloß und erst später wieder zur Opposition stieß.

[28] Dies anders als *Johannes Hürter*, Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941, in: VfZ 52 (2004), S. 529. Tresckow zählte seit Jahren – nur durch den Sieg in Frankreich einen Augenblick lang betäubt – zu den handlungswilligen Gegnern Hitlers und seines Regimes. Wenn er, in eine dazu geeignete Position gelangt, sich größte Mühe gab, einen antinationalsozialistischen Stab zu sammeln, so gewiß nicht, um beim Abendessen unbefangener reden zu können.

[29] So hat ein großes Massaker bei Borisov geradezu Erregung hervorgerufen. Dazu *Rudolf-Christoph von Gersdorff*, Soldat im Untergang, Frankfurt/M./Berlin 1977, S. 97ff.

[30] Auch dies gegen *Hürter*, Auf dem Weg, S. 544ff. Die Auffassung, allein schon die Verärgerung über die zeitweilige operative Vernachlässigung der Heeresgruppe Mitte habe führende Angehörige des Stabes dieser Heeresgruppe auf Putschabsichten gebracht, erscheint als unrealistisch, und die Ansicht, Ende September/Anfang Oktober 1941 seien Offiziere wie Tresckow bereits vom Scheitern des Feldzugs im Osten überzeugt gewesen, trifft nicht zu: Ende September/Anfang Oktober – zu dieser Zeit kam Oberleutnant Fabian von Schlabrendorff, Tresckows Ordonanzoffizier, nach Berlin, um u. a. mit Ulrich von Hassell oppositionelle Aktivitäten zu besprechen – glaubte noch nahezu kein Offizier an der Ostfront, „Barbarossa" werde oder könne scheitern; die Armeen siegten von Nord bis Süd, und gerade die Heeresgruppe Mitte stand vor ihrem größten Erfolg, der Doppelschlacht von Vjaz'ma-Brjansk; im Übrigen vereinbarten Hassell und Schlabrendorff weitere Gespräche „nach erreichtem vorläufigen Abschluss der Angriffsoperationen in Russland" – „Abschluss" ist vielleicht nicht mit dem völligen Ende von Kampfhandlungen, wohl aber doch mit dem erfolgreichen Ende des Feldzugs gleichzusetzen; vgl. Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. *Ulrich von Hassell*, Aufzeichnungen vom andern Deutschland. Hrsg. von *Friedrich Freiherrn Hiller von Gaertringen*, Berlin 1988, S. 278.

Es war mithin ein Ausdruck von Verzweiflung, dass sich die Pläne der Verschwörer mehr und mehr auf ein Attentat gegen Hitler konzentrierten. Fiel der „Führer", so spekulierten sie, konnte die noch intakte Befehlsstruktur der Armee vielleicht gegen das Regime genutzt werden. Als im Herbst 1943 junge und energische Generalstäbler wie Graf Stauffenberg die Planung des Umsturzes in die Hand nahmen, konnten auch sie dieser Verzweiflung nicht entgehen. Sie setzten ebenfalls auf das Attentat, und für den anschließenden Staatsstreich gedachten sie den Mechanismus der sogenannten „Operation Walküre" dienstbar zu machen, also den Mechanismus einer Operation, die zur Niederwerfung etwaiger Aufstände ausländischer Zwangsarbeiter oder deutscher Hitlergegner bestimmt war. Ein solcher Einfall darf gewiss als clever charakterisiert werden, doch steckte in ihm andererseits das Eingeständnis der Verschwörer, dass sie glaubten, sich bei der Liquidierung des NS-Systems noch nach dem Tod Hitlers mit einer zum Schutz des Regimes konzipierten Planung tarnen zu sollen. Am Ende mussten sie sich – jedenfalls einige ihrer Führer – sogar auf die noble und unpolitische – jedoch auf lange Sicht politisch stärkstens wirkende – Absicht zurückziehen, mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 wenigstens die Existenz einer Militäropposition zu belegen. Der Schluss drängt sich auf, dass sie in der Realität nicht an Schwächen ihrer Planung und nicht an Fehlern bei der Vorbereitung und der Durchführung ihrer Aktion scheiterten, sondern weil sie in ihrer Nation 1944 noch ebenso einsam waren wie 1938.

Hans Mommsen

Gesellschaftsbild und Verfassungspläne im deutschen Widerstand gegen Hitler

Bei der Betrachtung des deutschen Widerstandes gegen Hitler sind zwei voneinander weitgehend unabhängige Gruppierungen zu unterscheiden. Der Widerstand der ersten Stunde, der Kommunisten, Sozialisten und christlich-katholische Gruppen umfasste, bildete sich im Anschluss an die Weimarer Verbände, wenngleich – so im Fall der Sozialisten – in Abwendung von der SPD. Die SOPADE in Prag suchte über die Bildung von Grenzsekretariaten Einfluss auf die sich im Reich konstituierenden Widerstandsgruppen zu nehmen, doch scheiterte dies auf der ganzen Linie. Die verschiedenen, meist links von der SPD stehenden Widerstandszirkel wurden jedoch im Laufe der 30er Jahre fast vollständig aufgerieben. Nur die illegale KPD vermochte unter Rückgriff auf ihre frühere Klientel trotz der kontinuierlichen Eingriffe der Gestapo eine Organisation im Lande aufrechtzuerhalten, doch war sie gezwungen, die Leitungsgremien ins Ausland zu verlagern.

In deutlicher Phasenverschiebung kam es nicht vor dem September 1938 zur Herausbildung der Bewegung des 20. Juli. Sie war zunächst weitgehend auf Angehörige der oberen Mittel- und der Oberschicht beschränkt, doch stießen zu ihr Vertreter der früheren Gewerkschaften und der katholischen Arbeiterbewegung, schließlich auch Sozialdemokraten, die entweder jahrelang in Haft gewesen waren oder sich zunächst politisch zurückgehalten hatten. Zwar gehörten der nationalkonservativen Opposition auch Persönlichkeiten an, die den Nationalsozialismus von Anfang an abgelehnt hatten. Aber die große Mehrheit der späteren Verschwörer hatte sich zunächst mehr oder weniger vorbehaltlos in den Dienst des neuen Regimes gestellt und vielfach führende Positionen eingenommen. Das galt nicht zuletzt für Militärs wie Ludwig Beck und Erwin von Witzleben, aber auch für die späteren Führer der Militäropposition wie Henning von Tresckow und Claus Schenk von Stauffenberg.[1]

Es kann hier nicht der Weg beschrieben werden, der die Verschwörer von dem Willen zur Kriegsverhinderung über umfassende Systemkorrekturen zur Vorbereitung des Staatsstreichs im Wege des Attentats geführt hat. In unserem Zusammenhang interessieren die Neuordnungsvorstellungen, die innerhalb der Bewegung des 20. Juli, zu der dieser Teil der Opposition schließlich zusammenfand, entstanden sind. Mit ganz wenigen Ausnahmen dachten die Verschwörer nicht an eine Rückkehr zum parlamentarischen System von Weimar und eine Reaktivierung der formell nicht aufgehobenen Weimarer Reichsverfas-

[1] Siehe die Darstellungen von *Peter Hoffmann*, Claus Schenk, Graf von Stauffenberg und seine Brüder. 2. Aufl., Stuttgart 1992; *Bodo Scheurig*, Henning von Tresckow. Neuausg., Frankfurt/M. 1987; *Klaus-Jürgen Müller*, Das Heer und Hitler, München 1969.

sung. Dafür war maßgebend, dass das parlamentarische System in Kontinentaleuropa allgemein als gescheitert galt und bei Beginn des Zweiten Weltkrieges nur noch in den von Großbritannien beeinflussten Beneluxländern sowie den skandinavischen Staaten Bestand hatte. In der ČSR zerfiel es nach dem Münchner Abkommen, in Frankreich unter den Nachwirkungen des Volksfrontexperiments von Léon Blum und der militärischen Niederlage gegen Deutschland.[2]

Gleichzeitig handelten die Verschwörer aus der Überzeugung, in einer geschichtlichen Situation zu stehen, in der sich die Chance und die Möglichkeit bot, zu einem grundlegenden Neuanfang zu gelangen. Nicht nur die Republik von Weimar, sondern auch die sie tragenden politischen Kräfte schienen beiseite gewischt. So sehr die Verschwörer nach historischen Vorbildern Ausschau hielten, so sehr glaubten sie, in einer offenen geschichtlichen Konstellation zu stehen. Sie waren insoweit auch Erben des Mythos der „nationalen Erhebung", wie sie Goebbels propagiert hatte. In den Augen Fritz-Dietlofs von der Schulenburg und anderer war einer der Grundfehler der NSDAP, einen Rückfall in den eben überwunden geglaubten Parteienstaat vollzogen zu haben.[3] Bei diesen Einschätzungen spielte mit, dass das Syndrom eines fundamentalen gesellschaftlichen und politischen Neuanfangs, durch den der bürgerliche Materialismus des 19. Jahrhunderts zugunsten einer in sich geschlossenen Volksgemeinschaft überwunden werden würde, in das Denken vieler Verschwörer, vor allem der jüngeren Generation, Eingang gefunden hatte. Vor dem Hintergrund der angeblich von Hitler verspielten umfassenden Regeneration müssten die verschiedenen Neuordnungspläne der Bewegung des 20. Juli gewertet werden.

Bei allen Unterschieden zwischen dem Kreisauer Kreis, dem in dieser Hinsicht führenden Flügel des Widerstands, und der Gruppe um Carl Friedrich Goerdeler und Ludwig Beck, bestand weithin Übereinstimmung in der Auffassung, dass der Sturz des NS-Regimes mit einem grundlegenden Neuanfang verbunden sein müsse, der zugleich die Ursachen für den Absturz Deutschlands in eine mehr und mehr verbrecherisch agierende Diktatur beseitigte. Während Moltke in der Denkschrift über „Ausgangslage, Ziele und Aufgaben" 1941 formulierte, das Kriegsende biete „eine Chance zur günstigen Neugestaltung der Welt, wie die Menschheit sie seit dem Zerfall der mittelalterlichen Kirche noch nicht gehabt hat" und vom Beginn einer „neuen Zeitrechnung" sprach,[4] äußerte Goerdeler in der gleichzeitig verfassten Denkschrift „Das Ziel", man lebe „in Jahren, in denen eine Fehlentwicklung ihren Höhepunkt zu erreichen scheint" und warb für die Wiederherstellung der „Totalität der Politik".[5]

Da der Rückweg zur parlamentarischen Demokratie verschlossen schien, waren die Verschwörer bestrebt, an anscheinend unverbrauchte historische Vorbilder anzuknüpfen,

2 Überblick bei *Klaus Jürgen Müller* (Hrsg.), Der deutsche Widerstand 1933–1945, Paderborn 1986; *Jürgen Schmädecke/Peter Steinbach* (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985.

3 Vgl. *Ulrich Heinemann*, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990, S. 24ff.

4 *Ger van Roon*, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis in der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, S. 511.

5 *Hans Mommsen/Sabine Gillmann*, Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Bd. 2, München 2003, S. 879.

von denen insbesondere berufsständische Ideen, aber auch das Selbstverwaltungsprinzip, das in der deutschen politischen Kultur regelmäßig als Alternative zur Repräsentativverfassung gegolten hatte, dabei in den Vordergrund rückten. Dazu gehörte auch der bereits am Widerstand Wilhelms II., seinen Platz für einen der Thronprätendenten zu räumen, scheiternde Versuch der Schaffung einer monarchischen Staatsspitze.[6] Die wechselnden und variierenden Überlegungen der Opposition zielten darauf ab, eine Alternative zum nationalsozialistischen Führerstaat aufzuzeigen, die sich nicht auf die allseits geforderte Wiederherstellung des Rechtsstaates und der Wiederinkraftsetzung der öffentlichen Ordnung gegenüber der eskalierenden Korruption des Regimes beschränkte.

Die vielfältigen Pläne des Widerstandes für eine deutsche und europäische Zukunft zeichneten sich durch eine mehr oder weniger ausgeprägte Ablehnung des westeuropäischen Verfassungsstaates aus. Unter der Dunstglocke der totalitären Herrschaft waren auch die Oppositionellen von den westlichen politischen Ideen weitgehend abgeschnitten. Der Rekurs auf die Große Französische Revolution und die Tradition der Menschenrechte tauchte in ihren Reformdenkschriften nicht auf, vielmehr knüpften sie an die Ideengänge des deutschen Idealismus an. Das galt im Grunde auch für Persönlichkeiten, die der angelsächsischen Welt eng verbunden waren, wie Adam von Trott zu Solz oder Helmuth James von Moltke. Selbst Vertreter des linken Flügels, wie Julius Leber, erblickten in der angeblich schematischen Übernahme des westlichen Verfassungsdenkens einen Grundfehler der Weimarer Republik.

Pater Alfred Delp, der die Programmatik des Kreisauer Kreises maßgeblich mitgeprägt hatte, umschrieb die Vision einer deutschen und zugleich europäischen Neuordnung in seiner nicht erhaltenen Denkschrift „Der dritte Weg“, in der er sich für eine Vermittlung zwischen dem individualistischen Kapitalismus des Westens und dem östlichen sozialistischen Kollektivismus einsetzte. Der Gedanke, dass Deutschland „eine Brücke zwischen Ost und West“ bilden müsse, wurde von der großen Mehrheit der Verschwörer, die in der Tradition des „deutschen Wegs“ standen, geteilt. Vorstellungen dieser Art verknüpften sich namentlich bei den Kreisauern mit abendländischen Ideengängen und dem erklärten Ziel, die europäische Identität gegenüber dem Zugriff „raumfremder Mächte“, den USA und der Sowjetunion, zu verteidigen.[7]

Dieses Konzept richtete sich jedoch nicht gegen die osteuropäischen Nationen. Gerade bei jüngeren Oppositionellen wirkte die Russland-Romantik der 20er Jahre und die auch von Möller van den Bruck verfochtene Idee von den unverbrauchten, nicht von der westlichen materialistischen Kultur ausgesogenen, zugleich christlich geprägten „jungen Völkern“ ein. Das galt für Schulenburg, für die Mitglieder der „Weißen Rose“ und für die Sozialisten im Kreisauer Kreis. Bedeutungsvoll wurde dies für den Entschluss Henning von Tresckows und Claus Schenk von Stauffenbergs, nachdem alle Bemühungen um eine Veränderung der Spitzengliederung des Ostheeres gescheitert waren, Hitler durch ein Attentat auszuschalten. Beide hielten die von Hitler eingeschlagene Strategie, nicht nur

6 Siehe dazu *Gerhard Ritter*, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 289ff.

7 Siehe *Roman Bleistein*, Alfred Delp. Geschichte eines Zeugen, Frankfurt/M. 1889, S. 245ff; sowie *Michel Pope*, Alfred Delp S. J. im Kreisauer Kreis, Mainz 1994; *Hans Mommsen*, Der Kreisauer Kreis und die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas, in: *ders.*, Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes, München 2000, S. 218ff.

die sowjetischen Institutionen, sondern den russischen Staat als solchen zu zerschlagen, für einen unverzeihlichen Fehler.

So betonte Stauffenberg wiederholt, der Krieg dürfe nicht gegen das russische Volk geführt und gewonnen werden, und er erhob die schärfsten Vorwürfe gegen die Führung des Reiches wegen des Kommissarbefehls, der Ermordung von Millionen russischer Kriegsgefangener, der menschenunwürdigen Behandlung der Ostarbeiter. Zusammen mit Tresckow setzte er sich frühzeitig für die Bildung russischer Freiwilligenverbände ein, obwohl Hitler zunächst seine Zustimmung dazu verweigerte.[8] Andererseits standen die prorussischen Sympathien einer realistischen Einschätzung der kommunistischen Politik im Wege. So gab sich auch Moltke 1943 noch der Illusion hin, „nicht-moskauhörige Kommunisten“ in die geplante Umsturzregierung einbeziehen zu können.[9]

Die verfassungspolitischen Entwürfe des Kreisauer und des Goerdeler Kreises zielten in erster Linie darauf ab, den Einfluss unkontrollierter Massenstimmungen auf die politischen Entscheidungen auszuschalten und zugleich die zentralistische Staatsmacht zu begrenzen. Kreisau hoffte die erforderlichen Urwahlen auf den lokalen Bereich zu beschränken und deren Abhaltung sich spontan bildenden „kleinen Gemeinschaften“ zu übertragen, die sich für die Wahrnehmung unterschiedlicher öffentlicher Aufgaben vor allem im kommunalen Raum bilden sollte. Das Vorbild dafür waren die englischen „friendly societies“ und der nachbarschaftliche Gedanke, der zuerst vom „Jungdeutschen Orden“ propagiert worden war. Die nächsthöheren Vertretungskörperschaften bis zum Reichstag sollten jeweils indirekt gewählt werden.[10]

Dieses Konzept stellte eine konsequente Übertragung des Subsidiaritätsprinzips auf den Staat und eine konservative Variante des Rätesystems dar. Politische Parteien und großräumige Wahlkämpfe waren in diesem System, das auf Übersichtlichkeit und Einzelpersönlichkeiten abstellte, überflüssig. Die zu schaffenden Länder sollten, mit Ausnahme der Sozial- und Wirtschaftspolitik, weitgehend unabhängig sein. Die faszinierende Idee, dass die zu bildenden Selbstverwaltungskörper auch transnational organisiert sein sollten und ein Europa der Regionen an die Stelle der herkömmlichen Nationalstaaten treten würde, entfaltet bis in unsere Gegenwart eine nicht geringe Anziehungskraft.

Goerdelers Verfassungsmodell trug in mancher Hinsicht realistischere Züge. An die Stelle des Zentralstaates wollte er eine starke Mittelinstanz treten lassen, der die nachgeordneten Verwaltungen der Reichsressorts unterstellt waren. Goerdelers Vorschlag traf in mancher Beziehung mit den Bestrebungen des NS-Regimes überein, eine machtvolle Reichsmittelinstanz zu schaffen, in der Partei- und öffentliche Hand miteinander verschmolzen. Anders als in Kreisau schränkte er das ebenfalls gutgeheißene Prinzip indirekter Wahl, was das Zentralparlament anging, dahingehend ein, dass eine Hälfte der Abgeordneten direkt, wenngleich nach Maßgabe eines strikten und im Einzelnen modifizierten Persönlichkeitswahlrechtes, gewählt werden sollte. Aber dessen Souveränität

8 *Hans Mommsen*, Die Stellung der Militäropposition im Rahmen der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler, in: *ders.*, Alternative, S. 373f.

9 Siehe *van Roon*, Neuordnung, S. 583ff., S. 592; vgl. *Klemens von Klemperer*, Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945, Berlin 1994, S. 281ff.

10 Vgl. *Hans Mommsen*, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: *ders.*, Alternative, S 120ff.

war durch das von den Berufsständen, darunter der zentralen „Deutschen Gewerkschaft“ beschickten „Reichsständehaus“ nachhaltig beschnitten. Auch Goerdeler wollte die Rolle politischer Parteien nach Möglichkeit beschränken, hielt aber ein generelles Verbot für unmöglich.[11]

In beiden Modellen lag auch insofern eine charakteristische Übersteuerung vor, als der Reichsverweser beziehungsweise der Reichsführer, weit stärker als der Reichspräsident von Weimar, mit umfassenden Prärogativen, so einem ausgedehnten Veto- und Auflösungsrecht ausgestattet und somit die Souveränität der Vertretungskörperschaften empfindlich eingeschränkt war. Das stand nicht unbedingt im Widerspruch zu dem Bestreben, die politische Willensbildung so weit wie möglich zu dezentralisieren und die Möglichkeiten totalitärer Manipulation unmündiger Wähler zu verringern. Durch die Einbindung in überschaubare lokale Selbstverwaltungskörper sollte der Bürger zu verantwortlicher Mitarbeit im Gemeinwesen erzogen werden. Dass das Bemühen, das Wahlvolk zu zügeln und Demagogen das Handwerk zu legen, eine fragwürdige Oligarchisierung mit sich gebracht hätte, wurde von klarsichtigen Sympathisanten, so dem Sozialdemokraten Emil Henk, frühzeitig erkannt.[12]

Indessen blieb ein gerüttelt Maß an Misstrauen in den einfachen Bürger und die Furcht vor dessen politischer Manipulierbarkeit, was schwerlich nur mit der nationalsozialistischen Massenmobilisierung zusammenhing, sondern auf die Wahlrechtsdiskussion der 20er Jahre zurückging. So begründete Goerdeler die von ihm vorgeschlagenen Wahlrechtsrestriktionen, vor allem die empfindlichen Beschränkungen des Wahlalters, damit, „dass in einem derart durch Unfreiheit und Propaganda kritiklos gewordenen Volke“ die Politik nicht auf das gleiche und direkte Wahlrecht gestützt werden könne. Aus anderen Motiven heraus verweigerten die Kreisauer Entwürfe Frauen das passive Wahlrecht.[13] Tiefe Skepsis gegenüber dem unkontrollierten Demos kennzeichnete die Verfassungspläne.

Andererseits bildete sich in den verschiedenen Richtungen der Bewegung des 20. Juli ein Konsens darüber aus, dass es einer Lösung der sozialen Frage bedurfte, zumal man wenig zutreffend die Wahlerfolge der NSDAP mit der Massenarbeitslosigkeit in Beziehung setzte. Neuere Untersuchungen zeigen, dass sich die wirtschaftspolitischen Auffassungen der Verschwörer nicht grundlegend unterschieden, obwohl Männer wie Moltke und Yorck von Wartenburg sich als Sozialisten betrachteten und Goerdeler einen uneinsichtigen Manchesterliberalismus unterstellten. Immerhin kam man überein, eine Sozialisierung der Grundstoffindustrie vorzusehen und damit einem zentralen sozialdemokratischen Anliegen Rechnung zu tragen. In der Gewerkschaftsfrage ging man unterschiedliche Wege. Kreisau dachte an die Schaffung von Betriebsgewerkschaften, die nach dem Vorbild der „kleinen Gemeinschaften“ der Belegschaft Gewinnbeteiligung und wesentliche Mitbestimmungsrechte verliehen. Man verkannte, dass die angestrebten Betriebsgewerkschaften eine unter den Bedingungen der modernen Großwirtschaft problematische Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer implizierten. Umgekehrt

11 Ebd., S. 113ff.; vgl. die Einleitung zu *Sabine Gillmann* (Hrsg.), Politische Schriften und Briefe *Friedrich Carl Goerdelers*. Bd. 1, S. IV.

12 Vgl. *Emil Henk*, Die Tragödie des 20. Juli, Frankfurt/M. 1946, S. 35f.; *Mommsen*, Alternative, S. 178.

13 Zu Kreisau vgl. *van Roon*, Neuordnung, S. 545f.; *Gillmann*, Politische Schriften, Bd. 2, S. 933; vgl. *Mommsen*, Alternative, S. 114f.

war die im Einvernehmen mit Goerdeler von Wilhelm Leuschner geplante umfassende ,,Deutsche Gewerkschaft", die über die DAF hinausgehend die Zwangsmitgliedschaft der Arbeitnehmer vorsah, auch im Rahmen der von Goerdeler entworfenen gestuften berufsständischen Interessenvertretung eher ein Fremdkörper, und die Kreisauer erklärten sich daher lediglich bereit, die „Deutsche Gewerkschaft" für eine Übergangszeit als Partner zu akzeptieren.[14]

Während Goerdeler in Anknüpfung an die Haltung, die er in der Brüning-Ära eingenommen hatte, die Aufgaben der sozialen Daseinsfürsorge weitgehend in die Hände der „Deutschen Gewerkschaft" legen und den Staat davon befreien wollte, bestanden die Kreisauer darauf, diese zur zentralen Aufgabe des Staates zu machen. Anders als Goerdeler, der sich dem Glauben hingab, die soziale Frage im Wesentlichen durch Aufklärung und Erziehung der Arbeiterschaft, auch durch die von ihm verfasste „Wirtschaftsfibel", zu lösen, bestand vor allem Alfred Delp als Sprecher der Jesuiten in Kreisau auf der Notwendigkeit einer wirklichen sozialen Umwälzung, die dem Einzelnen materielle Existenzsicherheit verschaffte. „Diese Revolution des 20. Jahrhunderts", hob er in seiner Verteidigung gegenüber Roland Freisler hervor, „braucht ihr endgültiges Thema und die Möglichkeit der Schaffung erneuter beständiger Räume des Menschen."[15] Ähnlich wies er im Sinne der Enzyklika *rerum novarum* die Kirche auf ihre reale soziale Verpflichtung hin und betonte, dass die angestrebte „Gesinnungsreform" eine „Zuständereform" zur Voraussetzung habe.

In der Sache suchte der Kreisauer Kreis eine Lösung in einem System des „personalen Sozialismus", der im Sinne des Ordoliberalismus „die Leistung zum Gradmesser der gesellschaftlichen Stellung und zur Legitimation für eine verantwortliche Mitwirkung an der politischen Willensbildung" machen sollte. Die soziale Frage wurde hier weniger als Problem der materiellen Gleichstellung als vielmehr einer Regenerierung der Fähigkeit und Bereitschaft des Einzelnen betrachtet, öffentliche Verantwortung zu übernehmen.[16] Delp, der die sozialen Veränderungen während des Krieges seismographisch wahrnahm, konstatierte, dass der Einzelne weithin auf den Status einer „bloß amoralischen Vitalität" und auf „die primitiven Lebenssicherungen und Bedürfnisbefriedigungen" zurückgeworfen worden sei. Er befürchtete eine Auflösung der sozialen Bindungen, eine „germanische Bolschewisierung" und kämpfte gegen die sich ausbreitende „Ohne-mich-Mentalität" in der Bevölkerung an.[17]

In der Tat drohte die Auslöschung der Primärbindungen, die tendenzielle Auflösung der Familie als Grundeinheit des sozialen Lebens, die Herausbildung einer nach rassischen und ethnischen Kriterien, Geschlechtern und Lebensaltern gestuften Lagergesellschaft eine gesellschaftliche Anomie herbeizuführen. Diese Einsicht bewog die Kreisauer nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 dazu, sich in den Dienst der Attentatsvorbereitungen durch Claus Schenk von Stauffenberg zu stellen. Es blieb das Grundziel der

[14] Ebd., S. 569.

[15] *Alfred Delp*, Im Angesicht des Todes, hrsg. von *Paul Bolkovac*, Frankfurt/M. 1947, S. 103 f.; vgl. *Mommsen*, Alternative, S. 218ff.

[16] Siehe *Daniela Rüther*, Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die soziale Marktwirtschaft, Paderborn 2002, S. 280ff.

[17] Belege in *Mommsen*, Alternative, S. 217ff.

deutschen Opposition, wie Moltke eindrucksvoll formulierte, das „Bild des Menschen im Herzen unserer Mitbürger" wiederherzustellen.[18]

Nachträglich überrascht die Spannweite der Umsturzpläne, die sich keineswegs darauf beschränkten, Eckdaten für den politischen Umsturz zu setzen. Das hing mit dem Bestreben zusammen, eine umfassende Alternative zum NS-Regime zu entwickeln, teils aus legitimatorischen Gründen, teils um die tieferen Ursachen der deutschen Katastrophe zu beseitigen. Es mag auch deutsche Gründlichkeit mitgespielt haben, dass zahlreiche nicht vordringlich erscheinende Politikfelder wie Bildung, Erziehung, Hochschulwesen oder Raumordnung in die Planung einbezogen wurden. Darin spiegelt sich zugleich der Sachverhalt, dass im nationalkonservativen Widerstand Vertreter der politischen Klasse nur ausnahmsweise anzutreffen waren und die politische Mitte, damit auch die Repräsentanten der Weimarer Republik, fehlten. Viele von ihnen hielten sich im Hintergrund oder zogen sich zurück, weil unter den desolaten Bedingungen, in denen sich der Widerstand nach 1939 befand, keine Chancen einer Erneuerung parlamentarischer Verhältnisse zu bestehen schienen. Um sich in dieser Lage trotzdem dem Regime aktiv zu widersetzen, bedurfte es wohl eines Überschusses an utopischem Denken, und dieses war eher an den Rändern des politischen Spektrums anzutreffen.

Die Bewegung des 20. Juli rekrutierte sich in erster Linie aus hohen Staatsbeamten, Diplomaten, Militärs und Verwaltungsjuristen, die zum großen Teil führende Positionen im Regime eingenommen hatten und teilweise noch einnahmen. Zu ihnen stießen, nicht zuletzt aufgrund des Zusammengehens von Goerdeler mit den früheren freien und christlichen Gewerkschaftlern, die zugleich Beziehungen zum Kölner Ketteler-Haus unterhielten, eine Reihe von Gewerkschaftlern, während Moltke aufgrund einer gezielten Personalpolitik eine Anzahl von zuvor aktiven Sozialdemokraten, darunter Carlo Mierendorff, Theodor Haubach, Adolf Reichwein und Julius Leber, heranzog, die zuvor in nationalsozialistischer Haft gewesen waren. Dadurch gelang es, die soziale Basis der Bewegung zu verbreitern. Aber sie blieb auf lange hinaus eine Aktion von Honoratioren, die sich als geborene Vertreter der Nation fühlten, ohne das Bedürfnis nach demokratischer Legitimation zu entwickeln.

Die Umsturzplanung stellte darauf ab, dass die Wehrmacht im Rahmen des Unternehmens „Walküre" den militärischen Ausnahmezustand ausrufen und die Macht übernehmen würde. Dabei blieb offen, wie rasch Stauffenberg die Macht an die bereitstehende zivile Regierung unter Führung von Ludwig Beck und Carl Goerdeler übergeben wollte. Jedenfalls war an eine Mobilisierung der Bevölkerung im Umsturzfall nicht gedacht. Die Mittel der europäischen Revolutionen – das Flugblatt, das Plakat, die Massenversammlungen – für die Legitimierung des Staatsstreiches einzusetzen, lag den Verschwörern fern. Zwar wollten sie die Bevölkerung in Form von Rundfunkansprachen und Proklamationen über die bereits vollzogenen oder beabsichtigten Schritte informieren, die vorbereiteten Texte tragen aber eher den Charakter amtlicher Regierungsbulletins und moralischer Appelle. Sie atmen einen obrigkeitsstaatlichen Umgang mit dem Bürger, der zur Loyalität, nicht zur Aktion aufgerufen wird. Gegen diesen altväterlich anmutenden

[18] Brief Helmuth von Moltkes an Lionel Curtis vom 18.04.1942, übersetzt bei *Freya von Moltke/Michael Balfour/Julian Frisby*, Helmuth James von Moltke. Anwalt der Zukunft 1907–1945, Stuttgart 1975, S. 155.

Stil wandten sich die jüngeren Verschwörer und polemisierten gegen die „Exzellenzen", die Koalitionsverhandlungen führten.

Es gab indessen frühzeitig Stimmen, die darauf hinwiesen, dass eine Umsturzregierung „unter keinen Umständen ohne starken Rückhalt in der Bevölkerung" Bestand haben könne. So wollte Hans Robinsohn, der 1939 emigrieren musste, eine „Freiheitliche Erneuerungsbewegung" ins Leben rufen, die in den einzelnen Regionen Stützpunkte errichten und zum Zeitpunkt des Machtwechsels an die Öffentlichkeit treten sollte.[19] Der Gedanke blieb zunächst unausgeführt. Erst 1943, in einem Klima allgemeiner Repolitisierung, wurde er wieder aufgegriffen. Die Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland machte deutlich, dass die KPD auch nach einem Umsturz einen politischen Faktor darstellte, und dessen national-populistisches Programm war eine Herausforderung für die nationalkonservative Opposition.

In dieser Konstellation trat Carlo Mierendorff mit einem auf Pfingsten 1943 datierten Programm der „Sozialistischen Aktion" hervor.[20] Es plädierte dafür, eine „überparteiliche Volksbewegung zur Rettung Deutschlands" ins Leben zu rufen, die christliche, sozialistische, liberale und kommunistische Kräfte zusammenführen sollte. Die Initiative fand die Unterstützung von Moltke und Yorck, die sich für eine „Einbeziehung der Sozialdemokratie bis zum linken Flügel" einsetzten. Mit dem Einschwenken auf das Konzept der „überparteilichen Volksbewegung", das die späteren Blocksysteme, aber auch De Gaulles *Rassemblement du Peuple Francais* vorwegnahm, tat der Widerstand einen entscheidenden Schritt über die bis dahin verfolgte Honoratiorenpolitik hinaus. Die Sozialisten im Kreisauer Kreis hatten daran maßgebenden Anteil, und es kam in den Wochen vor dem Attentat zur Errichtung erster Stützpunkte in Hessen-Darmstadt.

Allerdings gingen die Auffassungen über Gestalt und Programm der Volksbewegung auseinander. Nach Goerdelers Willen sollte diese „alle Stände, Schichten und Gaue einen" und „die Deutschen von der Sozialdemokratie über das Zentrum bis zu den Deutschnationalen" umfassen. Er versprach sich davon eine Kanalisierung der nach seiner Überzeugung unvermeidlichen nationalen Parteibildung. Moltke erblickte darin eine breite Sammlungsbewegung der aufbauwilligen Kräfte, in der die von ihm erhoffte „Partei der Gleichgesinnten" über die nationalen Grenzen hinweg zusammentreffen würde. Allerdings kam es über die programmatische Ausrichtung der „Volksbewegung" zu Konflikten innerhalb der Verschwörung. Carlo Mierendorff und Theodor Haubach, die dem christlichen Sozialismus nahe standen, hofften, eine Symbiose von Christentum und Sozialismus erreichen zu können. Jedoch stieß die von Adolf Reichwein vorgeschlagene Formulierung: „Die Volksbewegung bekennt sich zur deutschen Kultur und zur christlichen Vergangenheit des deutschen Volkes" auf den erklärten Widerstand Julius Lebers, der nicht zulassen wollte, „wichtige Grundsätze der alten Sozialdemokratie einfach über

[19] Vgl. *Horst R. Sassin*, Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmanngruppe 1943–1942, Hamburg 1993, S. 241f.; *Mommsen*, Alternative, S. 185f.

[20] *Hans Mommsen*, Carlo Mierendorffs Programm der „Sozialistischen Aktion", in: *ders.*, Alternative, S. 341–351; vgl. *Richard Albrecht*, Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897–1943, Berlin 1987, S. 222f.

Bord gehen zu lassen“. Dabei spielten der Druck der illegalen KPD, aber auch die Rücksichtnahme auf den Londoner Exilvorstand der SPD eine wichtige Rolle.[21]

In den letzten Wochen vor dem 20. Juli kam es in der Programmatik der Volksbewegung zu keinem Kompromiss mehr. In den nun wieder aufbrechenden richtungspolitischen Differenzen zeichnete sich ein politischer Reifungsprozess, zugleich eine psychologische Öffnung zur zuvor hermetisch abgetrennten Außenwelt ab, der die relative politische Esoterik der Verschwörer abrupt beendete. Ob im Falle eines gelungenen Attentats die vereinbarte Umsturzregierung noch gebildet worden wäre oder ob Stauffenberg sich mit der Überlegung durchgesetzt hätte, sie nach links, möglicherweise mit Leber als Reichskanzler, zu öffnen und umzubilden, muss offen bleiben. Die eng begrenzten innen- und außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten, die der Umsturzregierung in diesem Falle geblieben wären, hätten kaum die Chance geboten, noch zu einer grundlegenden Neuordnung in Deutschland aus eigener Kraft zu gelangen.

[21] Zur überparteilichen Volksbewegung vgl. *Hans Mommsen*, Der 20. Juli und die deutsche Arbeiterbewegung, in: *ders.*, Alternative, S. 302ff.

Aleksandr I. Boroznjak

Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Spiegel der sowjetischen und russischen Geschichtswissenschaft[1]

In der UdSSR stieß die deutsche Widerstandsbewegung sowohl auf Sympathie als auch auf Skepsis. Antifaschismus und Kampf gegen den Nationalsozialismus waren lange Zeit eine von der aktuellen politischen Konjunktur unabhängige Komponente der weltanschaulichen Betrachtung in der Sowjetunion. In den Publikationen der Jahre 1933–1938, die aus unzureichend abgesicherten Kenntnissen heraus geschrieben und oft vom illusorischen Glauben an den baldigen Niedergang des NS-Regimes beseelt waren, wurden sowohl die Handlungsmöglichkeiten von Antihitlerkräften als auch insbesondere der Grad des politischen Einflusses der deutschen Kommunisten überschätzt.[2] Sogar während des Krieges, als die Parole „Tod den deutschen Okkupanten!“ zum Leitmotiv des Volksbewusstseins in der UdSSR geworden war, unterschied man zwischen dem Deutschland der Widerstandskämpfer und Hitlers Deutschland. Im Sommer 1943 brachte die „Pravda“ die Hoffnung zum Ausdruck, dass angesichts der militärischen Niederlagen „die Reihen von Gegnern der Hitlertyrannei innerhalb Deutschlands, in der deutschen Armee und Bevölkerung wachsen würden“, und ein gemeinsames Aktionsprogramm „solche Menschen zusammenbringen [könne], die noch in der jüngsten Vergangenheit ganz verschiedene politische Ansichten gehabt haben“.[3]

In den sowjetischen Forschungsarbeiten über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, die nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ veröffentlicht wurden, legte man größten Wert auf die Darstellung der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands. Allerdings unterschied sich das von den sowjetischen Wissenschaftlern entwickelte Bild des antifaschistischen Kampfes vom Modell, das von der Geschichtsschreibung der DDR angeboten wurde. Denn dort sollte die offizielle Version über den Widerstand das politische Monopol und den Herrschaftsanspruch der SED begründen.

In den Büchern oder Artikeln, die in der UdSSR veröffentlicht wurden, konnte man nicht selten propagandistische und schablonenhafte Leitsätze von der KPD als „einziger Kraft des Widerstands“ und deren unerlässliche Angriffe auf den „verräterischen Kurs der SPD-Führung“ sowie realistische Einschätzungen der antifaschistischen Bewegung

[1] Der Aufsatz ist erstmals erschienen in: *Gerd R. Ueberschär* (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA, Darmstadt 2002, S. 137–149, und wird hier in überarbeiteter Form wiedergegeben.

[2] *E. Varga* u. a. (Hrsg.), Germanskij fašizm u vlasti, Moskva/Leningrad 1934; *B. Meller*, Bor’ba prodolžaetsja. Rabočije v fašistskoj Germanii, Moskva 1935; *L. Varšavskij*, Vopreki vsemu!, Leningrad 1935.

[3] Pravda vom 1. August 1943.

als eines Prozesses, der sich durch Vielfalt der ideologischen und politischen Anregungen und Stellungnahmen auszeichnete, nebeneinander finden.

Es ist bezeichnend, dass die ersten in der politischen Tauwetterperiode erschienenen sowjetischen Abhandlungen zu den Problemen des deutschen Widerstands den Versuch anstellten, die Bewegung in ihrer Gesamtheit zu analysieren. Die angesehenen sowjetischen Historiker Jakov S. Drabkin und Lev I. Gincberg, die 1961 das Buch „Deutsche Antifaschisten im Kampf gegen die Hitlerdiktatur" veröffentlichten, gingen von der Priorität ethischer Ideale des Widerstands aus. Die beiden Autoren betonten, die Gegner der braunen Diktatur hätten sich „dem Nazismus, der alles Menschliche im Keime zu ersticken drohte, nicht unterworfen", sie seien „im ungleichen Kampf gestorben, aber die Henker hatten ihren Glauben an den Sieg der Freiheit über die Tyrannei, des Friedens über den Krieg nicht auslöschen können". Trotz der damals schmalen Quellenbasis vermochten die Wissenschaftler überzeugend zu zeigen, dass zu den Widerstandskämpfern keinesfalls nur deutsche Kommunisten, sondern auch Militärs, Sozialdemokraten, Katholiken und Protestanten gehörten. Das Buch bot zudem eine ausführliche Information über die Aktionen der Münchner Studentengruppe „Die Weiße Rose". Die Verfasser verschwiegen auch nicht die „sektiererischen Fehler" der KPD, deren Thematisierung andere Historiker häufig vermieden.[4]

Die Beharrungskraft früherer ideologischer Klischees wirkte nichtsdestoweniger fort. Valentin P. Bondarenko, der das Kapitel über Deutschland in dem Sammelwerk „Antifaschistische Widerstandsbewegung in europäischen Ländern im Zweiten Weltkrieg" verfasste, schrieb noch 1962, nur Kommunisten seien die Gegner des NS-Regimes gewesen und die bürgerliche Opposition habe „keine Gemeinsamkeiten mit der echten Widerstandbewegung gehabt".[5] Der Begriff „breite antifaschistische Front", der eigentlich den Inhalt des Buches bestimmen sollte, verlor – im Hinblick auf Deutschland – seinen wirklichen Sinn.

Den ersten Versuch einer wissenschaftlichen, nicht ideologisierten Darstellung der Geschichte des 20. Juli 1944 unternahm der bekannte Historiker und Politologe Daniil E. Mel'nikov (1916–1993). Sein 1962 publiziertes Buch „Die Verschwörung vom 20. Juli 1944: Mythos und Wirklichkeit" (in der Bundesrepublik Deutschland 1968 unter dem Titel „Der 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit" erschienen) beschrieb Pläne und Aktionen des militärischen Widerstands als „Ausdruck der ‚Führungskrise' im faschistischen Deutschland, die unmittelbar durch die Niederlagen der Wehrmacht an der sowjetisch-deutschen Front ausgelöst wurde". Der 20. Juli 1944 ist nach Mel'nikov, der darüber mit den Vertretern der dogmatischen Denkweise in der Sowjethistoriographie in Streit geriet, „nicht nur die Angelegenheit eines ‚kleinen Häufleins' von Offizieren, nicht nur ein ‚Generalsputsch der Generäle' gewesen, sondern der Versuch eines bestimmten Teils der deutschen Bourgeoisie, einen Ausweg aus dem verlorenen Krieg zu finden." Die besten Vertreter der deutschen Elite seien „in der Tat darauf bedacht [gewesen], eine Lehre aus den tragischen Ereignissen der Vergangenheit zu ziehen und alle notwendigen Bedin-

4 *L. I. Gincberg/Ja. S. Drabkin*, Nemeckie antifašisty v bor'be protiv gitlerovskoj diktatury, Moskva 1961, S. 4, 30.

5 *V. P. Bondarenko*, Antifašistskoe dviženie soprotivlenija v stranach Evropy v gody vtoroj mirovoj vojny, Moskva 1962, S. 703–704.

gungen dafür zu schaffen, damit sich die begangenen Fehler nicht wiederholten". Viele fortschrittliche und patriotisch gesinnte Menschen, die nicht nur einen „Machtwechsel, sondern die Vernichtung der Hitlerdiktatur und den Sieg der Demokratie in Deutschland" zu erreichen suchten, hatten sich nach Meinung von Mel'nikov den Verschwörern angeschlossen. Der Wissenschaftler ging von der These aus, die Bewegung des 20. Juli sei „ein vielschichtiger politischer Komplex gewesen, in dem sich viele widersprüchliche Klassen- und politische Interessen verflochten hatten". Er war der Ansicht, die Einstellungen von Stauffenberg und seiner Anhänger seien von „beträchtlichem Realismus und Verständnis für die wahren Interessen Deutschlands" geprägt gewesen. Die Verschwörer hätten auch Verständnis dafür aufgebracht, „dass Pläne zur Spaltung der Alliierten zum Scheitern verurteilt waren, und dass es notwendig war, auf die fehlerhafte einseitige Westorientierung der deutschen Politik zu verzichten". Mel'nikov widmete seine besondere Aufmerksamkeit der politischen Plattform des Kreisauer Kreises, deren Mitglieder bestrebt waren, „den Krieg im Westen wie im Osten unverzüglich zu beenden und gutnachbarliche Beziehungen mit der UdSSR herzustellen".[6]

Nikolaj S. Čerkasov, der an der Staatlichen Universität Tomsk lehrte und 1993 viel zu früh starb, vermochte zu zeigen, dass „sittliche Motive eine wichtige Rolle im antifaschistischen Kampf gespielt haben". Er ging davon aus, dass „es unter den an der Verschwörung gegen Hitler Beteiligten viele Leute aus bürgerlichen und militärischen Kreisen gab, die an den Verbrechen des Nazismus Anstoß genommen hatten und deswegen dagegen in den Kampf gezogen waren". Čerkasov sah in den Teilnehmern der Opposition zu Recht „weder Antikommunisten noch exaltierte Einzelgänger [...], die sich im hoffnungslosen Kampf opferten".[7]

Er war ein konsequenter Anhänger des objektiven Studiums der deutschen Geschichtsschreibung und stellte fest, dass es im Westen Deutschlands Historiker gebe, „die bestrebt sind, die Geschichte des Widerstands gegen den Faschismus gerecht zu beleuchten". Er trat damals wohl als Einziger unter den sowjetischen Wissenschaftlern offen gegen die vorurteilsbehafteten und einseitigen Einschätzungen des deutschen Widerstands auf, die nach seiner Ansicht in einigen Arbeiten von Historikern aus der Sowjetunion und der DDR vorhanden waren.[8]

In den 60er und 70er Jahren kristallisierten sich in der sowjetischen Historiographie über den deutschen Widerstand drei Themenbereiche heraus, zu denen wesentlich geforscht wurde. Dies waren: erstens die Tätigkeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland" und des Bundes Deutscher Offiziere, zweitens die Teilnahme der Sowjetbürger am antinazistischen Kampf in Deutschland und drittens die Aktionen der „Roten Kapelle". Warum rückten gerade diese Themen in den Vordergrund? Dies geschah vor allem, weil sie mit der russischen Geschichte eng verknüpft sind und weil man in der UdSSR über

6 *D. E. Mel'nikov*, Zagovor 20 ijulja 1944 goda v Germanii. Legenda i dejstvitel'nosť, Moskva 1962, S. 4, 56, 200, 235. [*Daniil Melnikow*, Der 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit. Hamburg 1968.]

7 *N. S. Čerkasov*, Problemy nemeckogo antifašistskogo dviženija soprotivlenija v istoriografii FRG. In: Metodologičeskie i istoriografičeskie voprosy istoričeskoj nauki. Bd. 3, Tomsk 1965, S. 118; *ders.*, Istoriografija FRG o patriotičeskom napravlenii v zagovore 20 ijulja 1944 goda v Germanii, in: ebd., Bd. 5, Tomsk 1967, S. 137, 145.

8 *Čerkasov*, Problemy, S. 112; *ders.*, „Kružok Krajzau" v istoričeskoj literature, in: ebd., S. 138.

entsprechende archivalische und andere Quellen verfügte. Allerdings ist der Zugang zu diesen Dokumenten auch heute noch problematisch.

Der Erforschung der Geschichte des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und des Bundes Deutscher Offiziere widmete sich Alexander S. Blank (1921–1985). Er hatte als Offizier der Roten Armee von 1942 bis 1945 in den Kriegsgefangenenlagern gearbeitet, später war er Professor an der Pädagogischen Hochschule in Vologda. Seine Publikationen verschmelzen die Erkenntnisse eines Wissenschaftlers mit den Erinnerungen eines Zeitzeugen. Sein Weg als Historiker, der es als seine Aufgabe ansah, die Wahrheit über den deutschen Widerstand zu erfassen und darzustellen, war schwierig und kompliziert.[9] Denn ihm wurden weder Aufmerksamkeit noch Unterstützung seitens jener Leute zuteil, die an der Macht waren und über die Einhaltung der ideologischen Doktrin wachten und die generell die Bekundungen eines unabhängigen wissenschaftlichen Talentes fürchteten.

Blank verfasste 1963 die erste in russischer Sprache erschienene Monographie über das Nationalkomitee „Freies Deutschland“.[10] Im Kontext der Geschichte des Zweiten Weltkrieges wurden von ihm die verschiedenen Tätigkeiten der NKFD-Organisationen – wie z. B. der Redaktionen der Zeitung und des Radiosenders „Freies Deutschland“ sowie der Antifaschulen – analysiert. Auch die Arbeiten Blanks wurden von ideologischen Stereotypen jener Jahre beeinflusst. So lässt sich seine Schlussfolgerung, dass die Bewegung „Freies Deutschland“ zur „mächtigen Antihitlerkraft“ geworden sei, nicht bestätigen. Denn das NKFD und der BDO konnten eben nicht ihre selbst gesetzten programmatischen Aufgaben erfüllen. Die Appelle zum Rückzug der Wehrmachtstruppen aus dem Osten und für einen bewaffneten Widerstand verhallten in Deutschland ohne Echo.

Auch wenn Blank sich auch nicht offen gegen die in der UdSSR und der DDR übliche Version der Rolle des NKFD als eines besonderen Exekutivorgans der KPD aussprach, warnte er doch davor, das „Freie Deutschland“ als kommunistische Bewegung im engeren Sinne zu behandeln. Die Bewegung „Freies Deutschland“ war, so Blank, „weder kommunistisch noch sozialdemokratisch: sie verfolgte patriotische, kriegsgegnerische und antifaschistische Ziele“. Zu dem „Block ziemlich heterogener Kräfte“, gehörten „Menschen, die sich auf dem Boden der gemeinsamen Forderung nach der Beseitigung Hitlers und seiner Clique, der Beendigung des Krieges und der Bewahrung der Heimat vor der herannahenden nationalen Katastrophe vereinigt hatten“.[11] Die Fragmente der Memoiren Blanks, die im Lauf der 60er bis 80er Jahre veröffentlicht worden sind, enthalten zahlreiche realistische Einschätzungen. Blank berichtete auch ausführlich über seine Begegnungen und Gespräche mit Generalfeldmarschall Paulus und über weitere Anhänger des Nationalko-

[9] Zur wissenschaftlichen Tätigkeit von A. S. Blank siehe *A. I. Boroznjak*, Antifašistskoe dviženie Soprotivlenija: naučnoe nasledie A. S. Blanka i sovremennye diskussii v FRG, in: Uroki i problemy izučenija istorii vtoroj mirovoj vojny, Vologda 1995; *B. V. Petelin*, Dejatel'nost' Nacional'nogo komiteta „Svobodnaja Germanija“ v istoričeskich trudach A. S. Blanka, in: NKSG – 50 let. Sbornik materialov rossijsko-germanskoj naučno-praktičeskoj konferencii, Krasnogorsk 1994.

[10] *A. S. Blank*, Dviženie „Svobodnaja Germanija“ – centr antifašistskoj bor'by nemeckich patriotov (1943–1945), Vologda 1963.

[11] *A. S. Blank*, Dviženie „Svobodnaja Germanija“ i Kommunističeskaja partija Germanii, in: Voprosy istorii KPSS 4 (1962), S. 131.

mitees, die keinesfalls die Ansichten der Kommunisten geteilt haben.[12] Kurz vor seinem Tod kam er 1985 nochmals auf die Einschätzung der Tätigkeit des NKFD zurück. In seinem Privatarchiv findet sich der Hinweis:

„Die Bewegung ‚Freies Deutschland', die eigens geschaffen und von oben her organisiert wurde, war kein Ergebnis eines spontan aufkommenden Protestes gegen Despotismus und Tyrannei. Sie war eine Karte im politischen Spiel der entgegengesetzten Parteien. Da sie dem Kampf gegen Hitler zugute kam, war sie ein nützliches Unternehmen, aber ... Nicht zufällig siechte sie schon Ende 1944 dahin und löste sich 1945 endgültig auf, als Stalin jegliches Interesse für sie verlor."[13]

Obgleich in der Sowjetunion nicht wenige Publikationen erschienen, die einzelne Kapitel aus der Geschichte des NKFD genauer beleuchteten, war man von einer umfassenden, objektiven Analyse der Bewegung noch weit entfernt.

Die Archive des NKFD und der sowjetischen Organisationen, deren Tätigkeit die des Komitees berührten, blieben für die Forschung unzugänglich. Ohne Erweiterung der Quellenbasis, ohne Zugang zu den Dokumenten des NKFD und des BDO und ohne Absage an dogmatisch vorbestimmte Interpretationen dieser Materialien war es unmöglich, die bestehenden Stereotypen zu zerstören und die historische Realität zu beschreiben. Im Mai 1985 wurde schließlich in Krasnogorsk bei Moskau, wo das Nationalkomitee 1944 gegründet worden war, das Memorialmuseum der Deutschen Antifaschisten eröffnet, das zum anerkannten Zentrum der historischen Forschungsarbeit und der Aufbewahrung von Quellen des NKFD geworden ist.

Unter Leitung des Museumsdirektors Arkadij A. Krupennikov fanden mehrere russisch-deutsche wissenschaftliche Konferenzen statt, auf denen die Tätigkeit des NKFD neu beleuchtet wurde. Eine besondere Bedeutung maßen die Museumsmitarbeiter einem von ihnen herausgegebenen Sammelband mit neuen Dokumenten des NKFD und des BDO bei.[14] In dem Band wurden die früher in russischer Sprache unveröffentlichten Materialien zu den Gründungskonferenzen beider Bewegungen, die Texte der an Soldaten und Offiziere der Wehrmacht gerichtenen Flugblätter und Radiosendungen sowie der Bericht des Präsidenten des NKFD, Erich Weinert, über die Tätigkeit des Komitees erstmals abgedruckt. Darüber hinaus enthält der Band Auszüge aus Akten, die es ermöglichen, die komplizierten Beziehungen zwischen den kommunistischen Mitgliedern des NKFD und den Kriegsgefangenen der Wehrmacht zu beleuchten.

Verdienstvoll ist auch die Publikation von Materialien der russisch-deutschen Konferenz zur Geschichte der Bewegung „Freies Deutschland", die im September 1993 in Moskau und Krasnogorsk stattfand.[15] Die Kontakte der Historiker beider Länder, die während dieser Fachtagung ausgebaut wurden, fanden ihre Fortsetzung bei der Publikation des von Gerd R. Ueberschär in deutscher (1996) und in russischer (1997) Sprache

[12] *Ders.*, Neskol'ko mesjacev v Suzdale, in: Novyj mir 44 (1968), H. 3, S. 70ff.; *ders.*, Prozrenie fel'dmaršala Pauljusa, in: Volga 11 (1976), H. 2, S. 114ff.; *ders.*, Plenniki Stalingrada, in: Novyj mir 58 (1983), H. 9, S. 205ff.

[13] Zit. nach *Petelin*, Dejatel'nost' Nacional'nogo komiteta, S. 127.

[14] Za Germaniju – protiv Gitlera! Dokumenty i materialy o sozdanii i dejatel'nosti Nacional'nogo komiteta „Svobodnaja Germanija" i Sojusa nemeckich oficerov, Moskva 1993.

[15] NKSG – 50 let. Sbornik materialov rossijsko-germanskoj naučno-praktičeskoj konferencii, Krasnogorsk 1994.

herausgegebenen Sammelbandes „Das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland' und der Bund Deutscher Offiziere",[16] der neue Bewertungen und Dokumente enthielt.

Nikolaj N. Bernikov, Mitarbeiter des Krasnogorsker Museums und früher Offizier der Roten Armee, analysiert darin die Besonderheiten und Eigenständigkeit der propagandistischen Tätigkeit des NKFD/BDO. Die Offiziere der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (Glavpur) waren sich über diese spezifischen Unterschiede in der Propaganda völlig im Klaren. So hieß es in einer Direktive vom Juli 1943:

„Thematik und Losungen des Nationalkomitees einerseits und der Roten Armee andererseits müssen Abstand voneinander halten. Es ist klar, dass sich das Nationalkomitee in seiner politischen Arbeit nach nationalen deutschen Interessen orientiert und die Katastrophe noch zu verhindern sucht, in die Hitler Deutschland gestürzt hat. Das Komitee gibt sich Mühe, zu retten, was noch zu retten ist."[17]

Die menschliche Dimension steht im Mittelpunkt des von Alexander S. Blank und seinem Schüler Boris L. Chavkin geschriebenen Buches über das „zweite Leben" von Generalfeldmarschall Paulus in Kriegsgefangenschaft. Der weltanschaulichen Entwicklung von Paulus und der Analyse seines schriftlichen Nachlasses sind Beiträge von Aleksandr I. Boroznjak und Viktor S. Konasov gewidmet.[18]

Das Thema der sowjetischen Kriegsgefangenen wie auch das Thema ihrer Teilnahme am europäischen Widerstand wurden in der Historiographie der UdSSR bis 1956/57 tabuisiert. Nach dem Willen Stalins wurden ein erheblicher Teil der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsgefangenen, die wie durch ein Wunder die Gefangenschaft in Deutschland überlebt hatten, in Gefängnisse und Lager geschickt. Sie und ihre Verwandten erhielten das Brandmal der „Verbrecher" und „Verräter" aufgedrückt. In einer Atmosphäre von Verdächtigungen und Misstrauen mussten ehemalige Kriegsgefangene viele Jahre als angebliche „Feinde des Volkes" ihre Vergangenheit verbergen.

Zur moralischen und politischen Rehabilitierung der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen kam es erst nach dem 20. Parteitag der KPdSU. In der Zeit von Chruščevs „Tauwetter" erschienen die ersten Publikationen über tragische Schicksale der Sowjetbürger, die als Gefangene, Zwangsarbeiter oder KZ-Häftlinge nach Deutschland verschleppt worden waren. Der erste Schritt zur Überwindung von Vorurteilen wurde allerdings nicht von Geschichtswissenschaftlern, sondern von den Schriftstellern Stepan Zlobin und Jurij Piljar gemacht, die die Hölle der Konzentrationslager erlebt hatten. Ein offener Appell, den ehemaligen Kriegsgefangenen historische Gerechtigkeit zukommen zu lassen, war die in der „Pravda" veröffentlichte Erzählung „Schicksal des Menschen" von Michail Šolochov.

Man wandte sich nur sehr zögernd der „unbequemen Geschichte" zu. Sowjetische Teilnehmer am Widerstand in Deutschland hatten keine Möglichkeit, die ganze Wahrheit über ihre Vergangenheit darzulegen. Ihre Erinnerungen, wenn sie überhaupt veröffent-

16 *Gerd R. Ueberschär* (Hrsg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt/M. 1995.

17 *N. N. Bernikov*, Die propagandistische Tätigkeit des NKFD und BDO während des Krieges 1943–1945, in: *Ueberschär*, Das Nationalkomitee, S. 113.

18 *A. S. Blank/B. L. Chavkin*, Vtoraja žizn' fel'dmaršala Pauljusa, Moskva 1990; *A. I. Boroznjak*, General-fel'dmaršal Fridrich Pauljus: evoljucija mirovozzrenija, in: NKSG – 50 let, S. 75ff.; *V. B. Konasov*, Suďby nemeckich vojennoplennych v SSSR, Vologda 1996, S. 260ff.

licht wurden, unterzog man zuvor einer gründlichen „ideologischen Korrektur". Ende der 50er Jahre wurde im Rahmen des sowjetischen Kriegsveteranenkomitees dennoch eine Gruppe ehemaliger Kriegsgefangener gegründet und man begann dort, Erinnerungen und Dokumente zu sammeln und zu erfassen.

Der erste Rang bei den Forschungen zum Kampf der sowjetischen Gefangenen in Deutschland gebührt Nikolaj F. Kjung. Vor Kriegsausbruch war er als Geschichtslehrer im Gebiet von Smolensk tätig, dann wurde er Politoffizier in der Roten Armee. Im Juni/Juli 1941 nahm er an der Verteidigung der Festung Brest teil und geriet in Gefangenschaft. Wegen seiner aktiven antinationalsozialistischen Propaganda unter den Gefangenen in den Kohlengruben Belgiens wurde Kjung in das Lager Buchenwald deportiert, wo er sich Anfang 1944 der dortigen russischen Widerstandsgruppe anschloss, die mit deutschen Antifaschisten zusammenarbeitete. 1957–1959 veröffentlichte er in Zusammenarbeit mit anderen Historikern zentrale Dokumente über Widerstandsaktionen sowjetischer Buchenwald-Häftlinge sowie über ihre Kontakte zu deutschen Mitgefangenen.[19]

In den 60er Jahren, insbesondere nachdem die Kampagne zur Restalinisierung unter Leonid Brežnev begonnen hatte, verringerte sich das Interesse von Verlagen und Zeitschriften zur Thematik „Sowjetische Kriegsgefangene im Dritten Reich". Trotz bestehender Zensur setzte Efim A. Brodskij seine Untersuchungen und Arbeiten jedoch fort, in denen er Aussagen der am Leben gebliebenen Zeitzeugen, Gestapoakten und auch die wenigen zugänglichen Materialien aus sowjetischen Archiven auswertete. Seine Arbeit war ein wirklicher Akt der Zivilcourage und diente der Erfüllung des Vermächtnisses von Widerstandskämpfern, deren Aktionen in der eigenen Heimat und offiziellen Historiographie verschwiegen wurden.

Von Brodskij stammt das Buch „Die Lebenden kämpfen" (1965).[20] Es war die erste wissenschaftliche Monographie über Aufbau und Tätigkeit der größten russischen Untergrundorganisation in den Lagern Deutschlands, der „Brüderlichen Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen" (BSW), die auch Verbindungen zu der Gruppe „Antinazistische Deutsche Volksfront" in München hatte. Brodskij beschrieb erstmals, dass 92 aktive Mitglieder der BSW am 4. September 1944 im KZ Dachau erschossen wurden und dass 124 Kampfgefährten im KZ Mauthausen ums Leben kamen. 1970 wurde die Arbeit Brodskijs „Im Namen des Sieges über den Faschismus" publiziert.[21] Das Material seiner ersten Monographie wurde darin bedeutsam um neue Dokumente, darunter auch solche aus deutschen Archiven, über illegale Gruppen der sowjetischen Gefangenen und „Ostarbeiter" in Berlin, Leipzig, Hannover, Hamburg, Karlsruhe, Stuttgart, Ulm, Augsburg, Rastatt, Wien und Innsbruck erweitert.

Schon zu Beginn seiner Forschungsarbeiten konstatierte Brodskij 1957, dass der Mangel an Kenntnissen und Veröffentlichungen über die Teilnahme von Sowjetbürgern am Widerstand in Deutschland „ein wenig erfreulicher Beweis für die unzulängliche Aufar-

[19] *N. F. Kjung/T. A. Illerickaja/B. G. Litvak*, Buchenval'dskoje soprotivlenije, in: Istoričeskij archiv 3 (1957), H. 4, S. 82ff., H. 6, S. 83ff.; *N. F. Kjung/U. R. Talmant*, Iz istorii dviženija soprotivlenija sovetskich ljudej v lagerjach Germanii. 1941–1945, in: Istorija SSSR 3 (1959), H. 5, S. 39ff., siehe auch *N. F. Kjung*, Mužestvo nepokorennych, Moskva 1964.

[20] *E. A. Brodskij*, Živye borjutsja, Moskva 1965.

[21] *E. A. Brodskij*, Vo imja pobedy nad fašizmom, Moskva 1970.

beitung dieses Themas durch die Geschichtswissenschaft ist".[22] Mehr als 30 Jahre später musste Vancetti G. Safronov, der zur jüngeren Generation russischer Historiker gehört, allerdings zugestehen: „Der Kampf der sowjetischen Patrioten gegen die faschistischen Unterdrücker innerhalb von Deutschland bleibt nach wie vor eines der am wenigsten erforschten Kapitel des großen Kampfes des Sowjetvolkes gegen die Hitleraggression."[23]

Als im Oktober 1969 – 24 Jahre nach Kriegsende – den Mitgliedern der „Roten Kapelle" auf Beschluss der KPdSU-Führung post mortem sowjetische Kampforden verliehen wurden, erschienen gleichzeitig in der „Pravda" und „Izvestija" Artikel, die die offizielle Geschichtsversion über die Aktionen dieser von Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack geleiteten Widerstandsgruppe präsentierten. Die Tätigkeit der „Roten Kapelle" wurde dabei im Rahmen der These von der Kommunistischen Partei „als einziger organisierter Kraft des deutschen Widerstands" dargestellt. Beharrlich wurde die Behauptung wiederholt, dass die Aufklärungstätigkeit zugunsten der Sowjetunion zentrale Aufgabe dieser Gruppe war.[24]

Wie ist die lange Zeit, die bis zur offiziellen Anerkennung der Taten der „Roten Kapelle" und der Verdienste ihrer Mitglieder vergehen musste, zu erklären? Der Grund besteht darin, dass man in der UdSSR und in der DDR Absichten und Aktionen der von der KPD eben doch nicht kontrollierten Widerstandsgruppen und einzeln handelnder Antifaschisten als fragwürdig einstufte.

Das öffentliche Interesse an der Tätigkeit der „Roten Kapelle" war jedoch groß und wuchs beständig. Aber alle sowjetischen Publikationen, insbesondere jene populären Charakters, basierten entweder auf Materialien westlicher Herkunft oder auf Dokumenten, die in äußerst schmaler Auswahl in der DDR publiziert worden waren. Aber es fehlte ein grundlegender Quellenkorpus, nämlich die Archive der sowjetischen Geheimdienste blieben hermetisch unter Verschluss.

Die erste und bis heute einzige in Russland erschienene wissenschaftliche Monographie über die „Rote Kapelle" ist das 1974 erschienene und mit wahrlich literarischem Glanz geschriebene Buch von Aleksandr S. Blank „Im Herzen des ‚Dritten Reiches'. Aus der Geschichte der antifaschistischen Volksfront im Untergrund".[25] Die Konzeption des Verfassers stimmte in vieler Hinsicht nicht mit den Interpretationen der offiziellen Historiographie überein. Am wichtigsten war für ihn die Tatsache, dass der Widerstandsgruppe „Vertreter der verschiedenen Sozialschichten des deutschen Volkes – von Arbeitern bis zu Wehrmachts- und Marineoffizieren und bürgerlichen Intellektuellen" angehörten. Sie ließen sich, so betonte der Autor, von humanistischen Idealen sowie vom eigenen Gewissen leiten und wählten ihren Weg „freiwillig, ohne Zwang von irgendeiner Seite". Blank war davon überzeugt, dass „sich zukünftige Widerstandsforscher [noch] mehrmals diesem

22 *E. A. Brodskij*, Osvoboditeljnaja bor'ba sovetskich ljudej v fašistskoj Germanii (1943–1945 gody), in: Voprosy istorii 32 (1957), H. 3, S. 86.

23 *V. G. Safronov*, Antifašistskaja bor'ba v nacistskich konclagerjach i učastie v nej sovetskich ljudej, in: Novaja i novejšaja istorija 33 (1989), H. 1, S. 47.

24 *A. Lavrov*, Oni sražalis' s fašizmom, in: Pravda vom 8.10.1969; *L. Kolosov / N. Petrov*, Besssmerije pavšich, in: Izvestija vom 8., 9., 10.10.1969.

25 *A. S. Blank*, V serdce „tret'jego reicha". Iz istorii antifašistskogo Narodnogo fronta v podpol'je, Moskva 1974.

dankbaren Thema zuwenden, indem sie immer neue Quellen aufarbeiten und hierdurch unsere Vorstellungen über dieses markanteste Kapitel in der deutschen Geschichte erweitern" werden.[26]

Diese Prognose beginnt sich erst heute zu erfüllen, wo in Russland wie in Deutschland die mit den Einschätzungen der Aktionen der „Roten Kapelle" verbundenen Vorurteile überwunden werden und die Möglichkeit besteht, die Materialien in den russischen Archiven, wenn auch nur teilweise, zu nutzen. Der bekannte Moskauer Historiker und Publizist Lev A. Bezymenskij stellte dazu fest:

> „Jetzt ist es möglich geworden, das wahre Gesicht der Widerstandshelden zu rekonstruieren, unnötige Klischees abzuschütteln und den Ursprung der oppositionellen Kräfte besser zu verstehen, die innerhalb des Hitlerreiches heranreiften. [...] Es ist an der Zeit, sich von dem während der Konfrontation [im Kalten Krieg, d. Verf.] entstandenen ideologischen Herangehen an die ‚Rote Kapelle' zu lösen, das von vornherein diese Gruppe aus dem Widerstand strich, weil sie mit den sowjetischen politischen und militärischen Aufklärungsdiensten eng zusammenarbeitete."[27]

Einen qualitativen Schub bei der Erforschung der Geschichte der „Roten Kapelle" markiert die von Boris L. Chavkin und Jurij N. Zorja gemeinsam mit dem deutschen Historiker Hans Coppi, dem Sohn der von den Nationalsozialisten hingerichteten Kämpfer der „Roten Kapelle" Hans und Hilde Coppi – besorgte, editorisch einwandfreie Publikation von 63 Dokumenten aus russischen Archiven in deutscher Sprache.[28]

Chavkin, Zorja und Coppi kommen zu dem Fazit, dass sich Schulze-Boysen und Harnack nicht als Agenten der sowjetischen Macht oder als eine Abteilung der Moskauer Geheimdienstzentrale verstanden:

> „Sie verbanden mit den Gesprächen eigene Zielvorstellungen, die aus ihrer Erfahrung im deutschen Widerstand resultierten. Sie warteten also nicht auf Aufträge, sondern sie strebten eine gleichberechtigte Zusammenarbeit an."[29]

Gleichwohl hielten die Führer des sowjetischen Nachrichtendienstes die „Rote Kapelle" für ein gewöhnliches Agentennetz. Hinzu kamen der auf jede Art und Weise in Moskau geschürte Verdacht, dass unter den Bedingungen des geltenden Nichtangriffspakts, jegliche antifaschistische Tätigkeit „die deutsche Seite provozieren" könne. Die Informationen der „Roten Kapelle" über den bevorstehenden deutschen Überfall auf die Sowjetunion lösten in Moskau offene Gereiztheit aus. In der Weisung an den Berliner Residenten der UdSSR, Alexander Korotkov, vom 5. April 1941 wurden solche Nachrichten als „Teil einer gezielten Desinformationskampagne" bezeichnet.[30]

Interessant ist der ausführliche Beitrag, den der ehemalige Mitarbeiter des Nachrichtendienstes Vladimir L. Peščerskij 1996 veröffentlicht hat, der Zugang zu einigen Materialien des Dienstes für Auslandsaufklärung erhalten hatte. Er konstatierte, dass Arvid Harnack, Harro Schulze-Boysen und ihre Mitstreiter „niemals klassische Agenten" waren. Ihre Kontakte mit den Vertretern der Sowjetunion waren ungewöhnlich; sie unterzeich-

26 Ebd., S. 9, 14, 30.
27 *L. A. Bezymenskij*, 108 fotografij iz archiva gestapo, in: Novoje vremja 51 (1993), H. 17, S. 49.
28 *Boris Chavkin/Hans Coppi/Juri Zorja*, Russische Quellen zur Roten Kapelle, in: *Hans Coppi/Jürgen Daniel/Johannes Tuchel* (Hrsg.), Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 104ff.
29 Ebd., S. 107.
30 Ebd.

neten keine Verpflichtung zur Arbeit zugunsten der UdSSR und erhielten kein Entgelt. Nach Meinung von Peščerskij waren sie

„vor allem Antifaschisten und erst dann Agenten, die für die Arbeit im Kriegszustand unzureichend vorbereitet waren [...] Die Vorstellungen des sowjetischen Nachrichtendienstes über die konspirative Zusammenarbeit mit der Berliner Gruppe stimmten nicht immer mit den Ansichten der deutschen Seite überein.“[31]

Einen neues Niveau für die weitere Widerstandsforschung in der russischen Geschichtsschreibung bedeutet der Verzicht auf schablonenhafte Vorstellungen vom antinationalsozialistischen Kampf sowie der Übergang zum intensiven Studium des gesamten Spektrums aller politischen Kräfte, die in Opposition zur Diktatur Hitlers standen. Lev I. Gincberg weist mit überzeugenden Gründen darauf hin, dass die deutschen Widerstandskämpfer „auf das Unverständnis der meisten Landsleute“ stießen, die positiv zum Regime eingestellt waren. Widerstandsappelle „stießen auf eine Mauer des Unverständnisses oder der Feindseligkeit“, weil „Millionen Deutsche gerne den verlogenen Behauptungen der offiziellen Propaganda glaubten“.[32]

Die Historikerin Ljudmila N. Brovko rekonstruierte in ihrer 1988 erschienenen Monographie „Die deutsche Sozialdemokratie in den Jahren der faschistischen Diktatur“[33] das komplizierte Bild von der Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie, ihrer Leitungsgremien, Parteiorganisationen und der einfachen Parteimitglieder im Lande und im Exil. Dabei ging sie auf verschiedene ideologische Strömungen im Rahmen der sozialdemokratischen Bewegung ein. Sie verzichtete nicht auf eine scharfe Kritik an der SPD-Führung, schätzte aber dennoch den Beitrag der Sozialdemokraten zum antifaschistischen Kampf sehr hoch ein.

Lev I. Gincberg revidierte als erster russischer Historiker die Einschätzungen der Strategie und Taktik der KPD-Führung in den 30er Jahren. Er konstatierte, dass die Linie der Kommunistischen Partei 1930–1932 „die ihr folgenden Massen desorientieren und deren Widerstandsvermögen in der Zeit der nationalsozialistischen Machtergreifung bremsen musste“.[34] Diese These wurde vom Autor weiterentwickelt, nachdem das Archiv der Kommunistischen Internationale für Wissenschaftler zugänglich gemacht wurde.[35]

Bestimmte Ähnlichkeiten der schwierigen Prozesse der Suche nach der Wahrheit über die Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus in der deutschen und sowjetischen/russischen Geschichtsschreibung dürfen nicht stillschweigend übergangen werden. Historiker beider Länder haben mit der Lösung der gemeinsamen Aufgabe begonnen, die vereinfachten, untrennbar mit den Reflexen des Kalten Krieges zusammenhängenden Betrachtungsweisen, die das Bild vom Widerstand gegen Hitler lange geprägt hatten, zu überwinden und dem System des Verschweigens oder der Bevorzugung eine entschiedene

[31] *V. L. Peščerskij*, Nerazgadannyje tainy „Krasnoj kapelly“, in: Novaja i novejšaja istorija 40 (1996), H. 3, S. 164, 172.

[32] *L. I. Gincberg*, Bor'ba nemeckich patriotov protiv fašizma. 1939–1945, Moskva 1987, S. 4, 64f.

[33] *L. N. Brovko*, Germanskaja social-demokratija v gody fašistskoj diktatury. 1933–1945, Moskva 1988.

[34] *L. I. Gincberg*, Stalin i KPG v preddverii gitlerovskoj diktatury (1929–1933 gg.), in: Novaja i novejšaja istorija 34 (1990), H. 6, S. 22–23.

[35] *L. I. Gincberg*, Nakanune prichoda fašizma k vlasti v Germanii. Novye dannye o pozicii KPG, in: Novaja i novejšaja istorija 1 (1996), S. 31–49.

Absage zu erteilen. Die Extreme haben sich aufeinander zu bewegt: die sowjetische Historiographie konzentrierte ihre Aufmerksamkeit auf die Aktivitäten des kommunistischen Untergrunds, und die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik Deutschland auf die Tätigkeit der militärischen Opposition. Inzwischen wurde in beiden Ländern die Vielfalt und große Breite des Widerstands zum Mittelpunkt neuer Forschungen.

Heute sind erste Voraussetzungen gegeben für eine Zusammenarbeit russischer und deutscher Historiker, die sich mit der Problematik des Widerstands gegen das Hitlerregime beschäftigen. Die Grundlage solcher Kooperation kann nur ein gleichberechtigter Dialog der Forscher sein, der ohne Voreingenommenheit und ohne Ansprüche auf ein Wahrheitsmonopol auskommt, ein Dialog, der sich auf gemeinsame Forschungsinteressen gründet und auf die unverbrüchliche Achtung gegenüber dem Andenken der berühmten Helden und der unbekannten Märtyrer des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Jürgen Zarusky

Russische und deutsche Sozialdemokraten in Widerstand und Exil

Wege des Antitotalitarismus[1]

Bei meiner kurzen Betrachtung des russischen und deutschen sozialdemokratischen Untergrunds und Exils geht es mir um einen spezifischen Aspekt, nämlich um die Wege, die Vertreter beider Parteien zu entschieden antitotalitären Positionen geführt haben. Ich möchte versuchen, diese Entwicklung und den dabei nicht ganz unbedeutenden Faktor der wechselseitigen Beeinflussung von russischer und deutscher Sozialdemokratie anhand einer Reihe von Schlüsselsituationen und am Beispiel einiger wichtiger Politiker zu schildern.

I.

Im Herbst 1920 war mit dem schwerkranken Julij O. Martov die Führungsfigur der Menschewiki ins deutsche Exil gegangen. Der eigentliche Grund war die Teilnahme an dem Kongress der USPD in Halle, auf dem über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale entschieden werden sollte. Martov kreuzte hier mit Sinovjev die Klingen und klagte die bolschewistische Unterdrückungspolitik an. Nach Russland kehrte er nie mehr zurück. Ende Januar 1922 kam nach Verhaftung, drohender Verbannung, Hungerstreik und einer internationalen Solidaritätskampagne die Führungsgruppe der russischen Sozialdemokratie mit Fedor Dan an der Spitze nach Deutschland, wo Rafail Abramovič, neben Dan die zweite Führungsfigur, bereits als Gastdelegierter auf dem USPD-Parteitag Anfang Januar die Verabschiedung einer Solidaritätserklärung initiiert hatte, die nicht ohne Eindruck auf die sowjetischen Behörden blieb. Die Ausreise der verbliebenen Füh-

[1] Dem Andenken von Boris Sapir (1902–1989) gewidmet. Boris Sapir, geb. 1902 in Lodz, Menschewik seit 1919, diente 1919/1920, der Parteilinie entsprechend, im Bürgerkrieg in der Roten Armee. Erste Verhaftung 1921, 1922/23 konspirative Arbeit als Sekretär des Charkover Parteikomitees der Menschewiki, 1923–1925 Gefangener in dem berüchtigten Lager auf den Solowezkij-Inseln, 1926 Flucht aus der Verbannung ins Ausland, Jurastudium in Heidelberg und politisches Engagement in der menschewistischen Auslandsdelegation und der Sozialistischen Jugendinternationale. 1932 Promotion zum Dr. jur. utr. mit der Dissertation „Dostojewsky und Tolstoi über Probleme des Rechts". 1933 Flucht aus Deutschland, 1935 Niederlassung in den Niederlanden als Mitarbeiter des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG). Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs und Besetzung der Niederlande erneute Flucht; 1942 Kuba, 1944 USA. Arbeit im American Jewish Joint Distribution Committee, nach der Pensionierung 1967 Rückkehr in die Niederlande, bis zu seinem Tode Fortsetzung der Arbeit am IISG.

rer markierte den endgültigen Übergang der bis dahin halblegalen Menschewiki in den Untergrund. Die Partei, die in der russischen Revolution und der Rätebewegung eine wichtige Rolle gespielt hatte, war so gut wie von der Bildfläche verschwunden. In einem GPU-Bericht vom Dezember 1922 hieß es, sie gäben, ebenso wie die Sozialrevolutionäre, praktisch kein Lebenszeichen von sich und hätten auf die Arbeiter, von wenigen unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, keinerlei Einfluss.[2] Der Zulauf, den eine sozialdemokratische Jugendorganisation unter Leitung von Andrej Kranichfel'd kurz darauf zu verzeichnen hatte, konnte das deplorable Bild nur kurzfristig aufhellen, denn bis Mitte der 20er Jahre landeten die meisten Aktivisten in Gefängnissen und Lagern.[3] Die Auslandsdelegation der Menschewiki in Berlin wurde so zum eigentlichen Zentrum der Partei.

Die menschewistische Emigration bildete eine relativ stark geschlossene Gruppe von etwa 70 Personen, von denen einige auch miteinander verwandt oder verschwägert waren. Dies und die Tatsache, dass nur in Russland bewährte Genossen als Mitglieder fungieren konnten und die Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse der Zeit vor der Emigration gleichsam eingefroren wurden, sicherte lange Zeit die Homogenität und Konsistenz der Gruppe. Auch wenn die Sozialdemokratie in der Sowjetunion nicht mehr offen in Erscheinung trat, existierte sie in Form konspirativer Zellen weiter, die den Zusammenhalt pflegten und die Auslandsdelegation mit Nachrichten versorgten. Gestützt auf die Auswertung auch aller weiteren zugänglichen Informationsquellen wurde das Parteiorgan „Socialističeskij Vestnik“ (Sozialistischer Bote) eine der bestinformierten Exilpublikationen, die selbst in sowjetischen Führungszirkeln gelesen wurde. Der stete Fluss von Nachrichten aus der Heimat bezeugte, dass die Exilmenschewiki nicht völlig den politischen Boden unter den Füßen verloren hatten und legitimierte sie nicht nur als Sowjet-Experten, sondern auch als eine aktive sozialistische Partei, die Anspruch darauf erheben konnte, in der Sozialistischen Arbeiterinternationale gehört zu werden, insbesondere wenn es um russische Dinge ging. Der menschewistische Repräsentant Rafail Abramovič spielte hier eine hochaktive Rolle.

Die deutsche Sozialdemokratie bot den Menschewiki recht gute Möglichkeiten von Arbeit und Engagement. Einige Menschewiki lieferten eine Fülle von Artikeln für die sozialdemokratische Tagespresse und bestritten praktisch deren ganze Russland-Berichterstattung; Jurij Denike alias Georg Decker wurde von Rudolf Hilferding in die Redaktion der theoretischen Zeitschrift „Die Gesellschaft“ geholt, zu deren produktivsten Mitarbeitern ein anderer Menschewik, Aleksandr Šifrin gehörte. Vladimir Vojtinskij brachte es sogar bis zum Leiter der Statistikabteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und als Mitautor des „Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan“-Planes, eines präkeynsianischen Arbeitsbeschaffungsprogramms der deutschen Gewerkschaften von 1932, sogar zu einer gewissen Prominenz. Für die SPD waren die Menschewiki nicht nur ein intellektueller Zugewinn, sondern angesichts ihrer permanenten Auseinandersetzung mit einer starken kommunistischen Partei wichtige Zeugen für die Realität der bolschewistischen Diktatur.

[2] „Soveršenno sekretno“: Lubjanka – Stalinu o položenie v strane (1922–1934 gg.), T. 1: 1922–1923 g., č. 1, Moskva 2001, S. 490.

[3] *André Liebich*, From the Other Shore. Russian Social Democracy after 1921, Cambridge, Mass. u. a. 1997, S. 127; Boris Sapir, einer der jugendlichen Aktivisten, schildert seine Lagererfahrung in: *David Dallin/Boris Nicolaevsky*, Forced Labour in Russia, London 1947, S. 170–188.

Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang eine Großveranstaltung vom März 1931, als die SPD gegen die erstarkenden extremen Flügelparteien kämpfte. Im Berliner Sportpalast, dort also, wo Goebbels zwölf Jahre später den totalen Krieg proklamieren sollte, traten der italienische Sozialist Pietro Nenni und Rafail Abramovič unter dem Motto „Gegen Gewalt und Justizmord" vor 20 000 Zuhörern auf. Abramovič brandmarkte den in Moskau laufenden sogenannten „Menschewiki-Prozess", der sich gegen eine Reihe längst aus der Sozialdemokratie ausgeschiedener Personen und einen einzigen aktiven Menschewiken richtete, als absurdes Justiztheater.[4] Tatsächlich waren die Vorwürfe der Anklage, die auf dem Szenario einer menschewistischen Verschwörung zum Umsturz der Sowjetmacht mittels einer ausländischen Intervention basierten, reine Erfindungen. Die Geständnisfreudigkeit der Angeklagten war durch Folter zustandegekommen.[5] Die Berliner Kundgebung war vielleicht eine der ersten antitotalitären Großveranstaltungen der Geschichte, allerdings hätte eine solche Bezeichnung weder dem Selbstverständnis Nennis noch dem von Abramovič entsprochen. Keiner von beiden hätte wohl, wie im Vorjahr der sozialdemokratische Theoretiker und Bolschewismuskritiker Karl Kautsky, Mussolini als den Affen Lenins bezeichnet. Denn obwohl die Menschewiki nicht müde wurden, auf Ungerechtigkeiten und Widersprüche in Sowjetrussland hinzuweisen, sahen sie, jedenfalls ihr *mainstream*, die bolschewistische Diktatur als Entartung der Revolution, nicht als Gegenrevolution. Die revolutionären Errungenschaften galt es zu bewahren, die Diktatur, so hoffte man, könnte von einer aktivierten Arbeiterklasse schrittweise demokratisiert werden. Jeden Versuch der gewaltsamen Änderung der Verhältnisse lehnten die Menschewiki ab, weil dies ihrer Meinung nach eine konterrevolutionäre bonapartistische Diktatur zur Folge haben müsste. Der Feind stand für sie rechts, links gab es einen Gegner, der den Kampf gegen den immer bedrohlicher werdenden rechten Feind erschwerte. Genau das war es, was Abramovič der Sowjetunion vorwarf.

II.

Die Frage, ob die Sowjetunion und die Kommunisten als Partner im Kampf gegen den europäischen Faschismus taugten, war nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus in Deutschland und vor allem nach der Wendung der Komintern vom Sozialfaschismus- zum Volksfrontkurs hochaktuell. Die einst so stolze deutsche Sozialdemokratie war nun eine geschlagene Partei, ihre Führung teilte mit den Menschewiki das Los von Verfolgung und Exil. Allerdings war die innere Kohärenz bei der SPD nicht so hoch wie bei den Menschewiki. Strömungsgegensätze spitzten sich im Exil zu; alte Konflikte gewannen beim Versuch, die Lage historisch zu reflektieren, neue Brisanz; aktivistische Splittergruppen entfalteten hohe Attraktivität. Dazu kam die Zerstreutheit auf mehrere Exilländer. Die Widerstandsformen der deutschen Sozialdemokraten und Sozialisten waren denen der Menschewiki aber recht verwandt: kein demonstrativer Aktivismus, Wahrung des

4 *Jürgen Zarusky*, Die deutschen Sozialdemokraten und das bolschewistische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzepte 1917–1933, München 1992, S. 268ff.

5 Zum Menschewiki-Prozess die zweibändige russische Edition der Untersuchungsakten von A. L. Litvin mit der Einleitung unter dem treffenden Titel „Der Gerichtsprozess gegen eine nichtexistierende Partei": *A. L. Litvin* (Hrsg.), Men'ševistskij process 1931 goda. Sbornik dokumentov v 2-ch knigach, Moskva 1999 [Einleitung S. 3–36]; *Liebich*, Other Shore, S. 199–214.

Zusammenhalts von politisch Gleichgesinnten und eine „Offensive der Wahrheit“, die ein realistisches Bild des Dritten Reiches zeichnen sollte. Mit den Grünen Berichten, die auf Mitteilungen von Vertrauensleuten basierten, versuchte man die internationale Selbstdarstellung des NS-Regimes durch detaillierte Informationen aus einer kritischen Perspektive zu konterkarieren, ähnlich wie das die Menschewiki mit ihren publizistischen Aktivitäten hinsichtlich der Sowjetunion taten. Die Haltung zu den jeweiligen heimischen Regimen unterschied sich indes fundamental: Drängten die Menschewiki auf eine Demokratisierung der Sowjetunion, weil sonst die Gefahr einer bonapartistischen Entartung der bolschewistischen Herrschaft drohe, so hatten die deutschen Sozialdemokraten die Alternativen Sturz des Hitlerregimes oder Krieg vor Augen. Im sogenannten Prager Manifest vom 28. Januar 1934 wurde sie ebenso eindeutig benannt wie die Folgen eines Sieges der faschistischen Diktaturen in einem kommenden Krieg: „Verewigung der Sklaverei und Bestialität im Innern und ihre Ausbreitung über die übrige Welt.“[6] Das Manifest stammte im Wesentlichen aus der Feder Rudolf Hilferdings, beteiligt war auch sein menschewistischer Weggefährte Georg Decker.[7] Der Fehler von 1918 sollte kein zweites Mal gemacht werden, so das Prager Manifest. Ein freies Staatswesen mit freien Wahlen sollte erst nach einer revolutionären Übergangsdiktatur der „Massenpartei der Arbeiterschaft“ geschaffen werden, nachdem die Macht des Nationalsozialismus zerschlagen, die Staatsverbrecher abgeurteilt und die sozialen Trägerschichten des NS-Regimes entmachtet worden seien. Der nationalsozialistische Volksgerichtshof sah in diesen Thesen eine Übereinstimmung mit den Kommunisten – eine ideologisch verblendete Einschätzung. Denn wie Hilferding Ende Januar 1935 gegenüber Paul Hertz äußerte, war gerade die Frage der Freiheit für ihn die eigentlich zentrale:

„Seitdem der Bolschewismus einen Sozialismus produziert hat, der auf Zwang und Unterdrückung und Terror beruht, ist für mich nur die eine Frage richtig. Freiheit oder Knechtschaft. Der Sozialismus kann jedenfalls beides bedeuten und die wirkliche Tragik besteht darin, dass Freiheit und Sozialismus nicht mehr wie bis 1917 identisch sind.“[8]

Ein halbes Jahr vor dieser Äußerung hatte sich in Frankreich eine bedeutsame Wende in den Beziehungen zwischen Sozialisten und Kommunisten abgezeichnet. Zur Abwehr der auch in Frankreich bedrohlich erstarkenden und putschbereiten extremen Rechten schlossen sie Ende Juli 1934 einen „Aktionspakt gegen den Faschismus“. Die in Frankreich ohnehin nie so laut aufgedrehte „Sozialfaschismus“-Platte wurde aus der kommunistischen Musicbox entfernt.[9] Der fundamentale Gegensatz zwischen Kommunisten und demokratischen Sozialisten blieb nichtsdestoweniger bestehen und er wurde auch auf der nationalen Konferenz der S.F.I.O. im Juli 1934 thematisiert, an der Dan und Abramovič

[6] *Erich Matthias* (Hrsg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer ergänzt durch andere Überlieferungen. Bearbeitet von Werner Link, Bonn 1968, S. 215–225, Zitat S. 223.

[7] *William Smaldone*, Rudolf Hilferding. Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten, Bonn 2000; *Michael Scholing*, Georg Decker (1887–1964). Für eine marxistische Realpolitik, in: *Peter Lösche/Michael Scholing/Franz Walter*, Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 57–80, hier S. 79.

[8] Zit. nach *Smaldone*, Hilferding, S. 243.

[9] *Andreas Wirsching*, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39, Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 555–561.

als Gastdelegierte teilnahmen. Als Jean Zyromski, einer der glühendsten Befürworter der Allianz mit den Kommunisten, erklärte, die „noblen russischen Sozialisten" würden den Anspruch aufgeben, dass in den Verhandlungen mit den Kommunisten die Frage ihrer in der UdSSR inhaftierten Genossen angesprochen werden sollte, und die beiden Russen dazu nickten, spendete der Parteitag Applaus.[10] Während Vertreter der sogenannten „außerparteilichen" rechten Opposition scharfe Kritik übten, kam ein unerwartetes Zeichen der Bestätigung aus der Sowjetunion selbst. Drei nach Kazan' verbannte Vertreter des äußersten linken Flügels der Menschewiki, darunter Martovs Bruder Sergej Ežov, begrüßten in einem Telegramm den kommunistisch-sozialistischen Pakt. Wenn das auch den Überzeugungen der Unterzeichner entsprochen haben mag, so handelte es sich letztlich doch um ein sowjetisches Manöver, denn seit 1921 hatte der kommunistische Staat keine menschewistische politische Willenserklärung mehr ins Ausland dringen lassen.[11]

Unter den deutschen Emigranten in Frankreich sahen viele die entstehende Volksfront als eine Chance, den Kampf gegen Hitler durch Vereinigung der antinazistischen Kräfte zu stärken, zumal nachdem die Komintern den Kurs auf ihrem VII. Kongress 1935 offiziell bestätigt und übernommen hatte. Unter der Leitung Heinrich Manns entstand in Paris 1936 das Volksfrontkomitee, an dem sich zwar der SPD-Vorstand in Prag nicht beteiligte, wohl aber eine ganze Reihe einzelner Sozialdemokraten, unter ihnen die ehemaligen Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid und Toni Sender sowie als Vertreter der linkssozialistischen Sozialistischen Arbeiterpartei auch Willy Brandt. Als im Sommer in Spanien rechtsgerichtete Militärs mit dem Putsch gegen die Volksfrontregierung den Bürgerkrieg auslösten, geriet das Land weltweit in den Fokus der Linken, die hier die Chance gekommen sah, dem voranschreitenden Faschismus eine Niederlage zu bereiten und eine Wende der europäischen Entwicklung einzuleiten. „In Spanien liegt der Brennpunkt *aller* antifaschistischen Kämpfe, auch des unsern", schrieb Erich Kuttner von den SOPADE-kritischen Revolutionären Sozialisten Deutschlands am 4. Juni 1937 aus Valencia an Friedrich Stampfer in Prag und kritisierte die mangelnde Präsenz der offiziellen deutschen Sozialdemokratie, die auf deren Vorbehalte gegen die Einheitsfront mit den Kommunisten zurückzuführen sei.[12] Doch die Jahre 1936/37 brachten die Widersprüche der Volksfrontpolitik überdeutlich an den Tag. Der erste große Schauprozess in Moskau gegen Sinov'ev, Kamenev und andere fand einen zwiespältigen Widerhall. Während die Kommunisten in aller Welt, die gerade ihre Sozialfaschismus-Theorie ad acta gelegt hatten, nun begannen, hinter jedem unabhängigen Kommunisten oder Linkssozialisten einen sogenannten „trotzkistischen Gestapo-Agenten" zu wittern, stießen die Moskauer Schauprozesse beim nichtstalinistischen Teil der Linken auf massive Kritik. „Der Moskauer Prozess hat katastrophal gewirkt und die Volksfrontpolitik schrecklich kompromittiert", schrieb Rudolf Hilferding am 28. August 1936 an Friedrich Stampfer.[13] Für die Menschewiki, aber auch für die internationale Sozialdemokratie insgesamt, stellte sich das Problem der Bewertung der Sowjetunion neu. Schon die Etablierung der Alleinherrschaft Stalins und seine „Revolution von oben", die Industrialisierung und die

10 *Liebich*, Other Shore, S. 252ff.
11 Ebd., S. 253.
12 *Matthias*, Mit dem Gesicht nach Deutschland, S. 294.
13 Ebd., S. 285.

gewaltsame Zwangskollektivierung hatten die alte menschewistische Linie in Frage gestellt; Vertreter des rechten Flügels hatten, erfolglos, eine entschiedene Verurteilung der bolschewistischen Diktatur verlangt.[14] Doch noch im November 1936 hieß es in einem offenen Brief der Auslandsdelegation an den Rätekongress der Sowjetunion, der die Stalinverfassung verabschieden sollte: „An euren Kongress heften sich die Hoffnungen der gesamten arbeitenden Menschheit." Der Brief listete detailliert die grundrechtlichen Mängel der Verfassung auf, blieb dabei aber – angesichts der Tatsache, dass Unterdrückung und Terror in der UdSSR zugleich deutlich angesprochen wurden – einem eigenartigen, geradezu naiv anmutenden Rechtspositivismus verhaftet.[15] Es war vor allem Fedor Dan, der die Hoffnung auf eine Demokratisierung der UdSSR von innen heraus nicht aufgeben wollte und nach jeder noch so fadenscheinigen Hoffnung griff.[16] Dabei assistierte ihm sein österreichischer Freund Otto Bauer. Der Austromarxist kam auf orthodoxen Denkwegen zu dem Schluss, die Sowjetunion werde sich nach vollendeter Industrialisierung demokratisieren, da das Proletariat dann die Mehrheit in der Gesellschaft bilden werde und die proletarische Diktatur nicht mehr nötig sei.[17] In der Auslandsdelegation der Menschewiki aber gärte es bereits seit geraumer Zeit, und auch Abramovič begann von den alten Positionen abzurücken. Dazu mag eine tragische persönliche Erfahrung beigetragen haben – der Verlust seines Sohnes Mark Rein. Dieser war als Mitglied der linkssozialistischen Gruppe „Neu Beginnen" Anfang März 1937 nach Barcelona gereist, um für die spanische Republik als Radiotechniker in einer Rüstungsfabrik zu arbeiten. Schon kurze Zeit nach seiner Ankunft verschwand er spurlos. Obwohl Abramovič Himmel und Hölle in Bewegung setzte, zweimal selbst nach Spanien reiste und von der Sozialistischen Arbeiterinternationale bis hin zu den spanischen Anarchisten bei der Suche nach seinem Sohn unterstützt wurde – allerdings nicht von den Kommunisten vor Ort, die sich in verdächtigen Ausflüchten ergingen, und auch nicht von der der Sowjetunion gegenüber stets überaus friedliebenden Labour Party – blieb Mark Rein verschwunden, und sein Schicksal ist bis heute unaufgeklärt. Es besteht allerdings der begründete Verdacht, dass er wie eine ganze Reihe anderer nichtkommunistischer Linker den Aktivitäten des NKWD in Spanien zum Opfer gefallen ist.[18]

Der Hitler-Stalin-Pakt und insbesondere die darauffolgende sowjetische Expansion in Osteuropa ließen Dans Beharren auf der objektiv progressiven Qualität der Sowjetunion immer obskurer erscheinen. Im Februar 1940 kam es zu einer offenen Revolte gegen ihn, angeführt von Abramovič, dem Parteirechten Peter Garvi und Boris Nikolaevskij. Dan trat als Parteivorsitzender und Mitherausgeber des „Socialističeskij Vestnik" zurück. Der Pakt bildete zweifelsohne, wie Hartmut Mehringer herausgearbeitet hat, eine grundlegende Weichenstellung für den Sozialismus, indem er insbesondere den Linkssozialisten die letzten Illusionen über die Sowjetunion

[14] *Zarusky*, Deutsche Sozialdemokraten, S. 264ff.

[15] Der Brief ist abgedruckt bei *Hartmut Rüdiger Peter* (Hrsg.), Fedor I. Dan und Otto Bauer. Briefwechsel (1934–1938), Frankfurt/M. u. a. 1999, S. 170–177.

[16] *Peter*, Dan und Bauer, S. 199 (Dan an Bauer, 17.08.1936).

[17] *Raimund Löw*, Otto Bauer und die russische Revolution, Wien 1980, S. 163–173.

[18] *Patrick von zur Mühlen*, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Berlin u. a. 1985, S. 192–199; *Liebich*, Other Shore, S. 261ff.

raubte.[19] Eine solche katalytische Wirkung übte er auch auf die Menschewiki aus. Bezeichnend für die intellektuellen Umorientierungen im deutschen wie im russischen Sozialismus ist der Aufsatz „Staatskapitalismus oder totalitäre Staatswirtschaft" von Rudolf Hilferding, der im April 1940 im „Socialističeskij Vestnik" erschien.[20] In Auseinandersetzung mit der These des britischen Trotzkisten Ryan Worrall, in der Sowjetunion bestehe ein Staatskapitalismus, kam Hilferding darin zu dem Schluss, dass sich in der Sowjetunion, ähnlich wie in Deutschland und Italien, der Staat von der Wirtschaft gelöst habe und sprach explizit vom „totalitären Staat", in dem nicht die Politik durch die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft durch die Politik bestimmt sei.[21] Das war nichts weniger als die von einem der berühmtesten Marxisten des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts vollzogene Wende vom marxistischen zu einem totalitarismustheoretischen Denkansatz. Diese Entwicklung fand bereits im Schatten des Zweiten Weltkriegs statt. Hilferding, der nach dem deutschen Einmarsch in Frankreich gezögert hatte Fluchtchancen zu nutzen, wurde vom Vichy-Regime ausgeliefert und starb unter ungeklärten Umständen am 11. Februar 1941 in Gestapohaft in Paris. Den Menschewiki war es hingegen gelungen, in ihr drittes und letztes Exil, die USA, zu gelangen. Sie kamen vollständig, aber tief gespalten dort an. Dans Anhänger sammelten sich um die neue Zeitschrift „Novyj put'" (Neuer Weg)[22] – und entwickelten eine immer apologetischere Haltung zur Sowjetunion. Der Abramovič-Flügel hingegen bewahrte auch nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion Reserve, wenngleich er keinen Zweifel daran ließ, wen es nun als Hauptfeind zu bekämpfen galt:

> „Tatsächlich und ganz unabhängig vom Willen Stalins ist Russland in diesem Ringen ein Mitkämpfer auf Seiten der Demokratie geworden. – Für jeden ehrlichen Gegner Hitlers wird eine jede Macht, die gegen Hitlers Divisionen die Waffen erhebt, zum Verbündeten der Demokratie und der Arbeiter der ganzen Welt. Als solche muss sie das Maximum jeder möglichen materiellen und moralischen Hilfe erhalten ... Ohne unsere Stellung zu ändern, stellen wir den Kampf um die Liquidierung des Stalin-Despotismus zurück hinter das erste Gebot der Zeit: den Krieg gegen den Weltfaschismus als den bösartigsten Feind der Menschheit ..."[23]

III.

François Furet stuft das erste Nachkriegsjahrzehnt als jene Periode ein, „während der die Anziehungskraft des sowjetischen Kommunismus auf die politischen Vorstellungen der Menschen im 20. Jahrhundert ihr Höchstmaß erreicht".[24] Für die Menschewiki traf das

[19] *Hartmut Mehringer*, Der Pakt als grundlegende Weichenstellung für den Sozialismus, in: *Gerhard Bisovsky / Hans Schafranek / Robert Streibel* (Hrsg.), Der Hitler-Stalin-Pakt. Voraussetzungen, Hintergründe, Auswirkungen, Wien 1990, S. 119–123, S. 122.

[20] Deutsche Übersetzung in *Cora Stephan* (Hrsg.), Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940, Berlin u. a. 1982, S. 297–328.

[21] Ebd., S. 293 und 295.

[22] *Liebich*, Other Shore, S. 269ff. Das Vorläuferorgan „Novyj mir" (Neue Welt) war schon mit wenigen Nummern in Frankreich erschienen.

[23] Zit. nach Sozialistische Mitteilungen. News for German Socialists in England, Nr. 28, 1941, Ende Juli, S. 19 (online verfügbar unter ‹http://library.fes.de/fulltext/sozmit/som-b-index.htm›).

[24] *François Furet*, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, S. 457.

nicht zu. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde für sie angesichts der sowjetischen Expansion die Bekämpfung des stalinistischen Totalitarismus wichtiger denn je. Einen bedeutsamen Beitrag leistete David Dallin, der 1947 in Kooperation mit Boris Nicolaevskij ein grundlegendes und aufsehenerregendes Werk über die sowjetischen Lager herausbrachte: *Forced Labor in Soviet Russia*. Der Menschewik Boris Sapir hatte einen Beitrag über seine Erfahrungen im Lager auf den Soloveckij-Inseln beigesteuert.[25] Das in der angelsächsischen Linken kontrovers debattierte Buch löste denunziatorische Angriffe von sowjetischer Seite aus,[26] die seine weiterreichenden Wirkungen indes nicht unterbinden konnten. So fußen die Ausführungen über sowjetische Lager in Hannah Arendts Totalitarismusbuch im Wesentlichen auf diesem Werk, das auch dazu beigetragen hat, dass das System der Zwangsarbeit in der Sowjetunion in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren immer wieder auf der Tagesordnung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen stand. Der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL (American Federation of Labor) nutzte die Anklagen gegen die massiven sowjetischen Verletzungen der Menschen- und Arbeiterrechte im Kampf mit dem kommunistisch gelenkten Weltgewerkschaftsbund und gab zugleich den Opfern des GULag eine Stimme. Überschneidungen mit dem von Dallin und Nicolaevskij vorgelegten Material sind nicht zufällig.[27] Die AFL wurde beim Wirtschafts- und Sozialrat von der emigrierten deutschen Sozialdemokratin Toni Sender vertreten. Der sowjetische Vertreter Carapkin konterte ihre Ausführungen auf der ersten Sitzung des Gremiums im Februar 1949 mit dem Hinweis auf Goebbels, der gesagt habe, man müsse eine Lüge nur oft genug wiederholen, dann werde sie auch geglaubt werden.[28] Im Hinblick auf eine politische Emigrantin, die den Volksfrontaufruf von 1936 unterzeichnet hatte und von der Gestapo in einem Bericht von 1938 als „Hetzrednerin gegen Deutschland" bezeichnet worden war[29] war das nicht nur wenig überzeugend, sondern schlichtweg infam. Dass es bei der sowjetischen Politik nicht um eine Diktatur *des* Proletariats, sondern um eine Diktatur *über das* Proletariat ging, hatte Toni Sender allerdings schon 1920 im Streit um den Beitritt der USPD zur Komintern verfochten.[30] Wie erwähnt, trat damals Julij Martov als Mitstreiter der Kominterngegner in der USPD auf. Dieser letzte Hinweis mag noch einmal illustrieren, dass ein wenig versteckt im Dickicht der Geschichte ein nicht ganz widerspruchsfreier, aber doch kontinuierlicher gemeinsamer antitotalitärer Entwicklungsstrang der russischen und deutschen Sozialdemokratie verlief, der nicht zuletzt aus der konkreten politischen Erfahrung von Verfolgung, Emigration und Widerstand erwachsen war.

[25] *David Dallin/Boris Nikolaevsky*, Forced Labor in Soviet Russia, London 1947, Sapirs Beitrag S. 170–188.
[26] *Liebich*, Other Shore, S. 304
[27] Sklavenarbeit in Russland. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund (American Federation of Labor) legt den Vereinten Nationen das Ergebnis seiner Ermittlungen zu dieser Frage vor, o. O. ca. 1950. Sowohl in dieser Broschüre wie bei Dallin/Nikolaevsky sind u. a. Berichte von Julius Margolin und Margarete Buber-Neumann enthalten.
[28] Ebd., S. 115.
[29] *Martin Schumacher* (Hrsg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. 3., erhebl. erw. Aufl., Bonn 1994, S. 462.
[30] *Tony Sender*, Diktatur über das Proletariat oder: Diktatur des Proletariats. Das Ergebnis von Moskau, Frankfurt/M. o. J. [1920].

Aleksandr Šubin

Der Kampf gegen den Totalitarismus in Russland: Etappen und Probleme

Bevor wir über die wichtigsten Etappen und Probleme der Geschichte des Kampfes mit dem Totalitarismus in der UdSSR sprechen, muss zunächst geklärt werden, was wir unter Totalitarismus verstehen. Als Ergebnis der Diskussionen auf dem durch das Institut für Allgemeine Geschichte der Russländischen Akademie der Wissenschaften veranstalteten Seminar „Demokratie und Totalitarismus" (1993–1996) scheint es am logischsten, den Totalitarismus als politisches Regime zu verstehen, in dem eine herrschende Gruppe (Oligarchie) innere Geschlossenheit und totale (völlige) Kontrolle über das Leben der Gesellschaft anstrebt, indem die legalen Erscheinungsformen gesteuert und unkontrollierbare politisch-gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen vernichtet werden. Totalitarismus ist die Maximalform des Autoritarismus. Insofern gab es in Russland zweimal ein System des Totalitarismus – in der Zeit des „Kriegskommunismus" (1918–1921) in Form eines instabilen Systems und in den Jahren 1929–1956, als das System stabiler war und sich auf eine industrielle Wirtschaftsgrundlage stützen konnte. In den Jahren 1921–1929 und 1956–1990 bestand in der UdSSR ein gemäßigteres autoritäres System, doch blieben totalitäre Einrichtungen erhalten, in denen auch totalitäre Verhältnisse herrschten (Elemente des Totalitarismus können auch in pluralistischen Systemen westlichen Typs überdauern). Im Autoritarismus wird weiter gegen den Totalitarismus gekämpft – als Kampf gegen totalitäre Institutionen und Züge des Regimes, gegen die Wiederherstellung des Totalitarismus.

Alternativen zum Totalitarismus

Der Kampf gegen den Totalitarismus beginnt bereits vor Entstehen eines totalitären Regimes – als Kampf für eine demokratische Alternative. Um die Aussichten eines solchen Kampfes zu verstehen, ist es wichtig zu klären, inwieweit im Russland der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine totalitäre Entwicklung hätte vermieden werden können. Nach dem Erscheinen zahlreicher Artikel über eine Alternative zum Stalinismus (damals hielt man die Lenin'sche Lehre, die NÖP und die Ideen Bucharins für eine solche Alternative) und des „Resonanzartikels" von Igor Kljamkin „Kakaja doroga vedet k chramu" (deutsch „Welcher Weg führt zur Kirche") wird seit 1987 zwischen „Alternativisten" und „Fatalisten" diskutiert. Die „Fatalisten" führen den Beweis, dass die Summe der Gründe für das Entstehen eines totalitären Regimes Russland praktisch keine andere Wahl ließ, die „Alternativisten" sind der Ansicht, dass es trotzdem Möglichkeiten für eine demokratische

oder eine gemäßigtere autoritäre Entwicklung als den Totalitarismus gab. Eine eigene Frage ist, wie die industrielle Modernisierung ohne die Mobilisierungsmöglichkeiten des totalitären Regimes hätte durchgeführt werden können. Ebenfalls 1987 wurde im Laufe einer durch den Verein „Perestroika" veranstalteten Diskussion von Pavel Kudjukin die Hypothese geäußert, es gebe Zeiten, die für Alternativen günstig seien (zum Beispiel Revolutionen), und Zeiten einer starren alternativlosen Entwicklung, deren Richtung durch die Ergebnisse des Widerstreits am „Punkt der Entscheidung" vorherbestimmt sei.

Zu den Gründen des Entstehens des Totalitarismus in Russland kann man die autoritäre Tradition der politischen Kultur zählen, die sich durch die weltweiten Prozesse des Strebens von Eliten nach einer Forcierung der industriellen Modernisierung erklären lässt. Doch es darf nicht vergessen werden, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts keine einzige der großen politischen Bewegungen im Land totalitären Charakter hatte. In allen Parteien tobte der innere ideologische Kampf, das Recht auf eine eigenständige Meinung wurde in unterschiedlichem Maße anerkannt.

Der wichtigste Faktor, der den Verlauf der Revolution beeinflusste, war der Erste Weltkrieg. Militärische Prinzipien, Kasernengrundsätze in der Organisation einer Gesellschaft haben eine gewisse Nähe zum Totalitarismus. Eine sehr große Rolle spielte die außer Kontrolle geratende Masse der Soldaten, die eine möglichst rasche Demobilisierung anstrebte. Zugleich verschärfte sich durch Krieg und Revolutionsereignisse die Wirtschaftskrise, die die ohnehin schwierige Lage der Werktätigen weiter verschlechterte. Die Marginalisierung der sozialen Struktur wurde zu einem langfristigen Faktor der sozialen Situation in Russland und in der UdSSR. Dies führte zu radikalen Stimmungen, zur Suche nach Möglichkeiten, diese kritische Situation mittels eines Sprungs zu überwinden. Auch der Übergang zur Industriegesellschaft fördert im Prinzip die Zunahme totalitärer Tendenzen, denn die Fabrikproduktion setzt eine totale Steuerbarkeit des Mitarbeiters im Rahmen der Spezialisierung voraus. In gewisser Weise ist der Totalitarismus die Übertragung der Organisationsgrundsätze einer Fabrik auf die ganze Gesellschaft.

Allerdings kamen die gleichen Faktoren auch in einer Reihe asiatischer und lateinamerikanischer Länder zusammen, ohne dass dies zu einer totalitären Transformation geführt hätte. Dies veranlasst uns, uns auf die Seite der „Alternativisten" zu schlagen und an die „subjektiven Faktoren" der Totalitarisierung zu erinnern – den Erfolg der bolschewistischen Partei, die sich zur Ideologie des totalen wirtschaftlichen Zentralismus (Marxismus) bekannte, und die Willenseigenschaften ihrer Anführer. Wobei eine vollständige Identifizierung der totalitären Alternative mit den Bolschewiki unzulässig wäre. In der Partei der Bolschewiki gab es Anhänger weniger harter Alternativen, und in den anderen sozialpolitischen Strömungen gab es Befürworter einer größtmöglichen Autoritarisierung, was auch zu einem Totalitarismus nicht marxistischer Prägung (wie zum Beispiel dem Faschismus) hätte führen können.[1] Man kann sagen, dass es in jeder einflussreichen Partei einen eigenen potentiellen Stalin oder Mussolini gab.

Eine strategische Möglichkeit zur Schwächung der totalitären Alternative in den unterschiedlichen Strömungen hätte ein Kompromiss zwischen den linken Strömungen, die damals die politische Bühne beherrschten (einschließlich der Bolschewiki), sein

[1] Ausführlicher siehe dazu *Ja. S. Drabkin/N. P. Komolova* (Hrsg.), Totalitarizm v Evrope XX veka. Iz istorii ideologij, dviženij, režimov i ich preodolenija, Moskva 1996, S. 61–63.

können – das Projekt einer homogenen sozialistischen Regierung. Doch die Versuche, im Juli – November 1917, einen solchen Kompromiss herbeizuführen und mit Unterstützung einer breiten sozialen Basis Reformen zu beginnen, misslangen.[2] Die radikalen Veränderungen, die die Minderheitsparteien (die Koalition aus Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären) vornahmen, führten zu einer Verschärfung der sozialen Konfrontation, zum Beginn eines umfassenden Bürgerkriegs und zur Ausbildung eines totalitären Regimes, das die Ressourcen für die Erfordernisse des Krieges mobilisierte. Der Totalitarismus des „Kriegskommunismus" stützte sich nicht auf die industrielle Organisation der Produktion und hatte daher keine Aussicht, sich nach Kriegsende zu behaupten. Mehr noch, der Versuch, ihn zu bewahren, führte in den Jahren 1920–1921 zu einer Fortsetzung des Bürgerkriegs. Die Alternative war entweder der Sturz des Regimes oder der Übergang zu autoritären Herrschaftsmethoden. Doch die totalitären Institutionen, die Ideologie und die marginalisierte Basis der herrschenden Elite blieben erhalten und bedingten die hohe Wahrscheinlichkeit eines totalitären Rückfalls in der Situation einer forcierten Modernisierung.

Diese Umstände schränkten die Möglichkeiten einer nicht totalitären Evolution des bolschewistischen Regimes ein. Moderne Untersuchungen[3] haben die beschränkten Möglichkeiten der NÖP gezeigt, die bereits 1927 den Zustand einer im Rahmen dieses Modells nicht zu überwindenden Krise erreichte. Die Abkehr von der NÖP war auf längere Sicht ohne Alternative, doch konnte diese Abkehr nicht nur in Richtung Totalitarismus erfolgen, sondern auch in Richtung Aufhebung des bolschewistischen Machtmonopols.

Das Problem des Ausmaßes der Opposition in den 20er und 30er Jahren oder ein Untersuchungsverfahren als historische Quelle

Die forcierte industrielle Modernisierung und der damit einhergehende Übergang zum totalitären Regime führten zu einer sozialen Krise, die mit der Krise von 1921 vergleichbar war. Was in den 30er Jahren im Land geschah, ist durchaus mit dem Begriff revolutionäre Situation zu beschreiben. Es gab beträchtlichen Widerstand, doch gewöhnlich wird die Ansicht vertreten, dass dieser vor allem aus den unteren Gesellschaftsschichten kam und in der politischen und intellektuellen Elite nicht sehr verbreitet war.

Allein im Jahre 1930 gab es über 1300 Unruhen, an denen mehr als 2,5 Millionen Menschen beteiligt waren. Das ist eine enorme Masse. Wenn man daraus eine Armee hätte bilden können, wäre es um die Macht der Bolschewiki geschehen gewesen. Doch das geschah nicht. Nach Ansicht von Nikolaj Ivnickij waren die Ereignisse von Januar – Februar 1930 der „Beginn eines von der sowjetischen Partei- und Staatsspitze provozierten Bürgerkrieges"[4]. Die Einstufung der Ereignisse des Jahres 1930 als Bürgerkrieg scheint unbegründet. Die Kundgebungen hatten nicht den massenhaften Charakter, der eine

[2] Ausführlicher siehe dazu *A. V. Šubin*, Socialisty v Rossijskoj revoljucii 1917–1921, in: Karlo Rosselli i levye v Evrope, Moskva 1999, S. 97–105.

[3] Vgl. *V. I. Sekušin*, Ottorženie. NĖP komandno-administrativnaja sistema, Leningrad 1990; *M. M. Gorinov*, Sovetskaja istorija 1920–30-ch godov: ot mifov k real'nosti, in: *G. A. Bordjugov* (Hrsg.), Istoričeskie issledovanija v Rossii. Tendencija poslednich let, Moskva 1996, S. 246.

[4] *Ju. N. Afanas'ev* (Hrsg.), Kooperativnyj plan: illjuzii i dejstvitel'nost', Moskva 1995, S. 50.

solche Einschätzung rechtfertigen würde. So kam es auch nach der Reform von 1861 zu massenhaften Unruhen, ohne dass diese Ereignisse als Bürgerkrieg betrachtet würden. Ein Bürgerkrieg ist die Spaltung der Gesellschaft in zwei oder mehr Teile, von denen jeder über eine eigene Führung im bewaffneten Kampf gegen die anderen Teile der Gesellschaft verfügt. Man kann zwar von einer Spaltung der Gesellschaft im Jahre 1930 sprechen, doch eine gemeinsame Führung der Aufständischen gab es nicht. Alle Voraussetzungen für einen Bürgerkrieg waren vorhanden, bis auf eine. „Wir hatten nicht genügend Führer." Die revolutionäre Situation entwickelte sich nicht zur Revolution.

Natürlich wurden die Unruhen rasch und brutal unterdrückt. Im Kugelhagel kamen Tausende von Bauern um. Daher kamen auf Tausende von Unruhen Dutzende von Aufständen. Aber kein einziger konnte sich lange halten – es geschah nichts, was mit den Zeiten von Machno und Antonov zu vergleichen gewesen wäre. Das ist ziemlich rätselhaft, denn trotz eines größeren Ausmaßes der Unruhen kam es nicht zu einem Bürgerkrieg. Warum konnten sich die Dutzende von Aufständen, die nicht unmittelbar unterdrückt werden konnten, trotzdem nicht ausbreiten? Nach Ansicht von Andrea Graziosi war der Grund dafür, dass man die Dörfer hatte entwaffnen können und die Anführer aus den Zeiten des Bürgerkriegs vernichtet worden waren. Doch seit dem Bürgerkrieg war eine neue Generation herangewachsen, und zugleich lebten noch zahlreiche Kommandeure der Partisanenabteilungen. Das war Stalin klar. Der Sinn der Entkulakisierung war ja gerade die massenweise Vernichtung der aktiven Bauernschaft, all derer, die die für die Organisation einer Partisanenbewegung erforderlichen Erfahrungen und Willenseigenschaften besaßen. Das schreibt auch Andrea Graziosi: „Die verbliebenen ‚anerkannten Feinde der Sowjetmacht' wurden in der ersten Phase der Entkulakisierung zur Zielscheibe."[5] Wir fügen hinzu – nicht nur anerkannte Feinde, sondern alle aktiven Menschen, die die Kollektivierung nicht unterstützten.

Stalin schlug „vorauseilend" zu, wobei er die Voraussetzungen dafür schuf, dass die ländlichen Außenseiter und Kommunisten die bäuerliche „Oberschicht" abschlachteten oder aus dem Dorf jagten. Natürlich blieb das Risiko, dass irgendwo ein Herd für einen Bauernkrieg entstehen konnte. Und, was bei einem Einparteiensystem besonders wichtig ist, es begannen Untergrundorganisationen zu entstehen, die eine der (zwar offiziell verurteilten, jedoch nicht physisch vernichteten) Strömungen der herrschenden Partei unterstützten. So hieß es zum Beispiel in einem Flugblatt:

> „Unsere gesamte Bauernschaft sowie unsere Organisation ‚Sojuz novejšej Rossii' solidarisiert sich mit der Rechten. [...] Mit dem sensationellen Einfall Stalins – dem Fünfjahresplan – wird das ‚freie' Russland erstickt. Es stirbt schon an seinen schmerzenden Wunden, es kann nicht mehr."[6]

Im Jahre 1930 wurde die bäuerliche Organisation „Pravaja opportunizma" (sic!) aufgedeckt, deren Agitation in der besten Tradition des russischen Usurpatorentums erfolgte – im Namen eines ... Pseudobucharins. Bezeichnend sind auch andere Mythen, die im bäuerlichen Umfeld verbreitet waren: „ [...] die wollen uns wieder in die Knechtschaft der Grundbesitzer zwingen, die Vladimir Il'itsch Lenin abgeschafft hat."[7]

5 *Andrea Graciosi* [*Graziosi*], Velikaja krest'janskaja vojna v SSSR. Bol'ševiki i krest'jane. 1917–1933, Moskva 2001, S. 46.

6 *G. I. Wedernikowa* (Hrsg.), Golosa istorii, Moskva 1990, S. 148.

7 Ebd., S. 149.

Angesichts der großen sozialen Mobilität in den Jahren 1917–1929, als die Vertreter der herrschenden Elite zahlreiche Verwandte und Bekannte in den unteren Gesellschaftsschichten hatten, war die Unzufriedenheit infolge der Kollektivierung ganz besonders gefährlich. Darauf weist ein weiteres bäuerliches Flugblatt jener Zeit direkt hin:

> „Und unterdessen hetzen diese kleinen Selbstherrscher die eine Klasse gegen die andere auf und fischen selbst im Trüben, und mit Gewalt führen sie einen in die Kollektivierung. Aber das Joch sollte den Bauern nicht wieder auferlegt werden, denn die ganze Bauernschaft schnappt in der gleichen Atmosphäre nach Luft, und auch unsere Kinder in der Roten Armee begreifen, dass sie zu Hause Hunger, Kälte, Arbeitslosigkeit, das Kollektiv, d. h. die Fronarbeit, erwartet.“[8]

Im Jahre 1932 kam es auch zu Unruhen in den Städten. Das geschah vor den Augen derjenigen, die über die Erfahrung der Revolution 1917–1922 verfügten – Bolschewiki genauso wie ihre Gegner. Warum entstand in dieser Situation in den 30er Jahren keine einflussreiche Opposition (wenigstens im Untergrund)? Oder entstand sie doch und wurde rechtzeitig von Stalin zerschlagen?

Die Einschätzung der Aussichten eines Kampfes mit dem Totalitarismus hängt vom Verständnis der Struktur, der Strategie und des Ausmaßes der Opposition ab. In dieser Hinsicht besteht in der Geschichtsschreibung keine Übereinstimmung. Nach der einen Lesart waren es heldenhafte Einzelkämpfer, die die Diktatur herausforderten, und nur ein kleiner Kreis ohnmächtiger Intellektueller hatte den Mut zu einer skeptischen Einstellung gegenüber Stalin und seinem Regime. Nach einer anderen Lesart gab es in der UdSSR in den 20er und 30er Jahren einen gut entwickelten und relativ handlungsfähigen politischen Untergrund. Beide Lesarten sind in offiziellen Deutungen der Sowjetzeit unterschiedlicher Perioden verwurzelt und leugnen auf dieser Grundlage emotional die Rechtmäßigkeit der jeweils anderen Schlussfolgerungen.

Ein Ansatz in Bezug auf die Ereignisse der 30er Jahre, den man als juristisch bezeichnen könnte, stützt sich auf die Direktiven des XX. Parteitags der KPdSU und verneint einen nennenswerten Widerstand gegen den Stalinismus. Der Charakter dieses Ansatzes wird an dem Beispiel der Definition deutlich, die das Komitee für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU, der KGB der UdSSR und das Institut für Marxismus-Leninismus nach der Prüfung des Verfahrens gegen das „sinowjewistisch-trotzkistische Zentrum“ im Jahre 1988 formulierten: „Es wird also festgestellt, dass die ehemaligen Trotzkisten und Sinowjewisten nach dem Jahre 1927 keinen organisierten Kampf mit der Partei führten [...].“[9] Unter Kampf mit der Partei wird dabei der Kampf mit der Parteiführung verstanden. Die heute zugänglichen Dokumente zeigen allerdings, dass zumindest in den Jahren 1928–1932 ein solcher Kampf stattfand.[10] Die Juristen tragen keine Schuld am Entstehen dieses Ansatzes, sie tun ihre Arbeit und beschäftigen sich mit der Frage der Sauberkeit von Schuldbeweisen vor Gericht. Nicht sauber bewiesen heißt dabei: nicht bewiesen. Doch rein juristische Argumente sind für den Historiker nicht ausreichend. Weil es im Mittelalter rechtswidrige Ermittlungsmethoden gab, darf man noch lange nicht leugnen, dass es zu jener Zeit Verschwörungen gab. Der historische Ansatz verlangt eine kritische Analyse

[8] Ebd., S. 150.

[9] *A. N. Jakovlev* (Hrsg.), Reabilitacija. Političeskie processy 30–50-ch gg., Moskva 1991, S. 190.

[10] Ausführlicher siehe dazu *A. V. Šubin*, Voždi i zagovorščiki: političeskaja bor'ba v SSSR v 20–30-e gody, Moskva 2004, S. 174, 250–255.

aller zugänglichen Quellen und den Vergleich ihrer Glaubwürdigkeit unter Berücksichtigung des Umfangs an Informationen, die über „den Fall" hinausgehen. Der historische Ansatz verlangt die Betrachtung der Ereignisse der 30er Jahre in unlösbarem Zusammenhang mit der Geschichte des ideologisch-politischen Kampfes der 20er Jahre.

Natürlich kann man vom heutigen Standpunkt aus nicht behaupten, dass die Anschuldigungen Stalins „gerichtlich bewiesen" seien. Aber man kann genauso wenig die Ansicht vertreten, dass vor diesem Hintergrund ein Widerstand gegen Stalin unter Beteiligung der führenden Vertreter der ideologischen Strömungen der 20er Jahre nicht stattgefunden habe. Der juristische Ansatz zerstückelt die Geschichte der 20er und der 30er Jahre künstlich. Die durch die Russische Revolution entfesselten machtvollen politischen Ströme verschwinden plötzlich, und die Partei wird zu einem Monolithen, an dessen Spitze ein blutrünstiger Verrückter steht, der zur eigenen Freude und aus kleingeistiger Rachsucht passive unschuldige „Lämmer" umbringt (in jüngster Vergangenheit noch kompromisslose Revolutionäre voller Ideen und Ambitionen).

Der juristische Ansatz ignoriert das soziale Umfeld, die reale Verschärfung der sozialen Konfrontation, die Stalin als „Verschärfung des Klassenkampfes" einschätzte. Schon Bucharin hielt dem entgegen: Wie kann es eine Verschärfung des Klassenkampfes geben, wenn der Kapitalismus schon zerschlagen ist? Doch heute ist es legitim, auch eine andere Frage zu stellen: Wie kann es sein, dass es sie nicht gibt, wenn Millionen von Menschen in Aufruhr sind?

Stalins Strategie – eine möglichst konsequente und grobe Realisierung des marxistischen sozialökonomischen Zentralismus – konnte nur durch die Überwindung des Widerstands aller sozialen Schichten und die gewaltsame Transformation aller Strukturen des Landes in eine einheitliche monolithische Machtvertikale umgesetzt werden. Alles musste sich gegen diesen Prozess wenden – die Persönlichkeit von Bauern und Beamten, die seit Beginn des Jahrhunderts fortbestehenden horizontalen Verbindungen, alle Klassen, deren Charakter sich schmerzlich veränderte, und schließlich die herrschende Bürokratie selbst. Denn am Ende des angestoßenen sozialen Prozesses der Ballung der Macht musste sich diese innerhalb einer eng begrenzten Oligarchie konzentrieren. Die gesamte Klassengewalt der Bürokratie musste sich im Zentrum der absoluten Macht konzentrieren, was den Interessen aller Schichten der Bürokratie widersprach. Außerdem erzeugte ein solcher Umbau millionenstarke marginale Massen, von denen sich ein Teil im Widerstreit mit den breiteren herrschenden Schichten um die Oligarchie scharte, während ein anderer Teil hoffnungsvoll auf den Zusammenbruch des bolschewistischen Regimes wartete.

Die Zerschlagung der außerparteilichen Opposition verschob das Zentrum des politischen Kampfes in das Innere der Partei. So sehr die Andersdenkenden ihre Fehler auch bereuten, es geschah doch nichts im Lande, was sie von einem Erfolg der Alternative Stalins hätte überzeugen können. Die Untergrundopposition existierte weiter und wartete auf einen günstigen Zeitpunkt, an dem der Alternative Stalins Einhalt geboten und ihr Führer der Macht enthoben werden könnte. In einem autoritären Regime, umso mehr in einem totalitären, wird dies als Verschwörung bezeichnet.

Wie kann man die Wahrheit von der Dichtung der OGPU trennen? Boris Anan'ič und Viktor Panejach, die das „Akademikerverfahren" untersucht haben, sind der Ansicht, dass es sich dabei um eine Fälschung mit Einsprengseln glaubwürdiger Informationen han-

delt.[11] Wahre Einsprengsel sind das Interessanteste an den Prozessen der 30er Jahre. Diese Einsprengsel sind Informationen über die letzten Heimstätten der von den Bolschewiki zerstörten Zivilgesellschaft.

Nikolaj Pokrovskij hat vorgeschlagen, zur Analyse der Dokumente über die Prozesse der 30er Jahre die Methode von Jakov Lur'e zu verwenden, die zur Analyse mittelalterlicher Prozesse vorgeschlagen worden war: In einer tendenziösen Quelle ist das glaubwürdig, was der Tendenz widerspricht und nicht glaubwürdig, was ihr nicht widerspricht.[12] Diese Regel bedarf einer Ergänzung. Die Realität kann der Tendenz auch entsprechen, aber das dürfen wir nur dann behaupten, wenn wir über weitere Quellen verfügen, die die „tendenziöse" Tatsache bestätigen.

Was ist nun als „Tendenz" der Ermittlungen in den „Fällen" der 30er Jahre zu betrachten? Die Tatsache, dass die Beschuldigten Andersdenkende waren? Ihre negative Einstellung gegenüber dem kommunistischen Regime? Die Existenz antibolschewistischer Organisationen? Die Bereitschaft, eine Intervention zu unterstützen? Schädlingstätigkeit? Anderes Denken und negative Einstellung zum Regime bestätigt zumindest Nikolaj Valentinov, der Mitte der 20er Jahre an den Diskussionen der Menschewiki teilnahm. Die Existenz einer Organisation ist Auslegungssache. Organisation kann man sowohl einen kleinen Kreis Andersdenkender als auch eine weitverzweigte Partei nennen. Das sind einfach unterschiedliche Organisationen. Nikolaj Suchanov widerspricht den Untersuchungsführern in seinen Aussagen vom Dezember 1930 trotz der Kapitulation eines Teils seiner Mitbeschuldigten: „In meiner Gegenwart äußerte niemals einer meiner Bekannten irgendeine Sympathie für interventionistische Pläne."[13] Suchanov leugnet auch kategorisch, etwas über Schädlingstätigkeit gewusst zu haben. Dies macht es möglich, das Geständnis von Interventionismus und Schädlingstätigkeit als Ausfluss der „Tendenz" der Ermittlungen zu betrachten (wenn keine anderen Gründe für den Verdacht des Interventionismus vorliegen, wie dies bei der Industriepartei der Fall war).[14] Charakter und Ausmaß der Organisation (im weitesten Sinne) der Andersdenkenden bleiben Gegenstand weiterer Forschungen.

Nach Ansicht Alter Litvins „wird aus den Geständnissen Suchanovs klar, dass er damals alles im Einvernehmen mit den Untersuchungsführern tat".[15] Ist das wirklich so klar? Erst mit der Zeit wird in den Aussagen Suchanovs eine allmähliche Verstärkung der „Tendenz" sichtbar. Er wich unter dem Druck der Untersuchungsführer allmählich zurück. Zu Beginn der Ermittlungen hatte es Suchanov jedoch vorgezogen, seine politischen Ansichten der Jahre 1927–1930 darzulegen. In seinen Ausführungen findet sich nichts Unwahrscheinliches: „Mir schienen neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch politische Erschütterungen unausweichlich zu werden." Angesichts der Unruhen

[11] *B. V. Anan'ič / V. M. Panejach*, Prinuditel'noe „soavtorstvo", in: *A. I. Dobkin / M. Ju. Sorokina* (Hrsg.), In memoriam. Istoričeskij sbornik pamjati F. F. Perčenka, Moskva/St. Peterburg 1995, S. 87–88.

[12] Vgl. *B. V. Anan'ič / V. M. Panejach*, „Akademičeskoe delo" 1929–1931 i srednevekovye političeskie processy v Rossii (sravnitel'naja charakteristika), in: Rossija v X–XVIII vv. Problemy istorii i istočnikovedenija, Moskva 1995; Otečestvennaja istorija 1998, Nr. 3, S. 144–145.

[13] *A. L. Litvin* (Hrsg.), Men'ševistskij process 1931 goda, Moskva 1999, Bd. 2, S. 63.

[14] Ausführlicher siehe dazu *Šubin*, Voždi i zagovorščiki, S. 228–229.

[15] *A. L. Litvin*, Sudebnyj process nad nesuščestvujuščej partiej, in: *ders.*, Men'ševistskij process, Bd. 1, S. 12.

im Volk musste „zur Rettung des Systems“ der KPdSU(B) vorgeschlagen werden, Zugeständnisse zu machen und eine eingeschränkte („gestutzte“) Verfassung zu akzeptieren, die nicht bolschewistischen Strömungen, die auf der Seite der Sowjetmacht und der Oktoberrevolution standen, das Recht auf legale Existenz zugestand. Nur in einer Situation der kompletten sozialen Katastrophe, „‚eines blutigen Breis‘ (wie sich einer der Teilnehmer unseres Kreises gerne ausdrückte)“ waren tiefer greifende Veränderungen und eine politische Blockbildung mit der Bauernpartei möglich: „Als jedoch der ‚blutige Brei‘ mir unausweichlich schien, sprach ich dies alles in einem Gespräch aus: Es sehe so schlecht aus, dass sogar eine Blockbildung mit Kondrat’ev möglich sei.“[16]

Suchanov gibt zu, mit Kondrat’ev die Möglichkeit der Gründung einer Bauernpartei erörtert, dies als „historisch legitim, wenn auch nur die geringste legale Möglichkeit dafür vorhanden ist“, betrachtet zu haben und der Ansicht gewesen zu sein, dass diese Partei eine sozialrevolutionäre Ideologie haben und sich auf längere Sicht mit den Sozialrevolutionären vereinigen solle. Doch die Perspektive eines Zusammenschlusses mit den Sozialrevolutionären „sagt Kondrat’ev nicht zu“[17]. Dieses Detail widerspricht der Tendenz der Ermittlungen, die jede der „Parteien“ mit einem ausländischen Zentrum in Verbindung brachte. Es gelang jedoch nicht, die Kondrat’ev-Gruppe mit ausländischen Gesinnungsgenossen in Verbindung zu bringen, und das lässt sich auch erklären – Kondrat’ev hielt sich selbst für einen Theoretiker, der groß genug war, um nicht Viktor Černov folgen zu müssen. Dies ist eine Tatsache, mit der sich die Untersuchungsführer abfinden mussten.

Diese von Suchanov bald nach seiner Verhaftung im August 1930 gemachten Aussagen haben eine innere Logik und widersprechen dem Ermittlungsschema komplett. Zur Propagierung seines Projekts einer „gestutzten Verfassung“ hielt es Suchanov für erforderlich, eine Gruppe zu gründen, die Ansehen im Lande genoss, und als deren Führer er Vladimir Groman, Präsidiumsmitglied der Staatlichen Plankommission und Kollegiumsmitglied des Zentralen Statistikamts, ausersehen hatte, einen innerhalb der sozialistischen Intelligenz bekannten und geachteten Mann. Doch im Frühjahr 1929 lehnte Groman das Projekt Suchanovs ab und bezeichnete seine Thesen als „stalinartig“. Daraus kann man folgern, dass der Versuch Suchanovs, eine Organisation zu gründen, gescheitert war. Doch steht dies einer anderen Auslegung nicht entgegen – Suchanov wurde nicht in die existierende Organisation aufgenommen, weil er „zu links“ war. Später, auf Suchanovs Geburtstag am 9. Dezember 1929, gab es zwischen Suchanov und Groman sogar eine hitzige Aussprache im Zusammenhang mit dem Verdacht, Suchanov sei Mitglied der deutschen kommunistischen Partei. Konnten die Menschewiki eine Führungsperson mit kommunistischen Anschauungen brauchen?

Aus den Erinnerungen Valentinovs ist bekannt, dass die in dem Verfahren von 1930–1931 Angeklagten – Vladimir Groman, Pavel Maljantovič und Ėmmanuil Gurevič – Mitglieder einer „Liga der objektiven Beobachter“ waren (eine beliebige, gewissermaßen „scherzhafte“ Bezeichnung).[18] Nach dem Prozess von 1931 kennen wir diese Organisation als Unionsbüro der Menschewiki, das mit den Narodniki aus der Arbeiter-Bauern-

[16] *Ders.*, Men’ševistskij process, Bd. 2, S. 53–55.

[17] Ebd., S. 52.

[18] *N. V. Valentinov*, Novaja ėkonomičeskaja politika i krizis partii posle smerti Lenina, Moskva 1991, S. 31, 363.

partei und den Liberalen aus der Industriepartei in Kontakt stand. Zugleich hielten sich im vorrevolutionären Offizierskorps, das in den Dienst der Roten Armee getreten war, konservative Stimmungen.[19] Diese konservativen Stimmungen hatten ein eigenes „Gehirn" in Gestalt einer Gruppe von Historikern („Akademikerverfahren"). Diese Situation war unter den Bedingungen eines stabilen Regimes in der Mitte der 20er Jahre durchaus tolerierbar, aber in der Krise der Jahre 1929–1932, die von einem faktischen Bauernkrieg und Unruhen in den Städten begleitet wurde, war die Existenz oppositionell gestimmter Gruppen mit reicher politischer Erfahrung und einem verzweigten Netz gegenseitiger Beziehungen extrem gefährlich für das Regime, so wie die bis dahin kraftlosen Oppositionsgruppen im Februar 1917 eine tödliche Gefahr für das Zarenregime dargestellt hatten. Es gelang, der Unruhen im Volk in den Jahren 1929–1932 gerade deshalb ohne großflächigen Bürgerkrieg Herr zu werden, weil sie keine landesweite Führung besaßen.

Die Struktur der gesellschaftlichen Organisationen, die Ende der 20er Jahre im Untergrund existierten, entsprach in ihren Ausmaßen insgesamt der informellen Opposition der Jahre 1987–1988, die bei der ersten sich bietenden Gelegenheit einen erfolgreichen Angriff auf das politische Monopol der KPdSU startete. Nur hatten die „Informellen" Ende der 20er Jahre wesentlich mehr politische Erfahrungen und Beziehungen. Stalin hatte Grund, diese Gruppen angesichts der akuten sozialen Krise zu fürchten, und er zog es vor, sie zu vernichten.

Doch die Zerschlagung der nicht kommunistischen Gruppierungen war für Stalin keine Lösung des Problems der innerparteilichen Opposition. Sie agierte weiterhin als „Schattenkabinett" und wartete darauf, dass einflussreiche Regional- und Militärführer Stalin der Macht enthoben und ein toleranteres Parteiregime errichteten. Inwieweit war dies eine ernst zu nehmende Gefahr für das totalitäre Regime?

Jedenfalls fürchteten die Mitglieder der Stalin-Führung eine solche Entwicklung ernsthaft, woran sie sich in privaten Gesprächen Jahrzehnte später erinnerten, als es politisch nützlich gewesen wäre, sich anders zu äußern.[20]

Nach der Aufdeckung der Gruppen Syrcov-Lominadze, Ėjsmont-Tolmačëv und Rjutin wusste Stalin, dass einflussreiche Beamte und ehemalige Oppositionelle aktiv Kontakt miteinander pflegten, und dass die Propaganda der Oppositionellen erfolgreich war. Und dies geschah in einem absolutistisch-totalitären System, das für einen Umsturz ideal war – für eine Änderung des große Unzufriedenheit hervorrufenden Kurses war es ausreichend, lediglich einige wenige Führungspersonen der Macht zu entheben oder zu vernichten.

Gab es Schritte zur Vorbereitung eines Umsturzes gegen Stalin? Die Forschungen zu diesem Problem wurden durch die Methoden der Stalin'schen Justiz und die nachfolgenden Enthüllungen dazu in Misskredit gebracht. Doch seit 1994 wird das Problem einer Verschwörung gegen Stalin auch von Stalin-kritischen Historikern wieder diskutiert.[21]

19 *Ja. Ju. Tinčenko*, Golgofa russkogo oficerstva v SSSR. 1930–1931 gody, Moskva 2000.

20 Vgl. z. B. *F. Čuev*, Tak govoril Kaganovič. Ispoved' stalinskogo apostola, Moskva 1992, S. 81, 138–140.

21 Vgl. *E. G. Plimak/V. S. Antonov*, Byl li zagovor protiv Stalina? In: Oktjabr' 1994, Nr. 3; *V. Rogovin*, 1937, Moskva 1996; *A. V. Šubin*, 1937 god: zagadka Bol'šogo terrora. Antistalinskij zagovor dejstvitel'no suščestvoval? In: Solidarnost' 1997, Nr. 13.

Es wird über die Existenz verschiedener Gruppierungen diskutiert, die damals, Mitte der 30er Jahre, eine Gefahr für Stalin und seine engsten Kampfgenossen darstellten:

1. linke Radikale (unter anderem Anhänger von Trotzki und Sinowjew), überwiegend junge Menschen, die von einer Wiederholung der Großtaten der „Narodnaja volja" träumten;
2. linkskommunistische Politiker, die verschiedene taktische Möglichkeiten zur Beseitigung der Stalin-Gruppe und Wiederherstellung der innerparteilichen „Demokratie" diskutierten;
3. rechte Intellektuelle;
4. „Parteibarone", die mit Stalins Zentralismus und Voluntarismus nicht zufrieden, von den ersten Ergebnissen der Umsetzung der Stalinschen Strategie enttäuscht und über die repressive Offensive des NKVD empört waren;
5. unzufriedene Militärführer.[22]

Die Beziehungen zwischen all diesen Gruppen sind instabil, die strategischen Ziele unterschiedlich. Doch es verbindet sie ein gemeinsames taktisches Ziel – die Beseitigung der Stalin'schen Oligarchie.

Die Anhänger des juristischen Ansatzes sind jedoch der Ansicht, dass es diese Gruppen und Bewegungen nicht gegeben habe. Denn sie hinterließen keine Dokumente oder Verfassungsentwürfe wie zum Beispiel die Dekabristen oder die Petraschewzen. Den Dekabristen war es allerdings gelungen, „zur festgesetzten Stunde" auf den Senatsplatz zu marschieren. Es hätte ihnen aber auch nicht gelingen können. Alexander I. war vor der Verschwörung gewarnt worden, hatte aber keine Maßnahmen ergriffen. Wenn er jedoch Maßnahmen ergriffen hätte, würden wir die Verschwörer anhand ihrer Geständnisse und Verfassungsentwürfe beurteilen. Die ein Jahrhundert später der Verschwörung Angeklagten gestanden zwar Verbrechen, hatten jedoch keine Entwürfe geschrieben. Ihre Ideen hatten sie in den 20er Jahren vollständig und erschöpfend formuliert.

Können wir nachvollziehen, ob die in Ungnade gefallenen bolschewistischen Führer nach den erneuten Reuebekundungen des Jahres 1933 loyal zu Stalin standen oder ob sie bestrebt waren, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in die Politik zurückzukehren? Können wir in den Kopf eines Kamenev im Jahre 1934 hineinschauen? Ja, wir können. Die führenden Vertreter der ideologischen Strömungen der 20er Jahre hörten auch in den 30er Jahren nicht zu schreiben auf. Ihre Gedanken waren mit den widernatürlichen Bedingungen des politischen Kampfes in der Stalin-Diktatur beschäftigt. Und selbst wenn von „etwas anderem" die Rede war, so wurde doch zwischen den Zeilen das tragische Schicksal einer Opposition „ohne programmatische Dokumente" deutlich.

Kurz vor seiner Verhaftung schrieb Lev Kamenev von Amts wegen im Verlag „Akademija" ein Vorwort für einen Sammelband über die Verschwörung des Catilina im alten Rom. Er vertritt die Ansicht, dass es sich dabei um eine „revolutionäre Bewegung", einen „letzten Versuch des Widerstands der republikanischen Elemente" gegen die Offensive des Cäsarismus handelte.

„Sie hinterließen der Geschichte keinerlei Zeugnisse zu ihrem Programm, ihren Plänen, ihren Absichten. Erhalten blieben lediglich Zeugnisse der Todfeinde ihrer Bewegung. […] Den Feind zu entehren, die sozialpolitische Bewegung auf eine Straftat zu reduzieren – das war das Ziel von beiden

[22] Ausführlicher siehe dazu *Šubin*, Voždi i zagovorščiki, S. 260–341.

[die die offizielle Ansicht Ciceros und Sallusts wiedergaben – A. Š.]. Die Aufgabe wurde erfolgreich gelöst... Catilina und seine Mittäter gingen als abschreckendes Beispiel politischer Abenteurer in die Geschichte ein, die bereit waren, um niedriger persönlicher Ziele willen, gestützt auf den Abschaum der Menschheit, die Grundlagen des menschlichen Miteinanders der völligen Zerstörung anheim zu geben. Das normale Schicksal einer zerschlagenen revolutionären Bewegung."[23]

Das Stalin'sche Wörtchen „Abschaum" verwendet Kamenev fast zur gleichen Zeit in einer Schrift über die sowjetische Gesellschaft, allerdings in einem anderen Zusammenhang – und wiederholt damit die Klischees der Stalin'schen Propaganda.[24] Dieses Wort wird auch in den Prozessen erklingen, in denen Kamenev und die anderen Teilnehmer der „zerschlagenen revolutionären Bewegung" des Versuchs, „die Grundlagen des menschlichen Miteinanders der völligen Zerstörung anheim zu geben", sowie einer Schädlingstätigkeit beispiellosen Ausmaßes beschuldigt werden.

Doch selbst wenn man die „Anklagereden Ciceros" (eine weitere Analogie Kamenevs) liest, kann man die Ziele der Bewegung Catilinas rekonstruieren. Die Analogien Kamenevs haben für uns möglicherweise auch methodologischen Wert – im 21. Jahrhundert ist es an der Zeit, die Ereignisse der 30er Jahre ohne die Fracht der ideologischen Voreingenommenheit des 20. Jahrhunderts zu untersuchen. Wie den Fall des Catilina oder des Zarewitschs Alexej.

Über die Ansichten der Anführer der innerparteilichen Opposition im 20. Jahrhundert wissen wir wesentlich mehr als über Catilina. Wir wissen unter anderem, dass sich ihre kritische Einstellung dem System Stalins gegenüber in der ersten Hälfte der 30er Jahre wenig änderte. So sagte der Trotzkist Christian Rakovskij, der „vor der Partei die Waffen gestreckt hatte", unmittelbar nach seiner Verhaftung, noch bevor er sich darauf einließ, sich selbst zu verleumden, über seine Ansichten: „Die proletarische Diktatur hat sich in einen Ständestaat verwandelt."[25] Ist es möglich, dass ein echter Bolschewik einem Ständestaat nicht den Kampf erklärt?

Nach und nach drang die „die Oppositionellen nicht entwaffnende" Propaganda in das Bewusstsein der Partei- und Staatselite ein: in das von Syrcov, Lominadze, Ėjsmont, Tolmačëv und eines Teils der Delegierten des XVII. Parteitags, darunter auch sehr einflussreicher. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen zu der Annahme, dass es auch in der Roten Armee „Generäle" (nicht nur „hundert Fähnriche") gab, die politische Fragen diskutierten und hofften, sich in den politischen Kampf einzumischen. So erinnerte sich die Ehefrau eines der verhafteten Heerführer, Lilja Brik:

„Das ganze Jahr 1936 lebte ich in Leningrad... Und in dieser Zeit stellte ich immer häufiger fest, dass an den Abenden Militärangehörige zu Primakov kamen, sich in seinem Arbeitszimmer einschlossen und bis spät in die Nacht dort saßen. Vielleicht wollten sie den Tyrannen tatsächlich stürzen."[26]

Hier muss daran erinnert werden, dass geschlossene Treffen von Parteiangehörigen außerhalb des dienstlichen Umfelds strengstens untersagt waren und als Fraktionsbildung verstanden wurden. Trotzdem gingen die Militärs dieses Risiko ein.

[23] RGASPI, f. 323, op. 1, d. 64, l. 1.
[24] RGASPI, f. 323, op. 1, d. 66, l. 6.
[25] *Rogovin*, 1937, S. 37.
[26] *Ju. S. Semenov*, Nenapisannye romany, Moskva 1990, S. 183.

In den 30er Jahren hatte Stalin allen Grund, um seine Macht und die Fortsetzung des von ihm eingeschlagenen strategischen Kurses zu fürchten. Der Sieg der Opposition, die Wiederherstellung des innerparteilichen Pluralismus führten zur Zersetzung des Regimes und später auch zur Liberalisierung der Gesellschaft. Ein ähnlicher Prozess lief in den 50er bis 70er Jahren auch in so unterschiedlichen Ländern wie Spanien, Portugal, Polen, Jugoslawien u. a. ab.

Im Kampf gegen diese Perspektive war Stalin der Ansicht, er müsse nicht warten, bis klare Beweise für die Schuld seiner Gegner vorlagen, und vernichtete die Verdächtigen wie die Despoten vergangener Jahrhunderte, wobei er ihre Schuld stark übertrieben darstellte, um zu verhindern, dass die elenden Volksmassen der Opposition Mitgefühl entgegenbrachten. Im Unterschied zu den Despoten in einer traditionellen Gesellschaft verfügte Stalin jedoch über die enorme Macht einer Industriemaschinerie, unter anderem einer Maschinerie zur Vernichtung von Menschen. Er konnte „flächendeckend zuschlagen", und daher beträgt der Preis für den Sieg seiner Strategie Millionen von Menschenleben.

Antiautoritäre Opposition und totalitäres Erbe

Letzten Endes waren die Anstrengungen der Stalin'schen Oligarchie zur Erhaltung und Festigung der sozialen und politischen Einheitlichkeit vergeblich, denn die vernichteten Nomenklatura-Clans erneuerten sich mit jeder neuen Führungsgeneration. Ihr Interesse an einer Autonomie gegenüber dem Zentrum und einem Ende der blutigen Säuberungen wurde stärker. Der Übergang vom Totalitarismus zum Autoritarismus war eine Frage der Zeit, aber jedes Jahr, das zuvor verging, führte zu einer Festigung der totalitären Institutionen, die auch nach der Abkehr vom Totalitarismus als System weiterhin wichtige Elemente der sowjetischen Gesellschaftsordnung waren. Vor allem geht es dabei um die mit dem ideologisch-politischen Monopol der KPdSU und der zentralisierten Steuerung des Wirtschaftslebens zusammenhängenden Einrichtungen und Normen. Das Gegenstück hierzu waren Pluralisierung und Selbstorganisation der Gesellschaft, die in den 50er Jahren begannen.

Die für die Abkehr vom Totalitarismus ausschlaggebende Wasserscheide war der XX. Parteitag der KPdSU – der entscheidende Schlag gegen das totalitäre Regime wurde von oben geführt und war das Ergebnis eines Kompromisses der herrschenden Gruppen. Nikita Chruščev hielt am 25. Februar 1956 die Geheimrede „Über den Personenkult Stalins und seine Folgen". Erstmals seit den 20er Jahren kritisierte ein führender Vertreter der kommunistischen Partei Stalin öffentlich. Die meisten Anwesenden standen nach den Worten Chruščevs unter dem Eindruck eines weltanschaulichen Umsturzes. „Gott" war zur Quelle des Bösen geworden. Die Grundlagen der „ideologischen Standfestigkeit" der nach dem Prinzip der bedingungslosen Treue zu Stalin und seinen Erben ausgesuchten Parteielite waren zerstört. Erstmals wurde die Parteipraxis nicht aus der Sicht der Interessen des „Proletariats", das heißt der Parteiführung, überprüft, sondern vom Standpunkt der „allgemein menschlichen" Moral. Die Rede und die nachfolgenden ZK-Beschlüsse führten unausweichlich zu einer Pluralisierung der öffentlichen Meinung, zu Diskussionen in der Gesellschaft: Liegt der Grund für das Abweichen von den sozialistischen Prinzipien, mit denen ursprünglich Demokratismus und soziale Gerechtigkeit verbunden

worden waren, nur bei Stalin? Die sowjetische Gesellschaft war nicht länger politisch einheitlich, sie spaltete sich in Stalinisten und Antistalinisten. Und dies bedeutete das Ende der totalitären Entwicklungsperiode des kommunistischen Regimes.

In der neuen Atmosphäre kamen auch andere Diskussionsthemen auf – zum Beispiel zwischen den „Physikern" (Technokraten) und den „Lyrikern" (Geisteswissenschaftlern).

Die Anhänger der unterschiedlichen Meinungen veröffentlichten Artikel in den Literaturzeitschriften, die, wie auch im 19. Jahrhundert, die Rolle von „Parteien" spielten. Konservative Autoren, die das „Tauwetter" als schädliche Abweichung vom Kurs des Aufbaus des Kommunismus betrachteten, veröffentlichten vor allem in den Zeitschriften „Oktjabr'" und „Neva". Eine antistalinistische Position nahmen die Redaktionen der Zeitschriften „Junost'" und „Novyj mir" ein. In den 50er Jahren wurden sowohl Filme gedreht, die die Kommunisten besangen („Kommunist"), als auch solche, die die sowjetischen Führer lächerlich machten („Karnaval'naja noč'").

Es bildeten sich zahlreiche „informelle" Bewegungen – die Umweltbewegung (1958 die Bewegung der Naturschutzkommandos), die pädagogische Kommunardenbewegung (1956), verschiedene Musik- und Gesangsströmungen. Diese Bewegungen hatten eine eigene Struktur, die von den Partei- und Komsomolorganen kaum kontrolliert wurde. Doch auch die informellen Bewegungen, selbst offen protestierende soziale Aktionen (einschließlich der brutal unterdrückten Arbeiterunruhen in Novočerkassk im Jahre 1962), hielten den allgemeinen Rahmen der marxistisch-leninistischen Ideologie ein, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen.

Die Verurteilung Stalins ermöglichte es, Werke zu veröffentlichen, die das kommunistische Regime von seiner unansehnlichsten Seite zeigten (die größte Resonanz hatte die Erzählung „Ein Tag im Leben des Ivan Denisovič" von Solženicyn). Doch der legale Kampf mit den totalitären Einrichtungen, die in der Vergangenheit bestanden hatten (mit dem Stalinismus), wurde stark eingeschränkt, und die Intelligenz musste die Grenzen des Möglichen ständig abtasten, wobei es von Zeit zu Zeit offizielle „Rüffel" gab.

Versuche, über den von der Parteiführung sanktionierten Rahmen hinauszugehen, wurden streng geahndet. Insgesamt wurden in den Jahren 1959–1962 wegen antisowjetischer Propaganda 1601 Personen durch den KGB verhaftet (in den Jahren 1967–1970 unter Brežnev waren es 381). Nichtsdestoweniger gab es im Vergleich zur Stalinzeit weniger Repressalien, und während des „Tauwetters" entstand eine Bewegung Andersdenkender (Dissidenten), das heißt von Menschen, die andere Ansichten vertraten als der offizielle Marxismus-Leninismus. In diesen Jahren entstand auch der „Samizdat" als Grundlage der dissidentischen Infrastruktur. So war es möglich, die Isolation zwischen den einzelnen Gruppen von Andersdenkenden, die es selbst in der Stalin'schen Nachkriegsgesellschaft gegeben hatte, zu überwinden. Allerdings kann man von einem allgemeinen Klima des Andersdenkens erst in Bezug auf das „Tauwetter" sprechen. Die Konsolidierung der Bewegung der Andersdenkenden erfolgt schrittweise in der ersten Hälfte der 60er Jahre. Es kristallisiert sich eine Menschenrechtsplattform der Bewegung heraus.

Die Demonstration vom 5. Dezember 1965 zeigt, dass die Bewegung von der Menschenrechtsthematik dominiert wird, und sie bekommt einen weiteren Namen – Menschenrechtsbewegung. Schrittweise bildeten die Dissidenten eine eigene Subkultur aus, die an eine in feindlichem Umfeld agierende Enklave der westlichen pluralistischen Ge-

sellschaft erinnerte. Diese Subkultur existierte neben anderen informellen Milieus.[27] Obwohl die Dissidenten die totalitären Einrichtungen besonders heftig kritisierten, war dies nicht ihre Hauptaufgabe. Man kann sagen, dass die gesellschaftlichen Strömungen der UdSSR den totalitären Institutionen den größten Schaden allein durch die Tatsache ihrer Existenz und ihrer Unkontrollierbarkeit zugefügt haben. Dies führte zu regelmäßigen Angriffen der Behörden auf Dissidenten und Informelle. In der Regierungszeit Andropovs war die Dissidentenbewegung faktisch zerschlagen, die informelle Bewegung in ihren Möglichkeiten stark eingeschränkt und in die Nische der Dissidenten gedrängt. Doch die Zerschlagung der Dissidenten bedeutete nicht, dass der ideologische Pluralismus in der sowjetischen Gesellschaft ausgelöscht worden wäre.

Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung apolitisch war, gab es im Lande eine beträchtliche Gruppe von Menschen, die unterschiedliche ideologische Positionen vertraten. Die Herausbildung einer Zivilgesellschaft in der Sowjetunion ging weiter. Eine relativ breite Schicht der Intelligenz diskutierte weiter über die aktuellsten Probleme der Geschichte und Gegenwart. Man kam in Küchen und Raucherzimmern von Betrieben zusammen und stritt heftig miteinander. Hier bildete sich eine informelle öffentliche Meinung heraus, die nach der „Enthüllung des Personenkults" wiederhergestellt worden war und nie wieder verschwand. Auch in den Hörsälen der Hochschulen gab es mehr oder weniger freie Diskussionen über geisteswissenschaftliche Probleme.

Neben dem streng offiziellen Standpunkt, der in diesen Disputen von den orthodoxen Kommunisten vertreten wurde, können noch zwei weitere Hauptpositionen hervorgehoben werden: die „Bodenständigkeit" und der „Liberalismus". Zu den „Bodenständigen" („Počvenniki") gehörten die „Dorfschriftsteller" Rasputin, Solouchin u. a. Die „Bodenständigen" waren der Meinung, die nationalen russischen Traditionen müssten im Leben der sowjetischen Gesellschaft gestärkt, der Atheismus aufgegeben und der Bruch mit der vorrevolutionären Vergangenheit überwunden werden. Die „Bodenständigen" kritisierten die seelenlose naturschädigende technische Entwicklung und die Kulturlosigkeit der Bürokratie. Zugleich idealisierte ein Teil der „Bodenständigen" das vorrevolutionäre Leben in Russland und suchte die Gründe für die sozialen Nöte in einer „Verschwörung" der Juden. Die wichtigsten Werte der „Bodenständigen" waren die nationale Kultur und die nationale Einheit.

Die „Liberalen", unter denen sowohl Dissidenten als auch einflussreiche Parteifunktionäre waren, glaubten, dass Reformen notwendig waren, die das Leben in der UdSSR freier und demokratischer machen würden. Freiheit und Demokratie verstanden die Liberalen jedoch unterschiedlich. Für die einen war es ein Kopieren des Gesellschaftssystems der westlichen Länder mit Parteienvielfalt und einem „freien Markt", für die anderen die Beibehaltung des Sozialismus, allerdings unter Rückkehr zu dessen demokratischen Grundsätzen, die von den Bolschewiken aufgegeben worden waren.

Die Diskussionen zwischen „Bodenständigen" und „Liberalen" wirkten sich auch auf die Parteielite aus. Unter den einflussreichen Parteibeamten gab es sowohl Anhänger der „Bodenständigkeit" als auch Befürworter der „liberalen" Strömung. Zu großen Teilen

[27] Ausführlicher siehe dazu *A. V. Šubin*, Ot „zastoja" k reformam. SSSR v 1977–1985 gg., Moskva 2001, S. 423–508.

nahmen die Diskussionen in den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre die Reformen der 80er und 90er Jahre vorweg.

Die drei Wellen der Befreiungsbewegung

Der Beginn der Perestroika war durch einen Akt gekennzeichnet, der zu einem deutlichen Anwachsen der Oppositionsbewegung führte. Im Dezember 1986 wurde aus außenpolitischen Erwägungen die politische Entscheidung getroffen, die strafrechtliche Verfolgung von Opposition einzustellen. Natürlich räumte dies den Andersdenkenden keinerlei politische Freiheiten oder gar Garantien gegen künftige Verfolgungen ein, doch es ermöglichte eine Wiederherstellung der Oppositionsstrukturen.

Es schien, als wäre die Sternstunde der Dissidenten gekommen. Sie kamen aus den Lagern und Gefängnissen frei. Doch die Dissidentenbewegung der 60er/Anfang der 80er Jahre konnte nicht wiederbelebt werden – die meisten Anführer waren schon kampfesmüde. Einige Menschenrechtsverfechter waren im Westen bekannt genug geworden, um das Leben voller Gefahren und Unbilden in der UdSSR gegen ein ruhiges, bequemes Alter im Ausland einzutauschen. Nach 1986 blutete die Dissidentenbewegung durch die Emigration aus, doch auch die im Lande verbliebenen Säulen des Kampfes für die Menschenrechte, wie zum Beispiel Andrej Sacharov, brauchten eine längere Erholungszeit, und die meisten von ihnen waren nicht politisch aktiv. Eine Ausnahme waren einige Aktivisten (Valerija Novodvorskaja, Lev Timofeev u. a.), die sich der informellen Bewegung anschlossen, oder denen es aufgrund ihres Status und ihrer Stellung gelang, Zugang zu offiziellen Publikationen zu erhalten (Roj Medvedev, Igor Šafarevič u. a.). So setzte paradoxerweise das Ende der Verfolgung der Dissidentenbewegung den Schlusspunkt unter die Bewegung. Das Klima änderte sich, die Dinosaurier starben aus. Es begann die Hegemonie der Informellen in der gesellschaftlichen Bewegung. In der ersten Zeit wurde ein ausgesprochen breites Spektrum gesellschaftlich-kultureller Jugendbewegungen und Strömungen, die sich der Kontrolle durch Partei und Staat entzogen, als informell bezeichnet, angefangen von Philatelisten und Rockern bis hin zu Punks und Hippies. Doch schon 1987 blieb diese Bezeichnung an sozialen und politischen Initiativen „hängen". Das ist ganz natürlich, denn die Perestroika war eine Zeit der Politisierung. Wenn wir also im Folgenden von Informellen sprechen, dann sind damit soziale und politische Informelle gemeint.

Auf den ersten Blick stehen die dissidentische, die informelle und die demokratische Bewegung in einer Reihe, die den berühmten drei Generationen von Befreiungsbewegungen bei Lenin ähnelt. In der Praxis verlief der Entwicklungsprozess der Befreiungsbewegung nicht linear. Die Erosion des totalitären Regimes führte zu einem früheren Zeitpunkt zur Bildung eines informellen Milieus als zur Entstehung eines Menschenrechtsmilieus. Bereits Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre waren nichtdissidentische gesellschaftliche Bewegungen entstanden, die bis heute existieren und als klassische Vorbilder der Informellen gelten – die Umweltbewegung (Naturschutzkommandos) und die pädagogische Bewegung (Kommunarden).[28]

[28] Ebd., S. 509–586.

Dissidenten, Informelle und „Demokraten“ stellen drei Wellen der gesellschaftlichen Bewegung dar, die durch unterschiedliche Züge gekennzeichnet sind. Die Dissidenten zeichnen sich durch den Vorrang der Menschenrechtsthematik und das „Tabu“ einer Zusammenarbeit mit den Behörden und der Anwendung von Gewalt aus. Den „Demokraten“ eignete ein sehr viel breiteres Spektrum politischer Interessen und die Ausrichtung auf Zusammenarbeit bzw. sogar Unterordnung unter denjenigen Teil der herrschenden Elite, der öffentlich die ideologischen Postulate der Demokratie teilte (häufig die negativen – antibürokratische und später antikommunistische, antichauvinistische). Trotz der anfänglichen Abneigung gegen Gewalt befreiten sich die „Demokraten“ rasch von den aus den Anfangszeiten der Perestroika ererbten „Vorurteilen“ der Gewaltfreiheit, ein Teil von ihnen unterstützte recht aktiv den Schaubeschuss des Gebäudes des Obersten Sowjets im Jahre 1993.

Schon der Übergang von der Hegemonie der Dissidenten zur Hegemonie der Informellen zeigte, dass es keine Kontinuität gab. Die Beziehungen zwischen dem größten Teil der Informellen und ihrer Minderheit, die die Ideologie der Dissidenten geerbt hatte, waren nicht einfach. Die Mehrheit der Informellen stieß die Dissidenten ab und pflegte später eine skeptische Einstellung zum Demokratischen Bündnis. Den Charakter der Beziehungen zwischen Informellen und ehemaligen Dissidenten zeigt die Auseinandersetzung des Redakteurs der Zeitschrift „Mitin žurnal“, D. Volček, mit den führenden Leningrader Informellen. Volček beschuldigte die Informellen, sie seien unentschlossen, ihre Forderungen lokal begrenzt, sie offenbarten „in einem unheilvollen Hang zu Kompromissen“ „das Streben, ihre Organe nach dem bereits existierenden sowjetischen bürokratischen Schema aufzubauen“ und den „Wunsch, sich um jeden Preis, auch um den Preis einer unmittelbaren Spaltung, von der Menschenrechtsbewegung abzugrenzen“.[29] Elena Zelinskaja, Redakteurin der Zeitschrift „Merkurij“, antwortete ihm:

> „Über die Spaltung von Bewegungen, die sich nie vereinigt haben, zu sprechen, ist ebenso wenig korrekt wie über die Scheidung zweier Menschen zu berichten, die nicht nur nie verheiratet waren, sondern auch noch verschiedene Sprachen sprechen.“[30]

Die Unterscheidung der Informellen sowohl von der Dissidentenbewegung als auch von der allgemeinen demokratischen Bewegung ist nicht schwierig. Im Unterschied zu den Dissidenten hatten die Informellen keine Probleme damit, mit den Behörden zusammenzuarbeiten oder in staatlichen und halbamtlichen Strukturen präsent zu sein. Sie demonstrierten ohne besondere Gewissensnöte Loyalität gegenüber der herrschenden Ideologie und zerstörten dabei systematisch die Grundlagen des Regimes (mitunter übrigens unbewusst). Im Unterschied zu den „Demokraten“ waren die Informellen skeptisch gegenüber den anerkannten „Bauleitern der Perestroika“ und „demokratischen Führungspersonen“ aus der alten herrschenden Elite und zogen es vor, in kleinen Gruppen zu agieren, wobei die „demokratische Front“ immer wieder gespalten wurde. Die Informellen stellten lieber eine konkrete soziale Aktivität in den Mittelpunkt ihres Tuns, obwohl fast alle informellen Gruppen eine eigene, mitunter höchst exotische Ideologie besaßen (die Ideologieverliebtheit der Informellen gestattete es diesem Kreis auch gar nicht, einheitliche ideologische Prinzipien zu vereinbaren, während es den Dissidenten und Demokraten

[29] *K. G. Mjalo/S. V. Sokolov/V. I. Sverdlov* (Hrsg.), Po stranicam samizdata, Moskva 1990, S. 51.
[30] Ebd., S. 58.

leicht fiel, sich „im Grundsatz“ zu einigen). All das lässt, zusammen mit der Langlebigkeit der informellen Bewegung (mindestens seit dem Ende der 50er Jahre), vermuten, dass die Informellen nicht einfach eine Generation in der gesellschaftlichen Bewegung waren, die in den Jahren 1986–1990 vorherrschte, sondern ein weitreichendes, soziales und politisches Phänomen. Früher hatte die Politisierung einen Informellen zwangsläufig zum Dissidenten gemacht, doch mit Beginn der Perestroika konnte man den informellen Stil beibehalten, wenn man in die Opposition wechselte.

Wir wollen die unserer Ansicht nach wichtigsten Züge des informellen Milieus herausarbeiten:

– Vorherrschen horizontal ausgerichteter Beziehungen (im Gegensatz zur demokratisch-populistischen Bewegung und den Parteistrukturen in späterer Zeit);
– Befürwortung des sozialen Engagements, Neigung zur Suche nach neuen sozialen Formen, zum Alternativismus und „konstruktiven Utopismus“;
– organischer Demokratismus, Streben nach Selbstverwaltung und „kollektiver Führung“;
– gering ausgeprägte „Schriftform“ formaler Beziehungen, Ausbildung der inneren Struktur der Organisationen unter dem Einfluss realer persönlicher Beziehungen, Streben nach der Schaffung eines eigenen Mikroklimas und Lebensstils (dies gilt auch für die Dissidenten, jedoch nicht für die „Demokraten“, die mehrheitlich Privatleben und „gesellschaftliche Tätigkeit“ voneinander trennten);
– Fehlen strikter Einschränkungen für die Zusammenarbeit, zum Beispiel mit dem Staat (im Unterschied zu den Dissidenten und zum Beispiel den Anhängern der „Narodnaja volja“);
– Fehlen eines klaren ideologischen „Rahmens“ bei gleichzeitiger starker Ideologisierung der einzelnen Gruppen (im Unterschied zu den Dissidenten);
– Streben, „global zu denken, aber lokal zu handeln“, konkrete, sozial orientierte (das heißt, auf die Erzielung eines sozialen Effekts und nicht auf Gewinn ausgerichtete) Projekte zu haben, die die Ideen bestätigten oder deren Umsetzung beförderten.

Diese ganze Vielfalt von Kriterien kann auf einige einfache reduziert werden: soziales Engagement, Selbstverwaltung, Horizontalprinzip, Ausrichtung auf Zusammenarbeit, konkretes soziales „Machen“ bei gleichzeitigem Ideenradikalismus. Es ist unschwer festzustellen, dass ein solches Milieu sofort nach dem Verzicht des Staates auf die totale Kontrolle der Gesellschaft (also in den 50er Jahren) entstehen konnte (und entstand). Die informelle Bewegung war für die meisten Teilnehmer ein „Hobby“ und kein Beruf. Die Bewegung entwickelte sich „im Rahmen der Freizeit und des jungen Intelligenzmilieus“[31]. Nachdem in den 90er Jahren die für die sowjetische Gesellschaft charakteristische Überfülle an Freizeit bei garantiertem Arbeitsentgelt verschwunden war, engagierte sich ein bedeutender Teil der Aktiven aus den informellen Bewegungen beruflich als Mitarbeiter gesellschaftlicher Organisationen und Medien.

Informelle können existieren, ohne den Staat und andere offizielle Institutionen herauszufordern. Selbst wenn eine Herausforderung erfolgt, können sie auf eine Konfrontation (die auch nicht ausgeschlossen ist) verzichten und die feindlichen Einrichtungen von außen und innen „zersetzen“. Die ersten Aktionen der politischen Informellen im Jahre

[31] *M. Maljutin*, Neformaly v perestrojke: opyt i perspektivy. „Inogo ne dano“, Moskva 1988, S. 212.

1986 waren die Kampagnen für eine „Reform“ (faktisch Auflösung) des Komsomol, die Sammlung „sozialer Initiativen“ (das heißt sozialer, unter anderem auch oppositioneller Projekte) und den Schutz von Kulturdenkmälern in Moskau und Leningrad. Im Jahre 1987 bauten die zersplitterten informellen Strukturen ein Beziehungsnetz auf, das zur Grundlage der modernen Zivilgesellschaft in Russland geworden ist.

Es ist klar, dass ein Milieu politischer Informeller in der Anfangszeit einer revolutionären Entwicklung eine entscheidende und besonders sichtbare Rolle spielen kann – eine soziale Veränderung ist eingeleitet, Ideen werden gebraucht, breite soziale Schichten werden gerade erst in das politische Leben einbezogen, sind aber schon bereit, lokale soziale Initiativen zu unterstützen. Zu einem früheren Zeitpunkt zogen es die Informellen vor, „unauffällig“ zu agieren, später werden sie von den „Perestroika-gewandelten“ herrschenden Eliten und den auf eine Führungsperson ausgerichteten (was für einen Informellen inakzeptabel ist) Massen verdrängt.

Die Welt der informellen Organisationen war gewissermaßen ein Modell der demokratischen Gesellschaft, in der die Teilnehmer „große Politik spielten“, wobei sie ihre Energie im Kampf um Sitze in den „Koordinationsorganen“ verpulverten und jeden Punkt ihrer politischen Programme mit einem Feuer verteidigten, als arbeiteten sie am Entwurf eines schicksalhaften Gesetzes. Natürlich hatte auch das einen Sinn, denn die Informellen hatten bald gelernt, beachtliche Volksmassen auf die Straße zu bringen, und ihre Publikationen machten die „Glasnost’“ zur Meinungsfreiheit. Doch auch die „innenpolitischen“ Leidenschaften der „Spielzeugpolitik“ der Informellen hatten eine große Bedeutung. Sie waren ein beispielloses „Trainingslager“ – Hunderte künftiger politischer Führungskräfte, Journalisten und gesellschaftlich engagierter Menschen eigneten sich in wenigen Jahren die politische Kultur einer Gesellschaft mit langer politischer Tradition an.

Das Ergebnis war, dass die Opposition im Jahre 1989, als die KPdSU es mit Demonstrationen zu tun bekam, an denen Hunderttausende von Menschen teilnahmen, nicht nur Organisationsstrukturen herausgebildet hatte, sondern auch detailliert ausgearbeitete Programme eines Umbaus der Gesellschaft vorlegen konnte. Die demokratischen Bewegungen der Jahre 1988–1990, denen sich 1989 auch die organisierte Arbeiterbewegung (vor allem die der Bergarbeiter) anschloss, übernahmen die Losungen der kleinen „unadeligen“ Organisationen: Rechte und Freiheiten, Abschaffung des Einparteiensystems, soziale Gerechtigkeit, Selbstverwaltung, Selbstständigkeit der Regionen u. a. Generator der Ideen, die später durch den demokratischen Teil der Gesellschaft anerkannt wurden, waren informelle Gruppen wie „Bürgerwürde“, „Gemeinde“, „Klub der sozialen Initiativen“, „Demokratie und Humanismus“, „Perestroika“, „Moskauer Tribüne“ u. a. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre brachten diese Gruppen Ideen in Umlauf, die später von der „breiten Öffentlichkeit“ unterstützt wurden.

Ab 1988 entwickelte sich eine gewaltlose Revolution im Lande, massenhafte soziale Bewegungen wandten sich unmittelbar gegen die Organisationsprinzipien der Gesellschaft.[32] Millionen von Menschen engagierten sich sozial, begannen, Formen des gesellschaftlichen Lebens ins Leben zu rufen, die für die UdSSR neu waren – Parteien, Selbstverwaltungskomitees, unabhängige Periodika, kommerzielle Organisationen usw.

[32] Vgl. *A. V. Šubin*, Revoljucija v Rossii v 1988–1993 i neformal’noe dviženie, in: Social’nye transformacii v Evrope XX veka, Moskva 1998.

Das Bündnis aus Informellen, liberalen Kommunisten (das heißt, liberal eingestellten Statusmitgliedern der KPdSU) und den populistisch gestimmten Massen, das unter dem Namen „Demokraten“ bekannt ist, war bei den Wahlen in Russland im Jahre 1990 erfolgreich.

Mitte des Jahres 1990 hatten sich im gesellschaftlichen Bewusstsein der russischen Bevölkerung die Werte des Pluralismus und der ideologischen Toleranz, der bürgerlichen Freiheiten und der Selbstverwaltung, des Rechts der Menschen, an für sie lebenswichtigen Entscheidungen teilzuhaben, gefestigt. In Russland entstand eine legale und durch eine Vielzahl gegenseitiger Kontakte geeinte Zivilgesellschaft, die aus vom Staat unabhängigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen und informationsorientierten Organisationen bestand. Es sprossen die Keime einer unabhängigen Presse, das Verwaltungssystem wurde demokratischer. Vorübergehend wurde die Macht der Sowjets vor Ort wieder errichtet. Durch die Wahlen von 1990 entstand eine von der KPdSU unabhängige repräsentative Gewalt; die KPdSU selbst wurde daraufhin zu einer der beiden größten Parteien (die zweite war die Bewegung „Demokratisches Russland“). Die Steuerung der Wirtschaft ging in die Hände der Unternehmensführer über, Technokraten, die sich schrittweise in Kapitalisten verwandelten. Danach gab es in der UdSSR faktisch keine autoritäre Gesellschaft mehr, sondern eine pluralistische. Die Aufgaben des antitotalitären Kampfes waren erfüllt, und die Zerschlagung der Reste der totalitären Institutionen im Jahre 1991 hatte nur noch Symbolcharakter.

Wie in jeder pluralistischen Gesellschaft gibt es auch im modernen Russland nach wie vor Elemente totalitärer Beziehungen, die man sowohl in extremistischen Gruppierungen als auch in den Strukturen von Machtministerien und Mafia feststellen kann. Doch ein Wiedererstarken des Totalitarismus auf der Grundlage dieser Elemente ist wenig wahrscheinlich – ihre Werte und der Charakter ihrer wechselseitigen Verbindungen mit der Außenwelt orientieren sich an marktwirtschaftlichen und autoritären, jedoch nicht an totalitären Beziehungen. Doch sowohl in Russland als auch weltweit ist es für ein Gelöbnis, der Totalitarismus werde nicht auf neuer Grundlage wiedererstehen, noch zu früh. Die Zukunft bringt neue Technologien und neue Aufgaben, die es vielleicht eines Tages möglich machen, das Bewusstsein der Menschen noch effektiver zu kontrollieren, als dies den grobschlächtigen totalitären Regimen des 20. Jahrhunderts möglich war.

Marlen Korallov

Der letzte Brief – und ein P. S. nach 33 Jahren[1]

Vorworte werden gewöhnlich geschrieben, wenn ein Roman oder eine wissenschaftliche Arbeit fertig ist. Ich bin da auch nicht anders. Mich drängte es erst eine Einleitung zu schreiben, als ich unter die letzte Seite einen Punkt gesetzt hatte.

Vor zwei Jahren fand in München ein Treffen deutscher und russischer Historiker statt. Mir, einem altem GULAG-Häftling und Mitglied der Moskauer Gesellschaft Memorial sowie des russischen Pen-Clubs, wurde angeboten, die Aufmerksamkeit der Zuhörerschaft in Anspruch zu nehmen, aber für nicht mehr als eine halbe Stunde. Mein Thema waren die „Aufstände im GULAG". Ich hielt mich an die Vorschrift und konnte daher nur etwas zu den wichtigsten Aufständen in Workuta, Norilsk und Kengir sagen.

Vor zehn Tagen klingelte dann plötzlich das Telefon. Der Sammelband mit den Vorträgen des Münchner Treffens sei fertig. Mein Vortrag fehle jedoch noch. Weshalb das so sei? „Ich höre zum ersten Mal von diesem Sammelband und von der Möglichkeit sich daran zu beteiligen." – „Ihr Vortrag ist erwünscht." – „Aber das Thema ist unerschöpflich und hat seine Eigendynamik. Es werden ständig früher verbotene Archivdokumente und Erinnerungen veröffentlicht. Ich bin nicht im Stande, Ihnen dazu einen Überblick liefern. Der muss erst noch geschrieben werden."

In München stand man dem wohlwollend gegenüber und äußerte die Bereitschaft, eine Woche warten zu wollen, sogar anderthalb. Ich erklärte mich mit einer Eingrenzung des Themas einverstanden, war bereit, dem Ganzen einen memoirenhaften Anstrich und einen Touch in Richtung Publizistik zu geben …

Blieb mir nur noch, für die erwiesene Ehre zu danken und mich an die Arbeit zu machen.

Das Erste, was mir in den Sinn kam, war, dass wir schließlich ein „Jubiläumsjahr" haben. Siebzig Jahre! 1937 bis 2007. Der Begriff „GULAG" ist genau wie der Begriff „Holocaust" in alle Sprachen der Welt übernommen worden. Ganz allmählich hat man sich das globale Ausmaß des Verbrechens und der Tragödie, seine sozialpolitischen, wirtschaftlichen, geschichtsphilosophischen und psychologischen Wurzeln und Folgen für das 20. wie für das 21. Jahrhundert vergegenwärtigt. Während ich überlege, ob ich einen „Bericht", eine Abhandlung, ein Essay schreiben soll, mache ich mich also mit dem Strang um den Hals daran, die Reportage zu schreiben.

[1] Da im Text eine Vielzahl von Zitaten aus Alexander Solschenizyns „Archipel GULAG" wiedergegeben werden, in der russische Namen und Begriffe transkribiert und nicht transliteriert auftreten, wird im Interesse der Lesbarkeit in diesem Beitrag, abweichend von der sonstigen Praxis, durchgängig die Transkription und nicht die wissenschaftliche Transliteration verwendet.

Dann fiel mir ein zweites Jubiläum ein. Der Februar 1917 liegt jetzt genau neunzig Jahre zurück, ein Thema, das nichts an Aktualität eingebüßt hat, sondern erneut im Mittelpunkt des Interesses steht. Solschenizyn hat wiederholt den Versuch unternommen, sich für seine Bewertung des Februar 1917 Gehör zu verschaffen und eine Diskussion in Gang zu setzen. Wie es aussieht, ist ihm das misslungen. Die Reaktionen auf die Bemühungen des Autors in seinem Buch „Das Rote Rad" haben bestätigt, dass heute das seherische Wort des Schriftstellerpatriarchen weitaus weniger gilt als zu Zeiten des „Archipel GULAG". Warum?

Auf diese alles andere als leichte Frage werden sehr verschiedene Antworten gegeben, bisweilen auch in mit Tatsachen und gewichtigen Beweisen gespickten Büchern. Ich möchte hier die von mir neulich gelesene zweite, „erweiterte und ergänzte" Auflage des Buchs von Semjon Resnik „Gemeinsam oder getrennt?"[2] nicht unerwähnt lassen, auch nicht den zweiten Band der Erinnerungen von Benedikt Sarnow „Langweile gab es nicht"[3]. In diesem 700 Seiten umfassenden Band hat er sich in dem Kapitel „Feuer vom Himmel" auf 120 Seiten mit dem Weg Solschenizyns auseinandergesetzt.

Jetzt aber die Reportage unter dem Strang geschrieben. Deshalb breche ich meine Einleitung ab und entschuldige mich, dass ich so kurz angebunden bin. Ich würde mir diese Eile nicht erlauben, aber wer wird mir die Garantie geben, dass ich in meiner Vorratskammer, in meiner „eisernen Reserve" noch genug Zeit zusammenkratzen kann?

***

Aber nun doch noch eine weitere Vorbemerkung…

Sobald ich die Abhandlung losgeschickt hatte, gab ich langjährigen Freunden, sozusagen alten Kollegen, Kopien davon zu lesen. Dies rief eine kleine Auseinandersetzung hervor. Und zwar in meinem Beisein.

Der Bedenkenträger: „Mir scheint, dass du den Deutschen umsonst nachgegeben hast, als du ihnen diesen schnell gestrickten Entwurf geschickt hast. Darin wird der dir bekannte Patriarch der Wortkunst zur Hauptperson. Der ist bei Weitem kein Jüngling mehr und befindet sich nicht gerade in der besten sportlichen Form. Übrigens hat er ein feierliches Jubiläum vor sich, das du vergessen hast zu erwähnen. Du darfst keine Schläge austeilen, denn die verkehren sich in Schläge gegen den Verfasser solcher Bemerkungen. Deine Gegner werden auf dich eindreschen wie auf einen Mückenschwarm in der Taiga, und deine Verteidiger wird man im Gebüsch verstecken. Kannst du dich nicht dran erinnern, wie ich dir damals geraten habe ‚Schreib deine Memoiren!' War das nicht in den Sechzigern?"

Der Draufgänger: „Wenn das hier schon so ist, dass man ein, zwei Jahre vor großen Jahrestagen und dazu noch ein Jahr danach in der Presse den Quarantänezustand ausruft, dann werden die Memoiren als Genre ohnehin eingehen. Die Geschichte ist in uns und über uns. Die Wahrheit wird für die Gegenwart und für die Zukunft gebraucht. Und auch für die Vergangenheit. Was nun die Schläge angeht, die sind unzählige Male von allen Seiten auf den Patriarchen eingeprasselt, und schließlich hat er auch selbst anderen Schläge versetzt, ohne Mitleid zu haben. Es wäre aber nicht schlecht, wenn du meine

[2] *Semen Reznik*, Vmeste ili vroz'? Zametki na poljach knigi A. I. Solženicyna, Moskva 2003.
[3] *Benedikt Sarnov*, Skuki ne bylo, Moskva 2004.

Verbesserungsvorschläge noch in den Text einbringen und sie nicht zur Seite legen würdest. Bitte entschuldige, aber wir sind auch keine Jünglinge mehr. Ich selbst schaffe kaum noch was.“

Der zweiten Meinungsäußerung gab ich den Vorzug eben deshalb, weil ich kein junger Mann mehr bin. Bis jetzt habe ich es nur geschafft, mein Wort zu einer betrüblich geringen Anzahl von GULAG-Häftlingen zu sagen, die ins Jenseits befördert wurden und keine Möglichkeit mehr haben, ihren nicht selten in Druckerzeugnissen – und zwar bedauerlicherweise auch auf den Seiten des „Archipel“ – in den Schmutz gezogenen Namen zu verteidigen. Wenn ich, als einer, der sich hier zufällig noch aufhält und bis jetzt die Erinnerungen an das Erlittene bewahrt hat, dies nicht tue, wenn ich meine Schuld ihnen gegenüber nicht begleiche, wer wird dies dann überhaupt noch tun und wann?

So lege ich denn jetzt meinen Freunden und Ratgebern die überarbeitete Abhandlung in Dankbarkeit vor. Leider aber wieder als Reportage „mit einer Schlinge um den Hals… die Zeit!“

***

Wenn ich auf die Geschichte meines ersten Lageraufenthalts zurückkomme, bin ich dazu verurteilt, einige Zeilen zu wiederholen. Mit Lager meine ich kein Pionierjugendlager, kein Freizeitlager für Kletterer im Hochgebirge, sondern ein „Strafvollzugslager“.

Der Beschluss zur Einrichtung von acht, später zehn Sonderlagern für besonders gefährliche Verbrecher erging seitens des Politbüros 1948. Der Kalte Krieg war in voller Entfaltung, der strategische Kurs Stalins erforderte eine totale Unerbittlichkeit: gegenüber früheren Verbündeten, gegenüber Theaterkritikern, gegenüber der Achmatowa und Soschtschenko (schon 1946), gegenüber Michoels, gegenüber seinen Kollegen im JAFK, im Jüdischen Antifaschistischen Komitee…

Die Hauptzone des Lagers Pestschan-Lag[4] war das am Rande von Karaganda, dem wichtigsten Eisenbahnknotenpunkt von Kasachstan, gelegene Maikuduk. Über Karaganda gingen die Züge nach Süden und Norden, Osten und Westen. Selbstverständlich auch die mit den Häftlingstransporten.

Gegen Anfang der Fünfziger bestand das Häftlingskontingent in Maikuduk in der Wahrnehmung eines Neuankömmlings aus zwei ungleichen und nicht zueinander passenden Teilen, die aber nicht streng voneinander getrennt waren. Den hier bereits fest verwurzelten und fast stabilen Teil konnte man ohne große Mühe ausmachen. Denn diesen Leuten war die harte Maloche schon zur Selbstverständlichkeit geworden, und die gemeinsam verbrachte Zeit schien sie zu einer Einheit zusammengeschweißt zu haben. Der zweite Teil mit einem vergleichsweise kurzen Aufenthalt in Maikuduk wartete auf den nächsten anstehenden Weitertransport. Wohin? Das war für Lagerhäftlinge immer ein beängstigendes Geheimnis.

Diejenigen, die ihre Strafdauer in anderen Zonen endlich hinter sich hatten, wurden unbedingt nach Maikuduk transportiert. Von hier aus hat man sie dann nach Ausstellung ziemlich simpler Papiere in die Freiheit entlassen.

4 Anm. d. Übers.: In den Lagerbezeichnungen steht „Lag“ für „Lager. Hier handelt es sich um das „Sandlager“. Weitere Lager hatten ähnliche Bezeichnungen (z. B. Uferlager, Minerallager, Flusslager etc.).

An das genaue Datum meiner ersten Begegnung mit Jakubowitsch kann ich mich nicht erinnern. Es wird wohl 1951 gewesen sein, als er seinen zweiten Zehner hinter sich hatte. Und zwar ohne Pause. Die erste zehnjährige Freiheitsstrafe hatte er 1931 erhalten.

Da ich inzwischen schon etwas abgebrühter war, hatte ich es überhaupt nicht mehr eilig, mit jedem Frischling sofort Bekanntschaft zu schließen. Soll der doch erst mal zeigen, was er für einer ist, und sein Innerstes nach außen kehren. Dann wird sich schon zeigen, ob es sich lohnt ihm entgegenzukommen, ihn zu unterstützen. Auf Michail Petrowitsch Jakubowitsch passte diese Regel jedoch nicht. Er arbeitete sich sofort in den „Ausnahmebereich" vor. Wie viele waren im GULAG noch übrig von denen, die man in den Jahren der „großen Umwälzung"[5] dorthin verbracht hatte?

Der Alte hatte sich eine würdevolle Haltung bewahrt, er legte keine überflüssige Geschäftigkeit an den Tag. Er kam ohne Mitleid heischende Worte und Hilfe suchende Blicke aus nach dem Motto „Lasst mich doch etwas näher an den Ofen ran! Gebt mir doch ein weicheres Stück Brotrinde!"

Wenn ich hier der „Alte" geschrieben habe, dann muss ich jetzt doch etwas ungläubig lächeln. Er war irgendwann einmal hoch gewachsen gewesen, hatte jetzt aber eine gebeugte Haltung und gerade erst die Siebzig hinter sich gelassen. Ich habe jetzt schon die Neunzig hinter mir, sehe aber Jakubowitsch immer noch als ehrwürdigen Greis vor mir und mich selbst als gut gebauten jungen Mann. Wie immer.

Ein abendliches Gespräch reichte aus, um die Last zu spüren, durch die Jakubowitsch in der politischen Einzelhaft in Werchneuralsk, in den Zentralen und Lagern seine gebückte Haltung erworben hatte.

Bevor ich weiter berichte, möchte ich unterstreichen, dass ich jenen Memoirenschreibern keinen Glauben schenke, die die Gedanken ihres innigsten Freundes als die „heilige Wahrheit" ausgeben, die jener vor vierzig oder gar fünfzig Jahren angeblich verteidigt hat. Deshalb nutze ich lieber durch Dokumente belegte Zeugnisse.

Der „Archipel"[6] steht auf dem Bücherbrett drei Meter von meinem Schreibtisch entfernt, der von zu Makulatur gewordenen Meisterwerken überquillt.

Erster Teil, 10. Kapitel „Das Gesetz ist reif"[7].

Ich sehe schon die Zweifel der Leser auf mich zukommen: Haben wir denn das Recht, den „Versuch einer künstlerischen Bewältigung" im streng wissenschaftlichen Sinn des Wortes als Dokument anzuerkennen? Die Zweifel sind angebracht. Das dreibändige Werk ist von einem Prosaiker und Publizisten geschrieben, der freie Exkurse, Vermutungen und Hinzugedachtes nicht scheute. Aber nicht wenige der Fakten, die im Kapitel „Das Gesetz ist reif" dargelegt und auf Jakubowitsch bezogen sind, bin ich bereit als dokumentarisch anzuerkennen, und zwar aus folgenden Gründen. Erstens hat Jakubowitsch sie nicht dementiert. Zweitens hatte Solschenizyn beim Verfassen dieses Kapitels den Brief von Jakubowitsch an den Generalstaatsanwalt der UdSSR zur Verfügung. Drittens

[5] Anm. d. Übers.: „Jahr der Großen Umwälzung" war der Titel eines Stalin-Artikels vom 07.11.1929. Gemeint war damit die Kollektivierung.

[6] *Alexander Solschenizyn*, Der Archipel GULAG, Moskau: Verlag „Sowetskij Pisatel" 1989.

[7] Anm. d. Übers.: Die deutschen Zitate entstammen folgenden Ausgaben: Als Bd. 1 wird bezeichnet *Alexander Solschenizyn*, Der Archipel GULAG, I., II. Teil, Bern/München 1974; als Bd. 2 *ders.*, Der Archipel GULAG, Folgeband, III., IV. Teil, Bern/München 1974; als Bd. 3 *ders.*, Der Archipel GULAG, Schlussband, V., VI., VII. Teil, Bern/München 1976.

hat Solschenizyn zu seinen Gesprächen mit Jakubowitsch eine fast protokollarische Niederschrift dieser „peinlichen Befragung“ gefertigt. Und als letztes Argument sei Folgendes angeführt: Das Treffen von Solschenizyn und Jakubowitsch fand genau vor 40 Jahren, nämlich 1967, in der Wohnung von Alexander Petrowitsch Ulanowskij, der nicht nur den GULAG-Häftlingen aus der Stalinzeit in Erinnerung ist, in meinem Beisein statt. Dessen Ehefrau Nadeschda hatte ebenso wie ihr Mann ihre Haftstrafe abgebüßt und noch vor der Verhaftung seit den zwanziger Jahren auch als Kundschafterin zusammen mit ihrer Tochter Maja ein Buch zu den „Familienerinnerungen“ verfasst, das mehrere Auflagen auf mehreren Breitengraden erlebte. Übrigens hatte Maja als Mitglied einer Gruppe andersdenkender Jugendlicher sich auch ihr eigenes „Vierteljahrhundert“ verdient; drei aus der Gruppe wurden erschossen[8].

Der Allerhöchste kann jedoch auch Gnade walten lassen. Aus rein historischen Gründen mussten Maja und ihre Mitstreiter ihre Strafe nicht in vollem Umfang verbüßen. Das Tauwetter war gekommen.

Im vertrauten Moskau wurde Maja die Frau von Anatoli Jakobson, eines Kenners der russischen Literatur, den Lidija Tschukowskaja und David Samojlow, ein an der Herausgabe der berühmten „Chronik der laufenden Ereignisse“ beteiligter Dissident, ihrer Freundschaft für wert erachteten.

Das Treffen von Jakubowitsch und Solschenizyn fand im Haus am Sadowoje Kolzo, am Gartenring, statt, etwa dort, wo sich das Kino „Wstretscha“ befindet, nicht weit vom Kursker Bahnhof entfernt. Während die Befragung im kleinen Zimmerchen ihren Gang nahm, saßen Nadeschda Markowna, Wladimir Gerschuni und ich im großen Zimmer und reichten uns wieder einmal gegenseitig die noch handgeschriebenen Seiten des Romans „Im ersten Kreis der Hölle“ weiter.

Das Abschlussgespräch von uns Fünfen fand dann natürlich wieder im „Paradezimmer“ der üblichen bescheidenen Zwei-Zimmer-Behausung statt.

Solschenizyn und Jakubowitsch küssten sich zum Abschied. Wie sollte es auch anders sein? Schließlich hatten sie sich in der Nähe des Kinos mit dem symbolischen Namen „Wstretscha“ (Begegnung) kennengelernt. Eine andere Begegnung hätte weit, sehr „weit weg von Moskau“ stattfinden können[9].

Nun blättere ich also im „Archipel“ das historisch dokumentierte Kapitel durch.

Michail Jakubowitsch „machte schon so früh in Revolution, dass er nicht einmal das Gymnasium absolvierte. Im März 1917 war er bereits Vorsitzender des Deputiertensowjet in Smolensk.“[10] Er wurde in die Delegation gewählt, die zum Petrograder Sowjet fuhr. Dann begab er sich als Armeekommissar an die Südwestfront und nahm in Berditschew persönlich Denikin gefangen. Beim Prozess des Menschewistischen Unionsbüros vom 1. bis 9. März 1931 bedauerte er zutiefst, dass sie Denikin nicht sofort erschossen hatten…

8 Mitglieder der Organisation „Kampfbund für die Sache der Revolution“ waren Oberstufenschüler und Studenten der ersten Semester. Die im Frühjahr 1951 Verhafteten wurden im Februar 1952 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR verurteilt: Sluzkij, Gurewitsch und Furman erhielten die Todesstrafe; zehn ihrer Kameraden 25 Jahre und drei von ihnen zehn Jahre Lagerhaft. Vgl. *G. V. Kostyrčenko*, Tajnaja politika Stalina. „Meždunarodnye otnošenija“, Moskva 2001, S. 456f.

9 Titel des Romans des ehemaligen Lagerhäftlings Wassili Aschaswa.

10 *Solschenizyn*, Der Archipel GULAG, Bd. 1, S. 382.

„Der Juli 1917 traf ihn hart. Dass der sozialistische Petrogrbetter Sowjet den Beschluss der Provisorischen Regierung zum Einsatz von Truppen gegen andere Sozialisten guthieß, hielt er für einen schicksalhaften Fehler, auch wenn diese anderen Sozialisten zu den Waffen gegriffen hatten. Der Oktoberumsturz war kaum zu Ende, als Jakubowitsch seine Partei aufforderte, die Bolschewiki voll und ganz zu unterstützen und die von ihnen geschaffene Staatsordnung durch die eigene Teilnahme zu beeinflussen und zu verbessern. Schließlich wurde er von Martow mit dem Bann belegt und kehrte den Menschewiki, nun, da er jede Hoffnung verloren hatte, sie in bolschewistische Bahnen zu lenken, 1920 endgültig den Rücken zu.“[11]

Der Kürze halber lasse ich seinen weiteren Werdegang, der durch die Verhaftung abgebrochen wurde, aus[12]. Das Gerichtsverfahren wurde 1931 nach der gewohnten Manier abgespult. Kalter Karzer. „Heißer luftdicht verspundeter Karzer." Prügeln der Genitalien. „Die Marter war so arg, dass sich Jakubowitsch und sein Prozessgenosse Abram Ginsburg die Venen aufschnitten. Halbwegs wiederhergestellt wurden sie nicht mehr gefoltert und geschlagen, nur mehr auf zweiwöchigen Schlafentzug gesetzt." In Gegenüberstellungen mit anderen, die schon gestanden hatten, wurden sie von diesen bedrängt „zu gestehen“, Unsinn zu reden. Selbst der Untersuchungsrichter (Alexej Nassedkin) rief aus: „Ich weiß, ich weiß, dass es nichts davon gegeben hat! Aber – man verlangt es von uns!“[13]

Hier lasse ich der Kürze halber die Einzelheiten wieder weg. Solschenizyn hat sie sehr gekonnt ausgewählt, sie lassen einem geradezu das Blut in den Adern gefrieren. Aber das Gespräch bei Krylenko mit Schweigen zu übergehen, wäre unverzeihlich.

Alte Bekannte waren das! Als ein Hauptstadtvertreter – Krylenko selbst! – dem Smolensker Gouvernement in den zwanziger Jahren einen Besuch abstattete (mal richtig durchputzen da und die wieder zurechtstutzen), begab es sich, dass er zusammen mit Jakubowitsch in demselben Hotelzimmer – vielleicht gar in demselben Büroraum – sein Haupt niederlegen musste. Der Kriegskommunismus war aber jetzt Vergangenheit und die Räumlichkeit auch eine andere.

Krylenko: „Michail Petrowitsch, lassen Sie es mich geradeheraus sagen: In meinen Augen sind Sie ein Kommunist!... Ich zweifle nicht an Ihrer Unschuld. Doch es ist unser beider Parteipflicht, diesen Prozess durchzuführen. Ich bitte Sie, der Untersuchung in jeder Weise zu helfen, entgegenzukommen.“[14]

Jakubowitsch erfüllte sein Versprechen aufopferungsvoll. „Wahrscheinlich hatte ihm die Sowjetmacht auch noch nie einen so verantwortungsvollen Auftrag erteilt.“[15]

Vom Standpunkt der Geschichte aus gesehen hatte der Verfasser des „Archipel“ bei der Darlegung der Fakten wohl das Recht, Jakubowitsch mit Kübeln von Ironie und Spott zu überschütten. Ihr Treffen fand schließlich ein halbes Jahrhundert nach 1917 statt. Die im Februar und Oktober 1917 gehegten Illusionen hatten schwere Prüfungen bestehen müssen, grausame Prüfungen, die bis hin zur physischen Gewalt reichten. Aber ob er dieses Recht auch vom persönlichen Standpunkt her hatte? Da bin ich mir gar nicht sicher.

11 Ebd., S. 383.
12 Vgl. *A. L. Litvin* (Hrsg.), Men'ševistskij process 1931 g. V dvuch knigach, Moskva 1999.
13 *Solschenizyn*, Der Archipel GULAG, Bd. 1, S. 384.
14 Ebd.
15 Ebd.

Den Volksmassen ist wohlbekannt, dass es der Student Solschenizyn an der Universität bis zum Ehrentitel eines „Stalinstipendiaten" geschafft hat. Mit einer solch hohen Gnade wurde in der Epoche des Jahres 1937 bei Weitem nicht jeder beschenkt. Hatte der Student das Parteikomitee, das Ortskomitee oder gar die Professorenschaft etwa durch seine Nähe zur reinen Wissenschaft bestochen?

Nun haben wir den Großen Vaterländischen Krieg. Im Briefwechsel mit seinem engsten Freund genehmigt Solschenizyn sich unerwartet einige zwanglose Anspielungen.

Eine subjektive, aber zweifellos ebenso scharfsinnige Auseinandersetzung mit den von Solschenizyn über seine Militärvergangenheit geäußerten Einzelheiten hat Grigorij Baklanow vorgelegt. Im November–Dezember 2006 druckte die Internationale Jüdische Zeitung „nicht nur für Juden" aus dem relativ lang zurückliegenden Sammelband noch einmal eine Auswahl ab. Ich habe jetzt weder den Sammelband noch die Zeitung zur Hand. Für solche wie mich und ebenso für sehr vergessliche oder junge Menschen möchte ich unterstreichen, dass sich neben dem Rucksack, den Baklanow durch den ganzen Großen Vaterländischen Krieg geschleppt hat, das Köfferchen von Solschenizyn mehr als bescheiden ausnimmt.

Dank Durchhaltevermögen, Talent und Glück schaffte es Grigorij Baklanow nach seinem Abschluss am Literaturinstitut in die Garde der „Leutnantsprosa". Als Publizist und Mann des öffentlichen Lebens hat er auf dem Chefredakteursposten der Zeitschrift „Snamja" nicht wenige Siege errungen…

Als ich Baklanows Abhandlung las, stellte ich mir die psychologische Frage, die in diesen zurückliegenden Jahren in der Luft lag: Warum kam ein kluger, gebildeter Offizier nicht auf den Gedanken, dass seine Versuche, in die Fußstapfen Äsops zu treten, den Zensor kränken könnten. Dass der Zensor über seine freidenkerischen Anspielungen auf den „Alten", auf Onkel Joe, ins Stolpern geraten könnte.

Jetzt, wo ich meine aus den Romanen, Erzählungen, Lebenserinnerungen, Kritiken und Exkursen Solschenizyns gewonnenen Eindrücke gewissermaßen zusammenfassend werten kann, wage ich es, eine Arbeitshypothese vorzuschlagen. Solschenizyns ständige Sünde, die mal schwächer, mal stärker und heftiger durchscheint, besteht in seiner Neigung, sich selbst zu überschätzen und andere, unter anderem auch Historiker und Kollegen seines Handwerks, zu unterschätzen. Das ist eine recht verbreitete Sünde. Nette Mädels würden nicht auf die Bühne und in Schauspielerkarrieren drängen, wenn sie nicht von diesem Virus befallen wären, nette Jungs würden nicht angestrengt an Versen herumbasteln; und Leute, die die Wachsreife erreicht haben, würden wohl kaum in allen Sportarten den ersten Platz beanspruchen… Eine wunderbare Sünde, so lange sie Kräfte verleiht und nicht schon an Größenwahnsinn grenzt.

Die Haft.

Vor dem historischen Hintergrund Russlands ist dies ein unendliches Thema. Um zu diesem Thema qualifizierte Überlegungen anstellen zu können, sollte man sich zuallererst den Chroniken zuwenden. Man darf sich dabei jedoch nicht verzetteln…

Die heutigen Memoirenschreiber konzentrieren ihre Aufmerksamkeit auf die Grausamkeiten des Strafverfolgungssystems, das dazu geschaffen war, Unschuldige zu foltern und Wahrheit wie gesellschaftliches Wohl zu verachten.

Historiker mit Zugang zu den vergilbten Ermittlungsdossiers quetschen aus den Protokollen Beweise, um damit einer Politdirektive, die von oben oder unten, von rechts oder links an sie herangetragen wird, Genüge zu tun.

Mir hat keiner irgendwelche wie auch immer gearteten Direktiven erteilt. Ich kann mir den Luxus erlauben, ohne Rücksichtnahme ein wenig über das vom „Archipel" vorgegebene Thema nachzusinnen. Zuallererst gelten meine Überlegungen jetzt den paar Seiten über Jakubowitsch. Warum nur hat mich deren Unterton so verletzt?

Solschenizyn war während der Ermittlungen gegen ihn kein bisschen standhafter als die 1928 im Schachty-Prozess, die 1930 im Prozess gegen die Industriepartei… und die im Prozess gegen das Menschewistische Unionsbüro Verurteilten, und dies gilt auch für die im Kapitel „Das Gesetz ist reif" genannten Bucharin, Rykow, Sinowjew, Radek, Pjatakow, Kamenew… Leider könnte man die Liste noch lange fortsetzen. Ebenso wie die streitbaren Marschälle, wie die im Krieg so furchtlosen Generale „schwächelte" auch Hauptmann Solschenizyn. Das ist die gängige von der schreibenden Zunft akzeptierte Version, mit der dieses Schwächeln herablassend verziehen wird – und zwar von ihrer heldenhaften Höhe aus betrachtet! Das ist die Version, die für Otto Normalverbraucher zum Axiom geworden ist. Ich würde dies sogar als Theorem bezeichnen.

Auf Seite 383 des ersten Bands des „Archipel" ist der Verfasser voll Spott und Verachtung. Das hat ja auch seinen Grund.

Einmal fand Jakubowitsch im Dienstzimmer des Untersuchungsrichters den arg zerschundenen Moissej Issajewitsch Teitelbaum vor. Dieser fing an flehentlich zu bitten. Er begann den Leidensgenossen dazu zu überreden, ihn doch in seine menschewistische, antisowjetische Organisation aufzunehmen. Der feinfühlige Untersuchungsrichter ließ Michail und Moissej allein. Sollen sie dieses Problem ruhig in ungezwungener Atmosphäre besprechen…

Es stellte sich heraus, dass Moissej beschuldigt werden soll, Schmiergelder von ausländischen Firmen genommen zu haben. Man droht ihm mit Erschießen. Aber lieber will er als Konterrevolutionär, nur nicht als Krimineller sterben! Da nahm der gute Jakubowitsch den Moissej in sein „Unionsbüro" auf. Es ist doch völlig klar, dass es eine Ehre ist, für eine IDEE zu sterben, während es als die unterste Stufe an Ehrlosigkeit gilt, wenn man mit dem Schandmal eines „Gauners" verrecken soll. Eine ungeheure Schmach!

Das Aufgeben Jakubowitschs um Krylenkos Gnade willen trägt auch einen Teil Opfermut in sich. In dem von Nikolaj Bucharin als Testament hinterlassenen Brief, den der einstige Freund von Koba[16] seine junge Frau Anetschka Larina verdammt auswendig zu lernen und bis zu ihrem Lebensende in Erinnerung zu behalten, zeigt sich ebenfalls die Ergebenheit gegenüber der IDEE. Gegenüber einer Idee, die mit dem Blut von Generationen bezahlt wurde, mit dem Parteienkult, mit einem Kult, der in den Zeiten der Dekabristen seinen Anfang nahm. Diese ergaben sich während der Ermittlungen gegen sie, weil die Ethik des Adels, die Ethik der Treue gegenüber der Russischen Autokratie zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch immer die Ethik der Revolution überwog, die damals schon die Länder Europas erschüttert hatte. Bei uns hat sich die Ethik der Revolution mit dem für Russland üblichen Zeitverzug eingebürgert. Die Petraschewzen waren während der Ermittlungen schon standhafter als die Dekabristen. Ich hoffe sehr, dass man den Schülern

[16] Anm. d. Übers.: Deckname von Stalin in der Illegalität.

nicht verheimlicht, wie sich vor seiner Urteilsverkündung und danach im „Totenhaus“ Dostojewskij verhalten hat. Ich hoffe auch, dass es Historiker und Literaten gibt, die geneigt sind, die Moral von Scheljabow, Vera Figner … ohne Verzerrungen zu bewerten, die unerschütterliche Widerstandskraft von Tschernyschewskij in der Wiljujsker Katorga, die Selbstlosigkeit der Sozialrevolutionäre, den Edelmut eines Kaljajew … Natürlich wäre es auch unverzeihlich, Degajew, Sawinkow und Asef zu vergessen, aber wenn der Gegenstand meiner Betrachtung jetzt eine solche Wendung nimmt, komme ich von der Landstraße ab in ein undurchdringliches Dickicht. Dabei muss ich doch vorwärts drängen.

Stalin hatte lange vor dem berüchtigten Jahr 1937 Schritt für Schritt mit der Beharrlichkeit und Vorsicht eines Raubtiers schon begonnen, seine Abrechnung mit den Anhängern der IDEE, den treuen Leninisten, den Rechts-Links-Abweichlern vorzubereiten. Er brauchte untertänige Gefolgsleute, die zu allem bereit waren, d. h. auch dazu, auf seinen Befehl hin gleich gegen wen erbarmungslos vorzugehen, was auch immer dafür gefordert würde.

Ungeachtet seiner katastrophalen Fehler, seiner Verbrechen in der Außen- und Innenpolitik ging Stalin in das Jahr 1945 als Großer unter Großen, als Generalissimus unter den orientalischen Despoten der vergangenen Jahrtausende. Gegen Mitte des 20. Jahrhunderts konnte sich Onkel Joe als Sieger unter Siegern fühlen.

Eine gewisse Symbolik lässt sich darin erkennen, dass Solschenizyn wohl eine Zeit lang Stalinstipendiat war. Als aber die „von der Idee Getragenen“ mit Alexander Twardowskij an der Spitze den Vater des „Iwan Denissowitsch“ als Anwärter für den Leninpreis vorschlugen, erlitt dieser Plan der Zeitschrift „Nowy Mir“ Schiffbruch.

***

Seit November 1962, seit der Geburt des „Iwan Denissowitsch“, sind fünfundvierzig Jahre vergangen. Das Gewicht der dem Verfasser gewidmeten Bücher und Artikel dürfte wohl inzwischen in die Tonnen gehen. Das, was mich davon erreicht hat, kann ich nicht in Zentnern, sondern nur in Kilos „Pro“ und „Kontra“ messen. Geschafft habe ich höchstens einen halben Zentner. Ein Pfund pro Saison. Wenn ich aber schon mein Gedächtnis strapaziere, dann will ich mir sicher sein, dass es die Eindrücke nicht aus dem gedruckten Wort schöpft und sie in den Rang tatsächlicher Ereignisse erhebt, sondern eher aus Begegnungen, Gesprächen … Denn die Schreiberlinge schöpfen ihre Informationen aus zweiter oder gar dritter Hand, aus Händen, die nicht immer allzu sauber sind, wohingegen das Gedächtnis Primärquellen vorzieht.

Der einstige Lagerangestellte Alexander Issajewitsch hat, nachdem er schon Weltruhm erlangt hatte, ohne überflüssige Gefühlsduselei auch altehrwürdige Freunde und Genossen „preisgegeben“, die wegen ihm keine Anstrengung gescheut und in schweren Minuten des Lebens gar manches ernsthaft riskiert hatten. Ich habe nicht vor, eine lange Liste aufzustellen. Es kommen einem jedoch sofort Alexander Twardowskij und Lew Kopelew, Jefim Etkind und Dmitrij Panin in den Sinn … Ich habe das Recht, sie hier zu erwähnen, denn jeder von ihnen hat zur Feder gegriffen und sich wiederholt zu diesem Thema geäußert, in Arbeitsheften, in Tagebüchern, in Briefen …

Das Gesetz unseres Fleischwolfs ist grausam.

Glücklich schätzen kann sich jener, der die wahrhaft großen Epochen in Gesellschaft der Ausnahmen überleben konnte und nicht den geltenden Vorschriften und Gesetzen ausgeliefert war.

Wenn ich mir das Recht nehme, die Liste kurz zu halten und noch nicht einmal die Titel von Hunderten ausländischer und russischer Publikationen „kontra“ Solschenizyn hier anzuführen, darf ich doch den „Offenen Brief an Solschenizyn“[17] nicht unterschlagen. Der Verfasser der Erinnerungen „Kolyma, du bist mein, Kolyma!“, Semjon Badasch, der 1982 als Emigrant in Deutschland Unterschlupf fand (wo er 2005 verstorben ist), hat den ersten Teil seines Briefs auf Dezember 2002, den zweiten Teil auf Februar 2003 datiert.

Als Lagerkamerad von Solschenizyn in Ekibastus erinnert Semjon Badasch in seinem „Offenen Brief“ an schon verstorbene GULAG-Häftlinge, an die Familie Teusch, an den Freund der Familie Ilja Silberberg, der von dem Schriftsteller verleumdet wurde. Das Buch von I. Silberberg ist in Großbritannien erschienen (1976), aber auch in russischer Sprache.

Als ehemaliges Mitglied des Lagerrats, eines wahrhaft internationalen „Sowjets“, und als Anführer des Streiks in Ekibastus hebt Semjon Badasch hervor, dass insbesondere die bei den Bandera-Leuten sehr angesehenen Brüder Nikolaj und Pjotr Tkatschuk aus Tschernowzy eine entscheidende Rolle gespielt haben. Westukrainer stellten den größten Teil des Lagerkontingents. Es gelingt Semjon Badasch, seine Schlussfolgerung, dass sich der überwiegende Anteil der Spitzel aus Russen und Balten rekrutiert hätte, mit Fakten zu belegen.

Da Semjon Badasch vor seiner Verhaftung Student des vierten Studienjahrs an der Medizinischen Hochschule war, hält er es für seine Pflicht, in seinem „Offenen Brief“ jene Mediziner zu rechtfertigen, die Solschenizyn im „Archipel“ zu Unrecht verdächtigt. In Ekibastus war der einzige und angesehene Chirurg ein Arzt aus Minsk, der einer russifizierten deutschen Familie entstammte, Max Grigorjewitsch Petzold. In Norilsk war der Ukrainer Omeltschuk Chefarzt und Chirurg. Die Tuberkuloseabteilung wurde von dem Esten Rejmaste, einem Absolventen der Universität Tartu, geleitet. Röntgenologe war Nusbaum, ein älterer, erfahrener Arzt aus Budapest; Feldscher war Gorelik, kein Jude, sondern ein Tscheche. Tscheche war auch der Arzt Boris Janda, der seinen Abschluss an der Prager Universität gemacht hatte. Hieraus folgert Badasch, dass Solschenizyn einfach diejenigen als Juden etikettierte, auf die sein zu allwissender Blick fiel. Badasch besteht darauf, dass die „Amputation“ seines Textes von Solschenizyn deshalb vorgenommen wurde, weil er damit den nur allzu vertrauten Gedanken bestätigt haben wollte, dass sich die Juden im GULAG die leichten Handlangerdienste schnappten und „ihre Leute“ dort unterbrachten ..., ein „sehr parteiisches Schema“.

In Ekibastus leisteten bei den allgemeinen Arbeiten Schwerstarbeit Semjon Badasch, Semjon Nemirowskij, Wladimir Scher, Alexander Gurjewitsch, Lew Grossman, Matwej Adaxin und viele andere ... Handlangerdienste leistete lediglich der Kriegsinvalide und Zahnarzt Jakow Gofman. Er begann erst Freie und Häftlinge zu behandeln, als ihm Badaschs Mutter, die auch Zahnärztin war, einen Satz Instrumente geschickt hatte. „Russische Brigadiere gab es hingegen mehr als genug – Solschenizyn, Dmitrij Panin, Micha Generalow, Tschornogorow, Belousow ... Den Katorga-Leuten, die wegen Unterstützung der Besatzer (der Polizeihelfer, der Häscher, der Partisanenhenker, der Erschießungskom-

[17] *Semjon Badasch*, Offener Brief an Solschenizyn, in: Westnik, Baltimore/USA, Nr. 15/23. Juli 2003.

mandos für die Juden) verurteilt worden waren, wurden Brigadiere „aus den Reihen der eigenen Leute“ vorgesetzt.

Der „Offene Brief“ endet mit den durch Kursivdruck hervorgehobenen Zeilen: „‚Iss, was gar ist, sprich, was wahr ist!‘ Ist es nicht das, was ihr uns allen beigebracht habt, als ihr uns dazu aufgerufen habt, der Wahrheit zu dienen?“

Offen gestanden drängen sich beim Studium der Nachforschungen und Versuche des Schriftstellers, dessen Werk einen so gewaltigen Einfluss auf die Schicksale unseres Vaterlands ausgeübt hat, die unbeantworteten Fragen auf: Weshalb diskreditiert sich der Schriftsteller so unentwegt selbst? Weshalb verdreht er Einzelheiten und liefert dann die dazu passenden Schlussfolgerungen, wenn diese doch zwangsläufig widerlegt werden und zu verwerfen sind?

***

Gegen Mitte der siebziger Jahre kam Jakubowitsch nach Moskau. Er quartierte sich wie üblich in der Wohnung seiner Freunde, der Ulanowskijs, ein, die ihn eingeladen hatten. Ein paar Tage später nahm ich Michail Petrowitsch mit zu mir nach Hause. Wir hatten auch Jewgenij Alexandrowitsch Gnedin, den Sohn eben jenes Helphand-Parvus, der seinen Sohn im Alter von zwei Jahren im Stich gelassen hatte, zum Essen eingeladen. Im Frühjahr 1919 hatte sich das tapfere Kerlchen an den Partisanenkämpfen beteiligt. Ein Jahr später war er mit einem Lebensmittelgüterzug aus Odessa nach Moskau gefahren. Die Hauptstadt entsandte ihn an die Petrograder Universität zum Wirtschaftsstudium. Vor 1930 arbeitete Gnedin im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten. 1935 wurde der Leitende Referent für Deutschland zum Ersten Sekretär der Botschaft der UdSSR in Berlin befördert. Ab 1937 und bis zu seiner Verhaftung war er Leiter der Presseabteilung in Litwinows Amt.

Nach seiner Rehabilitierung wurde der gleichsam Neugeborene Publizist, Übersetzer, und, was das Wichtigste ist, Verfasser der in Amsterdam erschienenen Memoiren „Katastrophe und zweite Geburt“. Das Vorwort zu diesem Buch stammt von Akademiemitglied A. D. Sacharow.

Vor dreiundvierzig Jahren, am 12. Dezember 1964, schickte Gnedin an die Redaktion der Zeitschrift „Nowy Mir“ einen Brief, in dem er sich zum „Iwan Denissowitsch“ äußerte. Eine kaum verhohlene Polemik.

Die Meinung der ehemaligen GULAG-Häftlinge unterschied sich nicht nur hinsichtlich dieser Erzählung, sondern auch hinsichtlich der gesamten „Gulager“ Schreibkunst häufig wesentlich von den Urteilen jener Publizisten und Kritiker, deren Meinungen (und Felle) nicht im GULAG bearbeitet worden waren.

Als Beispiel sei Wladimir Lakschin angeführt, der dem „Iwan Denissowitsch“ zur Ehre alle Glocken läuten ließ, hierbei aber in erster Linie daran interessiert war, die Position der Zeitschrift „Nowy Mir“ und damit Alexander Twardowskijs zu verteidigen; es ist verständlich, dass er sich von seinen eigenen Interessen und vom politischen Credo Chruschtschows leiten ließ, der durch diese Stalinsche „Konserve“ und deren eifrige Jünger einen Sieg errungen hatte.

Der vierfache GULAG-Häftling Jurij Dombrowskij, ebenso einer der Autoren der Zeitschrift „Nowy Mir“, fiel jedoch geradezu über diese Erzählung her, deren Held ein

unterwürfiges Würstchen, ein Sklave sei, der nicht wisse, dass Freiheit der höchste aller Werte ist. Dieser Sklave sorge sich nur um eines, ums Überleben.

Jurij Dombrowskij brachte seine ganze Bitterkeit in einem Brief an einen Freund zum Ausdruck, der in Alma-Ata im Verlag „Prostor“ beschäftigt war, und Jewgenij Gnedin wandte sich an die Redaktion einer ihm geistesverwandten Zeitschrift. Der Brief ist in einem nach dem Tod Gnedins erschienenen Sammelband[18] enthalten, der 1994 von „Memorial“ herausgegeben wurde, also dreißig Jahre nachdem Gnedin ihn abgeschickt und das Treffen „zu Dritt“ stattgefunden hatte.

Gnedin polemisiert gegen das Hauptthema der Erzählung und aller folgenden Bände Solschenizyns; gegen das Thema, das seine früheren Verehrer und jetzigen Gegner so verletzt.

Er bemerkt, dass – gleich, ob Solschenizyn dies nun gewollt habe oder nicht – bei der Lektüre der Erzählung

> „der Eindruck entstehen konnte, dass das Los der harten Lagerbedingungen und der Katorga-Arbeit neben den gemeinen Arbeitstieren des Lagers lediglich von ein paar Pechvögeln aus der Intelligenzija geteilt wurde, dass jedoch deren meiste Vertreter zuweilen sogar auf Kosten der Masse ihrem Dasein als Parasiten frönten. Ich habe da völlig andere Bilder von diesen Vertretern der Intelligenzija im Lager vor Augen…“

Sowohl Jewgenij Alexandrowitsch als auch ich schafften es, die Pariser YMCA-PRESS-Ausgabe des „Archipel GULAG“ zu lesen, Michail Petrowitsch hingegen konnte in seinem Provinznest Tichonowka noch nicht einmal davon träumen, das Werk jemals in Händen zu halten.

Moskau ist eine große Stadt, dort jedoch Zeit und Ort für ein ungezwungenes, durch keinerlei Hindernisse eingeschränktes Gespräch zwischen von ihrer Erfahrung gezeichneten ehemaligen GULAG-Häftlingen zu finden, die zudem auch noch geneigt sind, sich mit der Bewältigung dieser Erfahrung zu befassen, ist bei Weitem nicht einfach. Und da bot sich nun die seltene Gelegenheit, nach Herzenslust zu debattieren und dabei sicher zu sein, dass die Gesprächspartner bereit sein würden, sachlich zu widersprechen oder zuzustimmen, ohne um die Wette zu eifern, ohne kleinliche Diplomatie.

Zweifel an der gesellschaftlichen Bedeutung der Erzählungen Solschenizyns, und jetzt gar an der politischen und historischen, ich würde sogar sagen weltumfassenden Bedeutung seines „Archipel“ konnten hier in keinster Weise aufkommen. Das Buch schlug damals ein wie eine Atombombe!

Wie viele Jahre lang war mit blutigem Zement an der Staumauer gebaut worden, und wie teuer ist es zu stehen gekommen, mit dieser Mauer den GULAG, das Fundament des Systems, vor dem ganzen Land, vor Kleinstaaten und Großmächten geheim zu halten?

Man wird Solschenizyn wohl kaum den Rang eines Dostojewskij oder Tolstoj zumessen, aber diese Hürde hat auch keiner der Verfechter der russischen Wortkunst je geschafft. Es gab sie gar nicht und konnte sie auch nicht geben.

Der „Archipel“ zog den aufmerksam gespannten, konzentrierten, subjektiv-betroffenen Blick der GULAG-Häftlinge auf sich wegen der Persönlichkeit seines Schöpfers. Bei dem Essen „zu Dritt“ wurde eben jene Persönlichkeit des Schriftstellers zur Hauptspeise. Des-

[18] Erstellt von *V. Gefter, M. Korallov* (Hrsg.), Vychod iz labirinta: E. A. Gnedin i o nem: Memuary, dnevniki, pis'ma, Moskva 1994.

halb sind auch die folgenden Seiten gleichermaßen eine Zusammenfassung dessen, was von Gnedin, Jakubowitsch und mir während des Essens gesagt wurde.

Das Strafmaß, das Issajitsch[19] gekriegt hat, war doch schon sehr bescheiden, oder nicht? Weniger hat selten einer abbekommen.

Wenn sich die Mitangeklagten von Jakubowitsch und die Opfer der späteren Spiele, die dann schon von Abakumow und Berija veranstaltet wurden, im Lager oder in der Freiheit trafen, verziehen sie einander die Aussagen, die ihnen unter Ausweglosigkeit und Schlaflosigkeit, durch Zellenspitzel und durch die Niedergeschlagenheit über die Schwere der Anschuldigungen, über die eigene Blauäugigkeit und Dummheit abgepresst worden waren …

Weder Witkewitsch noch Simonjan noch andere aus ihrem Studentenkreis scheinen dessen früherem Leiter auch nur das kleinste Bisschen verziehen zu haben. Warum?

Eine Stenographin hatten wir nicht mit am Tisch sitzen. Keinem kam der Gedanke, dieses Gespräch in Tagebüchern oder Blocknotizen festzuhalten. Deshalb bin ich nicht in der Lage, das Gespräch beim Essen oder dann schon beim Kaffee im Wortlaut wiederzugeben.

Das jetzige Akademiemitglied Solschenizyn, das in Russland dreißig Bände herausgegeben hat, zu denen auch „Das Rote Rad“, „Die Eiche und das Kalb“, „Zweihundert Jahre gemeinsam“ und die „Gedanken über die Februarrevolution“ zum Jahrestag des Februar 1917 gehören, die an Gouverneure, an Abgeordnete der Staatsduma und zusätzlich zu der Veröffentlichung in der „Rossijskaja Gaseta“ auf Anfrage noch als Broschüre für 150 Rubel verschickt wurden – beeilen Sie sich! – , das ist vermutlich ein „falscher Fuffziger“. Das ist nicht mehr der, der „von dort“ geschrieben hat, was wir seinerzeit so gierig und heldenhaft verschlungen haben.

Schließlich brauche auch ich, alter Kerl, nicht so zu tun, als ob ich das letzte Viertel des 20. und den Anfang des 21. Jahrhunderts streichen könnte! Es ist dumm, den Anschein erwecken zu wollen, dass man sich nicht ändert. Das unbestechliche *finita la comedia* kratzt schon an der Tür. Folglich besteht meine Aufgabe lediglich darin, die Konturen des damaligen Gesprächs, seine Logik, seine Richtung nicht zu verzerren.

Von der Befürchtung getragen, in ungewollte und schändliche Lügen verfallen zu können, beginne ich von neuem im „Archipel“ zu blättern und stelle mit Freuden fest, dass mich das Gedächtnis selten im Stich lässt.

Eine titanische Arbeit ist das! Die Kraft dieses architektonischen Plans lässt einen wie früher erbeben, und trotzdem …

Das Werk wurde mit dem Untertitel „Versuch einer künstlerischen Erforschung“[20] versehen. Eine Forschungsarbeit zu einem Thema zu leisten, erfordert jedoch, dass die Macht der Fakten vorherrscht, und zwar ausschließlich. Und weshalb wird das Werk ein „Versuch“ genannt? Aus Vorsicht und gleichzeitig aus dem Verständnis heraus, dass dies gewisse nützliche Freiheiten mit sich bringt. Der eigenwillige Schöpfer will nicht in den Tatsachen gefangen bleiben. Zudem gibt diese gewaltige Eingangsformel dem Ein-

[19] Anm. d. Übers.: Kurzform des Vatersnamens Issajewitsch (Alexander Issajewitsch Solschenizyn).

[20] Anm. d. Übers.: Die deutsche Übersetzung des Werks verwendet den Untertitel „Versuch einer künstlerischen Bewältigung“, was aber die nachfolgenden Bemerkungen des Verfassers unverständlich machen würde.

gekerkerten das Recht, seinen Kopf aus dem Kerker der Einzelheiten herauszustrecken. Versuche, Proben, Entwürfe – was kann man hieraus entnehmen? Die wahre Freiheit bezieht der Schöpfer aus dem Epitheton „künstlerisch“, denn es verleiht dem Erdichteten Gesetzeskraft und gestattet, die Forschungsarbeit mit Füßen zu treten. Aber wenden wir uns wieder dem Gespräch der drei GULAG-Häftlinge und dem Text des vierten zu. Die Sprünge von den „Versuchen“ zum Künstlerischen werden im „Archipel“ von berichtenden Abschnitten begleitet. Wie sollte dies auch anders sein bei einem so enzyklopädischen Leinwandgewebe. Man kann den langen Fäden gar nicht folgen. Sie bilden unvorhergesehen Knoten, formen sich zu Knäueln.

Nun sind also die Ermittlungen abgeschlossen. Der gestrige Hauptmann und Ordensträger vertrat einen hundertprozentig orthodoxen Standpunkt, und dies nicht nur in den Verhören. Ich erinnere nur daran, dass jemand einen angesehenen Zellengenossen einmal nur mit dem Vatersnamen nannte, ohne den Vornamen davorzusetzen: „Iljitsch, trägst du heute den Pisskübel hinaus?“ Solschenizyn fuhr auf, war gekränkt. Die Anrede erschien ihm „lästerlich“, „jemand anderen als den Einzigen Iljitsch zu nennen!“[21]

Das Urteil ist gefällt. Acht Jahre. Der „Achter“ wird weder in den Norden noch in den Fernen Osten an die Kolyma geschickt. Er wird sozusagen bei sich zu Hause gelassen und mit einem amtlich gemeldeten Wohnrecht in einem Lager bei Moskau beschenkt. Nowy Jerussalim befindet sich etwa sechzig Kilometer vom Krasnopresnensker Durchgangslager entfernt. Als Erstes übergibt die Begleitmannschaft der Aufnahmestelle bei der Lagerverwaltung einen Haufen Dossiers und erst nach den Dossiers die GULAG-Häftlinge selbst. Wie könnte es auch anders sein? Solschenizyn lässt jedoch in seinem Text die Übergabe der Dossiers gewöhnlich aus. Natürlich eine Kleinigkeit, die man nicht erwähnen sollte?

Der „Achter“ wird aus dem Trupp der Neuankömmlinge „gleich vom ersten Gevatter aufs Korn genommen“[22]. Offensichtlich hat dieser Oper, dieser Einsatzbevollmächtigte, da unter der Offiziersuniform, unter den Galliffets, etwas gesehen. Der Neue wird sofort auf eine Kommandoposition gehievt. Das Lager bedient ein Ziegelwerk, lässt in einer Lehmgrube schuften. Der Kommandant hat bis jetzt von irgendwelchen Feinheiten der Ziegelfertigung noch keinerlei Schimmer, er produziert eine Pleite nach der andern, aber dafür bleibt ihm ein hohes Privileg erhalten – die Möglichkeit, nicht in der Baracke zu leben, wo der ausgezehrte, übel riechende Plebs klaut, dich aufs Widerlichste beschimpft und dir die Fresse poliert, sondern in einem gepflegten Stübchen. Ein fürstliches Geschenk! Es trennt die Blaublütigen von den stinkenden Malochern. Welch eine mildtätige Gabe, der auch die Lagerleitung so sehr bedarf: Sie rettet die nützlichen Vertrauenspersonen unter den GULAG-Häftlingen vor der Rache dieser dreifach Erniedrigten und siebenfach Beleidigten.

Während des Gesprächs am Esstisch rückten die „Versuche“ und „das Künstlerische“ zufällig und ohne böse Absicht in den Hintergrund. Die nackten Fakten drängten sich nach vorn. Hier sehe ich mich nun gezwungen, sie in ein Schema zu pressen. Es wird wohl Sache der nach mir kommenden jungen Bachelors und Masters sein, dieses Schema

[21] *Solschenizyn*, Der Archipel GULAG, Bd. 1, S. 190. Anm. d. Übers.: Im Volksmund wurde und wird Lenin einfach mit seinem Vatersnamen „Iljitsch“ genannt. Es gilt als besondere Ehre, wenn jemand nur mit seinem Vatersnamen genannt wird.

[22] *Solschenizyn*, Der Archipel GULAG, Bd. 2, S. 347.

zu verifizieren oder zu negieren. Mein Teil besteht darin, mich so streng wie möglich an die Fakten zu halten.

Wird Solschenizyn nun aus Nowy Jerussalim in den Norden verbracht, an die Kolyma? Keineswegs. Er wird zur Kaluga-Einfahrt gebracht. Rein zufällig.

Aus dem Fenster seines Stübchens kann er auf den Neskutschny-Park blicken. Die Frau seines Nachbarn (Bett an Bett), des vor Kurzem noch diensthabenden Generals der Luftwaffe, Beljajew, kommt jeden Tag mit dem O-Bus Nr. 4 und bringt ein für jene Zeiten märchenhaftes Mittagessen. Ganz zu schweigen von dem hervorragenden Generalsledermantel, den man noch nicht einmal auf Moskauer Straßen hätte sehen können (wobei die Inhaber solcher Klamotten sich ohnehin nur in Dienstwagen fortbewegten), seinem Feuerzeug, seiner besonderen Haltung, seinem Verhalten gegenüber den GULAG-Häftlingen. Ein anderer Zimmernachbar von ihm war der ehemalige Mitarbeiter des Innenministeriums, Sinowjew, „vielleicht nicht gerade ein General, aber auch nicht weit darunter…“ Zu den allgemeinen Arbeiten wurden sie natürlich nicht gejagt. Handlanger, eben…

Übrigens, die Frau Solschenizyns, N. Reschetowskaja, „kommt mich… besuchen und bringt Essen von zu Hause mit“[23]. Das ist ein sehr außergewöhnlicher Fall für den Nachkriegs-GULAG. Ein höchst glücklicher! Aber es hat ihn schließlich gegeben! Ebenso wie die Sonderorder aus dem Ministerium, auf die hin Solschenizyn „in die Scharaschka[24] geholt“ wurde.[25]

Na, so ein Pech! Als ich vor langer Zeit die Pariser Ausgabe des „Archipel“ geradezu verschlang, stolperte ich über ein paar Zeilen, in denen erklärt wird, warum Solschenizyn in die Scharaschka verbracht wurde. Es sei so gewesen, dass Alexander Issajewitsch, wie immer bemüht, die Lagerleitung übers Ohr zu hauen, in einem der Fragebogen angegeben hätte, er sei „Kernphysiker“. Aus diesem Grund habe Fortuna es gut mit ihm gemeint und ihm dann die Scharaschka beschert, denn dort habe es Brot mit Butter, bezogene Betten und saubere trockene Kleidung gegeben, die nur einem selbst gehört hätte. Als ich, wie gesagt, damals darüber stolperte, kamen mir sofort die Folgen dieses schlauen Tricks in den Sinn. Die Fachleute in der Scharaschka hätten doch den Betrug sofort bemerken müssen. Und was dann? Ab nach Taischet, an die Kolyma?

Beim Durchblättern der Moskauer Ausgabe von 1989 habe ich die Zeilen, in denen vom Kernphysiker die Rede ist, wohl übersehen, und alle drei Bände noch einmal zu durchforsten, fehlt mir die Kraft. Mir die Pariser Ausgabe zu beschaffen, habe ich auch keine Lust, ja und wofür überhaupt?

Die Lagerhäftlinge, die man aus der Scharaschka rausgeworfen hatte und die bei uns in Maikuduk mit verschiedenen Lagerstrafen hängengeblieben waren, verheimlichten nicht, dass der „Kernphysiker“ die saubere Arbeit eines Bibliothekars verrichtete, sich an Laienzirkeln beteiligte… und überhaupt mit Hinz und Kunz Umgang pflegte.

Aus den Maikuduker Gesprächen über die Scharaschka schälten sich Bilder heraus, die sich selbstverständlich von den sorgsam ausgemalten Leinwandgemälden unterschieden, die später, wie man damals sagte, in den „Kreis“, d. h. in den Roman „Der erste Kreis der

[23] Ebd., S. 350.
[24] Anm. d. Übers.: Sonderlager für Wissenschaftler, die für Regierungsaufträge zu arbeiten hatten.
[25] *Solschenizyn*, Der Archipel GULAG, Bd. 2, S. 353.

Hölle“, eingingen, und damit auch in die vielen Folgen des Films von Regisseur Gleb Panfilow … Aber das eine sind die schnöden Tatsachen, und etwas ganz anderes ist ein Romanepos oder ein Kinofilm … Das eine ist Dmitrij Panin, das andere sind seine „Aufzeichnungen Sologdins“. Das eine ist der wirkliche Kopelew, und etwas wesentlich anderes ist die Romanfigur Rubin, die die Stimme des Diplomaten Wolodin identifiziert.

Kommen wir zum 12. Kapitel im dritten Teil des „Archipel“, „Geflüster hinter verschlossener Tür“[26].

Als Solschenizyn dieses Kapitel dem unüberschaubaren Problem der vaterländischen „Spitzelei“ widmete, machte er einen geschickten Schachzug.

Was seine theoretischen Überlegungen zu diesem Problem der Probleme angeht, habe ich keine Anmerkungen zu machen.

„Die Spitzelwerbung liegt in unserem Lande nachgerade in der Luft. Darin, dass das Staatliche über dem Persönlichen steht … Die Spitzelwerbung ist mit Ideologie verklöppelt, denn nur das eine haben die Organe im Sinn und das eine die Angeworbenen im Sinn zu haben: dass unser Land erfolgreich auf dem Weg zum Sozialismus vorwärtsschreite.“[27]

Aber die Theorie allein reicht nicht aus. Der Versuch einer Erforschung erhebt den Anspruch, auch künstlerisch zu sein. Deshalb ist das Zimmer des Einsatzbevollmächtigten, in dem die Anwerbung stattfindet, behaglich. Ein kleiner Diwan ist da, ein Radiogerät auf der Etagere. Es blinkt mit seinem grünen Auge und verströmt sehr angenehme Musik. Der Einsatzbevollmächtigte, ein intellektueller, dunkelhäutiger Typ, sitzt im Sessel, und der Anwerbekandidat auf einem gepolsterten Stuhl. Auch klingt die Stimme des Gevatters gar nicht gehässig. Zudem stellt er Fragen, die ans Herz gehen: Wie sich der Anwerbekandidat im Lager eingewöhnt hat, ob er sich im Pridurki[28]-Zimmer wohlfühlt. Und diese Gemütlichkeit soll man gegen das Polargebiet, den Winter, die Schneestürme eintauschen?

Die Diagnose, die dem Bürger Načal’nik von seinem Agenten mitgeteilt wurde, bestätigte das Wichtigste von dem, was ich von diesem Sabantui[29] schon begriffen hatte, als ich noch in Maikuduk war. Es bestätigte auch das, was ich wesentlich später in Moskau aus mündlichen und schriftlichen Quellen herausfand. Davon gibt es nicht wenige. Aber zunächst einige Worte zu den mündlichen Quellen in Maikuduk.

Nach der Niederschlagung dieses „Schlamassels“ wurden die Teilnehmer in Gruppen aus Kasachstan abtransportiert, und zwar selbstverständlich über unser Durchgangslager. Landstraße war angesagt!

[26] Anm. d. Übers.: Der russische Titel dieses Kapitels lautet „Stuk-stuk-stuk!“, was so viel heißt wie „Klopf-klopf-klopf“. Vom Verb „klopfen“, russisch „stutschat“, ist das Wort für „Spitzel“, „stukatsch“, abgeleitet.

[27] *Solschenizyn*, Der Archipel GULAG, Bd. 2, S. 342.

[28] Anm. d. Übers.: Ein Pridurok (Plural Pridurki) ist einer, der die Wohnzone des Lagers nicht zur Arbeit verlässt, sondern lagerinterne und damit angenehmere Arbeiten, soz. Handlangerdienste für die Lagerverwaltung verrichtet. Vgl. hierzu Bd. 2, S. 239ff.

[29] Anm. d. Übers.: Vgl. hierzu Bd. 3, S. 316: „(Übrigens, die Ausdrücke *Revolte* oder, was noch ärger war, *Aufstand*, wurden sowohl von den Sklaven als auch von den Herren vermieden, aus jeweils verschiedenen Gründen, stattdessen verwendete man das schamhaft-abschwächende Wort *Sabantui* – kasachische Hochzeit.)“

Natürlich interessierten sich gewisse Leute in Maikuduk für die „Lehrstunden der Revolution“, die da in der Nachbarschaft ihr Unwesen getrieben hatte. Zwar gibt es Kenner eines Kampfgetümmels im Untergrund, die zudem auch noch dazu geneigt wären, nach erlittener Niederlage ihr Wissen um die Ereignisse vor jedem auszubreiten, nie im Überfluss. Trotzdem aber haben sich in unseren Zonen, wie dies im Übrigen auf der ganzen weiten Welt der Fall ist, immer Leute zusammengefunden, die wussten, wovon sie redeten. Umso mehr, als die ortsansässigen Lagerhäftlinge über Essen aus der Küche, Tabak und Brotmesser verfügten. Und die Gäste hatten diese freundschaftliche Hilfe sehr nötig.

Ich werde mich hier auf einen Namen beschränken. Weder bei Solschenizyn noch bei seinem eifernden Nebenbuhler Dmitrij Panin, der einen viel besprochenen Band über Ekibastus herausgegeben hat, weder bei ihrem ungarischen Lagergenossen János Rózsás, der ein zuverlässiges Gedächtnis hatte, noch bei anderen Memoirenschreibern scheint dieser Name eine Rolle gespielt zu haben. Es ist keine Sünde, wenn er einmal erwähnt wird.

Andrej Andrejewitsch Andrejew. Hochgewachsen, gut gebaut, ergraut. Aus der Woronescher Gegend. Weshalb und zu welcher schweren Stunde er begonnen hat dem Dritten Reich zu dienen, danach habe ich ihn nicht gefragt. Das gehört sich nicht. Ich glaube, dass in seiner Ermittlungsakte der Verrat sehr anschaulich erzählt ist. Ebenso wie die Verbrechen, die der Kundschafter hinter der Frontlinie begangen hat. Er hat offenbar die ihm gesteckten Ziele erreicht, sonst wäre er nicht mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden und wäre auch nicht an ein zweites „Kreuz“ gestellt worden wegen eines beiläufig gemachten Geständnisses.

Der reinrassige Russe empfand gegenüber den aufständischen Bandera-Leuten keine besondere Sympathie. Aber die eigentliche Ursache dieses Sabantui und seine Wende stellte er viel nüchterner dar als alle anderen. Er berichtete mir als Erster von der Ermordung Kornfelds. – Eines Arztes? Während des Aufstands? Normalerweise will sich mit Ärzten niemand die Beziehungen verderben …

In anderen Gesprächen mit Lagerhäftlingen – und zwar nicht nur im Pestschan-Lag – habe ich gelegentlich Einzelheiten dieser Ermordung angesprochen. Kein einziger meiner Gesprächspartner konnte mir Argumente „pro“ anführen.

Im Stellenplan des Krankenreviers wurde Kornfeld nicht als Arzt geführt – für ihn hatte sich keine Planstelle gefunden. Man brachte ihn unter, wie es gerade möglich war, schätzte ihn aber sehr. Eben er war es, der Äskulap aus Odessa, der die ganze Tuberkuloseabteilung am Hals hatte. Er brachte sie aufopferungsvoll durch und die ihm Anvertrauten lohnten es ihm mit Herzenswärme. Weder große noch lässliche Sünden waren ihm anzulasten. Übrigens sollte man das Gespräch über den unaufgeklärten Mord besser aufschieben. Es ist Zeit, auf die Hauptstraße zurückzufinden.

Schon in Moskau in vertrauter Gesellschaft traf ich das eine oder andere Mal einen gewitzten Frajer[30], der den „Archipel“ und dessen Autor aus Ekibastus gut kannte. Der Frajer bestätigte, dass Panin und Solschenizyn, nachdem sie aus der Scharaschka ange-

[30] Anm. d. Übers.: Schreibweise in Anlehnung an die deutsche Übersetzung, nach der dieses russische Wort den „Nicht-Dieb, den Naivling, den Uneingeweihten“ im Archipel GULAG bezeichnet (Bd. 1, S. 582).

kommen waren, nicht in der Sektion der allgemeinen Baracke untergebracht wurden, sondern in einer etwas respektableren Räumlichkeit.

Als Brigadier war Solschenizyn rechtschaffen, beachtete streng die Normen, ließ sich auf keine Gaunerei und kein Anschreiben von nicht gemachten Arbeiten ein. Hierfür gibt es eine Erklärung: vor seiner Freilassung blieb einem Brigadier nichts anderes übrig. Er wollte nicht wegen irgendwelcher Kleinigkeiten in die Bredouille geraten. Wie im „Archipel" vermerkt ist, legte er sich während des Sabantui ins Krankenrevier. Genau damals meldete sich seine Geschwulst… Wie man weiß, hat die ihre eigene Zeitrechnung. Aber in die Gehirnwindungen dieses gewitzten, weit von ärztlicher Weisheit entfernten Frajers, stahl sich ein häretischer Gedanke. Die Geschwulst hat sich doch wohl zu einem überaus passenden Zeitpunkt gemeldet, oder nicht?

Ein kühnes Streitgespräch mit der ins Lager geplatzten Kommission, die, nachdem der Scheiterhaufen des Sabantui niedergebrannt war, die Verhöre durchgeführt hatte, konnte Solschenizyn nun überhaupt nicht gebrauchen. So dass jeder Frajer, der weiß, worum es geht, die paar Seiten über dieses heldenhafte, aber ganz klar zu spät gekommene Klingenkreuzen mit Recht nicht für eine Tatsache, sondern einen Versuch künstlerischer Freiheit hält. Die Nummer meines damaligen Gesprächspartners zu wählen und das von ihm Erzählte bei einem Gläschen weiter aufzuklären, ist heute nicht mehr möglich. Nachdem der Glückspilz rehabilitiert war und eine junge Schönheit geheiratet hatte, ließ er sie schon bald als untröstliche Witwe zurück.

Ich kehre zum Esstisch zurück, an dem ich Jewgenij Gnedin und Michail Jakubowitsch taubstumm dabeisitzen lasse. Ich habe ihre Rechte grausam usurpiert. Nachdem ich dreiunddreißig Jahre auf dem Pfad in die Vergangenheit zurückgelegt habe, bin ich nicht im Stande zu versichern, dass ich das von ihnen Gesagte exakt wiedergeben kann. Das Einzige, wozu ich fähig bin, ist, dieses Sujet unseres Treffens zu Hause als Ausgangspunkt zu nehmen und es weiterzuentwickeln, wie mir dies Logik und Lebenserfahrung eingeben.

Da hat die Geschichte kräftig nachgeholfen. Sie bescherte uns das Tauwetter und Chruschtschows Konflikt mit den Anhängern des Schnurrbarts[31]; die Bereitschaft Twardowskijs, standhaft zu bleiben, und die stürmische Reaktion des Auslands; den Nobelpreis und die Ablehnung des Komitees, ihn mit dem Leninpreis auszuzeichnen; die Rückversicherung Breschnews und die Befürchtung Andropows, seine Hände in den langsam versiegenden Blutstrom tauchen zu müssen: vom Stalinschen Vermächtnis hatten sich Volk und Machthaber noch nicht erholt.

Als Solschenizyn den „Archipel" schuf, war er von dem festen Glauben durchdrungen, dass die Stunde geschlagen hat, in die Rolle eines furchtlosen Kriegers zu schlüpfen. Fünfter Teil, 10. Kapitel:

„Da begriffen die Wölfe, dass wir nicht mehr dieselben Lämmer waren wie früher."[32]

11. Kapitel: „Erster Versuch, die Ketten zu sprengen".[33]

„Wir konnten doch nicht verlangen, dass sich das ganze Land ändert, dass es die Lager abschafft. Man hätte uns mit Bomben belegt… Es war klar, dass wir mit bloßen Händen gegen eine moderne

[31] Anm. d. Übers.: Gemeint ist Stalin.
[32] *Solschenizyn*, Der Archipel GULAG, Bd. 3, S. 249.
[33] Ebd., S. 250.

Armee nichts ausrichten würden, daher war unser Weg nicht der bewaffnete Aufstand, sondern der Streik."[34]
„Wir überlegten auch die Details eines möglichen Arbeits- und Hungerstreiks."[35]

Solschenizyn löst sich in diesem „Wir" geradezu auf, er saugt sich an diesem bedingten allgemein-romantischen Lagergemeinschaftsgefühl fest, das bedauerlicherweise in nicht geringem Maße nur ein Mythos ist.

Eine literarische Figur? Sie enthält jedoch auch einen sozialen Kern. Im dritten Teil des „Archipel" findet sich das Kapitel „Die Seki[36] als Nation". Wie ein roter Faden zieht sich durch das gesamte dreibändige Werk auch die durchaus orthodoxe Idee der GULAG-Häftlinge als Klasse. Orthodox ist diese Idee deshalb, weil Marx und ganze Generationen von Marxisten zur Jahrhundertwende, angefangen von Plechanow bis hin zu Antonio Gramsci, dies wohl kaum zurückgewiesen hätten. So sehr Solschenizyn diese verbrecherische Ideologie auch immer verflucht hat, so ist doch ihr Zeichen auf dem Hochhaus des „Archipel" bei jeder Witterung von weither sichtbar. Nicht umsonst hat sich der Stalinstipendiat über den Begründern der verhassten Lehre den Hosenboden durchgesessen. Was sollte sie auch anderes sein, diese Armee der Lagerhäftlinge auf dem ihr in der Stalinschen Hierarchie zugewiesenen Platz? Eine Klasse natürlich. Wem das Wort „Stalinsche Klasse" nicht schmeckt, der kann es ja durch „Kaste der Ausgestoßenen, der Aussätzigen" ersetzen.

Letzten Endes ist es dem Zufall zuzuschreiben, dass mein Pfad in den Lagern bisweilen parallel zum Pfad Solschenizyns verlief, manchmal diesen aber auch kreuzte. Es ist auch dem Zufall zuzuschreiben, dass der erfahrene Journalist Jewgenij Gnedin, bevor er in Berijas Zimmer mit Fäusten bearbeitet wurde, Leiter der Presseabteilung bei Litwinow war und für die Bedeutungsnuancen von Worten ein geschultes Ohr hatte. Ebenso ist es ein Zufall, dass Jakubowitsch, der Gymnasiast ohne Abschluss, ein Vierteljahrhundert sein Studium im GULAG fortsetzte und erst postum, nämlich 1991, genau in dem Jahr, in dem er seinen 100. Geburtstag gehabt hätte, rehabilitiert wurde.

Unser Trio konnte gar nicht anders, als sich Gedanken über Solschenizyns „Wir" zu machen. Wann und wo hat er versucht, die Ketten zu sprengen? In BURs[37] und Karzern hat er nicht gesessen, sich nicht an Fluchtversuchen beteiligt, keine Arbeits- und Hungerstreiks organisiert. Trotzdem ist das „Wir" historisch gerechtfertigt, und zwar sowohl als Nation als auch als Klasse. Es ist gerechtfertigt, obgleich sich in diesem Begriff ein Widerspruch festgesetzt hat, der von den Historikern beiderseits des Ozeans scharf abgelehnt wurde.

Es hat hier keinen Sinn, die „Zweihundert Jahre gemeinsam" zu analysieren. Nach Erscheinen des ersten Bandes gab es sofort – anhand der bibliographischen Angaben grob geschätzt – mindestens etwa fünfhundert Reaktionen, die bisweilen spöttisch und nicht selten verächtlich klangen. Beim zweiten Band könnten es etwa doppelt so viel sein. Bildungsbürger von rechts und von links traten auf diese nicht künstlerische Untersuchung ein. Die Kritik, die mir zu Ohren kam, rief bei mir jedoch Unverständnis

[34] Ebd., S. 250f.
[35] Ebd., S. 252.
[36] Anm. d. Übers.: Abkürzung für „sakljutschonnyje", Häftlinge des GULAG.
[37] Anm. d. Übers.: Abkürzung für Baracken mit verschärften Strafvollzugsbedingungen für Strafbrigaden.

hervor. Da schienen die verärgerten Rezensenten doch in diesem zweibändigen Werk für sich eine Novität entdeckt zu haben. Keiner hatte den von dem dreibändigen „Archipel“ ausgehenden Faden bis zu dieser Neuerscheinung weiter gesponnen. Warum denn nicht? Nehmen wir an aus dem Grund, weil der epochale „Archipel“, nachdem er eine so wildwütige Reaktion „von oben“ hervorgerufen hatte, dadurch von einer bedingungslosen Unterstützung „von unten“ getragen wurde. Ein unvoreingenommenes, nachdenkliches und ruhiges Gespräch war damit bis auf Weiteres ausgeschlossen. Zudem hatte Solschenizyn das Recht, den „Objektivisten“, die eigentlich der Obrigkeit zuarbeiteten, den Mund zu stopfen: „Hast du Abschaum überhaupt selbst einmal im Lager gesessen?“ Das Recht auf diesen tadelnden Zuruf ging jedoch allmählich verloren. Als er im durch seine Stille und Schönheit bestechenden Vermont seine neue Frist absaß, jetzt in einer Zone, die freiwillig durch Stacheldraht abgeschirmt war, wurde es zu bequem, die Stimme gegen den in einem Sündenpfuhl versinkenden Planeten zu erheben, und, was noch wichtiger ist, es blieb ungeahndet. Zudem gab es mit jedem Jahr immer mehr Konkurrenten im Genre der Lagermemoiren.

Das Thema sank in die Schicht der rein historischen Themen. Heute kann man sich nicht mehr versündigen, wenn man die Anmerkung macht, dass der Autor die Verantwortung für den GULAG beharrlich auf die ständig Schuldigen der ständig auf der Welt geschehenden Katastrophen lenkt. Das „Gesetz der Fanny Kaplan“[38] funktioniert weiter wie vor Tausenden von Jahren. Diese halbblinde jüdische Frau ist schuldig, weil sie auf Lenin geschossen hat, und ebenso, weil sie ihn nicht tödlich getroffen hat.

Ich blättere wieder im „Archipel“. Wieder in dem Kapitel „Erster Versuch, die Ketten zu sprengen“. Informationen aus Kengir: am ersten Tag nach seiner Ankunft wurde schon ein „loyaler Spitzel“ erstochen, ein „wohlbestallter Bibliothekar“, während des Bürgerkriegs Mitglied des revolutionären Kriegsrats, ein gewisser Lifschiz. Das mag so sein. Aber ein gewisser anderer hatte sich früher einmal einen Roman zum Ruhm des Oktobers 1917 ausgedacht und war auch ein wohlbestallter Bibliothekar. Und jetzt wird in demselben Kapitel behauptet, dass er den Sabantui in Ekibastus angezettelt hat, von dem aus angeblich auch der Brand in Kengir seinen Anfang nahm… Die Norilsker sind jedoch der Meinung, dass die Flamme in Kengir wegen der Funken aufgelodert ist, die aus Taimyr nach Kasachstan geflogen kamen. Sie vertreten die einstimmige Meinung, dass diese Funken mit dem Häftlingstransport aus Karaganda auf sie übergegriffen haben. Schade, dass die Patrioten jeder Zone, wenn sie sich häufig wiederholte Fakten anhören, zu ihren jeweils eigenen Gunsten so tun, als ob sie blind und taub wären. Warum müssen sie ihre edle Herkunft auf diese Weise hervorheben?

Da wird vor unseren Augen Michail Keller zu einem Symbol. Er gewinnt, wenn nicht legendäre, so doch historisch-politische Bedeutung. Deshalb müssen die Informationen über ihn von Neuem ausgebreitet werden. Und man sollte dabei von ganz weit her anfangen, von Westsibirien, vom Kamysch-Lag aus.

Nach Berijas Amnestie verlor die riesige Baustelle ihre „Bytowiki“[39]. Man trieb andere Arbeitskräfte ins Lager, nämlich die „Politischen“. Kasachstan hatte sich erst vor Kurzem

[38] Anm. d. Übers.: Verübte am 30.8.1918 ein Attentat auf Lenin und wurde 1918 hingerichtet.

[39] Anm. d. Übers.: Bezeichnung für Personen, die weder Gewohnheitsverbrecher noch Politische waren, sondern sich irgendwelcher Wirtschaftsvergehen schuldig gemacht hatten.

gefreut, sich von den Anstiftern kleiner und großer Sabantuis befreien zu können. In den Weiten Sibiriens – nicht überall, aber an gewissen Orten – bürgerten sich Saporoschzer Manieren ein. Sogar die Natschalniks, die nach der Hinrichtung Berijas noch geblieben waren, konnten diesen wilden Haufen nicht mehr dulden. Sie beschlossen, ihre Schuld bei Kasachstan zu begleichen. Nach dem Motto ‚danke, Brüder, hier habt ihr's wieder'. Man trieb eine Elite-Truppe mit besonders verschärften Strafvollzugsbedingungen nach Dscheskasgan, wo Katorga-Leute, die nach dem Zweiten Weltkrieg schon fast ausgestorben waren (Trockenbohren, Silikose, Hunger) Kupfer abbauten.

Einzugsfeier. Katorga-Leute gibt es hier etwa dreitausend, wir haben zwei Nullen weniger dran. Wer wird's wem zeigen?

Kurze Zeit später dann die Scherereien im benachbarten Kengir, wo man Glück hatte. Den Rebellen gerieten die Vorratslager in die Hände, ohne die wohl keiner hätte vierzig Tage durchhalten können. Ohne Befehl aus Moskau Wasser und Strom abzuschalten, trauten sich die Natschalniks nicht.

In unserem Lager hatte man keine Vorratslager gebaut, und die lokale „eiserne Reserve" hatte man eilig weggebracht, schon in der ersten Nacht des Sabantui von Kengir. Trotzdem ging die Geschichte nicht ohne einen „Notstandsfall" aus. Einmal ging abends in der Zone das Licht für eine Viertelstunde aus. Dem Arbeitseinsatzleiter wurde bei dieser Gelegenheit mit einem verrosteten Rohrstück der halbe Schädel abgeschlagen.

Aus Dscheskasgan verbrachte man ins Verwaltungsgefängnis diejenigen, gegen die man Verdacht geschöpft hatte, bzw. eher die, die man sich mit der „Fingerzeigmethode" herausgepickt hatte. Als jedoch die Aufklärung des Mordfalls in eine Sackgasse geraten war, schaffte man die Untersuchungshäftlinge in die Strafabteilung des Lagers, von wo aus man nicht zur Arbeit geführt wurde.

Das war die lang ersehnte Freizeit! Endlich hatte man Zeit, die vierzig Tage von Kengir, jedes der Mitglieder der Kommission, unter anderem auch Gleb Slutschenkow und Michail Keller, ausführlich zu bequatschen. Keiner zweifelte daran, dass die Anstifter die Todesstrafe bekommen würden. Als Moskau mit seiner Geduld am Ende war und der Sabantui mit Panzern niedergeschlagen wurde, kam keinem der Gedanke an eine „Gnade mit den Gefallenen" in den Sinn.

Eine zweite Berührung mit dem verstorbenen Michail Keller ergab sich 37 Jahre später.

Moskau. Anruf aus der Stiftung „Memorial":

„Fliegst du zum Bankett?"

„Ich habe mich höchst selten auf Banketts herumgetrieben. Und fliegen musste ich dahin auch nie. Was soll denn der Scherz?"

Es stellte sich heraus, dass der Anruf kein Scherz war. Kengir lud ein, den Jahrestag des Aufstands zu begehen.

Die Überlebenden, die noch gehen konnten, flogen aus dem Baltikum, der Ukraine und Weißrussland herbei. Das Land ist schließlich groß. Der neue Flughafen kam einem vertraut vor. Vom Namen der Stadt Dscheskasgan ist inzwischen das „D" abgefallen. Wo ist es wohl geblieben?

Im Hotel verschwendete man keine Zeit auf Belletristik und überflüssiges Hin und Her. Wir wurden gebeten, rechtzeitig im „Haus für politische Bildung" einzutreffen, das inzwischen frisch hergerichtet war. An der Wand hing ein Porträt von Karl Marx, was

heißt, dass drei, nämlich Engels, Lenin und Stalin, den Personalkürzungen zum Opfer gefallen waren.

Im Saal finden sich etwa fünfzig bekannte und unbekannte Gesichter ein. Unter ihnen lassen sich allerdings auch lokale Größen vermuten. Solid und wohlgenährt sehen sie aus. Fünf der Gäste sind in Offiziersuniformen!

Auf dem feierlichen Treffen wurde nicht gegen althergebrachte Normen verstoßen. Mädchen in weißen Jäckchen mit roten Pioniertüchern um den Hals schenkten jedem eine Feldblume. Die üblichen Reden fesselten mich nicht besonders. Ich versuchte herauszufinden, warum wir heute hier sind. Klar, dass es kein lokaler Boss gewagt oder die Initiative ergriffen hätte, den Jahrestag dieses Ereignisses hier zu begehen. Noch undenkbarer war eine Anordnung aus Moskau. Diese Empfehlung von oben konnte nur vom Gebieter der Republik, von Nursultan Nasarbajew, ergangen sein.

Übrigens fand der Präsident etwa weitere zehn Jahre später, am 31. Mai 2002, anlässlich der Enthüllung des Denkmals für die Opfer von Repressionen neben dem Haus der Empfänge in der neuen Hauptstadt der Republik – und ich fürchte, dass dies auf dem Gebiet der untergegangenen UdSSR ein einzigartiger Fall ist – folgende Worte:

„Ich war erschüttert von dem ungeheuren Ausmaß der Repressionen des totalitären Regimes und dieser entsetzlichen Gleichgültigkeit, mit der die Strafmaschinerie das Leben von vollkommen unschuldigen Menschen ausradierte".

Zu Herzen gehende Worte eines ernsthaften Politikers. Danke.

Es ist bekannt, dass die Bergwerke, Gruben und Eisenbahnstrecken in Kasachstan durch die Hände der GULAG-Häftlinge, durch die Hände von Hunderttausenden von Sklaven entstanden sind, von denen es keine Gräber gibt, wohl aber unzählige Knochen in der kasachischen Steppe. Der Präsident hatte beschlossen, das Gewissen seines Volkes von den Verbrechen des Schnurrbärtigen Joe aus dem Moskauer Kreml reinzuwaschen. Eben deshalb war die Gedenkfeier für die Opfer des Sabantui 1991, im Jahr des Putsches und von Beloweschskaja Puschtscha, angesetzt.

Pause. Raucherpause. Im Foyer fand sich spontan eine kleine Gruppe zusammen. Rechts von mir qualmte ein Journalist aus einem zentralen Presseorgan der Republik. Er teilte mir voller Stolz mit, dass er sein Buch „Was Solschenizyn nicht wusste" abgeschlossen hat. Er ehrte einen links von uns stehenden Oberstleutnant mit seinem Lächeln. Das Buch habe er auf der Grundlage von Archivangaben geschrieben!

Ich meinte zu meinem Nachbarn scherzhaft: „Mich lasst ihr natürlich nicht ins Archiv. Und warum? Ich bin auch ein Proletarier der Feder. Und dazu noch eurer, bin in Kengir gewesen."

Damit hatte ich den Oberstleutnant ohne böse Absicht in eine schwierige Lage gebracht. Schließlich gibt es im Osten heilige Traditionen. Und ich war der Gast. Woher sollte er wissen, ob ich nicht etwa ein sehr prominenter Gast bin? Hier hatte ich meine Lagerstrafe abgesessen, und in Moskau war ich Mitglied von irgendwelchen Verbänden und Schriftsteller. Wie viel Zeit war seit dem Sabantui vergangen – 37 Jahre? Aber der Wille Nasarbajews hat natürlich Vorrang.

Der Oberstleutnant ließ nachdenklich durch die Zähne vernehmen: „Das Archiv ist nicht weit. Sagen Sie dort, dass ich die Genehmigung erteilt habe..."

Da blieb mir, wie man so sagt, die Luft weg. Nach einer Minute rannte ich, ohne den Reden, dem Mittag- und Abendessen nachzutrauern, aus dem Haus für politische Bildung. Da hatte ich ja ein Riesenglück! Der Oberstleutnant war Chef der Führungsriege des Innenministeriums für das Gebiet. Wenn jetzt der Chef des KGB neben mir gestanden hätte, hätte ich nur von seinem Zigarettenqualm etwas gehabt. Denn der KGB verfügte dort nur über ein junges Archiv, während das des Innenministeriums alle alten Materialien verwaltete, und 1954 hatte das Step-Lag zur Struktur des Innenministeriums gehört.

Dem unerwarteten Gast gegenüber waren die Offiziere sehr liebenswürdig. Sie zeigten mir die Kartothek. Den Teil, den ich brauchte, hatte ich schnell durchgesehen. Ich fand die Angaben zu dem ermordeten Arbeitseinsatzleiter. Er war als verstorben eingetragen. Na, prima! Da hatten die diesen Abschaum ohne überflüssige Worte einfach ins Jenseits befördert. Gut für den Staatsanwalt, für uns noch besser und für den Abschaum keine Verschlechterung.

Im Glauben an meine Glückssträhne erdreistete ich mich jetzt, eine attraktive Dame mit Schulterstücken zu fragen: „Hätten Sie etwas dagegen, wenn ich ein bisschen in dem Dossier blättere?"

Die Dame warf mir einen prüfenden Blick zu und begab sich schweigend nach unten. Im Keller schaltete sie das Licht an. Hinter einem Eisengitter sah ich breite Regale, die unseren Lagerpritschen ähnelten. Auf ihnen lagen haufenweise Mappen nebeneinander – unsere Leben.

Über dem Keller in einem kleinen Saal blätterte ich fieberhaft in den Dossiers, die mir das Schicksal hatte zukommen lassen. Ich pinselte mein ganzes Notizblöckchen voll. Jetzt lasse ich alles außen vor, was ich über die Ereignisse in Kengir schon veröffentlichen konnte, und zwar in „Memorial-aspekt", „Westnik", „Nowoje Wremja", „Moskowskije Nowosti" und „Jewrejskoe Slowo". Ich werde hier nur meine letzte Veröffentlichung anführen, die eine polemische Skizze zu einer Beziehung mit Ansprüchen ist, die zeitlich an den 50. Jahrestag der Ereignisse von Kengir gebunden ist. Aus erfreulichen und zufälligen Umständen konnte meine verspätete Abhandlung 2006 im Krasnojarsker Almanach „Tag und Nacht" erscheinen (Nr. 1-2).

Die Helden meiner Notizen waren Teilnehmer des Sabantui: der seiner Hinrichtung entkommene, in Anapa verstorbene frühere Oberstleutnant Kapiton Iwanowitsch Kusnezow, ein Verräter (im „Archipel" ist er als Oberst und Führer des Aufstands erwähnt); der ehemalige Major und Freund Kusnezows, Alexej Makejew; als damals der „Archipel" herauskam und seine Rolle enthüllt wurde, fand er seinen Ausweg im Selbstmord; dann noch die Erschossenen Gleb Slutschenkow, Jurij Knopmus und Michail Keller.

Der in der Rjasaner Gegend (dem Pass nach in Engels) gebürtige Mitstreiter Slutschenkows, Gersch Jossifowitsch Keller, war im Slawsker Bezirk des Gebiets Drogobytsch, im Dorf Anenberg, ebenso wie sein Altersgenosse Gleb Slutschenkow, im Jahr 1924 geboren. Während des Kriegs kämpfte er mutig gegen die Deutschen wie die Russen (in den Reihen der Bandera-Armee, kein Einzelfall). Die erste Lagerstrafe bekam er, ebenso wie Slutschenkow, 1944. Das Militärtribunal der 4. Ukrainischen Front gab ihm einen Zehner nach § 58, Punkt 1 a. Den zweiten Zehner verpasste ihm das Gericht des Sonderlagers Karaganda schon wegen seiner Heldentaten im Lager. (Slutschenkow erhielt auch einen

zweiten Zehner, allerdings nicht in Karaganda, sondern beim Staatlichen Bautrust des Fernen Ostens.)

Seine dritte Lagerstrafe erhielt Keller vom Gericht des Step-Lag, dieses Mal war es schon ein Vierteljahrhundert. (Slutschenkow hatte das Viertel schon im Osjor-Lag erhalten.)

Im „Archipel" wird Keller als ukrainischer Partisan erwähnt (richtig!), und während der Tage des Sabantui als Leiter der Wachmannschaft (der Rang ist zu niedrig angesetzt). Dass Keller Jude ist, wird mit keinem Wort erwähnt.

Vielleicht ist das Zufall, aber in den negativ besetzten Aufzählungen gibt es mehr als genug jüdische Namen. In Band 3, Seite 315, wird das „Nest der Loyalisten dort – Genkin, Apfelzweig, Talalajewskij …" erwähnt; dann noch ein „Simulant, der angab, dass „sein Bein zirkuliert". Und hinzugefügt ist, dass das Kommissionsmitglied Berschadskaja solche „raffinierten Kampfmethoden" offensichtlich guthieß. Fragt sich, woher hier das Wörtchen „offensichtlich" kommt und was es hier soll.

Es ödet mich an, die über die Wiesen und Felder des „Archipel" verstreuten jüdischen Namen im Korb zu sammeln: den Schneider Berenblum, der dem Bürger Natschalnik nicht uneigennützig einen Pelz genäht hat;[40] den alten, schmuddeligen, fetten Magazineur Isaak Berschader – „ein faulender Baumstumpf", der sich eine „schlanke Pappel", eine „Märchenprinzessin" mit roten Lippen, schwanenschlanker Gestalt, „rabenschwarz das Haar", eine Ex-Scharfschützin von der Front kaufte.[41]

Was aber den oben bereits erwähnten Kornfeld angeht, werde ich noch einige Worte hinzufügen müssen.

Wie Solschenizyn schreibt, schaute der Arzt des Krankenreviers von Ekibastus, der frühmorgens erstochen wurde, am Vorabend bei Solschenizyn vorbei, um sein Herz auszuschütten. Er bekennt, er habe sich überzeugt,

> „dass keine Strafe in diesem irdischen Leben unverdient kommt. Es ist durchaus möglich, dass sie nicht für das kommt, was unsere offensichtliche Schuld ist. Aber wenn wir unser Leben durchforschen und uns tief hineinversenken, wo werden wir immer jenes Verbrechen finden, für das wir jetzt büßen."[42]

Das gemachte Geständnis ist nicht nur eine Vorahnung, sondern eine Rechtfertigung des Mordes, dem der Arzt frühmorgens dann zum Opfer fiel. Ich bin mir jedoch nicht sicher, ob Kornfeld Solschenizyn am Vorabend wirklich besuchte. Was deren Freundschaft angeht, habe ich nie auch nur eine einzige Anspielung gehört oder gelesen. Ja, und weshalb sollte dieser Arzt aus der Tuberkulosestation ausgerechnet während dieser Kampftage sich auf fremdes Terrain, in die Chirurgie, begeben haben? Hatte man dem Issajitsch da etwa ein Einzelzimmer zugewiesen? Während des Sabantui? Und wenn dies nicht der Fall war, dann sollen da andere Patienten daneben gelegen und der Arzt in deren Gegenwart sein Herz ausgeschüttet haben? Dieser „künstlerische Versuch" scheint mir mehr als unwahrscheinlich. Es war unnötig, diese persönliche „Selbstisolierung"[43] dem Verstorbenen zuzuschreiben und dann noch vorsichtig hinzuzufügen, die Ermordung sei keineswegs ein Beweis dafür, dass dieser ein Spitzel war.

[40] *Solschenizyn*, Der Archipel GULAG, Bd. 2, S. 208.
[41] Ebd., S. 220.
[42] Ebd., S. 591.
[43] Ebd., S. 390.

Im Forschungsversuch „Zweihundert Jahre gemeinsam" ist dem endlosen Thema „Juden im GULAG" lediglich ein Dutzend Seiten gewidmet. Und was hat nun dort Platz gefunden? Etwa die Standhaftigkeit der Opposition in den Zwanzigern, die Tragödie der Generation im Jahr 1937, die Hinrichtung von Gläubigen, die Schicksale der romantischen jungen Männer und Ingenieure des Stalin-Autowerks, des Jüdischen Antifaschistischen Komitees usw.?

Nein. Der alte, schmuddelige, fette Magazineur Berschader, der Isaak, ist aus dem Dreibänder in den Zweibänder weitergezogen. Eben jener „faulende Baumstumpf". Und dann hat noch der „Pridurok" Arkadij Belinkow Eingang gefunden.

Ich gehöre zum alten Eisen. Ich rege mich nicht mehr darüber auf, wenn man den Juden gegenüber nicht gerade zarte Gefühle hegt. Die Dankbarkeit der ach so progressiven Menschheit für die Bibel oder für Spinoza, für Nobelpreisträger, für sonstige Genies und Talente werde ich nicht erleben. Mir ist zu Ohren gekommen, dass es Zeiten gab, in denen die Franzosen die Engländer und die Deutschen die Franzosen nicht immer liebten; dass es vorgekommen ist, dass sich die Chinesen nicht gerade gut mit den Japanern verstanden und mit Tibet, dass die Iren und die Basken es nicht hinkriegen in Frieden zu leben… Aber so weit braucht man ja gar nicht zu gehen! Blutsverwandte Brüder, die Slawen, sind nicht im Stande, ihr Temperament und ihren Appetit zu zügeln…

Arkadij Belinkow hat hingegen meine epische Ruhe gestört. Bei seinem Treffen mit ihm in Moskau geriet der zurückhaltend-kalte Alexander Issajewitsch richtig in Fahrt. Wie hatte Belinkow es geschafft, seine äußerst spannende Arbeit über Tynjanow beim Verlag „Sowetskij Pisatel" unterzubringen?

Nachdem Belinkow Jurij Olescha niedergemacht, Wiktor Schklowskij, Ilja Selwinskij – alle früher bzw. heute noch wankelmütigen Intellektuellen – in den Schmutz getreten hatte, schickte er sich an, in seiner kritischen Prosa den unerschütterlichen Alexander Issajewitsch Solschenizyn zu lobpreisen. Und da findet er sich plötzlich in einem Atemzug genannt mit Isaak Berschader. Als Handlanger, „Pridurok"!

Als seine achtjährige Lagerstrafe dem Ende zuging, verdiente sich Belinkow noch ein weiteres Vierteljahrhundert und wurde deshalb aus dem stillen Dolinka in die Nachbarschaft geschafft, in unser Lager Maikuduk. Zwei Jahre lang hörte ich mir die Monologe von Freund Arkadij an. Er konnte schön reden, lag aber oft im Sterben. Schließlich schaffte man ihn zusammen mit einer Gruppe von anderen ausgemergelten Gestalten in das Spasskij-Lager. Übrigens wurde er zusammen mit Jakubowitsch dorthin verbracht, der sich Belinkow gegenüber sehr zurückhaltend verhielt.

Ich will mich kurz fassen. Meiner Meinung nach hatte Belinkow mit Engeln nichts gemein, aber mit Dämonen oder Teufeln auch nicht. In der russischen Literatur ist jedoch der Name von Arkadij Wiktorowitsch so präsent, dass es ein Fehler wäre, ihn in die Mülltonne zu werfen. Hätte er den Traum gehabt, ein Pridurok zu werden, wäre es ihm als wochenlang zum Liegen Verurteilter wohl kaum gelungen, diesen Traum zu verwirklichen. Im Gegensatz zu ihm hat Alexander Issajewitsch Solschenizyn das aber sehr wohl geschafft. Und zwar überall. Zweifellos ein Könner. Aber musste er diese seine Lorbeeren irgendwelchen Nichtskönnern um den Hals hängen?

***

In der Zeit, die diesen Anmerkungen gewidmet wurde, ist auch das gemeinsame Mahl beendet. Ich bringe Michail Petrowitsch zur Familie Ulanowskij. Gnedin verabschiedet sich unterwegs. Er wohnt in der Petrowerigsker Gasse, nicht weit von den Ulanowskijs weg. Soll ich jetzt meinen Schlusspunkt setzen? Nein, Fortsetzungspunkte...

Am 25. Januar 1975 erhalte ich aus Tichonowka einen langen Brief, aus dem ich einen Ausschnitt zitiere:

„Ende November und Mitte Dezember kamen für mich ziemlich unerwartet zweimal Korrespondenten der Presseagentur Nowosti aus Moskau ... Sie kamen, um mich zu interviewen, weil Solschenizyn im ‚Archipel' von mir berichtet. Während unseres Gesprächs erweiterten sie das Thema und fragten mich nach meiner Meinung über das ‚Archipel' insgesamt sowie insgesamt über die gegenwärtige Position Solschenizyns und über ihn als Persönlichkeit. Sie beauftragten mich, für Nowosti einen Artikel zu schreiben, den sie bei ihrem nächsten Besuch abholen würden (was sie auch getan haben). Das zweite Mal brachten sie aber Kameraleute mit, um mit mir ein Fernsehinterview zu machen. Den Artikel (einen ganz schön lang geratenen) habe ich geschrieben. Ich habe ihnen den Artikel vorgelesen. Sie haben ihn angenommen ..."

Für die Aufnahmen wurde Michail Petrowitsch nach Karaganda gebracht ins Hotel der Kosmonauten ... Das Honorar für seinen Artikel erhielt Michail Petrowitsch per Post.

Nach Meinung des Publizisten hat sich Solschenizyn weit über die Grenzen einer „Obduktion" des Stalinschen Regimes hinausgewagt und eine Konzeption des Antisozialismus und der Antirevolution vorgelegt. Für ihn sei „jede Revolution – immer und unter allen historischen Bedingungen – ein Übel" ...

Der Brief endet nicht sehr heiter: „Ich bin müde. Alt. Habe keine Kraft mehr."

Ich wollte mir den Film nicht ansehen und habe den Artikel nicht gelesen. Jetzt bereue ich das. Ich dachte damals, dass sich Jakubowitsch jetzt 1975 genauso verhalten hat wie 1931, als er die Abmachungen mit Krylenko in die Tat umsetzte.

Hat ihn wirklich nur die Angst, die ihm ein halbes Jahrhundert lang Geist und Leib vergiftete, gezwungen, Zugeständnisse zu machen? Die Angst, dass man ihn, wenn er es ablehnen würde Nowosti entgegenzukommen (alt, sieht schlecht usw. usf.), schon morgen aus dem Einzelzimmerchen in die Zelle für die Allgemeinen verlegen würde, was dann hieße, dass übermorgen für ihn alles zu Ende ist? Oder hat er sich, der im „Archipel" auf die widerlichste Weise beleidigt wurde, an die alte Regel erinnert, dass man dem Beleidiger, der einen beim Abschied geküsst hat, mit einer Ohrfeige antwortet, als Edelmann antwortet? Als Gefangener, der sein ganzes Leben lang hinter Kerkergewölben zum Schweigen verdammt war, aber gegen Ende des Theaterspiels vom Schicksal als Zeichen dessen unermesslicher Gnade die Gelegenheit erhalten hat, an Stadt und Land sein letztes Wort zu richten.

War er dazu verpflichtet, zu den lieben Gästen aus der Agentur Nowosti zu sagen: „Danke für die Ehre, meine Herren. Aber ich habe einschließlich Tichonowka dreiundvierzig Jahre abgesessen ... Entschuldigen Sie."

In einem Anfall von Maximalismus spürte ich, dass ich den Kontakt, ob mündlich oder schriftlich, ungeachtet der uns ein Vierteljahrhundert lang verbindenden Freundschaft nicht aufrechterhalten kann. Als Antwort auf meine Abschiedszeilen erhielt ich noch einen Brief vom 16. Februar 1975. Mir fehlt schon die Kraft, mich gründlich mit ihm auseinanderzusetzen: „Ich bin müde. Alt." usw. „Gründlich" hieße, dass ich einen anderen Artikel schreiben müsste, wo ich unbedingt noch auf Hunderte von Briefen

eingehen, Auszüge aus Überlegungen gemeinsamer Freunde, aus der letzten Nachricht des Leiters des Invalidenheims in Tichonowka anführen müsste. Wir schreiben das Jahr 1980:

„Am 11. Oktober um 10.30 Uhr abends hat uns unser teurer Michail Petrowitsch für immer verlassen. Wir sind alle in tiefer Trauer und können diesen Verlust kaum verschmerzen. Denn Michail Petrowitsch leitete so viele Jahre lang das innere Leben in unserem Städtchen … Wir sind wie verwaist. Wir haben ihn auf dem Friedhof in Tichonowka begraben, vor ein paar Tagen das Grab umzäunt und ein eisernes Kreuz mit der Aufschrift aufgestellt, die er sich selbst gewünscht hat. Am 21. November, am Tag des Erzengels Michael, haben wir, seine Freunde, seiner im Gebet gedacht. Er möge ruhig schlafen. Er hat viel Gutes getan. Ehre seinem Gedenken und Friede seiner Seele."

P. S.: Der Brief vom 16. Februar endet mit dem lateinischen Spruch der Antike: „Salve Caesar, imperator, morituri te salutant."

Denis Fomin-Nilov

Intellektuelle gegen den Totalitarismus in der UdSSR der 30er Jahre

> „Den Menschen in ein wildes Tier zu verwandeln ist leicht, aber es ist schrecklich schwierig und unglaublich langwierig, dieses wilde Tier wieder einen Menschen werden zu lassen."
>
> *Ivan Pavlov*

Unter dem Begriff „Intellektuelle" werden Kulturschaffende und Vertreter der Wissenschaftsgemeinde verstanden. In Russland ist eher der Terminus „Intelligenzija" verbreitet, der in etwa den hier zu untersuchenden Begriff widerspiegelt.

Bekanntermaßen gibt es für den Terminus Totalitarismus eine Vielzahl unterschiedlicher Definitionen.[1] Nicht selten nimmt die Begriffsdiskussion zu dieser Erscheinung scholastischen Charakter an. Der Vortragende wird sich an der am weitesten verbreiteten Auffassung orientieren, nach der der Totalitarismus eine Form der Herrschaft ist, die theoretisch keine individuelle Freiheit zulässt und danach trachtet, alle Aspekte des individuellen Lebens der Regierungsmacht unterzuordnen. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde das Wort „totalitär" zum Synonym für ein absolutes, unterdrückerisches politisches Einparteiensystem.

In einem umfassenderen Kontext wird der Totalitarismus durch eine starke Zentralgewalt charakterisiert, die danach trachtet, alle Aspekte des individuellen Lebens durch Zwang und Repressionen zu kontrollieren und zu steuern.[2] Und genau so ein politisches System entstand in Russland in der Zwischenkriegszeit.

Der hier untersuchte Zeitraum ist für die historische Forschung von besonderem Interesse. Ende der 20er / Anfang der 30er Jahre erfolgte in der UdSSR die Transformation der bolschewistischen Diktatur in den sowjetischen Totalitarismus. Die Zeiten innerparteilicher Demokratie gerieten in Vergessenheit. Die Aktivitäten der innerparteilichen Opposition wurden endgültig unterdrückt.[3] In Kultur und Wissenschaft endete die Zeit der

1 Eine detaillierte Analyse zu der in Russland laufenden Diskussion vgl. in *Ja. S. Drabkin / N. P. Komolowa* (Hrsg.), Totalitarizm v Evrope XX veka. Iz istorii ideologij, dviženij, režimov i ich preodolenija, Moskva 1996; *A. I. Boroznjak*, Ponjatie totalitarizma v naučnoj diskussii v Rossii, in: *ders.*, Prošloe, kotoroe ne uchodit. Očerki istorii i istoriografii Germanii XX veka, Jekaterinburg 2004, S. 281–293.

2 Britannica 2003 Ultimate Reference Suite CD-ROM. Totalitarianism.

3 Es genügt, an den Brief M. N. Rjutins vom Juni 1932 an alle Mitglieder der VKP (b) zu erinnern, der zu Recht als die letzte offene Äußerung der Opposition angesehen wird.

„poputčiki“ und jeder Art von alternativer oder variantenreicher Kreativität.[4] Das neue politische System wurde durch die sowjetische Verfassung von 1936 endgültig geformt. Revolutionäre Rhetorik oder geopolitische Deklarationen fanden darin bereits keinen Platz mehr, wobei gleichzeitig jedoch die Rolle der kommunistischen Partei deutlich zunahm.[5]

Die Zentralisierung erfasste alle Lebensbereiche des Sowjetbürgers. Groß angelegte Kampagnen sowjetischer Propaganda und Agitation wälzten sich wie eine unablässige Lawine über das gesellschaftliche Bewusstsein im Land. Gleichzeitig wurde die internationale und einheimische Öffentlichkeit über die tatsächliche Lage in der UdSSR gezielt falsch informiert. Jeglicher Versuch, Widerstand zu leisten, wurde vom Repressivapparat mit aller Härte unterbunden.

Unter Berücksichtigung aller Faktoren stellen sich dem Wissenschaftler folgende Schlüsselfragen: Gab es in den 30er Jahren einen Widerstand der Intellektuellen gegen den sowjetischen Totalitarismus und welche Formen hat dieser angenommen? So paradox es klingen mag, es gab diesen Widerstand – trotz aller denkbaren und undenkbaren Anstrengungen des totalitären Staates! Form und Intensität des Widerstands hingen dabei von den Bedingungen ab, unter denen die Künstler und Wissenschaftler lebten.

Die Intellektuellen, die sich dem Totalitarismus in der UdSSR widersetzten, können unter Vorbehalt in folgende drei Gruppen eingeteilt werden:

1. aus der UdSSR emigrierte oder verbannte russische Intellektuelle;[6]
2. ausländische Wissenschaftler und Kulturschaffende, die die Ideen des Bolschewismus oder später des Stalinismus, nicht akzeptiert hatten;
3. in Sowjetrussland verbliebene Intellektuelle.

Die erste Gruppe wurde als Teil des russischen Exils, unter anderem als Teil der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus und dem Stalinismus, von einer Vielzahl russischer und ausländischer Historiker untersucht.[7] Seit Ende der 1980er Jahre zeigen breite Bevölkerungsschichten in Russland ein nachhaltiges Interesse an der Geschichte der rus-

[4] In den 20er Jahren war die Existenz verschiedenster künstlerischer und wissenschaftlicher Vereinigungen, die sich nicht der Parteilinie unterordneten, zugelassen. Von deren Mitgliedern wurde verlangt, dass sie sich auf dem „Boden der Sowjetmacht“ befanden. Wer sich nicht auf diesem Boden befand, wurde entweder aus Russland verbannt (die berühmten Philosophen-Schiffe von 1922) oder Repressalien unterworfen. Gleichzeitig hatte die Führung der VKP (b) die Existenzmöglichkeit von sogenannten „poputčiki“ in Kultur und Kunst Sowjetrusslands sanktioniert, d. h. von nichtproletarischen Künstlern und Wissenschaftlern. Nach 1929 begann die planmäßige Schaffung zentraler, unionsweiter Organisationen unter gleichzeitiger Liquidierung aller verbliebenen künstlerischen und wissenschaftlichen Vereinigungen.

[5] In Artikel 126 der Verfassung der UdSSR wurde deklariert, dass die VKP (b) der leitende Kern aller Organisationen der Werktätigen, sowohl der gesellschaftlichen, als auch der staatlichen, sei.

[6] Artikel und Äußerungen einer Vielzahl von Emigranten aus den Reihen der Intellektuellen wurden zu Beispielen des Widerstands gegen den sowjetischen Totalitarismus. So befanden sich allein über 90 Berufshistoriker außer Landes, aber auch Schriftsteller, Philosophen, Soziologen usw.

[7] *E. I. Pivovar*, Rossija v izgnanii. Sud'by rossijskich ėmigrantov za rubežom, Moskva 1999; *V. T. Pašuto*, Istoriki-emigranty v Evrope, Moskva 1992 u. a.

sischen Emigration.[8] Auch die Aktivitäten der zweiten Gruppe sind umfassend erforscht worden.[9] Dies hängt damit zusammen, dass es außerhalb Russlands umfangreiches historisches Quellenmaterial gibt, das vielen Forschern leicht zugänglich ist.

Komplizierter ist es um die dritte Gruppe bestellt. Deshalb gibt dieser Vortrag eine kurze Übersicht über diese Kategorie von Intellektuellen. Worin bestehen die Schwierigkeiten für den Wissenschaftler? Es lassen sich mehrere Ursachen herausarbeiten:

1. Der Widerstand von Intellektuellen wurde in den 30er Jahren nicht sonderlich publik gemacht. Der Repressivapparat versuchte, derartige Erscheinungen sorgfältig zu vertuschen, damit die äußerliche „Harmonie" des allgemeinen „Frohsinns und [der] Freude" vor dem Hintergrund des Aufbaus der „leuchtenden Zukunft" nicht gestört werde.
2. Der Zweite Weltkrieg wurde zu einer blutigen Zäsur in der Geschichte des Landes in den 30er und 40er Jahren. Tausende und Abertausende russische Intellektuelle fielen an den Fronten des Krieges und nahmen die Information über den Protest, der sich bei ihnen in der Zwischenkriegszeit angehäuft hatte, mit sich ins Grab. Zugleich verschwand auch ihr Wissen über den Widerstand gegen den Totalitarismus und ihre potentielle Erinnerung daran.
3. Die Analyse von freigegebenen Materialien ist außerordentlich schwierig, da in vielen Anklageverfahren Lüge und Wahrheit sehr eng miteinander verflochten sind…

Die Verfolgung von Intellektuellen unter Zuhilfenahme von Paragraphen des Strafgesetzbuches war äußerst verbreitet. 1922 wurde der Tod durch Erschießen als Höchststrafe in das Strafgesetzbuch der RSFSR aufgenommen.[10] Konterrevolutionäre Aktivitäten wurden zu Schwerverbrechen erklärt. Zu dieser Kategorie gehörten

> „jede Handlung, die auf den Sturz, die Unterhöhlung oder die Schwächung der Herrschaft der Arbeiter- und Bauernräte und der aufgrund der Verfassung der RSFSR bestehenden Regierung der Arbeiter und Bauern gerichtet ist, sowie Handlungen in Richtung der Unterstützung jenes Teils der internationalen Bourgeoisie, der die Gleichberechtigung des den Kapitalismus ablösenden kommunistischen Eigentumssystems nicht anerkennt und durch Interventionen oder Blockaden, Spionage, Finanzierung der Presse usw. nach dessen Sturz trachtet."

Als konterrevolutionär wurde auch eine Handlung betrachtet, die nicht unmittelbar auf die Erreichung der oben genannten Ziele ausgerichtet war, aber mit Wissen und Willen des die Tat Ausführenden einen Anschlag auf die grundlegenden politischen oder wirtschaftlichen Errungenschaften der proletarischen Revolution beinhaltete.[11]

Der UdSSR-Führung erschienen jedoch sogar derart weitreichende und frei auslegbare Paragraphen des Strafgesetzbuches als noch nicht ausreichend. 1927 beschloss das Zentrale Exekutivkomitee der UdSSR das „Gesetz über die Staatsverbrechen"; in das Strafgesetzbuch wurde ein entsprechendes Kapitel aufgenommen. Der berühmte Paragraph 58

[8] Bestsellerlisten zufolge erfreut sich Literatur zur Geschichte der Weißen Bewegung und der postrevolutionären Emigration einer nachhaltigen Nachfrage seitens der Käufer.

[9] Der Verfasser hat sich mit den Arbeiten ausländischer Intellektueller zu deren Widerstand gegen den Totalitarismus in der UdSSR nicht gesondert befasst. Dieses Thema gäbe Stoff für eine ganze Reihe von Untersuchungen.

[10] Siehe Artikel 33 StGB der RSFSR von 1922.

[11] Siehe Artikel 57 StGB der RSFSR von 1922, in der Fassung von 1923.

wurde auf 14 Punkte erweitert. Zum klassischen Punkt für die massenhafte Anklage von Intellektuellen wurde Punkt 10. Danach wurden „Propaganda und Agitation, die einen Aufruf zum Sturz, zur Unterhöhlung oder Schwächung der Sowjetherrschaft oder zur Begehung einzelner konterrevolutionärer Straftaten enthielten“,[12] zu Straftaten erklärt. Nach dem neuen Strafgesetzbuch wurde sogar die unterlassene Anzeige einer glaubwürdig bekannten, sich in Vorbereitung befindenden oder bereits begangenen konterrevolutionären Straftat zur strafbaren Handlung erklärt.[13] Zudem wurde die Höchststrafe (Erschießung) als höchste Maßnahme der sozialen Verteidigung bezeichnet![14]

Formell betrachtet war in der Sowjetunion ab 1927 die gesetzliche Grundlage für Repressionen gegen Andersdenkende in vollem Umfang vorhanden. Waren bis dahin vorwiegend „offene“ Feinde der Sowjetmacht und wirtschaftlich-politsche Gegner verfolgt worden, so begann Ende der 1920er Jahre die Suche nach „verborgenen“ und potentiellen Widersachern. Die Machthaber hatten erkannt, dass das gesprochene oder geschriebene Wort ein gefährliches Element des Widerstandes gegen das Sowjetregime war.

Viele russische Intellektuelle eigneten sich bestens für die Rolle eines potentiellen Feindes des „Sozialismus“. Die Wurzeln ihres Widerstandes gegen das totalitäre Regime gingen auf das eigentliche Wesen der russischen „Intelligenzija“ zurück. Nehmen wir als Beispiel die Beschreibung eines der Wesensmerkmale der Intelligenzija aus der Feder des bedeutenden russischen Philosophen Aleksej Losev[15]:

> „Die wahre Intelligenzija ist nicht nur dafür gerüstet, mit offenem Visier zu kämpfen, sondern auch hervorragend darauf eingestellt, gegen jegliche Art von verborgenen Unzulänglichkeiten des Lebens zu kämpfen. Dies bedeutet jedoch, dass die wahre Intelligenz immer von Tatbereitschaft beseelt und jederzeit bereit ist, die drängenden Erfordernisse egoistischer Existenz hintanzustellen; dabei geht es nicht unbedingt um den Kampf, sondern um die Bereitschaft, sich jede Minute in den Kampf stürzen zu können und für diesen gerüstet zu sein. Und es gibt kein anderes Wort, das deutlicher diesen Wesenszug der Intelligenz zum Ausdruck brächte als das Wort ‚Tat‘. Intelligenz ist das tägliche, ja stündliche Vollbringen von Taten – wenn auch manchmal nur potentiell …“[16]

Und gerade eine solche Tatbereitschaft der Intellektuellen konnte die Sowjetmacht in den 30er Jahren nicht dulden. Die Keule der Repressionen ging auf die Angehörigen der sowjetischen Intelligenzija nieder. Eine Analyse der Unterdrückungsmittel und -methoden in all ihrer Vielfalt würde den Rahmen dieses Vortrages sprengen. Es sei lediglich darauf hingewiesen, dass die Mitarbeiter des Repressivapparates eine eigene Logik verfolgten, allerdings eine eiserne, wahrlich totalitäre Logik. Sie fußte auf der aufmerksamen und präzisen Befolgung der von der Führung der VKP (b) vorgegebenen „Generallinie“. Diese konnte sich aufs Radikalste ändern, wobei sich dann auch die Unterdrückungspolitik in

12 SU Nr. 49, Art. 330.

13 Siehe Artikel 58, Absatz 12 (ergänzt am 6. Juni 1927, SU Nr. 49, Art. 330) und Artikel 58, Absatz 1g (ergänzt am 20. Juli 1934; SU Nr. 30, Art. 173).

14 *G. P. Vinogradov* (Hrsg.), Ot ČK do FSB. Dokumenty i materialy po Istorii organov gosbezopasnosti Tverskogo kraja. 1918–1998, Tver’ 1998, S. 124–129.

15 Aleksej Fedorovič Losev (1893–1988), russischer Philosoph, Philosophiehistoriker und Philologe, Staatspreisträger (1986). Durchlitt in den 30er Jahren selbst den GULAG. A. F. Losev war ein führender Autor der Bol’šaja sovetskaja ėnziklopedija (3. Ausgabe), der Enzyklopädie „Mify narodov mira“, des Filosofskij ėnziklopedičeskij slovar’ und der Filosofskaja ėnzyklopedija (in 5 Bänden).

16 Sovetskaja kul’tura vom 1. Januar 1989, S. 4.

gleicher Weise änderte. Zur historischen Illustration kann wohl am besten das sogenannte „Akademiker-Verfahren" angeführt werden.[17]

Die Wurzeln dieses Verfahrens gingen auf die scharfe Auseinandersetzung zwischen der Schule des bolschewistischen Historikers Michail Pokrovskij[18] und den Schulen von Sergej Platonov, Dmitrij Petruševskij[19] und anderen zurück. Im Frühjahr 1929 ging Pokrovskij an die Presse und forderte, an allen wissenschaftlichen Fronten zum Angriff überzugehen, da die Zeit des friedlichen Zusammenlebens zu Ende gehe. Diese Initiative wurde von der Regierung unterstützt, indem Vjačeslav Molotov im Sommer desselben Jahres das folgende Jahr 1930 zum letzten Jahr für die „alten Spezialisten" erklärte. Damit hatte die OGPU „grünes Licht" für die Liquidierung der Gegner Pokrovskijs erhalten.

Als Anlass diente die Aufbewahrung von Dokumenten in Abteilungen der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften, im Puškin-Haus und in Leningrader Archiven, die – nach Meinung von Behördenvertretern – von staatstragender oder besonderer politischer Bedeutung waren und deshalb bei der OGPU, im Lenin-Institut, im Zentralarchiv in Moskau oder im Marx-Engels-Institut aufzubewahren gewesen wären.

Im Oktober 1929 setzten die Verhaftungen ein und bis Dezember 1930 befanden sich bereits mehr als 100 Personen in Untersuchungshaft. In Moskau, Leningrad und anderen Städten der UdSSR wurden angesehene Historiker und Philologen verhaftet. Unter den inhaftierten Historikern befanden sich vier Akademiemitglieder: Sergej Platonov, Evegenij Tarle, Nikolaj Lichačev und Matvej Ljubavskij. Ihnen folgten die bedeutenden Philologen Vasilij Istrin, Vladimir Peretc und Ignatij Kračkovskij.

Sie alle wurden der Bildung einer konterrevolutionären Organisation namens „Volksbund für den Kampf für die Wiedergeburt des freien Russland" beschuldigt, deren Aufgabe der Sturz der Sowjetmacht und die Wiedererrichtung der Monarchie gewesen sei. Dabei wurde die Bezeichnung der Organisation nicht sofort, sondern erst nach geraumer Zeit genannt. Aus der Art und Weise, wie diese Protokolle abgefasst sind, wird deutlich, dass die Geständnisse unter Zwang zustande gekommen sind.[20] Das Verfahren basierte jedoch nicht nur auf von den Untersuchungsführern fabrizierten „Tatsachen", sondern auch auf entstellend interpretierten tatsächlichen Begebenheiten. Wissenschaftliche Gespräche, der Besuch eines Zirkels junger Historiker usw. wurden von den Untersuchungsführern als illegale Treffs von Verschwörern bewertet.[21] Demzufolge konnte die OGPU von der erfolgreichen Aufdeckung eines weiteren antisowjetischen Komplottes berichten,

[17] *V. P. Leonov* (Hrsg.), Akademičeskoe delo 1929–1931 gg.: Dokumenty i materialy sledstvennogo dela, sfabrikovannogo OGPU. Vyp. 1. Delo po obvineniju akademika S. F. Platonova, St. Peterburg 1993.

[18] Professor M. N. Pokrovskij negierte eine russische Geschichte, den Patriotismus, den Begriff „Heimat" u. a., während er sich gleichzeitig für die Schaffung einer neuen, wahrhaft marxistischen, revolutionären Geschichte einsetzte.

[19] Dieser Professor war damals Direktor der Russischen Assoziation der gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (RANION), die 1924 in Moskau gegründet worden war.

[20] *B. V. Anan'ič/V. M. Panejach*, „Akademičeskoe delo" kak istoričeskij istočnik, in: Istoričeskie zapiski, Moskva 1999, S. 339.

[21] *N. S. Štakel'berg*, „Kružok molodych istorikov" i „Akademičeskoe delo", in: *A. I. Dobkin/M. Ju. Sorokina* (Hrsg.), In memoriam: Istoričeskij sbornik pamjati F. F. Perčenka, Moskva/St. Peterburg 1995, S. 28.

dieses Mal unter Künstlern und Wissenschaftlern. Die „Verdächtigen“ wurden angeklagt und bestraft.

Die „Generallinie“ änderte sich jedoch bald darauf. Stalin hatte sich entschlossen, sich der Geschichte zuzuwenden. Der Geschichtsunterricht kehrte an Schulen und Universitäten zurück und die Geschichte wurde zu einem wichtigen Instrument der Formierung des Sowjetpatriotismus. Die Vertreter der Pokrovskij-Schule befanden sich in einer schwierigen Lage, da sie selbst und ihre Ansichten, die früher den Interessen der VKP (b) gedient hatten, sich als nicht mehr nötig erwiesen. Das Verfahren wurde 1936 durch die Liquidierung der Kommunistischen Akademie abgeschlossen, deren führende Köpfe (Vanag, Fridljand, Dalin, Dubrovskij, Piontkovskij, Tichomirov und andere) von den Strafbehörden verhaftet wurden.

Viele der vorher im Zuge des „Akademiker-Verfahrens“ Verfolgten wurden aus den Lagern zurückgeholt und in ihre Rechte wiedereingesetzt. Innerhalb kurzer Zeit nahmen sie ihre historischen Forschungen wieder auf und wurden zum Stolz der sowjetischen Historiographie.

Neben dem bereits erwähnten „Akademikerprozess“ wurden Andersdenkende auch in anderen Bereichen der Wissenschaft verfolgt. So wurde z. B. der oben erwähnte Philosoph Aleksej Losev 1930 wegen der Herausgabe von acht philosophischen Bänden, insbesondere von „Dialektika mifa“, einer radikalen Abrechnung mit der offiziellen marxistisch-leninistischen Ideologie, verhaftet. Anderthalb Jahre verbrachte er im inneren Gefängnis der Ljubjanka, danach wurde er zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt.

Losev befasste sich jedoch selbst im Lager weiter mit philosophischen Überlegungen über den Sinn des Lebens, über die Geschichte und das zukünftige Russland. In einem seiner Briefe an seine Frau brachte er die Befürchtung zum Ausdruck, dass die von Tag zu Tag wachsende Verbissenheit und intellektuelle Erstarrung zu einer irreversiblen geistigen Katastrophe führen könnten, „aus der es keine Möglichkeit mehr gibt, auf den bisherigen Weg zurückzukehren“.[22]

Dennoch war ihm das Schicksal gnädig. Schon 1933 gelangt er – zwischenzeitlich nahezu vollständig erblindet – vorzeitig wieder in Freiheit. Dank der Unterstützung von Ekaterina Peškovaja und Marija Ul’janova wurde seine Strafe sogar gelöscht, es war ihm jedoch untersagt, sich mit Philosophie zu befassen und seine Arbeiten wurden 23 Jahre nicht gedruckt.

Tausende sowjetische Intellektuelle hatten weitaus weniger Glück. Manchmal richteten sich die Repressalien nicht nur gegen Einzelne, sondern gegen ganze Gruppen von Personen. Der repressive Schlag wurde dann „an die große Glocke gehängt“ und die nationale Intelligenzija in den Sowjetrepubliken, etwa mit der Beschuldigung, sie forciere den Nationalismus, ausgerottet.[23] Dabei wurde die Abrechnung mit der nationalen Intelligenzija als ein Kampf gegen den potentiellen Separatismus angesehen und während der gesamten 30er Jahre fortgesetzt.

22 Aus einem Brief an V. M. Loseva, Svirlag-Borovljanka, 19. Februar 1932.

23 Siehe auch die unzähligen Publikationen zu den Repressionen gegen die nationale Intelligenzija. In vielen Republiken und Gebieten der Russischen Föderation wurden Untersuchungen zur Geschichte der Repressionen gegen regionale Künstler und Wissenschaftler publiziert. Einige Materialien finden sich auch im Internet.

Selbst die wiederholten Aufrufe des bedeutendsten proletarischen Schriftstellers, Maksim Gorkij, „nicht den idealistischen Anfang des Sozialismus [zu] vergessen“ und diesen nicht im Kampf um das klassenbewusste „allgemeinmenschliche Streben nach dem Besseren“ hinwegzufegen, hatten keinerlei Erfolg.[24]

Als prägnantestes Beispiel für den Widerstand russischer Intellektueller gegenüber dem Totalitarismus in der UdSSR in den 30er Jahren mag die von bürgerschaftlichem Verantwortungsbewusstsein getragene Handlungsweise des Nobelpreisträgers und Akademiemitglieds Ivan Pavlov dienen. Anfang der 30er Jahre erlangte der Schlussteil seiner öffentlichen Rede anlässlich der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Ivan Sečenov große Bekanntheit. Er erklärte, dass die Sowjetbürger unter der Herrschaft eines harten Prinzips lebten: Der Staat und die Macht bedeuteten alles, die Persönlichkeit des Bürgers gar nichts. Und er fuhr fort: „Ohne die Ivan Michajlovičs [Sečenovs] und deren Gefühl für Würde und Verantwortung ist jeglicher Staat zum Untergang von innen heraus verurteilt, trotz aller Dneprostrojs und Volchovstrojs.“[25] Die weitere Geschichte des sowjetischen Totalitarismus hat gezeigt, wie prophetisch diese Worte waren.

Pavlov schrieb mehrfach an die Regierung. Eines seiner Schreiben vom 21. Dezember 1934 an den Rat der Volkskommissare der UdSSR verdient im Lichte der Diskussion um die Rolle und Bedeutung der von Stalin betriebenen Politik besondere Aufmerksamkeit.

Als Grund, der ihn zum Verfassen des Schreibens bewegt habe, nannte Pavlov die Tatsache, dass es ihm schwerfalle, in der Sowjetunion zu leben, wobei er nicht auf die materielle, sondern auf die psychologische und emotionale Seite des Lebens abstelle. Er verwies darauf, dass die Errichtung des Sozialismus in der UdSSR ein Experiment sei, dessen Endergebnis – wie bei jedem Experiment – zunächst unbekannt sei. Allerdings sei dieses Experiment fürchterlich teuer und führe zur Zerstörung jeglicher kultureller Zufriedenheit und der gesamten kulturellen Schönheit des Lebens. Pavlov schreibt:

„Wir lebten und leben unter einem unverminderten Terror- und Gewaltregime. Wenn man unsere alltägliche Realität gänzlich ohne Beschränkungen, mit all den tagtäglichen Details wiedergeben würde, gäbe dies ein erschreckendes Bild, dessen erschütternder Eindruck auf die Menschen der Gegenwart sich nur kaum merklich abschwächen würde, wenn man unser anderes Bild mit den wunderbaren, gleichsam neu emporwachsenden Städten, den Dneprostrojs, den Riesenbetrieben und den unzähligen Gelehrten und Wissenschaftseinrichtungen danebenstellte. Sooft dieses erste Bild meine Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, sehe ich immer mehr eine Übereinstimmung zwischen unserem Leben und dem Leben alter asiatischer Despotien. Und bei uns nennt man das Republiken. Wie soll man das verstehen? Das mag vielleicht eine zeitlich begrenzte Erscheinung sein. Aber man sollte nicht vergessen, dass der aus dem Tier hervorgegangene Mensch leicht fallen kann, aber nur schwer wieder aufsteht. Diejenigen, die massenhaft ihresgleichen tückisch zum Tode verurteilen und dieses Urteil mit Befriedigung vollstrecken, aber auch diejenigen, die gewaltsam gezwungen wurden, sich daran zu beteiligen, können wohl kaum noch menschlich fühlende und

[24] Humanistische Ideen des Sozialismus und nicht nur den Egoismus der Arbeiterklasse begann Gorkij bereits 1918 zu propagieren. Vgl. seine „Nesovremennye mysli“ und die Zeitschrift Literaturnoe obozrenie 1988, Nr. 10, S. 105.

[25] Sovetskaja kul’tura vom 14. Januar 1989, S. 10. Die genannte Publikation war von V. Samojlova und Ju. Vinogradova vorbereitet und von M. Jaroševskij mit einem Kommentar versehen worden. Jedoch leidet der wissenschaftlich-historische Wert dieser Veröffentlichung erheblich unter dem Fehlen eines genauen Belegs für die Fundstelle der veröffentlichten Materialien, der nur allgemein auf Materialien aus dem Archiv der Russischen Akademie der Wissenschaften verweist.

denkende Wesen bleiben. Und andersherum: Diejenigen, die in Schlachtvieh verwandelt wurden, können wohl kaum zu Wesen mit einem Gefühl für die eigene Menschenwürde werden."[26]

Auf das Schreiben Pavlovs folgte eine kurze, mit 2. Januar 1935 datierte Antwort von Molotov,[27] in der die im Brief angeführten politischen Thesen als absolut nicht überzeugend und gegenstandslos dargestellt werden. Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare und des Rates für Arbeit und Verteidigung der UdSSR bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass Pavlov kategorische Schlussfolgerungen zu „prinzipiellen politischen Fragen" ziehe, deren wissenschaftliche Grundlage dem Akademiemitglied „völlig unbekannt" seien, und fügt hinzu, dass sich die politische Führung der UdSSR auf keinen Fall einen „derartigen Eifer" hinsichtlich physiologischer Fragen erlaubt hätte.[28] Zumindest beim letzten Punkt trieb Molotov ein falsches Spiel nicht nur gegenüber Pavlov , sondern auch gegenüber Aleksej Karpinskij, da er Kopien beider Schreiben auch an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR schickte. Der wiederholte „Eifer" der politischen Führung der UdSSR auf dem Gebiet der unterschiedlichsten Wissenschaften ist eine historische Tatsache.[29]

Ende der 30er Jahre erfasste die Unzufriedenheit mit dem von Stalin und dessen Weggefährten geschaffenen System sogar die Apologeten der proletarischen Revolution. Das NKWD trug 1938 dem Generalsekretär folgende Äußerung von Dem'jan Bednyj[30] zu:

„Die Unterdrückung und der Terror in der UdSSR sind dergestalt, dass weder Literatur noch Wissenschaft möglich sind, jegliche freie Forschung ist unmöglich. Wir haben nicht nur keine Geschichte, sondern nicht einmal eine Geschichte der Partei [...]. Es stellt sich heraus, dass ich mit einer Partei mitgegangen bin, in der 99,9 % Spione und Provokateure sind. Stalin ist ein schrecklicher Mensch und lässt sich oft von persönlichen Abrechnungen leiten. Alle großen Führer haben um sich herum glänzende Plejaden von Mitstreitern hervorgebracht. Und wen hat Stalin hervorgebracht? Alle hat er abgeschlachtet, es ist keiner da, alle wurden vernichtet. So etwas gab es nur unter Ivan dem Schrecklichen."[31]

Mit derartigen Einschätzungen stand der Poet Bednyj nicht allein. Der Mehrheit der Intellektuellen (sowohl der Parteimitglieder, als auch der parteilosen) war klar, dass Terror und Furcht keine zuverlässige Garantie für die erfolgreiche Entwicklung eines Landes sein können. Sie ahnten die Folgen einer solchen Politik für Russland und dessen Volk. Selbst die Bedrohung ihrer persönlichen Sicherheit konnte sie nicht davon abhalten, über das Schmerzliche nachzudenken, zu sprechen oder zu schreiben. Und gerade dadurch – durch die Gedankenfreiheit – wurde der Totalitarismus in Russland auch besiegt.

***

[26] Ebd.

[27] V. M. Molotov (Skrjabin) (1890–1986) war von 1930 bis 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR (bis 1941) und des Rates für Arbeit und Verteidigung der UdSSR (bis 1937).

[28] Sovetskaja kul'tura, ebd.

[29] Etwa im Bereich der Genetik, der Sprachwissenschaft u. a.

[30] Dem'jan Bednyj (Efim Alekseevič Pridvorov) (1883–1945) – Lyriker, Verfasser von in der Zeit des Bürgerkriegs populären satirischen Gedichten, in Versform gehaltenen Feuilletons, Sagen und Liedern. Er schrieb das epische Poem „Pro zemlju, pro volju, pro rabočuju dolju" (1917), „Glavnaja ulica" (1922). Verfasste Bildunterschriften zu den „Okna TASS".

[31] *A. S. Jakovlev*, Sumerki, Moskva 2003, S. 166.

Es ist ganz offensichtlich, dass es nicht möglich ist, den Untersuchungsgegenstand im Rahmen eines kurzen Vortrages einer allseitigen Betrachtung zu unterziehen. Im Gegenteil, das angesprochene Thema erfordert mehrdimensionale historische Forschungen. Der vorliegende Vortrag streift die im Titel angeführte historische Fragestellung nur in groben Zügen. Ohne Zweifel – auf die Historiker warten noch eine Unzahl von Entdeckungen, die es ermöglichen werden, Natur und Quellen des sowjetischen Totalitarismus besser zu verstehen und zu erforschen, aber auch die Rolle und Bedeutung der russischen Intellektuellen in der Weltgeschichte des XX. Jahrhunderts tiefer zu durchdringen.

Hermann Weber

Opposition des „dritten Weges“

In der DDR richtete sich die Opposition in den 40er Jahren uneingeschränkt gegen das kommunistische Regime. Sie orientierte sich an sozialdemokratischen, christdemokratischen und liberaldemokratischen Vorstellungen und Traditionen, war auf den Westen bzw. die Bundesrepublik fixiert. Dass eine Mehrheit der Bevölkerung solchen Ideen einer generellen Opposition gegen „den Kommunismus“ mit dem Ziel einer Wiedervereinigung Deutschlands anhing, bewies der Aufstand vom 17. Juni 1953.

Allerdings existierte – insbesondere ab Mitte der fünfziger Jahre – auch eine innerkommunistische Opposition. Sie vertrat die These vom „dritten Weg“, jenseits von Kapitalismus und Stalinismus.

Diese Richtung hatte sich schon nach dem Konflikt Stalin – Tito 1948 herausgebildet, blieb jedoch politisch ohne nennenswerte Bedeutung. Unter der Losung „Weder Ost noch West“ sammelten sich in der Bundesrepublik von 1949 bis 1951 Sozialisten in einer „Unabhängigen Arbeiterpartei Deutschlands“. Von 1950 bis 1954 erschien mit dem Untertitel „Weder Ost noch West – eine ungeteilte sozialistische Welt“ in West-Berlin die linke Zeitschrift „Pro und contra“. Einen „dritten Weg“ propagierten ebenfalls linke Gewerkschaftler und die sozialdemokratische Jugendorganisation „Die Falken“. Da weltpolitisch mit der Konferenz von Bandung 1955 eine Bewegung der unabhängigen Länder wie Jugoslawien und Indien entstand, schienen die Ideen des „dritten Weges“ in den Westen und vor allem in den Osten hineinzuwirken.

Dort waren sie wegen der brutalen Diktatur Stalins zunächst kaum wahrnehmbar. Erst die große ideologische Krise nach Stalins Tod und insbesondere die Enthüllungen Chruschtschows über Stalins Verbrechen auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 führten in Polen und Ungarn, aber ebenso in der DDR zu einer Opposition des „dritten Weges“. Auf sie soll kurz eingegangen werden.

Ideologische Indoktrination sowie Karriereperspektiven zeigten bis Mitte der fünfziger Jahre deutliche Spuren. So wie viele Partei-Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler usw. schienen Teile der Jugend auf dem Boden der kommunistischen Ordnung zu stehen. Die Kritik an Stalin und einigen seiner Herrschaftsmethoden auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 brachte eine Zäsur im Weltkommunismus, die sich sofort auf die SED auswirkte. Die Abkehr von Stalin traf die Partei, ihre Mitglieder und Anhänger, völlig unerwartet. Für viele überzeugte Kommunisten war die Verdammung ihres Götzen Stalin ein Schock, vor allem die Jüngeren waren ja auf den Stalin-Kult eingeschworen worden. Die Suche nach neuen oder die Rückbesinnung auf traditionelle Ideale bildeten den Nährboden für eine grundsätzliche innerkommunistische Opposition. Deshalb bot die beginnende „Entstalinisierung“ ausreichenden Anlass, Widerstand gegen die dikta-

torischen Methoden der Führung und des Apparats nun innerhalb der eigenen Partei zu formulieren. Im Juni 1956 hatte Ulbricht den „wissenschaftlichen Meinungsstreit" empfohlen, aber als die Diskussionen in ernsthafte Kritik mündeten, wurden sie sofort abgebremst.

Indessen gingen die Debatten an den Hochschulen weiter. Breiter Konsens bestand zwischen SED-Wissenschaftlern und Studenten über die Forderungen: Recht auf freie Diskussion ohne Furcht vor Zwangsmaßnahmen, Beendigung der Einmischung des SED-Apparats in Fragen der Wissenschaft, Schluss mit der Vorherrschaft des dialektischen Materialismus über die Fachwissenschaften und „Reinigung" des Marxismus von stalinistischen Verfälschungen. Prominente Vertreter dieses „Revisionismus" waren in der Philosophie Robert Havemann, Ernst Bloch, Wolfgang Harich, in der Literaturwissenschaft Hans Mayer und in der Ökonomie Fritz Behrens und Arne Benary.

Unter „geschulten" Anhängern des Systems entstand eine weitergehende Opposition des „dritten Weges". Motiviert durch den Widerspruch von Theorie und Praxis, zwischen dem Ziel einer „klassenlosen Gesellschaft" und der Realität politischer Diktatur und sozialer Ungleichheit.

Die junge Generation wurde ebenso wie die Parteikader in „marxistischen" Wertvorstellungen erzogen. Diese implizierten, dass der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, der Einsatz für die Befreiung der Arbeiterklasse und für die revolutionäre Bewegung ebenso erstrebenswerte Taten seien wie die Solidarität mit den Unterdrückten. Große Revolutionäre wurden als nachahmenswerte Vorbilder herausgestellt – angefangen von Spartakus, der den historischen Sklavenaufstand in Rom leitete, über Thomas Münzer im Bauernkrieg, Babeuf in der französischen Revolution, bis hin zu Marx und Lenin. Mit der Verbreitung des marxistischen Geschichtsbildes wollte die Führung der SED ihre Position stärken. Sie wollte beweisen, dass die Partei Fortführerin aller progressiven Tendenzen der Geschichte und vor allem der Arbeiterbewegung war. Dieses Traditionsbild rückte den Kampf der Arbeiterbewegung für soziale Gerechtigkeit, für Emanzipation und Freiheit in den Mittelpunkt der ideologischen Erziehung, was schwerwiegende Folgen hatte.

Schließlich sah der Alltag der DDR völlig anders aus als die Ideale der Theorie: Ausbeutung und Unterdrückung existierten weiterhin, ebenso Lüge und Karrierismus, für die Jugend also genügend Gründe zum Revoltieren. Die Tatsache, dass die Wirklichkeit der DDR so wenig den SED-Behauptungen eines Marxismus entsprach, musste den Idealismus vieler Anhänger des Systems erschüttern. Zwar war dies vermutlich nur die Reaktion einer Minderheit, viele reagierten mit Konformismus oder Zynismus auf die Verhältnisse. Dennoch waren die Auswirkungen beträchtlich. Entsprechend den propagierten historischen Vorbildern wollten die in Opposition geratenen „Marxisten" die Praxis ändern und ihren (d. h. aber auch den offiziell verkündeten) Zielen annähern. So mehrten sich 1956 und 1957 in der jüngeren Generation die Stimmen, die unter Berufung auf Marx eine demokratische Entwicklung forderten. Wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil damals viele aus dem sozialen Milieu der Arbeiterschaft stammten, wo die Widersprüche besonders drastisch zu spüren waren.

Das alles bildete die Basis einer Opposition des „dritten Weges", war deren ideologische Konzeption, und zwar unabhängig (und vermutlich ohne genaue Kenntnis) von früherer innerkommunistischer Opposition. Diese neue Opposition, antistalinistisch, aber nicht antikommunistisch, lehnte den Kapitalismus ebenso ab wie die Praxis und die

Herrschaftsstrukturen der DDR. Stattdessen wollte sie durch Reformen und Demokratisierung einen „menschlichen Sozialismus" schaffen. Resultat „marxistischer" Erziehung in der DDR waren also nicht etwa nur treue Anhänger des Systems, sondern auch marxistische Rebellen, die innerhalb der SED wirkten.

Insgesamt war die Vorstellung des „dritten Weges" wenig konkret und anschaulich, aber eine verbale Kritik an den bestehenden Zuständen. Diese Diskussionen waren für die SED-Führung ein Alarmsignal. Oppositionelle kommunistische Grundkonzeptionen konnten für das System gefährlich werden, wie etwa ähnlich beginnende Entwicklungen in Ungarn und Polen zeigten.

Es gab eine Gruppe, die versuchte, ein Gesamtkonzept der Opposition des „dritten Weges" vorzulegen – die Harich-Gruppe. Für die antistalinistische Opposition hatte Wolfgang Harich 1956/57 eine wesentliche, integrative Bedeutung. Harich, 1921 geboren, war seit 1945 in der kommunistischen Bewegung und ein führender SED-Ideologe. Das Ergebnis längerer Diskussionen im Aufbau-Verlag zwischen Harich, dem Redaktionssekretär der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie", Manfred Hertwig, dem Leiter des Aufbau-Verlages, Walter Janka (Altkommunist und Spanienkämpfer), dem Chefredakteur der Kulturzeitschrift „Sonntag", Heinz Zöger, und dessen Stellvertreter Gustav Just waren Grundzüge einer oppositionellen Konzeption. Diese bildeten später die politische „Plattform" der Gruppe. Die ökonomische Analyse lieferte Bernhard Steinberger, Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, der bereits von 1949 bis 1955 als „Titoist" wegen angeblichen „Verdachts der Spionage" in der UdSSR inhaftiert gewesen war, im Juli 1956 aber rehabilitiert und wieder in die SED aufgenommen wurde. Die Gruppe (mit der später noch der Mitarbeiter des Berliner Rundfunks Richard Wolf verurteilt wurde) versuchte, Kontakte zu prominenten Gegnern Ulbrichts aufzunehmen und trat mit dem ehemaligen Politbüromitglied Paul Merker in Verbindung. In der „Plattform" hieß es, die Gruppe habe „nicht die Absicht, einen Bruch mit der Kommunistischen Partei herbeizuführen", dennoch wurde erwogen, einen „Bund der Kommunisten" oder eine „SED-Opposition" zu organisieren. Da in der DDR keine Möglichkeit bestand, die Ideen des „dritten Weges" offen zu propagieren, gab es Überlegungen, die Ziele der Gruppe von der Bundesrepublik oder von Polen aus (wo die Entstalinisierung damals zügig voranzukommen schien) zu verbreiten.

Die rasch erarbeitete „Plattform" konnte nur kursorisch die wichtigsten politischen Vorstellungen des „dritten Weges" zusammenfassend erläutern und daher nicht ohne Widersprüche sein. Politische und philosophische Positionen gingen in die „Plattform" ein. Die Gruppe berief sich auf Rosa Luxemburg, sogar auf Leo Trotzki oder Fritz Sternberg. Sie artikulierte jenen „Revisionismus" (wie die SED-Führung es nannte), der – wenn auch nur als gefühlsmäßige Stimmung – in der Parteiintelligenz weit verbreitet war.

Den Standort der Harich-Gruppe als innerparteiliche Opposition formulierte die „Plattform":[1]

[1] Die „Plattform" der Harich-Gruppe ist abgedruckt in: SBZ-Archiv 8 (1957), Nr. 6, S. 72ff.; *Günther Hillmann*, Selbstkritik des Kommunismus. Texte der Opposition, Reinbek bei Hamburg 1967, S. 189ff.; *Hermann Weber* (Hrsg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln/Berlin 1963, S. 598ff.; vgl. zur Opposition auch *Karl Wilhelm Fricke*, Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen, Köln 1971; *Martin Jänicke*, Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964.

„Wir wollen unserer Konzeption vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus und unsere Plattform eines vom Stalinismus befreiten Marxismus-Leninismus *vollkommen legal* in der Partei und in der DDR diskutieren und verwirklichen [...] aber wir greifen auch zur Methode der Fraktionsbildung und der Konspiration, wenn uns der stalinistische Apparat dazu zwingt. [...] Eine radikal entstalinisierte östliche Wirtschaftsstruktur in der UdSSR und in den Volksdemokratien wird im Verlauf der weiteren Entwicklung den kapitalistischen Westen allmählich beeinflussen. Gleichzeitig wird der Westen den Osten mit demokratischen und freiheitlichen Ideen und Auffassungen beeinflussen und den Osten zwingen, sein totalitäres und despotisches politisches System Schritt für Schritt abzubauen. [...] Wir wollen die Partei *von innen reformieren.* Wir wollen auf den Positionen des Marxismus-Leninismus bleiben. Wir wollen aber *weg vom Stalinismus.*"

An konkreten Reformen in der DDR nannte die „Plattform" der Harich-Gruppe dann die Beseitigung der Herrschaft des bürokratischen Apparats über die Parteimitglieder, den Ausschluss der Stalinisten aus der SED, die Herstellung von Rechtssicherheit, die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes und der Geheimjustiz, Gewinnbeteiligung der Arbeiter in den Betrieben und Beendigung der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Auch die Souveränität des Parlaments und Wahlen mit mehreren Kandidaten nach polnischem Vorbild – wobei allerdings die „reformierte SED an der Spitze" bleiben sollte – gehörten zu den Forderungen. Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands führte nach Ansicht der Harich-Gruppe über gesamtdeutsche freie Wahlen, als deren Ergebnis sie eine Mehrheit der SPD erwartete, die von der SED zu respektieren sei. Die Perspektive war eine einheitliche gesamtdeutsche Arbeiterbewegung.

Die Ideen der Harich-Gruppe entsprachen den Wünschen und Vorstellungen kritischer Intellektueller in der SED, zeigten die Tendenz einer teils offenen, teils latenten Oppositionsströmung, waren aber auch Reflexion der Unzufriedenheit breiter Schichten, vor allem der Arbeiter, mit dem Herrschaftssystem der DDR.

Dem SED-Apparat schien die Harich-Gruppe besonders gefährlich. Im März 1957 wurden Wolfgang Harich, Bernhard Steinberger und Manfred Hertwig, im Juli 1957 Walter Janka, Heinz Zöger, Gustav Just und Richard Wolf zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Die oppositionellen kommunistischen Funktionäre mussten für lange Jahre hinter Zuchthausmauern der DDR.

Die Vielfalt der Opposition des dritten Weges in der DDR, alle „Abweichungen" in verschiedenen Bereichen und Ebenen, hat das Ministerium für Staatssicherheit genau beobachtet. Eine Dokumentation, die das MfS im Auftrag des SED-Politbüros darüber erstellte, wurde inzwischen veröffentlicht.[2] Dessen „Analyse der Feindtätigkeiten innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz" 1956/57 zeigt auf fast 90 Seiten den breiten und beachtlichen Umfang innerkommunistischer Opposition in der DDR.

Allerdings sind die innerparteilichen führenden Gegner Walter Ulbrichts 1956/57, wie Karl Schirdewan oder Ernst Wollweber, nicht zu dieser Opposition zu zählen, bei ihnen ging es um taktische oder Machtfragen.

Allen Oppositionellen des „dritten Weges" wurden „ideologische Diversion" und „Revisionismus" vorgeworfen. Sie wurden verfolgt. Der XXII. Parteitag der KPdSU 1961, auf dem Stalin als Verbrecher entlarvt wurde, hatte daher nach der Zerschlagung der Gruppen des „dritten Weges" 1957/58 für die SED kaum noch innerparteiliche Folgen.

2 *Ilka-Sascha Kowalczuk*, Frost nach dem kurzen Tauwetter: Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997, Berlin 1997, S. 167ff.

Auch das Experiment geflohener SED-Funktionäre, mit dem in Köln herausgegebenen Blatt „Der dritte Weg. Zeitschrift für modernen Sozialismus“ (erschienen Mai 1958 bis Mai 1964) für diese Ideen in die DDR hineinzuwirken, blieb erfolglos.

Erst 1968, mit dem Reformkommunismus in der ČSSR, bekamen die Vorstellungen eines „dritten Weges“ wieder Auftrieb. Die gewaltsame Zerschlagung dieses „demokratischen Kommunismus“ im August 1968 durch die UdSSR beendete alle Bemühungen einer Opposition des „dritten Weges“. Das Beispiel ČSSR belegte, dass das System kommunistischer Diktatur nicht reformierbar war. Alternative für die Opposition wurde nun die Überwindung des gesamten Systems, wie das zuerst in Polen deutlich wurde.

Schien zunächst eine Opposition im Osten gegen Stalinismus wie Kapitalismus nicht möglich, solange das Regime in der Sowjetunion noch funktionierte, so erwies sich dann unter Gorbačev, dass seit den achtziger Jahren keinerlei Demokratisierung der Parteidiktatur mehr zu erreichen war. Die Konzeption des „dritten Weges“ hatte nie eine reelle Chance:

1. hatte die UdSSR besonders 1968 bewiesen, dass sie diese Strömungen mit brutaler Gewalt niederschlagen würde;
2. war der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis nie so politisch wirksam, wie einst gedacht und erwartet;
3. hatte speziell die SED ihren Apparat durch „Säuberungen“, Disziplinierung, Korrumpierung und Anpassung neuer Funktionäre gefestigt und immunisiert;
4. war in der DDR das Ziel „Weder Ost noch West“ mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und einer florierenden Demokratie in der Bundesrepublik obsolet geworden, der Westen wurde zum Vorbild jeder freiheitlichen Opposition.

Ehrhart Neubert

Ein Vergleich zwischen dem Widerstand in den fünfziger Jahren und der Opposition in den achtziger Jahren

Gemeinsamkeiten der Gegner des Kommunismus

In jeder Zeit ihrer Existenz musste sich die kommunistische Herrschaft mit inneren politischen Gegnern auseinandersetzen. Der rasante politische Aufstieg des sowjetischen Imperiums war von Entwicklungen begleitet, die die tiefe Widersprüchlichkeit von Stabilität und Fragilität kennzeichneten und schließlich in den Verfall des Imperiums mündeten. Hierbei handelte es sich um unheilbare Schwächen und Grenzen totalitärer Machtentfaltung, die einen evolutionären Bogen vom Aufstieg zum Verfall durchlief. Das kommunistische Projekt war der Versuch, die Spaltungen der Gesellschaften, alle Differenzierungen, Klassengegensätze, kulturelle Traditionen und Individualismen aufzuheben und einen einheitlichen Gesellschaftskörper zu schaffen. Doch dieses Ziel blieb Utopie, mehr noch ein Phantasma, ein uneinlösbares Versprechen. So sehr Benachteiligte und Gebildete ursprünglich von dieser Utopie fasziniert waren, so sehr waren die späten Gesellschaften von den Ergebnissen kommunistischer Gesellschaftspolitik enttäuscht.

Das totalitäre Gebilde, ob es nun seiner idealtypischen Vollendung nahe kam oder auch nur dauerhaft die Last des unerfüllbaren totalitären Anspruchs zu tragen hatte, trug deswegen den „Keim des Untergangs" oder den „Kern ihres Verderbens" schon in sich.[1] Da die kommunistischen Parteien und ihre Nomenklatura der Gesellschaft als Lenker, Erzieher, Strafende und Belohnende gegenübertraten, wurde die dadurch erzeugte „Spaltung der Gesellschaft, die [sie] abzuschaffen behaupteten",[2] zum unheilbaren genetischen Defekt des Kommunismus. Die tatsächliche Spaltung der Gesellschaft traumatisierte auch stets die totalitären Herrscher und veranlasste sie um die Einheit der Gesellschaft unter Einsatz von Terror und Gewalt zu kämpfen und – weil sie nicht zustande kam – diese propagandistisch oder geheimdienstlich zu inszenieren.

Der totalitäre Zentralismus war in seinen Folgen „nicht nur ineffizient, sondern z. T. chaotisch; nicht nur unproduktiv, sondern ausgesprochen kontraproduktiv".[3] Es gab

1 Vgl. *Klaus-Dietmar Henke*, Menschliche Spontaneität und die Sicherheit des Staates. Zur Rolle der weltanschaulichen Exekutivorgane in beiden deutschen Diktaturen und in den Reflexionen Hannah Arendts, in: *Siegfried Suckut/Walter Süß* (Hrsg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 305.

2 *Marcel Gauchet*, Die totalitäre Erfahrung und das Denken des Politischen, in: *Ulrich Rödel* (Hrsg.), Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt/M. 1990, S. 220.

3 *Karl Graf Ballenstrem*, Aporien der Totalitarismus-Theorie, in: *Eckard Jesse* (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1996, S. 242.

keine überprüfbaren Verfahren zur Konfliktregulierung in sozialen und kulturellen Bereichen und schon gar nicht in politischen Angelegenheiten. Die tatsächlichen Problemlagen der Gesellschaften wurden ignoriert und an den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung vorbeigehandelt. So existierte eine abgrundtiefe Spaltung zwischen der herrschenden Parteispitze und der ohnmächtigen Gesellschaft. Das fand im gesamten Ostblock auch seine sprachlichen Ausdrucksformen. Die Menschen unterschieden zwischen „sie“ und „wir“, zwischen „Bonzen“ und „Volk“, zwischen „oben“ und „unten“.[4]

Diese Kluft war der politische Raum, in dem sich politische Gegner bewegten. In den von den Kommunisten beherrschten Gesellschaften erwuchsen politische Akteure, die entweder die zwangsweise Vereinheitlichungspolitik durchkreuzten oder die kontrollierte und zur Passivität gezwungene Gesellschaft wieder aktivieren wollten.

Die Phänomene von Widerstand und Opposition samt der beiden kollektiven Erhebungen 1953 und 1989 in der DDR haben deswegen eine Gemeinsamkeit: In jedem Fall ging es bei widerständigen und oppositionellen Handlungen von Einzelpersonen und Gruppen oder auch in den großen Aufständen um das Recht der Individuen, Rechte zu haben und um den Versuch der Gesellschaften, Macht über sich selbst auszuüben.

Damit ist auch etwas über den politischen Charakter des überwiegenden Teiles der politischen Gegner ausgesagt. Indem sie die kommunistische Vergemeinschaftung und deren geschichtsmythologische Legitimation zurückwiesen und bekämpften, entsprachen ihre Ziele und zumeist auch die eingesetzten Mittel demokratischen Prinzipien.

Die Unterschiede zwischen den Akteursgruppen der fünfziger und achtziger Jahre ergaben sich aus den sehr verschiedenen außenpolitischen Konstellationen und dem Zustand der Gesellschaft in den beiden Epochen.

Der Widerstand in den fünziger Jahren

In den fünfziger Jahren steht der sowjetische Kommunismus trotz der Führungskrise nach Stalins Tod im Zenit seiner Machtentfaltung. Er veranlasste die ostdeutschen Kommunisten, ein gesellschaftliches System nach stalinistischem Vorbild zu errichten. Die durch Krieg und NS-Zeit geschwächte und teils auch korrumpierte Gesellschaft litt an dem Transformationsprozess[5], der durch den Beschluss der 2. Parteikonferenz über den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus 1952 zugespitzt wurde. Nach der Bodenreform und der

4 *Karl Schlögel*, Der renitente Held. Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953–1983, Hamburg 1984, S. 36.

5 Vgl. Literatur zur Transformation: *Mike Schmeitzner*, Schulen der Diktatur. Die Kaderausbildung der KPD/SED in Sachsen 1945–1952, in: *Hannah-Arendt-Institut* (Hrsg.), Berichte und Studien Nr. 33, Dresden 2001; *Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt*, Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955, in: *Hannah-Arendt-Institut* (Hrsg.), Berichte und Studien Nr. 35, Dresden 2001; *Mike Schmeitzner/Stefan Donth*, Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Köln/Weimar/Wien 2002; *Rainer Behring/Mike Schmeitzner*, Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, Köln/Weimar/Wien 2003; *Thomas Großbölting/Hans-Ulrich Thamer* (Hrsg.), Die Errichtung der Diktatur. Transformationsprozesse in der sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR, Münster 2003.

Enteignung der Großindustrie war die Sozialisierung der Wirtschaft durch willkürliche Enteignungswellen und erpresserischen Druck auf den Mittelstand und kleine Gewerbetreibende fortgesetzt worden. Noch war die politische Gleichschaltung der demokratischen Parteien und die Auflösung oder Indienststellung der proletarischen Selbstorganisation, wie der Betriebsräte und Gewerkschaften, nicht verkraftet. Die akademischen Wissenschaften wurden zunehmend der Partei unterworfen und das Bildungsbürgertum verdrängt. Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde mit brachialer Gewalt eingeleitet. Die Kirchen standen unter dem Druck des Staates, und seit 1952 begann die offene Verfolgung der kirchlichen Jugend. Millionen Vertriebene aus dem Osten wurden nur mangelhaft integriert.[6] Terrorurteile brachten eine große Anzahl von politischen Häftlingen in die Gefängnisse. Die militärische Aufrüstung und wirtschaftliche Großprojekte sorgten für die Verschlechterung der Lebenslage. Die Bevölkerung, besonders betroffene Gruppen, reagierte mit Massenfluchten in den Westen.

Die in der SBZ Ende der vierziger Jahre und in der DDR der fünfziger Jahre entstehenden Widerstandsgruppen und ebenso die widerständigen Aktionen einzelner Personen wehrten sich gegen die kommunistische Transformation. Die widerständigen Gruppen dieser Zeit kamen immer aus den repressierten Milieus.

Die in den Untergrund gedrängten Reste der demokratischen Parteien, der SPD, der CDU und der LDP, bildeten zahlreiche illegale Widerstandsgruppen. Einige operierten von Westberlin aus, um den sogenannten „Ostbüros" der Parteien Unterstützung zu gewähren. Von Westberlin aus arbeiteten in die DDR hinein auch Organisationen wie die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" (KgU) und der „Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen" (UfJ). Diese Organisationen mussten auf dem vorhandenen Widerstandspotential in der DDR aufbauen. Vielfältigen Widerstand leisteten vor allem zahlreiche Gruppen junger Menschen, vor allem an den Universitäten. Trotz der Versuche, mit der sowjetischen Besatzungsmacht ein Übereinkommen zu finden, wehrten sich auch die Kirchen gegen Rechtsbruch und Willkür. Schließlich wurde der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zum kollektiven Aufbegehren gegen die Transformation.

Dieser Widerstand zielte auf die Beseitigung oder mindestens auf die Schädigung der SED-Herrschaft, war weitgehend am westdeutschen demokratischen und sozialen System orientiert und strebte die nationale Einheit in Freiheit an. Die Mittel des Widerstandes bestanden überwiegend aus Versuchen, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und die Resistenz in der Bevölkerung zu stärken. Vereinzelt wurden auch Sabotagehandlungen durchgeführt. Die Selbstlegitimation der SED-Herrschaft wurde abgelehnt.

Doch dieser Widerstand war nicht vernetzt und zwischen den Gruppen konnte es keine Kommunikation geben. Auch für die Beteiligten am 17. Juni gab es keinen Vorlauf, es gab keine strategische Planungen und keine festgelegten Verfahren. Die Akteure wurden aus der momentanen Situation heraus zu politischen Subjekten, die überwiegend eine Eintagskarriere durchmachten. Beteiligte wurden auf Zuruf ausgewählt, weil Sprecher gesucht wurden. Unter den Arbeitern waren dies häufig ältere erfahrene Kollegen. Nicht selten waren es Gewerkschaftler, die in diese Positionen, oft auch wider Willen, geschoben wurden. Einige wenige waren in der Arbeiterbewegung schon vor dem Krieg

[6] Vgl. *Ilko-Sascha Kowalczuk*, Das bewegte Jahrzehnt. Geschichte der DDR von 1949–1961, Bonn 2003, S. 45–47. Dort weitere Literaturangaben.

aktiv und wurden von den Nationalsozialisten verfolgt, wie der Sozialdemokrat Wilhelm Grothhaus in Dresden.

Diese Widerstandsformen waren aber auf Dauer nicht durchzuhalten. Einmal wurden sie durch die militärische und geheimdienstliche Gewalt erstickt. Zum anderen hatte dieser Widerstand keine Perspektiven, da die Stabilität der DDR dank sowjetischer Unterstützung nicht zu untergraben war. Diese Widerstandsformen verschwanden fast vollständig mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961. Einzelaktionen und Aktivitäten kleiner Gruppen lassen sich allerdings auch noch später nachweisen.

Der wichtigste Grund für die Perspektivlosigkeit dieses Widerstandes beruhte auf den immer noch vorhandenen Machtressourcen der Kommunisten.

Teile der Bevölkerung blieben der SED verbunden, weil sie von den Aufstiegsmöglichkeiten, die die Ausschaltung und Flucht der alten Eliten mit sich brachte, profitiert hatten. Auch die kommunistischen Intellektuellen blieben der Partei treu. Noch wirkte die kommunistische Fiktion in den fünfziger Jahren. Die „gläubige" und opportunistische Minderheit verhinderte ein geschlossenes Zusammenhandeln der Gesellschaft.

Von noch größerer Bedeutung waren die außenpolitische Konstellationen der fünfziger Jahre. Die ostdeutschen Kommunisten wie auch die Satellitenparteien der anderen ostmitteleuropäischen Länder waren als Werkzeuge der sowjetischen Machterweiterung verpflichtet.

Vor allem brachte aber der gemeinsame Krieg der Sowjetunion mit den Westmächten gegen den Nationalsozialismus Stalins Reich in eine vorteilhafte Rolle. Die Verbrechen des sowjetischen Kommunismus im Kampf mit seinen demokratischen Gegnern und der unterdrückten Bevölkerung sowie das kurze Bündnis zwischen Stalin und Hitler und auch Mussolini traten hinter den übergreifenden Kriegsinteressen zurück. Stalin konnte große Gebiete Osteuropas der Sowjetunion einverleiben und die Herrschaft auf Ostmitteleuropa ausweiten. Der Kommunismus war zur Weltmacht geworden.

Die Rücksichtslosigkeit der kommunistischen Machteroberung in diesen Ländern und des dort eingeleiteten Transformationsprozesses bedeutete aber auch eine neue Epoche in der Widerstandsgeschichte gegen den Kommunismus. Obwohl schon wegen der sowjetischen Expansionspolitik nach kurzer Zeit zwischen der Sowjetunion und den Westmächten eine unüberwindliche machtpolitische Kluft entstand, profitierte der antikommunistische Widerstand davon nicht. Die sich ergebende politische Zweiteilung der Welt, entsprechend der Ordnung von Jalta, brachte die innenpolitischen Gegner aller betroffenen Länder in eine politische Isolierung, die die Sowjetunion und ihre Satrapen zu nutzen verstanden.

Die Westmächte und die USA hatten die Ereignisse 1953 in der Tschechoslowakei und der DDR, 1956 in Polen und Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei, 1970, 1976 oder 1980 in Polen sowie die anderen zahlreichen Rebellionen in Ostmitteleuropa politisch oder gar materiell nicht unterstützt. Gewiss gebot einerseits die politische Vernunft, den Frieden zwischen den Blöcken nicht zu gefährden und einen möglichen Weltkrieg zu verhindern. Andererseits galt auch für die westliche Politik gegenüber dem Sowjetimperium, wie sie sich nach dem Krieg herausbildete, das Dogma der Ordnung von Jalta. Mit diesem Diktatabkommen des Jahres 1944, das weder demokratisch legitimiert noch von irgendeinem der betroffenen Völker gebilligt worden war, hatte der Westen seine Unschuld verloren. Die Westmächte hatten sich wie schon Hitler 1939 an Stalins Praxis

der willkürlichen Grenzziehungen und Deportationen ganzer Völker beteiligt.[7] Dieser „Verrat von Jalta", „wo Roosevelt und Churchill Stalin die Hälfte des Kontinents überantworteten"[8], hatte weitreichende Folgen.

Nach jeder Erhebung oder Revolution hat der Westen die Verfügungsgewalt der Sowjets über ihre Kriegsbeute auch diplomatisch bestätigt. Ungehört verhallten die verzweifelten Hilferufe der Ungarn 1956 und der Tschechoslowaken 1968 an die Weltöffentlichkeit und an die UN. Zweifellos trug seit den siebziger Jahren zur Erosion des Kommunismus das Ineinander einer Politik der Stärke, vornehmlich von den USA demonstriert, und der Entspannungspolitik bei. Aber zugleich erbrachte die wirtschaftliche und politische Kommunikation auch eine erhebliche Stabilisierungsleistung für den Osten. Die polnische Krise seit 1980 offenbarte zudem, dass nicht nur die Politik des Westens, sondern auch große Teile der intellektuellen Multiplikatoren des Westens die Opposition im Osten ignorierte und die elementaren Menschenrechtsverletzungen der Kommunisten beschwiegen. Adam Michnik hat dies treffend im November 1980 in Warschau beschrieben:

„Man muss daran erinnern, dass uns damals [im Oktober 1956, E. N.] das brennende Budapest zeigte, dass Veränderungen, wenn sie überhaupt möglich waren, so doch vor allem durch die sowjetische Präsenz in diesem Teil Europas äußerst eingeschränkt wurden; die grundsätzlichen Spielregeln wurden einerseits von der sowjetischen Präsenz, andererseits von der Tatsache bestimmt, dass der Westen diese Position akzeptierte. Der Hilferuf des ungarischen Ministerpräsidenten Imre Nagy und das Schweigen des Westens waren ein sehr beredtes Zeichen dafür, dass die Verträge von Jalta immer noch in Kraft bleiben und dass uns keiner helfen würde, nur wir selbst."[9]

Tatsächlich wurden auch in der Bundesrepublik die Unterstützerorganisationen des Widerstandes in der DDR, die Ostbüros der Parteien, der KgU und die UfJ aus politischen Gründen geschlossen. Freilich gab es im Westen vielfältige menschliche Hilfe für inhaftierte Widerständler. Aber als politische Kraft hatten sie auch im Westen keine Perspektive. Vielfach gerieten sie auch in Misskredit, weil ihre Aktionen längst als friedensgefährdend galten.

Die Opposition der achtziger Jahre

1989 halfen sich die ostmitteleuropäischen Völker selbst. Die Schwächen des Kommunismus waren zur Stärke der oppositionellen und revolutionären Bewegungen und der sich selbst befreienden Gesellschaften geworden. Diese Gesellschaften trieben nicht nur die eigenen Machthaber vor sich her, sondern ermöglichten auch neue Räume für die Politik des völlig überraschten Westens, der bis zur Selbstbefreiung des Ostens oft zögerlich den Ereignissen hinterhergelaufen war. Die Ordnung von Jalta zerbrach. Wie war das möglich?

7 Zur Kritik von Jalta vgl. *Agnes Heller/Ferenc Fehér*, Ungarn, 56. Geschichte einer antistalinistischen Revolution, Hamburg 1982, S. 17–19.

8 *Barbara Spinelli*, Der Gebrauch der Erinnerung. Europa und das Erbe des Totalitarismus, München 2002, S. 16.

9 *Adam Michnik*, Was wir wollen und was wir können, in: *Wlodzimierz Brus/ Gruppe „Erfahrung und Zukunft"/Ferenc Fehér/Adam Michnik*, Polen – Symptome und Ursachen der polnischen Krise, Hamburg 1981, S. 38.

Im Unterschied zu den fünfziger Jahren gab es in den achtziger Jahren keine Akteursgruppen, die aus den traditionell geprägten sozialen bürgerlichen oder proletarischen Milieus stammten. Diese Milieus waren längst aufgelöst. Die Akteure der siebziger und achtziger Jahre waren eine intellektuelle und zumeist religiös geprägte Minderheit von einigen tausend Menschen. Sie standen lange in einer unübersehbaren Distanz zur unpolitischen Bevölkerung bzw. der entpolitisierten Gesellschaft. Die asketischen Oppositionellen bezogen ihre Motive und ihre politischen Energien aus ideellen, aus kulturellen Quellen. Die soziale Bedeutung dieses Milieus erscheint daher eher marginal.[10] Über Jahre hinweg konnte diese Opposition weder die Arbeiterschaft noch die ländliche Bevölkerung mobilisieren. Dieses schmale Segment der Gesellschaft rekrutierte sich aus Milieus unabhängiger Intellektueller und Künstler, evangelischen Theologen, kirchlichen Mitarbeitern und Laien, die im kirchlichen Öffentlichkeitsraum agierten.

Hier besetzte sie aber den kleinen gesellschaftlichen Raum, den die SED nicht auszufüllen vermochte, die geringen öffentlichen Eigenbewegungen der Gesellschaft. Diesen Raum stellten vor allem mehr oder weniger duldend die Kirchen zur Verfügung. Die kirchliche Öffentlichkeit war zur Gesellschaft nicht vollständig abgegrenzt und wurde von Oppositionellen auch schrittweise erweitert. Wie in anderen ostmitteleuropäischen Staaten wurden auch in der DDR Konzepte für die Rekonstruktion der Zivilgesellschaft zur Überwindung der parteiabhängigen Gesellschaft entwickelt.[11] Dazu gehörten die Entwicklung des Samizdat, die Vernetzung von Gruppen, öffentliche Handlungen, basisdemokratische Ansätze und Dialogkonzepte. Bei der Herstellung der „zweiten" Öffentlichkeit handelte es sich zunächst um vorpolitische Konzepte, die aber politische Bedeutung bekamen, weil eine auch nur ansatzweise Rekonstruktion von Gesellschaft und Öffentlichkeit Politik erst ermöglichte.

Außerdem verfolgten die Oppositionellen eine legalistische Strategie, die die politische Kritik auf solche Problemkreise lenkte, zu deren Lösung sich die SED innenpolitisch oder außenpolitisch im KSZE-Prozess selbst verpflichtet hatte. Dies betraf etwa rechtliche Themen oder die Menschenrechtsfrage. Dieser Legalismus bedrängte zwar die SED-Macht, die ihre selbst verkündeten Normen nicht einhalten konnte, wirkte sich aber auch auf die eigene Funktionsbestimmung aus. Obwohl das System an entscheidenden Punkten seiner Machterhaltung herausgefordert wurde, brachen die legalistischen Strategien das Selbstverständnis der Opposition. Sieht man von einigen Ausnahmen ab, haben sich die Oppositionellen lange gewehrt, sich als Oppositionelle zu bezeichnen. Dies geschah erst, als absehbar war, dass die SED ihr politisches System nicht mehr stabilisieren konnte. Die legalistischen Strategien, die Forderung zur Einhaltung rechtlicher Normen, die Ablehnung eines konfrontativen Widerstandes, der Gewaltverzicht, die Selbstbegrenzung der Oppositionsrolle und der politischen Ziele sowie die stete Forderung nach einem Dialog mit den Herrschenden war für alle Oppositionsbewegungen in Ostmitteleuropa kennzeichnend.

[10] Vgl. *Detlef Pollack*, Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen 2000, S. 205ff.

[11] Vgl. *Karsten Timmer*, „Für eine zivile Gemeinschaft zivilisierter Bürger." Die ideellen Grundlagen der DDR-Bürgerbewegung 1989/90, in: *Günter Heydmann/Gunter Mai/Werner Müller* (Hrsg.), Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999, S. 51–64.

Zudem hatte die ostdeutsche Opposition eine vorwiegend sozialethische Orientierung, die durch ihre Einbettung in der Kirche stark protestantisch gefärbt war. Die sozialethischen Leitthemen der Opposition Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit reagierten auf ein doppeltes Dilemma der SED. Zum einen führte deren latenter Verteidigungs- und Kampfzustand zu einer Militär- und Sicherheitspolitik, die auf dem Irrtum beruhte, dass Macht durch Gewaltpotentiale zu erhalten wäre. Diese Politik überforderte nicht nur die materiellen Ressourcen, sondern die Militarisierung wurde als innenpolitisches Disziplinierungsinstrument benutzt, gegen das die Friedens- und Umweltbewegung vorging. Da zum anderen der politische Marxismus keine Ethik kannte, die über das dualistische Klassenkampfkonzept hinausging, wirkte jede philosophisch und religiös fundierte politische Ethik gegen die Legitimationsgrundlagen des Staatssozialismus.

Die legalistischen Strategien und sozialethischen Orientierungen begrenzten deutlich die Reichweite der Politik der Opposition. Die grundsätzliche Systemfrage stand hinter der Forderung nach allmählicher Demokratisierung zurück. Die Forderung Oppositioneller nach Rechtsstaatlichkeit und freien Wahlen ließ offen, ob dann die Bevölkerung selbst einen Systembruch wünschte. Auch die nationale Frage konnte mit diesem Ansatz kaum erreicht werden.

Trotz dieser Schwächen der Opposition der achtziger Jahre, die sich 1990 auch ausgewirkt haben, war sie eben doch die wichtigste politische Kraft bei der Mobilisierung der ostdeutschen Gesellschaft.

Frau Birthler wird über die geistigen Voraussetzungen, Organisationsformen, Arbeitsweisen und politischen Ansätze dieser Opposition berichten. Daraus ergeben sich auch die Voraussetzungen für den überraschenden Erfolg dieser Opposition, die die Gesellschaft mobilisieren konnte.

Ich will hier nur etwas zu den außenpolitischen Faktoren sagen, die diese Opposition begünstigt haben.

In den achtziger Jahren gerät das kommunistische Imperium in eine umfassende Existenzkrise. Dieser imperiale Zusammenbruch konnte nicht mehr gesteuert werden. Die Reformen Gorbačevs waren ein letzter Versuch, das politische System zu dynamisieren und noch einmal zu retten, was zu retten war. Die Aufhebung der Brežnev-Doktrin 1987, ausgerechnet zum 70. Jahrestag der „Oktoberrevolution", folgte der Einsicht, dass angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krisen in der Sowjetunion und dem gesamten Ostblock neuerliche Interventionen nicht mehr möglich waren.[12] Außerdem täuschte sich Gorbačev über die Stabilität der sozialistischen Regime, auch der DDR. Tatsächlich hätte die Sowjetunion in dieser Zeit noch einmal einen Krieg führen müssen, um ihre westlichen Vorposten in Europa zu halten, ohne sich selbst oder den erneut unterworfenen Völkern noch eine politische und ökonomische Perspektive bieten zu können. 1956 und 1968 konnte es sich die sowjetische Zentralmacht noch leisten, ihre Panzer auffahren zu lassen. Schon 1980/81 waren die Handlungsspielräume für die Sowjets in der polnischen Krise und der politischen Folgen der Afghanistanintervention äußerst eng. Ende der achtziger Jahre hatte der Erosionsprozess bereits die Zentralmacht erreicht. In der scheinbar

[12] Zur sowjetischen Politik Ende der achtziger Jahre vgl. *Gerhard Wettig*, Niedergang, Krise und Zusammenbruch der DDR. Ursachen und Vorgänge, in: *Eberhard Kuhrt* (Hrsg.), Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen 1996, S. 379–455.

stabilen Exklave DDR entwickelte Honecker das Konzept vom „Sozialismus in den Farben der DDR“ und sah sich nun auch im Osten von Feinden und Verrätern umstellt. Das Ende des SED-Staates war Teil eines größeren „transnationalen“[13] Zusammenbruchs. Gorbačev konnte gegenüber der Bundesrepublik lediglich noch einen Preis für den Abzug seiner Truppen aushandeln.

Die wichtigste Komponente der Krise des sowjetischen Systems war aber sein innerer Zustand. Die Evolution des Kommunismus hatte den Kreis des Möglichen abgeschritten. Dieser Machtverfall wurde in dem Maße beschleunigt, wie die Gesellschaften, vertreten durch die Protagonisten der Gegenbewegungen, ihre eigene Handlungsfähigkeit wieder gewannen. Die Befreiung der ostmitteleuropäischen Staaten kam zustande, weil sich diese Gesellschaften in einem längeren Prozess emanzipiert hatten. Dort wo die sowjetische Politik noch Chancen sah, die Auflösung aufzuhalten, wurde dies auch versucht, etwa bei den letzten blutigen Eingriffen in die baltischen Republiken.

Die große Bedeutung, ja geradezu die Verehrung, die der sowjetischen Politik, besonders in der Person Gorbačevs, in der Bewertung der Auflösung des sowjetischen Imperiums beigemessen wurde, war einer jahrzehntelangen Projektion zu verdanken, die selbst dann noch wirkte, als die Sowjetunion mitsamt ihrem höchsten Repräsentanten 1991 kläglich unterging. Der Westen sah noch den Geist von Jalta über den sowjetischen Trümmern schweben, als sich die europäische Nachkriegs- und Teilungsordnung auf Druck der ostmitteleuropäischen Völker auflöste. Und es gab genug westeuropäische Politiker, vor allem in England und Frankreich, die mit dem Ende von Jalta einen eigenen Bedeutungsverlust fürchteten.[14]

13 *Konrad H. Jarausch*, Zehn Jahre danach: die Revolution von 1989/90 in vergleichender Perspektive, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), 10, S. 922.

14 Vgl. *Heinrich August Winkler*, Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 575–579.

Marianne Birthler

Oppositionelle Gruppen in der DDR der 80er Jahre und ihre Rolle in der friedlichen Revolution

Der Anspruch der SED, Gesellschaft und Menschen nach ihrem Bild zu formen, kollidierte zu allen Zeiten mit der Lebenswirklichkeit der Menschen, ihren Traditionen und ihrer Vorstellung vom Leben. Die Kommunisten mussten deshalb von Anfang an repressive Mittel einsetzen und provozierten damit Verweigerung und Gegenwehr.

Die Ausprägungen dieser Gegnerschaft wiesen sehr unterschiedliche Züge auf – davon ist im Beitrag von Ehrhart Neubert ausführlich die Rede. Ich konzentriere mich auf die 80er Jahre. Es wird schnell deutlich werden, dass ich dies aus der Perspektive einer Zeitzeugin und Akteurin versuche, noch dazu aus der Berliner Perspektive – freilich in dem Bemühen, unterschiedliche Sichten und Regionen zu würdigen.

Bedingungen oppositioneller Betätigung

In der Regel bestand in den 80er Jahren für Menschen, die sich politisch betätigten, keine Gefahr für Leib und Leben. Die strafrechtliche Verfolgung widerständigen Verhaltens und oppositioneller Betätigung war eher zur Ausnahme geworden. Deshalb von der späten DDR als einer „kommoden Diktatur" zu sprechen (Günter Grass), ist jedoch verfehlt. Auch von Liberalisierungstendenzen kann trotz gewisser Alltagserleichterungen nicht die Rede sein. Diese waren keine Zeichen der Einsicht und schon gar nicht des Willens, eine Entwicklung hin zu mehr Freiheit, Demokratie und Recht einzuleiten.

Vielmehr waren sie Begleiterscheinungen eines dramatischen Dilemmas, dem sich die DDR-Führung gegenübersah: Hier der Wunsch nach internationaler Anerkennung und die wirtschaftliche Misere, die Veränderungen erforderte – dort der unbedingte Wille zur Machtbehauptung, der Veränderungen fürchtete und das Misstrauen gegenüber dem Volk immer größer werden ließ.

Während also einerseits Internierungslager für den Fall des Falles gebaut und Listen mit den dorthin zu deportierenden Menschen erstellt wurden, während nach wie vor Menschen an der Mauer erschossen wurden oder langjährige Haftstrafen für Fluchtversuche abbüßten, während unter der Bezeichnung „operative Psychologie" raffinierte Methoden entwickelt wurden, um Menschen zu „zersetzen", konnten mehr und mehr DDR-Bürger gelegentlich zu Verwandten in den Westen fahren oder als glückliche Besitzer von Westgeld-Gutscheinen im Intershop einkaufen. Westliche Musik und Symbole wurden geduldet und sogar offiziell imitiert. Diese Zugeständnisse waren allerdings keine

Freiheiten, sondern schufen neue Abhängigkeiten, weil bei mangelndem Wohlverhalten Reisen, Geld, Bildungsmöglichkeiten jederzeit und beliebig entzogen werden konnten.

Die kleinen Erleichterungen des Lebens besänftigten das Volk auch nicht wirklich, sondern verstärkten seine Sehnsucht nach einem anderen Leben. Die Zahl der Ausreisewilligen wuchs, und die DDR ließ sie – oft nach jahrelangen Schikanen – ziehen. Nicht zuletzt wurde sie damit auch ein großes Potential von Unzufriedenheit los. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre gab es eine neue Lage: Perestroika in der Sowjetunion und Solidarność in Polen deuteten auf Entwicklungen hin, die irgendwann auch die DDR erreichen würden.

„Ausbluten" durch Ausreisebewegung

Die Bedeutung des Phänomens „Ausreise" für die Opposition der DDR kann kaum überschätzt werden. Dass sie nichts anderes taten, als für sich in Anspruch zu nehmen, was wir, die Opposition, schon lange forderten, hinderte uns nicht, uns von ihnen abzugrenzen. Wer in den Westen ging, erzeugte bei den Zurückbleibenden oft das Gefühl des Verraten- und Verlassenwerdens. Und wirklich wurden wir geschwächt: So viele kluge und starke Menschen, darunter auch viele Prominente, die ihre Unzufriedenheit endlich nicht mehr versteckten, gingen weg, anstatt mit uns zu kämpfen.

Gegen den Zorn und die Trauer sammelten wir Argumente für das Dableiben: Wir sahen uns als die Besseren, die standhielten und nicht davonliefen. Wahrhaft protestantisch verschmähten wir die Verlockungen des westlichen Wohllebens.

Nicht wenige unserer westlichen Freunde bestärkten uns darin – schließlich sahen viele Akteure der westlichen Friedens-, Dritte-Welt- und Ökologiebewegung das Heil damals auch noch nicht in den freiheitlichen Demokratien Westeuropas.

Der teilweise bis heute spürbare Groll zwischen Ausreisern und Hinterbliebenen ändert nichts daran, dass das Zusammenspiel beider das glückliche Ende der DDR hervorbrachte. Die Ausreisenden verstärkten die existenzielle Krise der DDR und desavouierten Staat und Partei 1989 endgültig, als die Bilder aus Prag und Ungarn, die die massenhaft flüchtenden DDR-Bürger mit glücklichen Gesichtern zeigten, um die Welt liefen. Die anderen gaben dem immer stärker werdenden Unmut in der DDR Gestalt und Stimme, bildeten Gruppen und Netze und damit den Keim zivilgesellschaftlicher Entwicklungen, übten sich in demokratischer Meinungs- und Willensbildung und schufen damit die Basis für die demokratische Revolution im Herbst 1989.

Spielräume in den Kirchen

Die DDR-Opposition der 80er Jahre kann nicht ohne die evangelischen Kirchen gedacht werden. Vorläufer oppositioneller Gruppen waren kirchliche Gruppen wie Wehrdienstverweigerer und die offene Jugendarbeit der 60er und 70er Jahre. Während kritische Pfarrer und andere kirchliche Mitarbeiter bis in die 60er Jahre mit drakonischen Strafen belegt wurden, brauchte die SED die Kirche später als Legitimationsstütze und als Ventil. Man ließ sie innerhalb eines gewissen Rahmens also gewähren.

Damit wurden die Kirchen zum einzigen legalen öffentlichen Raum, der dem unmittelbaren staatlichen Zugriff entzogen war. Aber als Freiraum für politische Aktivitäten mussten sie von oppositionellen Akteuren erst geschaffen werden. Dies gelang nur, wo

kirchliche Mitarbeiter und Pfarrer die Türen für politische Gruppen öffneten. Dies war nur bei einer Minderheit der Kirchengemeinden der Fall. Dennoch konnte die Opposition der 80er Jahre in den Kirchen beachtliche Strukturen aufbauen.

Vom Westen her betrachtet war es überaus merkwürdig, dass die Oppositionsgruppen so kirchennah agierten und dass sehr viele Akteure der Opposition Pfarrer, Diakone oder Katecheten waren. Zu erklären ist das unter anderem dadurch, dass nicht wenige Menschen kirchliche Berufe ergriffen, um unabhängiger vom Staat zu werden. Viele von ihnen wären unter normalen Bedingungen Juristen, Soziologen, Lehrer oder Politologen geworden. Unter den Bedingungen der DDR gewährte aber nur ein kirchlicher Beruf eine relativ selbstbestimmte und ideologiefreie berufliche Zukunft.

Nur wenige der vielen sogenannten Basisgruppen hatten politische Konzepte. Sie hatten sich überwiegend zu Themen gebildet, die aus der Gesellschaft verdrängt worden waren.

Die Netzwerke dieser überwiegend kirchlichen Gruppen, wie „Frieden konkret“ und regelmäßig stattfindende Seminare schlossen bis zu 200 Gruppen zusammen: Friedenskreise, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, Dritte-Welt-Gruppen, Schwulen- und Lesbengruppen.

Westmedien

Zu den erwähnenswerten Rahmenbedingungen der späten DDR-Opposition gehörten insbesondere in Berlin auch die westlichen Medien. ARD, ZDF und Radiosender berichteten regelmäßig über Ereignisse, die von den DDR-Medien verschwiegen wurden, also auch über Aktionen und Aktivitäten der Opposition. Über die Medien gelangten auch Nachrichten über Verhaftungen sofort an die Öffentlichkeit. Damit boten mindestens die in Ostberlin akkreditierten Journalisten einen gewissen Schutz für oppositionelle Aktivitäten, ganz zu schweigen von den persönlichen Kontakten zu Journalisten, die uns mit der Außenwelt verbanden.

Attraktive Kultur

Kulturell repräsentierten die Oppositionsgruppen der späten DDR ein eher alternatives Milieu; Kleidung, Musik und Lebensstil ähnelten durchaus dem westlichen linksalternativen Milieu. Dies zog viele Jugendliche an. Auf der anderen Seite hinderte dieses Milieu DDR-kritische Personen aus dem bürgerlichen Milieu, sich diesen Gruppen anzuschließen.

Andererseits haben die Kirchen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer Kultur des Widerstandes geleistet. Die religiöse Tradition bot vielfältige Möglichkeiten, das Politische zu chiffrieren. So stand seit 1980 das biblische Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ gegen die Klassenkampfrhetorik und die militante Gesellschaftspolitik. Im Herbst 1989 waren die Friedensgebete und die Kerzen in den Kirchen das wichtigste Mittel zur Überwindung der Angst.

Arbeitsweise und politische Ziele der Opposition

Die Bedingungen für politisches Verhalten waren durch die totale Kontrolle der Öffentlichkeit und aller gesellschaftlichen Institutionen vorgegeben. Ehrhart Neubert hat drei

Strategien oppositionellen Verhaltens beschrieben. Vereinfacht gesehen gab es danach – mit vielen Mischformen – drei Wege:

Legale Spielräume

Erstens wurden die geringen legalen Spielräume ausfindig gemacht, genutzt und erweitert. Beispielsweise nahmen zahlreiche Menschen ab 1975 die DDR beim Wort, indem sie Grundrechte und Freizügigkeit für sich einklagten. Ein weithin bekannt gewordenes Beispiel hierfür war der Nachweis der Wahlfälschungen im Mai 1989. Zahlreiche Mitglieder der Basisgruppen verteilten sich flächendeckend auf alle Wahllokale bestimmter Wahlkreise und notierten die Ergebnisse der öffentlich vorgenommenen Auszählungen. Am Abend wurden die Ergebnisse zusammengetragen und im Rahmen einer sogenannten Wahlparty mit den offiziellen Ergebnissen verglichen. Die Zahlen mit dem darin enthaltenen Nachweis der Fälschung wurden in den darauffolgenden Tagen hektographiert und breit verteilt. Einige Dissidenten erstatteten offiziell Strafanzeige wegen Wahlfälschung.

Dieser legalistische Ansatz schützte zwar nicht unbedingt vor Verfolgung, erschwerte diese jedoch. Vor allem aber wurde die SED damit in die Defensive gezwungen, da nicht die Opposition Recht brach, sondern der Staat mit der Verletzung der eigenen Gesetze konfrontiert wurde.

Gegenwelten

Zweitens entstanden soziale und subkulturelle, zunehmend politisierte Gegenwelten, die sich über einfache Anpassungsverweigerung hinaus auch politisch artikulierten. Als Beispiele seien genannt: die „Kirche von unten“, die am Rande der Kirchen beheimatete Punk-Szene, Schriftstellerlesungen in Privatwohnungen oder auch kirchliche Haus- und Friedenskreise oder Junge Gemeinden. Mitte der 80er Jahre z. B. eröffneten einige Eltern in einer leerstehenden Ladenwohnung einen Kinderladen als Alternative zu den kritikwürdigen staatlichen Kindergärten. Er wurde über Nacht von der Stasi zugemauert. Als 1988 mehrere Schüler aus politischen Gründen von der Ossietzky-Oberschule in Berlin relegiert wurden, mündete der Protest dagegen in die Gründung einer alternativen Abendschule für Jugendliche. Das Pilotprojekt lief mehrere Monate mit gutem Erfolg. Dass es nicht wie geplant in größerer Breite fortgesetzt wurde, verdankt sich der demokratischen Revolution im Herbst 1989, die das Projekt überflüssig machte.

Anstelle des öffentlichen Raumes standen fast nur kirchliche und private Räume zur Verfügung. Dies und andere politische und institutionelle Zwänge ließen die politischen und privaten Bereiche ineinanderfließen. Eine Eroberung des öffentlichen Raums stand nicht zur Debatte und wurde vielfach auch gar nicht mehr problematisiert. Damit einher ging eine allgemeine Machtkritik und Skepsis gegenüber Institutionen.

Der in Oppositionskreisen weit verbreitete basisdemokratische Ansatz (die selbstgewählte Sammelbezeichnung aller Initiativen war zumeist „Basisgruppen“) war eine sinnvolle Gegenwehr gegen staatliche Gewalt und Zentralismus. Sie behinderte zugleich aber die Entwicklung eines gesunden Verhältnisses zu Strukturen, Hierarchien, zu Autoritäten und zur Macht.

Teile der Opposition sahen darin durchaus eine Gefahr und reagierten. So entwickelte der „Arbeitskreis Solidarische Kirche“, eine 1986 gegründete DDR-weite Oppositions-

gruppe, eine Satzung, die eine klare regionale Gliederung und mandatierte Vertreter vorsah. Die Kritik seitens der Basisorientierten blieb nicht aus, ich erinnere mich nicht ohne Vergnügen an die entsprechenden Auseinandersetzungen.

Antizipation

Der dritte Ansatz oppositionellen Agierens meint verschiedene sozialethisch begründete Verhaltensweisen. So zu leben, als sei man schon frei, als wären die Menschenrechte schon verwirklicht, demonstrierte moralische Legitimität und brachte die Herrschenden nicht selten in eine gewisse Verlegenheit.

So entstand eine Art gemeinsamer Kultur, die eher auf einem moralischen denn einem politisch-programmatischen Konsens beruhte. Das ermöglichte Beheimatung und Sicherheit. Auf der anderen Seite entstand so eine Binnenwelt und Binnensprache, die für andere Bevölkerungsgruppen kaum erreichbar war und deren Interessenlage kaum wahrnehmen konnte.

Opposition und Deutsche Frage

Der Denk- und Handlungsrahmen für die Opposition der DDR war die DDR, die als Staat nicht in Frage gestellt wurde. Noch am 4. November 1989, als fast eine halbe Million Menschen in Berlin demonstrierte, war nicht auf einem einzigen Transparent von deutscher Einheit die Rede, und der mächtige und stolze Ruf „Wir sind das Volk" verwandelte sich auch in Leipzig erst nach dem Mauerfall in das „Wir sind ein Volk".

Die weitestgehenden Vorstellungen mündeten bis dahin in die Idee eines blockfreien Deutschland im Rahmen einer europäischen Friedensordnung. In den theoretischen Erläuterungen von „Demokratie Jetzt" wurde von einer zu erringenden „neuen Einheit des deutschen Volkes in der Hausgemeinschaft der europäischen Völker" gesprochen. Die deutschen Staaten sollten sich „um der Einheit willen aufeinander zu reformieren". Im Rundbrief des Neuen Forums hieß es noch am 1. Oktober 1989:

> „[...] wir wollen hier bleiben und arbeiten. [...] Für uns ist ‚Wiedervereinigung' kein Thema, da wir von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgehen und kein kapitalistisches Gesellschaftssystem anstreben."[1]

In seiner Rede am 7. Oktober 1989 beim Gründungsakt der SDP bezog Markus Meckel in der deutschen Frage Stellung auf Grundlage seiner früheren Positionen:

> „Wir anerkennen die Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit unseres Volkes."

Trotz dieses eindeutigen Befundes können größere Teile der Opposition nicht als Gegner der Deutschen Einheit gelten. Vielmehr war nach Jahrzehnten der Auseinandersetzung mit der real existierenden DDR diese von ihrer inneren Landkarte einfach nicht mehr wegzudenken. Hinzu kam, dass viele in ihrer persönlichen Auseinandersetzung mit der Ausreiseproblematik bewusst eine Entscheidung getroffen hatten, in der DDR zu bleiben. Würde diese Entscheidung mit der Art und Weise, wie die Deutsche Einheit erreicht werden sollte, entwertet?

[1] Rundbrief des Neuen Forums vom 1. Oktober 1989 (online verfügbar unter ‹http://www.neuesforum.de/texte/Die%20ersten%20Texte%20des%20NEUEN%20FORUM.pdf›).

Vernetzung

Die Vernetzung der Oppositionsgruppen machte mit den Jahren große Fortschritte. Neben dem seit langem bestehenden Netzwerk „Frieden konkret" gab es bei verschiedenen Gelegenheiten enge Absprachen und Kooperationen, unter anderem beim Kampf um Arbeitsmöglichkeiten in kirchlichen Räumen (Kirchentag von unten, Friedenswerkstatt) und im Zusammenhang mit Samizdat-Publikationen. Eine neue Qualität gewann diese Zusammenarbeit, als es zum gemeinsamen Protest gegen Repressionen des Staates kam. Erstmalig im Herbst 1987 kam es nach dem Überfall auf die Umweltbibliothek in Berlin zur Bildung einer Koordinierungsgruppe, der autorisierte Vertreter aller bedeutenden Oppositionsgruppen angehörten. Regelmäßige Treffen fanden statt, Strategien wurden abgestimmt, gemeinsame Stellungnahmen veröffentlicht. Eine neue politische Veranstaltungsform entstand: Zu sogenannten Fürbittandachten, die eine Kombination aus geistlichen Elementen, politischen Informationen und öffentlicher Meinungs- und Willensbildung darstellten, versammelten sich tausende Menschen in Kirchen. Damit überwand der Protest die Grenzen der kleinen Oppositionszirkel und bot auch Menschen jenseits der Oppositionsmilieus Möglichkeiten der Solidarisierung und der Information.

Immer neue Anlässe forderten die Gruppen heraus: Die bereits erwähnte Relegierung von Schülern erzeugte eine Protestwelle, vor allem aber die Verhaftung einer Reihe prominenter Oppositioneller im Januar 1988 bewirkte eine DDR-weite heftige Welle des Protestes.

Um Kommunikation und Kooperation zwischen den Gruppen landesweit zu verstetigen und aktuell handlungsfähig zu sein, wurden Kontakttelefone geschaffen: Telefone, deren Nummern sich schnell herumgesprochen hatten, wurden regelmäßig und zu bestimmten Zeiten rund um die Uhr besetzt gehalten, um Informationen aufzunehmen und weiterzugeben.

Der bereits erwähnte erfolgreiche Nachweis der Wahlfälschung im Mai 1989 bildete die nächste wichtige Station, auch insofern, als seine Dokumentation auch in Kreisen zur Kenntnis genommen und öffentlich thematisiert wurde, die mit den sonst eher alternativen Protestformen wenig anfangen konnten.

Eine nicht zu unterschätzende Wirkung hatte das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Sommer 1989. Die Opposition der DDR solidarisierte sich mit den Pekinger Studenten und nahm zur Kenntnis, dass Egon Krenz das mörderische Vorgehen gegen friedlich demonstrierende Jugendliche öffentlich begrüßte. Was hieß das für uns?

Herbst 1989

Neuformierung

Der Herbst 1989 begann damit, dass sich verschiedene Gruppierungen bildeten oder neu aufstellten: Am 28. August 1989 erfolgte der Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei. Am 9. September wurde in Grünheide bei Berlin das „Neue Forum" gegründet (Bärbel Bohley, Jens Reich). Am 12. September verabschiedete die IAPPA (Initiative zur Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung) „Thesen für eine demokratische

Umgestaltung der DDR" und begründete die „Bürgerbewegung Demokratie Jetzt" mit dem Ziel, zu den nächsten Wahlen mit einer eigenen Liste anzutreten (Ulrike Poppe, Wolfgang Ullman, Konrad Weiß, Hans-Jürgen Fischbeck).

Die „Initiative Frieden und Menschenrechte" (IFM), eine nicht kirchliche Gruppe, existierte bereits seit 1986 (Gerd Poppe, Wolfgang Templin, Werner Fischer, Reinhard Weißhuhn, Marianne Birthler) und konstituierte sich als politische Kraft bereits im Frühjahr.

Während das in seinen politischen Aussagen eher diffuse Neue Forum massenhaften Zulauf erhielt, blieben die Zahlen bei den anderen Gruppen deutlich geringer. Sie machten jedoch konkretere inhaltliche Aussagen und Vorgaben zur Arbeitsgrundlage. Die meisten beschreiben eine reformierte sozialistische Gesellschaft als Alternative zur westlichen Konsumgesellschaft, in der „soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde" gewahrt, „der gesellschaftliche Konsens im öffentlichen Dialog gesucht", durch verantwortliche Arbeit ein „lebendiger Pluralismus" geschaffen, durch „Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit" der innere Frieden gesichert, „Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht" und „Wohlstand nicht mehr auf Kosten der armen Länder gemehrt" werden. Weiter wurde die Entstaatlichung der Medien, der Bildungseinrichtungen, der Parteien, der Gewerkschaften, der Wissenschaften und der Kunst gefordert. Die Wirtschaft solle unabhängig, dezentral, in den Preisbildungen marktorientiert und auch in privaten Eigentumsformen handeln können.

Weitere Gruppen bildeten sich: der Demokratische Aufbruch (DA) mit Ehrhardt Neubert, Edelbert Richter, Rainer Eppelmann und Wolfgang Schnur.

Am 4. September 1989 gründeten Vertreter betont linker und basisdemokratisch-sozialistisch orientierter Gruppen die „Vereinte Linke" (Thomas Klein, Herbert Mißlitz, Wolfgang Rüddenklau). Sie wollten einen „demokratischen und freiheitlichen Sozialismus", der die „Gefahren eines Ausverkaufs an den Kapitalismus oder einer Militärdiktatur mit neostalinistischer Option" bannte. Die DDR sollte von „Antidespotismus, Antistalinismus, Antifaschismus, Antimilitarismus, Antikapitalismus, Antinationalismus, Antirassismus" geprägt sein.

Zuletzt erfolgte im Winter die Gründung einer Grünen Partei der DDR.

Die organisatorische Neuformierung der Opposition bedrohte die SED: Die Machtfrage war gestellt. Doch noch versuchten sich Staat und Partei mit einer Mischung aus Einschüchterung und Gesprächsangeboten der Gefahr zu erwehren. Den Ausreisewilligen wurde in großer Zahl sofort die Ausreise gestattet, um wenigstens diesen Druck aufzufangen.

Die Gruppen versuchten derweil, trotz der Vielfalt handlungsfähig zu werden und konkurrierten dabei teilweise um eine Vormachtstellung.

9. Oktober 1989

Am 6. Oktober immerhin forderten sie auf einer Veranstaltung mit 2000 Teilnehmern freie und geheime Wahlen unter Aufsicht der UNO. Diese Veranstaltung fand zwar – wie viele folgende – noch in einer Kirche statt. Die Gruppen aber hatten sich längst emanzipiert und drängten aus dem Schutz der Kirche hinaus in die Öffentlichkeit.

Die Bilder der berühmten Montagsdemonstrationen in Leipzig gingen um die Welt. In Berlin wurde die Gethsemanekirche zum Zentrum: Täglich fanden Fürbittandachten mit mehreren tausend Menschen statt. Im Altarraum fastete eine immer größer werdende Gruppe, die Kirche war fast rund um die Uhr geöffnet.

Nach einer spontanen Demonstration in Berlin kam es in den Nächten vom 7. bis 9. Oktober zu mehr als 1000 Festnahmen. Die Sicherheitsorgane gingen mit brutaler Gewalt vor. Es kam zu regelrechten Gewaltexzessen und Folterungen an Jugendlichen, Frauen und Männern.

Der 9. Oktober war ein Montag und damit der Tag der nächsten Demonstration in Leipzig. Wir hörten, dass die Leipziger Kindergärten schlossen und dass Blutkonserven in den Leipziger Krankenhäusern bereitgestellt wurden. In Berlin, wo wir für den Abend mit einer neuen Verhaftungswelle rechneten, warteten tausende Menschen atemlos auf Nachrichten aus Leipzig, während um die Kirche herum ein dichter Kordon aus bewaffneten Sicherheitskräften und Wasserwerfern gezogen war.

Dann kam der Anruf: Der Ring in Leipzig ist frei. Die Demonstration fand unbehelligt statt. Wir traten vor die Tür. Die Straßen waren frei. Draußen brannten unzählige Kerzen und jemand läutete die Glocken. Der 9. Oktober gilt den damals Beteiligten als der wichtigste Tag der Revolution.

Übergangsmöbel Runder Tisch

In den darauffolgenden Wochen versuchte die SED, die Lage zu beruhigen und zu retten, was zu retten war. Dieser sogenannten Dialogpolitik setzten die inzwischen zur Berliner Kontaktgruppe zusammengeschlossenen Gruppen entschiedenen Widerstand entgegen. Es ging um mehr. Die Macht der SED zerfiel zusehends. Die Opposition forderte den Runden Tisch, der sich am 7. Dezember 1989 konstituierte.

Die DDR-Opposition, die in den Jahren zuvor keineswegs für sich in Anspruch nehmen konnte, die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten, hatte ihre historische Rolle erfüllt, die friedliche Revolution anzuführen und den Übergang von der Diktatur zur Demokratie zu gestalten.

Torsten Diedrich

Für Demokratie und Menschenrechte: Der Volksaufstand 1953 in der DDR

Am 17. Juni 1953 stand auf einer schnell errichteten Tribüne auf dem Obermarkt in Görlitz ein alter Arbeiter – von der Görlitzer Bevölkerung liebevoll „der alte Latt“ genannt. Der stadtbekannte Sozialdemokrat Max Latt hatte gerade ein Komitee zur Neugründung der SPD ins Leben gerufen und war für die neu gewählte bürgerliche Stadtverwaltung nominiert worden. Auf der Kundgebung um 15.00 Uhr sollte diese die Verwaltung der Stadt übernehmen. Latt ergriff das Wort und verkündete: „Görlitzer, es lebe die Juni-Revolution von 1953!“ Er drückte damit die Hoffnung aller Versammelten aus, nun auf dem Weg zu einem wahrhaft demokratischen, friedliebenden Deutschland zu sein.

Zu diesem Zeitpunkt hatte der sowjetische Militärkommandant der Neißestadt bereits das Ausnahmerecht verhängt. Zur selben Zeit marschierten Truppen der sowjetischen 3. Armee in der Stadt auf. Gemeinsam mit Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (der getarnten Armee der DDR) schlugen sie den friedlichen Aufstand nieder.[1]

Wie in Görlitz hatte sich am 17. Juni 1953 fast überall in der DDR die Bevölkerung gegen die SED-Diktatur erhoben. Über 600 000 Menschen artikulierten spontan ihre Unzufriedenheit mit einem Sozialismus, der ihnen Gleichheit und Wohlstand versprach, jedoch soziale Probleme, Bevormundung und Repressionen brachte. Sie streikten für ein besseres Leben, für Demokratie und Freiheit und riskierten dafür ihr Leben, die persönliche Freiheit und ihr Fortkommen.

Die Volkserhebung wurde mit Waffengewalt erstickt. Vergessen war die Verfassung der DDR, die das Demonstrationsrecht noch beinhaltete, vergessen die hohen Ansprüche der SED an die neue, sozialistische Gesellschaft. Der Versuch der Opponierenden, die SED-Diktatur von Moskaus Gnaden zu beseitigen, scheiterte, noch ehe sich aus der spontanen Massenbewegung ein zielgerichteter, politischer Aufstand entwickeln konnte.

Der Volksprotest erwuchs aus einem ganzen Bündel politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unzufriedenheit. Seit 1948 hatte die SED mit Hilfe der Besatzungsmacht in der SBZ alle basisdemokratischen Ansätze der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ zugunsten ihrer diktatorischen Alleinherrschaft beseitigt. Auf der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 verfügte die Staatspartei den Aufbau des Sozialismus in der DDR. Der Bevölkerung wurde damit vollkommen die Übernahme des stalinistisch-sowjetischen Gesellschaftsmodells oktroyiert.

[1] Vgl. *Torsten Diedrich*, Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Berlin 2003, S. 122f.

In Umsetzung der Beschlüsse kam es, wie Falco Werkentin drastisch aber treffend beschrieb, zu einem „totalen sozialen Krieg“[2] gegen Selbstständige, Privatunternehmer, privat wirtschaftende Bauern, die Kirchen und Andersdenkende. Mit erzwungenen Verstaatlichungen liquidierte die SED bis zum Frühjahr 1953 den privatwirtschaftlichen Bereich in der Industrie bis auf 10 %. Die Kollektivierung der Landwirtschaft, der erzwungene Zusammenschluss zu über 2 000 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften stellte faktisch eine Enteignung der Bauern dar. Die Folge war bekanntermaßen eine schwere Wirtschafts- und Versorgungskrise.[3]

Ich möchte jedoch auf drei nicht so offensichtliche Problemfelder aufmerksam machen, die wesentlich die politische Krise und den Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Politik der SED mitbestimmten.

Die 1952 einsetzende Militarisierung der DDR wirkte in viele gesellschaftliche Bereiche hinein. Die Schaffung der über 100 000 Mann starken Kasernierten Volkspolizei führte zu einer sehr aggressiven Werbung von Freiwilligen in den Betrieben und gesellschaftlichen Organisationen und verschlang ebenso wie der Aufbau einer Rüstungsindustrie ein Fünftel des verfügbaren Nationaleinkommens der DDR.[4] Und – sie machte im Konnex mit der fortschreitenden Grenzabsperrung zur Bundesrepublik der Bevölkerung die gewollte Teilung des Landes auf Dauer offensichtlich. Nicht die postulierte Wiedervereinigung, sondern die Sowjetisierung und Stalinisierung der DDR waren das Ziel der Machthaber in Pankow und Moskau. Das dokumentierte sich gleichwohl in dem seit 1952 offensichtlichen Justizterror gegen Andersdenkende, kirchliche Gruppierungen, den Mittelstand und weite Teile der Bevölkerung. In einem Jahr verdoppelte sich die Zahl der Inhaftierten in der DDR auf 66 000.[5] Eine Antwort der Bevölkerung war die Abstimmung mit den Füßen. Die Flüchtlingszahl in den Westen stieg von etwa 182 000 im Jahr 1952 auf 426 000 allein im ersten Halbjahr 1953.[6]

Die SED versuchte die Wirtschaftsprobleme durch Sparmaßnahmen und eine erzwungene Produktivitätserhöhung auszugleichen. Der Sozialabbau und die verordnete zehnprozentige Normerhöhung brachten das Fass zum Überlaufen. Wenngleich die Juni-Unruhen durch soziale Anlässe ausgelöst wurden, so stand im Hintergrund eine latente politische Unzufriedenheit mit der Politik der SED. Der Massenprotest am 17. Juni 1953 war vom Willen großer Teile der Bevölkerung nach basisdemokratischen Rechten in der DDR getragen – vom Gedanken an Mitbestimmung, Meinungsfreiheit, Demokratie und Wiedervereinigung.

Den Funken zur Erhebung entfachten am 16. Juni die Bauarbeiter der Stalinallee. Sie streikten und demonstrierten gegen die Normerhöhung. Was mit sozialen Forderungen

[2] *Falco Werkentin*, Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2002, S. 23–54.

[3] Vgl. *Torsten Diedrich*, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, S. 27–54.

[4] Vgl. *Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke*, Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei 1952–1956, Berlin 2001.

[5] *Falco Werkentin*, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 114.

[6] *Thomas Ammer*, Stichwort: Flucht aus der DDR, in: Deutschland Archiv 22 (1989), H. 11, S. 1206–1212, hier S. 1207.

begann, weitete sich zum Protest gegen die SED-Politik aus. Der Ruf nach Generalstreik wurde laut.

Die Kunde von den Ereignissen in Berlin zündete am 17. Juni das Pulverfass des latent schwelenden Unmuts in der DDR. Spontan erhob sich DDR-weit die Bevölkerung und bekundeten mit Streiks und Protestmärschen ihre Solidarität mit den Berliner Bauarbeitern. Die Erhebungen in etwa 700 Orten der DDR erlangten regional sehr unterschiedliche Qualität. Sie reichte von spontanen friedlichen und sich selbst auflösenden Protestkundgebungen bis hin zu politischen Aufständen in Halle, Bitterfeld und Görlitz.

Der Bruch in der Haltung zum SED-Staat während der Unruhen ging durch alle Bevölkerungsschichten, alle gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen. Die Arbeiterschaft war dabei das tragende Element der Streiks und Demonstrationen, prägte die Forderungskataloge und gab der Volkserhebung Züge traditioneller sozialdemokratischer Massenbewegungen. DDR-weit standen Forderungen nach demokratischen Grundrechten wie freie Wahlen, Zulassung aller Parteien in der DDR, Presse- und Meinungsfreiheit aber auch nach Rücktritt der SED-Regierung und Wiedervereinigung im Mittelpunkt des Volksprotestes.

Im Verlauf der Protestaktionen in den Städten und Gemeinden gesellten sich den Protestzügen Angehörige der Mittelschichten, der Intelligenz, Hausfrauen und Jugendliche zu. Regional gewannen Angehörige des Mittelstandes sowie Abgeordnete der Blockparteien Einfluss. Einige, wie der CDU-Ortsgruppenvorsitzende der Gemeinde Collm, Gottfried Diener, oder der Nieskyer LDPD-Kreistagsabgeordnete, Lothar Markwirt – später in einem Schauprozess zu lebenslanger Haft verurteilt –, stellten sich an die Spitze der lokalen Protestbewegungen.[7]

Auf dem Lande, so zeigen neuere Forschungen, blieb es keineswegs ruhig. Hier mussten eigene Kampfformen gefunden werden, die dünnere Besiedlung verhinderte mehr Großaktionen ähnlich der Demonstration von 3000 Bauern in Mühlhausen oder der Proteste in Jessen.[8]

Auch viele der Gewerkschaftsfunktionäre und nicht wenige SED-Genossen wandten sich gegen die Herrschaftspolitik. Erinnerungen besagen, dass Hunderte weggeworfene Parteiabzeichen den Weg der Demonstranten kennzeichneten.

Insgesamt hatte sich am 17. Juni spontan eine alle gesellschaftlichen Schichten übergreifende Volksmasse gegen das SED-Regime erhoben. Auch aus diesem Grunde wird den Unruhen nicht zu Unrecht das Attribut Volkaufstand zugeordnet.

Der spontane Ausbruch des Massenprotestes überraschte die Machthaber in der DDR völlig. Vorbereitungen auf ein Aufbegehren der Bevölkerung am 17. Juni hatten Pankow und Karlshorst nur für Berlin getroffen, hier wurde der Protest schnell mit massivem Militäraufgebot unterbunden. 600 Panzer allein in Berlin und die Genehmigung des Standrechtes aus Moskau legen hierfür ein beredtes Zeugnis ab.

In den DDR-Bezirken aber war man weder vorbereitet noch in der Lage, adäquat auf die Volksempörung zu reagieren. In den Mittagsstunden des 17. Juni hatte der DDR-

7 *Heidi Roth*, Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 603.

8 *Armin Mitter*, „Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern." Die Bauern und der Sozialismus, in: *Ilko-Sascha Kowalczuk/Armin Mitter/Stefan Wolle* (Hrsg.), Der „Tag X". Die „innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1996, S. 109.

Sicherheitsapparat seine Handlungsfähigkeit vielerorts eingebüßt. Mehrere Städte befanden sich in den Händen der Protestierenden. Die SED-Herrschaft wankte.[9]

Doch die Bevölkerung war nicht auf die Übernahme der Macht im Staate vorbereitet. Anders als in Aufständen und Revolutionen zuvor, anders auch als in Ungarn, Polen und der ČSSR danach, hatte es vor dem 17. Juni keine geistige Auseinandersetzung mit der Politik der SED gegeben, hatte sich keine Oppositionsbewegung entwickelt. Demzufolge wurden auch die Blockparteien, oppositionelle Gruppierungen bzw. die Kirche von den Ereignissen überrascht und blieben am 17. Juni eher untätig. War es 1989 die Kirche, die der Oppositionsbewegung Rückhalt bot, so ist 1953 nichts dergleichen feststellbar. Dem Volksaufstand im Juni 1953 in der DDR fehlten damit führende Kräfte, sie mussten sich aus der Massenbewegung heraus erst entwickeln. Nach Formen der Führung suchend, griffen die Arbeiter sozialdemokratische Traditionen auf und bildeten Streikleitungen. Diese übten jedoch in der Regel nur betrieblichen Einfluss aus.

Aber auch dort, wo es gelang, überregionale Organisationsformen zu etablieren, wie in Halle, Bitterfeld oder Görlitz, ging es nicht automatisch um einen Staatsstreich. Die Friedfertigkeit des politischen Protestes war dem Volksaufstand ebenso eigen wie der Revolution des Jahres 1989. So organisierte der Elektromonteur Paul Othma nicht nur federführend die überregionale Streikleitung im Kreis Bitterfeld und formulierte maßgeblich die Forderungen, er sprach sich auch gegen jegliche Gewalt aus. Die Bitterfelder Streikleitung sandte sogar ein Telegramm an die Sowjetische Kontrollkommission mit der Bitte, nicht einzugreifen, ginge es doch um die Schaffung eines „wahrhaften Arbeiter- und Bauernstaates". Othma wurde dafür von der DDR-Justiz zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt und starb wenige Jahre später an den Haftfolgen.[10]

Ebenso wie die Bitterfelder Streikleitung auf friedlichen Protest drängte und Gewaltaktionen unterband, war es in Dresden der Streikführer Wilhelm Grothaus, der dem Protest den Leitgedanken ausgab: „Wir wollen als deutsche Arbeiter diszipliniert streiken." Grothaus wurde vom Bezirksgericht Dresden wegen „faschistischer Umtriebe" zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. In seinem Schlusswort betonte er, dass man ihn im gleichen Saale 1944 als Mitglied einer Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime verurteilt habe, seine Richter aber eines Tages die Geschichte richten werde.[11]

Trotz der allgemein zu konstatierenden Friedfertigkeit fand der Massenprotest im Jahr 1953 im Gegensatz zu 1989 durchaus auch Ausdruck in Gewalt. Dies geschah vor allem da, wo die Autorität einer Streikführung verloren ging und andere Gruppierungen das Handeln diktierten. Der politische Frust entlud sich gegen Symbole der SED-Herrschaft und Funktionäre der Staatsmacht. DDR-weit wurden über 200 Gebäude besetzt, weitere erfolglos bestürmt. Die Aktionen erfolgten jedoch planlos. Ganz selten stand dahinter der Wille, die Funktionsfähigkeit des Staatsapparates lahm zu legen. Nur in wenigen Fällen wurden Rundfunkanstalten, Zeitungsredaktionen oder Telegrafenämter besetzt, um die Medien für die eigenen Ziele zu nutzen. Aktionen zur Unterbindung der Kommunikati-

[9] Vgl. *Diedrich*, Waffen.

[10] Vgl. *Heidemarie Schmidt/Paul Werner Wagner*, „... man muss doch mal zu seinem Recht kommen ...". Paul Othma – Streikführer am 17. Juni 1953 in Bitterfeld, Magdeburg 2002.

[11] *Heidi Roth*, Wilhelm Grothaus. Vom Antifaschisten zum „Faschistischen Provokateur", in: Wahrheit – Gerechtigkeit – Versöhnung. Menschliches Verhalten unter Gewaltherrschaft, 6. Bautzener Forum, Bautzen 1995, S. 55–63.

on der Staatsorgane gab es nur in Görlitz und Potsdam. Selbst der für viele Revolutionen so typische Barrikadenbau ist am 17. Juni nur für Jena und Berlin im Versuch nachweisbar. Zielgerichtet und Folge der politischen Terrorjustiz war hingegen die Erstürmung von Haftanstalten und MfS-Gebäuden zur Befreiung politischer Häftlinge.[12]

Im Laufe der Unruhen erbeuteten die Demonstranten in vielen Orten Schusswaffen der Staatsmacht. Sie wurden jedoch überwiegend zerstört, nicht selten sogar den Einsatzkräften zurückgegeben. Der Volksaufstand blieb damit waffenlos, denn eine Solidarisierung der Waffenträger wie in Ungarn 1956 blieb im Wesentlichen aus. Zwar verweigerten Hunderte KVP-Soldaten aus moralischen Gründen den Einsatzbefehl, legten noch mehr Polizisten die Uniform ab, zwar gab es durchaus Solidarisierungen von Waffenträgern mit der Bevölkerung und Teilnahme an den Protesten, jedoch nur in zwei Einzelfällen bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt.[13] Die erste große Erhebung gegen den Stalinismus war eine friedliche.

Nur in Bitterfeld und Görlitz folgten den Anfangserfolgen tatsächliche Schritte zur Machtübernahme, zur Installierung einer selbstgewählten Stadtverwaltung, in Görlitz sogar die Bildung einer Arbeiterwehr.

Der Volkserhebung 1953 fehlte im Gegensatz zur friedlichen Revolution 1989 die Zeit, sich aus der Massenbewegung heraus als zielgerichtet und geführt zu konstituieren. Die Bildung von überregionalen Streikleitungen, SPD-Komitees und -Ortsgruppen dokumentiert Ansätze dazu, die es fast in allen größeren Städten gab. Den Reifegrad eines politischen Aufstandes erreichten jedoch nur die Regionen Bitterfeld und Görlitz.[14]

Letztlich war die Besatzungsmacht 1953 im Unterschied zu 1989 nicht an einer Veränderung des Status quo der DDR interessiert. Das sowjetische Eingreifen riss den DDR-Staatsapparat aus seiner Lähmung.

Die Protestierenden sahen sich nun einer bewaffneten Macht gegenüber, die zur Erhaltung des SED-Regimes rigoros durchgriff und der sie nur mit Waffengewalt hätten Paroli bieten können. Ein solcher Aufstand jedoch wäre durch die UdSSR wie in Ungarn 1956 mit noch höherem Blutzoll erstickt worden. Damit blieb dem Volksaufstand das eigentliche Ziel versagt – die Veränderung der politischen Verhältnisse in der DDR.

Das SED-Regime erhielt Gelegenheit, seine Herrschaft zu restaurieren. Neben dem Ausbau des Repressivapparates, der durchaus einer „inneren Mobilmachung gegen das eigene Volk“[15] glich, galt ein Hauptaugenmerk der SED-Diktatur der Ausschaltung oppositioneller Strömungen. Etwa 14000 Menschen wurden im Zusammenhang mit dem Volksaufstand verhaftet, etwa 1800 Menschen gerichtlich verurteilt.[16]

Politische Säuberungen fanden in allen Parteien und Massenorganisationen und in allen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen statt. Die Überwachung der Bevölkerung durch die Staatssicherheit, aber auch durch politische und gesellschaftliche Organisationen wurde immens ausgeweitet. Die DDR wurde zum Überwachungsstaat. Die Erfah-

12 *Torsten Diedrich*, „Spitzbart, Bauch und Brille – ist nicht Volkes Wille!“ Revolution am 17. Juni 1953? In: *Jörg Hillmann/Eckardt Opitz* (Hrsg.), 1789–1989 – 200 Jahre Revolutionen in Europa, Hamburg 2003, S. 117–135.

13 Vgl. *Diedrich*, Waffen.

14 Analyse dazu ebd.

15 *Diedrich*, Der 17. Juni 1953, S. 178–191.

16 *Werkentin*, Politische Strafjustiz, S. 113–167.

rung des gescheiterten Volksaufstandes und die politische Repression ließen über lange Zeit oppositionelle Strömungen kaum mehr aufkommen.[17]

Lassen Sie mich ein kurzes Fazit ziehen. Der Volksaufstand gehört unzweifelhaft in die demokratischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegungen ebenso wie in die Reihe von antidiktatorischen und antitotalitären Erhebungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Soziale und politische Freiheit sowie die Erlangung der wichtigsten Menschen- und Bürgerrechte bestimmten die grundlegenden Forderungen der Protestbewegung. Dabei erfolgte 1953 eine spontane Polarisierung für oder gegen die DDR quer durch die gesamte Gesellschaft, beteiligten sich, wie in kaum einer deutschen Massenbewegung zuvor, fast alle Bevölkerungsschichten an den Protesten.

Die sich erhebende Arbeiterschaft nutzte im Juni 1953 Kampfformen der früheren Arbeiterbewegung und setzte damit nach den Zweiten Weltkrieg ein Symbol deutscher Demokratiebestrebungen für Selbstbestimmung und Freiheit. Aus diesen Gründen darf der Volksaufstand in der DDR nicht auf nationale Aspekte oder auf die Wiedervereinigung als Ziel reduziert werden, sondern ist in seiner ganzen Breite als Demokratie- und Freiheitsbewegung in der öffentlichen Erinnerung zu halten.

Der 17. Juni stellt zugleich einen Markstein in der internationalen Systemauseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur in Europa dar. Bedeutung erlangt er hier als erste Erhebung gegen das stalinistische Gesellschaftssystem und als Beginn einer Reihe international beachteter Aufstände gegen den Kommunismus. Der Volksaufstand 1953 wurde in Polen und Ungarn 1956, beim Prager Frühling 1968, in Polen 1980/81 und letztlich 1989 in der DDR reflektiert. Er war eine Legitimitätskrise des Stalinismus *par excellence*, denn ausgerechnet das Proletariat revoltierte gegen die Politik einer Partei, die vorgab, mit dem Sozialismus gerade die Interessen der Arbeiter und Bauern zu verfolgen. Er gehört ebenso als schmerzhafte Erfahrung in die Geschichte des kommunistischen Herrschaftsregimes wie er aus der Sicht der demokratisch verfassten Welt ein langerwartetes Fanal der Widerstandsbereitschaft des deutschen Volkes gegen die Diktatur war.

Das 20. Jahrhundert hatte Millionen von Deutschen willig dem Kaiser 1914 in den Ersten, dem „Führer" 1939 in den Zweiten Weltkrieg folgen sehen. Nach dem Ersten Weltkrieg erhob sich das kriegsmüde Volk gegen die Monarchie, im Zweiten Weltkrieg aber blieb die Bevölkerung, selbst angesichts des erbarmungslosen Vernichtungskrieges des NS-Regimes und des drohenden Unterganges des deutschen Volkes – über die Ausnahmen ist hier diskutiert worden – williger Statist einer verbrecherischen Führung auf der Bühne der Weltgeschichte. Es zeigte sich als nicht fähig, Demokratie und Menschenrechte gegen die Diktatur durchzusetzen. Mit der Auflehnung gegen die SED-Diktatur setzte die DDR-Bevölkerung ein Zeichen, dass sie sich nicht willenlos in eine weitere, nun stalinistische Diktatur ergeben wolle.

Der 17. Juni prägte zudem das Denken im geteilten Deutschland entscheidend mit. Der Legitimitäts- und Alleinvertretungsanspruch der DDR als der besseren Gesellschaft für alle Deutschen wie auch die Ideen der „Magnetwirkung" auf die Bundesrepublik wurden durch die Offenbarung als stalinistische Diktatur obsolet. Die Erfahrung diktatorischen Handelns hinter dem Eisernen Vorhang stellte zudem den Katalysator einer

[17] Vgl. *Ehrhart Neubert*, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997.

längst vollzogenen Spaltung dar, sowohl in den Köpfen der Bevölkerung als auch bei den Politikern in Ost und West. In der Bundesrepublik wuchs die Überzeugung von der Richtigkeit der stringenten Westintegration. Die Gegner der SED-Diktatur jedoch hatten begreifen müssen, dass die UdSSR schützend die bewaffnete Hand über den DDR-Staat hielt und sie in ihrem Kampf von den Westmächten keine Unterstützung erwarten durften.

Dem ostdeutschen Staat blieb die Anbindung an und die Abhängigkeit von der UdSSR als lebenserhaltender Strang und die Kreierung einer „eigenständigen sozialistischen Nation". Der SED-Staat von Moskaus Gnaden, im Innern nicht durch freie Wahlen legitimiert, von der Bevölkerung nicht geliebt und von der westlichen Welt nicht anerkannt, sah sich zur Existenzerhaltung gezwungen, sein Volk bewaffnet in Schach zu halten. Die DDR wurde zu einem der militarisiertesten Staaten der Welt. 1953 offenbarte der Sozialismus stalinistischer Prägung auf deutschem Boden das Gesicht einer machtorientierten, wandlungsunfähigen Diktatur.

Letztlich hat der Volksaufstand ein gewichtiges politisch-kulturelles Identifikationspotential: national für die innere Einheit Deutschland mit seiner geteilten Geschichte und Erinnerung; im Europäischen Rahmen und speziell mit Blick auf Osteuropa: als warnende Diktaturerfahrung auf der einen und vor allem als transnationale gemeinsame Erinnerung an den Widerstand gegen Totalitarismus und Diktatur auf der anderen Seite.[18] Es sind der demokratiefordernde Charakter der Volkserhebung, der Kampf gegen totale Durchherrschung der Gesellschaft und staatliche Unterdrückung sowie der Kampf für die Durchsetzung der Grundrechte der Menschen und die individuelle Freiheit, die den 17. Juni 1953 – wie die anderen hier referierten Ereignisse der Resistenz – heute und zukünftig als ein Thema der gesellschaftlichen Demokratiebestrebung in der öffentlichen Erinnerung wertvoll machen.

Spätestens mit der Flut der Neuerscheinungen zum 50. Jahrestag gilt der 17. Juni als eines der am besten aufgearbeiteten Ereignisse der deutschen Nachkriegsgeschichte. Und doch fehlen wichtige Teile für eine umfassende Geschichtssicht:

- zu wenig wissen wir darüber, in welchem Selbstverständnis die sowjetische Führung ihre Entscheidung zur Niederschlagung des Volksaufstandes fällte;
- wir wissen kaum, was sowjetische Soldaten dachten und fühlten, als sie gegen friedlich protestierende Arbeiter den SED-Staat verteidigten;
- wir wissen nicht, ob es tatsächlich in den Besatzungstruppen Widerstand gegen die Einsatzbefehle gab, zumal die Indizien eher gegen die Legende der 18 standrechtlich erschossenen Sowjetsoldaten in Biederitz sprechen.

Hier hoffen wir auf eine intensive Zusammenarbeit und die weitere Öffnung sowjetischer Archive. Ich meine: Die ostdeutsche und die russische Bevölkerung haben eine gemeinsame kommunistische Diktaturerfahrung, wir sind ihr und der Öffentlichkeit eine gemeinsame Aufarbeitung und Bewältigung schuldig.

[18] Vgl. *Bernd Eisenfeld/Ilko-Sascha Kowalczuk/Ehrhart Neubert*, Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004.

Bernd Faulenbach

Opposition und Widerstand im dreifachen Diktaturenvergleich

Anmerkungen zu den Möglichkeiten und Grenzen komparatistischer Ansätze

I. Zur Fragestellung

Im Titel des Kolloquiums steht der Begriff Diktaturenvergleich, doch sind die Schwierigkeiten eines dreifachen Diktaturenvergleichs nicht zu übersehen. Wir thematisieren hier den Widerstand im Dritten Reich, Widerstand und Opposition in der Sowjetunion und Widerstand und Opposition in der DDR. Sicherlich werden wir zunächst einmal Einzelphänomene nebeneinanderstellen, doch stellt sich die Frage, wie Vergleiche gehandhabt werden können.

Vergleiche der Widerstandsphänomene sind deshalb so schwierig, weil die Diktaturen recht unterschiedlich waren. Widerstand und Opposition lassen sich schwerlich von diesen Diktaturen losgelöst erörtern: Die Möglichkeiten, Formen und Ziele von Widerstand und Opposition wurden in erheblichem Maße durch die jeweilige Diktatur bestimmt, die deshalb in jedem Fall mitzusehen ist. Hinzu kommen die nationalen politisch-kulturellen Unterschiede, die zumindest zur Erklärung mit herangezogen werden müssen. Die Arbeit des Historikers besteht nicht zuletzt darin, geschichtliche Phänomene in ihren Kontexten zu sehen und zu interpretieren.

Selbstverständlich ist der Vergleich eine legitime Methode historischen Arbeitens. Vergleiche zielen dabei nicht nur auf die Feststellung von Gemeinsamkeiten, sondern auch von Unterschieden; sie können wesentlich dazu beitragen, das Spezifikum der jeweiligen Phänomene zu erfassen. Gewiss sind – abstrakt gesehen – unendlich viele Vergleiche möglich; sinnvoll sind sie jedoch nur dann, wenn die zu vergleichenden Phänomene eine gewisse Ähnlichkeit aufweisen.[1]

Lassen Sie mich versuchen, hier die Möglichkeiten der in unserer Tagung angelegten drei Vergleichsmöglichkeiten knapp zu erörtern.

[1] Vgl. *Heinz Gerhard Haupt/Jürgen Kocka* (Hrsg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/M./New York 1996.

II. NS-Diktatur und Sowjetdiktatur

Dauer und Stabilität der Diktatur bestimmen wesentlich Widerstand und Opposition. Es gibt die Wirksamkeit der normativen Kraft des Faktischen, wenn man so will, Anpassung und Gewöhnung an die Diktatur. Sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR war wohl für die meisten Menschen nach einer gewissen Zeit die Überwindung des Systems kaum mehr eine Perspektive, sondern allenfalls seine Reform. Gewiss entwickelte sich auch danach Opposition oder Dissidenz (wie das System darauf reagierte, soll hier nicht erörtert werden); bis zu einem gewissen Grade konnten sich – bei erheblicher eigener Gefährdung – reformorientierte Kräfte in den herrschenden Parteien herausbilden. Doch aufs Ganze gesehen war die Formierung von Widerstand, der sich die Überwindung der Diktatur zum Ziel setzte, eher selten. Bei der NS-Diktatur haben wir es mit einem ungleich kürzeren Zeitraum als bei der kommunistischen zu tun. Damit war die NS-Diktatur, selbst wenn sie sich als 1000-jähriges Reich darstellte, für die Zeitgenossen nicht selbstverständlich; Orientierungen der vorhergehenden Zeit blieben noch präsent.

Sowohl das sowjetische System als auch das NS-System durchliefen verschiedene Phasen, doch waren die des sowjetischen ungleich länger – was in unserem Zusammenhang insofern relevant ist, als Handlungsbedingungen von Widerstand und Opposition dadurch bestimmt wurden. Die Etablierung des diktatorischen Systems dauerte in Russland in mancher Hinsicht ein ganzes Jahrzehnt und schloss hier – anders als in Deutschland – eine Revolutionierung der Gesellschaft ein. Auf jeden Fall wurden Widerstand und Opposition in dieser Phase noch stark bestimmt durch die Kräfte, die der Errichtung der Diktatur widerstrebten. Umgekehrt versuchte die Diktatur mit aller Macht, diese Kräfte auszuschalten.

Von dieser Phase ist die – unterschiedlich lange – Phase der vollentwickelten Diktatur, unter der es freilich politische und gesellschaftliche Entwicklungen geben konnte, zu unterscheiden. Hier treten die Unterschiede zwischen beiden Diktaturen und damit auch die Handlungsbedingungen des Widerstandes deutlich zu Tage. Die NS-Diktatur basierte nicht auf einer völligen Revolutionierung der Gesellschaft, formierte diese jedoch neu, hielt sie in Bewegung und beherrschte sie auf neuartige Weise. Auch bildete sie deutlich weniger als das sowjetische System Kontrolle und Kontrollapparate heraus, was etwa in der unterschiedlichen Größe der Gestapo und der sowjetischen Geheimpolizei seinen Ausdruck findet. Das System setzte stärker an der subjektiven Ebene an, versuchte eine permanente Mobilisierung der Bevölkerung. Wenn die bürokratische Kontrolle, auch die Herrschaft durch Intimidation schwächer ausgeprägt war, so besagt das nichts im Hinblick auf die kriminelle Energie, ist jedoch in seiner Bedeutung für den Widerstand (und widerständiges Verhalten) zu untersuchen. Jedenfalls gab es jeweils spezifische Bedingungen für den Widerstand – ob es Opposition geben konnte, ist in beiden Fällen fraglich. Aufs Ganze gesehen waren die Möglichkeiten für widerständiges Verhalten tendenziell unter dem NS-System günstiger, insbesondere dort, wo traditionelle Milieus, vom NS-System nicht völlig durchdrungene Bereiche, weiterexistierten.

Schließlich gibt es für das NS-System, das sein eigentliches Ziel im Kriege fand (der zu seiner Überwindung führte), keine Phase, die mit der spätkommunistischen vergleichbar wäre; in dieser war die Frage offen, inwieweit sich die Diktatur nach Stalin reformieren

ließ. Charakteristisch für diese Phase des Sowjetsystems scheint mir hinsichtlich von Widerstandsverhalten die Dissidenz zu sein.

Aufs Ganze gesehen mag deutlich sein, dass die Widerstandsphänomene vor dem Hintergrund spezifischer Diktaturbedingungen, die sich im Laufe der Zeit verändern konnten, zu erfassen sind. Vor ambitionierten Vergleichen gilt es die Widerstandsphänomene samt ihrer Kontextualität sorgfältig zu erfassen.

III. Sowjetisches System und SED-System

Manches scheint für einen Versuch des Vergleichs von zwei kommunistischen Systemen zu sprechen. Allerdings sind doch auch im Hinblick auf einen Vergleich der Sowjet- und der SED-Diktatur und ihrer Widerstandsphänomene Probleme unübersehbar.

Die Sowjetunion war das Zentrum der kommunistischen Weltbewegung. Seit dem Zweiten Weltkrieg beherrschte sie ein großes Imperium, zu dem auch die Satellitenstaaten gehörten, in denen kommunistische Systeme unter entscheidender Beteiligung der Sowjetmacht etabliert worden waren. So waren DDR und SED-System wesentlich von der SU geschaffen worden, ihre Ausgestaltung folgte dem sowjetischen Modell. Allerdings kamen doch auch deutsche kommunistische und andere Traditionen in der DDR zum Tragen.

Für Widerstand und Opposition gab es hier andere Bedingungen als in der SU: Das SED-System galt als Geschöpf der Sowjetmacht und war offensichtlich auch durch das sowjetische Modell geprägt, was ungeachtet oder gerade wegen des Engagements der Kulturoffiziere der SMAD seine Ablehnung als von außen aufoktroyiert erleichterte. Widerstand war dementsprechend nicht nur Widerstand gegen die kommunistische Diktatur, sondern auch gegen ein Stück Fremdherrschaft. Hinzu kam die Ausstrahlung der Bundesrepublik, des anderen größeren, bald auch einflussreicheren und erfolgreicheren deutschen Staates, an dem sich viele Menschen, auch der politische Widerstand, vielfältig orientierten.

Und doch veränderte sich die Opposition, als klar wurde, dass das SED-System keine vorübergehende Erscheinung war. Vor allem seit Anfang der 60er Jahre verstärkte sich eine Opposition, die auf eine Reform des kommunistischen Systems abzielte. Das Konzept eines Dritten Weges wurde dabei häufiger präferiert.

Ein Widerstandsphänomen besonderer Art war der Aufstand des 17. Juni 1953. Er war nicht von bestimmten Kräften geplant, sondern entwickelte sich spontan in einer spezifischen Konstellation. Zweifellos richtete er sich gegen die Diktatur und hätte – ohne Eingreifen der sowjetischen Truppen – auch zu deren Sturz geführt. Ein zeitgenössischer Beobachter hat die „historische Bedeutung des 17. Juni" darin gesehen, „dass er der erste Massenaufstand im Zeitalter des Totalitarismus war".[2] Weitere Aufstände im kommunistischen Herrschaftssystem sollten folgen, Aufstände, die in der Sowjetunion keine Parallele hatten.

2 *Max Diamant*, Der 17. Juni, 1956 zitiert nach Gerhard Beier, in: *Bruno Köbele* (Hrsg.), Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran, Frankfurt/M. 1993, S. 22–23.

Vergleiche zwischen dem SED-System und den anderen kommunistischen Regimen in Osteuropa und der sich in diesen entwickelnden Widerstandsphänomene erscheinen naheliegender als der mit der Sowjetunion, dem Pionier- und Mutterland der proletarischen Revolution. Allerdings stellt eben doch auch das SED-System einen Sonderfall dar, weil es nur in einem Teil Deutschlands errichtet wurde und damit Schwierigkeiten mit der Nationalidee hatte.

IV. NS-Diktatur und SED-Diktatur

Was den Vergleich zwischen NS-System und SED-System angeht, so ist er nach 1989/90 nicht selten allzu unreflektiert unternommen worden. Immerhin liegt jedoch ein Vergleich insofern nahe, als die Systeme im gleichen nationalen Raum existierten, allerdings nacheinander. Ungeachtet des ideologischen Gegensatzes und vielfältiger Unterschiede mag man dennoch hier Vergleiche anstellen, allerdings in einer spezifischen Weise: Es lässt sich nach Kontinuität und Diskontinuität nicht nur auf der institutionellen Ebene, sondern auch auf der des politischen Verhaltens in beiden Regimen fragen.[3]

Gerade im Hinblick auf Widerstand und Opposition – auf Kontinuität und Diskontinuität – sind für die Diktaturen einige Gemeinsamkeiten und signifikante Unterschiede festzustellen.

1) In beiden Diktaturen gab es Opposition der Kirchen (wobei es hier vor allem um die evangelische Kirche geht); die katholische war schon zahlenmäßig in der DDR vergleichsweise schwach vertreten. In der NS-Diktatur entwickelte sich der Widerstand aus Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche, in die das Regime eingriff, im anderen Fall resultierte die kirchliche Opposition aus der religions- und kirchenfeindlichen Politik der SED, die erst schrittweise von einer gemäßigteren Politik abgelöst wurde. In beiden Fällen war die Opposition der evangelischen Christen hauptsächlich eine Reaktion auf die Politik der Diktatur.
2) Die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 gegen Hitler, die sich wesentlich aus den alten Eliten des Militärs und der Verwaltung rekrutierte, wurde nach ihrem Scheitern weitgehend liquidiert. Die wenigen Überlebenden hatten in der SBZ/DDR keineswegs eine besondere gesellschaftliche Position, im Gegenteil: Auch Leute des 20. Juli verloren ihren Besitz, sie galten bald als „Fleisch vom Fleisch des Imperialismus".[4] Von hier konnte sich keine Opposition gegen das SED-System bilden, die Basis dieser Opposition löste sich in Krieg und Nachkriegszeit auf.
3) Ein besonderes Thema ist die Arbeiterbewegung, die von Hitler zerschlagen wurde, von der freilich Teile in den Widerstand oder in die Emigration gingen. Hier sind hinsichtlich der NS-Zeit und der Nachkriegsperiode Unterscheidungen zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und den Kommunisten vorzunehmen:

[3] Vgl. *Bernd Faulenbach*, Politisches Verhalten im NS-System und im SED-System – Zur Frage von Kontinuität und Diskontinuität, in: *Friedhelm Boll* (Hrsg.), Verfolgung und Lebensgeschichte. Diktaturerfahrungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Deutschland, Berlin 1997, S. 267–284.

[4] *Albert Norden*, Die Bedeutung des 20. Juli, in: Weltbühne 1947, Nr. 19, S. 555–556.

a) Die Sozialdemokratie wurde schon in den ersten Monaten nach Hitlers Machtübernahme verfolgt, wobei zunächst ein Teil versuchte, sich unter schwierigen Bedingungen zu behaupten. Auf den Widerstand waren die Sozialdemokraten schlecht vorbereitet, Tausende emigrierten. Während viele Sozialdemokraten irgendwie im Dritten Reich zu „überwintern" hofften, gelang es jedoch Gruppen der Partei und der Gewerkschaften, unter Einschluss des Exils ein Widerstandsnetz aufzubauen, das freilich von der Gestapo bis Mitte der 30er Jahre weitgehend ausgehoben wurde. Dass bedeutende Repräsentanten der Sozialdemokratie sich der zum 20. Juli 1944 führenden Widerstandsbewegung anschlossen und bestrebt waren, sich gleichsam einen bewaffneten Arm zuzulegen, sei am Rande erwähnt.
   Nach dem Zweiten Weltkrieg gerieten die Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone rasch in Schwierigkeiten. Zwar gab es auch in der Sozialdemokratie eine Tendenz, den Bruderkampf in der Arbeiterbewegung durch eine Parteineugründung zubeenden. Dass diese dann aber unter kommunistischen Vorzeichen unternommen wurde, trieb nicht wenige Sozialdemokraten in die Opposition. Gewiss versuchten auch jetzt viele Sozialdemokraten wieder zu „überwintern", sie hofften auf eine baldige Wiederherstellung der deutschen Einheit, doch gerade diejenigen, die die sozialdemokratische Identität wahren wollten, gerieten zwangsläufig in Gegensatz zu den Kommunisten und wurden verfolgt.
   Es gibt zahlreiche sozialdemokratische Biographien, die zeigen, dass Sozialdemokraten, die in Opposition zu Hitler standen und verfolgt wurden, nach 1945 in der SBZ erneut Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt waren, weil sie für die Sozialdemokratie einstanden.[5] Hier gibt es Hinweise auf Kontinuitäten eines widerständigen Verhaltens in beiden Diktaturen. Auch unter der SED-Diktatur entzogen sich im Übrigen Sozialdemokraten wiederum durch die Flucht – diesmal nach Westdeutschland.
b) Ganz anders sehen die „Befunde" im Hinblick auf die Kommunisten aus. Keine Frage, dass die Kommunisten die zahlenmäßig größten Opfer im Kampf gegen die NS-Diktatur brachten, gleichwohl besonders früh ausgeschaltet wurden, was allerdings nicht dazu führen darf, diesen Widerstand auszublenden.
   In der SBZ wurde zunächst eine „antifaschistisch-demokratische Umwälzung" vollzogen, doch fiel in diese frühe Phase schon die mit Zwangsmitteln durchgeführte Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten. Mit der Einführung der Nomenklaturkader des leninistisch-stalinistischen Parteiverständnisses begann die Etablierung des durch die Nationale Front verdeckten diktatorischen Regimes. Wir kommen nicht an der Feststellung vorbei: Die Kommunisten und ihre Parteigänger, die vielfach gegen den Nazismus gekämpft hatten und verfolgt worden waren, wurden zunehmend selbst zur Machtelite in einer von ihnen geprägten Diktatur, die Terror als Mittel der Politik anwandte. Dies wurde gewiss dadurch erleichtert, dass die kommunistischen Antifaschisten durchweg keine Anhänger der westlichen Demokratie waren, vielmehr in gewisser Weise Gläubige, die die Verhältnisse revolutionär verändern wollten. Ein Teil der neuen „antifaschistischen" Elite kam aus

5 Siehe *Friedhelm Boll*, Sprechen als Last und Befreiung. Holocaust-Überlebende und politisch Verfolgte zweier Diktaturen, Bonn 2001.

dem Moskauer Exil, ein kleiner Teil aus dem westlichen Ausland, ein dritter hatte in Deutschland – nicht selten in Konzentrationslagern und Gefängnissen – überlebt. Die Gegensätze zwischen den Gruppen wuchsen rasch, die Moskauer Gruppe wurde dominant. Unübersehbar ist, dass Menschen aus Widerstand und Exil, auch Opfer des NS-Systems, zu Trägern der Repression des stalinistischen Systems, gleichsam zu Tätern, teilweise aber erneut zu Opfern wurden. Wie kompliziert sich die Dinge im Einzelnen darstellen, haben Lutz Niethammer und Karin Hartewig am Beispiel der Roten Kapos von Buchenwald gezeigt.[6] Hier wird auf besonders beklemmende Weise der Zusammenhang zwischen den beiden Diktaturen deutlich.

Ich resümiere im Hinblick auf den hier nur grob angesprochenen Widerstand in der NS- und der SED-Diktatur. Wir können sowohl Kontinuitäten wie ausgesprochene Diskontinuitäten im Hinblick auf den Widerstand bzw. widerständiges Verhalten unter der NS- und der SED-Diktatur feststellen:

– Manche politische und gesellschaftliche Gruppen, die im Dritten Reich durch widerständiges Verhalten aufgefallen waren, gerieten auch mit der Diktatur in SBZ und DDR in Konflikt. Erwähnt wurden von mir Sozialdemokraten, hinzu kommen Intellektuelle, religiöse Gruppen wie die der Zeugen Jehovas. Gunter Fippel hat schon vor einiger Zeit 200 Fälle gesammelt, bei denen der Tatbestand vorliegt, dass diese Menschen im Dritten Reich und in der SBZ/DDR verfolgt wurden, unter ihnen eine beträchtliche Zahl von Juden, Emigranten, auch von kommunistischen aus dem westlichen Exil, von früheren Spanienkämpfern, von Zeugen Jehovas, von Mitverschwörern des 20. Juli, um nur einige Gruppen zu nennen.[7] Friedhelm Boll hat den doppelten Widerstand und die doppelte Verfolgung für eine ganze Reihe von Sozialdemokraten gezeigt.[8]
– Unübersehbar sind aber auch Leute aus Widerstand und Exil, die die neue Diktatur aufbauten, sie dabei teilweise als Erziehungsdiktatur auffassten. Sie verarbeiteten die Erfahrungen der NS-Zeit in einer sehr spezifischen Weise.
– Eine politische Verhaltensgeschichte über die Epochenwende von 1945 hinweg müsste vor allem die Mehrheit der Bevölkerung anschauen, die Vielen, die im Dritten Reich Mitläufer waren und auch das neue System hinnahmen. Dabei ist freilich davon auszugehen, dass Hitler und der Nationalsozialismus breitere Zustimmung fanden als das SED-System, von dem Günter Schabowski, Mitglied des letzten Politbüros, annimmt, dass die SED maximal ein Drittel der Bevölkerung wirklich hinter sich gebracht habe

6 *Lutz Niethammer* (Hrsg.), Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994.

7 *Günter Fippel*, Antifaschismus als Integrationsideologie und Herrschaftsinstrument, in: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. III, 1, Baden-Baden / Frankfurt/M. 1995, S. 110–120; vgl. auch *Günter Fippel*, Antifaschisten in „antifaschistischer“ Gewalt: Mittel- und ostdeutsche Schicksale in der Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur 1945–1961. Guben 2003.

8 *Boll*, Sprechen als Last.

und es darum gegangen sei, ein weiteres Drittel jedenfalls nicht gegen sich zu haben.[9] Eine Verhaltensgeschichte müsste im Übrigen nach der Kontinuität älterer Milieus fragen, auch nach der dauernden Wirksamkeit illiberaler Traditionen, die beide Diktaturen nutzen konnten.

V. Schlussbemerkungen

Deutlich mag sein, dass ich die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten von Widerstand und widerständigem Verhalten als besonders fruchtbar betrachte. Dies gilt für den deutschen Fall über Diktaturgrenzen hinweg, könnte jedoch auch für die mehr als 70 Jahre der sowjetischen Herrschaft versucht werden.

Zugleich ist wohl auch die Unterschiedlichkeit von „Widerstand" deutlich geworden. Will man diese in ihrer Spezifik erfassen, so sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1) Die Spezifika der Diktatur und die Phasen ihrer Entwicklung (Etablierungsphase, Hochphase, Spätphase): Widerstandphänomene sind in erheblichem Maße an die jeweilige Diktatur bzw. an eine ihrer Phasen gebunden.
2) Die internationalen Rahmenbedingungen und die Möglichkeit der Abschottung von der Kommunikation des Auslandes: Erleichtert wurden Widerstand und Opposition durch transnationale Kommunikation und eine Atmosphäre der Entspannung.
3) Die Ziele (Überwindung oder Abschaffung), die soziale Basis, die Organisationsform bzw. die Struktur (lockere Kreise, konspirative Gruppen etc.), die Vorgehensweise und die Formen (vom Aufstand über die gezielte Aktion bis zur Dissidenz): Nur durch einen mehrdimensionalen Vergleich kann den außerordentlich verschiedenartigen Widerstandsphänomenen in komparativer Sicht Rechnung getragen werden.

In mancher Hinsicht charakterisieren die Widerstandsphänomene die jeweilige Diktatur und die Phase ihrer Entwicklung. Andererseits aber verweisen sie auf die Vielfalt des Denkens, Handelns und Lebens jenseits der Diktatur. Manches spricht dafür, eine Typologie von Widerstand und widerständigem Verhalten anzuzielen. Doch zunächst gilt es, die Einzelphänomene sorgfältig zu erfassen, wobei eine komparative Perspektive schon mitgedacht werden kann.

9 Anhörung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages am 26.01.1993, in: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Bd. II, 1, S. 416ff., insbes. S. 501ff.

III. Von der Kommission geförderte Projekte

Forschung und Quellenedition

Werner Link

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen Moskauer Vertrag (1970) und Wiedervereinigung

I. Einleitung: Die vertragliche Fixierung des deutsch-sowjetischen Modus vivendi

In der Ära der amerikanisch-sowjetischen Bipolarität und des Ost-West-Konflikts waren die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR in hohem Maße abhängig von der Entwicklung der internationalen Beziehungen, insbesondere von den variierenden „Regulierungen" des weltpolitischen Konflikts[1]. Der Grenzstaat des westlichen Bündnisses und die östliche Supermacht befanden sich grundsätzlich in einem antagonistischen Verhältnis zueinander, und die Wirkungen des macht- und wertepolitischen Systemkonflikts wurden durch den nationalen Konflikt (Teilung Deutschlands) verschärft. Bei der Regulierung des Ost-West-Konflikts Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre war entscheidend, dass das atomare Gleichgewicht, das infolge der Erlangung der nuklearen Zweitschlagfähigkeit seitens der Sowjetunion entstanden war, eine Entspannungspolitik zwischen den antagonistischen Supermächten gebot. Diese „Détente" hob den Konflikt nicht auf, sondern zielte darauf ab, ihn durch die Beimischung kooperativ-integrativer Elemente zu entschärfen, um einen atomaren Krieg gegenseitiger Vernichtung zu verhindern, um das Überleben zu sichern, um – in der wörtlichen Bedeutung des Begriffs – einen Modus vivendi zu schaffen. Die analoge Anwendung dieser Politik auf die (bundes-) deutsch-sowjetischen Beziehungen[2] erfolgte mit dem Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und dem Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971, die junktimartig aufeinander bezogen waren und gleichzeitig – am 3. Juni 1972 – in Kraft traten[3].

Das Moskauer Vertragswerk, dessen Entstehung an anderer Stelle beschrieben und analysiert worden ist[4], ist zwischen Status-quo-Wahrung und friedlichem Wandel zu ver-

[1] Vgl. *Werner Link*, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der Internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart u. a. ²1988.

[2] Im Folgenden werden die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR – dem allgemeinen Sprachgebrauch gemäß – als deutsch-sowjetische Beziehungen bezeichnet, sofern es sich nicht um Zitate aus sowjetischen Dokumenten handelt.

[3] Die Ostverträge, das Berlin-Abkommen und der Grundlagenvertrag werden – falls nicht anders angegeben – zitiert nach dem Abdruck in: *Auswärtiges Amt* (Hrsg.), Dokumentation zur Entspannungspolitik der Bundesregierung, Bonn ⁷1979.

[4] *Werner Link*, Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 295–315; vgl. auch *Werner Link*, Außen- und

orten. Die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion gingen – wie es in Artikel 1 hieß – von der „bestehenden wirklichen Lage" in Europa aus, also vom territorialen und geopolitischen Status quo. Sie verpflichteten sich zur friedlichen Streitlösung und zum Gewaltverzicht (Art. 2). In Übereinstimmung mit diesen Zielen und Prinzipien erklärten sie die bestehenden Grenzen in Europa, namentlich die Oder-Neiße-Grenze Polens und die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, als „unverletzlich"; und sie erklärten ferner, „dass sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemanden haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden" (Art. 3). Damit hatte die Bundesrepublik Deutschland eine sie bindende Verpflichtung übernommen, aber keine förmliche völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Grenzen ausgesprochen. In einer vor der Paraphierung des Moskauer Vertrages den Westmächten übermittelten Note (7. August 1970), die mit der Sowjetunion abgestimmt war, stellte die Bundesregierung klar, dass wegen des Ausstehens einer friedensvertraglichen Regelung die Viermächte-Rechte in Bezug auf Deutschland und Berlin fortbestünden und nicht berührt würden. Und in dem Brief zur deutschen Einheit, den die Sowjetunion entgegennahm, stellte die Bundesregierung fest,

> „dass dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt".

Nach dem Moskauer Vertrag (desgleichen nach dem Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970) war also weiterhin ein „Wiedervereinigungsrevisionismus" rechtlich und politisch möglich. Anders war – trotz des Friedensvertragsvorbehalts – der territoriale Revisionismus hinsichtlich der ehemaligen deutschen Ostgebiete zu beurteilen. Indem die Bundesregierung nach der Paraphierung des Warschauer Vertrages in einer Note an die drei Westmächte (19. November 1970) hervorhob, dass sie erklärtermaßen „nur im Namen der Bundesrepublik Deutschland" gehandelt habe, wurde ein möglicher gesamtdeutscher Souverän in der Grenzfrage zwar nicht gebunden. Aber in der offiziellen Denkschrift der Bundesregierung zum Warschauer Vertrag hieß es klipp und klar[5]:

> „Die Bundesrepublik Deutschland wird hiernach die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze (Polens) nicht mehr in Frage stellen; sie macht ihre Haltung nicht davon abhängig, wann eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland zustande kommen wird."

Da sich auch die westlichen Verbündeten für die Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen hatten, gab es mithin keinen Anwalt mehr für eine friedensvertragliche Grenzrevision.

Das politische Ende des territorialen Revisionismus schloss – aus deutscher Sicht – die Förderung des friedlichen Wandels in Mittel- und Osteuropa selbstverständlich nicht aus. Die Bundesregierung hegte die Hoffnung, dass der Wandel dort auf die DDR ausstrahlen und die deutsch-deutsche Annäherung begünstigen würde. Genau das wollte die Sowjetunion jedoch durch die Vertragspolitik verhindern. Nach sowjetischer Auffassung sollte der Moskauer Vertrag – und später der Grundlagenvertrag – weder der deutsch-deutschen Annäherung noch dem Wandel in Osteuropa dienen, und schon gar nicht

Deutschlandpolitik in der Ära Brandt, in: *Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link*, Republik im Wandel 1969–1974 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5/I), Stuttgart/Mannheim 1986, S. 161–282.

[5] Ebd., S. 193.

den Weg zur Wiedervereinigung offen halten. Dass die Bundesrepublik Deutschland an der Wiedervereinigungsperspektive festhielt und diese Politik auch aufgrund des Moskauer Vertrages nicht aufgeben musste, dass also eine friedliche deutschlandpolitische Revisionspolitik vertragskonform war, bedeutete also zugleich, dass der grundsätzliche Gegensatz zwischen ihr und der Sowjetunion bestehen blieb. Dieser Interessengegensatz wurde – um ein Diktum Egon Bahrs zu paraphrasieren[6] – durch den Moskauer Vertrag nicht aufgelöst, sondern lag ihm als Dissens zugrunde. Im Grundlagenvertrag mit der DDR wurde der Dissens in der „nationalen Frage" sogar ausdrücklich in der Präambel festgestellt. Welche Rolle der deutschlandpolitische Revisionismus bei den deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Folgezeit spielen würde, war 1970 nicht vorauszusehen. In der unmittelbaren Zukunft sollte die praktische Zusammenarbeit verbessert und erweitert werden, namentlich in den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Beziehungsbereichen (so die Präambel des Moskauer Vertrages, letzter Absatz) – ungeachtet des Fortbestehens des Dissenses in grundsätzlichen Fragen. Kurzum: Das Moskauer Vertragswerk löste nicht die Streitfragen, sondern fixierte mittels eines qualifizierten und konkreten Gewaltverzichts auf der Basis des territorialen Status quo einen Modus vivendi[7], der in der Folgezeit auszugestalten war.

Analoges galt für das Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971, das die Zusicherung des unbehinderten Zugangs von und nach West-Berlin sowie weitere Verbesserungen enthielt und insofern die Gegenleistung der Sowjetunion zum Moskauer Vertrag war. Ungeachtet der fortbestehenden Unterschiede in den Rechtsauffassungen zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion einigten sich die Sieger- und Besatzungsmächte (in diskreter und geheimer Mitwirkung der Bundesregierung)[8] auf gemeinsame Aussagen und auf gesonderte Erklärungen beider Seiten „unter Berücksichtigung der bestehenden Lage in dem betreffenden Gebiet". West-Berlin blieb, wie bisher, in einem besatzungsrechtlichen Sonderstatus, war kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland und wurde weiterhin nicht von ihr regiert. Die Bindungen zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin werden „aufrechterhalten und entwi-

[6] Siehe die Aufzeichnung Bahrs vom 18. September 1969, in: *Institut für Zeitgeschichte* (Hrsg.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1969, II, Dok. 295, S. 1040.

[7] Im Völkerrecht ist Modus vivendi ein „international term for temporary manner of co-existing before the sides resolve the dispute dividing them". *Edmund Jan Osmansczyk* (Hrsg.), The Encyclopedia of United Nations and International Agreements, Philadelphia/London 1985, S. 518. Die Regierung Brandt/Scheel hat den Modus-vivendi-Charakter des Moskauer Vertrags in öffentlichen Erklärungen und internen Aufzeichnungen wiederholt unterstrichen. Ungeachtet ihrer heftigen Kritik an den Ostverträgen stimmte die CDU/CSU-Opposition in dieser Interpretation mit der Regierung überein. Siehe die Gemeinsame Erklärung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, die mit der sowjetischen Regierung abgestimmt war und in den sowjetischen Ratifikationsprozess eingebracht wurde. Es handelt sich also um eine authentische Interpretation. Zur Reaktion der CDU/CSU auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition siehe *Andreas Grau*, Gegen den Strom, Düsseldorf 2005.

[8] Die Mitwirkung erfolgte in der Bonner „Vierer-Gruppe" (Vertreter der drei Westmächte und der Bundesrepublik) und in geheimen Beratungen zwischen dem amerikanischen Botschafter Rush, dem sowjetischen Botschafter Falin und Staatssekretär Bahr. Siehe oben, Anm. 4, und *Andreas Wilkens*, Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974, München 1990 (insbes. S. 129–176).

ckelt“, aber demonstrative Akte der Bundespräsenz in West-Berlin eingeschränkt. Die Außenvertretung West-Berlins erfolgt durch die Bundesrepublik. Die völkerrechtlichen Vereinbarungen *können*, soweit sie nicht Angelegenheiten der Sicherheit und des Status betreffen, auf West-Berlin ausgedehnt werden; die Ausdehnung muss jeweils ausdrücklich vereinbart werden. Vor allem aber wird – wie bereits erwähnt – der unbehinderte zivile Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin erstmals geregelt, d. h. von der Sowjetunion zugesagt. Der im Auftrag der Vier Mächte von der Bundesrepublik und der DDR ausgehandelte Transit-Verkehrsvertrag wurde in das Berlin-Abkommen inkorporiert.

Mit der Formel, dass die Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland „erhalten und entwickelt“ (*maintained and developed*) würden, war in die Statik des Status quo ein dynamisches Element eingefügt worden, das allerdings von Anfang an mit einem Interpretationsdissens belastet war – nämlich mit der Frage, ob mit dem Begriff „Bindungen“ (*ties, liens, svjazi*) nur Verbindungen verkehrs- und kommunikationstechnischer Art oder politisch-rechtliche Bindungen gemeint waren. Der Logik des Gesamtabkommens entsprach die zweite Version. Aber selbst wenn man ihr folgte, blieb noch ungeklärt, inwieweit solche Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland durch die Hinzufügung neuer Elemente „entwickelt“ werden durften, ohne dass dadurch gegen die Statusbeschränkungen West-Berlins verstoßen würde. Es handelte sich bei dem Vier-Mächte-Abkommen eben nicht um eine Lösung des Berlin-Problems, sondern um dessen kompromisshafte Regulierung. Es sicherte und verbesserte die „bestehende Lage“ in und um Berlin, den Status quo der geteilten Stadt, und bezog so West-Berlin in den Modus vivendi ein, den die Bundesrepublik Deutschland mit den Verträgen von Moskau und Warschau geschaffen hatte. Und das war deshalb möglich geworden, weil die beiden Hauptantagonisten des Ost-West-Konflikts die Détente ernsthaft betrieben. Wie einst die Berlin-Blockade den Kalten Krieg in Europa verkündet hatte, so signalisierte das Berlin-Abkommen die Entspannung in Europa.

Deutschlandpolitisch war von größter Bedeutung, dass der in das Berlin-Abkommen eingefügte Transit-Vertrag zugleich überleitete zu den Verhandlungen über den bilateralen allgemeinen Verkehrsvertrag mit der DDR und über den Grundlagenvertrag. Die inhaltliche Grundlinie des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (21. Dezember 1972) war schon 1970 in Moskau vorgezeichnet worden.[9] Und auch während der mühsamen Verhandlungen in Ost-Berlin und Bonn (Juni – November 1972) zeigte sich, dass die Hauptfragen von der sowjetischen Führung entschieden wurden. Der Durchbruch wurde in den ausführlichen Gesprächen Bahrs mit Gromyko und Brežnev am 9. und 10. Oktober erzielt.[10] Die DDR blieb fest in den sowjetischen Machtbereich eingegliedert, aber zwischen beiden deutschen Staaten wurde ebenfalls ein Modus vivendi geschaffen.

Mitte 1973 (als auch der Prager Vertrag paraphiert wurde) war das „einheitliche Ganze“, das die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion bei der Unterzeichnung

[9] Siehe Punkt 6 der „Leitsätze für einen Vertrag mit der UdSSR“ vom 20. Mai 1970, in: AAPD 1970, II, Dok. 221, S. 823, der bei Unterzeichnung des Moskauer Vertrages als Punkt 2 in die gemeinsame „Absichtserklärung“ aufgenommen wurde.

[10] Siehe die Gesprächsaufzeichnungen in: AAPD 1972, III, Dok. 317 und 320, S. 1465–1475 und S. 1485–1491.

des Moskauer Vertrages in ihrer „Absichtserklärung“ definiert hatten,[11] vertraglich vereinbart.

II. Die bilaterale und multilaterale Ausgestaltung des deutsch-sowjetischen Modus vivendi in den siebziger Jahren

Solange die Supermächte-Détente in der internationalen Politik bestimmend war, waren die Chancen, den deutsch-sowjetischen Modus vivendi auszugestalten, „objektiv“ günstig. Subjektiv-persönlich war hilfreich, dass bei dem vierstündigen Gespräch, das Brežnev und Brandt unmittelbar nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 1970 über die Zukunftsperspektiven der deutsch-sowjetischen Beziehungen geführt hatten, eine „Vertrauensbasis“ entstanden war, die ausbaufähig erschien.[12] Beide Spitzenpolitiker hatten in Moskau ihren Willen bekräftigt, trotz fortbestehender Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze „auf der Basis gemeinsamer Interessen“ die Zusammenarbeit „auf allen Gebieten“ auszuweiten. Dabei hatte Brežnev den Primat der politischen Fragen betont und hinzugefügt: „Auf politischem Gebiet ist das wichtigste: Unabhängigkeit der Politik der BRD gegenüber der Sowjetunion“ (d.h. Unabhängigkeit der deutschen SU-Politik von den Einwirkungen der USA).[13]

1. Der Geist von Oreanda

Es war wahrscheinlich diese Hoffnung auf eine „gaullistische“ deutsche Politik[14], die Brežnev bewog, den Bundeskanzler im September 1971 zu einem informellen Treffen in Oreanda auf der Krim, dem Urlaubsort des Generalsekretärs, einzuladen. Diese Erwartung war aus deutscher Sicht nicht unproblematisch. Brandt legte in seinem ersten ausführlichen Gespräch in Oreanda (am 17. September 1971)[15] Wert darauf, seine Position unmissverständlich zu beschreiben. Er wolle gegenüber der Sowjetunion „ein eigenständiger, aber solider Partner“ sein und entsprechend wahrgenommen werden. Unabhängig wollte Brandt seine Politik gegenüber der Sowjetunion auch insofern führen und verstanden wissen, als die Bundesregierung „auch den besten Freunden kein Vetorecht“ einräume. Aber der deutsch-sowjetische Bilateralismus war nach Brandts Worten begrenzt durch den Grundsatz: „In Loyalität vs. Verbündeten + nicht auf Kosten anderer“[16]. Anders ausgedrückt: Die reale machtpolitische Abhängigkeit der Bundesrepublik

[11] Satz 1 der Absichtserklärung (s. oben, Anm. 9).

[12] Aufzeichnung Bahrs vom 13. August 1970, in: AAPD 1970, II, Dok. 389, S. 1465ff. Gleichzeitig wurde auch offiziell vereinbart, einen vertraulichen „Kanal“ zwischen Brežnev und Brandt einzurichten. Er war bereits seit Dezember 1969 ohne „förmliche Absprache“ existent und bei den Verhandlungen über den Moskauer Vertrag genutzt worden.

[13] Gespräch Brandt – Brežnev in Moskau, 12. August 1970, in: AAPD 1970, II, Dok. 388, S. 1451f. und S. 1455.

[14] Brežnev verwies ausdrücklich in seinem Gespräch mit Brandt am 12. August 1970 auf de Gaulle: „Als z. B. de Gaulle außenpolitisch selbständig wurde, konnten sich unsere Beziehungen auf allen Gebieten positiv entwickeln.“ In: Ebd., S. 1453f.

[15] AAPD 1971, II, Dok. 311, S. 1385–1399, hier S. 1386.

[16] Handschriftliche „Notizen für Krim, September 1971“, abgedruckt in: *Link*, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt, S. 225; siehe auch *Willy Brandt*, Begegnungen und Ein-

Deutschland von dem Schutz durch die westliche Allianz, insbesondere durch die USA, begründete das, was Brandt später als „begrenzten Bilateralismus“ bezeichnete.

Die – die sowjetischen Hoffnungen dämpfende – Klärung wirkte sich offenkundig nicht negativ auf das Oreanda-Treffen aus, das vom 16. bis 18. September 1971 stattfand. Die jeweiligen Positionen wurden in vertrauensbildender Weise verständlich gemacht – in einer exzeptionellen Urlaubsatmosphäre. Der Gedankenaustausch summierte sich zu insgesamt sechzehn Stunden (zwei Arbeitssitzungen und informelle Gespräche beim Abendessen, Baden und Bootsfahren). Nie zuvor hatte der sowjetische Generalsekretär so lange und so unkonventionell mit einem westlichen Staatsmann diskutiert!

Erörtert wurden bilaterale Probleme und Vorhaben, u. a. Handels- und Verkehrsabkommen und das Berlin-Junktim sowie wichtige internationale Fragen und Entwicklungen, wobei Brežnev besonders ausführlich auf den sowjetisch-chinesischen Konflikt einging.[17] Bei den europäischen Fragen stand die geplante gesamteuropäische Konferenz KSZE/MBFR im Mittelpunkt. Brandt begründete die Ausdehnung der Entspannungspolitik auf das militärische Gebiet als dringliche Aufgabe. Man müsse „eine Übereinkunft über die gegenseitige Verringerung von Truppen und Rüstungen finden, ohne das Gleichgewicht zu gefährden“[18]. Bahr und Aleksandrov, die ihre Chefs begleiteten und im Hintergrund arbeiteten, einigten sich auf den Grundsatz, dass die Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa „ohne Nachteile für die Beteiligten“ angestrebt werden sollte.[19] Zudem wurde Übereinstimmung darüber erzielt, dass die Truppenreduzierungen nicht auf das Gebiet der beiden deutschen Staaten und nicht auf die Stationierung der beiden Supermächte beschränkt werden sollten.

Diese Verständigung über allgemeine MBFR-Prinzipien in Oreanda, die deutscherseits als Anzeichen für ein neues kooperatives Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gewertet wurde, konnte jedoch nur eine beschränkte Wirkung haben. Ob sich aus diesen Prinzipien ein beiderseits befriedigendes Rüstungskontrollregime herleiten ließ, war angesichts der unterschiedlichen Interessen von Anfang an zweifelhaft. Eine gemeinsame Interessenlage konnte noch nicht einmal im Westen definiert werden, sogar nicht zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich (das die Teilnahme am MBFR-Prozess ablehnte). Und die definitive Entscheidung über die Einberufung der KSZE und der MBFR-Konferenz wurde nicht von Brandt und Brežnev in Oreanda getroffen, sondern von den beiden Supermächten und Allianzführern in Moskau anlässlich des Nixon-Besuchs im Mai 1972.

Auch die Auswirkungen von Oreanda auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen waren nicht so günstig wie deutscherseits erhofft und wie im westlichen Ausland, das von Rapallo-Ängsten besessen war, befürchtet worden war. Anfang des neuen Jahres musste

sichten, München/Zürich 1978, S. 459–470. Zu Brandts Begriff „begrenzter Bilateralismus“ *David Binder*, The Other German, Washington 1975, S. 286.

17 Auch später (u. a. im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 30. Oktober 1974) ging Brežnev ausführlich auf den Konflikt mit China ein. Der Faktor „China“ war ein Katalysator für die sowjetische Entspannungspolitik gegenüber den USA und gegenüber der Bundesrepublik. Vgl. *M. E. Sarotte*, Dealing with the Devil. East Germany, Détente, and Ostpolitik 1969– 1973, Chapel Hill/London 2001.

18 Gespräch Brandt–Brežnev, 17. September 1971, in: AAPD 1971, II, S. 1392.

19 Abschluss-Kommuniqué, in: Europa-Archiv (künftig: EA) 1971, S. D 472.

Brandt vor dem Parteivorstand seiner Partei konstatieren, „leider sei die Sowjetunion nicht so kooperativ, wie man es sich vorgestellt habe. Man müsse an diesem Problem weiterarbeiten."[20] Das geschah beim Brežnev-Besuch in Bonn im Mai 1973 – mit nur geringem Erfolg. Der grundsätzliche Streit über die korrekte Auslegung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin konnte nicht beigelegt werden. Nach langem und zähem Ringen über eine für beide Seiten akzeptable Berlin-Passage in der Schlusserklärung einigte man sich lediglich auf den Formelkompromiss (Petersberger Erklärung), dass „die strikte Einhaltung und volle Anwendung" des Berlin-Abkommens eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung und für die Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen sei.[21] Inhaltlich war dadurch wenig gewonnen, wie sich bald zeigen sollte.

In einem ausführlichen Schreiben an Generalsekretär Brežnev vom 30. Dezember 1973[22] zog der Bundeskanzler eine Jahresschlussbilanz, die – trotz des Hinweises auf einige positive Entwicklungen – enttäuschend ausfiel. Brandt stellte fest,

> „dass wir in wesentlichen Punkten noch nicht den Stand der Beziehungen erreicht haben, den wir beide, davon bin ich überzeugt, als notwendig ansehen, wenn die Politik der Entspannung in Europa und in der Welt dauerhaften Erfolg haben soll".

Neben den Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verwies Brandt ausführlich auf die immer noch ausstehende Regelung der Einbeziehung West-Berlins bzw. der West-Berliner in deutsch-sowjetische Abkommen über den Rechtshilfeverkehr, über die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit und über den Umweltschutz. Das größte Monitum formuliert Brandt am Schluss seines Briefes bezüglich der Politik der DDR nach Abschluss des Grundlagenvertrages. Speziell am Beispiel der Verdoppelung der Quoten für den Mindestumtausch bei DDR-Besuchen illustrierte der Bundeskanzler die negativen Auswirkungen der Abgrenzungspolitik der DDR (selbstverständlich ohne diesen Begriff zu gebrauchen). Und er appellierte in geradezu beschwörender Weise an Brežnev:

> „Die Situation, die sich ergeben hat, zwingt mich, Sie auf die Gefahr hinzuweisen, dass eine derartige negative Entwicklung die Bemühungen meiner Regierung um die Erweiterung der Politik der Entspannung erheblich gefährden könnte. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch diesem Problem Ihre Aufmerksamkeit widmen würden."

Von einer neuen Qualität der deutsch-sowjetischen Beziehungen konnte in Anbetracht all dieser Schwierigkeiten kaum die Rede sein, es sei denn, der drastische Appell direkt an den sowjetischen Oberherrn der DDR würde in diesem Sinne interpretiert. Indes, Brežnev wollte ja gerade, dass „die Abgrenzung, der Graben zwischen DDR und BRD [...] noch tiefer" wurde.[23]

Nur einen Monat später spitzten sich die Differenzen mit der Sowjetunion über die Auslegung des Berliner Vier-Mächte-Abkommens dramatisch zu. Der (mit den Westmächten abgestimmte) Beschluss der Bundesregierung, das neue Umweltbundesamt in West-Berlin zu errichten, wurde von der Sowjetunion und von der DDR als gravierende

[20] Sitzung des Parteivorstandes der SPD, 26. Januar 1973.
[21] Abgedruckt in: EA 1973, S. D 337.
[22] AAPD 1973, III, Dok. 426, S. 2076–2078.
[23] Brežnev im Gespräch mit Honecker, 28. Juli 1970, in: *Peter Przybylski*, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 280–288, hier S. 287.

Verletzung des Berlin-Abkommens gewertet und als unakzeptabel kritisiert. Am Tag vor dem Kabinettsbeschluss am 23. Januar 1974 drohte die DDR in einer offiziellen Demarche mit Kontrollmaßnahmen und Behinderungen des Transitverkehrs, speziell mit der Verweigerung der Durchreise für Angehörige des Umweltbundesamtes (und sie machte dann später diese Drohung auch wahr). Jetzt genügte ein Appell an die sowjetische Adresse nicht mehr. Der Bundeskanzler musste am 28. Januar in einem förmlichen Schreiben[24] den amerikanischen Präsidenten bitten, auf die Sowjetunion einzuwirken, damit sie der DDR nahelege, den Transitverkehr weiterhin reibungslos ablaufen zu lassen. Im drohenden „Ernstfall" zeigte sich, dass nicht der Geist von Oreanda, sondern die Macht Washingtons, die Rückendeckung durch die amerikanische Supermacht, für die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin entscheidend und der entspannungspolitische Bilateralismus mit der Sowjetunion in der Tat begrenzt war. Berlin war und blieb auch in der Folgezeit (bei den Verhandlungen über einzelne Abkommen) der Gradmesser für die Qualität der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Bereits bei dem Staatsbesuch Brežnevs in Bonn im Mai 1973 war offenkundig geworden, dass Oreanda eine exzeptionelle Veranstaltung gewesen war und nicht stilbildend für die deutsch-sowjetischen Beziehungen wurde. Eine Oreanda-Reprise gab es nicht. In der Folgezeit, nach dem Regierungswechsel in Bonn, fanden – mit der Ausnahme des Helsinki-Treffens (1975) – „normale", förmliche Gipfeltreffen statt, abwechselnd in den beiden Hauptstädten. Die Außenminister, Gromyko und Genscher (wie zuvor Scheel), nahmen daran teil und bereiteten sie durch separate Gespräche in Moskau bzw. Bonn vor. Seit 1974 wurden zudem – aufgrund der entsprechenden Vereinbarung auf dem Moskauer Gipfel – jährliche Außenminister-Konsultationen durchgeführt. Dazwischen vollzog sich der mühsame diplomatische Alltag.

In diesem bilateralen Prozess standen zwei Problembereiche im Mittelpunkt, nämlich die wenig kontroverse Wirtschaftskooperation (s. Unterkapitel 3) und vor allem die umstrittene Sicherheitspolitik (s. Unterkapitel 4). Eingebettet war der deutsch-sowjetische Bilateralismus in den multilateralen KSZE- und MBFR-Prozess (s. Unterkapitel 2).[25] Und hier wie dort waren die nicht gelösten Streitfragen der Berlin- und Deutschlandpolitik krisenträchtig.

2. Der multilaterale Kontext (KSZE)

Die wiederholten Bekundungen beider Seiten, mit einer gesamteuropäischen Konferenz ein gemeinsames Interesse – nämlich die Förderung der Entspannung in Europa – zu verfolgen, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die konzeptionellen Grundlinien unterschiedlich, ja gegensätzlich waren: Die Bundesregierung wollte in die zweite Phase ihrer Ostpolitik eintreten – als Etappe auf dem Weg zu einer neuen europäischen Friedensordnung, in der „das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Aus sowjetischer Sicht und Interessenlage ging es nach den Ostverträgen

[24] AAPD 1974, I, Dok. 25, S. 100f.

[25] Die Ausführungen in diesen drei Unterkapiteln greifen in einigen Passagen auf meine früheren Darstellungen zurück, u. a. *Werner Link*, Die Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt, in: *Wolfgang Jäger/Werner Link*, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5/II), Stuttgart/Mannheim 1987, S. 273–432.

der Bundesrepublik darum, den sowjetischen Einfluss- und Herrschaftsbereich in Mittel- und Osteuropa nunmehr multilateral abzusichern. Dementsprechend entstanden bei den Genfer KSZE-Verhandlungen (September 1973 – Juli 1975) die größten Kontroversen bei der Formulierung der „Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten" (Korb 1) und bezüglich der „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" (Korb 3).

Der Briefwechsel zwischen Brežnev und Brandt im Januar/Februar 1974 verdeutlichte exemplarisch die neuralgischen Punkte in diesen beiden Themenbereichen.[26] Brežnev wandte sich gegen den Versuch, das Prinzip der „Unerschütterlichkeit der Grenzen" mit dem Hinweis auf die Möglichkeit der friedlichen Grenzänderung abzuschwächen. Dieses Prinzip müsse in den Dokumenten der gesamteuropäischen Konferenz klar und deutlich festgestellt werden, wie es auch im Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD der Fall war.

„Das Gegenteil zuzulassen, würde eine Hintertür für Bestrebungen offen lassen, die auf Untergrabung des Friedens in Europa gerichtet sind. Wir werden nie damit einverstanden sein und hoffen, dass die Bundesregierung in dieser Frage auch keine Schwankungen zulässt."

Bezüglich der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, der menschlichen Kontakte und des Austauschs von Informationen warnte Brežnev, wenn jemand die Absicht habe, „diese Fragen als Hebel zur Lockerung unseres sozialen Systems zu benutzen, dann kann darauf die Antwort nur ‚nein' lauten". Die Erweiterung der Kontakte und des Austauschs seien nüchtern betrachtet „nur im Rahmen der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten möglich, Beachtung der Souveränität, Gesetze und Sitten eines jeden Landes".

Mit anderen Worten, die sowjetische KSZE-Politik zielte auf die Anerkennung und Abschirmung des territorialen und politisch-gesellschaftlichen Status quo ab.

In seinem Antwortschreiben vom 7. Februar 1974 stimmte Brandt Brežnevs Auffassung zu, dass die beiden Fragen „Kernfragen der Verhandlung" seien. Aber er versuchte, die Meinungsverschiedenheiten zu entschärfen, indem er sich Brežnevs Verweis auf den Moskauer Vertrag zunutze machte. Der Kanzler versicherte dem Generalsekretär, in der Grenzfrage sei für die deutsche Regierung jeder Text annehmbar, der dem Moskauer Vertrag entspreche. Da damals Gromyko verbindlich klargestellt habe, dass der Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen das souveräne Recht der Staaten auf friedliche Grenzänderung nicht berühre, „dürfte es kein besonderes Problem darstellen, diese Klarstellung auch im Zusammenhang der Genfer Konferenz in einer Form festzuhalten, die dem multilateralen Charakter des Konferenzergebnisses Rechnung trägt".

Das war – wohl absichtlich – vage formuliert, ließ aber die Grundtendenz der deutschen KSZE-Politik erkennen: Multilateralisierung des im Moskauer Vertrag Erreichten; Europäisierung des deutsch-sowjetischen Modus vivendi. Und in diesem Sinne war auch Brandts Antwort auf die zweite Kernfrage zu verstehen.

Was diesen Problembereich des Korbs 3 anbelangte, so musste sich die Bundesregierung schon allein deshalb gegenüber der Sowjetunion kompromissbereit zeigen, weil sie im Kreis der EG/EPZ nicht immer die notwendige Unterstützung erhielt; denn in den humanitären Fragen – wie z. B. bei der Familienzusammenführung – war das geteilte

[26] AAPD 1974, I, Dok. 37, S. 153f.

Land weitaus stärker betroffen als seine westlichen Partner. Die deutsche Forderung, im Prinzipienkatalog eine Verbindung zwischen Unverletzlichkeit der Grenzen und friedlichem Wandel („deutsche Option") herzustellen, wurde hingegen von den EPZ-Staaten in einem gemeinsamen Vorschlag aufgenommen. Die Sowjetunion lehnte ihn strikt ab; das war der Hintergrund für das zitierte Monitum Breževs. Das zähe Ringen ging in dieser Frage in Genf weiter. Auf dem ersten Gipfeltreffen der neuen Regierung Schmidt/Genscher in Moskau im Oktober 1974 ließ der Bundeskanzler den sowjetischen Generalsekretär wissen: er habe den deutschen Diplomaten die Weisung gegeben, „sich in den strittigen Fragen zu Korb III zurückzuhalten". Die Bundesregierung habe „nur ein vitales Interesse. Dies sei, dass der Grundsatz der friedlichen Grenzänderung den gleichen Rang habe wie die anderen Prinzipien."[27] In Moskau kam keine Einigung zustande. Bezeichnenderweise musste erst wieder die amerikanische Regierung eingeschaltet werden. Neuerlich erwies sich die Supermächte-Ebene als dominant. Ein akzeptabler Kompromiss wurde in direkten Verhandlungen zwischen Außenminister Kissinger und seinem sowjetischen Kollegen Gromyko gefunden.[28] Die endgültige Formulierung lautete:

„Sie (d.h. die Teilnehmerstaaten) sind der Auffassung, dass ihre Grenzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können."

Eingeordnet wurde dieser Grundsatz weder bei dem Prinzip „Unverletzlichkeit der Grenzen" noch bei dem Selbstbestimmungsprinzip, sondern bei dem Souveränitätsprinzip. Aber alle zehn Prinzipien wurden als interdependent erklärt („ein jedes von ihnen wird unter Beachtung der anderen ausgelegt").[29] Damit war die von der Bundesregierung angestrebte „Ausbalancierung" (freilich nicht die direkte Koppelung der friedlichen Grenzänderung an das Selbstbestimmungsrecht) erreicht worden.

Die „Schlussakte"[30], die am 1. August 1975 in Helsinki feierlich von den Staats- und Regierungschefs Europas, der USA und Kanadas unterzeichnet wurde, war ein politisches Dokument, kein völkerrechtlicher Vertrag; ein Bezugsdokument sowohl für die bilateralen Entspannungsbemühungen als auch für die multilaterale Überprüfung und Weiterentwicklung durch die KSZE-Folgekonferenzen. Die Bestimmungen des Korbes 3 waren vor allem für die Bürgerrechtsgruppen und Dissidentenbewegungen in den sozialistischen Ländern als Legitimationsgrundlage hilfreich. Aber auch für die Entwicklung der offiziellen deutsch-sowjetischen Beziehungen in dieser Zeit war Korb 3 der KSZE-Schlussakte bedeutsam. Da der Streit über die Einbeziehung West-Berlins bzw. derjenigen Personen, die dort in bundesdeutschen Instituten und Ämtern tätig waren, die vertragliche Regelung des deutsch-sowjetischen Kultur- und Wissenschaftsaustausches verhinderte und die pragmatische Entwicklung der Kulturkontakte behinderte, sorgten die KSZE-Expertentreffen und -Foren (wie das Wissenschaftsforum 1980) dafür, dass die „soziokulturelle

[27] Gespräch Schmidt–Brežnev in Moskau, 29. Oktober 1974, in: AAPD 1974, II, Dok. 314, S. 1371–1378, hier S. 1378.

[28] Siehe *Luigi Vittorio Ferraris* (Hrsg.), Report on a Negotiation, Helsinki–Geneva–Helsinki 1972–1975, Leiden 1979, S. 133f. und S. 152f.

[29] Abschluss-Kommuniqué, in: EA 1971, S. D 472.

[30] *Auswärtiges Amt* (Hrsg.), Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dokumentation zum KSZE-Prozess, Bonn 1984, 6. Aufl., S. 51–126.

Dimension der Ostpolitik nicht völlig verblasste“[31]. Der KSZE-Prozess war es denn auch, der mit dem „Kulturforum“ (1985) eine Wende in den Kulturbeziehungen brachte.

Während die Bestimmungen von Korb 3 und deren Umsetzung von den westlichen Staaten als Chance und von den sozialistischen Staaten als Gefahr angesehen wurden, war die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich (Korb 2) weniger problematisch. Sie lag eindeutig im sowjetischen *und* westlichen Interesse. Dieses beiderseitige Interesse war allerdings wegen des grundsätzlichen Unterschieds in der Wirtschaftsordnung durch zwischenstaatliche Regelungen schwer zu realisieren. Das Verlangen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten, die Meistbegünstigung auf der KSZE eingeräumt zu bekommen, wurde nicht befriedigt. Da die handelspolitische Kompetenz der EG-Staaten inzwischen bei der Europäischen Gemeinschaft lag, wurden sowieso die bilateralen Kooperationsverträge wichtiger – generell für die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und speziell für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.

3. Die deutsch-sowjetische Wirtschaftskooperation in den siebziger Jahren

Politik und Wirtschaft sollten sich wechselseitig günstig beeinflussen. Das war beiderseits eine bewusste, durchgängig verfolgte Strategie. Während Bahr in Moskau mit Gromyko über den Gewaltverzichts- und Grenzvertrag verhandelte, führte Botschafter Emmel (AA) ebenfalls in Moskau (5./6. Februar 1970) Gespräche „exploratorischen Charakters“ über deutsch-sowjetische wirtschaftliche und wissenschaftlich-technologische Kooperation.[32]

Wenige Tage zuvor – am 1. Februar – waren in Essen zwei privatrechtliche Verträge (Mannesmann/Thyssen) über die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die Bundesrepublik Deutschland und von Röhren in die Sowjetunion unterzeichnet worden. Sie galten als Musterbeispiele der Kooperation in anderen Bereichen. Vor allem waren sie ein Signal für die Umkehr der negativen, regressiven Tendenz, die 1963 in demselben Wirtschafts- und Handelssektor mit dem Röhren-Embargo für einen bereits abgeschlossenen Vertrag dramatischen Ausdruck gefunden hatten.[33] Jetzt sollte zur politischen Détente die wirtschaftliche hinzukommen. Bei der Eröffnung seines zweiten Gesprächs mit Gromyko am 3. Februar 1970 verwies Bahr auf das Essener Doppelabkommen. Es sei „ein Abkommen mit Perspektive, das etwas davon deutlich mache, was wir uns vorstellen, wenn wir von Zusammenarbeit sprächen“. Auch Gromyko äußerte seine Genugtuung; er glaubte, „dass es einen guten Einfluss auf die beiderseitigen Beziehungen haben werde“.[34] Und als dann der Moskauer Vertrag am 12. August 1970 unterzeichnet wurde, setzte in dem Gespräch zwischen Kossygin und Brandt jene große Werbekampagne für

[31] *Barbara Lippert*, Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik. Verhandlungen mit Moskau 1969–1990, Münster 1996, S. 561. Diese Bonner Dissertation bietet eine gründliche Darstellung und überzeugende Interpretation der deutsch-sowjetischen Kulturbeziehungen, die hier nicht näher behandelt werden können.

[32] AAPD 1970, I, Dok. 29, S. 215–221.

[33] Siehe *Daniel Kosthorst*, Primat der Politik als Primat der Bündnispolitik. Zum Streit um das Röhrenembargo gegen die UdSSR, in: *Rainer A. Blasius* (Hrsg.), Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994, S. 97–117.

[34] Gespräch Bahr–Gromyko in Moskau, 3. Februar 1970, in: AAPD 1970, I, Dok. 33, S. 144–156, hier S. 144.

ein Engagement der deutschen Industrie in der Sowjetunion ein, die in den folgenden Jahren für die deutsch-sowjetischen Treffen charakteristisch wurde. Die sowjetische Regierung orientierte ihre wirtschaftliche Kooperationsoffensive an dem ambitiösen neuen Fünfjahresplan. Für die Bundesrepublik Deutschland konnte es – aufgrund ihrer marktwirtschaftlichen Ordnung und der Entscheidungsfreiheit der Unternehmen – nur darum gehen, in zwischenstaatlichen Verhandlungen und Verträgen die Rahmenbedingungen zu klären und Hilfestellungen für konkrete Kooperationsprojekte zu geben – die tatsächlichen Vereinbarungen und deren Durchführung oblag den privaten Unternehmen hier und den staatlichen Unternehmen dort. Weil handelspolitisch seit 1963 ein vertragsloser Zustand zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bestand, wurde noch vor dem Inkrafttreten des Moskauer Vertrages ein Handelsabkommen (unter Einbeziehung West-Berlins)[35] am 7. April 1972 paraphiert. Gleichzeitig wurde eine neuartige Institutionalisierung der staatlich-privaten Kooperation ins Leben gerufen, nämlich die Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, in die Vertreter der beiden Regierungen und der Wirtschaft entsandt wurden. Die projektübergreifende Einbindung der deutschen Industriemanager war nicht zuletzt deshalb ratsam, weil nicht wenige von ihnen nur zögerlich auf die politischen Initiativen reagierten. Sie mussten gewissermaßen zum Jagen getragen werden. Die Embargo-Politik hatte sich wie Mehltau auf den Osthandel gelegt; und die deutsche Industrie hatte sich langfristig nach Westen orientiert. Repräsentanten der deutschen Wirtschaft, wie der BDA-Präsident Otto A. Friedrich (Flick-Gruppe), machten ihren sowjetischen Gesprächspartnern ein übers andere Mal klar, „*dass das Tempo und Ausmaß einer Interessennahme der deutschen Industrie* an technologischer Zusammenarbeit und mit größerem Handelsvolumen mit der Sowjetunion *nicht überschätzt werden dürfe*“.[36] Andere Wirtschaftsführer, wie der BDI-Präsident Sohl (Thyssen), waren optimistischer.[37] Bemerkenswert war, dass allgemein in der Bundesrepublik der Wunsch bestand, das deutsche Engagement in Zusammenarbeit mit westeuropäischen Unternehmen zu entwickeln, um so das Risiko abzusichern, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch (nicht zuletzt in Erinnerung an die Erfahrungen mit der Embargo-Politik in der Hochzeit des Kalten Krieges). Sogar der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft, der Motor des Osthandels, favorisierte die multilaterale Zusammenarbeit.[38]

Hingegen war die Sowjetunion primär an der bilateralen Kooperation interessiert, um nicht der geballten Macht der westlichen Konzerne gegenüberzustehen. Bei seinem Bonner Staatsbesuch im Mai 1973 warb Brežnev sowohl in den Regierungsgesprächen als auch in einem langen Gespräch mit Vertretern der deutschen Wirtschaft für langfristig

[35] Die sogenannte Frank-Falin-Formel lautete: „Entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen (bzw. dieser Vertrag) in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.“ Siehe AAPD 1972, I, Dok. 86, S. 366f.

[36] So Otto A. Friedrich in seinem Bericht über seinen UdSSR-Besuch vom 23.–27. November 1970, zit. nach *Volker R. Berghahn/Paul J. Friedrich*, Otto A. Friedrich. Ein politischer Unternehmer, Frankfurt/New York 1993, S. 353.

[37] Ebd., S. 355.

[38] Zum Treffen Brežnevs mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft am 19. Mai 1973 siehe AAPD 1973, II, Dok. 145, Anm. 18; vgl. zum Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft u. a. *Otto Wolff von Amerongen*, Der Weg nach Osten, München 1992.

angelegte Großprojekte. Brežnev meinte, die Ausweitung der Zusammenarbeit „in größeren Kategorien“ werde zurzeit noch behindert durch „übermäßige Vorsicht, gewisses Maß an Misstrauen, Zweifel, Mangel an Elan“. Deshalb müssten von den beiden Regierungen „neue Impulse“ gegeben werden.[39]

Das gewünschte Startzeichen war das deutsch-sowjetische Regierungsabkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit.[40] Die Regierung Schmidt/Genscher knüpfte hier an, und die deutsche Wirtschaft nutzte ihre Chancen. Auf dem Moskauer Gipfel im Oktober 1974 wurde ein neues Regierungsabkommen „über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ unterzeichnet.[41] Deutsche Investitionsgüter zur Erschließung der riesigen russischen Rohstoffreserven gegen Rohstoff- und Energielieferungen (einschließlich von Dreiecksgeschäften bei der Ölversorgung) – diese Lieblingsidee Brežnevs fand jetzt bei den deutschen Industriellen größeren Gefallen.

Bei Brežnevs zweitem Bonn-Besuch (1978) wurde ein weiteres Abkommen „über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie“ abgeschlossen.[42] Es sah eine sektorale Erweiterung und eine Intensivierung der Kooperation vor und hatte eine Laufzeit von fünfundzwanzig Jahren. Die Absicht, der langfristigen Interessenverflechtung eine gesamtpolitische Bedeutung zu geben, wurde dadurch demonstriert, dass das Kooperationsabkommen dem Bundestag zur Ratifikation vorgelegt wurde. Hier nahm das Gestalt an, was nach dem entspannungspolitischen Verständnis Helmut Schmidts zur Gleichgewichtspolitik hinzugefügt werden sollte. Hier war – wie der Bundeskanzler schon nach dem ersten Moskau-Besuch erklärt hatte – ein Feld, „auf dem Fortschritte auch den politischen Beziehungen zugute kommen werden“.[43]

Bis zu einem gewissen Grade bestand diesbezüglich sogar ein entspannungspolitischer Konsens mit Brežnev, der in seiner Tischrede am 28. Oktober 1974 ausführte, dass die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem kommerziellen Vorteil allein nicht erschöpft werde:[44]

> „Je umfangreicher und gedeihlicher die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird, um so größer wird das gegenseitige Vertrauen, um so fester und vielseitiger werden die politischen Kontakte, um so leichter wird es dann fallen, eine gemeinsame Sprache auch in den internationalen Fragen zu finden.“ Schmidt stimmte dieser Ansicht zu – aber unter Hinzufügung einer wichtigen Einschränkung, dass nämlich „Fortschritte nur möglich sind, wenn sie parallel auf allen Gebieten voranschreiten“.[45]

Eine Parallelität war Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre weniger denn je möglich (s. unten). Als illusionär erwies sich zudem die Hoffnung, die deutscherseits gelegentlich mit der wirtschaftlichen Interessenverflechtung verbunden war, nämlich die Sow-

[39] Gespräch Brandt – Brežnev, 18. Mai 1973, in: AAPD 1973, II, Dok. 145, S. 710–723, hier S. 717f.
[40] EA 1973, S. D 329f.
[41] EA 1974, S. D 596ff.
[42] Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/2143, S. 3f.
[43] Regierungserklärung vom 6. November 1974, in: EA 1974, S. D 605.
[44] EA 1974, S. D 593.
[45] Ebd., S. D 595.

jetunion „in einen Prozess der wirtschaftlichen Interpenetration“ zu führen.[46] Dagegen wusste sich die sowjetische Führung zu wehren.[47] Aber immerhin wurde die Bundesrepublik Deutschland der bedeutendste westliche Handels- und Wirtschaftskooperationspartner der Sowjetunion. Die gegenseitigen Wirtschaftsinteressen waren das „stabile Fundament der deutsch-sowjetischen Beziehungen“[48]. In der Détente-Krise zahlte sich auch die multilaterale Einbettung des deutschen Wirtschaftsengagements in europäische Konsortialprojekte aus: Ein großes westeuropäisch-sowjetisches Erdgas/Röhren-Abkommen konnte 1981 trotz der verschärften Embargo-Politik der USA abgeschlossen und (anders als das deutsch-sowjetische Abkommen von 1963) auch tatsächlich ausgeführt werden. Gemeinsam konnten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien dem amerikanischen Druck, das Abkommen zu annullieren, widerstehen.[49] Schadensbegrenzung durch Wirtschaftskooperation im westeuropäischen Verbund!

Es zeigte sich jedoch: Die „materielle Fundierung“ der Entspannungspolitik, zu der sich auch die sowjetische Seite bekannte, war für die Ausgestaltung des deutsch-sowjetischen Modus vivendi wichtig, aber allein nicht ausreichend, um die Détente in Europa zu retten.

4. Gleichgewicht durch Rüstungskontrolle?

Die machtpolitische Asymmetrie und der systemische Antagonismus machten die Sicherheitspolitik zum Hauptproblem der deutsch-sowjetischen Beziehungen – sowohl in der Détentephase der siebziger Jahre als auch danach. Die zentrale Frage lautete, ob es möglich sein werde, angesichts der Veränderungen im internationalen System ein Gleichgewicht in Europa auf niedrigem Rüstungsniveau herzustellen. Die USA und die Sowjetunion verhandelten seit 1969, schlossen 1972 ein erstes Rüstungskontrollabkommen zur Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen ab (SALT I) und steuerten ein SALT-II-Abkommen an, das allerdings erst 1979 zustande kam. Bei diesen „Strategic Arms Limitation Talks“ blieben die eurostrategischen nuklearen Waffensysteme beider Seiten definitionsgemäß unberücksichtigt. In Europa beschränkte sich die KSZE auf die sogenannten vertrauensbildenden Maßnahmen (Manöverankündigungen und -beobachtungen). Die „harten“ sicherheitspolitischen Fragen der beiderseitigen ausgewogenen Truppenreduzierungen wurden der separaten MBFR-Konferenz zugewiesen, die seit 1973 in Wien tagte, um zwischen den beiden Allianzen NATO und Warschauer Pakt ein europäisches Rüstungskontrollregime zu entwickeln. Aber auch bei MBFR waren ja die nuklearen Waffensysteme mittlerer Reichweite, die eurostrategischen Systeme der Sowjetunion und der USA, von vornherein ausgeklammert. In dem Maße, wie die Sowjetunion bei den interkontinentalen Nuklearsystemen die Parität mit den USA erreichte, würde ihr traditionelles Übergewicht im konventionellen Bereich in Europa einen neuen Stellenwert

[46] So Staatssekretär Frank in der Unterredung mit dem französischen Außenminister Schumann am 5. Oktober 1970; Aufzeichnung von van Well, 7. Oktober 1970, in: AAPD 1970, III, S. 1690–1697, hier S. 1692.

[47] Vgl. *Gottfried Niedhart*, Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967–1974, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 233–266, hier S. 265.

[48] *Hans-Dietrich Genscher*, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 245.

[49] Vgl. *Link*, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt, S. 343f.

gewinnen. Mitte der siebziger Jahre begann die Sowjetunion zudem, ein hochmodernes neues Waffensystem zu dislozieren, die Mittelstreckenrakete SS 20 (mit einer Reichweite von ca. 5500 km, montiert auf mehrfach verwendbaren mobilen Abschussrampen, ausgestattet mit drei Nuklearsprengköpfen, die unabhängig voneinander in verschiedene Ziele gelenkt werden konnten). Eine höchst gefährliche Situation zeichnete sich ab: Über kurz oder lang würde die Sowjetunion die Möglichkeit erhalten, die interkontinentalstrategische Stabilität durch ihre Mittelstreckenüberlegenheit zu unterlaufen.

Der militärische Schatten der UdSSR und des Warschauer Paktes, der auf Westeuropa, insbesondere auf den höchst gefährdeten Grenzstaat Bundesrepublik Deutschland fiel, wurde umso bedrohlicher, je ungewisser die Zukunft des SALT-Prozesses war und je länger sich die MBFR-Verhandlungen ergebnislos hinzogen. An den Wiener Verhandlungen war die Bundesrepublik Deutschland als aktives, starkes Mitglied der NATO direkt beteiligt. Auf die Supermächte-Verhandlungen konnte sie nur über das westliche Bündnis und über ihre direkten Beziehungen zu den USA einerseits und zu der Sowjetunion andererseits einwirken bzw. einzuwirken versuchen; dort als Allianzpartner, hier als Allianzgegner. Für die sowjetische Regierung war die Bundesrepublik aufgrund ihres Einflusses im westlichen Bündnis ein wertvoller Gesprächspartner, und für die Bundesregierung war die Sowjetunion eminent wichtig, weil sie die imperiale Führungsmacht der östlichen Allianz bei MBFR und der Verhandlungspartner der USA bei SALT war.

Die deutsche Grundüberzeugung, dass das militärische Gleichgewicht für die Entspannungspolitik in Europa die entscheidende Voraussetzung sei, war schon von Bundeskanzler Brandt bei seinen rüstungskontrollpolitischen Anregungen in Oreanda (1971) gegenüber Generalsekretär Brežnev deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Bundeskanzler Schmidt, der Gleichgewichtspolitiker par excellence, akzentuierte sie in seinen ersten offiziellen Gesprächen mit der sowjetischen Führung im September bzw. Oktober 1974 und bei allen Folgetreffen in noch stärkerem Maße. Dem sowjetischen Außenminister Gromyko erklärte er:[50]

> „Bei MBFR habe er ein persönliches Engagement. Er bilde sich ein, einer der Erfinder des Prinzips zu sein, das heute MBFR genannt werde. Er habe 1959 ein sorgfältig erarbeitetes Buch veröffentlicht mit dem zentralen Thema beiderseitiger gleichgewichtiger Rüstungsbegrenzungen. Er habe jede Gelegenheit benutzt und werde dies weiterhin tun, das Prinzip zu fördern. Er sei sich klar, dass die Verhandlungen komplizierter und schwieriger sein würden als bei der KSZE, dass mehr Zeit erforderlich sei und auch hier keine Artillerieattacke geritten werden könne. Aber das Thema besitze eine zentrale Bedeutung im Bewusstsein der Völker, die in diesem Gebiet leben."

Die Vorschläge für eine Reduzierungsvereinbarung, die die Regierung Schmidt/Genscher im Laufe der Zeit in die westlichen Verhandlungskonzepte einbrachte und sowohl in Wien als auch in den zahlreichen Gesprächen mit den östlichen Staats- und Regierungschefs nachdrücklich vertrat, enthielten im Kern zwei „ unverzichtbare Forderungen"[51]:

Herstellung einer „echten Parität" und bündnispolitische „Kollektivität". Das heißt, die in Mitteleuropa bestehenden Ungleichgewichte dürften in Wien nicht verfestigt und

[50] Gespräch Schmidt–Gromyko, 16. September 1974, in: AAPD 1974, II, Dok. 269, S. 1187–1195, hier S. 1190.

[51] Siehe *Reinhard Mutz*, Konventionelle Abrüstung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und MBFR, Baden-Baden 1984.

die Bundeswehr dürfte keinem Sonderstatus unterworfen werden. Ferner sollte der sogenannte Reduzierungsraum auch die westlichen Teile der UdSSR umfassen.

Der Grunddissens bestand darin, dass die östliche Seite die Existenz eines Ungleichgewichts bei den Truppen, Panzern und Flugzeugen in Europa bestritt und folglich nur symmetrische Reduzierungen akzeptieren wollte, während die westliche Seite, auch und vor allem die Bundesrepublik Deutschland, asymmetrische Reduzierungen verlangte, weil nur so erst das Gleichgewicht und eine „echte Parität“ herzustellen seien. Bei dem Bonner deutsch-sowjetischen Gipfel im Mai 1978 wurde dieser Dissens offen ausgetragen. Schmidt äußerte eindringlich seine „Sorgen“ wegen der sowjetischen „zahlenmäßigen Überlegenheit bei Panzern und Flugzeugen in Europa“ und vor allem wegen der neuen sowjetischen Mittelstreckenwaffen. Brežnev bestritt diese Überlegenheit und behauptete: „Wir befinden uns doch in Europa tatsächlich in einer ungefähren Gleichheit der Sicherheit.“[52] Von allen anderen Schwierigkeiten abgesehen, schloss also schon der Dissens in der Datenfrage eine Einigung in Wien aus. Ein Abkommen über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) kam erst zustande, als der Ost-West-Konflikt zu Ende ging.[53] Dass der „Schlüssel zur Sicherheit Europas im Gleichgewicht nicht nur mit den sowjetischen Truppen, sondern auch mit deren *Raketen* [Hervorhebung, W. L.]“ liege, hatte Bundeskanzler Schmidt bereits in seinem ersten Gespräch mit Generalsekretär Brežnev am 29. Oktober 1974 in Moskau zu bedenken gegeben.[54] Verhandeln konnten über die sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenwaffen selbstverständlich aber nur die beiden Supermächte, nicht die Bundesrepublik Deutschland. Ihr primärer Ansprechpartner waren der allianzpolitischen Logik gemäß zunächst und vor allem die USA. Im Unterschied zu Präsident Ford hatten sein Amtsnachfolger Carter und dessen Sicherheitsberater Brzezinski „keinerlei Verständnis“ für des Kanzlers Sorgen wegen der politischen Bedrohungen, denen sich die Bundesrepublik Deutschland durch die SS 20 künftig ausgesetzt sehen könnte, und sie waren deshalb nicht gewillt, diese Waffensysteme in die laufenden SALT-II-Verhandlungen einzubeziehen.[55] Daher ging der Kanzler in seiner berühmten Londoner Rede am 28. Oktober 1977 mit dieser Forderung an die Öffentlichkeit.[56]

Was den sowjetischen Adressaten der deutschen Besorgnis über die SS 20 anbelangt, so war dort – wie bereits erwähnt – das Verständnis aus naheliegenden Gründen noch geringer als bei dem amerikanischen Allianzpartner. Bei dem o. g. Gespräch am 5. Mai 1978 wischte Brežnev die Militärkarte, die eher Schmidts Argumentation zu belegen schien, verärgert vom Tisch. Er wollte in der gemeinsamen Erklärung ausdrücklich festgeschrieben haben, dass annäherungsweise Gleichheit und Sicherheit in Europa bestünden und nicht erst durch Rüstungskontrollvereinbarungen herbeigeführt werden müssten.[57] Die Kompromissformel lautete:

52 Zit. nach *Helmut Schmidt*, Menschen und Mächte, Berlin 1987, S. 91f.

53 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, 19. November 1990, in: EA 1990, S. D 607–D 654.

54 Gespräch Schmidt–Brežnev in Moskau, 29. Oktober 1974, in: AAPD 1974, II, Dok. 314, S. 1371–1378, hier S. 1377.

55 *Schmidt*, Menschen und Mächte, S. 225f. und S. 230f.

56 Ebd., S. 230.

57 Ebd., S. 91–94.

„Beide Seiten betrachten es als wichtig, dass niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, dass annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen. Ihrer Meinung nach würden angemessene Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung im nuklearen und konventionellen Bereich, die diesem Grundsatz entsprechen, von großer Bedeutung sein."[58]

Mit dieser Formel war ein grundsätzlicher Bezugspunkt gewonnen, aber keine Übereinstimmung bei der Definition des Gleichgewichts. Dass die Sowjetunion – wie jede Großmacht – nach Möglichkeit sehr wohl militärische Überlegenheit anstrebte, wurde mit der zügigen Dislozierung der SS 20 offenkundig und verlangte eine Antwort der westlichen Allianz, um dies zu verhindern.

Die westliche Antwort wurde von den Staats- und Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland bei ihrem informellen Treffen auf der Antilleninsel Guadeloupe (5. und 6. Januar 1979)[59] im Grundsatz und dann am 12. Dezember 1979 von der NATO im Detail förmlich beschlossen.[60] Dieser „Doppelbeschluss" verfolgte „die zwei parallelen und sich ergänzenden Ansätze" der Nachrüstung (Stationierung von 108 neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen Pershing II und 464 Marschflugkörpern) und der Rüstungskontrolle. Die Verhandlungen sollten unverzüglich beginnen; die neuen Waffensysteme, die jetzt „Intermediate Nuclear Forces" (INF) genannt wurden, würden erst in ungefähr drei Jahren verfügbar sein. Der tatsächliche Bedarf sollte im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werden. Da der SALT-II-Vertrag am 18. Juni 1979 endlich abgeschlossen worden war,[61] schien der Weg für die Einbeziehung der eurostrategischen Waffensysteme in die SALT-III-Verhandlungen vorgezeichnet zu sein. Und ein positives Verhandlungsergebnis würde die Nachrüstung erübrigen bzw. in ihrem Umfang verringern. Aus diesem Kalkül resultierte die Hoffnung der westlichen Allianzstaaten, dass die Sowjetunion ebenfalls an erfolgreichen Verhandlungen interessiert sein werde.

Aus den Memoiren und aus der Sekundärliteratur geht hervor, dass Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher eine sehr aktive Rolle beim Zustandekommen dieses Doppelbeschlusses spielten. Er war – wie der Kanzler später treffend formulierte[62] – exemplarisch für die „Gesamtphilosophie" der von ihm geführten Regierung,

„auf der einen Seite nämlich der feste Wille, sich militärisch verteidigungsfähig zu halten und nicht ins Hintertreffen zu geraten, aber [...] auf der anderen Seite, gestützt auf das auf diese Weise gewahrte militärische Gleichgewicht, der ebenso ernste Wille zur Kooperation mit der Sowjetunion".

Außenminister Genscher pflegte dies „realistische Entspannungspolitik" zu nennen.[63] Schmidt hatte Brežnev unmittelbar nach dem Guadeloupe-Treffen über die Grundsatzentscheidung informiert. Und in den folgenden Monaten hatten der Kanzler und der Außenminister mehrfach (am 20. Juni bei seinem Zwischenstopp in Moskau und

[58] Gemeinsame deutsch-sowjetische Deklaration vom 6. Mai 1978, in: EA 1978, S. D 513–D 515, hier S. D 514.
[59] Vgl. *Schmidt*, Menschen und Mächte, S. 231ff.
[60] Vgl. *Helga Haftendorn*, Das doppelte Missverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 244–287.
[61] Siehe *Strobe Talbott*, Endgame. The Inside Story of SALT II, New York u. a. 1979.
[62] Der Spiegel vom 23. Februar 1981, S. 27.
[63] *Genscher*, Erinnerungen, passim (z. B. S. 415f.).

beim Gromyko-Besuch in Bonn am 22. und 23. November)[64] der sowjetischen Führung versichert, dass sie alles tun würden, die Verhandlungen zu fördern, aber im Falle ihres Scheiterns fest entschlossen seien, die neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen auch in Deutschland tatsächlich zu stationieren. Die Sowjetunion ließ sich nicht beeindrucken. Knapp zwei Wochen nach dem NATO-Doppelbeschluss – am 26./27. Dezember 1979 – marschierte die Rote Armee in Afghanistan ein, um ein pro-sowjetisches Regime zu etablieren und zu stützen – in einem Land, das der Blockfreien Bewegung angehörte. Damit wurde aus der Krise der Détente deren Ende; auf die „era of negotiations" folgte eine neue Supermächte-Konfrontation, ein neuer Kalter Krieg. Es war in Anbetracht dessen unwahrscheinlich, dass die Machtverschiebungen zugunsten der Sowjetunion im eurostrategischen und im interkontinentalen Bereich durch Rüstungskontrolle in Richtung auf ein ungefähres Gleichgewicht korrigiert werden konnten, zumal die Sowjetunion Verhandlungen ablehnte, solange der NATO-Doppelbeschluss nicht rückgängig gemacht und SALT II nicht ratifiziert war.

Die amerikanische Regierung antwortete auf die Afghanistan-Intervention mit einer Sanktionspolitik unterhalb der militärischen Ebene und verlangte von den Verbündeten entsprechende Maßnahmen (Handelsmaßnahmen und Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau).[65] Der Dissens darüber und über die generelle Frage, ob eine Fortsetzung des Ost-West-Dialogs möglich sei, war in den westeuropäischen Gesellschaften, insbesondere in der Bundesrepublik, gravierend. Die „Friedensbewegung" formierte sich, unterstützt von einer wachsenden Zahl Sozialdemokraten – mit verständnisvoller Begleitung des Ex-Kanzlers und Parteivorsitzenden Brandt. Dadurch wurde die Bundesrepublik Deutschland zum Hauptadressaten der sowjetischen Kampagne, die Nachrüstung zu verhindern, ohne auf die SS 20 verzichten zu müssen.

Die Regierung Schmidt/Genscher konnte es sich im Interesse der Sicherheit des Landes nicht leisten, in einen offenen Gegensatz zur amerikanischen Politik zu geraten; und sie konnte auch aufgrund ihrer eigenen „Gesamtphilosophie" weder den Nachrüstungsbeschluss noch die mit ihm verknüpften Rüstungskontrollverhandlungen aufgeben. Die Marschroute lautete,

> „in Solidarität mit den Vereinigten Staaten und in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern, insbesondere mit Frankreich, zu prüfen und zu handeln. Gleichzeitig [...] im deutschen Interesse die Kooperation mit der Sowjetunion und den östlichen Nachbarn ruhig und konsequent weiterzuverfolgen."[66]

Angesichts der geographischen und geopolitischen Lage der Bundesrepublik und der Verantwortung für das ganze deutsche Volk könne die Bundesregierung „nicht Speerspitze" bei der neuen Konfrontation sein.[67] Nachdem der Kanzler bei seinem Washington-Besuch am 5. März 1980 – nach sehr kontroversen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten[68] – erreicht hatte, dass im gemeinsamen Kommuniqué das Verhandlungsan-

[64] *Schmidt*, Menschen und Mächte, S. 100f. und S. 102–105.

[65] Im Unterschied zu anderen großen westeuropäischen Staaten folgte die Bundesrepublik dem amerikanischen Boykott-Aufruf.

[66] Schmidt in der Sitzung des SPD-Parteivorstandes, 28. Januar 1980.

[67] Rede Schmidts vor der Foreign Policy Association in New York am 6. Mai 1980, in: EA 1980, S. D 244.

[68] *Schmidt*, Menschen und Mächte, S. 249f.

gebot über die eurostrategischen Waffen als weiterhin gültig bekräftigt wurde, konzentrierte sich sein Hauptinteresse darauf, die Sowjetunion von ihrem Nein abzubringen.

Diesem Zweck sollte eine (seit längerem als Gegenbesuch geplante) Moskau-Reise Schmidts und Genschers dienen, die – so kurz nach der sowjetischen Afghanistan-Intervention – höchst umstritten war. Sie lief der amerikanischen Sanktions- und Isolierungspolitik zuwider. Präsident Carter wollte vor allem verhindern, dass der deutsche Bundeskanzler in der Frage der Mittelstreckenwaffen Kompromissformeln (wie Moratorien bei der Produktion bzw. Dislozierung) ins Gespräch brachte. Der US-Präsident setzte Schmidt mit einem (der Presse zugespielten) kritischen Brief vom 12. Juni unter Druck. Und als sich der Kanzler gegen Carters Unterstellungen verwahrte, eskalierte die deutsch-amerikanische Kontroverse bei dem bilateralen Treffen am Vorabend (21. Juni) des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig – ein in der bisherigen Geschichte der amerikanisch-bundesdeutschen Beziehungen einmaliger Eklat (der hier nicht näher zu beschreiben ist).[69] Immerhin verständigte man sich am Schluss des erregten Disputs in beiderseitigen Bemühungen um ein versöhnliches Ergebnis darauf, dass Schmidt seinen Moskau-Besuch – strikt am Doppelbeschluss festhaltend – als eine Art Erkundungsmission durchführen werde; das hieß, dass er erkunden werde, ob die sowjetische Führung vor der Ratifizierung von SALT II (die wegen Afghanistan im US-Senat abgesetzt worden war) zu Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen bereit war. Auf dieser Basis erhielt Schmidt auch die Rückendeckung der anderen Mitglieder der Gruppe der Sieben.

Die sowjetische Führung hatte offenkundig ein großes Interesse an Schmidts Besuch. Am 19. Juni erhielt der Bundeskanzler über einen Mittelsmann insgeheim den Hinweis, dass er bei seiner Reise Erfolg haben werde.[70] Bei den ausführlichen Gesprächen am 30. Juni und 1. Juli mit der politischen und – erstmals – auch mit der militärischen Führung[71] prallten jedoch die Auffassungen sowohl in der Afghanistan-Frage als auch bei der Problematik der eurostrategischen Waffen hart aufeinander. Die sowjetische Führung zeigte keinerlei Neigung, die deutschen Vorschläge zur Überwindung der Afghanistan-Krise ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Hingegen konnten Schmidt und Genscher sie dazu bewegen, entgegen anfänglicher Ablehnung schließlich doch amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eurostrategische Nuklearwaffen zuzustimmen. Der Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses schien mithin realisierbar zu sein, ohne dass freilich über den Verhandlungserfolg große Hoffnungen angebracht waren. Denn in der Sache hatten Schmidt und Genscher weder Brežnev und Gromyko noch Verteidigungsminister Ustinov und Generalstabschef Orgakov umstimmen können; d. h. trotz aller statistischer und kartografischer Hinweise des Kanzlers verharrten sie auf der alten Position, dass bereits ein ungefähres Gleichgewicht bestehe und durch die Modernisierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht beeinträchtigt werde. Der sowjetischen Führung war allerdings völlig klar, dass die neuen SS 20 die sicherheitspolitische Lage vor allem der Bundesrepublik Deutschland gravierend veränderte. Als Schmidt darauf hinwies, dass die SS 20 im Unterschied zu den alten Raketen sogar jenseits des Urals die deutschen Städte erreichen könnten, dass sie „gar nicht die USA, vielmehr Deutschland“ bedrohten,

[69] Ausführlich zu diesem Gespräch ebd., S. 255–262.

[70] *Von der Gablentz*, Vermerk vom 23. Juni 1980, in: Akten der SPD-Fraktion.

[71] *Schmidt*, Menschen und Mächte, S. 108–125.

antwortete Ustinov lapidar: „Das ist richtig." Die sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland hatte sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Ob sich dies unter den Bedingungen der Supermächte-Konfrontation durch Rüstungskontrollverhandlungen korrigieren ließ, war mehr als fraglich. Die sozialliberale Regierung sah ihren Wahlsieg am 5. Oktober 1980 (trotz zunehmender Zahl kritischer SPD-Abgeordneter) als innenpolitische Bestätigung ihrer „realistischen Entspannungspolitik" an. Die internationale Bestätigung hing von den INF-Verhandlungen ab. Die Ouvertüre erfolgte in Genf am 17. Oktober. Nach dem Wahlsieg Reagans am 4. November trat eine einjährige „Denkpause" ein.[72] Es war unübersehbar, dass sich die USA in einer konfrontationsbereiten Aufbruchstimmung befanden und der Rückgewinnung militärischer Stärke – wenn nicht sogar (wie es im Wahlprogramm der Republikaner geheißen hatte) einer Überlegenheit – Priorität vor Verhandlungen mit der Sowjetunion einräumten. Erst am 30. November 1981 wurden die Genfer Verhandlungen wiedereröffnet bzw. regelrecht begonnen. Für die deutsch-sowjetischen Beziehungen war es in der Zwischenzeit bezeichnend, dass die Sowjetunion auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen den Versuch unternahm, die deutsche Politik für ihre Verhandlungsposition zu gewinnen und von der gemeinsamen NATO-Linie des Doppelbeschlusses zu Lasten des Nachrüstungsteils abzubringen.

Der eigentliche Adressat war die deutsche Öffentlichkeit, waren speziell die SPD und die „Friedensbewegung" (die übrigens auf indirektem Wege finanziell von Moskau unterstützt wurde). Auch der Geheimkanal wurde reaktiviert. Brandt und Bahr wurden nach Moskau eingeladen; sie reisten nacheinander im Juni 1981 und brachten ein Moratoriumsangebot Brežnevs mit, das für den Zeitraum der Verhandlungen den beiderseitigen Verzicht auf die Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen vorsah (ohne dass – wie bei Brežnevs Vorschlag vom Februar – zugleich die Vorbereitungen für die Produktion und Stationierung dieser Waffensysteme untersagt sein würden). Da die SS 20 inzwischen in großer Zahl bereits stationiert waren, wäre auf diese Weise das bestehende Ungleichgewicht – wenn auch nur für die (unbestimmte) Zeit der Verhandlungen – akzeptiert worden. Deshalb war dieser Vorschlag für die Regierung Schmidt/Genscher nicht akzeptabel, erst recht nicht für Präsident Reagan. Er fand aber in beiden Regierungsparteien, insbesondere bei der SPD, eine positive Resonanz. Brežnevs Moratoriumsvorschlag war vor allem Wasser auf die Mühlen der „Friedensbewegung", die am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten eine beeindruckende Großdemonstration gegen die Nachrüstung durchführte, mit dem SPD-Vorstandsmitglied Eppler als einem der Hauptredner.[73] Einen Monat später – vom 22. bis 24. November – besuchte Brežnev erneut Bonn, und er bot nunmehr ergänzend an, im Falle eines beiderseitigen Stationierungsmoratoriums während der Verhandlungen als „Geste guten Willens" eine gewisse Anzahl der SS 20 aus dem europäischen Teil der Sowjetunion abzuziehen.[74]

Wiederum war die Reaktion in großen Teilen der SPD, auch bei Brandt und Fraktionschef Wehner, positiv, während Schmidt (wie einst im Gespräch mit Ustinov) darauf

[72] Siehe dazu *Strobe Talbott*, Raketenschach, München/Zürich 1984.

[73] Dazu und zum Folgenden siehe *Frank Fischer*, „Im deutschen Interesse". Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001, S. 111ff.

[74] Zit. nach EA 1982, S. D7.

verwies, dass die SS 20 auch bei einer Stationierung östlich des Urals Deutschland und andere westeuropäische Länder erreichen könnten.[75] Die Bundesregierung widerstand sowohl dem innerparteilichen und gesellschaftlichen Druck als auch der Taktik Brežnevs. Der Kanzler scheute nicht davor zurück, seinen sowjetischen Gast mit dem „im Westen“ entstandenen Eindruck zu konfrontieren, „die sowjetische Führung setze eher auf die Friedensbewegung als auf ihre eigenen Verhandlungen“. Und er versicherte ihm, im Falle des Scheiterns der Verhandlungen werde er für das Zustandekommen der westlichen Nachrüstung notfalls die Existenz seiner Regierung riskieren, und jede denkbare Bundesregierung werde dann ebenfalls der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen zustimmen.[76] So geschah es bekanntlich! Das Gleichgewicht in Europa wurde durch die Nachrüstung, nicht durch Rüstungskontrollverhandlungen hergestellt, und erst dann konnte die sogenannte Null-Lösung, die die Regierung Schmidt/Genscher im September 1981 lanciert und die sich Präsident Reagan im folgenden Monat zu Eigen gemacht hatte, unter den Bedingungen der neuen, umfassenden Supermächte-Détente vereinbart werden (s. das folgende Kapitel).

5. Zwischenresümee

Wenn man die beschriebene Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den siebziger Jahren und zu Beginn des folgenden Jahrzehnts zusammenfasst und durch einige weitere Hinweise ergänzt, gelangt man zu folgendem Ergebnis:

1) Die bilaterale und multilaterale Ausgestaltung des (durch den Moskauer Vertrag fixierten) Modus vivendi war in den einzelnen Politikbereichen nur partiell erfolgreich – fast gar nicht im sicherheitspolitischen Bereich, kaum beim Kulturaustausch, aber weitgehend bei der Wirtschaftskooperation, die auch in der Détente-Krise Bestand hatte. „Teilzufriedenheit“[77] war das treffende Codewort! Gesamtpolitisch waren (von 1976/1977 abgesehen) die jährlichen Spitzenbegegnungen und seit 1974 die jährlichen Außenminister-Konsultationen Merkmale einer ungewöhnlich dichten deutsch-sowjetischen Kommunikation. Aber am Ende dieser Ära stellte Außenminister Gromyko bezüglich der entscheidenden Gleichgewichts- und Rüstungskontrollfrage fest: „Wir und die Bundesrepublik sprechen hier keine gemeinsame Sprache.“[78]
2) Der deutsch-sowjetische Bilateralismus hatte – abgestützt durch den KSZE-Multilateralismus – positive Auswirkungen auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den mittleren und kleineren Staaten Mittel- und Osteuropas, solange die Détente anhielt. Dadurch wurden die Bedingungen für einen evolutionären Wandel im sowjetisch beherrschten Teil Europas verbessert. Als die Sowjetunion 1981/82 in Polen mit der militärischen Intervention drohte, zeigte sich die Kehrseite einer Politik, die sich an dem Interesse ausrichtete, die Kooperation mit der Sowjetunion fortzusetzen.

[75] Ausführungen Schmidts in der SPD-Fraktion, 1. Dezember 1981.
[76] *Schmidt*, Menschen und Mächte, S. 126.
[77] Bei dem deutsch-sowjetischen Regierungsgespräch in Helsinki am 31. Juli 1975 hatte Schmidt – nach heftigen Kontroversen – vermittelnd festgestellt: „Zufrieden sei weder die sowjetische noch unsere Seite. Aber man müsse Brücken bauen, um zur Teilzufriedenheit zu gelangen.“ AAPD 1975, II, Dok. 234, S. 1108.
[78] Gromyko im Gespräch mit Genscher in Bonn am 24. November 1979, zit. nach *Genscher*, Erinnerungen, S. 416.

Die Regierung Schmidt/Genscher sah sich zur Zurückhaltung bei der Unterstützung der polnischen Oppositionsbewegung (Solidarność) und der westlichen Sanktionspolitik veranlasst.

3) Die interessen- und wertepolitischen Gegensätze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion blieben trotz der Kooperationspolitik während der gesamten Schmidt-Brežnev-Ära wirksam. Sie traten in der Deutschland- und Berlinpolitik und in den sicherheitspolitischen Fragen von Gleichgewicht und Rüstungskontrolle in Europa am deutlichsten zutage.
Der *deutschlandpolitische Gegensatz* schwächte sich in der operativen Politik der Bundesregierung insofern ab, als der deutsche Wiedervereinigungsrevisionismus (der ja mit dem Moskauer Vertrag und der KSZE-Schlussakte explizit vereinbart war) von einem sozialdemokratischen Revisionismus neuer Art – gewissermaßen von einem Revisionismus des Wiedervereinigungsrevisionismus – überdeckt wurde; d.h. das Ziel der Wiedervereinigung war nicht mehr handlungsbestimmend und rückte in weite Ferne: Der Weg war alles[79]. Mit anderen Worten: Verzicht auf „staatliche Strategien im Dienste säkulärer Zielsetzung“ und „Flexibilität, gleichsam zum methodischen Prinzip erhoben“[80].
Dadurch wurde der deutschlandpolitische Gegensatz in den deutsch-sowjetischen Beziehungen „entspannt“, freilich nicht aufgehoben. Und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR schwankten in Abhängigkeit von dem jeweiligen Stand der bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen.
Der *sicherheitspolitische Gegensatz* sollte – nach Auffassung der Bundesregierung – durch Rüstungskontrolle gemildert werden. Und da sich die sowjetische Führung auf MBFR-Verhandlungen einließ, herrschte diesbezüglich eine eindeutige Kontinuität zwischen den Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher. Die Differenzen innerhalb der sozialdemokratischen Führung während der Schmidt-Ära resultierten daraus, dass sich der Parteivorsitzende und Ex-Kanzler sowie in noch stärkerem Maße der Architekt der Neuen Ostpolitik an dem ursprünglichen Stufenplan orientierten; d.h. Brandt und Bahr sahen – nach den Ostverträgen – die Herstellung eines Rüstungskontrollregimes als notwendige Zwischenstufe an, um das eigentliche Ziel ihrer Ostpolitik zu erreichen – ein neues gesamteuropäisches bzw. mitteleuropäisches Sicherheitssystem. In dieser Perspektive wird ihre vehemente Opposition gegen jedwede Nachrüstung in ihrer ganzen Tragweite und inneren Motivation erklärbar. Für den Anti-Visionär Schmidt war hingegen die rüstungskontrollpolitische Stabilisierung des militärischen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau das Ziel, nicht eine Veränderung der allianzpolitischen Sicherheitsstruktur im Sinne eines neuen (von den beiden Supermächten garantierten) europäischen Sicherheitssystems.
Die Weltmacht Sowjetunion wollte über die Stabilisierung des europäischen Status quo die Entstehung eines für sie günstigen europäischen Subsystems („kollektive Sicher-

[79] Analog zum Revisionismusstreit (Verhältnis zwischen Weg und Ziel des Sozialismus) in der SPD vor dem Ersten Weltkrieg. Für die Revisionisten, die zur praktischen Arbeit im bestehenden System bereit waren, galt das Motto „Der Weg ist alles“.

[80] So Egon Franke (Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen) in seiner Rede „Deutschland- und Ostpolitik der 80er Jahre“, 12. Dezember 1980, zit. nach den Pressemitteilungen des Ministeriums vom gleichen Tag.

heit") *à la Russe* fördern – vermittelt über eine weitere Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zu ihren Gunsten, legitimiert durch Rüstungskontrollvereinbarungen bei MBFR und SALT. In diesem politischen Konzept der sowjetischen Führung spielte die Absicht, die „Unabhängigkeit der Politik der BRD" zu stimulieren, eine zentrale Rolle. Diese Intention zog sich – ungeachtet gegenteiliger Bekundungen – wie ein roter Faden durch die Politik Moskaus gegenüber Brandt 1970/71 bis zu den Diskussionen mit Schmidt und Genscher über die Mittelstreckenwaffen 1980/81. Die diesbezüglichen Hoffnungen der sowjetischen Führung wurden von der Bundesregierung enttäuscht; und Schmidt sah sich seinerseits angesichts des Ausmaßes der SS-20-Rüstung von Brežnev getäuscht.[81]

4) Schmidts grundsätzliche Einsicht „Entspannungspolitik ohne Gleichgewicht ist Unterwerfung!"[82] immunisierte die offizielle deutsche SU-Politik gegen die pazifistische Versuchung, „um des Friedens willen" und zur Rettung der Entspannung in Europa die sowjetische konventionelle und eurostrategische Überlegenheit zu akzeptieren und als „ungefähres Gleichgewicht" vertraglich festzuschreiben. Zugleich war aber dem Kanzler bewusst, dass die Bundesrepublik weiterhin auf einen Modus vivendi mit den Russen angewiesen war.[83] Der Modus vivendi war unter den Bedingungen der Supermächte-Détente zustande gekommen; die neue Konfrontation zwischen den Supermächten gefährdete ihn. Deswegen hatte die Bundesrepublik ein vitales Interesse daran, dass trotz der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der sanktionspolitischen Reaktion der USA der Supermächte-Dialog fortgesetzt wurde. Bundeskanzler Schmidt drängte beide Seiten. Er sah sich dabei als „Dolmetscher"[84], wollte sich aber nicht aufs Übersetzen beschränken. Indes, die Sowjetunion und die USA brauchten keinen deutschen Dolmetscher und keinen Dialogstimulator. Im Juni/Juli 1980 benutzten der amerikanische Präsident und der sowjetische Generalsekretär den deutschen Bundeskanzler immerhin als „Briefträger"[85], als Übermittler von Botschaften. Das Ergebnis der direkten deutsch-sowjetischen Beratungen über Gleichgewicht und Rüstungskontrolle erschöpften sich jedoch am Ende der Regierungszeit von Schmidt und Brežnev im Deklaratorischen.

Auf einen Nenner gebracht, lautet also das Zwischenresümee:
Die deutsch-sowjetischen Beziehungen konnten sich zur „Teilzufriedenheit" (Schmidt) entwickeln, solange die weltpolitische Großwetterlage von der Détente bestimmt wurde. Als sie sich abschwächte und dann von einem neuen Tief in den Ost-West-Beziehungen abgelöst wurde, stieß der Pragmatismus an seine machtpolitischen Grenzen – von den visionären Hoffnungen ganz zu schweigen.

[81] Schmidt in der Kabinettsitzung vom 8. Juli 1981, zit. nach: Der Spiegel vom 6. Juni 1983, S. 22.
[82] Schmidt in der Sitzung der SPD-Fraktion, 18. März 1980.
[83] *Schmidt*, Menschen und Mächte, S. 107.
[84] Schmidt in der Sitzung der SPD-Fraktion vom 26. April 1980 und im Deutschen Bundestag vom 3. Dezember 1981, zit. nach EA 1982, S. D 17.
[85] So Schmidt über seine Moskauer Mission, zit. nach: Die Welt vom 7. Juli 1980.

III. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den achtziger Jahren zwischen Supermächte-Konfrontation und umfassender Détente

1. Die Störperiode in den deutsch-sowjetischen Beziehungen

Die weltpolitische Richtungsänderung bei der Regulierung des Ost-West-Konflikts Ende der siebziger Jahre stellte die Weiterentwicklung des deutsch-sowjetischen Modus vivendi in Frage. In den Jahren 1982/83 offenbarte sich das beiderseitige Scheitern im sicherheitspolitischen Bereich: Die Sowjetunion war mit ihrer Politik, die Bundesrepublik Deutschland vom NATO-Doppelbeschluss abzubringen, gescheitert; und die Bundesrepublik war gescheitert mit ihrer Politik, durch Rüstungskontrollverhandlungen ein europäisches Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau als Grundlage für die Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa zu schaffen. Diese negativen Ergebnisse fielen zeitlich zusammen mit dem Ende der sozialliberalen Ära (1. Oktober 1982) und der Brežnev-Ära (10. November 1982). Aber aus dem Regierungs- und Führungswechsel ergab sich keine Änderung der entgegengesetzten Positionen. Die rüstungskontrollpolitischen Angebote des neuen Generalsekretärs Andropov lagen auf der bisherigen Linie und waren für den Westen – auch und gerade für den Frontstaat Bundesrepublik Deutschland – ebenso inakzeptabel wie diejenigen seines Amtsvorgängers. Die neue CDU/CSU-FDP-Bundesregierung hielt (so wie Bundeskanzler Schmidt dies Generalsekretär Brežnev vorausgesagt hatte – s. oben) an beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses fest – gegen den vehementen Widerstand der Friedensbewegung und der SPD, die in der Opposition endgültig den Kurs ihres früheren Kanzlers verließ. Gestützt auf das Ergebnis der vorgezogenen Bundestagswahlen vom 6. März 1983 wurde angesichts des ergebnislosen Verlaufs der Genfer Verhandlungen am 22. November 1983 der Stationierungsbeschluss von der CDU/CSU-FDP-Koalition gefasst. Er rettete die Handlungsfähigkeit der NATO. Im nachhinein, vier Jahre später, sollte er sich als wesentliche Voraussetzung für die Null-Lösung des INF-Vertrags erweisen.

Die unmittelbare Folge der Nachrüstung war jedoch der Beginn einer schwierigen „Störperiode“ (Genscher) in den deutsch-sowjetischen Beziehungen.[86] Aus sowjetischer Sicht erschien die Bundesrepublik Deutschland als der verlängerte militärische Arm der USA, deren konfrontative Politik von der öffentlichen Erörterung einer Sieg-Strategie begleitet war. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen gerieten daher durch die Nachrüstung unweigerlich voll ins Supermächte-Tief, das durch Präsident Reagans „Strategische Verteidigungs-Initiative“ (SDI) vom 23. März 1983 verstärkt wurde. Und die Bundesregierung entschloss sich, an technologischen Projekten dieses Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Defensivwaffen im Weltall mitzuwirken.

Der Schulterschluss mit den USA entsprach dem prioritären ersten Teil der außenpolitischen Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland, der Westbindung! Ihr zweiter Bestandteil, die Maxime der Ostverbindungen, war unter den Bedingungen der neuen Supermächte-Konfrontation nur schwer zu realisieren. „Schadensbegrenzung“ war der Imperativ der Regierung Kohl/Genscher – schon im Vorfeld des Scheiterns der Genfer Verhandlungen beim Moskauer Gipfel mit Andropov vom 4. bis 7. Juli 1983 und bei

[86] *Genscher*, Erinnerungen, S. 433.

dem Wiener Treffen Genschers mit Gromyko am 15./16. Oktober 1983, einen Monat vor der Abstimmung im Bundestag, sowie nach dem Abbruch der INF-Verhandlungen bei dem Moskau-Besuch Genschers vom 22. bis 24. Mai 1984.[87] Kohl und Genscher betonten das deutsche Interesse an der Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und an der Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme des sowjetisch-amerikanischen Dialogs sowie die Notwendigkeit, die multilateralen Verhandlungen auf der Ebene der KSZE, der Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) und der Wiener MBFR-Gespräche konstruktiv fortzuführen. Sie verwiesen auf ihre Initiativen in diesen Gremien[88] und beteuerten, dass sie am Moskauer Vertrag (einschließlich der Grenzaussagen), den Folgevereinbarungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unbedingt festhalten würden. Ihre Hoffnung auf die schadensbegrenzende Rolle der Wirtschaftskooperation resultierte aus der Tatsache, dass trotz des bevorstehenden Stationierungsbeschlusses die deutsch-sowjetische Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Moskau Mitte November 1983 – wie geplant – tagte und ihre Arbeit fortsetzte.[89]

Indes, außerhalb dieses ökonomischen Sektors war die sowjetische Reaktion negativ. Die militärischen Gegenmaßnahmen auf die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen bestanden u. a. aus der Vorverlegung sowjetischer taktisch-operativer Raketen nach Mitteleuropa (einschließlich der DDR), wodurch zwar nicht die qualitative, aber doch die quantitative Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland erhöht wurde. Politisch antwortete die Sowjetunion auf die Nachrüstungspolitik der Bundesrepublik mit einer großen propagandistischen Kampagne und mit einer Art Kontaktsperre, d. h. ihre mittel- und osteuropäischen Verbündeten wurden veranlasst, geplante Staatsbesuche abzusagen. Auch Honecker, der bemerkenswerterweise ebenfalls die Devise „Schadensbegrenzung“ ausgab, durfte nicht nach Bonn reisen.

Ein neuer sowjetisch-deutscher Gipfel kam erst recht nicht in Frage. Diese „Bestrafungspolitik“ war nicht nur ein Phänomen der innenpolitischen Übergangszeit von Brežnev über Andropov zu Černenko, sondern hielt an, als Gorbačev im März 1985 das Ruder in die Hand nahm. Der neue Generalsekretär erklärte Bundeskanzler Kohl beim informellen Treffen am Rande der Beerdigungsfeierlichkeiten für Černenko und in einem Brief vom 29. Oktober 1985, erst müsse die Bundesrepublik Deutschland die Stationierung der Pershing II einstellen und auf die Mitarbeit bei SDI verzichten, bevor an eine Verbesserung der Beziehungen zu denken sei.[90]

Dass zur gleichen Zeit in Genf die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen wieder aufgenommen wurden und schon im November 1985 das erste Gipfeltreffen zwischen Gorbačev und Reagan in Genf stattfand, zeigte: Die Supermächte wa-

[87] Siehe *Genscher*, Erinnerungen, S. 429f., und *Helmut Kohl*, Erinnerungen, 1982–1990, München 2005, S. 430f.

[88] Siehe *Ralf Roloff*, Auf dem Weg zur Neuordnung Europas. Die Regierungen Kohl/Genscher und die KSZE-Politik der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1992, Vierow 1995.

[89] Vgl. *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 509.

[90] Briefzitat bei *Fred Oldenburg*, Das Verhältnis Moskau – Bonn unter Gorbatschow, in: Osteuropa 36 (1986), S. 774–786, hier S. 783; vgl. *Rafael Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn 1997, S. 100.

ren auch ohne Bonner Stimulanzien zum Dialog bereit, und seit Mai 1986 intensivierte die Sowjetunion ihre Europa-Politik unter Umgehung der Bundesrepublik Deutschland bzw. ihrer Regierung. Der französische Präsident Mitterrand gewann bei seinem Staatsbesuch in Moskau im Juli 1986 den Eindruck (den Außenminister Genscher alsbald bestätigt fand), dass Gorbačev in diesen Jahren, als er versuchte, über die westeuropäischen Staaten die USA zu einer konstruktiven Verhandlungsposition zu bewegen, primär auf Frankreich setzte und gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ein ambivalentes Verhältnis hatte: Bewunderung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mischte sich mit der Sorge vor der Addition der deutschen Kapazitäten mit denen der USA.[91]

Am klarsten hat Gorbačev selbst seine anfängliche Deutschlandpolitik beschrieben, als er am 27. März 1986 anlässlich der Entsendung des neuen Botschafters Kvicinskij nach Bonn die Diskussion im Politbüro zusammenfasste:

„Sein Resümee lief im Kern darauf hinaus, dass sich unsere Linie gegenüber der Bundesrepublik – eine Zurückhaltung im politischen Dialog bei Weiterführung der Wirtschaftsbeziehungen – als richtig erwiesen habe.

Es sei gut, wenn man in Bonn spüre, dass die UdSSR für die Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung sei. Natürlich beschwere sich die Bundesregierung über unsere Reserviertheit. Aber das sei nicht von Nachteil. Überdies halte die sowjetische Zurückhaltung unsere Verbündeten davon ab, sich auf der Suche nach dem wirtschaftlichen Vorteil in die Arme der Bundesrepublik zu werfen. Und nicht zuletzt komme sie den westeuropäischen Konkurrenten der Bundesrepublik gelegen, insbesondere Frankreich und Italien. Man fordere ihn sehr nachdrücklich auf, nach dem XXVII. Parteitag nach Rom zu kommen, und gebe gleichsam zu verstehen, dass es gegenwärtig keinen Sinn habe, nach Bonn zu reisen.

Aus strategischer Sicht gesehen [...] könne es so aber nicht weitergehen. Die Bundesrepublik sei nun einmal der führende Staat Westeuropas auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet und von daher ein potenzieller Partner der Sowjetunion. Natürliche Prozesse könnten auf die Dauer nicht aufgehalten werden. Man müsse die Wende jedoch allmählich vollziehen. Begonnen werden müsse mit der Wirtschaft und den Beziehungen zu den Parteien. Damit werde ein Signal gesetzt. Vor den Bundestagswahlen sollten jedoch keine Besuche auf höchster Ebene unternommen werden.“[92]

Was die Wirtschaftsbeziehungen anbelangte, so hatte Gorbačev bereits wenige Wochen nach seinem Amtsantritt ein deutliches Signal gegeben, indem er F. Wilhelm Christians (Deutsche Bank) zu einem ausführlichen Gespräch im Kreml empfing. Zur gleichen Zeit fand in Moskau eine große baden-württembergische Industrieausstellung statt. Sie wurde von Ministerpräsident Späth (CDU) eröffnet, dem jedoch nicht die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Gorbačev gegeben wurde. Bei den Beziehungen zu den politischen Parteien wurde nach wie vor die SPD bevorzugt. Schon im Mai 1985 konnte Brandt einer Einladung nach Moskau folgen, die Bahr im April in einer ersten Unterredung mit dem neuen sowjetischen Parteichef erwirkt hatte. Brandt wurde demonstrativ freundlich empfangen; Gorbačev führte mit ihm am 27. Mai ein fünfstündiges Gespräch. Beide Gesprächspartner waren sich einig in der Ablehnung von SDI und in der Forderung nach einem Stationierungsmoratorium für Mittelstreckenwaffen.[93]

[91] Zit. bei *Tilo Schabert*, Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2001, S. 120.

[92] *Ju. A. Kwizinskij*, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 397.

[93] Siehe *Peter Merseburger*, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, S. 820ff.

Die „Nebenaußenpolitik" der SPD und ihre „Zweite Ostpolitik" waren in vollem Gange[94], seit im März 1984 eine SPD-KPdSU-Arbeitsgruppe gebildet worden war (gefolgt von der noch wichtigeren SPD-SED-Arbeitsgruppe im Sommer desselben Jahres). Die SPD orientierte sich nunmehr an Bahrs Stufenplan und dem Konzept der „gemeinsamen Sicherheit", das Bahr in Gorbačevs neuer Politik wiederzuerkennen glaubte. Im Vorfeld der Bundestagswahlen vom Januar 1987 formulierte die Partei ein „Regierungsprogramm 1987–1990", das für den Fall der Regierungsübernahme die Aufhebung des Stationierungsbeschlusses und die Kündigung des SDI-Abkommens mit den USA versprach, also exakt den rüstungskontrollpolitischen Forderungen der Sowjetunion entsprach.

Daher war es verständlich, dass Gorbačev 1986 die allmähliche Wende in den Beziehungen zur Bundesrepublik bis nach den Wahlen hinauszögern wollte. Indes, ein sozialdemokratischer Wahlsieg war keineswegs sicher. Der neue sowjetische Botschafter sagte (im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger Falin) die Wiederwahl der Regierung Kohl/Genscher voraus, und er konnte das Politbüro dazu bewegen, noch vor den Wahlen eine „Vorbereitungsetappe" zu inszenieren. Die Einladung des freidemokratischen Außenministers nach Moskau verglich Kvicinskij mit dem Eröffnungszug einer Schachpartie – ein „Genscher-Zug"[95]. Der Besuch fand vom 20. bis 23. Juli 1986 statt. Ihm folgte im August der Besuch des NRW-Ministerpräsidenten Rau, des SPD-Kanzlerkandidaten, um eine gewisse Ausgewogenheit zu demonstrieren.

In dem ausführlichen Gespräch Gorbačevs mit Genscher am 21. Juli 1986 wurden die deutsch-sowjetischen Meinungsverschiedenheiten mit großer Offenheit, streckenweise mit Härte, diskutiert.[96] Genscher, der eine Botschaft des Kanzlers mitbrachte und erläuterte, verwies auf die konstruktiven Leistungen der Bundesregierung zum Entspannungsprozess und operierte mit dem Schibboleth der deutschen Ostpolitik, der „neuen europäischen Friedensordnung" (das fortan synonym mit Gorbačevs „Haus Europas" gebraucht wurde), zu deren bzw. dessen Errichtung beide Staaten zusammenarbeiten sollten, statt die Meinungsverschiedenheiten zu pflegen. Gorbačev warf der Regierung Kohl/Genscher vor, sie betreibe eine widersprüchliche Politik. Den „friedfertigen Erklärungen" widerspreche das „praktische Handeln", nämlich die Unterstützung der „militanten" amerikanischen Politik. Auch die in Kohls Botschaft erwähnte INF-Interimsregelung sei doch wieder nur eine amerikanische Variante. Wörtlich führte der sowjetische Generalsekretär aus:

> „Von der Regierung der Bundesrepublik erhalten wir Washingtoner Politik in deutscher Übersetzung. Dann können wir auch gleich aus dem Englischen ins Russische übersetzen. Wir aber möchten mit der Bundesrepublik auf seriöse Weise Politik machen. Ist die Bundesrepublik dazu in der Lage?"

Gorbačev bestritt, dass die Sowjetunion die Bundesrepublik von den USA trennen wolle, aber die Bundesregierung solle „wenigstens in den Fragen der Begrenzung und Kontrolle der Atomwaffen sowie der Verringerung der Kriegsgefahr in Europa eine selbständige und verantwortungsvolle Politik" betreiben. „Größere Selbständigkeit von Washington",

[94] Siehe dazu vor allem *Fischer*, „Im deutschen Interesse", Kap. B.I.3; *Timothy Garton Ash*, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993, Kap. 6.

[95] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, S. 408.

[96] Ebd., S. 208ff.

„um über die Bundesregierung selbst auch auf Europa und damit auf die Politik der USA einzuwirken“[97] – das war, wie einst bei Brežnev (s. oben), die sowjetische Intention, die Gorbačevs Politik gegenüber der Bundesrepublik leitete. Dass die Bundesrepublik solchen Selbstständigkeitserwartungen nur sehr bedingt entsprechen konnte, lag in Anbetracht der Sicherheitslage auf der Hand. In einem Punkt stimmten Genscher und Gorbačev überein. Das „Haus Europas“ oder die neue „europäische Friedensordnung“ war ohne die Bundesrepublik nicht zu errichten. So sprach Gorbačev am Schluss des Meinungsaustausches versöhnlich-optimistisch davon, dass nun „ eine neue Seite“ in den deutsch-sowjetischen Beziehungen aufgeschlagen werden sollte. Einstweilen stand auf der neuen Seite nur das frisch unterzeichnete deutsch-sowjetische Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, das seit den siebziger Jahren wegen der Berlin-Klausel auf Eis gelegen hatte. Was auf der „neuen Seite“ darüber hinaus eingetragen würde, blieb dem in Aussicht genommenen Spitzentreffen vorbehalten.

Die Entwicklung, die sich nach der insoweit geglückten Vorbereitungsetappe abzeichnete, bot die Chance, dass sich die sowjetisch-deutschen Beziehungen in die neu beginnende Détente einfügen konnten. Der Supermächte-Dialog erreichte mit dem Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbačev in Reykjavik am 11./12. Oktober 1986 einen ersten Höhepunkt. Bei der Vorbereitung der sowjetischen Führung auf dieses Treffen fiel im Politbüro die außenpolitische Entscheidung zum Zweck der notwendigen Absicherung des Reformprozesses (Perestrojka und Glasnost).

Bezüglich der Mittelstreckenwaffen implizierte diese neue Politik deren vollständige Beseitigung in Europa, „weil wir die Pershing-2-Raketen als einen auf unsere Brust gerichteten Revolver ansehen“[98]. Ein weiterer Grund wurde von Gorbačevs sicherheitspolitischem Berater Černjaev genannt: „Solange wir [...] die SS-20-Raketen in Europa lassen, werden wir Westeuropa nicht auf unsere Seite bringen.“[99] Im Unterschied zu der Brežnev-Ära nahm die neue sowjetische Führung die von den westeuropäischen Regierungen (insbesondere von der Regierung Schmidt/Genscher) immer wieder betonte Tatsache ernst, dass die SS 20 eine Bedrohung ihrer Sicherheit darstellten.

In Reykjavik wäre es beinahe bereits zur INF-Null-Lösung gekommen, wenn nicht das Festhalten der USA an SDI dem im Wege gestanden hätte. Die kooperative Richtungsänderung bei der Regulierung des Ost-West-Konflikts war unübersehbar. Sogar die bisherige Strategie der gegenseitigen gesicherten Zerstörung war in Frage gestellt. Umso dringender war aus deutscher Interessenlage die Mitgestaltung. Ähnlich wie 1969 ging es um die aktive Anpassung an die neue weltpolitische Tendenz; und auch diesmal lag die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland auch im sowjetischen Interesse.

In dieser Situation wirkte das Interview Kohls, das am 27. Oktober 1986 in „Newsweek“ erschien, wie ein Kälteschock. Mitten in dem sich ausbreitenden Supermächte-Hoch produzierte der Bundeskanzler ein Tief in den deutsch-sowjetischen Beziehungen, indem er Gorbačev mit dem NS-Propagandaminister Goebbels verglich. Diese – gelinde ausgedrückt – „verunglückte Parallele“ (Wirsching) ist in der Literatur aus der Frustrati-

97 Zit. ebd., S. 410.
98 Zit. nach der Politbüro-Mitschrift von *Anatoli Tschernajew*, Die letzten Tage einer Weltmacht, Stuttgart 1993, S. 105ff.
99 Schreiben Černjaevs an den Stellvertretenden Außenminister Kovalev, ebd., S. 100.

on Kohls wegen der Zurückweisung seiner Bemühungen um ein Gipfeltreffen zu erklären versucht worden. Die Verwunderung über Kohls sicherlich unbeabsichtigte Entgleisung sollte jedoch nicht die erkennbar absichtliche Tendenz der betreffenden Interview-Passage überdecken, namentlich in den USA – und auch in Deutschland – dem Verdacht zu begegnen, dass der deutsche Regierungschef auf die Propaganda des neuen Mannes im Kreml hereinfallen werde („I'm not a fool"). Zugleich war dies eine Abgrenzung von dem „Genscherismus", der positiven Einschätzung der neuen sowjetischen Politik und deren Ernsthaftigkeit, verbunden mit der Empfehlung, die Chance der Zusammenarbeit zu nutzen. Mit seiner kritischen Einstellung konnte der Kanzler in den USA auf Zustimmung hoffen.[100]

Wie dem auch sei, der Protest der sowjetischen Regierung war verständlich und unvermeidlich. Sowjetisch-deutsche Ministertreffen wurden abgesagt. Eine neue Pressekampagne begann. Die Störperiode, die man gerade durch den Genscher-Besuch beendet zu haben glaubte, wurde verlängert. Genscher betätigte sich in einer Schadensbegrenzung neuer Art, u. a. im Gespräch mit seinem sowjetischen Kollegen in Wien am 4. November.[101]

In seiner Rede vom 1. Februar 1987 vor dem Davoser Weltwirtschaftsforum, an dem erstmals auch Vertreter aus der Sowjetunion teilnahmen, formulierte Genscher öffentlich seine oben erwähnten Einschätzungen und Empfehlungen sowie seine Gegenposition zur Propagandathese (selbstverständlich ohne die Erwähnung des Kohl-Interviews!); und er zog dabei einen interessanten Vergleich zur deutschen Politik der siebziger Jahre:

„War es die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger Jahren, die realistischer als andere die Gefahren der sowjetischen Rüstung erkannte, so muss es heute die Bundesrepublik Deutschland sein, die die neuen Entwicklungen in der Sowjetunion und die darin liegenden Zukunftschancen realistischer und vorurteilsfreier einschätzt. Sie muss verhindern, dass diese Entwicklungen leichtfertig als Propaganda abgetan werden. Es gilt, sie ernst zu nehmen und sie auf ihre Substanz zu prüfen und die dazu vorhandenen Ansätze für eine Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses zu nutzen."[102]

Im Frühjahr 1987 war indes die Bundesrepublik nicht der „Vorreiter" (Genscher), sondern der Nachzügler, weil das Newsweek-Interview die Anbahnung des direkten Spitzenkontakts blockiert hatte. Als Ausweg aus der Sackgasse dachten sich der sowjetische Botschafter in Bonn (mit Rückendeckung aus Moskau) und das Auswärtige Amt einen neuen „Schachzug" aus – einen vorgezogenen Staatsbesuch des Bundespräsidenten auf Einladung seines sowjetischen Pendants (nicht des Generalsekretärs). Von Weizsäcker besuchte (in Begleitung des Außenministers) vom 6. bis 11. Juli 1987 die Sowjetunion und eröffnete damit gewissermaßen die zweite „Vorbereitungsetappe". Im Kreml fand am 7. Juli ein intelligentes Wortgefecht statt – mit den altbekannten Argumenten beider Seiten. Wie bei seinem Gespräch mit Genscher vor einem Jahr forderte Gorbačev eine eigenständigere Politik der Bundesregierung. „Wir möchten keine weiteren Übersetzungen aus dem Englischen ins Deutsche mehr hören", meinte der ungeduldige Generalsekretär. Beim Genscher-Besuch habe man vereinbart, in den sowjetisch-westdeutschen Bezie-

[100] Siehe dazu *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 551ff.
[101] *Genscher*, Erinnerungen, S. 516f.
[102] Zit. nach *Auswärtiges Amt* (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart u. a. 1990, Dok. 245, S. 597–601, hier S. 600; vgl. *Genscher*, Erinnerungen, S. 526f.

hungen eine neue Seite aufzuschlagen. Sie sei jedoch leer geblieben. Es habe sogar die Gefahr bestanden, dass sie mit sehr unangenehmen Dingen hätte gefüllt werden können. Dass das Gott sei Dank nicht geschehen sei, bestätige der Besuch des Bundespräsidenten. Dass sich Gorbačev in diesem Gespräch mit von Weizsäcker auf die „delikateste Frage" (so Kvicinskij) der Teilung bzw. der Einheit der deutschen Nation einließ, ist im Lichte der späteren Entwicklung besonders hervorgehoben worden. Obwohl der sowjetische Generalsekretär strikt an der Zwei-Staaten-Linie festhielt, meinte er, die Geschichte werde klären, wie die Lage in Europa und in der Welt in hundert Jahren aussehen werde. Für die Gegenwart warb Gorbačev für eine neue Qualität zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion auf der Basis des Status quo. Wenn Bonn seine Anregungen positiv aufnehme, könnte ein wichtiger Schritt in den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen getan werden.[103]

Nicht im Gespräch zwischen Gorbačev und von Weizsäcker, sondern zwischen Ševardnadze und Genscher wurden die harten sicherheitspolitischen Fragen behandelt, die die laufenden Genfer Verhandlungen über die doppelte Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen betrafen.[104] Die Bundesregierung hatte zunächst die Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite (LRINF, 1000 bis 5500 km) befürwortet, aber für die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite (SRINF, 150 bis 1000 km) die Vereinbarung gemeinsamer Obergrenzen gefordert, um angesichts des konventionellen Übergewichts der Sowjetunion bzw. der Warschauer-Pakt-Staaten eine nukleare Abschreckungskomponente in Westeuropa zu erhalten. Dann – am 1. Juni 1987 – hatte die Bundesregierung der erweiterten Null-Lösung zugestimmt, aber die Einbeziehung der 72 Pershing-Ia-Raketen (Reichweite ca. 720 km) verweigert. Im Besitz der Bundeswehr waren die Raketen, deren nukleare Sprengköpfe blieben aber unter amerikanischem Verschluss. Das Argument, sie seien „Drittstaatenwaffen" und deshalb wie die britischen und französischen nicht zu berücksichtigen, konnte die Sowjetunion nicht überzeugen. Ševardnadze macht in Moskau seinem deutschen Amtskollegen, der selbst die Position der Bundesregierung als nicht haltbar ansah, unmissverständlich klar, dass es ohne einen deutschen Verzicht auf die Pershing Ia keinen INF-Vertrag geben werde. Die beiden Außenminister vereinbarten, „unter allen Umständen erneut [zu] beraten", falls die Genfer Verhandlungen tatsächlich an dieser Frage zu scheitern drohten. Als im August 1987 dieser Fall eintrat, intervenierte Ševardnadze über Botschafter Kvicinskij in einer dramatischen Mission bei Genscher, der dann den Bundeskanzler überzeugen konnte, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht als rüstungskontrollpolitische Blockademacht fungieren dürfe.[105]

Am 26. August erklärte Bundeskanzler Kohl den deutschen Verzicht. Die sowjetische Einwirkung via Genscher hatte Wirkung gezeigt. Aber gewichtiger und letztlich entscheidend war, dass die USA – ebenso wie die Sowjetunion – unmissverständlich diesen Schritt forderten. Kohl traf seine Entscheidung gegen eine starke Opposition in seinen eigenen Reihen, die die „Entkoppelung" der Sicherheit der Bundesrepublik von der strategischen Abschreckungsmacht der USA fürchteten, während in den USA längst die Konzeption

[103] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, S. 418–423.
[104] Siehe *Genscher*, Erinnerungen, S. 570f.
[105] Ebd., S. 571ff.

der „discriminate deterrence“ Platz gegriffen hatte.[106] Der deutsche Verzichtsentscheid war also nicht ein Akt der (von der Sowjetunion gewünschten) „Selbstständigkeit von Washington“, sondern der Gefolgschaft. Er war die Konsequenz der Einigung *beider* Supermächte. Die Bundesregierung folgte dem Bündnispartner und westlichen Hegemon. Zugleich schuf sie auch die Voraussetzung für ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion. Der am 8. Dezember 1987 in Washington unterzeichnete INF-Vertrag mit der doppelten Null-Lösung[107] war der späte Triumph einer Gleichgewichtspolitik in Europa, die durch die Nachrüstung realistisch geworden war und nun einen historischen Wendepunkt in den Ost-West-Beziehungen markierte. Und damit eröffneten sich neue Möglichkeiten für die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

2. Die Dynamisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Zeichen der umfassenden Détente

Der „glückliche Gesprächsverlauf“ beim Weizsäcker-Besuch in der Sowjetunion war zwar als „Versöhnung“ nach der „unglücklichen Formulierung des Kanzlers gegenüber ‚Newsweek‘“ gefeiert worden.[108] Aber nicht Kohl, sondern sein Kritiker Strauß, CSU-Vorsitzender und Ministerpräsident Bayerns, wurde als nächster ranghoher Besucher von Gorbačev nach Moskau eingeladen (Ende 1987). Es blieb dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten und stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Späth vorbehalten, bei seinem Besuch Anfang Februar Gorbačev im Auftrag und Namen des Kanzlers nachdrücklich zu verdeutlichen, dass ein Spitzentreffen „dringend notwendig“ sei.[109]

Jetzt stimmte Gorbačev zu; aber der erste Akt nach der langen „Pause“ sollte auf der Moskauer Bühne stattfinden. Kohls Moskau-Besuch vom 24. bis 27. Oktober 1988 und Gorbačevs Gegenbesuch in Bonn vom 12. bis 14. Juni 1989 wurden jedoch als Einheit inszeniert – mit dem Bonner Gipfel als klimaxartigem Höhepunkt.

Bei seinen Moskauer Gesprächen mit Gorbačev gelang es Kohl – in bewährter Manier die privat-persönlichen Lebensläufe und familiären Hintergründe thematisierend – schnell, eine freundliche, vertrauensvolle Atmosphäre zu schaffen (die „Chemistry“ musste stimmen!).[110] „Das Eis ist gebrochen“, erklärte Gorbačev bereits nach der ersten Begegnung. Und nach intensivem dreitägigem Gedankenaustausch verabschiedete man sich – wie der sowjetische Gesprächspartner in seinen „Erinnerungen“ schrieb – „in herzlicher Zuneigung zueinander“.[111]

Soweit die wenigen zugänglichen Quellen ein Urteil erlauben,[112] wurden offensichtlich alle wichtigen aktuellen bilateralen und internationalen Fragen besprochen. Afghanistan

[106] Discriminate Deterrence, Report of the Commission of Integrated Long-Term Strategy, January 1988; vgl. *Link*, Ost-West-Konflikt, S. 219.
[107] EA 1988, S. D 18–D 30.
[108] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, S. 423.
[109] Laut Gesprächsprotokoll, zit. nach *Gorbatschow* [Gorbačev], Erinnerungen, Berlin 1995, S. 703.
[110] So später Kohl im Telefonat mit Bush, 15. Juni 1989, in: *Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann* (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, Dok. 6, S. 300.
[111] *Gorbatschow*, Erinnerungen, S. 705.
[112] EA 1988, S. D 615–D 634; Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dok. 264, S. 639ff. sowie die Erinnerungen der beteiligten Personen; vgl. *Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzler-

war nach dem Abzug der Roten Armee (Abkommen vom April 1988) kein belastendes Streitthema mehr. Im Mittelpunkt standen die sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Probleme nach dem INF-Abkommen, d.h. „die starke Überlegenheit" des Warschauer Paktes bei den nuklearen Kurzstreckenraketen und „das schwerwiegende Ungleichgewicht auf konventionellem Gebiet", das Kohl als das „Kerngebiet der europäischen Sicherheit" ansah. Der Kanzler betonte die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland als feste Grundlage und Voraussetzung seiner kooperativen Ostpolitik, und er warb mit einer These, die sich bald bestätigen sollte: „Unsere feste Verankerung im Westen steigert den Wert unseres Angebots zu fairer Partnerschaft." Auch die „deutsche Frage" wurde angesprochen, ohne dass sich dabei neue Aspekte ergaben. Gorbačev spielte nicht die deutsche Karte aus, und Kohl resümierte die deutsche Position mit dem Satz: „Für uns ist das letzte Wort der Geschichte nicht gesprochen."

Sechs Regierungsabkommen über Zusammenarbeit (u.a. im Umweltschutzbereich und beim Kulturaustausch) wurden in Moskau abgeschlossen und konkrete Projekte (wie die Ausbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft) vereinbart. Ein Rahmenkreditvertrag über eine Milliarde Rubel zwischen einem deutschen Bankenkonsortium und der sowjetischen Bank für außenwirtschaftliche Beziehungen war ein deutliches Signal, dass weiterhin die Wirtschaftskooperation als Schwungrad dienen sollte bei der „dynamischen Entwicklung" der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Bis zum Gegenbesuch Gorbačevs in Bonn sollte dazu ein gemeinsames Dokument erarbeitet werden. Auf sowjetischer Seite trug man sich sogar mit dem Gedanken, einen neuen sowjetisch-westdeutschen Vertrag anzustreben.[113] Der „natürliche Prozess", von dem Gorbačev am 27. März 1986 gesprochen hatte und der wohl eher als interessengeleiteter Prozess zu verstehen ist, brach sich Bahn. Der „führende Staat Westeuropas auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet" war auf dem Weg, vom „potenziellen" zum aktuellen Partner zu werden. Das entsprach dem deutschen Interesse; die Bundesrepublik Deutschland als Kooperationspartner der sich reformierenden Sowjetunion und zuverlässiger Allianzpartner des Westens, insbesondere der USA und Frankreichs (im EG-Rahmen)! Die Bedingungen der neuen und nunmehr umfassenden Supermächte-Détente boten – in noch stärkerem Maße als einst die Bedingungen der selektiven, partiellen Détente Anfang der siebziger Jahre – die objektive Chance, beide Maximen der außenpolitischen Staatsräson der Bundesrepublik erfolgreich zu verfolgen: Westbindung und, auf ihr beruhend, enge und konstruktive Verbindungen mit der Sowjetunion.

Die *Bonner Gespräche* (die gründlich durch mehrere Außenminister-Treffen vorbereitet waren) bestätigten und bescheinigten den in Moskau eingeleiteten Prozess. Gorbačevs Gegenbesuch in der Bundesrepublik (12. bis 14. Juni) war gewissermaßen das politische Ausrufezeichen – nicht zuletzt wegen des geradezu begeisterten Empfangs, den die Deutschen dem sowjetischen Reformer (der eben auch zum Staatsoberhaupt gewählt worden war) bereiteten. Die öffentliche „Gorbimanie" nahm ihren Anfang.

amt, S. 102f., und *Karl-Rudolf Korte*, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, Stuttgart 1998, S. 440ff.

[113] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, S. 425; *Kohl*, Erinnerungen, S. 889.

In den sieben Monaten zwischen den beiden Staatsbesuchen hatte sich zudem in der internationalen Politik einiges getan, was den Bonner Gesprächen und der Dynamisierung der deutsch-sowjetischen Beziehung zugute kam:

1) Bei den „Strategic Arms Reduction Talks“ (START), wie SALT inzwischen umbenannt worden war, hatten sich Gorbačev und Reagan auf den Grundsatz geeinigt, die strategischen Nuklearsysteme um fünfzig Prozent zu reduzieren. Der neue amerikanische Präsident George Bush setzte – nach einer Pause – Reagans SALT-Politik fort; die Verhandlungen wurden im Juni 1989 wieder aufgenommen.
2) Auf der multilateralen Ebene war die dritte KSZE-Folgekonferenz in Wien am 15. Januar 1989 erfolgreich abgeschlossen worden – mit einem neuen substanziellen Schlussdokument und mit der Einigung über die Aufnahme von Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) und über weitere Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM). Beide Gremien tagten seit dem 9. März. Nach den ergebnislosen MBFR-Runden (s. oben) schien jetzt im konventionellen Rüstungsbereich eine asymmetrische Abrüstung – wie bei INF – und die Herstellung struktureller Nichtangriffsfähigkeit mit zuverlässiger Verifikation möglich zu werden.
3) Bei der Frage der nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF), die ja nicht in den INF-Vertrag einbezogen worden waren, war unmittelbar vor Gorbačevs Bonn-Besuch ein heftiger Streit innerhalb der NATO zu einem vorläufigen Ende gekommen – mit einem für die deutsch-sowjetischen Beziehungen höchst relevanten Bündnisbeschluss. Anders als die USA (und Großbritannien) war die Regierung Kohl/Genscher gegen eine unverzügliche SNF-Modernisierung. Deutschland setzte sich gegen die USA durch! Der NATO-Beschluss vom 30. Mai 1989 beinhaltete die Verschiebung der „Modernisierungsfrage“; im Jahre 1992 sollte darüber „im Lichte der sicherheitspolitischen Gesamtentwicklung“ beraten und entschieden werden.[114]

Die Regierung Kohl/Genscher hatte also noch vor Gorbačevs Bonn-Besuch – wie von Moskau erhofft – die „Selbstständigkeit“ der Bundesrepublik Deutschland in einer zentralen sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Frage demonstriert und gegenüber der Sowjetunion gezeigt, „dass sie willens war, auf Gorbatschows Abrüstungsinitiativen zu vertrauen. Auf das deutsch-sowjetische Klima übte dies eine entscheidende Wirkung aus.“[115]

Dass damit nicht eine Trübung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses einherging, bewies die Tatsache, dass Präsident Bush unmittelbar nach dem Brüsseler Gipfel die Bundesrepublik besuchte und für ein „partnership in leadership“ warb.[116]

Bei den Kohl-Gorbačev-Gesprächen in Bonn[117] spielten die Wiener KSE-Verhandlungen und die SNF-Problematik logischerweise eine große Rolle. Die Positionen beider Seiten hatten sich angenähert, blieben aber different. Gorbačev brachte den Sachstand auf den Punkt: „Er sei an einer dritten Null-Lösung interessiert, während der Bundes-

[114] Siehe die zusammenfassende Darstellung bei *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 570f.
[115] Ebd., S. 571.
[116] Gespräch Kohl – Bush, Bonn, 30. Mai 1989, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 1, S. 271–276.
[117] Siehe die Dokumente 2–4, ebd., S. 276–299, die Erinnerungen der Gesprächspartner sowie *Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzleramt, S. 131ff., und *Korte*, Deutschlandpolitik, S. 442ff.

kanzler an einem nuklearen Minimum festhalten wolle."[118] Kohl nutzte die im Brüsseler NATO-Beschluss vorgenommene konditionale zeitliche Verknüpfung (nämlich erst im Falle eines erfolgreichen Abschlusses von VKSE binnen zwölf Monaten über SNF verhandeln zu wollen), um auf zügige Verhandlungen in Wien zu drängen. Beide Seiten erklärten im Abschlussdokument[119], ihr Ziel sei, „bestehende Asymmetrien zu beseitigen und die militärischen Potenziale auf ein stabiles Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu vermindern, das zur Verteidigung, aber nicht zum Angriff ausreicht". Was seit den siebziger Jahren vergeblich von allen Bundesregierungen betrieben worden war, rückte nun in greifbare Nähe.

Bei Erörterung der bilateralen Fragen waren – wegen der „desolaten sowjetischen Wirtschaft"[120] – die Wirtschaftsbeziehungen noch mehr als schon zuvor politisch relevant. Sie seien, wie Gorbačev sagte,[121] „das Fundament für jede Politik". So wurde die Gemischte Wirtschaftskommission in ihrer Arbeit „revolutionär" umstrukturiert. Und von den elf unterzeichneten Abkommen bezogen sich die wichtigsten auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit (wie Investitionsschutz und Managerausbildung); auch das Schifffahrtsabkommen, das wegen der Berlin-Problematik bis zuletzt umstritten geblieben war, wurde mit voller Einbeziehung West-Berlins schließlich unterzeichnet. Gesamtpolitisch waren die Auswirkungen der sowjetischen Reformen in der Innen- und Außenpolitik auf den sowjetischen Herrschaftsbereich das zentrale Problem. Kanzler Kohl versicherte dem sowjetischen Präsidenten mehrfach, „dass er nicht die Absicht habe, eine Politik der Destabilisierung zu betreiben" – weder in Polen und Ungarn noch in der DDR. Mit allem Nachdruck erklärte er, „nicht an einer Destabilisierung der DDR interessiert" zu sein.

> „Es sei sicherlich wichtig, dass er sich mit dem Generalsekretär in der deutschen Frage nicht einig sei. Was nütze aber schon der ständige Streit über diese Frage? Die Positionen müssten jedoch immer wieder dargelegt werden, weil sie im eigenen Lande erwartet würden. Ein deutscher Bundeskanzler müsse z. B. über Berlin sprechen. Entscheidend sei aber dabei die Frage, ob sie sich bei diesen Problemen aufhalten würden oder ob sie zusammenarbeiten würden, wo immer dies möglich sei."

Dass diese Zusammenarbeit künftig eine „neue Qualität" erreichen sollte (wie es im Abschlussdokument hieß), wurde nicht zuletzt auch dadurch unterstrichen, dass eine direkte Nachrichtenverbindung zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Kreml eingerichtet wurde – die sogenannte Hot Line. In dringenden Fällen wurde die Entsendung des Kanzlerberaters Teltschik vereinbart.[122]

Der Streit über die deutsche Frage wurde also in Bonn nicht beigelegt. Aber es gelang dem Bundeskanzler, die sowjetische Zustimmung zu erreichen, dass in der „Gemeinsamen Erklärung" als „Bauelemente" einer europäischen Friedensordnung oder des

[118] Gespräch Kohl – Gorbatschow, 13. Juni 1989, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 3, S. 292.
[119] Gemeinsame Erklärung vom 13. Juni 1989, in: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dok. 278, S. 697–700, hier S. 699.
[120] So *Kohl*, Erinnerungen, S. 888.
[121] Delegationsgespräch Kohl – Gorbatschow, 13. Juni 1989, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 4, S. 299.
[122] Gespräche Kohl – Gorbatschow, 12. Juni 1989, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 2, S. 276–287.

gemeinsamen Europäischen Hauses das Selbstbestimmungsrecht ausdrücklich genannt wurde, und zwar an erster Stelle mit den Sätzen:

„Die uneingeschränkte Achtung der Integrität und der Sicherheit jedes Staates. Jeder hat das Recht, das eigene politische und soziale System frei zu wählen. Die uneingeschränkte Achtung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts, insbesondere Achtung des *Selbstbestimmungsrechts der Völker*. [Hervorhebung, W. L.]“[123]

Das war, recht verstanden, nicht die Andeutung einer Kursrevision Gorbačevs in der deutschen Frage (schon gar nicht, wenn man bedenkt, dass Gorbačev die oben zitierten Ausführungen Kohls wohl im Ohr hatte). Aber später bot diese Formulierung in dem gemeinsamen deutsch-sowjetischen Dokument einen Anknüpfungspunkt. Auch dass Gorbačev bei dem legendären Mitternachtsgespräch (14./15. Juni) am Rheinufer nicht widersprach, als Kohl die Wiedervereinigung mit schöner Naturmetaphorik als unvermeidbar begründete,[124] ist wohl nur im nachhinein als Wendepunkt zu interpretieren.

In Bonn bewegten sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen vom Modus vivendi des Moskauer Vertrags in Richtung auf eine „neue Qualität“. In der Gemeinsamen Erklärung hieß es ausdrücklich, dieser Vertrag „bleibt die Grundlage für das Verhältnis beider Staaten“. Ein neuer „großer Vertrag“ war aus deutscher Sicht erst dann möglich, wenn die Teilung Deutschlands (d. h. der Konflikt, der beide Staaten trennte) überwunden sein würde. Die neue Qualität sollte schließlich die Voraussetzung für die Konfliktlösung schaffen. Und für beides war die Lösung des großen Konflikts zwischen Ost und West nötig. Im Sommer 1989 war sie noch nicht in Sichtweite. Aber die umfassende Détente bestimmte zunehmend die internationale Politik.

Dass die deutsche SU-Politik nicht auf eine Äquidistanz der Bundesrepublik Deutschland zu den beiden Supermächten hinauslaufen sollte, machte Kanzler Kohl unmissverständlich klar.[125] Rapallo-Ängste oder Rapallo-Hoffnungen waren erst recht unbegründet. Was die deutsch-sowjetischen Beziehungen nach Besuch und Gegenbesuch der beiden Staatsmänner charakterisierte, war ein um Realismus bemühter Zukunftsoptimismus, der wortreichen Ausdruck fand. Gorbačev, der wie Kohl die Naturmetaphorik liebte, sagte in Bonn am Ende der Beratungen, die Sonne sei über den sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen aufgegangen – nicht plötzlich, sondern nach langjährigen Bemühungen.[126]

[123] Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dok. 278, S. 698.

[124] In seinen „Erinnerungen“ (S. 889) berichtet Kohl darüber wie folgt: „Ich zeigte auf den Rhein und meinte: ‚Schauen Sie sich den Fluss an, der an uns vorbeiströmt. Er symbolisiert die Geschichte; sie ist nichts Statisches. Sie können diesen Fluss stauen, technisch ist das möglich. Doch dann wird er über die Ufer treten und sich auf andere Weise den Weg zum Meer bahnen. So ist es auch mit der deutschen Einheit. Sie können ihr Zustandekommen zu verhindern suchen. Dann erleben wir beide sie vielleicht nicht mehr. Aber so sicher wie der Rhein zum Meer fließt, so sicher wird die deutsche Einheit kommen – und auch die europäische Einheit.‘ Meiner Meinung nach konnte die Frage nur lauten: ‚Machen wir es in unserer Generation oder warten wir weiter – mit allen Problemen, die damit verbunden sind?‘ Und ich bekräftigte noch einmal, dass sich die Deutschen nicht mit der Teilung abfinden würden. Michail Gorbatschow hörte sich meine Überlegungen an und widersprach mir nicht mehr!“

[125] Telefongespräch Kohl – Bush, 15. Juni 1989, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 5, S. 300.

[126] Delegationsgespräch, 13. Juni 1989, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 4, S. 298.

Wenn man dieses Bild aufgreift, so kann man resümieren: Das Zwischentief („Störperiode") hatte dem weltpolitischen Hoch Platz gemacht; und die deutsch-sowjetischen Beziehungen wurden von der Sonne der Détente beschienen.

IV. Schlussakt und Ausblick: Über die Wiedervereinigung zum Bonner Vertrag (1990)

Im Sommer 1989 war allerdings nicht vorauszusehen, dass die umfassende Entspannungspolitik im Laufe eines Jahres in die Endphase des Ost-West-Konfliktes einmünden und die Einigung über die Wiedervereinigung Deutschlands bringen würde. Der dramatische Destabilisierungsprozess im sowjetischen Herrschaftsbereich erfuhr im Herbst 1989 mit dem Sturz Honeckers (18. Oktober) und der Öffnung der Berliner Mauer (9. November) seine deutschlandpolitische Zuspitzung; und er löste im Frühjahr 1990 auf der internationalen Bühne eine beispiellose „Schnelldiplomatie" (Ševardnadze)[127] aus, die mit der Unterzeichnung des „Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (Zwei-plus-Vier-Vertrag) am 12. September 1990 ihren erfolgreichen Abschluss fand. In diesem revolutionären Prozess erwies sich das Vertrauensverhältnis zwischen Kohl und Gorbačev, das auf dem Moskauer und Bonner Gipfel begründet worden war, als verlässliche Basis, als wertvolle Grundlage für eine ungemein intensive Kommunikation zwischen Bonn und Moskau auf allen Ebenen.

Beide Seiten bekannten sich weiterhin zu dem Ziel, eine gesamteuropäische Friedensordnung zu schaffen bzw. ein gemeinsames Europäisches Haus zu errichten. Aber als sich die Erosion der bisherigen Ordnung in Mittel- und Osteuropa – vor allem in der DDR – rasant beschleunigte, war das gesamteuropäische Haus, in dem ein vereintes Deutschland seinen Platz finden sollte, noch nicht gebaut; nicht einmal die Architektur und die Statik waren geklärt. Die bisher gültige Sequenz (erst eine neue gesamteuropäische Friedensordnung, dann die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch das deutsche Volk) stand in Frage und schien sich umzukehren. Die Sowjetunion versuchte, wenigstens eine „Synchronisierung" zu erreichen. Dies gelang in gewissem Maße insofern, als fast gleichzeitig (genauer gesagt, kurze Zeit nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990) die „Charta für ein neues Europa" und der KSE-Vertrag in Paris am 21. November unterzeichnet wurden. Es war jedoch schon zu diesem Zeitpunkt abzusehen, dass die KSZE-Strukturen die dominante Rolle der NATO nicht beeinträchtigen würden, also kein neues „kollektives Sicherheitssystem" in Europa entstehen werde. Auch der eine Zeitlang von der Sowjetunion verfolgte und von der DDR unterstützte Versuch, die inneren Aspekte der deutschen Wiedervereinigung von den äußeren „abzukoppeln" (d. h. die Vier-Mächte-Rechte erst einige Jahre nach der staatsrechtlichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten und nach der Errichtung einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung abzulösen), scheiterte.[128]

[127] *Eduard Schewardnadse* [Ševardnadze], Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 237.

[128] Es ist bemerkenswert, dass auch Egon Bahr zur Abkoppelung riet, um erst ein europäisches Sicherheitssystem zu schaffen. Siehe *Werner Weidenfeld*, Außenpolitik für die deutsche Einheit, Stuttgart 1998, S. 556.

Die „äußeren Aspekte“ wurden *vor* der staatlichen Wiedervereinigung und *vor* dem Pariser KSZE-Gipfel geklärt. Der sowjetische Generalsekretär und Präsident hinkte der revolutionären Entwicklung hinterher, kam jeweils „zu spät“ und so „bestrafte ihn das Leben“. Erst recht galt dies für seine Kritiker und Gegner im Kreml.[129]

Hingegen konnten Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher die gegenteilige Erfahrung machen. Ihre Kritiker kamen zu spät und wurden dafür am Wahltag bestraft. Kohl war zwar anfangs davon ausgegangen, dass der Wiedervereinigungsprozess nur etappenweise, im Zeitraum von mehreren Jahren und parallel zur Entstehung der europäischen Einheit verlaufen würde, mit konföderalen Zwischenstufen. Er versicherte Gorbačev wiederholt (u. a. zur Abwehr der sowjetischen Kritik an seiner 10-Punkte-Rede vom 28. November 1989), dass er nicht die Destabilisierung der DDR betreibe, sondern besonnen auf die dortige autochthone Entwicklung reagiere. Aber sehr bald war Kohl nicht nur der „Getriebene der Umstände“, sondern zugleich der „Antreiber der Entwicklung“[130]. Er nutzte mit staatsmännischem Geschick den Kairos, den die revolutionären Entwicklungen und deren internationale Folgen entstehen ließen. In diesem Sinne empfand der Kanzler – wie er Gorbačev am 15. Juli 1990 in Moskau sagte[131] – die vielzitierten Worte Bismarcks als „charakteristisch“ für seine Zeit:

„Man kann nicht selbst etwas schaffen, man kann nur abwarten, bis man den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen hört; dann vorspringen und den Zipfel seines Mantels fassen – das ist alles.“

Gorbačev stimmte dieser „interessanten“ Aussage Bismarcks zu; auch Bush mochte dieses Zitat.

Die Stunde der Selbstbestimmung hatte geschlagen. Dieses völkerrechtliche Prinzip wurde jetzt, unter den neuen machtpolitischen Bedingungen, praxisrelevant. Die Entscheidung Gorbačevs, die Brežnev-Doktrin generell in Mittel-Osteuropa außer Kraft zu setzen und speziell in der DDR die dort stationierten sowjetischen Truppen nicht zur Rettung des kommunistischen Regimes gegen die Herbst-Demonstration einzusetzen, signalisierte die praktische Respektierung des Selbstbestimmungsrechts, das bisher nur auf dem Papier der KSZE-Schlussakte und der deutsch-sowjetischen Gemeinsamen Erklärung gestanden hatte. Am 10. Februar gab Gorbačev auch explizit, im Gespräch mit Kohl auf dem Moskauer Gipfel, grünes Licht für den Weg zur deutsch-deutschen Vereinigung. Die sensationelle TASS-Meldung lautete:

„Gorbatschow stellte fest – und der Kanzler stimmte ihm zu –, dass es zur Zeit zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten darüber gebe, dass die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen Staatsformen, zu welchen Zeitpunkten, mit welchem Tempo und zu welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden.“[132]

[129] Aus den Interviews, die Gorbačevs Gegner im Politbüro mit von Plato führten, geht der Realitätsverlust drastisch hervor; siehe *Alexander von Plato*, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel, Berlin 2002, passim.

[130] *Weidenfeld*, Außenpolitik, S. 796.

[131] Gespräch Gorbatschow – Kohl, 15. Juli 1990, in: *Michail Gorbatschow*, Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993, S. 162f.; *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 350, S. 1340.

[132] Zit. bei *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 143; siehe auch Dok. 174, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik.

Die deutsch-deutschen Verhandlungen (die hier nicht zu behandeln sind) konnten ihren Lauf nehmen.

Es wäre freilich verfehlt, in dieser deutschlandpolitischen Wende Gorbačevs bereits eine inhaltliche Vorentscheidung über die Regelung der „äußeren Aspekte“ der deutschen Einheit zu sehen. Die Vier-Mächte-Rechte bestanden ja fort und konnten nur einvernehmlich abgelöst werden. Dass die Verhandlungen darüber nicht allein von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs – erst recht nicht auf einer großen Friedenskonferenz – geführt wurden, sondern unter gleichberechtigter Beteiligung der beiden deutschen Regierungen („2+4“), war ein später Triumph des Deutschland-Vertrages von 1954[133]. Während die aus den demokratischen Wahlen vom 18. März hervorgegangene Koalitionsregierung der DDR mit Außenminister Meckel (SPD) die sowjetische Position partiell unterstützte, spielte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eng mit der amerikanischen Regierung zusammen, parallel zu den Abstimmungen mit dem bremsenden Großbritannien und dem sich anpassenden Frankreich sowie mit den anderen Verbündeten, bilateral und multilateral (in der EG und in der NATO). Die amerikanisch-sowjetische Verhandlungsebene war fundamental für dieses komplexe Machtspiel, denn die deutsche Frage war ja eingebettet in die grundlegende Neuregelung der Supermächtebeziehungen.

Die bilaterale Diplomatie im Dreieck UdSSR–USA–BRD entschied über das Ergebnis der multilateralen Diplomatie. Die Entscheidung über Deutschland war zugleich die Entscheidung über Europa. Und das hieß konkret: Die Struktur der künftigen europäischen Ordnung hing letzten Endes ab von der Entscheidung über die Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschland. Sie wurde gemäß der internationalen Machtverhältnisse getroffen – im Sinne der USA. Die amerikanische Regierung handelte und verhandelte im Bewusstsein ihres Sieges im Ost-West-Konflikt. In dem Schlüsselgespräch im Camp David am 24. Februar 1990 erklärte Präsident Bush dem Bundeskanzler, die Sowjetunion sei nicht in der Position, dem Westen diktieren zu können, ob Deutschland in der NATO bleibe oder nicht: „we prevailed and they didn't. We can't let the Soviets clutch victory from the jaws of defeat“ (wir können den Soviets nicht gestatten, den Sieg aus den Klauen der Niederlage zu reißen)[134]. Entgegen der Legende, dass die USA (im Unterschied zu den anderen Mächten) die deutsche Wiedervereinigung von Anfang an und durchgängig *bedingungslos* unterstützt hätten, war für Bush die volle NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands die conditio sine qua non, weil nur so die USA eine „europäische Macht“ bleiben und Deutschland als militärische Basis und Drehkreuz für ihre Machtprojektionen in angrenzende Regionen benutzen könnten. Das Camp-David-Gespräch am 24. Februar diente – wie Bushs Berater empfohlen hatten[135] – dem Zweck, Bundeskanzler Kohl auf die amerikanische Position „festzunageln“, d. h.

[133] Der Deutschland-Vertrag von 1954 sah vor, dass die drei Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland bei ihrer Wiedervereinigungspolitik „zusammenwirken“ (Art. 7).

[134] *Philip Zelikow/Condoleezza Rice*, Germany Unified and Europe Transformed. Cambridge Massachusetts 1995, S. 215; Gespräch Kohl–Bush, 24. Februar 1990, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 192, S. 860–873 (vgl. auch Dok. 194).

[135] *Zelikow/Rice*, Germany Unified, S. 215.

„to cement a historic bargain: Kohl's pledge not to alter the form and substance of Germany's security commitments to NATO in exchange for a U.S. promise that the Two Plus Four process will not interfere with German unity" .

So geschah es. Kohl gab die gewünschte feste Zusage und Bush die seine. Das historische Geschäft war perfekt. Es schloss ausdrücklich auch die von Kohl vorsichtig angesprochene „französische Lösung" (d. h. NATO-Mitgliedschaft ohne Integration der Streitkräfte in die Militärstruktur) strikt aus. Bush „hated to think of another France in NATO"[136]. In den folgenden deutsch-sowjetischen bzw. amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen hielt sich sowohl der Bundeskanzler als auch der amerikanische Präsident an diesen deutsch-amerikanischen „historic bargain".

Wie von Kohl in Camp David vorausgesagt, machte Gorbačev bei dem nächsten direkten Supermächte-Gespräch, das am 31. Mai ebenfalls in Camp David stattfand, in der „zentralen Frage" der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland eine grundsätzliche „Konzession", die allerdings interpretationsbedürftig war. Nach einer sehr kontroversen Diskussion einigten sich Gorbačev und Bush auf folgende Erklärung des amerikanischen Präsidenten in der Pressekonferenz: Nach der Bekräftigung des *amerikanischen* Standpunkts, dass ein vereintes Deutschland „Vollmitglied in der NATO" sein solle, folgte der Satz: Obwohl Präsident Gorbačev diese Auffassung *nicht* teile, seien sie beide „in voller Übereinstimmung, dass die Frage der Bündniszugehörigkeit gemäß der Schlussakte von Helsinki eine Angelegenheit ist, die von den Deutschen entschieden werden müsse"[137]. War damit die Sache „gelaufen", weil ja auch Gorbačev wusste, wie die Deutschen votieren würden? Welche Rolle spielten dann noch die berühmten deutsch-sowjetischen Gipfelgespräche in Moskau und Archys am 15. und 16. Juli? Ist Kohls Bewertung[138] zutreffend, dass das dort erzielte Ergebnis „den Durchbruch zur deutschen Einheit im festen Bündnis mit den freiheitlichen Demokratien Westeuropas und Nordamerikas in zunehmender politischer und wirtschaftlicher Integration Europas" bedeutete? Oder wurde und wird mit einer solchen Interpretation eine „Kaukasus-Mär" verbreitet?[139]

Die Quellen erlauben eine eindeutige Antwort auf diese (für die Einschätzung der deutsch-sowjetischen Verhandlungen so wichtigen) Fragen.[140] Vor allem das Fernschreiben, mit dem Präsident Bush den Bundeskanzler über sein Gespräch mit Präsident Gorbačev in Camp David informierte, belegt[141]: Gorbačev hatte in Camp David die volle NATO-Mitgliedschaft Deutschlands *noch nicht* akzeptiert; er hatte nur grundsätzlich der Bezugnahme auf das Helsinki-Prinzip zugestimmt. In Moskau und Archys handelten Gorbačev und Kohl die Bedingungen aus, unter denen die konkrete Anwendung dieses Prinzips und deren zu erwartendes Ergebnis (das deutsche Votum für die NATO-Mit-

[136] Ebd., S. 214.
[137] Zit. nach *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 299, Anm. 5, S. 1178.
[138] Kohl an Mitterrand, 17. Juli 1990, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 356, S. 1374; vgl. auch *Weidenfeld*, Außenpolitik, S. 661.
[139] So *Andreas Rödder* in FAZ vom 29. September 2000; und in gleichem Sinne *von Plato*, Vereinigung Deutschlands, passim.
[140] Telefongespräch Kohl – Bush, 17. Juli 1990, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 355, S. 1371–1374, hier S. 1372.
[141] Bush an Kohl, 4. Juni 1990, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 299, S. 1174f.

gliedschaft) akzeptabel wurden. Hätte man sich dort oder später nicht darüber geeinigt, wäre die Camp-David-Formel vom 31. Mai folgenlos geblieben. Erst mit den Vereinbarungen in Archys wurde die Einheit Deutschlands – wie Gorbačev in seinen Erinnerungen treffend schrieb[142] – „besiegelt". Die Annäherung der Supermächte hatte die Voraussetzung dafür geschaffen.

Die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft erfolgte mit der Maßgabe, dass die NATO-Strukturen bis zum Abzug der sowjetischen Truppen nicht auf das DDR-Gebiet ausgedehnt werden würden. Der sowjetische Truppenrückzug würde binnen drei bis vier Jahren vollzogen und in einem bilateralen Vertrag geregelt werden (einschließlich der finanziellen Leistungen, die Deutschland dafür zu erbringen habe). Die Streitkräfte des vereinten Deutschland würden auf 370 000 Mann beschränkt werden. Deutschland werde den Verzicht auf ABC-Waffen bekräftigen und weiterhin dem Nichtverbreitungsvertrag angehören. Der politische Rahmen für den Neuanfang und die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen dem vereinten Deutschland und der Sowjetunion würde ein neuer, umfassender bilateraler Vertrag sein, der unmittelbar nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag abgeschlossen werden sollte.[143] Der Austausch der schriftlich fixierten „Überlegungen" beider Seiten zu einem solchen „großen" Vertrag am 15. Juli in Moskau und die Übereinkunft in Archys am folgenden Tag, mit der konkreten Vertragsausarbeitung unverzüglich zu beginnen[144], schufen die Grundlage für den deutsch-sowjetischen Konsens im Kaukasus und für den schnellen erfolgreichen Abschluss der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen.

Dass dieser essenzielle Zusammenhang – die „Kopplung" (Kvicinskij)[145] – nicht eine nachträgliche Konstruktion im Ratifikationsprozess des Obersten Sowjet war, sondern die Ratio der deutsch-sowjetischen Verhandlungen ausmachte, geht aus der Vertragsgenese eindeutig hervor, die deshalb wenigstens zu skizzieren ist.

Die Initiative ging vom Bundeskanzler aus.[146] Es war sein Vertragsvorschlag, der den Weg nach Archys öffnete.[147] Noch wichtiger war, dass Kohl eine Vorleistung erbrachte. Die Bundesregierung erklärte sich bereit, zur Abwendung der drohenden sowjetischen Zahlungsunfähigkeit für einen ungebundenen Kredit in Höhe von 5 Milliarden DM zu bürgen. Und er verband diese ungewöhnlich große finanzielle Hilfeleistung mit der Erwartung, dass Gorbačev „im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Prozesses im gleichen Geist alles unternimmt, um die erforderlichen Entscheidungen herbeizuführen, die eine konstruktive Lösung der anstehenden Fragen ermöglichen". Diese Entscheidungen noch in diesem

[142] *Gorbatschow*, Erinnerungen, S. 724.

[143] Siehe Protokolle der Gespräche Kohl – Gorbatschow, 15. und 16. Juli 1990, in: *Küsters / Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 350 und 353.

[144] Zu Kohls „Überlegungen" siehe *Weidenfeld*, Außenpolitik, S. 667; zu sowjetischen Überlegungen (in Form eines Vertragsentwurfs) siehe *Küsters / Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 351, S. 1348–1352.

[145] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, S. 20 und S. 90.

[146] Gespräch Kohl – Kvicinskij, 23. April 1990, in: *Küsters / Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 253, S. 1027.

[147] Siehe Gespräch Teltschik – Gorbatschow, 14. Mai 1990, in: *Küsters / Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 277, S. 1117f.; vgl. *Teltschik*, 329 Tage, S. 232ff.

Jahr herbeizuführen, liege – so Kohl in seinem Brief vom 22. Mai[148] – im gemeinsamen Interesse, „nicht zuletzt, um den Weg freizumachen für den von mir Ihnen bereits vorgeschlagenen umfassenden Kooperationsvertrag zwischen der Sowjetunion und dem künftig geeinigten Deutschland". Deutlicher konnte der konditionale Zusammenhang nicht zum Ausdruck gebracht werden. Diese Konditionalität wurde von Kohl auch in Moskau und Archys betont. Sein Ziel sei es, „vorausgesetzt, dass sie gemeinsam die aktuellen Probleme lösen würden", innerhalb eines Jahres den Kooperationsvertrag abzuschließen.[149]

Wie in Moskau bzw. Archys vereinbart, fanden die deutsch-sowjetischen Arbeitsgespräche über den „großen Vertrag" und über einen umfassenden Wirtschaftskooperationsvertrag im August statt.[150] Parallel dazu wurde über einen Überleitungs- und Truppenrückzugsvertrag verhandelt. Anfang September – wenige Tage vor der geplanten Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags – standen immer noch zwei Problempunkte einer Einigung im Wege: Die Nichtangriffsklausel im Großen Vertrag und die finanziellen Leistungen für den Truppenabzug im Überleitungsvertrag.

In der sicherheitspolitischen Frage lenkte der Kanzler ein, indem er sich einverstanden erklärte,

> „dass der Generalvertrag eine Aussage über Nicht-Unterstützung eines Angreifers enthalte, wie sie von sowjetischer Seite gewünscht werde. Die Formulierung müsse jedoch so ausfallen, dass jede Nähe zum Hitler-Stalin-Pakt oder zu den Verträgen, die die DDR mit der Sowjetunion abgeschlossen habe, unmissverständlich vermieden werde."[151]

Die finanziellen Leistungen der Bundesrepublik im Rahmen des Truppenrückzugs wurden – nach dramatischen Telefonaten zwischen Kohl und Gorbačev[152] – auf 12 Milliarden DM plus einem zinslosen Kredit von 3 Milliarden DM aufgestockt.

Die zweifache Einigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion über den „großen Vertrag" und über den Truppenabzugsvertrag waren also der entscheidende Akt in der kritischen Schlussphase der internationalen Verhandlungen über die „äußeren Aspekte" der deutschen Wiedervereinigung. Am 12. September 1990 wurde der Zwei-plus-Vier-Vertrag in Moskau unterzeichnet; und am folgenden Tag paraphierten die Außenminister Genscher und Ševardnadze den „großen" bilateralen politischen Kooperationsvertrag, wodurch der innere Zusammenhang zwischen beiden nochmals unterstrichen wurde; die feierliche Unterzeichnung nahmen Kohl und Gorbačev am 9. November 1990[153] in Bonn vor. Die Außen- und Wirtschaftsminister beider Länder setzten am gleichen Tag ihre Unterschrift unter den Wirtschaftskooperationsvertrag. Dass

[148] Kohl an Gorbatschow, 22. Mai 1990, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 284, S. 1136.

[149] Gespräch Kohl–Gorbatschow, 15. Juli 1990, in: ebd., Dok. 350, S. 1311ff.

[150] Siehe u. a. Gespräch Teltschik–Kvicinskij, 28. August 1990, in: ebd., Dok. 402, S. 1506; *Teltschik*, 329 Tage, S. 353f.

[151] *Teltschik*, 329 Tage, S. 357.

[152] Telefongespräch Kohl–Gorbatschow, 7. September 1990, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 415, S. 1527–1530; Telefongespräche vom 10. September, ebd., Anm. 6.

[153] Der Vertrag über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und der Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus Deutschland und das Überleitungsabkommen wurden von dem deutschen Außen- bzw. Finanzminister und dem sowjetischen Botschafter in Bonn am 12. bzw. 19. Oktober 1990 unterzeichnet.

die umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit, die auch im Artikel 8 des politischen Vertrags erwähnt war, durch einen gesonderten Vertrag detailliert vereinbart wurde, unterstrich die nach wie vor fundamentale Bedeutung des ökonomischen Bereichs für die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Somit war zur Regelung der Beziehungen zwischen Deutschland (wie der vereinte Staat hinfort offiziell hieß) und der UdSSR ein mehrteiliges „Gesamtwerk“ (Kohl) geschaffen worden, dessen Kern der „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ war.[154] An die Stelle des Moskauer Vertrages trat der Bonner Vertrag.

Beide Seiten bekräftigen darin die gemeinsamen Werte und das Selbstbestimmungsrecht „aller Völker und Staaten“. Sie verpflichten sich – wie im Moskauer Vertrag –, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa und die bestehenden Grenzen uneingeschränkt zu achten, und erklären, keine Gebietsansprüche gegen irgendjemanden zu haben und solche auch in Zukunft nicht zu erheben. Mit dem generellen und gegenseitigen Gewalt- und Angriffsverzicht verbinden sie die Zusicherung, dass – falls eine der beiden Seiten zum Gegenstand eines Angriffs werden sollte – die andere Seite „dem Angreifer keine militärische Hilfe oder sonstigen Beistand leisten“ werde (Art. 3, Abs. 3). Das Bekenntnis zur Rüstungskontrolle und -reduktion orientiert sich an der traditionellen Maxime, ein stabiles Gleichgewicht auf niedrigem Niveau herzustellen, „das zur Verteidigung, aber nicht zum Angriff ausreicht“ (Art. 4). Der KSZE-Prozess soll „durch Schaffung ständiger Einrichtungen und Organe“ weiterentwickelt werden (Art. 5). Art. 6 sieht enge Konsultationen vor – auf höchster Ebene mindestens einmal jährlich, auf Außenministerebene mindestens zweimal im Jahr sowie „regelmäßig“ zwischen den Verteidigungsministern. Mehrere Artikel sind der Zusammenarbeit in einzelnen gesellschaftlichen und politischen Bereichen gewidmet: Kultur, Wissenschaft, Technik, Wirtschaft, Umweltschutz; Austausch zwischen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere Jugendaustausch; gemeinsame Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung. Art. 16 sagt die Rückgabe der „verschollenen oder unrechtmäßig verbrachten Kunstschätze“ zu. Beide Seiten betrachten ihre Zusammenarbeit „als einen Bestandteil und ein dynamisches Element der Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses“ (Art. 21) – mit dem Ziel, „eine dauerhafte und gerechte europäische Friedensordnung einschließlich stabiler Strukturen der Sicherheit zu schaffen“ (Präambel).

Entsprach dieser Vertragsinhalt den Absichten und Erwartungen, die beide Seiten mit der Vertragsidee verbunden hatten?

Während der Zwei-plus-Vier-Vertrag einen Schlussstrich unter die jüngste Vergangenheit zog, sollte der Bonner Vertrag auf die „große geschichtliche Tradition“ (Kohl) zurückgreifen und in die Zukunft weisen; den deutsch-sowjetischen Beziehungen „eine neue Qualität“ verleihen (Präambel). Die diesbezüglichen sowjetischen Erwartungen waren von Anfang an recht hoch, gingen in Richtung auf die Begründung einer „privilegierten Zusammenarbeit“. Die Sowjetunion wollte sich auf Deutschland „abstützen“.[155] Gorbačev maß den deutsch-sowjetischen Beziehungen in Europa eine ähnlich große Be-

[154] *Auswärtiges Amt* (Hrsg.), Deutsche Außenpolitik 1990/91, Bonn 1991, Dok. 61, S. 237–243; EA 1991, S. D 85–D 90.

[155] So Kvicinskij im Gespräch mit Teltschik, 28. August 1990, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 402, S. 1506.

deutung zu wie den Supermächtebeziehungen.[156] Botschafter Kvicinskij glaubte sich gar der Verwirklichung seines Traumes nahe, „etwas im bismarckschen Sinne zu machen“[157]. Bundeskanzler Kohl hatte die sowjetischen Erwartungen noch gesteigert, indem er bei der Übergabe seiner Vertragsüberlegungen erläuternd angemerkt hatte, sie enthielten „Anlehnungen an den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag“, sie hätten „vieles mit ihm gemeinsam“ (wobei er wohl speziell den Konsultationsmechanismus und den Jugendaustausch im Auge hatte[158]). Vor allem aber hatten beide Seiten während der Verhandlungen und bei der Vertragsunterzeichnung der Erwartung Ausdruck gegeben, dass der bilaterale Vertrag eine positive Wirkung auf den KSZE-Prozeß haben werde – als „Stützpfeiler“, als „Teil der tragenden Konstruktion des gesamteuropäischen Hauses“[159].

Wenn man zum Optimismus neigte, schien der Vertragsinhalt, auf den ersten Blick beurteilt, den gehegten Erwartungen einigermaßen gerecht zu werden (abgesehen von der Unerfüllbarkeit des Bismarckschen Traums). Bei einer eher pessimistischen Betrachtungsweise mochte gerade der Hinweis auf den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963 de Gaulles damalige Feststellung in Erinnerung rufen, dass Verträge wie Rosen und junge Mädchen seien, die schnell verwelken.[160] Im sowjetischen Ratifikationsprozess wurde sogar deutlich, dass die Sowjetunion eine ausdrückliche Vertragsverpflichtung (nämlich die Rückgabe der „Beutekunst“) nicht zu erfüllen gedachte.[161] Die ursprünglich exzeptionelle Stellung des Bonner Vertrages („privilegierte“ Zusammenarbeit) wurde bald relativiert durch den Abschluss von ähnlichen Verträgen mit Frankreich, Italien und Spanien, was insofern heilsam wirkte, weil damit das Gespenst von Rapallo (man sprach im Ausland von „Stawrapallo“) endgültig verscheucht wurde.[162] Schließlich verkannten die KSZE-Optimisten die sicherheitspolitische Dominanz der NATO und den gesamteuropäischen Ordnungsanspruch ihres amerikanischen Hegemons, dem Deutschland weiterhin – getreu dem „historic bargain“ zwischen Kohl und Bush – Rechnung trug. Die Formulierung des Artikels beeinträchtigte in keiner Weise die NATO-Verpflichtungen Deutschlands.[163] Dass nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland die NATO nicht auf die mittel- und osteuropäischen Staaten ausgedehnt werden würde, hatte sich Gorbačev von Außenminister Baker zwar versichern lassen, es war aber nirgends verbindlich festgeschrieben worden. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet der „privilegierte“ Partner der Sowjetunion die NATO-Mitgliedschaft Polens offen unterstützte und die Regierung Clinton in dieser Richtung beeinflusste, nachdem der Abzug der Roten Armee aus Deutschland planmäßig zum 31. Dezember 1994 erfolgt war. Dass dieser militärische Rückzug harmonisch verlief, war in gewisser

[156] Gespräch mit Kohl, 15. Juli 1990, in: *Gorbatschow*, Gipfelgespräche, S. 165.
[157] Gespräch Kohl – Kvicinskij, 23. April 1990, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 253, S. 1028.
[158] Gespräch Kohl – Gorbatschow, 15. Juli 1990, in: ebd., S. 1345.
[159] So Gorbačev im Gespräch mit Teltschik, 14. Mai 1990, in: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 277, S. 1116; Erklärung Gorbačevs bei Vertragsunterzeichnung am 9. November 1990, in: Deutsche Außenpolitik 1990/91, Dok. 66, S. 256f.
[160] Siehe *Horst Osterheld*, „Ich gehe nicht leichten Herzens …“ Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986, S. 236f.
[161] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, S. 97.
[162] *Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzleramt, S. 720.
[163] Ebd., S. 719f.

Weise ein Beleg dafür, dass im politischen Bereich tatsächlich eine neue Beziehungsqualität entstanden war. Ein weiteres Indiz dafür war die Tatsache, dass Bundeskanzler Kohl die Einbeziehung Russlands in die „Gruppe der Sieben“ erfolgreich betrieb. Im wirtschaftlichen Bereich erwiesen sich die Vertragsvereinbarungen – trotz der Schwierigkeiten bei der Umstellung der russischen Wirtschaft – als hilfreich. Wie bei der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Moskauer Vertrag war auch nach dem Bonner Vertrag das beiderseitige Interesse an der Wirtschaftskooperation ein solides Fundament. Die deutsche Wirtschaftskraft hat die Wiedervereinigung gefördert und machte Deutschland zum herausragenden Partner der Sowjetunion bzw. Russlands.

Zwischen dem Moskauer Vertrag und dem Bonner Vertrag lagen zwanzig Jahre. Die „neue Qualität“, die der Bonner Vertrag den deutsch-sowjetischen bzw. deutsch-russischen Beziehungen tatsächlich verlieh, ist wohl am besten zu bestimmen, wenn man – statt weiter die Zukunftsperspektiven aus der Sicht des Jahres 1990 zu erörtern – einen Rückblick auf die zwanzigjährige Wegstrecke im Vergleich zwischen beiden Verträgen vornimmt und so den Hauptbefund der Analyse zusammenfasst:

Durchgängig war die Dominanz der internationalen Systembedingungen charakteristisch.[164] Der Moskauer Vertrag war unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts entstanden. Er konnte nur ein Modus-vivendi-Vertrag sein, weil die zentrale Streitfrage der Teilung Deutschlands und Berlins nicht zu lösen war. Das atomare Gleichgewicht und die aus ihm resultierende Détente ließen es ratsam erscheinen, trotz Nicht-Übereinstimmung in den Grundpositionen einen Modus vivendi zu fixieren und dann auszugestalten, und zwar auf der Basis des Status quo. Die Sowjetunion wollte durch die Anerkennung des Status quo ihren Herrschaftsbereich stabilisieren. Die Bundesrepublik wollte durch die Anerkennung des Status quo ihn langfristig verändern. Dieser immanente Widerspruch wurde durch den Brief zur deutschen Einheit entschärft; der Wiedervereinigungsrevisionismus wurde mit dem Moskauer Status-quo-Vertrag kompatibel gemacht. Die Ausgestaltung des Modus vivendi war – wie gezeigt wurde – mal mehr und mal weniger erfolgreich, in Abhängigkeit von der jeweiligen Regulierung des Ost-West-Konflikts. So entstand auf beiden Seiten eine „Teilzufriedenheit“ (Schmidt). Der Primat der Sicherheit setzte der pragmatischen Politik enge Grenzen. Erst als der Ost-West-Konflikt zu Ende ging, konnte die „Zwei-Staaten-Realität“ revidiert und dann zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein neues Vertragsverhältnis definiert werden, das nicht mehr einen Modus-vivendi-Charakter hatte, weil ja der ihn begründende Streitpunkt beseitigt war. Nicht revidiert werden konnte die Ostgrenze. Die Politik des territorialen Revisionismus war bereits im Moskauer und Warschauer Vertrag im Namen der Bundesrepublik aufgegeben worden. Jetzt begrenzte Artikel 1 des Zwei-plus-Vier-Vertrags definitiv das Gebiet des vereinten Deutschland auf das Territorium der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Berlins und verpflichtete Deutschland, mit Polen einen Grenzvertrag auf dieser Grundlage abzuschließen (was dann auch am 14. November 1990 geschah). Damit

[164] Zu diesem Ergebnis gelangt auch – bezogen auf die Wiedervereinigung – *Klaus Hildebrand*, Wiedervereinigung und Staatenwelt. Probleme und Perspektiven der Forschung zur deutschen Einheit 1989/90, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), S. 193–210; ähnlich *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 697.

war „auch das Problem des Kaliningrader Gebiets erledigt“[165]. Der Bonner Vertrag bezog sich ausdrücklich auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Die Bekundungen des Kooperationswillens, die bei der Ausgestaltung des Moskauer Modus-vivendi-Vertrages immer wieder in deutsch-sowjetischen Erklärungen und in Einzelverträgen ihren Ausdruck gefunden hatten, und die völkerrechtlichen Grundsätze, die auch in dieser Zeit beschworen, aber keineswegs immer beachtet worden waren, waren auch im neuen Vertrag wortreich enthalten. Die Chancen, sie zu realisieren, waren unter den neuen internationalen Bedingungen besser als früher. Den Bonner Vertrag „mit Leben zu erfüllen“ war die Aufgabe, die von beiden Seiten zu bewältigen war. Als nach einem Jahr die Sowjetunion implodierte, wurde Russland als Rechtsnachfolger der Vertragspartner Deutschlands. Der Bonner Vertrag zur Entwicklung der deutsch-*sowjetischen* Beziehungen wurde zum Rahmen für die deutsch-*russischen* Beziehungen in einer neuen Ära.

[165] So der Stellvertretende Außenminister Kvicinskij vor dem Obersten Sowjet am 4. März 1991, in: *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, S. 91.

Helmut Altrichter / Lilia Antipow

Schlüsseldokumente zur russischen und zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts im Internet

Mitte Dezember 1986 berichtete Radio Moskau, in der UdSSR werde eine neue Informationspolitik betrieben. Die Partei fordere alle Massenmedien auf, nichts zurückzuhalten und in der Berichterstattung über das politische, wirtschaftliche und soziale Leben der sowjetischen Gesellschaft mit allen Tabus aufzuräumen. War die Geschichte davon auszunehmen? Im Februar 1987 war es Gorbačev selbst, der seine frühere Zurückhaltung aufgab. Bei einem Treffen mit führenden Medienvertretern überraschte er mit der lapidaren Feststellung: Man müsse auch die Geschichte sehen, „wie sie ist", „vergessene Namen" und „weiße Flecken" dürfe es nicht mehr geben, weder in der Literatur noch in der Geschichte. Die Revolution im Denken, im Verhältnis zur eigenen Vergangenheit, die er auslöste, förderte und begünstigte, kann in ihrer Bedeutung kaum überschätzt werden. Überall sah man sich mit ihren Themen konfrontiert: im Fernsehen, im Kino, auf der Bühne; Tageszeitungen griffen sie, erstmals um das Leserinteresse konkurrierend, auf; Illustrierte stellten ihre eigenen Recherchen an; Zeitzeugen, Betroffene meldeten sich hier wie dort zu Wort; in den „dicken Journalen" stieß man auf ihre literarische Verarbeitung.

Dabei wurde Stück um Stück in Frage gestellt, was bisher als unantastbar galt. Das zaristische Russland hörte auf, nur graue Vor-Zeit zu sein, Negativfolie, vor der sich die sowjetische Gegenwart umso strahlender abhob. Die Beschäftigung mit den 20er Jahren führte zur politischen Rehabilitierung der damals Unterlegenen, die sich – angeblich oder tatsächlich – für eine offenere und freiere Gesellschaft, für einen langsameren und humaneren Weg zum Sozialismus, mit mehr Markt und Mitbestimmung eingesetzt hatten. Zum ersten Mal erfuhr die Sowjetbevölkerung das Ausmaß der Tragödie, die mit der Kollektivierung Ende der 20er Jahre über die ländliche Bevölkerung hereingebrochen war. Nun wurde auch der Schleier des Tabus, der Stalin und die 30er Jahre, die Zeit der „Großen Säuberungen", umgab, weggezogen. Schriftsteller schilderten ihren sowjetischen Lesern, welche Deformationen die Verfolgung der Bauern, der Intellektuellen, der militärischen Führung in der Gesellschaft nach sich zog; zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften druckten ihre Kurz- und Fortsetzungsgeschichten ab; selbst in Kinderbüchern wurden sie zum Thema. Doch nicht nur die Literatur, auch die politische Presse nahm sich der Geschichte an. So brachte die Zeitung „Izvestija" eine Artikelserie zum System der Zwangsarbeitslager.

Zögerlich, aber sichtbar begann sich in Bibliotheken und Archiven 1987/88 die Praxis zu ändern. Durfte bis 1986 die Existenz der „Asservatenkammern" (*specchrany*) in

den Bibliotheken nicht einmal erwähnt werden, so war nun in der Zeitung nachzulesen, dass die Oberste Zensurbehörde (*Glavlit*) damit begonnen hatte, Teile der weggesperrten „Sonderfonds“ in die allgemeinen Bestände zu überführen. Die staatlichen Archive gaben dem gestiegenen Publikumsinteresse nach, indem sie den Zugang liberalisierten und Bestände freigaben, die noch kurz zuvor als Staatsgeheimnisse gehütet worden waren. Dazu gehörten unter anderem die Unterlagen der Volkszählungen von 1937 und 1939 (selbst wenn die sie einsehenden sowjetischen Historiker nach altem Brauch in den nachfolgenden Publikationen ihre Fundorte nicht angeben durften). Die Materialien erlaubten (im Vergleich mit der Zählung von 1926) eine erste Abschätzung der „Bevölkerungsverluste“, der demographischen Begleiterscheinungen und Folgen der Kollektivierung, der ihr folgenden Hungerkatastrophe und der Repressionen in der zweiten Hälfte der 30er Jahre. Das Ergebnis (ein „Fehlbestand“ von 8 bis 12 Millionen) erschien Stalin seinerzeit so alarmierend, dass er die Verantwortlichen erschießen und das Ergebnis korrigieren ließ. Selbst das Zentrale Parteiarchiv begann – dem Kurs der Führung folgend – mit Artikelserien zu den Schauprozessen der 30er Jahre und ihren Hintergründen, publizierte seit 1989 in der Zeitschrift „Izvestija CK KPSS“ regelmäßig bisher unbekannte Dokumente der Parteigeschichte, darunter Anfang 1991 auch das Protokoll des denkwürdigen ZK-Plenums vom 2. bis 7. Juli 1953, auf dem die Amtsenthebung und der Parteiausschluss Berijas abgesegnet worden waren.

Inzwischen hatte sich die Diskussion der Tabuthemen Zweiter Weltkrieg, Lenin und Oktoberrevolution angenommen. So waren etwa im Sommer 1988 die berüchtigten Durchhaltebefehle Nr. 270 vom 16. August 1941 und Nr. 227 vom 28. Juli 1942 veröffentlicht worden; der erste Befehl setzte Gefangenschaft mit Verrat gleich und bot nach Kriegsende die Handhabe, Soldaten nach ihrer Befreiung aus deutscher Kriegsgefangenschaft unmittelbar in die Lager des GULag zu schicken; der zweite warf den Truppenteilen, die Rostov, Novočerkassk und andere Städte geräumt hatten, Feigheit vor, drohte den Offizieren mit Versetzung zu Strafbataillonen und ordnete die Bildung bewaffneter Sperrabteilungen an, um nichtbefohlenen Rückzug mit allen Mitteln zu verhindern. Durch einen Artikel in der Zeitung „Moskovskie Novosti“ erfuhr im Mai 1989 in der Sowjetunion zum ersten Mal eine breitere Öffentlichkeit von den Morden an polnischen Offizieren in Katyn’. Im März 1990 schob die Zeitung Einzelheiten über das Verschwinden der über 20 000 polnischen Offiziere und Angehörigen der Intelligenz sowie Angaben über die dafür verantwortlichen sowjetischen NKWD-Offiziere nach, bevor dann im April eine Erklärung der TASS die Nachricht bestätigte und von einem der „schwersten Verbrechen des Stalinismus“ sprach. Im Sommer 1989 begann auch eine Diskussion über das heikle Thema der Vlasov-Armee. War sie bisher in sowjetischen Medien entweder totgeschwiegen oder als perfider „Verrat“ eingestuft worden, gab es jetzt auch nachdenklichere Stimmen, die zumindest auf den Massencharakter des Verrates hinwiesen und Stalin am Seitenwechsel eine erhebliche Mitschuld gaben. Und in demselben Sommer 1989 erzwangen die baltischen Abgeordneten im neugewählten Volksdeputiertenkongress die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die der Frage des Geheimen Zusatzprotokolls zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 nachgehen sollte. Die Sowjetführung hatte die Existenz des Protokolls, in dem Hitler und Stalin Ostmitteleuropa für den Fall eines Krieges unter sich aufgeteilt hatten, stets bestritten und den im Westen kursierenden Text als Fälschung bezeichnet.

Als die Kommission Ende Dezember 1989 die Tatsache der Absprachen und die Echtheit der Dokumente bestätigte, war dies für Litauer, Esten und Letten der letzte Anstoß zur Separation.

Der gescheiterte Putschversuch im August 1991, dem kaum eine halbes Jahr später die Auflösung der Sowjetunion folgte, bedeutete auch in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, der Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte einen Dammbruch. Dekrete des russischen Präsidenten El'cin verboten der Kommunistischen Partei in Russland jede weitere Tätigkeit, bis eine Untersuchung ihre Rolle beim Putsch geklärt hatte; sie nationalisierten das Parteivermögen und übergaben es zur treuhänderischen Verwaltung den jeweiligen Orts- und Gebietssowjets; für das Zentrale Parteiarchiv, die Handakten der Allgemeinen Abteilung des Zentralkomitees und die regionalen Parteiarchive (einschließlich aller Baulichkeiten und des Personals) sollten künftig die staatlichen Archivverwaltungsstellen Russlands zuständig sein; die Begründung hierfür lautete: Weil die Partei *de facto* als Teil des Staatsapparates fungiert hatte, müssten auch die daraus hervorgegangenen Dokumente in die Obhut des Staates übernommen werden; die Moskauer Stadtverwaltung ließ die Parteizentrale (das ZK-Gebäude am „Alten Platz") versiegeln, um einer Vernichtung von Aktenbeständen vorzubeugen. Gesetze und Verordnungen zur Rehabilitierung aller politischen Opfer seit dem Tag der Oktoberrevolution, zur Erschließung und Deklassifizierung von Archivbeständen folgten. Was als vorsichtige „Tilgung weißer Flecken" begonnen hatte, stellte sich nun als gigantisches Projekt – als Neuvermessung der sowjetischen Geschichte nach ihrem Ende – dar. Die Zielsetzung, von dieser Diskussion über die sowjetische Geschichte zu berichten, von dem, was weiterhin gilt, und von dem vielen, was sie neu zutage brachte und zutage bringt, ihre Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, stand am Anfang der hier vorzustellenden Internet-Edition.

Ihre Initiatoren schlugen vor, dies an ausgewählten *Schlüsseldokumenten der russischen und sowjetischen Geschichte zwischen 1917 und 1991* zu versuchen, an ihnen Weichenstellungen der Entwicklung von Partei und Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu illustrieren und dabei zugleich in den Stand ihrer Erforschung einzuführen. Ein kurzer Vorspann (Zusammenfassung) sollte das Dokument vorstellen und erklären, wofür es ein Schlüsseldokument ist; danach ein (drei- bis fünfseitiger) Kommentar in das Dokument, sein thematisches Umfeld und den Forschungsstand einführen, mit ergänzenden Hinweisen auf weiterführende Quellen und Literatur; schließlich sollte das Dokument selbst folgen, als Typoskript (Volltext) und als Faksimile (Image). Als Kommentatoren waren fachlich entsprechend ausgewiesene deutschsprachige wie russische Historiker zu gewinnen, alle Texte (Dokumente wie Kommentare) zweisprachig (deutsch und russisch) zu präsentieren, und ein Glossar sollte für die Klärung von Begriffen und die Vorstellung von Personen sorgen. Es wurde angeregt, die Dokumentation mit der Entwicklung des Staates, seiner politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundordnung sowie seiner Außenpolitik zu beginnen, danach rasch auch andere Felder der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung einzubeziehen. Eine erste vorläufige Liste machte deutlich, an welche „100(0) Schlüsseldokumente" dabei gedacht wurde; die Zahl 100 sollte signalisieren, dass es sich dabei nur um eine begrenzte Anzahl handeln konnte, die dritte Null in Klammern auf die prinzipielle Offenheit der Sammlung verweisen. Bei den Dokumenten war zunächst an „Texte" im herkömmlichen Sinne gedacht, doch sollten beim weiteren

Ausbau dem Medium entsprechend auch Bilder sowie Audio- und Videodokumente in die Edition aufgenommen werden.

Das Konzept wurde in der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen positiv aufgenommen, die Federführung dem Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg und dem Institut für Allgemeine Geschichte der Russländischen Akademie der Wissenschaften (Moskau) übertragen. Im Frühsommer 2001 unterzeichneten als Leiter der beiden Institutionen, Herr Professor Dr. Helmut Altrichter und Akademiemitglied Professor Dr. Aleksandr O. Čubar'jan, in Moskau eine entsprechende Absichtserklärung, in Vorgesprächen hatte sich die Bayerische Staatsbibliothek München bereit erklärt, die technische Umsetzung zu übernehmen und die kommentierten Dokumente auf ihrem Server bereitzustellen; Vertreter der Archive sagten zu, Faksimiles für die Internetedition zur Verfügung zu stellen. In Erlangen wurde, mit Projektmitteln des Bundesministeriums des Innern, eine kleine Kopfstelle für die redaktionelle Betreuung der Beiträge (in Person von Frau Lilia Antipow M.A.) eingerichtet, in Moskau übernahmen die Koordinierung Prof. Dr. Aleksandr V. Šubin und Dr. Viktor V. Iščenko. Die Moskauer Kollegen, erneut sind hier vor allem Prof. Čubar'jan und Prof. Šubin zu nennen, wirkten bei der Auswahl der Dokumente ebenso mit wie bei der Einwerbung von Kommentaren; sie leisteten darüber hinaus wertvolle Mithilfe bei der Bereitstellung von Faksimiles durch russische Archive.

Im Herbst 2001 wurden die ersten 20 Dokumente zur Kommentierung an Fachkollegen vergeben, von deren Bereitschaft zur Mitarbeit das Projekt ja abhängig war und blieb, mit der Bitte, ihre Texte binnen Jahresfrist fertigzustellen. Selbst wenn nicht immer alle Zusagen dann auch eingehalten wurden, wuchs die Edition bis zum Frühjahr 2007 auf über 80 kommentierte Dokumente. Wie geplant gehören dazu alle Verfassungen Sowjetrusslands (von der ersten vom Juli 1918, über den Gründungsvertrag der Sowjetunion 1922 und die Stalin-Verfassung von 1936 bis zur Breżnev-Verfassung 1977), wichtige Staatsgrundgesetze (von den Dekreten über Grund und Boden und die Einrichtung des Rates der Volkskommissare 1917 bis zum Appell der Putschisten und dem Rücktritt Gorbačevs als Staatspräsident 1991), Schlüsseldokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen (wie der Friedensvertrag von Brest-Litovsk 1918, der Vertrag von Rapallo 1922, der Berliner Vertrag 1926, der deutsch-russische Nichtangriffspakt und der Grenz- und Freundschaftsvertrag vom August bzw. September 1939, Stalins Rede im Kreml vor Absolventen der Militärakademien vom 5. Mai 1941, die Stalin-Noten 1952, der Moskauer Vertrag 1970 und der Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990), aber auch wichtige Manifestationen zur Ausbildung des sowjetischen Systems und der Kritik an ihm (wie die Resolution der Kronstädter Matrosen 1921, Lenins sog. Politisches Testament von 1922/23, „Rjutins Brief" gegen die stalinistische Herrschaft 1932, der Beschluss des Politbüros des CK der VKP (b), mit dem es 1937 seine Zustimmung zu den Massenrepressionen gegen aus der Verbannung zurückkehrende Kulaken erteilte, der Beschluss des Politbüros zur Erschießung polnischer Offiziere 1940, woraus der Fall Katyn' wurde, das Protokoll der ZK-Sitzung zur Absetzung Berijas 1953 oder die Geheimrede Chruščevs auf dem XX. Parteitag 1956). An der Kommentierung wirkten über 30 deutsche und russische Historiker mit, wobei – gemessen an der Anzahl der Kommentare – der Anteil beider Gruppen ziemlich ausgeglichen ist. Faksimiles stellten das Russländische Staatliche

Archiv für Politik- und Sozialgeschichte (RGASPI), das Staatliche Archiv der Russländischen Föderation (GARF), das Russländische Staatliche Archiv der Neuesten Geschichte (RGANI), das Archiv der Außenpolitik der Russländischen Föderation (AVP RF), das Staatliche Zentrale Museum der Zeitgeschichte Russlands (GCMSIR), alle Moskau, sowie das Bundesarchiv (BArch) und das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), beide Berlin, zur Verfügung. Alle Dokumente liegen wie geplant zweisprachig vor (was inzwischen auch für die Mehrzahl der Einführungen gilt). Erstmals wurden in der jüngsten Marge auch Filmszenen aufgenommen (die Heroisierung Stalins im Film „Der Schwur" 1946, seine Apotheose im Film „Der Fall Berlins" 1950, aber auch die durchaus ambivalente Charakterdarstellung seines historischen *alter ego* in Ėjzenštejns „Iwan IV." 1943/45).

Der Fortgang der Edition ließ den Plan zu einem *Parallelprojekt „100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert"* entstehen; sein Aufbau (Zusammenfassung, Kommentar, Quellen- und Literaturhinweise, Dokument als Volltext, Dokument als Faksimile, Hintergrundglossar) sollte mit dem russischen identisch sein. Die Anregung ging dabei von den russischen Kollegen in der deutsch-russischen Historikerkommission aus. Der Erlanger Lehrstuhl wurde gebeten, dafür eine entscheidungsreife Vorlage zu erarbeiten. Bei der Erstellung einer vorläufigen Dokumentenliste versicherte er sich der Mithilfe von ausgewiesenen Fachkollegen. Für ihre Unterstützung bei der Quellenauswahl sei Professor Dr. Andreas Wirsching (Universität Augsburg) für die Zeit der Weimarer Republik, Dr. Volker Dahm, Dr. Christian Hartmann und Privatdozent Dr. Dieter Pohl (alle: Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) für die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs, Professor Dr. Manfred Kittel und Professor Dr. Udo Wengst (beide Institut für Zeitgeschichte München–Berlin und Universität Regensburg) für die Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1969/72, Professor Dr. Andreas Rödder (damals Universität Stuttgart, jetzt Universität Mainz) für die Jahre zwischen 1969 und 1990/92 herzlich gedankt. Die mit ihrer Hilfe erstellte Vorschlagsliste von über „100(0) Schlüsseldokumenten zur deutschen Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg" ging im Frühjahr 2002 den beiden Kommissionsvorsitzenden (Professor Dr. Horst Möller, München–Berlin, und Professor Dr. Aleksandr Čubar'jan, Moskau) zu sowie Professor Dr. Jakov Drabkin, Moskau, der das Projekt maßgeblich mit angeregt hatte. Einwände wurden dagegen nicht erhoben, der Erlanger Lehrstuhl mit der Federführung betraut und das Vorhaben als Gemeinschaftsprojekt des Instituts für Geschichte der Universität Erlangen–Nürnberg und des Instituts für Allgemeine Geschichte der Russländischen Akademie der Wissenschaften in die Agenda der deutsch-russischen Historikerkommission aufgenommen, das Bundesministerium des Innern stellte Projektmittel in Aussicht.

2004 konnte mit einer ersten Marge begonnen werden. Mit den Projektmitteln der Kommission war es möglich, für jeweils zwei, drei Monate pro Jahr eine Redaktionsstelle zur Betreuung des Projekts einzurichten (in ihr waren nacheinander tätig: Herr Dr. J. Dittmann-Balcar, jetzt Universität München; Herr Dr. P. Bernhard, jetzt DHI Rom; sowie Frau Dr. A. Leendertz); Faksimiles anzufertigen und gegebenenfalls Publikationsrechte zu erwerben; sowie mit Sondermitteln Übersetzungen von Dokumenten und Kommentaren in Auftrag zu geben. Ebenso wichtig, ja noch wichtiger war, dass auch hier viele Fachkollegen zur (unentgeltlichen) Mitarbeit bereit waren, die Kommentierung von Dokumenten übernahmen; bisher waren es weit über 40 Historiker und Historikerinnen,

und das ist in etwa auch die Zahl der Dokumente, die inzwischen kommentiert und in Übersetzung vorliegen und auf dem Server der Bayerischen Staatsbibliothek präsentiert werden. Auch im „deutschen Projekt“ wurde mit Staatsgrundgesetzen (der Verfassung des Deutschen Reiches von 1919, dem Ermächtigungsgesetz von 1933, den Nürnberger Gesetzen von 1935, der Kapitulationsurkunde vom Mai 1945, den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz vom August des gleichen Jahres, den Frankfurter Dokumenten 1948, dem Grundgesetz der Bundesrepublik sowie der Vorbereitung der Staatsgründung in der DDR 1949, dem Wehrpflichtgesetz der Bundesrepublik und der DDR von 1956 bzw. 1962, den Notstandsgesetzen von 1968) sowie Weichenstellungen der Außenpolitik (Locarno 1925, Stahlpakt 1939, Hitlers Weisung Nr. 21 für den „Fall Barbarossa“ 1940, Pariser Verträge 1954, „Hallstein-Doktrin“ 1955, KSZE-Schlussakte 1975 oder NATO-Doppelbeschluss 1979) begonnen und die Dokumentation mit Eckdaten wie zentralen Manifestationen der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands (Entstehung der „Dolchstoßlegende“ 1919, „Tag von Potsdam“ im März 1933, „Wannsee-Konferenz“ vom Januar 1942, Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953, Schließung der Sektorengrenze im August 1961, Fall der Berliner Mauer 1989) fortgesetzt. Doch reicht auch hier die Edition bereits darüber hinaus (etwa mit der Kommentierung wichtiger Parteiprogramme vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, von Umfragen des EMNID-Instituts, einer SDS-Regionalkonferenz von 1968, des Krefelder Appells gegen den NATO-Doppelbeschluss von 1980), und neben „Texte“ im herkömmlichen Sinne sind auch Audio- und Bilddokumente getreten (wie ein Ausschnitt aus der zweiten Posener Rede Himmlers von 1943 oder das Bild einer Anti-Atomkraftdemonstration in Wyhl).

Die Internet-Adressen der Editionen lauten:
„100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte (1917–1991)“
http://mdzx.bib-bvb.de/1000dok/start.html
„100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert“
http://mdzx.bib-bvb.de/de1000dok/start.html

Dokumentenbeispiele

Dekret des 2. Allrussländischen Sowjetkongresses über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung, 26. Oktober (8. November) 1917

Zusammenfassung

Schon am Tag nach der Machtübernahme bildeten die Bolschewiki eine neue, revolutionäre Sowjetregierung, die sie „Rat der Volkskommissare“ nannten. Sie spiegelte Anspruch und Wirklichkeit der bolschewistischen Machtübernahme wider. Die neue Regierung, so verhieß das Gründungsdekret, sollte basisdemokratisch agieren, „in engem Kontakt mit den Massenorganisationen der Arbeiter, Soldaten und Bauern“ stehen; unbürokratisch und flexibel bleiben, sich auf bloße „Kommissionen“ stützen; und den obersten Sowjetgremien (dem Allrussländischen Sowjetkongress und seinem Exekutivkomitee) verantwortlich sein. Tatsächlich wurde von diesem Konzept nur wenig verwirklicht. Die „Kommissionen“ wurden nie geschaffen, statt dessen rückten die „Volkskommissare“ in die

alten Ministerien ein und übernahmen ihren Apparat. An die Stelle der Sowjetkontrolle trat die Abhängigkeit von der bolschewistischen Partei, die im ursprünglichen Konzept gar nicht vorgekommen war; und was den Bürgerkrieg und die 1920er und 1930er Jahre überdauerte, war im Grunde nur der revolutionäre Anspruch, greifbar in der Bezeichnung „Rat der Volkskommissare" für die sowjetische Regierung, bevor sie 1946 in „Ministerrat" umbenannt wurde.

Einführung

In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober (vom 6. auf den 7. November) 1917 stürzten die Bolschewiki in einem bewaffneten Aufstand die Regierung Kerenskijs und riefen die Sowjetrepublik aus. Als am darauffolgenden Abend der 2. Allrussländische Sowjetkongress zusammentrat, beschloss er – auf bolschewistischen Antrag – die Einrichtung einer „Arbeiter- und Bauernregierung". Sie sollte „Rat der Volkskommissare" (SNK) heißen und das Land zunächst „provisorisch", bis zum Zusammentreten der Konstituante, der Verfassungsgebenden Versammlung, verwalten. Schon die Namensgebung verhieß etwas völlig Neues, den Abschied von der bisherigen Form der Ministerialregierung. Das vorliegende Gründungsdekret führte dazu aus: Zu jedem Zweig des staatlichen Lebens würden „Kommissionen" gebildet, die – „im engen Kontakt mit den Massenorganisationen" – das vom Sowjetkongress beschlossene Regierungsprogramm verwirklichten. Die neuen „Volkskommissare" würden an die Spitze dieser Kommissionen treten und dem Allrussländischen Sowjetkongress wie seinem Exekutivkomitee für ihre Amtsführung verantwortlich sein.

Alle vorgeschlagenen und vom Sowjetkongress bestätigten Regierungsmitglieder waren Bolschewiki. Zu diesem Zeitpunkt hatten die gemäßigten Sozialisten, die Menschewiki und Rechten Sozialrevolutionäre, den Kongress bereits verlassen – als Zeichen des Protestes gegen den bolschewistischen Putsch. Die zurückbleibenden Linken Sozialrevolutionäre lehnten einen Eintritt in die Regierung ab, solange nicht auch die anderen sozialistischen Parteien beteiligt würden. Erst Mitte November übernahmen die Linken Sozialrevolutionäre das ihnen angebotene Landwirtschaftsressort, im Dezember sechs weitere Regierungsposten. Doch ihre Rolle als Koalitionspartner der Bolschewiki blieb Episode. Bereits im März 1918 zogen sie sich – aus Protest gegen den Abschluss des Friedensvertrages mit Deutschland – wieder zurück und räumten endgültig ihren Platz für eine rein bolschewistische Regierung.

Die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den Rat der Volkskommissare war im Oktober 1917 zunächst nur Programm. Die Kommissionen, denen die Volkskommissare vorstehen sollten, existierten nicht, und die Fäden der Macht liefen nicht hier, sondern im Militärischen Revolutionskomitee (VRK) zusammen, einem Organ des Petrograder Arbeiter- und Soldatensowjets. Gegründet Anfang Oktober zur Verteidigung der Hauptstadt, hatten es die Bolschewiki zur Schaltstelle der Macht ausgebaut und mit seiner Hilfe den bewaffneten Aufstand vorbereitet und durchgeführt. Auch nach dem Sturz der Kerenskij-Regierung blieb das Militärische Revolutionskomitee als Kommandozentrale unentbehrlich: Bevor es sich Anfang Dezember auflöste, organisierte es den Übergang der Macht in die Hände der Sowjets. So verschaffte es auch den neuen Volkskommissaren Zugang zu den alten Ministerien: Auf Befehl des Revolutionskomitees besetzten bewaffnete Verbände die Gebäude, konfiszierten die Schlüssel und drohten jedem mit Entlassung,

der die Sowjetregierung nicht anerkannte. Noch im Laufe des November übersiedelten alle Volkskommissariate aus dem Smol'nyj, ihrem bisherigen Sitz, in die alten Fachbehörden über. Viel mitzunehmen war nicht. Im Smol'inyj hatte die gesamte Regierung gerade zwei Zimmer, jeder Volkskommissar kaum seinen eigenen Schreibtisch besessen, und das gemeinsame Sekretariat war eben erst im Entstehen. Mit Hilfe des Militärischen Revolutionskomitees wurde der Widerstand der Ministerialbürokratie gebrochen. Auf organisierte Arbeitsniederlegung und systematische Vernichtung von Dokumenten reagierte man mit Entlassung und Verhaftung. Die Ministerialbeamten, die Ende Oktober im voraus ihre Gehälter bis zum Januar erhalten hatten und nun streikten, wurden unter Strafandrohung aufgefordert, zum Dienst zu erscheinen oder die erhaltenen Summen zurückzuzahlen. Das massive Vorgehen der neuen Machthaber und die Aussicht, Staatswohnung und Pensionsansprüche zu verlieren, bewogen das Gros der Beamtenschaft, ihre Arbeit wiederaufzunehmen.

Ein Vorgang mit Folgen: die Volkskommissariate übernahmen die alten Ministerien und gingen in ihnen auf. Vom ursprünglichen Konzept blieb, sofern es vorhanden war, nur der Name. Im internen Gebrauch benützte man schon sehr bald die Bezeichnungen „Volkskommissariat" und „Ministerium" synonym. Wie groß die Kontinuität in der Ministerialbürokratie war, konnte der sowjetische Historiker M. P. Irošnikov an internen statistischen Erhebungen der Volkskommissariate zeigen. Fachbehörden wie das Finanzministerium, so ergaben seine Forschungen, wurden nahezu vollständig übernommen. Von der höheren Beamtenschaft der Volkskommissariate waren (im August 1918) 80-90 % schon vor der Oktoberrevolution im öffentlichen Dienst tätig gewesen, nur 8 % waren Bolschewiki! Lediglich in den Volkskommissariaten für Auswärtige Angelegenheiten und für Nationalitätenfragen war der Anteil der Kommunisten hoch und die Zahl derer gering, die schon früher einen staatlichen Posten bekleidet hatten.

Die Übernahme der alten Ministerien ließ auch die Fachabteilungen des Allrussländischen Zentralen Exekutivkomitees (VCIK) verkümmern. Zum Aufbau einer eigenständigen zentralen Sowjetadministration fehlten ihnen die Mittel und das Personal, aber auch die Aufgaben. Die neuen/alten Volkskommissariate/Ministerien zogen alles an sich. Die beiden wichtigsten neuen Behörden, die Außerordentliche Kommission (ČK) und der Oberste Volkswirtschaftsrat (VSNCh), wurden der Regierung und nicht der Sowjetspitze, dem VCIK, unterstellt. Von den 184 Gesetzen und Dekreten, die vom Oktober bis zum Ende des Jahres 1917 erlassen wurden, gingen gerade neun auf das Konto des Allrussländischen Zentralen Exekutivkomitees. Für 88 war dagegen der Rat der Volkskommissare verantwortlich, 62 stammten aus einzelnen Volkskommissariaten. Das Allrussländische Zentrale Exekutivkomitee wurde auf eine quasi parlamentarische Kontrollfunktion abgedrängt – nur ohne das legislative Monopol seines bürgerlichen Pendants. Ende Dezember 1917 löste das Zentrale Exekutivkomitee die eigenen Fachabteilungen auf und stellte das freiwerdende Kaderpotential den Volkskommissariaten zur Verfügung.

Dass der Rat der Volkskommissare zunächst nur „provisorisch", bis zum Zusammentreten der Verfassungsgebenden Versammlung, mit der Wahrnehmung der Regierungstätigkeit beauftragt worden war, erwies sich schon im Januar 1918 als bedeutungslos. Während die Konstituante, als sie sich den Wünschen der Bolschewiki widersetzte, nach nur einer Sitzung wieder aufgelöst wurde, blieb der Rat der Volkskommissare im Amt. Die Verfassung der RSFSR (die am 10. Juli 1918 vom 5. Allrussländischen Sowjetkongress

angenommen wurde) beauftragte den Rat der Volkskommissare mit der „allgemeinen Verwaltung der Geschäfte“, mit dem Recht, „Dekrete, Verordnungen, Instruktionen“ zu erlassen, ja überhaupt „alle Maßregeln“ zu ergreifen, „die für einen geregelten und schnellen Lauf des staatlichen Lebens notwendig“ seien. Allerdings hatte er alle Entscheidungen von erheblicher staatlicher Bedeutung dem Allrussländischen Zentralen Exekutivkomitee der Sowjets zur Prüfung und Bestätigung vorzulegen, das seinerseits befugt war, alle Beschlüsse und Entscheidungen des Rates der Volkskommissare aufzuheben und zu stornieren. Denn der Allrussländische Sowjetkongress blieb nach der Verfassung „die höchste Gewalt“ im Staat, das Allrussländische Zentrale Exekutivkomitee – das „höchste gesetzgebende, verfügende und kontrollierende Organ“ zwischen den Kongressen.

Alle Ansätze zur Stärkung der Sowjetspitze gegenüber der Regierung gingen – wenig später – im Bürgerkrieg unter. Die oft gestellte Frage, ob die innersowjetische Entwicklung ohne den Bürgerkrieg eine andere Richtung genommen hätte, erscheint spekulativ, ihre Erörterung müßig. Von 1919 an bis zum 2. Februar 1920 trat das Zentrale Exekutivkomitee zu keiner Sitzung zusammen. Sein Präsidium tagte in unregelmäßigen Abständen, ohne größere Bedeutung zu gewinnen. Die Entscheidungen an der Spitze fielen ohne Beteiligung der zentralen Sowjetgremien, und auch die lokalen und regionalen Sowjets verloren ihre Bedeutung als Entscheidungsträger; beide wurden durch „außerordentliche“ Organe ersetzt. Parteipolitische Rücksichtnahme war nicht mehr vonnöten: Die Linken Sozialrevolutionäre, die – gestützt auf ihre starke Stellung im VCIK – die Rechte der Sowjets verteidigt hatten, befanden sich seit ihrem Putschversuch im Juli 1918 im offenen Konflikt mit den Bolschewiki.

Im Kampf gegen Hunger, Krieg und Konterrevolution verlieh die Regierung zivilen wie militärischen Kommissariaten diktatorische Vollmachten. Wo die vorhandenen Institutionen zur Bewältigung der Probleme nicht auszureichen schienen, schuf sie neue. Eine Vielzahl von Kommissionen und Organisationen agierte und agitierte schließlich neben-, mit- und gegeneinander. Der Rat der Volkskommissare koordinierte und legalisierte die häufig andernorts getroffenen Entscheidungen; aus der kollegial verfassten Regierungsbehörde wurde eine plenipotente Schaltstelle der Macht. Dass dieses System von Kommissariaten und Kommissionen ohne klare Abgrenzung von Rechten und Zuständigkeiten nicht binnen kurzem in einem völligen Chaos endete, lag wohl daran, dass die kleine bolschewistische Führungsspitze die wichtigsten Ämter in Personalunion vereinte, dass oberhalb der Institutionen sich das Chaos lichtete und die Entscheidungsgewalt in der Hand weniger zusammenlief.

Man hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das Gewicht des Rates der Volkskommissare im staatlichen Willensbildungsprozess mit der unangefochtenen Autorität seines Vorsitzenden, Lenin, eng zusammenhing. Der Rat basierte auf seinem Konzept; am Auf- und Ausbau und an der Verteidigung seiner Rechte hatte Lenin wesentlichen Anteil. Er stärkte die Regierung gegenüber der „parlamentarischen“ Mitsprache des VCIK und hielt sie frei von der Gängelung durch die Partei. Schon bei Lenins erster Erkrankung im Frühjahr 1922 erwies sich, dass er in dieser vermittelnden Funktion durch seine Stellvertreter nicht zu ersetzen war. Der Rat der Volkskommissare konnte ohne Lenin, so zeigte sich, keine weiterreichenden Entscheidungen selbstständig tragen. Er blieb auf die stete Unterstützung und Absicherung im Politbüro angewiesen, wohin sich das Schwergewicht der politischen Führung nun verlagerte. Diese Entwicklung hatte – folgt man der Litera-

tur – bereits im Bürgerkrieg begonnen: mit dem Ausbau des Parteiapparats an der Spitze und dem Aufbau einer das ganze Land erfassenden Parteiorganisation. Der „Dualismus" von Partei und Staat wird dahinter als Grundproblem erkennbar – eine Konstellation, die im Gründungsdekret des Rates der Volkskommissare, im ursprünglichen Konzept des „Sowjetstaats" gar nicht „vorgesehen" war.

Helmut Altrichter

Quellen- und Literaturhinweise

H. Altrichter (Hrsg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod. Bd. I: Staat und Partei, München 1986.

H. Altrichter, Staat und Revolution in Sowjetrussland. 1917–1922/23, 2. Aufl., Darmstadt 1996.

E. N. Gorodeckij, Roždenie sovetskogo gosudarstva 1917–1918g., Moskva 1965.

M. P. Irošnikov, K voprosu o slome buržuaznoj gosudarstvennoj mašiny v Rossii, in: Problemy gosudarstvennogo stroitel'stva v pervye gody sovetskoj vlasti. Sbornik statej, Leningrad 1973, S. 46–66.

M. P. Irošnikov, Sozdanie sovetskogo central'nogo gosudarstvennogo apparata, Sovet narodnych komissarov i narodnye komissariaty (oktjabr' 1917 g. – janvar' 1918 g.), Moskva u. a. 1966.

A. P. Nenarokov, Pervoe sovetskoe pravitel'stvo. Oktjabr' 1917 – ijul' 1918, Moskva 1991.

A. E. Nenin, Leninskij stil' raboty s rukovodjaščimi kadrami sovetskogo central'nogo gosudarstvennogo apparata (Oktjabr' 1917–1920 gg.), Nižnij Novgorod 2000.

W. Pietsch, Revolution und Staat. Institutionen als Träger der Macht in Sowjetrussland 1917–1922, Köln 1969.

T. H. Rigby, Lenin's Government: Sovnarkom 1917–1922, Cambridge 1979.

Quellentext deutsch

Rat der Volkskommissare.

Der Allrussländische Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten beschließt:

Bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung eine provisorische Arbeiter- und Bauernregierung zur Verwaltung des Landes zu bilden, die „Rat der Volkskommissare" heißen wird. Die Leitung der verschiedenen Zweige des staatlichen Lebens wird Kommissionen übertragen, die die Ausführung des auf dem Kongress verkündeten Programms in enger Verbindung mit den Massenorganisationen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Matrosen, Soldaten, Bauern und Werktätigen zu übernehmen haben. Die Regierungsgewalt liegt beim Kollegium der Vorsitzenden dieser Kommissionen, d. h. dem Rat der Volkskommissare.

Die Kontrolle über die Tätigkeit der Volkskommissare und das Recht, sie abzusetzen, verbleibt dem Allrussländischen Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten und seinem Zentralen Exekutivkomitee.

Der Rat der Volkskommissare setzt sich gegenwärtig aus folgenden Personen zusammen:

Vorsitzender des Rates – Vladimir Ul'janov (Lenin);
Volkskommissar für Innere Angelegenheiten – A. I. Rykov;
für Ackerbau – V. P. Miljutin;
für Arbeit – A. G. Šljapnikov;

Faksimile



ЕЖЕДНЕВНАЯ ВЕЧЕРНЯЯ ГАЗЕТА

РАБОЧІЙ и СОЛДАТЪ

Органъ Петроградскаго Совѣта Фабочихъ и Солдатскихъ Депутатовъ.

Цѣна въ Петроградѣ 15 к.
На ст. жел. дорогъ 18 к.

№ 10. Пятница, 27 Октября (9 ноября нов. ст.) 1917 года. № 10.

Адресъ конторы и редакціи: Смольный Институтъ, 3-й этажъ, Комната № 30. (Тел. 110-36, 108-43, 94-60, соедин. съ комн. № 30)

СОВѢТЪ НАРОДНЫХЪ КОМИССАРОВЪ.

Всероссійскій Съѣздъ Совѣтовъ Рабочихъ, Солдатскихъ и Крестьянскихъ Депутатовъ, постановляетъ-

Образовать для управленія страной, впредь до созыва Учредительнаго Собранія, временное рабочее и крестьянское правительство, которое будетъ именоваться Совѣтомъ Народныхъ коммисаровъ. Завѣдываніе отдѣльными отраслями государственной жизни поручается комиссіямъ, составъ которыхъ долженъ обезпечить проведеніе въ жизнь провозглашенной Съѣздъ программы, въ тѣсномъ единеніи съ массовыми организаціями рабочихъ, работницъ, матросовъ, солдатъ, крестьянъ и служащихъ. Правительственная власть принадлежитъ коллегіи предсѣдателей этихъ комиссій, т. е. Совѣту Народныхъ комиссаровъ.

Контроль надъ дѣятельностью народныхъ комиссаровъ и право смѣщенія ихъ принадлежитъ Всероссійскому Съѣзду Совѣтовъ Рабочихъ, Крестьянскихъ и Солдатскихъ Депутатовъ и его Центральн. Исп. Комитету.

Въ настоящій моментъ Совѣтъ Народныхъ Комиссаровъ составляется изъ слѣдующихъ лицъ:

Предсѣдатель Совѣта—**Владимиръ Ульяновъ (Ленинъ);**
Народный Комиссаръ по внутреннимъ дѣламъ—**А. И. Рыковъ;**
Земледѣлія—**В. П. Милютинъ;**
Труда—**А. Г. Шляпниковъ;**
По дѣламъ военнымъ и морскимъ-комитетъ въ составѣ: **В. А. Овсѣенко (Антоновъ), Н. В. Крыленко** и **Ф. М. Дыбенко;**
По дѣламъ Торговли и Промышленности—**В. П. Ногинъ;**
Народнаго Просвѣщенія—**А. В. Луначарскій;**
Финансовъ—**И. И. Скворцовъ (Степановъ);**
По дѣламъ иностраннымъ—**Л. Д. Бронштейнъ (Троцкій);**
Юстиціи—**Г. И. Оппоковъ (Ломовъ);**
По дѣламъ продовольствія—**И. А. Теодоровичъ;**
Почтъ и телеграфовъ—**Н. П. Авиловъ (Глѣбовъ);**
Предсѣдателемъ по дѣламъ національностей—**I. В. Джугашвили (Сталинъ).**

Постъ Народнаго Комиссара по дѣламъ желѣзнодорожнымъ временно остается незамѣщеннымъ.

Zeitung aus der Sammlung der wissenschaftlichen Bibliothek des Gosudarstvennyj central'nyj muzej sovremennoj istorii Rossii (GCMSIR), Moskau.

für Militär- und Marineangelegenheiten – ein Komitee, bestehend aus: V.A. Ovseenko (Antonov), N.V. Krylenko und P.E. Dybenko;
für Innenhandel und Industrie – V.P. Nogin;
für Bildungswesen – A.V. Lunačarskij;
für Finanzen – I.I. Skvorcov (Stepanov);
für Auswärtige Angelegenheiten – L.D. Bronštejn (Trockij);
für Justiz – G.I. Oppokov (Lomov);
für Versorgung – I.A. Teodorovič;
für Post und Telegraphen – N.P. Avilov (Glebov);
Vorsitzender für nationale Angelegenheiten – I.V. Džugašvili (Stalin).
Der Posten des Volkskommissars für die Eisenbahnen bleibt zur Zeit unbesetzt.

Rabočij i soldat, Nr. 10 vom 27. Oktober (9. November) 1917.
Rev. Übersetzung hier nach: *H. Altrichter* (Hrsg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei, München 1985, S. 26f.

Sergej Eisenstein, „Iwan der Schreckliche“, Mosfil'm 1943/45

Zusammenfassung
1943/1945 drehte Sergej Eisenstein seinen zweiteiligen Film „Iwan der Schreckliche“. Entgegen aller Erwartungen auf offizieller Seite stellte Eisensteins kinematographisches Meisterwerk keine Allegorie des sowjetischen Führers und des „sozialistischen Übermenschen“ dar. Zwar war dem Regisseur im Teil I ein politisches und charakterliches Portrait gelungen, das einen omnipotenten Autokraten an der Spitze eines modernen säkularen Staates und einer imperialen Großmacht zeigte, einen Machtmenschen, der mit brutaler Gewalt geherrscht hatte. Beim Teil II handelte es sich jedoch um die Tragödie eines „Genies und Despoten“, eines autonomen und emanzipierten Individuums der russischen Moderne, das allen kulturellen Sinnsystemen entfremdet war. Der Zar ließ eine klare Weltanschauung vermissen, war stets zwischen Ratio und Emotion, zwischen Ordnung und Chaos, zwischen Kultur und Barbarei hin und her gerissen. Seine Ethik, Rechtsauffassung und sein Herrschaftskonzept sowie sein Handeln als Politiker und Mensch waren antinormativ, ambivalent, unberechenbar und selbstzerstörerisch. Darüber hinaus zeichnete Eisenstein das Bild Iwans des Schrecklichen als einer psychisch devianten Persönlichkeit, die ihre Ganzheit verloren hatte, eines angstgesteuerten und misstrauischen „willenschwachen Melancholikers“. Indem Sergej Eisensteins Film den stalinistischen Mythos Iwans des Schrecklichen hinterfragte, regte er eine kritische Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Staatssystem seiner Gegenwart an. 1946 wurde Teil II des Films für den sowjetischen Verleih verboten; erst 1958 durfte er öffentlich gezeigt werden.

Einführung
1. Zur Entstehungsgeschichte des Films: Der „große Umbruch“ in der Sowjetunion an der Wende von den 1920er zu den 1930er Jahren, die Etablierung der stalinistischen Einparteiendiktatur und der Führerherrschaft, der „Aufbau des Sozialismus in einem

Lande“ und die imperiale Großmachtpolitik fanden unter dem Vorzeichen der ideologischen Wende vom „proletarischen Internationalismus“ zum „Sowjetpatriotismus“ statt. Der „patriotischen Wende“ (Hildermeier) ging die Erkenntnis voraus, dass die legitimatorische, identitätsstiftende und mobilisierende Wirkung des „proletarischen Internationalismus“ und Marxismus ausblieb. Als einer Art „Reichsidee“ (Simon), als Ideologie der Konsolidierung und Mobilisierung und als ein Identitätsangebot der sowjetischen Staats- und Parteiführung an die Gesellschaft diente der Sowjetpatriotismus der Machtsicherung der stalinistischen Führung: Er hatte der Desintegration des stalinistischen Staates entgegenzuwirken und seine gesellschaftliche Basis zu festigen. Unter dem Vorzeichen der „patriotischen Wende“, in den Jahren 1934/37, hatte sich der offizielle Umgang mit der russischen Nationalgeschichte verändert: Das stalinistische Regime suchte sich ihr „symbolisches Kapital“ anzueignen und sich mit der Gesellschaft über den historischen Diskurs zu „verständigen“. Im Kontext der „patriotischen Wende“ ist die Entstehungs-, Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte des Films „Iwan der Schreckliche“ von Sergej Eisenstein zu sehen.

Der Film wurde in Stalins Auftrag gedreht, den Andrej Ždanov Anfang 1941 Eisenstein überbrachte. Aus offizieller Sicht sollte „Iwan der Schreckliche“, wie andere sowjetische Historienfilme im Rahmen der stalinistischen „Symbolpolitik“, zur historischen Legitimation des Personenkultes, der Einparteienherrschaft, des Terrors der 1930er Jahre und der Großmachtpolitik beitragen, die Loyalität der sowjetischen Bürger und ihre sowjetpartiotische Gesinnung fördern, indem er das politische System des Stalinismus, seine Innen- und Außenpolitik als Teil und Fortführung der russischen Nationalgeschichte präsentierte. In Übereinstimmung mit den Repräsentations- und Legitimationsinteressen des stalinistischen Staates sollte der Film in cineastischen Formen diese „Nationalgeschichte“ mit neuen Bedeutungen unterlegen, die Tradition „erfinden“ und Iwan den Schrecklichen, gegen das negative Urteil der russischen Historiographie und dem offiziellen Diskurs über den Zaren folgend, als „den großen Vorläufer“ des ebenfalls „großen Zeitgenossen“ Stalin positiv darstellen.

„Iwan der Schreckliche“ war jedoch für Eisenstein kein reines Auftragswerk. Im Film fielen, so Eisenstein, das „Interesse der Epoche“ und das „Interesse eines einzelnen Menschen“ zusammen. Seit dem Ende der 1920er Jahre interessierte sich der Regisseur für den ersten russischen Autokraten im Zusammenhang mit der Frage der politischen und auch der psychologischen Grundlagen der Macht. Sein politisches Werk und das Leben boten für ihn die „Tragödie der Verwandlung eines Führers in einen Despoten“, Iwan in seinen „guten Zügen“ – eine Projektionsfläche für die eigene Persönlichkeit; der Zar als Verkörperung des Bösen – den Gegenstand einer ästhetischen Faszination. Eisensteins Prägung durch Traditionen und Diskurse verschiedener Weltkulturen, die Differenz seiner Identität zum stalinistischen Diskurs und die Souveränität seines Verhaltens gegenüber dem stalinistischen Politik- und Kulturbetrieb erwiesen sich dabei für seine cineastische Auseinandersetzung mit der Figur Iwans des Schrecklichen als entscheidend. Weniger ein überzeugter und gläubiger Anhänger der Sowjetmacht als ihr „Mitläufer“, der aus Berufs- und Karriereinteressen „politische Arrangements“ mit ihr traf, näherte er sich auch Iwan dem Schrecklichen von gleichzeitig mehreren diskursiven Positionen aus an. Er zeigte sich dem stalinistischen Herrschafts- und Geschichtsdiskurs sowie dem offiziell etablierten Mythos des Zaren ebenso verpflichtet wie den Autonomisierungs- und Indivi-

dualisierungsdiskursen der russischen Moderne und der Psychoanalyse in Nachfolge von S. Freud, O. Rank und S. Ferenczi. Die Folge war die Ambivalenz und Vielschichtigkeit seiner Figur Iwans des Schrecklichen.

2. Die Präsentation Iwans des Schrecklichen, die stalinistische Herrschaftsrepräsentation und die Historiographie: „Dieser Film handelt von dem Menschen, der im 16. Jahrhundert unser Land erstmals vereinigte; vom Moskauer Fürsten, der aus den einzelnen, einander fremden und eigennützigen Fürstentümern einen mächtigen und einheitlichen Staat schuf; vom Feldherrn, der unserer Heimat im Osten wie im Westen zum größeren Kriegsruhm verhalf; vom Staatsoberhaupt, das, um diese großen Aufgaben zu lösen, sich erstmals die Krone des Zaren von ganz Russland aufsetzte." Dieser hier zitierte Vorspann zum Film stand nur für eine Dimension seiner Inszenierung des Zaren. Der Filmhistoriker Leonid Kozlov meinte seinerzeit: „Über den ersten Teil des Films kann man kurz sagen, Eisenstein gab darin „dem Kaiser [Stalin], was des Kaisers ist. Der zweite Teil war ein Aufstand des Künstlers." Und in der Tat: Die Unterschiede in der Präsentation des Zaren zwischen den beiden Filmteilen lagen auf der Hand.

So führte Teil I den stalinistischen Geschichtsdiskurs fort: Jenseits der „mythischen Zwangsläufigkeit" (Thomä) und „Zyklizität" konstruierte er eine „personalistische" (Löhmann), autokratisch-imperiale teleologische Sicht der russischen Nationalgeschichte, die den Fortschritt mit der Etablierung der Autokratie und dem Aufstieg Russlands als imperiale Großmacht gleichsetzte. Die Repräsentation von Iwan dem Schrecklichen, seine permanente Omnipräsenz im Film, die Ausrichtung der meisten Szenen und Einstellungen auf ihn als Kompositionszentrum – ein Ausdruck seiner herausgehobenen Stellung als „Zentrum der Macht" –, die Suggestion seiner Gegenwärtigkeit durch Referenzen von Dritten, die „Rolle" des Zaren als „Held" und „Messias" im Sujet- und Handlungsgefüge rekurrierten dabei auf die „Konstruktion Stalin" im sowjetischen Herrschaftsdiskurs. Die Ziele seiner, wie der Film zeigte, durchaus erfolgreichen Innen- und Außenpolitik – die Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Basis der Autokratie, die soziale Disziplinierung der Bevölkerung und die Behauptung der Großmachtstellung Russlands – stimmten mit denen des „großen Zeitgenossen" überein. Iwans Patriotismus, seine Xenophobie und „Abgrenzung gegenüber dem Ausland" führten den stalinistischen Patriotismus- und Antikosmopolitismus-Diskurs der 1940er Jahre fort. Wie bei Stalin entbehrten die sinnstiftende Weltanschauung des Zaren, seine Ethik, sein Herrschafts- und Rechtskonzept der Ambivalenz und des Widerspruchs. Dem Selbstverständnis der stalinistischen Sowjetunion als weltlicher Staat entsprach die Repräsentation der uneingeschränkten Autokratie (Vol'noe samoderžstvo) als säkularer Monarchie. Diese grenzte sich von der orthodox-christlichen Theokratie, von der „Symphonie" der kirchlichen und weltlichen Macht (Sacerdotium et imperium) ab, die Metropolit Filipp im Film vertrat. Für beide „Herrschaftskonzepte" – das autokratische wie das totalitäre – war die „Verabsolutierung des Staates" und die „Sakralisierung der Politik" typisch, da sie keine übergeordnete geistige und ethische Autorität anerkannten und die Priorität der außen- und innenpolitischen „Staats-, Partei- und Volksinteressen" gegenüber überstaatlichen ethischen Normen behaupteten. Zugleich usurpierten der autoritäre wie der totalitäre Staat die ganze Fülle der politischen Macht: In Teil I schränkte Iwan die Mitwirkung der Kirche im politischen Entscheidungsprozess ein, indem er das Fürspracherecht (pravo pečalovanija) des Metropoliten Filipp in Abrede stellte. Iwans Rechtspositivismus entsprach wiederum

der Rechtsauffassung Stalins, der kein über dem Staat stehendes Recht anerkannte und das Recht als Instrument der Politik gebrauchte. Dagegen war in der Inszenierung des Vol'noe samoderžstvo als „Überwindung des feudalen Fürsten- und Ständestaates" und der Bojarenherrschaft Stalins Kampf gegen die tatsächliche und vermeintliche Opposition wiedererkennbar.

Ein „Gesalbter des Herrn" und „Vollstrecker des göttlichen Willens", fungierte der Zar auf der anderen Seite – wie der Partei- und Staatsführer in der „Sowjetdemokratie" – als „Wortführer des Volkswillens". Dabei artikulierte sich der „Volkswille" im Film ebenfalls symbolisch – im „Ruf" der Untertanen nach dem Zaren, in seinem öffentlichen Kult, in Ritualen der Ehrung und Liebesbekundigung. Unter dem Autokraten Iwan wurden somit, wie unter Stalin, neben Gewalt und Terror die sich als „Glaube", „Treue" und „Liebe" gerierende Loyalität und Folgebereitschaft des „Volkes" zur Voraussetzung und zum Instrument der Herrschaft. Den traditionsgestützten, patriarchalischen Diskurs der 1930er und 1940er Jahre aufnehmend, inszenierte Teil I den autokratischen Staat Iwans gleichzeitig als „Überwindung" und modernes „Erbe der traditionellen Familien- und Stammesstruktur": Iwan als ein mit einer höheren politischen Vernunft ausgestatteter „ideologischer und politischer Vater" war mit dem „Volk" in einer „großen Familie" als einem politischen Zweck- und einem militärischen Kampfverband vereinigt, dessen Hierarchiestrukturen mit den Machtstrukturen der Autokratie gleichzusetzen waren.

Stalins Auffassung von der „Diktatur des Proletariats" als revolutionärer „Gewalt gegen die Bourgeoisie" referierend, betrachtet Iwan in Teil I die durch die Opričnina ausgeübte, politisch zweckgebundene, rational gesteuerte und kontrollierte Gewalt und den Terror als „die" ordnungsbildende Potenz der Geschichte, als ein unverzichtbares Instrument der Innen- wie der Außenpolitik, der Rechtssprechung und des social engeneering. Der Filmdiskurs war der „militaristische Diskurs", der Diskurs der „totalen Aggression" des Großen Terrors der 1930er Jahre und des Großen Vaterländischen Krieges. Im „permanenten Krieg", den Iwan als „schrecklicher Zar", als „Richter", „Feldherr" und Homo militans, d. h. als gewaltbereites Subjekt, führte, standen ihm als Gegner und zugleich als Zielgruppen des Terrors „Staats- und Volksfeinde", „Oppositionelle" und „Verschwörer" gegenüber – der orthodoxe Klerus und die Bojaren.

Iwan legitimierte seine Herrschafts- und Rechtspraxis durch seine neue Herrschaftsethik, die die stalinistische Herrschaftsethik des „neuen Humanismus" referierte und den Mord im politischen Interesse rechtfertigte, sowie durch einen „Feind- und Verschwörungsdiskurs", der eine „permanente Verschwörung" der innen- und außenpolitischen „Staats- und Volksfeinde" konstruierte und somit die Autokratie und ihren höchsten Repräsentanten von moralischer Schuld für den Terror freisprach. Als „Gesalbter des Herrn" und „Vollstrecker des Volkswillens" legitimierte er sie ebenso durch den Rekurs auf den „Willen Gottes" und – mit dem stalinistischen Staat vergleichbar – durch „Staats- und Volksinteressen". Diese Inszenierung der Rolle des „Volkes" in der Herrschaftsrepräsentation und -legitimation Iwans widersprach dem eigentlichen historischen Charakter seines patrimonialen Staates als „Besitz des Monarchen", der keine vergleichbare Rolle des „Volkes" kannte. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, mit dem neuen Selbstverständnis des russischen Zaren als „nationaler Herrscher" (jedoch nicht als „Repräsentant des Volkes"), etablierten sich die öffentlichen Ehrungen des Monarchen durch das Volk als politisches Legitimationsritual der Autokratie.

Eisensteins Iwan der Schreckliche wurde in der gleichen „symbolischen Sprache" beschrieben, wie der sowjetische Führer Stalin und der „sozialistische Übermensch". Der Zar erschien nicht nur als der autokratische Herrscher einer imperialen Großmacht, sondern auch als ein „heroischer Feldherr", der die russischen Truppen im Kampf um neue Territorien siegreich anführte, und – in seiner differenzierten Kenntnis der orthodoxen Ikonentheologie – als „ästhetischer Mensch". Seine individuelle Ethik lehnte sich an die stalinistische Ethik des Aktivismus, des Kollektivismus, der Selbstaufopferung für die „Staats- und Volksinteressen" und der Tapferkeit an. Mit der Darstellung des jungen Stalin im sowjetischen Herrschaftsdiskurs korrespondierte die charakterliche und psychologische Darstellung Iwans als „Rebell", „optimistisch", „emotional" und „angstlos". In den reifen Jahren besaß Iwan wiederum Attribute Stalins als „rational handelnde" Persönlichkeit von bezeichnender „Willenstärke" und „Selbstbewusstsein". Auch der Zar repräsentierte die „Ratio" seiner Herrschaft, fungierte als eine Art „Kulturträger" gegenüber den Untertanen. Inszenierte der Herrschaftsdiskurs den Stalinismus als eine „Epoche der Ganzheit", in der die Atomisierung der Gemeinschaft und die soziale Entfremdung des Subjekts als Conditio humana der Moderne überwunden wurden, so zeigte Teil I Iwan den Schrecklichen als sozial integrierten Politiker und Mensch.

In Teil II jedoch wirkte der Film der stalinistischen Herrschaftsrepräsentation und -legitimation entgegen, indem er die Mechanismen der totalitären Herrschaft freilegte. Iwan wurde in seiner „tragischen Gespaltenheit" gezeigt – „in der Art der Figuren von Dostoevskij" (Eisenstein). Dem Zuschauer begegnete ein labiles Subjekt, dessen Weltanschauung, Ethik, Herrschaftskonzept und Rechtsauffassung – in keinem Sinnsystem fest verortet – der Eindeutigkeit und Integrität, dessen Handeln der Entschlossenheit und Kontinuität entbehrten. Trotz der religiösen Bewusstseinskrise war er der Orthodoxie, ihrem Dogma, Welt- und Menschenbild tief verbunden, befand sich Iwan als Gläubiger im Konflikt mit dem Vol'nyj samoderžec. Die Gültigkeit der beiden sinnstiftenden Weltanschauungen – der religiösen wie der säkularen – erklärte seine Zweifel an der Absolutheit der eigenen ethischen, politischen und rechtlichen Autorität als Autokrat, an der Legitimität seines politischen Handelns. Durch den Bezug auf die orthodoxe Ethik relativierte sich die autokratische Herrscherethik Iwans: In Teil II zeigte Iwan sein „krankes Gewissen" und trat in Anbetracht der eigenen Gewalt- und Terrorpolitik in der für ihn moralisch und psychisch qualvollen Bewusstheit seiner „Sündigkeit" als Christ auf. Gleichzeitig gewährte Iwan Filipp das Fürspracherecht, was zeitweise in die Subalternität und Abhängigkeit des Zaren gegenüber dem Metropoliten, der Autokratie gegenüber der Orthodoxie ausartete.

In seiner Beziehung zum „Volk", das jetzt auf die Rolle eines Herrschaftsobjekts und -instruments in der Autokratie reduziert wurde, wurde Iwan jedoch – im Unterschied zu Stalin als allgemein, direkt und geheim gewählter „Repräsentant des Volkes" als Subjekt der politischen Macht in der Sowjetdemokratie – als Princeps legibus solutus repräsentiert, der die Macht „personalisierte", der über die Potestas amplissima unwiderruflich verfügte und in einer Person sämtliche legislativen, exekutiven und judikativen Funktionen uneingeschränkt ausübte. In Abkehr vom konservativen Diskurs der Stalin-Zeit wurde dabei gezeigt, dass die Beziehungen zwischen Zar und Untertan – statt durch Gesetze der „natürlichen Blutsverwandtschaft" – durch Etatismus und politische Vernunft bestimmt wurden: So hob Iwan die Bedeutung des „(Bojaren)geschlechts" gegenüber der „volks-

verbundenen“ Opričnina hervor, die er nun statt als „große Familie“ als einen reinen politischen Zweck- und militärischen Kampfverband definierte; er stieß die Hierarchie der „großen“ und „kleinen Familie“ wieder um und verlor infolge seiner psychischen Erkrankung die Position des „ideologischen Vaters“ als ihres rationalen Zentrums.

Tabus des stalinistischen Gewaltdiskurses wurden gebrochen, die Autokratie als „Herrschaft gegen das Volk“ präsentiert: Iwan und sein Terrorapparat übten in Teil II eine durch keine Staatsräson gerechtfertigte, unkontrollierte und willkürliche, chaotische und exzessive Gewalt aus, deren Objekt infolge der krankhaften „Wachsamkeit“ des „verschwörungsgläubigen“ Zaren auch das „Volk“ wurde. Zugleich führte der Film einen „Delegitimationsdiskurs“ der Terrorpolitik, der hier eine in keinem Vergleich mit der Stalin-Zeit stehende öffentliche Präsenz und Bedeutung erhielt – in der Beichte des Zaren über die „Sündigkeit“ seiner politischen Gewalttaten, in der Infragestellung seiner Legitimität als „Gesalbter des Herrn“ und seiner Verurteilung als „Heidenzar“ durch den Metropoliten Filipp, im „Peščʼnoe dejstvo“ als theatraler Parabel der autokratischen Gewaltherrschaft; schließlich in der Präsentation von Iwans Terroropfer, die durch den Verzicht auf pejorative Elemente und offene, großformatige Visualisierung der Gewalt am Körper des „Feindes“ die Identifikation des sowjetischen Zuschauers mit den Gewaltopfern ermöglichte.

Statt Iwan als Allegorie des „sozialistischen Übermenschen“ begegnete man einem emanzipierten und autonomen Individuum der russischen Moderne. Kein „Kulturträger“ mehr, veranstaltete er üppige Gelage, die – begleitet von Völlerei, Besäufnis, dem sexuell konnotierten Männertanz der Opričniki und der Travestie des androgynen Fedor Basmanov – einer Orgie und einem Exzess glichen. Zugleich zeigte der Film, in erster Linie an Iwans Beispiel, dass die Autokratie die „Abkehr vom Kollektivitätsprinzip“ sowie die Destruktion der spirituellen Gemeinschaft und des Menschen bedeutet. Die Distanzierung von der Orthodoxie und ihrem gemeinschaftsbildenden Sobornostʼ- und Liebesideal, die politische Situation der Alleinherrschaft, der Verlust der Familienmitglieder und Freunde, die Entfremdung vom „Volk“ bedingen den Verlust der Ganzheit, die unbefriedigte Sehnsucht des Zaren danach und seine Einsamkeit als Mensch an der Macht. Das Psychogramm Iwans des Schrecklichen zeigte „den Untergang des Menschen im Zaren“ (Eisenstein). Seine psychische Devianz, die mit dem Aufstieg der autokratischen Terrorherrschaft und des Russischen Imperiums zunahm, untergrub seine Stellung als die politische Ratio der autokratischen Herrschaft und wurde – neben der Ambivalenz der Weltanschauung – zur weiteren Ursache für seine Handlungsunfähigkeit als Staatsmann. Ein passiver und „willensschwacher Melancholiker“; „lenk- und beeinflussbar“, „schwermütig“, „ruhelos“ und „angstgesteuert“, „misstrauisch“ und „unberechenbar“, offenbarte der Zar statt des „übermenschlichen“ Stolzes eine masochistische Neigung zur Selbsterniedrigung. Eisensteins Iwan stand zwischen „Konstruktion“ und „Destruktion“, zwischen „Ordnung“ und „Chaos“, zwischen „Kultur“ und „Barbarei“, zwischen „Vernunft“ und „Emotion“, zwischen „Rationalität“ und „Sinnlichkeit“.

Der psychoanalytische Grundentwurf des Films, dementsprechend Iwan als psychologischer Typ den „Ödipus-Komplex“ visualisierte, erklärte seine Terrorpolitik aus der Grundsituation seiner Kindheit – dem traumatischen „Verlust“ der Mutter, des „Paradieses“, für das die Existenz im „Mutterleib“ stand, als ursprünglicher Einheit und der Sehnsucht nach dieser „Mutter“, nach der „Rückkehr in den Mutterleib“, d. h. nach der

„Rückkehr zur ursprünglichen Einheit und Undifferenziertheit". Auf diese Weise legte er zugleich die konstitutive und destruktive Bedeutung von „Macht", „Gewalt", „Volk" und „Sexualität" für die individuelle Psyche des Zaren frei. Anders als im psychoanalytischen Modell des Sozialistischen Realismus blieb hier jedoch, trotz des Anwachsens des „politischen Bewusstseins" und des politischen Erfolgs des „sozialistischen Übermenschen", seine psychische „Synthese" aus. In Anbetracht dieser Tatsache sowie des Scheiterns der sozialen Integration Iwans präsentierte sich der „Fortschritt" hinsichtlich der charakterlichen und psychischen Verfassung des Zaren lediglich als „Destruktion" und „Zerfall".

Eisenstein bezeichnete „Iwan den Schrecklichen" als „Mär", betonte die Subjektivität seines Umgangs mit „historischen Tatsachen", gab seinen bewussten Verstoß gegen die „historische Wahrheit" zu. So stellte sein Film eine Symbiose von verschiedenen Geschichtsdiskursen mit dem Faktenmaterial historischer Quellen und ihrer Beschreibungs- und Bewertungsmuster dar. Teil I hielt den Mythos Iwan des Schrecklichen aufrecht, wie ihn die in der Stalin-Zeit offiziell mustergültige und dem sowjetischen Führer bekannte Darstellung von Robert Vipper „Iwan Grosny" (urspr. 1922, 2. Aufl., Taschkent 1942) beschwor. Bei diesem Historiker, der auf die russische Nationalgeschichte den gleichen imperialen Herrschaftsdiskurs rückprojizierte, den der stalinistische Staat fortführte, dominierte die Würdigung des Zaren als eines „hervorragendsten Politikers der europäischen Geschichte des 16. Jahrhunderts". Dagegen stand Teil II in der Tradition der post-aufgeklärten russischen Historiographie des 19. Jahrhunderts. Vom liberalen Staat, dem Individuum und seinem „Naturrecht" als Bewertungsmaßstab ausgehend, fällte sie unter anderem ihr moralisch vernichtendes Urteil über Iwans Autokratie als einer individuums- und gesellschaftsfeindlichen Gewaltherrschaft – als Legitimation für die bürgerlich-demokratischen Staats- und Gesellschaftsreformen im Zarenreich.

Die folgende Filmszene zwischen Iwan und Metropolit Filipp, die ihre historische Vorlage in einer russischen „Staatsurkunde" (Gosudarstvennaja gramota) hatte, nahm diese Grundlinien in der Repräsentation Iwans des Schrecklichen auf: Sie zeigte ihn als einen Apologeten des Vol'noe samoderžstvo, das er gegen den Metropoliten Filipp als Vertreter der „Symphonie" und Lobbyist der Bojarenherrschaft verteidigte, sowie als eine ambivalente Persönlichkeit und einen inkonsequenten Politiker, der letzten Endes den Forderungen von Filipp nachgab, ihn sogar zum Metropoliten von Moskau ernannte und somit die Subalternität der Autokratie gegenüber der Orthodoxie bestätigte. Iwan als omnipotenter und machtbewusster Herrscher wandelte sich dabei zu einem seinen Amtspflichten nicht gewachsenen und von ihrer „Bürde" psychisch „niedergedrückten" Mann, der – emotionsgesteuert, willenlos und einsam – von der Sehnsucht nach Ganzheit erfüllt war.

3. Die Rezeption des Films durch den sowjetischen Kulturbetrieb: Als ein „Aufstand des Künstlers" wurde Eisensteins „Iwan der Schreckliche" während der Dreharbeiten und nach ihrem Abschluss wiederholt zensiert. Der Film sorgte für heftige interne Auseinandersetzungen rund um seine Form, politische Botschaft und Massenrezeption. Hatte Teil I dank einer positiven Bewertung Stalins den Weg in den sowjetischen Massenverleih geschafft und 1946 sogar den Stalin-Preis erhalten, so war das „Schicksal" des vielgescholtenen Teils II ein anderes. Zwischen Februar 1946 und Februar 1947 wurde er in einem repräsentativen Teilnehmerkreis aus führenden Vertretern des sowjetischen Staats- und Kulturbetriebes, darunter Stalin persönlich, diskutiert, die den Film auf sein

politisches Legitimations-, Mobilisierungs- und Integrationspotential hin prüften. Die Diskutanten artikulierten unterschiedliche Geschichtskonzeptionen, Weltanschauungen, Politik- und Ethikkonzepte. Obwohl Eisensteins Opponenten seiner Interpretation die „historische Wahrheit" absprachen, maßen sie „Iwan den Schrecklichen" in Wirklichkeit statt an der Latte der „historischen Tatsachen" an der des stalinistischen Herrschafts- und Geschichtsdiskurses, an den Darstellungen in der Art von Vipper, führten lediglich den Nachweis der „Differenz" zwischen den Strukturen des Filmdiskurses und den Strukturen der stalinistischen Herrschaftspräsentation und -legitimation. Das Lob für Eisensteins Filmästhetik ging mit einer scharfen Kritik an seiner Repräsentation des Zaren, seiner Beziehung zum „Volk" sowie seiner Gewaltpolitik einher. Man nahm Anstoß an der Konzentration des Films auf Iwans Privatleben und seine „tragischen, erhabenen Erlebnisse"; an seiner Darstellung als „Großinquisitor", als „machtgieriger", „klinischer Despot", für den die Brutalität zum Mittel der Selbstbehauptung wurde; an der mangelnden Präsenz des „Volkes"; an der streckenweisen Unmotiviertheit der Gewalt, an der „falschen" Darstellung der Opričniki als „Faschisten im 16. Jahrhundert"; an der positiven Darstellung der „Opfer" von Iwans Politik. Man beanstandete die ausgebliebene positive Revision des Zarenbildes und die negative Darstellung Russlands, vermisste die befreiende „erhabene Katharsis" im Finale, wies auf den „schwermütigen", „bedrückenden", „schrecklichen" Eindruck vom Film hin, die Unmöglichkeit einer Identifizierung des sowjetischen Zuschauers mit Eisensteins Iwan. Offensichtlich war die Befürchtung, der Film werde den gewünschten sozialen Konsolidierungs- und Mobilisierungseffekt verfehlen. Das Diktum Stalins, für den Iwan der Schreckliche stets ein „großer und weiser Herrscher" mit „großem Willen und Charakter" war, fiel noch resoluter aus: Der Film sei eine „widerliche Sache", seine Sicht der Geschichte veraltetet, Iwan erscheine hier als „willenloser Hamlet", die Opričniki als „letzte Schurken und Degeneraten in der Art des Ku-Klux-Klans", die positive integrative Bedeutung des Terrors sei verkannt worden.

Dieses Urteil zitierte der Beschluss des Organisationsbüros des CK der VKP (b) über den Film „Bol'šaja žizn'" vom 4. September 1946 ein. Am gleichen Tag wurde Teil II für den Filmverleih verboten. Erst 1958, im Zuge der Entstalinisierung in der Sowjetunion, durfte er öffentlich gezeigt werden.

Lilia Antipow

Quellen- und Literaturhinweise

A. Artizov / O. Naumov (Hrsg.), Vlast' i chudožestvennaja intelligencija. Dokumenty CK RKP (b) – VKP (b), VČK – OGPU – NKVD o kul'turnoj politike. 1917–1953, Moskva 1999.
A. Bohn, Film und Macht. Zur Kunsttheorie Sergej Eisensteins. 1930–1948, München 2003.
O. Bulgakowa, Sergej Eisenstein. Eine Biographie, Berlin 1997.
S. Ėjzenštejn / N. Čerkassov, „Gedächtnisprotokoll eines Gesprächs mit Stalin, Shdanow und Molotow über den II. Teil von „Iwan der Schreckliche", in: *O. Bulgakowa* (Hrsg.), Herausforderung Eisenstein, Berlin (O.) 1989, S. 68–70.
S. Ėjzenštejn, „Istoričeskij kommentarij k fil'mu „Ivan Groznyj", in: Fil'm „Ivan Groznyj". Dokumenty. Stat'i. Issledovanija, Kinovedčeskie zapiski. Special'nyj nomer, 1998, Nr. 38, S. 173–246.
S. Ėjzenštejn, „Ivan Groznyj. Kino-scenarij", in: Novyj mir, 1943, Nr. 10–11, S. 61–109.
Fil'm „Ivan Groznyj". Dokumenty. Stat'i. Issledovanija, Kinovedčeskie zapiski. Special'nyj nomer, 1998, Nr. 38.
J. Goodwin, Eisenstein, Cinema, and History, Urbana u. a. 1993.
F. Hitzer (Hrsg.), „Iwan der Schreckliche (Teil II) [Drehbuch]", in: Film, 1965, Nr. 10, S. 49–60.

L. Koslow, „Über Peripetien des Schicksals und Transformationen der Theorie – Eisensteins Arbeit an „Iwan der Schreckliche“, in: *O. Bulgakowa* (Hrsg.), Herausforderung Eisenstein, Berlin (O.) 1989, S. 64–68.

N. M. Schmitz, „Das Historienbild lebt weiter – Geschichtsbilder bei Sergej Eisenstein“, in: *F. Crivellari* u. a. (Hrsg.), Die Medien der Geschichte. Historizität und Medialität in interdisziplinärer Perspektive, Konstanz 2004, S. 297–316.

„Zasedanie chudožestvennogo soveta pri komitete po delam kinematografii. Prosmotr i obsuždenie vtoroj serii kinokartiny „Ivan Groznyj“ režissera S. Ėjzenšteijna. 7 fevralja 1946 goda“, in: *L. Parfenov* (Hrsg.), Živye golosa kino. Govorjat vydajuščiesja mastera otečestvennogo kinoikusstva (30-e–40-e gody). Iz neopublikovannogo, Moskva 1999, S. 276–307.

Filmszene

Iwan: „Viel Macht ist in meiner Hand versammelt. Ich stehe da, gestützt durch den Willen des ganzen Volkes. Ein starker eiserner Ring, die *Opričnina*, umgibt mich. Unnahbar für alle Feinde, bar jedoch auch aller herzlichen Freundschaft. Die hat mir der Herrgott nicht beschieden. Niemand ist da, an dessen Brust ich mein Haupt legen könnte und niemand, der die Freuden, der die Leiden mit mir teilt. Ich bin einsam und verlassen. Einmal besaß ich einen Freund, Anastasija, aber sie verließ mich. Auch Kurbskij galt mir als Freund, aber er verriet mich. Nein, nicht mich, unsere Sache – das große Werk. Nicht Verrat fürchte ich, nicht den Dolch und nicht das Gift. Nicht Aufruhr noch Heimtücke. Nicht um mich, nicht um meine Krone bange ich – die große Sache, die neue, gerade erst begonnene – um sie bange ich. Nur um sie.“
Filipp: „Es gibt für den Herrscher nichts größeres, als den Staat auf althergebrachte Weise zu regieren. Nach dem Vorbild der Väter, Großväter und Urgroßväter, den Bojarenrat zu achten, mit den Bojaren die Macht zu teilen.“
Iwan: „Du lügst, Schwarzkutte! Alles nur leeres Geschwätz!“
Filipp: „Willst du nicht auf deinen Hirten hören, so bleibe denn allein, von allen beschimpft, von allen verurteilt, von allen verdammt. Einsam!“
Iwan: „Nicht als Zar, als Freund bitte ich dich, von der schweren Bürde der Macht tief gebeugt und niedergedrückt. Lass mich nicht zurück in Einsamkeit, bleib bei mir, hilf mir, das russische Reich zu festigen und nimm hierzu das hohe Amt und die Würde des Moskauer Metropoliten.“
Filipp: „Habe ich damit das Recht, vor dir Klage zu führen und mich für Verurteilte einzusetzen?“
Iwan: „Niemand wird hier unschuldig verurteilt! Halt! Es sei, wie du forderst.“

Rev. Übersetzung hier nach: F. Hitzer (Hrsg.), „Iwan der Schreckliche (Teil II) [Drehbuch]“, in: Film, 1965, Nr. 10, S. 53.

Filmszenen


Zar Iwan der Schreckliche (Nikolaj Čerkasov).


Metropolit Filipp (Andrej Abrikosov).


Demütig auf den Knien bittet Zar Iwan der Schreckliche Igumen Filipp um Hilfe beim Aufbau des Moskauer Staates und der Überwindung seiner Einsamkeit.


Iwan der Schreckliche erteilt Igumen Filipp das Fürspracherecht und die Würde des Metropoliten von Moskau. Die provisorische „Symphonie" der weltlichen und der kirchlichen Herrschaft wurde besiegelt.

Bericht der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVDVP) für die Zeit vom 16.6.53 bis 22.6.1953, 18.00 Uhr [Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953], undatiert

Zusammenfassung

Der Bericht der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVDVP) über die Ereignisse in der DDR zwischen dem 16. und 22. Juni 1953 schildert die erste Volkserhebung im kommunistischen Machtbereich nach dem Tode des sowjetischen Diktators Josef Stalin. In der vier Jahre zuvor gegründeten DDR waren damals Hunderttausende Menschen spontan auf die Straße gegangen und hatten für den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen demonstriert. Nur durch das Eingreifen der in Deutschland stationierten sowjetischen Truppen konnte der Aufstand niedergeschlagen werden. Das Dokument fasst die Ereignisse zusammen und beziffert das Ausmaß der Erhebung sowie der anschließenden

Repressionswelle – eine Bilanz, die trotz ihres bürokratischen Duktus und der ideologischen Verzeichnung deutlich macht, wie machtvoll der Volksaufstand gegen die SED-Diktatur im Juni 1953 war. Zweifellos gehört der Aufstand, auch wenn er scheiterte, in die Reihe der großen demokratischen Erhebungen in Deutschland.

Einführung

Während die Ereignisse im Juni 1953 in der DDR früher nur auf der Basis von Augenzeugenberichten untersucht werden konnten, hat die historische Forschung seit dem Sturz der SED-Herrschaft Zugang zu umfangreichen schriftlichen Quellenbeständen bekommen: Akten der Polizei, des Ministeriums für Staatssicherheit, der SED, der Gewerkschaften, der sogenannten Blockparteien und andere bis 1989 streng verschlossene Archivalien. Das hier veröffentlichte Dokument ist nur eines von Hunderten, die den Ablauf des Volksaufstandes in der DDR rekonstruieren helfen. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es einen vergleichsweise detaillierten Ueberblick über die Vorgänge in Ost-Berlin und den 14 DDR-Bezirken gibt und umfangreiches Zahlenmaterial enthält, das das Geschehen am 17. Juni quantifiziert: die Menge der Demonstranten (335 200) und der Streikenden (225 620), die Anzahl der erschossenen Demonstranten (14) und Sicherheitsbeamten (6), die Zahl der gestürmten Gebäude (125) und der befreiten Gefangenen (1 297), die Massenverhaftungen nach der Niederschlagung (6 057 Festgenommene bis zum 22. Juni), denen vor allem Arbeiter zum Opfer fielen – entgegen allen politischen Verlautbarungen, dass „faschistische Agenten“ aus dem Westen den Aufstand angezettelt hätten.

Dokumente wie dieses haben das Bild vom Volksaufstand in der DDR in den letzten Jahren erheblich verändert. Anders als es die ikonografischen Fotos vom Aufmarsch der sowjetischen Panzer in Berlin suggerieren, gab es Streiks und Demonstrationen keineswegs nur in der geteilten deutschen Hauptstadt. In nahezu allen grösseren Städten der DDR kam es am 17. Juni oder später zu Protesten, die oftmals sogar entschlossener verliefen als in Berlin. In Halle, Bitterfeld und Görlitz hatten die Demonstranten praktisch bereits die Macht übernommen. In Städten wie Magdeburg, Brandenburg oder Jena stürmten sie gut bewachte Polizeipräsidien und Gefängnisse, um die zahlreichen politischen Gefangenen in der DDR zu befreien. In Leipzig, Gera und vielen kleineren Orten entwickelten sich die Streiks binnen Stunden zum Volksaufstand, in dessen Verlauf Parteizentralen und Rathäuser besetzt wurden. In den meisten Großbetrieben bildeten sich Streikkomitees, die einen umfangreichen Katalog mit sozialen und politischen Forderungen aufstellten und an die Arbeiter- und Soldatenräte anderer Revolutionen erinnern. Selbst auf dem Lande kam es in mehreren hundert Ortschaften zu Versammlungen, Streiks, Demonstrationen oder Besetzungen, die – in der direkten Konfrontation mit lokalen Funktionären – teilweise einen radikaleren Charakter annahmen als in den Städten und Assoziationen an längst vergangene Bauernerhebungen wecken.

Der flächendeckende Charakter der Proteste, die Beteiligung breiter sozialer Schichten und die weitreichenden politischen Forderungen („Freie Wahlen“, „Nieder mit der Regierung!“, „Weg mit Ulbricht!“, „Freilassung aller politischen Gefangenen“ etc.) haben nicht nur das in Westdeutschland zeitweise gezeichnete Bild eines reinen „Arbeiteraufstands“ korrigiert. Sie machen auch deutlich, dass in der DDR im Juni 1953 zweifellos eine Art vorrevolutionäre Situation herrschte. Dass der Funke eines harmlos beginnenden

Bauarbeiterstreiks am 16. Juni in Berlin ohne irgendeine organisatorische Vorbereitung oder Struktur einen solchen Flächenbrand auslöste, ist anders nicht zu erklären. Zeitgenössische Einschätzungen, dass die SED und ihr Parteichef Walter Ulbricht in der Bevölkerung damals so verhasst waren, dass ihre Herrschaft nur durch das Eingreifen der sowjetischen Truppen gerettet werden konnte, haben sich dadurch bestätigt.

Der Zugang zu den DDR-Archiven hat dabei auch in jüngster Zeit immer wieder neue, bislang unbekannte Protestaktionen ans Tageslicht gefördert. Während auf der zentralen Ebene – in diesem Fall die Hauptverwaltung der ostdeutschen Volkspolizei – oft nur ein grobes, holzschnittartiges Bild der Situation gezeichnet wird, enthalten die Aufzeichnungen aus den Bezirken, Kreisen, Gemeinden und Betrieben oft ungleich detailliertere Informationen. Deutlich wird dabei nicht nur, dass die Proteste noch umfassender waren, als in den zentralen Dokumenten erkennbar, sondern dass sie sich auch keineswegs auf den 17. Juni 1953 beschränkten. Schon seit Anfang Juni war es in den Betrieben vielmehr zu spontanen Protestversammlungen und kleineren Streiks gekommen. Trotz Verhängung von Ausnahmezustand und Kriegsrecht sowie mehrerer demonstrativer Hinrichtungen hielten die Proteste auch nach dem Eingreifen der sowjetischen Truppen noch länger an. Im Juli kam es in über 70 Orten erneut zu Streiks, bei denen es vielfach um die Forderung nach Freilassung der verhafteten Arbeiter ging. Auf dem Lande traten bis Oktober 1953 mehr als 20 000 Mitglieder aus den von der SED erzwungenen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) aus. Es dauerte Monate, bis sich die SED-Herrschaft wieder gefestigt hatte.

Vor diesem Hintergrund stellen auch die in dem Dokument genannten Zahlen nur eine erste Momentaufnahme dar. In Wirklichkeit haben sich, wie neuere Forschungen ergaben, über eine Million Menschen an den Protesten im Juni 1953 beteiligt. Etwa 500 000 Beschäftigte traten am 17. Juni in den Streik, mehr als 400 000 nahmen an Aufmärschen teil. Demonstranten erstürmten über 140 Gebäude – darunter 13 Polizeigebäude, acht SED-Zentralen, sechs Gewerkschaftshäuser, 14 Bürgermeistereien und elf Kreisverwaltungen. Aus über 700 Städten und Gemeinden, davon 14 Großstädte, sind Protestaktionen belegt. Am 18. Juni beteiligten sich in 16 Orten immer noch rund 44 000 Menschen an den inzwischen lebensgefährlichen Demonstrationen. Aber auch die Zahl der Festnahmen war erheblich höher als in dem Dokument angegeben. Insgesamt haben die ostdeutschen Sicherheitsorgane bis zum 1. August etwa 13 000 Verhaftungen gezählt, zu denen noch weitere hinzugerechnet werden müssen, die von sowjetischen Stellen vorgenommen wurden. Durch Quellen belegt sind bislang 55 Todesopfer des Aufstandes, davon fünf Angehörige der DDR-Sicherheitsorgane.

Das Dokument ist insofern auch ausgesprochen quellenkritisch zu betrachten, als es ausschließlich die Perspektive des Sicherheitsapparates enthält und die Ereignisse aus politischen Gründen massiv verzerrt. Demonstranten, die freie Wahlen fordern, werden als „faschistische" oder „verbrecherische Elemente" bezeichnet. Demonstranten, die die Rote Fahne vom Brandenburger Tor holten, werden als „aus dem Westen" kommend bezeichnet. Tatsächlich mussten die DDR-Stahlarbeiter aus Hennigsdorf stundenlang durch West-Berlin marschieren, bis sie endlich in der Stadtmitte ankamen, weil die Behörden den S-Bahn-Verkehr lahmgelegt hatten. Ebenso wenig wird deutlich, warum Zeitungskioske in Brand gesteckt und HO-Läden geplündert wurden, nämlich aus Empörung über die unerträgliche Propaganda in den DDR-Medien, über die überhöhten

Preise in den staatlichen Geschäften und die systematische Diskriminierung der Privatläden in der DDR. Und wenn es heißt, dass auf dem Berliner Alexanderplatz die Lage „bereinigt" wurde, dann bedeutet dies, dass Panzer in lebensgefährlichen Manövern in die Demonstranten fuhren und bald auch geschossen wurde. Die Behauptung, dass in Halle die ehemalige „SS-Kommandeuse" Dorn aus dem KZ Ravensbrück aus der Haft befreit worden wäre und sich dann „maßgeblich an den Provokationen" beteiligt hätte, ist inzwischen als Propagandalüge enttarnt worden – in Ravensbrück gab es überhaupt keine „SS-Kommandeusen", geschweige denn eine mit diesem Namen. Das hinderte das Bezirksgericht Halle freilich nicht, die offenkundig geistig verwirrte Frau am 22. Juni 1953 zum Tode zu verurteilen. Dass sich ein größerer Teil der Bevölkerung bald von den Anführern distanzierte, wie es in dem Bericht heißt, ist ebenfalls eine durch nichts belegte Behauptung, die wohl eher dem Wunschdenken der SED-Führung als der Wirklichkeit entsprach – tatsächlich musste das Politbüro am 17. Juni in das sowjetische Hauptquartier in Berlin-Karlshorst evakuiert werden, wo es auch die Nacht über blieb.

Das Dokument ist auch noch in anderer Beziehung unvollständig – es enthält keinerlei Angaben über die tatsächlichen Akteure des Aufstands und ihre politischen Vorstellungen. Der Aufstand hat kein Gesicht. Weil die Erhebung so schnell niedergeschlagen wurde, sind ihre Sprecher – anders als bei den Streiks in Polen 1980 – öffentlich kaum bekannt geworden. Dieses Defizit besteht bis heute, da rechtliche Gründe den Zugang zu den personenbezogenen Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit über einzelne Streikführer und Demonstranten behindern. Sie konnten bis heute nicht vollständig ausgewertet werden. Eine wichtige Rolle spielten zum Beispiel der Vorsitzende des Streikkomitees Bitterfeld, Paul Othma, der Görlitzer Sozialdemokrat Max Latt, der Dresdener Streikführer und ehemalige NS-Widerstandskämpfer Wilhelm Grothaus oder der Organisator des Streiks im Funkwerk Berlin-Köpenick, Siegfried Berger – um nur einige Personen zu nennen, die plötzlich und auch für sie selbst völlig unerwartet an die Spitze einer Bewegung gespült wurden. Die meisten von ihnen büßten ihr spontanes Engagement für Freiheit und Demokratie mit langen Haftstrafen, wenn sie nicht bei Nacht und Nebel schnell noch in den Westen flüchteten.

Der Aufstand vom 17. Juni ist in Deutschland lange unterschätzt worden. Weil er so rasch und gründlich niedergeschlagen wurde, bekam er von Anfang an das Stigma einer erfolglosen Rebellion. In der DDR verteufelte man ihn jahrzehntelang als „faschistische Provokation" oder verschwieg ihn einfach. In Westdeutschland erstarrte die anfängliche Sympathie bald in hohlem Pathos. Nachdem die Bundesrepublik die DDR im Grundlagenvertrag von 1972 anerkannt hatte, wurde die Erinnerung nur noch am jährlichen Nationalfeiertag, dem „Tag der Deutschen Einheit" gepflegt – bis auch dieser 1991 auf den 3. Oktober verlegt wurde. Erst im Jahr 2003, zum 50. Jahrestag der Erhebung, nahm eine breite Öffentlichkeit das Geschehen erneut in den Blick: als Sternstunde der deutschen Geschichte und als Versuch, die SED-Diktatur aus eigener Kraft abzuschütteln. Rund um das Jubiläum erschien rund ein Dutzend neuer Monographien, über den Ablauf der Ereignisse in den einzelnen Regionen liegen inzwischen vielfach detaillierte Darstellungen vor.

Hatten sich die Deutschen mit der einen Spielart totalitärer Herrschaft, dem Nationalsozialismus, arrangiert, kann man ihnen das bei der anderen, der kommunistischen, nicht nachsagen. Im Gegenteil – für ihr Streben nach Freiheit haben viele 1953 einen hohen

Preis bezahlt. Der Aufstand vom 17. Juni gehört deshalb, auch wenn er scheiterte, in die Reihe der grossen demokratischen Erhebungen in Deutschland: die Märzrevolution von 1848, die Novemberrevolution von 1918 und die friedliche Revolution im Herbst 1989.

Hubertus Knabe

Quellen- und Literaturhinweise
E. Ahrberg u. a. (Hrsg.), Die Toten des Volksaufstands vom 17. Juni 1953, Münster 2004.
P. Bruhn, 17. Juni 1953. Bibliographie, Berlin 2003.
T. Diedrich, Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Berlin 2003.
T. Diedrich / H.-H. Hertle, Alarmstufe „Hornisse". Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003.
B. Eisenfeld / I.-S. Kowalczuk / E. Neubert, Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004.
K. W. Fricke / R. Engelmann, Der „Tag X" und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003.
H. Knabe, 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, Berlin 2003.
I.-S. Kowalczuk, 17. Juni 1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003.
V. Koop, 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit, Berlin 2003.
Ch. F. Ostermann (Hrsg.), Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain, New York 2001.

Bericht für die Zeit vom 16.6.53 bis 22.6.1953 18.00 Uhr

– HVDVP –
Nachdem am 16.6.1953 nach der Auswertung der Lage erkennbar wurde, dass die Demonstranten von faschistischen Elementen aus Westberlin zu Provokationen, Tätlichkeiten und Zerstörungen ausgenutzt wurden, der Einsatz von Agitatoren grösseren Umfanges (davon ca. 60 VP-Angehörige in Zivil) keine wesentlichen Erfolge erzielte und die Gefahr bestand, dass die verbrecherischen Elemente die Oberhand über die Masse der Demonstrierenden gewinne, wurden folgende vorbereitende Massnahmen getroffen:

1. Verstärkung der Hauswache
2. Schaffung einer Einsatzkräfte-Reserve von 1/36 VP
3. Schaffung einer Fahrzeugreserve von 21 PKW
2 LKW
4. Bildung einer Transportleitstelle
5. Alarmierung von VP-Angehörigen nach Schwerpunktwohngebieten wie Gasthäusern usw.

16.6.1953	21.30	wurden vom PdVP Berlin zur Verstärkung 100 VP-Angehörige vom Wachbtl. der HVDVP zur Verfügung gestellt. Der Leiter des Wachbtl. erhielt die Anweisung, die Posten an den wichtigsten Objekten zu verstärken.
	21.50	erging an die Chefs der BdVP Potsdam, Leipzig und Magdeburg die Anweisung zur Alarmierung von Abschnittsbevollmächtigten.

22.20 Weitere Abordnung von 116 VP-Angehörigen des Wachbtl. zum PdVP Berlin.

Ausserdem wurden zum PdVP Berlin 164 Einsatzkräfte (Angehörige der HVDVP) zur Verstärkung des Sektorenschutzes abgeordnet.

Weiterhin wurden dem PdVP Berlin 400 Pistolen zur Verfügung stellt.

23.30 wurden 10 Angehörige der Hauswache zur Verstärkung der Sicherheit der Generalstaatsanwaltschaft in Marsch gesetzt.

zur Erkundung der Lage wurden dem PdVP Berlin 2 PKW mit Zivilnummern zur Verfügung gestellt.

Dem PdVP Berlin wurden im Verlaufe der Nacht vom 16. zum 17.6.1953 folgende Verstärkungskräfte zugeführt:

HVDVP-Kultur-Ensemble	41 VP-Angeh.
BdVP Frankfurt/Oder	94 VP-Angeh.
BdVP Potsdam	352 VP-Angeh.
BdVP Magdeburg	239 VP-Angeh.
BdVP Leipzig	256 VP-Angeh.
VP-Zentralschule Aschersleben	516 VP-Angeh.
VP-Zentralschule Arnsdorf	86 VP-Angeh.

An die Hauptabteilungen J und TD wurde Anweisung in Bezug auf Zurverfügungstellung von ausreichender Verpflegung, Unterkunftsmaterial sowie insbesondere von Hieb- und Schusswaffen gegeben.

Die Kraftfahrzeuge, welche den Antransport aus den Bezirksbereichen und Zentralschulen durchführten, wurden gleichzeitig dem PdVP Berlin zugeteilt.

Durch die Polizeiführung wurde bereits in den Abendstunden des 16.6.1953 eine Chefleitung vom Dienst gebildet.

Die für die BdVP vorgesehenen Kontroll-Brigaden für die Dienstanweisung 24 und 25/53 festgelegten Massnahmen wurden bis auf die Brigade, die nach Suhl bereits abgefahren war, zurückgehalten.

Durch die Chefleitung wurden einzelne BdVP wie Karl-Marx-Stadt und Magdeburg aufgrund der Entwicklung angesprochen und darauf hingewiesen, verstärkte Sicherungsmassnahmen zu treffen.

17.6.1953 4.10 erfolgte durch den Gen. Chefinspekteur Grünstein an alle Chefs der BdVP einschl. Siegmar-Schönau die Anweisung, dass

a) alle Angehörigen der BdVP heranzuholen sind und die BdVP auf volle Stärke zu bringen sind.

b) auf eine Gruppe von Unruhestiftern zu achten ist, die versucht, mittels Kraftfahrzeugen von Berlin nach den Wismut-Gebieten zu gelangen, um dort die Arbeiter zum Streiken zu provozieren, diese Gruppen festzunehmen und dem MfS zu übergeben.

In den Morgenstunden wurde in der HVDVP durch den Gen. Chefinspekteur Strieder eine Einsatzleitung für die HVDVP gebildet. Diese Einsatzleitung wurde verantwortlich gemacht für

a) die Hauswache

b) für den Reservezug

c) für den gesamten Fahrzeugbestand

d) für die Einteilung der restl. VP-Angeh. Der HVDVP in Gruppen und Züge, je nach Aufgaben wie Feuerwehr, Kraftfahrer, Nachrichten usw., für deren Unterkunft und Verpflegung

Die Einsatzstärke für die einzelnen Tage war folgende (konkrete Zahlen können erst ab dem 21.6.1953 gegeben werden):

21.6.1953	12.00 Uhr	102 weibliche	VP-Angeh.
		215 männliche	VP-Angeh.
22.6.1952	8.00 Uhr	102 weibliche	VP-Angeh.
		212 männliche	VP-Angeh.

Nachdem bekannt wurde, dass sich in einigen Gebieten der DDR gleiche Vorgänge wie in Berlin entwickelten, ergingen ausser der erhöhten Wachsamkeit und Alarmbereitschaft folgende Anweisungen:

11.10 unter keinen Umständen darf ein VPKA aufgegeben bezw. geräumt werden.
Die Chefs der BdVP wurden persönlich verantwortlich gemacht.
Die Leiter der VPKÄ erhielten die Anweisung, soviel als möglich freiwillige Helfer und fortschrittliche Kräfte zusammenzuziehen.
Lebenswichtige Objekte u. Betriebe dürfen nicht aufgegeben werden.
Panikstimmungen unter den VP-Angehörigen sind energisch zu unterbinden.
In Notfällen sind Einheiten der KVP einzusetzen.

14.30 wurde angewiesen, dass sämtliche Vorkommnisse in den Bezirksbereichen, die im Wismut-Gebiet liegen, der BdVP Siegmar-Schönau mitzuteilen sind.
Die in den VP-Heimen beschäftigten sowie z.Zt. untergebrachten VP-Angehörigen wurden alarmiert und gelangten zum Teil in den Bezirksbereichen zum Einsatz.

15.30 erfolgte Anweisung zur Sicherstellung der Einschleusung von Lebensmitteltransporten nach Berlin sowie der Einschleusung von Kurieren.

Aus Schwerin wurde ein LKW, der mit Parteidokumenten beladen und für das ZK bestimmt war, zum HVDVP geleitet und die Dokumente im Tresor der HVDVP untergebracht.

Um jederzeit eine klare Uebersicht über die augenblickliche Lage zu haben, wurden unter Abgabe [sic!] von konkreten Punkten in Abständen von 2 Stunden fernschriftliche Lageberichte von den BdVP gefordert.

Nachdem es in Berlin zu ernsten Zusammenstössen zwischen Demonstranten und VP-Angehörigen gekommen war, erfolgte nochmals eine Anweisung in bezug auf Schusswaffengebrauch.

Zur weiteren Verstärkung der Sicherungsmassnahmen für die Strafvollzugsanstalten wurden weitere Sicherungsmassnahmen angeordnet.

So z. B. für die VA Glowe, da festgestellt worden war, dass unter den Gefangenen Flugblätter verteilt wurden, strengste Isolierung der Gefangenen von den Arbeitern des Objektes.

Auswechslung einer Kompanie Einsatzkräfte.

Verstärkung der äusseren Sicherheit durch die KVP sowie Uebernahme der verantwortlichen Leitung durch Gen.VP-Insp. Siegemund von der HVDVP.

Da festgestellt wurde, dass sich aus den Industrie-Schwerpunktgebieten Henningsdorf, Wildau, grössere Arbeitermassen in Richtung Berlin in Bewegung setzten, wurde die HVDVP sowie Transportpolizei zwecks Einleitung sofortiger Massnahmen verständigt.

An die HA-GW und PV erging Anweisung zur Betreuung der verletzten VP-Angehörigen, welche inzwischen in das VP-Krankenhaus Berlin eingeliefert worden waren.

Charakterisierung der Lage in Berlin und DDR:
am 17.6.1953

Berlin:
Die Demonstrationszüge marschierten auch aus den entlegensten Gebieten wie Köpenick usw. auf das Stadtzentrum.
Folgende Arbeitsniederlegungen wurden bekannt:

SAG-Betrieb Berliner Bremsenwerk mit der gesamten Belegschaft.
VEB-Fortschritt, Grünbergerstraße mit der gesamten Belegschaft.
VEB-Vergaser, Stalinallee verweigerten vorwiegend die Jugendlichen den Arbeitern den Eingang zum Werk.
800 Angehörige des EAW Stalin-Werkes Treptow – Zweigstelle Hirschberger Strasse,
Privatbetrieb Kälterichter, wo die Belegschaft den Betrieb verliess,
VEB-Glühlampenwerk, wo sich die Belegschaft auf dem Hofe versammelte,
usw.

Die Situation in Berlin spitzte sich derart zu, dass grössere Menschenmengen unter Anleitung der Provokateure vor den Ministerien, den öffentlichen Gebäuden, den Parteidienststellen und Gebäuden der Massenorganisationen sich zusammenballten und Versuche unternahmen, gewaltsam in diese einzudringen.

Einzelne Demonstrationszüge überschritten die Sektorengrenze vom Osten zum Westen.

Teilnehmer eines Demonstrationszuges, der aus dem Westen kam, rissen die Rote Fahne vom Brandenburger Tor herunter.

Und so steigerten sich diese Provokationen sukzessive wie die Anlegung von Bränden in HO-Kiosken usw., Plünderungen der HO-Geschäfte, Steinwürfe.

Ein eingesetzter Lautsprecherwagen im Westsektor an der Sektorengrenze forderte in den Westsektor abfliessende Demonstranten auf, erneut in den demokratischen Sektor zu demonstrieren.

Zu diesem Zeitpunkt wurde die Sektorengrenze auf westlicher Seite durch starke Aufgebote der Stummpolizei [sic!] besetzt.

Mit Bekanntgabe des Ausnahmezustandes durch den Sowjetischen Militärkommandanten von Berlin wurde die Sektorengrenze gesperrt und durch die Sowjetischen Truppen und durch VP wurden die Demonstrationszüge zerstreut.

Besondere Höhepunkte bildeten sich auf dem Alexanderplatz und vor dem Präsidium der VP, wo die Demonstranten versuchten, in das Gebäude des PdVP einzudringen.

Auch an diesen Stellen wurde mit Eintreffen der Sowjetischen Truppen die Lage bereinigt.

Mit Bekanntgabe des Ausnahmezustandes in den Nachmittagsstunden trat eine gewisse Beruhigung der Lage ein, abgesehen von einzelnen Versuchen, erneute Demonstrationen zu beginnen.

Durch die zwangsläufige Stillegung des öffentlichen Verkehrsnetzes kam es zu grösseren Menschenstauungen auf den Bahnhöfen, die bis in die Nachtstunden andauerten.

Ein größerer Teil der Bevölkerung distanzierte sich bereits zu diesem Zeitpunkt von den Anführern. In ihrem Verhalten kam zum Ausdruck, dass die 2. Phase der Entwicklung der Situation wie Plünderungen usw. von ihnen nicht gebilligt wurden [sic!].

Dem Aufruf der Regierung, die Arbeit wieder aufzunehmen, kamen am gleichen Tage Wenige nach, auch mitbedingt durch die Schwierigkeiten in der Verkehrslage.
Als Schwerpunkte kristallisierten sich heraus:

Halle
Magdeburg
Gera
Leipzig
Dresden und
Erfurt.

In den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Neubrandenburg, Suhl und Schwerin kam es zu keinen nennenswerten Demonstrationen.

Halle:
In der Stadt Halle begannen die Ausschreitungen am 17.6.53 gegen 9 Uhr mit einem Demonstrationszug von mehreren tausend Demonstrant. von der Waggonfabrik Ammendorf.

Dieser Demonstrationszug wurde verstärkt durch die Belegschaften der am Marschweg liegenden Betriebe. Die Demonstranten stürmten und plünderten u. a. die Bezirksleitung der Partei und das Haus des Bezirksrates.

Beide genannten Objekte waren durch die Volkspolizei gesichert. Nachdem die Provokateure gleichwohl in die Objekte eingedrungen waren, kam es bei dem Widerstand der Volkspolizisten gegen die Angreifer zu heftigen Tätlichkeiten von seiten der Provokateure, wobei einzelne VP-Angehörige schweren Misshandlungen ausgesetzt wurden. U. a. wurden von den Provokateuren bei ihrem Anmarsch zum Haus des Bezirksrates mehrere VP-Angehörige unter laufenden Misshandlungen mitgeschleift.

Die Provokateure setzten ihren Marsch fort zur UHA II, wo sie gegen 12.30 Uhr eintrafen und die Freilassung von Gefangenen forderten. Das wurde abgelehnt. Daraufhin erbrachen die Demonstranten das Eingangstor. Trotz Gegenwehr der eingesetzten VP-Angehörigen und 27 weiteren KVP-Angehörigen gelangten die Demonstranten in das Zellenhaus. Dadurch konnten 248 weibliche und 3 männliche Häftlinge gewaltsam befreit werden.

Unter den Befreiten befanden sich Schwerverbrecher besonderer Art. Z. B. die ehemalige SS-Kommandeuse Dorn aus dem KZ Ravensbrück, die zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt war und nunmehr sich massgeblich an den Provokationen beteiligte. Bei dem Angriff wurden 3 VP-Angehörige z. T. schwerverletzt, eine VP-Angehörige unter diesen

wurde bis zum Markt mitgeschleift und dort besinnungslos von Angehörigen der Sowjetarmee aufgefunden.

Nach diesem Angriff begaben sich ca. 1 000 Demonstranten zur Vollzugsanstalt I am Kirchtor. Auch hier forderten sie die Herausgabe sämtlicher Häftlinge, worauf die Leitung der Anstalt – VP-Insp. Blossfeld – nicht reagierte. Bei dem Versuch, mit einem 6-To-LKW das Tor zu nehmen, um in die Vollzugsanstalt zu gelangen, wurden nach Schusswaffengebrauch durch die VP zwei Eindringlinge schwer- und einer tödlich verletzt. Ein nochmaliger Versuch der Demonstranten, von der Rückseite der Anstalt aus einzudringen, wurde wiederum mit Schusswaffengegenwehr der VP beantwortet und dabei ein Eindringlich [sic!] tödlich verletzt. Daraufhin räumten die Demonstranten das Feld.

Ein ähnlicher Angriff auf die UHA I scheiterte ebenfalls an der konsequenten Haltung der VP-Angehörigen unter der Leitung des VP-Komm. Stolze.

In Bitterfeld randalierten gegen 9 Uhr zirka 150 Personen vor dem VPKA und entsandten eine Delegation zum VPKA-Leiter. Darüber hinaus forderten sie die sofortige Entfernung eines Transparentes vom Gebäude des VPKA, das auf die deutschsowjetische Freundschaft hinwies. Durch das versöhnlerische Verhalten des Amtsleiters – VP-Kommandeur Nosseck, der mit den Demonstranten verhandelte, ihren Weisungen nachkam und sie aufforderte, ihre Forderungen an die Regierung weiterzuleiten, kam es in Bitterfeld zu einem Angriff auf die UHA, wobei es beim Eindringen zu keinerlei Gegenwehr durch die VP kam. Im Verlaufe von Vereinbarungen wurden 15 Häftlinge entlassen. Das Ergebnis des Verhandelns, insbesondere durch VP-Kommandeur Nosseck war, dass schliesslich alle 51 Häftlinge befreit wurden. Nosseck wurde inzwischen des Amtes enthoben und in Haft genommen.

Weitere Beispiele liessen sich noch aus den Bereichen Naumburg und Eisleben anführen.

Gera:

In der Stadt Gera demonstrierten ca. 20 000 Personen. Unter Führung faschistischer Elemente versuchten sie, in mehrere öffentliche Gebäude einzudringen, was durch gemeinsamen Einsatz von VP und KVP sowie durch späteres Eingreifen der sowjetischen Streitkräfte bis auf einen Fall verhindert werden konnte, wo die Provokateure in die Arbeiter- und Bauernfakultät eindrangen und die Inneneinrichtung verwüsteten. Hierbei taten sich besonders 50-60 Oberschüler negativ hervor, wohingegen sich 360 Schüler der ABF der Volkspolizei zur Verfügung stellten und 60 von ihnen sofort für entsprechende Hilfs-Massnahmen eingesetzt worden sind.

In Weida[,] Kr. Gera, in dem sämtliche Beschäftigten aller Betriebe streikten, versuchten ca. 1 000 Demonstranten unter Führung von faschistischen Elementen ins Revier einzudringen. Die 18 VP-Angehörigen verteidigten ihr Revier über eine Stunde, ohne von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, bis sowjetische Streitkräfte zum Einsatz eintrafen. Ein Eindringen in das Revier gelang den Provokateuren nicht.

In Jena demonstrierten ca. 20 000 Personen. Die Arbeitsniederlegung begann in dem Nebenbetrieb Zeitz-Süd und griff auf weitere Grossbetriebe über. Angriffe wurden auf die Gebäude des MfS, der Kreisleitung der Partei, des Rates des Kreises, der Nationalen Front u. a. durchgeführt. Hierbei wurden die Einrichtungen demoliert und vorhandene

Akten z. T. auf die Strasse geworfen. Eine Reihe Funktionäre, besonders die Angehörigen des MfS, wurden durch die Provokateure brutal misshandelt und schwerverletzt. Der Hauptangriff richtete sich dann gegen die Haftanstalt, wo die Provokateure durch zirka 2 000 Wismut-Kumpels, die mit 40 Kippern und anderen Fahrzeugen in die Innenstadt transportiert wurden, unterstützt [wurden]. Den Provokateuren gelang das Eindringen in die Haftanstalt und die Niederringung der sich hartnäckig verteidigenden VP-Angehörigen. Die VP-Angehörigen machten dabei von der Schusswaffe keinen Gebrauch. 49 Häftlingen gelang die Flucht.

Besondere Arbeitsweise des Gegners:

Bei dem Sturm auf die Haftanstalt wurden von den gegnerischen Elementen Kinder in die Haftanstalt eingeschleust und dann der Bevölkerung als Häftlinge präsentiert. Ein weiblicher Häftling wurde völlig entkleidet und mit Kot beschmiert. In diesem Zustand wurde er den Demonstranten als angeblich in diesem Zustand vorgefunden vorgeführt.

Die Aerzte des Stadtkrankenhauses Jena verweigerten die Behandlung der schwerverletzten Volkspolizisten, die dann vom sowjetischen Hospital in Behandlung genommen wurden.

Magdeburg:

In Magdeburg nahmen die Demonstranten ihren Anfang in den Grossbetrieben des Vorortes Magdeburg-Buckau, von da bildete sich ein Demonstrationszug, der auf seinem Wege nach dem Stadtinneren nacheinander das Telegrafenamt, die Häuser der SED, FDJ, des FDGB stürmten bezw. besetzten und Zerstörungen grösseren Umfanges vornahmen. Auf dem weiteren Weg erfolgte die Stürmung des Justizgebäudes unter Verprügelung der Richter und Staatsanwälte. Gegen 10 Uhr sammelten sich vor dem Haus des BdVP ca. 10 000 Demonstranten. Die Leitung des BdVP liess sich von dem Grundsatz leiten, jedwedes Blutvergiessen zu vermeiden und ordnete an, dass alle Offiziere ihre Schusswaffen unterzuschnallen und die Wachtmeister ihre Schusswaffen abzugeben hatten. Auch nachdem bei der Stürmung der Strafvollzugsanstalt bereits 2 VP-Angeh. und ein Angehöriger des MfS erschossen wurden, wurde der Befehl, in keinem Falle von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, nicht widerrufen d. h. es wurde nicht zwischen faschistischen Elementen und einfachen Demonstranten unterschieden. Diese Menschen drangen in das Gebäude des BdVP ein und konnten erst nach Erscheinen der Sowjetarmee aus dem Gebäude entfernt werden.

Bei der Verteidigung traten besonders die Genossen Wachtmeister durch hervorragende Leistung in Erscheinung.

Das Stürmen der UHA Magdeburg-Neustadt zwischen 14 und 15 Uhr hätte bei Abwesenheit (sic!) einer Leitung vermieden werden können, zumal diese Verteidigung der Anstalt dadurch begünstigt wurde, dass sich viele Gefangene bereit erklärten, die VP bei der Verteidigung zu unterstützen. Nach Eindringen der faschistischen Elemente schützten die Häftlinge die VP-Angehörigen vor Angriffen der Banditen. Die Häftlinge der SVA Sudenburg brachten bei der Stürmung der Anstalt zum Ausdruck, dass sie nicht befreit werden wollten. Auch hier wurden die VP-Angeh. durch Häftlinge unterstützt. Hier zogen sich z. B. VP-Angehörige in die Küche zurück. Der Koch, ein Häftling, der wegen Verderbenlassens von 170 Kilo Fleisch zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt war, stellte sich mit einem Messer vor die Küchentür und gewährte keinem der Banditen Einlass.

Leipzig:
Aehnliche Vorkommnisse gab es im Bezirk Leipzig. Brennpunkte waren die Städte Leipzig, Delitzsch, Schmölln und Düben. In Leipzig selbst griffen die Provokateure u. a. die BdVP, die Bezirksverwaltungsstelle des MfS, das VPKA Leipzig, die UHA Leipzig Beethovenstrasse, das Rundfunkgebäude, die FDJ-Bezirksleitung und das Gebäude der Leipziger Volkszeitung an. Der Pavillon des Nationalrates am Platz des Friedens wurde gestürmt und in Brand gesetzt.

Potsdam:
In Henningsdorf legten die Arbeiter der Grossbetriebe am 17.6.1953 die Arbeit nieder und versuchten, mit der S-Bahn nach Berlin zu gelangen, um sich den Streikenden in Berlin anzuschliessen (ca. 6000). Das Vorhaben wurde durch Unterbrechung des S-Bahnverkehrs verhindert. Weitere Arbeiter der Betriebe des Bezirks beteiligten sich an Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen, so u. a. das Karl-Marx-Werk in Potsdam-Babelsberg, das Stahl- und Walzwerk Brandenburg, RAW Kirchmöser und Optische Werke Rathenow.

Dresden:
Im Bereich Dresden und Görlitz war ein besonderer Schwerpunkt. Hier drangen die Provokateure sogar in das Gebäude der sowjetischen Kommandantur ein.

Erfurt:
Im Bezirk Erfurt waren insbesondere die VEBetriebe Rheinmetall in Sömmerda Ausgangspunkt der Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen.

Frankfurt/O.:
Im Bezirk Frankfurt/O. begann die Streikbewegung im Kreis Fürstenberg bei den Bauarbeitern von Stalin-Stadt, im Kreise Fürstenwalde beim VEB Reifenwerk und den Kalk- und Zementwerken in Rüdersdorf. In den nördl. Kreisen des Bezirks trat besonders der VEB Krahnbau (sic!) Eberswalde in Erscheinung.

Cottbus:
In Cottbus selbst ging die Streikbewegung vom RAW Cottbus aus. Im Kreisgebiet Senftenberg begann die Streikbewegung in der Grosskokerei Mathyas Rakosi, wo u. a. der Kulturraum demoliert wurde.

Rostock:
Hier waren es die Beschäftigten der Werften Warnof-Werft, Neptun-Werft, Mathias-Thesen-Werk u. a., die am 18.6.1953 mit der Arbeitsniederlegung begannen.

(Einige Berichte aus den Bezirken stehen noch aus, um ein umfassenderes Bild zu geben.)

Aufgrund der charakterisierten Lage und nach Verhängung des Ausnahmezustandes wurden weitere Massnahmen getroffen.

Unter Verschlüsselung wurde die Anweisung gegeben, Provokateure unter allen Umständen festzunehmen, alle bestehenden Streikleitungen festzunehmen, Menschenansammlungen zu verhindern.

Zur Ueberprüfung der durch die BdVP getroffenen Massnahmen sowie zur besseren Anleitung wurden am 18.6.53 verantwortliche Hauptabteilungsleiter und Abteilungsleiter in folgende Bezirke entsandt:

BdVP Frankfurt/O., Magdeburg, Schwerin, Gera, Dresden, Halle.

Die Lage gab Veranlassung, die Chefs der BdVP anzuweisen, dass der befohlene Alarmzustand weiter aufrechterhalten bleibt und dass für die Einsatzkräfte unter Beachtung der Befehle für die notwendige Ruhe Sorge zu tragen ist. Wenn es die Lage erlaubt, Interzonenpassanträge der Bevölkerung anzunehmen und zur Bearbeitung der Anträge weibliche Kräfte bezw. für den operativen Einsatz nichttaugliche Kräfte einzusetzen.

Gen. Chefinspektor Wenzel erhielt den Auftrag, die Betreuung der Angehörigen der ums Leben gekommenen VP-Angehörigen zu übernehmen; gleichzeitig Massnahmen für die Durchführung zur Auszeichnung und Prämierung der VP-Angeh., die durch vorbildliche Haltung während des Einsatzes hervorgetreten sind, zu treffen.

Gen. Chefinspektor Anstett erhielt die Anweisung, für die normale Ausgabe der KPZ-Kennzeichen Sorge zu tragen.

Die Abt. TD wurde angewiesen, eine Ueberprüfung der Verteilung sämtlicher Schusswaffen in der VP vorzunehmen.

Inzwischen ergab sich in Berlin folgende Lage.

Beispiele von Arbeitsaufnahmen:

am 18.6. 12.00 Uhr	VEB Ausbau	mit	30 %	der Betriebsangeh.
	DHZ Metallurgie-Schrott	"	30 %	"
	Konsum-Zuckerw. Treptow	"	30 %	"
	Verband Dt. Kons.Gen.	"	40 %	"
	Berliner Glühlampenwerke	"	45 %	"
	EAW J. W. Stalin Treptow	"	45 %	"
	Berliner Bremsenwerke	"	49 %	"
	Mechanik Gasalan	"	50 %	"
	Kälterichter	"	50 %	"
	Bergmann-Borsig	"	50 %	"

Demgegenüber stehen Betriebe wie

Berliner Riefenwerke [sic!]	mit	90 %	der Betriebsangeh.
Siemens-Plania	"	85 %	"
Gasag, Dimitroffstr.	"	100 %	"
AGA Azotylen-Werk	"	100 %	"
Funkamt Amt Glienicke	"	100 %	"
Berliner Bürgerbräu	"	100 %	"
E-Werk Rummelsburg	"	100 %	"
Kraftwerk Klingenberg	"	100 %	"

die zum Teil ohne Unterbrechung [arbeiteten] bezw. zu diesem Zeitpunkt eine prozentual hohe Arbeitsaufnahme erreichten.

Am 22.6.53 9.30 Uhr Beispiele von Betrieben, die eine besonders geringe Zahl von Arbeitsaufnahmen aufwiesen:

Bergmann-Borsig	mit 70 %
VEB Ausbau	" 81 %
J. W. Stalin	" 85 %

Von den 100 wichtigsten Betrieben des demokratischen Sektors Berlin gibt sich in der Zahl der Beschäftigten und Streikenden folgende Uebersicht:

	gearbeitet:	*gestreikt:*
am 18.6.53	74 878	28 536
am 19.6.53	80 048	9 881
am 20.6.53	84 221	5 227

Die Schliessung der Sektorengrenze führte zu einer schnelleren Festnahme der sich noch im demokratischen Sektor befindlichen Provokateure, sodass bereits in den frühen Nachmittagsstunden eine grössere Anzahl dieses Personenkreises festgenommen werden konnte:

Uebersicht über Festnahmen:

vom 16.6. bis 17.6. 21 Uhr	insgesamt 259 Personen, davon 167 aus dem demokratischen und 92 aus dem Westsektor.
vom 17.6. 21 Uhr bis 18.6. 5 Uhr	insgesamt 253 Personen, davon 151 aus dem demokratischen und 28 aus dem Westsektor, 20 aus der DDR und 63, wo die Personalien nicht einwandfrei feststanden.
vom 18.6. 05 Uhr bis 18 Uhr	insgesamt 330 Personen, davon 151 aus dem demokratischen, 47 aus dem Westsektor, 7 aus der DDR, 125, bei denen die Personalien nicht genau feststellbar waren.
bis zum 22.6. 6 Uhr	wurden insgesamt festgenommen: *2 461 Personen*, davon: 2 184 aus dem demokratischen Sektor und aus der DDR, 238 aus dem Westsektor Berlins, 39 aus Westdeutschland.

Am 21.6.53 wurde bekanntgegeben, dass die Provokateure beabsichtigten, Trauergeläute sowie Inbetriebsetzen von Betriebssirenen zu organisieren.

Die BdVP wurden zwecks Einleitung der erforderlichen Massnahmen angewiesen. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass das Heraushängen von Fahnen mit Trauerfloren sowie Flaggen mit Halbmast zu untersagen ist.

Am 21.6.53 zeigten sich Anzeichen, dass es im Verlaufe des 22.6. zu grösseren Streiks bei der Reichsbahn kommen könnte. Deshalb wurde eine besondere Ueberwachung der Anlagen der Reichsbahn sowie die Aufstellung von Reserve-Einsatz-Kommandos und enge Verbindungsaufnahme mit der Transportpolizei angewiesen.

Für den taktischen Einsatz erfolgten gleichzeitig Hinweise wie Abgabe von Warnschüssen als Abschreckungsmethode usw.

Aufgrund von Hinweisen, dass der Gegner beabsichtigte, zu grösseren Sabotageakten überzugehen und hierbei sich natürlich in den Besitz von Sprengstoffen setzen will, erging der Befehl, verschärfte Sicherungsmassnahmen für Benzin- und Sprengstofflager sowie für Radio-Stationen einzuleiten.

Hierbei wurde ganz besonders auf die Kontrolle der sprengstoffverarbeitenden Betriebe sowie Bestands- und Bewegungsbücher hingewiesen.

Am 22.6.53 wurde erneut den Bezirkschefs mitgeteilt, dass mit weiteren Terror- und Sabotageakten zu rechnen ist und dass deshalb die hohe Einsatzbereitschaft weiterhin zu gewährleisten und ständig zu kontrollieren ist. Schwerpunkte nach wie vor: wichtige Versorgungsbetriebe, Brücken, Sprengstofflager usw. Es wurde nochmalig auf die Beibehaltung von ständig zur Verfügung stehenden Einsatzreserven hingewiesen.

In der Zeit vom 17.6. 8 Uhr bis 22.6. 18 Uhr liefen bei der HVDVP – Op-Stab insgesamt 800 Meldungen und Berichte über Vorkommnisse und über die Lage ein.

Zahlenmässige Angaben:

Demonstrationen:

Bezirk	*Zahl der Demonstrationen*	*Zahl der Teilnehmer*	*Zahl der Demonstrationen*	*Zahl der Teiln.*
Rostock	=	=	3	8 000
Schwerin	1	200	=	=
Neubrdbg.	=	=	=	=
Potsdam	32	53 000	=	=
Frankfurt/O.	7	9 000	=	=
Cottbus	6	5 000	=	=
Halle	14	94 000	1	1 500
Magdeburg	42	32 000	3	12 500
Erfurt	7	15 000	=	=
Gera	10	52 000	4	2 000
Suhl	=	=	=	=
Leipzig	5	30 000	3	1 600
Dresden	5	49 000	2	1 400
Karl-Marx-Stadt	=	=	=	=
insgesamt	129	339 200	16	27 000

Arbeitsniederlegungen:

Bezirk:	*Betriebe* 17.6.	*Streikende* 17.6.	*Betriebe* 18.6.	*Streikende* 18.6.
Rostock	=	=	5	5 500
Schwerin	=	=	1	80
Neubrdbg.	=	=	2	1 650
Potsdam	45	40 250	15	4 700
Frankfurt/O.	45	8 400	8	2 850
Cottbus	25	10 500	35+++	13 360
Halle	56	60 000	11	6 900
Magdeburg	59+	32 000	34++	13 000
Erfurt	6	15 000	5	6 600
Gera	31	27 300	12	4 300
Suhl	1	70	=	=
Leipzig	22	6 500	29	14 200
Dresden	35	24 400	=	=
Karl-Marx-Stadt	7	1 200	2	1 900
insgesamt	332	225 620	159	75 240

+	am 17.6.53	26 Grossbetr.	26 Mittelbetr.	7 Kleinbetriebe
++	am 18.6.53	5 Grossbetr.	22 Mittelbetr.	7 Kleinbetriebe
+++	am 19.6.53	im Bezirk Cottbus 7 Betriebe mit 380 Arbeitern.		

Parolen:

am 17.6.53 „Herabsetzung der Normen“
„40%ige Herabsetzung der HO-Preise“
„Generalstreik“
„Nieder mit der SED“
„Sturz der Regierung“
„Solidaritätsstreik mit Berlin“
„Freie Wahlen in ganz Deutschland“
am 18.6.53 ebenfalls die vorstehenden und weitere
„Aufhebung des Ausnahmezustandes“
„Gleichstellung von volkseigenen und privaten Betrieben“
„Keine Bestrafung der Kollegen, die sich zu Sprechern der Kollegen gemacht haben“
„Freilassung der politischen Häftlinge“

Festnahmen von Streikleitungen:

Rostock	6
Schwerin	=
Neubrdbg.	2
Potsdam	10
Frankfurt/O.	1
Cottbus	Zahlen können noch nicht angegeben werden
Halle	ebenfalls noch nicht
Magdeburg	2
Erfurt	5
Gera	6
Suhl	=
Leipzig	21
Dresden	=
Karl-Marx-St.	=
mithin	53

Eindringen in öffentl. Gebäude:

Bezirk	*am 17.6.53*	*am 18.6.53*
Dresden	25	2
Leipzig	12	=
Gera	9	=
Halle	35	=
Magdeburg	45	=
Rostock	1	=
insgesamt	125	2

Von diesen öffentlichen Gebäuden waren

	17.06	*18.06*
Kreisräte	11	=
Bürgermeistereien	14	1
Bezirksleitg. der Partei	1	=
Kreisleitungen der Partei	7	1
Dienststellen der FDJ	8	=
Dienststellen des FDGB	6	=
BdVP	1	=
VPKÄ	4	=
Sonstige VP-Dienststellen	8	=
Haftanstalten	9	=
Dienststellen des MfS	2	=
Sonstige Gebäude (Gerichte, Finanzämter, MTS, Erholungsheime, Kulturhäuser, Redaktionen usw.)	54	=
insgesamt	125	2

Gefangenenbefreiungen:

Bezirk:	*gewaltmässig befreit*	*ergriffen*
Potsdam	42	36
Halle	464	464
Magdeburg	315	247
Dresden	417	324
Gera	59	43
Stand v. 23.6.53	1.297	1.060

In folgenden Bezirken kam es zum Gebrauch von Schusswaffen:

Bezirk Dresden	1
Bezirk Leipzig	1
Bezirk Halle	2 (Haftanstalten)
Bezirk Rostock	1
insgesamt	5

Auswirkungen des Schusswaffengebrauches:

Bezirk:	*VP-Angeh. u. Personen unserer Seite:*			*Demonstranten:*	
	tot	*schwerverletzt*	*leichtv.*	*tot*	*verletzt*
Potsdam	1	2	8	=	1
Cottbus	=	=	4	=	=
Dresden	=	8	3	=	3
Leipzig	1	1	31	5	7
Halle	=	8	27	6	30
Magdbg.	3 (dav. 1 MfS)	3	9	3	=
Gera	1	=	1	=	=
Berlin	=	64	204	unbekannt	unbekannt
insgesamt	6	86	287	14	41

Schusswaffenverluste:
Stand vom 22.6.53 – 18.00 Uhr:

Bezirk:	*Pistolen:*	*Karabiner:*	*KK-Gewehre:*
Potsdam	11	4 (2)	=
Dresden	3	3 (1)	=
Leipzig	11	9	=
Halle	45 (20)	6	=
Magdeburg	17 (1)	9 (2)	2
Gera	8 (1)	=	=
insgesamt:	95 (22)	31 (5)	2

(Die in Klammern angeführten Zahlen von Waffen besagen, dass diese Zahl wiederaufgefunden bezw. sichergestellt werden konnte.)

Sichergestellte Hetzmaterialien:

Bezirk:		*Anzahl:*	*Inhalt:*
Potsdam:			
	Wildau	1 000	Hetze gegen die SU
	Trebbin	100	Hetze gegen die SU
	Wensickendorf	500	Hetze gegen die SU
Frankfurt/O.:			
	Strausberg	300	Hetze gegen die SU
Dresden:			
	Riesa	10	Hetze gegen die Regierung
	Meissen	3	Hetze gegen die Regierung
	Görlitz	6	Hetze gegen die Regierung
	Dresden	9	Hetze gegen die Regierung
Leipzig:	Grimma	23	Aufruf zum Generalstreik
Karl-Marx-Stadt:			
	Aue	400	Hetze gegen die SED
	Stollberg	5	Aufruf zur Demonstration
	Zwickau	3	Aufruf zum Streik
	Marienberg	15	Aufruf zum Streik
	Glauchau	7	Hetze gegen die Regierung
	Schwarzenberg	5	Hetze gegen die Regierung
	Freiberg	85	Hetze gegen die SU
Gera:			
	Ziegenrück	3	Senkung der Normen und HO-Preise
Suhl:			
	Grossmannsreuth	3 000	Hetze gegen die SED
Halle:			
	Eisleben	3	Aufruf zum Generalstreik
Magdeburg:			
	Haldensleben	2	Flugblätter
Bezirk Cottbus:		1 000	Hetze gegen die DDR
Neubrandenburg:		9	Netze geg. die SU
	Porat	30	Hetze geg. die SU
Berlin:		In sämtl. Stadtbezirken wurden Flugblätter, die Hetze geg. die Regierung der DDR und gegen die Sowjetunion beinhalteten, verstreut. Anzahl nicht übersehbar.	

Stand vom 18.6.53.

Angriffe auf Verkehrsmittel:

Bezirk:		*Anzahl:*	*Art des Angriffs:*
Cottbus:			
	Lauchhammer	3	Einschlagen von Scheiben in Omnibussen
Frankfurt/O.:			
	Strausberg	3	ebenfalls

Stand vom 18.6.53.

Zahl der VP-Angehörigen, die sich in diesen Tagen als unfähig erwiesen haben und in ihrem Arbeitsgebiet abgelöst wurden bezw. noch abgelöst werden müssen:

a) VP-Angehörige der BdVP	15 (9 Offz. 6 Wm.)
b) VP-Angehörige der VPKÄ	86 (10 Offz. 76 Wm.)

Stand vom 23.6.53

Festnahmen:
In der Zeit vom 17.6.1953 bis 20.6.53 24.00 Uhr wurden insgesamt *2687 Personen* festgenommen. Von diesen wurden 1 100 Personen den Verwaltungsstellen des MfS übergeben. An die Kommandanten der sowjetischen Truppen wurden 142 Personen übergeben. Freigelassen wurden 370 Personen. Bei der Volkspolizei verblieben 1 075 Personen.

Es wurden 119 Verfahren von der Untersuchungsabteilung abgeschlossen und dem Staatsanwalt mit Vorgang übergeben. Im Laufe des 22.6.53 fanden bei den Bezirksgerichten bereits die ersten Prozesse statt. Gegen 514 Personen wurden Verfahren eingeleitet. 561 Personen sind noch in Haft, gegen die noch kein Verfahren eröffnet wurde.

Von den 1 075 Festgenommenen, deren Verfahren von der Volkspolizei zu bearbeiten sind, befinden sich noch 720 ohne richterlichen Haftbefehl in Haft.

Da gegen eine grosse Zahl der Festgenommenen Verfahren noch nicht eingeleitet wurden und auch bei der Uebergabe von Festgenommenen an andere Dienststellen die soziale und politische Zugehörigkeit der Festgenommenen nicht registriert wurde, sind nachfolgend unvollständige Zahlen zustandegekommen:

Von den 1 783 Festgenommenen sind

Arbeiter	1 261	70,7 %
Angestellte/Intellektuelle	233	13,1 %
Selbst. Handwerk, Gewerbetreibende und ähnliche	95	5,4 %
Grossbauern	17	0,9 %
Klein- und Mittelbauern	55	3,0 %
Genossenschaftsbauern	10	0,6 %
Sonstige	112	6,3 %
Mitgl. der SED	118	6,6 %
Mitgl. der bürgerl. Parteien	81	4,6 %
Mitgl. der FDJ	134	7,5 %
Parteilose	1 450	81,3 %

Von 302 in Halle Festgenommenen, bei denen die Parteizugehörigkeit überprüft wurde, sind 17 = 5,8 % Mitglied der SED, in Leipzig bei 606 Festgenommenen 43 = 7 % Mitglied der SED, in Magdeburg bei 271 Festgenommenen 30 = 11 % Mitglied der SED.

In den obengenannten Zahlen sind die Festnahmen des PdVP Berlin nicht enthalten.

Die Anzahl der festgenommenen Personen hat sich bis zum 22.6.53 18 Uhr auf *6057 Personen* erhöht. Davon

Bürger der DDR einschl. Berlin – demokrat. Sektor	5777
Bürger Westdtschld.	42
Bürger Westberlins	238

Von diesen Personen wurden

187	dem Kommandanten der Sowjet. Armee
1622	den Verwaltungsdienststellen des MfS und
309	den Gerichten übergeben.
1684	verblieben bei der VP,
1508	wurden freigelassen.

Im Durchgangslager befinden sich von den o.a. Festgenommenen 747 Personen.
In Fahndung gestellt wurden 157 Personen, die sich an den Provokationen beteiligten.

	Festn.	*ab an MfS*	*ab an Kdtr.*	*Freil.*	*Eins. o. Haftbf.*	*ab an StA*	*Verf. d. d. VP*	*Festn. wo kein Verf. eingel. wurde*
Frankf.	106	103	=	1	1	=	=	1
Halle	589	309	24	102	109	3	89	62
Erfurt	160	136	2	18	2	=	3	=
Suhl	1	1	=	=	=	=	=	=
Siegm.-Sch.	2	2	=	=	=	=	=	=
Cottbus	83	23	2	6	31	2	38	3
Gera	210	108	12	85	=	1	4	=
Karl-M.-St.	5	4	=	1	=	=	=	=
Neubdg.	42	32	=	3	4	1	7	=
Dresden	231	71	23	5	14	49	87	3
Leipzig	606	61	24	42	436	50	87	405
Magdeburg	399	87	53	69	98	10	179	71
Potsdam	152	124	=	1	9	1	18	=
Rostock	94	34	2	36	16	2	1	16
Schwerin	7	5	=	1	=	=	1	=
insgesamt	2687	1100	142	370	720	119	514	561

Faksimile

206

Bericht

für die Zeit v.16.6.53 bis 22.6.53 18.00 Uhr

– HVDVP –

Nachdem am 16.6.1953 nach der Auswertung der Lage erkennbar wurde, dass die Demonstranten von faschistischen Elementen aus Westberlin zu Provokationen, Tätlichkeiten und Zerstörungen ausgenutzt wurden, der Einsatz von Agitatoren grösseren Umfanges (davon HVDVP ca.60 VP-Angeh. in Zivil) keine wesentlichen Erfolge erzielte und die Gefahr bestand, dass die verbrecherischen Elemente die Oberhand über die Masse der Demonstrierenden gewinne, wurden folgende vorbereitenden Massnahmen getroffen:

1. Verstärkung der Hauswache
2. Schaffung einer Einsatzkräfte-Reserve von 1/36 VP
3. Aufstellung einer Fahrzeug-Reserve von 21 PKW, 2 LKW
4. Bildung einer Transportleitstelle
5. Alarmeierung von VP-Angehörigen nach Schwerpunktwohngebieten wie Gästehäusern usw.

16.6.1953 21.30 wurden dem PdVP Berlin zur Verstärkung 100 VP-Angehörige vom Wachbtl. der HVDVP zur Verfügung gestellt.

Der Leiter des Wachbtl. erhielt die Anweisung, die Posten an den wichtigsten Objekten zu verstärken.

21.50 erging an die Chefs der BdVP Potsdam, Leipzig und Magdeburg die Anweisung zur Alarmierung von Abschnittsbevollmächtigten.

22.20 Weitere Abordnung von 116 VP-Angehörigen des Wachbtl. zum PdVP Berlin.

Ausserdem wurden zum PdVP Berlin 164 Einsatzkräfte (Angeh.der HVDVP) zur Verstärkung des Sektorenschutzes abgeordnet.

Weiterhin wurden dem PdVP Berlin 400 Pistolen zur Verfügung gestellt.

23.30 wurden 10 Angehörige der Hauswache zur Verstärkung der Sicherheit der Generalstaatsanwaltschaft in Marsch gesetzt.

zur Erkundung der Lage wurden dem PdVP Berlin 2 PKW mit Zivilnummern zur Verfügung gestellt.

Dem PdVP Berlin wurden im Verlaufe der Nacht vom 16. zum 17.6.1953 folgende Verstärkungskräfte zugeführt:

HVDVP-Kultur-Ensemble	41	VP-Angeh.
BdVP Frankfurt/Oder	94	" "
" Potsdam	352	" "
" Magdeburg	239	" "
" Leipzig	256	" "
VP-Zentralschule Aschersleben	516	" "
VP-Zentralschule Arnsdorf	86	" "

Faksimile, Bundesarchiv Berlin, D 01 – 11/304, Bl. 206–221.

IV. Grundlagen der Kommissionsarbeit

Schreiben des Innenministers der Bundesrepublik Deutschland,
Dr. Wolfgang Schäuble, an den deutschen Co-Vorsitzenden der Kommission

DR. WOLFGANG SCHÄUBLE, MdB
Bundesminister des Innern

Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
Tel. (030) 39 81 - 10 00
Fax (030) 39 81 - 10 14

Direktor des Instituts für
Zeitgeschichte München
Herrn Prof. Dr. Horst Möller
Leonrodstr. 46b
80636 München

Berlin, den 24. Oktober 2006

Sehr geehrter Herr Professor Möller,

ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel auf deutscher Seite die Schirmherrschaft für die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen übernimmt. Auch damit macht die Bundesregierung deutlich, dass sie dem Ziel der Kommission, das Verständnis unserer Völker für die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen im 20. Jahrhundert zu vertiefen und damit die Beziehungen zwischen unseren Staaten insgesamt zu fördern, große Bedeutung zumisst und dass sie die Arbeit der Kommission, die sich in den zurückliegenden fast neun Jahren positiv entwickelt hat, auch weiterhin politisch unterstützt.

Ich bitte Sie, dies auch den deutschen Mitgliedern der Kommission zu übermitteln.

Für die Arbeit der Kommission wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

W. Schäuble

Die Mitglieder der Kommission in der zweiten Arbeitsperiode

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller
Deutscher Co-Vorsitzender
Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München – Berlin

Prof. Dr. Helmut Altrichter
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen – Nürnberg

VLR I Dr. Ludwig Biewer
Leiter des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes

Marianne Birthler
Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR

Prof. Dr. Dr. h.c. Bernd Bonwetsch
Direktor des Deutschen Historischen Instituts, Moskau

Prof. Dr. Ute Daniel
Universität Braunschweig

Prof. Dr. Bernd Faulenbach
Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Beatrice Heuser
Direktorin der Forschungsabteilung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Potsdam

Prof. Dr. Manfred Hildermeier
Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker
Universität Konstanz

Prof. Dr. Hartmut Weber
Präsident des Bundesarchivs

Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Weber
Universität Mannheim

Prof. Dr. Aleksandr Čubar'jan
Russischer Co-Vorsitzender
Ordentliches Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAdW),
Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der RAdW

Prof. Dr. Aleksandr Boroznjak
Staatliche Pädagogische Universität Lipeck

Prof. Dr. Jakov Drabkin
Institut für Allgemeine Geschichte der RAdW

Prof. Dr. Aleksej Filitov
Institut für Allgemeine Geschichte der RAdW

Prof. Dr. Aleksandr Galkin
Institut für Soziologie der RAdW

Prof. Dr. Vladimir Kozlov
Leiter des Föderalen Archivdienstes,
Korrespondierendes Mitglied der RAdW

Vladimir Kuzelenkov
Direktor des russischen Staatlichen Militärarchivs

Prof. Dr. Faina Novik
Institut für Russische Geschichte der RAdW

Konstantin Provalov
Leiter der historisch-dokumentarischen Abteilung des Außenministeriums der Russischen Föderation (ab 2007)

Dr. Viktor Rykin
Europa-Institut der RAdW

Dr. Sergej Slutsch
Institut für Slawenkunde der RAdW

Aleksandr Čurilin
Leiter der historisch-dokumentarischen Abteilung des Außenministeriums der Russischen Föderation (bis 2007)

Prof. Dr. Nina Vaškau
Universität Volgograd

Die Autoren dieses Bandes

Prof. Dr. Helmut Altrichter, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen

Lilia Antipow, M.A., Friedrich-Alexander-Universität Erlangen

Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

Prof. Dr. Aleksandr I. Boroznjak, Staatliche Pädagogische Universität Lipeck

Dr. Anatolij S. Černjaev, Gorbačev-Stiftung

Dr. Torsten Diedrich, Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Ruhr-Universität-Bochum

Prof. Dr. Aleksej M. Filitov, Institut für Allgemeine Geschichte der Russländischen Akademie der Wissenschaften (RAdW)

Dr. Denis Fomin-Nilov, Staatliche Universität für Geisteswissenschaften, Moskau

Dr. h.c. Hermann Graml, Institut für Zeitgeschichte

Prof. Dr. Klaus Hildebrand, Universität Bonn

Marlen Korallov, „Memorial" Moskau

Prof. Dr. Ivan N. Kuz'min, Diplomatische Akademie des Außenministeriums der Russländischen Föderation

Prof. Dr. Werner Link em., Universität zu Köln

Igor F. Maksimyčev, Europa-Institut der RadW

Dr. habil. Hartmut Mehringer, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin

Prof. Dr. em. Gilbert Merlio, Universität Paris-Sorbonne

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, deutscher Co-Vorsitzender der deutsch-russischen Historikerkommission

Prof. Dr. em. Hans Mommsen, Ruhr-Universität Bochum

Dr. Ehrhart Neubert, BStU Abteilung Bildung und Forschung

Prof. Dr. Boris V. Petelin, Staatliche Pädagogische Universität Vologda

Nikolaj S. Portugalov, Journalist, ehemaliger Mitarbeiter der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU

Prof. Dr. Aleksandr Šubin, Institut für Allgemeine Geschichte der RAdW

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. em. Hermann Weber, Universität Mannheim

Dr. Jürgen Zarusky, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin

Kontakte

Der deutsche Co-Vorsitzende der Kommission
Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Möller
Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46b
80636 München
Telefon: +49-(0)89-12688 0
(aus Russland: 8 10 49-89-12688 0)
Fax: +49-(0) 89-12688191
(aus Russland: 8 10 49-89-12688 191)
E-Mail: moeller@ifz-muenchen.de

Der russische Co-Vorsitzende der Kommission
Akademiemitglied Prof. Dr. Aleksandr O. Čubar'jan
Russische Akademie der Wissenschaften
Institut für Allgemeine Geschichte
Leninskij Prospekt 32a
117374 Moskau
Telefon: +7-495-9 38 10 09
Fax: +7-495-9 38 22 88
E-Mail: dir@igh.ru

Deutsches Sekretariat der Gemeinsamen Kommission
im Bundesministerium des Innern
Referat G 4
Eberhard Kuhrt
Dr. Gudrun Schneider-Farschid
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
Telefon: 01888-681-2593 und -2561
(aus Russland: 8 10 49-01888-68-2593 und -2561)
Fax: 01888-681 52593, -52561 und -2624
(aus Russland: 8 10 49-1888-615 25 93)
E-Mail: G4@bmi.bund.de

Russisches Sekretariat der Kommission
im Außenministerium der Russischen Föderation
Natal'ja Maslakova (bis 2007)
Smolenskaja Sennaja pl. 32-34
119200 Moskau
Telefon: +7-495-244 23 71
Fax: +7-495-244 25 26

in der Russischen Akademie der Wissenschaften
Viktor Iščenko
Leninskij pr. 32 a, Zi. 1425
119334 Moskau
Telefon: +7-495-0380501
Fax: +7-495-9382288
E-Mail: dir@igh.ru, vikist@rambler.ru

Сообщения
Совместной комиссии
по изучению новейшей истории
российско-германских отношений

Сообщения Совместной комиссии по изучению новейшей истории российско-германских отношений

Под редакцией Александра Чубарьяна и Хорста Мёллера

по поручению Совместной комиссии по изучению новейшей

истории российско-германских отношений

R. Oldenbourg Verlag München 2008

Проект был поддержан Совместной комиссией по изучению новейшей истории российско-германских отношений и финансирован из средств Федерального министерства внутренних дел Германии.

Ответственность за содержание авторских статьей несут авторы.

Редакция
в России: Виктор Ищенко, Сергей Случ
в Германии: Юрген Царуски, Верена Брунель, Юлия фон Зааль
в сотрудничестве с секретариатом германской части совместной комиссии (Эберхард Курт, Гудрун Шнайдер-Фаршид)

Первый том „Сообщений“ не продается через книжные магазины, его можно приобрести лишь в Немецком секретариате Комиссии (см. контакты).

Библиографическая информация Германской национальной библиотеки

Германская национальна библиотека внесет данную публикаций в Германскую национальную библиографию; подробные библиографический данные можно узнать в Интернете: http://dnb.d-nb.de.

Электронная версия этой книги находится в открытом доступе с Август 2023 года.

ISBN: 978-3-486-58146-1
e-ISBN (PDF) 978-3-11-133575-9
DOI https://doi.org/10.1515/9783111335759

Отпечатано на нестареющей бумаге, не содержащей кислоты (осветлена без употребления хлора).

Набор: Kraus PrePrint, Landsberg am Lech
Печатание и переплетание: Humbach & Nemazal, Pfaffenhofen/Ilm

Содержание

Хорст Мёллер, Александр О. Чубарьян
Предисловие IX

I. СССР и объединение Германнии
Доклады международного коллоквиума комиссии, Москва, 2003 г.

Анатолий С. Черняев
М. С. Горбачев и германский вопрос 2

Алексей М. Филитов
Процесс объединения Германии и политика СССР 16

Хорст Мёллер
Соединенные Штаты и воссоединение Германии 36

Игорь Ф. Максимычев
Крушение ГДР – Вид из окна советского посольства на Унтер-ден-линден 49

Николай С. Португалов
Два плана германского единения 72

Иван Н. Кузьмин
Краткий очерк развития внутриполитической обстановки в ГДР с
1955 года до германского объединения 80

Бернд Фауленбах
К вопросу о переплетении общественно-политических процессов и
международной политики в 1989/90 годах 99

Борис В. Петелин
ХДС/ХСС и объединение Германии – К вопросу о роли германской
политики в 1989/90 годах 107

Клаус Хильдебранд
Единство Германии 1989/90 годов: Воссоединение и международное
сообщество – Размышления о состоянии, проблемах и перспективах
научных исследований 123

Александр И. Борозняк
Объединение Германии в трактовках российской историографии 140

II. Резистентность, оппозиция, сопротивление при сравнении диктатур
Доклады международного коллоквиума комиссии, Мюнхен 2004 г.

Жильбер Мерлио
Сопротивление, оппозиция и общественная резистентность при национал-социализме и в ГДР – Размышления о понятиях в сравнительной перспективе 148

Хартмут Мерингер
Немецкое сопротивление и эмиграция – Отношения между движением сопротивления и немецкой эмиграцией, в частности в Советский Союз . 158

Херманн Грамль
Возникновение и развитие военной оппозиции Гитлеру 169

Ханс Моммзен
Представления об обществе и конституционные планы в рядах немецкого сопротивления Гитлеру 179

Александр И. Борозняк
Немецкое сопротивление в трактовках отечественной исторической науки 189

Юрген Царуски
Российские и немецкие социал-демократы в условиях сопротивления и эмиграции – Пути антитоталитаризма 200

Александр В. Шубин
Борьба против тоталитаризма в России: этапы и проблемы 209

Марлен Кораллов
Последнее письмо – и P. S. через 33 года 228

Денис В. Фомин-Нилов
Интеллектуалы против тоталитаризма в СССР 1930-х годов 249

Херманн Вебер
Оппозиция приверженцев «третьего пути» 258

Эрхарт Нойберт
Сравнение сопротивления в пятидесятые годы и оппозиции в восьмидесятые годы 264

Марианне Биртлер
Оппозиционные группы в ГДР в восьмидесятые годы и их роль в мирной революции 273

Торстен Дидрих
За демократию и права человека: народное восстание 1953 года в ГДР . . 282

Бернд Фауленбах
Оппозиция и сопротивление при сравнении трех диктатур – Заметки по поводу возможностей и границ сравнительных подходов 290

III. Поддержанные комиссией проекты
Исследование, издание документов

Вернер Линк
Германо-советские отношения: от Московского договора (1970) до объединения Германии 300

Гельмут Альтрихтер, Лилия Антипова
Ключевые документы по российской и германской истории XX столетия в интернете 348

IV. Основы работы комиссии

Письмо Министра внутренних дел Федеративной Республики Германия, д-ра Вольфганга Шойбле, российскому сопредседателю комиссии 396

Члены Комиссии во втором рабочем периоде 401

Авторы настоящего тома 403

Контакты 404

Предисловие

Вниманию читателей предлагается очередной – третий по счету выпуск Сообщений Совместной комиссии по изучению новейшей истории российско-германских отношений. Его отличительная особенность состоит в том, что в нем помимо информации о работе Комиссии размещаются материалы двух научных коллоквиумов, которые были организованы Комиссией. Во-первых, это коллоквиум на тему „СССР и германское объединение“, состоявшийся в Москве в 2003 г., и коллоквиум „Резистентность, оппозиция, сопротивление в сравнении диктатур“, который прошел в Мюнхене в 2004 г.

Опыт работы Комиссии показывает, что особо повышенное внимание к её деятельности возникает тогда, когда Комиссия организует научные заседания, темы которых являются не только актуальными с научной точки зрения, не только помогают раскрытия малоизученных страниц истории, но и представляют значительный общественный интерес, привлекают внимание широких кругов и средств массовой информации. Коллоквиумы 2003 и 2004 гг. – хорошее тому подтверждение. Научное заседание на тему „Советский Союз и объединение Германии“ собрало полный зал Дипломатической Академии МИД России, где состоялся коллоквиум, и предопределило очень интересную дискуссию. Особую значимость этому мероприятию придавал тот факт, что на нем выступали не только ученые, анализировавшие сравнительно недавнее (по историческим меркам) событие, которое можно причислить к разряду важнейших в жизни Европы второй половины XX века, но и некоторые его непосредственные участники, которые так или иначе могли влиять на принятие политических решений.

Не меньшую общественную значимость представляла тема мюнхенского коллоквиума 2004 г. Она напрямую связана с большой социальной проблемой, которая очень актуальна прежде всего для стран, переживших в своей истории авторитарные и тоталитарные режимы. Мы имеем в виду проблему формирования и развития гражданского общества.

Несмотря на разные конституционные и общественные модели, и в Германии, и в России по-прежнему остается актуальным вопрос о гражданском обществе.

Если окинуть взглядом прошлое, то не возникнет никакого сомнения, что те проявления оппозиции и сопротивления авторитаризму и диктатуре, которые имели место в истории наших стран в XX веке, были одними из значимых сигналов о том, что даже в условиях жизни под неусыпным контролем репрессивных органов, таких как гестапо или НКВД, и у немцев и у русских имелись элементы гражданского самосознания и гражданской ответственности, без которых невозможен был в будущем прорыв к гражданскому обществу, к демократии.

Кроме того, рассматривая конкретную историю оппозиции и сопротивления нацистскому режиму в Германии, сталинскому тоталитаризму и советскому командно-бюрократическому авторитаризму, участники коллоквиума смогли затронуть важные методологические проблемы сущности тоталитаризма и авторитаризма в целом, проанализировать их современные трактовки.

По различным причинам своевременное появление Сообщений Комиссии до сих пор столкнулось с трудностями, которые, однако, в настоящее время устранены, так как вопрос об издательстве окончательно решен и Комиссия создала постоянную редакционную группу по подготовке Сообщений к печати, в состав которой входят и российские и немецкие представители.

Совместная Комиссия благодарит различные правительственные организации обеих стран и руководство Российской Академии наук за поддержку своей работы и особо – Президента РФ В. В. Путина и канцлера ФРГ А. Меркель, которые подтвердили свой высокий патронат над деятельностью Комиссии.

Проф., д-р Александр Чубарьян
(Академик, Сопредседатель
с российской стороны)

Проф., д-р, поч. д-р Хорст Мёллер
(Сопредседатель
с германской стороны)

I. СССР и объединение Германии

Доклады международного коллоквиума комиссии

Москва, 26-ого сентября 2003 г.

Анатолий С. Черняев

М. С. Горбачев и германский вопрос

Что Германия вновь когда-то станет Германией, мало кто сомневался. Однако в условиях холодной войны политические силы – и на Западе, и на Востоке – делали все, чтобы этого не произошло. За исключением, пожалуй, германских социал-демократов.

То, что объединение состоялось именно тогда и именно так, связано с появлением в СССР и на международной арене М. С. Горбачева. Такая констатация – вроде бы банальность. Но до сих пор есть люди, которые считают, что для такого события Горбачев был необязателен. Каковы причины, что именно он сыграл здесь ключевую роль, и каковы были его собственные мотивы? Об этом он рассказал в своей новой книге.[1] Я свою задачу вижу в том, чтобы пояснить мотивы Горбачева, наблюдая его при власти вблизи, но несколько отстраненно.

Одна предпосылка германской политики Горбачева – чисто личностного свойства: ему всегда, сколько я его знаю, казался противоестественным раздел навсегда великой нации как бы в наказание за то, что наделали Гитлер и нацизм.

Другая предпосылка – в государственно-национальных интересах своей страны.Когда Горбачев возглавил в 1985 г. СССР, страна медленно вползала в кризис с тяжелейшими последствиями: он и его коллеги это поняли, как только им стала доступна полная информация о положении дел. Горбачев предложил перестройку как спасительный поворот вектора в развитии страны. Для глубоких преобразований, для перестройки нужны были ресурсы. Взять их в 80-х годах было уже неоткуда, иначе как от военно-промышленного комплекса. Из этого следовала необходимость прекратить гонку вооружений и налаживать новые, неконфронтационные отношения с внешним миром, иначе говоря – кончать с „холодной войной“.

Для этого нужно было прежде всего в корне изменить отношения с Америкой. А без Европы это сделать было невозможно. Но в центре Европы – и географически, и экономически, и политически – находилась Германия, вернее – ФРГ и ГДР. И именно здесь, между ними проходил главный фронт „холодной войны“. К тому же одна Германия была главным экономическим партнером СССР в капиталистическом мире, другая – в „социалистическом“. *Отсюда „германский вопрос“, как ключевой пункт получения необходимых внешних условий для перестройки.*

[1] *Михаил Горбачев,* Как это было. Объединение Германии, Москва 1999.

Такова объективная логика, с которой Горбачев столкнулся и по которой ему пришлось выстраивать свою политику. В жизни все было, конечно, гораздо конкретнее, сложнее, запутаннее. И совсем не так ясно все представлялось, как я сейчас изобразил. Став Генеральным секретарем ЦК КПСС, Горбачев очень скоро, как он любил выражаться, „вышел и на германский вопрос". Первоначально это сводилось в основном к отношениям с ГДР и, как правило, в русле поиска новой роли СССР в „социалистическом содружестве", в Варшавском Договоре (ОВД) и в Совете Экономической Взаимопомощи (СЭВ).

Горбачев, однако, не собирался возглавить „перестройку" во всем „социалистическом лагере". По моим наблюдениям, у него сначала подспудно, а потом и осознанно появилось вскоре ощущение бремени быть здесь „ведущей и направляющей силой". Это мешало ему развернуть в расчете на доверие политику „нового мышления".

Единственно, на что он рассчитывал – то „друзья" (так именовались правящие компартии) „его поймут" и попробуют что-то поменять у себя дома. Сразу же, на первой встрече с лидерами стран Варшавского Договора в дни похорон К.У. Черненко, он заявил им: „Все теперь равны", за ручку как в детском саду никто никого водить не будет, каждый ответственен перед своим народом и перед своей партией. Никакого вмешательства отныне он не допустит. Тем самым дал понять, что с „доктриной Брежнева" покончено. Это было воспринято одобрительно. Хотя вскоре начались сложности – сначала в экономических отношениях, поскольку встал вопрос о „равенстве" и при продаже советской нефти и прочего сырья. Потом – по мере того, как Горбачев начал менять порядок осуществления „советской власти" в СССР, возникли подозрения идеологического порядка: не грозят ли эти новации „устоям социализма" везде и не снимает ли он советское прикрытие для господства „друзей" у себя дома.

Характерны наблюдения председателя Германской компартии Х. Миса, которыми он поделился с Горбачевым во время XXVII съезда КПСС (февраль 1986 г.):

> „Я разговаривал здесь (в Москве) с Хонеккером. Он с большим интересом слушает все, что говорится на вашем съезде. Но я чувствую его скрытое беспокойство: ведь все граждане ГДР прочтут твой доклад, затем они услышат доклад Хонеккера на съезде СЕПГ. Будут сравнивать. И Хоннекер, видимо, чувствует известную опасность в таком сравнении.
> После апрельского Пленума ЦК вашей партии я был в ГДР. Тогда ЦК СЕПГ получил немало писем с вопросом: а не следует ли и нам подходить к проблемам так же, как КПСС? Руководство на закрытых активах давало ответ: нет, в целом не следует, хотя по отдельным вопросам новый подход найти нужно."[2]

Впервые в моей работе при Горбачеве я соприкоснулся с „германской проблемой" в разговоре с ним о телеграмме нашего посла в Берлине (31 марта 1986 г.). Тот советовал, как лучше вести дело с Хонеккером. Мое мнение было таково: посол нагнетает подозрительность, перечисляет и преувеличивает опасности „немецко-немецких" отношений. Но в телеграмме – ни единой мысли – о том, как представляется послу дальнейшее развитие наших отношений с немцами

[2] Там же, с. 56–57.

в длительной перспективе, и как следовало бы нам строить свою политику, применительно к этой перспективе. Горбачев посмотрел на меня внимательно:

– „Что ты имеешь в виду?“
– „Ну ... перспективу ...“
– „Ладно, посмотрим.“

Германской проблемой Горбачев занялся в контексте *всей своей европейской и мировой политики.* Первое время он, как я уже упоминал, сосредоточился на американском направлении. Исходил из того, что поворота в международной ситуации, благоприятного для СССР, можно добиться, сконцентрировав усилия на одном пункте – на прекращении гонки вооружений, ядерном разоружении. Поэтому главное – это отношения СССР с США.

Однако после встречи с президентом Р. Рейганом в Рейкьявике (октябрь 1986 г.) он понял, что даже в решении одной этой задачи без Европы не обойтись. Импульс для основательных размышлений на эту тему дала его уникальная встреча с премьер-министром Великобритании М. Тэтчер в апреле 1987 г. Итоги основательно обсуждались на Политбюро. Горбачев говорил тогда:

„Надо глубоко планировать нашу работу в Европе. Произвести перегруппировку научных сил. Может, создать центр европейских исследований. И помнить: Западная Европа – наш основной партнер. Нигде мы без Европы по-настоящему дело не сдвинем.
Главный для нас вывод – продолжал он – Тэтчер ставит на первое место доверие в международных отношениях. Очень горячо доказывала, что СССР подорвал к себе доверие: ‚Мы вам не верим – все время твердила мне. – Вы очень легко принимаете решения – то по Венгрии, то по Чехословакии, то по Афганистану. Мы не могли подумать даже, что вы войдете в Чехословакию в 1968 году. А вы вошли. Вы ввели войска в Афганистан. Мы вас боимся. Вас предупреждали, чем обернется для Европы, для ее доверия к вам установка вами ‚СС-20‘. А вы поставили ракеты.‘
Так что, товарищи, это ощущение на Западе сильно сидит в мозгах. И в гонке вооружений с его стороны действует не только фактор ВПК, военно-промышленный комплекс, которому нужны все новые и новые ассигнования, а и вот это – боязнь Советского Союза.“

Снять этот страх, разрушить „образ врага“ в представлениях о Советском Союзе – об этой задаче Горбачев рефреном напоминал и руководителям пропаганды, и дипломатам, всем, кто был причастен к внешним делам. В самом деле мы-то считали, что „все прогрессивное человечество“ (был такой удобный термин!) за нас, что большинство простых людей воспринимали нас как миролюбивую страну, как фактор мира. А разобрались – оказалось, совсем не так!

Курс на прекращение конфронтации вырабатывался постепенно, в ходе небывало откровенного, личного диалога с Западом и наращивания взаимного доверия – этих двух новых качеств и новых факторов мировой политики. На этой основе проходила проверку и философия „нового мышления“. В более или менее собранном виде она была сформулирована в речи Горбачева на Генеральной Ассамблее ООН в декабре 1988 г. Здесь он как бы присягнул перед лицом всего мира своему кредо, коренным образом отличавшемуся от идеологической платформы своих предшественников. Это обстоятельство никак нельзя не учитывать при рассмотрении вопроса об объединении Германии.

Поведение и идеи лидера одной из сверхдержав оказали влияние на умонастроения не только на Западе, но – еще сильнее – в странах Восточной Европы. В ГДР – особенно, тем более, что там отзвуки советской перестройки натолкнулись на жесткий отпор со стороны властей. В противостоящих друг другу половинах международного сообщества возник встречный поток. Это позволило Горбачеву действовать более решительно и на германском направлении.

Не буду обозначать все главные моменты вживания Горбачева в „германский вопрос“. Их можно, в какой-то степени, датировать его контактами с политиками из обоих германских государств: Х.-Д. Геншером, Ф.-Й. Штраусом, Р. фон Вайцзеккером, Э. Хонеккером, Х. Мисом, В. Брандтом, Й. Рау, Х.-Й. Фогелем, Т. Вайгелем, Э. Баром, Г. Колем и т. д. на протяжении 1986–1988 гг. С немцами он встречался чаще и больше, чем с кем-либо другим.

Несколько иллюстраций, наиболее важных для темы статьи, из бесед с немцами: Когда президент ФРГ Р. фон Вайцзеккер в беседе с Горбачевым (июнь 1987 г., Москва) перешел от общефилософских рассуждений к германскому вопросу, Горбачев реагировал так:

„Задачей любого государства, особенно в Европе, является внесение вклада в дело обеспечения мира и безопасности. Это касается и двух немецких государств. Что с ними будет черед 100 лет, *решит история* [выделение А. Ч.]. Никакой другой подход неприемлем.[...] В этом должна быть абсолютная ясность.
Сегодня два немецких государства – реальность, из этого надо и исходить. Реальностью являются Московский договор [12 августа 1970 г., А. Ч.], ваши договоры с Польшей и Чехословакией, ГДР, другими государствами. На базе этих договоров возможно эффективное развитие политических, экономических, культурных и человеческих контактов. [...] Советский Союз уважает послевоенные реальности, уважает немецкий народ в ФРГ и немцев в ГДР. На основе этих реальностей мы намерены строить наши отношения в будущем. *История нас рассудит в свое время* [выделение А. Ч.].“[3]

История, мы теперь знаем, рассудила гораздо раньше, чем через 100 лет. *Но важно другое: Горбачев не исключал воссоединения Германии.* И сигнал был принят. Зная его, могу утверждать, что в душе он уже тогда был убежден, что без решения германского вопроса и без восстановления исторически обусловленных нормальных отношений между двумя великими народами – русскими и немцами – никакого оздоровления не произойдет ни в Европе, ни в мире.

Характерно также, что Горбачев не стал ни опровергать, ни даже дискутировать с Вайцзеккером о единстве немецкой нации, хотя президент ФРГ несколько раз пытался его вытянуть на дискуссию. Горбачев „ушел“ от проблемы. Не проявил „солидарности“ с Хонеккером насчет двух немецких наций, но и не стал его „подставлять“.

Для настроений тогда в советской верхушке по проблеме Германии любопытен такой эпизод во время визита Вайцзеккера. А. А. Громыко как председатель Президиума Верховного Совета СССР давал президенту ФРГ официальный обед с речами. У Вайцзеккера речь оказалась – на то он и немец! – в два раза длиннее, чем у Громыко. Он велел Ю. А. Квицинскому (послу в ФРГ) сократить до „равных“, конечно, за счет мест, которые, по словам Громыко, „советским людям не

[3] Там же, с. 60.

понравятся“: о Канте в Кёнигсберге, о едином немецком сознании, о том, что свобода – это свобода ездить друг к другу (намек на Берлинскую стену) и т. п. – самое, наверное, дорогое для Вайцзеккера, который постарался – аристократ и интеллигент – изобразить эти мысли предельно лояльно и деликатно.

В газете „Известия“ напечатали с этими сокращениями. Немцы по всем каналам стали выражать удивление и обиду: у вас же гласность, Тэтчер и Ширака печатали без купюр! После довольно глупых препирательств в наших верхах достигли компромисса: дали полный текст Вайцзеккера в „Неделе“ и „Московских новостях“, т. е. в неофициальных органах печати.

Потом Горбачев встречался дважды с Геншером, некоторыми другими немецкими деятелями из перечисленных выше. Дал интервью журналу „Шпигель“. Но, в принципе, „германская проблема“ оставалась еще полтора года в том же состоянии: два немецких государства – незыблемая реальность, давайте развивать отношения по всем направлениям, это очень важно и для обеих стран, и для Европы, для Хельсинкского процесса, а насчет объединения – „история рассудит“.

Отношения с Германией стали заметно отставать от отношений с другими крупными и влиятельными государствами, хотя Горбачев не раз говорил на политбюро и вообще в своем кругу, что без Германии никакой настоящей европейской политики у нас не будет. Сдерживало оскорбительное сравнение Горбачева с Геббельсом (по пропагандистскому мастерству), которое позволил себе в публичном заявлении канцлер Г. Коль еще в 1986 г. И Горбачев, форсируя связи с Англией, Италией, США, хотел заодно „проучить немцев“ (его слова).

Однако время брало свое. Политика и экономика перестройки требовали улучшения отношений с Германией. Коль со своей стороны бросал пробные шары. Горбачев ответил письмом, и было достигнуто согласие о визите Коля в Москву в октябре 1988 г. Накануне визита у нас с Горбачевым состоялся такой обмен репликами. Обсуждали материалы к переговорам, саму личность канцлера.

Я говорю: ситуация, мне кажется, такова – страна (ФРГ) готова идти далеко с нами, а канцлер не готов. Горбачев в ответ: а у нас наоборот – руководство готово, а страна не готова. Хорошо, что мы оба ошиблись.

28 октября 1988 г. в Екатерининском зале Кремля состоялся „переломный“ разговор между Горбачевым и Колем. Присутствовали только я и Х. Тельчик. Мы, два помощника, сидели, переглядывались. Это – вскоре я убедился – незаурядный человек острого, практического ума. Он сыграл большую роль в германской политике на этом этапе, в особенности – в германо-советском сближении. Наша печать и мидовцы создавали довольно „неприятный“ его образ. На самом деле оказалось, как и во многих других случаях, все не так.

Что же мы с Тельчиком увидели? Два государственных деятеля высшего ранга заговорили друг с другом просто как человек с человеком, немец и русский, за каждым из которых история двух великих народов, драматическая и масштабная, переплетенная одна с другой. И ни тебе „классовых подходов“, ни идеологической „перестрелки“, ни вообще противопоставления взглядов, ни тени враждебности или стремления „надуть“ собеседника, ввести его в заблуждение относительно своих намерений.

Я еще раз смог оценить смелость и прозорливость Горбачева, его уже начавшийся разрыв с идеологической официальщиной в пользу обыкновенного здравого смысла. Итог этой встречи они подвели в следующих несколько даже патетических для беседы один на один словах:

„М. Горбачев: [...] Чем завершим беседу? Мы установили, по-моему, хороший личный контакт, провели честную и откровенную беседу. Это шанс для нового начала.
Г. Коль: У меня очень хорошее впечатление. Это была честная, откровенная беседа. А это для меня самое главное. Действительно, открылся шанс для нового начала. [...]
М. Горбачев: Я хочу завершить так: у меня складывается впечатление, что мы можем двигаться вперед и выйти на новой уровень во всех сферах наших отношений.“[4]

Выступая потом на официальном обеде, Коль заговорил и „о единой Германии“, и о проблеме Берлина. Наутро Горбачев советовался со мной и В.М. Фалиным (тогда заведующий международным отделом ЦК, впоследствии секретарь ЦК КПСС, известный германист, посол в ФРГ в 60–70-х годах) – не „врезать“ ли Колю за это во второй с ним беседе? Даже поручил Фалину кое-что написать, „чтоб не забыть...“. Однако ничего из того, что написал Фалин, он не произнес. А потом „объяснял“ нам: „ведь это Колю пришлось сказать, чтоб отбиться от своих союзников и оголтелых у себя дома!“. На политбюро Горбачев так подвел итог визиту Коля:

„Пока перелома не наступило. Но толчок сильный для движения вперед на этом важном направлении европейской и мировой политики дан.“[5]

С этой встречи Горбачев-Коль быстро стало расти взаимное доверие, вскоре перешедшее в настоящую дружбу, „на ты“. И она сыграла исключительную роль в том, что объединение Германии произошло без „железа и крови“.

Меня и самого Горбачева часто спрашивают: когда точно (чуть ли не какого числа) он согласился на объединение Германии? Такой даты нет в природе. Было протяженное вживание в проблему в русле нового мышления. Существенное значение имел его визит в ФРГ летом 1989 г. Горбачев окончательно убедился, что западные немцы – совсем не те и не такие, какими на протяжении десятилетий их изображала советская пропаганда, пленниками которой оказались и сами наши лидеры – от Хрущева до Андропова.

Разумеется, проведены были важные переговоры с канцлером, с президентом ФРГ, с вице-канцлером, министром иностранных дел Геншером, который, кстати, активнее всех других западногерманских деятелей выступал за сближение с СССР. Подписано было десяток необычных и далеко идущих документов, в том числе по развитию экономических связей. В итоговом Совместном заявлении впервые было сказано о праве наций на самоопределение. Тем самым Горбачев подтвердил на деле, что принцип „нового мышления“ – свобода выбора – для него не дипломатия и не демагогия, а неотъемлемая составная реальной политики. И все-таки, повторяю, самым главным в приближении Горбачева к „согласию на объединение“ было – как встретили его немцы, масса разных немцев и как он сам их повсюду увидел.

4 Там же, с. 70–71.
5 Там же, с. 74.

Другим – и решающим моментом – был крах режима Хонеккера, в чем Горбачев лично убедился, прибыв в Берлин в начале октября 1989 г. на 40-летие ГДР. Многотысячные, а потом и миллионные манифестации, митинги, шествия в десятках городов ГДР, требования реформ и свободы перемещения, прорыв „стены“, изгнание Хонеккера и самоликвидация СЕПГ убедили окончательно, что порыв немцев к воссоединению неодолим.

Огромное значение имел мировой и европейский контекст германских событий. Символом коренной перемены во всем международном климате можно считать встречу лидеров двух сверхдержав, М.С. Горбачева и Дж. Буша, у берегов Мальты 2 декабря 1989 г. Здесь они фактически объявили о прекращении „холодной войны“: протянув через стол друг другу руки, они заявили, что не считают больше свои страны противниками. Итак, час „икс“ наступил, „процесс пошел“, история, к которой апеллировал Горбачев в беседах с Геншером, Вайцзеккером, Колем (она, мол, так рассудила в 1945 г., пусть рассудит вновь, когда придет час), заработала в бешеном темпе.

Что касается темпов процесса, то их определил сам немецкий народ. В развороте его национальной энергии (как, кстати, и в „бархатных революциях“ в других странах Варшавского Договора) немалую роль сыграло понимание – и политиками, и населением – что советское вооруженное вмешательство, как это произошло в 1953, 1956 и 1968 гг., исключено. Пока политики думали и переговаривались о формах объединения, прогнозировали сближение двух немецких государств, рассуждали о возможности первоначально образовать конфедерацию, консультировались с союзниками, которые отнюдь не все хотели видеть Германию единой, короче говоря, пока политики занимались своим делом, народ вышел на улицы, сломал Берлинскую стену, мощно и целенаправленно продемонстрировал свою волю к единству. Немцы взяли судьбу нации в свои руки. И кто-кто, но уж не Горбачев стал бы этому препятствовать.

Пару лет назад уже давно ушедший из Кремля Горбачев выступал в Лейпциге перед большой немецкой толпой, на площади. Ему задали вопрос: „Кто, вы считаете, главный герой объединения – Вы, Коль, Буш или еще кто-то?“ Он с ходу ответил: „Главный герой – это немецкий народ и (после паузы)... русский народ.“

Последнее – о русском народе – чрезвычайно важно. Русские люди, советские люди постепенно „отходили“ от антигерманского синдрома, раны войны затягивались, память о погибших смягчалась. Сказывался русский отходчивый характер, и чувство справедливости: сколько же можно наказывать простых немцев за преступления Гитлера! Помогло сближение – не только на политическом уровне, но и на уровне тысяч и тысяч людей – с немцами восточными, с гэдээровцами. Происходило взаимное узнавание, завязывались дружеские связи, деловые отношения на уровне коллективов. Вползало в обыденное сознание ощущение нелепости, когда существовали немцы „наши“ и „не наши“. А чьи Гете, Шиллер, Бах, Бетховен, Шуман, Томас Манн, Ремарк, Гумбольдт, Планк и другие великие немцы, с которыми сроднилась русская культура?! Словом, русский народ спокойно и с пониманием отнесся к возможности объединения Германии. Без этого,

без его, пусть молчаливого согласия, едва ли было бы возможно и согласие Горбачева, тогдашнего советского руководства.

По случаю 10-летия падения Берлинской стены американский журнал „Ньюсуик“ задал Горбачеву несколько вопросов, смысл их сводился к одному: почему он не предпринял действий, чтобы предотвратить распад режима в ГДР и не воспротивился объединению Германии? Вот его ответ (у нас это интервью не публиковалось):

„Воспротивиться мощно выраженной народной воле означало бы для меня заведомо безнадежную попытку спасти обреченный режим Хонеккера. Силовое вмешательство могло бы привести к большому кровопролитию. Ведь порыв к объединению охватил осенью 89-го года миллионы немцев. И не исключено, что использование против них Советской Армии на главном рубеже непосредственного противостояния двух блоков могло бы привести к их вооруженному столкновению. И даже если бы мы смогли противостоять, такое вмешательство противоречило бы принципам моей политической философии. Силовое вмешательство разрушило бы начавшее возникать доверие в отношениях с Западом, с Соединенными Штатами, тем самым лишило бы перестройку решающего внешнеэкономического и внешнеполитического ресурса. И это означало бы стрелять в народ, что было несовместимо с моей моралью. ‚Холодная война‘ возобновилась бы, и вся моя политическая позиция была бы дискредитирована.“[6]

Таковы были мотивы поведения Горбачева, принципы, которыми он руководствовался. Однако как лидер одной из сверхдержав, как представитель одной из четырех держав-победительниц во Второй мировой войне, отвечавших за послевоенное устройство Германии, он принял самое непосредственное участие в решении международных проблем, связанных с восстановлением германского единства.

Никакого плана поначалу ни у кого не было. Главным было предотвратить хаос в ГДР, которая как государство после прорыва Берлинской стены стала стремительно разрушаться. В многочисленных пересудах и спорах о действиях Горбачева в период объединения его упрекают в непоследовательности, в том, что он противоречил сам себе ... Одним говорил одно, другим – не совсем то же самое. Боюсь, однако, будь Горбачев строго последователен – таким, каким хотели бы видеть его оппоненты и противники – и держись он упрямо за слова, которые однажды кому-то сказал, не обращая внимания на ход событий – в Европе случилась бы большая беда.

В октябре-ноябре 1989 г. Горбачев исходил из того, что ГДР сможет, радикально реформируясь, сохраниться на более или менее длительный период, сближаясь с ФРГ. И одно время с ним были в этом согласны и Коль, и Геншер. *Между прочим, Коль, позвонив Горбачеву по телефону через день после падения стены, поздравил его с „началом реформ в ГДР“, которые очень де запоздали. Не более того!*

С этих позиций Горбачев вел переговоры с Э. Кренцом и Х. Модровым, пришедшими на смену Э. Хонеккеру, обещал им поддержку и солидарность. Однако на Мальте 2 декабря 1989 г. он уже рассуждает с Бушем, останется ли объединен-

6 На базе этого разговора был опубликован *Mikhail Gorbachev*, Doomed to Disappear, в: Newsweek, 8 November 1999.

ная (!) Германия в НАТО, и впервые подбрасывает идею „нейтрализации". Оговариваясь, правда, что официально обсуждать этот вопрос преждевременно. А через три дня в Москве устраивает буквально скандал Геншеру за „10 пунктов", которые канцлер неожиданно для него выдвинул в бундестаге. И главный упрек – посягательство на суверенитет ГДР, вмешательство в ее внутренние дела, курс на конфедерацию. В начале декабря 1989 г., встретившись в Киеве с президентом Франции Ф. Миттераном, Горбачев заверяет собеседника:

„Больше половины жителей ГДР хотят сохранить нынешний облик своей страны, изменив ее политическую структуру, углубив демократию и т. д. Они представляют себе отношения между ГДР и ФРГ как отношения между двумя суверенными государствами."

А в конце января 1990 г. на узком совещании в кабинете Горбачева в ЦК КПСС все участники исходят из того, что судьба ГДР решена, государство там уже рассыпалось.[7] Одобряется идея „шестерки" (4+2; 2+4)[8], которая призвана определить отношения держав-победительниц с уже по существу единой и полностью суверенной Германией. Здесь же Горбачев отдает распоряжение маршалу С. Ф. Ахромееву готовить вывод войск из Восточной Германии.

Однако всего лишь неделю спустя, 30 января 1990 г., на встрече с Модровым в Москве Горбачев продолжает предметно обсуждать вопросы жизнедеятельности ГДР и сотрудничества СССР с нею. Хотя сам Модров признает, что „большинство общественных сил, за исключением мелких левых сект, так или иначе группируется вокруг идеи объединения."[9] Модров просит затормозить процесс объединения, советует Горбачеву напомнить о правах СССР в Германии и вместе с другими державами договориться действовать в пользу сдерживания. То есть фактически толкает Горбачева к тому, чтобы его руками, извне подавить порыв немцев к объединению. Приглашает Горбачева с визитом в ГДР. Тот отнекивается, ссылаясь на то, что он недавно там был, кивает на Н.И. Рыжкова (тогда председатель Совмина СССР) – может, тот съездит.

Горбачев советует Модрову „держаться" последовательно, „не теряться", настраиваться на заключение договора с ФРГ о сотрудничестве и добрососедстве с элементами конфедерации, а потом – „переходить к конфедеративным структурам и в отдаленной перспективе – к срастанию двух государств в единое. [...] Главное на данный момент" – заявляет он, „сохранение государственного суверенитета ГДР." Между тем, совсем недавно, как мы видели, Горбачев гневался

[7] Толпы громят государственные учреждения. Офицеры Национальной Народной армии просятся на службу в бундесвер. Начаты 100 судебных процессов против бывших деятелей и функционеров СЕПГ и правительственных чиновников. Все руководство СЕПГ свергнуто. Некоторые под арестом, включая Хонеккера. Правящая партия разбежалась, хотя предпринимаются попытки ее реанимировать в новом качестве и под другим названием. Продолжается массовое бегство восточных немцев на Запад, иногда по три тысячи в день.

[8] Этой формулой обозначались: СССР, США, Франция, Великобритания + ФРГ и ГДР. Последовательность цифр стала потом предметом дискуссии. Предпочтение отдано второму варианту, чем подчеркивалось, что немцы сами решают свои внутренние дела, четыре державы обеспечивают внешние аспекты объединения.

[9] *Горбачев,* Как это было, с. 97.

на канцлера за то, что тот в „10 пунктах“ позволил себе лишь намекнуть на конфедерацию.

На встрече с канцлером в Москве 10 февраля 1990 г., казалось бы, в противоречии с тем, что за десять дней до этого говорил Модрову, Горбачев обсуждает с Колем вопросы, которые фактически относятся к проблемам единой Германии (принадлежность к НАТО или нейтрализация, границы, отношения с Польшей, Чехословакией, преемственность по договорам, заключенным ГДР, и т. п.). Тут же он произносит знаменитые, решающие слова: „[...] сами немцы должны сделать свой выбор. И они должны знать эту нашу позицию.“ Коль, явно взволнованный, переспросил: „Вы хотите сказать, что вопрос единства – это выбор самих немцев?“ – „Да. В контексте реальностей.“[10] Однако тут же упрекает канцлера за то, что тот использует кампанию по выборам в бундестаг для форсирования объединения. Хотя понятно, предвыборная борьба – это уж совсем немецкое дело и как там кому себя вести – никого вовне не касается.

Что же до формы объединения, то уместно будет напомнить, что концепция постепенного сближения двух суверенных немецких государств – через элементы конфедерации к полной конфедерации, потом превращение ее в федерацию, и, наконец, единое государство – не выдержала опять же напора снизу (которому, понятно, сильно помогали действия Коля, стремившегося получить все лавры „объединителя“ – современного Бисмарка).

Горбачева упрекают, что он примирился фактически с тем, что объединение произошло на основе 23-й статьи Боннской конституции, которая предусматривала (конечно, в дальнейшей перспективе) *присоединение* „восточных земель“. Но ведь этот вопрос решили сами немцы. На парламентских выборах в ГДР 18 марта 1990 г. победил Христианско-демократический союз. И победил под лозунгом: „Объединение по 23-й статье!“ Встречаясь с Горбачевым 22 апреля 1990 г., новый и последний премьер ГДР Л. де-Мезьер подробно, с цифрами в руках, рассказывал об этом, как о воле подавляющего числа граждан ГДР.

„Непоследовательность“ Горбачева усматривают и в его поведении по отношению проблемы вхождения объединенной Германии в НАТО. За день до очередного приезда Коля в Москву 10 февраля 1990 г. Горбачев жестко отстаивает свое несогласие с принадлежностью объединенной Германии к НАТО в беседе с госсекретарем США Дж. Бейкером. Но это происходит в контексте подробного обсуждения программы работ механизма „2+4“, который, как я уже напоминал, создавался для того, чтобы отрегулировать внешние аспекты объединения и ликвидации тех обязательств и ограничений, которые вытекали из поражения Германии в НАТО.

Политбюро дает инструкцию министру иностранных дел Э. А. Шеварнадзе на заседание „2+4“ в Бонне – ни в коем случае не соглашаться на вхождение Германии в НАТО. Отстоять эту позицию там не удалось, да она и была безнадежной, противоречила объективной логике процесса: раз Германия становится абсолютно суверенным государством в международно-правовом плане, она вольна входить в любой блок или не входить никуда.

[10] Там же, с. 107.

Имел значение аргумент, на который особенно напирал госсекретарь Бейкер: нейтральный статус Германии может привести к повторению того, что получилось после первой мировой войны в результате Версальского договора. Изолированная, как тогда, Германия, может потянуться к обеспечению своей безопасности с помощью собственного ядерного оружия.

Важным моментом в эволюции подходов Горбачева к развязке главных вопросов объединения была еще одна его встреча с Бейкером, состоявшаяся 18 мая 1990 г. в Москве. Были обговорены самые важные предпосылки освобождения Германии от обязательств, наложенных на нее в Потсдаме в 1945 г. Германия должна была значительно сократить вооруженные силы – бундесвер. Советские войска оставались на территории ГДР в течение 3–5 лет и предусматривалось сохранение их финансирования немцами, чего, кстати, они не делали в отношение западных войск на территории ФРГ и в Западном Берлине. Компетенция НАТО не распространялась на территорию Восточной Германии в течение переходного периода. Германия навсегда отказывалась иметь собственное ядерное оружие и другие средства массового уничтожения. НАТО начнет процесс трансформации из преимущественно военной в преимущественно политическую организацию. НАТО предложит заключить договор о ненападении с ОВД, которая, впрочем, через год перестанет существовать.[11]

Тем не менее, у Горбачева еще теплилась надежда, что удастся отстоять какую-то иную формулу военного статуса объединенной Германии, не целиком НАТОвскую. Он предлагал, в частности, вступление Германии в оба блока. Но, встретившись 25 мая 1990 г. с Миттераном, Горбачев убедился, что французский президент не будет его поддерживать и считает его попытки настаивать на своем безнадежными. Рассуждал он примерно так (передаю в изложении, но за точность смысла ручаюсь): НАТО может сделать очень просто – своим решением, по просьбе единой и суверенной Германии, оформить ее членство в Атлантическом альянсе. Он, Миттеран, из-за этого на конфликт со своими союзниками не пойдет. Тэтчер, хотя она предпочла бы, чтобы единой Германии вообще не было, поступит так же.

„Что вы“, спрашивал французский президент, „будете в этом случае делать? Словесно протестовать? – Унизительно и бесполезно. Оставить свои войска в Германии? Но тогда – вы оккупанты. Потому что иностранные войска на территории суверенного государства могут находиться только по его просьбе или на основе международного соглашения. Короче, вы получите возобновление конфронтации с США и со всей Западной Европой.“

[11] Считаю необходимым напомнить о заверениях Бейкера, сделанных еще ранее – на встрече с Горбачевым 9 февраля 1990 г. в Москве. Цитирую по стенографической записи переводчика и моей: „Мы понимаем, что не только Советскому Союзу, но и другим европейским странам важно иметь гарантии того, что если Соединенные Штаты будут сохранять в рамках НАТО свое присутствие в Германии, то не произойдет распространения юрисдикции или военного присутствия НАТО *ни на один дюйм в восточном направлении.* Мы считаем, что объединение Германии не приведет к распространению военной организации НАТО на восток“ – Архив Горбачев-Фонда.

После этой знаменательной беседы с Миттераном Горбачев вынужден был признать для себя, что, реалистически рассуждая, альтернативы согласию на членство Германии в НАТО у него нет.

31 мая 1990 г. он едет в Вашингтон на очередную советско-американскую встречу на высшем уровне. И там, после долгих споров, они с Бушем договариваются об известной формуле. Она есть в мемуарах Горбачева и в его книге „Как это было". Воспроизведу главное по стенограмме:

„М. Горбачев: Значит, так и сформулируем: Соединенные Штаты и Советский Союз за то, чтобы объединенная Германия по достижении окончательного урегулирования, учитывающего итоги Второй мировой войны, сама решила, членом какого союза ей состоять.
Дж. Буш: Я бы предложил несколько иную редакцию: США однозначно выступают за членство объединенной Германии в НАТО, однако, если она сделает другой выбор, мы не будем его оспаривать, станем уважать.
М. Горбачев: Согласен. Беру вашу формулировку."[12]

Повторяю: когда перечитываешь сейчас стенограммы бесед Горбачева с разными деятелями по германскому вопросу, свои собственные записи его выступлений на политбюро и других совещаниях, разговоров с ним один на один или в еще чьем-то присутствии, обнаруживаешь немало несовпадений в словах и подходах.

Однако за этим стоит *тактика,* предназначение которой – не допустить, чтобы объединение Германии взорвало все то, что сделано было за четыре года для ликвидации „холодной войны" и прекращения гонки вооружений, для создания атмосферы политического сотрудничества с Западом и ставшего жизненно необходимым для страны экономического взаимодействия с ним.

Еще раз хочу подчеркнуть: как только Горбачев окончательно убедился, что *порыв немцев к воссоединению неодолим, что это действительно народное и демократическое в своей основе движение, а не чья-то политическая игра или эмоции части молодежи,* оказавшейся под воздействием западной пропаганды, он твердо для себя решил: история, на которую он ссылался, сказала свое слово, и остается только помочь ей перевести это слово в дело – *мирным путем.*

Канцлера Коля можно упрекнуть в том, что он временами и лукавил, и сгущал краски, и торопил события, и использовал их в предвыборной борьбе. Однако с точки зрения исторической (и даже нравственной), это столь же несущественно, как и внешняя противоречивость высказываний Горбачева. Ибо то, что они делали, отражало волю немецкого народа, отвечало интересам народов СССР, Европы, мира. Горбачев и Коль ликвидировали главный очаг „холодной войны". Они создали прецедент решения проблем мировой политики по-новому, по критериям грядущей эпохи.

После вашингтонской встречи Горбачева и Буша вопрос о том, быть или не быть Германии единой, снимался с повестки дня для истории. Оставалось политическое и юридическое оформление, что и было сделано в течение трех месяцев в Москве, Архызе (на Северном Кавказе, на родине Горбачева) и в Бон-

[12] *Горбачев,* Как это было, с. 139.

не. Сюда, естественно, вошли и проблемы урегулирования внешних аспектов объединения Германии – через механизм „2+4".[13] Характерно, что уже в июле 1990-го канцлер привез в Москву проект „Большого договора" между СССР и единой Германией. И Горбачев воспринял этот жест как совершенно естественный и своевременный (я помню этот момент в мидовском особняке на Спиридоновке, в присутствии только помощников, меня и Тельчика).

* * *

В духовной смуте, которая царит в Росии, гуляет много оценок политики Горбачева в германском объединении. На взгляд одних, надо было решительно воспротивиться. И средства были: в ГДР стояло чуть ли не полумиллионное советское войско, оснащенное лучшим оружием. То, что обошлось именно „без боя", оценивается как предательство интересов собственной страны и друзей-гэдээровцев. Другие считают, что соглашаться на объединение можно было. Но надо было за это согласие значительно больше запросить. Как выразился один бывший разведчик, выступая по телевизору – „содрать семь шкур". Третьи полагают, что в любом случае нельзя было пускать Германию в НАТО, надо было шантажировать и немцев, и американцев, тем самым затянуть, а, может быть, и сорвать процесс. Что сказать по этому поводу?

Ни одного, ни другого, ни третьего ... ни пятого (есть варианты, оттенки этих точек зрения) Горбачев сделать бы не мог. Тогда бы это был не Горбачев. Его позиция и его политика в вопросе об объединении Германии – органичны тому великому историческому делу, которое он начал в 1985 г., естественны именно для такого государственного деятеля, каким Горбачев сложился в ходе перестройки. Совершенно невозможно представить себе, чтобы судьбу великой нации в центре Европы Горбачев использовал как разменную карту в дипломатической игре.

Горбачев прошел серьезную „школу" такой игры еще в 1987–1988 гг., в острой полемике с госсекретарем США Дж. Шульцем по кардинальному вопросу мировой политики – ядерному разоружению. В результате, поняв бесплодность метода, предполагавшего возможность обхитрить партнера, они стали друзья-

[13] – Договор о добрососедстве, партнерстве и сотрудничестве между Союзом Советских Социалистических Республик и Федеративной Республикой Германией;
– Договор об окончательном урегулировании в отношении Германии;
– Согласованная протокольная запись к договору об окончательном урегулировании в отношении Германии от 12 сентября 1990 года;
– Договор между Союзом Советских Социалистических Республик и Федеративной Республикой Германией о развитии широкомасштабного сотрудничества в области экономики, промышленности, науки и техники;
– Договор между Союзом Советских Социалистических Республик и Федеративной Республикой Германией об условиях временного пребывания и планомерного вывода советских войск с территории Федеративной Республики Германии;
– Соглашение между Правительством Союза Советских Социалистических Республик и Правительством Федеративной Республики Германии о некоторых переходных мерах.

ми. В таком вопросе, как объединение Германии, Горбачев, конечно же, не мог и не собирался играть, тем более заниматься шантажом.

Горбачев выводил международную политику на другой уровень, где имеет значение мораль. Пусть это не вполне удалось, но, как бы не язвили циники-традиционалисты от дипломатии, усилия не прошли даром. Логика истории требовала ликвидации угрозы ядерной войны и коренного изменения самой сути мировой политики. В русле этой логики прав был Горбачев. Он сделал максимум возможного для достижения этой цели в тех условиях, в том числе и своей ролью в объединении Германии. В рамках „дипломатической“ логики, абсолютизирующей „национальный интерес“, когда важнее всего обыграть партнера или противника, урвать у него побольше и дать поменьше – достигнуть этой цели было бы просто невозможно.

Что получила Германия в результате объединения – не требует объяснений. От нас она хотела одного – покончить со всем, что определялось постулатом „победитель – побежденный“. Не так уж много, если учесть, сколько десятилетий минуло после войны. Мы же получили столько, сколько Германия могла бы и не дать, будучи уже сама мощнейшей державой и главным союзником США – ядерной сверхдержавы: содержание остававшихся на большой срок наших войск, строительство квартир для офицеров, кредиты, помощь, включая гуманитарную, активную поддержку в международных делах, прежде всего в „большой семерке“. В деньгах все это исчисляется в сотню миллиардов марок.

Другое дело – как мы этим распорядились. Коль честно и лояльно, при поддержке огромного большинства немцев, выполнил все, что скрепил своим словом и подписью. Перенес этот свой подход на Россию, не поступившись при этом, кстати сказать, порядочностью по отношению к Горбачеву. Не унизил себя дипломатической „потерей памяти“.

В кардинально изменившейся ситуации канцлер „дал, что мог“. Но это на несколько порядков меньше – и геополитически, и материально – чем если бы заработала „ось Москва – Берлин“ в таком „мощном двигателе“, как дружественные Советский Союз и вновь единая Германия, т. е. если бы СССР не распался, а превратился в обновленное, глубого реформированное демократическое, добровольно-федеративное государство.

История не прощает упущенных шансов. Объединение Германии могло бы сыграть огромную, незаменимую роль в преобразовании нашей страны, серьезно облегчить и сократить для нее переходный период, оказавшийся столь драматичным и отвратительным.

Алексей М. Филитов

Процесс объединения Германии и политика СССР

Создание адекватного „образа истории" событий 1989/1990 гг. в Германии и перипетий проходившего тогда международного диалога по решению германского вопроса – большая и еще далеко не решенная задача исторической науки. Если говорить о российской историографии, то пока можно говорить скорее об „образах", нежели об „образе истории". В принципе, это не так уж и плохо, особенно если иметь в виду мрачные прогнозы современников тех судьбоносных событий.

Немецкий политический публицист Йозеф Йоффе в свое время предрекал, что „русские проведут ближайшие 20 лет в поисках ответа на вопрос, кто потерял Германию?".[1] Подобная постановка вопроса и соответствующие ответы на нее (тезисы о слабости, некомпетентности либо даже прямом „предательстве" тогдашнего советского руководства – некая аналогия легенде об „ударе в спину" при объяснении причин поражения Германии в Первой мировой войне) действительно имели и имеют место, но они характерны лишь для части наших отечественных мемуаристов и историков (причем больше для первых, чем для вторых).

То же самое можно сказать и о диаметрально противоположной концепции, согласно которой объединение Германии в тех международно-правовых рамках, как оно было достигнуто, знаменовало собой успех тщательно продуманного и разработанного горбачевской командой плана по вступлению в „особые отношения" с объединенной Германией, созданию некоей оси „Москва – Берлин" („Ставрапалло"!), плана, который был сорван развалом СССР, спровоцированным соперниками Горбачева, а отнюдь не являвшимся результатом его политики, во всяком случае, его политики в германском вопросе. Кстати, первая реакция на „Ставрапалло" со стороны такого деятеля как американский экс-госсекретарь Г. Киссинджер была прямо-таки алармистской: он даже высказался о „конце НАТО".[2] Филипп Зеликоу, сотрудник Совета национальной безопасности США, к которому я во время встречи на одной из международных конференций обратился с просьбой прокомментировать это высказывание, ответил очень просто: „Генри ошибся". Правда, это было уже в 1995 г. Летом 1990 г. такой определенности в оценках, пожалуй, не было.

[1] *Josef Joffe*, What Just Happened. A Lite History, в: The New Republic, 13 August 1990, с. 20.
[2] *Henry Kissinger*, The End of NATO?, в: The Washington Post, 24 July 1990, с. 23.

Мною лично, например, архызские договоренности по вопросу о военном статусе объединенной Германии были восприняты также в киссинджеровском ключе – как признак известной эрозии коренных постулатов стратегии НАТО, в частности тех из них, что говорили о неприемлемости безъядерных зон в Европе и какого-либо особого статуса ФРГ в рамках союза. Я задал тогда высокопоставленному чиновнику Госдепартамента Деннису Россу вопрос: „Два термина – ,denuclearization' и ,delinking' – были всегда для вас жупелами; а вот теперь вы фактически приняли их как часть ,германского пакета' – пусть в ограниченном по времени и пространству варианте, но ведь это значит, что ничего страшного в них принципиально нет; значит, и жупелов больше нет?". Ответ свелся к тому, что „от многих жупелов прошлого нам надо будет отказаться". Дипломат, естественно, ушел от прямого и конкретного ответа, но, по крайней мере, не оспорил мою трактовку. Впрочем, видимо, все мы тогда были слишком большими оптимистами.

Помимо двух „крайних" концепций (условно назовем их „пессимистической" и „оптимистической") есть и средняя, которую можно назвать „реалистической". Ярче всего она выражена в мемуарах М.С. Горбачева. Как я ее понимаю, она заключается, примерно, в следующем: у советского руководства были две программы решения германской проблемы – „программа-максимум" и „программа-минимум"; оно сделало все, чтобы добиться осуществления первой, но, поняв, что это невозможно, вовремя переориентировалось на реализацию второй, в чем и вполне преуспело. Короче: не полная победа, но и отнюдь не поражение, был достигнут максимум возможного, а поскольку политика – это „искусство возможного", то значит ее правильность и эффективность – бесспорны и очевидны.

Некоторый налет самооправдания здесь налицо, но вне зависимости от субъективных мотивов, именно эта концепция представляется более приемлемой отправной точкой для исторического анализа, чем две упомянутые выше. Попытку такого анализа и имеется в виду сделать в данном выступлении. Заранее следует оговориться: в распоряжении автора был довольно ограниченный корпус новых первоисточников; в основном, речь идет об информационных записках, некоторых плановых разработках и ведомственной переписки в фонде Референтуры по ФРГ Архива внешней политики РФ. Однако в сочетании с уже известными мемуарными трудами и материалами прессы они, думается, позволяют кое в чем по-новому взглянуть на тогдашнюю советскую политику и дипломатию, в чем-то скорректировать имеющиеся „образы истории", очистить наше историческое мышление как от нигилистических, так и от апологетических наслоений, расширить наше знание о факторах, которые определяли те или иные установки и акции советского руководства, и тем самым объяснить, почему история сложилась так, а не иначе.

I.

Что представляли собой программные установки советского руководства по решению германского вопроса? При ближайшем рассмотрении оказывается, что надо говорить скорее не о двух („максимальной“ и „минимальной“), а о *трех программах*, последовательно сменявших друг друга, а порой и накладывавшихся друг на друга. Вначале имелась в виду модель сохранения двух Германий при определенной либерализации режима в ГДР и снижения уровня (но не полного устранения) блоковой конфронтации в Европе. Затем была выдвинута идея объединения Германии на основе ее нейтрализации. Третий и окончательный вариант предусматривал принадлежность объединенной Германии к НАТО, но без распространения ее юрисдикции на территорию бывшей ГДР.

Если говорить о публичных высказываниях советского руководства, то зримым моментом перехода от первой ко второй концепции можно считать 11 февраля 1990 г., когда было обнародовано сообщение о встрече президента СССР и канцлера ФРГ в Москве. В советской печати это сообщение выглядело следующим образом:

> „М. С. Горбачев констатировал – и канцлер с ним согласился, – что сейчас между СССР, ФРГ и ГДР нет разногласий по поводу того, что вопрос о единстве немецкой нации должны решить сами немцы и сами определять свой выбор, в каких государственных формах, в какие сроки, какими темпами и на каких условиях они это единство будут реализовывать.“[3]

Несколько сомнительно, насколько адекватно эта формулировка отражала точку зрения тогдашнего правительства ГДР (оба участника переговоров с ним явно не консультировались), но, во всяком случае, позицию ФРГ и СССР (для последнего – новую) она отразила верно. Впрочем, внимательный читатель „Правды“ мог бы уловить это новое уже в ее предыдущем номере, где была помещена информация о встрече М. С. Горбачева и государственного секретаря США Дж. Бейкера: в ней говорилось о германском „государстве“ – именно так, в единственном числе.[4] Что касается перехода от второй программы к третьей, то об этом изменении советской позиции мировая общественность узнала 16 июля того же года – после встречи Коля и Горбачева в Архызе.

Гораздо более сложен вопрос о том, как и в каких хронологических рамках созревали и принимались в советском руководстве те решения по изменению программных установок по германскому вопросу, которые затем стали достоянием гласности.

Отход от формулы „двух Германий“ на встрече Горбачев-Коль был подготовлен и предопределен обсуждением германских дел на совещании в ЦК КПСС, состоявшимся 26 января, где был зафиксирован консенсус в констатации факта развала государственных структур ГДР. Следует подчеркнуть этот момент: речь шла не о личном мнении и не о личном решении Горбачева, а согласованной позиции высшего партийно-государственного руководства СССР. Разногласия ка-

3 Правда, 11 февраля 1990.
4 Правда, 10 февраля 1990.

сались лишь того, „на кого лучше ориентироваться“ – на правящую коалицию или СДПГ (вообще говоря, несколько трудно понять, что понималось под понятием „ориентации“).

Есть, однако, основания полагать, что тщетность расчетов на то, что удастся „сохранить демократизированную ГДР как часть плюрализированного Варшавского пакта“[5] стала осознаваться в определенных кругах советского внешнеполитического аппарата гораздо раньше. Более того: это осознание не осталось на уровне обменов мнений либо записок для внутреннего пользования, а выразилось в конкретных акциях. Именно в этом контексте следует оценивать состоявшийся 21 ноября 1989 г. визит сотрудника Международного отдела ЦК КПСС Н.С. Португалова к доверенному лицу канцлера ФРГ Х. Тельчику. Различные описания последним этого эпизода несколько разнятся между собой. В своей известной книге, изданной по свежим следам событий, он говорит о „написанном от руки“ документе, состоявшем из двух частей, одна из которых была согласована с Фалиным и Черняевым (который аттестуется как инициатор), а вторая – только с Фалиным. Речь в упомянутой второй части шла о „вопросах сотрудничества между обоими германскими государствами“, причем имелось в виду выслушать мнение собеседника по „вопросам воссоединения, присоединения ГДР к ЕС [Европейскому Сообществу], принадлежности к союзу и возможности мирного договора“. Судя по всему, наибольшее впечатление на Тельчика произвели устные высказывания сотрудника Международного отдела ЦК КПСС, которые он передает в следующем виде: „В германском вопросе мы раздумываем над разными альтернативами, о всяком возможном и даже вроде бы немыслимом“. Конкретно, впрочем, по его словам, была упомянута лишь возможность „в среднесрочном плане дать зеленый свет немецкой конфедерации“. В более поздней трактовке партнер Тельчика фигурирует уже как „журналист“, который о принесенном с собой тексте „говорил, что он согласовал его с Анатолием Черняевым и что к этим соображениям приложили руку и другие лица из окружения Горбачева“. Очевидно, в условиях распада СССР и КПСС, прямо сказать, что помощник канцлера имел дело с партийными функционерами и их творчеством, было сочтено не вполне политически корректным. Гораздо лаконичнее стало и описание предложенной советским представителем повестки дня: говорится лишь, что были поставлены „вопросы в направлении мирного договора для Германии, немецкого единения, воссоединения“.[6]

В историографии есть разные оценки этого эпизода. Согласно одной из них, речь шла о некоей советской попытке оживить „дух Рапалло“, втянуть ФРГ в сепаратную сделку за спиной прочих великих держав (путем посулов „лучших условий мирного договора, чем это могут дать другие, особенно Лондон и Па-

[5] *Wilfried Loth*, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, c. 262.

[6] *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, c. 44; *том же*, Die Deutschlandpolitik Gorbatschows, в: *Boris Meissner*, *Alfred Eisfeld* (Hrsg.), 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, Berlin 1999, c. 185.

риж“[7]), согласно другой – о демарше, предпринятом „по поручению Фалина“, причем „без ведома Горбачева“ и преследовавшего цель „по возможности воспрепятствовать капитуляции ГДР“, чего „не поняли“ в Ведомстве федерального канцлера.[8]

Во всяком случае, последовавшие публичные высказывания Горбачева были выдержаны в духе отрицания актуальности вопроса об объединении Германии. Достаточно вспомнить его реакцию на „10 пунктов“ Коля в беседе с министром иностранных дел ФРГ Х.-Д. Геншером 5 декабря 1989 г. или его заявление на состоявшейся на следующий день совместной пресс-конференции с президентом Франции Ф. Миттераном. Вместе с тем, стоит заметить, что именно по результатам декабрьского визита в Москву Геншер сделал вывод, что „дверь к единству Германии уже открыта, [...] советское руководство уже настроилось на признание неизбежности объединения Германии“[9]. Что же касается киевской встречи Горбачева и Миттерана, то вот как описывает ее закулисье один из хорошо информированных авторов:

„[Французский президент] пригласил Горбачева встретится с ним в ГДР, где совместное появление этих двух лидеров означало бы сигнал, что они твердо выступают за статус кво в Германии. Миттеран также попросил Горбачева поддержать его в блокировании объединения Германии. Горбачев обе инициативы отверг.“[10]

Очевидно, несмотря на вербальную приверженность концепции „двух Германий“, советский лидер гораздо раньше отошел от нее, чем это следует из официальных деклараций.

То же самое можно сказать и в применении к концепции объединенной нейтральной Германии, определявшей, как уже говорилось выше, официальную советскую позицию с февраля по июль 1990 г. Сам Горбачев датирует свое согласие с принципом „свободного выбора“ военно-политического статуса объединенной Германии (что по сути как раз и равнялось готовности принять распространение НАТО на всю Германию) 31 мая 1990 г., приводя соответствующий отрывок из стенограммы своей беседы в Белом доме с президентом США Дж. Бушем.[11] Значительную роль в выходе на такое решение, как следует из его воспоминаний, сыграла позиция Миттерана, который во время своего визита в Москву 25 мая наглядно и убедительно продемонстрировал ему безальтернативность варианта членства Германии в НАТО.[12]

Было ли решение Горбачева на встрече с Бушем импровизацией, неожиданной и единоличной акцией, предпринятой им на свой страх и риск, вопреки мнению коллег и экспертов? Весьма распространена точка зрения, что это было именно так. Приведем, например, отрывок из книги уже цитированного нами американского автора.

7 *William R. Smyser*, From Yalta to Berlin. The Cold War Struggle over Germany, New York 1999, c. 355.
8 *Loth*, Helsinki, c. 262.
9 *Hans-Dietrich Genscher*, Erinnerungen, Berlin 1995, c. 687.
10 *Smyser,* From Yalta to Berlin, c. 368–369.
11 *М. С. Горбачев*, Как это было. Объединение Германии, Москва 1999, с. 138–139.
12 Там же, с. 135–137.

„Зеллик [сотрудник Государственного департамента, советник госсекретаря Бейкера, А. Ф.] описал последующую сцену, как ‚одну из самых поразительных‘ из тех, которые он когда-либо видел. Многие из горбачевских советников, по преимуществу из числа карьерных чиновников МИДа и министерства обороны, своими минами и телодвижениями показали, что они желают отмежеваться от взглядов Горбачева. Ахромеев сделал сердитый жест, обращаясь к Фалину, который казался таким же возмущенным. Буш вспоминал впоследствии, что советская делегация, как казалось, подняла ‚открытый мятеж‘ против Горбачева.
В какой-то мере этот диссент проявился и в ходе дискуссии. Фалин попытался выдвинуть какие-то аргументы против только что сделанного Горбачевым заявления. Даже Шеварднадзе поначалу отверг идею совещания на уровне министров иностранных дел, предложенную американцами для реализации достигнутого соглашения. Он явно не желал брать на себя ответственности за него. Однако Горбачев, хотя и обеспокоенный реакцией коллег, не взял назад своего согласия с бушевской интерпретацией договора СБСЕ [президент США обосновывал свободу выбора союза Германией ссылкой на Заключительный акт Хельсинки, А. Ф.].
Горбачевская делегация устроила затем бурную внутреннюю дискуссию на южной лужайке Белого дома. Несколько сотрудников МИДа и Минобороны набросились на Черняева: мол – это он убедил Горбачева согласиться на членство Германии в НАТО. Тот ответил, что Горбачев сделал это спонтанно. Все были поражены: ведь еще 15 мая [ошибка; правильно – 25 мая, А. Ф.] Горбачев говорил Миттерану, что он никогда не согласится на пребывание объединенной Германии в НАТО.“[13]

Примерно такую же картину противостояния Горбачева с одной стороны, МИДа, Минобороны и Международного отдела ЦК КПСС с другой, рисует другой, также весьма компетентный исследователь.[14] К числу настроенных на жесткую линию ортодоксов он относит, в частности, и весь аппарат 3-го Европейского отдела МИДа, который „в своих разработках для министра и президента ориентировался на представления заместителя министра Квицинского“. Последний, таким образом, также аттестуется как представитель антигорбачевского „фронта“.

Трудно сказать, какие конкретно „разработки“ имелись в данном случае в виду. Те, с которыми имел возможность ознакомиться автор этих строк, говорят совсем о другом. Приведем (в максимально полном виде) текст датированной 14 мая 1990 г. записки на имя Э. А. Шеварднадзе за подписью ответственного сотрудника МИДа И. Яковлева (очевидно, речь идет о начальнике Международно-правового управления И.Н. Яковлеве). Текст представляет собой резюме и выводы из состоявшегося в рамках процесса „2+4“ обмена мнениями с руководителями правовых служб министерств иностранных дел ФРГ, Франции и ГДР – Ю. Эстерхельтом, Ж.-П. Пюисоше и Х. Зюсом. В ходе обсуждения, отмечает автор записки, выявилась возможность оформить „окончательное урегулирование военно-политических аспектов германского объединения“ (формулировка представителя ФРГ) в виде „единого пакета“. Его содержание и позиция самого автора записки раскрываются следующим образом:

[13] *Smyser*, From Yalta to Berlin, с. 377.
[14] *Fred Oldenburg*, Die sowjetische Deutschlandpolitik im Vereinigungsprozess, в: *Deutscher Bundestag* (изд.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Bd. VIII/1, Baden-Baden 1999, с. 255.

„2. В принципе пакет мог бы состоять из двух основных частей, баланс которых мог бы привести к оптимальному реалистическому урегулированию с точки зрения всех участников. Одна его часть включала бы вопросы границ, общий раздел о соблюдении принципов и норм международного права и договоров, отказ от прекращения прав и обязанностей четырех держав [явная опечатка: следовало бы сказать: ‚отказ от прав и обязанностей‘ или ‚прекращение прав и обязанностей‘, А.Ф.], суверенитет Германии над территорией, воздушным пространством и Берлином, положения об основных свободах и правах человека, правопреемстве, мирном урегулировании споров. Обмен мнениями с Эстерхельтом и др. показал реальные возможности найти юридические формулы взаимоприемлемых договоренностей по этим вопросам с учетом сохранения и развития торгово-экономического сотрудничества СССР с единой Германией.

3. Второй, наиболее сложной и противоречивой частью пакета явились бы положения о военно-политическом статусе единой Германии и нахождении иностранных войск на ее территории. Наша нынешняя линия не позволяет найти взаимоприемлемый выход и может блокировать достижение окончательного урегулирования. Проявление более гибкого подхода по вопросам внешнеполитического статуса могло бы отвечать нашим долговременным интересам и содействовало бы более благоприятному для СССР урегулированию по первой части пакета. В итоге общий баланс по пакету перевешивал бы возможные уступки по военно-политическому статусу.

Компромиссная модель военно-политического урегулирования могла бы строиться на основе реально складывающейся ситуации на момент образования единой Германии. Ясно, что мы не можем воспрепятствовать нахождению ФРГ, а затем и единой Германии в составе НАТО. Возможные политические ‚обрамления‘ этого существа дела не меняли бы. Усилия в направлении создания сотрудничества между НАТО и ОВД [Организация Варшавского Договора, ред.] вряд ли могли бы оживить быстро разрушающуюся систему Варшавского Договора. Поэтому модификация политического аспекта плана Геншера, которая шла бы навстречу нашим интересам, могла бы включать элемент политического взаимодействия, ассоциации, сотрудничества между СССР и НАТО. Нам можно было бы договориться о том, что это взаимодействие будет распространяться и на всех других членов ОВД. Дополнительно можно было бы проработать и идею создания Консультативного органа (комиссии) для обмена мнениями между НАТО и ОВД.

При подходе к урегулированию в военной области было бы, видимо, нереально рассчитывать на долговременное пребывание наших войск на территории единой Германии. Учитывая обстановку и настроения населения, а также экономический фактор, рано или поздно нашим войскам придется уходить из Германии. Важным было бы договориться в рамках общего урегулирования, а также в специальном соглашении между нами и Германией или в типовом соглашении четырех держав с единой Германией о статусе и условиях нахождения наших войск, их поэтапного сокращения и участия Германии в расходах. Наша гибкость по второй части пакета могла бы создать условия для оптимального решения вопросов о расходах, связанных с нахождением, выводом и размещением наших войск.

Эстерхельт и Пюисоше обещали проработать идею возможного создания системы взаимодействия находящихся в Германии войск иностранных контингентов и армии Германии как зародыша новой системы коллективной безопасности в этой части и во всей Европе.

4. Существенным и весьма сложным остается вопрос о неразмещении ядерного оружия НАТО на территории Германии. Чувствуется, что с немцами американцы здесь считаются недостаточно. Если не удастся добиться полного запрещения размещения, то можно было бы предусмотреть положения о поэтапном сокращении.

Обращает на себя внимание высказывание Эстерхельта в личной беседе, что если советские войска покинут Германию, то американцы не смогут рассчитывать на длительное пребывание своих войск на немецкой территории. Важно также подчеркнуть дру-

> жеский характер бесед с Эстерхельтом, особенно его высказывание о возможностях достижения взаимоприемлемого урегулирования на основе международного права.“[15]

Этот документ не остался без внимания: По поручению министра с ним были в срочном порядке ознакомлены четверо сотрудников МИДа, наиболее тесно связанных с германской проблематикой – А. Г. Ковалев, Ю. А. Квицинский, А. П. Бондаренко и С. П. Тарасенко. Очевидно, соображения автора записки были сочтены достаточно интересными, и ему было поручено их развить. Результатом стала его новая записка – от 21 мая, уже на имя Квицинского, под названием „О международно-правовом пакете по германскому вопросу“. К сожалению, из-за недостатка места не представляется возможным воспроизвести текст этой второй записки полностью и дать ей более или менее подробный комментарий. Упомянем лишь, что в ней еще сильнее акцентируется идея „обмена“ уступок по военно-политическому статусу Германии на ее обязательство по сохранению в силе экономических соглашений между СССР, ГДР и ФРГ (называется и их конкретное число – „более 370“).

Какие напрашиваются выводы? Очевидно, что позиция, занятая Горбачевым на его встрече с Бушем 31 мая, не была ни импровизацией, ни продуктом его единоличного творчества. Она отражала мнение ответственных экспертов МИДа (и, видимо, его руководителей – причем не только одного министра). Нетрудно видеть, что концепция записки (вернее – записок) Яковлева воплотилась в том „пакете“ договоренностей, которые в конечном счете „закрыли“ германский вопрос. Добавим и еще один существенный нюанс – эта концепция родилась в ходе взаимодействия дипломатов СССР, двух германских государств и Франции – без видимого участия США и Великобритании.

II.

Было бы неверно игнорировать часто ставящиеся вопросы об альтернативах и „упущенных возможностях“. Имелись ли реальные перспективы реализации „первой“ и „второй“ советских программ? Была ли полностью реализована „третья“, окончательная программа? Соответствовал ли конечный результат полностью государственным интересам Советского Союза и его правопреемника – современной России? Если имелись какие-то издержки, то в чем их причины?

Попробуем разобраться в этих вопросах и дать на них хотя бы предположительные ответы.

По-видимому, наиболее ясен вопрос относительности степени жизненности и реалистичности концепции сохранения двух Германий. По крайней мере, с момента падения берлинской стены ГДР как государство была обречена. Альтернативой объединению могла стать лишь политика „отграничения“ со стороны ФРГ. Определенные тенденции в этом плане там имелись, и не только в среде оппозиции, но они не пользовались массовой поддержкой и быстро сошли на

[15] Архив внешней политики РФ (далее: АВП РФ), ф. 757, оп. 35, д. 9, п. 196, лл. 65–68.

нет. Первоначально настороженное отношение к движению немцев за единство со стороны западных держав, особенно Франции и Великобритании, видимо, порождали в определенных советских кругах иллюзии о том, что ситуация в Германии может развиваться в сторону конфликта между ФРГ и ее союзниками по НАТО и даже обострения отношений с Польшей, не угрожая ничем особенным СССР и сложившейся военно-политической структуре Европы. Так что для СССР нет оснований беспокоиться и как-то ангажироваться. Во всяком случае, такой вывод можно было сделать из некоторых информационных материалов, которые поступали в центр от советских представителей в ФРГ. Так, в составленной атташе Посольства СССР в ФРГ А. Быковым аналитической записке „О дискуссии в ФРГ по вопросу об объединении Германии" от 22 января 1990 г. отмечается, в частности:

„События в ГДР [...] всколыхнули националистические чувства немцев, дали надежду на решение ‚национальной задачи немцев' уже в скором будущем. [...] Как правящая коалиция, так и социал-демократы считают возможным существование конфедеративных структур какое-то время в условиях сохранения членства ФРГ в НАТО, а ГДР в ОВД."

По мнению автора записки, представители СДПГ „менее сдержанны" в своих оценках перспектив объединения, чем правящие круги: если канцлер „избегает определения конкретных временных рамок процесса сращивания двух германских государств", то „премьер-министр земли Северный Рейн-Вестфалия [Йоханнес] Рау, например, заявил, что в 1994 году, как он считает, будет избираться президент не ФРГ, а германской конфедерации". Для того момента такое высказывание, очевидно, считалось крайне смелым.

Автор справки рисует такую картину политических тенденций в ФРГ: в то время, как оппозиционными политиками „ставится задача изменения ‚неполноценного' положения ФРГ в военно-политической интеграции Запада, ликвидации изъятий, сделанных США, Англией и Францией из суверенитета ФРГ" (А. Быков приводит ряд требований такого рода: предоставления ФРГ в НАТО „такого же статуса, какой имеют Франция и Италия", пересмотра „договоров ФРГ с западными державами 1952 года"), в правящей коалиции налицо настроения, которые в другое время вполне могли бы быть охарактеризованы как реваншистские. Автор записки этого эпитета избегает, но приводимые им примеры как бы подводят к такому выводу: „представитель фракции ХДС/ХСС в бундестаге по вопросам германской политики Линтнер в интервью телекомпании САТ-1 11 января 1990 г. отмечал, что он не исключает изменений в будущей западной границе Польши. Генсек ‚союза изгнанных' Х. Кошик заявил 8 января с.г., что следует исходить из границ 1937 года, однако возможен компромисс, предусматривающий, например, совместное польско- немецкое управление некоторых территорий." Правда, в записке констатируются „определенные коррективы" в этой линии (речь канцлера Коля в Париже 17 января 1990 г.). Тем не менее, автор обращает внимание на то, что „канцлер не поддержал предложения Зюсмут о совместном заявлении бундестага ФРГ и Народной палаты ГДР,

которая будет избрана 6 мая с.г., где была бы признана окончательность линии по Одеру-Нейсе".[16]

Судя по всему, в советском внешнеполитическом истеблишменте не дали себя успокоить такой информацией, настраивавшей по сути на пассивное ожидание роста конфликтной ситуации в западном лагере. Примером попытки активизировать советскую политику в вопросе объединения стала упомянутая выше инициатива Португалова. Однако, парадоксальным образом она привела лишь к активизации политики правительства ФРГ, что в свою очередь вызвало отрицательную реакцию со стороны высшего советского руководства (по крайней мере, публичную) и укрепление настроений иммобилизма (по крайней мере, временное). На какой-то момент высказывания советских лидеров в пользу сохранения статус кво в Германии с выражениями заботы о суверенитете ГДР стали даже превышать уровень риторики самих руководителей ГДР (Модров отнюдь не отверг с порога „10 пунктов" Коля!). Это была явно нереалистическая, контрпродуктивная установка, тем более что она, очевидно, не отражала подлинного настроя в советских верхах. Достаточно вспомнить холодную реакцию Горбачева на декабрьские предложения Миттерана. Кстати, эта реакция была вполне корректной; французский президент вовсе не имел намерения всерьез „поддержать" ГДР и „заблокировать" объединение Германии: он вел свой торг с Колем по поводу условий объединения и хотел использовать „советскую карту" в этом торге; добившись своего (согласия ФРГ на введение евро), он резко изменил свою позицию.

Отнюдь не столь очевидна изначальная порочность концепции объединенной Германии вне рамок НАТО. В нашей литературе есть мнение, что „советская аргументация в пользу нейтрального статуса Германии звучала крайне неубедительно".[17] Это слишком категоричное и потому вряд ли верное суждение. Нельзя сказать также, что западные лидеры нашли какие-то убедительные аргументы в пользу принадлежности объединенной Германии к НАТО. Доводы о том, что экономически сильная страна вообще не может быть нейтральной, что советские войска от границ нейтрализованной Германии отделяли бы всего 800 километров, а США – 8000, что „нейтрализация Германии означала бы в самом ближайшем будущем эрозию, а затем и конец НАТО и ЕС" (Г. Коль[18]), что в этом случае „немцы могут создать свой ядерный потенциал" (Дж. Бейкер[19]), все это трудно принять всерьез.

Советской стороной было справедливо указано на противоречивость позиции западных держав: с одной стороны, утверждалось, что немцам надо доверять как вполне зрелой демократии, а с другой, что одна из основных функций НАТО состоит в обеспечении контроля над Германией.[20] Пожалуй, единственным сильным моментом в позиции Запада по вопросу о принадлежности объ-

[16] АВП РФ, ф. 757, оп. 35, д. 9, п. 196, лл. 1–3.
[17] *Н.В. Павлов*, Германия на пути в третье тысячелетие, Москва 2001, с. 117.
[18] *Kai Diekmann / Ralf Georg Reuth* (Hrsg.), Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit", Berlin 1996, c. 254.
[19] Цит. по *Горбачев*, Как это было, с. 101.
[20] Там же, с. 128.

единенной Германии к НАТО было указание на то, что таково желание ее соседей – и прежде всего всех государств-членов ОВД (кроме, разумеется, СССР). Кстати, этот аргумент активно использовался позднее при обсуждении проблемы расширения НАТО на восток, и, надо сказать, российская дипломатия так и не нашла на него адекватного ответа. Рассмотрение вопроса о причинах и мотивах такой позиции стран Центральной и Юго-Восточной Европы (кажется, так сейчас называется этот регион) завело бы нас слишком далеко. Во всяком случае можно констатировать, что в данном случае налицо еще один пример непоследовательности западных держав: призывая прислушаться к пожеланиям стран ЦЮВЕ, они решительно отвергли пожелания всех без исключения европейских стран (включая собственных союзников по НАТО) принять участие в дискуссии по решению германского вопроса. В этом контексте можно усомниться в корректности слишком поспешного отказа советской стороны от концепции мирного договора с Германией и мирной конференции как естественного метода его выработки.

Советскую дипломатию часто упрекали за ее „пропагандистский характер". В обстановке 1989/1990 гг. она, как представляется, ударилась в другую крайность: интенсивные доверительные контакты и диалог с западными партнерами не сопровождались широкой и целенаправленной деятельностью по информации общественности и еще менее – по оказанию влияния на немецкое и мировое общественное мнение. В публичных выступлениях советских лидеров та же проблема „Объединенная Германия – НАТО" трактовалась либо довольно непоследовательно и противоречиво (интервью Шеварднадзе „Известиям" 19 февраля 1990 г.), либо обходилась молчанием (интервью Горбачева „Правде" 20 февраля), либо дело ограничивалось чисто негативной риторикой (Горбачев на встрече с Х. Модровым 6 марта 1990 г.). Надо сказать, все эти моменты внимательно отслеживались на Западе и интерпретировались в том плане, что советская позиция либо еще не сложилась, либо неустойчива.

Между тем, по оценке очевидцев, настроения общественности были таковы, что давали определенные возможности для проведения в жизнь концепции „Германия вне НАТО". Видный советский дипломат И.Ф. Максимычев приводит характерное мнение Ф. Зеликоу (о нем шла речь выше):

> „Тогдашняя советская политика предельно облегчила для США задачу включить объединенную Германию в НАТО, поскольку она ни разу не попыталась опередить события. Если бы СССР [...] в конце 1989 года на определенных условиях (в частности, например, неприсоединения к НАТО) предложил германское единство, Бонн и Вашингтон попали бы в весьма некомфортное положение."[21]

С точки зрения канцлера Коля, „окно возможности" было даже шире: описывая ситуацию на конец января – начало февраля 1990 г., он пишет в своих мемуарах:

> „Если бы Михаил Горбачев в этот момент выступил бы с предложением быстрого воссоединения в обмен на выход из НАТО и нейтралитет, то это могло бы найти одобрение

[21] *И.Ф. Максимычев*, Падение берлинской стены. Записки очевидца, в: Новая и новейшая история, 2000, № 4, с. 135.

в широких кругах общественности в обоих германских государств. Возникшее в результате давление на политику имело бы фатальные последствия.“[22]

Возможно, в этих оценках есть определенные преувеличения (в случае с Колем некая драматизация ситуации вполне объяснима: она позволяет ему ярче оттенить собственные заслуги в достижении „прорыва“ в германском вопросе). Общественное мнение – феномен достаточно сложный, и его замеры путем опросов не всегда создают адекватную картину. В частности, вопрос об отношении населения ФРГ к НАТО никогда не был простым, укладывающимся в простой диполь „да – нет“. К примеру, в ходе опросов, проводившихся в начале 80-х годов, свыше 50 % (53–54 %) респондентов отвечали положительно на вопрос, одобрят ли они объединение Германии на основе выхода ФРГ из НАТО, ГДР из ОВД и нейтрализации объединенной Германии. Но когда вопрос был поставлен по-другому: что важнее – воссоединение в условиях нейтрализации, но без гарантий безопасности со стороны западных держав, или эти гарантии, то за первый вариант высказалось всего 23 %, а за второй – 54! На вопрос о пребывании американских войск в ФРГ в 1984 г. 73 % респондентов ответили, что они считают его „необходимым или важным“ (пик положительных ответов был достигнут в 1978 г. – 83 %).[23]

В этом контексте даже если принять как бесспорный факт, что 84 % граждан ФРГ были за „денуклеаризацию“ Германии,[24] то это еще само по себе не означало наличия столь же массовой поддержки программы нейтрализации объединенной Германии. Возможно, другой крайностью является точка зрения, что „она [эта программа, А. Ф.], не была способна привлечь на свою сторону большинство немцев, чего так опасались Буш, а также Коль“.[25] На наш взгляд более верно другое высказывание того же автора, подчеркивающее ситуацию „упущенного шанса“:

„Лишь с оглядкой и в очень общей форме Горбачев выдвинул идею связать объединение Германии с созданием новой системы безопасности, в рамках которой могли бы раствориться существующие союзы. Вместо того, чтобы разработать приемлемый проект такой системы безопасности, советские представители на протяжении следующих недель [имеется в виду период после февральской встречи Горбачева и Коля, А. Ф.] ограничились декларациями о том, что они не могут согласиться на членство объединенной Германии в НАТО. Немцы с симпатией относились к перспективе ликвидации военных организаций, но таким образом мобилизовать их против Буша и Коля было невозможно. Геншер в этих условиях вынужден был уступить по вопросу о распространении НАТО и с апреля уже не говорил о растворении союзов в европейских структурах безопасности.“[26]

Правда, и это суждение нельзя принять без оговорок. Во-первых, по поводу личных позиций отдельных немецких политиков в судьбоносные для Германии месяцы и дни 1989/90 гг. мемуарные свидетельства на этот счет, естественно, носят

[22] *Diekmann*, *Reuth,* Helmut Kohl, с. 254.
[23] *Gebhard Schweigler*, Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1985, с. 126–127, 135.
[24] *В.М. Фалин*, Без скидок на обстоятельства, Москва 1999, с. 449.
[25] *Loth,* Helsinki, с. 265.
[26] Там же, с. 265–266.

на себе отпечаток личных пристрастий, что, естественно, создает определенные проблемы. Возникает впечатление, что Х. Тельчик в своей известной работе, по-видимому, слишком сильно акцентирует особую линию Геншера в вопросах взаимоотношений ФРГ и НАТО, тогда как Геншер ее несколько сглаживает. Несколько удивляет, что Коль в своих воспоминаниях, вышедших уже после появления книг Тельчика и Геншера, никак не обозначает своего отношения к этой контроверзе. Никак не комментирует он и содержащееся в книге Геншера упоминание о его, Коля, интервью газете „Вашингтон пост" от 18 января 1990 г.: там канцлер выражал несогласие с позицией Буша о том, „что объединение Германии должно быть осуществлено в контексте сохранения немецких обязательств в отношении НАТО".[27] Документальные свидетельства, приводимые в известной публикации документов из Ведомства федерального канцлера, говорят о том, что Коль склонялся, по крайней мере, поначалу, скорее к точке зрения Геншера и его „плана" (о котором, как мы видели, шла речь во внутренних документах советского МИДа). Во всяком случае, в конфликте министра обороны Штольтенберга и министра иностранных дел канцлер поддержал последнего.[28]

Последовательно жесткую линию равнения на США (можно назвать это примитивным атлантизмом) проводил, как представляется, Х. Тельчик. Не лишено иронии, что, тем не менее, именно на него в своих доверительных контактах ориентировались представители советской дипломатии. Видимо, советское руководство руководствовалось опытом переговоров, предшествующих подписанию Московского договора 1970 г., когда решающую роль с немецкой стороны играл не МИД, а советник канцлера Эгон Бар, с которым у советских переговорщиков сложились тесные и доверительные отношения и от которого – обоснованно или нет – ожидали большего понимания советской позиции, чем, положим, от тогдашнего министра иностранных дел ФРГ Шееля или тем более – посла Аллардта. Но Тельчик был во многих отношениях прямой противоположностью Бару, так что тут с советской стороны явно ошиблись адресом.

Во-вторых, несколько несправедливой представляется претензия по поводу того, что советская сторона не сумела разработать „проект" новой системы безопасности для Европы. В короткий промежуток времени между февралем и июнем 1990 г. сделать это было вряд ли реально. В приведенной выше записке И.Н. Яковлева можно обнаружить первые наметки такого проекта, но не более того.

В советских дипломатических кругах в этих условиях возникла иная идея – ослабить существовавший пронатовский консенсус инициативами, которые не требовали длительной проработки и переговоров – например, объявлениями либо о роспуске ОВД и его военной организации, либо об одностороннем выводе советских войск из Германии. Подобные рекомендации содержатся в одном из документов, отложившихся в фонде референтуры по ФРГ МИД СССР – записке „Некоторые соображения о военно-политической ситуации в Европе в свете германского объединения" от 1 июня 1990 г. (она подписана „дежур-

[27] *Genscher,* Erinnerungen, с. 713.
[28] *Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann* (Hrsg.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, с. 112.

ным референтом Посольства СССР в ФРГ“ Н. Платошкиным). Констатируя, что „после проведения общегерманских выборов и включения ГДР в ФРГ по статье 23 Основного закона (этот вариант наиболее вероятен[29]), территория ГДР автоматически окажется в составе НАТО“, автор предлагает два варианта, чтобы „упредить этот автоматизм“. Первый заключается в „замораживании членства ФРГ в НАТО“ („ruhende Mitgliedschaft“), второй, который он сам считает более реальным, предусматривает следующие меры:

„Германия выходит из военных структур НАТО (военные комитеты и региональные командования), сохраняя полное неурезанное участие в политической структуре альянса (Совет НАТО, генсекретариат, Еврогруппа). СССР в этом случае мог бы предложить распустить военную организацию ОВД или выйти из нее в одностороннем порядке. Одновременно НАТО и ОВД (или НАТО и СССР) заключили бы договор о неприменении силы и неприменении ядерного оружия первыми.“[30]

Документ содержит еще ряд предложений, в том числе и довольно смелых (хотя вряд ли реалистичных в тогдашних условиях) – например, о создании „межнациональных воинских частей“ с размещением их на „территории нескольких европейских государств“ и подчинением их „общеевропейскому командованию“ (в качестве конкретного примера называется „германо-советско-американская“ воинская единица). Франции адресуется достаточно категоричная рекомендация: дабы избежать разрыва между северным и южным флангами НАТО в результате выхода из нее Германии, ей следует „реанимировать свое участие в блоке“ (почему-то всего на два года), либо дать ядерную гарантию Германии (СССР должен в этом случае дать такую же гарантию Польше). Все эти конструкции носят, разумеется, весьма умозрительный характер и придают записке несколько импрессионистичный вид. Она к тому же не лишена противоречий: если ее автор признает, что „на сегодняшний день единственной полноценной структурой безопасности в Европе является НАТО“[31], то зачем, спрашивается, объединенной Германии ее покидать?

Этот документ хорошо показывает „состояние умов“ советского дипломатического сообщества в период, когда перед ним стояла задача- разработать аргументы в пользу позиции „Германия вне НАТО“. Задача была крайне трудная, а ко времени, когда Н. Платошкин ломал над ней голову – очевидно, уже нерешаемая и устаревшая (напомним, за день до того, как он поставил под ним свою подпись, президент СССР уже принял точку зрения Буша – „Германия в НАТО“, о чем, разумеется, рядовой дипломат никак не мог знать и даже догадываться).

Думается, не стоит драматизировать „поворот“ в советской политике, произошедший 31 мая. В общем, решение Горбачева стало логическим продолжением его позиции на февральских переговорах с Дж. Бейкером, когда он заявил, что „СССР не выступает за вывод американских войск в контексте воссоединения Германии“.[32] В сочетании с тогдашним отрицанием блокового статуса для Германии, это означало фактически, что „нейтралитет“ Германии равняется воз-

29 Позднее было решено провести выборы после реализации статьи 23-й.

30 АВП РФ, ф. 757, оп. 35, д. 9, п. 196, л. 80.

31 Там же, л. 79.

32 *Горбачев,* Как это было, с. 101.

вращению ее к режиму оккупации (на какой иначе основе могло основываться присутствие иностранных войск на ее земле?). Такое понимание „нейтрализации“, разумеется, никак не могло быть привлекательным для немцев, и, возможно, именно поэтому оно никогда не выдвигалось советской стороной открыто. Почему оно было доведено до сведения американцев? По-видимому, советский руководитель рассчитывал на взаимность – аналогичное заявление со стороны США, что они не выступают за вывод из Германии советских войск. Однако, такого ответного жеста не последовало, да и вряд ли он мог последовать. Американская сторона не могла не сделать вывода, что у СССР отсутствует программа, которая могла импонировать немцам, а за свое военное присутствие в Германии и вообще в Европе им не было оснований беспокоиться – в отличие от ситуации, сложившейся для СССР. В упомянутой записке от 1 июня она было охарактеризована достаточно адекватно:

„Не исключено, что все наши союзники, следуя примеру Чехословакии и Венгрии, будут стремиться убрать советские войска в одностороннем порядке. Подобного давления на США в Европе не существует.“[33]

Можно ли было создать такое „давление“ решительными односторонними советскими действиями по демонтажу ОВД и выводу Западной группы войск? Ответить однозначно на этот вопрос очень трудно. При таком варианте было бы, по-видимому, гораздо труднее обеспечить материальную компенсацию от ФРГ. Возможно, что в тогдашней обстановке для СССР другого выбора, чем был сделан, не было. Проблема, пожалуй, в другом: если фактически уже с февраля 1990 г. в советском руководстве для себя решили, что альтернативы включению ФРГ в НАТО нет и более того – об этом решении было доведено до сведения тех же американцев, то зачем было мобилизовывать недюжинные усилия советских дипломатов именно на поиск и отстаивание таких альтернатив!? Ведь, например, в советском проекте Договора „шестерки“, представленном на рассмотрение руководству МИДа заместителем министра Ю. А. Квицинским и заведующим 3-им Европейским отделом А. П. Бондаренко 6 августа 1990 г. и подготовленным, по их словам, „с учетом договоренностей, достигнутых в Архызе“, все еще фигурировал пункт „о временном пребывании, сосредоточении и выводе войск западных держав из Германии“.[34] Он был исключен („ввиду его непроходимости“) только 13 августа 1990 г., после переговоров Ю. А. Квицинского с начальником 2-го Политического отдела МИД ФРГ Д. Каструпом.[35] Как будто эта „непроходимость“ не была ясна раньше!

Формула „Германия в НАТО“ первоначально имела определенное ограничение-дополнение: „минус территория ГДР“. Преимущество этого решения заключалось в том, что оно, казалось, всех устраивало и стало общим знаменателем позиций самых различных лиц и политических сил: на нем сошлись госсекретарь США Дж. Бейкер (в беседе с М. С. Горбачевым 9 февраля 1990 г.)[36], соци-

[33] АВП РФ, ф. 757, оп. 35, д. 9, п. 196, л. 76.
[34] АВП РФ, ф. 757, оп. 35, д. 9, п. 196, л. 151, 157.
[35] АВП РФ, ф. 757, оп. 35, д. 8, п. 196, л. 94.
[36] *Горбачев,* Как это было, с. 101.

ал-демократы по обе стороны еще существовавшей германо-германской границы (независимо от советско-американского диалога тезис о „нереальности“ как включения всей Германии в НАТО, так и ее нейтрализации озвучил – от лица комиссии обеих партий – представитель СДПГ ГДР С. Хильсберг[37]). За него давно выступал министр иностранных дел Геншер – при молчаливом согласии канцлера. Однако, довольно быстро началось „ужесточение западной позиции“ (В. Лот), причем еще до мартовских выборов в ГДР, с которыми обычно связывают резкий поворот в процессе объединения. Если Дж. Бейкер вначале употреблял формулу об „ограничении юрисдикции НАТО“ территорией „старой“ ФРГ, то Буш изменил ее: речь шла всего лишь об „особом военном статусе“ для будущих „новых земель“. После встречи Буша с Колем 24–25 февраля 1990 г. именно эта новая формула стала элементом позиции западногерманского правительства. В начале апреля канцлер уже категорически отверг принцип демилитаризации территории ГДР.[38]

Вполне вероятно, что быстрая гласная позитивная реакция на первоначальные февральские предложения Бейкера могла бы блокировать эти негативные тенденции в западной политике; в действительности же время было потеряно. Думается, советская сторона повторила ту же ошибку, что и в переговорах с Баром в 1970 г., когда долго раздумывала, принимать или нет проект „Письма о германском единстве“ на весьма выгодных условиях, и приняла урегулирование, включающее этот „довесок“, тогда, когда позиция ФРГ уже ужесточилась.

Следует констатировать: в конкретной обстановке 1990 г. это ужесточение позиций, инициативы по усилению давления на СССР исходило, как правило, не от ФРГ, а со стороны ее союзников по НАТО. Более того, дипломатия ФРГ сыграла свою роль в отражении особо грубых попыток такого рода. Речь идет в частности, об инциденте накануне акта подписания Договора „Об окончательном урегулировании в отношении Германии“, когда западные державы ультимативно потребовали для войск западных держав право проводить маневры на территории, откуда должны были уйти советские войска, путем внесения соответствующей поправки к пункту 3-ему статьи 5-й этого Договора (он предусматривал, что иностранные войска и ядерное оружие или его носители не будут размещаться в данной части Германии и развертываться там). Э. А. Шеварднадзе пишет в этой связи: „Я попросил передать коллегам, что если это положение будет принято ими – завтрашнее заседание не состоится“ и „никакого договора не будет“. „К утру мне сообщили, что предложение снято“ – отмечает мемуарист.[39] Все это верно, но вполне вероятно, что такого результата могло бы и не быть, если бы не активная деятельность министра иностранных дел ФРГ. По оценке Ю.А. Квицинского, именно

„Г.-Д. Геншер спас ситуацию. Речь шла о будущем его народа, и он выполнил свой долг патриота-немца.[...] Вопрос быстро решился с помощью интерпретирующего пись-

37 Известия, 20 февраля 1990.
38 *Loth,* Helsinki, с. 265.
39 *Ю. А. Шеварднадзе*, Мой выбор, Москва 1991, с. 244.

ма ФРГ по поводу толкования термина ‚развертывание‘, приобщенного к документу об окончательном урегулировании в отношении Германии.“[40]

Возможно, речь идет в данном случае о слишком бравурно-эмоциональной оценке. Она вполне понятна и неизбежна для свидетеля-мемуариста, но историк обязан быть „строже“. В данном случае есть основания поразмыслить, так ли уж безупречна предложенная Геншером формула с точки зрения не только государственных интересов СССР и его правопреемника – России, но и с точки зрения общеевропейского мирного порядка. Насколько может судить неспециалист в области международного права, она предусматривала: решать, что есть и что не есть „развертывание“, что считать нарушением договора, а что нет, будет правительство ФРГ и только оно. Выходит, что право определять правила поведения военного союза отдается одному ее участнику – несколько странная монополия. Предвижу аргументы: это внутреннее дело НАТО, ФРГ заслужила такое доверие, такая система близка к варианту „двойного ключа“ и создает лишнюю гарантию против всяких злоупотреблений военной силой. Все это так, но международное право основано в значительной мере на прецедентах, и вот вопрос: а что если какой-нибудь, скажем условно, новый член НАТО у границы с Россией, ссылаясь на этот прецедент, заявит, что намерен предоставить свою территорию для маневров НАТО с применением ядерного оружия или строительства соответствующей инфраструктуры или просто „временного пребывания“ иностранных войск, не называя это ни „размещением“, ни „развертыванием“? Конечно, ФРГ обязалась осуществлять свое право „разумно и ответственно, с учетом интересов безопасности каждой из сторон“, но где критерии этих понятий? Если считать, что ФРГ, как и любая другая страна, сама их для себя определяет, то зачем тогда понадобилось вносить в Договор, например, положение об ограничении численности бундесвера? Само германское правительство вполне „разумно и ответственно“ могло ее себе определить. Словом, некие логические неувязки здесь, как представляется, присутствуют, и это вряд ли надо скрывать. Кстати, автор аналитического вступления к упомянутому сборнику Ведомства федерального канцлера Х. Ю. Кюстерс признает „необычный с точки зрения международного права“ характер достигнутого компромисса, который он видит в том, что „право интерпретации договора признается лишь за одним его участником“.[41] Заметим еще немаловажную деталь: „формула Геншера“ не просто „приобщена“ к Договору и не представляет собой „интерпретирующего письма ФРГ“ (таковое создавало бы правовые последствия только для самой Германии), а носит название „Согласованной протокольной записи“[42] и таким образом является частью этого документа, имеющую равную с ним юридическую силу. В этой связи нельзя не выразить удивления, что в тексте Договора от 12 сентября 1990 г., опубликованном в приложении к мемуарам М. С. Горбачева, это дополнение к статье 5-й вовсе опущено – как будто его нет и не было! Возможно,

[40] *Ю. А. Квицинский*, Время и случай, Москва 1999, с. 68.
[41] Deutsche Einheit, с. 224.
[42] См. Известия, 13 сентября 1990.

таким косвенным образом выражается отрицательное мнение о нем, но умолчание – это не лучший способ реагировать на реальность.

Максимальные уступки по военно-политической части „германского пакета“, как мы помним, в мидовском документе от 14 мая 1990 г. рекомендовались как цена и средство для достижения соответствующих выгодных для СССР условий другой его части, касающейся границ, соблюдения принципов международного права, обеспечения гражданских прав и свобод, правопреемства, экономического сотрудничества и, наконец, материального обеспечения вывода ЗГВ. Из всего этого каталога, более или менее „по максимуму“ были решены вопросы границ и вывода войск. В остальном советская сторона также пошла на существенные уступки.

В статье 9-й упомянутого советского проекта „Окончательного международно-правового урегулирования с Германией“ от 6 августа 1990 г. содержится четко сформулированный перечень обязательств, принимаемых на себя объединенной Германией. Это – признание законности мер оккупационных властей „в вопросах денацификации, демилитаризации и демократизации“ (специально оговорено, что „правомерность этих решений, в том числе по имущественным и земельным вопросам не будет подвергаться пересмотру немецкими судами или другими немецкими государственными органами“), содействие тому, „чтобы была обеспечена справедливая компенсация лицам, использовавшимся на принудительных работах в Германии в период второй мировой войны“, принятие мер по недопущению „возрождения нацистской политической идеологии, а также национал-социалистических политических партий и движений“, обеспечение сохранности памятников и захоронений „граждан стран антигитлеровской коалиции“, подтверждение действительности международных договоров и соглашений, ранее заключенных ФРГ и ГДР.[43]

Из этих пяти пунктов тот, который касался компенсации „остарбайтерам“, в заключительный документ „шестерки“ не попал вовсе[44], а остальные нашли отражение не в самом тексте Договора, а в „Письме министрам иностранных дел четырех держав от имени правительств ГДР и ФРГ“, причем в гораздо менее внятной и обязывающей форме. О партиях и движениях, выступающих против „конституционного порядка или идеи взаимопонимания народов“, говорится, что они „могут быть запрещены“ (в советском проекте было: „будут запрещаться“), с добавлением: „это относится также к партиям и организациям с национал-социалистическими установками“. Остается гадать, какие же партии имеются в виду в первую очередь, если не неонацистские? Формулировка

[43] АВП РФ, ф. 757, оп. 35, д. 9, п. 196, лл. 159–160.

[44] Не попал он и в советско-германский „Договор о добрососедстве, партнерстве и сотрудничестве“ парафированный на следующий день после подписания „Договора шестерки“,хотя в разработанном в МИД СССР проекте соответствующее положение (статья 15-я) присутствовало (см. АВП РФ ф. 757, оп. 35, д. 8, п. 196, л. 79). Отсутствие урегулирования по этому вопросу вызвало озабоченную реакцию со стороны МИД Белоруссии, который 15 ноября 1990 г. обратился с запросом в МИД СССР. Ответ союзного министерства трудно назвать удовлетворительным (см. АВП РФ, ф. 757, оп. 35, д. 8, п. 196, лл. 157–163).

о том, что „объединенная Германия определит свою позицию по переходу международно- правовых договоров ГДР после консультации с соответствующими партнерами по договорам и европейскими сообществами“, также вряд ли могла удовлетворить советскую сторону. О причинах и мотивах такой уступчивости (и фактического отступления от Архызского „пакета“, который в принципе воплотил в себе идеи мидовских документов от 14 и 21 мая и как раз таким „отступлением“ не был!), о соотношении в них объективных и субъективных факторов можно долго спорить. Но ведение такого спора превысило бы рамки данного доклада.

В заключение хотелось бы внести толику оптимизма. В международных актах порой главное – не столько юридические формулы, сколько сам их дух и направленность. В этом отношении документы германского единства вполне оправдали связанные с ними чаяния и ожидания. Немцы лояльно выполняют взятые на себя обязательства, даже при том, что, как отмечалось, сформулированы они не всегда в достаточно четком виде. Немецкие суды, правда, в ряде случаев принимали к рассмотрению дела с требованиями пересмотра законности случаев отчуждения собственности, имевших место в 1945–1949 гг., что по смыслу советской правовой позиции они не должны были бы делать. Однако решения этих судов по сути подтвердили то, за что выступал Советский Союз. Можно лишь пожалеть время судей и деньги налогоплательщиков, затраченные на эти процессы, но это, в конце концов, внутренние проблемы самих немцев. Кстати сказать, именно опираясь на дух и букву Договора 1990 г. немецкие юристы смогли отбиться от претензий бывших нацистов – вспомним о скандальном иске бывшего шефа хемницкого гестапо, требовавшего вернуть ему висящие в городском музее картины, ранее якобы находившиеся в его частной коллекции. Не было бы Договора или конфискация прошла бы после 1949 г. – и нацист скорее всего добился бы своего! В этом смысле обязательства, принятые на себя немцами, оказываются важным фактором осуществления прав общества по отношению к отдельным нераскаявшимся выродкам. В отличие от Версаля урегулирование 1990 г. стало не оковами, а помощью для немецкой нации.

С другой стороны, немцы добровольно взяли на себя обязательства там, где это отказались сделать их лидеры в 1990 г. – в плане компенсации жертвам нацизма. Этот гуманный акт, без сомнения, отражает новую роль Германии в Европе.

Можно отметить и такой, несколько парадоксальный момент: то, что с позиции 1990 г. казалось недостатком – слишком широкое, чреватое неопределенностью определение подлежащих запрету антидемократических организаций, – ныне может оказаться достоинством. Классический национал-социализм – ныне неактуальная угроза, и слишком узкая ориентировка на него, вероятно, не дала бы возможность использовать нормы и инструменты международно-правового порядка, установленные германским урегулированием, против, положим, религиозного экстремизма. Но для этого, разумеется, помимо права, нужна еще и политическая воля.

Наконец, если перейти с германского на международный уровень, можно констатировать, что те недоработки и „подводные камни“, которые, как представ-

ляется, все-таки остались в фарватере, проложенном в процессе объединения Германии, пока в целом успешно обходятся и не слишком мешают „международному судоходству“. Осложнения, связанные с расширением НАТО, в общем, улеглись. Наша страна сделала большой шаг к установлению тех отношений „политического взаимодействия, ассоциации, сотрудничества“ с Атлантическим союзом, о котором говорилось в одном из самых интересных разработок нашей дипломатии того времени. Будем надеяться, что этот процесс будет развиваться и дальше – в том духе взаимопонимания, сотрудничества поиска взаимоприемлемых компромиссов, который сделал возможным объединение Германии – но без тех зигзагов и без той закрытости от общественности (несмотря на „гласность“!), которые имели место тогда.

Хорст Мёллер

Соединенные Штаты и воссоединение Германии

I.

Совершилось ли бы воссоединение Германии в 1989/1990 гг. без США? Это спекулятивный вопрос, в котором, однако, четко отражена сама проблема: с весны 1989 г. до лета 1990 г. в дипломатическом процессе, приведшем к воссоединению Германии, участвовало большое число немаловажных действующих лиц. Центральную роль в нем, однако, играли три государственных деятеля: федеральный канцлер Федеративной Республики Германия Гельмут Коль, генеральный секретарь КПСС Михаил Горбачев и американский президент Джордж Буш-старший. И хотя на шахматном поле мировой политики они находились не одни, так как другие государственные деятели, политические и дипломатические советники, как например, министры иностранных дел Ханс-Дитрих Геншер, Эдуард Шеварднадзе и государственный секретарь Джеймс Бейкер также выполняли важные функции, однако без названных выше трех государственных лидеров переговоры пошли бы в ином русле. Политическая роль американского правительства и европейских правительств в этом процессе была различной, различным было и отношение к нему – одобрение и неприятие, различным было и время, момент их вступления в этот процесс. В течение всего лишь нескольких месяцев почти все действующие лица изменили свою позицию.

Вопрос, поставленный в начале, остаётся гипотетическим – в отличие от констатации факта, что президент Буш раньше других государственных деятелей понял, какие кардинальные перемены в мировой политике влечет за собой распад коммунистических диктатур, и раньше всех распознал в этом процессе шанс для воссоединения Германии. Более того, он приветствовал эту возможность. И в то время как третье главное действующее лицо, советское руководство, встало на этот путь лишь неохотно и после долгих колебаний, Буш, наряду с Колем, энергично продвигал курс на воссоединение. Однако, и в американской администрации существовали различные позиции. Кроме того, со стороны США были выдвинуты условия, без выполнения которых они не дали бы согласия на воссоединение.

Еще 12 мая 1989 г. президент Буш в своем конфиденциальном письме федеральному канцлеру Колю отмечает, что „перед нами открывается исторический

шанс“ изменить отношения между Востоком и Западом.[1] Вопрос о том, какие последствия для развития Германии должен повлечь за собой этот процесс, оставался, однако, в этот момент открытым. Еще осенью 1989 г. в американской администрации наметилось два различных подхода, однако, сходных между собой в постановке принципиального диагноза относительно того, что перемены, происходящие в мировой политике, кардинально и надолго изменят внутригерманские отношения. Разница была лишь в том, как расценивались масштабы последствий этого процесса. Так, государственный секретарь Джеймс Бейкер в своей речи в Ассоциации внешней политики (*Foreign Policy Association*) в Нью-Йорке 16 октября 1989 г. говорил еще о „*reconciliation*“, Буш же 24 октября, непосредственно после телефонного разговора с Колем, говорил в интервью газете „Нью-Йорк Таймс“ о „*reunification*“. Американский президент помимо всего прочего заявил, что он не разделяет озабоченности некоторых европейских стран относительно возможного воссоединения Германии, что он не опасается немецкого нейтрализма и что найти решение этого вопроса должно быть задачей немецких, британских и французских партнеров по НАТО.

Лидер демократического большинства в американском сенате Джордж Митчел еще в октябре 1989 г. назвал воссоединение „неизбежным“ и сказал, что падение стены произойдет в сравнительно скором времени и что последует процесс „увеличения в определенной мере степени федерализма в отношениях между Западной и Восточной Германией“.[2]

II.

Почему США проявили к конструктивному решению германского вопроса такую открытость?

Наряду с краткосрочными на это имелся целый ряд долгосрочных причин. Долгосрочные я приведу обобщенно, на непосредственной предыстории остановлюсь более подробно.

1. Уже в годы оккупации действия американцев раньше и интенсивнее других оккупационных держав были направлены на восстановление в Германии демократии. Они рассматривали раздел Германии как результат холодной войны и делали ставку на быструю политическую, экономическую и оборонно-стратегическую интеграцию Федеративной Республики Германия в западный мир. За несколько десятилетий Федеративная Республика Германия стала и в экономическом отношении одним из важнейших партнеров США. Мысля сами в больших пространственных категориях, американцы рассматривали европейскую интеграцию как соответствующую и интересам США. Раздел Европы США не считали окончательным и бесповоротным фактом. В большей степени, чем другие западные государства, они связывали военную бе-

[1] *Hanns Jürgen Küsters / Daniel Hofmann* (Hrsg.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, с. 35.

[2] Разные высказывания в отчете *Тельчика* [*Teltschik*] федеральному канцлеру 24 октября 1989 г.: там же, с. 465–467.

зопасность с политической миссией расширения на мировой политической арене демократической системы государств. На этой основе в американской политике обеспечение военной безопасности Западной Европы, антикоммунизм и демократизация Восточной Европы, включая Восточную Германию, были тесно взаимосвязаны. Берлинская речь президента Рейгана у Бранденбургских ворот в адрес генерального секретаря Коммунистической партии Советского Союза „Господин Горбачев! Откройте эти ворота, снесите эту стену!“, казавшаяся в то время наивной и – как и все подобные речи – рассчитанная на громкий эффект, несла в себе в то же время и идейную составляющую, направленную на демократизацию и свободу.

Для Федеративной Республики Германия германо-американские отношения были „жизненно важными“. Федеральный канцлер подчеркнул это 30 мая 1989 г. во время первого визита Буша в Германию в качестве американского президента не только в публичных выступлениях, но и в узком кругу. Буш и Коль были едины в том, что отношения никогда не были лучше, чем тогда, весной 1989 г.[3] Как и оба других западных союзника Великобритания и Франция, США в соответствии с Генеральным договором 1952 и 1954 гг. продолжали сохранять за собой права и обязанности по отношению ко всей Германии, на всех трех государствах лежала часть ответственности в соответствии с Соглашением четырех держав в отношении Берлина. Тем самым каждое принципиальное изменение в отношениях между Востоком и Западом в Европе существенно касалось и США.

2. Краткосрочные причины особой чувствительности американского руководства к германскому вопросу заключались в политике безопасности. Новое американское правительство Буша с 1987 г. готовило отчет о состоянии дел в сфере внешней политики и политики безопасности. Он также охватывал перестройку и гласность в Советском Союзе и должен был служить основой разработки внешнеполитической концепции администрации Буша. В результате первого распоряжения Буша по этому вопросу в адрес Политического координационного комитета был подготовлен анализ под названием „Пересмотр национальной безопасности – Западная Европа 12“ (National Security Review NSR 12). В нем была представлена взаимосвязанная картина отношений США и Западной Европы к Советскому Союзу с точки зрения оборонной политики и контроля над вооружениями.

За этим анализом последовали другие, однако, как отметили Филип Зеликоу, тогдашний советник в администрации Буша по внешнеполитическим вопросам, и Кондолиза Райс, к повороту привели не анализы, а события. Буш хотел предотвратить повторение того, что произошло в Венгрии в 1956 г. и в Праге в 1968 г., когда движения за реформы были подавлены советскими войсками. Поэтому он ждал, пока в Польше не будет снят запрет на „Солидарность“, прежде чем дать 17 апреля 1989 г. официальный сигнал, говорящий о том, что помощь со стороны Запада может быть предоставлена одновременно с процессом либерализации в восточноевропейских государствах:

[3] Там же, с. 271–272.

„Теперь Запад может без страха предложить смелое видение будущего Европы: мы мечтаем о том дне, когда для свободного передвижения людей, товаров и идей не будет никаких преград.“[4]

С самого начала своего правления президент Буш преследовал гораздо более далеко идущие цели, чем руководящие чиновники Госдепартамента. Он хотел пересмотреть всю политику по отношению к Европе с учетом симптомов распада коммунистических диктатур. Что касается политики в отношении Германии, то обе различные позиции стали ясны уже в марте 1989 г. Так, руководитель комитета по координации европейской политики, бывший американский посол в ГДР Розанна Риджуэй рассматривала статус кво как основу для сохранения мира и считала проявление со стороны США активности в германском вопросе не только поспешным, но и неразумным – мнение, которое разделяло большинство сотрудников Госдепартамента США. С другой стороны, другие члены комитета, как, например, Филип Зеликоу и Роберт Блэкуилл, при обсуждении представленного под аббревиатурой NSR-5 отчета придерживались мнения, что в момент, когда холодная война подходит к концу, США должны занять в германском вопросе наступательную позицию.[5] Внутри ЦРУ и Комитета начальников штабов аналогично имелись эти две позиции. Госсекретарь Джеймс Бейкер и его ближайшие советники являлись скорее приверженцами политики сохранения статуса кво.

Таковы были два основных подхода. Теперь все зависело, с одной стороны, от развития самих политических событий и, с другой стороны, от целевой установки американского президента. При этом решающую роль играла реакция Востока, поскольку не западные политики определяли темпы происходящего в мире. Этого не поняли не только дипломаты, но и государственные деятели, как, например, Франсуа Миттеран. Однако же в отличие от Маргарет Тэтчер, которая в силу своего упрямства и шаблонного мышления была неспособна поставить реалистический внешнеполитический диагноз, французский президент после изначального сопротивления и выжидания, проявил гибкость. После встречи с канцлером Колем в Латче 4 января 1990 г. он изменил свою позицию, что благодаря сотрудничеству с Колем увеличило его влияние, правда не на сам процесс воссоединения в узком смысле слова, а на его интеграцию в европейскую политику.

Чем больше за эти несколько месяцев чаша весов в США склонялась в сторону активно-наступательной политики по отношению к Европе и Германии, тем сильнее британская политика оказывалась в изоляции, тем более, что вначале британское руководство, как и первоначально Миттеран, полагалось на отказ Горбачева изменить советскую политику по германскому вопросу. Это еще раз доказало, что американо-британское сотрудничество отнюдь не является таким само собой разумеющимся, каковым оно сегодня представляется.

[4] *Philip Zelikow/Condoleezza Rice*, Sternstunden der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas. 2. Aufl., Berlin 1997, c. 54.

[5] Там же, с. 55.

III.

Таким образом, дуализм в американской политике по отношению к германскому вопросу проявился еще весной 1989 г., сохраняясь до осени. Однако еще весной набрала силу не только дискуссия об изменении стратегии США в вопросе европейской политики, но и появлялось все больше признаков, говорящих о том, что Буш склоняется скорее доверять советникам, учитывающим динамику изменений. В 1989 г. он заявил в интервью „Вашингтон Таймс", что он был бы рад воссоединению Германии:

„Каждый, кто оглянется назад, а затем обратится к сегодняшнему дню и увидит разделенную на две части страну и разъединенных вследствие этого людей, должен приветствовать воссоединение Германии на приемлемой основе."[6]

Но что же считать „приемлемой основой"? Об этом предстояло вести переговоры, когда подойдет время, что зависело, в свою очередь, как минимум в одинаковой степени как от Советского Союза, так и от немцев. К этому я еще вернусь.

И хотя от Горбачева конкретных предложений в отношении германского вопроса не поступало, своими постоянно новыми формулировками, как например „общеевропейский дом", он заставлял о себе говорить, и общественность – за пределами Советского Союза – каждый раз реагировала электризованно. В американской администрации росли опасения, что Горбачев может даже выступить с предложением по политике относительно Германии и тем самым перехватить у американцев инициативу. В действительности же в 1989 г. советская сторона не проявила какой-либо собственной инициативы по этому вопросу. Воссоединение Германии в это время еще находилось за пределами воображения советской политики, и американские опасения, что Москва может предпринять подобный ход, оказались в итоге излишними.

В ходе визита американского президента в Европу, кульминационным пунктом которого было празднование 40-летия со дня основания НАТО, на повестке дня находилась и новая инициатива по политике безопасности. Внутри НАТО и в Федеративной Республике Германия шел спор относительно модернизации ядерных тактических ракет малого радиуса действия (Lacos), внутри американской администрации советник президента Буша по безопасности Брент Скоукрофт и его штаб придерживались мнения, что США слишком долго уделяли недостаточно внимания равновесию сил в Европе в области обычных вооружений и что настало время выдвинуть в сфере политики безопасности соответствующую инициативу. Результатом этого стало предложение добиться очень быстрого и существенного сокращения обычных вооружений в Европе и тем самым восстановить равновесие сил в области обычных вооружений.

И действительно: Брюссельский саммит НАТО 29 и 30 мая 1989 г., подготовленный американской дипломатией в результате секретных информационных визитов к важнейшим партнерам, предоставил для этого оптимальную возможность. Заместитель госсекретаря Лоуренс Иглбергер и заместитель Скоукрофта

[6] Там же, с. 58–59.

Роберт Гейтс были направлены к Маргарет Тэтчер, Франсуа Миттерану и Гельмуту Колю. Не только саммит НАТО стал большим успехом для американской политики, доказавшей свое лидерство как в политико-силовых, так и в концептуальных вопросах, но и последовавшие за саммитом пресс-конференции и визит Буша в Федеративную Республику Германия позволили ему провозгласить новое видение будущего, в котором будет положен конец холодной войне, преодолен политический раскол мира и Европы, и, наконец, обозначить в этом контексте возможности найти решение германского вопроса.

И хотя некоторые формулировки были еще весьма расплывчаты и туманны, нельзя не отметить, что германский вопрос вновь приобрел актуальность, невиданную в течение нескольких десятилетий. Таким образом дебаты о стратегии на фоне политики реформ Горбачева, процесса демократизации в Польше в связи с парламентскими выборами и усиливающегося движения протеста в ГДР и потока покидающих ГДР граждан приобретали все большее политическое значение, выходящее за рамки обычных фраз о воссоединении Германии.

После того, как поток покидающих ГДР усилился, стало очевидно, что и коммунистические государства, граничащие с ГДР, были больше заинтересованы в улучшении взаимоотношений с Федеративной Республикой Германия, чем в ГДР. После Польши, где пришло к власти первое избранное демократическим путем правительство, другие коммунистические государства, прежде всего Венгрия, но и Чехословакия, также начали реформировать свои системы и вести открытую политику по отношению к Западу. ГДР же, отвергнувшая горбачевские реформы, оказывалась во все большей изоляции и имела катастрофическую задолженность. Как федеральному правительству было известно из внутренних источников, ГДР находилась на грани государственного банкротства. Советское руководство, стоявшее перед массой острейших собственных проблем, не проявляло готовности, да и не было в состоянии поддерживать разлагавшиеся коммунистические системы, оно больше не хотело подавлять движения за реформы или совершать военные вторжения в другие государства, как это имело место во времена Хрущева и Брежнева в 1953 г. в ГДР, в 1956 г. в Венгрии, в 1968 г. в Чехословакии и в 1980 г. в Афганистане. Как тогда язвительно говорили, доктрину Брежнева сменила доктрина Фрэнка Синатры: „My way!“ („Мой путь!“), говорящая о том, что каждому позволено найти свой собственный путь к коммунизму.

После падения Берлинской стены 9 ноября 1989 г., свершившегося незапланированно и хаотично, предположительно, в результате недоразумений внутри перепуганного руководства ГДР, федеральный канцлер Коль все однозначнее шел в направлении воссоединения. Представленный им 28 ноября 1989 г. Бундестагу план „10 пунктов“, не обговоренный ни с кем – ни с Франсуа Миттераном, ни даже с собственным правительством – представлял собой попытку направить процесс воссоединения в упорядоченное русло и спланировать его по времени. Однако, эта попытка рационального подхода не увенчалась успехом. События обгоняли друг друга. Коль реагировал очень тонко. Вместе со своим министром иностранных дел и со своими советниками он развил в этот момент крайне интенсивную дипломатическую активность на высшем уровне с целью интегри-

ровать процесс воссоединения в контекст мировой и, прежде всего, европейской политики.

IV.

Как реагировали США на эти драматические изменения? Принципиальная готовность к конструктивному решению германского вопроса просматривалась уже в течение нескольких месяцев. Развитие событий подтверждало правоту позиции президента Буша. Вопрос теперь был лишь в том, на каких условиях сами США хотят вести активную политику воссоединения, а уже не в том, хотят ли они воссоединения вообще. Ибо к этому времени в американской внешней политике приобретал больше влияния подход, выступавший за конструктивную политику в отношении Германии и, тем самым, за политику президента Буша. Президент Буш в своей речи в Майнце 31 мая 1989 г. конкретно подхватил обращение, произнесенное Рейганом в Берлине:

„Так же, как в Венгрии, границы должны пасть во всей Восточной Европе. Нигде граница, разделяющая между собой Восток и Запад, не является столь очевидной, как в Берлине. Там зловещая стена разделяет соседа от соседа, брата от брата. Эта стена – монумент провалу коммунизма, она должна быть снесена.“[7]

В отличие от речи Рейгана, речь Буша была произнесена в другой ситуации. С одной стороны, Буш говорил о „провале коммунизма“ в момент, когда эта система уже во многих местах пошатнулась, с другой стороны, он указал на Венгрию, где процесс распада зашел уже гораздо дальше. Через несколько месяцев Венгрии предстояло сыграть еще более решающую роль: премьер-министр Миклос Немет и министр иностранных дел Дьюла Хорн после переговоров с федеральным канцлером Колем и министром иностранных дел Геншером открыли границу с Австрией, а тем самым и путь для беженцев из ГДР через Венгрию. А после того, как в конце сентября в результате переговоров с чехословацким правительством было также найдено решение и для 6000 беженцев из ГДР, находящихся в посольстве Федеративной Республики Германия в Праге, в стене образовались значительные трещины, прежде чем ее 9 ноября не открыли совсем.

С другой стороны, не было ясности в том, как будет реагировать Советский Союз, который на сравнительно маленькой территории ГДР (110 000 кв.км) имел почти 400 000 военнослужащих Советской Армии. В этой драматической ситуации нельзя было исключить возможность взрывной реакции как со стороны советской армии, так и руководства ГДР, которое как никак имело в своем распоряжении Национальную народную армию и военизированные части полиции. Количество и круг участников демонстраций против режима ГДР постоянно росли, ситуация день ото дня становилась все более критической. Дестабилизация стран Варшавского договора и коммунистических режимов несла в себе,

[7] *James Addison Baker*, Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen, Berlin 1996, с. 150–151.

тем самым, реальную опасность. Еще 9 ноября Бейкер сказал по телефону Геншеру:

„Соединенные Штаты приветствуют эти драматические события, но от свободы передвижения до объединения предстоит еще долгий путь. Может быть, слишком рано ставить вопрос об объединении в настоящий момент.“

С другой стороны, американский посол в Федеративной Республике Германия Вернон Уолтерс – без полномочий на то со стороны Бейкера – осенью 1989 г. не раз публично предсказывал воссоединение. Не исключено, что публичные заявления действующих лиц имели тогда целью подготовить почву соответственно своим представлениям.

В ноябре речь уже не шла о том, хотят ли США принципиально воссоединения, а о том, на каких условиях они сами будут активно участвовать в процессе воссоединения. В американской внешней политике одержал к этому времени верх подход, поддерживавший воссоединение и, тем самым, президента Буша. Государственный секретарь Джеймс Бейкер в своих воспоминаниях „The Politics of Diplomacy“ („Политика дипломатии“, 1995) описал этот процесс. Так, например, он пишет, что еще в сентябре приходилось по нескольку раз изменять тексты речей, чтобы пресса не заметила, что в американской внешней политике существуют различные позиции. Если разногласия были бы замечены, советское правительство, вероятно, попыталось бы в вопросе воссоединения проводить рестрикционную политику вместе со сторонниками той позиции, в большей степени устраивающей его. Бейкер справедливо отмечает:

„В определенной степени международная политика – это постоянный процесс переговоров. В 1989 г., когда наметилось крушение Советского Союза как великой державы, не было более критических переговоров, чем переговоры, регулирующие сам ход крушения. Империи не исчезают просто так, в ночной тиши, от власти редко просто отказываются, мирная передача власти является исключением. И хотя к середине года почти с уверенностью можно было исходить из того, что Советский Союз ослабит свои позиции на всем земном шаре, решающим все-таки был вопрос: как далеко Кремль пойдет в действительности?“[8]

Горбачеву очень не понравилось, что президент Буш после саммита НАТО в июле 1989 г. посетил Польшу и Венгрию, где его приняли с восторгом. Триумф Буша с полным правом рассматривался как поражение Советского Союза в его собственной сфере влияния, т. е. в странах Варшавского договора. Германский вопрос также был составной частью всего комплекса трансатлантической политики США.

Когда направление политики стало ясным, к концу ноября 1989 г. определились и четыре условия американской политики. Поводом для этого послужил план „10 пунктов“, представленный федеральным канцлером Германскому бундестагу 28 ноября без согласования с каким-либо правительством или с собственными министрами. Вашингтон понял, что Коль взял последовательность действий в свои руки, и попытался притормозить Коля и сам определить процесс. Четыре американских условия были следующими:

[8] Там же, с. 122–123.

1. Не исключая различных вариантов воссоединения, должен действовать принцип самоопределения немцев, в этом случае жителей ГДР.
2. Объединение Германии должно произойти в контексте долгосрочного членства объединенной Германии в НАТО и продолжающейся интеграции Европейского сообщества. При этом должны учитываться права союзников в отношении Германии.
3. Объединение должно быть осуществлено шаг за шагом и мирным путем.
4. Принцип нерушимости границ в соответствии с требованиями Заключительного акта СБСЕ в Хельсинки должен действовать и для объединенной Германии. Конкретно это означало признание объединенной Германией на основе международного права границы по Одеру и Нейсе как германо-польской границы.[9]

Для США действовали те же обязательства, как и для Франции и Великобритании. В статье 7 Договора о Германии в редакции 23 октября 1954 г. они обязались поддерживать воссоединение Германии. Но несмотря на это, американское правительство задавало себе вопрос, как достичь согласия между Вашингтоном, Парижем, Лондоном и Бонном. 2 и 3 декабря на повестке дня американского президента не только стоял вопрос согласования позиций западных союзников, но и первая личная встреча с Горбачевым, который в то время относился отрицательно не только к американским условиям, а к воссоединению вообще.

Советники президента Роберт Д. Блэкуилл, Кондолиза Райс, Филип Зеликоу и Деннис Росс советовали президенту не отступать на встрече на крейсере „Максим Горький“ на рейде Мальты от цели воссоединения и не соглашаться на предложение по проведению конференции четырех держав. У Буша сложилось от встречи ошибочное впечатление, что Горбачев принципиально не против воссоединения, но требует осторожности в ходе процесса. Поэтому американский президент потребовал от федерального канцлера действовать разумно и не слишком быстро, чтобы не поставить Горбачева в трудное положение. План „10 пунктов“ не должен рассматриваться как график. Членство Германии в НАТО и продолжающаяся интеграция Европейского сообщества при условии членства объединенной Германии в нем являются непременными предпосылками. Коль согласился с последним пунктом, однако хотел как можно скорее проведения свободных выборов в ГДР и вслед за этим образования конфедерации обоих государств в качестве следующего шага к воссоединению.

В действительности же уже скоро стало очевидным, что Горбачев совсем не хотел идти так далеко. Он не имел ничего против демократизации ГДР, однако исходил из ее дальнейшего существования и принадлежности к Варшавскому договору, единство могло рассматриваться в качестве конечной цели. В течение следующих недель ситуация обострилась, и одновременно проходили межгерманские переговоры об экономической помощи со стороны Западной Германии, о свободных выборах, о графике и возможных формах объединения. Во время визита в Дрезден 19 декабря Коль не только встретился с премьер-министром Модровым для обсуждения этих вопросов, но и выступил перед сотнями ты-

[9] Там же, с. 160; *Zelikow/Rice*, Sternstunden, с. 115; *Küsters/Hofmann*, Deutsche Einheit, с. 65.

сяч человек. Лозунг „Народ – это мы“, под которым проходили демонстрации, превратился в лозунг „Мы – один народ“. Динамика правозащитного движения в ГДР приобретала все большее влияние на международную дипломатию и укрепило Коля в его цели и стремлении взять необратимый курс на воссоединение. При этом было необходимо еще привести в равновесие нерешительную реакцию Запада, принципиальную поддержку Вашингтона и несогласие со стороны Москвы. Членство Федеративной Республики в НАТО, являвшееся для нее самой, но и для Вашингтона непременным условием воссоединения, до лета 1990 г. оставалось самым большим препятствием. Необходимы были долгие и трудные переговоры между Вашингтоном/Бонном и Москвой для того, чтобы добиться выполнения этого условия.

В январе 1990 г. Москва вновь попыталась привлечь Вашингтон на свою сторону относительно идеи проведения конференции министров иностранных дел четырех держав и тем самым вырвать инициативу из рук правительства Федеративной Республики Германия, придав таким образом ГДР равный с Федеративной Республикой Германия статус, и нейтрализовать народное движение в ГДР. Коль среагировал на это крайне рассерженно: „Нам не нужны четыре акушерки.“[10] Федеральный канцлер не хотел ни конференции четырех держав, ни германо-германской конференции, не говоря уж о большой конференции для подготовки мирного договора.

После 1945 г. с побежденной национал-социалистической Германией действительно не было подписано оформленного в соответствии с международным правом мирного договора, был подписан лишь ряд отдельных договоров, как, например, Лондонское соглашение о задолженности 1953 г. Ввиду этого говорилось также о заключении мира как об „утраченном искусстве“ (Ганс фон Хентиг). Такая конференция была бы для Германии в любом отношении непредсказуемой, тем более что в ней должны были бы принять участие 56 государств, с которыми национал-социалистическая Германия находилась в состоянии войны до 1945 г. Поэтому для федерального правительства было важно убедить американское правительство пойти по другому пути. Это были так называемые „переговоры по формуле 2+4“ с участием обоих германских государств и четырех держав США, Советского Союза, Великобритании и Франции.

Проблему усугубило интервью, данное британским премьер-министром Маргарет Тэтчер журналу „Wallstreet-Journal“ 26 января 1990 г., в котором она высказала резкую критику в адрес Гельмута Коля. Она призвала учесть внутриполитические трудности Горбачева, которые могут привести к опасности свержения советского генерального секретаря, если объединение Германии произойдет слишком быстро.

Однако, в итоге решающими оказались не крайне преувеличенные требования политики Маргарет Тэтчер, а договоренности, достигнутые между Вашингтоном, Москвой и Бонном. Правительства этих трех стран во второй половине января 1990 г. определили график и процедуру действий. Вашингтон видел перед собой три центральных вопроса:

[10] *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, с. 105.

1. Как быстро должно быть осуществлено воссоединение?
2. Как должны быть урегулированы внешнеполитические и международные аспекты воссоединения?
3. Какие условия могут быть приемлемы для членов НАТО?

Проведение переговоров по формуле „2+4“ можно было обосновать двояко. Во-первых, естественным правом немцев на самоопределение, и, во-вторых, ответственностью четырех держав за всю Германию и за весь Берлин, сохраняющейся за ними согласно Договору о Германии и решениям Потсдамской конференции 1945 г. Таким образом, переговоры не ограничивались ни немецкими участниками, ни четырьмя державами. В соответствии с этим обоснованием не было также никакой необходимости включать в переговоры ни государства-участники СБСЕ, ни все участвовавшие во Второй мировой войне государства. Конференция 35 государств-участников СБСЕ была учтена постольку, поскольку само собой разумеющимся условием воссоединения было признание существующих границ в Европе. Это конкретно касалось Советского Союза и, прежде всего, Польши. Добиться выполнения этого требования было внутриполитической задачей федерального канцлера, которого здесь ожидали немалые трудности. Поэтому он должен был как можно дольше оттянуть решение этого вопроса. С одной стороны, ему нужна была возможность до конца разыгрывать эту карту по отношению к Польше, с другой стороны, он мог перспективой ощутимо близкого воссоединения, на пути к которому оставалось одно-единственное препятствие – вопрос границ –, побудить внутригерманскую оппозицию пойти на уступки. В то же время Колю надо было убедить своих партнеров по переговорам в том, что признание существующих границ не подлежит никакому сомнению.

Для Вашингтона проблема была прежде всего в том, чтобы сформулированное в полном согласии между Федеральным правительством и партнерами по НАТО условие долгосрочного членства объединенной Германии в НАТО не превратилось в бумеранг. Ведь Советский Союз мог все повернуть наоборот и утверждать со своей стороны, что не он, а США не допустили воссоединения, поставив перед Советским Союзом неприемлемое условие членства объединенной Германии в НАТО.[11]

Разногласия между госдепартаментом и штабом президента касались процедуры, а не самой цели. Речь шла о вопросе, какую роль в процессе воссоединения отвести Советскому Союзу и по какому графику действовать. Советники президента в Белом доме выступали с учетом немецких интересов за быстрое воссоединение в отношении урегулирования внутренних проблем, советуя, однако, несколько подождать с началом внешнеполитических переговоров, чтобы выиграть время для переговоров с Советским Союзом. Госдепартамент считал нужным отвести Советскому Союзу более сильную роль. Росс и Зеллик даже опасались, что в ином случае Федеративная Республика Германия может предпринять попытку самостоятельно вести переговоры с Советским Союзом, что привело бы к потере возможности влияния со стороны США. Опасаться этого не было причин ввиду того, что – за исключением плана „10 пунктов“ – Коль и

[11] См. *Zelikow/Rice,* Sternstunden, с. 165–166; *Küsters/Hofmann*, Deutsche Einheit, с. 84– 85.

Геншер придавали большое значение теснейшему согласованию своих действий не только с США, но и с начала января 1990 г. с Францией и другими союзниками. Однако, Федеральное правительство не могло не обращать внимания на то, что волна беженцев и эмигрантов из ГДР значительно увеличилась и продолжала набирать силу. В одном лишь 1989 г. ГДР покинуло почти 350 000 человек – для населения в 16 миллионов – внушительная цифра.

Первые свободные выборы в Народную палату ГДР 18 марта 1990 г. принесли победу группе „Альянс за Германию“ под руководством ХДС. Она сформировала большую коалицию под руководством политика ХДС Лотара де Мезьера, в которой была представлена также СДПГ. После того, как державы-победительницы пришли к согласию относительно процедуры, в мае 1990 г. начались переговоры по формуле „2+4“ министров иностранных дел, которые закончились в июле 1990 г. Договоренности заменяли мирный договор и предусматривали окончательное признание существующих границ на основе решений Бундестага и избранной демократическим путем Народной палаты ГДР.

Решающего перелома в вопросе членства объединенной Германии в НАТО удалось добиться в два этапа – во время визита Михаила Горбачева в Вашингтон с 30 мая по 3 июня 1990 г. и во время визита Гельмута Коля в Москву и на место отдыха Горбачева 15 и 17 июля 1990 г. Численность бундесвера была установлена в 370 000 человек.

При подготовке обеих важнейших встреч Буш и Коль тесно согласовывали свои позиции по телефону. Федеральный канцлер сказал американскому президенту 30 мая, что оба государства должны обязательно твердо отстаивать свои позиции относительно безоговорочного членства Германии в НАТО.[12] 3 июня президент на совместной пресс-конференции с Горбачевым, которой предшествовали двусторонние переговоры относительно формулировок, заявил, что „объединенная Германия должна быть полноправным членом НАТО“. Даже если Горбачев не разделяет этого мнения, оба они „полностью едины в том, что вопрос о членстве в НАТО в соответствии с Заключительным актом Хельсинки должен решаться самими немцами“.[13]

Для исследователей спорным является вопрос о том, было ли уже на встрече 4 июня в Кэмп-Дэйвиде получено согласие Горбачева относительно членства объединенной Германии в НАТО. Однозначной же является формулировка Джорджа Буша в телексе Гельмуту Колю 4 июня 1990 г.:

> „В той мере, в которой мы сможем учитывать интересы безопасности Советского Союза вне переговоров по формуле ‚2+4‘, будут повышаться наши шансы побудить Горбачева согласиться на членство объединенной Германии в НАТО.“[14]

При этом Буш указывал на саммит НАТО и на двусторонние отношения с Советским Союзом. Фактом является, что согласие Горбачева с формулировкой Буша

[12] Там же, с. 1161.

[13] Там же, с. 1178; Public Papers of the Presidents of the United States, *George H. W. Bush*, 1989, Book 1, January 20 to June 30, Washington 1989, с. 756; *Baker*, Drei Jahre, с. 226; *Michail Gorbatschow*, Erinnerungen, Berlin 1995, с. 723.

[14] *Küsters/Hofmann*, Deutsche Einheit, с 1176.

на упомянутой пресс-конференции представляет собой значительный прогресс, но еще не окончательный прорыв. Прорыва удалось добиться в последний день визита Гельмута Коля у Горбачева, где как раз был вновь затронут обозначенный Бушем пункт. В своей беседе с Горбачевым 15 июля Коль заявил, что необходимо добиться согласия по трем следующим пунктам:

1. осуществление вывода войск Советской Армии с территории ГДР,
2. членство объединенной Германии в НАТО,
3. численность бундесвера в будущем, т. е. число военнослужащих.[15]

Горбачев после некоторых колебаний попытался добиться того, чтобы исключить территорию бывшей ГДР из сферы присутствия войск НАТО. Коль парировал вопросом, значит ли это, что объединенная Германия не обретет полный суверенитет. И на следующий день эта тема играла центральную роль, пока Горбачев не констатировал: „Германия получает полный суверенитет. Объединенное германское суверенное государство должно само принять решение о членстве в Атлантическом союзе.“[16] В разговоре с Бушем по телефону 17 июля федеральный канцлер сказал, что относительно формулировки, с которой в конечном счете Горбачев согласился, он, Коль, продолжил формулу, начатую в Кэмп-Дэйвиде.[17] Размещение войск НАТО на территории бывшей ГДР, однако, должно быть осуществлено лишь через 3–4 года после вывода советских войск. Результаты беседы Федеральный канцлер обобщил в тот же день в письме президенту Миттерану.[18] Британский премьер-министр также прислала послание 17 июля 1990 г.:

„Дорогой Гельмут! Я шлю свои самые теплые поздравления по поводу твоего успешного визита в Советский Союз, в ходе которого было получено согласие президента Горбачева на членство объединенной Германии в НАТО, что является огромным шагом вперед в интересах Европы и Запада в целом ... С наилучшими пожеланиями, искренне Твоя Маргарет.“[19]

Действительно Колю удалось – среди прочего и посредством финансовой помощи – добиться вывода советских войск, численность которых вместе с гражданскими сотрудниками и членами семей тогда составляла еще около 400 000 человек (из них 300 000 военнослужащих). Юридически воссоединение свершилось путем вступления вновь основанных пяти федеральных земель ГДР в Федеративную Республику Германия в соответствии со статьёй 23 Основного закона. Первыми общегерманскими выборами в Бундестаг процесс воссоединения был формально завершен 3 октября 1990 г., холодная война закончилась, и началась новая эра трансатлантических отношений.

[15] Ср. там же, с. 1343.
[16] Там же, с. 1366.
[17] Ср. там же, с. 1372.
[18] Ср. там же, с. 1374–1375.
[19] Ср. там же, с. 1377: „Dear Helmut, I send you my warmest congratulations on the success of your visit to the Soviet Union, Securing President Gorbachev's agreement to a united Germany in NATO is a mighty step forward in the interests of Europe and the West as a whole ... Warm regards yours ever Margaret.“.

Игорь Ф. Максимычев

Крушение ГДР

Вид из окна советского посольства на Унтер-ден-линден

С 9 мая 1987 г. до 3 октября 1990 г., когда вместе с ГДР исчезли и дипломатические представительства в ней, я занимал пост советника-посланника посольства СССР в ГДР (заместителя посла). В качестве второго лица в посольстве мне пришлось быть участником многих внутренних совещаний и обсуждений, переговоров и бесед с руководящими представителями ГДР, Западного Берлина (отношения с которым входили в мою компетенцию), а также со старшими дипломатами многих стран, включая те три державы, которые несли вместе с СССР ответственность за Берлин и Германию в целом. С этого времени у меня осталось множество дневниковых записей, которые отражают основные этапы развития обстановки, извивы официальной политики СССР в отношении нашего союзника ГДР, получаемую нами из различных источников информацию, поступавшие из Москвы инструкции, мнение многочисленных собеседников и т. д.

I. „Сердца горестные заметы ...“

Записи, которые я делал в порядке выполнения своих служебных обязанностей, в том числе в самые драматические месяцы подготовки включения ГДР в состав ФРГ, не подчинялись какой-то стройной системе. Многое зависело от того, удобно ли было делать заметки по ходу мероприятия или располагал ли я пятью–десятью свободными минутами сразу после встречи, чтобы зафиксировать услышанное или увиденное в своей записной книжке. При этом я ни на минуту не задумывался о том, что когда-нибудь эти записи могут представить исторический интерес и будут в состоянии помочь восстановить истинную картину происходившего – прежде всего в том, что касается линии Москвы в ходе развернувшегося в ГДР кризиса, круто изменившего ход мировой истории. Заметки делались, как правило, второпях и скорописью, иногда с явными описками; их целью было лишь не забыть точных формулировок из того, что было сказано собеседником или докладчиком; ведь на них затем предстояло опираться при подготовке информации для Москвы или при составлении иных ответственных документов.

Интерес представляют главным образом записи в дневнике, который я вел на проводившихся ежедневно в 9.00 часов утра так называемых совещаниях дипло-

матического состава у посла, на которых присутствовали в обязательном порядке руководители торгпредства и некоторых других советских представительств в ГДР. Бывали и закрытые совещания старшего дипсостава в узком составе; на некоторых из них, а также на партсобраниях дипсостава я делал заметки. Посол В. И. Кочемасов видел главную цель ежедневных, подчас многочасовых общих „посиделок“ в том, чтобы давать обязательные установки всем сотрудникам для бесед с иностранцами (совещания начинались с краткого доклада о содержании только что вышедших основных газет ГДР и Западного Берлина, но это было скорее формальностью, поскольку обсуждения этих докладов не проводилось). В такой постановке вопроса была своя логика. Атмосфера перестройки вела к разнобою в оценках и мнениях, публично высказываемых представителями наших центральных организаций. Некоторые из этих высказываний затрагивали жизненные интересы республики и вызывали подчас резкую реакцию со стороны властей ГДР. Ряд берлинских руководителей не скрывали, что видят в перестройке весьма опасный эксперимент, чреватый тем, что ее дестабилизирующий эффект перекинется и на Восточную Германию. В этой напряженной ситуации любое слово „не к месту“ могло иметь совершенно нежелательные последствия.

Благодаря своим связям на самом верху (Кочемасов был секретарем ЦК ВЛКСМ еще при Сталине, а затем почти два десятка лет занимал пост заместителя председателя совета министров РСФСР) и прямой „ВЧ“-связи с Москвой посол был в курсе настроений М. С. Горбачева, других руководителей ЦК КПСС, Э. А. Шеварднадзе, мидовской головки, их мнения по всем существенным моментам внутренней и внешней обстановки. Важно также, что Кочемасов еще с комсомольских времен был близко знаком с Э. Хонеккером. Как посол он поддерживал постоянный контакт с генсекретарем СЕПГ, практически каждую неделю встречаясь с ним для продолжительных бесед и перезваниваясь (через переводчика) едва ли не каждый день. Как раз эти обстоятельства дают мне возможность с достаточной степенью достоверности восстановить, как складывалась обстановка в центрах власти в СССР и ГДР, каким образом изо дня в день формировались мнения в верхнем эшелоне, какие решения там готовились.

Как и контакты с верхушкой СЕПГ, связи посольства с генералитетом Группы советских войск в Германии, ГСВГ, или, как она стала называться с июля 1989 г., Западной группы войск, ЗГВ (толчком к переименованию послужило настойчивое пожелание Хонеккера убрать из названия группы термин „Германия“: Германии, заявили нам, давно нет и никогда более не будет) всегда считались заповедной сферой деятельности Кочемасова в его качестве члена ЦК КПСС. С командующим ЗГВ генералом армии Б. В. Снетковым (кандидатом в члены ЦК) на его личном самолете посол летал в Москву на пленумы ЦК КПСС, которые проводились в эпоху Горбачева довольно часто. Да и помимо пленумов они виделись регулярно и в Берлине, и в штаб-квартире группы в Вюнсдорфе под Берлином. Поскольку по внутреннему протоколу старший состав посольства должен был провожать и встречать посла, мы отлично знали дорогу к центральному аэродрому группы в Шперенберге, изучили порядки в его салоне для особо важных пассажиров и перезнакомились со всей верхушкой ЗГВ. Естест-

венно, руководящий состав посольства был в курсе контактов посла со Снетковым. Тесными были связи с Берлинской бригадой, расквартированной в столице ГДР: ее солдаты неофициально охраняли здание посольства. (Безопасность парадного подъезда посольства с Унтер-ден-линден обеспечивали бойцы охранного полка им. Феликса Дзержинского Министерства госбезопасности ГДР, переодетые, кстати, в обыкновенную полицейскую форму, а контроль на рабочем входе в здание с Беренштрассе осуществляли наши солдаты). Особых забот настроения в ЗГВ нам не доставляли, что нельзя сказать о властях ГДР: офицеры по связям с немецкой общественностью иногда „с чрезмерным рвением", как считали гедеэровцы, пропагандировали советскую перестройку. В результате к нам в посольство частенько поступали жалобы на „запальчивые" выступления офицеров ЗГВ. Мы старались сгладить возникающие шероховатости, но иногда передавали жалобы ГДР „по принадлежности", в политуправление Группы.

II. Сполохи близкой бури

Ситуация в ГДР вызывала у нас беспокойство. В ее неблагополучии я весьма наглядным образом убедился меньше, чем через месяц после своего прибытия в Берлин. На Св. Троицу, которая пришлась в 1987 г. на 6, 7 и 8 июня, перед зданием рейхстага, расположенным на западноберлинской территории в полукилометре от посольства, состоялся трехдневный (точнее „трехвечерний") концерт под открытым небом ведущих рок-групп Западной Европы и США. Организаторы концерта, движимые, как они заверяли позже, состраданием к населению Восточного Берлина, разместили очень большую и мощную часть звукоусилительной аппаратуры непосредственно перед Бранденбургскими воротами, развернув ее на восток. Успех был настолько потрясающим, что из-за грохочущей музыки, слышной во всех помещениях посольства, мы могли переговариваться друг с другом только крича что есть мочи или передавая друг другу записки.

Среди восточноберлинцев весть о том, что высококлассный рок-концерт можно слышать так сказать непосредственно, „живьем", распространялась достаточно медленно, хотя западноберлинское радио своевременно поспешило известить об этом. В первый вечер – это был конец дня пятницы – у заграждений перед Бранденбургскими воротами (весь ареал ворот был пограничной зоной, заходить в которую запрещалось всем и каждому) собрались лишь небольшие группки молодежи, которые легко поддавались на уговоры пограничников отойти подальше от границы. Да и на следующий вечер скопления молодежи были не очень значительными. Однако народная полиция уже стала разгонять людей. Действия полиции не вызвали большого волнения и прошли без сучка и задоринки. Главные неприятности проявились только на третий вечер.

В воскресенье 8 июня было, видимо, принято решение вообще не пропускать к Бранденбургским воротам желающих слушать концерт. К концу дня полиция перекрыла аллею Унтер-ден-линден и параллельные ей улицы как раз на уровне посольства, почти под окнами моего рабочего кабинета. За ограждением собралась необозримая толпа. Где-то к 21.00 часу начались потасовки, в ход пошли

полицейские дубинки, кого-то уводили, вернее, утаскивали, в плохо освещенные боковые улички. Толпа, до отказа заполнившая Унтер-ден-лиден, непрерывно выкрикивала хором: „Долой стену!“ („Die Mauer muss weg!“) и „Горби, Горби!“ (так к тому времени немцы звали в просторечии Горбачева). Впечатление было потрясающим. Это был яркий пример того, как применяемое без ума насилие может любой, даже самый незначительный повод превратить в детонатор политического протеста. Разгонять дубинками людей, пришедших послушать бесплатный концерт, было верхом безумия. Списать произошедшее на западную „провокацию“ было никак нельзя: в толпе не было заметно западных журналистов, и инцидент прошел практически мимо внимания западноберлинской печати. Власть без всякой нужды переполняла чашу терпения народа. После Троицы 1987 г. я при всем желании уже не мог воспринимать реальность ГДР как нормальную.

Требования собравшихся на Унтер-ден-линден, отражавшие глубоко укоренившиеся настроения в обществе, были достаточно радикальными, но еще не революционными. Вне всякого сомнения, нужна была срочная и существенная либерализация режима пересечения германо-германской границы – вряд ли можно было в условиях разрядки всерьез рассчитывать надолго сохранить порядки, продиктованные „холодной войной“. Требовалось демонстративное ослабление назойливой опеки партаппарата СЕПГ над всеми сегментами общественной жизни, то есть ее демократизация, по крайней мере, в социалистическом понимании – для этого достаточно было оживить формально сохранившуюся в ГДР многопартийную систему. Напрашивалось ограничение необъятных компетенций службы безопасности, которые в условиях ГДР переходили все разумные границы. Выгоднее было поступиться частью, чем дожидаться, когда обрушится все здание. В то же время было совершенно ясно, что первый же шаг в направлении модернизации общественной жизни республики неминуемо вернет на политическую авансцену национальный вопрос немцев, который СЕПГ самонадеянно объявила раз и навсегда решенным в пользу сосуществования двух германских государств.

III. Национальное самосознание немцев

В недавно опубликованной чрезвычайно показательной беседе советской верхушки с руководством СЕПГ 31 января 1947 г. содержится высказанное Сталиным мнение, что если Германия будет раздроблена (он называл раздробление „федерализмом“), то „позднее это поведет к реваншу и войне, а лозунг единства Германии перейдет из наших рук в руки буржуазии“. „Нам это невыгодно – продолжал он. – Этот лозунг не должен выпасть из наших рук.“[1] Все послевоенные годы политика СССР в германских делах исходила из того, что лозунг единства Германии должен оставаться в советском арсенале. Отсюда постоянные настояния Москвы на необходимости воссоздания единой Германии. Точка зрения Ста-

[1] СССР и германский вопрос 1941–1949, т. III: 6 октября 1946 г. –15 июня 1948 г., Москва 2003, с. 260.

лина не изменилась и после появления на политической карте Европы в 1949 г. ФРГ и вслед за ней ГДР, что наглядно показала известная советская нота трем западным державам от 10 марта 1952 г., еще раз предлагавшая единство Германии при условии ее неприсоединения к военным блокам. СССР пошел даже на то, чтобы согласиться на западное требование о проведении свободных выборов по всей Германии. После смерти Сталина и особенно после событий 17 июня 1953 г., продемонстрировавших уязвимость режима ГДР, СЕПГ при полной поддержке КПСС решила, что лучше сохранять всю власть в части Германии, чем рисковать потерять власть в объединенной. Был даже отменен текст гимна республики, в котором говорилось о „едином германском отечестве“.

Недальновидность подобной позиции была видна невооруженным глазом. Нацию не отменишь решением политбюро или партсъезда. Конечно, в Германии тема нации и связанные с ней проблемы были чрезвычайно отягощены преступлениями нацизма и на долгое время как бы погрузились в летаргический сон. Но этот сон не мог длиться вечно – после окончания войны прошло почти полстолетия. При всей своей дисциплинированности я считал своим долгом хотя бы намеком предостеречь близких к власти гедеэровцев от опасности недооценки национальной проблематики. Данная тема постоянно всплывала в моих неофициальных дискуссиях с сотрудниками иностранного отдела ЦК СЕПГ, причем мои собеседники то и дело ссылались на прецедент ноты 1952 г. как на доказательство того, что Москва может в один прекрасный момент бросить на произвол судьбы ГДР и людей, связавших с ней свою судьбу. Неуверенность партийных и государственных функционеров ГДР в надежности советской поддержки была, кстати, одним из факторов, тормозивших необходимую модернизацию режима.

В ходе празднования 40-летия Национально-демократической партии Германии 24 мая 1988 г. я попытался в личной и частной беседе обратить внимание ее председателя, профессора Генриха Хомана, на важность для ГДР своевременной разработки национальной темы с точки зрения интересов республики. С преодолением конфронтации в Европе, говорил я ему, вопрос о необходимости существования ГДР встает по-новому, поскольку теряет силу прежняя мотивировка немецкой двухгосударственности: социалистическая ГДР, оплот мира, как противовес натовской ФРГ, источнику военной опасности. Партии, несущей в своем имени термин „национальная“, было бы вполне уместно заняться этой проблемой, считал я. Хоман сделал вид, что не понял, что я имею в виду – такой чуждой была для него мысль о том, что кто-то или что-то может поставить под сомнение незыблемость ГДР. Гедеэровские верхи явно теряли контакт с действительностью.

В любом случае события на Троицу 1987 г. не послужили поводом для срочного начала подготовки к перестройке по-гедеэровски. Никакого движения в нужную сторону не наметилось. По старому армейскому правилу „наплевать и забыть“ власти ГДР и Москва постарались поскорее вытеснить из сознания случившуюся на Унтер-ден-линден неприятность. Им это блестяще удалось. Лейпцигские демонстрации по понедельникам через два года были восприняты, как нечто совершенно новое. На самом деле предупредительный звонок был дан

еще в 1987 г., причем в столице, под носом у властей; его просто ухитрились проигнорировать.

Особые опасности ситуации в ГДР никогда не попадали в центр внимания людей в Москве, несущих ответственность за вторую по мощи сверхдержаву современности. Там никогда не был по-настоящему осознан тот факт, что на кону стояла перспектива сохранения республики. Если возможное смягчение режима или даже смена общественного строя не грозили Польше или Румынии их исчезновением как государств, то в ГДР до последнего момента конфронтация между капитализмом в Западной Германии и социализмом в Восточной Германии рассматривалась как основа существования республики. Такая постановка вопроса делала ее чрезвычайно уязвимой как с точки зрения настроения масс, так и в плане устойчивости политической элиты, бывшей свидетелем отхода Москвы и всего соцлагеря от конфронтации как от способа существования послевоенного мира и разрешения его конфликтов.

Отказ руководителей советской перестройки взглянуть в лицо гедеэровской действительности был сопряжен с реальными угрозами для защиты интересов СССР в Европе и в мире. Без всякого преувеличения ГДР была краеугольным камнем системы союзов на европейском континенте, созданной СССР с невероятными материальными и людскими затратами. Наличие на территории республики почти полумиллионной ударной ЗГВ оправдывало расквартирование наших солдат в Польше, Венгрии и Чехословакии, где они должны были прикрывать линии коммуникаций между ЗГВ и территорией СССР. Выпадение ГДР из оборонительной системы СССР на западном направлении совершенно очевидно означало бы ликвидацию всей этой системы, поскольку обнажался центральный участок разделительной линии между Востоком и Западом континента. Никому в СССР не приходило в голову, что без войны и военного поражения Советского Союза возможен его „отказ“ от ГДР.

Даже если предположить, что к 1989 г. уже созрели условия для роспуска военных блоков в Европе и слияния всех европейских наций в единую счастливую континентальную семью, где нет страхов за свою безопасность и все думают только о том, как помочь друг другу, жизненный интерес СССР заключался в том, чтобы обеспечить обоюдность начинающегося процесса строительства того, что еще Л. И. Брежнев называл „общим европейским домом“. То есть, в частности, обеспечить, чтобы разоружению Востока шаг за шагом соответствовало разоружение Запада, чтобы ослабление одного блока не вызывало усиления противостоящего блока, чтобы „открытие“ Востока не сопровождалось „закрытием“ Запада и т. д. Для этого советская политика должна была располагать определенным запасом прочности, иметь надежных союзников, возможностями маневрировать, запасными позициями. Для выполнения этой задачи ГДР имела стратегическое значение для СССР. Тем более, что солидарность республики на международной арене не вызывала нареканий. Наши коллеги из МИД ГДР дисциплинированно и с энтузиазмом поддерживали инициативы Москвы, которые рассматривались ими как общее дело всего социалистического лагеря. Исключением была линия Шеварднадзе на безответные уступки Западу в рамках „третьей корзины“ СБСЕ. ГДР не голосовала против, чтобы не подрывать политику

Москвы, но предупреждала „в доверительном порядке“, что выполнять принимаемые решения будет лишь „в пределах разумного“. Сомнительно, чтобы подобный образ действий способствовал внутренней стабильности республики, но это уже другой вопрос.

Помимо этого, маленькая ГДР выполняла роль важнейшего экономического партнера Советского Союза. На нее приходилось 10–15 % советских внешнеэкономических обменов, причем из ГДР мы зачастую получали ту продукцию высоких технологий, которую отказывался поставлять нам Запад.

IV. Речь шла не только о судьбе ГДР

Тем не менее похоже, что в высшем советском руководстве никто не хотел додумать до конца тезис о ключевом значении ГДР для позиций СССР в Европе и в мире. Доведенный до отчаяния полным безразличием Москвы по отношению к подземным толчкам в ГДР я пытался при случае раскрыть глаза моим западноевропейским коллегам на серьезность положения, поскольку в стабильности в центре континента был заинтересован не только СССР. Уже 10 сентября 1987 г., когда советник посольства Франции в ГДР Филипп Босьер в беседе, посвященной итогам только что закончившегося визита Хонеккера в Бонн, стал выражать опасения по поводу того, не пошел ли руководитель ГДР на чрезмерные уступки ФРГ, поставив тем самым под удар суверенитет республики, я обратил его внимание на то, что самостоятельность восточногерманского государства зависит не только от Москвы, но и от активности его поддержки со стороны Франции и других стран Западной Европы. Для полной ясности я прямо сказал: „Надо спасать ГДР“ („*Il faut sauver la RDA*“ – разговор шел на французском языке). Об этом же я не уставал твердить и посланникам трех держав в Западном Берлине, с которыми поддерживал тесный деловой контакт. К сожалению, Западная Европа не прочувствовала ситуацию – или слишком понадеялась на СССР. Первый официальный визит французского президента в ГДР, который мог получить символическое значение, состоялся лишь в декабре 1989 г. В том же декабре произошла встреча госсекретаря США Джеймса Бейкера с Хансом Модровым в Потсдаме. Но было уже слишком поздно.

В клане Хонеккеров меня считали кем-то вроде недоброжелателя ГДР, вследствие моей однозначной приверженности идеям советской перестройки, а также убеждения в необходимости перемен в ГДР. При первом же знакомстве (состоявшемся в 1987 г. на приеме в посольстве по случаю очередной годовщины Октябрьской революции – члены политбюро ЦК СЕПГ с женами по традиции присутствовали на этих приемах) Маргот Хонеккер, игравшая существенную роль во внутриполитической борьбе в республике, задала мне что называется в лоб поразивший тогда меня вопрос, являюсь ли я другом ГДР. Видимо, для нее быть „другом ГДР“ означало только быть „другом семьи Хонеккеров“. Между тем я не скрывал своей личной оценки экзистенциальной значимости ГДР для СССР. Она была видна хотя бы из обмена речами на дружеском обеде с делегатами отчетной конференции Общества германо-советской дружбы Лейпцигского окру-

га, состоявшейся 9 апреля 1988 г. Когда секретарь окружкома СЕПГ Йохен Поммерт вполне традиционно заявил в своей речи: „ГДР не могла бы существовать без СССР“, я подчеркнул со всей искренностью в ответном слове: „Верно и обратное – СССР не смог бы существовать без ГДР.“ Возможно, что участники обеда приняли мое заявление за дань вежливости, но в его основе лежала железная логика соотношения сил в Европе, которую подтвердило через несколько лет реальное историческое развитие.

Я был решительно не согласен с теми нашими политиками и политологами перестроечной эпохи, которые шокировали общественность плохо продуманными декларациями о необходимости и желательности „отказа“ от ГДР ради достижения подлинной разрядки на континенте и строительства „общеевропейского дома“. Доходившие до Берлина отголоски этих дискуссий страшно нервировали руководящие слои ГДР, побуждая их относиться к перестройке и перестроечному СССР с еще большим недоверием, чем они заслуживали. Горбачев, похоже, лишь на краткий миг осознал урон, который понесет СССР в случае развала ГДР. Уезжая из Берлина 7 октября 1989 г., где он участвовал в праздновании 40-летия ГДР, генеральный секретарь ЦК КПСС сказал провожавшему его Кочемасову: „Советский народ нам не простит, если мы потеряем ГДР.“ Однако уже в феврале следующего года он сам собственными руками запустил процесс, исходом которого могло быть только скорейшее присоединение ГДР к Федеративной Республике. Причем процесс был запущен, когда буквально ворвавшиеся в общественную жизнь ГДР политические силы республики еще не решили для себя вопрос, должно ли сохраняться и в каких временных рамках второе германское государство.

Между спасением ГДР во что бы то ни стало (задача, которая после падения Берлинской стены и открытия германо-германской границы в ноябре 1989 г. стала походить на квадратуру круга) и передачей ее ФРГ в подарочной упаковке (именно это проделал, в конечном счете, Горбачев) имелась бездна вариантов, большинство из которых могло считаться более или менее отвечающими национальным интересам СССР, которого не устраивали крутые и, главное, стремительные сдвиги в сложившейся в Европе ситуации. Еще до начала острой фазы кризиса в ГДР Москва получала сигналы из Берлина в этом плане. В беседе с заведующим отделом печати МИД СССР Г. И. Герасимовым 12 августа 1988 г. статс-секретарь МИД ГДР Херберт Кроликовский напрямую попросил его выяснить в советских верхах, нужна ли еще Советскому Союзу ГДР. Упомянув о выступлениях в печати СССР с призывами решить „германскую проблему“ за счет ГДР, он сказал:

„Мы просим лишь об одном – сказать нам ясно, каковы ваши намерения в отношении нас. Сегодня есть социалистическая Германия. Вопрос в том, надо ли ее сохранять, как, например, Австрию, или ждать момента, когда можно будет отделаться от ГДР. Это наше государство, мы его выстроили и любим. Наш западный партнер – не самый глупый и не самый слабый. Не надо облегчать ему достижение цели, которая состоит не в усилении ГДР. Однако если вы нам скажете, что мы вам больше не нужны, что вы можете обеспечить мир в Европе и без нас, мы постараемся найти выход из новой ситуации. Мы возродим прежнюю концепцию конфедерации в Германии, начнем переговоры с Бонном по этому вопросу и будем добиваться максимально выгодных условий для людей, живущих

здесь. Скажите нам открыто, в чем состоит ваша цель, и мы будем действовать в соответствии с этим. Мы не драматизируем, не собираемся поднимать вселенский плач. Но надо принимать меры, думать о следующем и дальнейших этапах.“[2]

Запрос Кроликовского был передан в Москву. Реакции на него не было никакой. Беда заключалась в том, что цели советской перестройки были неясны даже самим ее авторам. А начинать такую же перестройку в ГДР, не зная того, куда она должна привести, и не будучи уверенными в том, что твой главный союзник будет поддерживать тебя до конца, гедеэровское руководство не решалось.

Гедеэровские и наши экономисты утверждали, что существовал довольно простой способ упрочить положение ГДР, освободив ее от финансовой зависимости от ФРГ (она наделала много долгов, выплатить которые была не в состоянии) и обеспечив безбедное существование республики на будущее. Правда, он означал дополнительное значительное бремя для бюджета СССР, который и так трещал по всем швам. Рецепт заключался в расширении поставок советской сырой нефти для ГДР. Получая нефть из СССР по бросовым внутрисэвовским ценам, ГДР перерабатывала ее в высокооктановый бензин и продавала часть этого бензина по высоким западноевропейским ценам в ФРГ. Существенная разница шла в казну республики. Увеличение доли продаваемого ФРГ бензина могло бы освободить республику от экономических забот без необходимой в противном случае ревизии ее социальной политики, которая была, пожалуй, главным преимуществом ГДР в соревновании с ФРГ (как выясняется, ею не зря так гордился Хонеккер, справедливо считавшийся ее зачинателем – именно о социальной справедливости, реализованной в ГДР, с тоской вспоминают сейчас ее бывшие граждане). Нефтеперегонные заводы в Шведте, построенные ГДР специально для этой цели, могли перерабатывать значительно большие количества советской нефти, чем поставлялось в 80-е гг., но СССР отказывался делать это.

Помимо чисто объективных причин, отражавших бедственное положение советской экономики, были тому и психологические причины – уровень жизни граждан ГДР был на порядок выше, чем в других соцстранах и тем более в СССР. Увеличивать этот разрыв даже во имя правильно понятых стратегических целей было бы слишком даже для привыкшего ко всему населения СССР. Кстати, наряду с полезными размышлениями об особенностях „советской империи“, которая ухитрялась обеспечивать более высокий уровень жизни на территориях союзников и даже на национальных окраинах собственной страны за счет разорения центральных, коренных областей „империи“, стоило бы задуматься и над тем, почему население ГДР осознало преимущества ограждения своих социальных прав лишь после их ущемления в результате присоединения к ФРГ.

Я должен признаться в том, что даже после начала кризиса питал иллюзии в отношении устойчивости республики. Я был уверен, что далеко не исчерпан огромный конструктивный потенциал, заложенный в ГДР при ее создании представителями позитивной традиции германской истории. Если социализм –

[2] См. *И. Ф. Максимычев*, „Народ нам не простит ...“ Последние месяцы ГДР. Дневник советника-посланника посольства СССР в Берлине, Москва 2002, с. 13.

подлинный социализм, а не его „реальносоциалистическая“ ипостась – может быть действительно построен, считал я (и не я один), то это произойдет, прежде всего, в ГДР с ее образцово дисциплинированным населением, добросовестно относящимся к любому делу, с ее обозримой и потому легче поддающейся контролю территорией, с гораздо более крепкими, чем у нас демократическими традициями, с нашей поддержкой и одновременно существенной помощью, поступающей от ФРГ. Зная о том факте, что значительная часть населения республики мечтает о переселении в богатую ФРГ (иначе не нужны были бы Берлинская стена и стрельба на германо-германской границе), я все же доверял оценкам руководства республики, согласно которым существенно больше половины ее граждан поддерживают самостоятельное существование ГДР и испытывают чувства гедеэровского патриотизма.

Однако при этом было совершенно ясно, что будущее ГДР в решающей степени зависит от того, сможет ли она и как быстро приспособиться к стремительно меняющемуся миру вокруг нее. В той ситуации, в какой она находилась, ГДР не могла позволить себе роскошь игнорировать необходимость срочной модернизации своего внутреннего устройства, а также неизбежность спешной адаптации к новому типу межгосударственных отношений, складывающихся в Европе после Хельсинки. Иными словами, ГДР не могла позволить себе разногласия одновременно и с Москвой, и с Бонном. Я рассчитывал, что в ГДР, в СЕПГ есть силы, которые смогут найти ответ на требования времени, отвечающий интересам населения республики, а также СССР как ее покровителя и защитника, и в то же время не противоречащий потребности народов всего европейского континента в мире и стабильности. Этот ответ должен был, так или иначе, укладываться в рамки решения национальной проблемы немцев.

V. Когда бал правят дилетанты

Вопреки распространенному мнению поступающая из посольства (и вообще из Берлина) информация ничего не могла изменить в политике советских верхов в германских делах. Любая тревожная нота в сообщениях в Москву вызывала там в лучшем случае скептические улыбки, а то и просто раздражение и упреки в „паникёрстве“. На вершине власти, в ЦК КПСС (а именно он решал все, а не МИД, втянутый Шеварднадзе в бесконечную череду перетасовывания кадров и по большей части ненужных внутренних реформ), и без того сами лучше всех знали, что важно и что второстепенно. Главным требованием к информации о положении в ГДР являлось: „Не драматизировать!“ Предпринимаемые сотрудниками посольства время от времени попытки донести до Центра серьезность складывающегося в ГДР положения не преодолевали даже первого барьера в лице посла, который получал на этот счет точные инструкции из ЦК КПСС. Мы постоянно слышали из уст Кочемасова: „Не паникуйте! У Михаила Сергеевича и без того забот хватает.“ Если на него уж очень наседали, он звонил помощникам и советникам Горбачева и спрашивал, следует ли направлять ту или иную информацию телеграммой (на самом верху знакомятся только с телеграммами

из посольств, да и то далеко не со всеми). Это было решающим моментом, так как записки, справки, доклады, отчеты, политические письма загранпредставительств оседают в отделах МИД СССР, не доходя не только до министра, но даже до заместителей министра, а часто и до заведующих отделами тоже. Формально информация из Берлина шла широким потоком и содержала сообщения о всех критических моментах, которые вызвали позже коллапс в республике. Вот только ничего эта информация не меняла и не могла изменить.

Когда я был в очередном отпуске в Москве в июне 1989 г., меня в МИД СССР в назидательных целях подробно информировали о недавнем выступлении Шеварднадзе на коллегии министерства с критикой работы посольств в социалистических странах и подразделений центрального аппарата, курирующих данное направление. Как мне передавали, министр высказывался весьма решительно. По его оценке, обстановка в соцстранах никогда не была такой сложной, как сейчас, а наша работа с ними продолжает вестись на примитивном уровне – мало высказывается новых идей, мало вносится предложений о наших дальнейших шагах в этой области. Развивая тезисы министра, его заместитель по соцстранам И. П. Абоимов говорил о беспокойстве, которое вызывает у руководства положение в социалистическом содружестве, прежде всего в Польше и Венгрии. Он особо подчеркнул недопустимость сохранения в подобных условиях безынициативности посольств, которые не работают над долговременными концепциями развития отношений с соответствующими странами, не готовят крупных документов, которые могли бы лечь в основу акций на правительственном уровне.

У меня (и не только у меня) крепло впечатление, что в решающий момент, когда перестройка, наконец, стала давать результаты в смысле коренного обновления реальностей внутри страны и за ее границами, высшее руководство полностью потеряло ориентировку и зашло в тупик. Перед лицом сложнейшей ситуации, возникшей в жизненноважном для СССР западном предполье, верхи требовали от посольств, то есть от исполнителей, подсказки, что можно и нужно сделать в обстановке, которая обострилась в результате акций, предпринятых самими этими верхами без всякого предварительного совета с посольствами. Официальный тезис о приоритетном характере отношений СССР с социалистическими странами просто висел в воздухе, не подкрепленный ни действиями, ни даже подчеркнутым вниманием со стороны вождей перестройки.

Все остававшееся незанятым внутрипартийными склоками время Горбачев или Шеварднадзе посвящали взаимоотношениям с США, причем по программе, составленной в Вашингтоне. Советские лидеры постоянно оправдывались за прежние антиамериканские прегрешения СССР и шли на односторонние уступки для доказательства своего перевоспитания и миролюбия. Но в этой сфере наметились хотя бы какие-то сдвиги. В том что касается соцсодружества, дело ограничивалось воздыханиями на высшем уровне в том духе, как хорошо было бы, если бы все любили друг друга, если бы в соцстранах не расшатывались основы государственного строя, если бы их население не косилось в сторону Запада, если бы монолитность соцлагеря не размывалась изо дня в день все больше... И при перестроечной сумятице никто не отменял обязанности политического

руководства страны формировать новые политические горизонты, определять реальные приоритеты, давать соответствующие изменившимся условиям дефиниции высших национальных интересов в обстановке происходящей по нашей же инициативе ломки всей системы международных отношений. Функции исполнительного механизма также не менялись: он был обязан максимально эффективно реализовать указания высшего руководства, своевременно подавать сигналы о возникающих трудностях и вырабатывать рекомендации относительно мер по их преодолению. Но если замыслы политического руководства оставались неясными, приоритеты фальшивыми, а сигналы не услышанными, то добра ждать не приходилось. Вожди перестройки, претендовавшие на звание „делателей истории“, оказались учениками чародея, вызвавшими бурю, но не сумевшими справиться с нею.

Один из многочисленных парадоксов обстановки, как она выглядела к июлю 1989 г., состоял в том, что положение в ГДР считалось более благополучным, чем во многих других социалистических странах. Правда, исход населения из республики уже начался: 2 мая венгерские пограничники приступили к демонтажу заграждений на границе с Австрией, что создавало условия для ее нелегального пересечения гражданами ГДР, отдыхавшими в Венгрии, для въезда в которую им не требовалось визы. 20 июня первые беженцы из ГДР получили политическое убежище в посольстве ФРГ в Будапеште. Однако, это явление еще не приобрело такого катастрофически массового характера, как это произошло после полного открытия австро-венгерской границы в сентябре. Посольство, естественно, докладывало в Центр о новых вызывающих тревогу элементах обстановки, но старалось делать это по испытанному рецепту „Не драматизировать!“. Впрочем, в тот момент никто ни в ГДР, ни за ее пределами еще не распознал, что кризис, который поглотит республику, уже стал набирать обороты.

Отпускным утешением для меня было то, что в адрес посольства в Берлине не сделали прямых замечаний. Мы-то ведь как раз вносили „инициативные предложения“ – в частности, о том, что пора реагировать на неприемлемые для отношений между дружественными государствами акции властей ГДР, запретивших, например, доставку подписчикам популярного в республике дайджеста советской прессы на немецком языке „Спутник“ в наказание за опубликованную в нем статью о чистках Сталина (сделано было это по личному указанию Хонеккера) или конфисковывавших большую часть номеров журнала „Новое время“ вследствие содержавшихся в них разоблачительных материалов перестроечного характера. Ответа на наши предложения мы не дождались. Устно нам было сказано, что их реализация повела бы лишь к вмешательству во внутренние дела ГДР, что в принципе противоречит нежеланию руководства СССР затрагивать внутреннюю сферу соцстран. Наверное, даже неплохо, что предлагавшиеся посольством демарши не были предприняты, поскольку какие-либо наши протесты, даже негласные, еще больше накалили бы атмосферу в отношениях между СССР и ГДР, которые и без того по ряду моментов были далеки от идеала. Однако молчание советских официальных властей перед лицом известных всем действий, которые широкими кругами населения ГДР расценивались как вызывающе нелояльные по отношению к СССР, порождало впечатление,

будто Москве все равно, что происходит в ГДР, и она согласится с любым исходом той политической борьбы, которая явно, а пока еще больше неявно разворачивалась в республике.

В связи с продолжающимися дискуссиями в ФРГ на тему, в какой степени была суверенной ГДР, стоит особо отметить, что во всяком случае в период советской перестройки страны социалистического содружества были настолько суверенны, насколько это вообще возможно в нашем взаимозависимом мире. В СССР сложилась неформальная, но очень эффективная „доктрина невмешательства“ во внутренние дела соцсодружества. Она подразумевала отказ не только от оказания влияния или давления на союзников, но даже и от того, чтобы высказывать свое мнение по тому или иному вопросу, даже если этот вопрос касался интересов всех остальных или, по крайней мере, части других членов сообщества, что явно означало выплескивать из ванны вместе с водой ребенка. Эта доктрина мотивировалась следующим образом: (1) каждая правящая братская партия несет полную ответственность за судьбы своей страны, и никто не должен лезть к ней под руку с советами, а не то станут „советовать“ и ведущему перестройку СССР, что нежелательно; (2) любая рекомендация со стороны СССР (КПСС) вела бы к тому, что мы берем на себя ответственность за результаты реализации этой рекомендации, однако возможности оказания советской помощи в случае провалов уже отсутствуют; (3) успех перестройки в СССР требует прежде всего спокойствия в социалистическом содружестве, и пока нынешние лидеры той или иной братской страны обеспечивают у себя стабильность, не надо им мешать подсказками: „От добра добра не ищут“. Все это звучало даже как будто логично, но оборачивалось бездействием в наиболее ответственный период вызревания кризиса, когда еще можно было что-то предпринять для его предотвращения или, по крайней мере, смягчения. Отказ от любой формы критики в адрес полицейского режима Николае Чаушеску или бетонноголовой когорты Эриха Хонеккера ни на минуту не продлил отпущенного им историей срока, но лишил поддержки реформаторов, стремившихся своевременно снять напряженность и не доводить дело до крайности. Он не добавил и симпатий к нам у населения реальносоциалистических стран.

VI. Шансы еще оставались

Уникальную возможность напрямую обратиться к гражданам ГДР в связи с 40-летием республики Горбачев использовал не самым лучшим образом. В речи 6 октября 1989 г. в Берлине он совсем некстати процитировал сомнительный с точки зрения политической ситуации стих Ф. И. Тютчева:

„Единство – возвестил оракул наших дней – быть может спаяно железом лишь и кровью ..
Но мы попробуем спаять его любовью – а там посмотрим, что прочней.“

Ссылка к известной формуле Отто фон Бисмарка, объединившего Германию в 1871 г. именно „железом и кровью“, оставляла странное впечатление. Как будто Горбачев приглашал немцев к повторному объединению их государств, хотя

на этот раз и без применения военных средств. К концу XX века, однако, экономические и политические методы воздействия вполне сравнялись по своей эффективности со столкновениями армий прошлых эпох. Если верить заключительному замечанию Горбачева насчет того, что советский народ не простит своему руководству потерю ГДР, то такая перспектива его также не могла устраивать. Была ли тютчевская цитата очередной несуразицей в речах верховного вождя перестройки? Кто знает? Единственное, что осталось в памяти у всех от последнего визита Горбачева в ГДР – это его высказывание на незапланированной встрече с группой журналистов днем 7 октября: „Жизнь наказывает тех, кто опаздывает.“ Эта, в общем, бесспорная сентенция, которую можно считать не очень удачной парафразой меткого народного словца „Кто не успел, тот опоздал“, была воспринята в ФРГ как директива, как руководство к молниеносному действию. И Бонн действительно принялся ковать железо, пока горячо. Поскольку все прошло удачно, немцы с восторгом вспоминают эту горбачевскую фразу и сегодня.

Антиправительственные демонстрации в Берлине вечером 7 октября 1989 г., лицезрения которых Горбачев счастливо избежал, показали, что кризис начинает выплескиваться на улицу. К чести берлинского посольства надо сказать, что его сотрудники заранее в один голос предсказали скорое появление национальных лозунгов у демонстрантов, хотя на улицах все еще господствовал общедемократический клич: „Народ – это мы!“ Участники совещания в посольстве 16 октября (еще до отставки Хонеккера, которая состоялась два дня спустя) говорили открытым текстом о задаче „удержать ГДР в качестве самостоятельного государства“ как о цели, которую должна преследовать сегодняшняя политика. Они подчеркивали, что воссоединение уже идет полным ходом через уход населения ГДР в ФРГ и что надо думать над тем, к чему СССР должен вести дело – к нейтральной единой Германии или к двум нейтральным Германиям. Думаю, что посол по своему обыкновению информировал помощников Горбачева по телефону. Других последствий практически единодушная оценка обстановки экспертами посольства не возымела. В Москве были решительно настроены против любых „покушений“ на независимый статус ГДР.

Люди, сменившие Хонеккера и его соратников, не могли не видеть общего стремительного нарастания объединительной эйфории в настроениях масс. Им было понятно, что любыми средствами необходимо взять эту ситуацию под контроль. Вопрос стоял так: или ГДР сумеет найти общий язык с национальным движением, или национальное движение покончит с ГДР. Падение Стены и либерализация режима пересечения границы между ГДР и ФРГ 9 ноября 1989 г. открыли шлюзы для самых необузданных общегерманских фантазий. С учетом всех этих факторов в правительственном заявлении Ханса Модрова 17 ноября содержалась смелая программа развития отношений между обоими германскими государствами. В целях „квалифицированного добрососедства“ и „кооперационного сосуществования“ ставилась задача расширить существующее „сообщество ответственности“ ГДР и ФРГ до масштабов „договорного сообщества“, далеко выходящего за рамки заключенных до сих пор германо-германских соглашений. „Договорное сообщество“ фигурировало в заявлении Модрова в сущ-

ности только для того, чтобы не дразнить Москву термином „конфедерация" – и без того ЦК КПСС сразу же четко дал понять, что очень недоволен „своеволием" Модрова в сфере отношений ГДР – ФРГ.

Остаток ноября, весь декабрь 1989 г. и почти весь январь 1990 г. Модров потратил на то, чтобы убедить советские верхи в том, что или новое руководство ГДР сумеет как-то возглавить национальное движение в республике, введя его в определенные рамки, или это национальное движение сметет все на своем пути. Посольство разделяло точку зрения Модрова. Но поскольку Горбачев упорно говорил „нет", драгоценное время уходило, и национальное движение ГДР все более наглядно выливалось в формы, заготовленные в Бонне, тем более что идея присоединения к ФРГ с самого начала подкупала многих своей кажущейся простотой. Только 26 января 1990 г. Горбачев изменил свою позицию, причем на прямо противоположную. (Кстати говоря, судьбоносное совещание у Горбачева, на котором было принято это решение, состоялось без участия специалистов по Германии из МИД СССР и даже без приглашения посла в Берлине).

В мемуарах А. С. Черняева, помощника Горбачева и его главного советчика по внешней политике, сообщается, что на упомянутом совещании он, Черняев, настаивал на „твердой ориентации на ФРГ" в германских делах, причем не на социал-демократов, а на Коля, поскольку Коль намерен-де осуществить объединение Германии „в рамках общеевропейского процесса", связан личными отношениями с Горбачевым и является „человеком слова". При поддержке Шеварднадзе Черняев потребовал отмены приглашения Модрова в Москву, о котором уже была достигнута договоренность, и отказа от встречи Горбачева с Г. Гизи, новым лидером СЕПГ-ПДС. Против подобного „поворота фронта" возражали лишь В.М. Фалин и его заместитель Р.П. Федоров, которые только что побывали в ГДР и знали ситуацию не понаслышке. Решение Горбачева носило промежуточный характер, но явно склонялось в сторону черняевской линии. Основными пунктами решения были: (1) Москва соглашалась на создание „шестерки", то есть органа из представителей четырех держав и обоих германских государств для „урегулирования германской проблемы" (цели не уточнялись; видимо, с самого начала имелось в виду оформление присоединения ГДР к ФРГ, а не равноправное объединение двух государств); (2) СССР собирался ориентироваться на Коля, не игнорируя при этом и СДПГ (в переводе на язык практики это означало отказ от защиты интересов ГДР, которые по странному стечению обстоятельств совпадали по большей части с советскими); (3) Модров и Гизи все же принимались в Москве (видимо, для соблюдения приличий, поскольку все существенные вопросы должны были решаться с Колем); (4) предстояло „держаться теснее с Лондоном и Парижем" (по той же причине оставалось совершенно неясным с какой целью); (5) решено было приступить к подготовке вывода войск из ГДР (который, по горбачевской оценке, являлся „проблемой больше внутренней, чем внешней: 300 тысяч, из них 100 тысяч офицеров с семьями, надо куда-то девать").[3]

[3] *А. С. Черняев*, Шесть лет с Горбачевым. По дневниковым записям, Москва 1993, с. 346–347.

Сейчас, зная о том, что было решено 26 января, трудно себе представить, как проходила беседа Горбачева с Модровым четыре дня спустя. Во всяком случае, руководитель ГДР не был поставлен в известность о предстоящем повороте политики СССР, оставляющем республику на произвол судьбы, точнее на усмотрение канцлера ФРГ. (Посольство, кстати, тоже не было информировано об этом.) Модров вернулся в Берлин окрыленный горбачевской поддержкой его концепции создания германской конфедерации в качестве первого шага к объединению, которое должно было оставаться задачей будущего. На пресс-конференции 1 февраля он обнародовал свой план преодоления раскола Германии под названием „Единое германское отечество" (строчка из неисполнявшегося текста гимна ГДР). Заявление председателя совета министров республики начиналось так:

„Объединение обоих германских государств встает в повестку дня. Немецкий народ займет свое место в строительстве нового мирного порядка, в рамках которого будут преодолены как разделение Европы на враждебные лагеря, так и раскол немецкой нации."[4]

План Модрова предусматривал четыре этапа: (1) сотрудничество и добрососедство в рамках договорного сообщества; (2) образование конфедерации, располагающей общими органами; (3) передача органам конфедерации ряда суверенных прав обоих государств; (4) создание единой Германской Федерации или Германского Союза в результате всеобщих выборов в обоих государствах. В качестве предпосылок осуществления плана Модров назвал уважение интересов и прав четырех держав, а также всех европейских государств и военный нейтралитет ГДР и ФРГ на период подготовки федерации. Закончил Модров следующими словами:

„Эта концепция основывается на демократических, патриотических идеях и движении за единство германской нации из нашей совместной истории и недавнего прошлого. Она основывается на гуманистических и антифашистских традициях германского народа. Она обращена к гражданам ГДР и ФРГ, ко всем европейским народам и странам, к мировой общественности, поскольку нуждается в их поддержке."[5]

Для интересов СССР план Модрова был выгоден прежде всего тем, что он гарантировал условия для синхронизации процессов германского и общеевропейского объединения. Вся мощь движения к германскому единству ставилась на службу создания Большой Европы с включением СССР, так чтобы взамен ликвидируемой линии раздела по германо-германской границе не возникало новых разломов вдоль границ Советского Союза. Хотя акция была предпринята с явным опозданием, личный авторитет Модрова как реформатора и представителя всего того лучшего, чем могла гордиться ГДР, был достаточно внушителен, чтобы – при условии поддержки со стороны Советского Союза – надеяться на успех плана, тем более что он был встречен в основном положительно общественностью и в ГДР, и в ФРГ. В Западной Германии возражения вызвали лишь положения плана о военном нейтралитете, а в Восточной Германии против него

[4] Цит. по: Neues Deutschland, 2. Februar 1990, в: *Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen* (Hrsg.), Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III, Bd. 8a, Bonn 1990, с. 49–51, здесь с. 49.

[5] Там же, с. 51.

высказалась только ПДС, считавшая, что он „выходит за рамки левой политики“. Однако главным было то, что набиравшие все больший вес оппозиционные движения ГДР единодушно отклоняли механическое включение республики в состав ФРГ, предпочитая создание нового государства, вклад в которое внесли бы и ФРГ, и ГДР. Таким образом, становился вполне реальным предлагавшийся Модровым переходный период, в течение которого можно было бы приступить к созданию тех самых общеевропейских структур, которые превратили бы риторические упражнения на тему об „общем европейском доме“ в политические реальности единого европейского континента.

VII. Игра в поддавки

Горбачев отпустил своему союзнику – Варшавский пакт еще существовал, и ГДР оставалась его полноправным членом – целых десять дней на реализацию согласованного с ним плана Модрова. 10 февраля 1990 г. генеральный секретарь ЦК КПСС подписал смертный приговор ГДР. О деталях того, что происходило в ходе состоявшейся в этот день в Кремле беседы между Горбачевым и Колем, подробно рассказал помощник канцлера ФРГ Хорст Тельчик, который, как он признался позже, внутренне ликовал, слушая заявления советского руководителя, означавшие ни много, ни мало „триумф для Гельмута Коля, который войдет отныне в историю как канцлер германского единства“. Главная фраза Горбачева звучала так:

„Между Советским Союзом, Федеративной Республикой и ГДР нет разногласий в том, что касается (германского) единства и права людей стремиться к нему. Они сами знают, каким путем достичь его.“

Для того, чтобы западные немцы хорошенько поняли, какой подарок им делается, Горбачев еще дважды повторил данную формулировку. В опубликованном на следующий день сообщении ТАСС о встрече лидеров обеих стран эта фраза воспроизводилась – видимо, для пущей верности – в четвертый раз, причем уже в версии „для дураков“. В официальном советском сообщении говорилось:

„М. С. Горбачев констатировал, и канцлер согласился с ним, что в настоящее время между СССР, ФРГ и ГДР нет разногласий относительно того, что немцы сами должны решить вопрос о единстве германской нации и сделать выбор, в каких государственных формах, в какие сроки, в каком темпе и на каких условиях они осуществят это единство.“[6]

Выдавая ФРГ, чье политическое и экономическое превосходство над ГДР было заведомо подавляющим, „карт-бланш“ на германское единство, Горбачев преподнес Бонну еще два презента. Во-первых, он признал, что нейтральный статус объединенной Германии так же неприемлем для Коля, „как и для большинства других“ и что надо искать иные решения. Во-вторых, он подчеркнул, что при обсуждении международных аспектов германского единства голос Коля должен стать определяющим („Ничего не решать без канцлера!“). На практике такое положение обеспечивалось согласием на ведение международного обсуждения

[6] ТАСС, 10 февраля 1990.

германских дел по формуле „2+4“, то есть на присвоение статуса главных переговорщиков ФРГ и ГДР, которой отныне оставалось лишь подпевать ФРГ, вместо традиционной формулы „4+2“, за которую яростно боролись Англия и Франция и которая в принципе отвечала советским интересам. Вот такое получилось „тесное единение“ Москвы с Лондоном и Парижем! В случае необходимости побудить немцев пойти на те или иные уступки Англия и Франция как союзники ФРГ оперировали обычно ссылками на то, что русские никогда не согласятся с тем-то или тем-то. Отныне они полностью лишались возможности использовать подобную тактику – русские были согласны со всем. Озабоченность высказал Горбачев только относительно продолжения существующей кооперации между советскими предприятиями и предприятиями ГДР, о чем Коль пообещал позаботиться. Все советские уступки были полностью неожиданными для делегации ФРГ и никак не вытекали из контекста переговоров.[7]

„Зюддойче цайтунг“ подытожила переговоры в Москве констатацией: „Ключ к решению германского вопроса вручен Гельмуту Колю.“[8] Следствием стала не только бесперспективность дипломатических усилий отстоять европейские интересы СССР, придав гарантиям их соблюдения на будущее хотя бы отчасти материальный, а не только вербальный характер. Переговорные возможности предполагают, как минимум, запасные позиции для того, чтобы добиваться встречных уступок. Если же все позиции сданы еще до начала переговоров, то надежд даже на частичный успех почти не остается. В этих условиях заслужили особых комплиментов советские переговорщики (это были главным образом представители Третьего Европейского отдела МИД СССР и нашего посольства в Бонне – берлинское посольство, как и саму ГДР, Москва сразу же списала со счетов), добивавшиеся прямого соглашения с ФРГ, которое хотя бы частично компенсировало бы потерю такого важного союзника, каким была ГДР. Они достигли практически невозможного, реализовав в общем выгодные для нас формулировки в базовом Договоре о добрососедстве, партнерстве и сотрудничестве с ФРГ от 9 ноября 1990 г., который после исчезновения СССР сохранил свое действие для российско-германских отношений. Теоретически этот договор придал нашим отношениям с Германией почти тот же исключительный характер, который отличает франко-германские отношения со времен Аденауэра и де Голля. Однако гарантии выполнения договора, естественно, отсутствовали. Когда в ходе нападения НАТО на Югославию в 1999 г. люфтваффе бомбила Белград, никто не вспомнил о договоре 1990 г., хотя это было явным нарушением его постановлений. С другой стороны, наличие этого договора создает солидную юридическую базу для франко-германо-российской „тройки“, ставшей заметным фактором международного развития во время и после войны США в Ираке в 2003 г.

Немедленные результаты визита Коля в Москву проявились и в сфере германо-германских отношений. На 13 февраля был намечен приезд в Бонн Модрова во главе делегации из 17 отраслевых министров ГДР для переговоров об ока-

7 *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, с. 140–143.
8 Süddeutsche Zeitung, 11 февраля 1990.

зании обещанной ФРГ срочной экономической помощи, уже разрекламированной как „вклад солидарности“. Первоначально западные немцы действительно намеревались предпринять кое-какие практические меры с целью поддержать стремительно разлаживающийся хозяйственный механизм ГДР. Они откровенно говорили нам, что собираются сделать это, поскольку опасаются, что экономические трудности могут спровоцировать политическую нестабильность в ГДР, которая заставит реагировать Советский Союз (в условиях, когда все органы поддержания общественного порядка в республике были выведены из строя – госбезопасность распущена, армия развалилась, полиция затерроризирована так, что боялась показаться на улице – единственной силой, способной предотвратить анархию, оставалась Западная группа войск). Однако заверения Горбачева в том, что СССР готов содействовать присоединению ГДР к ФРГ, сняли озабоченности западных немцев. Тельчик записал в своем дневнике после возвращения из Москвы: „Канцлер более не заинтересован в том, чтобы достигать решающих договоренностей с беспомощным Модровым“.[9] По этой причине германо-германские экономические переговоры не принесли результатов. Отныне политика ФРГ в отношении ГДР сводилась только к формуле: „Чем хуже, тем лучше.“

Нажим ФРГ не ослабел и после выборов в ГДР 18 марта 1990 г., в результате которых к власти пришло правительство во главе с лидером гедеэровского ХДС Лотаром де Мезьером. Экономической поддержки с запада по-прежнему не было – единственным выходом для ГДР должно было оставаться незамедлительное присоединение к ФРГ. Уже 24 апреля была достигнута договоренность о введении с 1 июля экономической, валютной и социальной унии обоих германских государств. 18 мая в Бонне было подписано соответствующее соглашение. Уния – это и было как раз то, в чем позарез нуждался Коль: немедленное присоединение ГДР к экономической, а, стало быть, и к политической системе ФРГ, хотя формально государственное единство Германии стало фактом три месяца спустя, 3 октября 1990 г. Валютная уния, означавшая введение в ГДР валюты ФРГ (Deutsche Mark, германская марка) в качестве единственной расчетной единицы, имела еще и то последствие, что повисало в воздухе финансирование Западной группы войск. С момента установления равноправных отношений с ГДР в 1955 г. СССР сам нес расходы по содержанию своих дислоцированных в республике войск. Часть этих средств, выплачиваемая в марках ГДР (денежное довольствие, транспортные расходы, приобретение продовольствия и инвентаря на местном рынке и т. д.), покрывалась за счет постоянного положительного сальдо торговых обменов с ГДР (кстати, по этой причине есть много необъяснимого и сомнительного в советской задолженности ГДР, обнаружившейся после исчезновения республики). Но подобных резервов в марках ФРГ или в иной свободно конвертируемой валюте у СССР не было. Таким образом, платить ЗГВ после 1 июля 1990 г. было нечем. Грозило банкротство. Дать немецкие марки могла только ФРГ, которая уже и по этой причине становилась тем, кто диктует ход и итоги событий.

9 *Teltschik*, 329 Tage, с. 145.

Но и эта ситуация не была еще полностью безнадежной. Во всяком случае, среди советских политиков высокого ранга были люди, которые считали, что энергичной защитой своих интересов СССР сможет изменить катастрофический для него вектор развития. 18 мая перед сотрудниками посольства выступил заведующий международным отделом ЦК КПСС, председатель комитета по внешней политике Верховного совета СССР В. М. Фалин, который выдвигался объединенной парторганизацией совзагранучреждений в ГДР кандидатом в делегаты XXVIII съезда КПСС. Большое впечатление на всех нас произвел боевой тон его высказываний, которые никак не походили на подготовку к капитуляции, явственно просматривавшуюся в действиях (а точнее – в бездействии) высшего эшелона. Фалин заявил, что

„не может быть и речи о включении объединенной Германии в НАТО – необходима общеевропейская система коллективной безопасности. Если мы договоримся об этом и о временных рамках создания такой системы, тогда можно договариваться и о промежуточных этапах. Пока в Западной Германии есть американские войска, наши войска будут в Восточной Германии; их вооружение будет соответствовать американскому.“

Он настаивал на заключении полномасштабного мирного договора с Германией, указывая на то, что отказ Запада от такого договора „преследует цель ликвидации прав СССР (в то время как Запад сохранит свои права по Боннскому договору, Римским договорам, договору о НАТО, договору о ЗЕС и т. д.), а также отказа от совместного с СССР определения военно-политического статуса Германии“. Фалин исключил согласие Москвы на применение статьи 23 Основного закона ФРГ, которая разрешала простое присоединение ГДР: „Это был бы ущерб не только для престижа СССР, но и по существу“ (он имел в виду оборонные аспекты). Он говорил:

„Попытка включить ГДР в состав ФРГ – это по существу агрессия страны НАТО против страны ОВД. Наши войска в ГДР тоже включаются в ФРГ?“

Когда в разговоре после его выступления я выразил опасение, что в случае обострения обстановки (Фалин говорил о том, что при необходимости численность советских войск в ГДР можно удвоить) все население республики уйдет в ФРГ, он весело сказал: „Вот и хорошо – нам не придется его кормить!“

Честно говоря, речь Фалина вселила в нас некоторую надежду, что еще не все потеряно. Мы знали, что его позиция поддерживается на экспертном уровне и в МИД СССР. За неделю до встречи „два плюс четыре“ 22 июня в Берлине советская делегация представила США меморандум, который содержал пункты, соответствовавшие заявлениям Фалина – например, требование об особом статусе территории ГДР, которая не должна входить в зону НАТО, о дальнейшем пребывании на этой территории советских войск с постепенным сокращением их численности, о параллельном сокращении всех иностранных войск на территории Германии. На самой встрече 22 июня СССР внес на рассмотрение участников проект договора об объединенной Германии, который предусматривал переходный период, в течение которого сохранялись бы права четырех держав-победительниц в отношении Германии, а также вывод всех размещенных на германской территории иностранных войск не позже, чем через пять лет пос-

ле объединения Германии, причем из Берлина они должны были быть выведены уже через полгода. Однако Шеварднадзе, который вел переговоры, недвусмысленно дал понять своим собеседникам, что все эти требования отнюдь не носят категорического характера, являясь лишь своего рода „приглашением к размышлению“, результаты которого могут быть совсем иными, чем это представлялось первоначально. Особенно настораживало то, что в контактах на всех уровнях Москва обходила самую неотложную проблему – каким образом платить служащим ЗГВ после 1 июля. Позже окрепло впечатление, что демонстративные жесты в защиту советских интересов преследовали главным образом цель предотвратить вполне заслуженную критику внешней политики Горбачева на предстоявшем съезде КПСС. Как только съезд прошел (с удовлетворительными для Горбачева итогами), кончились и жесты.

15–16 июля в Москве и на Северном Кавказе (Архыз) состоялись переговоры Горбачева и Коля, в ходе которых капитуляция СССР стала фактом и была оформлена договоренностями на высшем уровне. На пресс-конференции по возвращении в Бонн Коль оповестил мир об одержанной им полной победе. Данные ему Горбачевым гарантии сводились к следующему: (1) объединенная Германия состоит из ФРГ, ГДР и Западного Берлина; (2) в момент объединения теряют силу права союзников в отношении Германии и Берлина в целом; (3) суверенная Германия свободно решает вопрос о своей принадлежности к военным союзам (попросту говоря, остается в НАТО); (4) особым договором между СССР и Германией будут урегулированы условия вывода советских войск из бывшей ГДР не позже 1994 г., (5) на это время на территорию бывшей ГДР не будут распространяться структуры НАТО; (6) там пока могут размешаться части бундесвера, не интегрированные в НАТО; (7) войска западных союзников останутся в Берлине на все время пребывания советских войск в бывшей ГДР; (8) после вывода советских войск в бывшей ГДР могут размещаться интегрированные в НАТО войска бундесвера, но не иностранные войска и не атомное оружие; (9) общегерманские вооруженные силы сокращаются до 370 000 человек; (10) объединенная Германия отказывается от обладания и производства атомного, бактериологического и химического оружия и остается участником договора о нераспространении этих видов оружия. Не было предано Колем гласности лишь одно обстоятельство – ФРГ срочно предоставляла СССР заем в немецких марках для нужд ЗГВ, а также обещала взять на себя часть расходов по транспортировке людей и грузов при выводе ЗГВ с территории Германии. Впрочем, и без этого унижение для державы-победительницы Второй мировой войны было безмерным.

Архызские договоренности поставили точку в стремительном отступлении СССР с позиций одной из ведущих европейских держав. Эта ретирада неизбежно сопровождалась потерей престижа и утратой уважения на международном уровне. Непростительным являлось прежде всего то, что в невозможное положение была поставлена Западная группа войск, едва ли не самая боеспособная часть всей нашей армии, призванная служить щитом для любых неожиданностей, которые могли придти к нам с запада. Авторитет СССР в мире покоился прежде всего на его военной силе, на способности нанести невосполнимый ущерб любому противнику на любом направлении. Удар по армии не мог не обернуть-

ся подрывом своего собственного веса в мире. Полвека кирпичик за кирпичиком создавалась инфраструктура ЗГВ, которую теперь предстояло менее, чем за четыре года демонтировать, а по большей части просто уничтожить. Вполне законный характер носит заданный в этой связи вопрос Юрия Полякова:

„Можно ли уважать государство, которое, решив выводить свой народ из застоя, ввергло его в прострацию? Государство, которое дернуло со своих геополитических рубежей чуть не нагишом, как застуканный суровым супругом любовник? Хоть бы вещички собрали. А ведь в ту же Европу мы пришли буквально по костям миллионов собственных граждан, что бы там ни говорили.“[10]

Последствия подобного образа действий Россия очень хорошо испытала на себе за истекшие 13 лет. Сейчас видно, каких сил и средств стоит хотя бы отчасти изменить в лучшую сторону положение, созданное политикой Горбачева и Ельцина, в результате которой сильные мира сего просто не принимали в расчет ни нас, ни наши интересы.

Справедливости ради надо признать, что не сразу проявились и были осознаны катастрофические результаты безвозмездной сдачи Москвой позиций, добытых кровью и потом народа, лишениями поколений и кропотливыми усилиями дипломатов. Поначалу преобладала эйфория – ура, перелом достигнут без кровопролития, настала эра всеобщего единения, русский и немец (а также американец, англичанин и др.) – братья навек, все распри и дрязги остались позади, впереди безоблачное царство общего счастья и процветания. Только потом и шаг за шагом нам начали давать понять, что мы остаемся лишними на западном празднике жизни, что филиппики в адрес „советского империализма“ имели в виду не столько СССР, сколько вечную Россию, что Запад даже после распада Советского Союза по-прежнему не хочет видеть сильного и влиятельного российского государства. А уж после досрочного вывода ЗГВ с территории Германии пошли не слова, а дела – расширение НАТО на восток, натовская война на Балканах, объявление частей СНГ „сферами национальных интересов“ США и т. д. При всем при этом Германия оставалась как бы в стороне: мы-то готовы идти вам навстречу, говорили нам официальные немцы, но наше членство в НАТО, в Европейском Союзе накладывает на нас обязательства, от которых мы не можем уклониться – так что договаривайтесь с ними! Трудно сказать, чего больше было в подобных отговорках – лицемерия или откровенной издевки. Вес Германии в НАТО или ЕС хорошо известен, и их решения не могут приниматься против германского вотума. Положение стало в известной мере меняться только после начала войны США в Ираке, которая наглядно продемонстрировала даже Западной Европе издержки миропорядка, при котором действия Вашингтона никем не контролируются.

[10] *Ю. А. Поляков*, Сочинения в трех томах. Т. 3, Москва 1997, с. 422.

VIII. Резюме

Формально упразднение ГДР было не нашей бедой – в ГДР были свои правители, которые наделали массу глупостей и ошибок, было свое население, которое вполне демократическим путем избрало себе правительство, присоединившее ГДР к ФРГ, были свои партии, так и не сумевшие сделать ничего более разумного, чем довести страну до развала, а ее граждан до желания как можно скорее покончить с самостоятельностью. Но в ГДР у нас были друзья – не так много, как уверяли официальные лица республики, но и не так мало, как нас пытались убедить с другой стороны. Было трагедией не только для ГДР, но и для нас, что линию Горбачева в отношении ГДР очень многие друзья нашей страны там восприняли как удар в спину. До января 1990 г. эта линия ощущалась как удар в спину реформаторам, готовившим реформу своего гедеэровского социализма, после января 1990 г. – как удар в спину всем, кто считал СССР своей опорой и историческим союзником. Неудивительно, что отношение массы восточных немцев к России изменилось самым существенным образом не в нашу пользу. Парадоксально, но факт: в „старой" ФРГ симпатий к русским больше, хотя эти симпатии смешаны после 1990 г. с чувствами жалости и снисхождения.

Но вот оказывается, что, вопреки мощнейшему черному пиару, разоблачениям и усилиям антигедеэровской пропаганды, воспоминания о ГДР до сих пор еще живы среди ее бывших граждан. Вспоминают они, естественно, прежде всего о том хорошем, что было в республике – о социальной защищенности, о бесплатном образовании европейского уровня, об образцовых яслях и детских садах, о товарищеских отношениях на производстве, о добрых фильмах и человеческих спектаклях. Параллельно оживают теплые воспоминания и о старых друзьях из России, которые были намного симпатичнее, чем „новые русские", уже порядком надоевшие в ресторанах и бутиках Берлина. Значение Германии для европейской политики России не уменьшается, а становится еще более важным. Поэтому нам не может быть безразличным, как относятся рядовые немцы к рядовым русским. Может быть, знание внутренней механики выработки официальной линии СССР в германских делах в решающие месяцы 1989/1990 гг. поможет немцам более объективно оценить чувства солидарности, которые испытывали русские по отношению к безупречному союзнику и надежному партнеру, скрупулезно выполнявшему заключенные ранее контракты даже тогда, когда вокруг, казалось, все рушилось. Должно помочь оно и нам – хотя бы для того, чтобы никогда более не доверять политику дилетантам.

Николай С. Португалов

Два плана германского единения

В ходе нашей дискуссии выявилось несколько точек зрения на позицию (или позиции) советского руководства в 1989/90 гг. по германскому вопросу. Что это за точки зрения? Согласно одной из них (ее выразил основной докладчик, Алексей Филитов), имелось несколько планов, или концепций, последовательно и достаточно логично сменявших друг друга. Согласно другой (представленной Анатолием Черняевым, если я правильно его понял), таких планов вообще не было, но имелось общее понимание, что объединение Германии неизбежно и что его в принципе следует приветствовать и стимулировать (такое понимание, как считает упомянутый участник дискуссии, сложилось в результате визита Михаила Горбачева в ФРГ летом 1989 г.). Наконец, из представленного в письменном виде текста доклада Игоря Максимычева напрашивается вывод, что первоначально у советской стороны не было ни конкретных планов, ни даже сколько-нибудь ясной ориентировки в германских делах, а впоследствии имели место лишь лихорадочные метания с целью прикрыть акт „предательства“ по отношению к ГДР.

Разумеется, каждая из этих точек зрения имеет право на существование и более того – в каждой из них имеется рациональное зерно. С другой стороны, есть и естественные ограничители на эту рациональность. Если говорить об основном докладчике, то нельзя не отметить, что он базирует свои выкладки почти исключительно на архивных документах МИД, но как раз роль МИД была в разработке советской позиции (или позиций) по германскому вопросу в 1989/90 гг., мягко говоря, не самой главной. Можно спорить, плохо это было или хорошо, но это так, а значит и мидовские материалы (особенно того типа, которые использовал Филитов – записки, проекты документов и т. д.) дают, опять же скажем мягко, не полную картину исторической реальности. В докладе Максимычева хорошо сказано по поводу того, как функционировали каналы оперативной связи между посольствами и центром: направляемые „снизу“ записки, отчеты, записи бесед имели далеко не приоритетное значение для формирования директив, определявших политический курс. И это вновь самая мягкая формулировка. Больше могли бы сказать записи переговоров по ВЧ и подобные им материалы, однако, очевидно, этот вид источников по своей специфике вряд ли в скором времени окажется в распоряжении историков. Если вообще окажется когда-либо. Возможно, некоторых из этих материалов вообще уже нет в наличности, а некоторые и вообще не записывались и не архивировались.

По сюжету, столь близкому к современности, пожалуй, больше могут сказать не документы, а воспоминания участников этих событий. Однако, тут имеется другая опасность – субъективизм. Характерный пример: в известном фильме[1] о событиях слома берлинской стены фигура того же Максимычева, талантливо воплощенная выдающимся британским актером Питером Устиновым, заслоняет все иные персонажи. Такова была задумка сценаристов и режиссеров фильма, который уже в силу этого вряд ли может претендовать на объективное и документальное воспроизведение истории (хотя и формально считается не художественным, а документальным). Разумеется, всеми уважаемый советский дипломат не несет никакой ответственности за такое изображение его роли. Она, конечно, была куда более скромной, и думаю, что этот бывший дипломат, ныне ставший ученым, не обидится, если мы констатируем, что ему на его посту советника-посланника Посольства СССР в ГДР далеко не все было известно о том, что происходило в Москве, как там представляли себе настоящее и будущее Германии. Собственно, он и сам пишет о том, что все важные решения по Германии принимались без учета мнения посольства и что они доводились до сведения его сотрудников задним числом, если вообще доводились. Пишет он об этом с понятной обидой.

Обида эта оправдана – но до определенной степени. В истории, вообще говоря, нередки случаи, когда дипломаты последними узнают о том или ином решении собственного правительства в отношении страны, где они аккредитованы, и напротив, крайне редки случаи, когда такое решение „подсказывалось" правительству тем или иным посольством. Мы все с интересом прочли книгу немецкой исследовательницы Ингеборг Фляйшхауэр о предыстории советско-германского пакта о ненападении 1939 г., где она отводит решающую роль в подготовке и подписании пакта инициативе и деятельности немецкого посла в Москве фон Шуленбурга, но, откровенно говоря, ее концепция звучит не очень убедительно.[2] Впрочем, это так, к слову.

С точки зрения хода событий в тот период и в том аспекте, которому посвящена наша конференция, гораздо большую роль, чем карьерные дипломаты, играли люди из „ближнего круга" тогдашнего первого лица в советском государстве и партии – М. С. Горбачева. С этой точки зрения можно поздравить организаторов конференции с выбором такого содокладчика, как А. С. Черняев. К сожалению, наиболее интригующие вопросы остались в его выступлении как бы за кадром. В частности, по-прежнему неясно, чем объяснялось упорное сопротивление со стороны аппарата советников Горбачева (и его самого) идее объединения Германии вплоть до известного совещания в ЦК КПСС 26 января 1990 г. и чем объяснить последовавший неожиданный поворот к почти безоговорочному принятию американского плана объединения. Два этих факта вполне укладываются в рамки тезиса об отсутствии у советского руководства собственных пла-

[1] „Deutschlandspiel", режиссер: Hans-Christoph Blumenberg, Германия 2000.

[2] *Ingeborg Fleischhauer*, Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939, Berlin 1990 [*Ингеборг Фляйшхауэр*, Пакт. Гитлер, Сталин и инициатива германской дипломатии 1938–1939, Москва 1991].

нов в германском вопросе, но явно противоречат идее о том, что уже с середины 1989 г. Горбачев был адептом германского единства.

В этой связи хотелось бы поделиться собственными воспоминаниями о том судьбоносном времени. Работая в Международном отделе ЦК КПСС под руководством В. М. Фалина, я принадлежал к группе так называемых германистов в сообществе советских экспертов-международников. Как раз в этой группе достаточно рано появились плановые разработки, призванные обеспечить за советской стороной инициативу в германском вопросе, который после падения берлинской стены приобрел неожиданную актуальность и динамику. В этой связи и возникла идея прямого обращения к советнику канцлера ФРГ Хорсту Тельчику с предложениями совместно обдумать и обсудить возможности и альтернативы в развитии германских дел. Это и было сделано во время моего визита в Ведомство федерального канцлера 21 ноября 1989 г.

Сам Тельчик изложил обстоятельства этого визита в двух вариантах – вначале в своей известной книге „329 дней“, изданной сразу же по свежим следам событий объединения Германии, а затем, как я узнал из доклада Алексея М. Филитова – в выступлении на российско-германской научной конференции в мае 1995 г., материалы которой были опубликованы тремя годами позже.[3] Из того же доклада я узнал об интересных, хотя и во многом противоречивых комментариях, которые этому эпизоду дали историки. Что я могу сказать по этому поводу?

Хотелось бы отметить, прежде всего, что бывший советник канцлера в первой версии своих воспоминаний дает ясно понять: то новое в советской позиции, что он услышал от своего собеседника, т. е. от меня, отражает взгляды Фалина, а отнюдь не Черняева и тем более – не Горбачева. Во второй версии, трудно сказать, по каким мотивам, он приписывает мне мысль, что речь идет о документе, „согласованном с Анатолием Черняевым“ и отражавшем мнение неких неназванных лиц „из окружения Горбачева“, мне же отводит роль простого почтальона. Соответственно, если в первом варианте правильно называется мой тогдашний официальный статус – сотрудника Международного отдела ЦК КПСС, то во втором я аттестуюсь как просто „журналист“. Дело, думается, не просто в том, как это считает А. М. Филитов, что в условиях исчезновения КПСС советник канцлера счел за благо снять с себя подозрение в том, что он якшался с „партийными чиновниками“. Налицо, думается, и попытка в очередной раз задним числом возвысить фигуру Горбачева и его „окружения“ как „инициаторов“ и самых последовательных адвокатов германского единства. На мой взгляд, для такой оценки (или вернее – переоценки, поскольку первоначально изложение Тельчика было ближе к истине) оснований нет.

Прежде всего, хочется отметить, что инициатива выхода на советника канцлера и обсуждения с ним конкретных мер по объединению Германии готовилась и была осуществлена без ведома аппарата советников Горбачева и его самого. И более того – в полном секрете от них. Причины очевидны: они тогда придержи-

3 *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, с. 44; *ders.*, Die Deutschlandpolitik Gorbatschows, в: *Boris Meissner*/*Alfred Eisfeld* (Hrsg.), 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis, Berlin 1999, с. 185.

вались жесткой линии на сохранение ситуации двух государств на территории Германии, и наверняка заблокировали бы обсуждение и принятие любого документа, который отклонялся бы от этой линии, а тем более доведение такого документа до сведения западногерманской стороны.

Я вспоминаю, правда, что сам выдвинул идею обсудить с помощниками Горбачева, в частности, Черняевым, концепцию такого документа и форму его обсуждения с западногерманской стороной, но мой тогдашний начальник – повторю, это был Валентин М. Фалин – решительно возразил, исходя именно из того понимания, что никто в СССР за пределами круга „германистов“ не готов к диалогу по такому вопросу. Именно поэтому было решено не облекать наши мысли в форму официального документа, а изложить его устно. Будучи в боннской гостинице, я набросал несколько тезисов на листке бумаги с эмблемой и адресом отеля; это и был тот „документ“, о котором пишет Тельчик.

Речь, конечно, не шла о каком-то проекте „нового Рапалло“. В этом смысле мне представляется более близкой к истине спокойная и сбалансированная оценка нашей инициативы историком Вильфридом Лотом. Он, кстати, правильно отмечает, что она была предпринята „без ведома Горбачева“[4], хотя мне кажется несколько нечеткой его трактовка нашей целеустановки. Речь не шла о „спасении ГДР“ в смысле сохранения германской двугосударственности, а скорее о спасении всего того положительного, что имелось в ГДР и что могло быть с пользой использовано в рамках объединенного общегерманского государства. Спасении, или точнее говоря, сохранении всего того положительного, что было накоплено в рамках общеевропейского процесса, в рамках взаимодействия и сотрудничества между двумя ее частями – Восточной и Западной.

Имелось в виду по максимуму обеспечить безопасность – военную, политическую и экономическую – нашей страны, да и Европы в целом. Не буду подробно комментировать наши тогдашние задумки: переданный мною Тельчику документ опубликован в официальном немецком издании.[5]

Хочу отметить лишь два момента. Первое: мы не выдвигали тогда требования об обязательном выходе объединенной Германии из НАТО. Мы говорили лишь о неприемлемости „иностранного ядерного присутствия“ на немецкой земле. Это был компромисс, но не тот капитулянтский компромисс, на который пошли Горбачев и Шеварднадзе. Если бы он был принят, это могло бы означать, что уже 15 лет тому назад был бы открыт путь к Европе без ядерного оружия. И второе: мы предлагали полностью использовать ту статью Римского договора, которая предусматривала его пересмотр в случае объединения Германии. Имелось в виду не допустить создания новых таможенных и прочих барьеров, которые ныне появились и разделяют Европу по-новому, но в принципе столь же жестко, как и во времена „железного занавеса“.

[4] *Wilfried Loth*, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, с. 262.

[5] *Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann* (Hrsg.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, с. 616–618. По предложению автора и с любезного разрешения издательства и редактора документ публикуется в приложении к тексту его доклада в обратном переводе с немецкого на русский.

Возвращаясь к концепции Вильфрида Лота, я бы отметил одно принципиальное разногласие между его и моей позицией. Я не считаю, что с западногерманской стороны имело место „непонимание" нашей инициативы[6] – я имею в виду записку от 21 ноября 1989 г. Там как раз хорошо поняли, о чем идет речь, но предпочли не вступать с нами в доверительные переговоры, а информировать США и полностью координировать свои действия с ними, по сути, отдать гегемону блока инициативу решения германской проблемы. Так в основу процесса решения германского вопроса был положен план „объединения по-американски" – путем фактического аншлюсса ГДР, сохранения гегемонии США в Западной Европе и распространения ее на Восточную.

Парадоксально, что те же самые люди в советском руководстве, которые вплоть до конца января 1990 г. категорически отвергали даже гипотетическую возможность объединения Германии, а позднее столь же упорно – принципиальную возможность распространения юрисдикции НАТО на территорию объединенной Германии, затем пошли на полную ревизию своих позиций и, по сути, безоговорочную капитуляцию. О причинах этого парадокса у меня могут быть некоторые догадки, но ответа, который опирался бы на строгую доказательную базу – нет.

Не внес здесь ясности и очень интересный доклад Анатолия Черняева. Другие докладчики его, этот вопрос, не имели возможности даже и поставить, не то, что решить. Мы с интересом выслушали здесь информацию Александра А. Галкина о планах „фонда Горбачева" издать документальный сборник по вопросам генезиса и реализации политики Горбачева в международной сфере, в частности и в вопросе объединения Германии. Было бы желательно, однако, чтобы подготовка такого издания не носила узко келейного характера, чтобы и в отборе документов, и в комментариях к ним принимали участие не только одни лица из окружения Горбачева и сотрудники его фонда. Только на основе плюрализма мнений может быть достигнута объективность в науке.

Приложение: Советские „официальные" и „неофициальные" соображения по германском вопросу

Предложение министериаль-директора Тельчика федеральному канцлеру Колю Бонн, 6 декабря 1989 г.
Ведомство федерального канцлера, 21 – 35400 (28) De 26 Bd. 1, Bl. 1/0 – один экземпляр. Az. AL 2 – 30130 S 25 – De 2/14/89. Секретно. Предложение через начальника Ведомства федерального канцлера. Написанная от руки отметка федерального канцлера Коля: „Тельчик консультация"

Кас.: Советского Союза и „германского вопроса"
Приложенные „официальные" и „неофициальные" соображения были мне переданы конфиденциальным путем, договоренным между Вами и Генеральным

[6] *Loth,* Helsinki, с. 262.

секретарем Горбачевым. Доставщик сказал мне ясно, что „официальная позиция“ содержит соображения „высшей инстанции“ (Генеральный секретарь Горбачев); „неофициальные“ рассуждения – это мысли, которые дискутируются в международном отделе Центрального комитета (член Политбюро Яковлев).

Пункты с 1 до 7 доказывают, что Ваш план из 10 пунктов к германской политике опирается на основные соображения советского правительства.

Неофициальная часть (II) документирует, что советское правительство обсуждает вопрос о воссоединении конкретно во всех вариантах. Ваш план из 10 пунктов препятствует конфронтации мировой общественности с советскими предложениями к германскому вопросу без оглашения позиции Федерального правительства.

Votum:
Упомянутые во второй части пункты должны как можно скорее обсуждаться в рабочей группе по германскому вопросу, созванной федеральным министром Зайтерсом.

Генеральному секретарю Горбачеву должно конфиденциально поступить предложение о разговоре с Вами. При этом разговоре Вы должны быть в состоянии обсуждать с советской стороной упомянутые темы.

Тельчик

№ 112A. Советский Союз и „германский вопрос“
Ведомство федерального канцлера, 21 – 35400 (28) De 26 Bd. 1, Bl. 2–5. – набросок и один экземпляр. Az. AL 2 – 30130 S 25 – De 2/13/89. Секретно.

I. *„Официальная“ позиция*

1. Принципиально положительное отношение советского правительства к развитию событий в ГДР.
2. Никакого вмешательства во внутренние дела ГДР, но развитие без Советского Союза и тем более против него было бы невообразимо. Советский Союз осознавал с самого начала своей политики реформ, какие последствия она будет иметь для ГДР.
3. Структурная перестройка в Советском Союзе находится еще во всех сферах (политике, экономике, в „национальной сфере“) в начальной стадии. Это подавно относится к ГДР. Ход, качество и темп перестройки в ГДР зависят однако – в отличие от Советского Союза – в решающей степени от политики Федерального правительства.
4. Такие политические лозунги, как приоритет общеевропейского мирного порядка перед решением германского вопроса или решение германского вопроса исключительно под европейской крышей, звучат разумно; тем не менее они могут оказаться пустыми формулами или, что было бы еще хуже, вступить в противоречие с реальной политикой. *Советский Союз озабочен, что развитие германо-германских отношений именно на этой переломной фазе*

может происходить в нежелательном и опасном для него направлении – по каким бы ни было причинам.

5. Развитие в ГДР должно соответствовать духу и букве общего германо-советского заявления от 12.6.1989 г. Это касается прежде всего признания существующих европейских послевоенных структур *в обозримом времени*, как основы для нового развития. Для Советского Союза это значит, что строительство общеевропейского мирного порядка должно иметь приоритет перед решением германского вопроса, т. е. перед ответом на вопрос о будущих формах национального и государственного существования немцев. Общеевропейский мирный порядок должен восприниматься как обязательная предпосылка для решения германского вопроса.
6. Неуклонное, неограниченное и безоговорочное соблюдение восточных договоров, в том числе Договора об основах отношений с ГДР, должно оставаться само собой разумеющимся до тех пор, пока не будут установлены и гарантированы новый общеевропейский мирный порядок и стабильность.
7. Сегодня в ГДР возникло новое положение. Теперь нужно найти новый *modus vivendi* на основе Договора об основах отношений с ГДР. Предложение премьер-министра Модрова о „договорном сообществе“ должно было сделать возможным рестрикционное и прагматическое обращение с претензией Федеративной Республики Германия на единоличное представительство. В противном случае существование ГДР будет объективно находиться под угрозой.

II. *„Неофициальные“ размышления*

Теперь настал час освободить отношения Федеративной Республики Германия к ГДР от всех пережитков прошлого.

1. ГДР нуждается в экономическом сотрудничестве. Предпосылки не должны вести к самоотречению и к дестабилизации ГДР. Федеральное правительство должно вести себя великодушно и запастись терпением.
2. В области разоружения для обоих государств германской нации открываются дополнительные грандиозные возможности. Как быстро и обширно в интересах обоих германских государств могут достигаться успехи в разоружении зависит решающим образом от Федерального правительства.
3. Желание и просьба Советского Союза – не делать долгосрочное решение германского вопроса предметом текущей политики или предвыборной кампании.
4. Спрашивая чисто теоретически: если бы Федеральное правительство имело намерение внести вопрос о воссоединении или новом объединении в практическую политику, то было бы разумно подумать перед лицом общественности о представлении будущей альянсовой принадлежности обоих германских государств и – в случае воссоединения – о статье о выходе в Парижских и Римском договорах.
5. Должен Советский Союз – в теоретическом случае также скоро удавшейся интеграции ГДР в Европейское сообщество – быть отделенным и осуществлять свою торговлю с ГДР через Брюссель, платить европейские пошлины и отка-

заться от сегодняшнего режима наибольшего благоприятствования с ГДР? Об этом тоже надо подумать Федеральному правительству.

6. Советский Союз думает в связи с германским вопросом о всевозможных альтернативах, даже в известной степени о „немыслимом". Он знал с самого начала, с чем он в случае перестройки в ГДР будет иметь дело. В этой связи Советский Союз заинтересован в позиции Федерального правительства по отношению к возможному мирному договору. Федеративная Республика Германия не может при этом положиться на ее союзников, которые не желали отказываться от их оккупационного статута.
7. Со смешанными чувствами Советский Союз следит за тем, как „иная умная голова в Бонне" видит выход в интеграции будущей германской конфедерации в Европейское сообщество, причем это приукрашивается общеевропейской интеграцией. Это направление не устраивает Советский Союз. Федеральное правительство должно при этом помнить, что Советский Союз может склонить западных союзников, в первую очередь Париж, к идее о двух мирных договорах соответственно с Федеративной Республикой Германия и с ГДР. При этом западные союзники будут непременно требовать больше прав в Федеративной Республике Германия, чем Советский Союз в ГДР.
8. Можно вполне исходить из того, что на пути сближения обоих германских государств очень скоро возникнет вопрос о мирном договоре. Поэтому было бы разумно обдумать это вместе и доверительно, возможно вместе с ГДР.
9. Вероятно Советский Союз сможет дать в ближайшем времени, т. е. среднесрочно, зеленый свет какой-то германской конфедерации. В качестве предпосылки, однако, не будет разрешаться чужое ядерное присутствие на германской земле. Возможно это является единственным *Conditio sine qua non*, которое Советский Союз может сохранить в силе за свое лояльное отношение к будущим германским положениям.

Иван Н. Кузьмин

Краткий очерк развития внутриполитической обстановки в ГДР с 1955 года до германского объединения

Изложению настоящего материала я хотел бы предпослать следующее принципиальное положение: именно внутренние процессы в ГДР привели к социальному взрыву осени 1989 г., обусловившему последующее лавинообразное развитие. По отношению к ним внешние факторы, в частности: влияние горбачевской политики перестройки, возраставшее воздействие со стороны ФРГ, начавшийся развал Организации Варшавского Договора, поражение СССР в дипломатическом противоборстве с Западом были вторичными.

В конце декабря 1984 г. я прибыл в столицу ГДР. Это была, начиная с 1948 г., моя пятая командировка в Берлин, и я в третий раз возглавил информационно-аналитическую службу аппарата советской внешней разведки в ГДР, прослужив на этом посту до лета 1991 г. За те пять лет, что я пробыл в Москве, в ГДР, на первый взгляд, ничего не изменилось. Восточные немцы по-прежнему жили размеренной и упорядоченной жизнью, а по нашим советским меркам – в достатке и благополучии. Казалось бы, они всем своим существованием подкрепляли сентенцию Б. Брехта: „Кто живет в достатке, тот живет приятной жизнью“. Как говорили наши острословы: „Даже социализм не мешает немцам хорошо жить“.

Однако эта идиллия находилась в противоречии с тем специфическим провинциализмом, который был существенной приметой восточногерманского бытия. Весомую лепту в этом отношении повседневно вносили СМИ ГДР, отбор материалов в которых был удивительно скудным и однообразным. Интерес пробуждали, прежде всего, изъятия и умолчания в газетах, которые можно было обнаружить при сопоставлении с советскими публикациями. Словом, подобно миллионам восточных немцев, мы питались преимущественно телеинформацией из Западного Берлина и ФРГ.

В магазинах ГДР за это время явно произошли перемены к худшему. Ассортимент стал более скудным, а цены на многие изделия возросли. К тому же наиболее добротные и модные товары переместились в магазины „Эксквизит“ и „Деликат“, где продавались по весьма высоким ценам. Несмотря на это, жители ГДР стали одеваться более нарядно и элегантно и вовсе не отказывали себе в дорогих продуктах питания.

1984 год был годом юбилейным. Торжества по случаю 35-летия ГДР отличались широким размахом, большим числом мероприятий и не уместились в рам-

ках одного года. Часть из таких мероприятий, посвященных 35-летию отдельных учреждений – в их числе и Министерства государственной безопасности (МГБ) – пришлась уже на следующий год. Атмосфера затянувшегося праздника мешала оценить реальную действительность, в которой, несмотря на внешнее благополучие, просматривались черты развивающегося кризиса.

В преддверии юбилея МГБ перед сотрудниками аппарата советской внешней разведки в Берлине 16 января с четырехчасовым докладом о положении в республике выступил министр Э. Мильке. Несмотря на традиционное многословие, доклад был интересен, прежде всего, тем, что отражал видение ситуации высшим руководством страны. В докладе был дан обстоятельный анализ ситуации в различных областях, и картина была обрисована достаточно полно и откровенно.

Выводы доклада сводились к следующему. Обстановка в стране с точки зрения государственной безопасности не внушает опасений. Подавляющее большинство населения поддерживает политику СЕПГ и правительства ГДР. В стране нет политических сил, которые могли бы представлять опасность для ее общественного строя. Антиправительственные выступления носят единичный характер. Деятельность спецслужб противника успешно пресекается.

Диссидентское движение в ГДР является аморфным и представлено малочисленными околоцерковными группами. Среди населения они почти не имеют резонанса; некоторую рекламу им обеспечивают западные СМИ. Все эти группировки и их связи с Западом надежно контролируются органами госбезопасности. В ГДР не существует политического подполья. Этот вывод министр повторил несколько раз.

Большую озабоченность, как следовало из доклада, вызывало положение среди молодежи. Организации Союза свободной немецкой молодежи (ССНМ) явно недорабатывали. В то время как все младшекласники были настоящими пионерами-ленинцами, среди учеников старших классов получил распространение скептицизм, неверие в идеалы социализма. Значительные группы молодежи вообще оказались вне контроля общества. Сотни, а то и тысячи юношей и девушек кочуют по республике без определенных занятий, внезапно появляясь в местах массовых мероприятий. Среди них немало алкоголиков и наркоманов. Более того, в последние месяцы среди молодежи были раскрыты несколько групп неофашистов.

Одна из главных проблем для госбезопасности ГДР определялась неуклонным ростом взаимных посещений восточных и западных немцев. Число таких посещений в целом за год находится у отметки в 9 миллионов, тогда как вся ГДР насчитывает 16,5 миллионов жителей. Понятно, что такие масштабы общения намного превосходят любые реальные возможности выявления оперативно значимых контактов и установления контроля над ними.

Развитие взаимных контактов жителей обеих частей Германии, несомненно, стимулирует уход граждан ГДР на Запад. Однако действия государства в этой области, по словам министра, не являются последовательными. С одной стороны, здесь проводится жесткая репрессивная политика. С другой же, поощряется практика выкупа западногерманской стороной заключенных из тюрем ГДР, осо-

бенно осужденных за попытку побега на Запад, а это явно способствует росту числа правонарушений и преступлений в республике. В этих сложных условиях МГБ проводит в жизнь достаточно действенные меры для нормализации ситуации.

Что касается положения в экономике страны, то оно является вполне нормальным, хотя на настроения населения отрицательно влияют сбои в снабжении (например, дефицит тропических фруктов в канун рождественских праздников, отсутствие в продаже в достаточных количествах филе и других мясных продуктов высшей категории). Министр не упустил случая напомнить, что восстановление прежнего объема поставок советской нефти, которые с 1982 г. претерпели сокращение на два миллиона тонн, позволило бы ГДР решить многие проблемы.

Словом, за пять лет до социального взрыва в ГДР руководство страны оптимистически оценивало обстановку и перспективы ее развития. Такие же прогнозы преобладали и на Востоке и на Западе. Хотя мы на протяжении ряда лет предрекали скорый кризис в ГДР, однако обстановка оставалась стабильной, и информация из Берлина претерпевала девальвацию у нас дома. Видимо такая же судьба была уготована и сообщениям американского посла В. Уолтерса, который, прибыв в Бонн в 1988 г., свежим взглядом определил, что крах ГДР является весьма близким.

Немецкие историки А. Миттер и С. Волле писали, что даже в первой половине 1989 г. „самому дерзкому пророку и во сне не могло привидеться, что в конце года сотни тысяч выйдут на улицы, чтобы требовать свободу и демократию“.[1]

Тем не менее, было бы неправильно полагать, что социальный взрыв в ГДР произошел, так сказать, из нулевого потенциала. Он явился результатом длительного и противоречивого развития внутренних и внешних процессов, находившихся в сложной взаимозависимости.

Прежде всего, здесь следует сказать о процессах, вытекавших из объективной потребности восстановления единства немецкой нации. Заметное ускорение они получили после беседы Э. Хонеккера и Г. Коля 14 марта 1985 г. в Москве. Это касалось в первую очередь контактов и связей между немцами из обеих частей Германии.

В частности, число взаимных посещений увеличилось с 9 миллионов в 1985 г. до 12 миллионов 300 тысяч в 1988 г. Существенно возросло количество переселенцев на Запад. Увеличились масштабы других видов общения. Так, количество телефонных переговоров между ГДР и ФРГ, включая Западный Берлин, в пересчете на пять минут, поднялось до отметки около 40 миллионов в год, обмен письмами и открытками – до 300 миллионов, а посылками и бандеролями – до 50 миллионов.

Широкое развитие в рамках германо-германских отношений, особенно после визита Э. Хонеккера в Бонн в 1987 г., наряду с межличностными контактами получили связи между учреждениями, предприятиями, учебными заведениями,

[1] См. *Armin Mitter/Stefan Wolle* (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS, Januar – November 1989, Berlin 1990, с. 8.

сходными профессиональными группами населения. Нетрадиционные формы сотрудничества стали возникать в экономике. Получила распространение новая форма – партнерство между городами ГДР и ФРГ, создававшая новые структуры с широкими возможностями для последующего сближения обеих сторон.

Еще одной областью, в которой развитие германо-германских отношений осуществлялось в направлении к восстановлению единства страны, была инфраструктура скреплявшая ФРГ, ГДР и Западный Берлин. Лежавшая в ее основе система коммуникаций и сооружений, которая сохранилась от гитлеровской Германии, систематически подвергалась серьезному усовершенствованию, особенно после заключения Договора об основах отношений. На эти цели (то есть на сооружение и ремонт автострад, реконструкцию шлюзового хозяйства Среднегерманского канала, прокладку светопроводящего кабеля между ФРГ и Западным Берлином, усовершенствование телефонных сетей и введение на них автоматической связи, электрификацию отдельных участков железной дороги и пр.) западногерманской стороной были осуществлены многомиллиардные затраты.

Постоянно возрастала финансовая зависимость ГДР от Западной Германии. И это касалось не только роста валютного долга Западу, который к концу 1989 г. достиг 20,6 миллиарда долларов и был сопоставим с долгом Советского Союза. Переплетение финансовых интересов и финансовая взаимозависимость ГДР и ФРГ не ограничивалась областью кредитов. Их отражением были многообразные фиксированные и нефиксированные платежи, осуществлявшиеся Западной Германией в пользу ГДР (за пользование автострадами для транзита в Западный Берлин, за услуги почты, на церковное строительство и пр.). Общий объем таких платежей ежегодно составлял 5–6 миллиардов марок. Около миллиарда марок поступали за счет льгот в торговле.

Важным источником поступления валюты была сеть магазинов Интершоп, в которых товары западных фирм продавались за марки ФРГ и доллары США. Хождение второй валюты в ГДР, нередко использовавшейся и для расчетов на внутреннем рынке, стало заметным фактором в социальной жизни страны, способствовавшим расслоению общества. В августе 1988 г. было подписано соглашение, разрешавшее почтовые денежные переводы в марках ФРГ гражданам ГДР.

Наконец, следует сказать и об ослаблении германо-германской идеологической конфронтации. СЕПГ проявляет все большую пассивность в идеологическом противоборстве, сняв тезис о размежевании двух германских наций и ограничиваясь в основном полемикой в защиту мира.

Таким образом, общее развитие германо-германских связей привело к 1989 г. к качественно новой ситуации, когда нараставшая взаимозависимость двух германских государств в различных областях и на разных уровнях делала восстановление единства страны более вероятным.

Однако процесс германо-германского сближения вступил в противоречие с курсом руководства ГДР, отказавшегося от проведения внутренних реформ. И это противоречие в значительной мере определило дальнейший ход событий. Линия Э. Хонеккера на отмежевание от горбачевской политики перестройки

оказала существенное влияние на рост оппозиционных настроений и привела к поляризации сил в восточногерманском обществе.

Требования пленума ЦК КПСС в январе 1987 г. о коренной демократизации общественной жизни в СССР были восприняты Э.Хонеккером как отступничество от ленинизма. Негативная реакция последовала уже в феврале 1987 г. На расширенном заседании секретариата ЦК СЕПГ с участием первых секретарей окружкомов и райкомов партии по существу было решено ввести цензуру на материалы из Советского Союза. Было также рекомендовано наглядно показывать ухудшение ситуации в нашей стране, вызванное перестройкой. Одновременно предписывалось всемерно пропагандировать собственные успехи республики. Выполнение этого предписания делало еще большим разрыв между восточногерманской реальностью и ее отображением в СМИ ГДР. А это способствовало росту критических настроений и назреванию внутреннего недовольства в стране.

Свидетельством сдвигов в настроениях восточногерманского общества явилась отрицательная реакция на интервью К. Хагера журналу „Штерн" в апреле 1987 г., в котором руководство СЕПГ впервые публично отмежевалось от курса реформ в СССР.[2] Это интервью, широко тиражированное СМИ ГДР[3], вызвало недовольство в стране на всех уровнях – от рядовых граждан до представителей партийной верхушки СЕПГ.

В начале 1988 г. негативные настроения в восточногерманском обществе получили значительный импульс. Местные диссиденты спровоцировали репрессивные действия властей, что вызвало острую отрицательную реакцию в ФРГ, а благодаря кампании в ее СМИ, оказало воздействие и на общественное мнение ГДР. Во время демонстрации в Берлине в память К. Либкнехта и Р. Люксембург 17 января диссидентствующие группы попытались выступить с требованием свободы слова. Эта попытка была пресечена, а 120 демонстрантов – арестованы. Вслед за этим последовал арест большой группы диссидентских активистов. Акции протеста в Западной Германии и в самой ГДР заставили прекратить судебное расследование в отношении арестованных. На высшем уровне было решено выслать их в ФРГ.

Политбюро ЦК СЕПГ 16 февраля специально обсудило вопрос „О направляемых противником контрреволюционных акциях против ГДР" и приняло решение пресекать деятельность церкви в поддержку диссидентов. Предусматривались меры по запугиванию граждан, желающих выехать на Запад. В частности, рекомендовалось проведение бесед с подавшими заявления о выезде и „разъяснение" им является ли их просьба обоснованной. На основании таких бесед в течение месяца были арестованы 180 граждан ГДР, что гарантировало высшую степень убедительности разъяснений.

Мы фиксировали отдельные случаи, которые могли быть истолкованы как введение ограничений на общение с советскими гражданами. Продолжались репрессивные меры в отношении советской прессы. В частности, принималось ре-

[2] См. Stern, 9. April 1987.
[3] См. Neues Deutschland, 10. April 1987.

шение о конфискации трех номеров журнала „Новое время“ (основная часть его тиража поступала на немецком языке), а в ноябре, по указанию Хонеккера, было запрещено распространение журнала-дайджеста советской прессы „Спутник“. Это решение вызвало недовольство во всех слоях населения ГДР. До конца года в ЦК СЕПГ поступили 800 писем с протестом против запрещения журнала.

Не вызывает сомнений, что ужесточение линии руководства СЕПГ в вопросах внутренней политики в тот период находилось в прямой связи с его отрицательными выводами относительно горбачевской политики перестройки. В откровенной беседе с послом В.И. Кочемасовым Хонеккер заявил, что после тщательного анализа руководство СЕПГ решило не употреблять термин „перестройка“ в официальных документах.

> „Мы не можем согласиться с некоторыми принципами, стоящими за этим словом. Но со временем мы отметили, что руководство КПСС перешло к прямой ревизии ленинских принципов. [...] Мы против практики огульной клеветы на историю КПСС, на социалистическое строительство в СССР. Удивление вызывают весьма сомнительные эксперименты в экономике, не говоря уже об информационной политике.“[4]

По свидетельству Кочемасова, в беседе в узком кругу Хонеккер сказал: „Если Горбачев будет продолжать в том же духе, то через два года он разрушит и партию и страну.“[5] Как мы видим, слова Хонеккера оказались пророческими.

Начавшийся 1989 г. с первых же месяцев был отмечен мероприятиями, посвященными 40-летию ГДР. Некоторые из них были не только массовыми, но и отличались энтузиазмом участников. С полным основанием это можно сказать и о первомайских демонстрациях, и о Берлинском слете молодежи на Троицу, с участием 750 тысяч юношей и девушек.

Однако ожидание праздника соседствовало с чувством внутренней напряженности. Экономические трудности контрастировали с реляциями о победах в соцсоревновании. Тревогу вызывал курс лидеров ГДР на конфронтацию с советским руководством. В юбилейном году впервые за все время существования ГДР в первомайских призывах отсутствовала здравица в адрес КПСС и Советского Союза.

Осложнению обстановки летом 1989 г. способствовала болезнь Э. Хонеккера, повлекшая за собой его отсутствие у руля государства в течение двух с половиной месяцев. На это время политбюро ЦК СЕПГ оставалось лишь ограниченно дееспособным и переживало, по словам Г. Шабовского, „период безгласности“.[6] Когда на одном из его заседаний в начале сентября возникла дискуссия о ситуации в стране, большинством голосов было принято решение не обсуждать принципиальных вопросов в отсутствие генерального секретаря ЦК СЕПГ.[7]

Катализатором всеобщего кризиса в это время стали эмиграционные устремления восточногерманского населения, которые обрели характер массового пси-

4 *Wjatscheslaw Kotschemassow*, Meine letzte Mission. Fakten, Erinnerungen, Überlegungen, Berlin 1994, с. 72.

5 Там же, с. 73.

6 *Günter Schabowski*, Der Absturz, Reinbek bei Hamburg 1991, с. 227.

7 Там же, с. 230.

хоза. Неудержимо ширился поток заявлений с просьбой о переселении на Запад: в месяц в полицию поступало около 30 тысяч новых заявлений.

Весьма опасная ситуация сложилась в августе-сентябре, когда стремление больших масс восточных немцев к незаконному уходу из ГДР обрело устойчивый характер. Для этого, прежде всего, использовались поездки в Венгрию, с которой существовало безвизовое сообщение и где был либеральный режим на границе с Австрией. Несмотря на некоторое противодействие венгерских пограничников, ежедневно в Австрию, а оттуда – в ФРГ уходили около ста граждан ГДР. В сентябре там в ожидании возможности уйти на Запад „отдыхали" 110 тысяч граждан ГДР.

Одновременно восточными немцами практиковалось проникновение на территорию западногерманских посольств в Праге, Будапеште и Варшаве и выдвижение требований о переселении в ФРГ.

Черной датой для ГДР стало 10 сентября, когда правительство Венгрии объявило об открытии границы с Австрией для свободного выезда восточных немцев. Только за последующие три дня через Австрию в ФРГ выехали 11 тысяч жителей ГДР, а до конца месяца – 31 тысяча.

В восточногерманском обществе царило смятение. Настроения тревоги и безысходности охватили все слои населения ГДР. Тема повальной эмиграции доминировала в беседах и на работе, и дома. Перед лицом этих процессов руководители ГДР проявили полную растерянность и беспомощность

На фоне этих полных драматизма событий обыденными и малозначительными выглядели сообщения об акциях кружков в защиту мира и других околоцерковных организаций. Однако постепенно такие акции приобретали все больший размах и политическую остроту. Наряду с известными в ГДР диссидентами в них начали активно участвовать критически настроенные адвокаты, писатели, другие представители интеллигенции. Нередко в завершение семинара или богослужения стали проводиться митинги, перераставшие в массовые демонстрации. При этом отчетливо просматривалась руководящая и направляющая роль евангелической церкви.

В начале сентября на базе мелких групп диссидентов стали развертываться массовые политические организации: Социал-демократическая партия ГДР, „Новый форум", „Демократический порыв", „Демократию сейчас", „Инициатива за мир и права человека", открыто выступавшие против СЕПГ и ее политики. Было заметно, что эти действия скоординированы по времени и проводились в основном по единой схеме. Обращения к общественности новых политических движений с изложением их задач и целей содержали примерно одинаковые каталоги требований. Все они резко критиковали политику и практику повседневного социализма в ГДР, выступали за всемерную демократизацию общества, против „деформации социализма". Это гарантировало им симпатии широких слоев населения, в том числе и многих членов СЕПГ. Например, к моменту официального разрешения движения „Новый форум" 8 ноября оно смогло собрать 200 тысяч подписей в свою поддержку.

Руководство СЕПГ не было в состоянии даже наметить пути нормализации обстановки в стране. Единственный вариант, который оно могло бы предложить – силовое решение – осенью 1989 г. был явно неприемлем.

Формирование СДП ГДР и так называемых движений протеста проходило при активной пропагандистской поддержке Запада. Сообщение об образовании инициативной группы по учреждению СДП, опубликованное в ФРГ 31 августа, стало началом пропагандистской кампании в западногерманских СМИ под лозунгом: „В ГДР развертывается внутренняя оппозиция!“ Понятно, что власти ГДР восприняли появление движений протеста и СДП крайне отрицательно, и заявки на их регистрацию в качестве политических объединений немедленно отклонялись. Однако в условиях начавшегося паралича власти ее запреты имели все меньшее значение и не могли воспрепятствовать расширению деятельности оппозиции.

Так выглядела обстановка в ГДР к моменту возвращения к исполнению служебных обязанностей Э. Хонеккера (25 сентября) и в преддверии юбилейных торжеств, на которые ожидалось прибытие высокопоставленных гостей из 72 стран мира. В этих условиях в целях сохранения контроля над ситуацией в республике был создан чрезвычайный кризисный штаб во главе с Э. Кренцем. Штаб работал круглосуточно, в некоторых его заседаниях принимал участие Э. Хонеккер. При этом существенное значение имело различие в позициях Э. Хонеккера и Э. Кренца: Последний проявлял больше спокойствия и благоразумия.

Между тем произошло осложнение ситуации из-за массовых попыток проникновения в посольства ФРГ. К началу октября число беженцев из ГДР, проникших на территорию посольств в Праге и Варшаве, превысило шесть тысяч человек. Чтобы избежать международного скандала, руководство ГДР дало согласие на выезд своих граждан в ФРГ из Праги и Варшавы через территорию ГДР. Одновременно отменялось безвизовое сообщение с ЧССР.

В ночь на 5 октября в Дрездене, где для встречи поездов из Праги собрались тысячи людей, в районе главного вокзала произошли массовые беспорядки. В результате столкновений с полицией были раненые. 5, 6 и 7 октября волнения в Дрездене и столкновения с полицией продолжались, производились аресты.

На таком фоне проходили юбилейные торжества в Берлине, главное внимание во время которых привлек к себе визит М. С. Горбачева. Этот визит по мере удаления от осенней революции в ГДР все более мифологизируется, а приписываемое Горбачеву изречение: „Кто опаздывает, того накажет история“ стилизуется под призыв к восточным немцам начать революцию. На самом деле Михаил Сергеевич в очередной раз опоздал. Опоздала и его рекомендация руководству ГДР проводить реформы сверху, пока знамя перемен не перехватили враждебные социализму силы. „Знамя перемен“ было в руках противников Хонеккера уже в канун прибытия Горбачева в Берлин. Уместно напомнить, что в день беседы Горбачева с руководителями ГДР массовые антиправительственные демонстрации состоялись во многих городах, в том числе в Берлине, Лейпциге, Дрездене, Плауэне, Йене, Потсдаме, Ильменау, Магдебурге, Арнштадте, Карл-Маркс-штадте. Революционные выступления широких масс уже нельзя было обратить вспять.

Руководство СЕПГ не имело представлений о путях выхода из кризиса. Стало очевидно, что Хонеккер не владеет ситуацией, мешает принятию разумных решений. Верхние эшелоны власти были охвачены паникой. Это заставило активизироваться членов политбюро, находившихся в скрытой оппозиции к Э. Хонеккеру. Благодаря их усилиям на заседании политбюро ЦК СЕПГ 17 октября единогласно было принято решение об отставке Э. Хонеккера и об избрании генеральным секретарем ЦК Э. Кренца, утвержденное на следующий день пленумом ЦК.

Это событие описано со всей полнотой в воспоминаниях его участников. Тем не менее, здесь уместны некоторые пояснения. Публикации Г. Шабовского создали впечатление о его ключевой роли в смещении Хонеккера и о почти спонтанном характере этой акции.[8] В действительности выступление В. Штофа на решающем заседании политбюро отнюдь не было результатом торга с Шабовским. Это был финал многолетней скрытой борьбы за смещение Хонеккера, которую Штоф вел, опираясь на часть членов политбюро, в том числе В. Кроликовского, А. Ноймана, Э. Мильке, Э. Кренца.

Кульминация деятельности этой группировки относилась к 1986 г. Тогда сторонники В. Штофа передали через Представительство КГБ в Берлине для личного ознакомления М. С. Горбачева пакет информационных материалов, продублировав через некоторое время эту передачу через посла В. И. Кочемасова. В материалах раскрывалась неизбежность скорого финансового банкротства ГДР и политического кризиса в восточногерманском обществе. В. Штоф утверждал, что Хонеккер утратил способность реально оценивать обстановку, а потому необходимой является его незамедлительная отставка. Он просил Горбачева о поддержке. Однако эти обращения остались без ответа.

Уместно отметить, что обращение Штофа к Горбачеву не было единственным в своем роде. О том же в беседе с Горбачевым говорил Мильке после вручения ему Звезды Героя Советского Союза, а позднее – через Лигачева – В. Кроликовский.

Последующее развитие в ГДР подтвердило правильность прогнозов оппонентов Хонеккера. Отказ Горбачева в поддержке группировки Штофа, безусловно, явился крупным политическим просчетом. Это признает в своей книге „Распад“ и близкий соратник Горбачева В. А. Медведев.[9] Конечно, в условиях крушения социалистической системы в странах Европы существование ГДР как суверенного государства было немыслимым. Тем не менее, была упущена возможность предотвратить социальный взрыв в ГДР или, по меньшей мере, ослабить его силу и обеспечить объединение Германии на более благоприятных для жителей ГДР условиях.

Избрание Э. Кренца на высшие посты в ГДР не привело к нормализации обстановки, которая характеризовалось дальнейшим углублением кризиса и временами приближалось к грани всеобщего хаоса. Повседневным явлением

[8] Там же, с. 262–271.

[9] *В. А. Медведев*, Распад. Как он назревал в „мировой системе социализма“, Москва 1994, с. 156–196.

в республике, определявшим ее внутреннюю жизнь, стала волна митингов и демонстраций. Согласно сводкам полиции, ежедневно в разных городах ГДР отмечались пять-шесть антиправительственных демонстраций с участием свыше 20 тысяч человек. Крупнейшая из них с участием около миллиона человек состоялась 4 ноября по призыву представителей творческой интеллигенции на площади Александерплац в Берлине. Выступавшие в острой эмоциональной форме критиковали политику СЕПГ, призывали граждан не покидать ГДР, а помогать в ее преобразовании. Эта демонстрация оказала сильнейшее воздействие на формирование настроений населения.

Своего рода барометром, отражавшим размах акций протеста, являлись демонстрации в Лейпциге, которые проводились каждый понедельник. 2 октября там собрались 15 тысяч демонстрантов, а 6 ноября – уже около полумиллиона.

Руководство СЕПГ попыталось переломить ситуацию, мобилизовав все возможности для проведения 23 октября демонстрации в Шверине одновременно с „Новым форумом". Выступление сторонников СЕПГ должно было послужить сигналом для „политического наступления" по всей стране. Однако оно окончилось неудачей. Большинство участников митинга поддержало оппозиционеров. С этого момента движения протеста стали безраздельными хозяевами на митингующей улице.

Дестабилизация обстановки достигла крайних пределов. Ежедневно через Венгрию уходили в ФРГ около тысячи восточных немцев. В начале ноября для них открылась и чехословацко-западногерманская граница, через которую только до 7 ноября в ФРГ выехали 50 тысяч жителей ГДР. Число беженцев и переселенцев достигло в ноябре астрономической цифры – 110 тысяч человек.

Пытаясь взять под контроль положение, руководство ГДР приняло в срочном порядке постановление, которое открывало границу на Запад практически для всех граждан ГДР. Обстоятельства, сопутствовавшие его опубликованию, придали особый драматизм открытию границы с Западным Берлином, привели к „падению Берлинской стены" в ночь с 9 на 10 ноября. Эти обстоятельства во всех деталях описаны, в частности, в статьях И. Ф. Максимычева и Х. Х. Хертле в журнале „Дойчланд-Архив".[10]

Открытие границы между Восточной и Западной Германией без ответной компенсации со стороны Запада сделало невозможным дальнейшее существование ГДР как государства. Это событие полностью деморализовало восточногерманских руководителей.

> „Все же, многолетнее отчуждение от чувств людей привело к лишению начальства их инстинкта, использовать шанс этого исторического момента. В последующие дни ни один из представителей руководства ГДР не появился у стены, в то время как на другой стороне были представлены все руководящие политики Федеративной республики."[11]

С этой констатацией Филипа Зеликоу и Кондолизы Райс нельзя не согласиться.

[10] *Igor W. Maximytschew* [*Igor' F. Maksimyčev*] / *Hans-H. Hertle*, Die Maueröffnung, в: Deutschland-Archiv 27 (1994), H. 11, с. 1137–1158 (часть I и II), и: 28 (1995), H. 3, с. 286–290 (часть III).

[11] *Philip Zelikow/Condoleezza Rice*, Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997, с. 153.

В такой обстановке, всего через четыре дня после падения стены, Народная палата ГДР единогласно избрала новым председателем Совета министров Х. Модрова. Нельзя не сказать, что в историографии до сих пор нет адекватной оценки той выдающейся роли в развитии событий в ГДР, которую этот политик играл вплоть до выборов 18 марта 1990 г. Его заслонили собой фигуры „творцов истории" Коля и Горбачева. И сегодня мало кто представляет себе подлинное значение деятельности Х. Модрова на посту главы восточногерманского правительства в течение пяти месяцев в конце 1989 и в начале 1990 г., когда почти каждый день таил в себе опасность возникновения в стране гражданской войны с непредсказуемыми международными последствиями

Важной составляющей политического развития в данный период явились изменения в партийном ландшафте ГДР, начало трансформации блоковых партий и их активизация, которая нашла свое отражение, прежде всего, в деятельности Народной палаты. Партии демократического блока: Христианско-демократический союз Германии (ХДС) (140 тысяч членов), Демократическая крестьянская партия Германии (ДКПГ) (115 тысяч членов), Национал-демократическая партия Германии (НДПГ) (110 тысяч членов) и Либерально-демократическая партия Германии (ЛДПГ) (104 тысячи членов), фактически находившиеся на содержании руководства СЕПГ и безоговорочно его поддерживавшие, стали сначала робко, а затем все более решительно выступать против прежних своих хозяев.

Существенное значение имело появление на политической сцене Социал-демократической партии. Новая партия, не скомпрометированная сотрудничеством с прежними властными структурами, смогла быстро завоевать значительный авторитет и уже через короткое время насчитывала около 70 тысяч членов.

Происходившие изменения оказали самое существенное влияние на характер заседаний Народной палаты, которые почти полностью стали транслироваться по телевидению и привлекали к себе всеобщее внимание. Знаменательным событием явилось заседание 13 ноября, на котором, как отмечалось выше, новым премьер-министром ГДР был утвержден Х. Модров. Состоялись также выборы нового председателя Народной палаты и был заслушан отчет членов Совета министров ГДР прежнего состава. Народная палата назначила предварительный комитет по расследованию фактов злоупотребления служебным положением и коррупции в высших эшелонах власти.

Отчет министров правительства В. Штофа, подавшего в отставку 7 ноября, способствовал еще большей компрометации правящей партии и ее руководства. Тягостное впечатление оставило выступление Э. Мильке. Обращаясь к депутатам, он назвал их товарищами, что вызвало бурю протеста и привело к полнейшему замешательству самого министра. Он растерянно восклицал в ответ на протестующие возгласы депутатов: „Но я же вас всех люблю!", что вызвало громкий смех всего зала.

Среди внутренних причин, определивших быстротечность кризиса в ГДР и ее имплозии, главной явился прогрессировавший процесс разложения правящей партии. Высшее руководство СЕПГ и партийные структуры на местах оказались практически недееспособными. Принятие решений на высшем уровне происходило в спешке, подчас в условиях неразберихи. Симптоматичным в этом отно-

шения был 10-й пленум ЦК СЕПГ 8–10 ноября, который прошел в обстановке полного сумбура.

Ставшие в этот период достоянием общественности данные о больших масштабах коррупции, поразившей руководство партийного и государственного аппарата, полностью подорвали доверие населения к СЕПГ. Широкая компрометация партийных кадров привела к отстранению от работы большого числа партийных и государственных руководителей разного уровня. Следовавшие с начала ноября буквально каждый день сообщения об отставках руководящих деятелей, их исключении из партии вызывали смятение в партийных массах. Брожение в партийном базисе сопровождалось массовым выходом из СЕПГ и распадом целых парторганизаций. За два месяца численность членов партии сократилась на полмиллиона.

Дискредитация СЕПГ обусловила возникновение и неуклонное нарастание кризиса власти в ГДР. Органы власти всех уровней в значительной мере утратили дееспособность. Полностью была парализована деятельность МГБ. В других правоохранительных органах произошла смена руководителей, последовали массовые увольнения сотрудников. Параллельно с этим шел распад общественно-политических структур, на которые опирался режим СЕПГ, таких, как Объединение свободных немецких профсоюзов, Союз свободной немецкой молодежи, Союз писателей ГДР, другие творческие союзы. Одни из них, как, например „Боевые дружины рабочего класса“ (численность 400 тысяч человек), решение о роспуске которых было принято в декабре, полностью прекратили свое существование. Другие, в частности, Общество германо-советской дружбы, в котором числилось более пяти миллионов членов, трансформировались в малочисленные объединения на уровне кружков. Все эти общественно-политические формирования перестали играть сколько-нибудь заметную роль в Восточной Германии.

В условиях распада партийно-государственных структур, парализации власти на местах, анархии, царившей на улице, исключительно большое значение приобрела деятельность правительства ГДР во главе с Х. Модровым. Ему удалось обеспечить определенный баланс противоборствующих сил и предотвратить перерастание уличных выступлений в массовые беспорядки. Стараниями правительства был приостановлен развал экономики, сохранено функционирование государственной власти, налажен диалог с правительством ФРГ, обеспечено проведение свободных выборов в Народную палату. В беседе с М.С. Горбачевым в конце апреля 1990 г. Л. де Мезьер отмечал:

> „Я принадлежал к кабинету Х. Модрова, и у нас были три главные цели: сделать все возможное, чтобы наступившей зимой народ не замерзал, не голодал и не истек кровью. Вся деятельность правительства была реакцией на эти реальные опасности того времени. Их удалось избежать.“[12]

Правительство, сформированное Модровым, было утверждено Народной палатой 18 ноября 1989 г. В отличие от других руководителей СЕПГ, Модров хорошо понимал, что в сложившихся условиях партия не сможет больше обеспе-

[12] *Michail Gorbatschow* [*Gorbačev*], Erinnerungen, Berlin 1995, c. 720.

чить свою ведущую роль в обществе. Исходя из этого, правительство Модрова не было подотчетно ЦК СЕПГ, а сам он имел возможность проводить самостоятельную линию. Конечно, Модров опирался на парламентскую фракцию СЕПГ, самую многочисленную в Народной палате, однако он полагал, что стабилизация в ГДР возможна только на пути создания широкой коалиции важнейших политических сил страны. Этот принцип нашел свое выражение и при формировании нового кабинета министров, и в правительственном заявлении Х. Модрова.

Правительственное заявление Х. Модрова, с которым он выступил на заседании Народной палаты 17 ноября, содержало развернутую программу преобразований во многих областях ГДР с целью вывода страны из экономического и политического кризиса. Оно явилось отражением консенсуса, достигнутого коалиционными партиями, и свидетельствовало о стремлении учитывать идеи, прокламируемые гражданскими движениями. Заявление нового правительства заметно контрастировало с заявлениями Э. Кренца, которые были лишены какой-либо концептуальной основы. Модров назвал области, где осуществление реформ является первоочередным делом.

В правительственном заявлении подчеркивалось равноправие партнеров по коалиции и содержался призыв к оппозиции сотрудничать с вновь созданным Советом министров. Это заявление было единодушно одобрено Народной палатой. В определенных рамках обозначили свое согласие с программой Х. Модрова и лидеры ряда гражданских движений, что имело особенно большое значение в начальный период деятельности нового правительства.

Правительству Модрова почти все время его существования пришлось работать в условиях острого дефицита времени, с максимальным напряжением сил. Экстремальной была не только политическая ситуация в стране, чрезвычайное положение складывалось и в экономике, что также требовало принятия самых неотложных мер. В связи с продолжавшимся уходом больших масс восточногерманского населения на Запад до крайности обострилось положение с рабочей силой в ряде отраслей производства. Одновременно появились первые десятки тысяч безработных. В последнем квартале 1989 г. отчетливо обозначилось падение уровня производства по сравнению с тем же периодом предыдущего года (на 4–5 %).

На фоне огромного внешнего долга Западу срочно пересматривалась система расчетов, связанных с взаимными поездками немцев из обеих частей страны.

Наконец, следует назвать и такую проблему. Либерализация правил поездок польских граждан привела к тому, что только в октябре 1989 г. границу ГДР пересекли 700 тысяч поляков, половина из которых проследовала в Западный Берлин. Значительную часть среди них составляли торговцы-перекупщики, которые, скупая в магазинах ГДР крупные партии дотированных государством товаров, перепродавали их затем в Западном Берлине и в Польше. Все это ухудшало снабжение и вызывало острое недовольство восточногерманского населения. В конце ноября правительство ГДР приняло меры по защите внутреннего рынка, ограничив продажу товаров иностранцам.

Нагрузки на восточногерманскую экономику, обусловленные этими процессами, достигли экстремальных величин. Понятно, что в поисках выхода руко-

водство ГДР пыталось заручиться помощью со стороны Бонна. В этой связи на переговорах Х. Модрова с руководителем Ведомства федерального канцлера Р. Зайтерсом, состоявшихся 20 ноября и 5 декабря, обсуждались вопросы о компенсациях Восточному Берлину со стороны ФРГ в форме „взноса солидарности" и о создании специального валютного фонда для обслуживания германо-германских поездок. Из этих проектов был реализован лишь валютный фонд для обслуживания поездок.

Обстановка в ГДР в первой декаде декабря претерпела дальнейшее обострение. Крайнего накала достиг кризис в СЕПГ. Прозвучавший по телевидению доклад комитета Народной палаты по расследованию фактов коррупции и злоупотреблений, допущенных руководящими деятелями ГДР, вызвал гнев и растерянность в партийных рядах. Делегации от трудовых коллективов непрерывно осаждали ЦК СЕПГ и Народную палату с требованиями наказать виновных. 2 декабря вновь собрался многотысячный митинг у „Большого дома". Его участники требовали отставки политбюро, которое покрывает коррупцию. Вышедший к митингующим Э. Кренц был освистан ими и не смог говорить.

В тот же день, опасаясь ареста, бежал на Запад видный государственный деятель ГДР А. Шальк-Голодковский, который являлся членом ЦК СЕПГ и кандидатура которого рассматривалась на пост секретаря ЦК и даже на пост председателя Совета министров. Его бегство нанесло еще один тяжелый удар по престижу руководства партии. Собравшийся 3 декабря 11-й пленум ЦК СЕПГ вынужден был констатировать, что политбюро не выполнило постановлений предыдущих пленумов, требовавших вскрыть во всей полноте нарушения, допущенные бывшими членами высшего руководства партии и страны, и сделать необходимые выводы. Было принято решение об отставке политбюро и всего состава ЦК СЕПГ.

1 декабря Народная палата постановила аннулировать первую статью Конституции ГДР, в которой утверждалась руководящая роль СЕПГ, а 6 декабря была принята отставка Э. Кренца с поста председателя государственного совета ГДР.

Одновременно с этими драматическими событиями СМИ ГДР, которые обрели полную гласность, развернули мощную кампания против „штази". Была четко обозначена цель, против которой следовало направить акции людей, возмущенных коррупцией, экономическими трудностями и полицейским произволом. 4, 5 и 6 декабря по всей ГДР прошли демонстрации против Ведомства национальной безопасности (ВНБ) – бывшего Министерства государственной безопасности (МГБ) – в которых приняли участие сотни тысяч людей. В 20 городах демонстранты добились проникновения на объекты ведомства. В Дрездене многотысячная толпа заняла здание управления ВНБ и учинила там погром.

Начались волнения в восточногерманских тюрьмах. Вспыхнул мятеж в караульном полку МГБ имени Дзержинского. Были попытки „демонстрантов" проникнуть на территорию советских учреждений. В частности, во время погромов в Дрездене провокаторы привели возбужденную толпу к местному отделению представительства КГБ СССР. В. В. Путин, служивший в то время в этом уч-

реждении вышел к „демонстрантам“ и убедил их уйти от советского военного объекта.[13]

Именно в декабре в ГДР возникла реальная опасность вооруженных столкновений и развязывания гражданской войны. Властные структуры, сохранившиеся в стране, были бессильны и не могли восстановить порядок и спокойствие. Хотя правительству Модрова в тот период не существовало какой-либо альтернативы, оно не имело необходимой опоры в массах. Поэтому для установления минимального контроля за обстановкой необходимым стало сотрудничество между правительством и гражданскими движениями. Органом, обеспечивавшим такое сотрудничество, и стал Круглый стол, который представлял собой постоянно действующее совещание уполномоченных от правительственных и оппозиционных партий и организаций.

Учредительное заседание Круглого стола состоялось 7 декабря 1989 г. Роль этого органа в общественно-политической жизни ГДР в последующие три месяца все более возрастала. К концу декабря Круглый стол по существу взял под свой контроль деятельность правительства ГДР. При этом его работа проходила под знаком неуклонного ослабления влияния СЕПГ. Предметом постоянных противоречий был вопрос о дальнейшем существовании органов государственной безопасности.

Тем не менее, Круглому столу удавалось достичь и согласованных решений, среди которых особое значение имели решения, обеспечивавшие мирное течение митингов и демонстраций. Заслуживает внимания и то, что накануне переговоров Х. Модрова и Г. Коля 19 и 20 декабря в Дрездене буквально все участники Круглого стола выступили за сотрудничество с ФРГ в условиях дальнейшего существования двух суверенных германских государств.

Указанные переговоры создали ложное впечатление о перспективах отношений между ГДР и ФРГ, поскольку было объявлено, что уже весной 1990 г. будет заключен договор о сотрудничестве и добрососедстве между обоими государствами. Г. Коль выразил также готовность удовлетворить просьбу ГДР и предоставить ей в 1990 г. финансовую помощь в 15 миллиардов марок.

Вместе с тем во время пребывания Г. Коля в Дрездене отчетливо обозначился перелом в настроениях восточногерманского общества в пользу скорого присоединения ГДР к Западной Германии, а лозунг „Мы – народ!“ сменился лозунгом „Мы – один народ!“ Главной причиной этого перелома явилась утрата веры в возможность преодоления тяжелого положения собственными силами. Исходя из этого, правительство Коля окончательно сделало ставку на полную дестабилизацию ГДР, чтобы ее поспешное присоединение к Западной Германии выглядело бы как оптимальный выход.

В канве драматических событий декабря видное место занял XII съезд СЕПГ, прошедший на грани самороспуска партии и имевший решающее значение для ее дальнейшей судьбы. Съезд был внеочередным и прошел в два этапа: 8–9 и

[13] От первого лица. Разговоры с Владимиром Путиным, *Г. В. Успенский* (отв. ред.), Москва 2000, с. 71.

16–17 декабря. Недельная пауза между его заседаниями назначалась для обсуждения в партийных организациях намечаемых решений перед их принятием.

Решением съезда была изменена структура центральных органов партии и полностью сменено ее руководство. Было изменено название партии: СЕПГ – партия демократического социализма (СЕПГ–ПДС), которое просуществовало, однако, весьма недолго – решением правления партии 4 февраля 1990 г. первая часть названия была упразднена, и партия стала именоваться ПДС.

Съезд проходил в обстановке острейших противоречий. По требованию некоторых партийных организаций вносилось предложение о самороспуске партии, отклоненное большинством делегатов. Процесс размежевания внутри СЕПГ–ПДС сопровождался возникновением множества осколочных течений коммунистической ориентации, в основном ортодоксального толка: Марксистская партия „Гвоздики", Коммунистическая партия Германии, Марксистско-ленинская рабочая партия и др.

Наступивший новый год не принес в ГДР успокоения. Социальная напряженность не ослабевала, трудности в экономике увеличивались. Массовый выезд граждан на Запад продолжался. Заметно ухудшилось снабжение населения. Отмечалось дальнейшее ослабление общественного порядка. Нередко массовые мероприятия были хаотичными и заканчивались столкновениями с полицией, другими эксцессами.

15 января по призыву руководителей „Нового форума" была проведена демонстративная акция „против затянувшегося роспуска МГБ-ВНБ", которая сразу же вышла из-под контроля ее организаторов. Вокруг зданий центрального объекта МГБ–ВНБ собралась агрессивно настроенная толпа численностью около 50 тысяч человек. Под ее напором полицейские открыли входные ворота. Участники акции учинили погром в зданиях министерства. Разгул бесчинствующей толпы принимал крайне опасные формы.

Сегодня очевидно, что штурм зданий МГБ был согласованной акцией руководства „Нового форума" и западногерманской разведки БНД. В частности, это засвидетельствовано в книге сотрудника ЦРУ Дж. Кёлера „Секреты штази".[14] Тем не менее, в ФРГ, благодаря стараниям крупных журналов и таких авторов как Анне Ворст, утвердилась версия о направляющей роли в организации погрома самих „штази".[15] То есть, обращаясь к русской классике, мы находим здесь полную аналогию с унтер-офицерской вдовой, которая сама себя высекла.

Следует сказать, что день 15 января 1990 г., подобно дням 9 и 10 ноября 1989 г., таил в себе реальную опасность кровопролития и вовлечения советских войск. В последующие несколько дней обстановка в ГДР оставалась исключительно напряженной. Солидную лепту в нагнетание страстей вносили западные СМИ, публикации в которых нередко были выдержаны в агрессивном духе, с прямым искажением фактов и имели провоцирующий, подстрекательский характер.

Х. Модров и его сторонники оказались в крайне тяжелом положении. На фоне усилившегося радикализма массовых выступлений, угрожая развернуть забас-

14 *John O. Kohler,* The Untold Story of the East German Secret Police, Boulder 1999.
15 *Anne Worst,* Das Ende eines Geheimdienstes oder wie lebendig ist die Stasi?, Berlin 1991.

товочные акции, оппозиция стала требовать права вето в отношении правительственных решений, отрицать легитимность и правительства Модрова и Народной палаты. В то же время входившие в правительственную коалицию бывшие блоковые партии, особенно ХДС, также заняли деструктивные позиции, требуя от Модрова, чтобы он приостановил свое членство в СЕПГ–ПДС и угрожая выходом из правительственного кабинета. К этому следует добавить дальнейшее углубление кризиса в самой СЕПГ–ПДС, где многие партийные организации стали требовать роспуска партии.

В осложнившихся условиях Х. Модрову пришлось пойти на принятие радикальных решений, обусловивших развитие обстановки в республике вплоть до парламентских выборов. 28 января Х. Модров провел многочасовое совещание с Круглым столом, на котором по предложению СДПГ, поддержанному со стороны СЕПГ–ПДС, было решено перенести дату выборов в Народную палату ГДР на более ранний срок, на 18 марта 1990 г. Было также решено включить в состав Совета министров ГДР представителей всех оппозиционных группировок и партий Круглого стола и создать, таким образом, „правительство национальной ответственности“.

Эти решения сразу же привели к заметному успокоению обстановки в стране: демонстрации и митинги протеста быстро прекратились, активность населения постепенно переместилась в сферу предвыборной борьбы. Достаточно условно можно считать, что в конце января 1990 г. была поставлена веха, обозначившая завершение революционного этапа в жизни Германской Демократической Республики.

В оставшееся до выборов время правительство Модрова, Народная палата и Круглый стол, учитывая неизбежность предстоявшего объединения с ФРГ, разработали и приняли ряд законов, направленных на защиту интересов граждан ГДР и на сохранение определенных социальных гарантий для них в условиях объединенной Германии. Среди этих решений наиболее важным был закон, в котором подтверждалась правомерность актов советской военной администрации по отчуждению собственности в советской зоне оккупации Германии в период между 1945 и 1949 гг. Прежде всего, в нем подтверждалась правомерность изъятия земельных угодий у крупных землевладельцев и проведения на этой основе земельной реформы в Восточной Германии. 27 марта эти положения были подтверждены Советом министров СССР.

Весьма существенные сдвиги в декабре 1989 г и в первом квартале 1990 г. произошли в спектре восточногерманских политических партий. Принятое на первом заседании Круглого стола в начале декабря решение о проведении выборов в Народную палату 6 мая 1990 г. дало мощный импульс деятельности существующих в стране партий и вызвало к жизни новые партии и объединения.

Из новых партий наиболее заметных успехов добилась социал-демократическая партия, которая в короткие сроки создала свои организации во всех районах ГДР. Этому способствовали не только сохранившиеся в Восточной Германии социал-демократические традиции, но и глубокие симпатии, которыми пользовались у населения ГДР некоторые лидеры СДПГ, особенно В. Брандт.

Кроме СДПГ из числа вновь возникших партий определенное влияние смог завоевать лишь Немецкий социальный союз (НСС). Прочие новые партии остались осколочными политическими группировками и не играли сколько-нибудь заметной роли ни до выборов 18 марта, ни после них.

НСС был учрежден на съезде в Лейпциге 20 января 1990 г. Это – консервативная националистическая партия, близкая по своим программным установкам к баварскому Христианско-социальному союзу. Главное отличие НСС состояло в том, что его лидеры выступали в агрессивном тоне с требованием немедленного объединения Германии. К марту 1990 г. НСС насчитывал 35 тысяч членов.

Среди прежних блоковых партий наиболее быстро стабилизировал свое положение ХДС. В Бонне довольно скоро осознали, что ХДС ГДР является их естественным и наиболее сильным союзником, поскольку он опирается на значительное число членов, располагает устойчивой организационной структурой и серьезной материальной базой. Поэтому федеральное правление ХДС перешло на позицию полной поддержки восточногерманских христианских демократов, самым активным образом подключилось к их акциям, начало предметно и в деталях направлять действия руководства ХДС ГДР.

Весьма сложным оказалось развитие внутри и вокруг Либерально-демократической партии Германии, которой, несмотря на сложные интриги против ее руководства со стороны боннской верхушки свободных демократов, удалось в целом сохранить свои организации. К выборам в Народную палату ЛДПГ и другие организации выступили с единым списком как Союз свободных демократов.

Демократическая крестьянская партия Германии и Национал-демократическая партия Германии не смогли найти себе партнеров в ФРГ или заключить коалиционное соглашение с другими партиями ГДР. Их новые программные установки оказались расплывчатыми, а руководство не смогло организовать достаточно широкую предвыборную кампанию, чтобы противостоять другим партиям.

Что касается Партии демократического социализма, то ее новому руководству удалось предотвратить полный развал своих организаций, добиться определенной консолидации в партийных рядах. Положительную роль в этом плане сыграл съезд ПДС, состоявшийся 24–25 февраля, на котором была определена предвыборная платформа партии. Накануне съезда было сообщено, что число членов ПДС сократилось до 700 тысяч.

В этот период кардинально изменилось положение в гражданских движениях, которые являлись катализатором переворота в ГДР и возглавили массовые выступления восточных немцев. Однако они не были способны заполнить тот вакуум, который возник в результате разрушения аппарата власти, находившегося под контролем СЕПГ. Исчез и главный мотив, объединявший разнородные оппозиционные течения – борьба против общего противника, против СЕПГ. В этой среде отчетливо стали проявляться тенденции к самостоятельности и разобщенности.

Все это привело к дифференциации гражданских движений. „Новый форум“, „Демократию сейчас“, „Инициатива за мир и права человека“ и некоторые другие группировки продолжали отклонять идею объединения Германии или же

обусловливали немецкое объединение коренными изменениями в обеих частях страны. Руководители этих течений по-прежнему были против создания четких организационных структур и превращения своих движений в политические партии.

В противоположность этому, „Демократический порыв“ и „Германская партия форума“ (часть, отколовшаяся от „Нового форума“) в конце января провели учредительные мероприятия и превратились в политические партии, изменив при этом и свою ориентацию. Они совершили поворот к кооперации с западногерманскими ХДС и СвДП и приняли их установки в вопросе об объединении Германии.

Эти тенденции в развитии политических партий и гражданских движений оказали самое существенное влияние на результаты выборов в Народную палату ГДР 18 марта 1990 г.

Декабрьский перелом в настроениях населения ГДР предопределил дальнейший ход событий. В течение двух-трех месяцев произошла социальная переориентация значительной части общества: идея усовершенствования социализма в ГДР утратила прежнюю привлекательность. Развернувшаяся в республике кампания в связи с выборами в Народную палату прошла при доминирующем влиянии политиков из ФРГ и в соответствии с западными стандартами. Её результатом стало сокрушительное поражение сторонников социализма на выборах 18 марта. Было создано правительство „большой коалиции“, в которое при явном перевесе христианских демократов вошли также социал-демократы и свободные демократы.

Правительство „большой коалиции“ опиралось в Народной палате на квалифицированное большинство, что обеспечило ему возможность принятия законов во изменение прежней Конституции ГДР. В условиях массированного воздействия со стороны основных политических сил ФРГ была развернута подготовка к ликвидации собственного государства, к скорейшему присоединению ГДР к Западной Германии.

В конце августа 1990 г. был подписан договор о восстановлении единства Германии, в соответствии с которым с 3 октября 1990 г. Германская Демократическая Республика прекратила свое существование и стала частью ФРГ.

Бернд Фауленбах

К вопросу о переплетении общественно-политических процессов и международной политики в 1989/90 годах

Объединение Германии нередко рассматривается под суженным углом зрения как чисто политический процесс, своего рода процесс дипломатических шагов. При этом не учитываются глубокие политические и общественные взаимосвязи, не в последнюю очередь процессы перемен в социалистическом лагере, которые не только сделали возможным объединение Германии, но в определенной мере явились и его причиной. Здесь приводятся некоторые замечания и тезисы, цель которых – внести вклад в формирование общей оценки событий 1989/1990 гг.

I.

Вплоть до конца 1989 г. для большинства правительств и общественности европейских стран послевоенный порядок считался естественным. Прежде всего Советский Союз выступал как держава, гарантирующая послевоенный порядок. Внешняя политика Советского Союза в значительной степени была направлена на укрепление в Европе статуса кво. В этой связи следует напомнить, что Совещание по безопасности и сотрудничеству в Европе (СБСЕ) изначально была проектом Советского Союза, имевшим своей целью закрепить послевоенные границы. Но и западные страны и их правительства – Великобритания, Франция или Италия – казались, из соображений собственных государственных интересов и на основе собственного исторического опыта, заинтересованными в сохранении существования двух германских государств. Да и немцы уже свыклись с наличием двух Германий. Как известно, новая „восточная политика“ после 1969 г. была направлена на то, чтобы приоткрыть границы, но не на то, чтобы их устранить. Целью было добиться урегулированных соседских отношений друг с другом с возможностью взаимного сотрудничества, исходя из того, что, если вообще, то лишь в отдаленной перспективе, с преодолением раскола Европы и установлением мирного порядка в Европе, можно будет восстановить единство Германии, причем представление о его формах было крайне туманным.

И если за год с небольшим в 1989/1990 гг. послевоенный порядок прекратил свое существование, произошло объединение двух германских государств и обозначились очертания новой Европы, то объяснение этому надо искать в глу-

бочайших общественно-политических процессах, протекавших на первых порах незаметно, будто бы за спиной современников.

II.

Переменам 1989–1991 гг. (я включаю сюда и Советский Союз) предшествовала политическая и экономическая эрозия социалистических стран. Говоря языком Карла Маркса, производительные силы в странах „реально существующего социализма“ оказались в явном противоречии с производственными отношениями. И если в Советском Союзе и в других социалистических странах – упрощенно говоря – в 50-ые годы, т. е. во времена, когда горнодобывающая и металлургическая промышленность, судостроение и т. д. играли еще большую роль и речь, главным образом, шла о производстве в количественных производственных показателях, наблюдался еще большой экономический рост (не уступавший, по крайней мере, экономическому росту Запада), то вскоре после этого периода стало заметным явное отставание социалистического лагеря от развитых западных стран в отношении широты диапазона экономического производства и, не в последнюю очередь, производства товаров широкого потребления. Окончательно отставание Советского Союза и других социалистических стран – несмотря на впечатляющие достижения в отдельных областях – закрепилось с начала 70-ых годов с развитием и внедрением новых информационных и коммуникационных технологий. В общей сложности, для Советского Союза и других восточноевропейских государств была характерна прогрессирующая стагнация народного хозяйства, чего не могли не заметить руководители партий и государств, даже если они и закрывали на многие факты глаза.

Все это имело растущее значение, поскольку социалистический лагерь не мог отгородиться от мировой экономики. При решении возникших из этой ситуации трудностей с начала 70-ых годов в социалистических странах возникало больше проблем, чем в западных странах. На фоне этого большинство социалистических стран, и не в последнюю очередь Советский Союз и ГДР, были заинтересованы в сотрудничестве с западными партнерами. В результате в отношениях между Западом и Востоком возникла явная асимметрия, а в некоторых областях даже зависимость Востока, в особенности ГДР, от Запада.

Все это привело к – крайне запоздалым – попыткам проведения реформ со стороны советского руководства во главе с Ю. Андроповым и, прежде всего, во главе с М. Горбачевым, стремившемся преодолеть безнадежное отставание Советского Союза. Насколько пригодными средствами, остается вопросом дискуссий. Однако, многое говорит о том, что система в конечном счете была нереформируемой.

III.

Экономическая стагнация сопровождалась в Восточной Европе процессом идеологической и политической эрозии. Марксизм-ленинизм совершенно явно терял

приверженцев, а коммунистические партии все более утрачивали способность проводить свою идеологическую и политическую линию в обществе, в котором различные силы стремились к большей самостоятельности. Здесь можно говорить о процессе разложения коммунистических систем, достигшем в 1989 г. в различных странах различной стадии развития. И если уже раньше предпринимались попытки свергнуть коммунистическую систему (ГДР 1953 г., Венгрия 1956 г.) или реформировать систему (Прага 1968 г.), то, начиная с 70-ых годов Польша оказалась впереди всех на пути движения за расширение общественной автономии, что само по себе было неприемлемым для коммунистических систем в силу понимания ими самими своей собственной роли. И хотя профсоюз „Солидарность“ с введением военного положения был запрещен, стремление к самоопределению в обществе, поддерживаемое католической церковью, окончательно подавить уже было невозможно, тем более, что и Папа Римский Иоанн Павел II, сам родом из Польши, поощрял этот процесс. Таким образом, в Польше произошел постепенный эволюционный переход к посткоммунистическому обществу. Аналогичный процесс, правда без чрезвычайных событий как в Польше, имел место в Венгрии, где коммунисты-реформаторы и другие деятели, состоящие в коммунистической партии, конечно же, при поддержке со стороны важных общественных сил, пошли по пути, ведущему к посткоммунистической эре. В общей сложности, ввиду значения современных средств связи, Восточную Европу уже невозможно было держать в изоляции от остального мира.

Особую роль играла политика перестройки Горбачева. Она была как реакцией на происходящие перемены, так и одновременно их движущей силой. Её можно рассматривать как – что нередко в истории России – реформу „сверху“. В то же время это было попыткой найти адекватные изменившимся условиям и вызовам решения проблем Советского Союза и коммунистического мира. Политика Горбачева усилила, а также пробудила к жизни стремления к переменам во многих странах Восточной Европы. Это относится и к ГДР, формальным референтным обществом которой был Советский Союз, неформальным, однако – Федеративная Республика Германия.

Члены руководства СЕПГ, находящиеся на склоне лет, проявили крайне враждебное отношение к реформам, и ориентированные на реформы силы до осени 1989 г. не имели возможности предпринять какие-либо действия. Значительную роль здесь играл особый характер ГДР как меньшего из двух германских государств, находящейся в тени более крупной и более успешной Федеративной Республики Германия. Отто Райнхольд, директор партийного института общественных наук и член ЦК, подчеркнул в августе 1989 г. специфичность ГДР, отличающую ее от других социалистических государств:

„Они [другие социалистические государства] еще до социалистических преобразований существовали уже как государства с капиталистическим или полуфеодальным строем. Поэтому их государственность не зависела в первую очередь от общественного устройства. Иначе обстоит дело с ГДР. Она мыслима только лишь как антифашистская, как соци-

алистическая альтернатива ФРГ. Какое право на существование могла бы иметь капиталистическая ГДР рядом с капиталистической ФРГ? Конечно же, никакого.“[1]

И действительно, граждане ГДР после крушения существовавшей политической структуры отказались от своего государства.

Предпосылкой распада ГДР как государства следует, таким образом, считать процесс глубоких общественно-политических изменений, проходивший в Восточной Европе, который никоем образом нельзя сводить исключительно или в основном лишь к политике Горбачева. Но конечно же, силы внутри и вне коммунистических партий, желавшие реформ, видели в этой политике поддержку своих начинаний. В этой связи трудно поддается оценке значение отказа от доктрины Брежнева, которая не увязывалась с проводимой Горбачевым политикой реформ и в связи с которой возникал вопрос, насколько ее применение и впредь могло бы приносить реальный долгосрочный „успех“ в том смысле, как это понимал Советский Союз. С другой стороны, как в Восточной, так и в Западной Европе все-таки оставалась определенная неуверенность, насколько Горбачев действительно представляет Советский Союз? Насколько сильна позиция традиционных сил или же сил, желавших поворота в прошлое? Не могут ли его свергнуть, или не уступит ли он сам под давлением реакционных сил? Каковы бы ни были ответы на эти вопросы, остается фактом, что с середины 80-х гг., благодаря также и политическим процессам, развивающимся в Советском Союзе, силы, стремящиеся к реформам, приобретали в социалистических странах – хоть и в совершенно различных масштабах – все больший радиус действий.

IV.

Вплоть до поздней осени 1989 г. почти все как на Западе, так и на Востоке исходили из стабильности ГДР и ее общественно-политической системы. Ни в Федеративной Республике Германия, ни в ГДР не было каких-либо заслуживающих внимания политических сил, действующих с целью общей дестабилизации ГДР. Однако, было совершенно очевидным, что система, руководимая СЕПГ, уже несколько лет находится в состоянии стагнации, что слишком старое руководство не желает проводить реформы и что зависимость ГДР от Федеративной Республики Германия растет.

В условиях этой стагнации действовали, в первую очередь, две общественные силы, которые ставили под вопрос политику системы СЕПГ и впоследствии существование самой системы, а именно: эмиграционное движение и гражданское движение. Оба этих движения, особенно гражданское, стали массовыми.

Эмиграционное движение было результатом старой структурной проблемы ГДР – здесь свое действие оказала притягательная сила Запада, влиявшая на население восточной части Германии и питавшаяся из многочисленных источников, к числу которых относились негативный опыт пережитого людьми в ГДР,

[1] Die „sozialistische Identität“ der DDR. Überlegungen von Otto Reinhold in einem Beitrag für Radio DDR am 19. August 1989 (Auszug), в: Blätter für deutsche und internationale Politik 34 (1989), S. 1175.

а также несравнимо более высокий уровень жизни и обстановка общественной и политической свободы на Западе. Привлекательность Запада – даже несмотря на экономические и социальные проблемы Федеративной Республики Германия – возросла в 80-ые годы перед лицом очевидной стагнации развития в ГДР. Через средства массовой информации, прежде всего телевидение, население ГДР участвовало в происходящем в Федеративной Республике Германия, не присутствуя при этом в действительности. Для большинства людей в ГДР Запад – по крайней мере частично – устанавливал мерки, находящиеся в резком противоречии с конкретной действительностью ГДР и ее идеологическим восхвалением со стороны СЕПГ, с которым многие соглашались только для вида. Все большее количество людей подавало заявления на выезд из страны, а в конечном счете, несанкционированным пребыванием в Постоянном представительстве Федеративной Республики Германия в Восточном Берлине и в посольствах Федеративной Республики Германия несколько тысяч человек попытались добиться выезда из страны.

В начале ноября 1989 г. перед лицом общественно-политического давления режим СЕПГ попытался приоткрыть клапан для выхода недовольства с помощью новых положений относительно выезда из страны. Следствием этого было открытие стены, существовавшей с 1961 г., и массовое посещение Западного Берлина и Федеративной Республики Германия восточными немцами. Это имело значительные социально-психологические последствия: для большинства населения даже реформированная ГДР вскоре утратила свою привлекательность, а целью стало только лишь присоединение к Федеративной Республике Германия.

Нельзя недооценивать роль гражданского движения осенью 1989 г. Оппозиция, охватывавшая с точки зрения органов госбезопасности ГДР еще в июле 1989 г. всего примерно 2.500 человек и отчасти получившая свое развитие под крышей евангелической церкви, вскоре нашла – как свидетельствовали демонстрации по понедельникам в Лейпциге – значительный отклик в широких слоях населения. Со временем демонстрации по понедельникам проводились во многих городах ГДР. И хотя руководство СЕПГ сняло с поста Хонеккера и учредило готовое к проведению реформ правительство под руководством Ханса Модрова, эта смена власти оказалась запоздалой. СЕПГ больше не удалось направить в нужное ей русло народное движение, тем более, что гражданское движение создало организации – такие, как организационно сравнительно свободный „Новый Форум", но и чисто политические, как Социал-демократическая партия в ГДР. Одновременно начался процесс частичного отмежевания от СЕПГ четырех существующих в ГДР партий, входящих в так называемый „блок", которые стали стремиться к определенной самостоятельности. Уже в значительной степени разложившаяся и не имеющая больше гарантированной любыми средствами (вплоть до применения военных средств) поддержки со стороны советского руководства, система СЕПГ рушилась под давлением общественно-политических движений. СЕПГ предприняла попытку реорганизации, т. е. некоторой демократизации в виде учреждения СЕПГ-ПДС, сохраняя, однако, верность традициям старой партии, что позволило ей выжить как партии приверженцев

существовавшей системы, однако без малейшей возможности образовать большинство.

Необходимо отметить, что воссоединению предшествовало постепенное крушение системы СЕПГ, вызванное, в свою очередь, глубокими общественно-политическими причинами, к которым в равной мере следует отнести стагнацию экономического и общественного развития, эрозию господствующей системы и ее идеологии, формирование оппозиционных групп и общественного мнения, в противовес официальному, растущее недовольство широких слоев населения и притягательная сила Федеративной Республики Германия и ее общества.

V.

К концу 80-х годов недостаточная готовность руководства СЕПГ к реформам вызывала со стороны общественности Федеративной Республики Германия все большее недоумение. Политик СДПГ Эрхард Эпплер, который в эти годы с особой активностью выступал за диалог с СЕПГ, сказал в своей речи 17 июня в Германском Бундестаге, что находящимся на склоне лет господам в Восточном Берлине невозможно помешать в том, чтобы они „сами себя уничтожили“.

Политические круги Федеративной Республики Германия отошли от своих сдержанных позиций только после того, как пала стена, произошли массовые немецко-немецкие встречи, следствием чего стал „поворот“ в „повороте“. Лозунг „Народ – это мы“ в ходе демонстраций превратился в лозунг „Мы – один народ“. Программа Гельмута Коля „10 пунктов“ ознаменовала собой явное изменение курса в политике Федеративной Республики Германия. Для предоставления экономической и финансовой помощи теперь были поставлены условия – проведение реформ. Программа федерального канцлера содержала в себе также перспективу создания конфедеративных структур или даже восстановления германского единства – перспективу, которая сознательно была очерчена еще крайне туманно.

Лидер социал-демократической оппозиции Ханс-Йохен Фогель в бюджетных прениях, в ходе которых федеральный канцлер представил свою программу „10 пунктов“, еще до выступления канцлера занял подобную позицию. В соответствии с этим, представители оппозиции согласились с программой „10 пунктов“, заявив, однако, в последующие дни со всей определенностью, что эта концепция включает в себя признание границы по Одеру-Нейсе. Вообще СДПГ в эти недели было сложно занять единую позицию. В особенности Оскар Лафонтен, который считался потенциальным кандидатом на пост федерального канцлера, с одной стороны, ратовал за то, чтобы в ГДР было больше свобод, с другой стороны, скептически и даже отрицательно относился к политике, ставящей под сомнение наличие двух государств в существующей до сих пор форме.

Несогласие с программой „10 пунктов“ было выражено со стороны партнеров Федеративной Республики Германия в ЕС и со стороны советского руководства. При этом Гельмут Коль еще не занял конкретной окончательной позиции в политике германского вопроса. Очевидно, только под впечатлением своего визита

в Дрезден в декабре 1989 г. он принял решение выдвинуть как краткосрочную цель политики Федеративной Республики Германия восстановление германского единства.

В качестве вывода можно сказать, что лишь глубочайший кризис ГДР, который следует рассматривать в контексте стагнации „реально существующего социализма“, привел в Федеративной Республике Германия к началу новой политики.

VI.

Советское руководство вело себя осенью 1989 г. вначале так, как от него и ожидали. Когда министр иностранных дел Федеративной Республики Германия Ханс-Дитрих Геншер попытался объяснить в Москве программу „10 пунктов“, она была резко отклонена со стороны советского руководства. Горбачев, как и министр иностранных дел Эдуард Шеварднадзе, публично со всей определенностью высказывались против воссоединения. Немецкие наблюдатели, начиная с Эгона Бара, общавшегося, главным образом, с бывшим послом Валентином Фалиным, и кончая Михаэлем Штюрмером, руководившим фондом „Наука и политика“, считали невозможным, что советское руководство – как выразился Штюрмер в ноябре 1989 г. – откажется от своей „оставшейся доли господства над ГДР“. В дискуссиях в Федеративной Республике Германия также приводился довод, что нельзя ослаблять позиции Горбачева и укреплять позиции противников реформ. И если советское руководство при Горбачеве в начале 1990 г. пересмотрело свою политику в отношении Германии, заняв сначала позицию, не исключающую больше пути к германскому воссоединению, а затем и конкретно сделав единство возможным в форме, предусмотренной в результате разработки формулы „2+4“, то объяснить это можно лишь с учетом различных процессов политических и общественных изменений, среди которых необходимо назвать следующие:

а) Социально-экономические проблемы в Советском Союзе, выявленные и отчасти даже усугубленные процессом реформ, обострились. Перспектива долговременных хороших отношений с Германией представлялась такой же целесообразной, как краткосрочная финансовая поддержка была полезной для решения этих проблем.

б) Начался процесс распада ГДР как государства. Беседы с Модровым, Гизи, а также с Колем в начале 1990 г. способствовали осознанию советским руководством факта, что сохранить ГДР в существующей форме невозможно.

в) Советское господство над Восточной Европой во многих отношениях себя изжило, оно больше не соответствовало духу времени ни политически, ни экономически, ни с точки зрения культуры.

д) Изменению ориентации в советской политике, как кажется, способствовало то, что Политбюро лишилось власти и политику по отношению к Германии стал определять уже не ортодоксальный, а реалистический подход, представители которого еще до этого помышляли о немыслимом.

Конечно же, советской политике было не под силу справиться с таким количеством различных проблем, одновременно ждущих решения. Наряду с социально-экономическими проблемами следует назвать такие, как, например, выход прибалтийских республик из состава СССР и национальные противостояния. Хотя бы кратко необходимо упомянуть о том, что заинтересованность Советского Союза в продолжении политики разрядки с США побуждала его к более гибкому подходу в политике по отношению к Германии.

Безусловно, изменения в ГДР и крушение коммунистических систем во всех восточноевропейских странах оказали со своей стороны воздействие на Советский Союз: здесь они способствовали развитию центробежных тенденций. И все-таки при общей оценке процессов 1989–1991 гг. необходимо учитывать и общественно-политический кризис стран реально существующего социализма начиная с 70-ых годов Горбачев попытался преодолеть этот кризис посредством реформ. Однако, видимо, к этому времени системы эти реформировать, не разрушая их, было уже невозможно. Насколько это было возможно в более ранний момент – вопрос теоретический, на который можно дать только спекулятивный ответ. Горбачев в октябре 1989 г. сказал: „Кто опаздывает, того наказывает жизнь“. Эту фразу можно, пожалуй, применить и к его политике реформ.

По крайней мере одна из целей Горбачева в политике по отношению к Германии была достигнута вследствие воссоединения Германии – развитие стабильных и хороших германо-российских отношений.

Борис В. Петелин

ХДС/ХСС и объединение Германии

К вопросу о роли германской политики в 1989/90 годах

Немецкий историк и политолог А. фон Плато пишет в своей книге, что обретение национального единения Федеративной Республики, Берлина и ГДР стало главным приобретением в германской политике Г. Коля. Заслуга канцлера в том, что он, используя представившиеся возможности, максимально увязал процесс воссоединения с европейской интеграцией, европейской безопасностью, интересами США, СССР и восточноевропейских государств.[1] Да, канцлер располагал для этого высокопрофессиональной командой, из которой, тот же Плато, выделяет Хорста Тельчика, на его стороне был многоопытный министр иностранных дел Ханс-Дитрих Геншер, но при этом не следует забывать, что Гельмут Коль был не только канцлером ФРГ, но и председателем ХДС, избранный на тот пост еще в 1973 г. Разумеется, реальную политику в 1982–1990 годах проводило правительство, куда входили и министры от СвДП, но партия для Коля, по меткому замечанию Герда Ланггута, была „базисом его власти". Именно ХДС, начиная с Конрада Аденауэра, повела свою линию в германской политике, о возрождении которой в начале 80-х годов заявил Коль.

Коль, в отличие от Аденауэра, располагал „аппаратом германской политики". В расширительном плане к нему следует отнести: ХДС, фракцию ХДС/ХСС в бундестаге, правительственные структуры, прежде всего министерство по внутригерманским отношениям, Ведомство федерального канцлера. Основные задачи были возложены на Ведомство федерального канцлера, являющееся институциональным органом исполнительной власти. К центральному руководству наряду с федеральным канцлером относился шеф Ведомства, который осуществлял общее руководство всеми остальными службами. В 1982–1984 гг. во главе Ведомства стоял статс-секретарь В. Шреккенбергер, с которым Коль был знаком еще со школьной скамьи. В ноябре 1984 г. Ведомство возглавил В. Шойбле (с 21 апреля 1989 г. руководство перешло к Р. Зайтерсу), один из ближайших помощников и советников Г. Коля. Так как Шойбле стал государственным министром, то его функции значительно расширились, а положение укрепилось. Новый статус позволял ему быть на равных в отношениях с другими министрами, а после кооптации в президиум правления ХДС принимать участие в работе фракции

[1] *Alexander von Plato*, Die Deutsche Einheit – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Berlin 2002, с. 411.

ХДС/ХСС в бундестаге и осуществлять координацию между центральным руководством партии и ее земельными организациями.

Наиболее значимым являлось „второе управление“ (Abteilung 2), курировавшее „внешние и внутригерманские связи; политику развития; внешнюю безопасность“. „Управление“ состояло из 5 „отделов“, 2 „специальных групп“: „21“, „23“ и „рабочего штаба германской политики“ (Arbeitsstab Deutschlandpolitik), который также имел свои „отделы“ и „группу 22“, занимавшуюся исключительно внутригерманскими отношениями и берлинским вопросом (рук. Э. Штерн). Ранее руководство „вторым управлением“ осуществлялось чиновником из МИДа. При Коле „управление“ возглавил Х. Тельчик, ставший ключевой фигурой в проведении германской политики. „Штаб германской политики“ возглавляли: Х. фон Рихтхофен, имевший большой опыт и знания в области внешней политики; в 1986–1990 гг. руководство перешло к К.-Ю. Дуйсбергу. В „пятом управлении“ (Abteilung 5) – руководитель Э. Аккерманн, находились подразделения, которые являлись составной частью „аппарата германской политики“. Её проведение осуществлялось также через „постоянное представительство в ГДР“, „полномочного представителя федерального представительства в Берлине“, „личного уполномоченного канцлера“. Содержание, порядок и характер работы „аппарата германской политики“ показан в воспоминаниях Г. Коля, Х. Тельчика, В. Шойбле, Р. Зайтерса, М. Мертеса, а также в исследованиях К.-Р. Корте, Г. Ланггута и других авторов.

Немецкий историк и политолог Вольфганг Егер в третьем томе „Истории германского единства“ считает: с конца лета 1989 г. „воссоединение“ как главная цель ХДС/ХСС постепенно вводится в оперативную внешнюю политику ФРГ.[2] К этому подталкивали лавинообразные перемены в Восточной Европе, которые меняли установленный победителями во Второй мировой войне европейский порядок. Интерес представляет выступление А. Дреггера, председателя фракции ХДС/ХСС в бундестаге, 1 сентября 1989 г. во время дебатов по теме „Мирный порядок для Европы“.[3] Поблагодарив В. Брандта за сделанный накануне доклад, Дреггер выразил свое несогласие с СДПГ, посчитавшей, что в ходе дебатов „вопросу о границах придается чрезмерная роль“. Дреггер продолжил:

„Мы должны исходить из того, что Германия расколота. Федеративная Республика Германия, Западная Германия, не имеет общей границы с *Польской Народной Республикой* и по этому не может заключить никакого договора по регулированию границы с Польшей. Западная Германия также не имеет права распоряжаться Восточной Германией. Что бы мы сказали, если бы Восточная Германия стало бы распоряжаться западногерманской территорией?“

На этот вопрос ответ у Дреггера один: „Только воссоединенная Германия может осуществить *пограничное урегулирование между Германией и Польшей*“, когда Польша станет ее соседом.

[2] *Wolfgang Jäger,* Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998, c. 16–17.

[3] *Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen* (Hrsg.), Materialien zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1989/91 (1991), Bonn, c. 175.

„То что Федеративная Республика Германия могла в этой ситуации сделать, произошло в результате *Варшавского договора* в то время, когда Вы, коллега Брандт, были канцлером. Его основное положение: ‚Федеративная Республика Германия и Народная Республика Польша не имеют друг к другу никаких территориальных претензий и не будут выдвигать их также в будущем.‘“[4]

Дреггер, будучи опытным политиком, вовсе не стремился к обострению отношений с Польшей. Для него в данный момент первостепенным являлся не вопрос о границах, а содержание внутренних реформ в ГДР и ПНР. Нужно оказывать поддержку в становлении свободы и демократии в Восточной и Центральной Европе. Дреггер как председатель фракции ХДС/ХСС приветствовал установление и расширение контактов и связей между политиками разного уровня ФРГ и Польши, а также предстоящий визит канцлера в ПНР. В своей речи он не обошелся без экскурса в европейскую историю, когда в бесчисленных войнах менялась конфигурация государств. Территориальный раздел Европы после Второй мировой войны нельзя считать окончательным. В 1989 г. наступил новый период территориальных перемен, в чем Дреггер оказался прав.

При этом политики из ХДС/ХСС вовсе не стремились к дестабилизации, понимая, чем это чревато. Тем не менее, Колю приходилось нелегко, чтобы удержать ситуацию под контролем. 5 сентября 1989 г. в бундестаге канцлер напомнил:

„Отношение обоих немецких государств в Германии друг к другу является существенным элементом стабильности в Европе. Тех, кто не согласен, я хочу предостеречь: кто причиняет вред этой стабильности, должен знать, какие последствия имело бы это для всех участников“.[5]

И все же обзор документов из Ведомства федерального канцлера, относящихся к периоду до падения Берлинской стены, показывает, что германская политика, сосредоточенная в руках канцлера и его аппарата, приобретает наступательный характер. Руководство ФРГ, стремясь не допустить „неосторожных“ действий в отношении ГДР, фактически становилось арбитром в разрешении ее внутренних проблем.

Проявлением оперативной германской политики стали поездки деятелей ХДС/ХСС, депутатов бундестага в Восточный Берлин и их встречи с представителями оппозиции в ГДР. Так, в начале октября 1989 г. в Восточном Берлине побывал министр Н. Блюм, который встречался с одним из лидеров оппозиции пастором Р. Эппельманом. Ранее в ГДР побывала группа депутатов бундестага от ХДС/ХСС во главе с Э. Линтнером, ведущим специалистом ХСС по германскому вопросу. Свидетельством интенсификации германской политики является также возросшая активность представительства ФРГ в Берлине, оперативно поставлявшего информацию о развитии событий в ГДР.

Важным направлением в германской политике руководства ХДС/ХСС стало участие в политическом процессе в ГДР, который быстро развивался в на-

[4] Там же, с. 176.
[5] *Jäger*, Die Überwindung der Teilung, с. 17.

правлении формирования оппозиционных СЕПГ партий, союзов и движений.[6] В „рабочем штабе германской политики“ шло накопление информации о новых образованиях, таких как „Новый форум“ („Neues Forum“), „Демократия сейчас“ („Demokratie Jetzt“) и других. В оппозицию режиму заносится евангелическая церковь ГДР, политическую роль которой в тот момент не следует преувеличивать. Исследователи не должны проходить мимо того факта, что представители ХДС начиная с 1989 г. добиваются установления связей с восточногерманской ХДС. Сошлемся на Б. Вормса, председателя ХДС в земле Северный Рейн-Вестфалия, который в ходе своей поездки по городам ГДР выразил желание иметь связи с ХДС из Лейпцига. Однако ее представители в тот момент отказались от самостоятельных действий.[7]

Интерес представляет информационная справка „Образование оппозиционных групп в ГДР“, подготовленная постоянным представителем ФРГ в ГДР Ф. Бертеле и направленная в Бонн 20 сентября 1989 г. в „группу 22“ Ведомства федерального канцлера. В ней сообщалось, что 19 сентября 1989 г. в церкви „Gethsemane“ состоялось учредительное собрание группы „Новый форум“ (призыв к созданию движения „Новый форум“ первоначально был опубликован в прессе ФРГ, что не отрицалось организаторами). Присутствовало около 200 человек, хотя, как заявила Бэрбель Болей, одна из 30 организаторов группы, учредительный манифест подписали уже 2 000 человек. „Новый форум“ намерен был получить официальное разрешение властей для ведения общественно-политической деятельности. В конце мероприятия состоялось краткое представление еще одной организации под названием „Демократия сейчас“. В отличие от „Нового форума“, данная организация уже имела конкретный список членов с их адресами и номерами телефонов. Была заявлена и главная цель „Демократии сейчас“: выдвижение собственных кандидатов на выборах в Народную палату.

Бертеле дает оценку этим организациям. По его мнению, считать их за „серьезную оппозицию“ СЕПГ – заблуждение. В „Новом форуме“, за исключением нескольких известных интеллектуалов, нет политиков. Выступление Болей имело „любительский“, непрофессиональный характер. Не были продуманы даже самые простые организационные формы. Так, содержание учредительного манифеста фактически осталось неизвестным, по причине ограниченного количества экземпляров. Не была установлена дата следующего собрания. Неудивительно, что „немногочисленные посетители мероприятия покидали церковь такими же разобщенными и беспомощными, какими они туда прибыли“[8].

[6] См. подробнее: *Б. В. Петелин*, ХДС/ХСС и становление новой партийно-политической системы в Восточной Германии 1989/90 гг., в: *Ю. В. Галактионов / Б. Бонвеч* (отв. ред.), Германия и Россия в XX веке. Две тоталитарные диктатуры, два пути к демократии, Кемерово 2001, с. 427–436.

[7] Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP), Pressedokumentation 1/20/6-1, 24. Mai 1989.

[8] *Hanns Jürgen Küsters / Daniel Hofmann* (Hrsg.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, с. 410.

Немногим лучше обстояло дело и у организаторов „Демократии сейчас“. Среди организаторов были: В. Ульман, Л. Мельхорн, К. Вайс, которые на словах заявили о том, что они не желают идти по пути „Нового форума“, а будут создавать прочную структурированную организацию, но пока не готовы конкретно говорить о своей дальнейшей деятельности. На основании этой и последующей информации в Ведомстве федерального канцлера шел поиск и отбор будущих политических союзников и партнеров ХДС/ХСС. Что касается граждан ГДР, то они получали информацию о создании новых политических организацией преимущественно из западногерманских СМИ. Впрочем, по-другому и быть не могло, так как власти и органы ГДР рассматривали эти организации и движения как „враждебные“ социалистическому государству.[9]

Еще одним проявлением оперативной германской политики следует считать начавшиеся 24 октября переговоры в Бонне между Зайтерсом и Шойбле (встречи проходили раздельно) с прибывшим сюда представителем СЕПГ Шальк-Голодковски. Предметом переговоров было предоставление новых кредитов ГДР, в чем она остро нуждалась. 7 ноября 1989 г. Зайтерс сообщил Шальк-Голодковскому решение Коля увязать предоставление финансовой помощи с гарантией допуска оппозиционных сил к свободным выборам, то есть фактическому отказу СЕПГ от монополии на власть. Революционные события в ГДР прервали эту линию в германо-германских отношениях.

8 ноября 1989 г. Г. Коль выступил в бундестаге с очередным и, как оказалось, последним „посланием о положении нации в разделенной Германии“.[10] Часовая содержательная речь канцлера своей актуальностью стала дальнейшим развитием германской политики ХДС/ХСС в условиях неопределенности и хаоса в Восточной Германии. „Послание“ состояло из семи разделов, объединенных одной – германской проблемой. Канцлер, обращаясь к беспрецедентному бегству людей в центре Европы и многотысячным демонстрациям в Берлине, Лейпциге, Дрездене и других городах ГДР, заверил и участников демонстраций и депутатов бундестага, что их голос „Мы – народ!“ будет услышан. „Эти события перед глазами всего мира – заявил Коль – показали, что раскол нашего отечества является противоестественным, что стена и колючая проволока не имеют боль-

[9] В октябре 1989 г., как отмечает Д. Гроссер, в ГДР действовало семь политических групп и партий, противостоящих режиму СЕПГ. Это: „Инициатива за мир и права человека“, „Новый форум“, „Демократия сейчас“, „Демократический прорыв“, „Социал-демократическая партия“, „Партия зеленых“, „Объединенные левые“. Их деятельность после падения Берлинской стены была направлена на подготовку заседаний „круглого стола“ с участием представителей СЕПГ. См. *Dieter Grosser*, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998, с. 103.

[10] Это „послание“ Коля включено во многие документальные сборники, ввиду его большой исторической важности. *Reinhard Bettzuege* (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Dokumente von 1949 bis 1994, Köln 1995, с. 605–616; *Kulturstiftung*, Materialien zu Deutschlandfragen (выдержки). Автор использует текст „послания“, опубликованный в информационном издании федерального правительства: „Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“, в: Bulletin № 123, 9. November 1989, с. 1053–1060.

ше срока на существование.“[11] Эта картина свидетельствует, продолжал канцлер, что германский вопрос не решен, так как люди в Германии не примирились с существующим положением.

Составители „послания“, сохраняя традиционность в подходах к документам такого рода, акцентировали на этот раз на актуальности проблем, вставших перед ФРГ. Прежде всего, это перемены в Европе. На Западе – зримые очертания единого европейского рынка, создание которого намечалось завершить к 31 декабря 1992 г. На востоке Европы – процесс смены политической и экономической систем. Начатая Горбачевым политика преобразований, дает надежду на преодоление конфликта между Востоком и Западом. Впервые после окончания Второй мировой войны, говорилось в „послании“, открываются перспективы для осуществления прав народов на свободу и самоопределение. Канцлер выразил симпатию и поддержку реформам в Венгрии и Польше, куда он отправлялся на следующий день. Естественно, что составители стремились подчеркнуть возможность „прорыва“ в германо-польских отношениях. Пришло время для примирения между обоими народами и шансы для этого, сказал Коль, сегодня лучше, чем в прежние десятилетия вследствие больших политических изменений в Польше.

Коль предвидел, что в Варшаве, прежде всего, будут интересоваться „территориальным вопросом“. Канцлер знал, какие мнения на этот счет высказываются в его партии,[12] но он в тот момент не мог допустить двусмысленности и недосказанности. Поэтому канцлер процитировал соответствующие положения Варшавского договора и заявления бундестага от 17 мая 1972 г.: требуя осуществления права на самоопределение, ФРГ не поднимает вопрос ни о каких границах и территориях. В областях, по ту сторону западной польской границы живут сегодня польские семьи, для которых эти земли стали родиной. Канцлер обещал, что ФРГ будет это уважать и никакого вопроса здесь больше не существует.[13] Вместе с тем, Коль напомнил, что немецкое население в Польше ущемляется в правах, наблюдается языковая и культурная дискриминация, с чем нельзя мириться. Право на самоопределение, на свободу должно быть предоставлено всем немцам, и это является „нашим национальным стремлением“. Как сказал канцлер, право на самоопределение является частью преобразований на Востоке.

Все остальные части „послания“ посвящены германо-германским отношениям. Бегство из ГДР, а также приток лиц немецкой национальности из стран Восточной Европы и СССР, стали дополнительной нагрузкой на экономику и социальную сфе-

[11] Там же, с. 1053.

[12] О позиции отдельных политиков из ХДС/ХСС по германскому вопросу см. также *Heinz Kiefer* (Hrsg.), Die Deutsche Frage als Strategischer Schlüssel, München 1988.

[13] Депутаты бундестага после обсуждения речи канцлера приняли решение, в котором подчеркивалось значение Варшавского договора от 7 декабря 1970 г. в качестве „прочного фундамента в отношениях между Федеративной Республикой Германия и Польской Народной Республикой“. Польский народ, говорилось в данном решении, как первая жертва гитлеровской Германии, имеет право проживать в безопасных границах, а для нас, немцев, ни сейчас, ни в будущем не должен вставать вопрос о притязаниях на отошедшие к Польше области. См. Zur polnischen Westgrenze. Entschließung des Deutschen Bundestages zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland vom 8. November 1989, в: *Bettzuege,* Außenpolitik der Bundesrepublik, с. 617.

ру в ФРГ. Тем не менее, отметил Коль, всех их принимают как „немцев“ и ситуация сегодня лучше, чем это было после войны и в начале 50-х гг. Немцам лишь не хватает, продолжал канцлер, оптимизма и согласия между поколениями, теми, кто создавал республику и теми, кто пользуется сейчас ее благосостоянием. Коль не говорил о каких-либо ограничениях на въезд, наоборот, он призывал власти ГДР устранить все препятствия на этом пути.[14] Несомненной заслугой правительства и достижением германской политики явились сдвиги в отношениях с ГДР. Были названы конкретные результаты: от совместных проектов по охране окружающей среды до культурного и спортивного обменов. Отмечалось, что ликвидация имеющихся препятствий позволит расширить взаимную торговлю, повысить уровень кооперации, создать совместные предприятия. Причем, ГДР должна сама создавать предпосылки для этих изменений.[15]

Составители „послания“ знали, в каком тяжелейшем положении находится ГДР. Не было иллюзий и насчет нового руководства СЕПГ, что оно справится с проблемами. Отказываться от политических приобретений Коль не собирался. Напомнив депутатам о главной цели германской политики – добиваться воссоединения страны через предоставление права на самоопределение, канцлер выдвинул ряд условий руководству ГДР. В политической области:
– СЕПГ должна отказаться от монополии на власть;
– должны быть легализованы независимые партии;
– гарантировано проведение свободных ыборов;
В экономической области:
– проведение экономических реформ;
– демонтаж бюрократической плановой системы;
– формирование структуры рыночной экономики;

Только в этом случае ФРГ пойдет на обширную экономическую помощь. Нужны глубокие преобразования, заявил Коль – „косметическая коррекция нас не удовлетворит“.[16]

Было ли это „ультиматумом“? Вряд ли. Канцлер говорил о необходимости тех реформ, которые уже шли в Польше и Венгрии, и стучались в другие восточноевропейские страны. Эти „требования“ были ответом Шальк-Голодковскому в его переговорах с Зайтерсом и Шойбле, о чем уже знал Э. Кренц. Правительство ФРГ не желало повторения ситуации 1983–1984 гг., когда при посредничестве Ф.-Й. Штрауса началось кредитование ГДР, а внутренние реформы были заморожены.

Выступление канцлера Г. Коля было обращено не только к депутатам бундестага и гражданам ФРГ. Самыми внимательными слушателями и читателями стали восточногерманские граждане. Собственно, это послание им и предназнача-

[14] Среди западногерманских граждан зрело недовольство таким положением. Во фракции ХДС/ХСС в бундестаге в ноябре 1989 г. было распространено высказывание Х. Гюнтера, председателя группы по трудовым и социальным вопросам в связи с новой ситуацией в ГДР. Он предостерегал от чрезмерного наплыва восточных немцев, что ложится тяжелым бременем на социальную сферу ФРГ.

[15] Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, в: Bulletin № 123, 9. November 1989, с. 1058.

[16] Verhandlungen des Deutschen Bundestages (9.11.1989), 11. Wahlperiode, с. 13016–13017.

лось. Поэтому слова канцлера воспринимались не только как „забота“, но и как „надежда“ на новое будущее, которое проступало в словах о „прогрессе в решении германского вопроса в интересах людей“.

Поворот в германо-германских отношениях, вызванный падением Берлинской стены, необходимо было осмыслить в политических партиях. Первым выступил баварский союз. 17–18 ноября 1989 г. в Мюнхене состоялся 53 съезд ХСС. От ХДС были Г. Коль и Ф. Рюэ. Подготовка к съезду велась заблаговременно, с учетом происходящих перемен. Особое внимание, как это видно из партийных материалов, было оказано германской политике, задачи которой обсуждались в „первой рабочей секции: Немецкая нация – живая реальность“.[17] Руководил работой секции депутат Европарламента, председатель совета по германской и внешней политике ХСС Л. граф Штауффенберг. С основными докладами выступили Х. Кляйн, Э. Линтнер, писатель У. Шахт, редактор М.. Шульце.

Линтнер, отметив растущее стремление немцев к единству, подчеркнул, что единственная партия, которая всегда опиралась на эту силу в немецком народе – это ХСС, выступавший без всяких оговорок типа „если“ и „но“. Настаивая на проведении свободных выборов в ГДР, докладчик сказал: Население ГДР достаточно натерпелось от господства СЕПГ. Но коммунизм потерпел поражение, а социализм рухнул как система. Вновь становится актуальным старый лозунг ХСС „Свобода вместо социализма“. В подобном ключе звучали и остальные выступления. Кляйн предостерег от увлечения дискуссиями о воссоединении. „Как бы нас вновь не призвали спасать социализм“ – сказал он, имея в виду „восточную политику“ 70-х гг. Подчеркнем: критиков социал-демократов на съезде было много. В ХСС опасались, что СДПГ со своим лозунгом „мир важнее, чем свобода“ стремится к сохранению двугосударственности.[18]

В тезисах ХСС по германской политике, одобренных съездом, отсутствовали какие-либо конкретные „пожелания“ для руководства в Бонне. Были высказаны, ставшие уже дежурными, обращения о необходимости хранить единство Атлантического союза, Европейского сообщества, содействовать установлению мирного порядка в Европе и т. д. Германский вопрос, который по-прежнему остается открытым, должен решаться на основе международного права, предоставления права на самоопределение всем немцам. Вопрос об окончательных границах Германии должен быть решен только в мирном договоре с объединенной Германией. Видимо, сказывался недостаток в полноте информации о планах правительства, лично канцлера, который замкнул всю германскую политику на себя. В то же время, ХСС, осознавая неустойчивость и неопределенность ситуации (прошла только неделя после падения Берлинской стены), заявил о постепенности перемен и длительности пути в „поисках ответа на германский вопрос“, который следует искать не в одиночку, а вместе с партнерами в Европе и соседями на Востоке. Чтобы не разжигать ненужные страсти, в одном из решений съезда было записано о пользовании только официальными картами ФРГ.[19]

[17] Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung (ACSP), LGF-PT. 17/18 ноября 1989.
[18] Там же.
[19] Там же, PT-23, № 56.

О „программе 10 пунктов“, с которой Коль выступил в бундестаге 28 ноября 1989 г., сказано немало. В германской политике ХДС/ХСС она занимает, на наш взгляд, важное место. Можно согласиться, что после ее публикации „боннская политика приняла интервенционистский характер“. То есть, речь идет о переходе к массированному вмешательству во внутренние дела ГДР.[20] Но без подобного „вмешательства“ процесс объединения был бы немыслимым. „Программа“ не являлась „пропагандистским прикрытием“ политики Коля, а была рассчитана на совместные действия властей ФРГ и ГДР, хотя последних в этом еще следовало убедить.

Прежде чем обратиться к содержанию „программы 10 пунктов“, остановимся на истории ее появления. Наиболее ценными являются свидетельства непосредственных участников разработки „программы“ Х. Тельчика и М. Мертеса, книга которого о политической жизни современной Германии издана в 2001 г. в России.[21] Михаэль Мертес в Ведомстве федерального канцлера возглавлял группу спичрайтеров (группа № 521). Он пишет: идея выступления канцлера в бундестаге с программным заявлением принадлежала Хорсту Тельчику, что еще раз подтверждает значительную роль ближайшего советника Коля в германском единстве. Эйфория от падения Берлинской стены в Ведомстве улеглась. Требовались конкретные предложения в развитии германской политики, которые привлекли бы внимание общественности, как в ФРГ, так и в ГДР.

Определиться с „идеей“ как ни странно „помог“ Х. Модров. Выступая 17 ноября в Народной палате с первым правительственным заявлением, он сказал о возможности „договорного сообщества“ между ГДР и ФРГ, которому „следует выйти далеко за рамки Договора об основах отношений между ГДР и ФРГ, равно как и всех ранее заключенных договоров и соглашений между обоими государствами“. Мертес по этому поводу замечает, что за этими словами у Модрова „ничего конкретного не было“, но идея была привлекательна.[22]

Партийное и государственное руководство ГДР все еще пребывало в условиях внутреннего распада, поэтому пропагандировать эту „идею“, кроме Модрова, было некому. Однако ему приходилось заниматься текущими, главным образом, экономическими делами и проявлять внешнюю активность было сложно. Кроме того, как пишет сам Модров, в те дни ФРГ посетил советник Горбачева, эксперт по Германии Н. Португалов, который имел откровенные беседы с Тельчиком. Действительно, 21 ноября 1989 г. Португалов встречался с Тельчиком и, как свидетельствуют об этом документы, между ними состоялся откровенный разговор (Португалов донес до Тельчика идею, что Москва намерена „переосмыслить многое в немецком вопросе“, скрыто намекая, что советская сторона „не будет больше открещиваться от объединения двух немецких государств“[23]). В ходе беседы Тельчику был передан документ с названием „Советский Союз и „германский вопрос“ о чем был информирован канцлер. Комментарии Тельчика

20 *О. Ференбах*, Крах и возрождение Германии. Взгляд на европейскую историю XX века, Москва 2001, с. 239–240.

21 *М. Мертес*, Немецкие вопросы – европейские ответы, Москва 2001.

22 Там же, с. 105.

23 *Х. Модров*, Я хотел жить в новой Германии, Москва 2000, с. 317–318.

от 6 декабря, предназначенные для канцлера, и сам документ опубликованы и представляют несомненный интерес.[24]

X. Тельчик пишет, что при передаче документа, состоящего из двух частей, было сказано, что „официальные соображения“ отражают позицию „высшей инстанции“ – „höchster Stelle“ (генерального секретаря Горбачева), „неофициальные“ – содержание дискуссий в международном отделе ЦК (члена политбюро Яковлева). Обращаясь к Колю, Тельчик отмечает: его „план 10 пунктов“ германской политики в значительной степени созвучен „семи пунктам“ „официальных соображений советского руководства“. Что касается второй части документа (девять пунктов), то ее содержание показывает: в советском руководстве обсуждаются различные варианты возможного воссоединения Германии (в документе значится: в Советском Союзе в связи с германским вопросом размышляют о всех возможных альтернативах и даже в какой-то мере „немыслимых“ – „Undenkbares“)[25].

Тем самым, заключает Тельчик, „план 10 пунктов“ призван предотвратить „столкновения мирового общественного мнения с советскими предложениями по германскому вопросу без того чтобы позиция федерального правительства была известной“. Тельчик полагал, что генеральный секретарь Горбачев должен конфиденциальным путем обсудить с Колем содержание переданных „соображений“. Поэтому он советует канцлеру внимательно ознакомиться с ними, чтобы быть готовым к дискуссии с советской стороной. [26]

Руководство ХДС с оценкой ситуации в германском вопросе высказалось на „малом партийном съезде 11 декабря 1989 г. Инициативная группа в составе В. Рюэ, Н. Блюма, Э. Альбрехта, Э. Дипгена, В. Шойбле, В. Вальманна, К. Тёпфера подготовила „германское заявление ХДС“, созвучное с „программой 10 пунктов“. Выделялись следующие задачи: объединение Европы, свобода, самоопределение и единство для всех немцев, сохранение доверительных отношений.[27]

Руководство партии подчеркнуло, что идущая в ГДР мирная революция является продолжением той борьбы за свободу и демократию, что вела ХДС с 1945 г. в советской оккупационной зоне во главе с А. Хермесом, В. Шрайбером, Й. Кайзером, Э. Леммером и другими христианскими демократами. Отмечался также вклад ХДС в формирование и сохранение национального самосознания, чувства принадлежности к одной нации, что является предпосылками воссоздания немецкого единства. ХДС уверена, что ее активная германская политика позволит преодолеть разделение Германии. За этот период экономическое и политическое присутствие ФРГ в ГДР возросло в несколько раз. Создавались совместные комиссии и органы по вопросам строительства и планирования городов, охраны окружающей среды, развитию транспорта и культуры. Несмотря на сокращение объемов производства в ГДР, товарооборот с ФРГ значительно возрастал и составил в 1989 г. 15,5 млрд. марок. Стремительно развивались контакты между землями ФРГ и округами ГДР, между отдельными городами. Фактически про-

24 *Küsters/Hofmann,* Deutsche Einheit, c. 616–618.
25 Там же, с. 618.
26 Там же, с. 616.
27 ACDP, 1/20/6-1, 11 декабря 1989.

цесс объединения „снизу“ уже начался, и требовалось его политическое оформление. При этом ХДС, как и ХСС, не упускала возможности выступить с критикой своего главного оппонента в германском вопросе – СДПГ, изыскивающей, по словам экономического советника ХДС М. Виссманна, некий „третий путь“ для ГДР.[28]

Революция в ГДР развивалась тем же путем, что и в других восточноевропейских странах, когда до реформирования социалистической экономики, происходила смена политической системы. Здесь, как и в Польше и Венгрии, некоммунистические партии и движения объединились в так называемый „круглый стол“. Инициатива исходила от евангелической церкви. СЕПГ поддержала создание „круглого стола“, хотя он и рассматривался как форма „размягчения власти социалистического государства“. Первое заседание проходило 7–8 декабря 1989 г. в Берлине с участием представителей от пяти правительственных партий и семи новых партийных образований и движений.

В Ведомстве федерального канцлера создание „круглого стола“ восприняли как дальнейшее ослабление власти СЕПГ, несмотря на то, что ее представители (Г. Гизи, В. Бергхофер, Л. Биски) вошли в его состав. То, что „круглый стол“ исходил из сохранения двугосударственности, видно хотя бы потому, как его участники отнеслись к визиту Коля в ГДР 19–20 декабря 1989 г.[29] Естественно, „круглый стол“ приветствовал этот официальный рабочий визит канцлера ФРГ. Далее шли, ставшие уже стандартными, пожелания о необходимости развития сотрудничества и кооперации в различных областях между обоими государствами. Пожалуй, самое главное было в следующем: суверенитет и государственная идентификация каждого из обоих германских государств не может ставиться под вопрос ни одной из сторон. В противном случае, европейской безопасности угрожает дестабилизация.[30]

Исходя из тех планов по объединению Германии, что появлялись в предыдущие „фазы“ германской политики, отправным и решающим шагом должны были стать демократические свободные выборы. Через них восточногерманс-

[28] На съезде СДПГ 18–20 декабря 1989 г. было заявлено: партия не желает идти назад в „век национальных государств“, когда национальные интересы становились причиной братоубийственных войн. Судьба Европы, а значит и немцев, в европейском единстве – в Соединенных Штатах Европы, как это было записано еще в программе 1925 г. Поэтому СДПГ предупреждает: кто говорит о восстановлении рейха в границах 1937 г., тот ходатайствует об особом пути, который блокирует единство Европы и единство Германии. Европейские и немецкие интересы требуют признания западной польской границы без „если“ и „но“. СДПГ высказалась в поддержку идеи „договорного сообщества“ в качестве первого этапа к совместной конфедерации, но была против поспешных действий. Как сказал на этом съезде В. Брандт: „Воссоединения частей, которые никогда не были вместе, не будет. [...] Основной закон тоже на моей стороне в нем не говорится о ‚воссоединении‘, но о самоопределении, о единстве в условиях свободы – и о Европе.“ *Willy Brandt*, Rede auf dem Programmparteitag in Berlin am 18. Dezember 1989. Programmparteitag in Berlin. 18.–20. Dezember 1989, Bonn 1989.

[29] Это было сделано на втором заседании „круглого стола“ 18 декабря 1989 г., на котором состав его участников был расширен. См. *Helmut Herles* (Hrsg.), Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, с. 28–29.

[30] Там же, с. 28.

кие граждане получали возможность реализовать свое право на самоопределение. Поэтому предстоящие выборы в Народную палату рассматривались всеми политическими силами как судьбоносные для ГДР.

Постановлением Народной палаты, которое было опубликовано 28 января 1990 г., выборы переносились с 6 мая на 18 марта 1990 г. Предварительно этот вопрос обсуждался на заседании „круглого стола" с участием премьер-министра Х. Модрова. Представитель СЕПГ-ПДС Г. Гизи поддержал перенос выборов, хотя это больше отвечало интересам политической оппозиции.

Как пишет в своих дневниковых записях Х. Тельчик, идея с переносом даты выборов была выдвинута в Ведомстве федерального канцлера, с тем, чтобы приблизить сроки воссоединения Германии. Г. Коль принял решение максимально форсировать этот процесс, не считая необходимым поддерживать больше правительство Модрова. Учитывался и тот факт, что коалиционное правительство Модрова фактически разваливалось (28 января „круглый стол" принял решение сформировать правительство „национальной ответственности" ГДР) и ситуация в ГДР становилась все более неуправляемой.

Видимо, в изменении позиции канцлера свою роль сыграла встреча 25 января 1990 г. между Зайтерсом и Модровым. Имело значение также и то, что к этому времени Коль и его окружение окончательно определились со своими политическими партнерами в ГДР, на которых решено было сделать ставку в предстоящих выборах. На это указывает в частности в своих воспоминаниях В. Шойбле[31], сыгравший, по мнению многих немецких политологов, значительную роль в подготовке германского единства.

Федеральный канцлер не мог допустить провала своих планов из-за неблагоприятного исхода выборов в ГДР. ХДС ФРГ не надо было воссоздавать филиал своей партии, как это сделала СДПГ (Учредительный съезд СДП ГДР состоялся 9 октября 1989 г.[32]). Такой партией был восточногерманский ХДС, который до осени 1989 г. входил вместе с другими партиями в единый блок с СЕПГ. Естественно, за годы раскола и социалистического строительства восточногерманский ХДС превратился в иную партию, далеко отстоящую по своим программным и идейным установкам от ХДС образца 1945–1949 гг. И, тем не менее, в Ведомстве федерального канцлера решили, что называется, закрыть глаза на сорокалетний период в истории ХДС ГДР. Тому есть свое объяснение. ХДС ФРГ и ХДС ГДР имели, хотя и не продолжительную, но общую историю возникновения и становления. Второе, все эти годы в ФРГ существовал „ХДС в изгнании" (Exil-

[31] См. раздел в воспоминаниях Шойбле, посвященный „свободным выборам" в ГДР: *Wolfgang Schäuble*, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, München 1993, с. 37–57.

[32] В. Брандт в интервью журналу „Шпигель" в октябре 1989 г. сказал, „что основатели СДП ГДР не считают ее „придатком" СДПГ и не являются „реанимированной" СДПГ, которая в 1946 г. была включена в СЕПГ, их образование – это „новая партия". См. Der Spiegel 43 (1989), H. 43, 23 октобря, с. 24–27. Однако на самом деле создатели СДП М. Меккель, И. Бёме и М. Гугцайт действовали при прямой поддержке СДПГ.

CDU), то есть, номинально сохранялась „единая христианско-демократическая партия“.[33]

Сошлемся на „Берлинское заявление“, принятое правлением „ХДС в изгнании“ 27 октября 1989 г., предназначавшееся большей частью организациям восточногерманской ХДС. В нем 14 пунктов. Их содержание совпадало с германской политикой Коля. „ХДС в изгнании“ поддерживал позитивные перемены, вызванные перестройкой в СССР и надеялся на переход ГДР к демократии. По существу „ХДС в изгнании“ выступил в тот момент в роли посредника между ХДС ФРГ и ХДС ГДР.[34]

Еще один момент, который следует учитывать, состоял в том, что среди пяти правительственных партий ГДР, после СЕПГ, ХДС являлся самой крупной и влиятельной организацией, располагавшей собственной материально-технической базой. Существенным было и то, что руководство ХДС ГДР и его члены, в отличие от СДП ГДР и СДПГ, оказалось восприимчивым к идее национального единства.

Проблемой для Коля и его советников был не выбор партии, а подбор политиков, которым можно было доверять и которые не претендовали бы на чрезмерную самостоятельность в предвыборной борьбе и, главное, после выборов. „Просмотр“ восточногерманской оппозиции состоялся на „малом съезде“ ХДС 11 декабря 1989 г. Возможность выступить получили представители „Демократического прорыва“ (ДП), „Объединения христиан католиков“, восточногерманской ХДС.[35] Лейтмотивом выступлений было – скорейшее объединение Германии. Б. Кёглер из „ДП“ заявила, что для них конфедерация не является конечной целью. Лучшее будущее – это федерация. Участники ставили вопрос о возможности вхождения пяти восточногерманских земель в состав ФРГ.

„Аппарат германской политики“ в канцлерство Коля не сводился только к его Ведомству. Важное место в формировании нормативных установок занимала парламентская фракция ХДС/ХСС. Руководство фракции не только обеспечивало поддержку правительственных планов, но и не раз выступало с собственными инициативами в продвижении к германскому единству. Обратимся к заявлению руководства от 9 марта 1990 г. по германской и восточной политике из Архива Фонда Конрада Аденауэра.[36]

Накануне выборов в Народную палату ГДР ХДС/ХСС изложили собственную „директивную линию“ в начавшемся процессе объединения. Прежде всего, обосновывалась возможность достижения единства с применением ст. 23 Основного закона ФРГ. Этот путь, говорилось в заявлении, не только отвечает интересам всех немцев, но и соответствует принципам Заключительного акта СБСЕ.

33 14–16 апреля 1989 г. состоялся 20 съезд „ХДС в изгнании“. Председателем партии был избран З. Дюбель, вторым председателем стал Х. Леммнер. См. *Siegfried Dübel/ Henning Lemmer* (отв. ред.), Begleittexte auf dem Weg zur Einheit, Berlin 1990, с. 15.

34 Die Berliner Erklärung der Exil-CDU zur Deutschlandpolitik vom 27. Oktober 1989, в: там же, с. 37–41.

35 ACDP, Union in Deutschland. CDU-Dokumentation, 43 (1989), H. 40, с. 1–8.

36 ACDP, 1/20/6-1, Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 9. März 1990 in Dresden zur Deutschland- und Ostpolitik (A-B-D-E).

Руководство фракции обратилось к населению ГДР оставаться на своей родине, чтобы принять участие в ее возрождении. Значительное место в заявлении отводилось изложению германской политики канцлера Коля, которую руководство фракции разделяет и поддерживает. Фракция ХДС/ХСС в бундестаге подтвердила свою позицию в вопросе о польской границе, который должен быть закрыт с подписанием договора между общегерманским правительством и правительством Польши.[37]

Раздел „D“ заявления был посвящен предполагаемой ситуации в ГДР после выборов 18 марта 1990 г. Руководство фракции не стало заниматься анализом возможных вариантов в развитии ГДР. Оно напрямую обратилось к федеральному правительству с требованием продолжить создание валютного союза, так как переход на западногерманскую марку в качестве единственного платежного средства в ГДР под контролем Немецкого федерального банка отвечает интересам всех участников. Федеральное правительство и дальше должно осуществлять формирование рыночных структур в Восточной Германии и не заниматься сохранением остатков социалистической экономики. Социализм оставил в ГДР руины. Но пример Западной Германии, которая в 1949 г. находилась в подобной ситуации, а затем пришло „экономическое чудо“, должен вселять оптимизм у восточных немцев в их лучшее будущее.[38]

Избирательная кампания в ГДР была скоротечной. Если в начале избиратели отдавали предпочтение социал-демократам, то затем ситуация изменилась. В немалой степени перелом внес сам канцлер Коль. Он выступил на массовых митингах в Эрфурте, Карл-Маркс-Штадте, Ростоке, Котбусе, Магдебурге, Лейпциге. В общей сложности на митингах побывало не менее миллиона человек, то есть почти 10 % от общего числа избирателей в ГДР.[39] Столь же активны были и другие политики от ХДС/ХСС.

Результаты выборов показали, что избиратели в ГДР разделились на два лагеря: ¾ из них отдали свои голоса тем партиям, которые выступали за государственное единство ФРГ и ГДР. Различия в этом лагере были разве что по темпам объединения. Ко второму лагерю относились те, кто не верил или опасался объединения Германии, для которых утрата ГДР значила многое. Но даже и они понимали, что экономическая и финансовая ситуация в ГДР такова, что следует примириться с неизбежностью объединения.

На наш взгляд, на исход выборов повлияли два существенных момента. Первый – желание большинства как можно скорее отойти от коммунистического режима СЕПГ (подобное наблюдалось и в других восточноевропейских странах). Второй – предстоящий переход на новую денежную единицу – марку ФРГ. Вне всякого сомнения, отмечает Д. Гроссер, большинство граждан ГДР желало этого: западногерманская марка превратилась в символ благосостояния, надежду

[37] Там же, с. 6.
[38] Там же, с. 9.
[39] ACDP, Pressedokumentation, 1/20/6-1, 22 марта 1990.

на быстрое улучшение жизненного стандарта (гарантом перемен выступал Г. Коль, который в 1990 г. не скупился на обещания).[40]

Руководство ХДС, подводя итоги выборов, выделило следующие факторы, обеспечившие победу „Альянса за Германию“: Партии Альянса выступали за немецкое единство исходя из ст. 23 Основного закона ФРГ. Партии Альянса убедили граждан ГДР в том, что только переход к социальному рыночному хозяйству позволит приступить к решению неотложных задач. Поэтому они выступали за скорейшее создание валютного, экономического и социального союзов. Партии Альянса вели наступательную тактику в дискуссиях о социализме под лозунгом „Никогда вновь социализм. Да – свободе и благополучию“. Партии Альянса зарекомендовали себя в ГДР как надежные партнеры федерального канцлера, настойчиво отстаивая его политику.

Главными „координаторами победы“ были названы председатель ХДС, канцлер Г. Коль, генеральный секретарь ХДС Ф. Рюэ, управляющий делами партии П. Радунски. Во всех 15 избирательных округах ХДС ФРГ имела свои представительства, выделялись материальные средства, транспорт. Накануне выборов 5 млн. тиражом была выпущена 16-страничная газета с агитацией за „Альянса за Германию“.[41]

Свою роль сыграл личностный фактор. У Коля не было конкурентов, а именно с ним, а не с ХДС, НСС или „Демократическим прорывом“ идентифицировало свой выбор большинство избирателей ГДР. Какое значение имела персонификация в выборах, показывает слабый результат либералов. СвДП, как и ХДС, поддерживала идею скорейшего объединения, но Х.-Д. Геншер и О. Граф Ламбсдорф не оказывали на избирателей такого магического воздействия, как Коль. Утешением могло служить то, что на родине Геншера в Галле восточногерманские либералы получили 14 % голосов. Результаты выборов предопределили дальнейших ход процесса объединения.

На наш взгляд, трудно согласиться с высказыванием английского историка Э. Хобсбаума, что германская политика ХДС/ХСС состояла из одних „дежурных фраз“, а „объединение явилось побочным продуктом совершенно неожиданных событий вне Германии“. Действительно, фраз, слов и речей о единстве Германии было произнесено с 1949 г. великое множество. В 80-е годы наступило время их реализации. Основным концептуальным тезисом в германской политике ХДС/ХСС было предоставление всему немецкому народу права на самоопределение, т. е. реализация одного из основополагающих принципов международного права. При этом в программных документах ХДС/ХСС не содержалось четкого определения, кто является носителем права на самоопределение и в каком конкретном статусе должна предстать единая Германия: национальном государстве или конфедерации. Необходимо выделить, что ведущие христианские политики отдавали приоритет „свободе“, отказом от которой они не могли поступиться в решении германского вопроса. В их понимание „свободы“ входило

[40] О. Лафонтен, выдвинутый кандидатом в канцлеры от СДПГ на первых общегерманских выборах 1990 г. говорил: „У людей создалось впечатление, что когда изберут Коля, тогда потекут деньги“. См. *Bettzuege*, Außenpolitik der Bundesrepublik, с. 267.

[41] ACDP, 1/20/6-1. So hat die CDU ihren Partnern im Wahlkampf geholfen, 22 марта 1990.

признание права восточных немцев на государственность, если бы они могли действительно свободно и беспрепятственно решить вопрос о самоопределении к собственному государству.

Новым концептуальным подходом в германском вопросе стала политика „мелких шагов“ и „уступка за уступку“ канцлера Коля, которая была призвана путем расширения контактов и связей ликвидировать или уменьшить последствия раскола для граждан обоих государств. Далеко не сразу она была поддержана в христианских партиях, где были сторонники сохранения прежних „силовых методов“ воздействия на ГДР. При этом ХДС/ХСС не выступали „гарантом“ сохранения ГДР, а подготовляли и расширяли возможности для осуществления демократических преобразований. Подавляющее большинство немцев в ГДР в 1990 г. желало объединения Германии. Это признавалось и признается всеми политическими партиями, включая и ПДС. „Программа 10 пунктов“ Г. Коля, ориентированная на постепенное формирование „конфедеративных структур“, была отброшена не канцлером, а восточными немцами, решительно высказавшимися за немедленное объединение. Без этого „желания“ вся германская политика ХДС/ХСС не имела бы успеха и не нуждалась бы в продолжении.

Клаус Хильдебранд

Единство Германии 1989/90 годов: Воссоединение и международное сообщество

Размышления о состоянии, проблемах и перспективах научных исследований

I.

„Трагедия отдельного человека завершается смертью“, пишет романист Эрнст Роберт Курциус в опубликованной 9 октября 1925 г. в „Люксембургской газете“ рецензии на составленную Эмилем Людвигом биографию императора Вильгельма II, „у трагедии наций бывают воскресения“.[1] Такой „второй шанс“[2] выпал немцам в конце минувшего века. Не удивляет тот факт, что эпохальные события 1989/90 гг. немедленно привлекли преимущественное внимание историков и политологов. В течение „annus mirabilis“[3], т.е. за те „329 дней“[4] в период между 9 ноября 1989 г., когда была приоткрыта Берлинская стена, и 3 октября 1990 г., когда немцы смогли отпраздновать свое воссоединение, действительно произошло больше, чем „это обычно бывает за 10 лет“.[5] Поэтому с полным правом констатировалось, что „в девяностые годы [...] наверное почти никакая другая тема так подробно не освещалась в документации, мемуарах и монографиях, как вопросы преодоления раскола Европы и достижения единства Германии“.[6] Так же точна и констатация того, что „многие ключевые фигуры и свидетели [...] пока не представили свои версии событий“, а „большинство документов [...] недоступно“.[7]

1 *Ernst Robert Curtius*, Goethe, Thomas Mann und Italien. Beiträge in der „Luxemburger Zeitung“ (1922–1925), Bonn 1988, c. 133.
2 *Fritz Stern*, Die zweite Chance. Die Wege der Deutschen, в: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Juli 1990.
3 *Elizabeth Pond*, Beyond the Wall. Germany’s Road to Unification, New York 1993, c. 85.
4 *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.
5 *Timothy Garton Ash*, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, c. 502.
6 *Stefan Fröhlich*, „Auf den Kanzler kommt es an“. Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Paderborn 2001, c. 262.
7 *Ash*, Im Namen Europas, c. 502–503.

Однако для историка нет ничего необычного в том, что исследование прошлого, чуть ли не современности, при котором можно рассчитывать лишь на чрезвычайно ограниченное использование государственных архивных документов, начинается незамедлительно, а полной оценкой этих источников, привлекать которые следует в международном контексте, можно заняться только спустя десятилетия. Когда, например, Генрих фон Зибель в 1889 г. представил первый из семи, законченных к 1894 г. томов „Основание Германской империи Вильгельмом I – преимущественно на основании государственных архивных документов Пруссии" он, не без заметного удовлетворения, проинформировал уважаемого читателя о том, что князь Бисмарк 19 марта 1881 г. дал ему „разрешение пользоваться фондами государственных архивов, а также регистратурой Министерства иностранных дел".[8] Даже более того: прусский историк позапрошлого века, наряду с этим, умел использовать возможности, заложенные в сообщениях свидетелей, как это было принято в историографии новейшей истории со времен Фукидида. То, что нам сегодня известно как „устная история", в то время представляли как анализ „устных сообщений участников событий либо лиц, имевших отношение к ним".[9] Относительно временного вето официальных сроков засекречивания документов для Генриха фон Зибеля, как и для нас, естественно то, о чем дальше так лапидарно и говорится: „Не пытался использовать другие архивы по той простой причине, что на удовлетворение соответствующего ходатайства не было ни малейшего шанса."[10] За отдельными исключениями это и поныне так, причем, не взирая на элементарную разницу в ходе истории, согласно которой „в отличие от Бисмаркского объединения 1871 г. [...] развитие событий в период 1989/1990 гг. смогло обойтись без ‚крови и железа'".[11]

В отношении как одного, так и другого выдающегося события новейшей истории, так похожих друг на друга, и в то же время разделенных глубокой пропастью, историография продвигается вперед как испокон веков. Иными словами: несмотря на лишь постепенно становящиеся доступными архивные документы речь идет о том, чтобы немедленно начать сбор соответствующих источников, реконструкцию исторических фактов и толкование исторических взаимосвязей.

При этом общеизвестные аргументы о необходимости близости или соблюдения дистанции историка к предмету исследования, обычно, также повторяются из раза в раз: одни утверждают, что судить о предмете может только очевидец, а другие возражают, что суждение возможно вообще лишь по истечении достаточно продолжительного отрезка времени. И то и другое верно и ошибочно в равной мере. Верно, поскольку с давних пор оправдало себя, скорее всего, следующее: позднее суждение, которое бывает иногда в состоянии с чувством превосходства учитывать до сих пор неизвестные вопросы или непредвиден-

8 *Heinrich von Sybel*, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsakten, Bd. 1, München/Leipzig 1889, c. XI.

9 Там же, с. XII.

10 Там же.

11 *Karl Kaiser*, Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Mit den wichtigen Dokumenten. Bearbeitet von *Klaus Becher*, Bergisch Gladbach 1991, c. 30.

ные перспективы, просто исходит из необходимости более ранних исследований, старавшихся как можно полно и продуманно собрать имеющиеся материалы в условиях актуальной современности.

Для данного рода фундаментальных исторических исследований, между прочим, изначально не имеют значения как очевидные параллели, так и существенные различия между обоими фактами основания национального государства в 1870/1871 гг. и 1989/1990 гг., какими показательными в прочем они ни оказались бы для историографического толкования:[12] в XIX веке уже давно ожидалось основание Германской империи, и все-таки это произошло совершенно внезапно; в XX веке воссоединение Германии давно считалось в принципе невероятным, а произошло сродни неудержимому стихийному явлению, с сегодня на завтра. В обоих случаях немедленно возникала дискуссия о том, как же обозначить результат такого эпохального развития или, соответственно, связанный с ним процесс. В XIX веке к понятию империи с подозрением отнеслась, прежде всего, консервативная сторона; более 100 лет спустя термин „воссоединение“ столкнулся скорее с предубеждениями „прогрессивных“ современников. Возражения против первого основания национального государства уходили своими корнями скорее в традиционную среду; в то время как возражения против второго основания национального государства больше встречались в лагере левых сил.

А народ, ставший движущей силой как в „непреднамеренном самороспуске“[13] ГДР, так и в связи с форсированной политикой единства со стороны Федеративной Республики Германия и международного политического мира, еще в XIX веке специфическим образом проявил себя как определяющий ход истории фактор в процессе основания Германской империи: начиная со знаменательных событий Люксембургского кризиса 1867 г., когда Бисмарк под давлением Северогерманского рейхстага и национальной общественности определил прусский элемент своей внешней политики на задний план, уступив место германскому, и вступил в перспективную коалицию с национальным движением, уже нельзя было не заметить народного влияния на деятельность государства, не говоря уже о его недооценке.[14]

Тем не менее, в XIX веке, равно как и в XX веке на ход событий, в конечном итоге, решающим образом повлияли действия и реакция великих держав. Наряду с Пруссией или, соответственно, Пруссией-Германией, которая тогда входила в ареопаг международного политического мира, таковыми были, во-первых, французы, которые даже путем применения военных средств выступили против основания империи и дали в отношении воссоединения лишь условное согласие. Во-вторых, ими были британцы, которые в 1870/1871 гг. с полным довери-

[12] См. также: *Horst Möller*, Die Überwindung der Teilung Deutschlands. Zukunftschancen in historischer Perspektive, в: *Angela Merkel* (Hrsg.), Europa und die deutsche Einheit, Freiburg/Br. 2000, в частности с. 67–71.

[13] *Hans-Hermann Hertle*, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates. 2., durchgesehene Aufl., Opladen 1999.

[14] См. *Winfried Baumgart*, Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830–1878, Paderborn 1999, с. 391.

ем в собственные силы и цивилизаторское превосходство творчески встретили процесс объединения Германии, в то время как в наши дни они, явно ставшие более слабыми и подозрительными вследствие горького опыта, накопленного в отношении немцев, отвергали подобное фундаментальное изменение в центре Европы. В-третьих, существовали русские, которые из чувства сознания собственного превосходства не стали в свое время пока мешать прусскому соседу, и которым в конце последующего века ввиду прогрессирующей слабости не оставалось ничего другого, чем выразить свое согласие, поскольку они хотели избежать крайностей как по внутреннему, так и по внешнему направлениям. И, наконец, были еще и американцы, которые в свое время из-за полного отсутствия интереса в сочетании с равнодушием следили за осуществлением национального единства в Германии, а затем, столетие спустя, с непревзойденной заинтересованностью и интеллигентным применением своей уникальной власти в решающей мере управляли процессом воссоединения. В отличие от этого, от пятой великой державы пентархии позднего XIX века, Австро-Венгрии, которая в 1870/1871 гг. по внутренним и международным причинам не имела иного шанса, чем примириться с тем, что происходило у северного более чем могущественного соседа, осталось только претерпевшее многочисленные изменения мини-государство, все заботы которого направлены на сохранение своей независимости и нейтралитета, следившее с заинтересованным вниманием, но и с понятным недоверием за тем, что так внезапно произошло в центре старого континента.

Однако повторяю: за пределами этих различий и совпадений двух фактов основания национального государства в Германии, которыми интенсивно занимаются „Историки и германский вопрос“[15], фундаментальные исследования в отношении и первого, и второго факта основания идут обычным путем, однако, с характерными отличиями в отношении „1870/1871 гг.“ и „1989/1990 гг.“: сегодня историческая наука в очень прогрессивном и все более дифференцированном виде изучает основание империи Отто фон Бисмарком, если, например, осознать, что научный прогресс в настоящее время требует переиздания классического издания „Friedrichsruher Ausgabe“ сочинений рейхсканцлера.[16] В отличие от этого, историография в только что начинающейся и преимущественно собирательной, а также реконструирующей форме приближается к истории воссоединения, предварительные результаты которой сейчас предстоит рассмотреть более тщательно.

II.

Результаты начатой десять лет назад работы исторической и политической наук, упоминаемые выборочно и отнюдь не полностью, вполне солидны. В первую

[15] *Wilfried Loth*, Die Historiker und die Deutsche Frage. Ein Rückblick nach dem Ende des Kalten Krieges, в: Historisches Jahrbuch 112 (1992), Zweiter Halbband, с. 366.

[16] Издание „Neue Friedrichsruher Ausgabe“ (NFA) готовится Фондом Отто фон Бисмарка, Фридрихсру.

очередь, несомненно, следует назвать издание Ханса-Юргена Кюстерса и Даниэля Гофманна „Единая Германия. Специальное издание из актов Ведомства Федерального канцлера 1989/1990 гг.“.[17] Не в последнюю очередь, составленное Хансом-Юргеном Кюстерсом „введение“ с названием „Решение в пользу единства Германии“, имеющее характер монографии, является основополагающим для развития соответствующих научных исследований. Его уникальный характер подчеркивает тот факт, что у данного издания материалов из ведомственных фондов Федеративной Республики Германия до сих пор нет аналога в виде соответствующих публикаций других государств, участвовавших в процессе воссоединения.

Не считая многочисленных, по своему характеру совершенно разных опубликованных документов[18], в настоящее время в распоряжении находятся многочисленные личные воспоминания и документы ответственных за мировую политику в период 1989/1990 гг. – сюда входят Джордж Буш[19] и Михаил Горбачев[20], Франсуа Миттеран[21], Маргарет Тэтчер[22] и Гельмут Коль[23]; министры иностранных дел Джеймс Бейкер[24], Эдуард Шеварднадзе[25] и Ханс-Дитрих Геншер[26]; влиятельные сотрудники и помощники, как, например, Роберт Л. Хатчингс[27] и Вернон Уолтерс[28] с американской, Анатолий Черняев[29] и Валентин Фалин[30] с со-

[17] *Hanns Jürgen Küsters / Daniel Hofmann* (Hrsg.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998. Поскольку источники и литература указываются ниже только в качестве примеров, стоит обратить внимание на соответствующие сообщения и документы, содержащиеся, прежде всего, в литературе, указанной в сносках 17; 42; 45; 48; 49; 50; 53; 68 и 78.

[18] См., например: *Ines Lehmann*, Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. 3 Bde., Frankfurt/M. 1996–2001.

[19] *George Bush / Brent Scowcroft*, A World Tranformed, New York 1998; *George Bush*, All the Best, George Bush. My Life in Letters and Other Writings, New York 1999.

[20] *Michail Gorbatschow* [*Gorbačev*], Erinnerungen, Berlin 1995; *ders.,* Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung, München 2000. [Как это было. Объединение Германии, Москва 1999.]

[21] *François Mitterand*, Über Deutschland, Frankfurt/M. 1996.

[22] *Margaret Thatcher*, Downing Street No. 10. Die Erinnerungen. Düsseldorf 1993. См. в этой связи также: *Gordon A. Craig*, Die Chequers-Affäre von 1990. Beobachtungen zum Thema Presse und internationale Beziehungen, в: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), с. 611–623.

[23] *Helmut Kohl*, „Ich wollte Deutschlands Einheit“. Dargestellt von *Kai Diekmann* und *Ralf Georg Reuth*, Berlin 1996.

[24] *James A. Baker*, Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen, Berlin 1996.

[25] *Eduard Schewardnadse* [*Ševardnadze*], Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991.

[26] *Hans-Dietrich Genscher*, Erinnerungen, Berlin 1995.

[27] *Robert L. Hutchings*, Als der kalte Krieg zu Ende war. Ein Bericht aus dem Innern der Macht, Berlin 1999.

[28] *Vernon A. Walters*, Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters, Berlin 1994.

[29] *Anatoli Tschernajew* [*Černjaev*], Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen, Stuttgart 1993 [Шесть лет с Горбачевым. По дневниковым записям, Москва 1993].

[30] *Valentin Falin*, Politische Erinnerungen, München 1993 [Без скидок на обстоятельства. Политические воспоминания, Москва 1999]; *ders.,* Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der Deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion, München 1997 [Конфликты в Кремле, Москва 2000].

ветской, Жак Аттали[31] и Юбер Ведрин[32] с французской, Джордж Урбан[33] с британской и Хорст Тельчик[34] с германской стороны – если не останавливаться детально на самых разных сообщениях из-под пера тех наместников Советского Союза в его германской сатрапии, которые с самыми разными чувствами оглядывались на „крах“[35] этого искусственного государственного образования второго послевоенного периода XX века.

Наконец, нельзя забывать о сообщениях тех государственных деятелей и политиков, которые хотя и не были непосредственными участниками великих событий, но, тем не менее, оказали на них решающее влияние своими порой решительными и смелыми действиями – прежде всех других здесь следует назвать „Воспоминания министра иностранных дел Венгрии, приподнявшего железный занавес“, т. е. мемуары Дьюлы Хорна.[36] В рамках рассмотрения германского вопроса на фоне или даже под влиянием международной политики также необходимо учитывать, хотя лишь в качестве второстепенных, сообщения ответственных лиц о внутреннем ходе развития единства, о тех „днях, которые изменили Германию и мир“[37]: они, например, сообщают о том, как появился „Договор“[38] об объединении двух германских государств, и какие переговоры конкретно обеспечили „единство Германии“.

Для понимания в целом не обойтись, наконец, без свидетельств его участников, представленных по процессу „2+4“ и документирующих „Переговоры о внешних аспектах осуществления германского единства“[39]: в плане подхода они пригодны для иллюстрации выполнения принципиальных стратегических решений, т. е. для наглядного показа выдающегося достижения дипломатии, которое так впечатляюще объяснил Карл Кайзер в своей ранней публикации „Объединение Германии. Международные аспекты“[40] и которое действительно может считаться проявлением „счастливого случая умения управлять государством“.[41]

Вообще же мы уже по истечении удивительно короткого срока можем рассчитывать на сообщения, надежно, но далеко не окончательно рефлектирующие наши актуальные знания. Это относится, в первую очередь, к классическому изданию Филипа Зеликоу и Кондолизы Райс „Звездные часы дипломатии.

31 *Jacques Attali*, Verbatim. Tome 3. Chronique des années 1988–1991, Paris 1995.
32 *Hubert Védrine,* Les mondes de François Mitterand. À l'Élysée 1981–1995, Paris 1996.
33 *George R. Urban*, Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher. An Insider's View, London/New York 1996.
34 *Teltschik,* 329 Tage.
35 *Günter Schabowski*, Der Absturz, Berlin 1991.
36 *Gyula Horn*, Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete, Hamburg 1991.
37 *Theo Waigel/Manfred Schell*, Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion, München 1994.
38 *Wolfgang Schäuble*, Der Vertrag. Wie ich über die Deutsche Einheit verhandelte, Aktualisierte Taschenbuchausgabe, München 1993.
39 *Auswärtiges Amt* (Hrsg.), „2+4“. Die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit. Eine Dokumentation, Köln 1991.
40 *Kaiser,* Deutschlands Vereinigung.
41 *Richard Kiessler/Frank Elbe*, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit, Baden-Baden 1993, с. 14.

О единстве Германии и конце раскола Европы“[42], а также к произведению Элизабет Понд „Beyond the Wall. Germany's Road to Unification“[43], оба из которых интенсивно занимаются американской позицией по германской проблеме. Сюда относятся и подробное исследование Ханнеса Адомейта под названием „Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev“[44], а также фундаментальная исследовательская работа Рафаэля Бирманна „Между Кремлем и Ведомством федерального канцлера. Как Москва боролась с германским единством“[45], рассматривающие развитие германского вопроса с позиции Советского Союза. Сюда входит также, не в последнюю очередь из-за того, что автору был предоставлен доступ к принципиально засекреченным материалам из „сераля власти“ французского президента, монография Тило Шаберта „Как делается мировая история. Франция и единство Германии“[46]: в ней содержится преувеличенная интерпретация политики Франсуа Миттерана, колеблющейся между неприятием воссоединения Германии и согласием с ним в смысле давно составленного плана, согласно которому „сфинкс“ в Елисейском дворце уже сравнительно рано был согласен на естественный процесс объединения Германии. В заключение осталось только обратить внимание на диссертацию Норберта Гиммлера „Между властью и посредственностью. Внешняя политика Великобритании и конец ‚холодной войны‘“[47], в центре внимания которой находится ожесточенная борьба премьер-министра Англии Маргарет Тэтчер с тем, что в конечном счете станет неизбежным.

Как революционная непредсказуемость переросла в политическую эволюцию, как военная опасность, возникающая особенно тогда, когда распадаются империи, была взята под контроль, переведена в упорядоченный режим и даже творчески использована для решения германского вопроса – это, в первую очередь, занимало историков и политологов Германии: их публикаций сейчас видимо невидимо. В связи с их привилегированным доступом к документам Ведомства федерального канцлера следует, с одной стороны, особо выделить „Историю единства Германии“, изданную в четырех томах, совершенно разных по качеству: по вопросу воссоединения в контексте международного политического мира Карл-Рудольф Корте в этой серии описал „Германскую политику в период пребывания Гельмута Коля на посту канцлера“[48], а Вернер Вайденфельд – „Вне-

[42] *Philip Zelikow/Condoleeza Rice*, Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997.

[43] *Pond,* Beyond the Wall.

[44] *Hannes Adomeit*, Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews, Baden-Baden 1998.

[45] *Rafael Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn 1997.

[46] *Tilo Schabert*, Wie Weltgeschichte gemacht wird, Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2002.

[47] *Norbert Himmler*, Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges. Akteure, Interessen und Entscheidungsprozesse der britischen Regierung 1989/90, Berlin 2001.

[48] *Karl-Rudolf Korte*, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart 1998 (Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden:

шнюю политику, направленную на германское единство“[49]. Обратить внимание следует, однако, и на соответствующие части богатой мыслями монографии монографии Ханса-Юргена Кюстерса „Мир интеграции. Переговоры четырех держав о мирном урегулировании по Германии, 1945–1990 гг.“[50], содержащие полное исследование специфического решения германского вопроса за рамками принятых концепций мирного договора. В силу рассмотрения с позиции перспектив и толкования наших актуальных знаний по теме необходимо учитывать и соответствующие отрывки текста в произведениях Генриха Августа Винклера „Долгий путь на Запад“[51], графа Петера Кильманзэгга „После катастрофы“[52] и, last but by no means least, Андреаса Рёддера „Федеративная Республика Германия, 1969–1990 гг.“[53]: в последней из указанных книг убедительно демонстрируется, что задачу исторической науки, состоящую из сбора, реконструкции и интерпретации, совершенно необязательно выполнять последовательно и вне зависимости друг от друга, а совсем наоборот, она может продвигаться одновременно и в один прием, причем она, несмотря на четкую интерпретацию, постоянно открывает нам то, что австрийский историк Грете Клингенштайн недавно описала следующим образом: „Научная дискуссия существует в основном за счет обращения к источникам.“[54]

III.

Какие же центральные проблемы истории германского единства, процесс достижения которого, по мере возможности, был описан за прошедший период времени, находятся в центре научных и общественных дебатов?

1. Ведутся интенсивные дебаты о системе понятий для обозначения того, что произошло в Германии в 1989/1990 гг. Чтобы подчеркнуть дистанцию по отношению к сложному, даже негативно окрашенному прошлому империи Бисмарка, порой совершенно сознательно вместо воссоединения говорят

Bd. 1); Bd. 2: *Dieter Grosser*, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998; Bd. 3: *Wolfgang Jäger*, Die Überwindung der Teilung: Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998.

[49] *Werner Weidenfeld/Peter M. Wagner/Elke Bruck*, Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998 (Geschichte der deutschen Einheit in vier Bänden: Bd. 4).

[50] *Hanns Jürgen Küsters*, Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990, München 2000, c. 801–898.

[51] *Heinrich August Winkler*, Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, c. 481–639.

[52] *Peter Graf Kielmansegg*, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, c. 661–674.

[53] *Andreas Rödder*, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2003, c. 95–105, 148–156.

[54] *Grete Klingenstein/Fritz Fellner/Hans Peter Hye* (Hrsg.), Umgang mit Quellen heute. Zur Problematik neuzeitlicher Quelleneditionen vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Wien 2003, c. 11.

о „новом объединении“ или просто „объединении“, а еще как нейтрально, так и неоспоримо о „единстве Германии“.[55] Хотя мотивы использования этих слов понятны, эти понятия все-таки вряд ли охватывают „конститутивную отсылку“ процесса объединения национального государства к прошлому, а именно „восстановление, хотя и частичное, прежней территориальной ситуации“[56]: несмотря на постоянные перемены, начиная с 1871 г., и произошедшие в прошлом коренные преобразования внутреннего устройства Германии, процесс не имеет ничего общего с каким-то „объединением нового вида“[57]. Наоборот: факт восстановления расколотого национального государства придал процессу объединения Германии „как внутреннюю, так и внешнюю легитимность“[58] и находит адекватное выражение в понятии воссоединения – тем более, что после окончательного признания восточной границы Германии и бесповоротного отказа от восточных территорий „ушедшей в прошлое империи“ (Клаус Хильдебранд), закрепленных в результате Второй мировой войны за Польшей и Советским Союзом или, соответственно, Россией, это понятие может считаться в настоящее время корректным и в политическом отношении.[59]

2. Вершилось ли воссоединение Германии против течения времени, глобализации, европеизации и вестернизации – этот вопрос научных дебатов далекого будущего был на раннем этапе поднят Андреасом Рёддером[60]: смогла ли повторно отстоять свои позиции историческая сила национального фактора как бы наперекор течениям современности? Может быть, воссоединение было лишь политической целью и тем самым и историческим переломным моментом для так называемого „политического класса“ Федеративной Республики Германия, но едва ли для ее населения, которое, выйдя из тисков прежнего национального государства, давно уже плывет вместе с остальными в широком потоке постмодерна?

Эти вопросы, безусловно, описывают одну из центральных проблем. Именно в ее контексте, естественно, нельзя не заметить три решающих обстоятельства: во-первых, большинство населения в настоящее время уже несуществующей ГДР, кроме требований о приобщении к благам западной цивилизации, выдвинуло прямо-таки страстные требования об объединении нации. Во-вторых, и до решающего периода 1989/1990 гг. в общественности Германии воссоединение „оставалось латентной темой“, т. е. „способной к актуализации“[61]. И, в-третьих, старые национальные государства Европы и новая мировая держава, Соединенные Штаты Америки, ничуть не сомневаются в совместимости понятий нация

[55] См. *Rödder*, Die Bundesrepublik Deutschland, c. 152.
[56] Там же.
[57] Там же.
[58] Там же.
[59] См. *Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzleramt, c. 17.
[60] *Andreas Rödder*, „Durchbruch im Kaukasus“? Die deutsche Wiedervereinigung und die Zeitgeschichtsschreibung, в: Jahrbuch des Historischen Kollegs 2002, c. 137–140.
[61] *Tilman Mayer*, Warum es zur Wiedervereinigungschance kam, в: *Karl Eckart/Jens Hacker/Siegfried Mampel* (Hrsg.), Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Berlin 1998, c. 234.

и современность. Более того: именно эта идентичность власти и культуры, господства и идеи, стремления к расширению и миссионерской задачи со времен испанской универсальной монархии, минуя гегемонические устремления французов, британскую империю, и вплоть до „Pax Americana" составляют руководящую роль великой державы в мире.

3. Однако, что касается Соединенных Штатов Америки, то под знаком имперского президентства Джорджа Буша их политические руководители перестали сомневаться в том, что хотят „выиграть игру"[62], то есть перевести „Great Game" глобальных соперников в „Great Transition"[63] всего мира, преодолеть раскол Европы мирным путем и воссоединить разделенную Германию – безоговорочно и на американских условиях, т. е. в рамках НАТО, от существования которого отказа быть не может, разве что в невероятном случае войны, и ни в коем случае в качестве нейтрального фактора международного политического мира.
4. И немцы во главе с федеральным канцлером Гельмутом Колем в решающей ситуации 1989/1990 гг. проявили себя иначе, чем нередко по ходу своей богатой крутыми поворотами и проблемами истории, не медля, не колеблясь и не проявляя нерешительности. Напротив, ответственный представитель Федеративной Республики Германия, который, после неуклонной поддержки так называемого двойного решения НАТО в начале своего правления заложил основы грядущего,[64] действовал не менее продуманно, чем решительно и целенаправленно, после осторожных первых шагов и в условиях тесного согласования с американцами, от которых зависело почти все.
   Никакая „сторонняя внешняя политика" оппозиционных сил не могла выбить его из колеи,[65] и вначале расплывчатая идея „конфедеративных структур между обоими государствами в Германии [...] с целью создания в Германии федерации, то есть федеративного устройства"[66], о которой было сказано еще в известной „программе здесяти пунктов" от 28 ноября 1989 г., за удивительно короткое время все заметнее стала уступать свое место заявленной цели национального воссоединения. „Тактик власти", считает историк Генрих Август Винклер, который относится к Гельмуту Колю отнюдь не без критики, „стал государственным деятелем: в решающий момент он действовал так целеустремленно, инстинктивно правильно и уверенно, что начали забываться его многочисленные ляпсусы, ошибки и слабости."[67]

[62] *Zelikow/Rice,* Sternstunde der Diplomatie, с. 302–303.

[63] *Raymond L. Garthoff,* The Great Transition. American-Soviet Relations and the End of the Cold War, Washington 1994.

[64] См. *Hanns-Jürgen Küsters,* Mit Naturnotwendigkeit eintretende Veränderungen – Oder: Was die Regierung Kohl zum Mauerfall beitrug, в: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 9 (2002), с. 141–160.

[65] См. *Rödder,* Die Bundesrepublik Deutschland, с. 151.

[66] См. *Kohl,* „Ich wollte Deutschlands Einheit", с. 159; а также „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas", vorgelegt von Bundeskanzler *Helmut Kohl* in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 28. November 1989 (gekürzt), в: Europa-Archiv 44 (1989), с. D 732.

[67] *Winkler,* Der lange Weg, с. 526.

Еще довольно долго сохранявшиеся сомнения в отношении будущего статуса прекращающей свое существование ГДР в рамках воссоединенной Германии – интегрированное или дифференцированное членство в НАТО – были окончательно рассеяны благодаря энергичному решению, принятому американцами в пользу полной, неограниченной принадлежности немцев к НАТО, которое так хорошо отвечало принципиальному предрасположению Гельмута Коля по этому центральному вопросу: привязанность к Западу привела к воссоединению, Гельмуту Колю было суждено завершить то, что было начато при Конраде Аденауэре, а именно обретение „единства в условиях свободы".
В связи с той ролью, которую играла Германия в международном процессе национального воссоединения, не перестают обсуждаться два варианта толкования всего происшедшего, проблематичность которых в настоящее время открылась в связи с тем, что они лишь условно, но не по своей сути соответствуют действительности: с одной стороны, это „легенда о гражданском движении", как сокращенно сформулировал Андреас Рёддер[68], и с другой – „кавказская легенда". В соответствии с первой, как кажется, например, Генриху Поттхоффу, „народ вышел [...] на короткое время из своей пассивной роли, в значительной степени определяя закон действий, и, словно бурный поток, увлек за собой политику и политиков".[69] В соответствии с другой, „решающий шаг к единству Германии" был сделан во время встречи между Горбачевым и Колем, состоявшейся 15–16 июля 1990 г. в Архызе на Кавказе. В этом духе Федеральный министр по особым поручениям, руководитель Ведомства печати и информации Федерального правительства Ханс Кляйн, который в свое время был активным участником событий, выразил свое суждение очень эффектными в качестве названия книги словами: „Все началось на Кавказе."[70]
Оба варианта толкования убедительно поставил под вопрос и дифференцированно опроверг Андреас Рёддер[71]: один из них, считает он, является выражением понятного стремления к тому, чтобы „наконец-то свершилась удачная демократическая революция снизу", а другой – логичное желание, чтобы, в конце концов, сложилась „удачная ‚большая политика' в Германии".[72] Автор далек от недооценки частичного значения обоих элементов для хода истории, но нельзя не заметить, что, как всегда, для развития германского вопроса

[68] *Rödder*, Die Bundesrepublik Deutschland, с. 153; см. также *ders.,* Staatskunst statt Kriegshandwerk. Probleme der deutschen Vereinigung von 1990 in internationaler Perspektive, в: Historisches Jahrbuch 118 (1998), с. 223–260; *ders.,* Zeitgeschichte als Herausforderung. Der Weg zur deutschen Einheit, в: Historische Zeitschrift 270 (2000), с. 669–687; *тот же,* „Breakthrough in the Caucasus"? German Reunification as a Challenge to Contemporary Historiography, в: German Historical Institute London. Bulletin, XXIV (2002), с. 7–35. См. дополнительно сноску 60.

[69] *Heinrich Potthoff*, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999, с. 343.

[70] *Hans Klein*, Es begann im Kaukasus. Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands, Berlin 1991.

[71] См. к этому сноску 68.

[72] *Rödder,* Die Bundesrepublik Deutschland, с. 153.

за пределами рассмотрения вещей через призму Германии, действия международного политического мира имели решающее значение для процесса национального воссоединения: в этом смысле американо-советская договоренность о будущем Германии в виде объединенного национального государства и интегрированного члена НАТО, достигнутая не в последнюю очередь на встрече в верхах 31 мая 1990 г. в Вашингтоне, возымела решающее действие.

5. Вопрос, по каким причинам рухнула ГДР и почему ее впавшее в неуверенность руководство уже не могло решиться на принятие „китайского решения“ насильственного вмешательства перед лицом восстающего населения своего государства[73] сразу отсылает к
6. вопросу о причинах принятия соответствующих решений находящимся в стадии распада Советским Союзом, его постепенно формулирующегося согласия на воссоединение Германии и проявленной им, в конце концов, уступчивости в отношении принадлежности всей Германии к НАТО. Американское давление в условиях вновь развязанной холодной войны; демократические или, соответственно, национальные протесты в государствах Центральной и Восточной Европы и незадолго после этого также среди народов колониальной империи, которым было навязано советское или, соответственно, российское господство; экономическая несостоятельность; слабость в области технологии, не в последнюю очередь оружейной техники; средства массовой коммуникации, беспрерывно передающие свободолюбивые идеи; одним словом: непреодолимая смесь из власти и идей, изнуряющая смена разрядки напряженности и атак, в которую Соединенные Штаты Америки вовлекли своего глобального соперника, поставили Советский Союз на колени. Этот исторический факт и связанное с ним, однако, самостоятельно принятое решение Михаила Горбачева об отказе от применения силы для отстаивания внешних границ советской империи, объясняют, впрочем, во всяком случае, в значительной степени, почему в колеблющейся ГДР не произошло кровавой расправы над демонстрантами наподобие событий на пекинской площади Тяньаньмэнь.[74]

   Наличие масштабного плана советского руководства во главе с Михаилом Горбачевым в смысле преднамеренных действий, а именно сознательный отказ от сатрапий, ставших бременем для давно уже несущей непосильную ношу империи, и предоставление немцам возможности воссоединиться, чтобы, таким образом, то есть, действуя вполне расчетливо, получить пользу в результате избавления от груза – скорее всего невероятно, во всяком случае, в соответствии с имеющейся у нас в настоящее время информацией. Вероятно, напротив, что руководство Советского Союза, отнюдь не единое в своем

[73] См. к этому *Joachim Scholtyseck*, Die Außenpolitik der DDR, München 2003, с. 46–48, 127–129.

[74] См. другое толкование отказа руководства ГДР от „китайского решения“ *Hermann Wentker*, Die Staatsräson der DDR, в: *Günther Heydemann/Eckart Klein* (Hrsg.), Staatsräson in Deutschland, Berlin 2003, с. 157, где автор пишет: „Экономическая зависимость от Запада, несомненно, способствовала тому, что осенью 1989 г. руководство ГДР, учитывая непредсказуемые финансовые последствия, не прибегло к ‚китайскому решению‘.“

мнении, подгонялось бурно разворачивающимися событиями, вышедшим из-под контроля развитием событий, так что оно пыталось в условиях спешной импровизации, так сказать от неудачи к неудаче, как можно лучше использовать бурно меняющуюся ситуацию.

Правда, эта констатация не должна готовить почву под новую легенду: воссоединение Германии, которое сопровождалось трансфертом больших денег, чуть менее 60 млрд. немецких марок, все-таки никоим образом не является гигантской сделкой купли-продажи в мировой истории. Так как одними только деньгами никогда не заставить власть уйти со сцены, пока существует решительная воля использовать ее. Иными словами: у Советского Союза давно уже пропала политическая воля к сохранению захваченных в результате Второй мировой войны трофеев, как немецкого, так и европейского, так что уже состоявшийся отказ, в конце концов, был лишь скрашен выплатой этих денег.[75] Это означает, однако, также, что будут продолжаться дебаты вокруг роли Михаила Горбачева и его „образа“ в истории завершающегося XX столетия. Одни его осуждают, как человека, проигравшего мировую империю, другие отдают ему должное, как человеку, спасшему мир во всем мире. При этом совершенно очевидно, что одно – приношение в жертву империи, несомненно, связано с другим – предотвращением возможной войны.

7. Отношение Франции к германскому вопросу, ситуация вокруг которого в течение восьмидесятых годов снова пришла в движение, более конкретно: неоднозначный курс Франсуа Миттерана в плену мировой истории, которая стремительно развивалась в направлении воссоединения, будет, безусловно, еще долго предметом интенсивных научных исследований. Наследие великой революции 1789 г., требовавшее обязательного признания свободы и права на самоопределение народов, а также восприятия демократии и нации как единого неделимого целого побудило президента Франции принципиально поддерживать единство Германии; однако политические интересы державы и исторический опыт страны выступали против единства. Пока Советы непоколебимо оставались при своем „нет“ относительно воссоединения Германии, Франция могла сравнительно легко делать вид, что она его поддерживает. Когда россияне сдали свои позиции и пошли на уступку, французы, со своей стороны, не чувствовали себя достаточно сильными – тем более, идя наперекор воле американцев – для того, чтобы сообща с одними лишь британцами выступить против Германии. Из боязни оказаться в изоляции и остаться один на один с немцами, которые по-прежнему вызывали страх, Франсуа Миттеран согласился на неминуемое. И, приняв такое историческое решение, он сумел, по крайней мере, достичь выгодного баланса между интересами идеи и власти, самоопределением Германии и безопасностью Франции в интересах Франции, не в последнюю очередь в области валютной политики, твердо свя-

[75] См. к этому также *Ulrich Albrecht*, Die internationale Regelung der Wiedervereinigung. Von einer „No-win“ Situation zum raschen Erfolg, в: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 40/96, 27. September 1996, с. 10–11.

зав воссоединенную Германию с Европейским Союзом, наряду с насущной и в его глазах принадлежностью страны к НАТО.

8. Совсем по-другому вела себя непримиримая в отношении воссоединения Англия под руководством своего премьер-министра Маргарет Тэтчер. В отличие от своего министра иностранных дел Дугласа Хэрда, который намного раньше смирился с невозможностью изменить ход событий, „железная леди“ безоговорочно боролась чуть не до последнего часа против осуществления единства Германии. Напрасно глава британского правительства делала ставку на то, что ей удастся разъединить демократию и нацию, сиамских близнецов западной современности, то есть подарить ГДР необходимую свободу, но отказать немцам в национальном единстве. Но эффективность двойной идеи была неделимой; без сопротивления воссоединению Германии со стороны России, без образования оси с французами, чего добивался Лондон, и без американского согласия с британской позицией могущества самой Англии давно уже не хватало, чтобы ставить палки в колеса развития. Поэтому Маргарет Тэтчер, по сути, не имея ни возможности, ни желания, все-таки согласилась на успешную интеграцию воссоединенной Германии в НАТО, поскольку западный альянс сулил британцам защиту от возможных вызовов, твердо ожидаемых премьер-министром со стороны новой Германии, в существовании которой она разглядела, прежде всего, подозрительную традицию старой империи Бисмарка.

Ради полноты картины следует упомянуть о том, что свою историческую роль в эпохальном процессе играли, наконец, и Европейский Союз во главе со своим французским председателем Жаком Делором, как и другие государства старой Европы, например, идущие так дружелюбно навстречу воссоединению Германии испанцы, которые, однако, были отдалены от событий в центре континента, или оказывающие сопротивление поляки, которые долго беспокоились по поводу своей западной границы: такое упоминание одновременно обращает внимание на дезидераты и перспективы, которые будут обозначены в заключение, когда речь пойдет о кратком обзоре состояния дел и результатов исследования истории воссоединения Германии.

IV.

1. На фоне холодной войны, американо-советского соперничества в XX веке и дискуссии о гегемонии и балансе в европейской и заокеанской современности развитие событий на международной арене восьмидесятых годов XX столетия, прежде всего, в эпохальные 1989/1990 гг., может считаться образцом того, что составляет историю, а именно постепенное формирование непредсказуемого и труднодоступного в результате принятия решений и действий, то есть баланс случайности и намерения, необходимости и свободы, структуры и индивидуальности.
2. Власть и идея, что показывает данная историческая парабола из недавнего прошлого, по-прежнему являются элементами, движущими историю: власть

без идеи слепа, идея без власти остается бездейственной. Советский Союз утратил сначала свою идею, затем власть; остались бессилие и отсутствие идей; и этот исторический вакуум заполнило обращение к российской нации и традиции.

Соединенные Штаты Америки, напротив, сумели сочетать идею неделимой свободы со своей властью проведения мирной экспансии, так что они одержали верх в эпохальной борьбе исторических потенциалов, во всяком случае, временно. Ибо в долгосрочной перспективе любая сильная власть, не говоря уже об универсальной, будто самопроизвольно вызывает противоборство; регулярно возникает соблазн поддаться собственной гордыне, так как все сложнее становится сохранение гегемонии, разрастающейся до масштабов империи:

> „Кто [...] завоюет всеобщие величие, власть, блеск“, предупреждал еще Якоб Буркхардт, „тому простится преступление, в частности, нарушение навязанных политических договоров, [...] нужно лишь оставаться великим, и знать, что и наследникам остается роковое завещание необходимости быть гением, чтобы сохранить приобретенное силой до тех пор, пока весь мир не привыкнет к этому как к исконному праву.“[76]

Однако в этих условиях глубоко изменившейся международной обстановки национальное государство воссоединенной Германии, суверенное и интегрированное одновременно, должно обрести баланс с учетом требований международного политического мира и современности; должно, в случае необходимости, принять однозначное решение и почти любой ценой избегать внешнеполитического выбора в пользу нейтралитета. Только так, в рамках интеграции в западный мир, можно и впредь, во всяком случае, на обозримое будущее, сохранить суверенитет, адаптированный к требованиям современного мира, контролируемый и защищенный, как драгоценный результат воссоединения нации.

3. Даже под знаком так называемой глобализации нация, и даже национальное государство – а это урок, который в условиях „плюриверсума“[77] международного политического мира можно извлечь из исторических событий в процессе воссоединения Германии – есть и остается обязательным и окончательным критерием государственной и международной деятельности. При этом противоборство унаследованных, традиционных ценностей национальной идеи и многообразных, вводящих в заблуждение тенденций современности представляет собой центральный предмет политической деятельности и исторических исследований.
4. Хотя в 1989/1990 гг. Германия и германская проблема вновь оказались в центре мировой политики, немцы все-таки, в общем и целом, на этот раз были скорее объектами нежели субъектами мировой истории. Однако эта констатация верна лишь в отношении преобладающей тенденции, ее необходимо допол-

[76] *Jacob Burckhardt*, Die Historische Größe. Mit einem Nachwort von *Rudolf Stadelmann*, Krefeld 1947, с. 50.

[77] *Carl Schmitt*, Der Begriff des Politischen, Berlin 1954 (текст 1932 г.), с. 54: „Политический мир – это не универсум, а плюриверсум.“ См. к этому *Josef Isensee*, Die vielen Staaten in der einen Welt – eine Apologie, в: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 1 (2003), с. 7–31.

нить одним ограничением: приняв решение действительно использовать возможность, так неожиданно представившуюся благодаря историческому развитию, действиям, терпимости и бездействию великих держав, их акциям и реакциям, смело и решительно ухватив уникальный исторический шанс, федеральный канцлер Гельмут Коль, несомненно, достиг более, чем лишь косвенного значения, он добился самостоятельного, следовательно, автономного значения, став субъектом всемирно-исторического процесса воссоединения. В этой связи он превратился в неповторимый и, безусловно, также незаменимый фактор *sui generis*, не в последнюю очередь, потому, что другой на его месте, возможно, реагировал бы иначе, может быть, даже совсем иначе, на этот неожиданный вызов мировой истории: с учетом внутриполитической ситуации в прежней Федеративной Республике Германия германская реакция на исторический шанс, так неожиданно предоставленный международным политическим миром в течение исторического мгновенья, могла бы выглядеть так, что воссоединение, скорее всего, не состоялось бы, и уникальная возможность, вытекающая из чрезвычайной ситуации, была бы упущена.

Правда, помимо этой главной роли ответственного государственного деятеля Германии, затронувшей самую суть событий, условия решения германского вопроса были в основном предопределены извне, т. е. решениями, принятыми другими членами международного политического мира. Безусловно, не было слепой неизбежности функционирования международной механики, однако ощущалась зависимость от ее развития, позволившего представителям Германии, прежде всего, федеральному канцлеру Гельмуту Колю, не только свободно принимать решения, но и представившего именно ту возможность, которой они воспользовались, не упустив ее.

5. Как и после создания германского национального государства в 1871 г., оно и после своего воссоединения в 1990 г. столкнулось с одной из основных проблем всеобщей истории, которая проявлялась в ходе германского развития на его пути от Бисмарка до Гитлера в специфической форме, в частности, нередко роковым образом: речь идет о центральном соотношении общественных условий и политических решений.

Например, в период перехода от империи Бисмарка к Германии Вильгельма явно стали давать о себе знать мощные тенденции в сфере экономики и общества, взломавшие признанные раньше рамки внутри- и внешнеполитического устройства, начавшие даже проявлять роковую склонность к экспансии, революционности, воинственности в рамках международного политического мира. Однако, эта, на первый взгляд, весьма могущественная структура отнюдь не автоматически привела к известной нервозной демонстрации силы в области внешней политики империи, которая, все-таки, в конечном счете, основывалась на решениях ответственных лиц – конечно в рамках характерных для той эпохи условий.

Что же до совместимости внутренней и внешней политики, внутренней и международной обстановки, то на сегодня просматриваются положительные перспективы, которые могут способствовать конгруэнции нации, общества и демократии, свободы, единства и мира. Однако: и такая общая структура от-

нюдь не является автоматическим гарантом светлого будущего, находящегося в значительной зависимости от политических решений, равно как и беда, которая может нагрянуть в любой момент.

Значит, на давнее прошлое, как и на наши дни, по-прежнему распространяется следующее: не наличие объективных условий определяет развитие внешней политики, протекающее как бы самостийно, вслепую; наоборот, оно определяется принимаемыми решениями, как и всегда в истории и везде в мире – это не происходит вне зависимости от общих условий, однако и не предопределяется ими, а осуществляется в рамках возможного диапазона действий между необходимостью и свободой, предоставленного то в большей, то в меньшей мере. Окажутся ли исполнившиеся желания по истечении определенного времени завершением ожидаемого или его противоположностью, это в значительной степени зависит от того, насколько разумны и правильны были принятые решения.

6. Предстоит еще немалая научно-исследовательская работа, чтобы – не в последнюю очередь и по сравнению с историей основания империи в 1870–1871 гг. – достичь соответствующего уровня знаний об истории воссоединения в 1989/1990 гг.: речь идет об опубликовании и изучении соответствующих архивных материалов; о просмотре и анализе уже опубликованных материалов; и, наконец, о почти не предсказуемом множестве еще не написанных монографий о различных двусторонних и многосторонних межгосударственных отношениях, а также о намерениях и действиях *dramatis personae*.
7. Из вызовов решающего периода 1989/1990 гг. вытекают существенные последствия для ориентации исторической науки, на которые еще на весьма ранней стадии указал Герхард А. Риттер. С одной стороны мюнхенский историк обращает внимание:

> „Незаконченность, непредсказуемость истории стала настолько явной, что это должно побудить историков с еще большим смирением описывать и анализировать исторические процессы. Слишком часто мы склонны рассматривать то, что произошло, как единственно возможное и толковать историю именно в этом свете. Однако, события 1989–1991 гг. показывают, что большую роль в истории играет случайность, и что резкое изменение ориентации, которое раньше считали немыслимым, вполне возможно. Историю невозможно ни просчитать, ни спрогнозировать. Действительность противоречива, ее характеризует совпадение и перехлест событий, совмещение того, что кажется несовместимым, и она полна сюрпризов.“[78]

Кроме того, дальновидный автор констатирует, что „оценка роли политической истории и истории событий, как и роли биографии [...] возросла в связи с переломными событиями 1989–1991 гг.“[79], что обязательно должно учитываться при определении будущих акцентов исследований, во всяком случае, до тех пор, пока не будут уточнены основные проблемы и взаимосвязи, а „культуралистская“ историография не сможет позднее перейти к тому, чтобы присущим ей, естественно „инновационным“ образом показать, как, собственно говоря, все не происходило.

[78] *Gerhard A. Ritter*, Der Umbruch von 1989/91 und die Geschichtswissenschaft, München 1995, с. 23.

[79] Там же.

Александр И. Борозняк

Объединение Германии в трактовках российской историографии

Es ist mit der Geschichte wie mit der Natur,
wie mit allem Profunden,
es sei vergangen, gegenwärtig oder zukünftig:
je tiefer man ernstlich eindringt,
desto schwierigere Probleme tun sich hervor.

Johann Wolfgang Goethe
Maximen und Reflexionen[1]

Путь, который пройден от создания „новой Федеративной Республики“ до сегодняшнего дня, по всемирно-историческим меркам невелик, но число вышедших на русском языке книг и статей, посвященных германскому объединительному процессу, весьма значительно. Их авторы – все без исключения – являются прямыми участниками событий или их неравнодушными наблюдателями, придавшими своим текстам черты мемуарной публицистики, исторической хроники, порой и памфлета.

Читатель имеет дело с работами, которые касаются не внутригерманских факторов объединения страны, но – факторов по преимуществу связанных с внешнеполитическими установками и акциями Советского Союза.[2] В рассматриваемых публикациях отражаются противоречия российского общества и взбаламученного общественного сознания, им присущи внутренняя напряженность, тревожное ощущение неостывшего лавового потока истории. Единодушия в оценках нет, нет, как правило, и апологетики, что является признаком нормальной исторической науки.

Значителен разброс оценок в дискуссии о германском объединении. Характерна констатация А. С. Черняева: „Отношение к объединению до сих пор не устоялось ни у нас, ни в самой Германии.“[3] Не един у нас прежде всего образ Германии, которая рассматривается и как побежденная в 1945 г. страна, став-

1 „И в истории, и в природе, во всем глубинном, будь оно прошлое, настоящее или будущее: чем глубже и серьезнее вникаешь, тем более трудные проблемы открываются.“ *Иоганн Вольфганг Гёте.* Максимы и рефлексии.

2 Едва ли не единственным исключением является книга *Б. В. Петелина*, автор которой использовал материалы некоторых германских архивов. См. *Б. В. Петелин*, ХДС/ХСС и объединение Германии, Вологда 2002.

3 *А. С. Черняев*, Объединение Германии. Политические механизмы и психологические стереотипы, в: Свободная мысль 1987, № 8, с. 25.

шая в 1990 г. победительницей; и как потерянная ГДР; и как неблагодарная ФРГ. В публицистике порой эксплуатируются и такие мотивы: „У нас украли победу“; „Горбачев отдал без боя то, что завоевано ценой миллионов жизней.“[4] Или даже: „Немецкий бес никуда и не исчезал. Изменились лишь его повадки, и он вновь вершит свои черные дела против России.“[5]

Но не эти крайности определяют лицо дискурса. Не ставится под сомнение (в том числе и в тех работах, где явно выражен критический подход по отношению к линии М. С. Горбачева) как значимость создания единого германского государства, так и правильность основного курса СССР на исключительно мирное решение проблемы. Н. В. Павлов, который иронически именует Горбачева и его сотрудников „новым поколением кремлевских мечтателей“, тем не менее не сомневается в том, что решение германского вопроса явилось „объективной неизбежностью“.[6]

В условиях „холодной войны“ раскол Германии вполне устраивал противоборствующие стороны. Но именно логика исторического развития в нашей стране, кардинальные перемены в ее жизни, сделали возможным преодоление искусственного государственного раскола немецкой нации.

В мемуарах М. С. Горбачева содержится значительный познавательный потенциал о решении германской проблемы, хотя о бесспорности его оценок в ряде случаев говорить не приходится. Но вот одно из его суждений, с которым согласно подавляющее большинство исследователей:

> „Я считал недопустимым с нравственной точки зрения бесконечно поддерживать раскол нации, взваливая на все новые поколения вину за прошлое. [...] Помешать стремлению немцев к воссоединению можно было лишь с помощью размещенных в ГДР советских войск. Это означало бы полный крах всех усилий по прекращению ‚холодной войны‘ и гонки ядерных вооружений. И нанесло бы непоправимый удар по всей политике перестройки в моей собственной стране, дискредитировав ее в глазах всего мира. [...] Пойти таким путем было бы преступлением и против немцев, и против собственного народа, против всего мирового сообщества. [...] История ускорила свой ход, и надо было ее императивы перевести в реалии – *мирным путем.*“[7]

Видимо, в условиях, когда „холодная война“ стремительно уходила в прошлое, не существовало альтернативы созданию единого германского государства. Но возникает серьезный вопрос: было ли советское партийное и политическое руководство, были ли советские ученые готовы к такому повороту событий?

Весной 1987 г., когда витало в воздухе слово „гласность“, когда значительную часть интеллигенции опьяняла тяга к новому видению прошлого и настоящего, я оказался одним из слушателей доклада выдающегося специалиста по истории Германии профессора Д. Е. Мельникова. Заседание проходило в Институте научной информации по общественным наукам Академии наук СССР. Доклад

[4] Независимая газета, 16 января 1997; 10 апреля 1997.

[5] *В. В. Александров/Е. Н. Есин*, Объединение Германии и провал германской политики советского руководства, Москва 1995, с. 156.

[6] *Н. В. Павлов*, Объединение или Рассказ о решении германского вопроса с комментариями и отступлениями, Москва 1992, с. 7.

[7] *М. Горбачев*, Как это было, Москва 1999, с. 81, 171

именовался „Современный подход к германской проблеме“, и в нем – в свете заявленного Горбачевым „нового мышления“ и политических перемен в странах социалистического лагеря – говорилось о том, что в длительной перспективе (до 2000 г.) могут открыться возможности создания конфедерации ФРГ и ГДР в рамках процесса европейской интеграции и разрядки на континенте. Выводы докладчика были развиты и дополнены выступившими в прениях И. С. Кремером и Б. С. Орловым.[8]

Через полгода, в ноябре 1987 г., на закрытом совещании в одном из подразделений Министерства иностранных дел СССР В. И. Дашичев предложил разработать „встречный план“ решения германской проблемы. При этом подробно обосновывалась необходимость постепенного преодоления раскола Германии, что было бы в интересах Советского Союза, немецкого народа и всей Европы.[9] Однако инициатива ученого не встретила поддержки ни в МИД, ни в ЦК КПСС.

Вряд ли можно принять всерьез утверждение бывшего министра иностранных дел СССР Э. А. Шеварнадзе, будто бы он еще в 1986 г. „высказал предположение о скором возникновении“ перспектив германского объединения.[10] Конечно же, прав В. И. Дашичев, который писал через 10 лет после падения берлинской стены: „Ни Горбачев, ни правящая политическая элита, ни советское общество не были готовы к такому повороту дел ни психологически, ни концептуально.“[11] Т. н. „кризисный штаб“ по германской проблеме, созданный Горбачевым осенью 1989 г., собирался всего дважды и не выработал никаких конкретных предложений.[12] Приведу свидетельство из мемуаров Ю. А. Квицинского, занимавшего пост посла СССР в Бонне и назначенного в мае 1990 г заместителем министра. Ему было поручено срочно заняться разработкой концепции решения германского вопроса, которой в МИД просто не существовало.[13]

Исследовательница истории советско-германских отношений Ф. И. Новик отмечает:

„По существу, политика советского руководства в период объединения Германии была непоследовательной, определялась узким кругом лиц в главе с М. С. Горбачевым без должного обоснования и обсуждения с компетентными специалистами и учреждениями и явно не поспевала за бурными темпами объединения, заданными из ФРГ.“[14]

8 Запись доклада *Д. Е. Мельникова*, „Современный подход к германской проблеме“, состоявшегося в Институте научной информации по общественным наукам (ИНИОН) 16 апреля 1987 г, Архив автора.

9 *В. И. Дашичев*, От тоталитарной к демократической политике в германском вопросе, в: *Д. М. Проэктор* (отв. ред.), Россия и Германия в годы войны и мира (1941–1995), Москва 1995, с. 501. „Записка“ Дашичева, содержавшая его предложения, была опубликована в 1990 г. в Германии (Der Spiegel, 44 (1990), H. 6, с. 142–158).

10 *Э. Шеварднадзе*, Мой выбор – в защиту демократии и свободы, Москва 1991, с. 223.

11 *В. И. Дашичев*, Единая Германия в единой Европе, в: Свободная мысль 1999, № 7, с. 119.

12 *Ф. И. Новик*, Объединение Германии и российско-германские отношения, в: Россия и Германия. *Ф. М.Тупоиев* (отв. ред.), Вып. 1, Москва 1998, с. 355.

13 *Julij A. Kwizinskij*, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, с.11.

14 *Новик,* Объединение Германии, с. 355.

В ходе переговоров с ФРГ и в формате „2+4“, советские дипломаты порой выдвигали малобоснованные или малореальные предложения, которые, как правило, были ответами на очередные шаги западногерманской стороны. В числе таких предложений были: нейтрализация объединенной Германии; выход ФРГ из НАТО; участие объединенной Германии в политической, но не военной организации Атлантического пакта или даже в НАТО и в Организации Варшавского договора одновременно; конфедерация двух германских государств (т.н. „договорное сообщество“). Но проекты такого рода были опрокинуты перед лицом необратимой политической эволюции на территории ГДР.

В российском общественном мнении имеет хождение удобная версия, будто бы крах Германской Демократической Республики, как и последующее объединение путем вступления ГДР в ФРГ были результатом хорошо спланированных подрывных действий западных спецслужб. Но вот авторитетное мнение И.Н. Кузьмина, в течение ряда лет представлявшего в ГДР советскую внешнюю разведку:

„Роль Запада в целом была лишь вторичной. Первичным было возмущение широких народных масс, выступивших против коррумпированного режима. Первичным был также распад партийных и государственных структур этого режима из-за неспособности его разложившейся верхушки к реальной оценке обстановки и к адекватным действиям.“[15]

С точки зрения А. А. Ахтамзяна, торопливость лидеров ФРГ была понятной.

„Что же касается торопливости советских лидеров, то это остается загадкой истории, разгадка которой, очевидно, будет долго храниться в архивах.“[16]

Свою попытку приоткрыть завесу над этой загадкой предпринял В. М. Фалин – крупный знаток германских дел, сыгравший ключевую роль в подготовке Московского договора 1970 г., бывший посол СССР в ФРГ, заведующий Международным отделом ЦК КПСС, а затем и секретарь ЦК. Книга воспоминаний Фалина вышла на немецком (в 1993 г. и стала в ФРГ бестселлером)[17], а затем на русском (в 1999 г.)[18] языках.

Фалин подробно рассказывает о содержании меморандума, который был им подготовлен накануне визита Гельмута Коля в СССР в июле 1990 г. Автор документа предлагал ни в коем случае не допускать слияния ГДР с ФРГ, настаивать на неучастии объединенной Германии в НАТО. Но Горбачев (со словами: „Боюсь, что поезд уже ушел“) фактически уклонился от обсуждения меморандума.[19]

Наверное, в июле 1990 г., после введения на территории ГДР западногерманской марки, поезд действительно уже ушел. Эта констатация никак не отменяет необходимости внимательного рассмотрения мер, предпринятых или не предпринятых Горбачевым ранее, в том числе и его кадровых решений (в том числе

[15] *И. Н. Кузьмин*, Крушение ГДР. История. Последствия, Москва 1996, с. 39.
[16] *А. А. Ахтамзян*, Федеративная Республика Германия в конце XX века, в: Новая и новейшая история 1999, № 4, с. 42.
[17] *Valentin Falin*, Politische Erinnerungen, München 1993.
[18] *В. Фалин*, Без скидок на обстоятельства, Москва 1999.
[19] Там же, с. 448–449.

отстранения Фалина от участия в обсуждении и решении важнейшей внешнеполитической проблемы).

И ученые, и политические деятели едины в своих оценках. М. С. Горбачев: „История ‚сорвавшись с заклепок‘, несла нас в своем стремительном потоке.“[20] Н. В. Павлов: произошло „взрывоподобное развитие сценария, написанного самой Историей“[21]. К аналогичному заключению пришел и Д. М. Проэктор:

„Это была уже революция, и вопрос состоял в том, чтобы удержать ее в мирных рамках. Ибо если бы на улицах восточногерманских городов появились танки, как в Берлине – 1953, или в Венгрии – 1956, либо как в Чехословакии – 1968, то это означало бы страшное побоище и европейскую, и общемировую катастрофу. [...] Народ решал свою судьбу сам: ситуация и опыт прошлого помогли Москве принять единственно правильное решение, хотя внутренняя ситуация требовала для этого немалого мужества.“[22]

После выхода немецкого издания книги В. М. Фалина с замечаниями по ее поводу выступили А. С. Черняев и А. А. Галкин, которые полагали, что пером мемуариста „руководит обида“. Вряд ли это суждение стопроцентно правильно, да и сами критики Фалина не очень-то настаивали на этом тезисе. Главное в их доводах состоит в следующем: поворот в ГДР в 1990 г. уже стал необратимым, „процесс носил объективный характер. Его невозможно было остановить, [...] если, конечно, не сходить с колеи мирного решения вытекавших из него проблем.“ Если бы советские дипломаты настаивали на своих требованиях, „объединение Германии все равно бы произошло – без нас и вопреки нам“.[23]

Можно соглашаться или не соглашаться с суждениями уважаемых авторов, но дискуссия отражает не только и не столько личные воззрения ее участников, сколько (что существенно важнее) реальные противоречия в решении германского вопроса. Качество и результативность дипломатической деятельности СССР в период объединения Германии, когда этот процесс приобрел собственную динамику, были прямо пропорциональны темпам снижения роли нашего государства в мировой политике. В руках политиков ФРГ оказалась перехваченная и блестяще использованная инициатива. И все-таки никому не дано отрицать главное: Советский Союз отказался от соблазна восстановить прежнее соотношение сил при помощи военной мощи.

Но никуда не уйти от предельно трудного (и обидного для нашей страны) вопроса, поставленного ветеранами советской политической элиты С. Ф. Ахромеевым и Г. М. Корниенко: „В какой мере были учтены законные интересы Советского Союза?“. Никуда не уйти и сделанного авторами вывода: мы „должны были действовать более решительно и разумно“.[24] Советское руководство, с горечью признает Ф. И. Новик, „не использовало всех возможностей для отстаивания ин-

[20] *Горбачев*, Как это было, с. 86.

[21] *Павлов*, Объединение, с. 13.

[22] *Д. М. Проэктор*, Размышления о холодной войне, в: Россия и Германия в годы войны и мира (1941–1995), Москва 1995, с. 443.

[23] *А. Галкин/А. Черняев*, Правду, и только правду, в: Свободная мысль 1994, № 2–3, с. 25, 28.

[24] *С. Ф. Ахромеев/Г. М. Корниенко*, Глазами маршала и дипломата. Критический взгляд на внешнюю политику СССР до и после 1985 года, Москва 1992, с. 258.

тересов собственной страны".[25] Это относится и к решению имущественных и финансовых вопросов, и к условиям и срокам вывода советских войск с территории бывшей ГДР ...

Выиграл ли СССР, выступив за объединение Германии, выведя свои войска из Германии? Да, поскольку был ликвидирован очаг напряженности в Европе, был зафиксирован отказ ФРГ от оружия массового уничтожения, создание „новой Федеративной Республики" произошло без применения силы, при согласии соседей на Западе и Востоке. Были созданы, согласно оценке Ф.И. Новик, „новые глобальные геостратегические рамки для взаимоотношений России и Германии"[26].

„Произошло – подчеркивает Н. В. Павлов – объединение не ‚железом и кровью', а мирным путем, не в ходе борьбы за передел мира, а в результате доброй воли и согласия всех заинтересованных сторон."[27] Принципиально важен тезис И. Ф. Максимычева: „За ненасильственный подход к постконфронтационной эре Европа и мир должны быть благодарны в первую очередь России."[28] Это признавали германские политические деятели, в том числе Эгон Бар, который констатировал, что инициатива (на первых порах) принадлежала отнюдь не ФРГ: „Единством народ обязан Горбачеву и восточным немцам."[29]

Громадное сожаление вызывает у российских исследователей то, что наша страна упустила возможности, открывавшиеся перед ней – в Европе и в мире – уже после объединения Германии. Знаменательно суждение В. И. Дашичева:

> „С Советского Союза спала страшная экономическая и моральная тяжесть конфронтации со всем Западом. Перед ним открылись необычайно благоприятные перспективы мирного созидательного развития, колоссальные материальные и духовные ресурсы, тратившиеся на бессмысленную борьбу с западными демократиями, теперь можно направить на подъем благосостояния народа, прогресс науки и культуры, создание демократического общества. Как эти доселе невиданные благоприятные возможности были реализованы – это другой вопрос."[30]

А. С. Черняев констатирует:

> „История не прощает упущенных шансов. Объединение Германии могло бы сыграть огромную, незаменимую роль в преобразовании нашей страны, серьезно облегчить и сократить для нее переходный период, оказавшийся столь драматичным и отвратительным."[31]

Какими спустя десятилетие после объединения Германии выглядят перспективы российско-германских отношений? Я полностью согласен с взвешенными

[25] *Новик*, Объединение, с. 358.
[26] Там же, с. 360.
[27] *Н. В. Павлов*, Германия на пути в третье тысячелетие, Москва 2001, с. 130.
[28] *И. Ф. Максимычев*, Российско-германские отношения: формирование, состояние, перспективы, Москва 1997, с. 31.
[29] *Egon Bahr*, Sicherheit für und vor Deutschland. Vom Wandel durch Annäherung zur Europäischen Sicherheitsgemeinschaft, München 1991, с. 165.
[30] *Дашичев*, От тоталитарной, с. 502.
[31] *А. С. Черняев*, М. С. Горбачев и германский вопрос, в: Новая и новейшая история 2000, № 2, с. 117.

суждениями Ф. И. Новик: „В настоящее время, с моей точки зрения, политическая и военно-политическая заинтересованность Германии в России практически достигла предела и в ближайшем будущем, по-видимому, будет постепенно снижаться, чего нельзя сказать с полной уверенностью о долгосрочной перспективе. Экономическая заинтересованность друг в друге, очевидно, сохранится, и, скорее всего, даже возрастет, однако Россия и Германия исходят из различных расчетов в этой сфере.“[32] Этот не слишком-то оптимистический прогноз в значительной степени оправдался.

Новые времена принесли с собой и новые трудности, и новые опасности. Важнейшую проблему будущего развития наших стран поднимает И. Ф. Максимычев:

„По большому счету сейчас место ‚германского вопроса‘, стоявшего почти полвека в центре европейской политики, занял ‚русский вопрос‘. Найдет ли Германия в себе мудрость и силы сыграть в решении этого вопроса столь же конструктивную роль, как СССР (Россия) при урегулировании германского? От этого также в немалой степени будет зависеть судьба всей Европы.“[33]

Российскими учеными сделаны только первые шаги в изучении проблематики создания единого германского государства – одного из важнейших событий конца XX века. По словам одного из историков, современные публикации по этой тематике „могут быть лишь вступлением к глубокому научному анализу, который станет задачей будущих исследований“.[34] Пройдет какое-то время, выйдут на первый план новые поколения историков, будут опубликованы архивные документы, касающиеся внутренних и внешних аспектов объединительного процесса. Неизбежно произойдет переход к новой исследовательской оптике.

Но для этого уже сегодня необходимо совместное, непредвзятое и неконъюнктурное обсуждение предпосылок, истории и последствий объединения Германии. Началом именно такого обсуждения может служить наш коллоквиум, проходящий в рамках работы Совместной комиссии по изучению новейшей истории российско-германских отношений.

[32] *Новик*, Объединение, с. 361.

[33] *И. Ф. Максимычев / Х. Модров,* Российско-германские отношения и европейская безопасность, Москва 2000, с. 89.

[34] *И. Ф. Максимычев*, Крушение. Реквием по ГДР, в: *В. С. Рыкин* (отв. ред.) / *И. Ф. Максимычев*, Последний год ГДР, Москва 1993, с. 9.

II. Резистентность, оппозиция, сопротивление при сравнении диктатур

Доклады международного коллоквиума комиссии

Мюнхен, 9 июля 2004 г.

Жильбер Мерлио

Сопротивление, оппозиция и общественная резистентность при национал-социализме и в ГДР

Размышления о понятиях в сравнительной перспективе[1]

„Диссидентство, резистентность и сопротивление при национал-социализме/в ГДР“ или „Резистентность, оппозиция, сопротивление при национал-социализме/в ГДР“ или „Сопротивление, оппозиция и отклонение при национал-социализме/в ГДР“ и тому подобное: заглавия тех статей или докладов, которые посвящаются сопротивленческому поведению при обеих немецких диктатурах, характеризуются часто произвольностью выбора и порядка используемых понятий. Хотя в них повышение по степени и предполагается, но без точного оконтуривания различных степеней.

I. Ни инфляция, ни замешательство

Сравнение принадлежит к профессии историка. Каждое сравнение хромает – так и должно быть. Выявить специфическое, несравнимое – цель сравнения. Изучение сопротивления и оппозиции при коричневой и красной диктатурах в сравнительной перспективе может нас просветить относительно специфического характера соответствующего типа тоталитаризма. Без состоящей из ограниченного количества категорий модели сравнение не обходится. Упрощение наименований таит в себе опасность впадения в простой номинализм, чему неоднократно поддавалось исследование сопротивления в Германии. Чтобы лучше охарактеризовать формы сопротивления Гитлеру, были выдуманы разнообразные термины: сопротивление, резистентность, сопротивляемость, отклонение, нонконформизм, гражданское непослушание, разногласие и тому прочее. Для ГДР Хубертус Кнабе разработал со своей стороны 10-ступенчатую типовую шкалу: резистентность, частичная критика, социальный протест, пассивное сопротивление, новые социальные движения, политический протест, диссидентс-

[1] Из-за болезни автор не смог лично представить свои соображения на конференции совместной комиссии, однако, он любезно согласился предоставить текст своего доклада, немецкий вариант которого был впервые опубликован в журнале „Totalitarismus und Demokratie“, 2005, № 1, с. 61–70.

тво, политическая оппозиция, активное сопротивление и восстание.[2] При таком скоплении понятие уступает наименованиям, которые подходят скорее для описания, чем для классификации или в качестве сравнения.

По этой причине рекомендуется остановить такую разрастающуюся систему понятий и ограничиться, как это делает Ян Кершоу[3], делением на три степени. В самом деле можно различать три концентрических круга. В крайнем кругу было бы необходимо сгруппировать все феномены более или менее пассивного или реактивного отклонения и резистентности. В среднем круге была бы оппозиция, которая надеясь на реформы, частично отклоняет режим по причине идеологически-политического разногласия. Наконец, настоящее сопротивление стояло бы в центре – активное, политически сознательное, с целью свержения режима сопротивление. Эта упрощенная типология остается идеальной по характеру. Границы между различными степенями точно определить нелегко, исторические формы большей частью являются смешанными формами, в которых постоянно регистрируются переходы (также в переменчивом поведении актеров). На переходе от одной ступени к следующей констатируются повышение политической сознательности, радикальности, т. е. „незаконности" целей и средств, и энергии вообще – готовности идти на риск. В своей, посвященной оппозиции в ГДР книге, Эрхарт Нойберт разрабатывает похожую, хотя и несколько иначе оцененную трехступенчатую типологию: возражение, оппозиция, сопротивление.[4] На этой упрощенной основе можно попытаться сделать рациональное сравнение.

Вероятно, самой известной для оппозиции в ГДР является классификация Илько-Саши Ковальчука: 1. общественное неповиновение, 2. социальный протест, 3. политическое диссидентство, 4. массовый протест.[5] На мой взгляд она страдает от смешивания мотивации с артикуляцией. На самом деле, мне кажется наиболее важным охарактеризование и классификация формы сопротивления и оппозиции по их отношению к тоталитарному режиму. Средства или формы выражения (восстание, массовый протест, распространение листовок и т. д.) – это второстепенные критерии. В этой связи я хотел бы обратить внимание на различие, которое часто остается подразумеваемым. Карл Вильгельм Фрике – пионер в исследовании сопротивления и оппозиции в ГДР – различает между оппозицией и сопротивлением. Он пишет, совсем согласно вышеупомянутому изложению, что оппозицию нужно описывать как политическую разновидность борьбы, которая пытается развиваться относительно открытым и легальным путем, хотя и не без постоянного риска криминализации, „в то время, как сопротивле-

[2] *Hubertus Knabe*, Was war die „DDR-Opposition"? Zur Typologisierung des politischen Widerspruchs in Ostdeutschland, в: Deutschland Archiv 29 (1996), с. 184–198.

[3] *Ian Kershaw*, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Reinbeck bei Hamburg 1994, с. 301.

[4] *Ehrhart Neubert*, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997.

[5] *Ilko-Sascha Kowalczuk*, Gegenkräfte: Opposition und Widerstand in der DDR. Begriffliche und methodische Probleme, в: *Eberhard Kuhrt* (Hrsg.), Am Ende des realen Sozialismus. Bd. 3: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, с. 47–80, здесь с. 53.

ние с самого начала отказывалось от ‚каждой возможности открытого и легального развития‘ и таким образом считалось, согласно режиму, принципиально ‚нелегальным‘ и воспринимало таковым само себя“.[6] Но он же сам использовал, как и большинство других авторов, оба термина, т. е. практически как синонимы или в качестве подтверждения многообразия противников тоталитаризма.

II. Сопротивление или оппозиция при тоталитаризме

В качестве общего понятия служат иногда сопротивление, иногда оппозиция. Часто невозможно решить, какое слово выполняет эту функцию. Спонтанно говорят скорее о сопротивлении, если речь идет о Третьем рейхе и оппозиции, о ГДР. В чем заключаются причины этого? Они лежат в сущности данного тоталитаризма и реакции на него. На мой взгляд, ГДР была до конца тоталитарным режимом. По крайней мере она на это претендовала. Для коммунизма, как и для национал-социализма, имела силу цель охватить человека полностью и мобилизовать его, сделать из него нового человека (социалистическую *versus* национал-социалистическую личность), а из общества – совсем новый, предвещающий рай на земле, социальный порядок, который радикально порывает с либерально-гражданским прошлым.[7] До самого конца верхи в ГДР не отказались от достижения этой цели путем воспитания и подавления. Также как и в национал-социализме, оппозиция в государстве СЕПГ была в либерально-демократическом смысле противоречивым явлением, которое во имя и в интересах коллектива и исторической закономерности нужно было уничтожить в корне. Но тоталитаризм никогда не бывает тотальным, т.к. он провоцирует как бы все новые формы противоречия; ему никогда не удается иметь полный контроль и заставить ему служить. В то время как демократия – это симметричная форма господства (как нас учил Петер Хюттенбергер[8]), в которой оппозиция может вести переговоры как вероятно будущее большинство с в настоящее время правящими на равнях, тоталитарное господство является асимметричным. Но приобщить всех насильственно к господствующей идеологии ей все же никогда не удается. Она наталкивается на общественно-политические силы, с которыми ей приходится идти на компромиссы против своей воли. Только в этой мере можно применять принадлежащее к либеральной системе понятие оппозиция также к тоталитарному режиму. Степень (и границы) реально существующего тоталитаризма нужно измерять по силе и способности артикуляции этой оппозиции. Сопротивление,

6 *Karl Wilhelm Fricke*, Dimensionen von Opposition und Widerstand in der DDR, в: *Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel* (Hrsg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, с. 21–43, с. 24. Здесь надо вспомнить о его новаторской книге: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report. Köln 1984.

7 См. *Jürgen Gebhardt*, Was heißt totalitär?, в: Totalitarismus und Demokratie 1 (2004) 2, с. 167–182. Гебхардт критикует государственно-теоретический подход Карла Фридриха и подчеркивает утопический и мессианский религиозный характер тоталитаризма.

8 *Peter Hüttenberger*, Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff, в: *Jürgen Kocka* (Hrsg.), Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion. Göttingen 1977, с. 117–134.

с одной стороны, и резистентность, с другой, обратно пропорциональны силе оппозиции.

Тоталитаризм можно измерять с двух позиций: с точки зрения его притязания или также по мере реального подавления, которому подвергается население. В последнем отношении ГДР представляла собой в эру Хонеккера еще „мягкий“[9] или „осторожный“[10] тоталитаризм. „Либерализация“ при Хонеккере была отвоевана на основе международного положения и его собственных противоречивых интересов (международное признание, экономическая кооперация при одновременном идеологическом отграничении, СБСЕ и т. д.). В каждое мгновение она была удержимой, отменимой „либерализацией“, которая была режиму не по нутру. ГДР никогда не превращалась „только“ в авторитарный режим, так как она никогда не отрекалась от своей претензии на тоталитарный контроль общества. Конечно можно задаться вопросом, не служили ли в конечном счете уступки верхов лишь удержанию их власти (при частичном отказе от тоталитарного притязания). Здесь можно было бы говорить о жизненно важном, вынужденном терпении, которое допускает определенную оппозицию в качестве клапана сброса давления. Такая стадия, когда уже само руководство не истинно верит в свою идеологию и использует ее только лишь для поддержки своей власти, называется иногда посттоталитаризмом.[11] Саморазрушение идеологии открывает тогда оппозиции новые возможности артикуляции, на что государство реагирует с чрезмерным усилением системы контроля, но которому тем не менее больше не удается остановить этот процесс.[12]

В абсолютно асимметричном отношении господства может иметься только сопротивление или резистентность, но не оппозиция. Сопротивляющиеся силы принуждаются к конспиративной нелегальности (по отношению к псевдолегальности диктатуры) и часто также к насилию, так как они не могут больше выступать в качестве оппозиции. Поэтому говорят скорее о сопротивлении, чем об оппозиции Гитлеру. Парадигматическим здесь является одинаково наступающее сопротивление рабочего движения в начале Третьего рейха. На том же уровне надо упомянуть и другие деятельности сопротивления, как например заговор 20 июля. Но Третий рейх имел также формы оппозиции. Например „сопротивление“ церкви, можно было бы охарактеризовать скорее как оппозицию. Гитлеру

[9] *Clemens Vollnhals*, das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, в: *Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr* (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, с. 498–518, здесь с. 514.

[10] *Sandra Pingel-Schliemann*, Zersetzen. Strategie einer Diktatur, 2. verb. Auflage, Berlin 2003.

[11] См. *Gebhardt*, Was heißt totalitär?, с. 179.

[12] Экхард Йессе делает правильное замечание: „Повышение числа штатных и неофициальных сотрудников является скорее признаком большей (не большой) свободы, чем обязательным индикатором роста репрессий.“ *Eckhard Jesse*, Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik, в: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. VII, 1: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Baden-Baden 1995, с. 987–1030, здесь с. 1026.

пришлось идти на уступки, ему никогда не удалось насильственно приобщить церкви – единственные массовые организации с малыми свободами, которые еще существовали наряду с НСДАП – к господствующей идеологии; из-за протестов церкви ему несколько раз приходилось, не только в случае эвтаназии, уступать или откладывать применение уже постановленных мер (так энциклика „Mit brennender Sorge“ („Со жгучей тревогой“) заставила его отложить проект перевода церковного имущества в государственную собственность). Оппозиция церквей, правда, серьезно не ставила под сомнение власть режима. Можно даже утверждать с полным основанием, что, более чем в одном отношении, ослепленные антикоммунизмом церкви (как католическая, так и евангелическая), способствовали, особенно в начале, их противоречивой позицией приемлемости национал-социалистического режима. Но продолжение существования церковных учреждений и духовная оппозиция, если не активное сопротивление части священнослужителей (например, части ордена иезуитов или исповедующей церкви) и христианского народа, препятствовали исполнению его тоталитарного притязания. Утвердительная дистанция традиционных элит к режиму в начале Третьего рейха могла бы считаться также оппозицией. В это время напряженной кооперации им нужно было по своему представлению оказать влияние на режим или реформировать его. Само сопротивление части этих традиционных военных и гражданских элит брало свое начало лишь тогда, когда они с 1938 г. стремились свергнуть режим Гитлера нелегальными, конспиративными средствами.

Часто приходиться наталкиваться на границы типологии. Оппозиция с таким определением может быть очень противоречива, так как она сочетается именно с приспособлением, если даже не с кооперацией. То, что традиционные элиты сотрудничали дальше, было, однако, условием их эффективного сопротивления, и этого нельзя забывать. Некто, как Йоханнес Попитц – с 1933 по 1944 гг. прусский министр финансов – был участником заговора 20 июля, но до конца пытался путем посредничества через Геринга или Гиммлера побудить режим идти на уступки. Он был одновременно попутчиком, оппозиционером и участником сопротивления. Ту же самую многозначность находят также в роли церквей в ГДР (церковь при социализме/крыша для движений протеста). В комплексной позиции некоторых консерваторов или церквей можно узнать три вышеназванные степени: резистентность, если речь идет о сохранении институции; оппозиция, если с этим связывается более или менее открытый протест против теории и практики режима (здесь я имею в виду меморандумы, пастырские послания и епископские проповеди); сопротивление, когда пересекается граница „легальности“, т. е. если духовные лица принимали участие в конспиративной деятельности.

III. Вопрос власти как решающий критерий

Конспирация и насилие – частые признаки сопротивления. Они могут представлять собой общий знаменатель для внутритоталитарного и национального сопротивления оккупированных стран. В тоталитарном государстве, однако, кото-

рое унифицировало общество террором и пропагандой (политическая религия) и сделало его послушным, такое вооруженное сопротивление может брать свое начало только из самого тесного круга власти. Каждое массовое восстание, каждое сопротивление снизу исключено, и соответственно осуждено на неудачу. Следовательно, сопротивление должно идти чаще всего иными путями. Поэтому сопротивление нельзя определять используемыми средствами. Решающим является вопрос власти. Сопротивление ставит его, оппозиция – нет или лишь косвенным образом. Это объясняет, почему не принято говорить об оппозиции „Белой розы“, которая ничего другого не делала, как то, что и оппозиционные силы в ГДР: они составляли тексты и раздавали их. Похожим является сопротивление „кружка Крайзау“, который, как писал Мольтке во время своего процесса жене, „только мыслил“ и составлял тайно хранимые программы. То, что, принимая во внимание ГДР, говорят скорее об оппозиции, объясняется тем, что здесь оппозиционные силы не ставили в ясном виде вопроса власти, т. е. вопроса о радикальной смене режима. Или лишь в конце: несмотря на ее название и формы выражения, мирная революция является в какой-то мере сопротивлением, точно так же как восстание 17 июня, которое превратилось из рабочего в народное восстание и которое смогли подавить только советские танки. К сопротивлению я бы относил также манеры поведения и действия всех тех – будь они индивидуумы, партийные образования или слои населения (студенты, крестьяне) – которые боролись в пятидесятые годы против советизации и, соответственно, сталинизации ГДР. Это было время очень асимметричного тоталитаризма в ГДР, где сам режим криминализовал каждую оппозицию как сопротивление. Вопрос власти должен ставиться, само собой разумеется, от имени антитоталитарных ценностей, от имени определенной идеи человека и человеческого достоинства. Борьба за власть в пределах тоталитарной партии или однопартийного государства, только ради системной эффективности, не является сопротивлением, и даже не настоящей оппозицией. Здесь можно было бы задаться вопросом о природе коммунистического сопротивления Гитлеру. Этот вопрос вызвал ряд дискуссий пару лет назад в связи с выставкой в музее Немецкого сопротивления. Можно предположить по праву, что руководители коммунистического сопротивления, находившиеся в Москве, служили другому тоталитаризму; но коммунистические базовые группы в Германии боролись во имя свободы и человеческого достоинства, над которыми насмехался национал-социализм. Поэтому они заслуживают место в пантеоне немецкого сопротивления Гитлеру.

IV. Оппозиция как маскировка сопротивления?

Сопротивление Гитлеру могло только быть трансцендентным системе, т. е. ссылаться на противоположные национал-социализму ценности. Многие исследователи сопротивления вплоть до Клеменса фон Клемперер[13] и Петера Штайн-

[13] *Klemens von Klemperer*, Naturrecht und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, в: *Peter Steinbach/Johannes Tuchel* (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, с. 43–53.

баха[14] обратили внимание на значение права – даже на повторное открытие прав человека и правового государства у до сих пор реалистически и на политическую власть ориентированных консерваторов. Большое значение придавали также эти сопротивленцы восстановлению „приличного“, точнее „истинного“ общества, далекого от взаимного недоверия и доносительства. Все эти ценности можно найти у оппозиции в ГДР – с той лишь разницей, что они могли ссылаться на официальную доктрину режима. Оппозиционные группы в ГДР могли ссылаться в их борьбе против „реально существующего“ социализма на социалистическую утопию. Такая оппозиция „свойственна“ системе, она протестует против режима, т.к. он не исполняет свои обещания, противоречит своим ценностям, потому что лозунги (или подпись, см. СБСЕ) не соответствуют действительности. Это имеет вес и для реформистки настроенных коммунистов, как Хавеман и Бирман, и для движения борцов за мир и гражданские права восьмидесятых годов.

При сравнении двух германских диктатур можно установить обратное развитие. В то время как Третий рейх первоначально носил – против воли верхов – элементы открытого общества и терпел формы оппозиции, оппозиция в ГДР смогла развиваться только с семидесятых годов. Здесь нужно учитывать исторический задний план и последовательность поколений. В эру Ульбрихта сопротивление шло от поколения, которое было социализировано еще перед войной или во время войны, и члены которого раньше нередко принимали участие в сопротивлении Гитлеру. Большинство тех, кто не акцептировал социализма в его сталинской форме, могли еще уйти на Запад: они голосовали (они сопротивлялись?) ногами. После 1961 г. нужно было смиренно приспосабливаться к стабилизированному режиму, который стремился авторитарно модернизовать себя созданием догматического централизма. С протестом выступали и впредь несколько коммунистических интеллигентов (Хейм, Хавеман, Бирман), которые требовали большей свободы ввиду замедляющейся десталинизации.

Однако, участие ГДР в подавлении „Пражской весны“ (1968 г.) вызывало уже протесты послевоенного поколения, из которых состояла потом большая часть оппозиционеров в семидесятые и восьмидесятые годы. Это были люди, на которых отразилось социалистическое воспитание вместе с ее утопией и ее идеологией оправдания антифашизма. Они редко сомневались в социализме как идее и принципе (социалистический базисный консенсус). К этому прибавлялась еще обусловленная временем справедливая забота о мире и об окружающей среде. Хотя они требовали больше демократии и уважения прав человека, они не хотели все же никакой либерально-капиталистической демократии западного образца и предлагали политически неясный „третий путь“, политические черты которого пытался лишь позднее уточнить „Круглый стол“. Вообще для оппозиции в ГДР кажется присущим почти метаполитический, нравственный характер. Она долго казалась неспособной предложить настоящую политическую альтер-

[14] *Peter Steinbach*, Wiederherstellung des Rechtsstaates als zentrale Zielsetzung des Widerstands, в: *Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach* (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, 2. Aufl., München 1986, с. 617–636.

нативу. Лишь под конец она поставила вопрос о власти и стала таким образом настоящим сопротивлением.

Все же надо задаться вопросом, не вела ли себя таким образом эта оппозиция из осторожности. Он ставится также для всех диссидентских движений восточных стран: насколько является их оппозиция маскировкой или хитростью их сопротивления? Наталкиваемся мы опять на границы типологии или переживаем неожиданную реверсию в логике нашей аргументации? В неспособности бороться фронтально с режимом, именно такая оппозиция с „мягкими" средствами, в иногда дополитически-религиозных зашифрованных формах („сохранение творения!") пытается использовать его собственные противоречия, чтобы постепенно достигнуть его превращения в демократическое (хотя бы и социалистическое) правовое государство. В данном случае средства оправдывают цель, пытаются ее реализовать шаг за шагом. Отсутствие вопроса о власти способствует его решению в пользу оппозиционных сил. Использование самой незначительной легальной свободы действий преследует цель подтачить псевдолегальность тоталитарного государства. Оппозиции в ГДР удалось привести общество вновь на политическую сцену путем создания субкультур, критического искусства, протестов или акций и построить контробщественность, т. е. разложить таким образом тоталитарное государство.[15]

V. Резистентность и эмиграция

О крайнем круге, о резистентности, я говорил до сих пор мало. Она могла бы рассматриваться как основа других форм поведения. В ней проявляют себя уже два элемента, которые лежат в основе оппозиции и сопротивления: озадаченность и способность сказать нет, отказаться от востребованной тоталитаризмом конформности или от его вмешательств в соответствующий жизненный и ценностный мир индивидуума. Резистентность, оппозиция и сопротивление являются реакциями на тоталитарные, негуманные, внезаконные или нравственно неприемлемые требования режима. Сама резистентность не является еще никаким политическим актом, она владеет политическим свойством, поскольку она противоречит политическим целям тоталитарного режима (за что и объявляется им преступным). В еще более сильной мере чем оппозиция, она может быть частичной и согласованной с общей приемлемостью режима. Однако, она граничит с оппозицией или даже с сопротивлением, когда прекращает быть чисто индивидуальной и пассивной. Одно сохранение определенной среды, например, социал-демократической в Третьем рейхе или, описанной Кристофом Клессманом школе Томаса в Лейпциге во время национал-социализма и ГДР,[16] едва ли мож-

[15] Я следую здесь за *Ehrhart Neubert*, Typen politischer Gegnerschaft, в: *Hans-Joachim Veen u. a.*, Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin/München 2000, с. 17.

[16] *Christoph Klessmann*, Opposition und Resistenz in zwei Diktaturen in Deutschland, в: Historische Zeitschrift 262 (1996), с. 453–459. Клессман использует сопротивление и оппозицию как синонимы и считает, что разделить их рационально по смыслу почти не возможно. Почему же он тогда использует два разных понятия?

но назвать оппозицией или вовсе сопротивлением. Гражданское непослушание или гуманитарное сопротивление (оказание помощи жертвам режима), которые нарушают табу противозаконности – это уже переходные формы к сопротивлению. Они являются этим тем больше, чем они впадают в коллективные, организованные способы поведения или действия (сеть связей для оказания помощи преследуемым в Третьем рейхе, выездное движение в ГДР). Индивидуально или коллективно резистентность часто была первым шагом к оппозиции или к сопротивлению. За собственной озадаченностью зачастую следует политическая сознательность. Невоспетые герои шли на риск, так как они не хотели оставаться конформистами, однако, не преследовали при этом никаких ясных политических целей. Их протест (в данном случае я думаю о женщинах с Розенштрассе) или их внезаконные действия оставались на уровне общества, которое тотальному государству полностью поглотить не удалось. Они ставили только очень косвенно вопрос о власти, не отдавая должное требованиям государства на общее согласие и послушание путем протеста или неповиновением. Но едва ли мы можем рассматривать их в качестве сопротивленцев. Я здесь больше придерживаюсь мнения Вальтера Хофера или Клауса-Михаила Мальмана и Герхарда Пауля, которые выступают за сохранение качественной разницы,[17] чем мнения Мартина Брошат, который считал, что пассивная и скрытая „сопротивляемость“ неизвестных должна оцениваться выше, чем поступки многих зачастую „сомнительных“ заговорщиков. Но, само собой разумеется, эти „невоспетые герои“ равно так же, как и настоящие сопротивленцы, заслужили, чтобы о них вспомнили.

Эмиграция указывает на границы тоталитаризма: ему не удалось интегрировать всех членов нации. Эмиграция может рассматриваться в качестве бегства. Некоторым вернувшимся эмигрантам ставилось это в упрек после войны.[18] Как правило, однако, эмиграция не является никаким бегством. Она сопровождается страданием и предполагает мужество. Это больше чем оппозиция, так как она радикально разрывает с тоталитарным режимом. Это форма сопротивления, поскольку добровольно или навязано, ставит открыто под сомнение законность нового государства. Это тем более форма сопротивления, если эмиграция является предпосылкой для продолжения антитоталитарной борьбы (в этом смысле сопоставима с кооперацией на консервативной стороне), если эмигранты действуют с „лицом, направленным в сторону Германии“ (пароль эмигрировавшего с 1933 г. социал-демократа Отто Вельса), чтобы ослабить и свергнуть диктатуру „там“, информируя за рубежом о ее истинной природе, пытаясь в качестве „другой Германии“ повлиять на иностранные правительства или приходя на помощь внутреннему сопротивлению (или внутренней оппозиции) разными средствами.

В этом пункте сравнительная перспектива на обе германские диктатуры приводит к настолько комплексным интерпретациям, что наиболее целесообразным

[17] *Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul*, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, в: ZfG 41 (1993), с. 99–116.

[18] Здесь следует вспомнить о споре между Томасом Манном, Вальтером фон Моло и Франком Тисс, которые освещали „внутреннюю эмиграцию“ как самую заслуженную форму сопротивления.

является рассмотрение эмиграции как категории *sui generis*, для которой нужно было бы еще выработать подходящие сравнительные критерии. Уже Макс Вебер знал: идеальные типы стилизуют историю таким образом, что они ей в какой-то степени изменяют или отрицают ее. Историки будут в их обоснованном намерении – охватить и точнее описать историческую реальность – находить и использовать новые наименования. Моей целью было лишь обратить внимание на некоторые понятийные и терминологические неточности, которых надо было бы избегать.

Хартмут Мерингер

Немецкое сопротивление и эмиграция

Отношения между движением сопротивления и немецкой эмиграцией, в частности в Советский Союз

I.

Наука давно уже пришла к согласию по поводу того, что движение сопротивления и политическую эмиграцию, особенно сопротивление и политическую эмиграцию из рядов рабочего движения, следует рассматривать как единое целое или соответственно как две стороны одной и той же медали. В соответствии с этим политическая эмиграция представляет собой ни что иное, как попытку вести работу по оказанию сопротивления Гитлеру из-за рубежа в максимально возможном тесном союзе с внутригерманской оппозицией.

Начнем с небольшого количественного баланса. Число эмигрантов, чьи мотивы для бегства в 1933–1939 гг. были обоснованы в значительной мере их активным противостоянием режиму, оценивается примерно в 30 000; при этом многие из них должны были ожидать преследований и в силу своего происхождения. Наряду с представителями рабочего движения в ряды политической эмиграции входили также либералы, сторонники христианско-социальных сил, национал-консерваторы, монархисты и другие – порой в высшей степени известные – буржуазные политики, а также члены различных союзов, левые националисты и национал-революционеры вплоть до оппозиционно настроенных членов НСДАП, а также небольшое число иерархов христианских церквей. Свыше 90 процентов политических беженцев были, правда, выходцами из рабочего движения, то есть из КПГ, СДПГ и „левых промежуточных групп“.[1]

Партии и группы рабочего движения на фоне растущего ограничения их политической и публицистической деятельности в рейхе еще весной 1933 г. видели себя вынужденными расширить свой простор для действий за счет опорных баз в соседних странах. С лета 1933 г. в результате массового бегства членов партий и партийных функционеров, политиков и публицистов, которые до 1933 г. проявили себя как противники национал-социализма, а также в результате выезда

[1] Основополагающим является по-прежнему: *Werner Röder/Herbert A. Strauss* (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933–1945. Bd. I–III, München и др. 1980–1983; далее *Claus-Dieter Crohn/Patrik von zur Mühlen/Gerhard Paul/Lutz Winkler* (Hrsg.), Das Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998.

за рубеж находившихся под угрозой ведущих функционеров, эти опорные пункты за границей быстро приобрели характер правлений партий в эмиграции. Эта „партийная эмиграция“ в последующие годы постоянно пополнялась бежавшими участниками групп сопротивления в рейхе, организационную и публицистическую поддержку которых заграничные группы считали своей первичной задачей.

Географическими центрами политической эмиграции в первые годы национал-социалистического режима были Чехословакия, с 1938 г. – Франция, а во время Второй мировой войны – в первую очередь Великобритания. В Чехословакии эмигрантские круги рабочего движения имели еще определенный собственный политический вес, объяснявшийся в первую очередь безоговорочной поддержкой со стороны рабочего движения судетских немцев и активной политикой толерантности, проводимой Чехословацкой Республикой, которая в лице германской политической эмиграции видела возможного союзника для противостояния вызывавшей страх германской агрессии.

На втором этапе в 1938–1939 гг. – когда географическим центром была Франция – германская политэмиграция не смогла уже приобрести сравнимый политический вес. Правительство Народного фронта в Париже весной 1938 г. развалилось, одной из первых мер нового буржуазного правительства Даладье стало существенное ужесточение права на предоставление убежища. Французские социалисты и коммунисты не желали, и были не в состоянии оказывать немецким эмигрантам массивную поддержку, как это делало рабочее движение судетских немцев, тем более что сильное пацифистское крыло с его лозунгом *Tout vaut mieux que la guerre* (Все лучше чем война) действовало в духе широкого, задающего тон течения среди французского населения. Немецкие политические эмигранты, которые на основе оценки ситуации рассчитывали на то, что будет война, или даже делали ставку на нее как на средство, с помощью которого можно добиться свержения Гитлера, в такой ситуации быстро становились неудобными нарушителями спокойствия.

И, наконец, во время войны, в Великобритании, внешний политический вес немецкой политической эмиграции стремительно стал сводиться к нулю. Первоначальная поддержка со стороны Лейбористской партии уменьшалась в той мере, в какой война превращалась из войны против Гитлера в войну против немцев, и любому проницательному человеку было ясно, что политическая эмиграция после разрыва всех связей с Германией в результате войны вряд ли может представлять нечто большее, чем саму себя.

II.

В этих многослойных, отличавшихся быстрым смещением субстанциальных акцентов отношениях между сопротивлением из эмиграции и внутригерманским сопротивлением на протяжении всего периода национал-социалистического господства Советский Союз играл особую роль. На то были три причины.

С одной стороны, немецкая и австрийская эмиграция в Советском Союзе в количественном плане – если рассматривать в сравнении – имела относительно небольшие масштабы и в политическом плане была в основном однородной, то есть в ней доминировали коммунисты. Правда, конституция СССР обещала предоставление политического убежища всем иностранцам, которые подвергались преследованиям как участники „революционно-освободительных движений“. Тем не менее, после 1933 г. в Советском Союзе нашли прибежище почти исключительно представители когорты функционеров коммунистических партий Германии и Австрии в узком смысле.[2] Исключение составляли лишь несколько сотен активистов австрийского республиканского шуцбунда после „февральского восстания“ в Австрии в 1934 г., а также около 200 коммунистических семей из Чехословакии после „аншлюса“ Судетской области; им Советский Союз демонстративно предоставил политическое убежище. Кроме того, австрийские шуцбундовцы, как и многие немецкие и австрийские коммунисты во второй половине тридцатых годов в большом количестве попали под жернова сталинских чисток, и многие, кто сумел пройти через них, особенно в период между заключением пакта между Гитлером и Сталиным (август 1939 г.) и нападением Германии на Советский Союз (июнь 1941 г.) были официально выданы СССР нацистской Германии (самый известный случай – это Маргарете Бубер-Нейман, жена погибшего в 1937 г. в советских застенках ведущего функционера КПГ Хайнца Неймана[3]).

С другой стороны, группа немецких и австрийских антифашистских активистов в Советском Союзе, которую мы должны рассмотреть в связи с нашей темой, состояла не только из беженцев от гитлеровского режима начиная с 1933 г. Еще одной, по численности, пожалуй, малозначительной категорией, были те, кто, будучи отпрысками давно поселившихся в России немецких колонистов или немецкими военнопленными в конце Первой мировой войны, присоединились в России к революционному движению. Из этой группы впоследствии вышел целый ряд высокопоставленных функционеров Коминтерна (например, австриец Манфред Штерн, известный как генерал Клебер во время Гражданской войны в Испании[4]).

Сюда следует добавить несколько тысяч немецких и австрийских специалистов, которые в силу высокой безработицы на родине и, как казалось, хороших

[2] См. прежде всего: *Carola Tischler*, Die UdSSR und die Politemigration. Das deutsche Exil in der Sowjetunion zwischen KPD, Komintern und sowjetischer Staatsmacht 1933 bis 1945. Münster 1996; в общем см. также: *Klaus Jarmatz* (Hrsg.), Exil in der UdSSR (Bd. 1 der Reihe: Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945), Frankfurt/M. 1979. Первоначально вышедший в Восточном Берлине, этот составленный авторами Академии Наук бывшей ГДР объемный том, стал через свою публикацию в издательстве Röderberg в какой-то мере „западным“ и, по-видимому, перепосвящен „серьезной научной литературе“. На протяжении 650 страниц ни одним словом не упоминаются сталинские чистки и их жертвы как раз и среди немецких эмигрантов в Советском Союзе.

[3] См. неоднократно по-новому изданные воспоминания *Margarete Buber-Neumann*, Als Gefangene bei Stalin und Hitler (первое издание: München 1949).

[4] *Valerij Brun-Cechovoj*, Manfred Stern – General Kleber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs (1896–1954), Berlin 2000.

возможностей заработать и сделать карьеру с конца двадцатых годов приезжали в Советский Союз, движимые в том числе и идеализмом, желанием внести свой вклад в „строительство социализма". Многие из них, лишившись иллюзий, вернулись на родину еще до или после 1933 г.[5]; те, кто остался, с середины тридцатых годов в большом количестве также попали под жернова сталинских чисток.[6]

И, наконец, еще одна группа, которая интересует нас в связи с нашей темой, состояла не из эмигрантов в собственном смысле этого слова, а из немецких военнопленных, находившихся в большом количестве в советском заключении, особенно после Сталинграда.[7]

В третьих, политические эмигрантские организации рабочего движения видели себя зарубежным политическим звеном реально существующего в стране движения сопротивления, на которое должно было быть возложено – по крайней мере потенциально – руководство подпольной борьбой. По-другому обстояло дело с КПГ, даже если она в 1933 г. поначалу формально делегировала руководство партией „внутригерманскому" руководству в Берлине. Практически же и вскоре также в силу своих претензий, руководящую роль, однако, взяло на себя „зарубежное руководство" в Париже и соответственно в Праге, а с середины тридцатых годов руководство де-факто, а с 1939 г. де-юре было в руках находившихся в Москве членов Центрального комитета и Политбюро КПГ во главе с новым председателем партии Вильгельмом Пиком. Такое „руководство" коммунистическим сопротивлением с самого начала оказалось пропитанным иллюзиями, а там, где это все же удавалось, оно было совершенно оторвано от реальности.[8]

Для политики КПГ весной 1933 г. было характерно прежде всего стремление сохранить партию в качестве конспиративной массовой организации после того, как схлынет первая волна террора и преследований. Поэтому неуклонно предпринимались постоянные попытки восстановить внутригерманское руководство, а также руководство окружными организациями, часто с помощью эмиссаров из-за рубежа. Правда, гестапо столь же быстро и постоянно уничтожало эти руководящие органы. В 1933–1935 гг. нелегальной КПГ как иерархически

[5] См. *Kurt Krupinski* (Hrsg.), Rückkehrer berichten über die Sowjetunion, Berlin 1942; вопреки однозначно идеологически-пропагандистскому целевому направлению этой книги, собранные здесь примеры обладают высокой информационной ценностью.

[6] В общем см.: *Hermann Weber/Wolfgang Staritz* (Hrsg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993; *Hermann Weber*, „Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Berlin 1990; *Hans Schafranek*, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland, Frankfurt/M. 1990; *Hans Schafranek*, Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion. Wien 1991; *Barry McLoughlin/Hans Schafranek/Walter Szevera*, Ausbruch – Hoffnung – Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945. Wien 1997.

[7] В общем см.: *Hartmut Mehringer*, Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1997, с. 253–258.

[8] Здесь и к дальнейшему см. тут же, passim.

выстроенной организации с многократно переплетающимися связями и параллельными системами руководства вплоть до момента почти полной кадровой эрозии удавалось быстро заменять арестованных функционеров благодаря использованию параллельных каналов и восстанавливать разорванные связи. С другой стороны, такая система создавала для преследователей благоприятные возможности для того, чтобы с помощью доносительства, слежки, целенаправленного внедрения агентов и систематического наблюдения проникать в такие организационные сети и раскручивать их как вниз, так и вверх. К середине тридцатых годов кадровые ресурсы КПГ были заметно истощены.

Вильгельм Пик в октябре 1935 г. на так называемой „брюссельской“ конференции, которая на самом деле состоялась под Москвой, сам вынужден был признать катастрофические результаты проводившейся до этого политики внутри Германии: из 422 зарегистрированных партийным руководством руководящих работников (членов ЦК, окружного руководства и руководства массовых организаций) к этому моменту 219 были арестованы, 14 уничтожены, 125 эмигрировали и около 10 процентов вышли из рядов КПГ; лишь около трети находилось еще на свободе – в основном за границей. Здесь Пик не учитывал коммунистических функционеров на более низких организационных уровнях (арестованных и уничтоженных), число которых измерялось тысячами.[9]

Основным мотивом этой самоубийственной политики как у функционеров, так и у членов партии по-прежнему было превалирующее убеждение в том, что они находятся уже на последнем этапе накануне неизбежной пролетарской революции и переход КПГ на нелегальное положение является лишь тактическим отступлением перед окончательной победой. Вера в непосредственно предстоящий революционный кризис заставляла активистов КПГ в крупных городах и в промышленных регионах заниматься активной конспиративной деятельностью, лихорадочность и самозабвенность которой заслоняли от них правильное понимание соотношения между затраченными усилиями и пользой.

Только в 1936 и 1937 гг. были арестованы около 20 000 коммунистов. С начала 1936 г. в гестаповских донесениях о состоянии дел в один голос говорилось о резком спаде коммунистической пропаганды с помощью листовок, хотя гестапо – уже для того, чтобы оправдать свою деятельность – редко упускала возможность указать на по-прежнему сохранявшуюся опасность. Число арестованных коммунистов также непрерывно сокращалось: с примерно 8 000 в 1937 г. до около 4 000 в 1938 г.

Причины этого кроются, однако, не только в сужении коммунистической среды в крупных городах и промышленных регионах и тем более не в повышенной осторожности. Решающее значение, прежде всего, имело то, что, начиная с середины десятилетия, режим находился на вершине своей популярности благодаря устранению безработицы и достижению полной занятости, а также явным внешнеполитическим успехам, в том числе и завоеваниям во время блицкрига в первый год войны. В эти годы Гитлер мог быть уверен в явном одобрении со

[9] *Klaus Mammach* (Hrsg.), Die Brüsseler Konferenz der KPD (Nachdruck), Frankfurt/M. 1975, с. 131.

стороны подавляющей части населения Германии. К ней относилась и немалая часть бывшего рабочего движения.

Начало войны 1 сентября 1939 г. также ничего не изменило в картине, как казалось, „осушенного болота" коммунистического подполья, тем более что заключенный за неделю до этого пакт между Гитлером и Сталиным с его переворачиванием всех прежних боевых позиций стал шоком и для оставшихся воинственно настроенных членов КПГ. В последующие месяцы удалось добиться того, что коммунистические кадры в основном приняли пакт на базе одобрения сталинистской „реальной политики", чему способствовали также, пожалуй, беспочвенные спекуляции по поводу более широкого легального простора для партии и амнистии для находившихся в заключении коммунистов, которые должно якобы предоставить национал-социалистическое государство.

В первые два года войны активность КПГ в рамках сопротивления опустилась до самой низкой точки. В середине декабря 1939 г. было принято решение с помощью Карла Мевиса, Хайнриха Виатрека и Херберта Венера создать в Стокгольме новое руководство КПГ для Германии, которое нелегально должно было перебраться в рейх. Военные события и бюрократические препоны в Москве задержали создание этого рабочего органа. В то время как Мевис, которому нелегальная работа в Стокгольме явно не была по плечу, направлял в Германию инструкторов, которые почти все без исключения через короткое время попадали в руки гестапо. Виатрек был арестован в мае 1941 г. в оккупированном немцами Копенгагене, перевербован и тесно сотрудничал затем с гестапо. Венер с начала 1941 г. смог в течение года проработать в Стокгольме, не будучи раскрытым. В феврале 1942 г. он был арестован шведской полицией, а чуть позднее то же самое произошло с Карлом Мевисом. Практически это означало окончательное исчезновение всех возможностей у руководства КПГ в Москве оказывать непосредственное влияние на движение сопротивления внутри Германии.

Нападение Гитлера на Советский Союз 22 июня 1941 г. повлияло на коммунистическое сопротивление как живительный электрический импульс. Снова стало четко видно, кто друг, а кто враг. Поскольку речь шла о выживании Советского Союза, то многие коммунистические кадры, отошедшие от нелегальной работы, снова были готовы отреагировать на сетования Сталина – который после быстро достигнутых немцами первоначальных успехов жаловался на отсутствие „второго фронта" в Европе – путем попыток создать „внутригерманский фронт". Наряду с традиционными кадрами из КПГ времен Веймарской республики в этой новой ситуации оказался и целый ряд сил, по различным причинам симпатизирующих Советскому Союзу. Здесь следует указать прежде всего на организацию Харнака–Шульце-Бойзена, которая в литературе общеизвестна как „Красная капелла"[10]. Кроме того, в 1942–1944 гг. в Берлине, Гамбурге, Рейн-

[10] „Красная капелла" – название, использовавшееся Абвером для различных групп во Франции, Бельгии, Голландии и Швейцарии, которые в качестве подразделения советской военной разведки поддерживали нелегальную радиосвязь с Москвой. (При этом „капелла" обозначала в лексиконе Абвера такую регулярную радиосвязь, которая помечалась для отличия различными цветами.) Группа Арвида Харнака и Харро Шульце-Бойзена, которая после 1945 г. была известна под названием „Красная капел-

ской области, Тюрингии, Саксонии и нынешней Саксонии-Ангальт сформировались на надрегиональном уровне коммунистические организационные сети, большинство из которых, правда, через сравнительно короткое время были разгромлены гестапо. Все снова и снова конструировавшийся в литературе ГДР тезис о том, что этими группами якобы руководил ЦК партии в Москве следует попросту отнести к сфере ретроспективной фантазии. Московское руководство КПГ вновь соприкоснулось с внутригерманскими реалиями лишь в 1945 г., когда оно вернулось на родину, следуя за Красной Армией.[11]

III.

Так называемые „парашютисты" представляют собой особый случай в рамках немецкого сопротивления, осуществлявшегося с территории Советского Союза. До недавних пор о них было мало что известно.[12] Речь идет о нескольких десятках мужчин и женщин, которых сбрасывали на парашютах в Германию или в оккупированные немцами европейские страны частично непосредственно с советских самолетов, а частично – обходным путем через Великобританию – с самолетов королевских ВВС, так сказать в виде „помощи по служебной линии". Они действовали по заданию руководства КПГ или соответственно советских разведслужб – здесь зачастую почти невозможно провести четкую границу – с целью наладить связь с внутригерманским коммунистическим сопротивлением и/или выполнить разведывательные задачи и осуществить акты саботажа. Их набирали, с одной стороны, из эмигрировавших в СССР коммунистических партийных кадров, а с другой – из бывших членов австрийского республиканского шуцбунда, из бывших участников Гражданской войны в Испании, из германских и австрийских выпускников московской „Международной ленинской школы" и других „спецшкол" в Советском Союзе, а в конце также из находившихся в плену военнослужащих вермахта.

Однако выполнение этих заданий, как выяснялось после высадки в зоне германского господства, было чаще всего безнадежным делом. Не в последнюю очередь это объяснялось тем, что после нескольких лет отсутствия этим людям был совершенно чужд в целом менталитет немецкого общества, заметно изменившийся в результате национал-социалистического правления и войны, и они, к тому же, часто проваливались уже из-за чисто практических трудностей, например, незнания правильных продовольственных карточек и тому подобного.

ла", имела только косвенное отношение к этим группам, но попала тем не менее под жернова преследования. См. об этом в целом: *Hans Coppi/Jürgen Danyel/Johannes Tuchel* (Hrsg.), Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994.

11 См. *Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke* (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

12 См. *Hans Schafranek*, Im Hinterland des Feindes: Sowjetische Fallschirmagenten im Deutschen Reich 1942–1944, в: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Jahrbuch 1996, Wien 1996, с. 10–40.

„Перед нашей миссией в Германии мы [...] в Москве были проинформированы о политической обстановке в рейхе германскими представителями Коминтерна [Вильгельмом] Пиком, [Антоном] Аккерманом, [Вильгельмом] Флорином и [Вальтером] Ульбрихтом. Однако, как выяснилось позднее, ситуация в Германии совершенно иная, чем описывали ее эти люди. По их мнению, налаживание в Германии связей с политическими единомышленниками должно было быть легким делом.“[13]

Это высказывание одной агентки-парашютистки в конце отважной одиссеи между Восточной Пруссией, Берлином и Гамбургом возможно в ярком свете высвечивает то, с какими серьезными проблемами – не только техническими, но и социально-психологическими – сталкивалось большинство агентов-парашютистов по прибытии в Германию. Даже если такие основополагающие предпосылки, как безукоризненные документы и тому подобное были налицо, им все равно приходилось действовать „во все более контролирующем самое себя обществе“[14], формы жизни и формы общения в котором стали им чуждыми. Сюда следует добавить, что их силы съедала простая необходимость обеспечить свое выживание, так что о выполнении полученных в Москве политических или разведывательных заданий из-за отсутствия хотя бы как-то функционирующей подпольной инфраструктуры нечего было вообще и думать. Большинство агентов проваливались уже из-за проблемы жилья – удручающее заключение, которое в гэдээровской литературе заслонялось мифами об „антифашистской солидарности“.[15]

Главное управление имперской безопасности использовало схваченных агентов-парашютистов, перевербованных или под нажимом выражавших готовность к сотрудничеству, для разведывательных радиоигр с противной стороной. Таким образом удалось схватить много новых парашютистов сразу же после их прибытия в Германию.

IV.

Одной из самых спорных группировок в рядах сопротивления национал-социализму наряду с „Красной капеллой“ является Национальный комитет „Свобод-

13 Запись допроса гестапо агентки-парашютистки Ерны Айфлер [Erna Eifler] от 18.11.1942, цит. по: *Schafranek*, Im Hinterland, с. 29.

14 „В охоте за [...] советскими агентами-парашютистами участвовали кроме гестапо [...] СД и криминальной полиции также Абвер, и – в отдельных случаях – Ландвахт, партийные организации и даже школьная молодежь.“ (*Schafranek*, Im Hinterland, с. 31–32).

15 Ср. *Alexander S. Blank/Julius Mader*, Rote Kapelle gegen Hitler. Dokumentarbericht, Berlin (DDR) 1979, с. 263, где пребывание в Берлине двух агентов-парашютистов описывается следующим образом: „В Берлине их и их радиоаппаратуру уже ожидали товарищи, подготовившие для них нелегальные квартиры и доставшие проездные и продовольственные карточки. Скоро они покидали город в направлении Гамбурга.“ Шафранек комментирует по праву, что в этом лакированном описании только последнее предложение верно: в действительности оба агента должны были бы покинуть Берлин, так как на них выплеснулась волна недоверия, точнее, предусмотренные наймодатели квартиры не были досягаемы, и каждый дальнейший день пребывания в Берлине был связан с непредвиденным риском.

ная Германия“ (НКСГ). С наклеенным на него ярлыком „изменники родины“ НКСГ в историографии Федеративной Республики повсюду предавался поруганию, в то время как в ГДР его сделали частью „всемирной антигитлеровской коалиции“, и как манифестация „антифашистской коалиционной политики“ он – прежде всего в идеологическом плане – занимал особое место в годы и десятилетия после 1945 г.

Советское руководство и немецкие коммунисты, находившиеся в эмиграции, после нападения Германии на Советский Союз полагали, что с помощью простых лозунгов в духе классовой борьбы им удастся подтолкнуть немецких солдат и рабочих в военной промышленности к актам саботажа, дезертирства и сопротивления. Такое предположение, как вскоре выяснилось, было иллюзией. Высказывались уже подозрения, что Гитлеру удалось, „полностью искоренить классовое сознание [немецких] рабочих“[16]. Ситуация изменилась в 1943 г. в двух планах.[17] С одной стороны, после поражения под Сталинградом в конце января – начале февраля 1943 г. впервые в руках Советского Союза находились сотни тысяч немецких военнопленных, с другой – к тому времени, похоже, Сталин ввиду отсутствия „второго фронта“, открыть который он постоянно требовал, снова сделал ставку на возможный сепаратный мир с Германией. Руководство КПГ в московской эмиграции, давно уже активно занимавшееся работой с военнопленными и их пропагандистской обработкой, воспользовалось появившимся шансом. В июле 1943 г. по прямой инициативе Сталина[18] дело дошло до создания НКСГ, в который вошли 25 находившихся в плену офицеров и солдат, а также 13 германских эмигрантов-коммунистов, в том числе Вильгельм Пик, Вальтер Ульбрихт и Вильгельм Флорин. Принятый на учредительном собрании манифест[19] был составлен немецкими коммунистами Рудольфом Херрнштадтом и Альфредом Куреллой. С помощью национально-патриотических лозунгов в нем выражалась приверженность к демократическому государству, к свободе и уважению человеческого достоинства, содержался призыв ко всем немцам бороться с Гитлером, чтобы положить конец бессмысленной гибели сотен

[16] *Alexander Fischer*, Die Bewegung „Freies Deutschland“ in der Sowjetunion: Widerstand hinter Stacheldraht?, в: *Jürgen Schmädeke / Peter Steinbach* (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München/Zürich 1986, с. 954–973, здесь – цитата советского хронолога – с. 956.

[17] Еще на протяжении 1942 г. имелись первые попытки с советской стороны, в какой-то мере в предвосхищении карты „НКСГ“, подхватывать национально-патриотические мотивы в немецком сопротивлении Гитлеру и пропагандистски способствовать им; к ним относятся, как и произведенный по непосредственной инициативе генерального секретаря Коминтерна Георгия Димитрова призыв 158 военнопленных немецких солдат, так и „слово чести немецкого командира“ [„Manneswort eines deutschen Hauptmanns“] Эрнста Хадерманна, которые транслировались по Московскому Радио и использовались как листовки фронтовой пропаганды. См. в общем *Alexander Fischer*, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975, с. 22 и сл., 46 и сл. и passim, а также *Gerd R. Ueberschär*, Das NKFD und der BDO im Kampf gegen Hitler 1943–1945, в: *Gerd R. Ueberschär* (Hrsg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt/M. 1995, с. 31–51.

[18] *Ueberschär*, NKFD und BDO, с. 32.

[19] Напечатан в частности в: *Ueberschär*, Nationalkomitee, с. 265 и сл.

тысяч немецких солдат. Президентом НКСГ был избран писатель-коммунист Эрих Вайнерт. Через два месяца под руководством нескольких генералов был учрежден „Союз немецких офицеров“ (СНО), в состав которого входили около 100 офицеров-военнопленных, самым известным и активным среди них без сомнения был бывший командир второго армейского корпуса генерал Вальтер фон Зейдлиц. Принимая такое решение, Зейдлиц полагался на уверения офицеров НКВД в том, что борьба с Гитлером будет происходить без применения практики разложения войск на фронте и что с Германией будут считаться как с фактором силы в Европе в границах 1937 г. Вскоре после учреждения СНО и НКСГ слились в организационном и кадровом отношениях.

И хотя коммунисты-эмигранты находились в меньшинстве, они оказывали решающее влияние на формулирование политических позиций и презентацию НКСГ перед внешним миром. Только они имели доступ к советскому партиийному руководству и определяли возможности НКСГ по оказанию влияния на внешний мир: на фронте и на общественность. Работой регулярно действовавшей радиостанции „Свободная Германия“ руководили эмигранты-коммунисты Антон Аккерман и Ханс Мале, главным редактором и заместителем главного редактора вскоре появившейся еженедельной газеты „Фрайес Дойчланд“ были соответственно Рудольф Херрнштадт и Альфред Курелла[20], практическую работу координировал так называемый коминтерновский „Институт 99“ под руководством Вальтера Ульбрихта.

Выдвинув свою инициативу, советское руководство действовало, как это часто бывало, в двух направлениях. С одной стороны, НКСГ и СНО можно было использовать как средство давления на западных союзников, которые, как считала советская сторона, слишком медлили с открытием „второго фронта“. С другой, в случае удавшегося государственного переворота в Германии СССР через СНО мог бы предложить себя германскому правительству, вышедшему из рядов сопротивления, организованного военными, в качестве партнера для бесед и переговоров и тем самым на один шаг опередить западные державы. Роль, которую играли коммунисты в НКСГ, могла бы пойти на пользу тому, чтобы в будущей Германии КПГ занимала особое место.

Реальные возможности для влияния у НКСГ были, однако, ограничены; оставался только один путь – действовать извне: с помощью таких советских пропагандистских средств, как радио и листовки, призывать солдат вермахта на фронте к свержению Гитлера и отходу на границы германского рейха, чтобы предотвратить дальнейшее кровопролитие. В начале 1944 г. военные руководители НКСГ–СНО уступили натиску в пользу прямой пропаганды на фронте: „фронтовые уполномоченные“ НКСГ отныне в большом количестве использовались на фронте, особенно у окруженных частей, с тем, чтобы призывать офицеров к капитуляции, а солдат к дезертирству.

[20] Информационный бюллетень „Фрайес Дойтчланд“ [„Freies Deutschland“] был черного, белого и красного цвета, что вызывало особую злобу у руководства вермахта (*Ueberschär*, NKFD und BDO, с. 38).

В первой половине 1944 г. Сталин ввиду перспективы завершить войну военной победой явно утратил непосредственный интерес к НКСГ–СНО. Предложения, в частности, о том, чтобы сформировать военное подразделение из германских добровольцев, воюющих на стороне Красной Армии, было отвергнуто советской стороной. Тот факт, что все больше пленных генералов присоединялись к НКСГ и СНО, ничего в этом не менял. Подавляющее большинство германских военнопленных так и так оставались вдалеке от НКСГ.

2 ноября 1945 г. НКСГ и СНО пришлось самораспуститься. „Временная коалиция" между военнопленными офицерами вермахта и эмигрантами-коммунистами еще до конца войны оказалась тем, чем она на самом деле была: лишь одним из многих инструментов советской политики интересов.

В заключение – и это относится также к коммунистическому сопротивлению и его отношениям с политической эмиграцией – следует согласиться с Льюисом Эрдингером, одним из первых историографов правления СДПГ в эмиграции, когда он констатирует:

„В ретроспективном плане более чем сомнительно, оправдывали ли постоянные усилия организовать антинационал-социалистическую революцию из-за рубежа те жертвы, которые они за собой повлекли."[21]

[21] *Lewis J. Edinger*, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933–1945, Hannover/Frankfurt/M. 1960, c. 204.

Херманн Грамль

Возникновение и развитие военной оппозиции Гитлеру

В определенном смысле начало военной оппозиции Гитлеру было положено 30 июня 1934 г. – несмотря на то, что не в последний раз армия оказала логистическую поддержку одному из позорных деяний национал-социализма,[1] несмотря на пассивное согласие с убийством двух генералов и несмотря на удовлетворение по поводу ликвидации небезопасных конкурентов, какими во многих отношениях были Рем и его друзья.[2] До так называемого путча Рема почти все офицеры, от лейтенантов до генералов, в ограниченной мере – ограниченной по сравнению с монархической Германией – признавали легитимность и законность германского государства, на которое с конца января 1933 г. накладывали отпечаток Гитлер и национал-социалистическое движение, как и ранее, хотя и против своей воли – легитимность и законность Веймарской республики. Но если легитимность представляется данной, то военнослужащие не имеют ни психологической возможности, ни политического права выступать против своего правительства.[3] Так и должно быть в пределах весьма широких границ, поскольку в принципе не может быть ни справедливым, и ни правильным то, когда беседы в офицерских клубах приобретают больший политический вес, чем решения парламента и правительства; когда при сколько-нибудь нормальных условиях какой-то военнослужащий считает, что он больше не может подчиняться приказам, ему остается лишь уйти туда, где меньше ответственности, или стать частным лицом. На первом этапе национал-социалистического правления свою роль сыграло, однако, и то, что офицерский корпус рейхсвера ожидал от Гитлера и национал-социалистов осуществления своих центральных политических желаний: политической нейтрализации социал-демократических и социалистических левых сил, замену многопартийного государства иерархически структу-

1 Наряду с участием позднее в осуществлении жестокой оккупационной политики, здесь, разумеется, имеется в виду создание возможностей и частичное участие в попытке искоренить живущих в Европе евреев. На эту тему еще в 1981 г. *Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm*, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981, особ. с. 107 и сл.

2 На эту тему *Norbert Frei*, Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München [6]2001, с. 17–36.

3 Об армии в кайзеровской империи и Веймарской республике см. *Gerhard Ritter*, Staatskunst und Kriegshandwerk. Zum Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Bde. II–IV, München 1960–1968.

рированной политической системой, изменения Версальского договора в двух планах, а именно путем создания хорошо вооруженной и мощной армии и путем проведения политики территориального пересмотра, опирающейся на эту армию. Многие офицеры надеялись даже на то, что Гитлер восстановит монархию, что после событий 1918–1919 гг. и без того было далеким от реальности и бесперспективным, хотя в моральном плане и не предосудительным представлением, в рамках которого к тому же весьма ошибочно оценивались намерения Гитлера.[4]

В результате акции против руководства СА, в результате расстрела бывших или потенциальных противников и в результате убийства некоторых просто неугодных лиц – все это было приведено в исполнение даже без какого-либо убогого юридического обрамления и в стиле резни, устроенной Аль Капоне в день святого Валентина – в результате этого преступления в глазах некоторых офицеров режим утратил свою легитимность. Последовавшая через несколько недель после смерти рейхспрезидента фон Гинденбурга процедура принесения присяги лично Гитлеру ничего не изменила для этих офицеров; хотя Гитлер и не заставлял их давать присягу, о ней добровольно распорядился министр рейхсвера.[5] Однако, когда появляется возможность оспаривать легитимность правящих властей, становится возможным поднять квалифицированную критику или моральное возмущение до такого целевого уровня, чтобы можно было обуздать предосудительно действующее политическое руководство или даже полностью отобрать у него власть. Государственный переворот и покушение становятся теперь оперативными и тактическими проблемами того, Как и Когда, и расчета на то, как добиться успеха. В начале пути офицеров к сопротивлению, в том числе и в третьем рейхе и особенно в нем, должна была стоять идейно и эмоционально обоснованная убежденность в том, что они имеют дело с нелегитимированной системой. Если бы потеря легитимности не была увидена и прочувствована, то режиму не пришлось бы опасаться силовой оппозиции со стороны военных ни в случае внешнеполитических ошибок или организационных конфликтов еще в мирное время, ни при поражении в войне – даже в таких случаях поражения, которые создавали бы угрозу для существования государства.[6]

В условиях национал-социалистического режима, однако, оперативные и тактические проблемы с самого начала имели такой вес, который давил сильнее, чем принципиальные вопросы, в том числе и вопрос о политическом строе, который предстояло установить после государственного переворота, хотя вопрос о строе нельзя недооценивать, так как почти все офицеры рейхсвера – совершен-

[4] Но Гитлер порой сильно подпитывал это представление.

[5] На эту тему *Helmut Krausnick*, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, в: Die Vollmacht des Gewissens, hrsg. v. *Europäische Publikation e.V.*, München 1956, с. 175–380, здесь с. 234.

[6] В этом смысле следует с оговорками подходить к тезису, согласно которому, например, конфликт между начальником генерального штаба Беком и политикой Гитлера во время судетского кризиса толкуется как спор по поводу компетентности. *Klaus-Jürgen Müller*, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940, Stuttgart 1969; *ders.,* Staat und Politik im Denken Ludwig Becks, в: HZ 215 (1972), с. 607–631.

но независимо от проблемы Версальского договора – воспринимали Веймарскую республику самое позднее с 1930 г. как крах парламентской системы и потому не способны были представить себе в качестве альтернативы нацистскому режиму простое возвращение к веймарским условиям. Тот факт, что рейхсвер в результате своей холодной дистанцированности от веймарского государства и руководство рейхсвера в результате своего антиреспубликанского вмешательства в практическую политику с 1929/1930 гг. в немалой степени способствовали ликвидации парламентской системы, большинство офицеров, служивших в гарнизонах от Кенигсберга до Бонна, совершенно не осознавало. Большой вес оперативных и тактических проблем имел, однако, простую причину, игравшую более главную роль, чем размышления о политическом будущем Германии. Ведь речь шла не о дворцовом перевороте, который политически все еще не проснувшееся население могло бы и проигнорировать. Национал-социалистический режим имел не только инструменты для осуществления репресссий, но и пугающую массовую базу. Те офицеры, которым открыли глаза события 30 июня 1934 г., имели немало поводов и впоследствии – например, в доведении до совершенства полицейского государства или во враждебном христианству существе национал-социализма – для того, чтобы отвергать и проклинать систему, однако они не могли чувствовать себя ни на секунду адвокатами апатичного населения, у которого был заткнут рот, и которое надеялось на свое освобождение с помощью восстания против Гитлера. Скорее они видели себя изолированными в рамках нации, которая в своем большинстве приветствовала Гитлера и считала „фюрера“ спасителем от всех бед.[7] Когда и как можно было разъяснить немцам, что властителей, поначалу добивавшихся успехов в области экономики и внешней политики, необходимо свергнуть и в любом случае на первое время заменить генералами, которые не понимали ничего ни в экономической, ни во внешней политике? В первые годы после так называемого путча Рема, когда массы приветствовавших Гитлера постоянно росли, мысль о какой-либо акции против режима в любом случае была так далека от реальных возможностей, что ее даже нельзя было сколько-нибудь серьезно обсуждать.

Нельзя сказать, что не было никакого недовольства. Однако – если не принимать во внимание прочное ядро социал-демократов и социалистов – постоянной критике подвергались лишь отдельные аспекты третьего рейха. А на фоне успехов режима в области экономической политики, например, постоянного сокращения безработицы, и на фоне акций, которые позитивно влияли на чувство национальной гордости, как, например, возвращение Саарской области в лоно рейха – между прочим, подаренное Версальским договором – или ремилитаризация Рейнской области, критика была не только выборочной, но и, так сказать, с точки зрения возможного сопротивления, аполитичной. Даже самое мощное ненационал-социалистическое движение тех лет, Евангелическая Исповедническая церковь, которая в глазах нацистского руководства имела немалое политическое значение, хотела лишь служить интересам церкви и ни в коем случае не жаждала изменения или тем более свержения господстововавшей политичес-

[7] *Bernd Jürgen Wendt*, Deutschland 1933–1945. Hannover 1995, особ. с. 137 и сл.

кой системы.[8] Когда имперский военный министр Вернер фон Бломберг был вынужден покинуть свой пост, поскольку женился на бывшей проститутке, Гитлер, Геринг и полиция безопасности воспользовались ошибкой Бломберга для того, чтобы в конце 1937 г. и в начале 1938 г. с помощью подлой интриги одновременно избавиться и от слишком самостоятельного главнокомандующего сухопутными войсками, барона Вернера фон Фрича. Нехорошая игра вызвала серьезное волнение среди некоторых информированных офицеров – почти все они уже переменили свой образ мыслей после событий 30 июня 1934 г.; в высказываниях, враждебных по отношению к режиму, недостатка не было.[9] Но помимо того, что почти все офицеры и тем более почти все граждане рейха не имели никакого представления о подоплеке и о коварном урегулировании так называемого кризиса Фрича и ограниченного пределами Берлина, Гитлер 15 марта 1938 г. смог на венской площади Хельденплац перед 250 тысячами востороженных австрийцев, „перед лицом истории", сообщить об объединении их страны с германским рейхом; разумеется, реализация одного из самых страстных желаний германского национализма должна была затмить не совсем понятные перестановки в высшем эшелоне вермахта.

Однако в последующие месяцы 1938 г. неоспоримость Гитлера и его режима все же – впервые – была поставлена под сомнение. Своим намерением сломить Чехословакию в ходе короткого военного похода, а затем аннексировать ее, Гитлер вызвал опасность войны в Европе.[10] Генерал Людвиг Бек – начальник генерального штаба[11] – и некоторые другие офицеры сочли, что их профессиональной компетенции – в условиях утраты национал-социалистическим правительством своей легитимности после путча Рема – брошен вызов в нетерпимой для них более манере, так как они полагали, что Германия неизбежно должна была проиграть войну в Европе и тогда ей пришлось бы считаться с более жесткими условиями мира, нежели в 1919 г. Кроме того, спустя всего 20 лет после последней большой войны имел место страх перед повторением тогдашних страданий и жертв. Бек, который уже подверг суровой критике изложенные верхушке вермахта 5 ноября 1937 г. военные планы, содержавшиеся в так называемом протоколе Хосбаха,[12] направлял теперь „фюреру" докладные записки, в которых война в Европе выглядела даже как анахронизм; большей удаленности от национал-социалистической идеологии, которая была в первую очередь военной и захватнической программой, быть не могло.[13] Однако какими бы благородным и достаточным ни был один лишь мотив предотвращения войны, высказывания Бека или генерала Эрвина фон Вицлебена, в то время командующего

[8] См. *Klaus Scholder*, Die Kirchen und das Dritte Reich. T. 2, Berlin o.D., особ. с. 269 и сл.

[9] См. *Hermann Graml*, Hans Oster, в: *Hans Jürgen Schultz,* Der 20. Juli. Alternative zu Hitler? Stuttgart 1974, с. 130–138, здесь с. 135 и сл.

[10] О судетском кризисе *Telford Taylor*, Munich. The Price of Peace. London 1979.

[11] *Klaus Jürgen Müller*, General Ludwig Beck. Boppart 1980.

[12] Там же, с. 259.

[13] Уже в самых ранних работах, посвященных отношениям между сухопутными войсками и Гитлером, это качественное отличие по праву выделялось, например, у Краусника. *Krausnick*, Vorgeschichte und Beginn, с. 307 и сл.

2-й армейской группой, все же четко свидетельствуют о том, что созданная Гитлером угроза войны одновременно понималась как шанс, как желанная возможность изменить политическую систему и при этом найти понимание со стороны не желающего войны населения. Этот второй мотив приобрел еще большую весомость, когда установилась связь между гражданскими противниками режима, сплотившимися вокруг бывшего обер-бургомистра Лейпцига Карла Гёрделера и ушедшего в начале 1938 г. с государственной службы посла Ульриха фон Хасселя. При этом ни военнослужащие, ни их гражданские друзья не имели четких целей на ближайшую перспективу. Если одни считали, что начать изменение системы нужно обязательно с уничтожения Гитлера, то другие полагали, что для внутренней обстановки в Германии было бы целесообразнее разгромить эсэсовский и полицейский аппараты, но оставить Гитлера во главе государства и заставить лишенного могущества „фюрера“ проводить миролюбивую политику.[14]

Между тем планы государственного переворота, которые строились в 1938 г., ни в коей мере не были реализованы. Однако они провалились не из-за политики умиротворения, которую проводил Невилл Чемберлен, и не из-за его нерасположения к сотрудничеству с немецкими оппозиционерами.[15] Они провалились скорее из-за собственных слабостей, которые, между прочим, свидетельствуют о том, что Чемберлен действительно был бы чрезмерно безответственным политиком, если бы позитивно среагировал на предложения, которые летом 1938 г. ему передавали через британских дипломатов и политиков немецкие эмиссары, например, Эвальд фон Кляйст-Шменцин. В качестве первой слабости следует назвать уже упомянутую и вплоть до визитов Чемберлена в Германию так и не устраненную растерянность по поводу стратегических целей и зависящих от этого тактических действий, растерянность, которую можно также рассматривать как колебания между альтернативами: ликвидация системы или ее исправление. Вторая слабость состояла в том, что процесс организационной подготовки – если не принимать во внимание формирование небольшой группы в Абвере[16] – не удалось запустить хотя бы чуть-чуть. Мысль об активном и с применением силы выступлении против действующего правительства была революционной мыслью, настолько революционной, что – также в силу недостаточной осведомленности прусских и немецких офицеров по поводу того, как делаются революции – нескольких месяцев, прошедших с весны до осени, не могло хватить для того, чтобы придать ей фундамент, который бы создал возможности для действий. Кроме того, нельзя было не заметить, что как враждебно настроенные к режиму офицеры, так и их гражданские единомышленники по-прежнему нахо-

[14] На эту тему *Peter Hoffmann*, Widerstand. Staatstreich. Attentat, München 1979[3], с. 69 и сл.

[15] Это нерасположение, разумеется, имело место и его подпитывали сообщения аккредитованных в Берлине британских дипломатов, согласно которым ни в коем случае нельзя было рассчитывать на то, что в Германии произойдет переворот. Так, заместитель посла писал 11 сентября: „Настроение решительно против войны, однако нация беспомощно зажата в тиски нацистского режима. [...] Люди похожи на баранов, которых ведут на бойню.“ Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 3rd series, vol. II, doc. 830, с. 289.

[16] *Hoffmann*, Widerstand, с. 122 и сл.

дились в попросту безнадежной изоляции, несмотря на то, что нация не была склонна к войне.

Что касается изоляции, то в этом плане перед офицерами возник еще и новый аспект. В 1938 г. армия не была, как раньше рейхсвер, политически надежным инструментом в руках ее командования и вследствие этого самостоятельным политическим фактором. Она стала армией, которая формировалась на основе всеобщей воинской повинности, отражением населения в целом – и все это происходило в практически невероятном темпе.[17] Национал-социалистический или все же дружественный в отношении режима дух и пронизанное почитанием признание Гитлера „фюрером“ заполняли армию не в результате распоряжений послушного Гитлеру высшего руководства вермахта, а с каждым новым призывом и с резервистами, впервые призванными для вступления в Австрию. Особенно офицерский корпус преобразился полностью. Те, которые в 1933 и 1934 гг. представляли собой по умонастроениям и позициям еще сравнительно сплоченную группу, в 1938 г. были разбросаны по многочисленным вновь сформированным войсковым частям и, кроме того, откомандированы в столь же стремительно развивавшиеся военно-воздушные силы. В каждом подразделении и в каждом штабе бывшие военнослужащие рейхсвера видели себя окруженными призванными на действительную военную службу резервистами, прибывшими из различных сфер профессиональной деятельности, в том числе и из полиции.[18] Когда генерал фон Вицлебен или командир 23-й пехотной дивизии граф Брокдорф-Алефельдт намечали акцию против режима, то они даже не знали, примкнут ли к ним, по крайней мере, офицеры из их ближайшего окружения. С другой стороны, они поэтому очень хорошо понимали, что речь идет лишь о проигрывании сценария в голове, когда они в своих беседах отводили ключевую роль в перевороте, например, 1-й легкой дивизии, которой в 1938 г. временно еще командовал генерал Хёпнер; как среагировали бы при серьезном обороте дела дивизия и ее командир, которые ничего не знали, сказать не мог никто.

Итак, лето и осень 1938 г. были богаты антирежимными разговорами и усилиями по подготовке государственного переворота; одним из наиболее предприимчивых активистов был подполковник Ханс Остер, возглавлявший в Абвере, то есть в военной разведке, центральный отдел и ставший правой рукой адмирала Вильгельма Канариса, который с января 1935 г. был руководителем Абвера. Однако акция в силу необходимости не состоялась.[19] Внутренние противники не смогли помешать Гитлеру отпраздновать свой мюнхенский триумф – который он сам таковым не считал и воспринимал его лишь как в высшей степени неудовлетворительную, чисто промежуточную победу[20] – а спустя полгода еще и вступление в Прагу. Оба успеха „фюрера“ способствовали, разумеется,

[17] *Militärgeschichtliches Forschungsamt* (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 1: *Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann/Wolfram Wette* (Bearb.), Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, München 1979.

[18] Там же.

[19] Здесь в отличие от того, что говорится у *Hoffmann*, Widerstand, с. 129.

[20] На эту тему *Hermann Graml*, Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939, München 1990, с. 108.

тому, что потенциальные путчисты вынуждены были чувствовать себя в обществе и особенно в армии в еще большей изоляции; и им, которые ни в коей мере не изменили своего мнения о режиме, было еще труднее, чем прежде вырваться из изоляции после того, как их прогнозы относительно войны, по всей видимости, столь убедительно были опровергнуты. Так получилось, что между конференцией в Мюнхене и нападением на Польшу, состоявшимся 1 сентября 1939 г., невозможно зарегистрировать почти ни одной дискуссии по поводу государственного переворота. Те офицеры, которые в 1938 г. считали такую акцию необходимой, достаточно часто уверяли друг друга а также иностранных, прежде всего британских партнеров по переговорам в том, что они не разочаровались в своей принципиальной позиции по неприятию Гитлера и его системы, однако любой шаг к действиям парализовывала уверенность в том, что нет никаких перспектив на успех, не в последнюю очередь потому, что отсутствовало одобрение со стороны всей нации.[21] Правда, необходимо сказать, что война с Польшей – иначе, чем ранее война с Чехословакией – среди значительной части офицерского корпуса, а именно среди офицеров, которые были родом с севера и востока Германии, пользовалась определенной популярностью; уступка верхнесилезских областей и Западной Пруссии рассматривалась как грабеж, с которым внутренне невозможно было примириться, даже после заключения Гитлером с Польшей пакта о ненападении (26.1.1934). Некоторые члены какой-нибудь военной или гражданской оппозиционной группы испытывали такие же чувства.[22]

Таким образом, Мюнхен преподнес противникам режима в армии два урока: во-первых, что для государственного переворота требуется более длительная и основательная подготовка; во-вторых, что даже наилучшая подготовка не будет солидной базой для проведения акции, если Гитлер и его система до этого не пострадали от значительной потери авторитета. В месяцы, которые последовали за военным походом против Польши, центральные фигуры оппозиционных групп среди военных считали, что они видят новые возможности и в том, и в другом плане. К активности их толкало опять-таки то крайне запутанное сочетание мотивов, включавшее в себя профессиональную критику, связанную с моральным возмущением и принципиальной враждебностью по отношению к режиму. Тот факт, что Гитлер осенью 1939 г. хотел напасть на Голландию, Бельгию и Францию – где были дислоцированы и британские войска – хотя война с Польшей вскрыла многие слабые стороны германских сухопутных войск, вновь задел их профессиональную честь.[23] Тот факт, что специальные подразделения СС

[21] *Hoffmann*, Widerstand, с. 103 и сл.

[22] Карл Гёрделер мечтал еще в 1943 и 1944 гг. о восстановлении германской восточной границы 1914 г., см. *Hermann Graml*, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, в: *ders.* (Hrsg.), Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt/M. 1994, с. 128–129, 134.

[23] Командующие – которых нельзя причислить к оппозиции – тремя группами армий, сосредоточившихся на Западе, протестовали, пожалуй, более энергично, чем тогда временно склонявшийся к акции сопротивления Гальдер; см. *Christian Hartmann,* Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn u. a. 1991, с. 157 и сл.

и полиции по приказу Гитлера уничтожили тысячи представителей так называемой польской интеллигенции и без приказа также много евреев, вел к тому, что прекращение этих позорных деяний казалось настоятельной моральной необходимостью.[24] Тот факт, что ужасы, которые творились в Польше и которые в 1939 г. еще не были отодвинуты на второй план более крупными преступлениями, оказывал огромное влияние, вызывал отвращение среди дислоцированных в Польше подразделений сухопутных войск, в частности, начиная от простого рядового и кончая генералом Бласковицем, командущим германскими оккупационными войсками. Однако, этот факт питал также надежду привлечь наконец на свою сторону значительную часть генералитета и при необходимости получить возможность поднять на борьбу с организациями режима более крупные воинские формирования.

Эти надежды, разумеется, развеялись в течение немногих месяцев. Кризис, возникший между сухопутными войсками и СС, зашел не настолько далеко, чтобы начать и поддержать восстание – гражданскую войну в условиях войны; кроме того, боеспособные дивизии не остались в Польше, а сосредоточивались на Западе, где они видели перед собой большие военные задачи и где они занимались соответствующей жесткой военной подготовкой. Майор Гроскурт, который по поручению преемника Бека, генерала Гальдера, должен был систематически заниматься организацией путча, напрасно пытался встряхнуть верхушку армии сообщениями о зверствах, чинимых в Польше.[25] Режим оказался уже слишко укоренившимся. Поскольку моральная аргументация ничего не давала, горько разочарованный Остер пришел к выводу, что необходимо обеспечить, а это значит самому добиться того, чтобы Гитлер потерпел по крайней мере провал, который затем позволил бы, может быть, все же провести акцию с более большим числом сторонников в армии и среди населения. Так, он еще до 10 мая 1940 г. информировал голландского военного атташе полковника Саса о соответствующих сроках нападения Германии на Норвегию и другие западноевропейские государства.[26]

Как известно, усилия Остера остались без последствий, так как западные правительства не поверили его, в силу необходимости несколько раз повторенным, предупреждениям. Так, германская армия – вместо того, чтобы свергнуть Гитлера – смогла в мае и июне 1940 г. в течение нескольких недель разгромить вооруженные силы западноевропейских государств, принудить Францию к капитуляции, а британский экспедиционный корпус, окруженный в Дюнкерке, к отступлению в Англию. Этот триумф, который подавляющее большинство нации восприняло как смывание позора Версаля, так крепко приковал большинство населения, армии и офицерского корпуса к Гитлеру, что эту связь, как показали дальнейшие события, не смогли разрушить ни тяжелейшие военные неудачи, ни преступления режима в немыслимых до той поры масштабах. Другими словами, существовавшая до войны расстановка сил принципиальным образом не

[24] *Helmuth Groscurth*, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Hrsg. v. *Helmut Krausnick*/*Harold Deutsch,* Stuttgart 1970, с. 49 и сл.

[25] Там же.

[26] *Graml*, Oster, с. 137.

изменилась ни в результате зимнего кризиса 1941/1942 гг., ни в результате Сталинграда, ни в результате холокоста. Правда, преступления режима привели в ряды военных оппозиционных групп людей, „обратившихся в другую веру“. Нельзя также не заметить, что поражение, которое стало намечаться самое позднее с битвы под Сталинградом, заставило примкнуть к сопротивлению и некоторых коньюнктурщиков.[27] Однако тех, кто был морально потрясен, насчитывалось не так много, а подлинные карьеристы типа фельдмаршалов Шернера и Моделя или генералов Хубе и Толькcдорфа, сделали выбор в пользу личной карьеры в рамках господствующего строя.

Потенциальные путчисты в армии реагировали на такую стабильность режима с растущим отчаянием. Полковник Хеннинг фон Тресков, глава оперативного отдела в штабе группы армий „Центр“, целенаправленно собирал в своем штабе единомышленников и, само собой разумеется, делал это в целях подготовки ко дню X.[28] Однако Трескову было ясно, что высокопоставленный штаб не является боеспособной единицей и, что кавалерийский полк „Центр“ (позднее бригада) – это всего лишь небольшое формирование и кроме того, несмотря на наличие в нем друзей – ненадежный фактор. В то же время постоянно росло желание наконец что-то предпринять. Так четко видно, что, например, в штабе группы армий „Центр“ понимание того, что режим приступил к систематическому уничтожению евреев, чрезвычайно усилило стремление к путчу.[29] Развитие военной обстановки на тот момент (сентябрь-октябрь 1941 г.) не играло никакой роли в плане готовности к акции.[30] Позднее, когда начались военные не-

[27] К ним, пожалуй, можно причислить также Эдуарда Вагнера, генерал-квартирмейстера, который перед началом „Операции Барбаросса“ заключил еще с Гейдрихом соглашение об отношениях между сухопутными войсками и айнзацгруппами и лишь позднее снова примкнул к оппозиции.

[28] Здесь иначе, чем *Johannes Hürter*, Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941, в: VfZ 52 (2004), c. 529. Тресков в течение многих лет – за исключением того периода, когда после победы над Францией он на какое-то мгновение оказался словно под наркозом – был желающим активно действовать противником Гитлера и его режима. И если он, заняв подходящую для этого должность, и прилагал большие усилия для того, чтобы собрать вокруг себя антинационал-социалистический штаб, то, конечно же, не для того, чтобы иметь возможность более непринужденно беседовать за ужином.

[29] Так большая бойня под Борисовым вызвала даже волнения. На эту тему *Rudolf-Christoph v. Gersdorff*, Soldat im Untergang, Frankfurt/M./Berlin 1977, c. 97 и сл.

[30] И здесь не так, как *Hürter*, Auf dem Weg, c. 544 и сл. Мнение, что одно лишь раздражение по поводу порой небрежного отношения к группе армий „Центр“ в оперативном плане привело ведущих сотрудников штаба этой группы армий к мысли о путче, кажется нереалистичным, а точка зрения о том, что в конце сентября – начале октября такие офицеры, как Тресков уже были убеждены в провале военного похода на Восток, не соответствует действительности. В конце сентября – начале октября (в это время старший лейтенант Фабиан фон Шлабрендорф, адъютант Трескова, прибыл в Берлин, чтобы обсудить оппозиционную деятельность, в частности, с Ульрихом фон Хасселем) почти ни один офицер на Восточном фронте не верил в то, что „Операция Барбаросса“ провалится или может провалиться; армии одерживали победы по всему фронту от севера до юга, и как раз группа армий „Центр“ была накануне своего крупнейшего ус-

удачи, силу и значение приобретал, однако, чрезвычайно благородный мотив – чувство необходимости избавить германскую империю от полного поражения и спасти политическую и культурную самостоятельность Германии.

Между тем, то, что планы заговорщиков все больше и больше сводились к покушению на Гитлера, было выражением отчаяния. Если „фюрер“ погибнет, размышляли они, то тогда, может быть, появится возможность использовать сохранившиеся еще командные структуры армии для выступления против режима. Когда осенью 1943 г. молодые и энергичные сотрудники Генерального штаба, например граф фон Штауфенберг, взяли планирование переворота в свои руки, то и они не могли избавиться от этого отчаяния. Они также сделали ставку на покушение, а для последующего государственного переворота намеревались использовать механизм так называемой „Операции Валькирия“, то есть механизм операции, предназначенной для подавления каких-либо восстаний иностранных рабочих, занятых на принудительных работах, или немецких противников Гитлера. Подобную идею, конечно же, можно охарактеризовать как хитроумную, однако в ней, с другой стороны, таилось признание заговорщиков в том, что в ходе ликвидации национал-социалистической системы даже после смерти Гитлера они верили в необходимость маскироваться планом, разработанным для защиты режима. В конце они были вынуждены – в любом случае некоторые их руководители – отойти даже на благородную и неполитическую, хотя в долгосрочной перспективе на самую действенную в политическом плане позицию, суть которой и заключалась в том, чтобы доказать, по крайней мере посредством покушения на Гитлера 20 июля 1944 г., наличие оппозиции среди военных. Напрашивается вывод, что в действительности они потерпели крах не из-за слабостей планирования и не из-за ошибок в подготовке и проведении своей акции, а потому, что в рамках нации в 1944 г. они все еще были столь же одиноки, как и в 1938 г.

пеха, двойной битвы под Вязьмой-Брянском; между прочим Хассель и Шлабрендорф договорились провести следующие беседы „по достижении временного завершения наступательных операций в России“ – под „завершением“ следует, может быть, понимать не полное прекращение боевых действий, а, пожалуй, успешный конец военного похода; см. Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. *Ulrich v. Hassell,* Aufzeichnungen vom andern Deutschland. Hrsg. v. *Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen*, Berlin 1988, с. 278.

Ханс Моммзен

Представления об обществе и конституционные планы в рядах немецкого сопротивления Гитлеру

При рассмотрении немецкого сопротивления Гитлеру следует различать две группировки, в значительной мере независимые друг от друга. Сопротивление „первого часа“, участниками которого были коммунисты, социалисты и христианско-католические группы, сложилось вслед за организациями Веймарской республики, хотя и – как это было в случае с социалистами – в условиях отмежевания от СДПГ. Эмигрантское правление СДПГ (СОПАДЕ) в Праге пыталось путем создания пограничных секретариатов оказывать влияние на формирующиеся в рейхе группы сопротивления, однако это потерпело полную неудачу. Различные же, в основном стоявшие слева от СДПГ кружки сопротивления в течение 30-х годов были почти полностью уничтожены. Только находившейся в подполье КПГ, используя старую клиентуру, удалось – несмотря на непрерывные удары со стороны гестапо – сохранить свою организацию в стране, однако она была вынуждена переместить свои руководящие органы за границу.

До сентября 1938 г. никакого формирования движения 20 июля не произошло – разрыв во времени был очень заметен. Поначалу в него входили в основном только представители верхней части средних и высших слоев, но затем к нему примкнули представители бывших профсоюзов и католического рабочего движения и, наконец, социал-демократы, которые долгие годы провели в тюрьмах или поначалу проявляли политическую сдержанность. Правда, в рядах национал-консервативной оппозиции были и люди, которые с самого начала отвергали национал-социализм. Однако подавляющее большинство будущих заговорщиков поначалу более или менее безоговорочно стали служить новому режиму, а многие из них заняли руководящие посты. Это относилось не в последнюю очередь к таким военным, как Людвиг Бек и Эрвин фон Вицлебен, а также к будущим руководителям военной оппозиции, например, Хеннингу фон Трескову и Клаусу Шенку фон Штауфенбергу.[1]

Здесь невозможно описать путь, который привел заговорщиков от желания предотвратить войну, осуществить всеобъемлющие изменения в системе к подготовке государственного переворота с помощью покушения. Нас интересуют представления о новом строе, которые возникли внутри движения 20 июля,

[1] См. след. работы: *Peter Hoffmann*, Claus Schenk, Graf von Stauffenberg und seine Brüder. 2. Aufl., Stuttgart 1992; *Bodo Scheurig*, Henning von Tresckow, Neuausg. Frankfurt/M. 1987; *Klaus-Jürgen Müller*, Das Heer und Hitler, München 1969.

в рамках которого в конечном итоге и объединилась эта часть оппозиции. За очень небольшим исключением заговорщики не думали о том, чтобы вернуться к парламентской системе Веймарской республики и реактивировать формально не отмененную Веймарскую конституцию. Решающее значение здесь сыграло то, что парламентская система в континентальной Европе в целом считалась потерпевшей крах и к началу Второй мировой войны сохранялась лишь в Бельгии, Нидерландах и Люксембурге, находившихся под влиянием Великобритании, а также в скандинавских странах. В Чехословакии она распалась после Мюнхенского соглашения, во Франции – в результате последствий эксперимента Леона Блюма с Народным фронтом и военного поражения, нанесенного ей Германией.[2]

В то же время заговорщики действовали на основе убеждения в том, что они находятся в исторической ситуации, которая открывает шансы и возможности для принципиально нового начала. Не только Веймарская республика, но и политические силы, на которые она опиралась, казались смытыми волной. Хотя и заговорщики искали для себя исторические примеры, они и верили в то, что находятся в условиях открытой исторической ситуации. В этом плане они были также наследниками мифа о „национальном подъеме" в том виде, в каком его пропагандировал Геббельс. В глазах Фрица-Дитлофа фон дер Шуленбурга и других одна из основополагающих ошибок НСДАП состояла в осуществлении возврата к партийному государству, которому, как считалось, только что был положен конец.[3] Свою роль в этой оценке сыграло и то, что синдром фундаментального общественного и политического нового начала, благодаря которому буржуазный материализм XIX века был бы преодолен в пользу создания сплоченной народной общности, проник в мышление многих заговорщиков, прежде всего молодого поколения. Различные планы движения 20 июля по созданию нового строя следовало бы оценивать на фоне якобы легкомысленно упущенной Гитлером возможности для всеобъемлющего возрождения.

При всех различиях между „кружком Крайзау", ведущим в этом плане крылом сопротивления, и группой вокруг Карла Фридриха Гёрделера и Людвига Бека имелось широкое согласие по поводу того, что свержение национал-социалистического режима должно быть связано с новым началом, которое одновременно устранит причины стремительного скатывания Германии к все более и более преступно действующей диктатуре. В то время как Мольтке в памятной записке от 1941 г., посвященной „исходному положению, целям и задачам", сформулировал мысль, что конец войны открывает „шанс для благоприятной перестройки мира, какого у человечества не было уже со времен раскола средневековой церкви" и говорил о начале „нового летоисчисления",[4] Гёрделер в со-

2 См. след. очерки: *Klaus Jürgen Müller* (Hrsg.), Der deutsche Widerstand 1933–1945, Paderborn 1986; *Jürgen Schmädecke/Peter Steinbach* (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985.

3 См. *Ulrich Heinemann*, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990, с. 24 и сл.

4 *Ger van Roon*, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis in der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, с. 511.

ставленной в то же время памятной записке „Цель“ высказался в том духе, что мы живем „в годы, когда ошибочное развитие, похоже, достигло своей вершины“, и ратовал за восстановление „тотальности политики“.[5]

Поскольку обратный путь к парламентской демократии казался закрытым, заговорщики стремились взять на вооружение как бы неиспользованные исторические примеры; при этом на первый план выдвигались в первую очередь идеи профессиональных сословий, но и принцип самоуправления, который в рамках германской политической культуры регулярно считался альтернативой представительской системе. Сюда следует отнести также провалившуюся – из-за противодействия Вильгельма II тому, чтобы уступить свое место претенденту на трон – попытку поставить монарха во главе государства.[6] Менявшиеся и варьирующиеся размышления оппозиции были нацелены на то, чтобы показать альтернативу национал-социалистическому вождистскому государству, которая не ограничивалась бы восстановлением правового государства и общественного порядка – чего требовали со всех сторон – в противовес эскалирующей коррумпированности режима.

Многообразные планы сопротивления, связанные со строительством германского и европейского будущего, отличались более или менее четко выраженным неприятием западноевропейского конституционного государства. Находясь в атмосфере вредных испарений тоталитарного господства, оппозиционеры были в значительной мере отрезаны от западных политических идей. Апелляция к идеям Великой французской революции и традициям прав человека даже не всплывала в их памятных записках, посвященных реформам; они скорее брали на вооружение идеи немецкого идеализма. Это относится в принципе и к тем лицам, которые были тесно привязаны к англосаконскому миру, например, Адаму фон Тротт цу Зольцу или Хельмуту Джеймсу фон Мольтке. Даже представители левого крыла, например Юлиус Лебер, усматривали в якобы схематическом заимствовании западного конституционного мышления основополагающую ошибку Веймарской республики.

Патер Альфред Дельп, который оказал решающее влияние на программатику „кружка Крайзау“, описал картину будущего германского и одновременно европейского нового устройства в своей несохранившейся памятной записке „Третий путь“, в которой он выступал за связь между индивидуалистическим капитализмом Запада и восточным социалистическим коллективизмом. Мысль о том, что Германия должна стать „мостом между Востоком и Западом“, разделяли большинство заговорщиков, придерживавшихся традиций „германского пути“. Такого рода представления связывались – особенно среди представителей „кружка Крайзау“ – с западноевропейскими идеями и провозглашенной це-

[5] *Hans Mommsen/Sabine Gillmann*, Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Bd. 2, München 2003, c. 879.

[6] См. *Gerhard Ritter*, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, c. 289 и сл.

лью защитить европейскую самобытность от посягательства со стороны „чуждых в пространственном отношении“ держав – США и Советского Союза.[7]

Эта концепция, однако, не была направлена против восточноевропейских наций. Особенно на более молодых оппозиционеров оказывала свое влияние российская романтика 20-х годов, а также отстаиваемая Мёллером ван ден Бруком идея о неиспорченных, не обедненных западной материалистической культурой, и в то же время исповедующих христианскую веру „молодых народах“. Это относилось к Шуленбургу, к членам „Белой розы“ и к социалистам в „кружке Крайзау“. Это сыграло важную роль в принятии Хеннингом фон Тресковым и Клаусом Шенком фон Штауфенбергом решения устранить Гитлера в результате покушения – после того, как провалились все усилия изменить организацию высшего военного управления на Восточном фронте. Оба считали преследуемую Гитлером стратегию разгромить не только советские институты, но и российское государство как таковое непростительной ошибкой.

Так, Штауфенберг неоднократно подчеркивал, что война и победа в ней не должны быть направлены против русского народа, и он выдвигал в адрес руководства рейха самые резкие упреки, связанные с изданием приказа о комиссарах, с уничтожением миллионов русских военнопленных, с бесчеловечным обращением с остарбайтерами. Вместе с Тресковым он рано стал выступать за формирование подразделений русских добровольцев, хотя Гитлер поначалу отказывался дать на это свое согласие.[8] С другой стороны, прорусские симпатии мешали реалистично оценивать коммунистическую политику. Так, и Мольтке в 1943 г. все еще предавался иллюзии о том, что в запланированное правительство заговорщиков можно включить и „не прислушивающихся к Москве коммунистов“.[9]

Конституционно-политические проекты „кружка Крайзау“ и „кружка Гёрделера“ в первую очередь были нацелены на то, чтобы исключить влияние неконтролируемых массовых настроений на политические решения и в то же время ограничить централизованную государственную власть. Крайзау надеялся, что можно будет ограничить необходимые первичные выборы местным уровнем, а их проведение передать в руки спонтанно формирующимся „малым общинам“, которые должны были создаваться для осуществления различных государственных задач, прежде всего в коммунальной сфере. Образцом для этого служили английские „friendly societies“ и идея соседства, которую первым стал пропаган-

[7] См. *Roman Bleistein*, Alfred Delp. Geschichte eines Zeugen, Frankfurt/M. 1889, с. 245 и сл.; а также: *Michel Pope*, Alfred Delp S. J. im Kreisauer Kreis, Mainz 1994; *Hans Mommsen*, Der Kreisauer Keis und die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas, в: *ders.*, Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes, München 2000, с. 218 и сл.

[8] *Hans Mommsen*, Die Stellung der Militäropposition im Rahmen der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler, в: *ders.*, Alternative zu Hitler, с. 373–374.

[9] *Van Roon*, Neuordnung, с. 583 и сл., с. 592; *Klemens von Klemperer*, Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945, Berlin 1994, с. 281 и сл.

дировать „Младогерманский орден“. Все представительские органы болеее высокого уровня вплоть до Рейхстага должны были избираться не напрямую.[10]

Эта концепция представляла собой последовательную передачу принципа субсидиарности государству и консервативный вариант системы Советов. Политические партии и крупные избирательные кампании были в этой системе, ориентированной на наглядность и отдельных лиц, не нужны. Административные земли, которые предстояло создать, должны были в значительной степени обладать независимостью – за исключением сферы социальной и экономической политики. Захватывающая идея по поводу того, что органы самоуправления, которые предстояло создать, должны были быть организованы и на транснациональном уровне, и на место традиционых национальных государств должна была прийти Европа регионов, и по сей день не утратила своей привлекательности.

Конституционная модель Гёрделера носила в некотором роде более реалистичные черты. На место централизованного государства должна была прийти сильная средняя инстанция, которой подчинялись бы нижестоящие органы управления имперских министерств и ведомств. Предложение Гёрделера в какой-то мере совпадало с устремлениями национал-социалистического режима создать могущественную имперскую среднюю инстанцию, в которой бы слились партия и органы государственной власти. В отличие от Крайзау Гёрделер – в том, что касается центрального парламента – ограничил одобряемый и им принцип непрямых выборов в том плане, что половина депутатов должна была избираться напрямую, хотя и на основе строгого и модифицированного в отдельных пунктах избирательного права, когда избиратели голосуют за определенную личность. Но суверенитет парламента был на постоянной основе урезан ввиду наличия „собрания имперских сословий“, которым заправляли профессиональные сословия, в том числе центральный „Немецкий профсоюз“. Гёрделер также хотел по возможности ограничить роль политических партий, но считал невозможным их запрет в целом.[11]

В обеих моделях налицо была характерная зарегулированность в том плане, что имперский правитель или соответственно вождь государства получал намного более широкие прерогативы, чем рейхспрезидент в Веймарской республике, а также расширенное право вето и роспуска; тем самым ощутимо ограничивался суверенитет представительских органов. Это не обязательно вступало в противоречие с устремлением максимально возможным образом децентрализовать процесс формирования политической воли и уменьшить возможность тоталитарного манипулирования незрелыми избирателями. Благодаря интеграции в деятельность обозримых местных органов самоуправления граждане должны были приучаться к ответственному участию в жизни общества. То, что усилия с целью накинуть уздечку на избирателей и положить конец проискам демагогов могли повлечь за собой сомнительную олигархизацию, было на раннем эта-

[10] См. *Hans Mommsen*, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, в: *ders.*, Alternative zu Hitler, с. 120 и сл.

[11] Там же, с. 113 сл.; ср. введение к *Sabine Gillmann* (Hrsg.), Politische Schriften und Briefe *Friedrich Carl Goerdelers*. Bd. 1, München 2003, с. IV.

пе распознано дальновидными представителями симпатизирующих кругов, например, социал-демократом Эмилем Хенком.[12]

Между тем в полной мере сохранялось недоверие к простым гражданам и опасение по поводу того, что они подвержены политическим манипуляциям; это вряд ли было связано только с национал-социалистической политикой мобилизации масс, но и уходило корнями в дискуссию вокруг избирательного права в двадцатые годы. Так, Гёрделер обосновывал предложенные им ограничения избирательного права, прежде всего ощутимый возрастной избирательный ценз тем, что „при таком народе, в результате несвободы и пропаганды ставшим столь некритичным“ политика не может опираться на равное и прямое избирательное право. Исходя из других мотивов, в проектах „кружка Крайзау“ женщинам не предоставлялось пассивное избирательное право.[13] Для конституционных проектов был характерен глубокий скепсис в отношении неконтролируемого демоса.

С другой стороны, среди различных течений в движении 20 июля сложился консенсус по поводу того, что необходимо решить социальный вопрос – тем более что успехи НСДАП не совсем верно связывали с массовой безработицей. Новейшие исследования показывают, что взгляды заговорщиков в области экономической политики не различались коренным образом, хотя такие люди, как Мольтке и Йорк фон Вартенбург считали себя социалистами и обвиняли Гёрделера в неразумном манчестерском либерализме. И все-таки было достигнуто согласие в том, чтобы предусмотреть обобществление основных отраслей тяжелой промышленности и тем самым учесть одно из центральных требований социал-демократов. В вопросе о профсоюзах существовали различные точки зрения. Крайзау думал о создании профсоюзов на предприятиях, которые по образцу „малых общин“ были призваны обеспечивать трудовому коллективу участие в прибыли и существенные права на участие в принятии решений. Существовало непонимание того, что такого рода профсоюзы на предприятиях в условиях современной крупной промышленности подразумевали проблематичное ограничение свободы передвижения наемных работников. С другой стороны, запланированный Вильгельмом Лойшнером по согласованию с Гёрделером широкопрофильный „Немецкий профсоюз“, который и за пределами Немецкого трудового фронта предусматривал принудительное членство наемных работников, был и в рамках задуманного Гёрделером поступенчатого сословного представительства интересов скорее чужеродным телом, и представители „кружка Крайзау“ поэтому выразили свою готовность только к тому, чтобы признать „Немецкий профсоюз“ в качестве партнера лишь на переходный период.[14]

В то время как Гёрделер, продолжая придерживаться позиции, к которой он пришел в эру Брюнинга, хотел передать решение задач по социальному обеспе-

[12] См. *Emil Henk*, Die Tragödie des 20. Juli, Frankfurt/M. 1946, с. 35–36; *Mommsen*, Alternative zu Hitler, с. 178.

[13] См. о „Кружке Крайзау“: *van Roon*, Neuordnung, с. 545–546; *Gillmann,* Politische Schriften, Bd. 2, с. 933; *Mommsen,* Alternative zu Hitler, с. 114–115.

[14] Там же, с. 569.

чению жизненного существования граждан в руки „Немецкого профсоюза“ и освободить от этой обязанности государство, представители „кружка Крайзау“ настаивали на том, чтобы сделать это центральной задачей государства. В отличие от Гёрделера, который был уверен в том, что социальный вопрос можно решить в основном путем просвещения и воспитания рабочих, в том числе и с помощью написанного им „Экономического букваря“, прежде всего Альфред Дельп как представитель иезуитов в „кружке Крайзау“ настаивал на необходимости подлинных социальных преобразований, которые обеспечат каждому индивидууму материальную защищенность его жизненного существования. „Этой революции XX века – подчеркнул он, защищая свою позицию перед Роландом Фрайслером – нужна ее окончательная тема и возможность создания новых устойчивых пространств для человека.“[15] Точно так же в духе энциклики *rerum novarum* он указывал церкви на ее реальное социальное обязательство и подчеркивал, что предпосылкой для желанной „реформы образа мыслей“ должна быть „реформа существующих условий жизни“.

По существу „кружок Крайзау“ искал решение в системе „индивидуализированного социализма“, цель которого в духе ородолиберализма состояла в том, чтобы сделать „произведенную работу мерилом общественного положения и легитимацией для ответственного участия в формировании политической воли“. Социальный вопрос рассматривался здесь не столько как проблема материального равноправия, сколько как проблема регенерации способности и готовности индивидуума брать на себя общественную ответственность.[16] Дельп, который во время войны сейсмографически фиксировал социальные изменения, констатировал, что индивидуум повсюду вновь низведен до статуса „простой аморальной жизнеспособности“ и до „примитивного жизнеобеспечения и удовлетворения потребностей“. Он опасался исчезновения социальных связей, „германской большевизации“ и вел борьбу против распространявшегося среди населения позиции „моя хата с краю“.[17]

Действительно выкорчевывание первичных связей, тенденция к ликвидации семьи как основной ячейки общественной жизни, формирование лагерного общества, классифицированного по расовым и этническим критериям, полу и возрасту грозили привести к общественной аномии. Понимание этого заставило представителей „кружка Крайзау“ после ареста Мольтке в январе 1944 г. принять участие в подготовке покушения, которой занимался Клаус Шенк фон Штауфенберг. Основной целью немецкой оппозиции по-прежнему было, как это впечатляющим образом сформулировал Мольтке, восстановление „образа человека в сердцах наших сограждан“.[18]

[15] *Alfred Delp*, Im Angesicht des Todes, hrsg. v. *Paul Bolkovac*, Frankfurt/M. 1947, с. 103 f.; *Mommsen,* Alternative zu Hitler, с. 218 и сл.

[16] См. *Daniela Rüther*, Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die soziale Marktwirtschaft, Paderborn 2002, с. 280 и сл.

[17] Подтверждения у *Mommsen*, Alternative zu Hitler, с. 217 и сл.

[18] Письмо Хельмута фон Мольтке Лионелю Куртису от 18.04.1942, в переводе с аннгийского в: *Freya von Moltke/ Michael Balfour/Julian Frisby*, Helmuth James von Moltke. Anwalt der Zukunft 1907–1945, Stuttgart 1975, с. 155.

Сегодня, по прошествии времени, поражает размах планов, которые были связаны со свержением режима и которые отнюдь не ограничивались закладкой основных параметров политического переворота. Это было связано со стремлением разработать широкую альтернативу национал-социалистическому режиму: частично, исходя из причин, связанных с легитимацией, частично для того, чтобы устранить более глубокие причины германской катастрофы. Возможно, свою роль сыграла также немецкая основательность – в том, что планированием были охвачены многие, не казавшиеся приоритетными политические сферы, например, образование, воспитание, вузовская система или порядок расселения и землепользования. В этом отражается и тот факт, что в рядах национал-коснервативного сопротивления очень редко можно было встретить представителей политического класса и что отсутствовал политический центр, а тем самым и представители Веймарской республики. Многие из них держались на заднем плане или отошли от дел, так как в тех безутешных условиях, в которых находилось сопротивление после 1939 г., казалось не было никаких шансов на обновление парламентских условий. Для того, чтобы в такой ситуации все же активно противодействовать режиму, нужна была, пожалуй, излишняя доля утопического мышления, а это встречалось скорее по краям политического спектра.

В движение 20 июля входили в первую очередь представители высокопоставленного чиновничества, дипломаты, военные, юристы из сферы управления, которые большей частью когда-то занимали руководящие посты при этом режиме или, как некоторые, все еще оставались на них. К ним присоединился – не в последнюю очередь благодаря объединению Гёрделера с представителями бывших независимых и христианских профсоюзов, одновременно поддерживавших связь с кельнским домом Кеттелера – ряд профсоюзных деятелей, в то время как Мольтке, проводя целенаправленную кадровую политику, привлек к работе активных в прежние времена социал-демократов, в том числе Карло Мирендорфа, Теодора Хаубаха, Адольфа Райхвайна и Юлиуса Лебера, которые до этого сидели в национал-социалистических тюрьмах. Благодаря этому удалось расширить социальную базу движения. Однако оно долгое время оставалось акцией видных лиц, которые чувствовали себя прирожденными представителями нации, не испытывая потребности развивать демократическую легитимацию.

Планы свержения режима был нацелены на то, чтобы в рамках плана „Валькирия“ вермахт мог объявить чрезвычайное военное положение и взять власть в свои руки. При этом оставался открытым вопрос, насколько быстро Штауфенберг передаст власть уже готовому гражданскому правительству под руководством Людвига Бека и Карла Гёрделера. Во всяком случае, мобилизация населения в случае переворота не планировалась. Заговорщики были далеки от того, чтобы в целях легитимации государственного переворота использовать такие средства европейских революций, как листовки, плакаты, большие собрания людей. Правда, они хотели информировать население об уже совершенных или планируемых шагах посредством выступлений по радио и прокламаций. Подготовленные тексты носили характер официальных правительственных бюллетеней и моральных призывов. От них веяло властно-государственным подходом к гражданам, которых призывают к лояльности, а не к действиям. Против такого

стиля, отдававшего допотопностью, выступали более молодые заговорщики и полемизировали с „их превосходительствами“, которые вели коалиционные переговоры.

Между тем своевременно раздавались голоса, указывавшие на то, что правительство, совершившее переворот, не может быть прочным „при каких обстоятельствах без сильной поддержки среди населения“. Так, Ханс Робинсон, вынужденный эмигрировать в 1939 г., намеревался создать „Движение за свободу и обновление“, которое должно было организовать опорные пункты в отдельных регионах и в момент смены власти обратиться к общественности.[19] Эта мысль осталась поначалу нереализованной. Лишь в 1943 г., в условиях всеобщей реполитизации, ее вновь взяли на вооружение. Учреждение Национального комитета „Свободная Германия“ сделало ясным то, что КПГ и после переворота будет представлять собой политический фактор и его национал-популистская программа являлась вызовом для национал-консервативной оппозиции.

В этих условиях Карло Мирендорф выступил с программой „Социалистической акции“, датированной теми днями, когда отмечалась Троица в 1943г.[20] Он выступал за создание „надпартийного народного движения для спасения Германии“, которое должно было объединить христианские, социалистические, либеральные и коммунистические силы. Эта инициатива встретила поддержку со стороны Мольтке и Йорка, которые выступали за „подключение социал-демократии вплоть до левого крыла“. Склонившись к концепции „надпартийного народного движения“, которая предвосхитила позднейшие блоковые системы, а также *Rassemblement du Peuple Francais* де Голля, сопротивление сделало решающий шаг за рамки политики видных лиц, которой она до этого придерживалась. Социалисты из „кружка Крайзау“ сыграли в этом решающую роль, и в недели, предшествовавшие покушению, дело дошло до создания первых опорных пунктов в Гессен-Дармштадте.

Однако, взгляды на структуру и программу народного движения расходились. По воле Гёрделера оно должно было объединять „все сословия, слои и округа“ и охватывать „всех немцев, начиная от социал-демократов, центристов и кончая националистами“. Он ожидал от этого канализирования – неизбежного, по его убеждению – процесса образования национальных партий. Мольтке видел в этом широкое коллективное движение сил, желающих строить новую жизнь, в рамках которого, выходя за пределы национальных границ, объединится „партия единомышленников“, на создание которой он надеялся. Однако в рамках заговора дело дошло до конфликтов по поводу программной ориентации „народного движения“. Карло Мирендорф и Теодор Хаубах, близко стоявшие к христианскому социализму, надеялись, что им удастся добиться симбиоза христианства и социализма. Тем не менее предложенная Адольфом Райхвайном формулировка: „Народное движение заявляет о своей приверженности к немецкой

[19] См. *Horst R. Sassin*, Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmanngruppe 1943–1942. Hamburg 1993, c. 241–242; *Mommsen*, Alternative zu Hitler, c. 185–186.

[20] *Hans Mommsen*, Carlo Mierendorffs Programm der „Sozialistischen Aktion“, в: *ders.*, Alternative zu Hitler, c. 341–351; *Richard Albrecht*, Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897–1943, Berlin 1987, c. 222–223.

культуре и христианскому прошлому немецкого народа“ натолкнулась на явное противодействие со стороны Юлиуса Лебера, который не хотел допускать, чтобы „важные принципы старой социал-демократии были попросту выброшены за борт“. При этом важную роль играло давление со стороны подпольной КПГ, а также необходимость учитывать позицию лондонского эмигрантского правления СДПГ.[21]

В последние недели перед 20 июля по программатике „народного движения“ не было достигнуто больше никаких компромиссов. Во вновь начинавшихся разногласиях по поводу политической линии проявился процесс политического созревания, в то же время в психологическом плане это было распахиванием дверей во внешний мир, до этого герметически закупоренный, что резко положило конец относительной политической эзотерике заговорщиков. Было бы в случае удавшегося покушения вообще создано согласованное правительство заговорщиков и удалось бы Штауфенбергу добиться осуществления своей идеи о том, чтобы оно было заново сформировано с уклоном влево, возможно с Лебером во главе в качестве рейхсканцлера – этот вопрос пусть останется открытым. Сильно ограниченные внутри- и внешнеполитические возможности для действий, которые в этом случае оставались бы у правительства заговорщиков, вряд ли дали бы шанс на то, чтобы своими силами прийти к принципиально новому строю в Германии.

[21] О надпартийном народном движении см. *Hans Mommsen*, Der 20. Juli und die deutsche Arbeiterbewegung, в: *ders.*, Alternative zu Hitler, с. 302 и сл.

Александр И. Борозняк

Немецкое сопротивление в трактовках отечественной исторической науки[1]

Движение Сопротивления в Германии воспринималось в СССР одновременно с симпатией и с скептицизмом. В публикациях 1933–1938 годов, написанных на основе недостаточных знаний и часто проникнутых иллюзорной верой в скорое падение нацистского режима, нередко преувеличивались как степень активности антигитлеровских сил, так и, в особенности, уровень политического влияния немецких коммунистов.[2] Даже в годы Великой Отечественной войны, когда лозунг „Смерть немецким оккупантам!“ стал лейтмотивом народного сознания, в Советском Союзе различали между Германией Гитлера и Германией борцов антифашистского Сопротивления. Летом 1943 г. газета „Правда“ выражала надежду на то, что под прямым воздействием военных поражений будут расти „ряды противников гитлеровской тирании в самой Германии, в немецкой армии и в немецком населении“, что „на основе совместной программы действий могут сойтись люди, стоявшие еще в недалеком прошлом на совершенно различных политических позициях“.[3]

В советских работах об антифашистском Сопротивлении, выпущенных после крушения гитлеризма, преимущественное внимание уделялось деятельности Коммунистической партии Германии. Но картина борьбы немецких антифашистов, воссоздаваемая советскими учеными, все же отличалась от модели, предложенной политизированной историографией ГДР, где официальная версия Сопротивления должна была обосновать властно-политическую монополию Социалистической единой партии Германии.

Нередко на страницах одних и тех же книг или статей, опубликованных в СССР, соседствовали пропагандистские шаблоны (ритуальный тезис о КПГ как „единственной силе Сопротивления“, непременные выпады против „предательской линии руководства СДПГ“) и реалистические оценки антинацистского движения как процесса, которому было органически присуще многообразие идейных и политических стимулов и установок.

[1] Прежняя версия статьи была опубликована в книге *Gerd R. Ueberschär* (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA. Darmstadt 2002, S. 137–149.

[2] *Е. Варга* и др. (отв. ред.), Германский фашизм у власти, Москва/Ленинград 1934; *Б. Меллер,* Борьба продолжается. Рабочие в фашистской Германии, Москва 1935; *Л. Варшавский,* Вопреки всему. Ленинград 1935.

[3] Правда, 01.08.1943.

Характерно, что первые советские работы по проблематике Сопротивления в Германии, появившиеся в период „оттепели“, были попыткой анализа антифашистского движения, взятого в целом. Авторитетные советские исследователи Л. И. Гинцберг и Я. С. Драбкин, выпустившие в 1961 г. книгу „Немецкие антифашисты в борьбе против гитлеровской диктатуры“, исходили из приоритета этических идеалов Сопротивления. Борцы-антифашисты, подчеркивали авторы, „не покорились нацизму, стремившемуся задушить все человеческое“, они „погибли в неравной борьбе, но палачи не могли истребить в них веру в торжество свободы над тиранией, мира над войной“. Вопреки относительно узкой источниковой базе, Гинцберг и Драбкин убедительно показали, что к числу участников Сопротивления относились отнюдь не только немецкие коммунисты, но и социал-демократы, католики и протестанты. В книге содержался подробный рассказ об акциях мюнхенской студенческой группы „Белая роза“. Авторы отнюдь не замалчивали „сектантских ошибок“ КПГ, о чем другие историки зачастую предпочитали не упоминать.[4]

Но инерция прежних идеологических клише продолжала действовать. В. П. Бондаренко, автор раздела о Германии в коллективной монографии „Антифашистское движение Сопротивления в странах Европы в годы второй мировой войны“ (1962), утверждал, что только коммунисты олицетворяли антинацистские силы, а буржуазная оппозиция „ничего общего не имела с подлинным движением Сопротивления“. Понятие „широкого антифашистского фронта“, из которого формально исходили авторы книги, лишалось – применительно к Германии – реального содержания.[5]

Первую попытку научного, неидеологизированного подхода к истории движения 20 июдя предпринял выдающийся историк и политолог Д. Е. Мельников (1961–1993). В 1962 г. вышла его монография „Заговор 20 июля 1944 года в Германии. Легенда и действительность“, на страницах которой последовательно рассматривались планы и действия военной оппозиции как „выражение ‚кризиса верхов‘ фашистской Германии, наступившего непосредственно под влиянием поражений гитлеровской армии на советско-германском фронте“. Заговор 20 июля 1944 г., отмечал Мельников, вступая в прямой спор с представителями догматического мышления, был „не просто делом рук ‚кучки офицеров‘, не просто ‚генеральским путчем‘, а попыткой определенной части германской буржуазии найти выход из проигранной войны“. Лучшие представители германской элиты „честно стремились к тому, чтобы извлечь уроки из трагических событий прошлого и создать все необходимые условия для того, чтобы эти ошибки не повторялись“. К заговору, по мнению Мельникова, примкнуло множество прогрессивных и патриотически настроенных людей, которые добивались не просто „смены власти, но уничтожения фашизма и победы демократии в Германии“. Ученый исходил из тезиса о том, что движение 20 июля было „сложным политическим комплексом, в котором переплелось множество разноречивых классо-

[4] *Л. И. Гинцберг/Я. С. Драбкин,* Немецкие антифашисты в борьбе против гитлеровской диктатуры, Москва 1961, с. 4, 30.

[5] *В. П. Бондаренко*, Антифашистское движение Сопротивления в странах Европы в годы второй мировой войны, Москва 1962. с. 703–704.

вых и политических интересов“. Он считал, что установки графа Штауфенберга и его единомышленников „отличались значительным реализмом и пониманием подлинных интересов Германии“. Заговорщики, по оценке автора, сумели „подняться до понимания того, что планы раскола союзников обречены на провал и что необходимо отказаться от порочной односторонней ориентации германской политики на Запад“. Особое внимание Мельников уделил политической платформе группы „Крайзауер крайз“, участники которой стремились к „незамедлительному окончанию войны как на Западе, так и на Востоке и к установлению добрососедских отношений с СССР“.[6]

Н. С. Черкасов, работавший в Томском государственном университете и безвременно ушедший из жизни в 1993 г., убедительно показал, что „моральные мотивы играли важную роль в антифашистской борьбе“. Он исходил из того, „что среди участников заговора против Гитлера, в буржуазных и военных кругах, было много людей, искренне возмущавшихся преступлениями нацизма и потому вступивших с ним в борьбу“. Черкассов резонно полагал, что деятели, которые „стремились к созданию антифашистского фронта“, „не были ни антикоммунистами, ни экзальтированными одиночками, приносящими себя в жертву в безнадежной борьбе“.[7]

Он был последовательным сторонником объективного, взвешенного подхода к западногерманской исторической науке. Он констатировал, что в ФРГ действуют историки, „стремящиеся объективно осветить историю Сопротивления фашизму в Германии“, он – едва ли не единственным из тогдашних ученых – вел прямую полемику с „односторонними оценками“ немецкого Сопротивления, „встречающимися в ряде работ историков Советского Союза и ГДР“.[8]

В 60–70-е годы в советской историографии немецкого Сопротивления четко выявились три тематических комплекса, в рамках которых были начаты оригинальные научные исследования. Это, во-первых, деятельность Национального комитета „Свободная Германия“, во-вторых, участие советских людей в антинацистской борьбе на территории рейха и, в-третьих, акции группы „Красная капелла“. Почему именно эти проблемы вышли на первый план? Прежде всего ввиду их неразрывной связи с российской историей и наличием в нашей стране архивных и иных документальных источников. (Отметим, однако, что перспективы доступа к этим материалам до сих пор остаются проблематичными.)

Исследованию истории Национального комитета „Свободная Германия“ и Союза немецких офицеров посвящены работы А. С. Бланка (1921–1985), офицера Красной Армии, работавшего в лагерях немецких военнопленных, а затем

6 *Д. Е. Мельников,* Заговор 20 июля 1944 года в Германии. Легенда и действительность, Москва 1962, с. 4, 56, 200, 235.

7 *Н. С. Черкасов,* Проблемы немецкого антифашистского движения сопротивления в историографии ФРГ, в: Методологические и историографические вопросы исторической науки. Вып. 3, Томск 1965, с. 118; *тот же,* Историография ФРГ о патриотическом направлении в заговоре 20 июля 1944 года в Германии, в: Там же Вып. 5, Томск 1967, с. 137, 145.

8 *Черкасов,* Проблемы, с. 112; *тот же,* „Кружок Крайзау“ в исторической литературе, в: Там же, с. 138.

профессора педагогического института в Вологде. Его труды представляют органический сплав изысканий ученого и воспоминаний очевидца или участника событий. Путь историка к постижению и распространению научной истины о немецком Сопротивлении был достаточно сложным и противоречивым.[9] Научная деятельность Бланка не пользовалась вниманием и поддержкой со стороны людей, обладавших властью и опасавшихся проявлений независимого таланта, несанкционированной свободы научного творчества.

Бланк явился автором первой на русском языке монографии о „Свободной Германии" (1963).[10] В книге в неразрывной связи с событиями второй мировой войны раскрыты основные направления и этапы деятельности движения, рассматривается работа газеты и радиостанции „Фрайес Дойчланд", антифашистских школ в лагерях военнопленных. На монографии Бланка не могли не сказаться идеологические стереотипы тех лет. Не подтвержден фактами вывод автора о том, что НКСГ превратился в „мощную антигитлеровскую силу". НКСГ и СНО не удалось осуществить задач, провозглашенных в его программных документах, его призывы к прекращению военных действий, к отводу вермахта на территорию Германии не были услышаны.

Не выступая прямо против имевшей преимущественное хождение в СССР и в ГДР официальной версии о Национальном комитете как институте, выполнявшем директивы ЦК Коммунистической партии Германии, ученый все же предостерегал от трактовки „Свободной Германии" как „узкокоммунистического" движения. Движение „Свободная Германия" не было, отмечал Бланк, „ни коммунистическим, ни социал-демократическим: оно преследовало патриотические, антивоенные и антифашистские цели". В состав „блока весьма разнородных сил" вошли „люди, объединившиеся на почве общего требования устранения Гитлера и его клики, прекращения войны и избавления родины от надвигавшейся национальной катастрофы".[11] Фрагменты мемуаров А.С. Бланка, опубликованные в 60–80-е годы, содержат немало реалистических суждений. Исследователь рассказывает о своих беседах с генерал-фельдмаршалом Фридрихом Паулюсом, со сторонниками Национального комитета, отнюдь не разделявшими политических воззрений коммунистов.[12]

Незадолго до кончины исследователь вернулся к общей оценке деятельности НКСГ и СНО. В его личном архиве хранится следующий текст:

[9] О научной деятельности А.С. Бланка см. *А.И. Борозняк,* Антифашистское движение Сопротивления: научное наследие А.С. Бланка и современные дискуссии в ФРГ, в: Уроки и проблемы изучения истории второй мировой войны. Вологда 1995; *Б.В. Петелин,* Деятельность Национального комитета „Свободная Германия" в исторических трудах А.С. Бланка, в: НКСГ – 50 лет. Сборник материалов российско-германской научно-практической конференции. Красногорск 1994.

[10] *А.С. Бланк,* Национальный комитет „Свободная Германия" – центр антифашистской борьбы немецких патриотов (1943–1945), Вологда 1963.

[11] *А.С. Бланк,* Движение „Свободная Германия" и Коммунистическая партия Германии, в: Вопросы истории КПСС 4 (1962), с. 131.

[12] *Тот же,* Несколько месяцев в Суздале, в: Новый мир 44 (1968), № 3; *тот же,* Прозрение фельдмаршала Паулюса, в: Волга 11 (1976), № 2; *тот же,* Пленники Сталинграда, в: Новый мир 58 (1983), № 9.

„Движение ‚Свободная Германия‘, специально созданное, организованное сверху, не представляло собой результат спонтанно родившегося протеста против деспотизма и тирании. Оно было картой в политической игре противных сторон и, поскольку помогало борьбе против Гитлера, было полезным делом, но ... Не случайно движение это захирело уже в конце 1944 г. и окончательно самоликвидировалось в 1945 г., когда Сталин утратил к нему всякий интерес.“[13]

Хотя в Советском Союзе было осуществлено немало публикаций, раскрывающих отдельные стороны истории „Свободной Германии“, до всестороннего, объективного анализа движения было достаточно далеко.

Оставались недоступными архивные фонды Национального комитета и советских организаций, чья деятельность соприкасалась с НКСГ. Разрушить ненаучные стереотипы, обратиться к реконструкции исторических реалий было невозможно без расширения источниковой базы, без обращения к документам НКСГ и СНО, без отказа от их догматической трактовки. В мае 1985 г. в Красногорске под Москвой (в том городе, где был сформирован во время войны Национальный комитет) начал деятельность Мемориальный музей немецких антифашистов, ставший признанным центром хранения документов и исследований по истории НКСГ.

Под руководством директора музея А. А. Крупенникова была проведена серия российско-германских научных конференций, давших новую трактовку деятельности НКСГ и СНО. Особое значение имеет подготовленный сотрудниками музея сборник материалов движения „Свободная Германия“.[14] В книгу вошли ранее не публиковавшиеся на русском языке материалы учредительных конференций НКСГ и СНО, образцы листовок и текстов радиопередач, обращенных к солдатам и офицерам вермахта, а также отчет о деятельности Национального комитета, составленный президентом НКСГ Эрихом Вайнертом. Приводятся также фрагменты из архивных документов НКСГ, которые позволяют подойти к пониманию достаточно сложных взаимоотношений между участниками движения – коммунистами и военнопленными вермахта.

Значительную ценность представляет публикация материалов российско-германской конференции по проблематике „Свободной Германии“, проходившей в Красногорске в сентябре 1993 г.[15] Контакты историков двух стран, утвердившиеся в ходе конференции, нашли прямое продолжение в подготовке и публикации изданного Гердом Юбершером и вышедшего на немецком и русском языках совместного сборника статей и документов „Национальный комитет ‚Свободная Германия‘ и Союз немецких офицеров“.[16]

Бывший офицер Красной Армии, сотрудник Красногорского музея Н.Н. Берников анализирует особенности пропагандистской деятельности НГСГ и СНО.

[13] Цит. по *Петелин*, Деятельность Национального комитета, с. 127.

[14] За Германию – против Гитлера! Документы и материалы о создании и деятельности Национального комитета „Свободная Германия“ и Союза немецких офицеров, Москва 1993.

[15] НКСГ – 50 лет. Сборник материалов научно-практческой конференции. Красногорск 1994.

[16] *Герд Р. Юбершер* (отв. ред.), Национальный комитет „Свободная Германия“ и Союз немецких офицеров. Красногорск 1997.

Эту специфику осознавали сотрудники Главного политического управления Красной Армии, в одной из директив которого говорилось:

„Лозунги Национального комитета, с одной стороны, и Красной Армии, с другой, должны отличаться друг от друга. Очевидно, что Национальный комитет в своей политической работе ориентирован на немецкие национальные интересы и ищет способ предотвратить катастрофу, к которой ведет Германию Гитлер. Комитет хочет спасти то, что еще можно спасти.“[17]

Центральное место в книге А. С. Бланка и его ученика Б. Л. Хавкина „Вторая жизнь фельдмаршала Паулюса“ в военном плену занимает сам человек. Эволюции мировоззрения генерал-фельдмаршала и анализу его литературного наследия посвящаются статьи А. И. Борозняка и В. Б. Конасова.[18]

В советской историографии тема советских военнопленных, их участие в Сопротивлении находилась под знаком табу вплоть до 1956–1957 гг. По воле Сталина значительная часть вернувшихся на родину военнопленных, чудом выживших в германской неволе, попала в тюрьмы и лагеря. На них и на их родственниках было поставлено клеймо „преступников“ и „предателей“. В атмосфере подозрительности, недоверия, молчаливой отчужденности бывшие пленные вынуждены были скрывать свое прошлое.

Началом моральной и политической реабилитации бывших военнопленных и „остарбайтеров“ стало время после XX съезда КПСС. Именно тогда, в пору хрущевской „оттепели“, появились первые публикации о трагических судьбах советских людей, попавших в немецкий плен или угнанных на каторжный труд в „третьем рейхе“, об их участии в европейском Сопротивлении. Первый шаг к преодолению запретов сделали не ученые, а писатели Степан Злобин и Юрий Пиляр, прошедшие через ад германских концентрационных лагерей. Призывом восстановить историческую справедливость по отношению к бывшим пленным стал опубликованный в „Правде“ рассказ Михаила Шолохова „Судьба человека“.

Обращение к „неудобной истории“ было чересчур осторожным. Советские участники Сопротивления были лишены возможности сказать всю правду о своем прошлом. Их воспоминания, если и публиковались, то подвергались солидной „идеологической правке“. Ни слова не было сказано о той участи, которую родная страна уготовила вернувшимся на родину сыновьям после окончания войны. И все же при Советском комитете ветеранов войны в конце 50-х годов была сформирована секция бывших военнопленных, началась работа по сбору воспоминаний и документов.

Приоритет исследований о борьбе советских пленных в Германии принадлежит Н. Ф. Кюнгу. Автор был до войны учителем истории в Смоленской области,

[17] *Н. Н. Берников,* Пропагандистская деятельность НКСГ и СНО и их сотрудничество с политорганами Красной Армии во время войны 1943–1945 гг., в: *Юбершер,* Национальный комитет, с. 105.

[18] *А. С. Бланк/Б. Л. Хавкин*, Вторая жизнь фельдмаршала Паулюса, Москва 1990; *А. И. Борозняк*, Генерал фельдмаршал Фридрих Паулюс: Эволюция мировоззрения, в: НКСГ – 50 лет, с. 75 и сл.; *В. Б. Конасов:* Судьбы немецких военнопленных в СССР. Вологда 1996.

затем политруком Красной Армии. В июне–июле 1941 г. он участвовал в обороне Брестской крепости, после тяжелого ранения попал в плен. За антифашистскую агитацию среди пленных (на угольных шахтах Бельгии) Кюнг был брошен в Бухенвальд, где с начала 1944 г. вошел в состав Русского военно-политического центра, сотрудничавшего с немецкими антифашистами. В 1957–1959 гг. Кюнг в сотрудничестве с другими историками опубликовал документы об акциях Сопротивления советских пленных, о контактах между советскими патриотами и немецкими антифашистами.[19]

В 60-е годы, в особенности после начатой при правлении Брежнева компании ресталинизации, интерес издательств и журналов к тематике советских военнопленных в „третьем рейхе“ заметно спадает. Но и в этих условиях, вопреки давлению цензуры, Е. А. Бродский продолжал исследования, по крупицам собирая исторические факты, используя свидетельства оставшихся в живых участников движения, воспоминания немецких антифашистов, акты гестапо, немногие доступные материалы советских архивов. Эта работа была подлинным актом гражданского мужества, выполнением завещания борцов Сопротивления, чей подвиг замалчивался на их родине.

Бродскому принадлежит книга „Живые борются“ (1965)[20] – первая научная монография о формировании и деятельности самой крупной подпольной российской антифашистской организации в „третьем рейхе“ – о Братском сотрудничестве военнопленных (БСВ). Ученый показал, что БСВ поддерживал постоянную связь с Немецким антинацистским народным фронтом (Мюнхен). Им было установлено, что 92 руководителя и активиста БСВ были расстреляны 4 сентября 1944 г. в концлагере Дахау, а 124 их соратника погибли 20 дней спустя в Маутхаузене. Автор впервые назвал имена погибших героев Сопротивления Карла Озолина, Павла Серебрякова, Михаила Тарасова, Михаила Зингера, Ивана Корбукова, Ивана Бугорчикова, Дмитрия Шелеста, Михаила Шихерта, Михаила Конденко и других участников БСВ. В 1970 г. Е. А. Бродский издал книгу „Во имя победы на фашизмом“.[21] Материалы его первой монографии были существенно дополнены новыми данными (в том числе почерпнутыми из немецких архивов) об антифашистских организациях советских военнопленных и „остарбайтеров“ в Лейпциге, Берлине, Ганновере, Гамбурге, Карлсруэ, Штутгарте, Ульме, Аугсбурге, Раштатте, Вене, Инсбруке.

Бродский, начиная свои исследования, уже в 1957 году справедливо считал, что отсутствие научных публикаций о судьбах и борьбе советских пленных в нацистских концлагерях является „малоутешительным свидетельством

[19] *Н. Ф. Кюнг/Т. А. Иллерицкая/Б. Г. Литвак,* Бухенвальдское сопротивление, в: Исторический архив 3 (1957), № 4, с. 82 и сл., № 6, с. 83 и сл.; *Н. Ф. Кюнг/У. Р. Тальмант:* Из истории движения Сопротивления советских людей в лагерях Германии. 1941–1945, в: История СССР 3 (1959), № 5, с. 39 и сл.; см. также *Н.Ф. Кюнг,* Мужество непокоренных, Москва 1964.

[20] *Е. А. Бродский,* Живые борются, Москва 1965.

[21] *Е. А. Бродский,* Во имя победы над фашизмом, Москва 1970.

пробелов исторической науки в изучении этой темы".[22] Более чем через 30 лет В. Г. Сафронов, принадлежащий к молодому поколению российских историков, вынужден признать: „Борьба советских патриотов с фашистскими поработителями в самой Германии остается и поныне одной из наименее изученных страниц великой борьбы советского народа против гитлеровского нашествия."[23]

В октябре 1969 г. – 24 года после окончания войны –, когда по решению высшего руководства КПСС состоялось посмертное награждение руководителей „Красной капеллы" боевыми советскими орденами, в „Правде" и в „Известиях" одновременно появились статьи, дававшие официальную версию деятельности организации, возглавляемой Харро Шульце-Бойзеном и Арвидом Харнаком. Акции „Красной капеллы" при этом стилизовались в духе тезиса о „Коммунистической партии Германии как единственной организованной силе Сопротивления". Настойчиво повторялась мысль о том, что главным направлением в деятельности группы была передача советскому руководству военной и политической информации.[24]

Чем объясняется столь долгий срок, понадобившийся для официального признания подвига „Красной капеллы", заслуг ее участников? Дело, очевидно, в том, что и в СССР, и в ГДР ставились под сомнение намерения и действия участников групп Сопротивления или антифашистов-одиночек, не подконтрольных руководству Коммунистической партии Германии.

Однако общественный интерес к проблематике „Красной капеллы" был велик и постоянно нарастал. Но все советские публикации преимущественно популярного характера были основаны либо на материалах западного происхождения, либо на документах, выборочно и весьма скудно опубликованных в ГДР. Отсутствовал корпус основных источников: архивы советских спецслужб оставались наглухо закрытыми.

Первой – и по сей день единственной в России – научной монографией о деятельности „Красной капеллы" стала вышедшая в 1974 г. и написанная с подлинным литературным блеском книга А. С. Бланка „В сердце ‚третьего рейха'. Из истории антифашистского Народного фронта в подполье".[25] Концепция автора во многом не совпадала с установками официальной историографии. Главным для него было то, что в состав „Красной капеллы" входили „представители различных социальных слоев немецкого народа – от рабочего класса до офицеров армии и флота и буржуазной интеллигенции". Руководствуясь общечеловеческими этическими идеалами и собственной совестью, они, подчеркивал Бланк, „избрали свой путь свободно, без принуждения с чьей-либо стороны". Ученый, безусловно, хорошо осознавал пределы своих возможностей в освеще-

[22] *Е. А. Бродский,* Освободительная борьба советских людей в фашистской Германии (1943–1945 годы), в: Вопросы истории 32 (1957), № 3, с. 86.

[23] *В. Г. Сафронов,* Антифашистская борьба в нацистских концлагерях и участие в ней советских людей, в: Новая и новейшая история 33 (1998), № 1, с. 47.

[24] *А. Лавров,* Они сражались с фашизмом, в: Правда, 8.10.1969; *Л. Колосов/Н. Петров,* Бессмертие павших, в: Известия, 8., 9., 10.10.1969.

[25] *А. С. Бланк,* В сердце „третьего рейха". Из истории антифашистского Народного фронта в подполье, Москва 1974.

нии деятельности „Красной капеллы". Он был уверен в том, что „историки движения Сопротивления будут еще не раз обращаться к этой благодарной теме, вовлекая в оборот новые источники и расширяя таким образом представление об этой ярчайшей странице в истории освободительной борьбы немецкого народа".[26]

Прогноз советского исследователя начал оправдываться только в наши дни, когда и в России, и в Германии преодолеваются предубеждения, связанные с оценками акций „Красной капеллы", когда появляются возможности хотя бы частичного использования материалов российских архивов. Известный историк и публицист Л. А. Безыменский констатирует:

„Сейчас стало возможным восстановить подлинное лицо героев Сопротивления, отбросить ненужные штампы и лучше понять происхождение оппозиционных сил, которые зрели внутри гитлеровского рейха. [...] Пора отбросить родившийся в эпоху конфронтации идеологизированный подход к ‚Красной капелле', который заранее вычеркивал ее из рядов Сопротивления из-за того, что эта группа тесно сотрудничала с Советским Союзом, с советской военной и политической разведкой."[27]

Качественный сдвиг в исследовании „Красной капеллы" знаменует безупречная в археографическом отношении публикация 63 документов из российских архивов, осуществленная (на немецком языке) Б. Л. Хавкиным и Ю. Н. Зорей совместно с немецким историком Хансом Коппи – сыном казненных нацистами борцов „Красной капеллы" Ханса и Хильды Коппи.[28]

Хавкин, Зоря и Коппи приходят к заключению, что Шульце-Бойзен и Харнак сами себя не считали агентами советской власти или отделением московской центральной разведки:

„С беседами они связывали свои собственные целевые установки, которые были результатом их опыта в германском движении Сопротивления. Таким образом они не не ждали поручений, а стремились к равноправной совместной работе."[29]

Тем не менее руководители советской разведки считали „Красную капеллу" за обычную сеть агентов.

К этому добавлялись всячески подогревавшиеся Москвой подозрения, что в условиях, когда действовал советско-германский пакт о ненападении, любая антифашистская деятельность могла „спровоцировать немецкую сторону". Информация „Красной капеллы" о предстоящем нападении „третьего рейха" на СССР, встречалась Центром с нескрываемым раздражением. В директиве Центра берлинскому резиденту А. М. Короткову от 5 апреля 1941 г. разведанные о подготовке агрессии против СССР прямо именовались „частью кампании целенаправленной дезинформации".[30]

[26] Там же, с. 9, 14, 30.
[27] *Л. А. Безыменский,* 108 фотографий из архива гестапо, в: Новое время 51 (1993), № 17, с. 49.
[28] *Boris Chawkin/Hans Coppi/Juri Zorja,* Russische Quellen zur Roten Kapelle, в: *Hans Coppi/Jürgen Daniel/Johannes Tuchel* (Hrsg.), Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, с. 104 и сл.
[29] Там же, с. 107.
[30] Там же.

Представляет немалый интерес обстоятельная статья „Неразгаданные тайны ‚Красной капеллы'", которая была опубликована в 1996 г. бывшим сотрудником советской разведки В. Л. Пещерским, получившим доступ к некоторым материалам архива Службы внешней разведки. Шульце-Бойзен, Харнак и их единомышленники, считает автор, „никогда не были классическими агентами". Их контакты с советскими представителями носили необычный характер, они не давали подписки о работе в пользу СССР и не получали за это никакого вознаграждения. По мнению Печерского они были

„прежде всего антифашистами и только потом уже агентами, недостаточно подготовленными к работе в чрезвычайных условиях войны", а „представления чекистов о конспиративном сотрудничестве с берлинской группой не всегда полностью соответствовали взглядам немецкой стороны".[31]

Новый уровень осмысления российской наукой истории немецкого Сопротивления означает отказ от упрощенных, шаблонных представлений об антифашистской борьбе, переход к интенсивному изучению всего спектра политических сил, находившихся в оппозиции режиму. Л. И. Гинцберг приводит убедительные доводы в пользу того, что борцам немецкого Сопротивления „приходилось сталкиваться с непониманием большинства соотечественников, отравленных ядом фашистской идеологии". Антинацистские призывы, отмечает ученый, „наталкивались на глухую стену непонимания, а то и прямой враждебности", потому что „миллионы немцев охотно верили лживым утверждениям официальной пропаганды".[32]

Исследовательница Л. Н. Бровко воссоздает в опубликованной в 1988 г. монографии „Германская социал-демократия в годы фашистской диктатуры"[33] целостную картину деятельности СДПГ, ее руководящих органов и рядовых членов партии в нацистской Германии и в эмиграции. Несомненной ее заслугой является то, что в книге учитывается значительное разнообразие политических групп и идеологических течений в рамках социал-демократического движения. Бровко не отказывается от заслуженно резкой критики руководства СДПГ, несущего серьезную политическую ответственность. Но это не препятствует общей характеристике партии как антифашистской силы, высокой оценке вклада социал-демократов в антинацистскую борьбу.

Л. И. Гинцберг первым из российских историков начал пересмотр оценок стратегии и тактики руководства КПГ 30-х годов. Он констатирует, что курс коммунистической партии 1930–1932 гг. „мог лишь дезориентировать шедшие за ней массы, снизить их сопротивляемость в момент действительного прихода фашистов к власти".[34] Эти выводы были в дальнейшем дополнены и развиты

[31] *В. Л. Пещерский,* Неразгаданные тайны „Красной капеллы", в: Новая и новейшая история 40 (1996), № 3, с. 164, 172.

[32] *Л. И. Гинцберг,* Борьба немецких патриотов против фашизма. 1939–1945, Москва 1987, с. 4, 64–65.

[33] *Л. Н. Бровко,* Германская социал-демократия в годы фашистской диктатуры. 1933–1945, Москва 1988.

[34] *Л. И. Гинцберг,* Сталин и КПГ в преддверии гитлеровской диктатуры (1929–1933 гг.), в: Новая и новейшая история. 34 (1990), № 6, с. 22–23.

в связи с открывшейся для ученых возможностью работы в архиве Коммунистического Интернационала.[35]

Нельзя не сказать об определенном сходстве сложных процессов постижения правды о немецком Сопротивлении историографиями России и ФРГ, которые – разными путями и с разных сторон – шли к решению единой задачи, к преодолению односторонних подходов, неразрывно связанных с рефлексами „холодной войны“, к решительному отказу от системы умолчаний или предпочтений. Крайности сходились: советская историческая наука концентрировала внимание на акциях коммунистического подполья, а историческая наука ФРГ – на действиях военной оппозиции режиму. Между тем в обеих странах заняли центральное место в новых научных исследованиях многообразие и размеры сопротивления.

Ныне созданы первоначальные предпосылки взаимодействия российских и немецких историков, исследующих проблематику Сопротивления гитлеровскому режиму. Базой сотрудничества может быть только равноправный диалог ученых – без предвзятости и без деклараций о монопольном праве на истину, диалог, основанный на общих исследовательских интересах, на непреходящем уважении к памяти о прославленных героях и безвестных мучениках немецкого Сопротивления.

35 *Л. И. Гинцберг*, Накануне прихода фашизма к власти в Германии. Новые данные о позиции КПГ, в: Новая и новейшая история 1 (1996), с. 31–49.

Юрген Царуски

Российские и немецкие социал-демократы в условиях сопротивления и эмиграции

Пути антитоталитаризма[1]

В моем кратком обзоре российского и немецкого социал-демократического подполья и эмиграции речь пойдет о специфическом аспекте, а именно о путях, которые привели представителей обеих партий на решительно антитоталитарные позиции. Я хотел бы попытаться описать этот процесс и при этом немаловажный фактор взаимного влияния российских и немецких социал-демократов друг на друга на примере ряда ключевых ситуаций и некоторых важных политиков.

I.

Осенью 1920 г. в лице тяжелобольного Юлия Осиповича Мартова в Германию эмигрировала ведущая фигура меньшевиков. Собственно причиной было участие в съезде Независимой социал-демократической партии Германии (НСДПГ) в Халле, на котором должно было быть принято решение о вступлении в Коммунистический Интернационал. Здесь Мартов вступил в полемику с Зиновьевым и обвинил большевиков в проведении политики угнетения. В Россию он больше никогда не возвращался. В конце января – после ареста, угрозы ссылки, голодовки и международной кампании солидарности – группа руководителей российской социал-демократии во главе с Федором Даном прибыла в Германию,

[1] Посвящается памяти Бориса Сапира (1902–1989). Борис Сапир, род. 1902 г. в г. Лодзь, меньшевик с 1919 г., служил в 1919–1920 гг. соответственно партийной линии в Красной Армии во время Гражданской войны. Первый арест в 1921 г., в 1922–1923 гг. конспиративная работа как секретарь Харьковского партийного комитета меньшевиков, в 1923–1925 гг. заключенный в известном лагере на Соловках, в 1926 г. бегство из ссылки за границу, изучение юриспруденции в Хайдельберге и политическая деятельность в меньшевистской зарубежной делегации и в Социалистическом Молодежном Интернационале. В 1932 г. получение ученой степени доктора права (iuris utriusque) с защитой диссертации на тему „Достоевский и Толстой о проблемах права“. В 1933 г. бегство из Германии, в 1935 г. останавливается в Нидерландах как сотрудник Международного института по социальной истории (IISG). После начала Второй мировой войны и оккупации Нидерландов опять бегство: 1942 г. на Кубу, 1944 г. в США. Работа в American Jewish Joint Distribution Committee, после выхода на пенсию в 1967 г. возвращение в Нидерланды, до смерти продолжение работы в IISG.

где Рафаил Абрамович, вторая ведущая фигура наряду с Даном, в начале января на съезде НСДПГ, куда его пригласили в качестве гостя, стал инициатором принятия заявления солидарности, которое оказало свое воздействие на советские власти. Выезд остававшихся в России лидеров за рубеж обозначил окончательный переход действовавших до той поры полулегально меньшевиков в подполье. Партия, сыгравшая важную роль в русской революции, в движении за создание Советов и в работе Советов, практически исчезла со сцены. В одном из отчетов ГПУ в декабре 1922 г. говорилось: они, как и эсеры практически не подают признаков жизни и не имеют на рабочих – за несколькими незначительными исключениями – никакого влияния.[2] Приток новых членов, который вскоре после этого испытала социал-демократическая молодежная организация под руководством Андрея Кранихфельда, смог лишь на короткое время внести светлые краски в плачевную картину, так как к середине двадцатых годов большинство активистов оказались в тюрьмах и лагерях.[3] Таким образом, Заграничная делегация меньшевиков в Берлине стала собственно центром партии.

Меньшевистская эмиграция представляла собой сравнительно тесно сплоченную группу численностью примерно 70 человек, часть которых состояла в родстве или в свойстве друг с другом. Это и тот факт, что только в России испытанные партийцы могли действовать как члены партии и что отношения большинства и меньшинства из времен до эмиграции,были, так сказать, заморожены, в течение долгого времени обеспечивали однородность и консистенцию группы. Даже если социал-демократия в Советском Союзе больше не выступала публично, она продолжала существовать в виде конспиративных ячеек, которые поддерживали тесную связь между собой и снабжали информацией Заграничную делегацию. Партийный орган „Социалистический вестник“, опиравшийся в своей работе на обработку и всех других доступных источников информации, стал одним из наиболее информированных эмигрантских изданий, которое читали даже в кругах советского руководства. Постоянный поток информации с родины свидетельствовал о том, что меньшевики-эмигранты не полностью утратили политическую почву под ногами и легитимировал их не только как экспертов по советской власти, но и как активную социалистическую партию, которая могла претендовать на то, чтобы найти отклик в Социалистическом рабочем Интернационале, особенно тогда, когда речь заходила о вещах, связанных с Россией. Меньшевистский представитель Рафаил Абрамович играл здесь весьма активную роль.

Германская социал-демократия предоставила меньшевикам весьма хорошие условия для работы и общественной деятельности. Некоторые меньшевики поставляли серии статей для социал-демократической ежедневной прессы и практически обеспечивали все освещение событий по России. Юрия Деннике, он же Георг Деккер, Рудольф Гильфердинг взял в редакцию теоретического жур-

[2] „Совершенно секретно“: Любянка – Сталину о положении в стране (1922–1934 гг.), Т. 1: 1922–1923 г., ч. 1, Москва 2001, с. 490.

[3] *André Liebich*, From the Other Shore. Russian Social Democracy after 1921. Cambridge, Mass. и др. 1997, с. 127; Boris Sapir, один из молодых активистов, описывает свой лагерный опыт *David Dallin/Boris Nicolaevsky*, Forced Labour in Russia. London 1947, с. 170–188.

нала „Гезельшафт“, где одним из наиболее продуктивных сотрудников был другой меньшевик Александр Шифрин. Владимир Войтинский стал даже руководителем отдела статистики Всеобщего объединения германских профсоюзов и как соавтор „плана Войтинского-Тарнова-Бааде“, докейнсианской программы создания рабочих мест немецких профсоюзов от 1932 г., даже своего рода известной личностью. Для СДПГ меньшевики были не только интеллектуальным приобретением, но и – на фоне ее постоянной полемики с сильной коммунистической партией – важными свидетелями реальности большевистской диктатуры.

Примечательным в этой связи был крупный митинг в марте 1931 г., когда СДПГ боролась с набиравшими силу экстремистскими партиями на обоих флангах. В берлинском Дворце спорта, там, где 12 лет спустя Геббельс должен будет объявить о тотальной войне, итальянский социалист Пьетро Ненни и Рафаил Абрамович выступали перед 20 000 собравшихся под девизом „Против насилия и судебного убийства“. Абрамович заклеймил проходящий в Москве так называемый „Меньшевистский процесс“, направленный против ряда лиц, давно уже отошедших от социал-демократии, и против одного-единственного активного меньшевика, назвав его театром абсурда в сфере юстиции.[4] В действительности упреки обвинения, построенные по сценарию меньшевистского заговора с целью свержения Советской власти с помощью иностранной интервенции, были чистым вымыслом. Охотные признания обвиняемых были вызваны пытками.[5] Берлинский митинг был, наверное, одним из первых антитоталитарных масштабных мероприятий в истории, хотя подобная характеристика не отвечала бы политическим взглядам ни Ненни, ни Абрамовича. Ни один из этих двоих не назвал бы, пожалуй, Муссолини обезьяной, подражающей Ленину, как это сделал годом раньше теоретик социал-демократии и критик большевизма Карл Каутский. Дело в том, что хотя меньшевики не уставали указывать на несправедливости и противоречия в Советской России, они, во всяком случае их основная часть, видели в большевистской диктатуре перерождение революции, а не контрреволюцию. Считалось, что революционные достижения надо сохранить; выражалась надежда, что диктатуру можно постепенно демократизировать с помощью активизированного рабочего класса. Любую попытку изменить ситуацию с помощью насилия меньшевики отвергали, так как, по их мнению, это должно было привести к контрреволюционной бонапартистской диктатуре. Враг находился у них справа, слева был противник, который затруднял борьбу с правым врагом, становившимся все более опасным. Именно в этом и упрекал Абрамович Советский Союз.

4 *Jürgen Zarusky*, Die deutschen Sozialdemokraten und das bolschewistische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzepte 1917–1933, München 1992, с. 268 и сл.

5 О меньшевистском процессе, двухтомное российское издание А. Л. Литвина с материалами следствия и введением с метким заголовком „Судебный процесс против несуществующей партии“: *А. Л. Литвин* (сост.), Меньшевистский процесс 1931 года. Сборник документов в 2-х книгах, Москва 1999. [введение с. 3–36]; *Liebich*, Other Shore, с. 199–214.

II.

Вопрос о том, годятся ли Советский Союз и коммунисты как партнеры в борьбе с европейским фашизмом, был весьма актуальным после прихода национал-социалистов к власти в Германии и прежде всего после смены курса Коминтерна: перехода от теории социал-фашизма к поддержке народных фронтов. Когда-то столь гордая германская социал-демокартия была теперь побитой партией, ее руководство разделило участь меньшевиков в виде преследований и эмиграции. Правда, внутреннее единство в рядах СДПГ было не столь прочным, как у меньшевиков. Противоречия между различными течениями в эмиграции обострились; старые конфликты при попытке исторически осмыслить ситуацию приобрели новую остроту; деятельные мелкие группировки стали весьма популярными. Свою роль сыграла разбросанность находившихся в эмиграции социал-демократов по разным странам. Однако формы сопротивления немецких социал-демократов и социалистов были схожи с теми, которые использовали меньшевики: никакой демонстративной активности, сохранение тесной связи между политическими единомышленниками и „наступление правды“, призванное демонстрировать реалистичную картину третьего рейха. С помощью „Зеленых докладов“, базировавшихся на сообщениях доверенных лиц, предпринимались попытки сорвать международную самопрезентацию национал-социалистического режима путем распространения подробной информации критической направленности – подобно тому, как действовали меньшевики в рамках своей публицистической деятельности в отношении Советского Союза. Однако отношение к режимам у себя на родине различалось фундаментальным образом. Если меньшевики активно стремились к демократизации Советского Союза, поскольку в противном случае большевистскому господству грозила опасность бонапартистского перерождения, то немецкие социал-демократы видели перед собой альтернативу – свержение гитлеровского режима или война. В так называемом Пражском манифесте от 28 января 1934 г. она была отмечена столь же недвусмысленно, как и последствия победы фашистских диктатур в предстоящей войне: „Увековечивание рабства и зверств внутри страны и их распространение по всему миру.“[6] Манифест вышел главным образом из-под пера Рудольфа Гильфердинга, в составлении участвовал также его меньшевистский соратник Георг Деккер.[7] Ошибка 1918 г. не должна повториться, говорилось в Пражском манифесте. Государство свободы со свободными выборами должно было быть создано лишь после того, как будет установлена революционная переходная диктатура „массовой партии рабочего класса“, разрушена власть национал-социализма, осуждены государственные преступники и лишены мо-

[6] *Erich Matthias* (Hrsg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer ergänzt durch andere Überlieferungen. Bearbeitet von Werner Link, Bonn 1968, с. 215–225, цитата с. 223.

[7] *William Smaldone*, Rudolf Hilferding. Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten, Bonn 2000; *Michael Scholing*, Georg Decker (1887–1964). Für eine marxistische Realpolitik, в: *Peter Lösche/Michael Scholing/Franz Walter*, Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, с. 57–80, здесь с. 79.

гущества социальные слои, поддерживавшие национал-социалистический режим. Национал-социалистический „народный суд“ увидел в этом тезисе сходство с коммунистами – это была идеологически зашоренная оценка. Дело в том, что, как заявил Гильфердинг в конце января Паулю Херцу, именно вопрос о свободе имел для него центральное значение:

„С тех пор, как большевизм породил социализм, базирующийся на принуждении и угнетении, мне представляется правильным только один вопрос: свобода или кабала? Социализм в любом случае может означать и то, и другое, и подлинный трагизм состоит в том, что свобода и социализм уже не являются идентичными понятиями, как это было до 1917 г.“[8]

За полгода до этого высказывания во Франции наметился важный поворот в отношениях между социалистами и коммунистами. В целях отпора крайне правым, которые и во Франции набирали угрожающую силу и были готовы к путчу, в конце июля 1934 г. они заключили „Пакт о действиях против фашизма“. Пластинка о „социал-фашизме“, которую во Франции и без того заводили не так громко, была удалена из коммунистического музыкального автомата.[9] Фундаментальное противоречие между коммунистами и демократически настроенными социалистами тем не менее продолжало сохраняться, и оно обсуждалось также на национальном конгрессе (съезде) Французской секции Рабочего интернационала (СФИО), на которую в качестве гостей были приглашены Дан и Абрамович. Когда Жан Жиромский, один из самых пламенных сторонников альянса с коммунистами, заявил, что „благородные российские социалисты“ откажутся от притязаний на то, чтобы во время переговоров с коммунистами обязательно был поднят вопрос об их арестованных в СССР товарищах, и оба россиянина кивнули в ответ на это, съезд разразился аплодисментами.[10] В то время как представители так называемой „внепартийной“ правой оппозиции подвергли это острой критике, неожиданный знак одобрения поступил из самого Советского Союза. Трое сосланных в Казань представителей крайне левого крыла меньшевиков, в том числе брат Мартова Сергей Ежов, приветствовали в своей телеграмме пакт между коммунистами и социалистами. Если это даже отвечало убеждениям подписавших, то все равно в конечном итоге здесь речь шла о советском маневре, так как начиная с 1921 г. коммунистическое государство не позволяло проникнуть за рубеж ни одному меньшевистскому политическому волеизъявлению.[11]

Многие германские эмигранты во Франции рассматривали рождающийся Народный фронт как шанс усилить борьбу с Гитлером путем объединения антинацистских сил, тем более после того, как Коминтерн официально подтвердил и перенял этот курс на своем VII конгрессе в 1935 г. Под руководством Генриха Манна в Париже в 1936 г. был создан Комитет по подготовке Немецкого народного фронта, в работе которого, правда, эмигрантское правление СДПГ

[8] Цит. по *Smaldone*, Hilferding, с. 243.
[9] *Andreas Wirsching*, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39, Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, с. 555– 561.
[10] *Liebich*, Other Shore, с. 252 и сл.
[11] Там же, с. 253.

в Праге не участвовало, зато участвовал целый ряд социал-демократов, в том числе бывшие депутаты рейхстага Рудольф Брайтшайд и Тони Зендер, а также Вилли Брандт в качестве представителя левой Социалистической рабочей партии Германии. Когда летом правая военщина в Испании, организовав путч, развязала гражданскую войну против правительства Народного фронта, страна оказалась в центре внимания левых сил во всем мире, которые увидели здесь появившийся шанс нанести поражение наступавшему фашизму и добиться поворота в развитии событий в Европе. „В Испании находится центр *всей* антифашистской борьбы, в том числе и нашей“ – писал Фридриху Штампферу 4 июня 1937 г. из Валенсии в Прагу Эрих Куттнер, входивший в группу „Революционных социалистов Германии“, которые критически относились к СОПАДЕ (эмигрантскому правлению СДПГ в Праге), и критиковал недостающее присутствие официальной германской социал-демократии, объяснявшейся ее предубеждениями в отношении создания единого фронта вместе с коммунистами.[12] Однако 1936–1937 гг. слишком четко показали противоречия, связанные с политикой в отношении Народного фронта. Первый крупный показательный процесс в Москве против Зиновьева, Каменева и других вызвал противоречивую реакцию. В то время как коммунисты во всем мире, которые только что отказались от своей теории социал-фашизма, стали теперь подозревать в каждом независимом коммунисте или левом социалисте так называемого „троцкистского агента гестапо“, то несталинистские части левых сил отреагировали на московские показательные процессы массивной критикой. „Московский процесс оказал катастрофическое воздействие и ужасно скомпрометировал политику создания Народного фронта“ – писал Рудольф Гильфердинг Фридриху Штампферу 28 августа 1936 г.[13] Перед меньшевиками, но и перед всей международной социал-демократией в целом, вновь встала проблема оценки Советского Союза. Уже утверждение единоличного правления Сталина и его „революция сверху“, процесс индустриализации и насильственная принудительная коллективизация поставили старую меньшевистскую линию под вопрос; представители правого крыла потребовали – безуспешно – осуждения большевистской диктатуры.[14] Тем не менее еще в ноябре 1936 г. в открытом письме Заграничной делегации, направленном в адрес съезда Советов в Советском Союзе, который должен был принять сталинскую конституцию, говорилось: „С вашим съездом связаны надежды всего трудящегося человечества.“ В письме подробно перечислялись недостатки конституции, касающиеся основных прав, однако при этом – на фоне того факта, что в нем в то же время были четко затронуты и вопросы, связанные с угнетением и террором в СССР, оно оставалось во власти своеобразного, даже где-то наивного правового позитивизма.[15] Прежде всего Федор Дан не хотел оставлять надежду на демократизацию СССР изнутри и хватался за каждую даже

12 *Matthias*, Mit dem Gesicht nach Deutschland, c. 294.
13 Там же, с. 285.
14 *Zarusky*, Deutsche Sozialdemokraten, c. 264 и сл.
15 Письмо опубликовано в: *Hartmut Rüdiger Peter* (Hrsg.), Fedor I. Dan und Otto Bauer. Briefwechsel (1934–1938), Frankfurt/M. и др. 1999, c. 170–177.

тонкую соломинку.[16] В этом его поддерживал его австрийский друг Отто Бауэр. Этот австромарксист в результате ортодоксальных размышлений пришел к выводу о том, что после завершения процесса индустриализации начнется демократизация Советского Союза, так как пролетариат тогда будет составлять большинство общества и пролетарская диктатура больше не понадобится.[17] Однако в кругах Заграничной делегации меньшевиков уже давно шло брожение, и даже Абрамович начал отходить от своих старых позиций. Этому, возможно, способствовал трагический личный опыт – потеря сына, Марка Рейна. Последний в качестве члена левосоциалистической группы „Ной Бегиннен" в начале марта 1937 г. поехал в Барселону, чтобы работать там в качестве радиотехника на одном из военных заводов, принося тем самым пользу испанской республике. Уже вскоре после своего прибытия он бесследно исчез. И хотя Абрамович поднял на ноги всех и вся, дважды сам ездил в Испанию и получал поддержку начиная от Социалистического рабочего Интернационала и кончая испанскими анархистами – но не от коммунистов на местах, которые отделывались подозрительными отговорками, и не от Лейбористской партии, которая всегда весьма миролюбиво относилась к Советскому Союзу – Марка Рейна так и не нашли, и его судьба до сих пор остается невыясненной. Имеются, однако, обоснованные подозрения в том, что он, как и ряд других представителей некоммунистических левых сил, стал жертвой деятельности НКВД в Испании.[18]

Пакт между Гитлером и Сталиным и особенно последовавшая за этим советская экспансия в Восточной Европе приводили к тому, что упорное настаивание Дана на объективно прогрессивном характере Советского Союза выглядело все более сомнительным. В феврале 1940 г. дело дошло до открытого бунта против него, который возглавили Абрамович, правый меньшевик Петр Гарви и Борис Николаевский. Дан ушел с поста председателя партии и соиздателя „Социалистического вестника". Вышеназванный пакт несомненно, как это установил Хартмут Мерингер, стал основополагающим ориентиром в развитии социализма, лишив прежде всего левых социалистов последних иллюзий относительно Советского Союза.[19] Подобное каталитическое влияние он оказал и на меньшевиков. Характерным примером интеллектуальной переориентации в немецком и российском социалистическом движении является работа „Государственный капитализм или тоталитарная государственная экономика" Рудольфа Гильфердинга, которая была опубликована в апреле 1940 г. в „Социалистическом вестнике".[20] Полемизируя с тезисом британского троцкиста Райана Уоррэлла о том, что в Советском Союзе существует государственный капитализм, Гильфердинг

[16] *Peter*, Dan und Bauer, с. 199 (Dan an Bauer, 17.08.1936).

[17] *Raimund Löw*, Otto Bauer und die russische Revolution. Wien 1980, с. 163–173.

[18] *Patrick von zur Mühlen*, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Berlin u. a. 1985, с. 192–199; *Liebich*, Other Shore, с. 261 и сл.

[19] *Hartmut Mehringer*, Der Pakt als grundlegende Weichenstellung für den Sozialismus, в: *Gerhard Bisovsky/Hans Schafranek/Robert Streibel* (Hrsg.), Der Hitler-Stalin-Pakt. Voraussetzungen, Hintergründe, Auswirkungen. Wien 1990, с. 119–123, с. 122.

[20] Немецкий перевод см. *Cora Stephan* (Hrsg.), Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940, Berlin u. a. 1982, с. 297–328.

пришел к выводу, что в Советском Союзе, как в Германии и Италии, государство отделилось от экономики, и он говорил определенно о „тоталитарном государстве", в котором не политика определяется экономикой, а экономика политикой.[21] Это было ни что иное, как поворот от марксистского подхода к теории тоталитаризма, совершенный одним из известнейших марксистов первой трети XX века. Этот процесс произошел уже в обстановке Второй мировой войны. Гильфердинг, который после германского вторжения во Францию не решился воспользоваться возможностями для бегства, был выдан режимом Виши и умер при невыясненных обстоятельствах 11 февраля 1941 г. в гестаповских застенках в Париже. Меньшевикам же удалось добраться до их третьего и последнего эмигрантского пристанища – США. Они прибыли туда в полном составе, но глубоко расколотыми. Сторонники Дана сгруппировались вокруг нового журнала „Новый путь"[22] и выработали еще более апологетическую позицию в отношении Советского Союза. Крыло же Абрамовича сохранило свое сдержанное отношение к СССР и после германского нападения на Советский Союз, хотя оно не оставляло никаких сомнений в том, кто теперь является главным врагом, с которым надо бороться:

„В действительности и совершенно независимо от воли Сталина Россия в этой борьбе стала боевым товарищем, стоящим на стороне демократии. Для каждого искреннего противника Гитлера любая сила, поднимающая оружие против гитлеровских дивизий, становится союзником демократии и рабочих всего мира. Как таковая она должна получать максимум любой возможной материальной и моральной помощи ... Не меняя наших позиций, мы отодвигаем борьбу за ликвидацию сталинского деспотизма на второй план, выдвигая на первый главное веление времени: войну с мировым фашизмом как злейшим врагом человечества ..."[23]

III.

Франсуа Фюре классифицирует первое послевоенное десятилетие как период, „во время которого влияние советского коммунизма на политические воззрения людей в XX веке достигло своего максимума".[24] К меньшевикам это не относилось. После Второй мировой войны на фоне советской экспансии борьба со сталинским тоталитаризмом приобрела для них еще более важное значение, чем когда бы то ни было. Значительный вклад в это внес Давид Далин, который в 1947 г. в сотрудничестве с Борисом Николаевским издал фундаментальный и вызвавший большой резонанс труд о советских лагерях: *Forced Labor in Soviet Russia*. Меньшевик Борис Сапир предоставил в их распоряжение материа-

[21] Там же, с. 293 и 295.
[22] *Liebich*, Other Shore, с. 269 и сл. Предшествующий орган Новый мир (Neue Welt) появился уже с немногими номерами во Франции.
[23] Цит. по Sozialistische Mitteilungen. News for German Socialists in England, № 28, 1941 Ende Juli, с. 19. (См. ‹http://library.fes.de/fulltext/sozmit/som-b-index.htm›).
[24] *François Furet*, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, с. 457.

лы, рассказывающие о его опыте в лагере на Соловецких островах.[25] Книга, дискуссии по поводу которой привели к спорам среди левых сил в англосаксонских странах, вызвала клеветнические нападки со стороны Советского Союза,[26] которые между тем не могли подорвать ее глубокое влияние. Так, рассуждения о советских лагерях в книге Ханны Арендт о тоталитаризме в значительной мере опираются на этот труд, который содействовал также тому, что система принудительного труда в Советском Союзе в конце сороковых и в начале пятидесятых годов то и дело стояла в повестке дня Экономического и Социального Совета Организации Объединенных Наций. Американская федерация труда (АФТ) использовала обвинения в адрес Советского Союза в том, что там широко нарушаются права человека и права рабочих, в борьбе со Всемирной организацией профсоюзов, управлявшейся коммунистами, и в то же время стала рупором жертв ГУЛАГа. Пересечения с материалами, представленными Далиным и Николаевским, носят не случайный характер.[27] АФТ на сессиях Экономического и Социального Совета ООН представляла эмигрировавшая немецкая социал-демократка Тони Зендер. Советский представитель Царапкин парировал ее высказывания на первом заседании этого органа в феврале 1949 г. ссылкой на Геббельса, который сказал, что надо лишь достаточно часто повторять ложь, чтобы в нее, наконец, поверили.[28] В отношении политической эмигрантки, которая в 1936 г. подписалась под призывом к созданию Народного фронта и в одном из донесений гестапо от 1938 г. была названа „оратором, подстрекающим против Германии“[29], это было не только мало убедительно, но и попросту бесчестно. То, что в рамках советской политики речь идет не о диктатуре пролетариата, а о диктатуре *над* пролетариатом, Тони Зендер отстаивала еще в 1920 г. в спорах, развернувшихся вокруг вопроса о вступлении Независимой социал-демократической партии Германии в Коминтерн.[30] Как уже упоминалось, в то время Юлий Мартов выступал в качестве соратника противников Коминтерна в НСДПГ. Эта последняя ссылка могла бы еще раз проиллюстрировать, что несколько затерявшись в толще истории, имелась не лишенная противоречий, но все же последовательная, совместная, антитоталитарная линия развития российской и германской социал-демократии, сформировавшая не в последнюю очередь на основе конкретного политического опыта преследований, эмиграции и сопротивления.

[25] *David Dallin/Boris Nikolaevsky*, Forced Labor in Soviet Russia. London 1947; статья Сапира [Boris Sapir] с. 170–188.

[26] *Liebich*, Other Shore, с. 304.

[27] Sklavenarbeit in Russland. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund (American Federation of Labor) legt den Vereinten Nationen das Ergebnis seiner Ermittlungen zu dieser Frage vor, без указания года и места, около 1950 г. Как в этой брошюре, так и в работе Далина / Николаевского содержатся, в частности, материалы Юлия Марголина и Маргареты Бубер-Нейман.

[28] Там же, с. 115.

[29] *Martin Schumacher* (Hrsg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Dritte, erheblich erweiterte Auflage, Bonn 1994, с. 462.

[30] *Tony Sender*, Diktatur über das Proletariat oder: Diktatur des Proletariats. Das Ergebnis von Moskau, Frankfurt/M., o. J. [1920].

Александр В. Шубин

Борьба против тоталитаризма в России: этапы и проблемы

Прежде чем говорить об основных этапах и проблемах истории борьбы с тоталитаризмом в СССР, необходимо разъяснить, что мы понимаем под тоталитаризмом. В итоге обсуждений семинара ИВИ РАН „Демократия и тоталитаризм" (1993–1996) наиболее логичным представляется понятие тоталитаризма как политического режима, в условиях которого правящая группировка (олигархия) стремится к внутренней монолитности и тотальному (полному) контролю над жизнью общества, управляя ее легальными проявлениями и уничтожая неподконтрольные общественно-политические и экономические структуры. Тоталитаризм является максимальным проявлением авторитаризма. Соответственно, в России тоталитаризм как система существовал дважды – в период „военного коммунизма" (1918–1921) как неустойчивая система и в 1929–1956 гг. как более устойчивая, опирающаяся на индустриальный экономический базис. В 1921–1929 и 1956–1990 гг. в СССР существовала более мягкая авторитарная система, но сохранялись тоталитарные институты, в которых также действовали тоталитарные отношения (элементы тоталитаризма могут сохраняться даже в плюралистических системах западного типа). В условиях авторитаризма борьба против тоталитаризма продолжается – как борьба против тоталитарных институтов и черт режима, против восстановления тоталитаризма.

Альтернативы тоталитаризму

Борьба против тоталитаризма начинается до возникновения тоталитарного режима – как борьба за демократическую альтернативу. Для осмысления перспектив этой борьбы важно определиться, насколько в условиях России первой половины XX в. было возможно избежать тоталитарного развития. С 1987 г., после появления многочисленных статей об альтернативе сталинизму (таковой тогда считалось ленинское учение, НЭП и идеи Н. Бухарина) и „резонансной" статьи И. Клямкина „Какая дорога ведет к храму", идет дискуссия между „альтернативистами" и „фаталистами". „Фаталисты" доказывают, что комплекс причин возникновения тоталитарного режима практически не оставлял России другого пути. „Альтернативисты" считают, что оставались возможности демократического или более мягкого, чем тоталитаризм, авторитарного развития. Отдельный вопрос – возможность проведения индустриальной модернизации в отсутствии

мобилизационных возможностей тоталитарного режима. Тогда же, в 1987 г. в ходе дискуссии, организованной клубом „Перестройка“, была высказана гипотеза П. Кудюкина о существовании периодов, благоприятных для альтернатив (например, революции) и периодов жесткого безальтернативного развития, направление которого предопределено итогами противоборства в „точке выбора“.

К причинам возникновения тоталитаризма в России можно отнести авторитарную традицию политической культуры, обусловленное мировыми процессами стремление элиты к форсированию индустриальной модернизации. Но нельзя забывать, что в начале XX века ни одно крупное политическое движение в стране не было тоталитарным. Во всех партиях кипела внутренняя идейная борьба, в той или иной степени признавалось право на самостоятельное мнение.

Важнейшим фактором, оказывавшим воздействие на ход революции, являлась Первая мировая война. Военные, казарменные принципы организации общества тяготеют к тоталитаризму. Огромную роль стала играть выходящая из-под контроля солдатская масса, стремящаяся к скорейшей демобилизации. Одновременно из-за войны и революционных событий усиливался экономический кризис, ухудшавший и без того тяжелое положение трудящихся. Маргинализация социальной структуры стала долгосрочным фактором социальной ситуации в России и СССР. Это порождало настроения радикализма, поиск возможностей выйти из этой критической ситуации с помощью скачка. Переход к индустриальному обществу в принципе также способствует росту тоталитарных тенденций, так как фабричное производство предполагает тотальную управляемость работника в условиях специализации. В известной степени тоталитаризм – это распространение фабричных принципов организации на все общество.

Однако такой же набор факторов складывался в ряде стран Азии и Латинской Америки, что не приводило к тоталитарной трансформации. Это заставляет нас встать на сторону „альтернативистов“ и напомнить о „субъективных факторах“ тоталитаризации – успех партии большевиков, исповедующей идеологию тотального экономического централизма (марксизма), волевые качества ее лидеров. При этом было бы неправомерно полностью отождествлять тоталитарную альтернативу именно с большевиками. В партии большевиков были сторонники менее жестких альтернатив, и в других социально-политических течениях были сторонники максимальной авторитаризации, что могло вести к тоталитаризму немарксистского типа (подобной фашизму, например).[1] Можно сказать, что в каждой влиятельной партии был свой потенциальный Сталин или Муссолини.

Стратегической возможностью ослабления тоталитарной альтернативы в разных течениях мог стать компромисс между левыми течениями, преобладавшими в то время на политической арене (включая большевиков) – проект однородного социалистического правительства. Но попытки в июле – ноябре 1917 г. достичь

1 Подробнее см. *Я.С. Драбкин / Н.П. Комолова* (отв. ред.), Тоталитаризм в Европе XX века. Из истории идеологий, движений, режимов и их преодоления, Москва 1996, с. 61–63.

такого компромисса и начать реформы с опорой на широкую социальную базу не удались.[2] Проведение радикальных преобразований партиями меньшинства (коалицией большевиков и левых эсеров) привело к обострению социальной конфронтации, началу широкомасштабной гражданской войны и формированию тоталитарного режима, мобилизующего ресурсы на нужды войны. Тоталитаризм „военного коммунизма" не опирался на индустриальную организацию производства и потому не имел перспективы сохранения после окончания войны. Более того, попытка его сохранения в 1920–1921 гг., вела к продолжению гражданской войны. Альтернатива заключалась в том, будет ли режим свергнут или перейдет к авторитарным методам правления. Но тоталитарные институты, идеология, маргинализированная база правящей элиты сохранились и создавали высокую вероятность тоталитарного рецидива в условиях форсированной модернизации.

Эти обстоятельства сузили возможности для нетоталитарной эволюции большевистского режима. Современные исследования[3] показали ограниченность возможностей НЭПа, который уже в 1927 г. вошел в состояние непреодолимого в рамках этой модели кризиса. Отказ от НЭПа был безальтернативной перспективой, но этот отказ мог произойти не только в направлении тоталитаризма, но и в направлении ликвидации большевистской монополии на власть.

Проблема масштабов оппозиции в 20–30-х годах или следственное дело как исторический источник

Форсированная индустриальная модернизация и связанный с ней переход к тоталитарному режиму вызвали социальный кризис, сопоставимый с кризисом 1921 г. То, что происходило в стране в 30-е годы, вполне соответствует пониманию революционной ситуации. Масштабы сопротивления были очень велики, но обычно считается, что оно застрагивало преимущественно низы общества и не было распространено в политической и интеллектуальной элите.

Только в 1930 г. произошло более 1300 волнений, в которых приняло участие более 2,5 миллионов человек. Это – огромная масса. Если бы из нее удалось сформировать армию, то власть большевиков рухнула бы. Но этого не произошло. По мнению Н. А. Ивницкого, события января – февраля 1930 г. означали „начало гражданской войны, спровоцированной советским партийно-государственным руководством"[4]. Характеристика событий 1930 г. как гражданской войны представляется необоснованной. Массовость выступлений для такой характе-

[2] Подробнее см. *А. В. Шубин*, Социалисты в Российской революции 1917–1921, в: Карло Росселли и левые в Европе, Москва 1999, с. 97–105.

[3] См. *В. И. Секушин*, Отторжение. НЭП командно-административная система. Ленинград 1990; *М. М. Горинов*, Советская история 1920–30-х годов: от мифов к реальности, в: *Г. А. Бордюгов* (отв. ред.), Исторические исследования в России. Тенденции последних лет, Москва 1996, с. 246.

[4] *Ю. Н. Афанасьев* (отв. ред.), Кооперативный план: иллюзии и действительность, Москва 1995, с. 50.

ристики недостаточна. Так, после реформы 1861 г. тоже происходили массовые волнения, но эти события не рассматриваются как гражданская война. Гражданская война – это раскол общества на две и более части, каждая из которых имеет собственное руководство вооруженной борьбой против других частей общества. Можно говорить о расколе общества в 1930 г., но никакого общего руководства восставшие не имели. Налицо были все предпосылки гражданской войны, кроме одного. „Нам вождей недоставало.“ Революционная ситуация не переросла в революцию.

Конечно, волнения быстро и жестоко подавлялись. Под пулями гибли тысячи крестьян. Поэтому на тысячи волнений приходились десятки восстаний. Но ни одно из них не продержалось долго – ничего подобного, как во времена Махно и Антонова, не случилось. В этом есть некоторая загадка – при большем размахе волнений гражданская война не разразилась. Почему десятки восстаний, которые не удавалось подавить сразу, все же не смогли разрастись? По мнению А. Грациози, дело было в том, что деревню удалось разоружить, главари движений времен гражданской войны были уничтожены. Но со времен гражданской войны подросло новое поколение, и в то же время многие командиры партизанских отрядов еще были живы. Сталин понимал это. Смысл раскулачивания как раз и состоял в массовом уничтожении крестьянского актива, всех, кто имел опыт и волевые качества для организации партизанского движения. Об этом пишет и А. Грациози: „оставшиеся ‚признанные враги советской власти‘ стали мишенью на первом этапе раскулачивания.“[5] Добавим – не только признанные враги, но всякие активные люди, которые не поддержали коллективизацию.

Сталин бил „на опережение“, создав условия для того, чтобы деревенские маргиналы и коммунисты вырезали или выгоняли из деревни крестьянскую „верхушку“. Конечно, оставался риск, что где-то возникнет очаг крестьянской войны. Что особенно важно в условиях однопартийной системы, стали возникать подпольные организации, поддерживающие одно из течений правящей партии (хотя и осужденное официально, но не уничтоженное физически). Так, в одной из листовок, говорилось:

> „Все наше крестьянство, а также наша организация ‚Союз новейшей России‘ солидаризуется с правыми. [...] Своей сенсационной выдумкой Сталина – ‚пятилетка‘, вы душите ‚свободную‘ Россию. Она уже изнывает от болезненных ран, ей невмоготу.“[6]

В 1930 г. была раскрыта крестьянская организация „Правая оппортунизма“ (sic!), которая вела агитацию в лучших традициях российского самозванчества – от имени ... Лжебухарина. Характерны и другие мифы, распространявшиеся в крестьянской среде: „[...] это нас хотят закабалить опять в помещичье рабство, которое сверг Владимир Ильич Ленин.“[7]

В условиях высокой социальной мобильности 1917–1929 гг., когда представители правящей элиты имели многочисленных родственников и знакомых в ни-

5 *Андреа Грациози* [*Graziosi*], Великая крестьянская война в СССР. Большевики и крестьяне. 1917–1933, Москва 2001, с. 46.

6 *Г. И. Ведерникова* (отв. ред.), Голоса истории, Москва 1990, с. 148.

7 Там же, с. 149.

зах общества, недовольство, вызванное коллективизацией, было особенно опасно. На это прямо указывает еще одна крестьянская листовка того времени:

„А тем временем эти царьки натравляют класс на класс, а сами в мутной воде грязь ловят, да насилием в коллективизацию заводят. Но не придется ярмо надеть на крестьян обратно, потому что все крестьянство в одной атмосфере задыхается, а также и наши дети в Красной армии понимают, что их ждет дома голод, холод, безработица, коллектив, т. е. панщина.“[8]

В 1932 г. начались волнения в городах. И это происходило на глазах у людей, имевших опыт революции 1917–1922 гг. – и большевиков, и их противников. Почему в этих условиях в 30-е годы не возникла влиятельная оппозиция (хотя бы в подполье)? Или она возникла, но была своевременно разгромлена Сталиным?

Оценка перспективности борьбы с тоталитаризмом зависит от понимания структуры, стратегии и масштабов оппозиции. По этому поводу в историографии нет согласия. По одной версии вызов диктатуре бросали героические единицы, и лишь узкий круг безвластных интеллектуалов отваживался скептически относиться к Сталину и его режиму. По другой версии в СССР в 20–30-е годы существовало развитое и относительно дееспособное политическое подполье. Обе версии уходят корнями в официальные трактовки советского периода разного времени, и на этом основании эмоционально отрицают правомерность выводов друг друга.

Подход к событиям 30-х годов, который можно назвать юридическим, опирается на установки XX съезда КПСС и отрицает заметное сопротивление сталинизму. Суть его хорошо видна на примере определения, сделанного Комитетом партийного контроля при ЦК КПСС, КГБ СССР и Институтом марксизма-ленинизма по итогам проверки 1988 г. дела „троцкистско-зиновьевского центра“: „Установлено, таким образом, что после 1927 г. бывшие троцкисты и зиновьевцы организованной борьбы с партией не проводили [...]“[9] Под борьбой с партией имеется в виду борьба с партийным руководством. Доступные сегодня документы показывают, что как минимум в 1928–1932 гг. такая борьба велась.[10] Юристы невиновны в возникновении этого подхода, они делают свое дело, устанавливают чистоту доказательств вины в суде. Нечисто доказано – значит не доказано. Но чисто юридические аргументы для историка недостаточны. Неправовые методы следствия в средние века не позволяют отрицать возможность существования в то время заговоров. Исторический подход требует критического анализа всех доступных источников, сравнения их достоверности с учетом объема информации, выходящего за рамки „дела“. Исторический подход требует рассмотрения событий 30-х годов в неразрывной связи с историей идейно-политической борьбы 20-х годов.

8 Там же, с. 150.

9 *А. Н. Яковлев* (отв. ред.), Реабилитация. Политические процессы 30–50-х гг., Москва 1991, с. 190.

10 Подробнее см. *А. В. Шубин*, Вожди и заговорщики: политическая борьба в СССР в 20–30-е годах, Москва 2004, с. 174, 250–255.

Конечно, с позиций сегодняшнего дня нельзя утверждать, что сталинские обвинения „доказаны в суде“. Но также нельзя на этом основании считать несуществующим антисталинское сопротивление с участием вождей идейных течений 20-х годов. Юридический подход искусственно расчленяет историю 20-х и 30-х годов. Мощные политические потоки, разбуженные Российской революцией, внезапно исчезают, партия превращается в монолит, во главе которого стоит кровожадный маньяк, уничтожающий ради собственного удовольствия и мелкой мести пассивных невинных „барашков“ (в недавнем прошлом – неуступчивых, полных идей и амбиций революционеров).

Юридический подход игнорирует социальную среду, реальное обострение социального противоборства, оцененное Сталиным как „обострение классовой борьбы“. Еще Бухарин возражал: какое может быть обострение классовой борьбы, когда капитализм разгромлен? Но сегодня правомерно поставить и другой вопрос: а как его может не быть, когда взбаламучены миллионные человеческие массы?

Стратегия Сталина – наиболее последовательное и грубое проведение марксистского социально-экономического централизма – могла осуществиться только через преодоление сопротивления всех социальных слоев, насильственной трансформации всех структур страны в единую монолитную вертикаль власти. Все должно было сопротивляться этому процессу – личность крестьянина и чиновника, горизонтальные связи, сохранившиеся с начала века, все классы, характер которых болезненно изменялся, и, наконец, сама правящая бюрократия. Потому что в финале начавшегося социального процесса сжатия власти она должна была сосредоточиться в точке узкой олигархии. Вся классовая мощь бюрократии должна была сосредоточиться в центре абсолютной власти, что противоречило интересам каждого слоя бюрократии. К тому же такая перестройка порождала многомиллионные маргинальные массы, часть которых сплачивалась вокруг олигархии в противостоянии более широким правящим слоям, а часть с надеждой ждала крушения большевистского режима.

Разгром внепартийной оппозиции переносил центр политической борьбы внутрь партии. Сколько бы инакомыслящие не каялись в ошибках, но в стране не произошло ничего, что могло бы убедить их в успехе сталинской альтернативы. Подпольная оппозиция сохранялась и ждала удобного случая, чтобы остановить сталинскую альтернативу и отстранить от власти ее лидера. В условиях авторитарного и тем более тоталитарного режима это называется заговором.

Как отделить реальность от вымысла ОГПУ? Б.В. Ананьич и В.М. Панеях, исследовавшие „академическое дело“, считают, что оно представляет собой фальсификацию с вкраплениями достоверных сведений.[11] Вкрапления истины – самое интересное в процессах 30-х годов. Эти вкрапления – информация о последних очагах разрушавшегося большевиками гражданского общества.

[11] *Б. В. Ананьич / В. М. Панеях*, Принудительное „соавторство“, в: *А. И. Добкин / М. Ю. Сорокина* (сост.), In memoriam: Исторический сборник памяти Ф. Ф. Перченка, Москва/ Санкт-Петербург 1995, с. 87–88.

Н. Н. Покровский предложил использовать для анализа документов процессов 30-х годов методику Я. С. Лурье, предложенную для анализа средневековых процессов: в тенденциозном источнике достоверно то, что противоречит тенденции, и не достоверно – что ей соответствует.[12] К этому правилу необходимо дополнение. Реальность может и соответствовать тенденции, но мы имеем право утверждать это, если имеем еще какие-то источники, подтверждающие „тенденциозный" факт.

Что считать „тенденцией" следствия в „делах" 30-х годов.? Инакомыслие подследственных? Их отрицательное отношение к коммунистическому режиму? Наличие антибольшевистских организаций? Готовность поддержать интервенцию? Вредительство? Инакомыслие и отрицательное отношение к режиму подтверждает как минимум Н. Валентинов, участвовавший в дискуссиях меньшевиков в середине 20-х годов. Наличие организации – вопрос толкования. Организацией можно называть и кружок инакомыслящих, и разветвленную партию. Это просто разные организации. В своих декабрьских показаниях 1930 г., Н. Суханов, несмотря на капитуляцию части подельников, по-прежнему расходится со следствием: „в моем присутствии никто из моих знакомых никогда не высказывал какого бы то ни было сочувствия интервенционистским планам."[13] Также Суханов категорически отрицает свою осведомленность о вредительстве. Это позволяет считать признание интервенционизма и вредительства проявлением „тенденции" следствия (если нет других оснований подозревать их в интервенционизме, как в случае с Промпартией).[14] Характер и размах организации (в широком смысле слова) инакомыслящих остается предметом исследования.

По мнению А. Л. Литвина, „из признаний Суханова ясно, что все тогда он делал в сговоре со следствием".[15] Ясно ли это? Лишь со временем в показаниях Суханова видно постепенное усиление „тенденции". Он постепенно отступал под давлением следствия. А в начале следствия Суханов предпочитал излагать свои политические взгляды 1927–1930 гг. В его изложении нет ничего невероятного: „мне стали казаться неизбежными наряду с экономическими трудностями также и политические потрясения". В условиях народных волнений необходимо „для спасения системы" предложить ВКП (б) пойти на уступки, приняв ограниченную („куцую") конституцию, предоставляющую право на легальное существование небольшевистским течениям, стоящим на позициях советской власти и октябрьской революции. Только в условиях полной социальной катастрофы, „‚кровавой каши' (по излюбленному выражению одного из участников нашего кружка)" возможны более глубокие преобразования и политический блок

[12] См. *Б. В. Ананьич/В. М. Панеях*, „Академическое дело" 1929–1931 гг. и средневековые политические процессы в России (сравнительная характеристика), в: Россия в X–XVIII вв. Проблемы истории и источниковедения, Москва 1995; Отечественная история 1998, № 3, с. 144–145.

[13] *А. Л. Литвин* (сост.), Меньшевистский процесс 1931 года. Сборник документов в 2-х книгах, Москва 1999, кн. 2, с. 63.

[14] Подробнее см. *Шубин*, Вожди и заговорщики, с. 228–229.

[15] *А. Л. Литвин*, Судебный процесс над несуществующей партией, в: *тот же*, Меньшевистский процесс, кн. 1, с. 12.

с Крестьянской партией: „Однажды, в момент, когда ‚кровавая каша‘ казалась мне неизбежной, я все это высказал в одном из разговоров: дело так плохо, что даже возможен блок с Кондратьевым.“[16]

Суханов признает, что обсуждал с Кондратьевым возможность создания Крестьянской партии, считал это „исторически законным при условии малейшей к тому легальной возможности“ и полагал, что она должна иметь эсеровскую идеологию и в перспективе слиться с эсерами. Однако перспектива слияния с эсерами Кондратьеву „не улыбается“[17]. Это деталь расходится с тенденцией следствия, которое увязывало каждую из „партий“ с заграничным центром. Группу Кондратьева так и не удалось увязать с зарубежными единомышленниками, и это объяснимо – Кондратьев считал себя достаточно крупным теоретиком, чтобы не идти за В. Черновым. Это – реальность, с которой следствию пришлось смириться.

Эти показания, данные Сухановым в августе 1930 г., вскоре после ареста, внутренне логичны и совершенно расходятся со схемой следствия. Для выдвижения своего проекта „куцей конституции“ Суханов считал необходимым создать авторитетную в стране группу, вождем которой прочил члена президиума Госплана и члена коллегии ЦСУ В. Громана, человека известного и уважаемого в среде социалистической интеллигенции. Но весной 1929 г. Громан отклонил проект Суханова, назвал его тезисы „сталинскими“. Из этого можно сделать вывод о том, что попытка Суханова создать организацию не удалась. Но это не противоречит другому толкованию – Суханова не пустили в существовавшую организацию как „слишком левого“. Впоследствии, на дне рождения Суханова 9 декабря 1929 г., между Сухановым и Громаном произойдет даже бурное объяснение по поводу подозрения, будто Суханов состоит в германской компартии. Нужен ли был меньшевикам лидер с коммунистическими воззрениями?

Из воспоминаний Валентинова известно, что обвиняемые по делу 1930–1931 гг. В. Громан, П. Малянтович, Э. Гуревич состояли в „Лиге объективных наблюдателей“ (название условное, как бы „шуточное“).[18] После процесса 1931 г. мы знаем эту организацию как Союзное бюро меньшевиков, действовавшее в контакте с народниками из Трудовой крестьянской партии и либералами из Промпартии. Одновременно в рядах дореволюционного офицерства, перешедшего на службу в Красную армию, сохранялись консервативные настроения.[19] Эти консервативные настроения имели собственный „мозг“ в лице группы историков („академическое дело“). Эта ситуация была вполне терпима в условиях стабильности режима в середине 20-х годов, но в условиях кризиса 1929–1932 гг., сопровождавшегося фактической крестьянской войной и волнениями в городах, наличие оппозиционно-настроенных групп с богатым политическим опытом и широкой системой взаимных связей было чрезвычайно опасно для режима, как для царского режима в феврале 1917 г. стали смертельно опас-

[16] Тот же, Меньшевистский процесс, кн. 2, с. 53–55.

[17] Там же, с. 52.

[18] *Н. В. Валентинов*, Новая экономическая политика и кризис партии после смерти Ленина, Москва 1991, с. 31, 363.

[19] *Я. Ю. Тинченко*, Голгофа русского офицерства в СССР. 1930–1931 годы, Москва 2000.

ны прежде бессильные оппозиционные группы. С народными волнениями потому и удалось справиться в 1929–1932 гг. без широкомасштабной гражданской войны, что они не имели руководства в масштабах страны.

Структура общественных организаций, существовавшая в конце 20-х годов в подполье, в целом соответствовала по масштабам неформальной оппозиции 1987–1988 гг., которая при первой возможности развернула успешное наступление на политическую монополию КПСС. Только у „неформалов" конца 20-х годов был куда больший политический опыт и связи. У Сталина были основания опасаться этих групп в условиях острого социального кризиса, и он предпочел их уничтожить.

Но разгром некоммунистических группировок не решал для Сталина проблему внутрипартийной оппозиции. Она продолжала действовать в режиме „теневого кабинета", ожидая, когда влиятельные региональные и военные руководители отстранят Сталина от власти и создадут более терпимый партийных режим. Насколько такая угроза тоталитарному режиму была серьезной?

Во всяком случае, члены сталинского руководства всерьез опасались такого развития событий, о чем вспоминали в частных беседах много десятилетий спустя, когда политически выгодно было бы говорить иное.[20]

После разоблачения групп Сырцова-Ломинадзе, Эйсмонта-Толмачева и Рютина Сталин знал, что влиятельные чиновники и бывшие оппозиционеры активно контактируют друг с другом, и пропаганда оппозиционеров имеет успех. И это происходило в абсолютистско-тоталитарной системе, идеально приспособленной для переворота – для изменения курса, вызывающего широкое недовольство, достаточно отстранить от власти или уничтожить всего несколько руководителей.

Предпринимались ли шаги к осуществлению антисталинского переворота? Исследование этой проблемы было скомпрометировано методами сталинской фемиды и последующими их разоблачениями. Но с 1994 г. обсуждение проблемы антисталинского заговора возобновилось и историками, критически относящимися к Сталину.[21]

Обсуждается существование различных группировок, которые в это время представляли угрозу для Сталина и его ближайших соратников в середине 30-х годов:

1. левые радикалы (в том числе сторонники Троцкого и Зиновьева), преимущественно молодежь, мечтающая о повторении подвигов „Народной воли";
2. лево-коммунистические политики, обсуждающие различные тактические способы устранения сталинской группы и восстановления внутрипартийной „демократии";
3. правые интеллектуалы;

[20] См, например, *Ф. Чуев*, Так говорил Каганович. Исповедь сталинского апостола, Москва 1992, с. 81, 138–140.

[21] См. *Е. Г. Плимак/В. С. Антонов*, Был ли заговор против Сталина?, в: Октябрь 1994, № 3; *В. Роговин*, 1937, Москва 1996; *А. В. Шубин*, 1937 год: загадка Большого террора. Антисталинский заговор действительно существовал?, в: Солидарность 1997, № 13.

4. партийные „бароны“, недовольные сталинским централизмом и волюнтаризмом, разочарованные первыми итогами реализации сталинской стратегии и возмущенные репрессивным наступлением НКВД;
5. недовольные военные руководители.[22]

Связи между всеми этими группами неустойчивы, стратегические цели – различны. Но их объединяет одна общая тактическая цель – устранение сталинской олигархии.

Но приверженцы юридического подхода утверждают: нет, не было этих групп и движений. Ведь они не оставили после себя документов, проектов конституций, как, скажем, декабристы или петрашевцы. Но декабристы успели выйти на Сенатскую площадь „в свой назначенный час“. Однако могли и не успеть. Александр I получал предупреждения о заговоре, но не принял мер. А если бы принял, мы бы судили о заговорщиках по их признаниям и проектам конституций. Обвиняемые в заговоре век спустя признавались в преступлениях, но не писали проектов. Свои идеи они с исчерпывающей полнотой сформулировали в 20-е годы.

Можно ли понять, стали ли опальные лидеры большевизма лояльными Сталину после очередных покаяний 1933 г., или они стремились при первой возможности вернуться в политику? Можно заглянуть в сознание Каменева образца 1934 г.? Можно. Лидеры идейных течений 20-х годов не переставали писать и в 30-е годы. Их мысли были заняты противоестественными условиями политической борьбы в условиях сталинской диктатуры. И даже если речь шла „о другом“, сквозь строки проступала трагическая судьба оппозиции „без программных документов“.

Незадолго до ареста Л. Каменев по долгу службы в издательстве „Академия“ писал предисловие к сборнику, посвященному заговору Катилины в древнем Риме. Он считает, что это – „революционное движение“, „последняя попытка сопротивления республиканских элементов“ наступлению цезаризма.

„Они не оставили истории никаких свидетельств о своей программе, своих планах и замыслах. Сохранились только свидетельства смертельных врагов движения. [...] Обесчещение врага, сведение социально-политического движения к размерам уголовного преступления – такова была цель обоих [выражавших официальную точку зрения Цицерона и Салюстия – А. Ш.]. Задача удалась... Катилина и его сообщники вошли в историю как устрашающий образец политических авантюристов, готовых ради низменных личных целей, опираясь на отребье человечества, предать на поток и разграбление основы человеческого общежития. Обычная участь разгромленного революционного движения.“[23]

Сталинское словечко „отребье“ Каменев приводит почти в это же время, когда пишет о советском обществе, но в другом контексте – повторяя штампы сталинской пропаганды.[24] Будет это слово звучать и на процессах, где Каменева и других участников „разгромленного революционного движения“ будут обвинять в стремлении „предать на поток и разграбление основы человеческого общежития“, во вредительстве небывалых масштабов.

22 Подробнее см. *Шубин,* Вожди и заговорщики, с. 260–341.
23 РГАСПИ, Ф. 323, Оп. 1, Д. 64, Л. 1.
24 РГАСПИ, Ф. 323, Оп. 1, Д. 66, Л. 6.

Но, даже читая „прокурорские речи Цицерона“ (еще одна аналогия Каменева), можно реконструировать цели движения Катилины. Аналогии Каменева могут иметь для нас и методологическую ценность – в XXI в. пора исследовать события 30-х годов без груза идеологических пристрастий XX века, как дело Катилины или царевича Алексея.

О взглядах лидеров внутрипартийной оппозиции XX в. мы знаем гораздо больше, чем о Катилине. Знаем мы и то, что их критическое отношение к сталинской системе мало изменилось в первой половине 30-х годов. Так, „разоружившийся перед партией“ троцкист X. Раковский сразу после ареста, еще до того, как согласился клеветать на себя, говорил о своих взглядах: „Пролетарская диктатура превратилась в государство сословное“[25]. Может ли настоящий большевик не бороться против сословного государства?

Постепенно пропаганда „не разоружившая оппозиционеров“ проникла в сознание партийно-государственной элиты: Сырцова, Ломинадзе, Эйсмонта, Толмачёва, части делегатов XVII съезда партии, в том числе весьма влиятельных.

Есть немало оснований считать, что и в РККА были „генералы“ (даже не „сто прапорщиков“), обсуждавшие политические вопросы и надеявшиеся вмешаться в политическую борьбу. Жена одного из арестованных военачальников, Л. Брик, вспоминала:

> „Весь тридцать шестой год я прожила в Ленинграде ... И в это время я, чем дальше, тем больше, замечала, что по вечерам к Примакову приходили военные, запирались в его кабинете и сидели там допоздна. Может быть, они действительно собирались свалить тирана.“[26]

Здесь необходимо напомнить, что закрытые встречи партийцев во внеслужебной обстановке строжайше не рекомендовались и воспринимались как фракционность. И тем не менее военные шли на риск.

В 30-е годы у Сталина были серьезные основания опасаться за свою власть и за продолжение избранного им стратегического курса. Победа оппозиции, восстановление внутрипартийного плюрализма вели к разложению режима, а затем – и к либерализации общества. Подобный процесс в 50-е до 70-е годы происходил в таких разных странах, как Испания, Португалия, Польша, Югославия и др.

В борьбе с такой перспективой Сталин считал возможным не дожидаться появления четких доказательств вины своих противников, и как деспоты прошлых веков, уничтожал подозреваемых, значительно преувеличивая их вину, чтобы предотвратить сочувствие оппозиции со стороны обездоленных народных масс. В отличие от деспотов традиционного общества, Сталин обладал огромной мощью индустриальной машины, в том числе – и машины уничтожения людей. Он мог „бить по площадям“, и потому цена победы его стратегии исчисляется миллионами жизней.

[25] *Роговин*, 1937, с. 37.
[26] *Ю. С. Семенов*, Ненаписанные романы, Москва 1990, с. 183.

Антиавторитарная оппозиция и тоталитарное наследие

В конечном итоге усилия сталинской олигархии по сохранению и упрочению социально-политического монолитизма были тщетны – уничтожаемые кланы номенклатуры возрождались с каждым новым поколением руководителей. Росла их заинтересованность в автономии от центра и прекращении кровавых чисток. Переход от тоталитаризма к авторитаризму был делом времени, но каждый год этого времени вел к упрочению тоталитарных институтов, которые продолжали оставаться важными элементами советского общественного строя и после отхода от тоталитаризма как системы. Прежде всего речь идет об институтах, связанных с идейно-политической монополией КПСС и централизованным управлением хозяйственной жизнью. Антиподом этих институтов были начавшиеся в 50-е годы плюрализация и самоорганизация общества.

Водоразделом, который определил отход от тоталитаризма, стал XX съезд КПСС – решающий удар по тоталитарному режиму был нанесен сверху и стал плодом компромисса правящих групп. Н. Хрущев выступил 25 февраля 1956 г. с секретным докладом „О культе личности Сталина и его последствиях“. Впервые с 20-х годов руководитель коммунистической партии подверг Сталина публичной критике. На большинство присутствующих слова Хрущева произвели впечатление мировоззренческого переворота. „Бог“ превратился в источник зла. Были нарушены основы „идейной стойкости“ элиты партии, подбиравшейся по принципу безусловной преданности Сталину и его наследникам. Впервые партийная практика была подвергнута проверке не с точки зрения интересов „пролетариата“, то есть партийного руководства, а с точки зрения „общечеловеческой“ морали. Доклад и последовавшие за ним постановления ЦК неизбежно вели к плюрализации общественного мнения, к дискуссиям в обществе: только ли в Сталине коренится причина отклонения от социалистических принципов, изначально подразумевавших демократизм и социальную справедливость. Советское общество перестало быть политически монолитным, оно раскололось на сталинистов и антисталинистов. И это означало завершение тоталитарного периода развития коммунистического режима.

В новой обстановке появились и иные темы для дискуссий – например между „физиками“ (технократами) и „лириками“ (гуманитариями).

Сторонники различных мнений публиковали статьи в литературных журналах, которые, как и в XIX веке, выполняли роль „партий“. Консервативные авторы, считавшие „оттепель“ вредным отклонением от курса на строительство коммунизма, публиковались преимущественно в журналах „Октябрь“ и „Нева“. Антисталинские позиции занимали редакции журналов „Юность“ и „Новый мир“. В 50-е годы выходили фильмы, которые как воспевали коммунистов („Коммунист“), так и высмеивавшие советских руководителей („Карнавальная ночь“).

Формировались многочисленные „неформальные“ движения – экологическое (движение Дружин охраны природы – с 1958 г.), коммунарское педагогическое движение (с 1956 г.), различные музыкально-песенные течения. Эти движения имели собственную структуру, слабо контролировавшуюся партийными и

комсомольскими органами. Но и неформальные движения, и даже откровенно протестные социальные выступления (включая жестоко подавленные рабочие волнения в Новочеркасске в 1962 г.) придерживались общих рамок марксистско-ленинской идеологии, хотя и в различных модификациях.

Осуждение Сталина позволяло публиковать произведения, которые показывали коммунистический режим с самой неприглядной стороны (наибольший резонанс имел рассказ А. Солженицына „Один день Ивана Денисовича“). Однако легальная борьба с тоталитарными институтами, действовавшими в прошлом (со сталинизмом), была жестко ограничена, и интеллигенции приходилось постоянно прощупывать границы возможного, время от времени подвергаясь официальным „разносам“.

Попытки выйти за рамки, определяемые санкцией партийного руководства, сурово карались. Всего за антисоветскую пропаганду в 1959–1962 гг. было арестовано КГБ 1601 чел. (в брежневские 1967–1970 гг. – 381 чел.). Тем не менее уровень репрессивности по сравнению со сталинскими временами снизился, и в период „оттепели“ возникло движение инакомыслящих (диссидентов), то есть людей, придерживающихся взглядов, альтернативных официальному марксизму-ленинизму. В эти же годы возник и „самиздат“ как основа диссидентской инфраструктуры. Это позволило преодолеть изоляцию друг от друга групп инакомыслящих, существовавших даже в послевоенном сталинском обществе. Но об общей среде инакомыслия можно говорить применительно к „оттепели“. Консолидация движения инакомыслящих постепенно происходит в первой половине 60-х годов. Выкристаллизовывается правозащитная платформа движения.

Демонстрация 5 декабря 1965 г. знаменует доминирование в движении правозащитной тематики, и оно приобретает еще одно название – правозащитное. Постепенно диссиденты сформировали своеобразную субкультуру, напоминавшую действующий во враждебной среде анклав западного плюралистическое общества. Эта субкультура существовала наряду с другими неформальными средами.[27] Несмотря на то, что диссиденты наиболее резко критиковали тоталитарные институты, это не было их основной задачей. Можно сказать, что главный урон тоталитарным институтам общественные течения СССР наносили самим фактом своего существования, своей неподконтрольности. Это вызывало периодические наступления властей на диссидентов и неформалов. В период правления Андропова диссидентское движение было фактически разгромлено, а неформальное существенно ограничено в своих возможностях и загнано в нишу диссидентов. Но разгром диссидентов не означал ликвидации идейного плюрализма в советском обществе.

Несмотря на аполитичность большинства населения, в стране существовал значительный слой людей, отстаивавших различные идейные позиции. Формирование гражданского общества в Советском Союзе продолжалось. Относительно широкий слой интеллигенции продолжал обсуждать наиболее острые проблемы истории и современности. Люди собирались на кухнях и в курилках

[27] Подробнее см. *А. В. Шубин*, От „застоя“ к реформам. СССР в 1977–1985 гг., Москва 2001, с. 423–508.

предприятий и учреждений, где шли горячие споры. Здесь формировалось неформальное общественное мнение, которое восстановилось после „разоблачения культа личности" и не умирало уже никогда. Более или менее свободное обсуждение гуманитарных проблем шло также в институтских аудиториях.

Помимо строго официальной точки зрения, которую в этих спорах отстаивали ортодоксальные коммунисты, можно выделить еще две основные позиции: „почвенничество" и „либерализм". К „почвенникам" принадлежали писатели-„деревенщики" В. Распутин, В. Солоухин и др. „Почвенники" утверждали, что необходимо укреплять национальные русские традиции в жизни советского общества, отказаться от атеизма и разрыва с дореволюционным прошлым. „Почвенники" критиковали бездушное техническое развитие, которое наносит ущерб природе, бескультурье бюрократии. В то же время часть „почвенников" идеализировала дореволюционную жизнь России, искала причины социальных бед в „заговоре" евреев. Главными ценностями „почвенников" была национальная культура и национальное единство.

„Либералы", среди которых были и диссиденты, и влиятельные партийные чиновники, полагали, что необходимы реформы, которые сделают жизнь в СССР более свободной и демократической. Но свободу и демократию либералы понимали по-разному. Для одних это означало копирование общественного строя стран Запада с многопартийностью и „свободным рынком", для других – сохранение социализма, но возвращение к его демократическим принципам, от которых отказались большевики.

Споры „почвенников" и „либералов" оказывали воздействие на партийную элиту. Среди влиятельных партийных чиновников были сторонники и „почвенничества", и „либерального" течения. Во многом споры 70-х – начала 80-х годов предвосхитили реформы 80–90-х годов.

Три волны освободительного движения

Начало Перестройки знаменовалось актом, который привел к значительному расширению оппозиционного движения. В декабре 1986 г. по внешнеполитическим соображениями было принято политическое решение отказаться от уголовного преследования оппозиции. Разумеется, это не предоставляло инакомыслящим каких-либо политических свобод и даже гарантий от преследования в будущем, но позволило восстановить оппозиционные структуры.

Казалось, настал звездный час для диссидентов. Они выходили из лагерей и тюрем. Но диссидентское движение 60-х – начала 80-х годов не восстановилось – большинство его лидеров уже слишком устали от борьбы. Некоторые борцы за права человека получили достаточную известность на Западе, чтобы сменить полную опасностей и невзгод жизнь в СССР на спокойную комфортную старость за рубежом. После 1986 г. диссидентское движение было обескровлено эмиграцией, но и оставшиеся в стране столпы правозащиты, такие, как А. Сахаров, нуждались в длительном отдыхе и в большинстве своем не вели активной политической деятельности. Исключение составили несколько активис-

тов (В. Новодворская, Л. Тимофеев и др.), которые включились в неформальное движение, либо благодаря своему статусу и позиции смогли получить доступ к официальным изданиям (Р. Медведев, И. Шафаревич и др.). Таким парадоксальным образом точку в истории диссидентского движения поставило прекращение их преследования. Изменился климат, и динозавры вымерли. Началась гегемония неформалов в общественном движении. Первоначально неформалами называли широчайший спектр неконтролируемых партией и государством общественно-культурных молодежных инициатив и течений от филателистов и рокеров до панков и хиппи. Но уже в 1987 г. это слово „прилипло" к социальным и политическим инициативам. Это естественно – Перестройка была временем политизации. Так что далее под неформалами мы будем понимать именно социальных и политических неформалов.

На первый взгляд, диссидентское, неформальное и демократическое движения выстраиваются в ряд, подобный знаменитым ленинским трем поколениям освободительного движения. На практике процесс развития освободительного движения не был линейным. Эрозия тоталитарного режима привела к образованию неформальной среды раньше, чем правозащитной. Уже в конце 50-х – начале 60-х годов возникли недиссидентские общественные движения, существующие до сих пор и считающиеся классическими образцами неформальных – экологическое (дружины охраны природы) и педагогическое (коммунары).[28]

Диссиденты, неформалы и „демократы" представляют собой три волны общественного движения, которые характеризуются различными чертами. Диссидентов отличает приоритет правозащитной тематики и „табу" на сотрудничество с властями и применение насилия. „Демократов" характеризовали гораздо более широкий спектр политических интересов и ориентация на сотрудничество и даже подчинение той части правящей элиты, которая публично разделяла идеологические постулаты демократии (часто негативные – антибюрократические и затем антикоммунистические, антишовинистические). Несмотря на первоначальную нелюбовь к насилию, „демократы" быстро избавились от унаследованных со времен начала Перестройки ненасильственных „предрассудков", их часть довольно активно поддержала показательную стрельбу по зданию Верховного Совета в 1993 г.

Уже переход от гегемонии диссидентов к гегемонии неформалов показал отсутствие преемственности. Отношения основной части неформалов и их меньшинства, наследовавшего идеологию диссидентов, складывались непросто. Большинство неформалов отторгало диссидентов и затем скептически относилось к Демократическому союзу. Характер отношений неформалов и бывших диссидентов характеризует полемика Д. Волчека – редактора Митина, журнала и лидеров ленинградских неформалов. Д. Волчек обвинял неформалов в нерешительности, локальности требований, „стремлении выстроить свои органы по уже существующей советской бюрократической схеме" в „губительной тяге к компромиссам", „желании любой ценой, в том числе и ценой прямого раскола,

[28] Там же, с. 509–586.

отгородиться от правозащитного движения“.[29] Е. Зелинская, редактор журнала „Меркурий“ отвечала ему: „Говорить о расколе между никогда не сливавшимися движениями также некорректно, как сообщать о разводе двух людей, не только не состоявших в браке ранее, но говорящих на разных языках.“[30]

Неформалов несложно отделить как от диссидентского, так и от общедемократического движения. В отличие от диссидентов неформалы спокойно относились к взаимодействию с властями, вхождению в государственные и официозные структуры. Они без особых мук совести демонстрировали лояльность к господствующей идеологии, методически разрушая устои режима (иногда, кстати, несознательно). В отличие от „демократов“ неформалы скептически относились к признанным „прорабам перестройки“ и „демократическим лидерам“ из старой правящей элиты, предпочитали действия в малых группах, то и дело раскалывая „демократический фронт“. Неформалы предпочитали ставить в центр своей активности какую-то конкретную социальную деятельность, несмотря на то, что почти все неформальные группы имели собственную, подчас весьма экзотическую идеологию (идеологизм неформалов и не позволил этой среде согласиться на единые идеологические принципы, в то время как диссидентам и демократам легко удалось договориться „в основном“). Все это, вкупе с длительностью существования неформального движения (как минимум с конца 50-х годов), заставляет предположить, что неформалы – это не просто поколение общественного движения, которое было преобладающим в 1986–1990 гг., а более широкое социально-политическое явление. Ранее политизация неизбежно превращала неформала в диссидента, а с началом Перестройки можно было сохранять неформальный стиль, переходя в оппозицию.

Выделим основные, на наш взгляд, черты неформальной среды:

- преобладание связей горизонтального характера (в отличие от демократическо-популистского движения и партийных структур более позднего времени);
- приверженность к социальному творчеству, склонность к поиску новых социальных форм, альтернативизму, „конструктивному утопизму“;
- органический демократизм, стремление к самоуправлению, „коллективному руководству“;
- слабая „прописанность“ формальных отношений, формирование внутренней структуры организаций под воздействием реальных личностных связей, стремление к созданию собственной микросреды, стиля жизни (как и диссиденты, но не „демократы“, в большинстве своем разделяющие личную жизнь и „общественную деятельность“);
- отсутствие жестких ограничений на сотрудничество, например, с властью (в отличие от диссидентов и, скажем, народовольцев);
- отсутствие четких идеологических „рамок“ при высокой идеологизированности каждой группы в отдельности (в отличие от диссидентов);

[29] *К. Г. Мяло / С. В. Соколов / В. И. Свердлов* (сост.), По страницам самиздата, Москва 1990, с. 51.

[30] Там же, с. 58.

– стремление „мыслить глобально, а действовать локально“, иметь конкретные социально-ориентированные (то есть направленные на получение социального эффекта, а не прибыли) проекты, подтверждающие идеи или способствующие их воплощению в жизнь.

Все это многообразие признаков можно свести к нескольким простым – социальное творчество, самоуправление, горизонтализм, ориентация на сотрудничество, конкретное социальное „делание“ при радикализме идей. Нетрудно заметить, что такая среда могла возникнуть (и возникла) сразу после отказа власти от тотального контроля за обществом (то есть в 50-е годы). Неформальное движение для большинства участников было „хобби“, а не профессиональной деятельностью. Движение развивалось „в рамках сферы свободного времени и интеллигентно-молодежной среды“[31]. После того, как в 90-е годы исчезло характерное для советского общества обилие свободного времени при гарантированности заработка, значительная часть актива неформальных движений профессионализировалась в качестве работников общественных организаций и СМИ.

Неформалы могут существовать, не бросая вызов власти и другим официальным институтам. Даже бросив этот вызов, они могут не идти на конфронтацию (что тоже не исключается), а „разъедать“ враждебные институты извне и изнутри. Первыми акциями политических неформалов в 1986 г. были кампании за „реформу“ (фактически – дезинтеграцию) ВЛКСМ, сбор „социальных инициатив“ (то есть социальных проектов, в том числе и оппозиционных), защита памятников культуры в Москве и Ленинграде. В 1987 г. разрозненные неформальные структуры создали сеть связей между собой, которая стала основой современного гражданского общества России.

Понятно, что среда политических неформалов может играть решающую и наиболее заметную роль в начальные периоды революционного развития – социальное изменение началось, востребуются идеи, широкие социальные слои еще только втягиваются в политическую жизнь, но уже готовы поддерживать локальные социальные инициативы. Ранее неформалы предпочитали действовать „не высовываясь“, позднее – их оттесняют „перестроившиеся“ правящие элиты и массы, ориентированные на вождя (что для неформалов неприемлемо).

Мир неформальных организаций представлял собой своего рода модель демократического общества, в котором участники „играли в большую политику“, растрачивая энергию на борьбу за места в „координационных органах“, отстаивая каждый пункт политических программ с таким жаром, будто работали над проектом судьбоносного закона. Конечно, и в этом был смысл, поскольку неформалы вскоре научились выводить на улицы значительные массы народа, а их издания превратили „гласность“ в свободу слова. Но и „внутриполитические“ страсти „игрушечной политики“ неформалов имели большое значение. Это был беспрецедентный „тренинг“, когда сотни будущих политических лидеров, жур-

[31] *М. Малютин*, Неформалы в перестройке: опыт и перспективы, в: Иного не дано, Москва 1988, с. 212.

налистов, общественных активистов за считанные годы освоили политическую культуру обществ с давними политическим традициями.

В итоге к 1989 г., когда КПСС столкнулась с манифестациями, в которых участвовали сотни тысяч людей, оппозиция сформировала не только организационные структуры, но и подробно разработанные программы переустройства общества. Демократические движения 1988–1990 гг., к которым в 1989 г. присоединилось и организованное рабочее (прежде всего шахтерское) движение, восприняли лозунги небольших „разночинных" организаций: права и свободы, ликвидация однопартийности, социальная справедливость, самоуправление, самостоятельность регионов и др. Генератором идей, которые признавал затем демократический сектор общества, были неформальные группы „Гражданское достоинство", „Община", „Клуб социальных инициатив", „Демократия и гуманизм", „Перестройка", „Московская трибуна" и др. Во второй половине 80-х эти группы выдвигали идеи, которые затем поддерживала „широкая общественность".

С 1988 г. в стране развернулась ненасильственная революция, массовые социальные движения выступали против самих принципов организации общества.[32] Миллионы людей обратились к социальному творчеству, стали создавать новые для СССР формы общественной жизни – партии, комитеты самоуправления, независимые издания, коммерческие организации и т. д. Союз неформалов, либеральных коммунистов (то есть либерально настроенных статусных членов КПСС) и популистски настроенных масс, известный под наименованием „демократы", добился успеха на выборах в России в 1990 г.

К середине 1990 года в общественном сознании населения России укрепились ценности плюрализма и идейной терпимости, гражданских свобод и самоуправления, права человека участвовать в принятии решений, от которых зависит его жизнь. В России возникло легальное и объединенное множеством взаимных контактов гражданское общество, состоящее из независимых от государства экономических, общественных, профсоюзных и информационных организаций. Сформировались ростки независимой прессы, система управления стала более демократической. На время была восстановлена власть советов на местах. В результате выборов 1990 г. образовалась независимая от КПСС представительная власть, после чего сама КПСС превратилась в одну из двух крупнейших партий (второй стало движение „Демократическая Россия"). Управление хозяйством перешло к руководителям предприятий, технократам, которые постепенно превращались в капиталистов. После этого в СССР фактически существовало уже не авторитарное, а плюралистичное общество. Задачи антитоталитарной борьбы были выполнены, и разгром остатков тоталитарных институтов в 1991 г. носил уже символический характер.

Как и в любом плюралистичном обществе, в современной России сохраняются элементы тоталитарных отношений, которые можно усмотреть и в экстремистских формированиях, и в силовых и мафиозных структурах. Но возрож-

[32] См. *А. В. Шубин*, Революция в России в 1988–1993 и неформальное движение, в: Социальные трансформации в Европе XX века, Москва 1998.

дение тоталитаризма на основе этих элементов маловероятно – их ценности и характер взаимосвязей с внешним миром ориентированы на рыночные и авторитарные, но не тоталитарные отношения. Однако и в России, и в мире еще рано зарекаться от возрождения тоталитаризма на новой основе. Будущее несет новые технологии и новые задачи, которые однажды могут позволить контролировать сознание людей с еще большей эффективностью, чем это было доступно грубым тоталитарным режимам XX века.

Марлен Кораллов

Последнее письмо – и P. S. через 33 года

Предисловия пишутся обычно после того, как роман или ученый труд завершены. Я не оригинален. Необходимость введения я почувствовал лишь поставив точку на последней странице.

Года два назад в Мюнхене состоялась встреча историков – немецких, российских. Старому зэку, члену коллегии московского „Мемориала", русского „Пенклуба" предложено было занять внимание аудитории на полчаса, не больше. Тема: восстания в ГУЛАГе. Соблюдая регламент, я коснулся самых крупных: в Воркуте, Норильске, Кенгире.

Дней десять назад раздался телефонный звонок. Сборник, основу которого составляют выступления на мюнхенской встрече, подготовлен. Моего доклада, однако, недостает. Почему? „Впервые слышу о сборнике. И о возможности участвовать в нем." – „Ваш доклад желателен." – „Но тема необъятна и динамична. Публикуются запретные раньше архивные документы, воспоминания. Предложить вам их обзор не в силах. Его надо еще написать."

Мюнхен был доброжелателен. Проявил готовность ждать неделю. Даже полторы. Соглашался на ограничение темы. На мемуарный уклон, на крен в публицистику...

Оставалось благодарить за честь и браться за работу.

Первые мысли сводились к тому, что год наступил „юбилейный". Семьдесят лет! 1937–2007. Понятие „ГУЛАГ" вошло во все языки мира – как „холокост". Постепенно осознавались глобальные масштабы преступления и трагедии. Их социально-политические, экономические, философско-исторические, психологические корни и последствия – для века XX-го, для XXI-го. Решаясь писать „доклад", очерк, эссе, я, значит, принимаюсь за репортаж „с петлей на шее".

Затем потекли раздумья о втором юбилее. Прошло девяносто лет со времени Февраля 1917 г. Тема ничуть не увядшая. Вспыхнувшая заново. Солженицын совершил очередную попытку громко напомнить о своей оценке Февраля, развернуть дискуссию. Похоже, что замысел потерпел неудачу. Отклики на усилия автора „Красного колеса" подтвердили, что сегодня вещее слово писателя-патриарха звучит совсем не так, как в эпоху „Архипелага". Почему?

Ответы на этот – нелегкий вопрос предложены очень разные, порою в книгах, насыщенных фактами, серьезными доводами. Не хотелось бы здесь пройти мимо недавно прочитанного, „расширенного и дополненного" второго издания

книги Семена Резника „Вместе или врозь?“[1]. Мимо второй книги воспоминаний Бенедикта Сарнова – „Скуки не было“[2]. В семисотстраничном томе стодвадцатистраничная глава „Огонь с неба“ осмысляет путь Солженицына.

Однако же – репортаж с петлей на шее. Обрываю поэтому вступление. И прошу извинить за скоропись. Я бы не позволил себе спешки – но кто подпишет гарантию, что у меня в запаснике – в „заначке“ еще можно наскрести Время.

***

Еще одно предварительное замечание...
Как только очерк был послан, я дал прочесть его копии давним приятелям. Старым коллегам! Возникла мини-полемика. При мне.

Осторожный: „Пожалуй, зря ты покорился Германии, отправив стремительный набросок. В нем главным персонажем становится знакомый тебе патриарх словесности. Далеко не юноша. И находящийся не в лучшей спортивной форме. Кстати сказать, на него надвигается торжественный юбилей, о котором ты не упомянул. Нельзя наносить удар. Он обернется ударом по автору заметок. Обвинители тебя обложат, как мошкара в тайге. А защитников твоих упрячут в кусты. Не помнишь, когда я начал советовать тебе: пиши мемуары! В шестидесятых?“

Отважный: „Если за год-другой до больших юбилеев, да еще на год после них в прессе устанавливать карантин, то мемуары сдохнут как жанр. История в нас и над нами. Истина нужна настоящему и будущему. И прошлому. Что же касается ударов, то патриарх получал их без счета со всех сторон и сам наносил их, не ведая жалости. А мои поправки неплохо бы внести в текст, не откладывая. Прошу извинить, но каждый из нас тоже не юноша. Я мало что успеваю“.

Вторую позицию я предпочел именно потому, что не юноша. До сих пор удалось мне сказать о прискорбно малой части зэков, отправленных в мир иной и неспособных защитить свое имя, нередко искаженное в печати. Увы – и на страницах „Архипелага“. Если не я, случайно задержавшийся, но пока сохраняющий память о пережитом, не погашу перед ними свой долг, то кто погасит его и когда?

Благодарный друзьям-советчикам, предлагаю заново просмотренный очерк. К сожалению, опять как репортаж – „с петлей на шее... Время!“

***

Обречен я повторять несколько строк, если возвращаюсь к истории своего первого лагеря. Не пионерского, не альпинистского, а „режимного“.

Решение о создании восьми, поздней – десяти, спецлагерей для особо опасных преступников Политбюро приняло в 1948 г. Холодная война раскалялась, стратегический курс Сталина требовал тотальной беспощадности: к бывшим союзникам, к театральным критикам, к Ахматовой и Зощенко (уже в 1946 г.), к Михоэлсу, к его коллегам по ЕАК – Еврейскому Антифашистскому Комитету...

[1] *Семен Резник*, Вместе или врозь?, Москва: Захаров 2005.
[2] *Бенедикт Сарнов*, Скуки не было, Москва: Аграф 2005.

Основной зоной Песчанлага был Майкудук, расположенный на окраине Караганды, важнейшего железнодорожного узла Казахстана. Через Караганду составы шли на Юг и Север, Восток и Запад. Разумеется, и зэковские этапы.

К началу пятидесятых контингент Майкудука состоял – на взгляд новобранца – из двух неравных и несхожих частей, резкой границей друг от друга не отделенных. Коренную и почти стабильную часть отличить было несложно. Она привычней вкалывала, казалась единой из-за связей, установленных временем. Вторая часть со сравнительно недолгим пребыванием в Майкудуке дожидалась очередного этапа. Куда? Для зэков – тревожная тайна.

Тех, кто добил срок в других зонах, непременно свозили в Майкудук. Здесь, оформив нехитрые документы, выпускали на волю.

Даты первой встречи с Якубовичем не припомню. Очевидно – в 1951 г., когда он закончил вторую десятку. Без интервала. Первую получил в 1931-ом.

Уже малость заматеревший, я вовсе не спешил знакомиться с каждым свежачком. Пускай сначала проявит характер, обнажит нутро. Тогда будет ясно, стоит ли идти ему навстречу, поддерживать. Михаил Петрович, однако, не вошел в это правило. Тотчас выбился в „исключение“. Сколько их, посаженных в годы „великого перелома“, сохранилось в ГУЛАГе?

Держался старичок с достоинством, не суетился. Обходился без жалких слов, искательных взглядов – „мне бы к печке поближе, корочку помягче“.

Написав „старичок“, позволяю себе усмешку. Некогда высокий, а теперь сутулый, разменял всего лишь седьмой десяток. Я уже разменял девятый, но вижу в Якубовиче почтенного старца, а себя – молодым и стройным. Как всегда.

Вечернего разговора оказалось достаточно, чтобы ощутить груз, сгибавший Якубовича в Верхнеуральском политизоляторе, в централах и лагерях.

Прежде чем повествовать дальше, хочу подчеркнуть: не верю мемуаристам, выдающим за „правду – истину“ мысли кровного их дружка, будто бы оброненные им сорок, а то и пятьдесят лет назад. Поэтому воспользуюсь документальным свидетельством.

„Архипелаг ГУЛАГ“[3] стоит на книжной полке, в трех метрах от письменного стола, заваленного шедеврами макулатуры.

Том первый. Глава десятая – „Закон созрел“.

Предвижу читательские сомнения: разве „опыт художественного исследования“ мы вправе признавать документом в научно строгом смысле слова? Оправданные сомнения. Трехтомник создан прозаиком и публицистом, не чуждавшимся вольных экскурсов, догадок, домыслов. Но немало фактов, изложенных в главе „Закон созрел“ и посвященных Якубовичу, я готов признать документальными. Первая причина: Якубович не опровергал их. Вторая: при написании главы Солженицын пользовался письмом Якубовича Генеральному прокурору СССР. Третья: во время свиданий с Якубовичем Солженицын вел почти протокольную запись своего „допроса с пристрастием“. И последний довод: свидание происходило при мне, ровно сорок лет назад – в 1967 г. в квартире Александра Петровича Улановского, памятного не одним лишь зэкам сталинской эпохи.

[3] *Александр Солженицын*, Архипелаг ГУЛАГ, Москва: Советский писатель 1989 г.

Его жена – Надежда Марковна – на равных правах с супругом отбывавшая срок, а еще до ареста, с двадцатых, тоже разведчица, с дочерью Майей создала книгу „семейных“ воспоминаний, изданную не раз и на разных широтах. К слову, Майя заработала и собственный „четвертак“ как участница группы инакомыслящей молодежи; трое из группы были расстреляны.[4]

Всевышний бывает и милостив. По мотивам отрадно историческим Майя и ее однодельцы сроки свои полностью не отбыли. Пришла оттепель.

В родной Москве Майя стала женою Анатолия Якобсона, знатока отечественной словесности, удостоенного дружбой Лидии Чуковской и Давида Самойлова, диссидента, причастного к изданию прославленной „Хроники текущих событий“.

Свидание Якубовича и Солженицына происходило в доме на Садовом кольце, где кинотеатр „Встреча“ – недалеко от Курского вокзала. Допрос шел в малой комнатушке, а Надежда Марковна, Владимир Гершуни и я отбывали очередной срок в большой, передавая из рук в руки еще рукописные страницы романа „В круге первом“.

Итоговый разговор пятерых состоялся, конечно, в „парадной зале“ стандартно – скромной „двушки“.

Прощаясь, Солженицын и Якубович расцеловались. Как же иначе? Ведь познакомились у кинотеатра с символическим названием „Встреча“. Иная встреча могла бы состояться далеко, очень „далеко от Москвы“.[5]

Итак, пролистываю „Архипелаг“, главу документально-историческую.

Михаил Якубович „начал революционерить так рано, что даже не кончил гимназии. В марте 1917 г. он был уже председателем смоленского совдепа“[6]... Был избран в делегацию, посланную в Петросовет. Отправился на Юго-Западный фронт – комиссаром армии. В Бердичеве лично арестовал Деникина. На процессе Союзного Бюро меньшевиков, проходившем с 1 по 9 марта 1931 г., весьма сожалел, что Деникина тут же не расстреляли“... В июле 1917 г. „считал роковой ошибкой, что социалистический Петросовет одобрил вызов Временным правительством войск против большевиков, хотя и выступивших с оружием. Едва произошел октябрьский переворот, Якубович предложил своей партии всецело поддержать большевиков и своим участием и воздействием улучшить создаваемый ими государственный строй. В конце концов, он был проклят Мартовым, а к 1920 г. и окончательно вышел из меньшевиков, убедясь, что бессилен повернуть их на стезю большевизма.“[7]

4 В организацию „Союз борьбы за дело революции“ (СДР) вошли ученики старших классов, студенты-первокурсники. Арестованные весной 1951 г., они были приговорены в феврале 1952 г. Военной коллегией Верховного Суда СССР: Слуцкий, Гуревич, Фурман – к смертной казни; десять их товарищей – к 25 годам, трое – к десяти годам лагерей. См. *Костырченко Г.В.*, Тайная политика Сталина. М., 2001, с. 456–457.

5 Название романа бывшего зэка Василия Ажаева.

6 *Солженицын*, Архипелаг ГУЛАГ, т. I, с. 392.

7 Там же, т. I, с. 393.

Краткости ради опускаю часть послужного списка, оборванного арестом.[8] Судебный процесс 1931 г. шел по нотам. Морозный карцер. „Жаркий закупоренный“. Битье по половым органам. „Мучили так, что Якубович и его подельник Абрам Гинзбург в отчаянии вскрыли себе вены. После поправки их уже не пытали и не били, только была двухнедельная бессоница“. Очные ставки с другими, уже сдавшимися, подталкивали „сознаваться“, городить вздор. Сам следователь (Алексей Наседкин) воскликнул: „Я знаю, знаю, что ничего этого не было! Но – требуют от нас!“[9]

Вновь краткости ради опускаю детали. Подбирал их Солженицын умело – прошибают. Но обойти молчанием разговор у Крыленко было бы непростительно.

Старые знакомцы! Когда столичная штучка – сам Крыленко! – нанес визит в Смоленскую губернию (продраить, пропесочить), ему случалось почивать в одном номере – кабинете? – с Якубовичем. Теперь военный коммунизм отодвинулся в прошлое. Помещение тоже другое.

Крыленко: „Михаил Петрович, скажу Вам прямо: я считаю вас коммунистом!... Я не сомневаюсь в вашей невиновности. Но наш с вами партийный долг – провести этот процесс. Прошу вас всячески помогать, идти навстречу следствию.“[10]

Якубович исполнил обещанное самоотверженно. „Пожалуй, такого ответственного задания еще не давала ему Советская власть за все годы службы.“[11]

С точки зрения истории автор „Архипелага“, излагая факты, вправе был выплескивать на Якубовича ушаты иронии, издевки. Встреча состоялась через полвека после 1917 г. Иллюзии и Февраля и Октября прошли испытания, жестокие до беспредела. Но с точки зрения личной? Ох, не уверен.

Народным массам ведомо, что студент Солженицын дорос в университете до звания „сталинский стипендиат“. Столь высокой милостью в эпоху 37-го одаряли не всякого. Но возможно, партком, местком, профессуру студент покорил близостью к чистой науке?

Великая Отечественная. В переписке с ближайшим другом Солженицын неожиданно позволяет себе вольные намеки.

Пристрастный, но столь же несомненно проницательный разбор подробностей, рассказанных Солженицыным о своем военном прошлом, сделан Григорием Баклановым. В ноябре – декабре 2006 г. разбор сравнительно давнего сборника перепечатала „МЕГ“ – Международная еврейская газета „не только для евреев“. Под рукой у меня нет ни сборника, ни газеты. Для таких, как я, а равно для забывчивых и очень юных подчеркну: рядом с вещмешком Бакланова, пронесенным по дорогам Отечественной, чемоданчик Солженицына выглядит менее внушительно.

Благодаря выносливости, таланту, удаче Григорий Бакланов после окончания Литинститута вошел в гвардию „лейтенантской прозы“. Как публицист и обще-

8 См. „Меньшевистский процесс 1931 г.“ В двух книгах. Сост. *А. Л. Литвин* М., 1999.
9 *Солженицын*, Архипелаг ГУЛАГ, т. I, с. 393.
10 Там же, с. 394.
11 Там же, с. 395.

ственный деятель одержал немало побед на посту главного редактора журнала „Знамя“...

Читая очерк Бакланова, я задался психологическим вопросом, годы назад повисшем в воздухе: почему умный, образованный офицер не допускал мысли, что цензора заденут его попытки следовать за Эзопом? Что цензор споткнется о его вольтерьянские намеки насчет „пахана“ – дяди Джо.

Сейчас, обобщая впечатления от романов и повестей, от мемуарных трудов и критики, экскурсов Солженицына, рискну предложить рабочую гипотезу. Проявляющийся то слабей, то сильней и резче, но постоянный грех Солженицына – в склонности переоценивать себя и недооценивать прочих, в том числе исторических деятелей и коллег по ремеслу. Грех весьма распространенный. Не подхватив его вируса, милые девочки не рвались бы на сцену, в киноактрисы, а милые отроки не корпели бы над стихами; достигшие восковой спелости не претендовали бы на первенство во всех видах спорта... Прекрасный грех, коль скоро придает силы и не граничит с „мания грандиоза“. Арест.

На историческом фоне России тема бескрайняя. Чтобы размышлять о нем весомо, нужно обратиться сначала к летописям. Придется, однако же, обойтись без разбега...

Мемуаристы нынешние сосредоточивают внимание на жестокостях карательной системы, построенной, чтобы пытать безвинного, презирать истину на благо общества.

Историки, допущенные к пожелтевшим следственным досье, выжимают из протоколов доводы в пользу политустановки, подсказанной сверху или снизу, с правого или левого бока.

Никто не спускал мне каких-либо установок. Позволю себе роскошь без оглядки поразмышлять на тему, продиктованную „Архипелагом“. Сейчас – первым делом, страничками о Якубовиче. Отчего задели они меня своей интонацией?

Солженицын повел себя на следствии ничуть не тверже, чем подсудимые по „Шахтинскому делу“ 1928 г., по делу „Промпартии“ 1930 г... И по делу „Союзного Бюро меньшевиков“, а также упоминаемых в главе „Закон созрел“ Бухарине, Рыкове, Зиновьеве, Радеке, Пятакове, Каменеве... К сожалению, перечень легко продолжать. Так же, как боевые маршалы, как бесстрашные на войне генералы, капитан Солженицын „проявил слабину“. Версия расхожая, принятая газетчиками, снисходительно прощающая эту слабину – со своей героической высоты! Версия, для обывателя ставшая аксиомой. Я предпочел бы назвать ее теоремой.

На странице 393 первого тома „Архипелага“ автор насмешлив, презрителен. Да, есть основания.

Однажды в кабинете следователя Якубович столкнулся с замученным Моисеем Исаевичем Тейтельбаумом. Тот взмолился. Начал упрашивать товарища по несчастью принять его в их меньшевистскую, антисоветскую организацию. Тактичный следователь оставил Михаила и Моисея наедине. Пускай обсудят вопрос посвободнее...

Выяснилось, что Моисея готовы обвинить во взятках с иностранных фирм. Грозят расстрелом. Но лучше он умрет контриком, чем уголовником! Добрый Якубович включил Моисея в „Союзное Бюро“. Ведь ясно же, что погибнуть за Идею достойно, тогда как сдохнуть с клеймом „ворюги“ – последняя степень бесчестья. Вселенский позор!

Сдача Якубовича на милость Крыленко включает в себя долю жертвенности. В письме-завещании Николая Бухарина, которое бывший друг Кобы заклинал свою молодую жену Анечку Ларину выучить наизусть и помнить до конца дней, тоже налицо преданность Идее. Идее, оплаченной кровью поколений. Культом Партии, Культом, нарождавшимся со времен декабристов, сдававшихся на следствии потому, что этика дворянская, этика верности Российскому Самодержавию в начале XIX столетия пока еще одерживала верх над этикой революции, уже сотрясавшей страны Европы. У нас Этика Революции утверждалась с обычным для России отставанием. Петрашевцы держались на следствии тверже, чем декабристы. Надеюсь, от школьников не скрывают, как вел себя до приговора и после него, в „Мертвом доме“, Достоевский. Надеюсь, есть историки и литераторы, склонные без перекосов оценивать мораль Желябова, Веры Фигнер... Неколебимую стойкость Чернышевского на Вилюйской каторге, самоотверженность эсеров, благородство Каляева... Спору нет, непростительно забывать и Дегаева, и Савинкова, и Азефа, но такой поворот сюжета увел бы сейчас со столбовой дороги в непролазную чащу, а надо гнать вперед.

Сталин задолго до „37-го“, шаг за шагом, с упорством и осторожностью хищного зверя готовил расправу над приверженцами Идеи, над верными ленинцами, право-лево-уклонистами. Ему нужны были покорные – на все сто – исполнители. И, значит, беспощадные к кому угодно по его приказу – на все сто.

Несмотря на катастрофические просчеты, на преступления во внешней и внутренней политике И. В. Сталин к 1945 г. подошел Великим из Великих. Генералиссимусом среди восточных деспотов ушедших тысячелетий. К середине XX века дядя Джо мог считать себя Победителем из Победителей.

Некая символика проглядывает в том, что сталинским стипендиатом Солженицын побывал, а вот когда „идейные“ во главе с Александром Твардовским выдвинули родителя „Ивана Денисовича“ на Ленинскую премию, новомирский замысел рухнул.

***

С ноября 1962 г., со времени рождения „Ивана Денисовича“, прошло сорок пять лет. Счет статьям и книгам о жизни автора пора вести на тонны. До меня доходили не центнеры, а килограммы – „про“ и „контра“. Осилил я, наверное, пуда два, предположим, три. По фунту в сезон. Но, напрягая память, убеждаюсь, что она сохраняет и возводит в ранг событий впечатления не от печатного слова, а скорее, от встреч, разговоров... Сочинители черпают информацию из вторых или третьих рук, зачастую не слишком опрятных, а память предпочитает из первых.

Вольняшка, уже обретший всемирную славу, Александр Исаевич без лишних сентиментов „сдавал“ и маститых дружков-товарищей, не щадивших ради

него силы. В минуты жизни трудные порой всерьез рисковавших. Не собираюсь предлагать длинный перечень. Однако сразу приходят на ум Александр Твардовский и Лев Копелев, Ефим Эткинд и Дмитрий Панин ... Я вправе упомянуть их, потому что каждый из них держал в руках перо и на эту тему высказывался – в рабочих тетрадях, дневниках, письмах ...

Закон нашенской мясорубки жесток.

Счастлив, кто прожил великие эпохи в ряду исключений, а не по правилам и законам.

Сокращая перечень и не предлагая даже заголовков сотен зарубежных и отечественных публикаций „контра" Солженицына – не вправе умолчать об „Открытом письме Солженицыну"[12]. Автор воспоминаний „Колыма, ты моя, Колыма", обретший в 1982 г. эмигрантский приют в Германии (где скончался в 2005 г.), Семен Бадаш датировал первую часть своего послания декабрем 2002 г., а вторую – февралем 2003.

Солагерник Солженицына по Экибастузу, Семен Бадаш упоминает в „Открытом письме" уже покойных зэков, семью Теушей, друга семьи Илью Зильберберга, оклеветанного писателем. Книга И. Зильберберга выходила в Великобритании (1976 г.), а также на русском языке.

Входивший в лагерный, поистине интернациональный „Совет", руководивший в Экибастузе забастовкой, Семен Бадаш подчеркивает, что решающую роль играли в нем авторитетные у бандеровцев братья Ткачуки, Николай и Пётр, из Черновиц; западные украинцы составляли основную часть лагерного контингента. Семен Бадаш подкрепляет фактами свой вывод, что среди стукачей большинство приходилось на русских, на прибалтов.

До ареста – студент четвертого курса мединститута, Семен Бадаш считает своим долгом оправдать в „Открытом письме" медиков, на которых в „Архипелаге" бросил густую тень Солженицын. В Экибастузе единственным и почитаемым хирургом был врач из Минска, из обрусевшей немецкой семьи – Макс Григорьевич Петцольд. В Норильске главврачом и хирургом был украинец Омельчук. Туберкулезным отделением заведовал эстонец Реймасте, выпускник Тартусского университета. Рентгенологом был Нусбаум, пожилой, опытный врач из Будапешта; фельдшером – Горелик, не еврей, а чех. Чехом был и врач Борис Янда, окончивший университет в Праге. Еврейским ярлыком, делает вывод Бадаш, Солженицын удостаивал тех, на которых падал его чересчур просвещенный взгляд. „Ампутацию" моего текста, настаивает Бадаш, Солженицын производил, чтобы утвердить заветную мысль: в ГУЛАГе евреи захватывали придурочные должности и пристраивали „своих" ... „Тенденциозная схема".

В Экибастузе на общих работах вкалывали: Семен Бадаш, Семен Немировский, Владимир Шер, Александр Гуревич, Лев Гроссман, Матвей Адаскин – и другие ... Придурком был лишь инвалид войны, зубной врач Яков Гофман. Лечить зэков и вольных он начал, когда мать Бадаша – тоже зубной врач – прислала ему набор инструментов. „А вот русских бригадиров было густо" – Солже-

[12] *Семен Бадаш*, Открытое письмо Солженицыну, в: Вестник, Балтимор, США, № 15, 23 июля 2003 г.

ницын, Дмитрий Панин, Миха Генералов, Черногоров, Белоусов... Каторжанам, осужденным за пособничество оккупантам (полицаям, карателям, вешавшим партизан, расстрельщикам евреев...) бригадиры назначались именно „из своих“.

„Открытое письмо“ заканчивается строками, выделенными курсивом: „Хлеб-соль ешь, а правду режь“. Не этому ли Вы сами учили всех нас, когда призывали жить не по лжи“.

Признаюсь, исследования и опыты писателя, оказавшего столь мощное воздействие на судьбы отечества, вызывают безответный вопрос: зачем писатель так упорно себя дискредитирует? Зачем подтасовывает детали, подгоняет выводы, которые непременно будут опровергнуты и отвергнуты?

***

Ближе к середине семидесятых Якубович приехал в Москву. Остановился, как обычно, в квартире пригласивших друзей – Улановских. Через день-другой я привез Михаила Петровича к себе домой. На обед был зван также Евгений Александрович Гнедин, сын того самого Гельфанда – Парвуса, оставленный отцом в двухлетнем возрасте. Весною 1919 г. бравый паренек участвовал в партизанских боях. Через год выехал с продэшелоном из Одессы в Москву. Столица направила его в Петроградский университет овладевать экономикой. До 1930 г. Гнедин работал в Наркомате иностранных дел. В 1935 г. старший референт по Германии назначается первым секретарем посольства СССР в Берлине. С 1937 г. и до ареста в мае 1939 г. возглавляет отдел печати в ведомстве Литвинова.

После реабилитанса зановоноворожденный стал публицистом, переводчиком, а главное – автором вышедших в Амстердаме мемуаров „Катастрофа и второе рождение“. Предисловие к ним написал академик А. Д. Сахаров.

Сорок три года назад, 12 декабря 1964 г. Е. Гнедин отправил письмо в редакцию „Нового мира“ – отклик на „Ивана Денисовича“. Сдержанно полемический.

Точка зрения бывших зэков не только на повесть, но на всю „гулаговскую“ словесность зачастую существенно отличалась от приговоров, выносившихся публицистами-критиками, чьи взгляды (вместе со шкурой) не проходили обработку в ГУЛАГе.

К примеру, Владимир Лакшин, воздавая должное прозвучавшему, как колокол, „Ивану Денисовичу“, озабочен был прежде всего защитой позиции „Нового мира“ Александра Твардовского; понятно, интересами собственными, политпозицией Хрущева, вырывавшего победу у сталинской „консервы“ и примкнувших к ней шепиловых.

Четырежды зэк Юрий Домбровский, тоже автор „Нового мира“, обрушился, однако, на повесть, герой которой – покорная шестерка, раб, не знающий, что свобода – высшая ценность. Раб озабоченный одним – выжить.

Юрий Домбровский выплеснул свою горечь в письме другу, работавшему в алма-атинском „Просторе“, а Евгений Гнедин обратился к редакции близкого

по духу журнала. Письмо включено в посмертный сборник Евгения Гнедина[13], изданный „Мемориалом“ в 1994 г., через тридцать лет после отправки письма и после встречи „на троих“.

Е. Гнедин ведет полемику на стержневую тему журнальной повести и всех последующих томов Солженицына; на тему, задевающую прежних его почитателей и нынешних противников.

Хотел Солженицын этого или не хотел, но при чтении повести, замечает Е. Гнедин,

> „могло создаться такое впечатление, будто тяготы лагеря и каторжная работа вместе с рядовыми тружениками лагеря были уделом лишь отдельных неудачников из среды интеллигенции, а большая ее часть порой даже паратизировала за счет массы. В моей памяти предстают совершенно другие образы интеллигентов в лагере ...“

И Евгений Александрович, и я успели прочитать парижский, имка-прессовский „Архипелаг ГУЛАГ“, а Михаил Петрович в своей Тихоновской обители и мечтать не мог, что будет когда-нибудь держать его в руках.

Москва – большой городок, но отыскать в нем время и место для вольной, без всяких преград, беседы перегруженных опытом бывших зэков – да еще склонных к осмыслению этого опыта – далеко не просто. И вот выдался редкий случай потолковать в охотку, сохраняя уверенность, что собеседники склонны возражать тебе дельно и соглашаться – не играя в поддавки, без мелкой дипломатии.

Не могло возникнуть сомнений насчет общественного значения повестей Солженицына, а теперь – политисторического, готов сказать, планетарного значения „Архипелага“. Ядерный взрыв!

Сколько лет цементировалась кровью и во что обошлась плотина, воздвигавшаяся, чтобы утаивать ГУЛАГ – фундамент системы – от своей страны, от держав малых и великих?

К Толстому или Достоевскому Солженицына вряд ли пристроишь, но никому из российских воителей слова пробивать эдакую брешь не приходилось. Ее не было в натуре, да и быть не могло.

„Архипелаг“ приковал к себе настороженно-зэковский, пристальный и пристрастный взгляд к личности его создателя. За обедом „на троих“ именно личность писателя стала главным блюдом. Последующие страницы и являются обобщением сказанного – Гнединым, Якубовичем и мною.

Срок Исаич получил дюже скромный, не так ли? Скромнее редко дарили.

Подельники Якубовича и жертвы более поздних, уже абакумовско-бериевских игр при встречах в лагере и на воле большей частью прощали друг другу показания, выбитые, вырванные безнадегой и бессоницей, наседками и подавленностью от тяжести обвинений, от собственной необстрелянности, глупости ...

Ни Виткевич, ни Симонян, ни другие из студенческой их компании вроде бы ничегошеньки не простили бывшему ее лидеру. Почему?

[13] *В. Гефтер / М. Кораллов* (сост.), Выход из лабиринта: Е. А. Гнедин и о нем: Мемуары, дневники, письма, Москва 1994.

Стенографистка к столу не приглашалась. О дневниках, о блокнотно-тетрадных пометках и мысли не возникало. Точной передачи обеденной или уже кофейной беседы предложить никак не могу.

Нынешний академик Солженицын, издающий в России тридцать томов, в которые входят и „Красное колесо“ и „Телёнок“ и „Двести лет...“ и „Размышления над...“ – юбилейным февралем 1917 г., рассылаемые губернаторам, депутатам Госдумы, а в дополнение к тиражу „Российской газеты“ брошюрою на дом за 150 целковых – спешите! – это, надо полагать, „Федот. Да не тот“. Не тамиздатовский, читавшийся взахлеб и отважно.

Наконец, сам я, старый хрен, разве способен перечеркнуть последнюю четверть XX и зачин XXI века? Глупо делать вид, будто ты неизменен. Несговорчивая „финита ла комедиа“ уже скребется в дверь. Следовательно, задача лишь в том, чтобы не исказить контуры тогдашней беседы, ее логику, направление.

Опасаясь нечаянно и постыдно соврать, начинаю заново листать „Архипелаг“. С радостью убеждаюсь, что память редко подводит.

Титанический труд! Мощь архитектурного замысла поражает, как раньше, и все же...

Назван труд „опытом художественного исследования“. Но ведь исследование предполагает власть фактов. Их полновластие. Зачем же „опыт“? Из осторожности и одновременно – из понимания выгод свободы. Своевольный творец не хочет быть пленником фактов. А начальное слово емкой формулы дает узнику право высовывать голову из темницы подробностей. Опыты, попытки, наброски – что с них возьмешь? Рвануть на волю дозволяет творцу „художественность“. Она узаконивает вымысел, разрешает топтать „исследование“. Но вернемся к беседе трех зэков и к тексту четвертого. Рывки от „опытов“ к художеству сопровождаются в „Архипелаге“ разрывами повествовательной ткани. Неизбежными, раз полотно энциклопедично. За длинными нитями не уследишь. Они образуют непредусмотренные узлы. Собираются в клубки.

Итак, завершено следствие. Вчерашний капитан, орденоносец проявил стопроцентную ортодоксальность. Не только на допросах. Напомню: почтенного сокамерника кто-то назвал по одному лишь отчеству: „Ильич, сегодня парашу ты выносишь?“. Солженицын вскипел, обиделся. Обращение показалось ему „кощунством“. Называть „кого бы то ни было Ильичем, кроме единственного человека на земле!“[14]

Вынесен приговор. „Восьмилетку“ не посылают на Север или Дальний Восток, Колыму. Его как бы оставляют при себе, одаривая пропиской в подмосковном лагере. Новый Иерусалим километрах в шестидесяти от Краснопресненской пересылки. Поначалу конвой передает приемщикам из лагпункта груду досье, а вслед за досье самих зэков. Как же иначе? Но Солженицын обычно передачу досье в тексте опускает. Мелочь, конечно, о чем толковать?

„Восьмилетку“ выхватывает из строя прибывших „снайперский глаз кума“[15]. Видимо, опер кое-что разглядел сквозь офицерский мундир, галифе. Прибыв-

[14] *Солженицын*, Архипелаг ГУЛАГ, т. I, с. 190.
[15] Там же, т. II, с. 332.

ший тотчас поднят на командную высоту. Лагерь обслуживает кирпичный завод, пашет на глиняном карьере. Командир пока еще в кирпичных хитростях ни бум-бум, у него срыв за срывом, но за ним сохраняется великая привилегия – возможность жить не в бараке, где замученный, с запашком, плебс ворует, кроет матом, бьет по мордасам, а в ухоженной кабинке. Царский подарок! Он отделяет голубую кровь от смердящих смердов. Гуманнейший дар, он нужен и лагерному начальству: спасает доверенных и полезных зэков от расправы трижды униженных, семижды оскорбленных.

За обеденным разговором „опыты“ и „художественность“ нечаянно, без умысла отодвигались в сторону. Вперед выступали голые факты. Здесь я вынужден загонять их в схему. Подтверждать ее или перечеркивать, вероятно, дело молодых бакалавров, магистров. Мое дело – придерживаться фактов построже.

Из Нового Иерусалима Солженицына отправляют на Север, на Колыму? Вовсе нет. Отправляют на Калужскую заставу. По чистой случайности.

Окно кабинки-комнаты выходит в Нескучный сад. На троллейбусе № 4 жена соседа (койка в койку), еще недавно авиагенерала Беляева, каждый день привозит сказочный по тем временам обед. Про отменное кожаное пальто генерала, какое и на московских улицах не встретишь (обладатели такого барахла ездят в автомобилях), про его зажигалку, осанку, отношение к зэкам и толковать нечего. Другой сосед по комнате – бывший эмведист Зиновьев; „не генерал, так около ...“. На общие работы их, конечно, не гоняют. Придурки ...

К слову. Жена Солженицына – Н. Решетовская – тоже „приходит на свидания, носит передачи“[16]. Нехарактерный случай для ГУЛАГа послевоенного. Счастливейший! Но ведь случай! Так же как спецнаряд из министерства, по которому Солженицына „выдернули на шарашку“.[17]

Вот незадача! При давнем и стремительном поглощении парижского издания „Архипелага“ я споткнулся на строчках, объясняющих, почему Солженицына отправили на шарашку. Вроде бы в одной из лагерных анкет Александр Исаевич, стараясь, как обычно, облапошить начальство, аттестовал себя „ядерным физиком“. Оттого и улыбнулась ему фортуна, преподнесшая шарашку, где хлебушек дают с маслом, где на матрасах простыни и одежда своя, сухая. Споткнулся я, тотчас подумав о последствиях хитрого маневра. Спецы на шарашке многновенно раскрыли бы обман. И что дальше? Готовность на все, Тайшет, Колыма?

Перелистывая совписовское издание 1989 г., я строки про ядерного физика пропустил, а опять перелистывать три тома силенок недостает. Добывать парижское издание тоже охоты нет, да и зачем?

Зэки, получавшие в шараге „поворот от ворот“ и на разные сроки застревавшие у нас в Майкудуке, не скрывали, что „ядерный физик“ исполнял у них непыльную работу библиотекаря, участвовал в самодеятельности ... Широко общался.

16 Там же, с. 335.
17 Там же, с. 339.

Из майкудукских бесед про шарагу складывались картинки, разумеется, отличавшиеся от тщательно прописанных полотен, вошедших позднее, как говаривали, в „Кружок“ – роман „В круге первом“. И в десяток серий фильма режиссера Глеба Панфилова... Но одно дело „фактики“ и совсем иное – романический эпос, киносериал... Одно дело – Дмитрий Панин, другое – его „Записки Сологдина“. Одно дело – реальный Копелев и существенно иное – романный персонаж Рубин, повинный в разгадке голоса дипломата Володина.

Глава 12-я из третьей части „Архипелага“ – „Стук-стук-стук“.

Солженицын сделал точный шахматный ход, посвятив всю главу бескрайней проблеме отечественного „стука“.

К теоретическим рассуждениям о Проблеме проблем нет у меня замечаний.

„Вербовка в самом воздухе нашей страны. В том, что государственное выше личного... Вербовка кружевно сплетается с идеологией: ведь и Органы хотят, ведь и вербуемый должен хотеть только одного: успешного движения нашей страны к социализму.“[18]

Но теории маловато. Опыт исследования предполагает художество. Поэтому в кабинете опера, где идет вербовка, уютно. Маленький диванчик, радиоприемник на этажерке. В нем светится цветной глазок, льется прелестная мелодия. Интеллигентный, чернявый опер сидит в кресле, а вербуемый – на полумягком стуле. И голос у кума вовсе не враждебен. Вопросы задает тоже сердечные: как вербуемый привыкает к лагерю, удобно ли ему в комнате придурков? И такому уюту предпочесть Заполярье, зиму, вьюги!

Диагноз, сообщенный гражданину начальнику его агентом, подтверждает главное, что я понял о сабантуе, пребывая еще в Майкудуке. И то, что я узнавал гораздо позднее уже в Москве – из источников устных и письменных. Их немало. Несколько первых слов – об устных, майкудукских.

После подавления „заварушки“ ее участников этапировали группами из Казахстана, разумеется, через наш пересыльный пункт. Столбовая дорога!

Само собой, кое-кто в Майкудуке проявлял интерес к „урокам революции“, гульнувшей по соседству. Правда, знатоков подковерных схваток, да к тому же склонных вести толковище, потерпев поражение, никогда в изобилии не бывает. И все же в нашенских зонах, как на всем белом свете, люди с „понятиями“ встречались. Тем более, что в руках у местных зэков – харч из кухни, курево, хлеборезка. А гости в дружеской поддержке очень нуждались.

Ограничусь здесь одним именем. Ни у Солженицына, ни у ревнивого его соперника Дмитрия Панина, издавшего широковещательный том про Экибастуз, ни у венгерского их солагерника Яноша Рожаша, обладавшего надежной памятью, ни у других мемуаристов имя это вроде бы не мелькало. Не грех, если мелькнет.

Андрей Андреевич Андреев. Высокий, стройный, поседевший. Из краев воронежских. Почему и в какой трудный час начал он служить Третьему Рейху, вопросов не задавал. Не положено. Верю, что в следственном его деле измена рассказана красочно. Так же как преступления, совершенные разведчиком за линией фронта. Видимо, он достигал поставленных перед ним целей. Иначе не

[18] Там же, с. 328.

получил бы Железный крест. Не был бы представлен ко второму „Кресту“ – по сделанному мельком признанию.

Чистопородный русак особой симпатии к бандеровским повстанцам не испытывал. Но подоплеку сабантуя, его разворот излагал куда трезвей, чем другие. От него первого я услышал про убийство Корнфельда.

„Врача? Во время восстания? Странно. Обычно с врачами отношений никто не портит.“

В других разговорах с зэками – не только в Песчанлаге – я при случае касался подробностей убийства. Ни один из собеседников не привел доводы „за“.

Врачом Корнфельд в штатах санчасти не числился – единички для него не нашлось. Оформляли как удавалось, но ценили высоко. Туберкулезное отделение тащил на себе именно он – одесский эскулап. Тащил самоотверженно и подопечные отвечали ему сердечным теплом. Ни грехов, ни грешков за ним не числилось. Впрочем, разговор о нераскрытом убийстве лучше бы отложить. Пора вернуться на основную тропу.

Уже в Москве, в близкой компании, я раз-другой встречал ушлого фраера, неплохо знавшего „Архипелаг“ и его автора по Экибастузу. Фраер подтвердил, что Панин и Солженицын, прибыв из шараги, поселились не в секции общего барака, а в помещении более респектабельном.

Бригадиром Солженицын был правоверным, нормы соблюдал строго, на „туфту“, на приписки не шел. Есть объяснение: до выхода на свободу бригадиру оставалось всего – ничего. Не хотел гореть на мелочах. Во время сабантуя, как сказано в „Архипелаге“, ушел в санчасть. Как раз тогда разыгралась опухоль... Известно, у нее свой хронометр. Но в извилины ушлого фраера, далекого от врачебной премудрости, проникла ересь. Разыгралась то опухоль в оченно подходящий час, верно?

Отважный спор с нагрянувшей в лагерь комиссией, учинявшей допросы после того, как костер сабантуя догорел, Солженицыну был даром не нужен. Так что странички о героической, но явно запоздалой перепалке любой фраер с „понятием“ вправе считать не фактом, а опытом художества. Набрать телефонный номер собеседника и уточнить рассказанное им за рюмашкой, сегодня уже невозможно. Получив реабилитацию и женившись на молодой красотке, счастливчик вскоре оставил ее безутешной вдовой.

Возвращаюсь к обеденному столу, за которым я превратил в глухонемых Евгения Гнедина и Михаила Якубовича. Жестоко узурпировал я их права. Не в силах я, отшагав по тропинке в прошлое тридцать три года, убеждать, что повторю их реплики добросовестно. Единственное, на что способен – оттолкнувшись от сюжета домашней встречи, развить его, как подсказывают логика и нажитый опыт.

История крупно подфартила. Выдала на гора оттепель и хрущевский конфликт с приверженцами Усатого. Готовность Твардовского стоять намертво и бурный отклик Зарубежья. Нобелевскую премию и отказ Комитета наградить Ленинской, перестраховку Брежнева и опаску Андропова окунать руки в медленно высыхающий поток крови: от сталинских заветов народ и власть еще не отдышались.

Создавая „Архипелаг“, Солженицын проникся уверенностью, что пробил час войти в роль бесстрашного воина. Часть пятая, глава 10-я: „И поняли волки, что мы уже не прежние овцы.“[19]

Глава 11-я: „Цепи рвем на ощупь“.[20]

> „Мы не могли требовать, чтобы изменилась страна, отказавшись от лагерей: нас бомбами с самолетов бы закидали ... Ясно было, что голыми руками мы ничего не сможем против современной армии, и потому путь наш – не вооруженное восстание, а забастовка.“[21]
> „Мы продумывали и детали такой возможной забастовки – голодовки.“[22]

Солженицын растворяется в этом „мы“, прикипает к условному, обобщенно-романтическому лагерному единству. Очень жаль, но в немалой степени мифическому.

Литературный прием? Но заложено в нем и зерно социальное. В третью часть „Архипелага“ помещена глава „Зэки как нация“. Сквозной линией проходит через трехтомник и вполне ортодоксальная идея: зэки как класс. Ортодоксальная, потому что ее вряд ли отвергли бы Маркс и поколения марксистов на рубеже двух столетий: от Плеханова до Антонио Грамши. Как ни клял Солженицын насквозь преступную идеологию, а печать ее на высотном здании „Архипелага“ видна в любую погоду. Не зря просиживал сталинский стипендиат над основоположниками ненавистного учения. Кто же она, армия зэков по назначенному ей в сталинской иерархии месту – конечно, класс. Если словцо „сталинской“ невкусно, то пускай каста отверженных, прокаженных.

В конце концов, дело случая, что моя тропка в лагерях шла иногда параллельно, а порой пересекалась с тропой Солженицына. Дело случая, что опытный журналист Евгений Гнедин до обработки кулаками в кабинете Берия служил главою отдела печати у Литвинова и умел различать в словесах оттенки. Дело случая, что гимназист-недоучка Якубович продолжал обучение в ГУЛАГе четверть века, а реабилитирован был посмертно – аккурат к своему столетию, в 1991 г.

Наше трио не могло не задуматься насчет „мы“ Солженицына: когда и где он рвал цепи на ощупь? В бурах и карцерах не сидел, в побегах не участвовал, забастовки-голодовки не устраивал. Но „мы“ оправдано исторически – и как нация, и как класс. Оправдано, хотя в этом понятии засело противоречие, резко отвергнутое историками по обе стороны океана.

Разбирать „Двести лет вместе“ здесь незачем. На первый том сразу же появилось – судя по библиоданным, подсчитанным на глазок – сотен пять откликов, не меньше. Порою насмешливых, нередко презрительных. На второй том, может, и вдвое больше. Внехудожественное исследование эрудиты топтали и справа и слева. Доходившая до меня критика вызвала, однако, недоумение. Сердитые рецензенты как будто открывали для себя в двухтомнике новизну. Никто не протянул к нему линию от трехтомного „Архипелага“. Отчего же? Предположим,

[19] *Солженицын*, Архипелаг ГУЛАГ, т. III, с. 250.
[20] Там же, с. 251.
[21] Там же, с. 252.
[22] Там же, с. 253.

по той причине, что эпохальный „Архипелаг“, вызвавший яростную реакцию „сверху“, предполагал тем самым безоговорочную поддержку „снизу“. Беспристрастный, вдумчиво-спокойный разговор до поры до времени исключался. К тому же Солженицын был вправе заткнуть рот „объективистам“, работающим, по сути, на власть: „А ты, подонок, срок отбывал?“ Постепенно, однако, право на грозный окрик угасало. Отбывая новый срок в покоряющем тишиной и красотой Вермонте, в зоне, добровольно закрытой „колючкой“, подымать голос на погрязшую в грехах планету стало слишком удобно, а главное, безнаказанно. К тому же соперников в мемуарно-лагерном жанре с каждым годом прибавлялось и прибавлялось.

Тема погружалась в пласт исторических. Нынче уже не грех заметить, что ответственность за ГУЛАГ автор настойчиво переключает на постоянных виновников постоянно происходящих на свете бедствий. Как повелось тысячи лет назад, работает „закон Фанни Каплан“. Полуслепая еврейская шахидка повинна в том, что стреляла в Ленина, а также в том, что не убила его.

Вновь листаю „Архипелаг“. Вновь главу, где „цепи рвем на ощупь“. Информация из Кенгира: по прибытии в первый же день зарезан „благонамеренный стукач“, „благополучный библиотекарь“, член реввоенсовета в гражданскую войну, некто Лифшиц. Быть по сему. Но некто иной задумывал прежде роман во славу Октября 1917 г. и тоже был благополучным библиотекарем. А теперь утверждает в этой же главе, что разжигал сабантуй в Экибастузе, от которого будто бы начался и пожар в Кенгире ... Однако же норильчане считают, что пламя в Кенгире разгорелось из-за искр, долетевших в Казахстан из Таймыра. И дружно признают, что к ним занес искры этап из Караганды. Жаль, что патриоты каждой зоны, выслушивая трижды повторенные факты, делают вид, что страдают слепотой и глухотой. В свою пользу. К чему же это приводит их благородия?

На наших глазах Михаил Келлер превращается в символ. Обретает если не легендарное значение, то историко-политическое бесспорно. Поэтому справку о нем придется дать заново. И, пожалуй, начать издалека. Из Западной Сибири, из Камышлага.

После бериевской амнистии громадная стройка лишилась „бытовиков“. В лагерь пригнали другую рабсилу – „политиков“. Казахстан недавно радовался, избавляясь от зачинщиков малых и больших сабантуев. На сибирских просторах – не всюду, а кое-где, устанавливалась Запорожская сечь. Даже после расстрела Берии терпеть эту вольницу начальству стало невмоготу. Оно решило вернуть должок Казахстану. Дескать, спасибо, братцы. Элитно-режимный этап погнали в Джезказган, где добывали медь каторжане, почти вымершие со времен Отечественной (сухое бурение, силикоз, голодуха).

Новоселье. Каторжан здесь тысячи три, нас – на два нулика меньше. Кто кого?

Вскоре – волынка в соседнем Кенгире, которому повезло. В руках бунтарей оказались склады, без которых сорок дней никому бы не протянуть. Отключать воду и электричество без приказа Москвы начальство колебалось.

На нашем лагпункте управленческих складов не строили, а местный „НЗ“ – неприкосновенный запас – вывезли срочно. В первую ночь Кенгирского сабан-

туя. И все равно – без „ЧП“ дело не обошлось. Однажды вечером в зоне погас свет. На четверть часа. Нарядчику снесли полчерепа куском ржавой трубы.

Из Джезказгана повезли в управленческую тюрьму заподозренных. Вернее, схваченных методом „тыка“. Когда же дело об убийстве зашло в тупик, подследственных отправили на штрафной лагпункт, откуда на работу не выводили.

Долгожданный досуг! Нашлось время потолковать о сорока днях Кенгира, о каждом из членов Комиссии, в их числе о Глебе Слученкове, Михаиле Келлере. В смертном приговоре зачинщикам никто не сомневался. Когда у Москвы терпение кончилось и сабантуй давили танками, идея насчет „милости падшим“ ни у кого не возникала.

Второе из знакомств с покойным Михаилом Келлером состоялось через 37 лет.

Москва. Телефонный звонок из „Мемориала“:

„На банкет полетишь?“

„На банкеты изредка захаживал. Летать не приходилось. Что за шуточки?“

Оказалось, звонок нешуточный. Кенгир приглашал отметить годовщину восстания.

Уцелевшие и еще ходячие слетелись из Прибалтики, Украины, Белоруссии – страна большая. Новый аэродром показался родным. Из названия „Джезказган“ выпала первая буква Д. Где завалялась?

В гостинице на лирику и суету время отвели скупо. Просили не опоздать в „Дом политического просвещения“. В освеженный ремонтом. На стене – портрет Карла Маркса. Трое, значит, попали под сокращение штатов – Энгельс, Ленин, Сталин.

Знакомых и незнакомых в зале около полусотни. Среди них угадывается, однако, местное начальство. Солидное, упитанное. Пяток гостей – в офицерских мундирах!

Торжественная встреча не нарушала издавна утвердившихся норм. Девочки в белых кофточках, с красными галстуками пионеров дарили каждому полевой цветок. Дежурные речи меня не слишком увлекали. Я отгадывал: почему мы сегодня здесь? Ясно, что ни один местный босс не посмел бы, проявив инициативу, отмечать годовщину события. Приказ из Москвы тем более исключался. Властная рекомендация могла поступить только от хозяина республики – Нурсултана Назарбаева.

К слову: еще через десяток лет, 31 мая 2002 г., на открытии памятника жертвам репрессий – боюсь, уникальном на территории рухнувшего Союза – рядом с Домом приемов в новой столице республики ее президент сказал:

„Я был поражен масштабностью репрессий тоталитарного режима и тем адским равнодушием, с которым карательная машина выкашивала жизнь ни в чем не повинных людей“.

Сердечные слова серьезного политика. Спасибо.

Известно: рудники, шахты, железные дороги возводились в Казахстане руками зэков, руками сотен тысяч рабов, чьих могил нет, но чьих костей в казахской степи не счесть. Совесть своего народа президент решил отмывать от преступ-

лений Усатого Джо из московского Кремля. Поэтому именно в 1991 г., в году путча и Беловежской пущи, в джезказганском Доме политпросвещения отмечалась память жертв сабантуя.

Перерыв. Перекур. В вестибюле стихийно возникла небольшая группа. Справа от меня дымил журналист из центрального органа республики. С гордостью сообщил он, что закончил книгу „О чем не знал Солженицын". Улыбкой выразил признательность подполковнику, стоявшему слева. Книгу написал по архивным данным!

Я шутливо заметил соседу: „Меня в архив, конечно, не пустите. А почему? Я тоже пролетарий пера. Ваш, кенгирский."

Без умысла поставил я подполковника в трудное положение. Существуют же традиции Востока. Я – гость. Как знать, не почетный ли? Здесь я отбывал срок, а в Москве – член каких-то союзов, писатель. Сколько утекло со времен сабантуя – 37? Но главное, конечно, воля Назарбаева.

Подполковник задумчиво процедил: „Архив недалеко. Скажите там, что я разрешил..."

Как говорят, в зобу дыханье сперло. Через минуту я бежал из Дома политпросвещения, не жалея о речах, обеде, ужине. Повезло крупно! Подполковник возглавлял область по линии МВД. Если бы рядом со мною стоял глава КГБ, пришлось бы оценить лишь дым от его сигареты. КГБ владел архивом молоденьким, а МВД – стареньким. В 1954 г. Степлаг входил в систему МВД.

С неожиданным гостем офицеры были очень любезны. Показали картотеку. Нужную мне часть я быстро осилил. Нашел данные на убитого нарядчика. Он числился умершим. Вот молодцы! Без лишних разговоров списали подонка в небытие. Прокурору – хорошо, нам – еще лучше и подонку не хуже.

Поверив в удачу, я обнаглел. Спросил у привлекательной дамы с погонами на плечиках: „Полистать досье не позволите?"

Дама бросила на меня испытующий взгляд. И молча направилась вниз. В подвале включила свет. За железной решеткой я увидел широкие полки, схожие с нарами. На них вповалку грудами лежали папки – наши жизни.

Над подвалом, в пустом зальчике, я лихорадочно листал досье, подброшенные судьбой. Исчеркал свой блокнотик. Сейчас оставляю за скобками все, что сумел напечатать, задевая кенгирские сюжеты – в „Мемориал-аспекте", „Вестнике", „Новом времени", „Московских новостях", „Еврейском слове". Раскрою лишь последнюю публикацию – полемический очерк на брак с претензиями, приуроченный к 50-й годовщине Кенгира. По обстоятельствам отрадным и случайным мой запоздалый очерк появился в красноярском альманахе „День и ночь" за 2006 г. (№ 1–2).

Персонажи моих заметок – участники сабантуя. Избежавший расстрела, умерший в Анапе бывший подполковник Капитон Иванович Кузнецов, предатель (в „Архипелаге" числится полковником, вождем восстания). Бывший майор, дружок Кузнецова, Алексей Макеев; когда вышел „Архипелаг" и раскрыта была его роль, нашел выход в самоубийстве. Расстрелянные: Глеб Слученков, Юрий Кнопмус, Михаил Келлер.

Соратник Слученкова, уроженец рязанских краев (по паспорту – Энгельс), Герш Иосифович Келлер родился в Славском районе Дрогобычской области, в селе Аненберг. Как однолетка его Глеб – в 1924 г. Во время войны сражался отважно и с немцами и с русскими (в рядах УПА, случай не единичный). Первый срок получил в 1944 г., так же как Слученков. Военный трибунал 4-го Украинского фронта выдал ему десятку по статье 58, пункт 1а. Вторую десятку Карагандинский спецлагсуд добавил Келлеру уже за лагерные подвиги (Слученков тоже получил вторую десятку, правда, не в Караганде, а в Дальстрое)

Степлаговский суд кинул Келлеру третий срок. Теперь уже четвертак. (Слученков получил четвертак уже в Озерлаге).

В „Архипелаге“ Келлер назван украинским партизаном (верно!), а в дни сабантуя – начальником караулов (ранг занижен). О еврействе Келлера – ни слова.

Быть может, случайно, но в перечнях с негативным оттенком еврейских имен вдоволь. На с. 315 упомянуто „гнездо благонамеренных: Генкин, Апфельцвейг, Талалаевский… На с. 316 упомянут некий симулянт, у которого „циркулировала нога“. И добавлено, что член Комиссии Бершадская такой „интеллигентский способ борьбы, очевидно, одобряла“. Любопытно, откуда взялось „очевидно“? И зачем оно?

Муторно мне собирать в лукошко рассыпанные по лугам и полям „Архипелага“ еврейские имена: портного Беремблюма, который построил гражданину начальнику шубу – не без выгоды для себя[23]; старого, грязного, жирного кладовщика Исаака Бершадера – „отвратительную гнилую корягу“ – который овладел „стройным тополем“, „царевной из сказки“, с губами пунцовыми, осанкой лебяжьей, волосами, как „вороновое крыло“, экс-лейтенантом-снайпером.

Но насчет Корнфельда, о котором раньше упоминалось, придется добавить несколько слов.

Как пишет Солженицын, врач экибастузской санчасти, зарезанный по-утру, вечером заглянул к нему исповедаться. Признаться, что убедился: „никакая кара в нашей земной жизни не приходит к нам незаслуженно. По видимости, она может прийти не за то, в чем мы на самом деле виноваты. Но если перебрать жизнь и вдуматься глубоко – мы всегда отыщем то наше преступление, за которое теперь нас настиг удар“[24].

Сделанное признание – не только предчувствие, но оправдание убийства, настигшего врача поутру. Но нет убежденности, что Корнфельд Солженицына вечером навестил. Насчет их дружбы ни единого намека не слыхал, не читал. Да и зачем врачу туберкулезного отделения, подчеркиваю, в горячие денечки устремляться в чужую епархию, в хирургию? Там Исаичу отвели отдельную палату? Во время сабантуя? А если не отвели, то рядом, значит, лежали больные и врач при них исповедывался? Не верится в этот „опыт художества“. Не стоило

[23] Там же, с. 200.
[24] Там же, с. 567.

„личное самозаточение“[25] приписывать покойнику. И осторожно добавлять, будто убийство – не доказательство, что зарезанный – стукач.

В опыте исследования „Двести лет…“ бескрайной теме „Евреи в ГУЛАГе“ отведена лишь дюжина страниц. И что же там уместилось: стойкость оппозиции в двадцатых, трагедия поколения 1937 г., расстрелы верующих, судьбы романтических юношей, инженеров автозавода имени Сталина, Еврейского антифашистского комитета et cet?

Нет. Из трехтомника перекочевал в двухтомник старый, грязный, жирный кладовщик Бершадер. Исаак. Та самая „гнилая коряга“. Да еще возник придурок Аркадий Белинков.

Я отношусь к старичью, у которого не возникает волнений, когда к евреям не испытывают нежности. Не дожидаюсь я благодарности от шибко прогрессивного человечества за Библию или за Спинозу, за лауреатов Нобелевской премии, за прочих гениев и талантов. Слыхал, что французы не всегда любили англичан, а немцы французов. Что китайцы, бывало, не ладили с японцами. И с Тибетом. Что ирландцы и баски не в силах угомониться… Да зачем ходить далеко? Кровно близкие братья-славяне не в силах обуздать темперамент и аппетит…

Аркадий Белинков нарушил мое эпическое спокойствие. При встрече с ним в Москве сдержанно-холодноватый Александр Исаевич разогрелся. Как удалось Белинкову пробить в „Советском писателе“ свой накаленный труд о Тынянове?

Испепелявший Юрия Олешу, топтавший Виктора Шкловского, Илью Сельвинского – всех дрогнувших и дрожащих интеллигентов – Белинков собирался восславить в своей критической прозе неколебимого Александра Исаевича. И вдруг – рядом с Исааком Бершадером. „Придурок!“

Кончая свой восьмилетний срок, Белинков заработал четвертак и потому из тихой Долинки переброшен был по соседству – в режимный наш Майкудук. Два года выслушивал я монологи друга Аркадия. Говорил красиво, но помирал часто. Наконец, отправили его в Спасский лагерь с этапом других доходяг. К слову, отправили вместе с Якубовичем, относившемся к Белинкову очень сдержанно.

Вкратце. К ангелам Белинков, по-моему, касательства не имел, к демонам и чертям тоже. Однако в русской словесности имя Аркадия Викторовича обозначилось настолько, что кидать его в мусорный ящик негоже. Появись у него мечта стать „придурком“, неделями лежачий воплотить бы ее никак не сумел бы. Вот Александр Исаевич сумел. Повсюду. Бесспорно, умелец. Но стоит ли своими лаврами награждать неумех?

***

По времени, отпущенному на эти заметки, трапеза кончена. Отвожу Михаила Петровича к Улановским. Гнедин прощается по дороге. Живет в Петроверигском, от Улановских недалече. Точка? Нет, многоточие.

25 января 1975 г. из Тихоновки приходит большое письмо. Выбираю отрывок:

„В конце ноября и в половине декабря ко мне – довольно для меня неожиданно – два раза приезжали из Москвы корреспонденты из АПН… Приезжали интервьюировать, в связи

[25] Там же, с. 567.

с тем, что обо мне говорит в ‚Архипелаге‘ Солженицын. В разговоре расширили тему и спрашивали мое мнение об ‚Архипелаге‘ в целом и в целом о позиции Солженицына в настоящее время, и о нем, как личности. Заказали мне статью для АПН, за которой обещали приехать вторично (и приехали). Но второй раз привезли с собой операторов, чтобы снять с меня телевизионное интервью. Статья (порядочная по размеру) была у меня написана. Я им ее читал. Они ее приняли ... “

Для съемки Михаила Петровича возили в Караганду, в гостиницу космонавтов ... Гонорар за статью Михаил Петрович получил по почте.

На взгляд публициста, Солженицын вышел далеко за пределы „вскрытия“ сталинского режима – он выступил с концепцией антисоциализма и антиреволюции. Для него „всякая революция – всегда и при всех исторических условиях – есть зло“ ...

Кончается письмо невесело: „Устал. Стар. Нет сил“.

Не хотел я видеть фильм и не читал статью. Каюсь, подумал, что нынче, в 1975 г., Якубович поступил так же, как в 1931 г., когда принял к исполнению уговоры Крыленко.

Только ли страх, отравлявший полвека дух и плоть, заставил уступить? Страх, что в случае отказа пойти навстречу АПН (стар, плохо видит и т. д. и т. п.) его завтра же выгонят из отдельной кабинки в общую камеру, а, значит, послезавтра – конец. Или оплеванный в „Архипелаге“, он вспомнил о старом правиле ответить пощечиной оскорбителю – целовавшему его на прощание? Ответить как дворянин. Как узник, промолчавший за тюремными сводами всю жизнь, но под занавес получивший от судьбы – в знак царственной ее милости – шанс сказать городам и весям последнее слово.

Обязан ли он был заявить дорогим гостям из АПН: „Благодарю за честь, господа. Но отсидел я, включая Тихоновку, сорок три года ... Извините“.

В порыве максимализма ощутил я, что продолжать общение – устное, письменное, несмотря на связывавшую нас четверть века дружбу – не сумею. В ответ на мою прощальную страничку получил еще одно послание – от 16 февраля 1975 г. Разбирать его досконально уже не в силах: „устал, стар“ и т. д. „Досконально“ – означало бы приняться за другую статью, где непременно нужно было бы касаться еще сотни писем, приводить выдержки из рассуждений общих друзей, из последней весточки старосты Тихоновского дома инвалидов. Год 1980-й:

„11 октября в 10.30 вечера ушел от нас навсегда дорогой Михаил Петрович. Мы все очень скорбим, тяжело переносим его утрату. Ведь Михаил Петрович был столько лет внутренним руководителем всей жизни нашего городка ... Мы как бы осиротели. Похоронили его на Тихоновском кладбище, на днях поставили оградку, железный крест и надпись, какую он сам захотел. 21 ноября в Михайлов день, мы, его друзья, помянули его. Пусть спит спокойно. Много делал хорошего. Вечная ему память и тихий покой его душе“.

P.S.: Послание от 16 февраля завершается древней латинской формулой: „Salve Caesar, imperator, morituri te salutant.“

Денис В. Фомин-Нилов

Интеллектуалы против тоталитаризма в СССР 1930-х годов

„Человека в зверя превратить легко и страшно трудно и невероятно долго обратно этого зверя сделать человеком.“

Академик И. П. Павлов

Под понятием интеллектуалы подразумеваются деятели культуры и представители научной общественности. В России более широкое хождение имеет термин „интеллигенция“, в общих чертах определяющее рассматриваемое понятие.

Известно, что термин тоталитаризм имеет множество неоднозначных определений.[1] Нередко дискуссия о понимании этого явления приобретает схоластический характер. Докладчик будет придерживаться наиболее распространенного понимания тоталитаризма как формы управления, теоретически не разрешающей индивидуальной свободы и стремящейся подчинить все аспекты индивидуальной жизни власти правительства. К началу Второй мировой войны слово „тоталитарный“ стало синонимом с абсолютной и угнетающей однопартийной политической системой.

В более широком контексте, тоталитаризм характеризуется сильной центральной властью, стремящейся контролировать и направлять все аспекты индивидуальной жизни через принуждение и репрессии.[2] Именно такая политическая система сложилась на территории России в период между двумя мировыми войнами.

Рассматриваемый период представляет особый интерес для исторического исследования. В конце 1920–1930-х годов в СССР происходила трансформация большевистской диктатуры в советский тоталитаризм. Времена внутрипартийной демократии канули в лету. Активность внутрипартийной оппозиции была окончательно подавлена.[3] В сфере культуры и науки кончилось время „попут-

[1] Подробный анализ имеющих место в России дискуссий см. *Я. С. Драбкин/Н. П. Комолова* (отв. ред.), Тоталитаризм в Европе XX века. Из истории идеологий, движений, режимов и их преодоления, Москва 1996; *А. И. Борозняк*, Понятие тоталитаризма в научной дискуссии в России, в: *тот же*, Прошлое, которое не уходит. Очерки истории и историографии Германии XX века, Екатеринбург 2004, с. 281–293.

[2] Britannica 2003 Ultimate Reference Suite CD-ROM. Totalitarianism.

[3] Достаточно вспомнить письмо М.Н. Рютина ко всем членам ВКП(б) в июне 1932 г., справедливо считающееся последним открытым выступлением оппозиции.

чиков“ и какой-либо альтернативности и вариативности творчества.[4] Новая политическая система получила завершенность форм в советской Конституции 1936 г. Революционная риторика и геополитические заявления уже не имели в ней места, но вместе с тем резко возросла роль коммунистической партии.[5]

Централизация проникла во все сферы жизни гражданина Советского Союза. Масштабные кампании по советской пропаганде и агитации беспрестанной лавиной обрушивались на общественное сознание внутри страны. Вместе с тем, велась работа по дезинформации международной и отечественной общественности о реальном положении дел в СССР. Любые попытки сопротивления жестко пресекались репрессивными органами.

С учетом всех факторов перед исследователем встают ключевые вопросы, которые заключаются в следующем: имело ли место сопротивление советскому тоталитаризму со стороны интеллектуалов в 1930-е годы. и какие оно приобретало формы? И, как это не парадоксально звучит, но сопротивление существовало вопреки всем мыслимым и не мыслимым усилиям со стороны тоталитарного государства! Его формы и интенсивность зависели от тех условий, в которых находились деятели культуры и науки.

Выступавших против тоталитаризма в СССР интеллектуалов можно условно разделить на три группы:

1. русские интеллектуалы, эмигрировавшие или высланные из СССР;[6]
2. представители зарубежной науки и культуры, не принимавшие идей большевизма, а позднее и сталинизма;
3. интеллектуалы, оставшиеся в Советской России.

Исследованием первой группы, как составной части Русского зарубежья, в том числе и борьбе с большевизмом и сталинизмом, занимались десятки российских и зарубежных историков.[7] С конца 1980-х годов устойчивый интерес к истории российской эмиграции проявляют широкие слои населения в России.[8] Де-

[4] В 1920-ые годы допускалась возможность существования разнообразных творческих объединений, не подчиняющихся партийной линии. От их членов требовалось нахождение на „платформе советской власти“. Не находившиеся на этой платформе были либо высланы из России (знаменитые философские пароходы 1922 г.), либо подвергнуты репрессиям. Вместе с тем, руководством ВКП(б) была санкционирована возможность существования в Советской России так называемых „попутчиков“ в области культуры и науки, т. е. непролетарских деятелей культуры и науки. После 1929 г. началась планомерная работа по созданию централизованных общесоюзных организаций с одновременной ликвидацией всех остальных творческих объединений.

[5] В статье 126 Конституции СССР декларировалось, что ВКП (б) представляет собой руководящее ядро всех организаций трудящихся, как общественных, так и государственных.

[6] Статьи и выступления многих интеллектуалов-эмигрантов стали примером сопротивления советскому тоталитаризму. Одних только профессиональных историков оказалось за границей более 90 человек, а были еще писатели, философы, социологи и т. д.

[7] *Е. И. Пивовар*, Россия в изгнании. Судьбы российских эмигрантов за рубежом, Москва 1999; *В. Т. Пашуто*, Историки-эмигранты в Европе, Москва 1992 и др.

[8] В соответствии с книжными рейтингами продаж, литература по истории Белого движения и послереволюционной эмиграции пользуется устойчивым покупательским спросом.

ятельность второй группы также хорошо изучена.[9] Все это связано с наличием вне пределов России обширного массива исторических источников, который легко доступен для многих исследователей.

Сложнее обстоит дело с третьей группой. Именно поэтому в докладе дается краткий обзорный материал по этой категории интеллектуалов. В чем заключается сложность для исследователя? Можно выделить несколько причин:

1. Сопротивление интеллектуалов не получало в 1930-е годы широкой огласки. Репрессивные органы старались тщательно скрыть какие-либо его проявления, дабы не нарушалась внешняя „гармония“ всеобщей „радости и веселья“ на фоне строительства „светлого завтра“.
2. Вторая мировая война стала кровавой межой в истории страны 1930-х и 1940-х годов. Тысячи и тысячи российских интеллектуалов погибли на фронтах войны, унеся с собой информацию о том протесте, который копился в них в предвоенные годы. Вместе с тем пропали их знания и потенциальные воспоминания о сопротивлении тоталитаризму.
3. Рассекреченные материалы анализировать крайне сложно, т.к. истинные и ложные факты чрезвычайно переплелись во многих обвинительных делах...

Наиболее распространенным было преследование интеллектуалов по статьям Уголовного Кодекса. В УК 1922 г. РСФСР вводился расстрел, в качестве высшей меры наказания.[10] Наиболее тяжкими преступлениями утверждались контрреволюционные действия. В эту категорию попадало

> „всякое действие, направленное к свержению, подрыву или ослаблению власти Рабоче-крестьянских Советов и существующего на основании Конституции РСФСР Рабоче-крестьянского Правительства, а также действия в направлении помощи той части международной буржуазии, которая не признает равноправия приходящей на смену капитализма коммунистической системы собственности и стремится к ее свержению путем интервенции или блокады, шпионажа, финансирования прессы и т. п.“

Контрреволюционным признавалось и такое действие, которое не было непосредственно направлено на достижение вышеуказанных целей, но, заведомо для совершившего деяние, содержало в себе покушение на основные политические или хозяйственные завоевания пролетарской революции.[11]

Однако руководству СССР показались недостаточными даже столь широко и свободно трактуемые статьи Уголовного Кодекса. В 1927 г. ЦИК СССР принял „Положение о преступлениях государственных“ и в УК была введена соответствующая глава. Знаменитая 58-ая статья была расширена до 14 пунктов. Классическим пунктом по массовому обвинению интеллектуалов стал 10-й пункт. Преступлением объявлялись „пропаганда или агитация, содержащие призыв к свержению, подрыву или ослаблению Советской власти или к совершению

[9] Автор не занимался отдельным изучением работ иностранных интеллектуалов в вопросе об их противостоянии тоталитаризму в СССР. Затронутая тема может служить темой для целого ряда исследований.

[10] См. статью 33 УК РСФСР 1922 г.

[11] См. статью 57 УК РСФСР 1922 г. (в редакции 1923 года).

отдельных контрреволюционных преступлений“.[12] По новому УК уголовным преступлением объявлялось даже недонесение о достоверно известном готовящемся или совершенном контрреволюционном преступлении.[13] Вместе с тем высшая мера наказания (расстрел) была названа высшей мерой социальной защиты![14]

С формальной точки зрения законодательная база в Советском Союзе была полностью подготовлена для репрессий против инакомыслия к 1927 г. Если до этого времени преследовались преимущественно „открытые“ враги советской власти и политико-экономические противники, то в конце 1920-х годов начался поиск „скрытых“ и потенциальных противников. Власть признавала, что слово устное или письменное является опасным элементом сопротивления советскому режиму.

Многие российские интеллектуалы как нельзя лучше подходили для роли потенциальных врагов „социализма“. Корни их сопротивления тоталитарному режиму прорастали в саму сущность российской интеллигенции. Возьмем, к примеру, описание одной из черт интеллигенции, данное видным российским философом А.Ф. Лосевым[15] –

> „подлинная интеллигенция вооружена не только ради открытых боев, но и ради необходимости бороться со всякого рода скрытыми несовершенствами жизни. Но это значит, что подлинная интеллигентность всегда есть подвиг, всегда есть готовность забывать насущные потребности эгоистического существования; не обязательно бой, но ежеминутная готовность к бою и вооруженность для него. И нет другого слова, которое могло бы более ярко выразить такую сущность интеллигентности, чем слово ‚подвиг‘. Интеллигентность – это ежедневное и ежечасное несение подвига, хотя часто только потенциальное ...“[16]

Именно такого подвига от интеллектуалов и не могла потерпеть советская власть в 1930-х годах. Маховик репрессий обрушился на представителей советской интеллигенции. Анализ всего разнообразия средств и способов репрессий не входит в тему доклада. Достаточно отметить, что своя логика у представителей репрессивных органов была, но логика железная, воистину тоталитарная логика. Она заключалась во внимательном и точном следовании „генеральной линии“, определяемой руководством ВКП (б). Линия могла меняться самым радикальным образом, при этом таким же образом менялась и репрессивная поли-

[12] СУ № 49, ст. 330.

[13] См. статья 58, пункт 12 (введена 6 июня 1927 г., СУ № 49, ст. 330) и статья 58, пункт 1г (введен 20 июля 1934 г., СУ № 30, ст. 173).

[14] *Г. П. Виноградов* (отв. ред.), От ЧК до ФСБ. Документы и материалы по истории органов госбезопасности Тверского края. 1918–1998, Тверь 1998, с. 124–129.

[15] Лосев Алексей Федорович (1893–1988) – русский философ, историк философии и филолог. Лауреат Государственной премии 1986 г. В 1930-е гг. прошел через ГУЛАГ. А. Ф. Лосев был ведущим автором Большой советской энциклопедии (3-е изд.), энциклопедии „Мифы народов мира“, Философского энциклопедического словаря, Философской энциклопедии в 5 тт.

[16] Советская культура, 1 января 1989 г., с. 4.

тика. В качестве исторической иллюстрации лучше всего привести так называемое „академическое дело“.[17]

Истоки появления дела крылись в острой борьбе школы историка-большевика М. Н. Покровского[18] со школами С. Ф. Платонова, Д. М. Петрушевского[19] и др. Весной 1929 г. М.Н. Покровский выступил в печати и призвал перейти в наступление на всех научных фронтах, т.к. период мирного сожительства изжит до конца. Эта инициатива была поддержана правительством, когда летом того же года В. М. Молотов объявил следующий 1930 г. последним годом для „старых специалистов“. Таким образом, ОГПУ получало „зеленый свет“ на ликвидацию противников школы М. Н. Покровского.

Поводом послужило хранение в отделах Библиотеки АН, Пушкинского дома и в ленинградских архивах документов, которые, по мнению представителей власти, имели государственное и особое политическое значение и должны были храниться в ОГПУ, Институте им. Ленина, в Центрархиве в Москве, в Институте им. Маркса и Энгельса.

В октябре 1929 г. начались аресты и к декабрю 1930 г. число подследственных превышало 100 человек. В Москве, Ленинграде и многих других городах СССР арестовывались видные представители исторической науки и филологии. Среди историков были арестованы четыре академика: С. Ф. Платонов, Е. В. Тарле, Н. П. Лихачев, М. К. Любавский. Крупнейшие филологи В. М. Истрин, В. Н. Перетц и И. Ю. Крачковский последовали следом.

Всех их обвиняли в создании контрреволюционной организации „Всенародный союз борьбы за возрождение свободной России“, а задачей организации – свержение советской власти и восстановление монархии. При этом само название организации определилось не сразу, а лишь спустя значительный интервал времени. Форма оформления протоколов свидетельствует о принудительном авторстве признаний.[20] Однако дело базировалось не только на сфабрикованных следователями „фактах“, но и извращенно интерпретированных реальных событиях. Научные встречи, посещение кружка молодых историков и т. п. оценивались следователями как нелегальные явки заговорщиков.[21] В результате ОГПУ смогло отчитаться в успешном раскрытии очередного антисоветского за-

[17] *В. П. Леонов* (отв. ред), Академическое дело 1929–1931 гг.: Документы и материалы следственного дела, сфабрикованного ОГПУ. Вып. 1. Дело по обвинению академика С. Ф. Платонова, Санкт-Петербург 1993.

[18] Профессор М.Н. Покровский отрицал русскую историю, патриотизм, понятие Родина и т. п., выступая за формирование новой, истинно марксистской, революционной истории.

[19] Этот профессор был в то время директором Российской ассоциации научно-исследовательских институтов по общественным наукам (РАНИОН), созданной в 1924 г. в Москве.

[20] *Б. В. Ананьич/В. М. Панеях*, „Академическое дело“ как исторический источник, в: Исторические записки, Москва 1999, с. 339.

[21] *Н. С. Штакельберг*, „Кружок молодых историков“ и „Академическое дело“, в: *А. И. Добкин/М. Ю. Сорокина* (сост.), In memoriam: Исторический сборник памяти Ф. Ф. Перченка, Москва/Ст. Петербург 1995, с. 28.

говора, на этот раз в среде деятелей культуры и науки. „Подозреваемые“ были обвинены и наказаны.

Однако „генеральная линия“ вскоре изменилась. И. В. Сталин решил обратиться к истории. В школах и университетах вновь вернулось преподавание истории, которая стала важным инструментом формирования советского патриотизма. Представители школы Покровского оказались в сложном положении, когда они и их взгляды, ранее обслуживавшие интересы ВКП(б), оказались не нужны. Дело завершилось ликвидацией в 1936 г. Коммунистической академии, а карательные органы арестовали виднейших ее деятелей (Ванаг, Фридлянд, Далин, Дубровский, Пионтковский, Тихомиров и др.).

Многие из репрессированных ранее по „академическому делу“ были возвращены из лагерей и восстановлены в правах. В скором времени они продолжили свои исторические исследования и составили гордость советской историографии.

Помимо описанного „академического дела“ инакомыслие пресекалось и в других науках. К примеру, вышеупомянутый философ А. Ф. Лосев был арестован в 1930 г. за публикацию восьми философских томов и, особенно, за „Диалектику мифа“, радикально расходившуюся с официальной марксистско-ленинской идеологией. Полтора года он провел во внутренней тюрьме на Лубянке, а потом был приговорен к 10 годам лагерей.

Однако и в лагере А. Ф. Лосев продолжал философские рассуждения о смысле жизни, об истории и будущем России. В одном из своих писем жене он выразил опасение, что нарастающее изо дня в день озлобление и духовное оцепенение может привести к непоправимой духовной катастрофе, „из которой уже нельзя будет выбраться на прежний путь“.[22]

Тем не менее судьба была к нему благосклонна. Уже в 1933 г. он, почти полностью ослепший, досрочно вышел на свободу. Благодаря помощи Е. П. Пешковой и М. И. Ульяновой, с него даже сняли судимость, но запретили заниматься философией и 23 года его работы не печатались.

Тысячам советских интеллектуалов повезло гораздо меньше. Иногда репрессии носили не индивидуальный, а массовый характер. Тогда репрессивный удар наносился „по площади“ и истреблялась национальная интеллигенция в советских республиках по обвинению в национализме и т. п.[23] При этом расправа с национальной интеллигенцией рассматривалась как борьба с потенциальным сепаратизмом и продолжалась на протяжении всех 1930-х годов.

Даже систематические призывы крупнейшего пролетарского писателя М. Горького „не забывать идеалистическое начало социализма“ и не отметать

[22] Из письма В. М. Лосевой. Свирлаг-Боровлянка. 19 февраля 1932 г.

[23] См. многочисленные публикации о репрессиях против национальной интеллигенции. Во многих республиках и областях РФ изданы исследования по истории репрессий против региональных деятелей культуры и науки. Некоторые материалы размещены в Интернет.

в борьбе за классовое „общечеловеческое стремление к лучшему“ не имели никакого успеха.[24]

Высшим образцом сопротивления российских интеллектуалов тоталитаризму в СССР 1930-х годов могут служить поступки, преисполненные гражданской ответственности, нобелевского лауреата, академика И.П. Павлова. На рубеже 1930-х годов широкую известность приобрела заключительная часть его публичного выступления на торжествах, посвященных 100-летию со дня рождения И.М. Сеченова. Он заявил, что советские граждане живут под господством жестокого принципа: государство и власть – все, а личность обывателя – ничто и продолжил: „Без Иван Михайловичей ‚Сеченовых‘ с их чувством достоинства и долга, всякое государство обречено на гибель изнутри, несмотря ни на какие Днепрострои и Волховстрои.“[25] Дальнейшая история советского тоталитаризма показала, насколько пророческими были эти слова.

Неоднократно академик Павлов писал в правительство. Одно из его писем от 21 декабря 1934 г. в Совет Народных Комиссаров СССР заслуживает особого внимания в свете дискуссии о роли и значении политики, проводимой И.В. Сталиным.

В качестве причины для написания письма академик Павлов указывал то, что ему крайне тяжело жить в Советском Союзе, имея в виду не материальную сторону, а психологическую и эмоциональную. Он отмечал, что строительство социализма в СССР – это эксперимент и, как всякий эксперимент, с неизвестным пока окончательным результатом. Причем эксперимент страшно дорогой, ведущий к уничтожению всего культурного покоя и всей культурной красоты жизни. Академик Павлов писал:

„Мы жили и живем под неослабевающим режимом террора и насилия. Если бы нашу обывательскую действительность воспроизвести целиком без пропусков, со всеми ежедневными подробностями – это была бы ужасающая картина, потрясающее впечатление от которой на настоящих людей едва ли бы значительно смягчилось, если рядом с ней поставить и другую нашу картину с чудесно как бы вновь вырастающими городами, днепростроями, гигантами-заводами и бесчисленными учеными и учебными заведениями. Когда первая картина заполняет мое внимание, я всего более вижу сходство нашей жизни с жизнью древних азиатских деспотий. А у нас это называется республиками. Как это понимать? Пусть, может быть, это временно. Но надо помнить, что человеку, происшедшему из зверя, легко падать, но трудно подниматься. Тем, которые злобно приговаривают к смерти массы себе подобных и с удовлетворением приводят это в исполнение, как и тем, насильственно приучаемым участвовать в этом, едва ли возможно остаться существами, чувствующими и думающими человечно. И с другой стороны. Тем, которые

[24] Гуманистические идеи социализма, а не только эгоизм рабочего класса М. Горький начал пропагандировать уже в 1918 г. См. его „Несвоевременные мысли“ и журнал Литературное обозрение 1988, № 10, с. 105.

[25] Советская культура, 14 января 1989, с. 10. Публикацию подготовили В. Самойлова и Ю. Виноградова. Комментарии сделал М. Ярошевский. Тем не менее, научно-историческая ценность публикации существенно снижена отсутствием точного указания на архивное место хранения опубликованных материалов, имеется лишь общее указание на материалы Архива РАН.

превращены в забитых животных, едва ли возможно сделаться существами с чувством собственного человеческого достоинства.“[26]

На письмо академика последовал краткий ответ В. М. Молотова,[27] датированный 2 января 1935 г., в котором заявлялось о полной неубедительности и несостоятельности высказанных в письме политических положений. Председатель СНК и СТО СССР выразил удивление, что И. П. Павлов делает категорические выводы в отношении „принципиально-политических вопросов“, научная основа которых академику „совершенно неизвестна“ и добавил, что политические руководители СССР ни в коем случае не позволили бы себе проявлять „подобную ретивость“ в отношении вопросов физиологии.[28] По крайней мере, в последнем пункте В. М. Молотов лукавил не только перед И. П. Павловым, но и перед А. П. Карпинским, т.к. копии писем отправил еще и Президенту АН СССР. Историческим фактом является неоднократная „ретивость“ политических руководителей СССР в области самых разнообразных наук.[29]

В конце 1930-х годов недовольство созданной Сталиным и его соратниками системой стали проявлять даже апологеты пролетарской революции. НКВД доносило генеральному секретарю о следующих высказываниях Демьяна Бедного[30] в 1938 г.:

„Зажим и террор в СССР таковы, что невозможна ни литература, ни наука, невозможно никакое свободное исследование. У нас нет не только истории, но даже и истории партии [...]. Оказывается, я шел с партией, 99,9 процентов которой шпионы и провокаторы. Сталин – ужасный человек и часто руководствуется личными счетами. Все великие вожди создавали вокруг себя блестящие плеяды сподвижников. А кого создал Сталин? Всех истребил, никого нет, все уничтожены. Подобное было только при Иване Грозном.“[31]

Поэт Бедный был не одинок в таких оценках. Большинство интеллектуалов (как партийных, так и беспартийных) понимало, что террор и страх не могут быть надежной гарантией для успешного развития страны. Они догадывались о последствиях для России и ее народа подобной политики. Даже угроза личной безопасности не могла заставить их не думать, не говорить и не писать о наболевшем. Именно этим, т. е. свободой мысли, и был побежден российский тоталитаризм.

***

Совершенно очевидно, что в рамках небольшого сообщения невозможно дать всесторонний анализ рассматриваемого явления. Более того, затронутая тема

[26] Там же.
[27] В. М. Молотов (Скрябин) (1890–1986) был в 1930–1941 гг. председателем СНК СССР (до 1941 г.) и Совета труда и обороны СССР (до 1937 г.).
[28] Советская культура, указанный номер.
[29] Например, в области генетики, языкознания и пр.
[30] Демьян Бедный (Ефим Алексеевич Придворов) (1883–1945) – поэт, автор популярных в Гражданскую войну сатирических стихов, стихотворных фельетонов, басен, песней. Написал эпическую поэму „Про землю, про волю, про рабочую долю“ (1917), „Главная улица“ (1922). Делал подписи к „Окнам ТАСС“.
[31] *А. Н. Яковлев*, Сумерки, Москва 2003, с. 166.

требует проведения разнопланового исторического исследования. Данное выступление лишь в общих чертах затрагивает поставленную в заглавии историческую проблему. Не вызывает сомнения, что историков еще ждет масса открытий, которые позволят лучше понять и изучить природу и истоки советского тоталитаризма, глубже осознать роль и значение российских интеллектуалов во всемирной истории XX века.

Херманн Вебер

Оппозиция приверженцев „третьего пути“

В сороковые годы в ГДР оппозиция безоговорочно выступала против коммунистического режима. Она ориентировалась на социал-демократические, христианско-демократические и либерально-демократические идеи и традиции, равнялась на Запад и соответственно на Федеративную Республику. То, что большинство населения связывало такие идеи универсальной оппозиции против „коммунизма“ с целью воссоединения Германии, доказало восстание 17 июня 1953 г.

Однако существовала – особенно с середины пятидесятых годов – и внутрикоммунистическая оппозиция. Она отстаивала тезис „третьего пути“, за рамками капитализма и сталинизма.

Это направление сформировалось еще после конфликта между Сталиным и Тито в 1948 г., однако в политическом плане оно не имело сколько-нибудь серьезного значения. Под лозунгом „Ни Восток, ни Запад“ социалисты в Федеративной Республике с 1949 по 1954 г. сплотились в „Независимую рабочую партию Германии“. С 1950 по 1954 г. в Западном Берлине издавался левый журнал „Про и контра“, имевший подзаголовок „Ни Восток, ни Запад – неделимый социалистический мир“. „Третий путь“ пропагандировали также левые профсоюзные деятели и социал-демократическая молодежная организация „Соколы“. Так как благодаря Бандунгской конференции 1955 г. на мировой арене появилось движение неприсоединившихся стран, таких, как Югославия и Индия, то идеи „третьего пути“, казалось, стали приобретать влияние на Западе и в первую очередь на Востоке.

В силу жестокой диктатуры Сталина они там поначалу почти не воспринимались. Лишь крупный идеологический кризис, возникший после смерти Сталина, и особенно разоблачение Хрущевым сталинских преступлений на XX съезде КПСС в 1956 г. привели к появлению в Польше и Венгрии, а также в ГДР оппозиции приверженцев „третьего пути“. На этом необходимо коротко остановиться.

Идеологическая индоктринация, а также карьерные перспективы вплоть до пятидесятых годов играли заметную роль. Как и многие партийные интеллектуалы, писатели, деятели искусства и культуры и так далее, значительная часть молодежи, казалось бы, стояла на почве коммунистического строя. Критика Сталина и некоторых его методов правления на XX съезде КПСС в феврале 1956 г. стала важной вехой в мировом коммунистическом движении, которая сразу же сказалась и на СЕПГ. Отход от Сталина был для партии, ее членов и сторонников

совершенно неожиданным. Для многих убежденных коммунистов осуждение их идола стало шоком, особенно молодежь слепо поклонялась культу Сталина. Поиск новых или возвращение к традиционным идеалам образовали питательную почву для принципиальной внутрикоммунистической оппозиции. Поэтому начинающаяся „десталинизация“ давала достаточный повод для того, чтобы организовать сопротивление против диктаторских методов руководства и аппарата внутри собственной партии. В июне 1956 г. Ульбрихт рекомендовал провести „научные дискуссии“, однако когда дискуссии вылились в серьезную критику, их стали притормаживать.

Тем временем дебаты в вузах продолжались. Существовал широкий консенсус между учеными из СЕПГ и студентами относительно следующих требований: право на свободную дискуссию без опасений по поводу того, что будут применены принудительные меры, прекращение вмешательства аппарата СЕПГ в вопросы науки, конец засилью диалектического материализма в научных дисциплинах и „очищение“ марксизма от сталинских фальсификаций. Известными представителями этого „ревизионизма“ в философии были Роберт Хавеман, Эрнст Блох, Вольфганг Харих, в литературоведении – Ханс Майер, в экономике – Фриц Беренс и Арне Бенари.

Среди „вышколенных“ сторонников системы сложилась довольно широкая оппозиция приверженцев „третьего пути“. Её стимулировало противоречие между теорией и практикой, между целью построения „бесклассового общества“ и реальностью политической диктатуры и социального неравенства.

Молодое поколение, как и партийные кадры воспитывались на базе „марксистских“ ценностей. Последние подразумевали, что борьба против эксплуатации и угнетения, деятельность, нацеленная на освобождение рабочего класса, деятельность в пользу революционного движения – это такие же желанные поступки, как и солидарность с угнетенными. Крупные революционеры были представлены как образцы, достойные для подражания: начиная от Спартака, который возглавил историческое восстание рабов в Древнем Риме, Томаса Мюнцера, героя Крестьянской войны в Германии, Бабефа, деятеля Великой Французской революции, и до Маркса и Ленина. Благодаря распространению марксистского видения истории руководство СЕПГ намеревалось укрепить свои позиции. Оно хотело доказать, что партия является продолжательницей всех прогрессивных тенденций в истории и в первую очередь в рабочем движении. Этот образ преемницы традиций выдвинул борьбу рабочего движения за социальную справедливость, эмансипацию и свободу в центр идеологического воспитания, что имело тяжкие последствия.

Наконец, будни в ГДР выглядели совершенно иначе, чем идеалы в теории: попрежнему имели место эксплуатация и угнетение, а также ложь и карьеризм, – достаточные причины для того, чтобы молодежь взбунтовалась. Тот факт, что действительность в ГДР так мало отвечала утверждениям СЕПГ о марксизме, должен был поколебать идеализм многих сторонников системы. Правда, по всей вероятности, такой была реакция лишь меньшинства; многие реагировали на эту обстановку, придерживаясь конформизма и цинизма. И тем не менее последствия были значительными. В духе пропагандировавшихся исторических

образцов для подражания оказавшиеся в оппозиции „марксисты“ хотели изменить практику и приблизиться к своим (это означает, однако, и к провозглашенным официально) целям. Так, в 1956 и 1957 гг. среди молодого поколения стали множиться голоса, которые со ссылкой на Маркса требовали демократического развития. Пожалуй, не в последнюю очередь и потому, что тогда многие из них были выходцами из рабочей среды, где противоречия ощущались особенно остро.

Все это создало базу для оппозиции приверженцев „третьего пути“, стало их идеологической концепцией и, в частности, независимо от (и предположительно без точных знаний о) прежней внутрикоммунистической оппозиции. Эта новая оппозиция – антисталинистская, но не антикоммунистическая – отвергала как капитализм, так и практику, а также правящие структуры ГДР. Взамен она стремилась с помощью реформ и демократизации построить „социализм с человеческим лицом“. Таким образом, результатом „марксистского“ воспитания в ГДР было, в частности, не только наличие верных сторонников системы, но и наличие марксистских бунтарей, действовавших в рамках СЕПГ.

В целом представление о „третьем пути“ было не очень конкретным и наглядным, но он (третий путь) представлял собой критику существующих условий.Такие дискуссии были для руководства СЕПГ сигналом тревоги. Коммунистические основополагающие концепции оппозиции могли стать опасными для системы, как показывали примерно так же начинавшиеся события в Венгрии и Польше.

Существовала группа, которая пыталась предложить общую концепцию оппозиции приверженцев „третьего пути“ – группа Хариха. Для антисталинистской оппозиции в 1956–1957 гг. Вольфганг Харих играл существенную, интеграционную роль. Харих, который родился в 1921 г., с 1945 г. был участником коммунистического движения и одним из ведущих идеологов СЕПГ. Результаты долгих дискуссий в издательстве „Ауфбау-Ферлаг“ между Харихом, секретарем редакции журнала „Дойче цайтшрифт фюр философи“, Манфредом Хертвигом, руководителем издательства „Ауфбау-Ферлаг“, Вальтером Янка (старым коммунистом и участником Гражданской войны в Испании), главным редактором культурного журнала „Зонтаг“ Хайнцем Цёгером и его заместителем Густавом Юстом превратились в основные черты оппозиционной концепции. Позднее на их основе была создана политическая „платформа“ этой группы. Экономический анализ был сделан Бернхардом Штайнбергером, сотрудником Академии наук, который еще в 1949–1955 гг. как „сторонник Тито“ был арестован якобы „по подозрению в шпионаже“ и находился в заключении в СССР, однако в июле 1956 г. был реабилитирован и вновь принят в ряды СЕПГ. Группа (вместе с которой позднее был осужден также сотрудник Берлинского радио Рихард Вольф) пыталась наладить контакты с известными противниками Ульбрихта и установила связь с бывшим членом Политбюро Паулем Меркером. В „платформе“ говорилось, что группа „не имеет намерения идти на разрыв с Коммунистической партией“, однако взвешивалась возможность организации „Союза коммунистов“ или „оппозиции в СЕПГ“. Поскольку в ГДР не было возможностей для открытой пропаганды идей „третьего пути“, то имели место и размышления о том,

чтобы пропагандировать цели группы с территории Федеративной Республики или Польши (где в то время процесс десталинизации, казалось, быстро продвигался вперед).

Быстро разработанная „платформа“ могла лишь пунктирно и в обобщенном виде осветить важнейшие политические идеи „третьего пути“ и потому не была лишена противоречий. В „платформу“ были внесены политические и философские позиции. Группа ссылалась на Розу Люксембург, даже на Льва Троцкого или Фрица Штернберга. Она выражала тот „ревизионизм“ (как называло это руководство СЕПГ), который – хотя лишь на уровне эмоционального настроя – был широко распространен среди партийной интеллигенции.

Позиция группы Хариха в качестве внутрипартийной оппозиции в „платформе“ сформулирована так:[1]

> „Мы хотим *совершенно легально* обсуждать и реализовывать в партии и в ГДР нашу концепцию особого германского пути к социализму и нашу платформу освобожденного от сталинизма марксизма-ленинизма [...], однако мы прибегнем также к методу создания фракции и к методу конспирации, если к тому нас вынудит сталинистский аппарат. [...] Радикально десталинизированная восточная экономическая система в СССР и в странах народной демократии в ходе дальнейшего развития будет постепенно оказывать влияние на капиталистический Запад. Одновременно Запад будет влиять на Восток своими демократическими и свободолюбивыми идеями и мнениями и заставит Восток шаг за шагом демонтировать свою тоталитарную и деспотичную политическую систему. [...] Мы хотим *реформировать* партию изнутри. Мы хотим оставаться на позициях марксизма-ленинизма. Но мы хотим уйти *прочь от сталинизма.*“

В качестве конкретных реформ, которые необходимо провести в ГДР, „платформа“ группы Хариха назвала далее ликвидацию господства бюрократического аппарата над членами партии, исключение сталинистов из СЕПГ, создание институтов правовой защиты, роспуск службы государственной безопасности и ликвидацию тайной юстиции, участие рабочих в прибыли предприятий и прекращение принудительной коллективизации сельского хозяйства. В число требований входило также обеспечение суверенитета парламента и проведение выборов с несколькими кандидатами по польскому образцу; при этом, однако, „реформированная СЕПГ“ должна была сохранить свою лидирующую роль. Путь к воссоединению Германии, по мнению группы Хариха, лежал через проведение общегерманских свободных выборов, в результате которых, как она ожидала, большинство голосов получит СДПГ, к чему СЕПГ должна была отнестись с уважением. В перспективе должно было появиться единое общегерманское рабочее движение.

Идеи группы Хариха отвечали пожеланиям и представлениям критически настроенной интеллигенции в СЕПГ, демонстрировали тенденцию частично открытого, частично скрытого оппозиционного течения, но были также отраже-

[1] „Платформа“ группы Хариха опубликована в: SBZ-Archiv 8 (1957), № 6, с. 72 и сл.; *Günther Hillmann*, Selbstkritik des Kommunismus. Texte der Opposition. Reinbek 1967, с. 189 и сл.; *Hermann Weber* (Hrsg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Köln/Berlin 1963, с. 598 и сл.; см. об оппозиции также: *Karl Wilhelm Fricke*, Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen. Köln 1971; *Martin Jänicke*, Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953. Köln 1964.

нием недовольства широких слоев, прежде всего рабочих, системой правления в ГДР.

Аппарату СЕПГ группа Хариха казалась особенно опасной. В марте 1957 г. Вольфганг Харих, Бернхард Штайнбергер и Манфред Хертвиг, в июле 1957 г. Вальтер Янка, Хайнц Цёгер, Густав Юст и Рихард Вольф были осуждены на большие сроки тюремного заключения. Оппозиционно настроенные коммунистические функционеры должны были долгие годы провести в застенках ГДР.

Министерство государственной безопасности внимательно наблюдало за многообразной оппозицией приверженцев „третьего пути“, за всеми „уклонами“ в различных сферах и на различных уровнях. Документальные материалы, которые министерство госбезопасности составило на этот счет по поручению Политбюро СЕПГ, на сегодняшний день опубликованы.[2] Содержащийся в них „анализ враждебной деятельности в кругах научной и творческой интеллигенции“ в 1956–1957 гг., представленный на почти 90 страницах, свидетельствует о широких и значительных масштабах внутрикоммунистической опозиции в ГДР.

Однако ведущих противников Вальтера Ульбрихта внутри партии в 1956–1957 гг., таких, как Карл Ширдеван или Эрнст Вольлебер, нельзя причислять к этой оппозиции; их волновали лишь вопросы тактики или вопросы власти.

Всех оппозиционеров-приверженцев „третьего пути“ обвинили в „идеологической диверсии“ и „ревизионизме“. Они подверглись преследованиям. XXII съезд КПСС в 1961 г, на котором Сталин был разоблачен как преступник, не имел поэтому – после разгрома групп приверженцев „третьего пути“ в 1956–1957 гг. – почти никаких внутрипартийных последствий для СЕПГ.

Даже эксперимент с изданием в Кельне журнала „Дер дритте вег. Цайтшрифт фюр модернен зоциалисмус“ (выходил с мая 1958 г. по май 1964 г.), призванный содействовать распространению этих идей в ГДР и предпринятый бежавшими на Запад функционерами СЕПГ, успеха не имел.

Только лишь в 1968 г., в результате реформированного коммунизма в ЧССР, представления о „третьем пути“ снова получили новый импульс Разгром „демократического коммунизма“, осуществленный СССР с применением насилия в августе 1968 г., положил конец всем усилиям оппозиции в лице приверженцев „третьего пути“. Пример ЧССР доказал, что система коммунистической диктатуры не поддается реформированию. Альтернативой оппозиции стало теперь преодоление системы в целом, как это в первый раз стало видно в Польше.

Если поначалу оппозиция как против сталинизма, так и против капитализма на Востоке казалась невозможной до тех пор, пока режим в Советском Союзе еще функционировал, то затем, при Горбачеве, выяснилось, что с восьмидесятых годов никакой демократизации партийной диктатуры добиться невозможно.

[2] *Ilka-Sascha Kowalczuk*, Frost nach dem kurzen Tauwetter: Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, в: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997, Berlin 1997, с. 167 и сл.

Концепция „третьего пути“ никогда не имела реального шанса потому, что:

1. СССР, особенно в 1968 г., показал, что такого рода течения он разгромил бы с использованием жестокого насилия;
2. противоречие между теорией и практикой никогда не было столь эффективным в политическом плане, как это в свое время представлялось и ожидалось;
3. конкретно СЕПГ укрепила и иммунизировала свой аппарат с помощью „чисток“, укрепления дисциплины, коррумпирования и адаптации новых функционеров;
4. цель „Ни Восток, ни Запад“ в результате экономического подъема и расцвета демократии в Федеративной Республики в ГДР устарела; Запад стал образцом для каждой свободолюбивой оппозиции.

Эрхарт Нойберт

Сравнение сопротивления в пятидесятые годы и оппозиции в восьмидесятые годы

Общие черты противников коммунизма

В любой период своего существования коммунистическому режиму приходилось иметь дело с внутренними политическими противниками. Стремительный политический подъем советской империи сопровождался процессами, которые были отмечены глубоким противоречием между стабильностью и хрупкостью и в конечном итоге привели к гибели империи. При этом речь шла о неизлечимых слабостях и о границах тоталитарной власти, прошедшей эволюционный путь от подъема до упадка. Коммунистический проект представлял собой попытку ликвидировать все расколы в обществе, все виды дифференциации, классовые противоречия, культурные традиции и проявления индивидуальности и создать унифицированное общественное образование. Однако эта цель оказалась утопией, более того химерой, невыполнимым обещанием. Насколько те, кто был обделен, и образованные круги первоначально испытывали восторг по поводу этой утопии, настолько эти общества на позднем этапе своего существования были разочарованы результатами коммунистической общественной политики.

Тоталитарное образование – неважно, приблизилось ли оно к своему идеальному образцу или же ему пришлось постоянно нести на себе бремя невыполнимых тотальных претензий – содержало в себе поэтому „зародыш краха“ или „бациллу гибели“.[1] Поскольку коммунистические партии и их номенклатура относились к обществу как те, кто управляет, воспитывает, наказывает и поощряет, то создаваемый тем самым „раскол общества, который, как они утверждали, они хотят ликвидировать“,[2] становился неизлечимым генетическим дефектом коммунизма. Реальный раскол общества постоянно психологически травмировал также правителей тоталитарного режима и побуждал их к тому, чтобы бороться за единство общества с использованием террора и насилия и – поскольку

[1] См. *Klaus-Dietmar Henke*, Menschliche Spontanietät und die Sicherheit des Staates. Zur Rolle der weltanschaulichen Exekutivorgane in beiden deutschen Diktaturen und in den Reflexionen Hannah Arendts, в: *Siegfried Suckut/Walter Süß* (Hrsg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, с. 305.

[2] *Marcel Gauchet*, Die totalitäre Erfahrung und das Denken des Politischen, в: *Ulrich Rödel* (Hrsg.), Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt/M. 1990, с. 220.

этого единства добиваться не удавалось – инсценировать его с помощью пропаганды или секретных служб.

Тоталитарный централизм в своих последствиях был „не только неэффективным, но и порой хаотичным; не только не продуктивным, но чрезвычайно контрпродуктивным".[3] Не существовало поддающейся контролю процедуры урегулирования конфликтов в социальной и культурной областях и уж тем более – в политической сфере. Действительные проблемы общества игнорировались, правители действовали без учета потребностей и интересов населения. Так, существовала глубокая пропасть между правящей партийной верхушкой и бессильным обществом. Во всем „восточном блоке" это нашло свое отражение и в языковых выразительных формах. Люди проводили различие между „ними" и „нами", между „бонзами" и „народом", между „верхами" и „низами".[4]

Этот разрыв был политическим пространством, в котором действовали политические противники. В обществах, в которых господствовали коммунисты, выросли политические актеры, которые либо срывали проведение политики принудительной унификации, либо стремились снова активизировать контролируемое и вынужденное бездействовать общество.

Феномены сопротивления и оппозиции, включая оба массовых восстания 1953 и 1989 гг. в ГДР, имеют поэтому что-то общее: В каждом случае при сопротивленческих и оппозиционных действиях отдельных лиц и групп или в ходе крупных восстаний речь шла о праве иметь права и о попытке обществ самим осуществлять власть над собой.

Тем самым раскрывается в какой-то мере политический характер подавляющей части политических противников коммунизма. Отвергая коммунистическую социализацию общества и его историко-мифологическую легитимацию и борясь с ними, их цели и применяемые в основном средства соответствовали демократическим принципам.

Различия между группами актеров в пятидесятые и восьмидесятые годы вытекают из весьма различной внешнеполитической ситуации и состояния обществ в обе эпохи.

Сопротивление в пятидесятые годы

В пятидесятые годы советский коммунистический режим – несмотря на кризис в руководстве после смерти Сталина – находился в зените своей власти. Он побудил восточногерманских коммунистов создать общественную систему по сталинистскому образцу. Ослабленное войной и периодом национал-социализма общество, частично также коррумпированное, страдало в результате процес-

[3] *Karl Graf Ballenstrem*, Aporien der Totalitarismus-Theorie, в: *Eckard Jesse* (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Bonn 1996, с. 242.

[4] *Karl Schlögel*, Der renitente Held. Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953–1983, Hamburg 1984, с. 36.

са преобразований[5], который принял еще более острые формы в результате решения 2-й партийной конференции в 1952 г. о строительстве основ социализма. После земельной реформы и национализации крупной промышленности была продолжена социализация экономики путем проведения отличавшихся произволом кампаний по экспроприации собственности и путем шантажистского нажима на малый и средний бизнес, а также на мелких собственников. Принуждение демократических партий к тому, чтобы они следовали единой политической линии, и ликвидация или постановка на службу режиму самоуправляемых организаций пролетариата, например производственных советов предприятий и профсоюзов, еще не были „переварены". Академические науки во все большей мере подчинялись интересам партии, образованная буржуазия вытеснялась из этой сферы. Коллективизация сельского хозяйства была начата с применением грубого насилия. Государство оказывало нажим на церкви, а с 1952 г. началось открытое преследование религиозной молодежи. Миллионы изгнанных с Востока были недостаточно интегрированы в условия жизни на новом месте.[6] Благодаря судебным приговорам в духе политического террора в тюрьмах находилось большое число политических заключенных. Наращивание вооружений и осуществление крупномасштабных экономических проектов привели к ухудшению жизненных условий. Население, особенно те группы, которых это затрагивало, реагировали массовым бегством на Запад.

Группы сопротивления, рождавшиеся в советской зоне оккупации в конце сороковых годов и в ГДР в пятидесятые годы, а также сопротивленческие акции отдельных лиц были нацелены против коммунистических преобразований. Группы сопротивления того времени всегда формировались из выходцев из кругов, подвергавшихся репрессиям.

Загнанные в подполье остатки демократических партий – СДПГ, ХДС и ЛДПГ – создали многочисленные нелегальные группы сопротивления. Некоторые из них оперировали из Западного Берлина с тем, чтобы оказывать поддержку так называемым „восточным бюро" этих партий. Из Западного Берлина выстраивали свою деятельность в ГДР также такие организации, как „Боевая группа против бесчеловечности" (KgU) и „Следственный комитет свободолюбивых юристов" (UfJ). Эти организации должны были строить свою деятельность на основе имевшегося потенциала сопротивления в ГДР. Сопротивление

5 См. литературу по теме преобразоаний *Mike Schmeitzner*, Schulen der Diktatur. Die Kaderausbildung der KPD/SED in Sachsen 1945–1952, в: *Hannah-Arendt-Institut* (Hrsg.), Berichte und Studien №33, Dresden 2001; *Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt*, Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955, в: *Hannah-Arendt-Institut* (Hrsg.), Berichte und Studien №35, Dresden 2001; *Mike Schmeitzner/Stefan Donth*, Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Köln/Weimar/Wien 2002; *Rainer Behring/Mike Schmeitzner*, Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, Köln/Weimar/Wien 2003; *Thomas Großbölting/Hans-Ulrich Thamer* (Hrsg.), Die Errichtung der Diktatur. Transformationsprozesse in der sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR, Münster 2003.

6 См. *Ilko-Sascha Kowalczuk*, Das bewegte Jahrzehnt. Geschichte der DDR von 1949–1961, Bonn 2003, с. 45–47. Там см. др. литературу.

в разнообразных формах оказывали прежде всего многочисленные группы молодежи, в первую очередь в университетах. Несмотря на попытки прийти к соглашению с советской оккупационной властью многие церкви также выступали против правонарушений и произвола. И, наконец, народное восстание 17 июня 1953 г. стало коллективным выступлением против преобразований.

Такое сопротивление было нацелено на устранение режима СЕПГ или, по крайней мере, на причинение ему ущерба, оно ориентировалось в основном на западногерманскую демократическую и социальную систему и стремилось к национальному единству в условиях свободы. Арсенал средств, которыми в основном пользовались группы сопротивления, включал в себя попытки вести работу с общественностью и укрепить противодействие режиму со стороны населения. В отдельных случаях осуществлялись также акции саботажа. Самолегитимация режима СЕПГ отвергалась.

Однако это сопротивление не было организовано как единая сеть, между группами не было никакой связи. И для участников событий 17 июня не было никакой предварительной подготовки, не было ни стратегического планирования, ни твердо намеченного порядка действий. В силу спонтанно сложившейся ситуации актеры стали политическими субъектами, сделавшими в основном карьеру на один день. Их выбирали с помощью одобрительных выкриков из толпы, так как нужны были ораторы. Среди рабочих это были часто более старые по возрасту и более опытные коллеги. Нередко это были профсоюзные деятели, которых выдвигали на эти роли часто и против их воли. Очень немногие активно участвовали в рабочем движении еще до войны, преследовались национал-социалистами, как, например, социал-демократ Вильхельм Гротхаус в Дрездене.

Но такие формы сопротивления не могли просуществовать долгое время. Во-первых, они были задушены в результате применения военной силы и силы спецслужб. Во-вторых, такое сопротивление не имело перспектив, поскольку в силу советской поддержки стабильность ГДР подорвать было невозможно. Такие формы сопротивления почти полностью исчезли после возведения Берлинской стены 13 августа 1961 г. Однако имеются доказательства того, что отдельные акции и деятельность маленьких групп имели место и после этого.

Важнейшей причиной бесперспективности такого сопротивления были все еще имевшиеся у коммунистов властные ресурсы.

Некоторая часть населения по-прежнему была на стороне СЕПГ, поскольку она получила выгоду от карьерных шансов, открывшихся перед ней в результате нейтрализации и бегства старых элит. Коммунистические интеллектуалы также сохранили верность партии. Коммунистический миф все еще оказывал свое влияние в пятидесятые годы. „Верующее“ и оппортунистическое меньшинство не допустило сплоченных совместных действий общества.

Еще более важное значение имела внешнеполитическая ситуация в пятидесятые годы. Восточногерманские коммунисты, как и партии-сателлиты в других государствах восточной части Центральной Европы, использовались в качестве инструментов расширения советского господства.

Но прежде всего война, которую Советский Союз совместно с западными державами, вели против национал-социализма, способствовала тому, что империя

Сталина представала в выгодном свете. Преступления советского коммунистического режима, совершенные в борьбе с его демократическими противниками и угнетенным населением, а также недолгий союз Сталина с Гитлером и Муссолини отошли на задний план, уступив место вышестоящим военным интересам. Сталин сумел присоединить к Советскому Союзу большие территории Восточной Европы и распространить свое господство на восточную часть Центральной Европы. Коммунизм стал мировой державой.

Бесцеремонность захвата коммунистами власти в этих странах и начатых там процессов преобразований означали, однако, также начало новой эпохи в истории сопротивления коммунизму. И хотя из-за советской экспансионистской политики между Советским Союзом и западными державами уже в скором времени появилась непреодолимая пропасть, вызванная борьбой за свои политические интересы, антикоммунистическое сопротивление не получило от этого никакой выгоды. Сложившийся политический раздел мира на две части – в соответствии с ялтинскими соглашениями – привел к политической изоляции внутриполитических противников коммунистических режимов во всех затронутых странах, чем Советский Союз и его сатрапы сумели воспользоваться.

Западные державы и США ни политически, ни тем более материально не поддержали события 1953 г. в Чехословакии и ГДР, 1956 г. в Польше и Венгрии, 1968 г. в Чехословакии, 1970 г., 1976 г. и 1980 г. в Польше, а также другие многочисленные восстания в восточной части Центральной Европы. Разумеется, с одной стороны, политический разум требовал не ставить под угрозу мир между блоками и не допустить возможной мировой войны. С другой стороны, и для политики Запада в отношении советской империи, какой она стала после войны, сохраняла свою действенность догма миропорядка, согласованного в Ялте. В результате этого соглашения-диктата от 1944 г., которое не было ни демократически легитимированным, ни одобренным каким-либо из затронутых народов, Запад утратил свою невинность. Западные державы, как уже Гитлер в 1939 г., стали соучастниками сталинской практики произвольной перекройки границ и депортации целых народов.[7] Это „ялтинское предательство“, когда „Рузвельт и Черчилль вверили Сталину половину континента“[8], имело далеко идущие последствия.

После каждого восстания или революции Запад в дипломатическом плане подтверждал право Советского Союза распоряжаться своей военной добычей. Не услышанными остались отчаянные крики о помощи, раздававшиеся из Венгрии в 1956 г. и из Чехословакии в 1968 г. и обращенные к мировой общественности и ООН. Без сомнения, эрозии коммунизма, начиная с семидесятых годов, способствовало сочетание политики силы, которую демонстрировали преимущественно США, и политики разрядки. Но в то же время коммуникация на экономическом и политическом уровнях существенным образом способствовали стабилизации положения на Востоке. Кроме того, польский кризис, начиная

[7] По поводу критики ялтинских соглашений см. *Agnes Heller/Ferenc Fehér*, Ungarn, 56. Geschichte einer antistalinistischen Revolution, Hamburg 1982, с. 17–19.

[8] *Barbara Spinelli*, Der Gebrauch der Erinnerung. Europa und das Erbe des Totalitarismus, München 2002, с. 16.

с 1980 г., показал, что не только политика Запада, но и большая часть западных интеллектуалов, влияющих на общественное мнение, игнорировали оппозицию на Востоке и замалчивали серьезные нарушения прав человека со стороны коммунистов.

Адам Михник метко описал это в ноябре 1980 г. в Варшаве:

> „Надо помнить о том, что продемонстрировал нам тогда [в октябре 1956 г., Э. Н.] горящий Будапешт: изменения, если они вообще были возможны, были в чрезвычайной мере затруднены прежде всего советским присутствием в этой части Европы; основополагающие правила игры определялись, с одной стороны, советским присутствием, а с другой – тем фактом, что Запад принимал такое положение вещей. Крик о помощи венгерского премьер-министра Имре Надя и молчание Запада были весьма красноречивым сигналом того, что Ялтинские соглашения все еще сохраняют свою силу и что нам никто не оказал бы помощь, кроме нас самих.“[9]

Действительно, и в Федеративной Республике по политическим мотивам была свернута деятельность организаций, оказывавших поддержку силам сопротивления в ГДР, закрыты „восточные бюро“ партий, „Боевой группы против бесчеловечности“ и „Следственного комитета свободолюбивых юристов“. Разумеется, со стороны Запада оказывалась многообразная человеческая помощь находившимся в заключении участникам сопротивления. Однако как политической силе даже Запад не давал им никакой перспективы. Часто также они теряли свою популярность, так как их акции давно уже считались создающими угрозу миру.

Оппозиция в восьмидесятые годы

В 1989 г. народы восточной части Центральной Европы помогли себе сами. Слабости коммунизма стали сильной стороной оппозиционных и революционных движений и обществ, освобождающих себя своими силами. Эти общества не только гнали впереди себя собственных правителей, но и создали возможности для появления нового простора для политики совершенно застигнутого врасплох Запада, который вплоть до того, пока Восток не освободился своими силами, часто нерешительно тащился в хвосте событий. Миропорядок, согласованный в Ялте, рухнул. Как это стало возможным?

В отличие от пятидесятых годов в восьмидесятые годы не было групп актеров, являвшихся выходцами из отличавшихся своими традициями буржуазной или пролетарской социальных сред. Эти среды давно уже исчезли. Актерами семидесятых и восьмидесятых годов были представители интеллектуального и в основном религиозного меньшинства численностью в несколько тысяч человек. Они давно находились на явно просматривавшейся дистанции от аполитичного населения или соответственно деполитизированного общества. Аскетичные оппозиционеры черпали свои мотивы и свою политическую энергию из

9 *Adam Michnik*, Was wir wollen und was wir können, в: *Wlodzimierz Brus/Gruppe „Erfahrung und Zukunft“/Ferenc Fehér/Adam Michnik*, Polen – Symptome und Ursachen der polnischen Krise, Hamburg 1981, с. 38.

идейных, культурных источников. Социальное значение этой среды представляется поэтому скорее маргинальным.[10] В течение многих лет этой оппозиции не удавалось мобилизовать ни рабочих, ни сельское население. Этот маленький сегмент общества формировался за счет независимых интеллектуалов и творческих работников, теологов-протестантов, церковных сотрудников и мирян, действовавших в церковном публичном пространстве.

Однако здесь у него было небольшое общественное пространство, которое не способна была заполнить СЕПГ, небольшие публичные возможности для самостоятельных действий общества. Это пространство предоставляли прежде всего более или менее терпимо относившиеся к нему церкви. Церковная общественность не была полностью отделена от общества, оппозиционеры шаг за шагом расширяли ее ряды. Как и в других государствах восточной части Центральной Европы, в ГДР также разрабатывались концепции восстановления гражданского общества с целью преодоления зависимости общества от партии.[11] Они включали в себя развитие самиздата, налаживание связи между группами, публичные действия, базисно-демократические подходы и концепции диалога. Что касается создания „второй“ публичной сферы, то речь шла поначалу о концепциях, которые должны были предшествовать политическим, но которые приобретали политическое значение, так как только после самых первых шагов по реконструкции общества и публичной сферы появлялась возможность заниматься политикой.

Наряду с этим оппозиционеры придерживались легалистской стратегии, которая нацеливала политическую критику на тот круг проблем, обязательства по решению которых СЕПГ сама взяла на себя во внутриполитическом или во внешнеполитическом плане в рамках процесса СБСЕ. Это касалось, например, правовых тем или вопросов, связанных с правами человека. Этот легализм оказывал, правда, давление на власть СЕПГ, которая не в состоянии была соблюдать провозглашенные ею самой нормы, однако влиял также на определение оппозицией ее собственных функций. И хотя системе бросался вызов по всем решающим пунктам, связанным с сохранением ею своей власти, легалистские стратегии ломали взгляд оппозиции на саму себя. Если не принимать во внимание некоторые исключения, то оппозиционеры долгое время сопротивлялись тому, чтобы называть себя оппозиционерами. Они стали делать это лишь тогда, когда стало видно, что СЕПГ не в состоянии больше стабилизировать свою систему. Легалистские стратегии, требование о соблюдении правовых норм, отклонение конфронтационного сопротивления, отказ от применения силы, самоограничение в том, что касается роли оппозиции и политических целей, а также постоянное требование о диалоге с теми, кто находится у власти, были характерными чертами всех оппозиционных движений в восточной части Центральной Европы.

[10] См. *Detlef Pollack*, Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000, с. 205 и сл.

[11] См. *Karsten Timmer*, „Für eine zivile Gemeinschaft zivilisierter Bürger“. Die ideellen Grundlagen der DDR-Bürgerbewegung 1989/90, в: *Günter Heydmann / Gunter Mai / Werner Müller* (Hrsg.), Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999, с. 51–64.

Кроме того, восточногерманская оппозиция имела преимущественно социально-этическую ориентацию, которая в силу ее интегрированности в церковь имела ярко выраженную протестантскую окраску. Социально-этические главные темы оппозиции – мир, экология, справедливость – были реакцией на двойную дилемму, стоявшую перед СЕПГ. С одной стороны, скрытое состояние обороны и боеготовности, в котором она пребывала, вело к военной политике и политике безопасности, которая базировалась на ошибочном предположении, что власть можно сохранить с помощью потенциалов насилия. Эта политика не только привела к непомерному расходованию материальных ресурсов, но и к тому, что милитаризация стала использоваться в качестве внутриполитического дисциплинарного инструмента, против чего выступали движение сторонников мира и движение в защиту окружающей среды. Поскольку, с другой стороны, политический марксизм не знал этики, выходящей за рамки концепции дуалистической классовой борьбы, то любая философски и религиозно обоснованная этика действовала против основ легитимации государственного социализма.

Легалистские стратегии и социально-этическая ориентация заметно ограничивали радиус действия политики оппозиции. Принципиальный вопрос о системе уступал место требованию о постепенной демократизации. Требование оппозиционеров о принципе правового государства и о свободных выборах оставляло открытым вопрос о том, захочет ли потом само население того, чтобы система потерпела крах. При таком подходе вряд ли можно было также решить и вопрос о германском единстве.

Несмотря на эти слабости оппозиции в восьмидесятые годы, которые сказались и в 1990 г., она тем не менее была важнейшей политической силой в деле мобилизации восточногерманского общества.

Госпожа Биртлер расскажет о духовных предпосылках, организационных формах, методах работы и политических подходах этой оппозиции. Из них складываются предпосылки неожиданного успеха этой оппозиции, сумевшей мобилизовать общество.

Я хочу здесь сказать лишь несколько слов по поводу внешнеполитических факторов, которые благоприятствовали этой оппозиции.

В восьмидесятые годы коммунистическую империю охватил всеобъемлющий кризис, создавший угрозу для ее жизненного существования. Крах империи уже нельзя было удержать. Реформы Горбачева были последней попыткой придать новую динамику системе и еще раз спасти то, что еще можно спасти. За отказом от „доктрины Брежнева“ в 1987 г., как раз к 70-летию „Октябрьской революции“, последовало понимание того, что на фоне экономического и политического кризисов в Советском Союзе и во всем „восточном блоке“ новые интервенции уже невозможны.[12] Кроме того, Горбачев заблуждался в том, что касается стабильности социалистических режимов, в том числе и в ГДР. В действительности Советскому Союзу в этот период пришлось бы еще раз вести вой-

[12] На тему советской политики в конце восьмидесятых годов см. *Gerhard Wettig*, Niedergang, Krise und Zusammenbruch der DDR. Ursachen und Vorgänge, в: *Eberhard Kuhrt* (Hrsg.), Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen 1996, с. 379–455.

ну, чтобы удержать свои западные форпосты в Европе, не имея возможности предложить себе или вновь покоренным народам еще политическую и экономическую перспективу. В 1956 и 1968 гг. советская центральная власть еще могла позволить себе пустить в ход свои танки. Уже в 1980–1981 гг. свобода действий Советского Союза во время польского кризиса и в рамках политических последствий интервенции в Афганистане была чрезвычайно сужена. В конце восьмидесятых годов процесс эрозии охватил уже и центральную державу. Во внешне стабильном эксклаве ГДР Хонеккер разработал концепцию „социализма в цветах ГДР" и видел себя теперь и на Востоке окруженным врагами и предателями. Конец государства СЕПГ был частью более крупного „транснационального"[13] краха. У Федеративной Республики Горбачев сумел лишь выторговать цену за вывод своих войск.

Важнейшим компонентом кризиса советской системы было, однако, ее внутреннее состояние. Эволюция коммунизма вышла за пределы круга возможного. Упадок власти ускорялся в той мере, в какой общества, представленные протагонистами контрдвижений, вновь обретали свою дееспособность. Освобождение государств восточной части Центральной Европы произошло потому, что эти общества в ходе длительного процесса эмансипировались. Там, где советская политика еще видела шансы остановить распад, предпринимались попытки сделать это, например, во время последних кровавых вмешательств в балтийских республиках.

Большое значение, которое придавалось советской политике, особенно в лице Горбачева, при анализе развала советской империи, и даже почтительное отношение к ней были результатом проецирования прошедших десятилетий, которое сказывалось даже тогда, когда Советский Союз вместе со своим высшим представителем в 1991 г. плачевно окончил свое существование. Запад все еще видел дух Ялты, витающим над обломками СССР, когда под давлением народов восточной части Центральной Европы европейский послевоенный порядок, предусматривавший раскол, рухнул. И было достаточно западноевропейских политиков, прежде всего в Англии и Франции, которые с концом Ялты опасались и потери собственной значимости.[14]

[13] *Konrad H. Jarausch*, Zehn Jahre danach: die Revolution von 1989/90 in vergleichender Perspektive, в: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), 10, с. 922.

[14] См. *Heinrich August Winkler*, Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung, München 2000, с. 575–579.

Марианне Биртлер

Оппозиционные группы в ГДР в восьмидесятые годы и их роль в мирной революции

Претензии СЕПГ на то, чтобы сформировать общество и людей по своему образцу, во все времена вступали в коллизию с жизненной реальностью, окружавшей людей, с их традициями и представлениями о жизни. Поэтому коммунисты с самого начала должны были применять репрессивные методы и провоцировали тем самым отказничество и противодействие.

Это противостояние выражалось весьма различным образом – об этом еще подробно будет рассказано в выступлении Эрхарта Нойберта. Я сосредоточусь на восьмидесятых годах. Быстро станет понятно, что я попытаюсь сделать это с точки зрения очевидца и действующего лица; кроме того с точки зрения из Берлина – разумеется, приложив усилия к тому, чтобы отдать должное различным взглядам и регионам.

Условия для оппозиционной деятельности

Как правило, в восьмидесятые годы для людей, занимавшихся политической деятельностью, не существовало опасности для жизни. Уголовное преследование сопротивленческого поведения и оппозиционной деятельности было скорее исключением. Но говорить поэтому о ГДР на позднем этапе ее существования как об „удобной диктатуре" (Гюнтер Грасс), было бы, однако, неверно. Нельзя говорить также о наличии тенденций в сторону либерализации, несмотря на определенные послабления в повседневной жизни. Они отнюдь не были признаком понимания необходимости и уж тем более желания повернуть развитие в сторону большей свободы, демократии и законности.

В большей мере они были сопутствующим явлением драматической дилеммы, которая стояла перед руководством ГДР: с одной стороны, стремление к международному признанию и бедственное положение в экономике, требовавшее изменений; с другой – безусловная воля к утверждению власти, которая была связана с боязнью изменений и которая все больше увеличивала недоверие к народу.

Итак, в то время как, с одной стороны, на крайний случай строились лагеря для интернированных лиц и составлялись списки людей, которых предстояло туда депортировать, в то время как по-прежнему у Берлинской стены стреляли в людей или люди отбывали длительные сроки тюремного заключения за попытку бегства на Запад, в то время как под названием „оперативная психо-

логия“ разрабатывались рафинированные методы для „разложения“ людей, все больше и больше жителей ГДР могли иногда съездить к своим родственникам на Запад или в качестве счастливых обладателей валютных чеков делать покупки в „Интершопе“. Появилось терпимое отношение к западной музыке и символам, их даже официально имитировали. Однако эти уступки не были свободами, они создавали новые зависимости, так как при недостаточно лояльном поведении людей можно было в любое время и по своему усмотрению лишить их поездок, денег и возможностей для получения образования.

Небольшие послабления в жизни не оказывали также действительно усмиряющего влияния на народ, а усиливали его тягу к другой жизни. Число желающих покинуть страну росло, и ГДР – часто после многолетних издевательств – разрешала им уехать. Не в последнюю очередь таким образом она избавлялась также от большого потенциала недовольства. Во второй половине восьмидесятых годов создалась новая ситуация: перестройка в Советском Союзе и профсоюз „Солидарность“ в Польше предвещали такое развитие событий, которое когда-то могло перекинуться и на ГДР.

„Обескровливание“ в результате движения за выезд из страны

Значение феномена „выезд из страны“ для оппозиции в ГДР вряд ли можно переоценить. Тот факт, что выезжавшие не делали ничего другого, кроме того, чтобы воспользоваться правом на то, чего мы, оппозиция, давно уже требовали, не мешал нам от них отмежевываться. Тот, кто уезжал на Запад, часто вызывал у оставшихся чувство, что их предали и бросили. И мы действительно становились слабее: так много умных и сильных людей, в том числе и много известных лиц, которые, наконец, больше не скрывали своего недовольства, покинуло страну – вместо того, чтобы бороться вместе с нами.

Против злости и горечи мы собирали аргументы для того, чтобы оставаться в стране. Мы считали, что мы лучше, чем они, так как мы выстояли и не убежали. В подлинно протестантском духе мы с презрением отвергали соблазны благополучной жизни на Западе.

Немалое число наших западных друзей укрепляло нас в этом мнении – ведь многие участники различных движений – за мир, в защиту интересов „третьего мира“, экологического движения – на Западе также видели тогда спасение не в свободных демократиях Западной Европы.

Ощущаемая порой и по сей день неприязнь между выехавшими и оставшимися ничего не меняет в том, что взаимодействие этих двух факторов привело к счастливому концу ГДР. Выезжавшие усилили экзистенциальный кризис ГДР и в 1989 г. окончательно дезавуировали государство и партию, когда весь мир облетели кадры из Праги и Венгрии, на которых были запечатлены массы бегущих на Запад жителей ГДР со счастливыми лицами. Другие придали форму и голос все более растущему недовольству в ГДР, образовали группы и сети и тем самым зародыш развития по пути гражданского общества, учились демократическому формированию мнений и воли и создали тем самым базу для демократической революции осенью 1989 г.

Возможности в церквях

Гэдээровскую оппозицию восьмидесятых годов невозможно представить себе без евангелических церквей. Предтечей оппозиционных групп были церковные группы, например, тех, кто отказывался от несения военной службы, и группы в рамках открытой работы с молодежью в шестидесятые и семидесятые годы. Если критически настроенные пасторы и прочие сотрудники церкви вплоть до шестидесятых годов наказывались самым жестоким образом, то позднее церковь понадобилась СЕПГ в качестве легитимационной опоры и отдушины. Таким образом в определенных рамках ей предоставлялась свобода действий.

Тем самым церкви стали единственной легальной публичной сферой, где можно было избежать непосредственного вмешательства со стороны государства. Однако в качестве свободной сферы для политической деятельности участникам оппозиции их надо было еще создать. Это удалось лишь там, где сотрудники церкви и пасторы открыли двери для политических групп. А это произошло лишь в немногих церковных общинах. Тем не менее в восьмидесятые годы оппозиции удалось создать в церквях значительные структуры.

С точки зрения Запада весьма странно выглядело то, что оппозиционные группы действовали в таком тесном контакте с церковью и что очень многие действующие лица оппозиции были пасторами, диаконами или преподавателями катехизиса. Объясняется это, в частности, тем, что немало людей приобретали церковные профессии, чтобы быть более независимыми от государства. При нормальных условиях многие из них стали бы юристами, социологами, учителями или политологами. Но в условиях ГДР только церковная профессия давала возможность для сравнительно самоопределяемого и свободного от идеологии профессионального будущего.

Лишь некоторые из многих так называемых низовых групп имели политические концепции. Они были разработаны в основном по темам, которые были вытеснены из общества.

Сети этих преимущественно церковных групп, таких, как „Мир конкретно“, и регулярно проводимые семинары охватывали до 200 групп: это были кружки сторонников мира, экологические группы, группы правозащитников, группы защитников интересов „третьего мира“, группы гомосексуалистов и лесбиянок.

Западные СМИ

К достойным упоминания рамочным условиям, в которых действовала оппозиция в ГДР позднего периода, следует отнести наличие западных средств массовой информации. Телеканалы АРД, ЦДФ и радиостанции регулярно сообщали о событиях, которые замалчивались средствами массовой информации ГДР, то есть об акциях и деятельности оппозиции. Через СМИ новости об арестах также сразу же становились достоянием общественности. Таким образом журналисты, по крайней мере аккредитованные в Восточном Берлине, создавали определенную защиту для деятельности оппозиции, не говоря уже о личных контактах с журналистами, которые связывали нас с внешним миром.

Привлекательная культура

В культурном плане оппозиционные группы в поздней ГДР представляли собой скорее альтернативную среду: одежда, музыка и стиль жизни были весьма схожи с западной левой альтернативной сценой. Это привлекало многих молодых людей. С другой стороны, это мешало критически настроенным жителям ГДР из бюргерской среды присоединиться к этим группам.

С другой стороны, церкви внесли важный вклад в развитие культуры сопротивления. Религиозные традиции давали многообразные возможности для зашифровки политического содержания. Так, начиная с 1980 г. библейский символ „Перекуем мечи на орала“ был антиподом риторики классовой борьбы и воинствующей общественной политики. Осенью 1989 г. молебны за мир и свечи в церквях были важнейшим средством для преодоления страха.

Методы работы и политические цели оппозиции

Условия для политической деятельности были заданы наличием тотального контроля общественной жизни и всех общественных институтов. Эрхарт Нойберт описал три стратегии оппозиционной деятельности. Если смотреть упрощенно, то существовали – со многими смешанными формами – три пути:

Легальные возможности

Во-первых, находились, использовались и расширялись небольшие легальные возможности. Например, многие люди, начиная с 1975 г., ловили ГДР на слове, предъявляя ей иски по поводу своих основных прав и свобод. Примером, получившим широкую известность, может служить доказательство фальсификации выборов в мае 1989 г. Многие члены низовых групп широко распределялись по всем избирательным участкам определенных избирательных округов и записывали результаты публично проводимых подсчетов голосов. К вечеру результаты складывались и в рамках так называемой избирательной вечеринки сравнивались с официальными результатами. Цифры, содержавшие в себе доказательства фальсификации, в последующие дни размножались на гектографе и широко распространялись. Некоторые диссиденты официально подавали заявление органам власти о совершенном преступлении в виде фальсификации выборов.

Такой легалистский подход не защищал, правда, наверняка от преследования, однако затруднял его. Но прежде всего тем самым СЕПГ была вынуждена занять оборонительную позицию, так как не оппозиция нарушила правовые нормы, а государство было поставлено перед лицом нарушения его собственных законов.

Антимиры

Во-вторых, возникали социальные и субкультурные, во все большей мере политизированные антимиры, проявлявшие себя – за рамками простого отказа от

конформизма – и в политическом плане. В качестве примера можно назвать: „Церковь снизу“, примыкавшую к церкви панковскую среду, литературные чтения на частных квартирах, церковные домашние кружки и кружки сторонников мира или „Молодежные общины“. В середине восьмидесятых годов, например, несколько родителей открыли в пустовавшем магазинном помещении самоуправляемый детский сад в качестве альтернативы государственным детским садам, заслуживавшим всякой критики. Он ночью был замурован „штази“. Когда в 1988 г. несколько учеников по политическим причинам были исключены из средней школы имени Осецкого в Берлине, протест против этого вылился в создание альтернативной вечерней школы для молодежи. Пилотный проект весьма успешно осуществлялся в течение нескольких месяцев. В том, что он не был продолжен на более широкой основе, как планировалось – заслуга демократической революции осенью 1989 г., сделавшей его излишним.

Вместо публичной сферы в распоряжении имелись почти исключительно церковная и частная сферы. Это, а также другие политические и институциональные ограничения приводили к тому, что политическая и частная сферы переходили друг в друга. Завоевание публичной сферы не обсуждалось и во многом даже не ставилось больше в качестве проблемы. Все это сопровождалось общей критикой власти и скепсисом в отношении институтов.

Широко распространенный в оппозиционных кругах базисно-демократический подход (самостоятельно выбранным общим названием для всех инициатив было в основном „низовые группы“) представлял собой целесообразное противодействие государственной власти и централизму. В то же время это противодействие препятствовало развитию здорового отношения к структурам, иерархиям, авторитетам и к власти.

Некоторые круги оппозиции увидели в этом серьезную опасность и отреагировали. Так, Рабочий кружок „Солидарная церковь“, созданная в 1986 г. широкая оппозиционная группа, разработал устав, который предусматривал четкое региональное разделение и наличие уполномоченных представителей. Критика со стороны тех, кто ориентировался на базис, не заставила себя ждать; я не без удовольствия вспоминаю о соответствующих дискуссиях.

Антиципация

Третий подход к оппозиционной деятельности подразумевал различные социально и этически обоснованные стили поведения. Жить так, словно ты уже свободен, словно права человека уже реализованы – это демонстрировало моральную легитимность и нередко ставило правящие круги в затруднительное положение.

Так возникла своего рода совместная культура, которая опиралась скорее на моральный, чем на политический и программный консенсус. Это позволяло ощущать себя дома и под защитой. С другой стороны, сложился своего рода внутренний мир и внутренний язык, который был почти недоступен для других групп населения и вряд ли не мог воспринимать их интересы.

Оппозиция и „германский вопрос“

Рамками, в которых мыслила и действовала оппозиция в ГДР, была сама ГДР, которая как государство не ставилась под вопрос. Еще 4 ноября 1989 г., когда почти полмиллиона человек вышли на демонстрацию в Берлине, ни на одном из транспарантов не было речи о германском единстве, а мощный и гордый лозунг „Мы – народ“ даже в Лейпциге превратился в „Мы – один народ“ только после падения Берлинской стены.

Самые смелые представления до того времени сводились к идее неприсоединившейся Германии в рамках европейского мирного устройства. В теоретических построениях „Демократию сейчас“ речь шла о необходимости достижения „нового единства немецкого народа в семье европейских народов“. Германские государства должны были „ради единства сближаться путем реформ“. В информационном письме „Нового форума“ еще 1 октября 1989 г. говорилось:

> „[...] мы хотим оставаться здесь и здесь работать. [...] Для нас ‚воссоединение Германии‘ – не тема, так как мы исходим из наличия двух германских государств и не стремимся к капиталистической общественной системе.“[1]

В своем выступлении 7 октября 1989 г. на церемонии основания СДПГ в ГДР Маркус Меккель высказался по германскому вопросу со своих прежних позиций: „Мы признаем наличие двух германских государств как следствие вины нашего народа в прошлом.“

Несмотря на такое однозначное заключение сравнительно широкие круги оппозиции нельзя считать противниками германского единства. Скорее в результате того, что им в течение десятилетий приходилось иметь дело с реально существующей ГДР, они не могли просто так выкинуть ее из головы, стереть со своей внутренней географической карты. К тому же, многие в рамках своего личного разбирательства с проблематикой выезда приняли решение оставаться в ГДР. Не обесценилось ли бы это решение в результате того способа, каким должно было быть достигнуто германское единство?

Объединение в сети

В деле объединения оппозиционных групп в сети со временем был достигнут большой прогресс. Наряду с давно уже существовавшей сетью „Мир конкретно“ при различных обстоятельствах имели место тесные договоренности и сотрудничество, в частности, в борьбе за возможности работать в церковной сфере („Церковный съезд снизу“, „Мастерская мира“) и в связи с самиздатовскими публикациями. Это сотрудничество приобрело новое качество, когда дело дошло до совместного протеста против репрессий со стороны государства. Осенью 1987 г., после нападения на экологическую библиотеку в Берлине, впервые дело дошло до создания координационной группы, в которую входили уполномоченные представители всех значительных оппозиционных групп. Проходили регулярные встречи, согласовывались стратегии, публиковались совместные

[1] Rundbrief des Neuen Forums vom 1. Oktober 1989 (см. ‹http://www.neuesforum.de/texte/Die%20ersten%20Texte%20des%20NEUEN%20FORUM.pdf›).

заявления. Появился новый вид политического форума: на так называемые заступнические богослужения, представлявшие собой смесь религиозного обряда, политинформации и публичного форума для формирования мнения и воли, в церквях собирались тысячи людей. Таким образом протест вырывался за пределы небольших оппозиционных кружков и предоставлял людям и за пределами оппозиционной среды возможности для проявления солидарности и получения информации.

Все новые поводы заставляли группы действовать. Уже упомянутое исключение учеников из школы вызвало волну протестов, однако в первую очередь арест ряда известных оппозиционеров в январе 1988 г. повлек за собой мощную волну протестов по всей ГДР.

Для того, чтобы упрочить связь и сотрудничество между группами по всей стране и обладать дееспособностью на данный момент, были созданы контактные телефоны: телефоны, номера которых быстро становились известными, регулярно и в определенное время регулярно и в определенное время круглосуточно сидели люди, получавшие информацию и распространявшие ее дальше.

Уже упомянутое выше успешное доказательство фальсификации выборов в мае 1989 г. стало следующим важным этапом – еще и потому, что документирование этого факта было принято к сведению и публично обсуждалось в кругах, которые мало были способны на другие, альтернативные формы протеста.

Нельзя недооценивать и то влияние, которое имело кровавое побоище на Площади Небесного Согласия в Пекине летом 1989 г. Оппозиция в ГДР выразила свою солидарность с пекинскими студентами и приняла к сведению, что Эгон Кренц публично приветствовал жестокие действия против мирно демонстрировавших молодых людей. Что это для нас означало?

Осень 1989 г.

Реорганизация сил

Осень 1989 г. началась с того, что сложились или заново сформировались различные группировки: 28 августа 1989 г. раздался призыв к созданию социал-демократической партии. 9 сентября в Грюнхайде под Берлином был основан „Новый форум“ (Бербель Болей, Йенс Райх). 12 сентября IAPPA (Инициатива за отказ от практики и принципа отмежевания) приняла „Тезисы по демократической перестройке ГДР“ и основала Гражданское движение „Демократию сейчас“ с тем, чтобы на следующих выборах выступить с собственным списком (Ульрике Поппе, Вольфганг Ульман, Конрад Вайс, Ханс-Юрген Фишбек).

Инициатива „Мир и права человека“ (IFM), одна из нецерковных групп, существовала уже с 1986 г. (Герд Поппе, Вольфганг Темплин, Вернер Фишер, Райнхард Вайсхун, Марианне Биртлер) и сформировалась как политическая сила еще весной.

В то время как „Новый форум“, скорее расплывчатый в своих политических высказываниях, испытывал массовый приток членов, численность других группировок была заметно ниже. Однако они делали более конкретные высказыва-

ния по существу дела и задавали более конкретные параметры в качестве рабочей основы. Большинство описывали реформированное социалистическое общество как альтернативу западному обществу потребления и как общество, в котором охраняются „социальная справедливость, свобода и человеческое достоинство“, „ведется поиск общественного консенсуса в рамках публичного диалога“, в результате ответственной работы создан „живой плюрализм“, благодаря „принципу правового государства и правовой защищенности“ обеспечен внутренний мир, „экономика приведена в согласие с экологией“, „благосостояние приумножается уже не за счет бедных стран“. Кроме того, выдвигались требования о ликвидации государственного характера средств массовой информации, образовательных учреждений, партий, профсоюзов, науки и искусства. Экономика должна была быть независимой, децентрализованной, при формировании цен ориентироваться на рынок и допускать наличие форм частной собственности.

Появились и другие группы: „Демократический прорыв“ (ДП) с Эрхартом Нойбертом, Эдельбертом Рихтером, Райнером Эппельманом и Вольфгангом Шнуром.

4 сентября 1989 г. представители подчеркнуто левых и базисно-демократически-социалистически ориентированных групп основали „Объединенных левых“ (Томас Кляйн, Херберт Мислитц, Вольфганг Рюдденклау). Они стремились к „демократическому и свободному социализму“, который устраняет „угрозу распродажи капитализму или военной диктатуры с неосталинистским уклоном“. Для ГДР должны были быть характерны „антидеспотизм, антисталинизм, антифашизм, антимилитаризм, антикапитализм, антинационализм, антирасизм“.

И, наконец, зимой была образована Партия „зеленых“ ГДР.

Реорганизация оппозиции создавала угрозу для СЕПГ: вопрос о власти был поставлен. Но государство и партия все еще пытались отвести опасность, то прибегая к запугиваниям, то предлагая диалог. Желающим покинуть страну тут же давалось разрешение на выезд, чтобы, по крайней мере, снизить напряженность в этой области.

Между тем группы – несмотря на свое многообразие – пытались стать дееспособными и при этом конкурировали порой за главенствующее положение.

9 октября 1989 г.

6 октября на одном из мероприятий с участием 2 000 человек они потребовали все-таки свободных выборов при тайном голосовании под наблюдением ООН. Это мероприятие, правда – как и многие последующие – проходило пока еще в церкви. Однако группы давно уже освободились от церковной зависимости и стремились из-под защитного крыла церкви наружу, к общественности.

Картины знаменитых демонстраций в Лейпциге, проходивших по понедельникам, обошли весь мир. В Берлине центром притяжения стала церковь Гетсеманекирхе. Ежедневно здесь проходили заступнические богослужения с участием нескольких тысяч человек. Возле алтаря постилась группа, численность которой постоянно росла; церковь была открыта почти круглые сутки.

После спонтанной демонстрации в Берлине за две ночи с 7 по 9 октября были арестованы более 1 000 человек. Органы безопасности применили грубое насилие. Дело дошло до самых настоящих насильственных эксцессов и истязаний над молодежью, женщинами и мужчинами.

9 октября был понедельник, то есть день, когда должна была состояться очередная демонстрация в Лейпциге. Мы слышали, что детские сады в Лейпциге закрыты, а в лейпцигских больницах приготовлены запасы консервированной крови. В Берлине, где мы в этот вечер рассчитывали на новую волну арестов, тысячи людей, затаив дыхание, ждали новостей из Лейпцига, в то время как вокруг церкви был образован плотный кордон из вооруженных сил безопасности и водометов.

Потом раздался телефонный звонок: путь по кольцу в Лейпциге свободен. Демонстрация состоялась без помех. Мы вышли наружу. Улицы были свободны. Снаружи горело бесчисленное множество свечей, кто-то звонил в колокола.

9 октября стал для всех участников тех событий важнейшим днем революции.

„Переходная мебель“ – Круглый стол

В последующие недели СЕПГ пыталась смягчить ситуацию и спасти то, что еще можно спасти. Этой так называемой политике диалога оппозиционные группы, объединившиеся к тому времени в Берлинскую контактную группу, оказывали решительное противодействие. Речь шла о большем. Власть СЕПГ распадалась на глазах. Оппозиция потребовала созыва „Круглого стола“, который и был организован 7 декабря 1989 г.

Оппозиция в ГДР, которая в предыдущие годы никак не могла претендовать на то, что она представляет интересы большинства населения, выполнила свою историческую миссию – возглавить мирную революцию и организовать переход от диктатуры к демократии.

Торстен Дидрих

За демократию и права человека: народное восстание 1953 года в ГДР

17 июня 1953 г. на наспех сооруженной трибуне на площади Обермаркт в Гёрлице стоял пожилой рабочий: жители Гёрлица с любовью называли его „старый Латт". Известный всему городу социал-демократ Макс Латт только что организовал комитет по воссозданию СДПГ и был выдвинут в состав новой гражданской городской администрации. На митинге, который должен был начаться в 15.00, эта администрация должна была взять на себя управление городом. Латт взял слово и провозгласил: „Жители Гёрлица, да здравствует июньская революция 1953 года!" Тем самым он выразил надежду всех собравшихся на то, что они находятся на пути к подлинно демократической, миролюбивой Германии.

В этот момент советский военный комендант города на реке Нейсе уже ввел чрезвычайное положение. В это же время войска советской 3-й армии вошли в город. Вместе с подразделениями Казарменной народной полиции (замаскированной армии ГДР) они подавили мирное восстание.[1]

17 июня 1953 г. почти повсюду в ГДР, как и в Гёрлице, население поднялось против диктатуры СЕПГ. Свыше 600 000 человек спонтанно выразили свое недовольство таким социализмом, который обещал им равенство и благополучие, но принес социальные проблемы, опеку и репрессии. Они бастовали во имя лучшей жизни, демократии и свободы и рисковали ради этого своей жизнью, личной свободой и карьерой.

Народное восстание было подавлено силой оружия. Забыта была конституция ГДР, в которой еще содержалось право на демонстрации, забыты высокие требования СЕПГ к новому, социалистическому обществу. Попытка оппонентов устранить диктатуру СЕПГ, державшейся милостью Москвы, провалилась еще до того, как спонтанное массовое движение сумело превратиться в целенаправленное, политическое восстание.

Народный протест вырос из целого клубка политического, экономического и социального недовольства. Начиная с 1948 г. СЕПГ с помощью оккупационной державы в советской зоне оккупации ликвидировала все базисно-демократические подходы в области „антифашистско-демократических преобразований" в пользу своего диктаторского единоличного господства. На 2-й партийной конференции в июле 1952 г. государственная партия распорядилась строить в ГДР

[1] См. *Torsten Diedrich*, Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Berlin 2003, с. 122–123.

социализм. Тем самым населению в полном объеме была навязана сталинистско-советская модель общества.

При реализации ее решений дело дошло – как резко, но метко подметил Фалько Веркентин – до „тотальной социальной войны“[2] против лиц, имеющих собственное дело, частных предпринимателей, крестьян-единоличников, церквей и инакомыслящих. С помощью навязанной национализации к весне 1953 г. СЕПГ урезала частный сектор в промышленности до 10 %. Коллективизация сельского хозяйства, навязанное объединение в более чем 2 000 сельскохозяйственных производственных кооперативов, представляла собой практически экспроприацию крестьян. Следствием, как известно, стал тяжелый экономический кризис и кризис в сфере снабжения населения.[3]

Однако я хотел бы обратить внимание на три не столь очевидные проблемные сферы, которые существенным образом содействовали политическому кризису и утрате доверия со стороны населения к политике СЕПГ.

Начавшаяся в 1952 г. милитаризация ГДР оказала влияние на многие сферы общественной жизни. Создание Казарменной народной полиции численностью свыше 100 000 человек привело к весьма агрессивной вербовке добровольцев на предприятиях и в общественных организациях и „съело“ – наряду с созданием военной промышленности – пятую часть чистого национального дохода ГДР.[4] И – в связи с продолжавшимся пограничным отмежеванием от Федеративной Республики – оно сделало очевидным стремление к прочному расколу страны. Не постулированное воссоединение Германии, а советизация и сталинизация были целью власть имущих в Панкове и Москве. Это документально отразил также явный с 1952 г. юридический террор против инакомыслящих, церковных группировок, малого и среднего бизнеса и широких слоев населения. За год число арестованных в ГДР удвоилось и выросло до 66 000 человек.[5] Ответом населения стало „голосование ногами“. Число беженцев на Запад выросло с примерно 182 000 в 1952 г. до 426 000 человек только в первой половине 1953 г.[6]

СЕПГ пыталась смягчить экономические проблемы за счет мер экономии и навязанного повышения производительности труда. Социальный демонтаж и распоряжение о 10-процентном повышении норм выработки переполнили чашу терпения. И хотя июньские волнения были вызваны социальными причинами, но все равно на заднем плане стояло скрытое политическое недовольство политикой СЕПГ. Массовый протест 17 июня 1953 г. был продиктован стремлением широких слоев населения к обладанию базисно-демократическими правами

[2] *Falco Werkentin*, Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, в: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2002, с. 23–54.

[3] См. *Torsten Diedrich*, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, с. 27–54.

[4] См. *Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke*, Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei 1952–1956, Berlin 2001.

[5] *Falco Werkentin*, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, с. 114.

[6] *Thomas Ammer*, Stichwort: Flucht aus der DDR, в: Deutschland Archiv 22 (1989), H. 11, с. 1206–1212 (здесь 1207).

в ГДР, мыслями об участии в принятии решений, о свободе слова, демократии и воссоединении Германии.

Искра восстания вспыхнула 16 июня среди рабочих, строивших дома на Сталиналлее. Они бастовали и демонстрировали против повышения норм. То, что началось с социальных требований, переросло затем в протест против политики СЕПГ. Раздался призыв ко всеобщей забастовке.

Весть о событиях в Берлине 17 июня подбросила огонь в пороховую бочку скрыто тлеющего недовольства в ГДР. Спонтанно поднялось население по всей ГДР и с помощью забастовок и маршей протеста выразило свою солидарность с берлинскими рабочими-строителями. Восстания в примерно 700 населенных пунктах ГДР носили весьма различный характер – в зависимости от региона: от спонтанных мирных и заканчивавшихся добровольно митингов протеста до политических восстаний в Галле, Биттерфельде и Гёрлице.

В ходе волнений перелом в позиции по отношению к государству СЕПГ произошел во всех слоях населения, во всех общественных и государственных институтах. Рабочие при этом были главной движущей силой забастовок и демонстраций, они определяли характер каталога требований и придавали народному восстанию черты традиционного социал-демократического движения. По всей ГДР в центре народного протеста были требования о демократических основных правах, например, о свободных выборах, о разрешении в ГДР всех партий, о свободе печати и слова, а также об отставке правительства СЕПГ и о воссоединении Германии.

В ходе акций протеста в городах и общинах к маршам протеста присоединялись представители средних слоев, интеллигенции, домашние хозяйки и молодежь. На региональном уровне влиянием стали пользоваться представители средних слоев, а также депутаты блоковых партий. Некоторые, как, например, председатель местной организации ХДС в общине Кольм Готфрид Динер или депутат районного собрания от ЛДПГ в Ниски Лотар Марквирт – позднее во время показательного процесса приговоренные к пожизненному заключению – возглавили местные движения протеста.[7]

В сельской местности, как показывают новейшие исследования, отнюдь не было спокойно. Здесь приходилось находить свои формы борьбы, слабая заселенность местности не позволяла проводить еще больше крупных акций подобно демонстрации 3 000 крестьян в Мюльхаузене или протестам в Ессене.[8]

Многие профсоюзные функционеры и немало товарищей из СЕПГ также выступили против политики засилья. По воспоминаниям очевидцев, сотни выброшенных партийных значков устилали путь демонстрантов.

В целом 17 июня против режима СЕПГ поднялись народные массы, включавшие в себя все слои общества. И по этой причине волнения по праву классифицируют как народное восстание.

[7] *Heidi Roth*, Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Köln/Weimar/Wien 1999, c. 603.

[8] *Armin Mitter*, „Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern.“ Die Bauern und der Sozialismus, в: *Ilko-Sascha Kowalczuk/Armin Mitter/Stefan Wolle* (Hrsg.), Der „Tag X“. Die „innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1996, c. 109.

Спонтанная вспышка массового протеста застала власти ГДР совершенно врасплох. Приготовления к резким протестам со стороны населения 17 июня в Панкове и Карлсхорсте распорядились сделать только в отношении Берлина, здесь протест был быстро подавлен в результате массивного использования войск. 600 танков только в одном Берлине и разрешение Москвы на введение чрезвычайного положения красноречиво говорят сами за себя.

В административных округах ГДР, однако, никто не был готов и был не в состоянии адекватно среагировать на народное возмущение. Днем 17 июня службы безопасности ГДР во многих местах утратили свою дееспособность. Некоторые города находились в руках протестующих. Господство СЕПГ закачалось.[9]

Но население не было готово к тому, чтобы взять власть в государстве в свои руки. В отличие от восстаний и революций, происходивших ранее, в отличие от ситуации в Венгрии, Польше и ЧССР в более поздний период, до 17 июня не было идейного столкновения с политикой СЕПГ, не сложилось никакого оппозиционного движения. Поэтому блоковые партии, оппозиционные группировки и соответственно церковь также были застигнуты событиями врасплох и 17 июня скорее бездействовали. Если в 1989 г. именно церковь стала опорой оппозиционного движения, то ничего подобного в 1953 г. не было. Следовательно, у народного восстания в июне 1953 г. не было руководящих сил, они должны были еще сложиться в ходе массового движения. В поисках форм руководства рабочие обратились к социал-демократическим традициям и образовали забастовочные комитеты. Последние, как правило, имели влияние только в рамках предприятия.

Даже там, где удалось создать межрегиональные организационные формы, например, в Галле, Биттерфельде или Гёрлице, речь автоматически отнюдь не шла о государственном путче. Миролюбие политического протеста было присуще народному восстанию в той же мере, что и революции 1989 г. Так, электромонтер Пауль Отма не только сыграл руководящую роль в организации межрегионального забастовочного комитета в округе Биттерфельд и сформулировал основные требования, но и высказался против любого насилия. Биттерфельдский забастовочный комитет направил даже телеграмму в Советскую контрольную комиссию с просьбой не вмешиваться, ведь речь идет о создании „подлинного государства рабочих и крестьян“. За это Отма был приговорен гэдээровской юстицией к 12 годам тюремного заключения и спустя несколько лет скончался от последствий содержания под стражей.[10]

В духе биттерфельдского забастовочного комитета, который настаивал на мирном характере протеста и запретил насильственные действия, в Дрездене забастовочный лидер Вильхельм Гротхаус высказал основной тезис, касающийся выражения протеста: „Мы, будучи немецкими рабочими, намерены бастовать дисциплинированно.“ Окружным судом Дрездена Гротхаус за „фашистские происки“ был осужден на 15 лет тюремного заключения. В своем заключитель-

9 См. *Diedrich*, Waffen.

10 См. *Heidemarie Schmidt/Paul Werner Wagner*, „... man muss doch mal zu seinem Recht kommen ...“ Paul Othma – Streikführer am 17. Juni 1953 in Bitterfeld, Magdeburg 2002.

ном слове он подчеркнул, что в этом же зале в 1944 г. его уже судили за участие в одной из групп Сопротивления, боровшейся с нацистским режимом, и что история однажды свершит суд над его судьями.[11]

Несмотря на то, что в целом наблюдалось миролюбие, массовый протест в 1953 г. в отличие от 1989 г. выразился все-таки и в насильственной форме. Это имело место прежде всего там, где авторитет забастовочного руководства был утрачен и действия диктовали другие группировки. Политическая фрустрация выражалась в действиях, направленных против символики засилья СЕПГ и функционеров государственного аппарата. По всей ГДР были заняты свыше 200 зданий, другие безуспешно подверглись штурму. Однако эти акции осуществлялись без всякого плана. В редких случаях за этим крылось намерение парализовать дееспособность государственного аппарата. Лишь в редких случаях захватывались радиостанции, редакции газет и телеграфы с тем, чтобы использовать средства массовой информации в своих целях. Акции по блокированию связи между государственными органами имели место только в Гёрлице и Потсдаме. Даже столь типичное для многих революций явление, как сооружение баррикад, 17 июня имело место – на уровне попыток – лишь в Йене и Берлине, как свидетельствуют исторические материалы. В то же время целенаправленный характер – что было следствием политического террора в сфере юстиции – носил штурм тюрем и зданий министерства государственной безопасности, которые предпринимались с целью освобождения политических заключенных.[12]

В ходе волнений во многих местах демонстранты завладели огнестрельным оружием, отобранным у органов государственной власти. Однако, в основном оно уничтожалось, нередко даже возвращалось задействованным подразделениям. Таким образом народное восстание осталось без оружия, так как проявление солидарности со стороны тех, кто носил оружие – как это было в 1956 г. в Венгрии – в основном отсутствовало. Правда, сотни военнослужащих Казарменных подразделений народной полиции отказались по моральным соображениям выполнять приказы о действиях против восставших и еще больше полицейских сняли свою униформу; и все же имели место проявления солидарности с населением со стороны военнослужащих и их участие в протестах, однако лишь в двух конкретных случаях было оказано вооруженное сопротивление государственной власти.[13] Первое крупное восстание против сталинизма было мирным.

Только в Биттерфельде и Гёрлице за первоначальными успехами последовали реальные шаги с целью взять власть в свои руки, создать свободно избранную городскую администрацию, а в Гёрлице – даже сформировать рабочее ополчение.

[11] *Heidi Roth*, Wilhelm Grothaus. Vom Antifaschisten zum „Faschistischen Provokateur“, в: Wahrheit – Gerechtigkeit – Versöhnung, Menschliches Verhalten unter Gewaltherrschaft. 6. Bautzener Forum. Bautzen 1995, с. 55–63.

[12] *Torsten Diedrich*, „Spitzbart, Bauch und Brille – ist nicht Volkes Wille!“ Revolution am 17. Juni 1953?, в: *Jörg Hillmann/Eckardt Opitz* (Hrsg.), 1789–1989 – 200 Jahre Revolutionen in Europa. Hamburg 2003, с. 117–135.

[13] См. *Diedrich*, Waffen.

У народного восстания 1953 г. в отличие от мирной революции 1989 г. не было времени для того, чтобы перерасти из массового движения в целенаправленную и руководимую силу. Создание межрегиональных забастовочных комитетов, комитетов и местных групп СДПГ документирует попытки, которые предпринимались почти во всех сравнительно крупных городах. Однако зрелости политического восстания эти попытки достигли только в регионах Биттерфельда и Гёрлица.[14]

И, наконец, оккупационная держава в 1953 г. в отличие от 1989 г. не была заинтересована в смене статуса-кво ГДР. Советское вмешательство вывело государственный аппарат ГДР из паралича.

Протестующие видели перед собой вооруженную силу, которая в целях сохранения режима СЕПГ принимала жесткие и решительные меры и которой они могли противостоять только силой оружия. Однако такого рода восстание СССР – как это было в Венгрии в 1956 г. – задушил бы, пролив еще больше крови. Тем самым народное восстание не способно было достичь главной цели – изменения политической системы в ГДР.

Режим СЕПГ получил возможность реставрировать свое господство. Наряду с расширением репрессивного аппарата, которое весьма смахивало на „внутреннюю мобилизацию сил против собственного наррода“[15], главное внимание диктатура СЕПГ уделила ликвидации оппозиционных течений. В связи с народным восстанием были арестованы около 14 000 человек, около 1 800 человек осуждены в судебном порядке.[16]

Политические чистки прошли во всех партиях и массовых организациях и во всех государственных и общественных сферах. Надзор над населением со стороны органов государственной безопасности, а также политических и общественных организаций был чрезвычайно расширен – ГДР стала государством всеобщей слежки. Последствия провалившегося народного восстания и политические репрессии долгое время почти не создавали возможности для того, чтобы появились какие-то оппозиционные течения.[17]

Позвольте мне кратко подвести итоги. Народное восстание, без сомнения, можно отнести к разряду демократических традиций германского рабочего движения, как и к разряду целого ряда антидиктаторских и антитоталитарных восстаний XIX и XX веков. Достижение социальной и политической свободы, а также основных прав человека и гражданских прав определяло характер основных требований в ходе движения протеста. При этом в 1953 г. произошла спонтанная поляризация сил, выступающих в защиту или против ГДР, во всем обществе; практически все слои населения участвовали в протестах, чего почти не было в рамках какого-либо массового движения в Германии прежде.

Восставшие рабочие в июне 1953 г. использовали формы борьбы рабочего движения прежних времен и символизировали тем самым после Второй миро-

[14] Анализ там же.
[15] *Diedrich*, Der 17. Juni 1953, с. 178–191.
[16] *Werkentin*, Politische Strafjustiz, с. 113–167.
[17] См. *Ehrhart Neubert*, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997.

вой войны демократические устремления немцев в сторону самоопределения и свободы. В силу этого народное восстание в ГДР нельзя сводить только к национальным аспектам или к воссоединению Германии в качестве цели, оно должно остаться в общественной памяти во всей своей широте как движение за демократию и свободу.

17 июня стало одновременно вехой в рамках международного противостояния систем – демократии и диктатуры в Европе. В этом плане оно приобретает значение как первое восстание против сталинистской общественной системы и как начало целого ряда восстаний против коммунизма, привлекших международное внимание. Народное восстание 1953 г. нашло свое отражение в Польше и Венгрии в 1956 г., во время „пражской весны“ в 1968 г., в Польше в 1980–1981 гг. и, наконец, в ГДР в 1989 г. Оно было превосходным примером кризиса легитимности сталинизма, так как именно пролетариат поднялся против политики той партии, которая утверждала, что, стремясь к социализму, она преследует интересы рабочих и крестьян. Его следует отнести также – как болезненный опыт – к истории режима коммунистического господства, а с точки зрения демократически устроенного мира, он был долгожданным предвестником готовности немецкого народа к сопротивлению диктатуре.

XX век был свидетелем того, как миллионы немцев с готовностью последовали за своим кайзером в 1914 г. на Первую мировую войну, а в 1939 г. за своим „фюрером“ – на Вторую мировую войну. После Первой мировой войны уставший от нее народ поднялся против монархии. Однако во время Второй мировой войны население – даже перед лицом безжалостной, истребительной войны, которую вел нацистский режим, и угрозы гибели немецкого народа – оставалось послушным статистом преступного руководства на сцене мировой истории. Оно продемонстрировало свою неспособность добиться демократии и прав человека вопреки диктатуре. Оказав сопротивление дикатуре СЕПГ, население ГДР показало, что оно не намерено безвольно подчиняться другой, на этот раз сталинистской диктатуре.

Кроме того, 17 июня оказало решаюшее влияние на мышление в разделенной Германии. Претензии ГДР на легитимность и на то, что только ее общественная модель является более подходящей для всех немцев, как и идея „притягательной силы“ для Федеративной Республики утратили свою актуальность в результате показа своего лица в виде сталинистской диктатуры. Опыт, связанный с действиями диктатуры за „железным занавесом“, стал также катализатором давно свершившегося раскола – как в умах населения, так и среди политиков на Востоке и Западе. В Федеративной Республике выросло убеждение в правильности обязательного курса на интеграцию с Западом. Противники же диктатуры СЕПГ должны были понять, что СССР силой оружия будет защищать гэдээровское государство и что в своей борьбе им не следует надеяться на поддержку со стороны западных держав.

Восточногерманскому государству оставались лишь привязка к СССР и зависимость от него для поддержания своего жизненного существования, а также создание „самостоятельной социалистической нации“. Государство СЕПГ, зависящее от милости Москвы, не легитимированное свободными выборами в стра-

не, нелюбимое населением и не признаваемое западным миром, в целях сохранения своего жизненного существования считало себя вынужденным держать в руках свой народ с помощью оружия. ГДР стала одним из самых милитаризованных государств мира. В 1953 г. социализм сталинистского образца показал себя на немецкой земле как ориентированную на сохранение власти, не способную к изменениям диктатуру.

В конечном счёте, народное восстание имеет большой политико-культурный идентификационный потенциал: в национальном масштабе для внутреннего единства Германии с ее разделенной историей и памятью; в европейских рамках и особенно с прицелом на Восточную Европу: как предостерегающий опыт диктатуры, с одной стороны, и прежде всего как транснациональная общая память о сопротивлении тоталитаризму и диктатуре, с другой.[18] Характер народного восстания с его требованиями демократии, борьба против тотального засилья в обществе и государственного гнета, а также борьба за реализацию основных прав человека и индивидуальных свобод – вот что делает ценным 17 июня 1953 г. (и другие события из истории сопротивления, о которых здесь докладывалось) сегодня и завтра как тему, посвященную демократическим устремлениям в обществе и хранящуюся в общественной памяти.

Самое позднее после того, как хлынул поток новых публикаций, посвященных 50-й годовщине 17 июня 1953 г., это событие считается одним из наиболее полно освещенных в германской послевоенной истории. И тем не менее отсутствуют важные моменты, необходимые для всеобъемлющего взгляда на историю:

– слишком мало мы знаем о том, на основе какого самопонимания советское руководство приняло решение о разгроме народного восстания;
– мы почти ничего не знаем о том, что думали и чувствовали советские солдаты, когда они защищали государство СЕПГ от мирно протестующих рабочих;
– мы не знаем, действительно ли в оккупационных войсках имело место сопротивление выполнению приказов, тем более что косвенные данные скорее опровергают легенду о 18 советских солдатах, расстрелянных по законам военного времени в Бидерице.

Здесь мы надеемся на интенсивное сотрудничество и на дальнейшее открытие советских архивов. Я считаю: жители Восточной Германии и России имеют общий опыт коммунистической диктатуры, и мы в долгу перед ними и перед общественностью в том, что касается совместного осмысления и преодоления прошлого.

[18] См. *Bernd Eisenfeld/Ilko-Sascha Kowalczuk/Ehrhart Neubert*, Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte. Bremen 2004.

Бернд Фауленбах

Оппозиция и сопротивление при сравнении трех диктатур

Заметки по поводу возможностей и границ сравнительных подходов

I. Постановка вопроса

Составной частью названия коллоквиума является понятие „сравнение диктатур“, однако невозможно не заметить трудности такого сравнения трех диктатур. Мы обсуждаем здесь тему сопротивления в третьем рейхе, сопротивления и оппозиции в Советском Союзе, и сопротивления и оппозиции в ГДР. Конечно же, для начала мы поставим в один ряд отдельные феномены, но возникает вопрос: как можно пользоваться сравнениями.

Сравнивать феномены сопротивления так трудно потому, что диктатуры весьма сильно отличались друг от друга. Сопротивление и оппозицию трудно обсуждать в отрыве от этих диктатур: возможности, формы и цели сопротивления и оппозиции в значительной мере определялись соответствующей диктатурой, которая поэтому в любом случае должна учитываться. Сюда следует добавить национальные политико-культурные различия, которые также необходимо привлекать к анализу, по крайней мере, в целях разъяснения. Работа историка состоит не в последнюю очередь в том, чтобы рассматривать и интерпретировать исторические феномены в их контекстах.

Само собой разумеется, что сравнение является легитимным методом работы историка. Сравнения при этом преследуют цель установить не только схожесть, но и различия; они могут в значительной мере помочь выделить специфику соответствующих феноменов. Разумеется – если смотреть абстрактно – возможно бесконечное число сравнений; однако они имеют смысл только тогда, когда сравниваемые феномены демонстрируют определенную схожесть.[1]

Позвольте мне попытаться в сжатом виде рассмотреть здесь возможности трех сравнительных возможностей, включенных в тему нашего коллоквиума.

[1] См. *Heinz Gerhard Haupt/Jürgen Kocka* (Hrsg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/M./New York 1996.

II. Национал-социалистическая диктатура и советская диктатура

Продолжительность существования и стабильность диктатуры существенным образом определяют характер сопротивления и оппозиции. Существует эффект нормативной силы фактического, если хотите, приспособления и привыкания к диктатуре. Как в Советском Союзе, так и в ГДР большинство людей, пожалуй, по прошествии определенного времени не видели уже перспективы преодоления диктатуры, разве только ее реформирования. Разумеется, и впредь развивались оппозиция или диссидентство (как на это реагировала система, здесь рассматриваться не должно); до определенной степени могли – в условиях значительной угрозы для себя – формироваться реформистски настроенные силы в правящих партиях. Однако если посмотреть в целом, то формирование сопротивления, ставящего перед собой целью преодоление диктатуры, было скорее редким явлением. Что касается национал-социалистической диктатуры, то здесь мы имеем дело с несравненно более коротким периодом времени, чем в случае коммунистической диктатуры. Таким образом, национал-социалистическая диктатура не была для современников само собой разумеющейся – даже если она представлялась как 1000-летний рейх: жизненные ориентации предшествующего времени еще существовали.

Как советская система, так и национал-социалистическая прошли через различные этапы, однако этапы советской системы были несравненно длиннее: в рамках представленной нами взаимосвязи это имеет важное значение в том плане, что условия для сопротивленческой и оппозиционной деятельности определялись соответствующим этапом. Установление диктаторской системы продолжалось в России в некотором отношении целое десятилетие и включало в себя – в отличие от Германии – революционизацию общества. В любом случае сопротивление и оппозицию на этом этапе все еще сильно определяли силы, противившиеся установлению диктатуры. С другой стороны, диктатура всеми силами пыталась нейтрализовать эти силы.

От этого этапа следует отличать (имеющий разную продолжительность) этап развитой диктатуры, в рамках которого, разумеется, могли происходить политические и общественные процессы. Здесь различия между обеими диктатурами и тем самым условия для деятельности сопротивления проявляются очень четко. Национал-социалистическая диктатура не базировалась на революционизации общества, однако она создала новое общество, поддерживала его в движении и правила им своеобразным способом. Контроль и контрольные аппараты в ее рамках имели заметно меньшие масштабы, чем в рамках советской системы, о чем свидетельствует, например, различная численность гестапо и советской тайной полиции. Система более активно действовала на субъективном уровне, пыталась добиться перманентной мобилизации населения. И хотя бюрократический контроль, в том числе и правление посредством запугивания были выражены слабее, это ничего не значит, особенно в том, что касается преступной энергии; однако их следует изучать в плане того, какое это имело зна-

чение для сопротивления (и сопротивленческого поведения). В любом случае и там, и там существовали специфические условия для сопротивления. Могла ли существовать оппозиция – и в том, и в другом случае – это вопрос спорный. Если взглянуть в целом, то – в плане тенденции – условия для сопротивленческого поведения в рамках национал-социалистической системы были более благоприятными, особенно там, где продолжали существовать традиционные сферы, не пронизанные полностью национал-социализмом.

И, наконец, у национал-социалистической системы, видевшей свою цель в войне (которая и привела к ее преодолению) не было этапа, который можно было сравнить с позднекоммунистическим; на этом этапе был открытым вопрос, в какой мере диктатура пойдет на реформы после смерти Сталина. Характерным явлением для этого этапа советской системы в плане сопротивленческого поведения представляется мне диссиденство.

Если взглянуть в целом, то будет ясно, что феномены сопротивления следует анализировать на фоне специфических условий существования диктатур, которые со временем могли меняться. Прежде чем делать амбициозные сравнения, следует тщательно изучить феномены сопротивления во всей их контекстуальной целостности.

III. Советская система и система СЕПГ

Многое, похоже, говорит в пользу того, чтобы провести эксперимент по сравнению этих двух коммунистических систем. Однако и здесь нельзя не увидеть проблемы в том, что касается сравнения советской диктатуры и диктатуры СЕПГ и относящихся к ним феноменов сопротивления.

Советский Союз был центром мирового коммунистического движения. После Второй мировой войны он правил огромной империей, куда входили и государства-сателлиты, в которых коммунистические системы были созданы при решающем участии советской власти. Так, ГДР и система СЕПГ были созданы в основном Советским Союзом, их структура ориентировалась на советскую модель. И все же в ГДР нашли свое проявление также традиции германского коммунистического движения и другие традиции.

Для сопротивления и оппозиции здесь существовали другие условия, нежели в Советском Союзе: система СЕПГ считалась делом рук советской власти, на ней явно также была видна печать советской модели, что – несмотря на деятельность или даже в силу деятельности офицеров-политработников советской военной администрации в Германии – облегчало возможность отвергать ее как навязанную извне. Сопротивление таким образом было сопротивлением не только против коммунистической диктатуры, но и в какой-то мере против иностранного господства. Сюда следует добавить притягательную силу Федеративной Республики, другого, более крупного и вскоре более влиятельного и успешного германского государства, на которое самым разнообразным способом ориентировались многие люди, в том числе и участники политического сопротивления.

И тем не менее оппозиция изменилась, когда стало ясно, что система СЕПГ – это не временное явление. Особенно с начала шестидесятых годов усилилась такая оппозиция, которая стремилась к реформированию коммунистической системы. При этом часто отдавалось предпочтение концепции „третьего пути“.

Феноменом сопротивления особого рода стало восстание 17 июня 1953 г. Оно не было запланировано определенными силами, а развивалось спонтанно в условиях специфической ситуации. Без сомнения, оно было направлено против диктатуры и – не будь вмешательства советских войск – привело бы к ее свержению. Один из современников-очевидцев увидел „историческое значение 17 июня“ в том, что „это было первое массовое восстание в эпоху тоталитаризма“.[2] За ним должны были последовать другие восстания в рамках системы коммунистического господства, восстания, у которых не было аналогов в Советском Союзе.

Сравнения между системой СЕПГ и другими коммунистическими режимами в Восточной Европе и развивавшимся в их рамках феноменом сопротивления кажутся более естественными, чем с Советским Союзом, первой страной, вставшей на путь пролетарской революции, и страной-матерью пролетарской революции. И все же даже система СЕПГ представляет собой особый случай, поскольку она была создана лишь в одной части Германии и тем самым испытывала трудности в том, что касается национальной идеи.

IV. Национал-социалистическая диктатура и диктатура СЕПГ

Что касается сравнения национал-социалистической системы и системы СЕПГ, то после 1989/1990 гг. его нередко проводили слишком бездумно. Тем не менее сравнение является естественным в том плане, что обе системы существовали в одних и тех же национальных рамках, хотя одна после другой. Несмотря на идеологический антагонизм и многообразные различия здесь все же можно провести сравнения, правда, весьма специфическим способом. Позволительно задаться вопросом о преемственности и отсутствии преемственности не только на институциональном уровне, но и на уровне политического поведения в рамках обоих режимов.[3]

Особенно в том, что касается сопротивления и оппозиции – преемственности и отсутствия преемственности – можно констатировать как некоторое сходство между двумя диктатурами, так и существенные различия.

1) В рамках обеих диктатур существовала церковная оппозиция (при этом речь идет прежде всего о евангелической церкви); католическая церковь уже в си-

[2] *Max Diamant*, Der 17. Juni 1956, zitiert nach Gerhard Beier, в: *Bruno Köbele* (Hrsg.), Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran, Frankfurt/M. 1993, с. 22–23.

[3] См. *Bernd Faulenbach*, Politisches Verhalten im NS-System und im SED-System – Zur Frage von Kontinuität und Diskontinuität, в: *Friedhelm Boll* (Hrsg.), Verfolgung und Lebensgeschichte. Diktaturerfahrungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Deutschland, Berlin 1997, с. 267–284.

лу численности католиков была представлена в ГДР сравнительно слабо. В условиях национал-социалистической диктатуры сопротивление сформировалось в силу конфликта в рамках самой церкви, в который вмешивался режим; в другом же случае церковная оппозиция была результатом антирелигиозной и антицерковной политики СЕПГ, которая лишь постепенно уступила место умеренной политике. В обоих случаях оппозиция христиан-протестантов была главным образом реакцией на политику диктатуры.

2) Антигитлеровское движение сопротивления 20 июля 1944 г., участниками которого были главным образом представители старой военной и управленческой элиты, после провала покушения было в основном ликвидировано. Немногие оставшиеся в живых отнюдь не имели какого-то особого общественного положения в советской оккупационной зоне/ГДР; все было наоборот: представители движения 20 июля также потеряли свою собственность, вскоре они считались „плоть от плоти империализма".[4] Из этой среды не могла сформироваться оппозиция системе СЕПГ, база этой оппозиции исчезла в ходе войны и послевоенного времени.

3) Особая тема – разгромленное Гитлером рабочее движение, часть которого, однако, стала участвовать в сопротивлении или эмигрировала. Здесь следует – в том, что касается периода национал-социализма и послевоенного периода – различать между социал-демократическим рабочим движением и коммунистами:

   a) Социал-демократы стали преследоваться уже в первые месяцы после прихода Гитлера к власти, при этом поначалу часть из них пыталась отстаивать свои позиции в трудных обстоятельствах. К сопротивлению социал-демократы были подготовлены плохо, тысячи из них эмигрировали. В то время как многие социал-демократы надеялись как-то „перезимовать" в третьем рейхе, некоторым группам партийцев и профсоюзников, включая эмигрантские круги, удалось создать сеть сопротивления, которую гестапо, однако, к середине тридцатых годов в основном ликвидировало. Тот факт, что видные представители социал-демократии присоединились к движению сопротивления, которое привело к 20 июлю 1944 г., и стремились к тому, чтобы одновременно выступить с оружием в руках, пусть будет упомянут вскользь.
   После Второй мировой войны в советской оккупационной зоне социал-демократы сразу же оказались в трудном положении. Правда, и в среде социал-демократов имелась тенденция к тому, чтобы положить конец братоубийственной борьбе в рабочем движении путем создания новой партии. Но тот факт, что такой шаг был предпринят под эгидой коммунистов, толкнул немалое число социал-демократов на путь оппозиции. Разумеется, и теперь многие социал-демократы снова попытались „перезимовать"; они надеялись на быстрое восстановление германского единства, но как раз те из них, кто хотел сохранить социал-демократическую самобытность, невольно оказались на антикоммунистических позициях и стали преследоваться.

[4] *Albert Norden*, Die Bedeutung des 20. Juli, в: Weltbühne 1947, № 19, с. 555–556.

Существует множество социал-демократических биографий, которые свидетельствуют о том, что социал-демократы, находившиеся в оппозиции против Гитлера и подвергавшиеся преследованиям, после 1945 г. вновь подверглись преследованиям в советской оккупационной зоне, поскольку они отстаивали социал-демократию.[5] Здесь содержится указание на преемственность сопротивленческого поведения в условиях обеих диктатур. Между прочим, и при диктатуре СЕПГ социал-демократы удалились путем бегства за рубеж – на этот раз в Западную Германию.

b) Совсем по-другому выглядят „заключения“ в отношении коммунистов. Без сомнения, коммунисты понесли самые большие по численности жертвы в борьбе с национал-социалистической диктатурой; в то же время их особенно рано нейтрализовали, что, однако, не должно вести к забвению оказанного ими сопротивления.

В советской оккупационной зоне поначалу были проведены „антифашистско-демократические преобразования“, однако на этот ранний этап приходится уже осуществленное с помощью насильственных средств объединение коммунистов и социал-демократов. С появлением номенклатурных кадров в ленинистско-сталинистском партийном понимании началось установление диктаторского режима, прикрытого Национальным фронтом. Мы не можем не констатировать: коммунисты и их сторонники, которые самыми различными способами боролись с нацизмом и подвергались преследованиям, во все большей мере сами становились властной элитой в рамках вылепленной ими диктатуры, использовавшей террор как политическое средство. Это, разумеется, облегчалось тем, что антифашисты-коммунисты никак не были сторонниками западной демократии; скорее они были в определенной мере верующими, стремившимися изменить ситуацию революционными методами. Часть новой „антифашистской“ элиты прибыла из московской эмиграции, небольшая часть – из стран Запада, третья часть выжила в Германии, нередко находясь в концлагерях и тюрьмах. Противоречия между этими группами быстро росли, московская группа заняла главенствующее положение. Нельзя не заметить, что люди из кругов сопротивления и эмиграции, а также жертвы национал-социалистической системы становились носителями репрессий, проводившихся сталинистской системой, своего рода преступниками; однако, порой они снова становились жертвами. Насколько сложно обстояли дела конкретно, Лутц Нитхаммер и Карин Хартевиг показали на примере „красных капо“ в Бухенвальде.[6] Здесь особенно удручающим образом становится видна взаимосвязь между обеими диктатурами.

Подведу итоги в том, что касается затронутой здесь лишь в общих чертах темы сопротивления в рамках национал-социалистической диктатуры и диктатуры

[5] См. *Friedhelm Boll*, Sprechen als Last und Befreiung. Holocaust-Überlebende und politisch Verfolgte zweier Diktaturen, Bonn 2001.

[6] *Lutz Niethammer* (Hrsg.), Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994.

СЕПГ. Мы можем констатировать как преемственность, так и явное отсутствие преемственности в том, что касается сопротивления или соответственно сопротивленческого поведения в условиях национал-социалистической диктатуры и диктатуры СЕПГ.

– Некоторые политические и общественные группы, обратившие на себя внимание своим сопротивленческим поведением в третьем рейхе, оказались в конфликте и с диктатурой в советской оккупационной зоне и ГДР. Мною были упомянуты социал-демократы, сюда же следует причислить представителей интеллигенции, религиозные группы, например, группы „Свидетелей Иеговы". Гунтер Фиппель еще некоторое время тому назад насчитал 200 случаев, когда имеются факты того, что такие люди преследовались как в третьем рейхе, так и в советской оккупационной зоне в ГДР, среди них – значительное число евреев, эмигрантов, в том числе коммунистов, тех, кто был в эмиграции на Западе, бывших бойцов интербригад в Испании, приверженцев „Свидетелей Иеговы", участников заговора 20 июля 1944 г.; эти группы – лишь малая часть примеров.[7] Фридхельм Болль показал примеры двойного сопротивления и двойного преследования, характерные для целого ряда социал-демократов.[8]
– Но невозможно не заметить также тех людей из кругов сопротивления и эмиграции, которые строили новую диктатуру, при этом порой воспринимая ее как воспитательную. Накопленный в период национал-социализма опыт они перерабатывали весьма специфическим образом.
– История политического поведения, выходящая за рамки периода смены эпох в 1945 г., должна была бы присмотреться прежде всего к большинству населения, ко многим, кто был попутчиком в третьем рейхе и мирились также с новой системой. При этом надо, правда, исходить из того, что Гитлер и национал-социализм пользовались более широким одобрением, чем система СЕПГ, по поводу которой Гюнтер Шабовски, член последнего Политбюро, высказывает предположение о том, что максимум одну треть населения удалось действительно привлечь на ее сторону и речь шла о том, чтобы в любом случае не настроить против себя еще одну треть.[9] История поведения должна была бы, между прочим, задаться вопросом о преемственности в том, что касается условий жизни в еще более давние времена. А также о длительной действенности нелиберальных традиций, которыми смогли воспользоваться обе системы.

7 *Günter Fippel*, Antifaschismus als Integrationsideologie und Herrschaftsinstrument, в: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Bd. III, 1, Baden-Baden/Frankfurt/M. 1995, с. 110–120; см. также *Günter Fippel*, Antifaschisten in „antifaschistischer" Gewalt: Mittel- und ostdeutsche Schicksale in der Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur 1945–1961, Guben 2003.

8 См. *Boll,* Sprechen als Last.

9 Слушания в тематической комиссии Германского Бундестага 26.1.1993, в: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Bd. II, 1, с. 416 и сл., особ. с. 501 и сл.

V. Заключительные замечания

Должно быть ясно видно, что постановку вопроса о преемственности и об отсутствии преемственности в сопротивлении и сопротивленческом поведении я считаю особенно продуктивной. Это относится к Германии вне зависимости от рамок той или иной диктатуры, однако это можно было бы попытаться использовать и в приложении к более чем 70 годам советского режима.

Одновременно, пожалуй, стали четко видны и различия, относящиеся к понятию „сопротивление". Если есть стремление проанализировать их с учетом их специфики, то следует учитывать следующие моменты:

1) Специфику диктатуры и этапы ее развития (этап установления, этап расцвета, поздний этап): феномены сопротивления в значительной мере связаны с той или иной диктатурой или с одним из ее этапов.
2) Международные рамочные условия и возможность блокирования коммуникации с заграницей: транснациональная коммуникация и атмосфера разрядки облегчали сопротивление и оппозиционную деятельность.
3) Цели (преодоление или ликвидация), социальную базу, организационную форму или соответственно структуру (сравнительно свободно организованные круги, конспиративные группы и так далее), методы и формы деятельности (от восстания и целенаправленных акций до диссиденства): только посредством многомерного сравнения можно охватить чрезвычайно разнообразные феномены сопротивления в сравнительном плане.

В какой-то мере феномены сопротивления характеризуют ту или иную диктатуру и этап ее развития. Но, с другой стороны, они указывают на многообразие мышления, действий и жизни за рамками диктатуры. Многое говорит в пользу создания типологии сопротивления и сопротивленческого поведения. Но поначалу следует тщательно проанализировать отдельные феномены, при этом уже можно подумать и о перспективе сравнений.

III. Поддержанные комиссией проекты

Исследование, издание документов

Вернер Линк

Германо-советские отношения: от Московского договора (1970) до объединения Германии

I. Введение: закрепление германо-советского модус вивенди в договорном порядке

В эпоху американо-советской биполярности и противостояния Востока и Запада отношения между Федеративной Республикой Германия и СССР в значительной мере зависели от развития международных отношений, в частности от меняющихся методов урегулирования мирового политического конфликта[1]. Страна на переднем крае западного союза и восточная супердержава находились в принципиально антагонистических отношениях друг к другу, а проявления системного конфликта ценностей и способов реализации власти усугублялись наличием конфликта национального (разделение Германии). Решающим в урегулировании восточно-западного конфликта в конце шестидесятых – начале семидесятых годов стало то обстоятельство, что ядерное равновесие, обусловленное способностью Советского Союза нанести ответный ядерный удар, диктовало необходимость проведения политики разрядки супердержавами-антагонистами. Эта разрядка не ликвидировала конфликт, она была призвана смягчить его за счет привнесения элементов кооперации и интеграции с тем, чтобы предотвратить ядерную войну, а значит и взаимное уничтожение, гарантировать выживание и – в буквальном смысле – обеспечить некий модус вивенди. В приложении к советско-(западно)германским отношениям[2] эта политика нашла свое воплощение в Московском договоре от 12 августа 1970 г. и Четырехстороннем соглашении по Берлину от 3 сентября 1971 г., которые, будучи взаимосвязанными, вступили в силу одновременно 3 июня 1972 г.[3]

[1] См. *Werner Link*, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der Internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart u. a. ^{2}1988.

[2] Далее в тексте отношения между ФРГ и СССР обозначаются как „германо-советские отношения“, за исключением случаев, когда речь идет о цитатах из советских документов.

[3] Цитаты из Восточных договоров, Соглашения по Берлину и Договора об основах сотрудничества даются, если не указано иное, из публикации в: *Auswärtiges Amt* (Hrsg.), Dokumentation zur Entspannungspolitik der Bundesregierung, Bonn ^{7}1979.

Московский договор, история принятия которого рассмотрена в другой работе[4], следует охарактеризовать как промежуточный шаг между периодом сохранения статус-кво и переходом к мирному процессу. Федеративная Республика Германия и Советский Союз – как гласила статья 1 – исходили из „существующей фактической ситуации“ в Европе, т. е. из сложившегося территориального и геополитического статус-кво. Они брали на себя обязательства мирного урегулирования разногласий и отказа от применения силы (ст. 2). В соответствии с этими целями и принципами, они объявили „нерушимыми“ существующие границы в Европе, а именно западную границу Польши по линии рек Одер и Нейсе, а также границы между ФРГ и ГДР; кроме этого, они заявили о том, что „не имеют каких-либо территориальных претензий к кому бы то ни было и не будут предъявлять таковых в будущем“ (ст. 3). Таким образом, Федеративная Республика Германия взяла на себя конкретные обязательства, но так и не объявила об официальном признании существующих границ. В одной из согласованных с Советским Союзом нот, направленной в адрес западных держав до парафирования Московского договора (7 августа 1970 г.), правительство ФРГ заявило, что ввиду отсутствия мирного договора сохраняются и не затрагиваются права четырех держав в отношении Германии и Берлина. А в „Письме о германском единстве“, переданном Советскому Союзу, правительство ФРГ констатировало,

> „что настоящий договор не противоречит политической цели Федеративной Республики Германия, направленной на создание такого мира в Европе, в условиях которого немецкий народ, свободно распоряжаясь своей судьбой, вновь обретет единство“.

Итак, после заключения Московского договора (а также Варшавского договора между ФРГ и Польшей от 7 декабря 1970 г.) оставалась правовая и политическая возможность „ревизионизма“ в вопросе воссоединения Германии. Чего нельзя сказать – несмотря на упоминание темы заключения мирного договора – о территориальном ревизионизме в отношении бывших восточных немецких территорий. В одной из нот в адрес трех западных держав (19 ноября 1970 г.) после парафирования Варшавского договора правительство ФРГ подчеркнуло, что оно действовало „только от имени Федеративной Республики Германия“, то есть, участие общегерманского суверена в пограничном вопросе не предусматривалось. Однако в официальной памятке федерального правительства в связи с Варшавским договором черным по белому говорилось[5]:

> „Федеративная Республика Германия не будет подвергать сомнению линию Одер-Нейсе в качестве западной границы (Польши); она не ставит свою позицию в зависимость от того, когда будет найдено мирное решение германского вопроса в рамках мирного договора.“

[4] *Werner Link*, Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien, в: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), с. 295–315; см. также *Werner Link*, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt, в: *Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link*, Republik im Wandel 1969–1974 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5/1), Stuttgart/Mannheim 1986, с. 161–282.

[5] Там же, с. 193.

Поскольку западные союзники также высказались в пользу границы по Одеру-Нейсе, повода для пересмотра границ в рамках мирного договора более не оставалось.

Политический конец территориального ревизионизма, с точки зрения Германии, разумеется, не исключал усилий в направлении мирных преобразований в Центральной и Восточной Европе. Правительство ФРГ надеялось, что эти перемены затронут ГДР и будут способствовать германо-германскому сближению. Именно это и хотел предотвратить Советский Союз путем заключения различных договоров. С советской точки зрения, Московский договор, а затем и Договор об основах отношений между ФРГ и ГДР, не должны были способствовать германо-германскому сближению и переменам в Восточной Европе, и уж тем более они не были призваны открыть путь к объединению Германии. В перспективе Федеративная Республика Германия была нацелена на воссоединение и даже в связи с Московским договором не собиралась отказываться от этой политики, согласно которой мирное политическое решение по пересмотру германского вопроса не противоречит договору. Все это свидетельствовало и о том, что принципиальное противоречие между ФРГ и Советским Союзом сохранилось. Перефразируя высказывание Эгона Бара[6], это противоречие интересов не снималось Московским договором, а наоборот – лежало в его основе. Более того, в договоре об основах отношений с ГДР оно было отражено в преамбуле. В 1970 г. невозможно было предвидеть, какую роль политический ревизионизм со стороны ФРГ сыграет в германо-советских отношениях в будущем. В ближайшей же перспективе предусматривалось улучшение и расширение практического сотрудничества в экономической, научной, технической и культурных сферах (смотри преамбулу Московского договора, последний абзац) – несмотря на наличие разногласий по принципиальным вопросам. Итак, Московский договор не решал спорных вопросов, а лишь фиксировал подлежащий оформлению в будущем модус вивенди[7] путем квалифицированного и конкретного отказа от применения силы на основании территориального статус-кво.

Аналогичный вывод можно сделать в отношении Четырехстороннего соглашения по Западному Берлину от 3 сентября 1971 г., предусматривавшего обес-

[6] См. запись Бара от 18 сентября 1969, в: *Institut für Zeitgeschichte* (Hrsg.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1969, II, Dok. 295, с. 1040.

[7] Согласно международному праву, модус вивенди – „международный термин, означающий временное урегулирование отношений сторон на период до разрешения спора между ними“. *Edmund Jan Osmansczyk* (Hrsg.), The Encyclopedia of United Nations and International Agreements, Philadelphia/London 1985, с. 518.

Правительство Брандта-Шееля неоднократно подчеркивало в своих публичных заявлениях и внутренних документах, что Московский договор носит характер модус вивенди. Несмотря на активную критику Восточных договоров, находившийся в оппозиции блок ХДС/ХСС согласился с такой интерпретацией правительства. См. Совместное заявление бундестага от 17 мая 1972 г., согласованное с советским правительством и включенное в процедуру ратификации договора Советским Союзом. То есть, в данном случае имеет место аутентичное толкование. К вопросу о реакции ХДС/ХСС на политику, проводимую социально-либеральной коалицией в отношении Востока и Германии, см. *Andreas Grau*, Gegen den Strom, Düsseldorf 2005.

печение беспрепятственного доступа в Западный Берлин и выезда из него, некоторые другие меры по улучшению положения, и ставшего, тем самым, вкладом Советского Союза в процесс заключения Московского договора. Несмотря на существующие различия в правовой оценке ситуации между тремя западными державами и Советским Союзом, государства-победители (при скрытом и тайном содействии федерального правительства)[8] согласовали как совместные, так и отдельные заявления обеих сторон „с учетом существующего положения на указанной территории". Западный Берлин сохранял, как и прежде, особый оккупационный статус, не являлся составной частью (конститутивной частью) Федеративной Республики Германия и не подлежал управлению со стороны ФРГ. Предусматривалось „поддержание и развитие" связей между ФРГ и Западным Берлином и в то же время ограничение демонстративных актов присутствия ФРГ в Западном Берлине. На международной арене Западный Берлин представляет Федеративная Республика Германия. Международные соглашения *могут* распространяться и на Западный Берлин при наличии специальной договоренности на этот счет и при условии, что они не касаются вопросов безопасности и статуса. Но, прежде всего, как уже упоминалось выше, впервые был урегулирован, т. е. одобрен Советским Союзом, вопрос беспрепятственного гражданского транспортного сообщения между Федеративной Республикой Германия и Западным Берлином. Договор о транзитном сообщении, согласованный по поручению четырех держав между ФРГ и ГДР, был включен в Четырехстороннее соглашение по Западному Берлину.

Формула „поддержания и развития" связей между Западным Берлином и Федеративной Республикой Германия привнесла в сложившийся статус-кво элемент динамики, который, однако, с самого начала был обременен различиями в толковании понятия „связи" (*ties, liens, svjazi*) – идет ли речь только о транспортных и коммуникационных связях, или данное понятие включает и политико-правовые отношения. Именно вторая версия соответствовала логике Четырехстороннего соглашения, хотя и в этом случае оставалось неясным, в какой мере эти связи между Западным Берлином и ФРГ можно было „развивать" путем добавления новых элементов, не нарушая при этом положения об ограничении статуса Западного Берлина. Дело в том, что в Четырехстороннем соглашении речь шла не о решении проблемы Берлина, а о компромиссном урегулировании данного вопроса. Соглашение фиксировало и улучшало „существующее положение" в Берлине и вокруг него, статус-кво разделенного города и включало Западный Берлин в тот модус вивенди, который был создан Федеративной Республикой Германия в результате заключения Московского и Варшавского договоров. А возможно это стало потому, что два главных антагониста в конфликте Востока и Запада серьезно занимались проведением политики разрядки. Как,

[8] Данное содействие оказывалось в рамках боннской „группы четырех" (представители трех западных держав и ФРГ), а также в рамках секретных совещаний между американским послом Рашем, послом СССР Фалиным и статс-секретарем Баром. Смотри примечание 4 выше и *Andreas Wilkens*, Der unstete Nachbar, Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974, München 1990 (особ. с. 129–176).

в своё время, блокада Берлина возвестила начало холодной войны в Европе, так, в свою очередь, соглашение по Берлину стало сигналом к разрядке.

Для германской политики огромное значение имел тот факт, что интегрированный в Четырехстороннее соглашение договор о транзите повлек за собой переговоры по двустороннему общему договору о транспортном сообщении и договору об основах отношений с ГДР. Основа содержания договора между ФРГ и ГДР (21 декабря 1972 г.) была намечена еще в Москве в 1970 г.[9] А во время тяжелых переговоров в Восточном Берлине и Бонне (июнь–ноябрь 1972 г.) стало ясно, что по основным вопросам советским руководством уже было принято решение. Прорыв был достигнут в ходе интенсивных переговоров Бара с Громыко и Брежневым 9 и 10 октября.[10] ГДР прочно оставалась в сфере ответственности Советского Союза, но и в отношениях между обоими немецкими государствами создавался определенный модус вивенди.

В середине 1973 г. (когда был парафирован и Пражский договор), то „единое целое“, которое Федеративная Республика Германия и Советский Союз определили в „Заявлении о намерениях“ при подписании Московского договора,[11] было согласовано в договорном порядке.

II. Двусторонние и многосторонние отношения в рамках германо-советского модус вивенди в семидесятые годы

Пока международная политика определялась отношениями разрядки между супердержавами, шансы на выстраивание германо-советского модус вивенди оставались „объективно“ благоприятными. С субъективной точки зрения, этому способствовал и тот факт, что в результате состоявшейся сразу после подписания Московского договора 12 августа 1970 г. четырехчасовой беседы между Брежневым и Брандтом о перспективах германо-советских отношений возникли „основы доверия“, создававшие, как тогда казалось, предпосылки для дальнейшего развития.[12] В Москве, несмотря на остающиеся разногласия и противоречия, оба политических лидера подтвердили свое намерение расширять сотрудничество „во всех сферах“ „на основе взаимных интересов“. При этом Брежнев подчеркнул главенство политических вопросов и добавил: „Самое важное в поли-

[9] См. п. 6 „Основных принципов договора с СССР“ („Leitsätze für einen Vertrag mit der UdSSR“) от 20 мая 1970, в: AAPD 1970, II, Dok. 221, с. 823, который был включен вторым пунктом в совместное Заявление о намерениях, сделанное при подписании Московского договора.

[10] См. стенограмму переговоров, в: AAPD 1972, III, Dok. 317 и 320, с. 1465–1475 и с. 1485–1491.

[11] Первое предложение Совместного заявления (см. примечание 9 выше).

[12] Запись Бара от 13 августа 1970, в: AAPD 1970, II, Dok. 389, с. 1465 и сл. Одновременно была достигнута официальная договоренность о налаживании конфиденциального „канала“ между Брежневым и Брандтом. Такой „неофициальный“ канал существовал еще с декабря 1969 г. и использовался во время переговоров по Московскому договору.

тической области: независимость политики ФРГ по отношению к Советскому Союзу“ (т.е. независимость германской политики в отношении СССР от влияния со стороны США).[13]

1. Дух Ореанды

Вероятно, именно надежда на то, что Германия будет проводить политику в стиле де Голля[14], двигала Брежневым, когда в сентябре 1971 г. он пригласил канцлера ФРГ на неофициальную встречу в Ореанде в Крыму, место, где Генеральный секретарь проводил свои отпуска. Эти ожидания, по мнению немецкого руководства, были весьма проблематичны. В своей первой обстоятельной беседе с Брежневым в Ореанде (17 сентября 1971 г.)[15] Брандт попытался отчётливо разъяснить свою позицию: он хочет выступать в качестве „самостоятельного и солидного партнера“ в отношениях с Советским Союзом, и чтобы его, соответственно, воспринимали таковым. Независимость политики по отношению к Советскому Союзу по Брандту заключалась в том, что правительство ФРГ „даже лучшим друзьям“ не предоставляет „права вето“. В то же время, по словам Брандта, свои ограничения на двусторонние германо-советские отношения накладывал следующий принцип: „Лояльность по отношению к союзникам + не за чужой счет“[16]. Другими словами, реальная политическая зависимость Федеративной Республики Германия от потребности в защите со стороны западного альянса, в особенности со стороны США, обосновывала, как позже выразился Брандт, „ограниченный билатерализм“.

Данное уточнение, несколько сдерживающее надежды советского руководства, очевидно, не имело негативного влияния на встречу в Ореанде, проходившую в период с 16 по 18 сентября 1971 г. Обе стороны изложили свои позиции на доверительной основе – в исключительной атмосфере курортного отдыха. В целом обмен мнениями занял шестнадцать часов (два рабочих заседания и неформальные беседы во время ужинов, купания и поездках на катере). Никогда прежде советский генеральный секретарь не вел столь длительной и необычной дискуссии с западным государственным деятелем!

В ходе встречи обсуждались двусторонние проблемы и проекты, в т.ч. соглашения по торговле и транспортному сообщению, интеграция Берлина во все соглашения, важные международные вопросы и события, причем Брежнев особо подробно остановился на советско-китайском конфликте.[17] Основным вопросом

[13] Разговор Брандта и Брежнева в Москве, 12 августа 1970, в: AAPD 1970, II, Dok. 388, с. 1451–1452 и с. 1455.

[14] В беседе с Брандтом 12 августа 1970 г. Брежнев прямо ссылается на де Голля: „Когда, к примеру, де Голль приобрел самостоятельность в вопросах внешней политики, наши отношения стали позитивно развиваться во всех областях.“ Там же, с. 1453–1454.

[15] AAPD 1971, II, Dok. 311, с. 1385–1399 (здесь с. 1386).

[16] Рукописные „Notizen für Krim, September 1971“, изданы в: *Link*, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt, с. 225; см. также *Willy Brandt*, Begegnungen und Einsichten, München/Zürich 1978, с. 459–470. В отношении используемого Брандтом понятия „ограниченный билатерализм“ см. *David Binder*, The Other German. Washington 1975, с. 286.

[17] Впоследствии (в т.ч. в беседе с канцлером Шмидтом 30 октября 1974 г.) Брежнев тоже подробно останавливался на конфликте с Китаем. „Китайский“ фактор был катализа-

по Европе стало запланированное Совещание по безопасности и сотрудничеству в Европе и переговоры о взаимном сокращении вооружённых сил и вооружений между НАТО и Организацией Варшавского договора (ВССВС). Брандт привел аргументы в пользу распространения политики разрядки на военную сферу как первоочередной задачи, заявив о необходимости достижения „согласия о взаимном сокращении вооруженных сил и вооружений при сохранении равновесия“[18]. Бар и Александров, которые сопровождали начальников и вели переговоры на своем уровне, договорились о том, что сокращение вооруженных сил и вооружений в Европе должно проходить „без ущерба для участников“.[19] Кроме этого, была достигнута договоренность о том, что сокращение войск не должно ограничиваться территорией обоих немецких государств и военными базами двух супердержав.

Однако достигнутое в Ореанде понимание общих принципов ВССВС, расцененное немецкой стороной как знак новых, направленных на кооперацию, отношений между Федеративной Республикой Германия и Советским Союзом, могло иметь лишь ограниченный эффект. Ввиду имеющихся различий интересов с самого начала было неясно, можно ли будет на основе этих принципов разработать взаимоприемлемый режим контроля над вооружениями. О какой-то общности интересов нельзя было говорить в рамках самого Запада, даже в отношениях между ФРГ и Францией (которая отказалась от участия в процессе ВССВС). Да и окончательное решение о созыве СБСЕ и конференции по ВССВС было принято не Брандтом и Брежневым в Ореанде, а двумя супердержавами и лидерами обоих альянсов в Москве во время визита Никсона в мае 1972 г.

В плане германо-советских отношений встреча в Ореанде также не оправдала ожиданий немецкой стороны, чего она, как и весь Запад, охваченный синдромом Рапалло, и опасалась. В начале следующего года Брандт, выступая перед правлением партии, вынужден был констатировать, что „к сожалению, Советский Союз не идет на сотрудничество в той мере, в какой мы это себе представляли. Необходимо продолжить работу над этой проблемой.“[20] Такая возможность представилась во время визита Брежнева в Бонн в мае 1973 г. – но дала лишь незначительный успех. Не удалось урегулировать принципиальный спор по правильному толкованию Четырехстороннего соглашения о Берлине. После длительных и упорных попыток согласовать приемлемое для обеих сторон положение о Берлине в заключительной части соглашения стороны смогли договориться лишь о некоем компромиссе (Петерсбергское заявление), заключавшемся в том, что „строгое соблюдение и исполнение соглашения по Берлину в полном объеме“ является существенным условием долговременной разрядки

тором советской политики разрядки по отношению как к США, так и ФРГ. См. также *M. E. Sarotte*, Dealing with the Devil. East Germany, Détente, and Ostpolitik 1969–1973, Chapel Hill/London 2001.

18 Беседа Брандта с Брежневым 17 сентября 1971 г, в: AAPD 1971, II, с. 1392.

19 Abschluss-Kommuniqué, в: Europa-Archiv (далее сокращенно „EA“) 1971, с. D 472.

20 Заседание правления СДПГ, 26 января 1973.

и улучшения германо-советских отношений.[21] Как вскоре стало ясно, это мало что давало по сути.

В обстоятельном послании в адрес генерального секретаря Брежнева от 30 декабря 1973 г.[22] федеральный канцлер подвел итог прошедшему году – итог весьма разочаровывающий, несмотря на наличие некоторых позитивных сдвигов. Брандт констатировал, что

„по существенным вопросам мы пока не вышли на тот уровень отношений, который мы оба, в чем я убежден, считаем необходимым для того, чтобы политика разрядки в Европе и в мире добилась стойкого успеха".

Наряду с трудностями в экономическом сотрудничестве, Брандт подробно остановился на все еще не решенном вопросе распространения действия германо-советских соглашений об оказании правовой помощи, о научно-техническом сотрудничестве и об охране окружающей среды на Западный Берлин и его жителей. Главный же призыв, сформулированный Брандтом в конце его письма, касается политики ГДР после заключения Договора об основах отношений. На конкретном примере удвоения минимальной суммы валюты, подлежащей обмену при посещении ГДР, федеральный канцлер проиллюстрировал негативные последствия политики обособления ГДР (в письме он, разумеется, использовал другую формулировку). Он буквально заклинал Брежнева:

„Сложившаяся ситуация вынуждает меня указать Вам на опасность того, что подобное негативное развитие может серьезно подорвать усилия моего правительства по расширению политики разрядки. Я был бы Вам признателен, если бы Вы обратили Ваше внимание на данную проблему".

В свете этих трудностей вряд ли можно было говорить о каком-то новом качестве германо-советских отношений, если только не считать таковым жесткое обращение напрямую к Советскому Союзу как покровителю ГДР. Брежнев, напротив, даже хотел, чтобы „разделение, пропасть между ГДР и ФРГ [...] стала еще глубже".[23]

Всего лишь месяц спустя разногласия с Советским Союзом по вопросу интерпретации Четырехстороннего соглашения по Берлину обострились до предела. Решение правительства ФРГ (согласованное с западными державами) о создании в Западном Берлине Федерального ведомства по охране окружающей среды Советский Союз и ГДР расценили как грубейшее нарушение соглашения по Берлину и заявили о его неприемлемости. За день до принятия данного решения, 23 января 1974 г. ГДР пригрозила официальным демаршем в сочетании с мерами по усилению контроля и ограничением транзитного сообщения, в частности запретом на пересечение границы сотрудниками Федерального ведомства по охране окружающей среды (позднее эта угроза была реализована). В этих обстоятельствах одного обращения к советскому руководству было недостаточно. 28 января федеральный канцлер был вынужден направить официальное пись-

[21] Опубликовано в EA 1973, с. D 337.
[22] AAPD 1973, III, Dok. 426, с. 2076–2078.
[23] Беседа Брежнева с Хонеккером, 28 июля 1970. См. *Peter Przybylski*, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, с. 280–288 (здесь с. 287).

мо[24] американскому президенту с просьбой оказать воздействие на Советский Союз с тем, чтобы последний заставил ГДР восстановить беспрепятственное транзитное сообщение. Этот „крайний случай“ показал, что решающую роль играл не дух Ореанды, а именно сила Вашингтона, поддержка, оказываемая ФРГ и Западному Берлину со стороны американской супердержавы; а германо-советский билатерализм с его политикой разрядки на самом деле имел лишь ограниченные возможности. Берлин был и оставался впоследствии (на переговорах по отдельным соглашениям) мерилом качества германо-советских отношений.

Еще во время государственного визита Брежнева в Бонн в мае 1973 г. стало очевидно, что при всей своей исключительности Ореанда так и не смогла задать тон последующим германо-советским отношениям. Второй Ореанды не было. После смены правительства в Бонне имели место „нормальные“ – за исключением Хельсинки (1975) – официальные встречи на высшем уровне, которые проходили попеременно в обеих столицах. В этих встречах участвовали и министры иностранных дел Громыко и Геншер (а до него Шеель), которые, собственно, и готовили их в рамках отдельных переговоров в Москве и Бонне. Помимо этого, начиная с 1974 г., в соответствии с договоренностью, достигнутой на встрече первых лиц в Москве, стали проводиться ежегодные консультации министров иностранных дел, периоды между которыми были заполнены напряженными дипломатическими буднями.

В центре этого двустороннего процесса находились две проблемные сферы: экономическое сотрудничество, по которому разногласий было не так много (см. раздел 3) и наиболее спорная сфера – политика безопасности (см. раздел 4). Германо-советский билатерализм был интегрирован в многосторонний процесс СБСЕ и ВССВС (см. раздел 2).[25] Во всех случаях нерешенные спорные вопросы по Берлину и Германии могли привести к кризису.

2. В контексте многосторонних отношений (СБСЕ)

Неоднократные заверения обеих сторон в том, что посредством общеевропейского совещания они преследуют общие интересы – развитие разрядки в Европе, никого не могли ввести в заблуждение: основополагающие концепции не просто отличались друг от друга, но были диаметрально противоположными. Правительство ФРГ хотело перейти ко второму этапу своей Восточной политики – к переходу к новому европейскому миропорядку, в условиях которого „немецкий народ путём свободного волеизъявления вновь обретет единство“. А Советскому Союзу, учитывая его интересы, необходимо было после восточных договоров ФРГ закрепить – теперь уже в рамках многосторонних отношений – свою зону влияния и господства в Центральной и Восточной Европе. В результате на переговорах в рамках СБСЕ в Женеве (сентябрь 1973 г. – июль 1975 г.)

[24] AAPD 1974, I, Dok. 25, c. 100–101.

[25] Отдельные пассажи в этих трех разделах вытекают из моих предшествующих работ, в т.ч. *Werner Link*, Die Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt, в: *Wolfgang Jäger/Werner Link*, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5/II), Stuttgart/Mannheim 1987, c. 273– 432.

самые серьезные разногласия возникли при формулировке „принципов, определяющих взаимоотношения стран-участниц“ (корзина 1), а также в отношении „сотрудничества в гуманитарных и других областях“ (корзина 3).

Переписка между Брежневым и Брандтом в январе–феврале 1974 г. выявила наиболее чувствительные пункты в этих тематических блоках.[26] Брежнев выступал против попытки смягчить принцип „нерушимости границ“ за счет возможности мирного изменения границ и заявил, что этот принцип необходимо четко отразить в документах СБСЕ, как это было сделано в договоре между СССР и ФРГ.

„Допустить обратное значит открыть лазейку для устремлений, нацеленных на подрыв мира в Европе. Мы с этим никогда не согласимся и надеемся, что правительство ФРГ также не допустит никаких колебаний по данному вопросу.“

Говоря о сотрудничестве в области культуры, контактов между людьми и обмена информацией, Брежнев предостерег, что если кто-то намерен „использовать эти вопросы в качестве рычага для расшатывания нашей социальной системы, то нашим ответом будет только ,нет‘“. При трезвом рассмотрении, как выразился Брежнев, расширение контактов и обмена „возможно только в рамках невмешательства во внутренние дела, уважения суверенитета, законов и устоев каждой страны“.

Другими словами, советская политика в рамках СБСЕ была нацелена на признание и ограждение от посягательств территориального и общественно-политического статус-кво.

В ответном послании от 7 февраля 1974 г. Брандт согласился с мнением Брежнева о том, что оба вопроса являются „ключевыми вопросами переговоров“. В то же время он попытался смягчить остроту разногласий, воспользовавшись ссылкой Брежнева на Московский договор. Канцлер заверил генерального секретаря в том, что любой текст, соответствующий Московскому договору, будет приемлем для германского правительства; а поскольку Громыко к тому времени официально заявил, что принцип нерушимости границ не затрагивает права государств на мирное изменение границ, то и „не должна стать серьезной проблемой выработка соответствующей формулировки в рамках женевской конференции, которая бы отвечала многостороннему характеру результата конференции“.

В этой – вероятно, преднамеренно сформулированной – неопределённости заявления просматривалась основополагающая тенденция германской политики в рамках СБСЕ: придание многостороннего характера тому, что было достигнуто в рамках Московского договора; европеизация германо-советского модус вивенди. Именно в этом духе следовало понимать ответ Брандта на второй ключевой вопрос.

Что касается блока проблем третьей „корзины“, то здесь правительству ФРГ пришлось показать Советскому Союзу свою готовность к компромиссу уже только потому, что оно не всегда получало необходимую поддержку в рамках ЕС и Европейского политического сотрудничества (ЕПС): т.к. гуманитарные

[26] AAPD 1974, I, Dok. 37, c. 153–154.

вопросы – в частности, воссоединение семей – имели для разделенной страны гораздо большее значение, чем для ее западных партнеров. В то же время, требование Германии установить связь между нерушимостью и мирным преобразованием границ („немецкий выбор“) в перечне принципов было включено в совместное предложение стран-участниц ЕПС. Советский Союз категорически отклонил это предложение; на этом фоне и было сделано цитируемое выше предостережение Брежнева. Упорная борьба по этому вопросу продолжилась в Женеве. На первой встрече в верхах с участием нового правительства Шмидта-Геншера, состоявшейся в октябре 1974 г. в Москве, федеральный канцлер сообщил советскому генсеку, что дал указание немецким дипломатам „проявлять сдержанность при высказываниях по спорным вопросам третьей ‚корзины‘, и заявил, что правительство ФРГ активно заинтересовано в том, чтобы принцип мирного изменения границ рассматривался наравне с другими принципами“.[27] Договориться в Москве не удалось. Весьма показательно, что вновь пришлось подключить американское правительство. Еще раз подтвердился доминирующий уровень супердержав. Приемлемый компромисс был найден в переговорах между госсекретарем Киссинджером и его советским визави Громыко.[28]

Окончательная формулировка гласила:

„Они (т. е. государства-участники) считают, что их границы, в соответствии с международным правом, могут быть изменены мирными средствами и на основе договоренностей.“

Данный постулат был включен не в принцип „нерушимости границ“ и не в принцип самоопределения, а в принцип суверенитета. Правда, было заявлено, что все десять принципов взаимозависимы („каждый принцип истолковывается с учетом других принципов“).[29] Таким образом был достигнут баланс, к которому стремилось правительство ФРГ (хотя и без прямой увязки мирного изменения границ с правом на самоопределение).

„Заключительный акт“[30], торжественно подписанный 1 августа 1975 г. в Хельсинки руководителями европейских государств, США и Канады, представлял собой политический документ и не являлся международным договором; это был исходный документ для реализации двусторонних усилий по разрядке и их рассмотрению и развитию в рамках многосторонних отношений через последующие конференции СБСЕ. Положения третьей „корзины“, в первую очередь, помогали правозащитным группам и диссидентским движениям в социалистических странах в качестве обоснования их легитимности. Весьма существенное значение в тот период третья „корзина“ заключительного акта СБСЕ имела и для развития официальных германо-советских отношений. Ввиду того, что спор в отношении Западного Берлина и лиц, работавших там в учреждениях и

27 Встреча Шмидта и Брежнева в Москве 29 октября 1974, в: AAPD 1974, II, Dok. 314, с. 1371–1378 (здесь с. 1378).

28 См. *Luigi Vittorio Ferraris* (Hrsg.), Report on a Negotiation. Helsinki – Geneva – Helsinki 1972–1975. Leiden 1979, с. 133–134 и с. 152–153.

29 Abschluss-Kommuniqué, в: EA 1971, с. D 472.

30 *Auswärtiges Amt* (Hrsg.), Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dokumentation zum KSZE-Prozess, Bonn 1984, 6. Aufl., с. 51–126.

ведомствах ФРГ, препятствовал заключению договора о культурном и научном обмене между ФРГ и СССР и мешал прагматичному развитию культурных контактов, различные форумы и встречи экспертов СБСЕ (в т.ч. на научном форуме 1980 г.) работали над тем, чтобы не допустить полного затухания взаимодействия в рамках „социо-культурной сферы восточной политики“[31]. Именно благодаря процессу СБСЕ, а точнее „культурному форуму“ 1985 г., состоялся прорыв в области культурных отношений.

Если положения третьей „корзины“ и их реализация рассматривались западными государствами как шанс, а соцстранами – как опасность, сотрудничество в экономической области („корзина“ 2) протекало менее проблематично, поскольку отвечало как советским, так *и* западным интересам, но реализовать эти взаимные интересы путем межгосударственных соглашений было затруднительно ввиду принципиальной разницы между экономическими системами. Требование Советского Союза и других социалистических государств о том, чтобы в рамках СБСЕ им был предоставлен режим наибольшего благоприятствования, не было удовлетворено. В связи с тем, что страны-участницы ЕС передали свои торгово-политические полномочия в компетенцию Европейского сообщества, двусторонние договоры о сотрудничестве, бесспорно, приобретали большую значимость – как для экономических отношений между Востоком и Западом в целом, так и для отношений между Федеративной Республикой Германия и Советским Союзом в частности.

3. Германо-советское экономическое сотрудничество в семидесятые годы

Политика и экономика должны положительно воздействовать друг на друга. В этом заключалась сознательная и реализуемая на всех этапах стратегия. В тот момент, когда Бар согласовывал с Громыко в Москве договор об отказе от применения силы и о признании границ, посол Эммель (МИД ФРГ) там же в Москве (5 и 6 февраля 1970 г.) вел переговоры „зондирующего характера“ о германо-советском экономическом и научно-технологическом сотрудничестве.[32]

За несколько дней до этого, 1 февраля, в Эссене состоялось подписание двух коммерческих договоров („Маннесманн“/„Тиссен“) о поставках советского газа в ФРГ и труб в Советский Союз. Они стали эталонами для налаживания кооперации в других областях. В первую очередь, они дали сигнал к отказу от негативной, регрессивной тенденции в торгово-экономической сфере, нашедшей своё яркое выражение в введении эмбарго на поставку труб в 1963 г. в рамках уже заключенного договора.[33] Теперь же к политической разрядке добавилась и

[31] *Barbara Lippert*, Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik. Verhandlungen mit Moskau 1969–1990. Münster 1996, с. 561. Данная диссертация содержит основательное описание и убедительное толкование германо-советских отношений в области культуры, которые не анализируются здесь подробно.

[32] AAPD 1970, I, Dok. 29, с. 215–221.

[33] См. *Daniel Kosthorst*, Primat der Politik als Primat der Bündnispolitik. Zum Streit um das Röhrenembargo gegen die UdSSR, в: *Rainer A. Blasius* (Hrsg.), Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994, с. 97–117.

экономическая. В начале своей второй встречи с Громыко 3 февраля 1970 г. Бар упомянул заключенное в Эссене двойное соглашение, охарактеризовав его как „перспективное соглашение, которое стало воплощением наших представлений о сотрудничестве". Громыко также выразил свое удовлетворение, отметив, что, по его мнению, „оно будет иметь положительное влияние на двусторонние отношения".[34] А при подписании Московского договора 12 августа 1970 г. в переговорах между Косыгиным и Брандтом была запущена грандиозная компания по привлечению немецкой индустрии к сотрудничеству с Советским Союзом, ставшая неотъемлемой чертой германо-советских переговоров в последующие годы. Советское правительство увязывало свои планы по активному сотрудничеству с предстоящей амбициозной пятилеткой. Для Федеративной Республики Германия – с учетом ее экономической системы и свободы предпринимательства – речь могла идти лишь о согласовании рамочных условий в межгосударственных соглашениях и оказании поддержки при реализации конкретных проектов; вопросы заключения отдельных договоров и их реализации находились в компетенции самих – частных или государственных – компаний. Поскольку с 1963 г. торгово-политическая сфера отношений между ФРГ и Советским Союзом не была урегулирована в договорном порядке, еще до вступления в силу Московского договора, 7 апреля 1972 г., было парафировано соглашение о торговле (при участии Западного Берлина)[35]. Одновременно с этим была создана новая структура по вопросам государственно-частной кооперации – комиссия по экономическому и научно-техническому сотрудничеству, в состав которой были делегированы представители обоих правительств и экономики. Привлечение немецких промышленников к работе в межведомственном органе не в последнюю очередь было обусловлено тем, что многие из них не спешили реагировать на политические инициативы. Необходимо было их стимулировать. Эмбарго нанёс огромный вред торговым отношениям с Востоком; в долгосрочном плане немецкая промышленность была ориентирована на Запад. Представители экономики Германии, среди прочего президент Объединения немецких союзов работодателей Отто А. Фридрих (группа „Флик"), периодически напоминали советским партнерам по переговорам, „что *не стоит переоценивать темпы и степень заинтересованности немецкой промышленности* в технологическом сотрудничестве с Советским Союзом в больших объемах".[36] Некоторые, в том числе президент Немецкого союза промышленности Золь („Тиссен"), были настроены более оптимистично.[37] Примечательно, что в целом ФРГ хотела наращивать свое участие в этом сотрудничестве вместе с другими западноевро-

[34] Переговоры Бара и Громыко в Москве, 3 февраля 1970, в: AAPD 1970, I, Dok. 33, с. 144–156 (здесь с. 144).

[35] Так называемая „формула Франка-Фалина" гласила: „Согласно Соглашению четырех держав от 3 сентября 1971 года, его действие распространяется на Западный Берлин в установленном порядке." См. AAPD 1972, I, Dok. 86, с. 366–367.

[36] Цитата из доклада Отто А Фридриха о его визите в СССР 23–27 ноября 1970 г., цит. по *Volker R. Berghahn/Paul J. Friedrich*, Otto A. Friedrich. Ein politischer Unternehmer, Frankfurt/New York 1993, с. 353.

[37] Там же, с. 355.

пейскими компаниями с тем, чтобы за счет этого снизить риски – не только экономические, но и политические (не в последнюю очередь, учитывая последствия, которые принесла политика эмбарго в разгар холодной войны). Даже так называемый Восточный комитет германской экономики – двигатель торговых отношений с Востоком, выступал за многостороннее сотрудничество.[38]

Советский Союз, однако, был заинтересован, в первую очередь, в двусторонней кооперации, чтобы не противостоять мощному натиску западных концернов. Во время государственного визита в Бонн в мае 1973 г. Брежнев – и на межправительственных переговорах, и в ходе продолжительной встречи с представителями германской экономики – высказывался в пользу крупных долгосрочных проектов. Он считал, что более широкому наращиванию сотрудничеству пока мешают „чрезмерная осторожность, определенная доля недоверия, сомнения, отсутствие энтузиазма“, именно поэтому от обоих правительств должны исходить „новые импульсы“.[39]

Долгожданный старт был дан германо-советским межправительственным соглашением о развитии экономического, промышленного и технического сотрудничества,[40] подписанным правительством Шмидта–Геншера, и германская промышленность воспользовалась предоставленными ей шансами. Во время встречи на высшем уровне в Москве в октября 1974 г. было подписано новое межправительственное соглашение „о дальнейшем развитии экономического сотрудничества“.[41] Немецкое оборудование для освоения огромных российских сырьевых ресурсов в обмен на поставки сырья и энергии (включая трехсторонние сделки по поставкам нефти) – эта любимая идея Брежнева пришлась по вкусу немецким промышленникам.

Во время второго визита Брежнева в Бонн (1978) состоялось подписание еще одного соглашения „о развитии и углублении долгосрочного сотрудничества в области экономики и промышленности“.[42] Заключенное сроком на двадцать пять лет, это соглашение предусматривало расширение сотрудничества на другие сектора и его интенсификацию. Тот факт, что соглашение о сотрудничестве было передано в бундестаг на ратификацию, продемонстрировал намерение придать долгосрочному характеру взаимных интересов общеполитическое значение. Таким образом, обрело форму то, что должно было дополнять политику равновесия в соответствии с представлениями Гельмута Шмидта о способах достижения разрядки. Именно эта сфера – о чем федеральный канцлер заявлял еще после своего первого визита в Москву – являлась тем полем, „продвижение вперед на котором положительно скажется и на политических отношениях“.[43]

38 О встрече Брежнева с представителями германской экономики 19 мая 1973 г. см. AAPD 1973, II, Dok. 145, прим. 18. О сотрудничестве германской экономики с Востоком см. также *Otto Wolff von Amerongen*, Der Weg nach Osten, München 1992.

39 Встреча Брандта и Брежнева, 18 мая 1973, в: AAPD 1973, II, Dok. 145, с. 710–723 (здесь с. 717–718).

40 EA 1973, с. D 329–330.

41 EA 1974, с. D 596 и сл.

42 Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/2143, с. 3–4.

43 Заявление правительства от 6 ноября 1974, в: EA 1974, с. D 605.

В этом отношении, а именно в приложении к политике разрядки, до определенной степени существовал даже консенсус с Брежневым, который в своей застольной речи 28 октября 1974 г. заявил о том, что значение экономического сотрудничества не исчерпывается лишь коммерческой выгодой:[44]

„Чем обширнее и плодотворнее развивается экономическое сотрудничество, тем больше – взаимное доверие, тем прочнее и разностороннее – политические контакты, тем легче находить общий язык в международных вопросах.“

Шмидт согласился с этим высказыванием, добавив, однако, одно важное ограничение:

„Прогресс здесь возможен только в том случае, если он достигается параллельно во всех областях.“[45]

Но в конце семидесятых – начале восьмидесятых возможности параллельного движения были ограниченными, как никогда ранее (см. ниже). К тому же, иллюзией оказалась надежда, которую немецкая сторона связывала с общими экономическими интересами – надежда на вовлечение Советского Союза „в процесс экономического взаимопроникновения“.[46] Этому умело препятствовало советское руководство.[47] И все-таки Федеративная Республика Германия стала основным торгово-экономическим партнером Советского Союза на Западе. Взаимные экономические интересы были „устойчивым фундаментом германо-советских отношений“[48]. В период, когда политика разрядки переживала кризис, положительную роль сыграло и участие немецких компаний в европейских консорциумах, реализующих проекты с Советским Союзом: в 1981 г., несмотря на эмбарго со стороны США, удалось подписать и (в отличие от германо-советского соглашения 1963 г.) выполнить крупное соглашение между Западной Европой и Советским Союзом о поставках природного газа в обмен на трубы. Объединив усилия, ФРГ, Франция и Великобритания смогли устоять перед давлением США, требовавших аннулировать соглашение.[49] Яркий пример ограничения возможного ущерба за счет экономической кооперации в рамках западноевропейского альянса!

В то же время стало ясно следующее: „материальное подкрепление“ политики разрядки, за которое ратовала и советская сторона, имело значение для обустройства германо-советского модус вивенди, но было недостаточным для спасения разрядки в Европе.

44 EA 1974, c. D 593.
45 Там же, c. D 595.
46 Статс-секретарь Франк в беседе с французским министром иностранных дел Шуманном 5 октября 1970; Aufzeichnung von van Well, 7. Oktober 1970, в: AAPD 1970, III, c. 1690–1697 (здесь c. 1692).
47 См. также *Gottfried Niedhart*, Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967–1974, в: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), c. 233–266 (здесь c. 265).
48 *Hans-Dietrich Genscher*, Erinnerungen, Berlin 1995, c. 245.
49 См. *Link*, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt, c. 343–344.

4. Равновесие через контроль вооружений?

Асимметрия политического господства и системный антагонизм делали политику в области безопасности основной проблемой германо-советских отношений – как в период разрядки семидесятых, так и в последующие годы. Центральный вопрос заключался в том, существуют ли возможность создать равновесие сил в Европе с более низким уровнем вооружений в условиях изменений международной системы. США и Советский Союз вели переговоры с 1969 г., в 1972 г. они заключили первый договор о контроле над вооружениями (ОСВ-1), предусматривающий ограничение стратегических наступательных вооружений, и договорились о заключении договора ОСВ-2, которое, однако, осуществилось лишь в 1979 г. В рамках этих переговоров о сокращении стратегических вооружений не учитывались системы ядерных вооружений обеих сторон соответственно их характеристикам, имевшие стратегическое значение для Европы. В Европе СБСЕ ограничилось лишь принятием мер, направленных на укрепление доверия (уведомление о проведении учений, наблюдение за учениями). Наиболее сложные вопросы в сфере безопасности по сбалансированному сокращению вооруженных сил были переданы в компетенцию Конференции по ВССВС, начавшей свою работу в Вене в 1973 г., с целью выработки европейского режима контроля над вооружениями обоих альянсов – НАТО и Организацией Варшавского договора. Но и в рамках этих переговоров с самого начала не рассматривались ядерные вооружения средней дальности, т. е. системы вооружения Советского Союза и США, имевшие стратегическое значение для Европы. По мере того, как Советский Союз достиг паритета с США в межконтинентальных ядерных системах, его традиционное превосходство в обычных вооружениях в Европе приобретало новое значение. Кроме того, в середине семидесятых годов Советский Союз начал дислокацию новых современных систем вооружений – ракет средней дальности СС-20 (с дальностью действия ок. 5500 км, на передвижных многоразовых стартовых установках, оснащенных тремя ядерными боеголовками, с возможностью поражения различных целей независимо друг от друга). Вырисовалась чрезвычайно опасная ситуация: рано или поздно Советский Союз получит возможность нарушить устойчивое стратегическое равновесие в межконтинентальных системах за счет своего превосходства в вооружениях средней дальности.

Военная тень СССР и Варшавского договора над Западной Европой, прежде всего над находящейся на границе альянсов ФРГ, приобретала все более угрожающие черты по мере того, как все более неопределенным становилось будущее процесса ОСВ, и затягивались, не принося результата, переговоры по ВССВС. В Венских переговорах ФРГ принимала непосредственное участие в качестве активного и сильного члена НАТО. На переговоры между супердержавами она могла влиять или пытаться оказывать влияние только через западный альянс и через свои прямые отношения с США, с одной стороны, и с Советским Союзом, с другой – в первом случае в качестве партнера по альянсу, во втором – в качестве противника альянса. Для советского правительства Федеративная Республика Германия была ценным партнером по ведению переговоров с учетом ее

веса в западном мире, и наоборот: Советский Союз, будучи ведущей державой восточного блока в рамках ВССВС и партнером по переговорам США по ОСВ, имел огромное значение для ФРГ.

Принципиальная убежденность ФРГ в том, что военное равновесие является решающим условием политики разрядки в Европе, была ясно выражена канцлером Брандтом еще в Ореанде (1971 г.), когда он представлял свои инициативы по контролю над вооружениями генеральному секретарю Брежневу. Канцлер Шмидт, предпочитавший политику равновесия, в своих первых официальных переговорах с советским руководством в сентябре и октябре 1974 г., а также в ходе последующих встреч уделял этому принципу еще больше внимания. В беседе с советским министром иностранных дел Громыко он заявил следующее:[50]

„он лично заинтересован в успехе ВССВС; он берет на себя смелость заявить, что он – один из авторов принципа, получившего сегодня название ВССВС; в 1959 г. он опубликовал тщательно проработанную книгу, центральной темой которой являются взаимное сбалансированное ограничение вооружений; он использовал и будет использовать каждую возможность для реализации этого принципа; он осознает, что эти переговоры будут проходить сложнее, чем переговоры в рамках СБСЕ; что понадобится больше времени, и что здесь неуместны артиллерийские атаки; но данная тема занимает центральное место в сознании народов, проживающих на этой территории.“

Предложения для соглашения о сокращении вооружений, которые правительство Шмидта-Геншера на протяжении нескольких лет вносило в западные концепции переговорного процесса и отстаивало как в Вене, так и в рамках многочисленных встреч с руководителями восточноевропейских государств, содержали два „непреложных условия“[51]: создание „истинного паритета“ и ведение „коллективной“ политики обоих блоков. То есть, нельзя было допустить, чтобы в Вене был закреплен сложившийся в Центральной Европе дисбаланс, а бундесверу был придан особый статус. Кроме этого, в так называемую „территорию сокращения“ подлежали включению и западные части СССР.

Принципиальное разногласие заключалось в том, что восточная сторона отрицала наличие дисбаланса в численности войск, танков и самолетов в Европе и, следовательно, соглашалась только с симметричным сокращением, в то время как западная сторона, в том числе и в первую очередь Федеративная Республика Германия, требовала проведения асимметричного сокращения, поскольку, заявляла она, только так можно достичь сначала равновесия, а затем и „истинного паритета“. На германо-советских переговорах на высшем уровне в Бонне в мае 1978 г. состоялось открытое обсуждение данного разногласия. Шмидт подчеркнул свою „озабоченность“ в связи с советским „численным превосходством в танках и самолетах в Европе“ и, прежде всего, в новых советских вооружениях средней дальности. Брежнев отрицал наличие этого превосходства и среди прочего заявил, что „в Европе у нас на самом деле сложилось примерное

[50] Переговоры между Шмидтом и Громыко, 16 сентября 1974, в: AAPD, 1974, II, Dok. 269, стр. 1187–1195 (здесь стр. 1190).

[51] См. *Reinhard Mutz*, Konventionelle Abrüstung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und MBFR, Baden-Baden 1984.

равенство сил“[52]. Одна лишь неразрешенность вопроса о численности, помимо всех прочих сложностей, исключала возможность достижения согласия в Вене. Соглашение об обычных вооружениях в Европе (договор ДОВСЕ) было заключено лишь после завершения конфликта между Востоком и Западом.[53] Впервые мысль о том, что „ключ к безопасности Европы лежит в сбалансированной численности не только советских войск, но и советских *ракет*“ [выделено – В. Л.], канцлер Шмидт высказал во время своей первой встречи с генеральным секретарем Брежневым 29 октября 1974 г. в Москве.[54] Вести переговоры о советских и американских вооружениях средней дальности могли, разумеется, только обе супердержавы, но никак не ФРГ. Её непосредственным партнером, следуя логике союзной политики, были, в первую очередь, США. В отличие от своего предшественника Форда президент Картер и его советник по безопасности Бжезинский не выражали „ни малейшего понимания“ касательно опасений канцлера в отношении политических угроз, которым ФРГ могла быть подвержена в будущем в связи с размещением ракет СС-20, и поэтому не желали включать эти системы вооружений в текущие переговоры по ОСВ-2.[55] Именно поэтому данное требование было открыто высказано канцлером в его знаменитой лондонской речи 28 октября 1977 г.[56]

Что касается позиции советской стороны к немецким опасениям в отношении СС-20, то здесь уровень понимания, по известным причинам, был – как говорилось выше – еще меньше, чем в случае с американским партнером по альянсу. В уже упоминавшейся беседе 5 мая 1978 г. Брежнев раздраженно смахнул военную карту со стола, поскольку она скорее подтверждала аргументацию Шмидта. Брежнев хотел, чтобы в совместном заявлении стороны констатировали, что в Европе уже достигнуты приблизительное равенство сил и система безопасности, и, таким образом, какие-либо соглашения по контролю над вооружениями излишни.[57] Компромиссная формулировка гласила:

> „Обе стороны считают важным, чтобы никто не стремился к военному превосходству. Они исходят из того, что приблизительное равенство и паритет достаточны для обеспечения обороны. По их мнению, большое значение имеют адекватные меры по разоружению и сокращению ядерных и обычных вооружений в соответствии с данным принципом.“[58]

Эта формулировка стала принципиальной отправной точкой, но не способствовала достижению согласия в отношении определения равновесия. В результате размещения ракет СС-20 стало очевидно, что Советский Союз – как и любая другая супердержава – стремится по возможности к военному превосходству, а

52 Цит. по *Helmut Schmidt*, Menschen und Mächte, Berlin 1987, с. 91–92.
53 Договор об обычных вооруженных силах в Европе, 19 ноября 1990, в: EA 1990, с. D 607–D 654.
54 Переговоры между Шмидтом и Брежневым в Москве, 29 октября 1974, в: AAPD 1974, II, Dok. 314, с. 1371–1378 (здесь с. 1377).
55 *Schmidt*, Menschen und Mächte, с. 225–226 и с. 230–231.
56 Там же, с. 230.
57 Там же, с. 91–94.
58 Совместная германо-советская декларация от 6 мая 1978, в: EA 1978, с. D 513–D 515 (здесь с. D 514).

необходимость воспрепятствовать этому обусловила ответную реакцию западного альянса.

Ответ Запада был выработан руководителями США, Великобритании, Франции и ФРГ на неофициальной встрече на острове Гваделупа (5 и 6 января 1979 г.)[59] и оформлен окончательным решением НАТО 12 декабря 1979 г.[60] Это „двойное решение“ содержало две параллельные и дополняющие друг друга задачи: наращивание вооружений (размещение 108 новых американских ракет средней дальности „Першинг-2“ и 464 крылатых ракет) и контроль над вооружениями. Переговоры планировалось начать немедленно, а новые системы оружия, т. е. ракеты средней и малой дальности (РСМД), могли быть размещены лишь через три года. Также было решено, что действительно необходимое количество ракет будет уточняться в свете конкретных результатов переговоров. Поскольку заключение договора по ОСВ-2 к тому времени уже состоялось (18 июня 1979 г.),[61] предполагалось, что стратегические вооружения в Европе будут обсуждаться в рамках переговоров по ОСВ-3. В случае положительного исхода переговоров необходимость размещения дополнительного вооружения отпадет или сократится в объемах. Исходя из этого, западные союзники надеялись, что Советский Союз также будет заинтересован в успехе переговоров.

Из мемуаров и прочей литературы следует, что канцлер Шмидт и министр иностранных дел Геншер сыграли весьма активную роль в принятии „двойного решения“. Оно стало – как затем метко сформулировал канцлер[62] – воплощением „общей философии“ руководимого им правительства, заключавшейся в

> „непреклонном намерении обеспечить свою обороноспособность военными средствами и не дать обойти себя, с одной стороны, и [...] в то же время, отталкиваясь от достигаемого таким образом равновесия, в столь же непреклонном намерении к сотрудничеству с Советским Союзом, с другой“.

Министр иностранных дел Геншер называл это „реалистичной политикой разрядки“.[63] Сразу после встречи на острове Гваделупа, Шмидт проинформировал Брежнева о принципиальном решении. А в последующие месяца канцлер и глава МИДа несколько раз (20 июня во время промежуточной остановки в Москве и 22 и 23 ноября во время визита Громыко в Бонн)[64] заверяли советское руководство в том, что они сделают все возможное, чтобы содействовать переговорам, но в случае их провала полны решимости разместить новое американское оружие средней дальности и в Германии. Советский Союз это не пугало. Уже через две недели после принятия НАТО „двойного решения“ – 26/27 декабря 1979 г. – Советская Армия вошла в Афганистан с целью создания и поддержки просоветского режима – в страну, входящую в движение неприсоединения. На этом разрядка завершилась, так и не оправившись от кризиса, за „эрой перего-

59 См. *Schmidt*, Menschen und Mächte, с.231 и сл.

60 См. *Helga Haftendorn*, Das doppelte Missverständnis, Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, в: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), с. 244–287.

61 См. *Strobe Talbott*, Endgame. The Inside Story of SALT II, New York и др. 1979.

62 Der Spiegel, 23 февраля 1981, с. 27.

63 *Genscher*, Erinnerungen, passim (напр. с. 415–416).

64 *Schmidt*, Menschen und Mächte, с. 100–101 и с. 102–105.

воров“ последовала новая конфронтация супердержав, новая холодная война. В связи с этим была утрачена возможность лишить Советский Союз его перевеса в области межконтинентальных вооружений и вооружений средней дальности путем мер по контролю над вооружениями и добиться приблизительного равновесия, тем более что Советский Союз отказывался участвовать в переговорах, пока не будет отменено „двойное решение“ НАТО и ратифицирован договор ОСВ-2.

На советское вторжение в Афганистан американское правительство ответило политикой санкций в невоенных сферах и потребовало от союзников принятия соответствующих мер (торговые ограничения и бойкот летних олимпийских игр в Москве).[65] Общественность западноевропейских стран, в особенности ФРГ, вела ожесточенные споры по этому поводу, а также по принципиальному вопросу возможности продолжения диалога между Востоком и Западом. Сформировалось „Антивоенное движение“, поддерживаемое растущим числом социал-демократов – при выражении понимания со стороны экс-канцлера и председателя партии Брандта. В результате советская кампания по предотвращению довооружения Западом при одновременном сохранении СС-20 в первую очередь была обращена на ФРГ.

Заботясь о безопасности страны, правительство Шмидта-Геншера не могло себе позволить открыто выступать против американской политики; его собственная „общая философия“ не позволяла правительству отказаться ни от решения по наращиванию вооружений, ни от связанных с ним переговоров по контролю над вооружениями. Задача была определена так:

> „предпринимать шаги солидарно с Соединенными Штатами и по согласованию с европейскими партнерами, в первую очередь с Францией. Одновременно [...] в интересах Германии спокойно и последовательно продолжать работу по налаживанию сотрудничества с Советским Союзом и восточными соседями.“[66]

Ввиду географического и геополитического положения ФРГ, а также ответственности за весь немецкий народ, Федеральное правительство не могло стать „острием копья“ в новом противостоянии.[67] В ходе весьма напряженных переговоров с американским президентом[68] 5 марта 1980 г. в Вашингтоне канцлер добился того, что в совместном коммюнике было подтверждено действие предложения о переговорах по стратегическим вооружениям средней дальности, после чего основные усилия он направил на то, чтобы уговорить Советский Союз не говорить „нет“.

Этой цели должна была послужить поездка Шмидта и Геншера в Москву (планировалась уже давно в качестве ответного визита), которая подвергалась ожесточенной критике, поскольку после советского вторжения в Афганистан прошло еще слишком мало времени. Она противоречила американской поли-

[65] В отличие от других крупных западноевропейских государств ФРГ последовала американскому призыву к бойкоту.

[66] Шмидт на заседании правления СДПГ, 28 января 1980.

[67] Выступление Шмидта перед Ассоциацией внешней политики в Нью-Йорке 6 мая 1980 г, в: EA 1980, с. D 244.

[68] *Schmidt*, Menschen und Mächte, с. 249–250.

тике санкций и изоляции. Президент Картер в первую очередь не хотел давать канцлеру возможности предлагать компромиссные решения в вопросе вооружений средней дальности (такие как мораторий на производство или дислокацию). Президент США стал оказывать на него давление, направив ему критическое письмо от 12 июня (попутно подбросив его прессе). Канцлер отверг обвинения Картера. Это привело к эскалации американо-германских противоречий во время двусторонней встречи в канун (21 июня) саммита G7 в Венеции – небывалый в истории отношений между США и ФРГ скандал (на котором мы не будем останавливаться в данной работе).[69] И все-таки, благодаря усилиям обеих сторон, к концу ожесточенного диспута стороны смогли договориться о том, что Шмидт проведет свой визит в Москву – строго придерживаясь положений „двойного решения" – в качестве своего рода разведывательной миссии; это означало, что он должен выяснить, готово ли советское руководство к проведению переговоров по вооружениям средней дальности до ратификации договора по ОСВ-2 (отложенной американским сенатом из-за Афганистана). На таких условиях Шмидт получал и поддержку других членов „семерки".

Было ясно, что советское руководство очень заинтересовано в визите Шмидта. 19 июня через посредника канцлер тайно получил сообщение о том, что его визит будет успешным.[70] Однако на переговорах 30 июня и 1 июля с политическим и – впервые – с военным руководством[71] столкнулись совершенно противоположные точки зрения как по афганскому вопросу, так и по проблематике вооружений средней дальности в Европе. Советское руководство не проявляло абсолютно никакого желания серьезно рассматривать немецкие предложения по преодолению афганского кризиса. Однако Шмидту и Геншеру удалось убедить своих визави все-таки дать согласие на проведение американо-советских переговоров по стратегическим ядерным вооружениям в Европе. То есть, та часть „двойного решения", которая касалась переговоров, казалось, может быть реализована, правда, без слишком больших надежд на успех. На самом деле, Шмидт и Геншер не смогли переубедить ни Брежнева, ни министра обороны Устинова и начальника генштаба Огаркова, которые, несмотря на все статистические и картографические аргументы канцлера, оставались на старой позиции: примерное равновесие уже достигнуто и не будет нарушено в результате модернизации советских ракет средней дальности. При этом советское руководство прекрасно понимало, что новые СС-20 в значительной мере изменяют уровень безопасности, прежде всего, Федеративной Республики Германия. На замечание Шмидта о том, что в отличие от старых ракет СС-20 могут достичь немецких городов даже из-за Урала, что они являются угрозой „не США, а в первую очередь Германии", Устинов кратко ответил: „Это верно". Уровень безопасности ФРГ не повышался, а снижался. В условиях конфронтации супердержав эту ситуацию вряд ли можно было исправить в ходе переговоров по контролю над вооружениями. Социально-либеральное правительство восприняло победу на выборах

[69] Более подробное описание этой беседы см. там же, с. 255–262.
[70] *Von der Gablentz*, Vermerk vom 23. Juni 1980, в: Akten der SPD-Fraktion.
[71] *Schmidt*, Menschen und Mächte, с. 108–125.

5 октября 1980 г. (несмотря на увеличение числа критически настроенных депутатов от СДПГ) как внутриполитическое подтверждение своей „реалистичной политики разрядки“. Международное подтверждение зависело от переговоров по РСМД, начавшихся 17 октября в Женеве. После победы Рейгана на выборах 4 ноября наступила передышка длиною в один год.[72] Было очевидно, что США, настроенные на конфронтацию, намеревались усилить свою военную мощь, а может, и достичь превосходства (что было одним из положений предвыборной компании республиканцев) до вступления в переговоры с Советским Союзом. Лишь 30 ноября 1981 г. возобновились, а точнее, начались по-настоящему женевские переговоры. Что касается германо-советских отношений в промежуточный период, стоит отметить тот факт, что Советский Союз на всех политических и общественных уровнях пытался убедить немецких политиков как в правильности его позиции в переговорах, так и в необходимости отойти от общей линии НАТО, выраженной в „двойном решении“, за счет его второй состовлющей – наращивания вооружений.

Собственно эти попытки были обращены в адрес немецкой общественности, точнее, СДПГ и „Движения за мир“ (которое, кстати, через посредников получало финансовую поддержку Москвы). Вновь был задействован и секретный канал. Получив приглашение, Брандт и Бар друг за другом посетили Москву в июне 1981 г. и вернулись с предложением Брежнева о моратории, которое предусматривало отказ обеих сторон от размещения новых ракет средней дальности на период переговоров (но уже без одновременного запрета – как это было предусмотрено в февральском предложении Брежнева – подготовки к производству и размещению этих систем). Поскольку к тому моменту большое количество СС-20 уже было размещено, реализация предложения означала бы признание сложившегося неравновесия, пусть даже только на (неопределенный) период переговоров. Поэтому оно было неприемлемым для правительства Шмидта-Геншера, не говоря уж о президенте Рейгане, зато нашло положительный отклик у обеих правящих партий, особенно СДПГ. Но в первую очередь, предложение Брежнева о введении моратория лило воду на мельницу „Движения за мир“. 10 октября 1981 г. в Бонне оно организовало внушительную демонстрацию против гонки вооружений. Одним из главных ораторов был член правления СДПГ Эпплер.[73] Через месяц, с 22 по 24 ноября, Брежнев вновь посетил Бонн, где внес в свое предложение следующее дополнение: в случае введения двустороннего моратория на период переговоров в качестве „жеста доброй воли“ из европейской части Советского Союза будет выведена часть ракет СС-20.[74]

Реакция значительной части СДПГ, в т.ч. Брандта и руководителя фракции Венера, была положительной. Шмидт, однако (как когда-то в беседе с Устиновым) отметил, что СС-20 могут достичь территории западноевропейских стране, даже будучи размещенными за Уралом.[75] Правительству ФРГ приходилось

[72] См. *Strobe Talbott*, Raketenschach, München/Zürich 1984.
[73] Здесь и далее см. *Frank Fischer*, „Im deutschen Interesse“. Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001, с. 111 и сл.
[74] Цит. по EA 1982, с. D 7.
[75] Выступление Шмидта перед фракцией СДПГ, 1 декабря 1981.

противостоять как внутрипартийному и общественному давлению, так и тактике Брежнева. Канцлер не побоялся проинформировать советского гостя о сложившемся „на Западе“ впечатлении, что „советское руководство делает ставку скорее на антивоенное движение, чем на собственные переговоры“, и заверил его, что в случае провала переговоров он готов поставить на карту наращивания вооружений судьбу своего правительства, но и любое другое правительство непременно точно так же даст согласие на размещение новых американских ракет средней дальности.[76] Как известно, все именно так и случилось! Равновесие в Европе было восстановлено в результате продолжения гонки вооружений, а не переговоров по контролю над ними. И лишь после этого появилась возможность заключения соглашения по предложенному в сентябре 1981 г. правительством Шмидта-Геншера (правда, через месяц авторство было присвоено президентом Рейганом) так называемому „нулевому решению“ в условиях новой всеобъемлющей разрядки в отношениях между супердержавами (см. следующую главу).

5. Предварительные выводы

Обобщив описанное развитие германо-советских отношений в семидесятые годы и в начале следующего десятилетия и дополнив их некоторыми другими сведениями, можно сделать следующее заключение:

1) Выработка модус вивенди (закреплённого Московским договором) в рамках двусторонних и многосторонних переговоров лишь отчасти в отдельных политических аспектах принесла успех – практически никаких успехов не было достигнуто в сфере безопасности, очень мало в культурной сфере, зато вполне успешно развивалось экономическое сотрудничество, пережившее и период кризиса политики разрядки. „Частичная удовлетворенность“[77] – наиболее походящее выражение! В общеполитическом плане следует отметить необычно интенсивные контакты (за исключением 1976 и 1977 гг.) между ФРГ и Советским Союзом, которые выражались в ежегодных встречах в верхах, а с 1974 г. и ежегодных консультациях на уровне министров иностранных дел. Но в конце этой эры министр иностранных дел Громыко, говоря о важнейшем вопросе равновесия и контроля над вооружениями, констатировал: „Здесь мы и Федеративная Республика не находим общего языка.“[78]
2) Германо-советский билатерализм – опираясь на многосторонний характер СБСЕ – оказывал положительное влияние на отношения ФРГ со средними и малыми государствами Центральной и Восточной Европы до тех пор, пока продолжалась разрядка. Это улучшало условия для эволюционного наступления коренных изменений в той части Европы, которая находилась в зоне советского господства. В 1981–1982 гг., когда Советский Союз пригрозил

[76] *Schmidt*, Menschen und Mächte, с. 126.

[77] В ходе германо-советских межправительственных переговоров 31 июля 1975 г. в Хельсинки Шмидт, пытаясь смягчить резкие противоречия, заявил: „Ни одна сторона неудовлетворена. Однако необходимо наводить мосты, чтобы достичь частичной удовлетворенности.“ AAPD 1975, II, Dok. 234, с. 1108.

[78] Громыко в беседе с Геншером 24 ноября 1979 г. в Бонне; цит. по *Genscher*, Erinnerungen, с. 416.

Польше военным вторжением, стала очевидной обратная сторона политики, направленной на продолжение сотрудничества с СССР. Правительство Шмидта-Геншера сочло, что оно не должно оказывать активную поддержку польскому оппозиционному движению („Солидарность") и санкциям Запада.

3) Противоречия в сфере политических интересов и ценностей между ФРГ и Советским Союзом оставались в силе в эпоху Шмидта–Брежнева, несмотря на политику сотрудничества. Наиболее ярко они проявлялись в вопросах германского единства, статуса Берлина, а также в сфере политики безопасности – равновесия сил и контроля над вооружениями в Европе.

Острота *противоречия по вопросу германского единства* несколько снималась в оперативной политике правительства ФРГ, поскольку ревизионизм в связи с воссоединением (возможность которого была эксплицитно согласована в Московском договоре и Заключительном акте СБСЕ) перекрывался социал-демократическим ревизионизмом нового рода – ревизии в определенной мере подвергалась возможность воссоединения Германии; т. е. курс на воссоединение перестал быть определяющим и эта задача отодвигалась на второй план. Средства – это все[79]. Другими словами: отказ от „государственных стратегий на службе долгосрочным целям" и „гибкость, возведенная в ранг методического принципа"[80].

Это „снимало остроту" разногласий по вопросам объединения Германии, но не ликвидировало самих разногласий. А характер отношений между ФРГ и ГДР изменялся в зависимости от развития отношений между ФРГ и СССР.

Противоречия по вопросам безопасности следовало смягчить, так считало правительство ФРГ, мерами по контролю над вооружениями. В этом отношении между правительствами Брандта-Шееля и Шмидта-Геншера сложилась однозначная преемственность, поскольку советское руководство все-таки вступило в переговоры по ВССВС. Различия внутри руководства социал-демократов в период правления Шмидта привели к тому, что председатель партии и экс-канцлер, а также – в еще большей мере – архитектор „Новой восточной политики" ориентировались на первоначальный поэтапный план; т. е. после заключения „восточных договоров" Брандт и Бар рассматривали создание режима контроля над вооружениями в качестве промежуточного этапа, необходимого для достижения истинной цели их Восточной политики – новой общеевропейской и центрально-европейской системы безопасности. На данном фоне становится понятной их внутренняя мотивация и степень их активности в противостоянии любому наращиванию вооружений. А для Шмидта, предпочитавшего перспективам реальность, цель заключалась в достижении военного равновесия на низком уровне посредством контроля над вооружениями, а не в изменении глобальной структуры безопасности в смыс-

79 Аналогично спору о ревизионизме (соотношение средств и цели социализма) в СДПГ перед Первой мировой войной. Лозунг ревизионистов, готовых к практической работе в существующей системе, был „Средства – это все".

80 Эгон Франке (министр ФРГ по вопросам внутригерманских отношений) в речи „Германия и Восточная политика в 80-е годы" от 12 декабря 1980 г., цит. по пресс-релизам министерства от той же даты.

ле создания новой (и обеспечиваемой обеими супердержавами) европейской системы безопасности.

Советский Союз, будучи мировой державой, хотел закрепить сложившийся в Европе статус-кво и способствовать созданию выгодной для себя европейской субсистемы „а ля рюсс“ („коллективная безопасность“), очередной раз сохранив военное превосходство на основании договоренностей о мерах по контролю вооружений в рамках ВССВС и ОСВ. В этой политической концепции советского руководства центральную роль играло намерение стимулировать „политику независимости ФРГ“. Именно это стремление, несмотря на все заверения в обратном, красной нитью проходило через всю политику Москвы: от переговоров с Брандтом в 1970–1971 гг. вплоть до дискуссий по вооружениям средней дальности со Шмидтом и Геншером в 1980–1981 гг. Надежды, которые советское руководство питало в этой связи, правительство ФРГ не оправдало; а Шмидт, ввиду столь массового размещения ракет СС-20, чувствовал себя обманутым Брежневым.[81]

4) Принципиальное осознание Шмидтом того, что „политика разрядки без равновесия – это порабощение!“[82] обеспечило защиту официальной политики Германии в отношениях с Советским Союзом от вируса пацифистского соблазна согласиться – „ради мира“ и спасения разрядки в Европе – с превосходством Советского Союза в обычных и ядерных вооружениях средней дальности и закрепить его в договорном порядке в качестве „приблизительного равновесия“. При этом канцлер понимал, что Федеративная Республика вынуждена поддерживать определенный модус вивенди с русскими,[83] который сложился в условиях разрядки отношений между самими супердержавами. Теперь же ему угрожала новая конфронтация между ними. Поэтому Федеративная Республика была чрезвычайно заинтересована в том, чтобы диалог супердержав, несмотря на советское вторжение в Афганистан и ответные санкции США, продолжался. Федеральный канцлер Шмидт призывал к этому обе стороны. Он называл себя „переводчиком“[84], но не хотел ограничиваться исключительно этой функцией. Но Советский Союз и США не нуждались ни в переводчиках, ни в инициаторах продолжения диалога. Правда, в июне–июле 1980 г. американский президент и советский генсек использовали канцлера в качестве „почтальона“[85] для обмена посланиями. Результаты прямых германо-советских консультаций по вопросам равновесия и контроля над вооружениями к концу правления Шмидта и Брежнева имели чисто декларативный характер.

Приводя вышесказанное к единому знаменателю, можно сделать следующий предварительный вывод:

[81] Шмидт на заседании кабинета министров от 8 июля 1981 г., цит. по Der Spiegel, 6. июня 1983, с. 22.
[82] Шмидт на заседании фракции СДПГ 18 марта 1980 г.
[83] *Schmidt*, Menschen und Mächte, с. 107.
[84] Шмидт на заседании фракции СДПГ 26 апреля 1980 г. и в выступлении в бундестаге 3 декабря 1981 г., цит. по EA 1982, с. D 17.
[85] Шмидт о своей московской миссии, цит. по Die Welt, 7 июля 1980.

Германо-советские отношения развивались на уровне „частичной удовлетворенности“ (Шмидт) до тех пор, пока глобальный политический климат определялся разрядкой. Стоило ей ослабнуть, над отношениями Востока и Запада вновь нависли грозовые тучи, а прагматизм (не говоря уже о надеждах на перспективу) вышел на границы политических возможностей.

III. Германо-советские отношения в восьмидесятые годы: от конфронтации супердержав до всеобъемлющей разрядки

1. Период разлада германо-советских отношений

Изменение мировой политики при урегулировании конфликта между Востоком и Западом в конце семидесятых годов поставило под угрозу дальнейшее развитие германо-советского модус вивенди. В 1982–1983 гг. стал очевидным провал обеих сторон в сфере безопасности: Советскому Союзу не удалось заставить ФРГ отказаться от участия в „двойном решении“ НАТО, а ФРГ не удалось решить задачу создания европейского равновесия сил на более низком уровне путём переговоров о контроле над вооружениями и, тем самым, заложить фундамент для продолжения политики разрядки в Европе. Эти неудачи совпали по времени с завершением социально-либеральной эры (1 октября 1982 г.) и эпохи правления Брежнева (10.11.1982). Но смена правительства в ФРГ и советского руководства не привела к изменениям диаметрально противоположных позиций. Предложения нового генсека Андропова по контролю над вооружениями не отходили от прежней линии и были так же неприемлемы для Запада, особенно для „прифронтового“ государства, каковым являлась ФРГ, как и предложения его предшественника. Новое правительство ФРГ, сформированное коалицией ХДС/ХСС-СвДП, четко придерживалось (что канцлер Шмидт и предсказывал генсеку Брежневу – см. выше) обоих положений „двойного решения“ НАТО вопреки ожесточенному сопротивлению антивоенного движения и СДПГ, которая, находясь в оппозиции, окончательно отказалась от курса предыдущего канцлера. Опираясь на итоги выборов в бундестаг, состоявшихся 6 марта 1983 г., и учитывая отсутствие результатов на женевских переговорах, коалиция ХДС/ХСС-СвДП 22 ноября 1983 г. приняла решение о размещении ракет на своей территории – решение, которое доказало дееспособность НАТО, а через четыре года стало одним из главных условий закрепления „нулевого решения“ в договоре по РСМД.

Прямым же следствием довооружения стало начало тяжелого „периода разлада“ (Геншер) германо-советских отношений.[86] С советской точки зрения, ФРГ представала продолжением „военной руки“ США, ее политики конфронтации, сопровождаемой общественной пропагандой стратегии победы. В результате размещения американских ракет германо-советские отношения неизбежно оказывались втянутыми в кризис отношений между супердержавами, обострившийся из-за „Стратегической оборонной инициативы“ (СОИ) Рейгана, выдви-

[86] *Genscher*, Erinnerungen, c. 433.

нутой 23 марта 1983 г. К тому же, правительство ФРГ решило принять участие в технологических проектах этой программы разработки космических оборонительных вооружений.

Совместные действия с США отвечали требованиям первой приоритетной составляющей государственной политики ФРГ – объединению Запада. Намного сложнее в условиях новой конфронтации супердержав обстояли дела со второй составляющей – налаживанию связей с Востоком. „Ограничение ущерба" – вот, что было императивом правительства Коля–Геншера во время московской встречи с Андроповым с 4 по 7 июля 1983 г. накануне провала женевских переговоров и встречи Геншера с Громыко в Вене 15 и 16 октября 1983 г., за месяц до голосования в бундестаге, а также во время визита Геншера в Москву с 22 по 24 мая 1984 г. уже после прекращения переговоров по РСМД.[87] Коль и Геншер подчеркивали заинтересованность ФРГ в продолжении сотрудничества с Советским Союзом, в продолжении или возобновлении советско-американского диалога, а также указывали на необходимость конструктивного продолжения многосторонних переговоров в рамках СБСЕ, Стокгольмской конференции по мерам укрепления доверия и безопасности и разоружению в Европе и венских переговоров по ВССВС. Они обращали внимание на инициативы, выдвигаемые ФРГ в рамках этих форумов[88], и заверяли, что обязательно будут придерживаться положений Московского договора (включая вопросы границ), последующих соглашений и взятых обязательств в рамках экономического сотрудничества. Их надежда на то, что за счет экономического сотрудничества можно ограничить ущерб, вытекала из того обстоятельства, что, несмотря на предстоящее решение о размещении ракет, германо-советская комиссия по экономическому и научно-техническому сотрудничеству провела плановое заседание в середине ноября 1983 г. в Москве и продолжала работать.[89]

Однако за рамками экономического сектора советская реакция была негативной. Военный ответ на размещение американских ракет средней дальности заключался среди прочего в переносе советских оперативно-тактических ракет в Центральную Европу (включая ГДР), в результате чего увеличивалась не качественная, но количественная степень угрозы для ФРГ. В политическом плане Советский Союз ответил на политику довооружения ФРГ широкой пропагандистской кампанией и своего рода запретом на контакты, заставив своих восточно-европейских союзников отменить уже запланированные государственные визиты. Даже Хонеккеру, который, что примечательно, также провозгласил лозунг „ограничения ущерба", было запрещено посещать Бонн.

Тем более речь не шла о новой германо-советской встрече в верхах. Такая „политика наказания" была характерна не только для переходного внутриполитического периода от Брежнева к Андропову и затем Черненко, она продолжа-

[87] См. *Genscher*, Erinnerungen, с. 429–430; *Helmut Kohl*, Erinnerungen, 1982–1990, München 2005, с. 430–431.

[88] См. *Ralf Roloff*, Auf dem Weg zur Neuordnung Europas. Die Regierungen Kohl/Genscher und die KSZE-Politik der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1992. Vierow 1995.

[89] См. *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, с. 509.

лась некоторое время и после марта 1985 г., когда у руля власти встал Горбачев. Новый генеральный секретарь заявил канцлеру в ходе неофициальной беседы по завершении торжественных похорон Черненко и в письме от 29 октября 1985 г., что, прежде чем строить планы на улучшение отношений, ФРГ следует остановить размещение ракет „Першинг-2“ и отказаться от сотрудничества в рамках СОИ.[90]

Однако уже в тот момент в Женеве были возобновлены американо-советские переговоры по контролю над вооружениями, а в ноябре 1985 г. состоялась первая встреча в верхах между Горбачевым и Рейганом. Такое развитие событий свидетельствовало о том, что супердержавы были готовы к диалогу и без помощи Бонна. А с мая 1986 г. Советский Союз активизировал свои действия в рамках европейской политики в обход ФРГ и ее правительства. После визита президента Франции Миттерана в Москву в июле 1986 г. у него сложилось впечатление (что вскоре подтвердил министр иностранных дел Геншер), что в те годы Горбачев, пытаясь через западноевропейские страны побудить США занять конструктивную позицию на переговорах, делал ставку, прежде всего, на Францию, а по отношению к ФРГ испытывал двойственные чувства: с одной стороны, восхищение экономической мощью, с другой – опасение, что Западная Германия и США объединят свои потенциалы.[91]

Наиболее точное определение своей политики по отношению к Германии в начальный период правления Горбачев дал 27 марта 1986 г., подводя итоги обсуждения в политбюро по поводу назначения Квицинского новым послом в ФРГ:

„Его резюме сводилось к тому, что наша линия в отношениях с ФРГ – сдержанная позиция в политическом диалоге при продолжении экономических отношений – оказалась правильной.
Будет хорошо, утверждал он, если в Бонне почувствуют, что СССР имеет решающее значение для будущего Германии. Конечно, правительство ФРГ жалуется на нашу сдержанность. Но это не является недостатком. Кроме того, советская сдержанность удерживает и наших союзников – они не бросаются в объятия ФРГ в поисках экономических преимуществ. Не в последнюю очередь, она выгодна западноевропейским конкурентам ФРГ, особенно Франции и Италии. После XXVII съезда партии его настоятельно приглашают в Рим и одновременно дают понять, что поездка в Бонн не имеет смысла.
Со стратегической точки зрения [...] так продолжаться не может. Федеративная республика все-таки ведущее государство Западной Европы как в экономической, так и в военной областях, а значит и потенциальный партнер Советского Союза. Невозможно вечно сдерживать естественные процессы. Необходимо постепенно перестраиваться. Начинать нужно с экономики и связей с партиями. Тем самым будет дан сигнал. Однако до выборов в бундестаг не следует встречаться на высшем уровне.“[92]

Что касается экономических отношений, то уже через несколько недель после прихода к власти Горбачев дал четкий сигнал, приняв в Кремле для обстоятельной беседы Вильгельма Кристианса („Дойче Банк“). В это время в Москве

[90] См. цит. *Fred Oldenburg*, Das Verhältnis Moskau-Bonn unter Gorbatschow, в: Osteuropa 36 (1986), с. 774–786 (здесь с. 783); см. *Rafael Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn 1997, с. 100.

[91] См. цит. *Tilo Schabert*, Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2001, с. 120.

[92] *Ju. A. Kwizinskij*, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, с. 397.

проходила крупная выставка промышленности земли Баден-Вюртемберг. На ее открытие прибыл глава правительства земли Шпэт (ХДС), однако ему не была предоставлена возможность встретиться с Горбачевым. В отношениях с политическими партиями, как и прежде, предпочтения отдавались СДПГ. Уже в мае 1985 г. Брандт отправился в Москву по приглашению, которое было согласовано в ходе первой встречи Бара в апреле с новым советским руководителем. Брандту был оказан демонстративно дружеский прием; 27 мая Горбачев провел с ним пятичасовую беседу. Оба руководителя нашли взаимопонимание по вопросам неприятия СОИ и содействия введению моратория на размещение ракет средней дальности.[93]

„Вспомогательная внешняя политика“ СДПГ и ее же „вторая восточная политика“ достигли своего пика[94] с марта 1984 г., когда была создана рабочая группа СДПГ-КПСС (а летом того же года за ней последовало создание еще более важной рабочей группы СДПГ-СЕПГ). Отныне СДПГ ориентировалась на поэтапный план Бара и концепцию „общей безопасности“, которая, как считал Бар, стала проявляться и в новой политике Горбачева. Накануне выборов в бундестаг в январе 1987 г. партия сформулировала „Программу правительства на 1987–1990“, которая – в случае прихода к власти СДПГ – предусматривала отмену решения о размещении ракет и расторжение соглашения с США о сотрудничестве в рамках СОИ, т. е. полностью отвечала требованиям Советского Союза о контроле над вооружениями.

Становилось понятно, почему в 1986 г. Горбачев хотел перенести реализацию последовательных изменений в отношениях с ФРГ на период после выборов в бундестаг. При этом в победе социал-демократов на выборах не было никакой уверенности. Новый советский посол (в отличие от своего предшественника Фалина) предсказывал повторную победу правительства Коля–Геншера и смог убедить политбюро в необходимости инсценировки „подготовительного этапа“ еще до выборов. Квицинский сравнивал приглашение министра иностранных дел от партии свободных демократов с первым ходом в шахматной партии – „ход Геншера“[95]. Визит состоялся с 20 по 23 июля 1986 г. В августе за ним последовал визит председателя правительства земли Северный Рейн-Вестфалия Рау, кандидата на пост канцлера от СДПГ. Тем самым была продемонстрирована определенная сбалансированность.

В обстоятельной беседе Горбачева с Геншером 21 июля 1986 г. состоялось чрезвычайно открытое, подчас жесткое обсуждение германо-советских отношений.[96] Геншер привез послание от канцлера и дал пояснения к нему, указав при этом на конструктивный вклад правительства ФРГ в процесс разрядки и девиз восточной политики ФРГ – „новый европейский миропорядок“ (который сразу стал синонимом горбачевского „европейского дома“), в целях создания которо-

[93] См. *Peter Merseburger*, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, с. 820 и сл.

[94] См. *Fischer*, „Im deutschen Interesse“, Kap. B. I.3; *Timothy Garton Ash*, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993, Kap. 6.

[95] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, с. 408.

[96] Там же, с. 208 и сл.

го должны сотрудничать оба государства вместо того, чтобы сохранять разногласия между ними. Горбачев упрекнул правительство Коля-Геншера в том, что оно проводит противоречивую политику. „Миролюбивым заявлениям“ противопоставляются „практические действия“, выражающиеся в поддержке „воинственной“ американской политики. По его мнению, упомянутое в послании Коля промежуточное урегулирование вопроса по РСМД представляет собой чисто американский вариант. Советский генсек заявил буквально следующее:

„От правительства ФРГ мы получаем политику Вашингтона в немецком переводе. Но тогда можно было бы переводить сразу с английского на русский. Мы же хотим проводить серьезную политику с ФРГ. Готова ли к этому Федеративная Республика?“

Горбачев возражал в том плане, что Советский Союз не собирается вбить клин между ФРГ и США, но ФРГ следовало бы, заметил он, проводить „самостоятельную и ответственную политику, по крайней мере, в вопросах ограничения и контроля ядерных вооружений, а также снижения военной опасности в Европе“. „Больше независимости от Вашингтона“, „чтобы через правительство ФРГ воздействовать на Европу и, тем самым, на политику США“[97] – вот что, как прежде во времена Брежнева (см. выше) двигало горбачевской политикой в отношениях с ФРГ. Однако с учетом сложившегося расклада было ясно, что ФРГ может оправдать эти ожидания по части большей самостоятельности лишь в очень ограниченной мере. По одному вопросу Геншер и Горбачев согласились полностью. „Европейский дом“ или новый „европейский миропорядок“ не удастся построить без ФРГ. И в завершение обмена мнениями Горбачев примирительно-оптимистично высказался о необходимости „открыть новую страницу“ в германо-советских отношениях. К тому времени на этой новой странице было лишь недавно подписанное германо-советское соглашение о научно-техническом сотрудничестве, замороженное еще в семидесятых годах из-за клаузулы договора, касающейся Берлина. Оставшееся место на „новой странице“ должна была заполнить намеченная встреча на высшем уровне.

Развитие событий после удачного подготовительного этапа давало шанс интеграции советско-германских отношений в наметившуюся разрядку между супердержавами, диалог которых вышел на небывалый уровень во время встречи между Рейганом и Горбачевым 11–12 октября 1986 г. в Рейкьявике. Во время подготовки советского руководства к этой встрече политбюро приняло внешнеполитическое решение о необходимости укрепления процесса реформ (перестройка и гласность).

Новая политика предусматривала полный вывод ракет средней дальности из Европы, „т.к. мы рассматриваем ракеты ‚Першинг-2‘ как револьвер, приставленный к нашей груди“[98]. Еще одна причина вывода ракет была оглашена советником Горбачева по вопросам безопасности Черняевым: „Пока мы [...] будем

[97] Цит. там же, с. 410.

[98] Цит. по записям Анатолия Черняева на заседаниях политбюро, *Anatoli Tschernajew*, Die letzten Tage einer Weltmacht, Stuttgart 1993, с. 105 и сл.

держать СС-20 в Европе, нам не привлечь на нашу сторону Западную Европу.“[99] В отличие от брежневской эры новое советское руководство серьезно относилось к неоднократным заявлениям западноевропейских правительств (в особенности правительства Шмидта–Геншера) о том, что СС-20 представляют угрозу их безопасности.

В Рейкьявике уже могло бы быть принято нулевое решение по РСМД, если бы не упорство США в отношении СОИ. Однако нельзя было не заметить разворота к сотрудничеству по вопросам вооружений при урегулировании конфликта между Востоком и Западом. Была подвергнута сомнению даже прежняя стратегия „гарантированного взаимного уничтожения“. Тем насущнее становилось немецкое участие в решении этих вопросов. Как и в 1969 г., речь шла об активной адаптации к новой тенденции в мировой политике; и на этот раз вовлечение ФРГ в этот процесс отвечало советским интересам.

В этой ситуации стало настоящим шоком интервью Коля, опубликованное в журнале „Ньюсуик“ 27 октября 1986 г. В то время как отношения супердержав переживали подъем, канцлер нанес серьезный удар отношениям между ФРГ и Советским Союзом, сравнив Горбачева с нацистским министром пропаганды Геббельсом. Эту – мягко говоря – „неудачную параллель“ (Виршинг) пытались объяснить разочарованием Коля в связи с тем, что все его попытки добиться встречи в верхах были отвергнуты. Удивление явно непреднамеренным срывом Коля, однако, не могло скрыть истинного значения этого пассажа в упомянутом интервью – с его помощью руководитель правительства ФРГ пытался отвергнуть подозрения – как в США, так и в Западной Германии – в том, что он поддастся на пропаганду нового человека в Кремле („I’m not a fool“). Одновременно речь шла и об отмежевании от „геншеризма“, т. е. от позитивной оценки новой советской политики и ее серьезных намерений, а также от рекомендации использовать шанс на сотрудничество. Высказывая столь критическое отношение, канцлер мог рассчитывать на поддержку в США.[100]

Как бы то ни было, протест советского правительства был понятен и неизбежен. Советско-германская встреча министров была отменена. В прессе стартовала новая кампания. Период разлада отношений, конец которому, казалось, должен положить визит Геншера, продолжался. Геншер предпринял собственные шаги на „ограничение ущерба“, в том числе и в беседе со своим советским коллегой 4 ноября в Вене.[101]

В своей речи 1 февраля 1987 г. на мировом экономическом форуме в Давосе, в котором впервые принимали участие и представители Советского Союза, Геншер открыто сформулировал собственное видение и рекомендации, а также свою позицию против тезиса пропаганды (разумеется, без упоминания интервью Коля!); при этом он привел интересное сравнение с германской политикой семидесятых годов:

[99] Письмо Черняева в адрес заместителя министра иностранных дел Ковалева, там же, с. 100.
[100] См. *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, с. 551 и сл.
[101] *Genscher*, Erinnerungen, с. 516–517.

„В семидесятые годы Федеративная Республика Германия более реально, чем другие, оценила опасности советского вооружения, значит и сегодня, не кто иной как Федеративная Республика Германия может наиболее реально и непредвзято оценить последние события в Советском Союзе и связанные с ними перспективы. Она должна препятствовать тому, чтобы эти события легкомысленно оценивались как пропаганда. Необходимо серьезно отнестись к ним, проверить их содержание и использовать достигнутое для улучшения отношений между Востоком и Западом.“[102]

Однако к весне 1987 г. ФРГ поменяла роль „первопроходца“ (Геншер) на роль догоняющего – интервью в „Ньюсуик“ заблокировало налаживание прямых контактов между руководителями обеих стран. Для выхода из тупика советский посол в Бонне (поддерживаемый Москвой) и МИД ФРГ придумали новый „шахматный ход“ – перенос на более ранний срок государственного визита федерального президента по приглашению главы советского государства (не генерального секретаря). Фон Вайцзеккер посетил (в сопровождении министра иностранных дел) Советский Союз в период с 6 по 11 июля 1987 г. и, тем самым, в некотором роде открыл второй „подготовительный этап“. 7 июля в Кремле состоялся интеллигентный словесный поединок, в котором обе стороны оперировали старыми аргументами. Как и в своей беседе годичной давности с Геншером, Горбачев призвал правительство ФРГ проводить более самостоятельную политику. „Мы не хотим больше слышать переводов с английского на немецкий“ – теряя терпение заявил генеральный секретарь и указал на то, что в ходе визита Геншера было решено открыть новую страницу в советско-западногерманских отношениях. Но она так и осталась пустой. Существовала даже опасность, что она будет заполнена очень неприятными вещами. То, что этого, слава Богу, не произошло, подтверждает визит федерального президента. В свете последующего развития событий особенно подчеркивается тот факт, что в этой беседе с фон Вайцзеккером Горбачев затронул „деликатнейший вопрос“ (Квицинский) разделения и объединения немецкой нации. Хотя советский руководитель продолжал строго придерживаться линии двух государств, он выразил мнение, что история покажет, как будет выглядеть ситуация в Европе и в мире через сто лет. Что касается текущего периода, тут Горбачев призывал к выходу на новое качество отношений между ФРГ и Советским Союзом на основе существующего статус-кво, пообещав, что если Бонн положительно отнесется к его инициативам, может быть сделан важный шаг в советско-западногерманских отношениях.[103]

Сложнейшие вопросы в сфере безопасности, касающиеся продолжающихся женевских переговоров о двойном „нулевом решении“ в отношении ракет средней дальности, обсуждались не Горбачевым и фон Вайцзеккером, а Шеварднадзе и Геншером.[104] Первоначально правительство ФРГ выступало за принятие нулевого решения в отношении ракет средней дальности (РСД, от 1000 до 5500 км), также оно требовало согласовать максимально допустимое количество ракет ма-

[102] Цит. по *Auswärtiges Amt* (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart и др. 1990, Dok. 245, с. 597–601 (здесь с. 600); см. *Genscher*, Erinnerungen, с. 526–527.
[103] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, с. 418–423.
[104] См. *Genscher*, Erinnerungen, с. 570–571.

лой дальности (РМД, от 150 до 1000 км) с тем, чтобы сохранить составляющую ядерного устрашения в западной Европе перед лицом превосходства Советского Союза и государств Варшавского договора в обычных вооружениях. Тогда – 1 июня 1987 г. – правительство ФРГ дало согласие на принятие расширенного „нулевого решения“, но при этом отказалось учитывать 72 ракеты „Першинг-Ia“ (дальность ок. 720 км). У бундесвера были свои ракеты, но их ядерными боеголовками распоряжались американцы. Советский Союз не принял аргумент о том, что они являются „оружием третьих стран“, а значит, как и британские и французские ракеты, не должны учитываться в рамках решения. В Москве Шеварднадзе однозначно дает понять своему немецкому коллеге, который также считает позицию своего правительства несостоятельной, что если ФРГ не откажется от ракет „Першинг-Ia“, то не будет и договора по РСМД. Министры договаривались „в любом случае провести повторные консультации“, если возникнет угроза женевским переговорам из-за нерешенности данного вопроса. И когда в августе 1987 г. этот случай действительно наступил, Шеварднадзе (через посла Квицинского) обратился с отчаянным посланием к Геншеру, и тому удалось убедить канцлера в том, что ФРГ не должна блокировать процесс контроля над вооружениями.[105]

26 августа канцлер Коль объявил об отказе Западной Германии от этих требований. Советские попытки повлиять на канцлера при посредничестве Геншера принесли плоды. Решающим же стало то обстоятельство, что, так же как и Советский Союз, сделать этот шаг недвусмысленно требовали США. Коль принял это решение вопреки ожесточенной оппозиции в своих же рядах, которая опасалась „отделения“ безопасности ФРГ от американской стратегической силы ядерного устрашения, в то время как в самих США уже давно на первый план вышла концепция „поэтапного устрашения“.[106] Таким образом, решение ФРГ об отказе от ракет не было актом „независимости от Вашингтона“ (к которой призывал Советский Союз). Оно стало следствием договоренности *обеих* супердержав. Правительство ФРГ лишь последовало за своим союзником по блоку и гегемоном Запада. При этом оно создало предпосылки для улучшения отношений с Советским Союзом. Подписанный 8 декабря 1987 г. в Вашингтоне договор по РСМД, содержащий двойное „нулевое решение“[107], был запоздалым триумфом политики равновесия в Европе, ставшим реальностью в результате гонки вооружений и обозначившим исторический прорыв в отношениях между Востоком и Западом. Это открывало новые возможности развития германо-советских отношений.

2. Интенсификация германо-советских отношений под знаком всеобъемлющей разрядки

[105] Там же, с. 571 и сл.
[106] Discriminate Deterrence, Report of the Commission of Integrated Long-Term Strategy, January 1988; см. *Link*, Ost-West-Konflikt, с. 219.
[107] EA 1988, с. D 18–D 30.

„Благополучный исход“ визита фон Вайцзеккера в Советский Союз был расценен как „примирение“ после „неудачной формулировки канцлера в интервью ‚Ньюсуик‘“.[108] И все же следующим высокопоставленным представителем ФРГ, которого Горбачев пригласил в Москву (в конце 1987 г.), стал не Коль, а его критик Штраус, председатель ХСС и руководитель правительства Баварии. Поэтому руководителю правительства земли Баден-Вюртемберг и заместителю председателя ХДС Шпэту было предоставлено право от имени и по поручению канцлера донести до Горбачева „безотлагательную необходимость“ встречи в верхах.[109]

В этот раз Горбачев дал свое согласие, но предложил, чтобы первая встреча в верхах после столь длительного „перерыва“ состоялась в Москве. Визит Коля в Москву 24–27 октября 1988 г. и ответный визит Горбачева в Бонн 12–14 июня 1989 г. были представлены как части единого целого, а боннская встреча его кульминацией.

В ходе московских переговоров с Горбачевым Колю удалось в свойственной ему манере, затрагивая вопросы личного характера и семейной жизни, создать дружескую, доверительную атмосферу („химия“ сработала!).[110] „Лед тронулся“, – заявил Горбачев уже после первой встречи. А расставаясь после интенсивного трехдневного обмена мнениями, они – как писал советский руководитель в своих „Воспоминаниях“ – испытывали „сердечную симпатию друг к другу“.[111]

Немногие доступные источники позволяют сделать вывод о том,[112] что на этих переговорах были затронуты все важные вопросы текущих двусторонних и международных отношений. Афганистан перестал быть камнем преткновения после вывода Красной Армии (соглашение от апреля 1988 г.). Центральное положение занимали остающиеся после заключения соглашения по РСМД, которое Коль считал „ключевым для европейской безопасности“, проблемы в сфере безопасности и контроля над вооружениями, а именно „значительное превосходство Варшавского договора в области ядерных ракет малой дальности“ и „серьезное неравновесие в сфере обычных вооружений“. Канцлер подчеркивал неотъемлемость ФРГ от Запада как основу и предпосылку своей политики, направленной на развитие отношений с Востоком. Он выдвинул тезис, который вскоре нашел свое подтверждение: „Наша прочная связь с Западом увеличивает значимость нашего предложения о справедливом партнерстве.“ Затрагивался и „немецкий вопрос“, правда, без каких-либо новых аспектов. Горбачев не хотел

[108] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, с. 423.

[109] Так записано в протоколе переговоров, цит. по *Gorbatschow* [Gorbačev], Erinnerungen, Berlin 1995, с. 703.

[110] Коль в телефонной беседе с Бушем 15 июня 1989 г, в: *Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann* (сост.), Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, Dok. 6, с. 300.

[111] *Gorbatschow*, Erinnerungen, с. 705.

[112] EA 1988, с. D 615–D 634; Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dok. 264, с. 639 сл. а также воспоминания участников; см. *Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzleramt, с. 102–103, и *Karl-Rudolf Korte*, Deutschlandpolitik, в: Helmut Kohls Kanzlerschaft, Stuttgart 1998, с. 440 и сл.

разыгрывать немецкую карту, а Коль резюмировал позицию ФРГ одним предложением: „Для нас история еще не сказала последнего слова."

В Москве были подписаны шесть межправительственных соглашений о сотрудничестве (в т.ч. в области охраны окружающей среды и о культурном обмене) и согласованы конкретные проекты (например, по подготовке специалистов и руководящих кадров в области экономики). Рамочный кредитный договор на сумму более одного миллиарда рублей между консорциумом немецких банков и советским „Внешэкономбанком" стал подтверждением намерений сторон использовать экономическое сотрудничество в качестве рычага с целью „динамичного развития" германо-советских отношений. К визиту Горбачева в Бонн планировалось разработать совместный документ по этому вопросу. Советская сторона даже планировала начать работу над новым государственным договором между СССР и ФРГ.[113] Начался тот „естественный процесс", о котором Горбачев говорил 27 марта 1986 г. и который, как представляется, был все-таки процессом, ориентированным на интересы сторон. „Ведущее государство Западной Европы в экономической и военной областях" двигалось по направлению от „потенциального" к фактическому партнерству. Это отвечало немецким интересам: ФРГ – партнер переживающего реформы Советского Союза и надежный союзник в составе Западного блока, прежде всего США и Франции (в рамках ЕЭС)! Условия новой и отныне широчайшей разрядки между супердержавами – в большей мере, чем условия избирательной, частичной разрядки в начале семидесятых – давали объективный шанс успешно проводить в жизнь оба главных лозунга внешней политики ФРГ: связь с Западом и, на этой основе, тесные и конструктивные отношения с Советским Союзом.

Боннские переговоры (основательно подготовленные в ходе нескольких встреч на уровне министров иностранных дел) подтвердили и благословили начатый в Москве процесс. Ответный визит Горбачева в ФРГ (12–14 июня) стал своего рода политическим восклицательным знаком – не в последнюю очередь ввиду восторженного приема, который немцы оказали советскому реформатору (избранному также главой государства). В обществе началась „горбимания".

К тому же за семь месяцев, прошедших после первого государственного визита, в сфере международной политики также произошли некоторые события, которые пошли на пользу и боннским переговорам, и активизации германо-советских отношений:

1) В переговорах по сокращению наступательных вооружений (СНВ), в которые к тому времени были преобразованы переговоры по ОСВ, Горбачев и Рейган в принципе договорились о сокращении ядерных систем на пятьдесят процентов. Через некоторое время политику Рейгана в рамках ОСВ продолжил новый американский президент Джордж Буш; переговоры были возобновлены в июне 1989 г.
2) На многостороннем уровне успешно завершилась третья конференция СБСЕ в Вене (15 января 1989 г.) – был принят новый по содержанию заключительный документ, а также достигнута договоренность о начале переговоров по

[113] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, с. 425; *Kohl*, Erinnerungen, с. 889.

обычным вооруженным силам в Европе (ДОВСЕ) и продолжении переговоров о новых мерах доверия и безопасности (ДМДБ). И те и другие начались 9 марта. Теперь, после безрезультатного раунда переговоров по ВССВС (см. выше) представлялось возможным асимметричное разоружение в сфере обычных вооружений (как в случае с РСМД) – и структурное обеспечение ненападения в сочетании с надежной системой оповещения.

3) Ожесточенные споры внутри НАТО по вопросу ядерных сил малой дальности (РМД), не включенных в договор по РСМД, непосредственно перед визитом Горбачева в Бонн завершились принятием чрезвычайно важного для германо-советских отношений решения. В отличие от США (и Великобритании) правительство Коля-Геншера выступало против немедленной модернизации РМД. Германии удалось убедить Штаты в своей правоте! Решение НАТО от 30 мая 1989 г. предусматривало перенос рассмотрения и решения „вопроса о модернизации" на 1992 г. „в свете общего развития событий в области безопасности".[114]

Еще до визита Горбачева в Бонн правительство Коля-Геншера продемонстрировало – как того и хотела Москва – „самостоятельность" ФРГ в центральном вопросе безопасности и контроля над вооружениями и показало Советскому Союзу, „что оно намерено доверять инициативам Горбачева по разоружению. Это оказало решающее воздействие на германо-советские отношения".[115]

Такое развитие событий не оказало негативного влияния на германо-американские отношения. Доказательством этого стал визит президента Буша сразу после Брюссельского саммита в ФРГ и его призыв к „партнерству в лидировании" („partnership in leadership").[116]

Естественно, что большое значение для хода встречи Коля и Горбачева в Бонне[117] имели венские переговоры по обычным вооруженным силам в Европе (ОВСЕ) и проблематика РМД. Позиции сторон сближались, но все-таки оставались различными. Горбачев подвел итог следующим образом: он заинтересован в третьем „нулевом решении", в то время как канцлер настаивает на сохранении ядерного минимума. [118] Коль использовал предусмотренную брюссельским решением НАТО увязку обычного вооружения с ядерным (т. е. возобновление переговоров по РМД в течение двенадцати месяцев после заключения договора по ОВСЕ) в качестве обоснования необходимости ускорения венских переговоров. В итоговом документе[119] обе стороны заявили, что их цель заключается в „ликвидации существующей асимметрии и снижении военных потенциалов

[114] См. *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, с. 570–571.

[115] Там же, с. 571.

[116] Переговоры между Колем и Бушем 30 мая 1989 г. в Бонне, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 1, с. 271–276.

[117] См. документы 2–4 там же, с. 276–299, воспоминания участников переговоров, а также *Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzleramt, с. 131 сл и *Korte*, Deutschlandpolitik, с. 442 сл.

[118] Переговоры между Колем и Горбачевым, 13 июня 1989, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 3, с. 292.

[119] Совместное заявление от 13 июня 1989 г, в: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dok. 278, с. 697–700 (здесь с. 699).

до стабильного равновесия на низком уровне, достаточном для обороны, но не нападения". То, чего безуспешно добивались все правительства ФРГ начиная с семидесятых годов, стало реальной перспективой.

В обсуждении двусторонних отношений экономическое сотрудничество – ввиду „скверного состояния советской экономики"[120] – приобрело еще большее политическое значение. А оно, как отметил Горбачев[121], является „фундаментом любой политики". В этой связи в работу Смешанной комиссии по экономике были внесены „революционные" структурные изменения. А из одиннадцати подписанных соглашений самые важные касались экономического сотрудничества (в т.ч. о защите инвестиций и подготовке руководящих кадров); даже соглашение о судоходстве, по которому до последнего дня шли споры из-за берлинской проблематики, в итоге в полном объеме распространялось и на Западный Берлин. В глобальном плане центральной проблемой были последствия советских реформ во внутренней и внешней политике для зоны советского влияния. Канцлер Коль неоднократно заверял советского президента, „что он не намерен проводить политику дестабилизации" – ни в Польше и Венгрии, ни в ГДР. Он категорично заявлял о том, „что не заинтересован в дестабилизации ГДР".

„То, что у нас с генеральным секретарем нет согласия по германскому вопросу, важно. Но что дают постоянные споры по этому вопросу? Все равно необходимо постоянно объяснять позиции, поскольку именно этого ожидают в наших странах. Канцлер ФРГ, к примеру, просто обязан говорить о Берлине. При всем при этом решающим, однако, является вопрос о том, остановят ли эти проблемы продвижение сторон или все-таки стороны будут использовать любую возможность для налаживания сотрудничества."

Это сотрудничество должно было обрести „новое качество" (так было записано в итоговом документе), что не в последнюю очередь подчеркивало то обстоятельство, что между ведомством канцлера и Кремлем была установлена прямая линия связи – так называемая „горячая линия". А в чрезвычайных случаях планировалось действовать через советника канцлера Тельчика.[122]

Итак, в Бонне спор по германскому вопросу урегулирован не был. Однако канцлеру удалось убедить советское руководство включить в „Совместное заявление" указание на право на самоопределение как один из элементов европейского миропорядка, причем в самом начале этого заявления, в следующей формулировке:

„Безусловное уважение целостности и безопасности каждого государства. Каждое государство имеет право свободного выбора собственной политической и социальной системы. Безусловное уважение принципов и норм международного права, в частности уважение *права народов на самоопределение.* [выделено – В. Л.]"[123]

Однако это не означало пересмотра курса Горбачева в германском вопросе (тем более если принять во внимание то, что Горбачеву наверняка были известны

[120] *Kohl*, Erinnerungen, с. 888.

[121] Переговоры между Колем и Горбачевым в расширенном составе, 13 июня 1989, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 4, с. 299.

[122] Переговоры между Колем и Горбачевым, 12 июня 1989, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 2, с. 276–287.

[123] Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dok. 278, с. 698.

приведенные выше высказывания Коля). Хотя позднее эта формулировка в совместном германо-советском документе все же стала некой отправной точкой. То обстоятельство, что во время легендарной ночной беседы (14–15 июня) на берегу Рейна Горбачев не возражал, когда Коль говорил о воссоединении Германии, обосновывая его неизбежность красочными метафорами из мира природы,[124] можно истолковать как поворотный пункт только с сегодняшней точки зрения.

В Бонне наметилось смещение германо-советских отношений от закрепленного Московским договором модус вивенди к „новому качеству“. В Совместном заявлении недвусмысленно говорилось, что этот договор „остается основой для отношений обоих государств“. Заключение нового „большого договора“, с немецкой точки зрения, было возможно, только после ликвидации разделения Германии (т.е. после преодоления конфликта, разделявшего оба государства). Собственно цель „нового качества“ заключалась в создании условий для урегулирования конфликта. При этом обе стороны нуждались в разрешении глобального конфликта между Востоком и Западом. Летом 1989 г. такое решение находилось все еще вне зоны видимости. Но мировая политика все больше определялась всеобъемлющей разрядкой.

Канцлер Коль недвусмысленно дал понять, что политика ФРГ по отношению к Советскому Союзу не должна была повлечь за собой равноудаленность ФРГ по отношению к обеим супердержавам.[125] Еще более необоснованными были синдром Рапалло или надежды Рапалло. Германо-советские отношения после обоих визитов характеризовал оптимистический и в то же время реалистичный взгляд в будущее, находивший свое отражение в многословных заявлениях. Горбачев, любивший, как и Коль, использовать метафоры из мира природы, в завершение встреч в Бонне сказал, что над советско-западногерманскими отношениями встало солнце – не вдруг, но после многолетних усилий.[126] Используя этот образ, резюмируем: временное охлаждение отношений („период разлада“) уступило место всемирному политическому потеплению; а германо-советские отношения освещало солнце разрядки.

[124] В своей книге воспоминаний (Erinnerungen, с. 889) Коль так рассказывает об этой беседе: „Я показал на Рейн и сказал: ‚Взгляните на протекающую мимо нас реку. Она символизирует историю; она не статична. Вы можете поставить плотину, технически это возможно. Но тогда она выйдет из берегов и проделает другой путь к морю. То же самое можно сказать и о единстве Германии. Вы можете попытаться предотвратить его. Возможно, что в этом случае мы не станем его свидетелями. Но точно так же, как Рейн в любом случае найдет дорогу к морю, настанет единство Германии, а также единство Европы.‘ Я считал, что вопрос заключается только в одном: ‚Сделаем ли мы это в наше время или будем ждать дальше – со всеми вытекающими проблемами?‘ И я еще раз подчеркнул, что Германия не смирится с тем, что разделена. Михаил Горбачев выслушал мои соображения и больше не возражал!“

[125] Телефонная беседа между Колем и Бушем, 15 июня 1989, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 5, с. 300.

[126] Переговоры между делегациями, 13 июня 1989, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 4, с. 298.

IV. Заключительный акт и перспективы: через воссоединение Германии к Боннскому договору (1990)

Точно так же, летом 1989 г. невозможно было предвидеть, что уже через год всеобъемлющая политика разрядки приведет к заключительному этапу конфликта между Востоком и Западом и к согласию по вопросу о воссоединении Германии. Драматичный процесс дестабилизации в зоне советского господства осенью 1989 г. – уход Хонеккера (18 октября) и падение Берлинской стены (9 ноября) – вылился в небывалое обострение немецкого вопроса, а весной 1990 г. он вызвал к жизни беспрецедентную „скоростную дипломатию“ (Шеварднадзе)[127], результатом которой стало подписание „Договора об окончательном урегулировании в отношении Германии“ (договор „2+4“) 12 сентября 1990 г. В ходе этого революционного процесса доверительные отношения между Колем и Горбачевым, сложившиеся во время московской и боннской встреч в верхах, проявили себя надежной базой и ценной основой для чрезвычайно интенсивной коммуникации между Бонном и Москвой на всех уровнях.

Обе стороны подтвердили, что будут и дальше преследовать цель строительства общеевропейского миропорядка и общеевропейского дома. Однако к тому моменту, когда эрозия прежних систем в странах Центральной и Восточной Европы, и прежде всего в ГДР, приняла небывалые темпы, общеевропейский дом, в котором свое место должна была обрести и объединенная Германия, еще не был готов, еще не были решены вопросы ни строительных конструкций, ни архитектурного оформления. Возникла угроза нарушения намеченной последовательности действий (сначала общеевропейский миропорядок, затем реализация немецким народом права на самоопределение). Советский Союз попытался добиться хотя бы некой „синхронизации“. В определенной мере ему это удалось – практически одновременно (точнее говоря, спустя короткое время после воссоединения Германии, состоявшегося 3 октября 1991 г.), а именно 21 ноября, в Париже были подписаны „Хартия новой Европы“ и договор по обычным вооруженным силам в Европе (ДОВСЕ). Однако к этому времени уже стало ясно, что структуры СБСЕ не смогут ограничить доминирующую роль НАТО, т. е. в Европе не будет создана новая „система коллективной безопасности“. Также провалилась предпринимаемая Советским Союзом при поддержке ГДР попытка отделить внутренние аспекты воссоединения Германии от внешних (т. е. отменить права четырех держав лишь через несколько лет после оформления объединения двух немецких стран на государственно-правовом уровне и создания общеевропейского миропорядка).[128]

Вопросы „внешних аспектов“ были решены *до* официального объединения Германии и *до* парижской конференции СБСЕ. Советский генеральный сек-

[127] *Eduard Schewardnadse* [Ševardnadze], Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991, с. 237.

[128] Примечательно, что Эгон Бар также выступал за такое разделение аспектов с тем, чтобы сначала создать европейскую систему безопасности. См. *Werner Weidenfeld*, Außenpolitik für die deutsche Einheit, Stuttgart 1998, с. 556.

ретарь и президент не поспевал за революционными событиями, каждый раз „опаздывая“, за что его и „наказала жизнь“. Еще в больше степени это касалось его критиков и противников в Кремле.[129]

Для канцлера Коля и министра иностранных дел Геншера ситуация развивалась с точностью до наоборот. Опаздывали и были за это наказаны на выборах их критики. Хотя Коль первоначально исходил из того, что процесс воссоединения будет протекать поэтапно (включая этап конфедерации) в течение нескольких лет и параллельно построению единой Европы. Он повторно заверил Горбачева (в том числе в ответ на советскую критику его плана объединения Германии из десяти пунктов от 28 ноября 1989 г.), что он не проводит политику дестабилизации ГДР, а продуманно реагирует на тамошние события. Однако очень скоро Коль стал не только „ведомым обстоятельствами“, но и „инициатором событий“[130]. Будучи опытным государственным мужем он использовал любую возможность, которую только предоставляли революционные события и их международные последствия. В этом смысле он считал, что его правление можно охарактеризовать известной цитатой Бисмарка (об этом он рассказал Горбачеву 15 июля 1990 г.[131]):

„Человек ничего не может создать сам, он может только дождаться того момента, когда сквозь события послышатся шаги Господа, затем подпрыгнуть и ухватиться за полы его плаща – больше ничего.“

Горбачев согласился с этим „интересным“ высказыванием Бисмарка; Бушу цитата тоже понравилась.

Час самоопределения пробил. Теперь, в новых условиях мировой политики, этот принцип международного права мог быть реализован на практике. Решение Горбачева полностью отказаться от брежневской доктрины в Центральной и Восточной Европе и не использовать размещенные там, в первую очередь в ГДР, советские войска против осенней демонстрации ради спасения коммунистического режима, свидетельствовало о практическом соблюдении права на самоопределение, ранее существовавшего лишь на бумаге – в Заключительном акте СБСЕ и германо-советском Совместном заявлении. 10 февраля в беседе с Колем во время встречи в верхах в Москве Горбачев дал зеленый свет объединению Германии. В сенсационном сообщении ТАСС говорилось:

„Горбачев констатировал – и канцлер согласился с ним – что в настоящее время между СССР, ФРГ и ГДР отсутствуют разногласия в отношении того, что немцы должны самостоятельно решить вопрос единства немецкой нации и самостоятельно сделать выбор

[129] Беседы фон Плато с противниками Горбачева в политбюро свидетельствуют о серьезной потере ими ощущения реальности; см. *Alexander von Plato*, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel, Berlin 2002, passim.

[130] *Weidenfeld*, Außenpolitik, с. 796.

[131] Встреча Горбачева и Коля, 15 июля 1990, в: *Michail Gorbatschow*, Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993, с. 162–163; *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 350, с. 1340.

в каких формах государственного устройства, в какие сроки, в каких темпах и на каких условиях они реализуют это единство.“ [132]

Германо-германские переговоры (не рассматриваемые в этой работе) можно было начинать.

Конечно, было бы ошибкой видеть в этом изменении политики Горбачева в отношении Германии наличие сколько-нибудь содержательного предварительного решения по урегулированию „внешних аспектов“ немецкого единства. Четыре державы продолжали сохранять свои права. Их отмена могла произойти только по взаимному согласию. Тот факт, что в переговорах по этому вопросу участвовали не только четыре державы, победившие во Второй мировой войне – и даже не в рамках какой-нибудь крупной международной конференции – но и оба германских правительства („2+4“), стало запоздалым триумфом Договора 1954 г. по Германии[133]. В то время как образованное в результате демократических выборов 18 марта коалиционное правительство ГДР в лице министра иностранных дел Меккеля (СДПГ) частично поддерживало позицию Советского Союза, правительство ФРГ тесно взаимодействовало с американским правительством и параллельно проводило двух- и многосторонние согласования с тормозящей Великобританией и приспосабливающейся Францией, а также с другими союзниками (по ЕС и НАТО). Фундаментом для столь комплексной политической игры являлся уровень американо-советских переговоров, поскольку германский вопрос был интегрирован в новую структуру отношений между державами.

Двухсторонняя дипломатия в рамках треугольника СССР–США–ФРГ определяла результаты многосторонних отношений. Решение по Германии одновременно становилось решением по Европе. Если конкретно, то структура будущего европейского устройства в итоге зависела от решения о принадлежности объединенной Германии к тому или иному блоку. Решение это было принято с учетом мирового расклада сил – в пользу США. Американское правительство действовало и вело переговоры, опираясь на осознание своей победы в конфликте между Востоком и Западом. В ключевой беседе с Колем в Кэмп-Дэвиде 24 февраля 1990 г. президент Буш заявил, что Советский Союз не в состоянии диктовать Западу, останется ли Германия в НАТО или нет: „Мы взяли верх, не они. Мы не можем позволить Советам превратить их поражение в победу“ (*we prevailed and they didn't. We can't let the Soviets clutch victory from the jaws of defeat*)[134]. Вопреки мифу о том, что США (в отличие от других держав) с самого начала выступали за воссоединение Германии, не выставляя при этом *никаких условий*, полноценное членство единой Германии в НАТО было для Буша обязательным условием conditio sine qua non, потому что только так США могли сохранить статус „европейской державы“ и использовать Германию в качестве военной базы

[132] Цит. по *Horst Teltschik*, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, с. 143; см. также Dok. 174, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik.

[133] Договор 1954 г. по Германии предусматривал, „сотрудничество“ трех западных держав и ФРГ по вопросам воссоединения Германии (ст. 7).

[134] *Philip Zelikow/Condoleezza Rice*, Germany Unified and Europe Transformed. Cambridge Massachusetts 1995, с. 215; беседа Коля и Буша, 24 февраля 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 192, с. 860–873 (см. также Dok. 194).

и исходной точки для распространения своего влияния. Цель встречи в Кэмп-Дэвиде 24 февраля – в соответствии с рекомендациями советников Буша[135] – состояла в том, чтобы „привязать“ канцлера Коля к американской позиции, т. е.

„закрепить историческую сделку: обещание Коля не менять форму и суть обязательств Германии в отношении НАТО в обмен на обещание США не ставить в зависимость от процесса „2+4“ вопрос германского единства“.

Эта цель была достигнута. Коль пообещал то, чего от него ожидали, Буш дал свое обещание. Историческая сделка не имела изъянов. Она категорически исключала возможность осторожно затронутого Колем „французского решения“ (т. е. членство в НАТО без включения вооруженных сил в его военную структуру). Бушу „не нравилась мысль о еще одной Франции в НАТО“[136]. В последующих германо-советских и американо-советских переговорах и федеральный канцлер, и американский президент придерживались положений этой германо-американской „исторической сделки“.

Как и предсказывал Коль в Кэмп-Дэвиде, в ходе следующей встречи между руководителями супердержав, которая состоялась 31 мая в том же Кэмп-Дэвиде, Горбачев пошел на принципиальную „уступку“ в „центральном вопросе“ о членстве объединенной Германии в НАТО, которая, однако, нуждается в разъяснении. В результате весьма жесткой дискуссии Горбачев и Буш договорились о том, что на пресс-конференции американский президент сделает следующее заявление: после подтверждения *американской* точки зрения о том, что объединенная Германия должна остаться „полноценным членом НАТО“, следовало предложение: хотя президент Горбачев *не* разделяет эту точку зрения, оба руководителя „полностью согласны в том, что, в соответствии с Хельсинкским Заключительным актом, вопрос принадлежности к блокам решают немцы самостоятельно“[137]. Значит, вопрос уже был решен – ведь Горбачеву было ясно, как проголосуют немцы? Какую роль играли тогда знаменитые германо-советские переговоры в Москве и Архызе 15 и 16 июля? Прав ли был Коль[138], заявив, что результатом этих переговоров стал „прорыв по направлению к единству Германии в рамках нерушимого союза с демократами Западной Европы и Северной Америки в условиях растущей политической и экономической интеграции Европы?“ Или такая интерпретация была и остается некой „кавказской легендой“?[139]

Источники позволяют дать однозначный ответ на этот вопрос (столь важный для германо-советских отношений).[140] В первую очередь следует упомянуть телекс, в котором президент Буш информирует канцлера о своих переговорах

135 *Zelikow/Rice*, Germany Unified, с. 215.
136 Там же, с. 214.
137 Цит. по *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 299, прим. 5, с. 1178.
138 Коль в обращению к Миттерану, 17 июля 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 356, с. 1374; см. также *Weidenfeld*, Außenpolitik, с. 661.
139 *Andreas Rödder* в: FAZ, 29 сентября 2000; и в том же духе *von Plato*, Vereinigung Deutschlands, passim.
140 Телефонная беседа Коля с Бушем, 17 июля 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 355, с. 1371–1374 (здесь с. 1372).

с президентом Горбачевым в Кэмп-Дэвиде.[141] Он подтверждает, что в Кэмп-Дэвиде Горбачев *еще не был* согласен с полноценным членством Германии в НАТО; он лишь в принципе согласился со ссылкой на выработанный в Хельсинки принцип. В Москве и Архызе Горбачев и Коль согласовали условия, в которых было бы приемлемым конкретное применение этого принципа и ожидаемый результат (решение Германии в пользу членства в НАТО). Если бы тогда или позднее они не достигли этой договоренности, то кэмп-дэвидская формула от 31 мая осталась бы без последствий. И только договоренности, достигнутые в Архызе „благословили" – как метко отметил Горбачев в своих воспоминаниях[142] – единство Германии. Предпосылкой этого благословения стало сближение супердержав.

Согласие на членство Германии в НАТО было дано с условием, что вплоть до вывода советских войск структуры НАТО не будут охватывать территорию ГДР. Вывод советских войск должен был быть завершен в течение трех–четырех лет и подлежал оформлению соответствующим договором (включая вопросы финансирования со стороны Германии). Численность вооруженных сил объединенной Германии не должна была превышать 370 000 человек. Германия подтверждает отказ от использования атомного, биологического и химического оружия и остается участником договора о его нераспространении. Политические рамки установления и дальнейшего развития отношений между объединенной Германией и Советским Союзом оформляются всеобъемлющим двусторонним договором, который должен быть заключен непосредственно после подписания договора „2 + 4".[143] Обмен зафиксированными в письменном виде „соображениями" обеих сторон в отношении такого „большого" договора, состоявшийся 15 июля в Москве, и достигнутая в Архызе на следующий день договоренность о незамедлительном начале конкретной работы над этим договором[144] создали основу для германо-советского консенсуса, которого удалось достичь на Кавказе, и для скорого и успешного завершения переговоров в рамках договора „2 + 4".

Причем данная важнейшая взаимосвязь – „связка" (Квицинский)[145] – не была навязана впоследствии в рамках ратификации договора Верховным Советом, она была логическим результатом германо-советских переговоров, что однозначно следует из генезиса данного договора. И об этом стоит сказать, по крайней мере, несколько слов.

[141] Буш в обращении к Колю, 4 июня 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 299, c. 1174–1175.
[142] *Gorbatschow*, Erinnerungen, c. 724.
[143] См. протоколы переговоров между Колем и Горбачевым, 15 и 16 июля 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 350 и 353.
[144] „Соображения" Коля – см. *Weidenfeld*, Außenpolitik, c. 667; Советские соображения (в форме проекта договора) см. *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 351, c. 1348–1352.
[145] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, c. 20 и c. 90.

Инициатива исходила от федерального канцлера.[146] Именно он предложил договор, открывший дорогу в Архыз.[147] Более того, Коль проделал подготовительную работу. Правительство ФРГ заявило о своей готовности предоставить государственные гарантии на несвязанный кредит в размере 5 миллиардов немецких марок, чтобы снять опасность возможной неплатежеспособности Советского Союза. Оказывая столь необычно большую финансовую помощь, Коль рассчитывал на то, что Горбачев „в рамках процесса „2+4" предпримет в таком же духе все возможное, чтобы были приняты все необходимые решения, которые сделают возможным конструктивное разрешение оставшихся вопросов". Принятие этих решений уже в этом году отвечает интересам обеих сторон, писал Коль в своем письме от 22 мая[148], „не в последнюю очередь для того, чтобы расчистить путь к заключению уже предложенного мною всеобъемлющего договора о партнерстве между Советским Союзом и будущей единой Германией". Вряд ли можно было еще более четко высказаться о необходимости обусловленного сотрудничества. Эта обусловленность подчеркивалась Колем в Москве и Архызе. Он ставил цель – „при условии, что мы будем совместно решать актуальные проблемы" – заключить договор о сотрудничестве в течение одного года.[149]

Согласно договоренностям, достигнутым в Москве и Архызе, в августе состоялись германо-советские встречи по вопросу „большого договора" и всеобъемлющего договора о партнерстве.[150] Параллельно велись переговоры по договору о временном пребывании и выводе войск. В начале сентября – за несколько дней до запланированного подписания договора „2+4" – оставались нерешенными еще два проблемных вопроса: положение о ненападении в „большом договоре" и финансовая компенсация за вывод войск в договоре о временном пребывании и выводе войск.

В вопросах безопасности канцлер пошел на уступки, согласившись с тем, чтобы включить

> „в генеральный договор положение о неоказании поддержки агрессору в соответствии с пожеланием советской стороны. При этом формулировка должна быть такова, чтобы полностью исключалось любое сходство с пактом Гитлера–Сталина или с договорами, заключенными между ГДР и Советским Союзом."[151]

[146] Беседа Коля с Квицинским, 23 апреля 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 253, с. 1027.

[147] См. запись беседы между Тельчиком и Горбачевым, 14 мая 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 277, с. 1117–1118; см. также *Teltschik*, 329 Tage, с. 232 и сл.

[148] Коль в обращении к Горбачеву, 22 мая 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 284, с. 1136.

[149] Беседа Коля с Горбачевым, 15 июля 1990, в: там же, Dok. 350, с. 1311 и сл.

[150] См. также запись беседы между Тельчиком и Квицинским, 28 августа 1990, в: там же, Dok. 402, с. 1506; *Teltschik*, 329 Tage, с. 353–354.

[151] *Teltschik*, 329 Tage, с. 357.

Размер финансирования со стороны ФРГ в рамках вывода войск – после драматичных телефонных переговоров между Колем и Горбачевым[152] – был увеличен до 12 миллиардов немецких марок, к которым добавился беспроцентный кредит на 3 миллиарда немецких марок.

Повторное согласование ФРГ и Советским Союзом „большого договора" и договора о выводе войск стало решающим шагом в критической завершающей фазе международных переговоров по „внешним аспектам" объединения Германии. 12 сентября 1990 г. в Москве был подписан договор „2+4"; на следующий день министры иностранных дел Геншер и Шеварднадзе парафировали „большой" двусторонний политический договор о партнерстве, что еще раз подчеркнуло внутреннюю взаимосвязь двух документов; церемония подписания договора с участием Коля и Горбачева состоялась 9 ноября 1990 г.[153] в Бонне. В то же день министры иностранных дел и экономики обеих стран поставили свои подписи под договором об экономическом сотрудничестве. Тот факт, что экономическое сотрудничество, упоминаемое также в статье 8 политического договора, оформлялось в деталях отдельным договором, подчеркивал фундаментальное, как и прежде, значение экономической сферы для германо-советских отношений.

Тем самым, в целях урегулирования отношений между Германией (первоначальное официальное название объединенного государства) и СССР был создан многосоставной „общий документ" (Коль), ядро которого составлял „Договор о добрососедстве, партнерстве и сотрудничестве".[154] Место Московского договора занял Боннский договор.

Этим договором стороны закрепили общие ценности и право „всех народов и государств" на самоопределение. Они брали на себя обязательство – как и в Московском договоре – безусловно соблюдать территориальную целостность всех государств в Европе и существующие границы и заявляли, что не имеют и не будут иметь в будущем никаких территориальных претензий. В рамках полного и взаимного отказа от применения силы и нападения они предусмотрели положение о том, что – если одна из сторон станет объектом нападения – другая сторона не будет оказывать „агрессору ни военной, ни какой-либо иной помощи" (ст. 3, абз. 3). Приверженность к контролю над вооружениями увязана с традиционной задачей обеспечения устойчивого равновесия на низком уровне, „достаточном для обороны, но не нападения" (ст. 4). Процесс СБСЕ подлежал дальнейшему развитию „путем создания постоянных органов и структур" (ст. 5). Статья 6 предусматривала тесные консультации – на высшем уровне как

[152] Телефонная беседа между Колем и Горбачевым, 7 сентября 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 415, с. 1527–1530; телефонные переговоры от 10 сентября, там же, прим. 6.

[153] Договор о временном пребывании и условиях планомерного вывода советских войск из Германии, а также Соглашение о некоторых переходных мерах были подписаны германскими министрами иностранных дел и соответственно финансов и советским послом в Бонне 12 и 19 октября 1990 г.

[154] *Auswärtiges Amt* (Hrsg.), Deutsche Außenpolitik 1990/91, Bonn 1991, Dok. 61, с. 237– 243; EA 1991, с. D 85–D 90.

минимум ежегодно, на уровне министров иностранных дел не менее двух раз в год, а на уровне министров обороны регулярно. Несколько статей посвящены сотрудничеству в отдельных общественных и политических сферах: культура, наука, техника, экономика, экология; контакты между общественными группами, в том числе молодежными; совместная борьба с преступностью и терроризмом. В статье 16 говорилось о возвращении „похищенных или незаконно перемещенных культурных ценностях". Обе стороны рассматривают сотрудничество „как составную часть и динамичный элемент дальнейшего развития процесса СБСЕ" (ст. 21) с целью „создания прочного и справедливого европейского миропорядка, включая устойчивые структуры безопасности" (преамбула).

Соответствовало ли такое содержание тем намерениям и ожиданиям, которые обе стороны связывали с этим договором?

В то время как договор „2+4" подводил черту под недавним прошлым, Боннский договор обращался как к „большой исторической традиции" (Коль), так и к будущему и был призван придать германо-советским отношениям „новое качество" (преамбула). Связанные с этим ожидания советской стороны с самого начала были довольно высокими, предполагая некое „привилегированное сотрудничество". Советский Союз хотел „опереться" на Германию.[155] Горбачев придавал германо-советским отношениям в Европе столь же большое значение, как и отношениям между супердержавами.[156] Посол Квицинский полагал даже, что вот-вот осуществиться его мечта и произойдут перемены в духе Бисмарка[157]. Канцлер Коль поднял планку советских ожиданий еще выше, заметив при передаче своих соображений в отношении этого договора, что они содержат „аналогии с германо-французским договором о дружбе", и что „у них много общего" с нашим договором (правда, при этом он имел в виду механизм консультаций и молодежного обмена[158]). Но в первую очередь – во время переговоров и при подписании договора – стороны выражали пожелание, чтобы двусторонний договор оказал положительное влияние на процесс СБСЕ и стал „опорной колонной", „частью несущей конструкции общеевропейского дома"[159].

Подходя к содержанию договора с точки зрения оптимиста, можно сказать, что оно, на первый взгляд, в определенной мере оправдывало ожидания сторон (если, конечно, не брать во внимание невыполнимость бисмаркской мечты). При пессимистической оценке следует отметить, что именно ссылка на германо-французский договор о дружбе 1963 г. вызывала в памяти тогдашнее утверждение де Голля о том, что договоры, подобно розам и юным девам, быстро увя-

[155] Квицинский в беседе с Тельчиком, 28 августа 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 402, c. 1506.

[156] Беседа с Колем, 15 июля 1990, в: *Gorbatschow*, Gipfelgespräche, c. 165.

[157] Беседа между Колем и Квицинским, 23 апреля 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 253, c. 1028.

[158] Беседа между Колем и Горбачевым, 15июля 1990, в: там же, c. 1345.

[159] Горбачев в беседе с Тельчиком, 14 мая 1990, в: *Küsters/Hofmann*, Dokumente zur Deutschlandpolitik, Dok. 277, c, 1116; Заявление Горбачева при подписании договора 9 ноября 1990, в: Deutsche Außenpolitik 1990/91, Dok. 66, c. 256–257.

дают.[160] В ходе советской процедуры ратификации выяснилось, что Советский Союз попросту не планировал выполнять одно из взятых на себя обязательств (а именно, по возврату „трофейного искусства“).[161] Первоначальная исключительная позиция Боннского договора („Привилегированное сотрудничество“) вскоре была ограничена заключением подобных договоров с Францией, Италией и Испанией, что в принципе имело положительные последствия в том плане, что вело к окончательному уничтожению призрака Рапалло (за рубежом его называли „Ставрапалло“).[162] В итоге оптимисты от СБСЕ недооценили доминирующую роль НАТО в сфере безопасности и притязания американского гегемона в рамках общеевропейского устройства, с которыми продолжала считаться Германия, оставаясь верной положениям „исторической сделки“ между Колем и Бушем. Формулировка статьи ни в коей мере не ограничивала обязательства Германии по участию в НАТО.[163] Разумеется, Горбачев добился от госсекретаря Бейкера заверений в том, что после вывода советских войск из Германии НАТО не будет включать в свой состав государства Центральной и Восточной Европы, но эти заверения нигде не были зафиксированы и не имели обязательной силы. По иронии истории именно „привилегированный“ партнер Советского Союза после завершения вывода Советской Армии из Германии, как и планировалось, 31 декабря 1994 г. стал открыто поддерживать вступление Польши в НАТО и влиять в этом направлении на правительство Клинтона. Слаженный вывод войск стал определенным подтверждением тому, что политические отношения на самом деле вышли на новый уровень. Об этом свидетельствовали и успешные попытки канцлера Коля ввести Россию в состав „Большой семерки“. В экономической сфере положения договора сыграли положительную роль, несмотря на сложности реформирования российской экономики. Как и после заключения Московского договора, взаимная заинтересованность в экономическом сотрудничестве являлась солидным фундаментом для развития германо-советских отношений. Немецкая экономическая мощь содействовала объединению Германии и сделала ее выдающимся партнером Советского Союза, а затем и России.

Между Московским и Боннским договорами лежал период в двадцать лет. Для того чтобы дать наиболее точное определение „новому качеству“, которое Боннский договор действительно придал германо-советским отношениям, следует обратиться не к перспективам, представлявшимся в 1990 г., а проанализировать двадцатилетний путь между двумя договорами и на основе этого анализа вывести диагноз:

Весь этот период характеризовался доминированием международных системных условий.[164] Московский договор возник в условиях конфликта между Востоком и Западом. Он мог представлять собой лишь некий модус вивенди,

[160] См. *Horst Osterheld*, „Ich gehe nicht leichten Herzens...“ Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986, с. 236–237.
[161] *Kwizinskij*, Vor dem Sturm, с. 97.
[162] *Biermann*, Zwischen Kreml und Kanzleramt, с. 720.
[163] Там же, с. 719–720.
[164] В отношении объединения Германии к такому же выводу приходит *Klaus Hildebrand*, Wiedervereinigung und Staatenwelt. Probleme und Perspektiven der Forschung zur deutschen

поскольку не мог быть решен центральный вопрос – спор в отношении разделенной Германии и Берлина. Ядерное равновесие и ставшая его результатом разрядка обусловили целесообразность фиксации определенного модус вивенди – несмотря на разногласия по принципиальным вопросам – и наполнения его содержанием, исходя из сложившегося статус-кво. Путем признания статус-кво Советский Союз хотел укрепить зону своего господства, а Федеративная Республика, признавая статус-кво, хотела добиться его изменения в будущем. Послание „О единстве Германии“ сняло остроту этого имманентного противоречия; была установлена совместимость ревизионизма в связи с объединением Германии с Московским договором, фиксирующим статус-кво. Развитие модус вивенди, как было показано, то более, то менее успешно – в зависимости от перемен в урегулировании конфликта между Востоком и Западом. Так, с обеих сторон возникла „частичная удовлетворенность“ (Шмидт). Примат безопасности ставил прагматическую политику в тесные рамки. Лишь только после завершения конфликта между Востоком и Западом появилась возможность пересмотра „реальности в отношениях двух государств“, а затем и оформления новых договорных отношений между Германией и Советским Союзом, не имеющих более характера модус вивенди, поскольку был разрешен заложенный в его основе спорный вопрос. Пересмотр восточных границ был невозможен. ФРГ отказалась от политики территориального ревизионизма еще в Московском и Варшавском договорах. Отныне статья 1 договора „2+4“ окончательно устанавливала, что объединенная Германия включает территорию ФРГ, ГДР и Берлина, и обязывала Германию заключить на этой основе договор о границах с Польшей (что и произошло 14 ноября 1990 г.). Тем самым, была „снята и проблема Калининградской области“[165]. Боннский договор напрямую опирался на договор „2+4“. Заверения о готовности к сотрудничеству, нашедшие свое выражение в германо-советских заявлениях при согласовании Московского договора о модусе вивенди и частных договорах, а также принципы международного права, к соблюдению которых в тот период призывали все, но никто не соблюдал, были широко представлены и в новом договоре. В новых международных условиях шансы на их реализацию повысились по сравнению с предыдущим периодом. „Наполнить Боннский договор жизнью“ – эта задачу предстояло решить обеим сторонам. А через год, когда развалился Советский Союз, ставшая его правопреемником Россия заняла место СССР в качестве партнера Германии по договору. Боннский договор о развитии германо-*советских* отношений стал основой германо-*российских* отношений в новой эре.

Einheit 1989/90, в: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), с. 193–210; аналогично *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, с. 697.

[165] Выступление заместителя министра иностранных дел Квицинский в Верховном Совете 4 марта 1991, в: *Kwizinskij,* Vor dem Sturm, с. 91.

Гельмут Альтрихтер/Лилия Антипова

Ключевые документы по российской и германской истории XX столетия в интернете

В середине декабря 1986 г. радио Москвы сообщило о том, что в СССР проводится новая информационная политика. Партия призывала все средства массовой информации ничего не замалчивать и в репортажах о политической, экономической и социальной жизни советского общества избавиться от всех табу. Как тут могла история остаться в стороне? В феврале 1987 г. никто иной, как сам Горбачев, отказался от своей прежней сдержанности. На встрече с ведущими представителями средств массовой информации он удивил всех, недвусмысленно заявив, что прошлое нужно видеть таким, „каким оно было", что ни в литературе, ни в истории не должно больше оставаться ни „забытых имен", ни „белых пятен". Революцию в мышлении, в отношении к собственному прошлому, которую он вызвал и поддержал, едва ли можно переоценить в ее значении. Исторические темы встречались повсюду: по телевизору, в кино, на сцене; ежедневные газеты, впервые соперничавшие друг с другом в борьбе за читателя, подхватывали их; журналы устраивали собственные расследования; свидетели событий, заинтересованные лица просили слова и тут, и там; в „толстых журналах" читатели наталкивались на литературную обработку исторических сюжетов.

При этом шаг за шагом ставилось под сомнение то, что до сих пор считалось неприкосновенным. Царская Россия перестала быть седой стариной, на отрицательном фоне которой современная советская действительность казалась еще более солнечной. Критический анализ периода 20-х годов имел своим следствием политическую реабилитацию тех, кто в свое время потерпел поражение, выступая – как считалось или было на самом деле – за более открытое и свободное общество, за более медленный и гуманный путь к социализму, с более высоким уровнем развития рыночных отношений и правом участвовать в управлении государственными и общественными делами. Впервые советское население узнало о размерах трагедии, которая постигла крестьянство с началом коллективизации в конце 20-х годов. Пал занавес табу, скрывавший Сталина, 30-е годы и время „больших чисток". Писатели рисовали советским читателям, какие общественные деформации повлекло за собой преследование крестьян, интеллигентов и командования армии; многочисленные газеты и журналы печатали о них короткие истории и истории с продолжением; они стали даже темой детских книг. Однако историей занялась не только литература, но и политическая пресса. Так газета „Известия" опубликовала серию статей о системе исправительно-трудовых лагерей.

В 1987/1988 гг. началось, хотя и нерешительно, изменение режима в библиотеках и архивах. Если о существовании спецхрана до 1986 г. в открытую даже и упоминать нельзя было, то теперь можно было прочесть в газете, что высший цензурный орган (Главлит) начал переводить части закрытых „особых фондов" на общее хранение. Государственные архивы уступили возросшему интересу публики, либерализовав доступ к архивным фондам и открыв те из них, которые еще незадолго до того оберегались как государственная тайна. Наряду с прочими к ним принадлежали документы переписей населения 1937 и 1939 гг. (даже если советским историкам, которые их просматривали, по старому обычаю не разрешалось в своих последующих публикациях указывать архивные шифры документов). Эти материалы позволили (на основе сравнения с переписью 1926 г.) дать первую оценку „потерь населения", сопутствующих демографических явлений и последствий коллективизации, последующей катастрофы голода и репрессий во второй половине 30-х годов. Результаты („недостающее количество" от 8 до 12 млн. человек) показались Сталину в свое время настолько тревожными, что он велел их исправить и расстрелять ответственных. Даже Центральный партийный архив (ЦПА), следуя курсу руководства, начал издавать серию статей о политических процессах 30-х годов и их истоках; начиная с 1989 г. он регулярно публиковал в журнале „Известия ЦК КПСС" ранее неизвестные документы по истории партии (в том числе в начале 1991 г. протокол достопамятного пленума ЦК, состоявшегося 2–7 июля 1953 г., на котором было одобрено отстранение от должности и исключение из партии Берии).

Тем временем дискуссия коснулась запретных тем – Второй мировой войны, Ленина и Октябрьской революции. Так летом 1988 г. были опубликованы пресловутые приказы № 270 от 16 августа 1941 г. и № 227 от 28 июля 1942 г.; первый приказ приравнивал плен к измене и служил основанием для ссылки солдат после их освобождения из немецкого плена непосредственно в лагеря ГУЛага; второй упрекал в трусости воинские части, которые оставили Ростов, Новочеркасск и другие города, угрожал офицерам отправкой в штрафные батальоны и предписывал формирование вооруженных отрядов заграждения, чтобы всеми средствами предотвратить своевольное отступление. В мае 1989 г. из статьи в газете „Московские новости" широкая общественность Советского Союза впервые узнала об убийстве польских офицеров в Катыни. В марте 1990 г. газета опубликовала подробности исчезновения более 20 000 польских офицеров и представителей интеллигенции, а также предала огласке имена ответственных за это офицеров советского НКВД. В апреле заявление ТАСС подтвердило ее сообщение, назвав „Катынское дело" одним из самых „тяжких преступлений сталинизма". Летом 1989 г. началась дискуссия на такую щекотливую тему, как армия Власова. Если в советских средствах массовой информации она до тех пор либо замалчивалась, либо классифицировалась как коварная „измена", то теперь прозвучали голоса тех, кто сомневался в этой оценке и по меньшей мере обращал внимание на массовый характер измены, отводя значительную долю вины на счет Сталина. Тем же летом 1989 г. депутаты прибалтийских республик добились от вновь избранного Съезда народных депутатов назначения парламентской следственной комиссии, которая должна была заняться вопросом о Секрет-

ном дополнительном протоколе к Договору о ненападении между Германией и Советским Союзом от 23 августа 1939 г. Советское руководство всегда оспаривало существование Протокола, в котором Гитлер и Сталин на случай войны поделили между собой Центральную и Восточную Европу, а циркулирующий на Западе текст называло „фальшивкой“. Подтверждение комиссией в конце декабря 1989 г. факта договоренностей и подлинности документов послужило для литовцев, эстонцев и латышей последним толчком к отделению от СССР.

Потерпевшая неудачу попытка путча в августе 1991 г., за которой менее, чем через полгода последовал распад Советского Союза, означала прорыв в дискуссии о прошлом, в исследованиях по советской истории. Декретами Президента России Ельцина любая дальнейшая деятельность Коммунистической партии в России была запрещена до тех пор, пока следствие не выяснило ее роль в путче; партийное имущество было национализовано и передано в фидуциарное управление соответствующим местным и областным Советам. Центральным партийным архивом, документами внутреннего пользования Общего отдела Центрального комитета и региональными партийными архивами (включая все строения и сотрудников) должны были ведать в будущем государственные архивные инстанции России. В обоснование этого решения утверждалось: так как партия фактически была частью государственного аппарата, то и соответствующие документы должно было взять под свой надзор государство. Правление города Москвы велело опечатать руководящий центр партии (здание ЦК на Старой площади), чтобы предотвратить уничтожение дел. После этого были приняты законы и постановления о реабилитации всех жертв политических репрессий со дня Октябрьской революции, об открытии и рассекречивании архивных фондов. То, что началось как осторожное „устранение белых пятен“, представлялось теперь гигантским проектом – пересмотром всей карты советской истории по достижению последней своего финала. Представляемое здесь интернет-издание исходило из намерения ознакомить с дискуссией по советской истории, с сохранившими свое значение концепциями и многими новыми историческими интепретациями, а также сделать итоги этой дискуссии более доступными для широкой общественности.

Его инициаторы предложили взять за основу отдельные *ключевые документы российской и советской истории между 1917 и 1991 гг.,* проиллюстрировать на их примере определявшие направление дальнейшего развития периоды в истории партии и государства, экономики, общества и культуры и одновременно ознакомить с состоянием их научного изучения в настоящем. Согласно замыслу, короткое вступительное резюме должно представлять документ и объяснять, в чем заключается его ключевое значение; затем должно следовать введение в документ (от 3-х до 5-и страниц), в него тематический контекст и историю вопроса, завершающееся дополнительными указаниями на источники и литературу; в заключение, должен следовать типоскрипт (полный текст) документа и его факсимиле (имидж). В качестве комментаторов следовало привлечь компетентных немецкоязычных и русских историков. Все тексты (документы и комментарии) должны были публиковаться на двух языках (немецком и русском); в глоссарии должны были разъясняться понятия и даваться информа-

ция об отдельных исторических личностях. Было внесено предложение начать публикацию с документов по истории государства, его политического, экономического и общественного устройства, а также его внешней политики, после чего включить источники по другим областям общественного и культурного развития. Первый, предварительный список ясно говорил о том, о каких „100(0) ключевых документах“ шла речь; число 100 должно было сигнализировать, что количество их будет ограниченным, третий ноль в скобках указывал на принципиальную „открытость“ издания. В качестве документов поначалу рассматривались „тексты“ в обычном смысле слова. Однако в дальнейшем в издание, учитывая характер носителя информации, должны были войти также иллюстрации, аудио- и видеодокументы.

Данная концепция была положительно принята в Совместной комиссии по изучению новейшей истории российско-германских отношений. Руководство по ее реализации было поручено кафедре Восточно-европейской истории университета Эрлангена/Нюрнберга и Институту всеобщей истории Российской Академии Наук (Москва). Летом 2001 г. руководители обоих учреждений, профессор д-р Гельмут Альтрихтер и академик, профессор д-р Александр Чубарьян, подписали в Москве соответствующее заявление о намерениях; на предварительных переговорах Баварская государственная библиотека (Мюнхен) заявила о готовности взять на себя техническую реализацию проекта и поместить комментируемые документы на ее сервере; представители архивов дали свое согласие на предоставление факсимиле для интернет-издания. В Эрлангене с помощью проектных средств Федерального министерства внутренних дел была образована небольшая головная редакция (в лице Лилии Антиповой, M.A.), осуществляющая научное руководство проектом; его координацию в Москве взяли на себя д. и. н. Александр Шубин и к. и. н. Виктор Ищенко. Московские коллеги – здесь снова следует назвать прежде всего профессора Чубарьяна и д. и. н. Шубина – принимали участие как в отборе документов, так и в сборе комментариев; кроме того они оказали бесценную помощь в получении факсимиле в российских архивах.

Осенью 2001 г. коллегам-историкам, от готовности которых к сотрудничеству зависел и зависит данный проект, были розданы для комментирования первые 20 документов, с просьбой закончить тексты введений в течение одного года. Хотя невсегда были выполнены все обещания, к весне 2007 г. издание разрослось до более чем 80 комментированных документов. Как изначально предполагалось, к ним принадлежали все конституции Советской России (начиная с Конституции РСФСР от июля 1918 г., Договора об образовании СССР 1922 г. и Сталинской Конституции 1936 г., до Брежневской Конституции 1977 г.), важные основные законы государства (от Декретов о земле и образовании Совета Народных комиссаров 1917 г. до „Обращения“ путчистов и отставки Горбачева с поста Президента СССР в 1991 г.), ключевые документы по советско-германским отношениям (например, Брест-Литовский мирный Договор 1918 г., Рапалльский договор 1922 г., Берлинский договор 1926 г., Договор о ненападении между Германией и Советским Союзом и Германо-советский договор о дружбе и границе от августа и сентября 1939 г., выступление Сталина на выпуске слуша-

телей Академий Красной Армии в Кремле 5 мая 1941 г., Нота Советского правительства Правительствам США, Великобритании и Франции о мирном договоре с Германией 1952 г., Московский договор 1970 г. и договор „Два плюс четыре“ 1990 г.), а также важные документальные свидетельства по истории советской системы и ее критики (резолюция матросов Кронштадта 1921 г., „политическое завещание“ Ленина 1922/1923 гг., „письмо Рютина“ 1932 г., направленное против сталинского господства, Постановление Политбюро ЦК ВКП(б) о массовых репрессиях против возвращавшихся из ссылки кулаков в 1937 г., извлечение из протокола № 13 заседания Политбюро ЦК ВКП(б) 1940 г., принявшего решение о расстреле польских офицеров и других лиц из трех спецлагерей для военнопленных, а также узников тюрем западных областей Украины и Белоруссии, в результате которого появилось „Катынское дело“, протокол заседания ЦК об отстранении от должности Берии 1953 г. или закрытый доклад Хрущева на XX-ом съезде КПСС 1956 г.). Более 30 немецких и русских историков участвовали в комментировании документов, причем – по сравнению с количеством комментариев – доля обеих групп приблизительно одинакова. Факсимиле предоставили такие московские архивы, как: Российский государственный архив социально-политической истории (РГАСПИ), Государственный архив Российской Федерации (ГАРФ), Российский государственный архив новейшей истории (РГАНИ), Архив внешней политики Российской Федерация (АВП РФ), Государственный центральный музей современной истории России (ГЦМСИР), а также находящиеся в Берлине Федеральный архив (Бундесархив) и Политический архив Министерства иностранных дел (ПА АА). Как планировалось изначально, все документы доступны на двух языках (что в настоящий момент касается и большинства введений). В последнюю серию издания были впервые включены сцены из фильмов („Клятвы“ 1946 г., героизировавшей Сталина, обожествлявшего его же „Падения Берлина“ 1950 г., а также картины Эйзенштейна „Иван Грозный“ 1943–1945 гг., абсолютно противоречиво изображавшей характер исторического *alter ego* советского вождя.)

По мере реализации проекта возник план параллельного проекта *„100(0) ключевых документов по германской истории XX столетия*“; его структура (резюме, введение, источники и литература, типоскрипт (полный текст) документа, факсимиле документа, глоссарий) должна была быть идентичной с „российским проектом“. С инициативой проекта выступили российские партнеры по российско-германской комиссии. Эрлангенскую кафедру попросили разработать соответствующее предложение. При составлении предварительного списка документов она заручилась поддержкой компетентных коллег. За помощь в выборе источников выражается сердечная благодарность: за время Веймарской республики – профессору д-ру Андреасу Виршингу (Университет Аугсбург); за время национал-социализма и Второй мировой войны – д-ру Фолкеру Даму, д-ру Кристиану Хартману и приватдоценту д-ру Дитеру Полю (Институт современной истории, Мюнхен-Берлин); за послевоенную историю с 1945 до 1969–1972 гг. – профессору д-ру Манфреду Киттелю и профессору д-ру Удо Венгсту (Институт современной истории, Мюнхен-Берлин и Университет Регенсбург); за период между 1969 и 1990–1992 гг. – профессору д-ру Андреасу Рёддеру (тогда Уни-

верситет Штуттгарт, сейчас Университет Майнц). Составленный с их помощью список предложений, содержащий более „100(0) ключевых документов по германской истории с начала Первой мировой войны“ был направлен весной 2002 г. обоим сопредседателям комиссии (профессору д-ру Хорсту Мёллеру/Мюнхен-Берлин и академику профессору д-ру Александру Чубарьяну/Москва), а также профессору д-ру Якову Драбкину (Москва), бывшим в числе главных инициаторов этого проекта. Возражений против него не возникли, руководство „германским проектом“ было поручено Эрлангенской кафедре; в качестве совместного проекта Института истории при Университете Эрлангена-Нюрнберга и Института всеобщей истории Российской Академии Наук, „100(0) ключевых документов по германской истории“ были включены в план мероприятий российско-германской исторической комиссии; Федеральное министерство внутренних дел обещало предоставить проекту соответствующие средства.

Работа над первой серией документов началась в 2004 г. Благодаря проектным средствам комиссии появилась возможность создать на два-три месяца в год редакцию проекта (в ней работали по очереди: д-р Я. Диттманн-Балцар (в настоящее время университет Мюнхена; д-р П. Бернхард (в настоящее время Германский исторический институт в Риме; а также госпожа д-р А. Лендертц), изготовить факсимиле и приобрести в случае необходимости права на публикацию, а также (благодаря средствам особого фонда) перевести документы и введения. Столь же важно, или даже еще важнее, было и то, что многие коллеги проявили готовность к (безвозмездному) сотрудничеству и взяли на себя комментирование документов. На настоящий момент в проекте приняли участие более 40 историков. Это соответствует примерно числу тех документов, к которым имеются комментарии и переводы и которые должны быть представлены на сервере Баварской государственной библиотеки. „Германский проект“ тоже был начат с основных государственных законов (Конституции Германского рейха 1919 г., Закона о дополнительных полномочиях 1933 г., Нюрнбергских законов 1935 г., Акта о безоговорочной капитуляции от мая 1945 г., решения Потсдамской конференции от августа того же года, Франкфуртских документов 1948 г., Основного закона Федеративной Республики Германия, а также документов по подготовке государственного образования ГДР 1949 г., Закона о воинской повинности Федеративной Республики и ГДР 1956 и 1962 гг., Законов о чрезвычайном положении 1968 г.), с событий, задававших направление внешней политики (Локарнских соглашений 1925 г., „Стального пакта“ 1939 г., Директивы № 21 (План „Барбаросса“) 1940 г., Парижских соглашений 1954 г., „доктрины Хальштейна“ 1955 г., Заключительного акта Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе (СБСЕ) 1975 г. или „Двойного решения“ НАТО 1979 г.) и основных дат и центральных событий истории Германии (возникновения „легенды об ударе ножом в спину“ 1919 г., „Дня Потсдама“ в марте 1933 г., Ванзейской конференции в январе 1942 г., народного восстания в ГДР 17 июня 1953 г., закрытия границы между двумя секторами Берлина в августе 1961 г. или падения Берлинской стены в 1989 г.). Однако в данном случае издание уже вышло за рамки своих первоначальных границ (например, прокомментированы важные программы различных партий довоенного и послевоенного периода, опросы института ЭМНИД, реги-

ональная конференция Социалистического союза немецких студентов в 1968 г., Крефельдское воззвание против „Двойного решения“ НАТО в 1980 г.) и содержит наряду с обычными „текстами“ аудио-, видео- и фотодокументы (так например, часть второй речи Гиммлера в Позене 1943 г., фотографию демонстрации против использования атомной энергии в поселке Выл).

Интернет-адреса изданий:
„100(0) ключевых документов по российской и советской истории 1917–1991 гг.“
http://mdzx.bib-bvb.de/1000dok/start.html
„100(0) ключевых документов по германской истории XX столетия“
http://mdzx.bib-bvb.de/de1000dok/start.html

Примеры документов

Декрет Второго Всероссийского Съезда Советов об образовании Рабочего и Крестьянского правительства, 26 октября (8 ноября) 1917 г.

Резюме
Уже на следующий день после прихода к власти большевики сформировали новое, революционное Советское правительство, которое было названо „Советом Народных Комиссаров“. Его история отразила цели, изначально преследовавшиеся большевиками, и реалии их прихода к власти. Новое правительство, говорилось в Декрете о его образовании, должно было быть по своему характеру массовой демократией и действовать „в тесном единении с массовыми организациями рабочих, работниц, матросов, солдат, крестьян и служащих“. Оно должно было сохранять флексибельность, будучи чуждым всякой бюрократии, опираться на „комиссии“ и находиться в подотчетности высшим органам Советов – Всероссийскому Съезду Советов и его Исполнительному комитету. Однако эта концепция была осуществлена на практике только в незначительной степени. Система „комиссий“ так и не была создана; на место царских министров пришли „народные комиссары“, которые взяли на себя руководство их ведомствами. В свою очередь контроль со стороны Советов сменился зависимостью от большевистской партии, которая в первоначальной концепции вообще не упоминалась. По сути дела, Гражданскую войну, 1920-е и 1930-е гг. пережили только революционные притязания большевиков, выражением которых стало название Советского правительства – „Совет Народных Комиссаров“, сохранявшееся вплоть до его переименования в 1946 г. в „Совет Министров“.

Введение
В ночь с 24 на 25 октября (с 6 на 7 ноября) 1917 г. большевики в ходе революционного восстания свергли правительство Керенского и провозгласили Республику Советов. Собравшийся вечером следующего дня II Всероссийский Съезд Советов принял по инициативе большевиков Декрет об образовании Рабочего и

Крестьянского правительства. Оно получило название „Совета Народных Комиссаров“ и поначалу должно было править страной „временно“, вплоть до созыва Учредительного собрания. Уже само название предвещало нечто совершенно новое – отказ от прежней формы правительства, кабинета министров. В связи с этим в Декрете говорилось, что будут образованы „комиссии“, каждая из которых возьмет на себя руководство отдельной областью государственной жизни, осуществляя „в тесном единении с массовыми организациями рабочих, работниц, матросов, солдат, крестьян и служащих“ принятую Съездом Советов правительственную программу. Во главе этих комиссий, значилось далее, будут стоять впервые назначаемые „народные комиссары“, которые в своей ведомственной деятельности будут подотчетны Всероссийскому Съезду Советов и его Исполнительному комитету.

Все члены правительства, кандидатуры которых были предложены Съезду Советов и одобрены им, были большевиками. На тот момент умеренные социалисты, меньшевики и правые эсеры, уже покинули конгресс в знак протеста против большевистского переворота. Остававшиеся на нем левые эсеры отказывались участвовать в правительстве до тех пор, пока в него не войдут представители других социалистических партий. Только в середине ноября левые эсеры возглавят предложенный им народный комиссариат земледелия, а в декабре к ним перейдут еще шесть правительственных постов. Однако их роль в качестве партнеров большевиков по коалиции осталась кратковременным эпизодом. Уже в марте 1918 г. в знак протеста против заключения Брестского мира с Германией они подадут в отставку, окончательно уступив место правительству, состоявшему из одних большевиков.

В октябре 1917 г. передача всех правительственных функций Совету Народных Комиссаров была ничем большим, как программным требованием. Комиссий во главе с комиссарами еще не существовало, и всеми делами заправляли не они, а Военно-революционный комитет (ВРК), бывший органом Петроградского Совета рабочих и солдатских депутатов. Основанный в начале октября с целью организации защиты столицы, он был превращен большевиками в командный пункт власти, с помощью которого они подготовили и совершили вооруженное восстание. После свержения правительства Керенского Военно-революционный комитет в качестве штаба большевиков продолжал оставаться незаменимым: за период, предшествовавший его роспуску в декабре 1917 г., ВРК провел мероприятия по передаче власти в руки Советов. Кроме того, он обеспечил недавно назначенным народным комиссарам доступ к бывшим министерствам: по приказу Военно-революционного комитета вооруженные отряды заняли бывшие правительственные здания, конфисковали ключи и пригрозили увольнением каждому, кто отказывался признавать Советское правительство. Уже в ноябре народные комиссары переехали из Смольного, служившего им до того времени резиденцией, в здания прежних министерских ведомств. Их багаж был небольшим. В Смольном все правительство занимало только две комнаты, не у каждого комиссара был собственный стол, а общий секретариат еще только создавался. При помощи Военно-революционного комитета протест министерской бюрократии был сломлен. На организованную забастовку и систематическое уничтожение доку-

ментов новая власть отреагировала увольнениями и арестами. От чиновников министерств, которые в конце октября получили авансом свою зарплату вплоть до января и теперь бастовали, под угрозой наказаний потребовали выйти на работу или вернуть уже полученные денежные суммы. Решительные действия новой власти и опасность потери государственного жилья и права на пенсию вынудили большую часть государственных служащих вернуться на службу.

Последствия этого процесса дали о себе знать: народные комиссариаты взяли на себя руководство прежними министерствами и растворились в них. От первоначальной программы, если таковая вообще имелась, осталось одно название. Уже скоро понятия „народный комиссариат“ и „министерство“ использовались во внутриведомственном языке синонимично. На основе данных статических исследований по отдельным ведомствам, проведенных самими народными комиссариатами, советский историк М. Ирошников показал, сколь значительной была преемственность кадров государственных служащих. Персонал отдельных министерств, как например, министерства финансов, почти в полном составе влился в соответствующий комиссариат. По данным на август 1918 г., 80%–90% государственных служащих, занятых на руководящей должности в народных комиссариатах, уже до Октябрьской революции находились на государственной службе, и только 8% были большевиками! Исключение составляли народный комиссариат иностранных дел и народный комиссариат по делам национальностей, где процентная доля коммунистов была высокой, а число государственных чиновников, служивших при царском режиме – низким.

Сохранение прежних министерств привело кроме всего прочего к упадку отдельных ведомств Всероссийского Центрального Исполнительного Комитета (ВЦИК). У них не хватало средств и сотрудников для того, чтобы сформировать независимый центральный орган управления Советами. Более того, еще не были определены те функции, которые им предстояло исполнять. Новые народные комиссариаты, они же старые министерства, прибрали все к своим рукам. Два самых главных новых учреждения – Чрезвычайная комиссия (ЧК) и Высший Совет Народного хозяйства (ВСНХ) – подчинялись правительству, а не верхушке Советов – ВЦИКу, а из 184 законов и декретов, принятых за период между октябрем и концом декабря 1917 г., только 9 приходились на счет Всероссийского Центрального Исполнительного комитета. Напротив, под 88 стояла подпись Совета Народных Комиссаров, 62 – были продуктом творчества отдельных комиссариатов. Комптенции Всероссийского Центрального Исполнительного комитета были урезаны. Он превратился в своего рода псевдопарламент, за которым сохранялась функция контроля. Только в отличие от своего буржуазного двойника ВЦИК не сумел монополизировать законодательные функции. В конце декабря 1917 г. Центральный Исполнительный комитет распустил свои ведомства и передал освободившихся сотрудников народным комиссариатам.

Тот факт, что Совет Народных Комиссаров должен был испонять обязанности правительства только „временно“, до созыва Учредительного собрания, уже в январе 1918 г. утратил свое значение. Если Учредительное собрание, отказавшееся выполнять требования большевиков, было распушено после одного единственного заседания, то Совет Народных Комиссаров, наоборот, остался у власти.

Контитуция РСФСР, принятая 10 июля 1918 г. V Всероссийским Съездом Советов, передала в ведение Совета Народных Комиссаров „общее управление делами“, уполномочив его издавать „декреты, распоряжения, инструкции“, и „вообще“ принимать „все меры, необходимые для правильного и быстрого течения государственной жизни“. Тем не менее он был обязан представлять все решения, имеющие большое государственное значение, на рассмотрение и одобрение Ценрального Исполнительного Комитета Советов, который в свою очередь имел право отменить или сторнировать любое решение Совета Народных Комиссаров. Дело в том, что, согласно Конституции, Всеросссийский Съезд Советов оставался „высшей властью“, а Центральный Исполнительный Комитет – „высшим законодательным, распорядительным и контролирующим органом“ в период между Съездами Советов.

Все попытки укрепления власти верхушки Советов за счет правительства, предпринятые несколько позже, в условиях Гражданской войны не привели ни к каким результатам. Часто возникающий вопрос о том, не пошло ли бы внутриполитическое развитие в Советской России по другому пути, не будь Гражданской войны, следует считать спекулятивным, а его обсуждение – пустым времяпровождением. С 1919 г. и до 2 февраля 1920 г. Центральный Исполнительный Комитет не собрался ни на одно заседание. Его Президиум заседал нерегулярно и не имел большого политического веса. Все решения в верхах принимались без участия центральных органов Советов. В отдельных местностях и регионах Советы также утратили свое значение в качестве распорядительных органов; эти функции отошли к „чрезвычайным органам“. А принимать в расчет другие партии уже не было никакой необходимости: левые эсеры, которые, используя свои сильные позиции во ВЦИКе, защищали права Советов, находились в конфликте с большевиками, принявшем после левоэсеровского путча в июле 1918 г. открытую форму.

В период борьбы с голодом, войной и контрреволюцией правительство предоставило гражданским и военным комиссариатам диктаторские полномочия. Если возникало впечатление, что существующие учреждения не в состоянии справиться с проблемами, то создавались новые структуры. В результате большое число комиссий и организаций действовало и агитировало одновременно, содействуя и противодействуя друг другу. Совет Народных Комиссаров направлял процесс принятия решений другими инстанциями и подтверждал их легитимность; в итоге правительственный орган, имевший коллегиальную структуру, превратился во всемогущий центр власти. И если эта система комиссариатов и комиссий, права и компетенции которых не были строго очерчены, за короткий срок не потонула в хаосе, то связано это было скорее всего с тем, что немногочисленные представители большевистской верхушки занимали одновременно несколько самых важных постов, что на уровне вышестоящих инстанций был виден выход из хаоса, и вся распорядительная власть сосредотачивалась в руках нескольких лиц.

Как справедливо было замечено, та роль, которую Совет Народных Комиссаров играл в процессе принятия политических решений, была тесным образом связана с непререкаемым авторитетом его Председателя – В. Ленина. Совет

создавался согласно его концепции; Ленин играл большую роль как в процессе его создания и совершенствования, так и в качестве защитника его прав. Он способствовал утверждению позиций правительства за счет „парламентского" представительства ВЦИКа, пытаясь избежать мелочной опеки СНК со стороны партии. Уже весной 1922 г., во время первой фазы заболевания Ленина, стало ясно, что ни один из его заместителей не сможет заменить его в качестве такого посредника. Как оказалось, без Ленина Совет Народных Комиссаров не был в состоянии самостоятельно принимать важные решения. Он постоянно нуждался в поддержке и подстраховке со стороны Политбюро, в которое теперь сместился центр политической власти. Если исходить из исторических исследований по данной теме, то соответствующие тенденции дали о себе знать уже в годы Гражданской войны. Их первыми признаками стали увеличение численности верхнего эшелона партийного аппарата и создание новых партийных организаций по всей стране. Уже тогда на заднем плане обозначилась такая основополагающая проблема как „дуализм партии и государства" – феномен, появление которого „не предусматривалось" Декретом об образовании Совета Народных Комиссаров и первоначальной концепцией „государства Советов".

Гельмут Альтрихтер
(Перевод с нем.: Л. Антипова)

Источники и литература

H. Altrichter (Hrsg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod. Band I: Staat und Partei, München 1986.

H. Altrichter, Staat und Revolution in Sowjetrußland. 1917–1922/23, 2. Aufl., Darmstadt 1996.

Е. Городецкий, Рождение советского государства 1917–1918 гг., Москва 1965.

М. Ирошников, „К вопросу о сломе буржуазной государственной машины в России", в: Проблемы государственного строительства в первые годы Советской власти. Сборник статей, Ленинград 1973, с. 46–66.

М. Ирошников, Создание советского центрального государственного аппарата. Совет народных комиссаров и народные комиссариаты (октябрь 1917 г. – январь 1918 г.), Москва и др. 1966.

А. Ненароков, Первое советское правительство. Октябрь 1917 – июль 1918, Москва 1991.

А. Ненин, Ленинский стиль работы с руководящими кадрами советского центрального государственного аппарата (октябрь 1917–1920 гг.), Нижний Новгород 2000.

W. Pietsch, Revolution und Staat, Institutionen als Träger der Macht in Sowjetrußland 1917–1922, Köln 1969.

T. H. Rigby, Lenin's Government: Sovnarkom 1917–1922, Cambridge 1979.

Документ

Совет Народных Комиссаров.

Всероссийский Съезд Советов Рабочих, Солдатских и Крестьянских Депутатов, постановляет:

Образовать для управления страной, впредь до созыва Учредительного собрания, временное рабочее и крестьянское правительство, которое будет именоваться Советом Народных комиссаров. Заведывание отдельными отраслями государственной жизни поручается комиссиям, состав которых должен обеспечить

Факсимиле



ЕЖЕДНЕВНАЯ ВЕЧЕРНЯЯ ГАЗЕТА

РАБОЧІЙ и СОЛДАТЪ

Органъ Петроградскаго Совѣта Рабочихъ и Солдатскихъ Депутатовъ.

Цѣна въ Петроградѣ 15 к.
На ст. жел. дорогъ 18 к.

№ 10. Пятница, 27 Октября (9 ноября нов. ст.) 1917 года. № 10.

Адресъ конторы и редакціи: Смольный Институтъ, 3-й этажъ, комната № 30. (Тел. 110-36, 108-43, 94-60, соедин. съ комн. № 30)

СОВѢТЪ НАРОДНЫХЪ КОМИССАРОВЪ.

Всероссійскій Съѣздъ Совѣтовъ Рабочихъ, Солдатскихъ и Крестьянскихъ Депутатовъ, постановляетъ:

Образовать для управленія страной, впредь до созыва Учредительнаго Собранія, временное рабочее и крестьянское правительство, которое будетъ именоваться Совѣтомъ Народныхъ коммисаровъ. Завѣдываніе отдѣльными отраслями государственной жизни поручается комиссіямъ, составъ которыхъ долженъ обезпечить проведеніе въ жизнь провозглашенной Съѣздъ программы, въ тѣсномъ единеніи съ массовыми организаціями рабочихъ, работницъ, матросовъ, солдатъ, крестьянъ и служащихъ. Правительственная власть принадлежитъ коллегіи предсѣдателей этихъ комиссій, т. е. Совѣту Народныхъ комиссаровъ.

Контроль надъ дѣятельностью народныхъ комиссаровъ и право смѣщенія ихъ принадлежитъ Всероссійскому Съѣзду Совѣтовъ Рабочихъ, Крестьянскихъ и Солдатскихъ Депутатовъ и его Центральн. Исп. Комитету.

Въ настоящій моментъ Совѣтъ Народныхъ Комиссаровъ составляется изъ слѣдующихъ лицъ:

Предсѣдатель Совѣта—**Владимиръ Ульяновъ (Ленинъ);**
Народный Комиссаръ по внутреннимъ дѣламъ—**А. И. Рыковъ;**
Земледѣлія—**В. П. Милютинъ;**
Труда—**А. Г. Шляпниковъ;**
По дѣламъ военнымъ и морскимъ-комитетъ въ составѣ: **В. А. Овсѣенко (Антоновъ), Н. В. Крыленко** и **Ф. М. Дыбенко;**
По дѣламъ Торговли и Промышленности—**В. П. Ногинъ;**
Народнаго Просвѣщенія—**А. В. Луначарскій;**
Финансовъ—**И. И. Скворцовъ (Степановъ);**
По дѣламъ иностраннымъ—**Л. Д. Бронштейнъ (Троцкій);**
Юстиціи—**Г. И. Оппоковъ (Ломовъ);**
По дѣламъ продовольствія—**И. А. Теодоровичъ;**
Почтъ и телеграфовъ—**Н. П. Авиловъ (Глѣбовъ);**
Предсѣдателемъ по дѣламъ національностей—**І. В. Джугашвили (Сталинъ).**

Постъ Народнаго Комиссара по дѣламъ желѣзнодорожнымъ временно остается незамѣщеннымъ.

Газета из собрания научной библиотеки Государственного центрального музея современной истории России (ГЦМСИР), Москва.

проведение в жизнь провозглашенной Съездом программы, в тесном единении с массовыми организациями рабочих, работниц, матросов, солдат, крестьян и служащих. Правительственная власть принадлежит коллегии председателей этих комиссий, т. е. Совету Народных комиссаров.

Контроль над деятельностью народных комиссаров и право смещения их принадлежит Всероссийскому Съезду Советов Рабочих, Крестьянских и Солдатских Депутатов и его Центральному Исп. Комитету.

В настоящий момент Совет Народных Комиссаров составляется из следующих лиц:
Председатель Совета – Владимир Ульянов (Ленин);
Народный Комиссар по внутренним делам – А. И. Рыков;
Земледелия – В. П. Милютин;
Труда – А. Г. Шляпников;
По делам военным и морским – комитет в составе: В. А. Овсеенко (Антонов), Н. В. Крыленко и П. Е. Дыбенко;
По делам Торговли и Промышленности – В. П. Ногин;
Народного Просвещения – А. В. Луначарский;
Финансов – И. И. Скворцов (Степанов);
По делам иностранным – Л. Д. Бронштейн (Троцкий);
Юстиции – Г. И. Оппоков (Ломов);
По делам продовольствия – И. А. Теодорович;
Почт и телеграфов – Н. П. Авилов (Глебов);
Председатель по делам национальностей – И. В. Джугашвили (Сталин).
Пост Народного Комиссара по делам железнодорожным временно остается незамещенным.

Рабочий и солдат, 1917, 27 октября (9 ноября), № 10.

Сергей Эйзенштейн, „Иван Грозный“, Мосфильм 1943/45

Резюме
Двухсерийный фильм „Иван Грозный“ был снят Сергеем Эйзенштейном в 1943–1945 гг. Вопреки всем ожиданиям с официальной стороны кинематографический шедевр Эйзенштейна не стал аллегорией советского вождя и „социалистического сверхчеловека“ (Гюнтер). В первой серии режиссеру удалось создать политический и характерный портрет всесильного самодержавца во главе современного секулярного государства и имперской крупной державы, человека власти, осуществлявшего ее при помощи жестокого насилия. Однако вторая серия фильма представляла собой трагедию „гения и деспота“, автономного и эмансипированного индивидуума русского модерна, отчужденного от всех смыслообразующих систем. У царя отсутствовало системное мировоззрение; он был раздираем колебаниями между „разумом“ и „чувством“, между „порядком“ и „хаосом“, между „культурой“ и „варварством“. Его этика, правовые представления и концепция политической власти, а также его действия как политика и человека, носили

антинормативный, амбивалентный, непредсказуемый и саморазрушительный характер. Кроме того, в фильме Эйзенштейна Иван Грозный предстал психически девиантной личностью, утратившей свою целостность и одержимой страхом, недоверчивым „слабовольным меланхоликом“. Следует предположить, что подвергнув пересмотру сталинский миф Ивана Грозного, Эйзенштейн мог способствовать критической дискуссии о советской государственной системе своего времени. В 1946 г. вторая серия фильма была запрещена для распространения в советском кинопрокате; она впервые вышла на советский экран в 1958 г.

Введение

1. К истории создания фильма: „Великий перелом“ в Советском Союзе на рубеже 1920-х–1930-х гг., утверждение сталинской однопартийной диктатуры и власти вождя, „построение социализма в одной стране“ и имперская великодержавная политика империализма стояли под знаком идеологического перехода от „пролетарского интернационализма“ к „советскому патриотизму“. Исходным пунктом „патриотического перелома“ (Хильдермайер) было осознание того, что как „пролетарский интернационализм“, так и марксизм исчерпали свой потенциал в качестве инструмента легитимации сталинской власти, создания новой идентичности советского общества и его мобилизации. Будучи своего рода „имперской идеей“ (Симон), идеологией консолидации и мобилизации и концепцией идентичности, предложенной советским государственным и партийным руководством обществу, патриотизм в его новом варианте служил упрочению сталинской власти: он был призван стать средством интеграции государства и укрепления его социальных основ. Под знаком „патриотического перелома“ в 1934–37 гг. изменилась официальная позиция в отношении национальной истории России: все устремления сталинского режима были направлены на то, чтобы завладеть ее „символическим капиталом“ и посредством исторического дискурса достичь „взаимопонимания“ с обществом. Именно в контексте „патриотического перелома“ следует рассматривать историю создания, влияния и рецепции фильма „Иван Грозный“ Сергея Эйзенштейна.

Фильм был снят по заказу Сталина, о котором Эйзенштейна в начале 1941 г. поставил в известность Андрей Жданов. С официальной точки зрения, „Иван Грозный“, как и все другие советские исторические фильмы в рамках сталинской „символической политики“, должен был внести вклад в историческую легитимацию культа личности, однопартийной диктатуры, террора 1930-х гг. и великодержавной политики, способствовать росту лояльности советских граждан и формированию их патриотических убеждений, преподнося политическую систему сталинизма, его внутреннюю и внешнюю политику в качестве составной части и наследия национальной истории России. В соответствии с репрезентационными и легитимационными интересами сталинского государства фильм должен был в кинематографических формах по-новому интерпретировать эту национальную историю, „изобрести традицию“ и – вопреки всем негативным оценкам русской историографии, но согласно официальному дискурсу о царе – положительно изобразить Ивана Грозного в качестве „великого предшественника“ в равной степени „великого современника“ Сталина.

Однако“Иван Грозный“ не был для Эйзенштейна исключительно „работой на заказ“. По выражению самого Эйзенштейна, в фильме совпали „интерес эпохи“ и „интерес отдельного человека“. Начиная с конца 1920-х гг. первый российский самодержец занимал режиссера в связи с вопросом о политических и психологических основах власти. Его жизнь и политическая деятельность являли собой для Эйзенштейна „трагедию превращения вождя в самодержца“, Иван в его „положительных чертах“ – „проекционный экран“ для собственной личности, а царь как воплощение зла – предмет эстетического восхищения. Тот факт, что Эйзенштейн как личность и художник был сформирован традициями и дискурсами различных мировых культур, его отчужденность по отношению к сталинскому дискурсу и суверенность его позиции в политической и культурной системе Сталинизма явились обстоятельствами, решающим образом определившими его кинематографическую интерпретацию фигуры Ивана Грозного. Скорее „попутчик“ Советской власти, из профессиональных и карьерных соображений согласившийся с ней на „политическую мировую“, чем ее преданный и верный сторонник, Эйзенштейн подходил к Ивану Грозному сразу с нескольких дискурсивных позиций. При этом он отдал дань не только сталинистскому политическому и историческому дискурсу и официальному мифу царя, но и дискурсам автономизации и индивидуализации русского модерна и психоаналитическим теориям З. Фрейда, О. Ранка и Ш. Ференци. Как следствие, созданная им фигура Ивана Грозного отличалась амбивалентностью и многоплановостью.

2. Репрезентация Ивана Грозного, сталинской власти и историография: „Фильм этот о человеке, который в XVI столетии впервые объединил нашу страну, о московском князе, который из отдельных, разобщенных и своекорыстных княжеств создал единое мощное государство, о полководце, который возвеличил военную славу нашей Родины на Востоке и на Западе, о государе, который для решения этих великих задач впервые возложил на себя венец царя всея Руси“. Цитируемые здесь заглавные титры к фильму представляли собой только одно измерение его инсценировки царя. Историк кино Леонид Козлов в свое время заметил: „По поводу первой серии фильма можно утверждать, что здесь Эйзенштейн отдал кесарю [Сталину] кесарево. Вторая серия стала восстанием художника“. И в самом деле: отличия между репрезентацией царя в первой и во второй серии очевидны.

Так первая серия продолжала сталинский исторический дискурс: по ту сторону „мифической неизбежности“ (Томэ) и „цикличности“ она конструировала „персоналистскую“ (Лёманн), самодержавно-имперскую, телеологическую концепцию русской национальной истории, которая отождествляла прогресс, с утверждением самодержавия и возвышением России в качестве великой имперской державы. Репрезентация Ивана Грозного, его перманентная омнипрезентность в фильме, ориентация большинства сцен и кадров на царя как на композиционный центр – суть манифестация его особого положения в качестве „центра власти“ –, суггестия его постоянного присутствия посредством референций третьих лиц, „роль“ царя как „героя“ и „мессии“ в структуре сюжета и действия отсылали к „конструкции Сталина“ в советском властном дискурсе. Цели его – как следовало из фильма, вполне удачной – внутренней и внешней

политики – укрепление политических и общественных основ самодержавия, социальное дисциплинирование населения и утверждение великодержавной позиции России – совпадали с целями „великого современника“. В патриотизме Ивана, его ксенофобии и „отмежевании от заграницы“ находил свое продолжение сталинский дискурс патриотизма и антикосмополитизма 1940-х гг. Как и у Сталина, смыслообразующее мировоззрение царя, его этика, а также его концепция государственной власти и права характеризовались отсутствием амбивалентности и противоречий. Самопониманию сталинского Советского Союза как секулярного государства соответствовала репрезентация неограниченного самодержавия (вольного самодержства) как секулярной монархии. Последняя отмежевалась от православно-христианской теократии, от „симфонии“ церковной и мирской власти (sacerdotium et imperium), сторонником которой в фильме являлся Митрополит Филипп. Для обеих концепций политической власти – как для самодержавной, так и для тоталитарной – была характерна „абсолютизация государства“ и „сакрализация политики“, так как они отрицали авторитет всякой вышестоящей духовной и моральной власти и утверждали приоритет внутриполитических и внешнеполитических интересов „государства, партии и народа“ по отношению к надгосударственным этическим нормам. Авторитарное и тоталитарное государство равным образом узурпировали всю полноту политической власти: в первой серии Иван ограничил участие церкви в процессе принятия политических решений, оспорив право печалования Митрополита Филиппа. В свою очередь, правовой позитивизм Ивана имел своим соответствием правовые представления Сталина, который отрицал всякое „надгосударственное право“ и использовал право в качестве инструмента политики. В то же время в инсценировке вольного самодержства как „преодоления феодального княжеского и сословного государства“ и боярской власти зритель мог узреть историческую параллель с борьбой Сталина против действительной и мнимой оппозиции.

Будучи, с одной стороны, „помазанником Божьим“ и „исполнителем Божьей воли“, царь, с другой стороны – сродни вождю партии и государства в „советской демократии“ – выступал в качестве „выразителя интересов народа“. При этом „воля народа“ артикулировалась в фильме в символической форме: в „призыве“ царя подданными, в его публичном культе личности, в ритуалах чествования и выражения всеобщей любви. Таким образом, при самодержце Иване, как и при Сталине, предпосылками и инструментами политической власти были не только насилие и террор, но и представлявшиеся в форме „веры“, „преданности“ и „любви“ лояльность народа и его готовность следовать за вождем. Продолжая основанный на традиции патриархальный дискурс 1930-х и 1940-х гг., первая серия инсценировала самодержавное государство Ивана одновременно как „преодоление“ и современное „наследие традиционной семейной и родовой структуры“: Иван как одаренный высшим политическим разумом „идеологический и политический отец“ был связан с народом единой „большой семьей“ как целевым политическим объединением и военным союзом борьбы, иерархические структуры которых были гомологичны структурам политической власти самодержавия.

Реферируя представление Сталина о „диктатуре пролетариата" как революционном „насилии против буржуазии", Иван в первой серии рассматривал осуществлявшиеся опричниной насилие и террор, приследовавшие определенную политическую цель, рационально заданные и находящиеся под контролем, в качестве единственной „упорядычивающей" силы истории, в качестве незаменимого инструмента внутренней и внешней политики, судопроизводства и *social engeneering*. Дискурс фильма был „милитантным дискурсом", дискурсом „тотальной агрессии" Большого Террора 30-х гг. и Великой Отечественной войны. В „перманентной войне", которую Иван вел в качестве „грозного царя", „судьи", „полководца" и *homo militans*, т. е. в качестве субъекта, потенциально готового к насилию, его врагами и одновременно целевыми группами террора были „враги государства и народа", „оппозиционеры" и „заговорщики" – православное духовенство и бояре.

Иван оправдывал свою политическую и правовую практику, ссылаясь на новую этику власти, которая реферировала этику сталинской власти – „новый гуманизм", оправдывавший убийство в политических целях, а также на „дискурс врага и заговора", который конструировал „перманентный заговор" внутриполитических и внешнеполитических „врагов народа и государства", освобождая тем самым самодержавие и его высокосановных представителей от всякой моральной ответственности за террор. В качестве „помазанника Божьего" и „исполнителя воли народа" он равным образом оправдывал ее, ссылаясь на „волю Божью" и сродни сталинскому государству – на „интересы государства и народа". Эта инсценировка роли народа в репрезентации и легитимации политической власти противоречила действительному историческому характеру патримониального государства как „владения монарха", которое не знало схожей функции народа. Только к концу XIX в., по мере формирования нового самопонимания русского царя как „национального государя" (однако не как „представителя народа"), публичное чествование монарха народом утвердилось в качестве политического ритуала легитимации монархии.

В фильме Эйзенштейна Иван Грозный был описан тем же „символическим языком", что и советский вождь Сталин и „социалистический сверхчеловек". Зритель увидел царя не только самодержавным государем великодержавной империи, но и „героическим полководцем", который командовал русскими войсками в их победоносной борьбе за новые территории, а также, если принять во внимание дифференцированные знания царя в области богословия православной иконы, „человеком эстетическим". Его индивидуальная этика опиралась на сталинистскую этику активизма, коллективизма, самопожертвования во имя „интересов государства и народа" и мужества. Изображение молодого Сталина в советском дискурсе политической власти послужило моделью для характерологического и психологического изображения Ивана как „бунтаря", „оптимистически" настроенного, „эмоционального" и „бесстрашного" человека. В зрелом возрасте Иван обладал атрибутами Сталина как „рационально действующей" личности, отличавшейся показательной „силой воли" и „самоуверенностью". Как и советский вождь, царь воплощал „разум" своего режима, выступал по отношению к своим подданным в качестве своего рода „культуртрегера". Если дискурс политической власти инсценировал сталинизм как „эпоху целос-

тности", как эпоху преодоления атомизации общности и социальной отчужденности субъекта, бывшей conditio humana модерна, то Иван в первой серии представал как социально интегрированный политик и человек.

Однако вторая серия фильма была противонаправлена целям репрезентации и легитимации сталинистской власти, обнажая механизмы тоталитарного господства. Иван предстал здесь в своей „трагической раздвоеннности" – „своего рода фигурой Достоевского" (Эйзенштейн). На экране жил и действовал лабильный субъект, мировоззренческая, этическая, политическая и правовая концепция которого, не будучи укорененной ни в одной смыслообразующей системе, характеризовалась отсутствием однозначности и целостности, а действиям которого недостовало решительности и последовательности. Несмотря на кризис религиозного сознания глубокая внутренняя связь царя с православием, его учением, образом мира и человека сохранялась, являясь причиной конфликта между Иваном-верующим и Иваном-вольным самодержцем. Действенность обоих смыслообразующих систем мировоззрения – как религиозной, так и секулярной – объясняла его сомнения в абсолютности собственного этического, политического и правового авторитета как самодержца, в легитимности своих политических действий. Ввиду связи с православной этикой самодержавная этика политической власти Ивана приобретала относительный характер. Во второй серии обнаруживалась „больная совесть" Ивана: будучи конфронтирован с творившейся от его имени политикой насилия и террора, он, как христианин, осознавал собственную „греховность", морально и психически страдая от нее. В то же время Иван предоставил Филиппу право печалования, что приводило время от времени к подчиненности и зависимости царя от Митрополита, самодержавия от православия.

Однако в своих отношениях „с народом", роль которого в системе самодержавия уменьшалась до объекта и инструмента политической власти, Иван в отличие от Сталина, который номинально считался избранным путем всеобщих, прямых и тайных выборов „представителем народа", являвшегося суъектом политической власти в „советской демократии", репрезентировался как *princeps legibus solutus*, в распоряжении которого пожизненно находилась *potestas amplissima* и который „персонализировал" политическую власть, неограниченно осуществляя в одном лице все законодательные, исполнительные и юридические функции. Вопреки консервативному дискурсу сталинской эпохи во второй серии показывалось, что отношения между царем и поданными определялись не законами „естественного кровного родства", а этатистскими и политическими соображениями: так Иван подчеркивал приоритетное значение „(боярского) рода" по отношению к „народной" опричнине, которая теперь рассматривалась им не как „большая семья", а исключительно как целевое политическое объединение и военный союз борьбы; он „опрокинул" иерархию „большой" и „малой" семьи и утратил вследствие своей психической болезни позицию „идеологического отца" как ее рационального центра.

В фильме нарушались табу сталинского дискурса насилия, причем самодержавие репрезентировалось как „антинародная власть": во второй серии Иван и его аппарат террора творили неоправданное никакими политическими соображениями, бесконтрольное и произвольное, хаотическое и эксцессивное наси-

лие, объектом которого вследствие болезненной „бдительности“ царя, „всюду мнящего заговор“, стал уже сам народ. В то же время фильм развивал „дискурс делегитимации“ политики террора, который получил здесь невиданную по масштабам для сталинского времени публичную значимость – в исповеди царя о „греховности“ политического насилия, в сомнениях насчет его легитимности как „помазанника Божьего“ и осуждении его как „царя языческого“ Митрополитом Филиппом; в „Пещном действии“ как театральной параболе, основанной на насилии самодержавной власти; наконец, в репрезентации жертв террора, которая благодаря отказу от пейоративных элементов, а также открытой, крупноплановой визуализации насилия на теле „врага“, способствовала идентификации советского зрителя с жертвами Ивана.

Вместо царя как аллегории „социалистического сверхчеловека“ перед зрителем представал эмансипированный и автономный индивидуум русского модерна. Не будучи больше „культуртрегером“, он устраивал пышные застолья, которые сродни оргии и эксцессу сопровождались обжорством, пьянством, сексуально коннотированным мужским танцем опричников и травестией андрогинного Федора Басманова. Одновременно фильм показывал – в первую очередь на примере самого Ивана – что самодержавие было равнозначно „отказу от принципа коллективизма“ и деструкции духовной общности людей. Отход от православия и его идеала соборности и любви, политическая ситуация единовластия, потеря членов семьи и друзей, отчуждение от народа стали обстоятельствами, обусловившими утрату Иваном его целостности, неудовлетворенную тоску царя по ней и его одиночества как человека во власти.

Психограмма Ивана Грозного свидетельствовала о „гибели человека в царе“ (Эйзенштейн). Психическая девиантность монарха, нараставшая по мере возвышения основанной на терроре самодержавной власти и Российской империи, подрывала его позицию в качестве их политического разума самодержавной власти и стала наряду с амбивалентностью его мировоззрение еще одной причиной его недееспособности в качестве политического деятеля. Пассивный и „слабовольный меланхолик“, „послушный“ и „поддающийся чужому влиянию“, „унылый“, „беспокойный“ и „ одержимый страхом“, „недоверчивый“ и „непредсказуемый“, царь проявлял вместо „сверхчеловеческой“ гордости мазохистскую склонность к самоуничижению. Иван Эйзенштейна занимал промежуточное положение между „конструкцией“ и „деструкцией“, между „порядком“ и „хаосом“, между „культурой“ и „варварством“, между „разумом“ и „эмоциями“, между „рациональностью“ и „чувственностью“.

Основополагающая психоаналитическая схема фильма, согласно которой Иван как психологический тип визуализировал „Эдипов комплекс“, объясняла его политику террора, исходя из изначальной ситуации его детства – травматизировавшей его „потери“ матери, „рая“, символом которого было существование в „материнском чреве“, как потери цельности, а также из тоски по „матери“, по „возвращению в материнское лоно“, т. е. по „возвращению к цельности и состоянию недифференцированности“. Таким образом, в фильме одновременно обнажалось как конструктивное, так и деструктивное значение „власти“, „насилия“, „народа“ и „сексуальности“ относительно индивидуальной психики царя.

Однако иначе, чем в психоаналитической модели социалистического реализма, несмотря на рост „политической сознательности“ и политические успехи „социалистического сверхчеловека“, его психический „синтез“ не состоялся. Этот факт, а также несостоявшаяся социальная интеграция Ивана свидетельствуют о том, что касательно характерной и психической конституции царя „прогресс“ в фильме презентировался единственно как „деструкция“ и „распад“.

Эйзенштейн называл „Ивана Грозного“ „сказом“, подчеркивал субъективность своего обращения с „историческими фактами“, признавался в сознательном нарушении „исторической правды“. Его фильм представлял собой симбиоз различных исторических дискурсов, фактического материала исторических источников с их схемами описания и оценок. Первая серия оставалась верной мифу Ивана Грозного, который воскрешался в сочинении Роберта Виппера „Иван Грозный“ (первоначально 1922, изд. 2, Ташкент 1942), в сталинскую эпоху считавшемся образцовым и известном самому советскому вождю. У этого историка, который „опрокинул в прошлое“ тот же имперский дискурс политической власти, который нашел свое продолжение в сталинском государстве, доминировало признание успехов царя как „выдающегося политика европейской истории XVI века“. Напротив, вторая серия продолжала ту традицию русской историографии XIX века, которая сложилась под влиянием европейского Просвещения. Так как масштабом для ее оценок служило либеральное государство, индивидуум и его „естественное право“, то она наряду с прочим выносила свой морально уничтожающий приговор самодержавию Ивана как власти насилия, направленной против индивидуума и общества. Этот приговор служил легитимации гражданских и демократических реформ государства и общества в царской империи.

В нижеследующей сцене между Иваном и Митрополитом Филиппом, в основу которой была положена русская „Государственная грамота“ того времени, представлены основные линии репрезентации Ивана Грозного: здесь он изображался апологетом „вольного самодержства“, защищавшим его перед Митрополитом Филиппом как представителем „симфонии“ и лоббистом боярской власти, а также амбивалентной личностью и непоследовательным политиком. В конце концов Иван уступил требованиям Филиппа и даже возвел его в сан Митрополита Московского, подтвердив тем самым подчиненное положение самодержавия относительно православия. Иван как омнипотентный и властный государь превратился в человека, которому его служебные обязанности были уже не по плечу, став для него психическим „бременем“. „Зависимый от своих эмоций“, „бессильный“ и „одинокий“, он был исполнен тоски по целостности.

3. Рецепция фильма советской системой культуры: Будучи „восстанием художника“, „Иван Грозный“ Эйзенштейна во время съемок и по их завершению подвергался многократным вмешательствам цензуры. Фильм вызвал горячие дискуссии „за закрытыми дверями“. Их предметом была его форма, политическое содержание и рецепция в советских массах. Если первая серия благодаря положительной оценке Сталина дошла до советского массового проката и в 1946 г. даже получила Сталинскую премию, то „судьба“ второй серии, подвергавшейся многочисленным нападкам, была совсем другой. Между февралем 1946 г. и февралем 1947 г. она обсуждалась репрезентативным кругом лиц, среди кото-

рых были ведущие представители советского государства и культуры, в том числе лично Сталин. С их стороны фильм был подвергнут проверке на его политический легитимационный, мобилизационный и интеграционный потенциал. Дискутирующие стороны озвучивали отличные друг от друга исторические, мировоззренческие, политические и этические концепции. Хотя оппоненты Эйзенштейна отказывали его интерпретации в „исторической правде", на самом деле масштаб их оценок „Ивана Грозного" задавался сталинским властным и историческим дискурсом, сочинениями в стиле Виппера, а не „историческими фактами", и сами они приводили всего лишь доказательства дифференций между структурами дискурса фильма и структурами сталинистской репрезентации и легитимации власти. Похвалы в адрес киноэстетики Эйзенштейна соседствовали с острой критикой репрезентации царя, его отношений с „народом", а также его политики насилия. Возмущение присутствовавших вызывала концентрация фильма на частной жизни Ивана и его „трагические, высокие переживания", его изображение в качестве „Великого инквизитора", „жаждущего власти" „клинического деспота", для которого жестокость стала средством самоутверждения; недостаточное присутствие народа; немотивированность насилия в отдельных частях фильма; „неправильное" изображение опричников как фашистов в XVI веке; положительное изображение „жертв" политики Ивана. Возражения оппонентов вызвало отсутствие положительной переоценки образа царя и отрицальное изображение России; они обращали внимание на то, что в финале зритель не переживает освобождающего, „высокого катарсиса", замечали, что фильм производит „грустное", „давящее", „жуткое" впечатление, что советская кинопублика не сможет идентифицировать себя с Иваном Эйзенштейна. Налицо были опасения, что вторая серия „Ивана Грозного" не будет иметь желаемого эффекта социальной консолидации и мобилизации. Оценка Сталина, для которого Иван Грозный всегда был „великим и мудрым государем", с „сильной волей и характером", оказалась еще более категоричной: фильм этот „омерзительная штука", его взгляд на историю устарел, Иван представлен здесь „безвольным Гамлетом", опричники как „последние дегенераты в стиле Ку-клукс-клана", положительное интегративное значение террора в фильме недооценено.

Этот вердикт цитировался в постановлении Оргбюро ЦК ВКП(б) „О фильме ‚Большая жизнь'" от 4 сентября 1946 г. В тот же день вторая серия была запрещена для советского кинопроката. Её публичный показ стал возможен только в 1958 г. в ходе десталинизации.

Лилия Антипова
(Перевод с нем.: Л. Антипова)

Источники и литература
А. Артизов/О. Наумов (сост.), Власть и художественная интеллигенция. Документы ЦК РКП(б) – ВКП(б), ВЧК – ОГПУ – НКВД о культурной политике. 1917–1953, Москва 1999.
A. Bohn, Film und Macht. Zur Kunsttheorie Sergej Eisensteins. 1930–1948, München 2003.
O. Bulgakowa, Sergej Eisenstein. Eine Biographie, Berlin 1997.
J. Goodwin, Eisenstein, Cinema, and History, Urbana u. a. 1993.
F. Hitzer (Hrsg.), Iwan der Schreckliche (Teil II) [сценарий], в: Film, 1965, № 10, с. 49–60.

„Заседание художественного совета при Комитете по делам кинематографии. Просмотр и обсуждение второй серии кинокартины „Иван Грозный“ режиссера С. Эйзенштейна. 7 февраля 1946 года“, в: *Л. Панферов* (отв. ред.), Живые голоса кино. Говорят выдающиеся мастера отечественного киноискусства (30-е–40-е годы). Из неопубликованного, Москва 1999, с. 276–307.

L. Koslow, Über Peripetien des Schicksals und Transformationen der Theorie – Eisensteins Arbeit an „Iwan der Schreckliche“, в: *O. Bulgakowa* (Hrsg.), Herausforderung Eisenstein, Berlin (O.) 1989, с. 64–68.

N. M. Schmitz, Das Historienbild lebt weiter – Geschichtsbilder bei Sergej Eisenstein, в: *F. Crivellari u. a.* (Hrsg.), Die Medien der Geschichte. Historizität und Medialität in interdisziplinärer Perspektive, Konstanz 2004, с. 297–316.

Фильм „Иван Грозный“. Документы. Статьи. Исследования, Киноведческие записки. Специальный номер, 1998, № 38.

S. Ėjzenštejn/N. Čerkassov, „Gedächtnisprotokoll eines Gesprächs mit Stalin, Shdanow und Molotow über den II. Teil von „Iwan der Schreckliche“, в: *O. Bulgakowa* (Hrsg.), Herausforderung Eisenstein, Berlin (O.) 1989, с. 68–70.

С. Эйзенштейн, Исторический комментарий к фильму „Иван Грозный“, в: Фильм „Иван Грозный“. Документы. Статьи. Исследования, Киноведческие записки. Специальный номер, 1998, № 38, с. 173–246.

С. Эйзенштейн, Иван Грозный. Кино-сценарий, в: Новый мир, 1943, № 10–11, с. 61–109.

Сцена из фильма

Иван: „Силы многие в длани держу, на волю народа облокочен стою, силой железной, опричной опоясан, врагам неприступен. Близости дружеской лишен, дружбою Господом обойден. Не к кому голову на грудь склонить. Не с кем горерадость разделять. Один я оставленный. Был ближайший друг, Анастасия. Оставила меня. Был мне Курбский, друг. Изменил он мне. Не мне – делу великому. Ни крамолы боюсь, ни ножа, ни яду, ни предательства. За себя не страшно мне, страшно за дело великое, молодое, начатое.“

Филипп: „Нет удела более великого, чем по старине державой владеть. По примеру отцов, дедов, прадедов править. Бояр слушать, с боярами власть делить“

Иван: „Врешь, чернец! Несешь околесицу!“

Филипп: „Не желаешь слушать пастыря? Так сиди один, поносимый, обреченный, проклинаемый! Один!“

Иван: „Не как царь, как друг прошу – тяжким бременем власти раздавленный. Не бросай меня в одиночестве. Будь со мной: помогай крепить державу Российскую. И прими для сего на Москве Митрополию Московскую.“

Филипп: „Дашь мне право перед тобою печаловаться? За осуждаемых тобою заступаться?“

Иван: „Нет напрасно осуждаемых! Стой! Быть по-твоему.“

Кинодокумент. Мосфильм. Москва 2007.

Сцены из фильма



Царь Иван Грозный (Николай Черкасов).



Митрополит Филипп (Андрей Абрикосов).



Смиренно стоя на коленях, молит царь Иван Грозный игумена Филиппа о помощи в борьбе за Московское государство и против собственного одиночества.



Иван Грозный предоставит игумену Филиппу право печалования и возвел его в сан Митрополита Московского. Временная „симфония" мирской и церковной власти была скреплена их поцелуем.

Отчет Главного управления Немецкой народной полиции (ГДФ) за период с 16.6.53 по 22.6.53, 18.00 [Народное восстание 17 июня 1953 г. в ГДР], без даты

Резюме

В „Отчете Главного управления Немецкой народной полиции (ГДФ)" о событиях, произошедших в ГДР в период с 16 по 22 июня 1953 г., речь идет о первом народном восстании в коммунистическом лагере после смерти советского диктатора Сталина. В ГДР, основанной за четыре года до этих событий, в эти дни на улицы спонтанно вышли сотни тысяч людей, которые потребовали отставки правительства и свободных выборов. Только благодаря вмешательству советских войск, расположенных на территории Германии, восстание удалось подавить. Данный документ кратко излагает все события и приводит статисти-

ческие данные, свидетельствующие о масштабе восстания и последовавшей за ним волны репрессий. Несмотря на бюрократический стиль и идеологическую окраску, документ демонстрирует, насколько мощным был народный протест против диктатуры СЕПГ в июне 1953 г. Хотя восстание потерпело поражение, его без сомнения можно причислить к ряду наиболее значительных демократических движений в Германии.

Введение

Если в ГДР события июня 1953 г. можно было рассматривать только на основе свидетельств очевидцев, то после свержения господства СЕПГ историческая наука получила доступ к обширным письменным источникам, куда относятся документы полиции, министерства госбезопасности, СЕПГ, профсоюзов, т. н. партий блока и другие, до 1989 г. содержавшиеся в строгой секретности архивные материалы. Публикуемый ниже документ, представляет собой только один из многих сотен подобных текстов, с помощью которых удалось реконструировать ход событий народного восстания в ГДР. Однако он имеет особое значение, поскольку дает сравнительно подробный обзор процессов, происходивших в Восточном Берлине и в 14 округах ГДР, и содержит обширные статистические данные. Эти сведения позволяют дать количественную оценку событиям 17 июня: число демонстрантов (335 2000 чел.), бастующих (225 620 чел.), расстрелянных демонстрантов (14 чел.) и сотрудников службы безопасности (6 чел.), количество занятых зданий (125) и освобожденных заключенных (1 297 чел.), масштаб массовых арестов после разгрома восстания (6 057 чел. до 22 июня), которым были подвергнуты в первую очередь рабочие, что само по себе противоречило всем политическим заявлениям о том, что разжигателями восстания являлись „фашистские агенты“ Запада.

Документы, подобные этому, в последние годы значительно изменили прежние представления о народном восстании в ГДР. Вопреки его каноническому образу, сложившемуся под впечатлением стандартных фотографических снимков с идущими по Берлину советскими танками, забастовки и демонстрации имели место отнюдь не только в разделенной столице Германии. Практически во всех крупных городах ГДР 17 июня и в последующие дни возникли протесты, которые порою носили даже более решительный характер, чем в Берлине. В Галле, Биттерфельде и Гёрлице демонстранты практически захватили власть. В таких городах как Магдебург, Бранденбург или Йена они осадили охраняемые здания президиума полиции и тюрем, чтобы освободить большое количество политических узников ГДР. В Лейпциге, Гере и в других, менее крупных городах, забастовки в течение нескольких часов переросли в народное восстание, в ходе которого были заняты комитеты партий и здания городского управления. На большинстве крупных предприятий были созданы забастовочные комитеты, которые выдвинули широкие социальные и политические требования. Эти комитеты по своей сути напоминали рабочие и солдатские советы других революций. Даже в сельской местности, в сотнях различных мест, собирались сходки, проводились забастовки и демонстрации, занимались здания. Все эти события, в ходе которых имела место прямая конфронтация с местными представителя-

ми власти, частью своей носили более радикальный характер, чем в городах, и вызывали ассоциации с крестьянскими восстаниями прошлых эпох.

Широкомасштабный характер протестов, прокатившихся по всей стране, участие в них различных социальных слоев населения и далеко идущие политические требования („Свободные выборы“, „Долой правительство!“, „Долой Ульбрихта!“, „Свободу всем политическим заключенным“ и т. д.) изменили господствовавшее одно время в Западной Германии одностороннее представление о чисто „рабочем восстании“. Кроме того, они со всей ясностью показали, что в июне 1953 г. в ГДР была налицо предреволюционная ситуация. Иначе как объяснить тот факт, что искра забастовки строительных рабочих, начавшейся 16 июня в Берлине и казавшейся безобидной, разожгла без какой-либо организационной подготовки или структуры такой сильный пожар. Тем самым подтвердились оценки современников, которые утверждали, что только советские танки смогли спасти ненавистную народу СЕПГ и ее руководителя Вальтера Ульбрихта.

Благодаря доступу к архивам ГДР в последние годы удалось пролить свет на новые, до сих пор неизвестные протесты. Если материалы центральных органов – в данном случае Главного управления восточногерманской народной полиции – рисовали только самую общую картину сложившейся ситуации, то документы из округов, районов, общин и предприятий часто дают более подробные сведения. Из них не только явствует, что протесты носили более широкий характер, чем это следовало из отчетов центральных органов, но и что эти протесты не ограничивались только 17 июня 1953 г. Уже с начала июня на предприятиях имели место спонтанные акции протеста и небольшие забастовки. Несмотря на введение чрезвычайного военного положения и многочисленные показательные казни, протесты продолжались и после вмешательства советских войск. В июле более чем в 70 местах вновь начались забастовки, в ходе которых выдвигались требования освободить арестованных рабочих. В сельской местности до октября 1953 г. более 20 000 членов вышли из сельскохозяйственных кооперативов (LPG), организованных СЕПГ в принудительном порядке. Понадобились месяцы, чтобы власть СЕПГ вновь стабилизировалась.

На этом фоне названные в документе цифры сродни только первому снимку с мест событий, сделанному на скорую руку. На самом деле, как свидетельствуют новейшие исследования, в протестах, прокатившихся по стране в июне 1953 г., приняло участие более одного миллиона человек. Приблизительно 500 000 трудящихся начали 17 июня забастовку, в маршах протеста участвовало более 400 000 чел. Демонстранты заняли штурмом более 140 зданий, в том числе 13 управлений полиции, 8 комитетов СЕПГ, 6 домов профсоюзов, 14 городских и 11 районных управлений. Документы подтверждают акции протеста более чем в 700 городах и общинах, в том числе в 14 крупных. 18 июня на демонстрации, участие в которых к тому моменту уже были связано с риском для жизни, вышли 44 000 человек в 16 городах. Действительное число арестованных превышало то, которое было названо в документе. Восточногерманские органы безопасности к 1 августа 1953 г. называли общее количество арестованных – 13 000 человек. В их число нужно дополнительно включить тех лиц, которые были подвергнуты аресту советскими органами. Число жертв восстания,

документально подтвержденное на сегодняшний день – 55 человек, пятеро из которых были сотрудниками органов безопасности ГДР.

В качестве исторического источника данный документ требует строгой критической оценки, поскольку он отражает исключительно точку зрения аппарата госбезопасности и по политическим соображениям в значительной степени искажает события. Демонстранты, требовавшие свободных выборов, характеризуются здесь как „фашистские“ или „преступные“ элементы. Демонстранты, которые сорвали красных флаг с Бранденбургских ворот, представляются элементами, пришедшими „с Запада“. Сталелитейщикам ГДР из района Хенигсдорф, и в самом деле, пришлось несколько часов подряд прошагать по территории Западного Берлина, чтобы достигнуть центра города, потому что городские власти остановили трамвайное сообщение. Столь же сдержан ответ, данный документом на вопрос, почему поджигались газетные киоски и грабились продовольственные магазины. А происходило это по причине возмущения, вызванного невыносимой пропагандой СМИ ГДР, завышенными ценами в государственных магазинах и систематической дискредитацией частных магазинов в ГДР. И если в документе говорится о том, что ситуация на Берлинской Александерплатц была „урегулирована“, то это означает, что среди демонстрантов маневрировали танки, угрожавшие их жизни и затем начавшие стрельбу. Утверждение, что в Галле в числе освобожденных заключенных находилась и бывшая „комендант СС“ из концлагеря Равенсбрюк, Дорн, которая затем якобы приняла „активное участие в провокациях“, было позднее разоблачено как пропагандистская ложь – в Равенсбрюкском лагере вообще не было женщин-комендантов, и тем более с таким именем. Тем не менее это не помешало окружному суду в г. Галле 22 июня 1953 г. приговорить явно душевнобольную женщину к смертной казни. Голословным является также и утверждение Отчета о том, что большая часть населения вскоре отмежевалась от застрельщиков восстания. В нем отразилось стремление руководства СЕПГ выдать желаемое за действительное. На самом же деле, 17 июня Политбюро пришлось эвакуировать в штаб-квартиру советских войск, расположенную в берлинском районе Карлсхорст, где оно провело всю ночь.

Кроме того в документе есть и такой пробел – в нем отсутствуют какие-либо данные о фактических участниках восстания и их политических мотивах. Кто был „лицом восстания“? Поскольку протест оказался быстро подавленным, то его руководители, в отличие от польских забастовок 1980 г., не получили какой-либо общественной известности. Этот дефицит ощущается вплоть до сегодняшнего дня, поскольку доступ к материалам министерства госбезопасности, касающимся отдельных руководителей забастовок и демонстраций, невозможен ввиду положений действующего законодательства о личной тайне. До настоящего момента не представлялось возможным изучить их содержание в полном объеме. Известно, например, что важную роль в событиях тех лет играли председатель забастовочного комитета в Биттерфельде Пауль Отма, социал-демократ из г. Гёрлица Макс Латт, руководитель дрезденских забастовщиков и бывший борец сопротивления против национал-социалистического режима Вильгельм Гротаус, организатор забастовки на радиозаводе в берлинском районе Кёпеник Зигф-

рид Бергер – это только отдельные имена тех людей, которые внезапно и неожиданно для самих себя оказались во главе движения. Большинство из них, если им не удалось в считанные часы бежать на Запад, поплатились за свое спонтанное активное участие в борьбе за свободу и демократию длительными сроками тюремного заключения.

В течение долгого времени в Германии имела место неодоценка восстания 17 июня. Поскольку оно было быстро и последовательно подавлено, то с самого начала на нем лежала печать неудавшегося бунта. На протяжении многих десятилетий в ГДР его представляли в самом черном свете как „фашистскую провокацию" или же просто замалчивали. В Западной Германии первоначальная симпатия к восставшим сменилась голым пафосом. После признания ГДР Федеративной Республикой Германией и подписания Договора об основах отношений в 1972 г. об этом восстании вспоминали только раз в год, когда праздновался национальный праздник – „День народного единства". Однако в 1991 г. он был пересен на 3 октября. И лишь в 2003 г., в связи с 50-летием восстания, внимание широкой общественности в очередной раз оказалось прикованным к событиям тех лет. Теперь их стали считать звездным часом немецкой истории и попыткой свергнуть собственными силами диктатуру СЕПГ. В этот юбилейный период вышла в свет целая дюжина новых монографий; одновременно появилось большое количество работ, в которых подробно рассматриваются события в отдельных регионах.

Один тип тоталитарной власти, а именно национал-социалистический режим, немцы признали. Чего не скажешь об их отношении к другой ее, коммунистической, разновидности. Наоборот – в 1953 г. многие из них дорого заплатили за свое стремление к свободе. Поэтому восстание 1953 г., несмотря на его поражение, принадлежит к ряду наиболее значительных демократических движений в Германии – мартовской революции 1848 г., ноябрьской революции 1918 г. и мирной революции осени 1989 г.

Хубертус Кнабе
(Перевод с нем.: Л. Бённеманн)

Источники и литература

E. Ahrberg u.a. (Hrsg.), Die Toten des Volksaufstands vom 17. Juni 1953, Münster 2004.
P. Bruhn, 17. Juni 1953. Bibliographie, Berlin 2003.
T. Diedrich, Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Berlin 2003.
T. Diedrich/H.-H. Hertle, Alarmstufe „Hornisse". Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003.
H. Knabe, 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, Berlin 2003.
I.-S. Kowalczuk, 17. Juni 1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003.
V. Koop, 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit, Berlin 2003.
Ch. F. Ostermann (ed.), Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain, New York 2001.
K. W. Fricke/R. Engelmann, Der „Tag X" und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003.
B. Eisenfeld/I.-S. Kowalczuk/E. Neubert, Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004.

Отчет за период с 16.6.53 по 22.6.53, 18.00

– Г[лавное] У[правление] Н[емецкой] Н[ародной] П[олиции] (ГДФ) –
[...] После того как 16.6.1953 была проанализирована сложившаяся ситуация и стало ясно, что фашистские элементы Западного Берлина подбили демонстрантов на провокации, насильственные действия и разрушения, что широкое использование агитаторов (из них около 60 сотрудников ГДФ в штатском) не привело к значительным успехам и что существовала опасность, что преступные элементы возьмут верх на массой демонстрантов, были предприняты следующие подготовительные меры:

1. Усиление охраны в собственных помещениях.
2. Создание оперативного резерва 36 чел.
3. Создание транспортного резерва 21 легковой и 2 грузовых автомобилей
4. Образование транспортной диспетчерской службы.
5. Приведение в готовность сотрудников народной полиции по местам их основного проживания, например, в общежитиях и т. д.

16.6.1953	21.30	для подкрепления полицейского президиума г. Берлина туда были откомандированы 100 сотрудников народной полиции из охранного батальона ГДФ. Командир охранного батальона получил указание усилить охранные посты на наиболее важных объектах.
	21.50	руководителям полицейских президиумов в Потсдаме, Лейпциге и Магдебурге было дано указание привести в готовность участковых полицейских.
	22.20	Следующая отправка 116 сотрудников народной полиции из охранного батальона в президиум полиции г. Берлина. Кроме того, для усиления охраны секторов в распоряжение президиума берлинской полиции были направлены 164 сотрудника ГДФ. В распоряжение берлинского президиума было передано 400 пистолетов.
	23.30	10 сотрудников собственной охраны были отправлены для усиления охраны генеральной прокуратуры. Для ознакомления с ситуацией в распоряжение президиума берлинской полиции были переданы две легковых автомашины с гражданскими номерами. Для поддержки президиума берлинской полиции в ночь с 16 на 17.06.1953 были переданы следующие силы НФП:

Ансамбль культуры ГФ НФП	41 сотр. ДФ
Окружное отделение полиции (ООП) во Франкфурте-на-Одере	94 сотр. ДФ
ООП в Потсдаме	352 сотр. ДФ
ООП Магдебурга	239 сотр. ДФ
ООП Лейпцига	256 сотр. ДФ
Центральная школа НП в Ашерслебене	516 сотр. ДФ
Центральная школа НП в Арнсдорфе	86 сотр. НФ

Центральным отделам „Й“ и „ТД“ было дано указание обеспечить достаточное питание и размещение и, в частности, рубящее и огнестрельное оружие.

Одновременно в берлинский президиум были переданы автомашины, которые осуществили сюда переброскку людей из округов и центральных школ.

Еще вечером 16.6.1953 руководство полиции образовало дежурный штаб.

Контрольные бригады, предусмотренные для окружных отделений полиции с целью выполнения указаний 24 и 15/53, были оставлены в резерве, за исключением бригады, уже выехавшей в г. Зуль.

В связи с развитием событий сотрудники дежурного штаба дали распоряжения некоторым окружным отделениям полиции, например, в Карл-Маркс-Штадте и Магдебурге, принять усиленные меры безопасности.

17.6.1953 04.10 главный инспектор Грюнштейн отдал следующие указания всем начальникам окружных отделений полиции, включая район Зигмар-Шёнау:

а) собрать всех сотрудников окружных отделений полиции и обеспечить полную готовность всех отделений;

б) особое внимание обратить на те группы зачинщиков, которые будут пытаться с помощью автотранспортных средств попасть из Берлина в район „Висмута“, чтобы спровоцировать там рабочих на забастовку. Эти группы подлежали аресту и передаче министерству государственной безопасности.

Утром, в Главном управлении Немецкой народной полиции главный инспектор, товарищ Штридер, создал оперативный штаб для ГДФ. На этот оперативный штаб была возложена ответственность за:

а) Собственную охрану

б) резервный взвод

в) весь автотранспортный парк

г) распределение остальных сотрудников в ГДФ по отделениям и взводам в зависимости от выполняемых задач (пожарная охрана, водители, связь и т. д.), а также их размещение и питание.

Оперативная численность по отдельным дням составляла (конкретные цифры могут быть предоставлены только 21.6.1953):

21.6.1953	12.00	102 полицейских-женщин
		215 полицейских-мужчин
22.6.1953	08.00	102 полицейских-женщин
		212 полицейских-мужчин

После того как стало известно, что в некоторых районах ГДР события развиваются аналогичным образом, как и в Берлине, то кроме требования соблюдать повышенную бдительность и находиться в боевой готовности, были отданы следующие распоряжения:

11.10 ни при каких обстоятельствах не сдавать и не покидать районных отделений народной полиции.
За это начальники окружных отделений ДФ несли личную ответственность.
Начальникам районных отделений ДФ было приказано созвать как можно больше добровольных помощников и прогрессивных сил.
Нельзя сдавать жизненноважные объекты и предприятия.
Активно подавлять панические настроения среди сотрудников ДФ.
В критических ситуациях использовать подразделения Народной полиции.

14.30 Было дано указание докладывать в окружное отделение полиции района Зигмар-Шёнау о всех происшествиях в районах, прилегающих к „Висмуту“.
Лица, работающие в общежитиях полиции, или находящиеся там в настоящий момент сотрудники полиции, были приведены в боевую готовность и частично вызваны на проведение оперативных мероприятий в округах.

15.30 Было дано указание обеспечить провоз транспорта с продуктами питания в Берлин и прохождение курьеров.

Грузовик из Шверина, груженый партийными документами, предназначенными для ЦК партии, был направлен в ГДФ, а документы сданы на сохранение в сейф ГДФ.

С целью получить четкое представление о ситуации на каждый момент от окружных отделений ДФ были затребованы отчеты о положении, которые каждые два часа должны были передаваться по телеграфу и содержать информацию по конкретным пунктам.

После того как в Берлине произошли первые крупные столкновения между демонстрантами и сотрудниками ДФ, последовало еще одно указание относительно применения огнестрельного оружия.

Для дальнешего усиления мер безопасности в тюрьмах были предприняты дополнительные меры безопасности.

Например, в тюрьме г. Глове, где было выявлено распространение листовок среди заключенных, было принято решение о строгой изоляции заключенных от сотрудников этого объекта.

Смена взвода оперативных сотрудников.

Усиление внешней безопасности силами казарменной полиции, а также возложение руководящих задач на генерального инспектора народной полиции, товарища Зигемунда, из ГДФ.

Когда выяснилось, что крупные массы рабочих из промышленных центров в Хеннингдорфе и Вильдау двинулись в сторону Берлина, ГДФ и транспортная полиция были извещены о необходимости принятия срочных мер.

Центральным отделам ГВ и ПВ было дано указание обеспечить помощь раненным сотрудникам ДФ, которые уже были доставлены в больницу ДФ в Берлине.

Характеристика ситуации в Берлине и ГДР:
17.6.1953

Берлин:
Из отдаленных районов города, таких как Кёпеник и прочих, колонны демонстрантов проследовали в центральные районы.
Поступила информация о прекращении работы на следующих предприятиях:

> Берлинский завод по производству тормозов (советское АО) – весь коллектив;
> Народное предприятие „Прогресс“ на ул. Грюнбергштрассе – весь коллектив;
> Народное предприятие по производству карбюраторов на аллее Сталина – здесь доступ рабочим на предприятие в основном преградила молодежь;
> Предприятие ЭАВ по производству электроаппаратуры завода им. Сталина в Трептове, филиал на ул. Хиршбергер штрассе;
> Частное предприятие „Кэльтерихтер“, где коллектив покинул предприятие;
> Народное предприятие по производству ламп накаливания, где коллектив собрался во дворе,
> и т. д.

Ситуация в Берлине накалилась до такой степени, что большие группы людей под руководством провокаторов скапливались перед министерствами, общественными зданиями, партийными комитетами и зданиями массовых организаций и пытались насильно проникнуть в них.

Отдельные колонны демонстрантов пересекли границу восточного сектора в сторону Запада.

Участники одной из колонн демонстрантов, пришедшей с Запада, сорвали красный флаг с Бранденбургских ворот.

Эти провокации постепенно усиливались, поджигались торговые киоски, грабились магазины и бросались камни.

Установленный в западном секторе, на границе между секторами автомобиль с громкоговорителем требовал от демонстрантов, идущих в западный сектор, продолжить демонстрации в демократическом секторе.

К этому моменту в западной части на межсекторную границу были стянуты крупные силы штурмовых отрядов полиции.

После того, как советский военный комендант Берлина объявил о введении чрезвычайного положения, межсекторная граница была закрыта, а демонстранты рассеяны силами советских войск и народной полиции.

Кульминацией стали события на площади Александерплац и перед Президиумом народной полиции, где демонстранты пытались проникнуть в здание Полицейского президиума.

Однако и на этих участках проблема была решена с помощью прибывших советских войск.

После объявления чрезвычайного положения во второй половине дня ситуация в некоторой степени успокоилась, несмотря на отдельные попытки вновь начать демонстрации.

В результате вынужденного прекращения работы общественного транспорта образовались большие людские пробки на вокзалах; они сохранялись до ночи.

Большая часть населения к этому моменту уже отмежевалась от зачинщиков. В их поведении просматривалось отрицательное отношение ко второму этапу развития ситуации, который характеризовался, например, мародерством.

На призыв правительства возобновить работу в тот день откликнулись лишь немногие, что, в частности, объяснялось также трудностями, связанными с общественным транспортом.

Основные события развернулись в городах:

Галле
Магдебург
Гера
Лейпциг
Дрезден и
Эрфурт.

В округах Карл-Маркс-Штадт, Нойбранденбург, Зуль и Шверин значительных выступлений не последовало.

Галле:

В городе Галле выступления начались 17.6.53 около 9 часов утра, когда тысячи демонстрантов в колоннах вышли на демонстрацию от вагоностроительного завода в Аммендорфе.

В эту колонну демонстрантов влились коллективы предприятий, расположенных по маршруту следования демонстрации. Демонстранты взяли штурмом и ограбили окружной комитет партии и здание окружного совета.

Оба названных объекта охранялись народной полицией. После того как провокаторам удалось проникнуть на объекты, начались серьезные столкновения между полицейскими и нападающими провокаторами, в ходе которых некоторым полицейским были нанесены тяжелые телесные повреждения. Помимо прочего, провокаторы, наступая на дом окружного совета, волокли по земле многих полицейских, издеваясь над ними.

Провокаторы продолжили свое шествие в направлении второго следственного изолятора, куда они прибыли около 12.30 и потребовали освобождения заключенных. Это требование было отклонено. После этого демонстранты взломали ворота. Несмотря на сопротивление, оказанное оперативными сотрудниками народной полиции и 27 сотрудниками казарменной народной полиции, демонстранты проникли в тюремный блок. В результате этого были насильственно освобождены 248 арестантов-женщин и 3 арестантов-мужчин.

Среди освобожденных находились опасные преступники особого рода. Например, бывшая комендант СС Дорн из концлагеря Равенсбрюк, осужденная на 15 лет каторжных работ, а теперь принявшая активное участие в провокациях. При нападении были тяжело ранены 3 сотрудника полиции. Одну из сотрудниц проволокли по земле до рынка, где она в бессознательном состоянии была найдена советскими военнослужащими.

После этого нападения около 1000 демонстрантов направились к тюрьме № 1, расположенной у Кирхтор. Здесь они также потребовали освобождения всех заключенных, на что начальник тюрьмы, инспектор народной полиции Блос-

сфельд, никак не отреагировал. При попытке взять ворота тюрьмы на 6-тонном грузовике и проникнуть таким образом в тюрьму в ходе стрельбы из огнестрельного оружия, открытой народными полицейскими, двое нападавших были тяжело ранены, а один из них получил смертельные ранения. Повторная попытка демонстрантов проникнуть в тюрьму с тыла народная полиция отразила, применив огнестрельное оружие; при этом погиб один из нападающих. После этого демонстранты очистили территорию.

Аналогичное нападение на первый следственный изолятор № 1 закончилось поражением в результате проявленной твердости со стороны сотрудников народной полиции под руководством командира полиции Штольце.

В г. Биттерфельде около 9 часов утра приблизительно 150 человек учинили беспорядки перед районным отделением народной полиции и отправили делегацию к начальнику отделения. Кроме того, они потребовали немедленного удаления со здания полиции транспаранта, призывающего к германо-советской дружбе. В результате примиренческой позиции начальника отделения, командира полиции Носсека, который вел переговоры с демонстрантами, следовал их указаниям и предложил им обратиться с их требованиями к правительству, в Биттерфельде произошло нападение на следственный изолятор, причем проникновение туда демонстрантов не встретило никакого сопротивления со стороны народной полиции. В ходе переговоров были выпущены на свободу 15 заключенных. Результатом занятой командиром народной полиции Носсеком позиции стало освобождение всех заключенных в составе 51 человека. В настоящее время Носсек лишен занимаемой должности и взят под стражу.

Можно было бы привести еще и другие примеры из Наумбурга и Айслебена.

Гера:

В г. Гера на демонстрацию вышло около 20 000 человек. Под руководством фашистских элементов они пытались проникнуть во многие общественные здания, однако эти попытки потерпели поражение в результате совместных действий народной полиции и казарменной полиции, а также последующего вмешательства советских вооруженных сил, за исключением одного случая, когда провокаторам удалось проникнуть на рабоче-крестьянский факультет и разрушить в нем все оборудование. Здесь особо негативную роль сыграли 50–60 учащихся старшей ступени, между тем как 360 студентов рабоче-крестьянского факультета предоставили себя в распоряжение народной полиции, а 60 из них сразу же приняли участие во вспомогательных мероприятиях.

В г. Вайда, округ Гера, где в забастовках приняли участие все работники всех предприятий, около 1000 демонстрантов под руководством фашистских элементов пытались проникнуть в полицейский участок, который целый час защищали 18 сотрудников народной полиции, не применяя при этом огнестрельного оружия. Затем сюда прибыли советские войска. Провокатором не удалось проникнуть в участок.

В г. Йена в демонстрации приняло участие около 20 000 чел. Забастовка началась в филиале предприятия „Цайц Зюд“ и перекинулась на другие крупные предприятия. Были совершены нападения на здания министерства государст-

венной безопасности, окружного комитета партии, окружного совета, Национального фронта и др. При этом учреждения были разгромлены, а находившиеся в них документы частично выброшены на улицу. Некоторых функционеров, в особенности сотрудников министерства госбезопасности (МГБ), провокаторы подвергли истязаниям и тяжело ранили. Основная атака была направлена против тюрьмы, где провокаторов поддержали около 2000 шахтеров „Висмута“, которые были доставлены в центр города на 40 самосвалах и других транспортных средствах. Провокаторам удалось проникнуть внутрь тюремного учреждения и одержать верх над стойко защищавшимися сотрудниками народной полиции. При этом полицейские не воспользовались огнестрельным оружием. 49 заключенным удалось совершить побег.

Особенности действий противника:

При проведении штурма тюрьмы элементам противника удалось внедрить туда детей, которых они представили затем населению как заключенных. Одна арестантка была полностью раздета и обмазана помётом. В таком виде она была выведена для показа демонстрантам как якобы найденная в этом состоянии.

Врачи городской больницы отказались оказать помощь тяжело раненым полицейским, которых после этого принял на лечение советский госпиталь.

Магдебург:
В Магдебурге движение демонстрантов началось на крупных предприятиях в пригороде Магдебург-Букау: здесь образовалась колонна демонстрантов, которая на пути к центру города штурмовала или заняла телеграфное ведомство, здания СЕПГ, Свободной немецкой молодежи (СНМ) и Объединения свободных немецких профсоюзов (ОСНП), подвергнув их значительным разрушениям. По пути дальнейшего следования штурмом было взято здание юстиции, где произошло избиение судей и прокуроров. Около 10 часов утра перед зданием окружного отделения народной полиции собралось приблизительно 10 000 демонстрантов. Руководство окружного отделения полиции исходило из принципа, что необходимо всеми средствами предотвратить кровопролитие, и отдало приказ, чтобы все офицеры зачехлили свое огнестрельное оружие, а вахтмайстеры его сдали. Даже несмотря на то, что во время захвата тюрьмы было застрелено 2 полицейских и один сотрудник МГБ, приказ ни в коем случае не применять огнестрельное оружие не был отменен. Это означало, что не проводилось никакого различия между фашистскими элементами и простыми демонстрантами. Эти люди проникли в здание окружного отделения народной полиции и находились там до появления советских войск.

При обороне особые заслуги были проявлены товарищами вахтмайстерами.

Захват следственного изолятора в районе Магдебург-Нойштадт, который произошел между 14 и 15 часами, можно было бы предотвратить, даже учитывая отсутствие руководства; помимо прочего обороне этого учреждения благоприятствовал тот факт, что многие заключенные проявили готовность поддержать народную полицию при обороне тюрьмы. После проникновения туда фашистских элементов заключенные защищали полицейских от нападения бандитов. В тюрьме Зуденбург, когда та была взята штурмом, арестанты дали понять, что

они не хотят быть освобожденными. Заключенные и здесь оказали поддержку сотрудникам полиции. Полицейские перенесли свои позиции в кухню. Повар – заключенный, приговоренный к трем годам лишения свободы из-за того, что позволил испортиться 170 кг мяса, встал с ножом в руках у дверей кухни и никому из бандитов не позволил туда войти.

Лейпциг:
Аналогичные происшествия имели место в Лейпцигском округе. Здесь „горячими точками" стали города Лейпциг, Делич, Шмёльн и Дюбен. В самом Лейпциге провокаторы напали на окружное отделение полиции, окружное управление МГБ, районное отделение народной полиции Лейпцига, лейпцигскую тюрьму на ул. Бетховена, радиостанцию, окружной комитет Свободной немецкой молодежи, а также на редакцию Лейципгской народной газеты. Был взят приступом и подожжен павильон Национального совета на площади Мира.

Потсдам:
Рабочие на крупных предприятиях района Хенненгсдорф прекратили работу 17.6.1953 и попытались на электричке проехать в Берлин, чтобы присоединиться к берлинским бастующим (около 6 000 чел.). Этим планам удалось помешать, прервав движение электричек. В забастовках и демонстрациях приняли участие рабочие и на других предприятиях округа – например, на заводе им. Карла Маркса в потсдамском районе Бабельсберг, на сталепрокатном заводе в Бранденбурге, на железнодорожном предприятии „Кирхмёзер" и на заводе по производству оптических изделий в Ратеноу.

Дрезден:
В Дрезденском округе центром беспорядков стал г. Гёрлиц. Здесь провокаторам удалось проникнуть даже в здание советской комендатуры.

Эрфурт:
В Эрфуртском округе отправной точкой забастовок и демонстраций оказались заводы народного предприятия „Рейнметалл" в г. Зёммерда.

Франкфурт-на-Одере:
Во Франкфуртском округе забастовочное движение началось в районе Фюрстенберг среди строительных рабочих Сталинштадта, в районе Фюрстенвальд – на народном предприятии „Шинный завод" и на калийно-цементных заводах в Рюдерсдорфе. В северных административных районах округа в основном обратило на себя внимание народное предприятие краностроения в Эберсвальде.

Коттбус:
В самом Коттбусе забастовочное движение исходило от железнодорожного предприятия „Коттбус". В районе Зенфтенберг забастовки начались на заводе по производству кокса „Матиас Ракоши", где был разрушен, в частности, культурный центр.

Росток:
Здесь забастовки начались 18.6.1953, когда прекратили работу рабочие верфей „Варноу“, „Нептун“, „Матиас-Тезен-верк“ и др.

(Доклады из отдельных округов будут предоставлены позднее, что позволит получить полную картину).

На основании ситуации, характеристика которой дана выше, и после введения чрезвычайного положения были предприняты дальнейшие меры.

В зашифрованном виде были даны указания арестовывать провокаторов при любых обстоятельствах, а также руководителей забастовок, и предотвращать массовые собрания людей.

18.6.53 для проверки мер, предпринятых окружными отделениями народной полиции, и с целью лучшего руководства были направлены ответственные начальники главных отделов и начальники отделов в полицейские округа следующих городов:

Франкфурт-на-Одере, Магдебург, Шверин, Гера, Дрезден, Галле.

Ввиду сложившейся ситуации начальникам окружных отделений народной полиции было отдано распоряжение сохранять состояние повышенной готовности и с учетом приказов обеспечивать поддержание необходимого спокойствия среди оперативных сил. Если положение позволяло, то следовало принимать заявления от граждан о выдаче межзонных пропусков, а для обработки этих заявлений использовать женскую рабочую силу или же людей, непригодных для участия в оперативных мероприятиях.

Главному инспектору, товарищу Венцелю, было поручено взять на себя заботу о семьях погибших полицейских; кроме того, следовало наградить и премировать тех сотрудников народной полиции, которые отличились образцовым поведением в ходе оперативных мепроприятий.

Главному инспектору, товарищу Анштетту, было поручено организовать нормальную выдачу номерных знаков для автомобилей.

Отделу ТД было поручено перепроверить распределение всех единиц огнестрельного оружия в народной полиции.

Между тем положение в Берлине обстояло следующим образом.
Примеры возобновления работы:

18.6 12.00	Народное предприятие „Аусбау“	30%	всех занятых
	Организация по торговле отходами металлургического производства	30%	″
	Сахарный завод в районе Трептоу	30%	″
	Союз немецких потребительских кооперативов	40%	″
	Берлинский завод ламп накаливания	45%	″
	Завод электроаппаратуры им. Сталина в Трептоу	45%	″
	Завод по производству тормозов в Берлине	49%	″
	Механический завод „Газелан“	50%	″

Предприятие „Кэльтерихтер“	50%	″
Предприятие „Бергманн-Борзиг“	50%	″

На следующих предприятиях ситуация была иной:

Берлинский шинный завод	90%	″
“Сименс Планиа“	85%	″
“Газаг“ на ул. Димитрова	100%	″
АГА Завод „Азотилен“	100%	″
Ведомство радиосвязи в р-не Глинике	100%	″
“Берлинер Бюргерброй“	100%	″
Электротехнический з-д „Руммельсбург“	100%	″
Электростанция „Клингенберг“	100%	″

Некоторые из этих предприятий работали без остановки производства, на других возобновление работы в процентном отношении было очень высоким.

Ниже приведены примеры предприятий, на которых 22.6.53 к 9.30 возобновление работы было наименьшим:

“Бергманн-Борзиг“	70%	″
Народное предприятие „Аусбау“	81%	″
Завод им. Сталина	85%	″

Нижеприведенные цифры дают общее представление о числе работающих и бастующих на 100 наиболее важных предприятиях демократического сектора Берлина:

	работало:	*бастовало:*
18.6.53	74 878	28 536
19.6.53	80 048	9 881
20.6.53	84 221	5 227

Закрытие границы между секторами привело к ускоренному аресту провокаторов, находившихся на тот момент в демократическом секторе Берлина, что позволило уже в начале второй половины дня произвести задержание значительного количества этих лиц.

Сводка произведенных арестов:

с 16.6 до 17.6 (21.00)	всего 259 чел., из них 167 из демократического и 92 из западного сектора
с 17.6 (21.00) до 18.6 (5.00)	всего 253 чел., из низ 142 из демократического и 28 из западного сектора, 20 из ГДР; на 63 чел. точные данные пока что не установлены
с 18.6 (5.00 до 18.00)	всего 330 чел., из них 151 из демократического сектора, 47 из западного сектора, 7 из ГДР; на 125 чел. точные данные пока что не установлены.

до 22.6 (6.00)	общее количество арестованных составило: *2 461 чел.,* из них: 2 184 из демократического сектора Берлина и ГДР, 238 из западного сектора Берлина 39 из Западной Германии

21.6.53 стало известно, что провокаторы намеревались организовать похоронный звон и включение заводских гудков.

Окружным отделениям народной полиции дано указание принять соответствующие меры. Одновременно объявлено о запрете вывешивать траурные флаги или спускать флаги до полумачты.

21.6.53 появились признаки того, что в течение 22.6 могут начаться крупные забастовки на железной дороге. Поэтому было отдано распоряжение особо контролировать железнодорожные сооружения, создать резервные оперативные отряды и установить тесный контакт с транспортной полицией.

Одновременно было дано указание применять при проведении оперативных мероприятий предупредительные выстрелы, методы устрашения и т. д.

На основании имеющихся данных о том, что противник намеревается перейти к крупным акциям саботажа и завладеть для этих целей взрывчаткой, был отдан приказ о принятии усиленных мер безопасности в отношении складов бензина и взрывчатых веществ, а также об охране радиостанций.

Был отдан приказ обратить особое внимание на контроль за предприятиями, производящими взрывчатые вещества, и произвести инвентаризацию наличности и выдачи продукции.

22.6.53 руководителям округов в очередной раз было сообщено о том, что планируются дальнейшие акции террора и саботажа, ввиду чего необходимо продолжать соблюдать и контролировать повышенную оперативную готовность. Основное внимание по-прежнему должно было уделяться главным предприятиям снабжения, мостам, складам взрывчатки и т. д. Повторно было обращено внимание на необходимость сохранения резервных оперативных сил, которые в любой момент должны были быть готовы к действиям.

В период с 8 часов утра 17.6. по 18 часов 22.6 в оперативный штаб ГДФ поступило всего 800 сообщений и отчетов о происшествиях и о положении дел.

Статистические данные:

Демонстрации:

Округ	*Кол-во демонстраций 17.6*	*Кол-во демонстрантов 17.6*	*Кол-во демонстраций 18.6*	*Кол-во демонстрантов 18.6*
Росток	=	=	3	8 000
Шверин	1	200	=	=
Нойбранденбург	=	=	=	=
Потсдам	32	53 000	=	=
Франкфурт/Одер	7	9 000	=	=
Коттбус	6	5 000	=	=
Галле	14	94 000	1	1 500
Магдебург	42	32 000	3	12 500
Эрфурт	7	15 000	=	=
Гера	10	52 000	4	2 000
Зуль	=	=	=	=
Лейпциг	5	30 000	3	1 600
Дрезден	5	49 000	2	1 400
Карл-Маркс-Штадт	=	=	=	=
всего:	129	339 200	16	27 000

Остановка работы:

Округ	*Кол-во предприятий 17.6*	*Кол-во бастующих 17.6*	*Кол-во предприятий 18.6*	*Кол-во бастующих 18.6*
Росток	=	=	5	5 500
Шверин	=	=	1	80
Нойбранденбург	=	=	2	1 650
Потсдам	45	40 250	15	4 700
Франфурт/Одер	45	8 400	8	2 850
Коттбус	25	10 500	35+++	13 360
Галле	56	60 000	11	6 900
Магдебург	59+	32 000	34++	13 000
Эрфурт	6	15 000	5	6 600
Гера	31	27 300	12	4 300
Зуль	1	70	=	=
Лейпциг	22	6 500	29	14 200
Дрезден	35	24 400	=	=
Карл-Маркс-Штадт	7	1 200	2	1 900
всего:	332	225 620	159	75 240

+	17.6.53	26 крупных, 26 средних и 7 малых предприятий
++	18.6.53	5 крупных, 22 средних и 7 малых предприятий
+++	19.6.53	в округе Коттбус 7 предприятий с количеством 380 чел.

Лозунги:

17.6.53: “Снижение норм“
„40%-ное снижение цен в магазинах“
„Всеобщая забастовка“
„Долой СЕПГ“
„Свержение правительства“
„Забастовка солидарности с Берлином“
„Свободные выборы по всей Германии“

18.6.53: указанные выше, а также другие, как например:
„Отмена чрезвычайного положения“
„Равноправное положение народных и частных предприятий“
„Никакого наказания коллегам, которые выступают представителями коллектива“
„Свободу политическим заключенным“

Аресты руководства забастовщиков:

Росток	6
Шверин	=
Нойбранденбург	2
Потсдам	10
Франкфурт/Одер	1
Коттбус	цифры пока отсутствуют
Галле	цифры пока отсутствуют
Магдебург	2
Эрфурт	5
Гера	6
Зуль	=
Лейпциг	21
Дрезден	=
Карл-Маркс-Штадт	=
всего:	53

Проникновение в общественные здания:

Округ:	*17.6.53*	*18.6.53*
Дрезден	25	2
Лейпциг	12	=
Гера	9	=
Галле	33	=
Магдебург	45	=
Росток	1	=
всего:	125	2

Среди этих общественных зданий были:

	17.6	*18.6*
Районные советы	11	=
Магистраты (городские управления)	14	1
Окружные комитеты партии	1	=
Райкомы партии	7	1
Организации Свободной нем. молодежи	8	=
Организации Объединения своб. нем. профсоюзов	6	=
Окружные отделения народной полиции	1	=
Районные отделения народной полиции	4	=
Другие подразделения народной полиции	8	=
Тюрьмы	9	=
Подразделения МГБ	2	=
Другие здания (суды, налоговые инспекции, машинно-тракторные станции, дома отдыха, дома культуры, редакции и пр.)	54	=
всего:	125	2

Освобождение заключенных:

Округ:	*насильно освобождено:*	*задержано:*
Потсдам	42	36
Галле	464	464
Магдебург	315	247
Дрезден	417	324
Гера	59	43
на 23.6.53:	1297	1060

Округа, в которых применялось огнестрельное оружие:

Округ Дрезден	1
Округ Лейпциг	1
Округ Галле	2 (тюрьмы)
Округ Росток	1
всего:	5

Последствия применения огнестрельного оружия:

Округ	*Сотрудники народной полиции и люди с нашей стороны*			*Демонстранты*	
	погибло	*тяжело ранено*	*легко ранено*	*погибло*	*ранено*
Потсдам	1	2	8	=	1
Коттбус	=	=	4	=	=
Дрезден	=	8	3	=	3
Лейпциг	1	1	31	5	7
Галле	=	8	27	6	30
Магдебург	3 (из них 1 МГБ)	3	9	3	=
Гера	1	=	1	=	=
Берлин	=	64	204	неизвестно	неизвестно
всего:	6	86	287	14	41

Утрата огнестрельного оружия:
По состоянию на 22.6.53 на 18.00

Округ	*Пистолеты*	*Винтовки*	*Малокалиберные винтовки*
Потсдам	11	4 (2)	=
Дрезден	3	3 (1)	=
Лейпциг	11	9	=
Галле	45 (20)	6	=
Магдебург	17 (1)	9 (2)	2
Гера	8 (1)	=	=
всего:	95 (22)	31 (5)	2

(Цифры в скобках показывают, какое количество оружия было найдено или изъято)

Изъятые подстрекательские материалы:

Округ		*Кол-во*	*Содержание*
Потсдам:			
	Вильдау	1 000	пропаганда против СССР
	Треббин	100	пропаганда против СССР
	Венсикендорф	500	пропаганда против СССР
Франкфурт-на-Одере:			
	Штраусберг	300	пропаганда против СССР
Дрезден:			
	Риза	10	антиправительственная пропаганда
	Майсен	3	антиправительственная пропаганда
	Гёрлиц	6	антиправительственная пропаганда
	Дрезден	9	антиправительственная пропаганда
Лейпциг:			
	Гримма	23	призыв ко всеобщей забастовке

Карл-Маркс-Штадт:			
	Ауэ	400	пропаганда против СЕПГ
	Штолльберг	5	призыв к демонстрации
	Цвикау	3	призыв к забастовке
	Мариенберг	15	призыв к забастовке
	Глаухау	7	антиправительственная пропаганда
	Шварценберг	5	антиправительственная пропаганда
	Фрайберг	85	пропаганда против СССР
Гера:			
	Цигенрюк	3	снижение рабочих норм и цен в магазинах
Зуль:			
	Гросмансройт	3 000	пропаганда против СЕПГ
Галле:			
	Айслебен	3	призыв ко всеобщей забастовке
Магдебург:			
	Хальденслебен	2	листовки
Округ Коттбус:			
		1 000	пропаганда против ГДР
Нойбранденбург:			
		9	Пропаганда против СССР
	Порат	30	пропаганда против СССР
Берлин:		Во всех районах города распространялись листовки, подстрекающие против правительства ГДР и против Советского Союза. Их количество определению не поддается.	

Цифры приведены по состоянию на 18.6.53.

Нападение на транспортные средства:

Округ:		*Кол-во:*	*Вид нападения:*
Коттбус:			
	Лаухаммер	3	разбитые стекла в омнибусах
Франкфурт-на-Одере:			
	Штраусберг	3	то же самое

Цифры приведены по состоянию на 18.6.53.

Количество сотрудников народной полиции, проявивших неспособность в эти дни, которые были лишены своих постов или которых еще предстоит снять с должности:

а) сотрудники окружных отделений: 15 (9 офицеров и 6 вахтмайстеров)

б) сотрудники районных отделений: 86 (10 офицеров и 76 вахтмайстеров)

Данные по состоянию на 23.6.53.

Аресты:
Общее количество арестованных в период с 17.6.53 по 20.6.53 до 24 часов составляет *2687 чел.* Из них 1100 чел. было передано административным подразделениям МГБ. В военную комендатуру Советского Союза было передано 142 чел. 370 лиц освобождено. В руках народной полиции осталось 1075 чел.

В ходе предварительного расследования было рассмотрено 119 дел, которые переданы в прокуратуру. В течение 22.6.53 уже прошли первые процессы в окружных судах. В отношении 514 чел. были возбуждены судебные дела. 561 чел., против которых судебное дело еще не возбуждено, находятся пока что в заключении.

Из 1075 лиц, дела которых будут расследоваться народной полицией, 720 находятся в заключении без судебного ордера на арест.

Поскольку в отношении большого количества задержанных судебные дела еще не возбуждены и при переводе заключенных в другие учреждения социальная и политическая принадлежность этих лиц не регистрировалась, то приведенные ниже цифры являются неполными.

Из 1783 задержанных лиц были:

Рабочие	1261	70,7%
служащие/интеллигенция	233	13,1%
Независимые ремесленники, кустари и пр.	95	5,4%
Кулаки	17	0,9%
Мелкие и средние крестьяне	55	3,0%
Крестьяне-кооператоры	10	0,6%
Прочие	112	6,3%
Члены СЕПГ	118	6,6%
Члены буржуазных партий	81	4,6%
Члены Своб. нем. молодежи	134	7,5%
Беспартийные	1450	81,3%

Из 302 арестованных в Галле человек после проверки их партийной принадлежности выяснилось, что членами СЕПГ являются 17 чел. (5,8%), в Лейпциге из 606 арестованных в СЕПГ состояло 43 чел. (7%), в Магдебурге из 271 арестованных членами СЕПГ было 30 чел. (11%).

В приведенных выше цифрах не отражены аресты, произведенные Президиумом берлинской полиции.

Количество арестованных лиц к 18 час. 22.6.53 увеличилось до *6 057 чел.*
Из них:

Граждане ГДР, включая дем. сектор Берлина	5777 чел.
Граждане Западной Германии	42 чел.
Граждане Западного Берлина	238 чел.

Из этих лиц были переданы:

комендантам Советской Армии	187 чел.
органам МГБ	1 622 чел.
Судам	309 чел.
в органах народной полиции осталось	1 684 чел.
освобождено:	1 508 чел.

Из указанного выше количества арестованных во временных лагерях содержатся 747 чел.
157 чел., которые участвовали в провокациях, находятся в розыске.

	Кол-во арестов	*Передано в МГБ*	*Передано в комендатуру*	*Освобождено*	*В тюрьме без ордера*	*Передано в прокуратуру*	*Расследуется в полиции*	*Арест без возбуждения дела*
Франкф.	106	103	=	1	1	=	=	1
Галле	589	309	24	102	109	3	89	62
Эрфурт	160	136	2	18	2	=	3	=
Зуль	1	1	=	=	=	=	=	=
Зигм.-Ш.	2	2	=	=	=	=	=	=
Коттбус	83	23	2	6	31	2	38	3
Гера	210	108	12	85	=	1	4	=
Карл-М.Ш.	5	4	=	1	=	=	=	=
Нойбранд.	42	32	=	3	4	1	7	=
Дрезден	231	71	23	5	14	49	87	3
Лейпциг	606	61	24	42	436	50	87	405
Магдебург	399	87	53	69	98	10	179	71
Потсдам	152	124	=	1	9	1	18	=
Росток	94	34	2	36	16	2	1	16
Шверин	7	5	=	1	=	=	1	=
всего:	2 687	1 100	142	370	720	119	514	561

(Перевод с нем.: Л. Бённеманн. Редакция перевода: Л. Антипова)

Факсимиле

206

B e r i c h t

für die Zeit v.16.6.53 bis 22.6.53 18.00 Uhr

– HVDVP –

Nachdem am 16.6.1953 nach der Auswertung der Lage erkennbar wurde, dass die Demonstranten von faschistischen Elementen aus Westberlin zu Provokationen, Tätlichkeiten und Zerstörungen ausgenutzt wurden, der Einsatz von Agitatoren grösseren Umfanges (davon HVDVP ca.60 VP-Angeh. in Zivil) keine wesentlichen Erfolge erzielte und die Gefahr bestand, dass die verbrecherischen Elemente die Oberhand über die Masse der Demonstrierenden gewinne, wurden folgende vorbereitenden Massnahmen getroffen:

1. Verstärkung der Hauswache
2. Schaffung einer Einsatzkräfte-Reserve von 1/36 VP
3. Aufstellung einer Fahrzeug-Reserve von 21 PKW, 2 LKW
4. Bildung einer Transportleitstelle
5. Alarmeierung von VP-Angehörigen nach Schwerpunktwohngebieten wie Gästehäusern usw.

16.6.1953 21.30 wurden dem PdVP Berlin zur Verstärkung 100 VP-Angehörige vom Wachbtl. der HVDVP zur Verfügung gestellt.

Der Leiter des Wachbtl. erhielt die Anweisung, die Posten an den wichtigsten Objekten zu verstärken.

21.50 erging an die Chefs der BdVP Potsdam, Leipzig und Magdeburg die Anweisung zur Alarmierung von Abschnittsbevollmächtigten.

22.20 Weitere Abordnung von 116 VP-Angehörigen des Wachbtl. zum PdVP Berlin.

Ausserdem wurden zum PdVP Berlin 164 Einsatzkräfte (Angeh.der HVDVP) zur Verstärkung des Sektorenschutzes abgeordnet.

Weiterhin wurden dem PdVP Berlin 400 Pistolen zur Verfügung gestellt.

23.30 wurden 10 Angehörige der Hauswache zur Verstärkung der Sicherheit der Generalstaatsanwaltschaft in Marsch gesetzt.

zur Erkundung der Lage wurden dem PdVP Berlin 2 PKW mit Zivilnummern zur Verfügung gestellt.

Dem PdVP Berlin wurden im Verlaufe der Nacht vom 16. zum 17.6.1953 folgende Verstärkungskräfte zugeführt:

HVDVP-Kultur-Ensemble	41	VP-Angeh.
BdVP Frankfurt/Oder	94	" "
" Potsdam	352	" "
" Magdeburg	239	" "
" Leipzig	256	" "
VP-Zentralschule Aschersleben	516	" "
VP-Zentralschule Arnsdorf	86	" "

Бундесархив Берлин, D 01–11/304, лл. 206–221.

IV. Основы работы комиссии

Письмо Министра внутренних дел Федеративной Республики Германия,
д-ра Вольфганга Шойбле, российскому сопредседателю комиссии

DR. WOLFGANG SCHÄUBLE, MdB
Bundesminister des Innern

Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
Tel. (030) 39 81 - 10 00
Fax (030) 39 81 - 10 14

Herrn
Prof. Dr. Alexander Tschubarjan
c/o Russische Akademie der Wissenschaften
Institut für Allgemeine Geschichte
Leninskij Prospekt 32 a
117334 Moskau
RUSSLAND

Berlin, den 24. Oktober 2006

Sehr geehrter Herr Professor Tschubarjan,

ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel auf deutscher Seite die Schirmherrschaft für die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen übernimmt.

Auch damit macht die Bundesregierung deutlich, dass sie dem Ziel der Kommission, das Verständnis unserer Völker für die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen im 20. Jahrhundert zu vertiefen und damit die Beziehungen zwischen unseren Staaten insgesamt zu fördern, große Bedeutung zumisst und dass sie die Arbeit der Kommission, die sich in den zurückliegenden fast neun Jahren positiv entwickelt hat, auch weiterhin politisch unterstützt. Ich bitte Sie, dies auch den russischen Mitgliedern der Kommission zu übermitteln.

Es ist mir eine Freude, dieses Schreiben mit Glückwünschen zu Ihrem 75. Geburtstag verbinden zu können. Sie haben durch Ihr Engagement und Ihren Einfluss als russischer Ko-Vorsitzender ganz entscheidend zu der ertragreichen Arbeit der Kommission und einer Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses beigetragen.

Indem Sie sich intensiv und nachdrücklich für die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland auf dem Gebiet der historischen Forschung einsetzen, leisten Sie

- 2 -

zugleich einen wichtigen Beitrag zur Verständigung zwischen unseren Völkern. Der Herr Bundespräsident hat diese Leistung im Jahre 2005 mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse gewürdigt.

Ich sehe der zukünftigen Arbeit der Kommission und damit auch der weiteren Zusammenarbeit mit Ihnen gerne entgegen, wünsche Ihnen weiterhin ein erfolgreiches Wirken, verlässliche Gesundheit und persönliches Wohlergehen.

Mit freundlichen Grüßen

Перевод

Российская академия наук
Институт Всеобщей истории
г-ну проф. д-ру Александру Чубарьяну
Ленинский пр. 32а
117334 г. Москва
Российская Федерация

Берлин, 24 октября 2006 года

Глубокоуважаемый Профессор Чубарьян,

я очень рад, что могу Вас проинформировать о том, что с германской стороны госпожа Федеральный канцлер д-р Меркель взяла под личный патронат Совместную комиссию по изучению новейшей истории российско-германских отношений.

Этим Федеральное правительство Германии подтверждает, что оно придает огромное значение цели комиссии - углублению понимания истории российско-германских отношений в XX веке нашими народами и, таким образом, общему содействию связям между нашими государствами - и в политическом плане и впредь будет поддерживать работу Комиссии, которая за прошедший период 9 лет положительно развивалась. Я прошу Вас данную информацию передать также российским членам Комиссии.

Для меня отрадно, что данным письмом могу Вас также поздравить с Вашим 75 днем рождения. Вашей активной деятельностью и Вашим влиянием в качестве сопредседателя Комиссии с российской стороны Вы самым решающим образом внесли вклад в результативность ее работы и улучшение обоюдного понимания.

Интенсивно и последовательно борясь за научное сотрудничество между Россией и Германией в сфере исследования истории, Вы одновременно внесете весомый вклад во взаимопонимание между нашими народами. Г-н Федеральный президент в 2005 году Ваши заслуги удостоил присвоением Офицерского креста ордена "За заслуги перед Федеративной Республикой Германия".

С нетерпением жду будущей работы и, таким образом, и сотрудничества с Вами; я желаю Вам новых больших успехов в служебной сфере, надежного здоровья и личного благополучия.

С уважением,

(п/п)
Шойбле

Члены комиссии во втором рабочем периоде

доктор и. н. проф. Александр Чубарьян,
Сопредседатель с российской стороны, действительный член Российской Академии Наук (РАН), директор Института всеобщей истории РАН, г. Москва

доктор и. н. проф. Александр Борозняк,
Липецкий государственный педагогический университет

доктор и. н. проф. Нина Вашкау,
Волгоградский государственный университет

доктор и. н. проф. Александр Галкин,
Институт социологии РАН

доктор и. н. проф. Яков Драбкин,
Институт всеобщей истории РАН

доктор и. н. Владимир Козлов,
Руководитель Федерального архивного агентства РФ, член-корреспондент РАН

Владимир Кузеленков,
Директор Российского Государственного Военного Архива

доктор и. н. проф. Фаина Новик,
Институт Российской истории РАН

Константин Провалов,
Руководитель историко-документального управления министерства иностранных дел Российской Федерации (с 2007 г.)

к. и. н. доцент Виктор Рыкин,
Институт Европы РАН

к. и. н. Сергей Случ,
Институт славяноведения РАН

доктор и. н. проф. Алексей Филитов,
Институт всеобщей истории РАН

Александр Чурилин,
Руководитель историко-документального управления министерства иностранных дел Российской Федерации (до 2007 г.)

проф. д-р Хорст Мёллер,
Сопредседатель с германской стороны, директор Института современной истории Мюнхен-Берлин, почетный д-р

проф. д-р Хельмут Альтрихтер,
Университет им. Фридриха Альбрехта Эрланген-Нюрнберг

советник 1 класса д-р Людвиг Бивер,
Руководитель политического архива Федерального министерства иностранных дел

Марианне Биртлер,
Федеральная уполномоченная по документам службы государственной безопасности бывшей ГДР

проф. д-р Бернд Бонвеч,
Директор-соучредитель Немецкого исторического института в г. Москве, почетный д-р

проф. д-р Хартмут Вебер,
Президент Федерального архива, ФРГ

проф. д-р Херманн Вебер,
Университет г. Мангейм, почетный д-р

проф. д-р Уте Даниель,
Университет г. Брауншвайг

проф. д-р Бианка Пиетров-Еннкер,
Университет г. Констанц

проф. д-р Бернд Фауленбах,
Рурский университет г. Бохум

проф. д-р Беатрис Хойзер,
Директор научно-исследовательского отделения Военно-исторического научно-исследовательского управления, г. Потсдам

проф. д-р Манфред Хильдермайер,
Университет им. Георга Августа г. Гёттинген

Авторы настоящего тома

проф., д-р Гельмут Альтрихтер, университет им. Фридриха Альбрехта Эрланген-Нюрнберг

маг. Лилия Антипова, университет им. Фридриха Альбрехта Эрланген-Нюрнберг

Марианне Биртлер, Федеральная уполномоченная по документам службы государственной безопасности бывшей ГДР (ФДГБ)

д. и. н., проф. Александр И. Борозняк, Липецкий государственный педагогический университет

проф., д-р Херманн Вебер, университет г. Мангейм, почетный д-р

Херманн Грамль, Институт современной истории Мюнхен-Берлин, почетный д-р

д-р Торстен Дидрих, Военно-историческое научно-исследовательское управление, г. Потсдам

Марлен Кораллов, «Мемориал», Москва

д. и. н., проф. Иван Н. Кузьмин, Дипломатическая Академия МИД РФ

проф., д-р Вернер Линк, Университет в Кёльне

Игорь Ф. Максимычев, Институт Европы РАН

проф., д-р Хорст Мёллер, Сопредседатель с германской стороны, директор Института современной истории Мюнхен-Берлин, почетный д-р

д-р Хартмут Мерингер, Институт современной истории Мюнхен-Берлин

проф., д-р Жильбер Мерлио, Унивеситет Париж-Сорбонна

проф., д-р Ханс Моммзен, Рурский университет Бохум

д-р Эрхарт Нойберт (ФДГБ)

д. и. н., проф. Борис В. Петелин, Вологодский государственный педагогический университета

Николай С. Португалов, журналист, бывший сотрудник международного отдела ЦК КПСС

проф., д-р Бернд Фауленбах, Рурский университет Бохум

д. и. н., проф. Алексей М. Филитов, Институт всеобщей истории РАН

к. и. н. Денис В. Фомин-Нилов, Государственный университет гуманитарных наук, г. Москва

проф., д-р Клаус Хильдебранд, Университет в Бонне

д-р Юрген Царуски, Институт современной истории Мюнхен-Берлин

к. и. н. Анатолий С. Черняев, Горбачев-Фонд

д. и. н., проф. Александр В. Шубин, Институт всеобщей истории РАН

Контакты

Сопредседатель Комиссии с российской стороны
Действительный член РАН д. и. н. проф. Александр О. Чубарьян
Российская академия наук
Институт всеобщей истории
Ленинский проспект 32а
117374 Москва
тел.: +7-495-9 38 10 09
факс: +7-495-9 38 22 88
E-Mail: dir@igh.ru

Сопредседатель Комиссии с германской стороны
Проф. д-р Хорст Мёллер, почетный доктор
Институт современной истории Мюнхен-Берлин
Леонродштрассе 46 Б
80636 Мюнхен
тел.: +49-(0) 89-1 26 88 0
(из России: 8 10 49-89-1 26 88-0)
факс: +49-(0) 89-1 26 88 19 1
(из России: 8 10 49-89-1 26 88-19 1)
E-Mail: moeller@ifz-muenchen.de

Секретариат германской части Совместной комиссии
в Федеральном министерстве внутренних дел:
Эберхард Курт
Д-р Гудрун Шнейдер-Фаршид
Альт-Моабит 101 Д
10559 Берлин
Тел.: 01888-681-25 93 и 2561
(из России: 8 10 49-18 88 68 1 -25 93 и -75 61)
факс: 01888-681 52593,-52561 и-26 24
(из России: 8 10 49-1888-6 15 25 93)
E-Mail: G4@bmi.bund

Секретариат российской части Совместной комиссии
в Министерстве иностранных дел Российской Федерации:
Наталья Маслакова (до 2007 г.)
Смоленская Сенная пл. 32-34
119200 Москва
тел.: +7-495-244 23 71
факс: +7-495-244 25 26

в Российской академии наук:
Виктор Ищенко
Ленинский пр. 32 А Ком. 1425
119334 Москва
Тел.: +7-495-9380501
Факс: +7-495-9382288
E-Mail: dir@igh.ru, vikist@rambler.ru